Willy Klages

Offene Fragen der Geschichte
Chronik von 1900 bis 1933
in zwei Bänden
Band 4/2







Kampf um die Weltherrschaft,
Erster Weltkrieg,
Versailler Friedensverhandlungen,
Gründung der Weimarer Republik,
Gründung der UdSSR,
Faschismus,
Nationalismus und Diktaturen,
Weltwirtschaftskrise,
Hitlers Machtübernahme,
NS-Terrorismus ...

Offene Fragen der Geschichte
Chronik von 1920 bis 1933
Band 4/2

Inhaltsverzeichnis Band 4/2	**Seite**
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte von 1920 bis 1933	2-446
Anstatt eines Schlußwortes	447-454
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	455-462

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte von 1920 bis 1933

1920

Wer sich auf das Schlimmste gefaßt macht, überwindet die Angst davor und kann wieder klar denken.
Andrew Carnegie (1835-1919, nordamerikanischer Unternehmer)

10.01.1920

Frankreich: Der Vertrag von Versailles tritt am 10. Januar 1920, um 4.15 Uhr, in Kraft, obwohl sich die Siegermacht USA weiterhin weigert, den Vertrag zu unterzeichnen. Aufgrund der vermeintlichen Alleinschuld muß das Deutsche Reich riesige Wiedergutmachungsleistungen erbringen (x061/411).

14.01.1920

Deutsches Reich: Die deutsche Reichsregierung verhängt am 14. Januar 1920 den Belagerungszustand im gesamten Reich und verbietet die KPD- und USPD-Zeitungen.

16.01.1920

Deutsches Reich: Graf Arco (rechtsradikaler Mörder des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner) wird am 16. Januar 1920 zum Tod verurteilt, später jedoch zu lebenslänglicher Haft begnadigt.

USA: Die US-Regierung verbietet am 16. Januar 1920 die Herstellung, Vertrieb und Konsum von alkoholhaltigen Getränken mit mehr als 0,5 % Alkoholgehalt.
In den Zeiten der Prohibition (1920-1933) wird massenhaft illegal gebrannt, gebraut, geschmuggelt und heimlich getrunken. Schon bald entstehen gefährliche Verbrecherorganisationen.

19.01.1920

Palästina: Die Briten übernehmen wegen der ständigen arabisch-jüdischen Unruhen am 19. Januar 1920 die Regierungsgewalt in Palästina. Die im Jahre 1917 vereinbarte Balfour-Deklaration wird jedoch nicht verwirklicht.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über "Palästina" (x051/435): >>Palästina, seit 1920 britisches Mandatsgebiet im Nahen Osten, gebildet aus den bis dahin türkischen Verwaltungsbezirken Akko, Nablus und Jerusalem mit 26.300 qkm und 647.500 Einwohnern (1919).
Palästina sollte nach der Balfour-Deklaration (1917) den Juden eine "Heimstätte" bieten und wurde daher zum Ziel einer ständigen jüdischen Einwanderungswelle, die mit der einsetzenden nationalsozialistischen Judenverfolgung weiter anschwoll.

Machten die Juden 1919 nur etwa 10 % der Bevölkerung aus, so stellten sie 1948 bereits ein Drittel. Gegen diese Tendenz kam es immer wieder schon seit 1920 zu arabischen Aufständen und terroristischer Gegenwehr. Weder die Abtrennung Transjordaniens als rein arabisches Gebiet von Palästina noch Einschränkungen für jüdische Einwanderung und Bodenkäufe brachten Ruhe in das Land.
Im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges aber brauchte Großbritannien diese Ruhe und verordnete die Begrenzung der jüdischen Neusiedler auf 10.000 jährlich und insgesamt 75.000, von denen die 1933-39 bereits eingewanderten 33.339 Juden aus dem Deutschen Reich abgezogen wurden.
Der arabische Widerstand ging dennoch weiter und führte zur Bildung des jüdischen Schutzbundes Haganah und zu Gegenterror. Von den verfolgten europäischen Juden konnten sich bei unverminderter britischer Haltung gegen weitere Einwanderung nur wenige nach Palästina retten. Vielen erging es wie den Passagieren der "Struma".
Erst als das ganze Ausmaß der nationalsozialistischen Endlösung bei Kriegsende offenbar wurde, öffneten sich die Grenzen von Palästina den Überlebenden. Trotz jüdischer Staatsbildung in Palästina blieb die Region ein Krisenherd der Weltpolitik.<<

31.01.1920

Deutsches Reich: Carl von Ossietzky schreibt am 31. Januar 1920 in der Berliner Volks-Zeitung (x034/87): >>Während die Linksparteien mit deutscher Gründlichkeit ihre Zwiste austragen, macht die Rechte klar zum Gefecht. ...
Die Republik muß weise sein. Vom scharfen Instrument des Ausnahmezustandes mache sie niemals ohne letzte Not Gebrauch. ...
Die Maßlosigkeit der linksradikalen Opposition ist die beste Helferin der von rechts ausrükkenden Reaktion.<<

Januar 1920

Deutsches Reich: Die Inflation führt zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Währung. Im Januar 1920 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 93,5 % (x149/42).

19.02.1920

CSR: Die deutsche Universität, die seit 1348 Eigentümerin der Prager Universität ist, wird am 19. Februar 1920 enteignet.
Die tschechoslowakische Regierung beschließt außerdem ein Sprachengesetz (alle Staatsbeamten müssen die tschechoslowakische Sprache beherrschen). Bis 1930 verlieren 30.293 deutsche Beamte ihren Arbeitsplatz (x206/27).

24.02.1920

Deutsches Reich: Die DAP wird am 24. Februar 1920 in München in NSDAP umbenannt. Hitler zählt bereits zu den unentbehrlichen Organisatoren und führenden Propagandarednern der DAP bzw. NSDAP. In Österreich gibt es schon seit Mai 1918 eine Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (Parteisymbol = Hakenkreuz).
Bei einer Großveranstaltung in München stellt Hitler am 24. Februar 1920 das 25 Punkte-Parteiprogramm der NSDAP vor (x128/150-151):
>>1. Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.
2. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.
3. Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.
4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremdengesetzgebung stehen. ...
8. Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit dem 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden. ...
11. Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens, Brechung der Zinsknechtschaft.
12. Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.
13. Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe.
14. Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.
15. Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung.
16. Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.
17. Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.
18. Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.
19. Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht. ...
22. Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.
23. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, daß:
a. sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen,
b. nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden,
c. jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nicht-Deutsche gesetzlich verboten wird, und fordern als Strafe für Übertretungen die Schließung eines solchen Zeitungsbetriebes sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nicht-Deutschen aus dem Reich. - Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst und Literaturrichtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt, und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderungen verstoßen.
24. Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen. - Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage:
Gemeinnutz vor Eigennutz.
25. Zur Durchführung alles dessen fordern wir: Die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen. - Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur

Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten. - Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Volksgenossen (x051/-611): >>Volksgenosse, (auch: -genossin), im Dritten Reich in der nationalsozialistischen Propaganda, in Reden, in Appellen und Gesetzen ständig gebrauchte Anrede, durch die Gemeinschaftsgefühle betont und soziale wie Standesunterschiede aufgehoben werden sollten.

Sprachgeschichtlich wurde Volksgenosse zunächst nur im Sinne von Landsmann, Bürger des gleichen Landes, gebraucht. Im Ersten Weltkrieg sollte dann die Bezeichnung Volksgenosse den gemeinsamen Einsatz für das Vaterland betonen: "In diesem Kriege ... stehen Millionen Volksgenossen im Felde" (Wilhelm II., 1917).

Von völkisch-nationalen Kreisen wurde seit Anfang des 20. Jahrhunderts "Volksgenosse" als rassistischer, positiver Begriff gegen "fremd- und andersvölkische Menschen" gesetzt. Diese völkische Bedeutung zusammen mit einer revolutionär-sozialistischen (durch die in der Arbeiterbewegung und den Arbeiterparteien übliche Praxis der gegenseitigen Anrede mit "Genosse") lag für die Nationalsozialisten v.a. im Wort Volksgenosse: "Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein" (Punkt 4 des Parteiprogramms vom 24.2.20).

Durch den übermäßig häufigen Gebrauch des Worts verlor sich jedoch allmählich die politisch-ideologische Bedeutung, so daß Volksgenosse zu einer der typischen Leerformeln des Dritten Reiches wurde.<<

Dr. Horst Heidtmann schreibt später über die "Volksgemeinschaft" (x051/611): >>Volksgemeinschaft, offizielle Bezeichnung der Nationalsozialisten für das von ihnen propagierte Gesellschaftsmodell: "Über Klassen und Stände, Berufe, Konfessionen und alle übrige Wirrnis des Lebens hinweg erhebt sich die soziale Einheit der deutschen Menschen ohne Ansehung des Standes und der Herkunft, im Blute fundiert, durch ein tausendjähriges Leben zusammengefügt, durch das Schicksal auf Gedeih und Verderb verbunden" (Hitler 1940).

Auf der Grundlage einer in den Schützengräben des Ersten Weltkrieges erfahrenen Frontgemeinschaft wurde eine ebenso verklärte Volksgemeinschaft als Lösung für die politischen und wirtschaftlichen Interessengegensätze in der Weimarer Republik und als Überwindung des Klassenkampfes angeboten.

Mit ihrem Konzept der Volksgemeinschaft als der "Gemeinschaft aller Volksgenossen" wollten die Nationalsozialisten in der Masse der Bevölkerung die Bereitschaft fördern, für übergeordnete Ideale, die Ziele der nationalsozialistischen Politik Opfer zu bringen und sich den Forderungen des Staates als Gemeinschaft anzupassen; die Grundstrukturen der bürgerlichen Gesellschaft, die wirtschaftlichen Interessengegensätze, blieben unberührt: "Wir sind keine Gleichmacher und Menschheitsanbeter ... Wir wollen Schichtung des Volkes, hoch und niedrig, oben und unten" (Goebbels 1928).<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" (x051/407-408): >>Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), Staatspartei in der nationalsozialistischen Diktatur.

Am 5.1.19 gründeten Drexler und K. Harrer in München die Deutsche Arbeiterpartei (DAP). Am 24.2.20 wurde sie in NSDAP unbenannt. Am 29.7.21 wählte sie Hitler, der sich ihr im September 19 angeschlossen hatte, zu ihrem mit fast unbeschränkten Vollmachten ausgestatteten Vorsitzenden (u.a. Recht zur Ernennung aller Parteifunktionäre).

Nach dem von ihr (mit-)getragenen Hitlerputsch (8./9.11.23) wurde die NSDAP verboten, bestand aber in Form der "Großdeutschen Volksgemeinschaft" und der "Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands" weiter und wurde am 27.2.25 neu gegründet.

Parteiemblem der NSDAP war ab Frühjahr 20 das Hakenkreuz, ihr Organ ab Dezember 20 der "Völkische Beobachter".
Die NSDAP war eine rechtsradikale Partei mit einer im "25-Punkte-Programm" (Parteiprogramm) vom 24.2.20 enthaltenen nationalistischen und großdeutschen, imperialistischen und militaristischen, völkischen und antisemitischen, antiliberalen und antiparlamentarischen, mittelständischen und antikapitalistischen Programmatik (Nationalsozialismus). In gewollter Abgrenzung von den "Systemparteien" der Weimarer Republik verstand sich die NSDAP als Partei "neuen Typs", "Sammlungspartei" und "Bewegung".
Ihre Struktur und Organisation war antidemokratisch, zentralistisch und autoritär, ganz ausgerichtet auf den (ab 1922 so bezeichneten) "Führer" Hitler (Führerprinzip).
Oberstes Organ der Partei war die Reichsleitung mit dem Führer und der Kanzlei des Führers bzw. (ab 1941) der Parteikanzlei an der Spitze und den einzelnen Reichsleitern: dem Stellvertreter des Führers (1925-32 G. Strasser, 1933-41 Heß) bzw. (ab 1941) dem Sekretär des Führers (Bormann), dem Reichspropagandaleiter, dem Reichsschatzmeister, dem Reichspressechef u.a.
Als Hauptämter bestanden die Reichsorganisationsleitung, die Reichspropagandaleitung (ab 1929 unter Goebbels), das Außenpolitische Amt (unter Rosenberg), das Kolonialpolitische Amt, die Reichsleitung für die Presse (unter Amann) sowie von 1931 an die Auslandsabteilung der NSDAP.
Regional war die NSDAP in Gaue (1935: 35, 1940: 41), Kreise, Ortsgruppen, Zellen und Blocks gegliedert; ihre Leiter (Gau-, Kreis-, Ortsgruppen-, Zellenleiter und Blockwarte) bildeten zusammen das "Korps der Politischen Leiter". Angeschlossen waren der Partei die paramilitärischen Verbände der Sturmabteilung (SA), der Schutzstaffel (SS), des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK) und des Nationalsozialistischen Fliegerkorps (NSFK), die Hitler-Jugend (HJ) und die Nationalsozialistische Frauenschaft (NSF) sowie zahlreiche berufsständische Organisationen; die Deutsche Arbeitsfront (DAF) galt als "betreute Organisation".
Nach ihrer Mitgliederstruktur war die NSDAP eine mittelständische, (klein-)bürgerliche Partei, in der Angestellte, Selbständige (Handwerker, Gewerbetreibende) und Beamte überproportional vertreten waren.
In den 20er Jahren war die NSDAP, trotz steigender Mitgliederzahlen (1922: 6.000, 1923: 55.000), eine politisch unbedeutende Splitterpartei: Bei den Reichstagswahlen 1924 erhielt die "Nationalsozialistische Freiheitsbewegung" nur 3,0 %, 1928 die NSDAP nur 2,6 % der Stimmen. Erst in der Endphase der Republik erwies sich Hitlers Legalitätstaktik (Erringung der Macht nicht durch Revolution oder Putsch, sondern auf legalem, parlamentarischem Weg), mit der er sich gegen seine "linke" innerparteiliche Opposition (um die Brüder O. und G. Strasser) durchsetzte, als wirkungsvoll:
Bei den Reichstagswahlen vom 14.9.30 erhielt die NSDAP 6,4 Millionen (= 18,3 %) Stimmen und 107 Sitze, am 31.7.32 schon 13,8 Millionen (= 37,4 %) und 230 Sitze, war damit die mit Abstand stärkste deutsche Partei und blieb dies, trotz Stimmverlusten bei den Wahlen vom 17.11.32 (11,7 Millionen = 33,1 % und 196 Sitze).
Schon im Januar 30 war Frick als erster Nationalsozialist Mitglied einer Landesregierung (in Thüringen) geworden. Im Mai 1932 hatte die NSDAP erstmals bei einer Landtagswahl (in Oldenburg) die absolute Mehrheit errungen.
Gleichzeitig stieg auch die Zahl ihrer Mitglieder: von rund 400.000 (1930) über rund 800.000 (1931) auf knapp eine Million (Januar 33). Diese Erfolge hatte die NSDAP weniger ihrer Programmatik zu verdanken (v.a. ihre antikapitalistischen Programmpunkte gerieten völlig in den Hintergrund) als – nebst den Schwächen und Fehlern ihrer politischen Gegner – ihrer massenpsychologisch äußerst geschickten und wirkungsvollen Propaganda, dem die politischen Geg-

ner einschüchternden Terror der SA und nicht zuletzt ihrem Bündnis mit der "nationalen" Rechten (Harzburger Front). ...<<

Dr. Horst Heidtmann schreibt später über das "Hakenkreuz" (x051/234-235): >>Hakenkreuz, offizielles Symbol der NSDAP und des nationalsozialistischen Deutschlands.

In Europa ist das Hakenkreuz seit dem 4. vorchristlichen Jahrtausend nachgewiesen; als Swastika (altindisch für heilbringendes Zeichen) und in leicht abgewandelten Formen taucht das gleichschenklige Kreuz mit vier gleichgerichteten, abgerundeten, recht- oder spitzwinkligen Armen häufig in asiatischen, seltener in afrikanischen oder mittelamerikanischen Kulturen auf. Das Hakenkreuz läßt sich meist als Sonnenrad deuten und gilt heute noch in Indien und Japan als "glückverheißendes und unheilabwehrendes" Sonnensymbol.

Für die germanische Überlieferung kann man im Hakenkreuz ("fyrfos": Vierfuß) auch Thors Hammer oder eine doppelte Wolfsangel finden; in der germanischen Volkskunst erhielt sich das Hakenkreuz nach der Christianisierung als dekoratives Element.

Im Zuge deutschtümelnder Rückbesinnung entdeckten nationalistische Kreise um den Turnvater Jahn das Hakenkreuz im 19. Jahrhundert neu und nutzten es als Symbol ihres "Bekenntnisses zum deutschen Volkstum"; Ende des 19. Jahrhunderts wurde es offiziell Zeichen des "Deutschen Turnerbundes". Als es später von Wandervogel und Freikorpsverbänden übernommen wurde, bekam das Hakenkreuz einen eindeutig völkischen, antisemitischen Charakter. Mit dem in diesem Sinn genutzten Symbol ist Hitler vor allem durch die Zeitschrift "Ostara" und den Gebrauch in den Insignien der Thulegesellschaft vertraut geworden.

Auf der Suche nach einem Symbol "von großer plakatmäßiger Wirkung" entschied sich Hitler für das Hakenkreuz und konzipierte selbst die Hakenkreuzfahne: "Im Rot sehen wir den sozialen Gedanken der Bewegung, im Weiß den nationalistischen, im Hakenkreuz die Mission des Kampfes für den Sieg des arischen Menschen und ... Sieg des Gedankens der schaffenden Arbeit, die selbst ewig antisemitisch war und antisemitisch sein wird."

Auf der Salzburger Tagung vom 7.8.20 wurde die Hakenkreuzfahne zum offiziellen Banner der NSDAP, 1933 neben der schwarzweißroten Fahne zur Reichsflagge, am 15.9.35 zur alleinigen Nationalflagge (Reichsflaggengesetz) erklärt.

Die Nationalsozialisten hatten das Hakenkreuzsymbol stilisiert und vereinheitlicht, alle Untergliederungen übernahmen es in ihre Insignien. Die Hakenkreuzfahne wurde zum wichtigen Propagandamittel: Bei Aufmärschen in der Kampfzeit war sie Ausdruck von Elitebewußtsein und Zusammenhalt, bei späteren Massenaufmärschen trugen Fahnenmeere durch eine "Überschwemmung der Sinne" zur Ausschaltung des Denkens bei.

Insgesamt wurde das Hakenkreuz nach 1933 zum Objekt eines "religionsähnlichen Symbolkultes". Den Grad der kultischen Fahnenverehrung drückt am deutlichsten von Schirachs HJ-Lied "Unsre Fahne flattert uns voran" aus: "... die Fahne ist mehr als der Tod".

Nach 1945 wurde von den Alliierten der Gebrauch von Hakenkreuzen und anderen nationalsozialistischen Zeichen und Symbolen verboten. Faschistische Organisationen in aller Welt haben das Hakenkreuz in den 30er und 40er Jahren als Symbol übernommen. Noch heute benutzen es Antisemiten als internationales Erkennungszeichen.<<

Die deutsche Historikerin Sibylle Obenaus schreibt später über die NS-Zeitung "Völkischer Beobachter" (x051/609): >>Völkischer Beobachter (VB), Ende 1920 erworbenes, ab Februar 23 täglich im Eher-Verlag erscheinendes Zentralorgan der NSDAP, ab 1921 mit dem Untertitel: "Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands".

Auch in seiner äußeren Aufmachung als politisches Massenblatt konzipiert (übergroßes Format, Schwarz-Rot-Druck, Illustrationen), stellte der "Völkische Beobachter" in der Kampfzeit neben den Versammlungen das wichtigste Propagandamittel zur Verbreitung der nationalsozialistischen Ideologie dar.

Innerparteilich galt er als "Bindeglied zwischen Führer und Gefolgschaft". Verlagsdirektor ab

1922 Max Amann, Hauptschriftleiter ab Juli/August 21 Dietrich Eckart, ab März 23 Alfred Rosenberg. Feste Mitarbeiter wurden Journalisten der Völkischen Bewegung sowie Nicht-Fachleute aus dem engeren Kreis um Hitler.
Verbot des "Völkischen Beobachters" nach dem Hitlerputsch, Februar 25 neu gegründet. Hitler selbst zeichnete bis zum 30.4.33 als Herausgeber. Auflage 1925: 4.000, 1932: 126.000. Ab Februar 27 gab es neben der Bayern- eine Reichsausgabe, ab März 30 ein Jahr lang eine Berlin-Ausgabe. 1933 wurde in Berlin eine eigene Redaktion und Druckerei errichtet, dort erschien die Norddeutsche Ausgabe.
Mit dem 30.1.33 wurde der "Völkische Beobachter" quasi Regierungsorgan, seine Artikel besaßen offiziellen Charakter. Zur Betonung des universellen Anspruchs erschienen v.a. 1933-38 zahlreiche Beilagen wie "Die deutsche Frau", "Der Filmbeobachter" u.a. Hauptschriftleiter wurde 1938 Wilhelm Weiß. Nach dem Anschluß Österreichs wurde 1938 eine Filiale in Wien errichtet.
1941 wurde in München eine VB-Feldpostausgabe gedruckt. Druckauflage (erheblich höher als die Verkaufsauflage) 1938: 600.000 (410.000 Berlin/Norddeutsche Ausgabe, 150.000 München, 40.000 Wien), 1944: 1,7 Millionen. Letzte Nummer der Norddeutschen Ausgabe: 27.4.45; der Süddeutschen Ausgabe: 30.4.45.<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Nationalsozialismus" (x051/403-405):
>>Nationalsozialismus, der Begriff Nationalsozialismus meint sowohl die Ideologie der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) als auch ihr Herrschaftssystem in Deutschland 1933-45.
Das Wort stammt aus (dem damals zu Österreich gehörenden) Böhmen; dort hatten sich 1904 mehrere politische Vereinigungen mit zugleich deutsch-nationaler und sozialistischer Programmatik zur "Deutschen Arbeiterpartei" zusammengeschlossen, die sich im Mai 18 in "Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei" umbenannte.
Von ihr übernahm die am 5.1.19 in München gegründete Deutsche Arbeiterpartei ihre Parteisymbole (u.a. Hakenkreuz) und ihren Namen: Ab dem 24.2.20 nannte sie sich NSDAP. In der Bezeichnung Nationalsozialismus kommt der Anspruch zum Ausdruck, eine Synthese der beiden bestimmenden Ideologien und politischen Kräfte des 19. Jahrhunderts, des Nationalismus und des Sozialismus, verwirklichen zu können.
Der Nationalsozialismus ist eine Form des Faschismus. Wie andere faschistische Organisationen in Europa begriff sich auch die NSDAP nicht als politische Partei im herkömmlichen Sinn, sondern als eine neue soziale und politische "Bewegung". Und wie jene fand sie ihre gesellschaftliche Basis v.a. im mittelständischen Kleinbürgertum: Dieses war durch die Industrialisierung und deren gerade nach Ende des Ersten Weltkrieges negativ deutlich gewordenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgeerscheinungen sozial verunsichert und ökonomisch in ihrer Existenz gefährdet.
Dazu durch den Sturz der Monarchie ihrer traditionellen politischen Bindung beraubt, sah dieses Kleinbürgertum im Nationalismus eine neue politische Heimat. Denn wie der gesamte Faschismus war auch der Nationalsozialismus eine antimodernistische Protestbewegung: gegen die Repräsentative Demokratie und ihre politischen Institutionen (Parteien, Parlamente, Bürokratien), gegen die moderne Gesellschaft und ihre pluralistische Struktur, gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem und seine großindustrielle Produktionsweise und gegen die Ideologie des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus; in Deutschland darüber hinaus gegen die Niederlage des Deutschen Reiches im Weltkrieg, das Ende einer europäischen Großmachtstellung und Weltmachtpläne und den als "nationale Schande" empfundenen Versailler Vertrag.
Anders als der Kommunismus, die andere große antidemokratische Bewegung des 20. Jahrhunderts, vermochte der Faschismus aber keine geschlossene, in sich folgerichtige Ideologie

zu entwickeln.
Auch die "Ideologie" des Nationalsozialismus besteht vielmehr aus einem Konglomerat weltanschaulicher Überzeugungen, sozialer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Vorstellungen und Forderungen, die zum Großteil im Irrationalismus des 19. Jahrhunderts wurzeln, wie das Anknüpfen an vordemokratische, autoritäre Staats- und Gesellschaftstheorien ebenso zeigt wie das Aufgreifen irrationaler Mythen (z.B. von der weltweiten "Verschwörung" des Judentums), der Gebrauch mythischer Symbole (z.B. des Hakenkreuzes) und die Entfaltung pseudoreligiöser Rituale (etwa auf Parteitagen) und Kulte.
Die gemeinhin als seine "Ideologie" bezeichnete politische Programmatik des Nationalsozialismus, die teilweise schon im "25-Punkte-Programm" der NSDAP vom 24.2.20 (Parteiprogramm), v.a. aber in zahlreichen nationalsozialistischen Schriften, insbesondere in Hitlers "Mein Kampf" (1925), enthalten ist, weist folgende Bestandteile auf:
1) Antiliberalismus und Antiparlamentarismus: Auf der Grundlage ihrer Gegnerschaft gegen die liberale parlamentarische Demokratie opponierte die NSDAP prinzipiell gegen die Ergebnisse der Novemberrevolution und die angeblich für diese Verantwortlichen (die "Novemberverbrecher"), gegen die Weimarer Republik (die "Novemberdemokratie"), ihr parlamentarisches "System" und ihre politischen Institutionen, v.a. die "Systemparteien".
Der Kampf der NSDAP gegen den "Irrsinn der Demokratie" (Hitler 1928) schloß freilich nicht aus, daß sie sich nach dem gescheiterten Hitlerputsch von 1923 der politischen Verfahren der parlamentarischen Demokratie bediente (sogenannte Legalitätstaktik). "Die nationalsozialistische Bewegung ist antiparlamentarisch, und selbst ihre Beteiligung an einer parlamentarischen Institution kann nur den Sinn einer Tätigkeit zu deren Zertrümmerung besitzen" ("Mein Kampf").
Der Antiliberalismus des Nationalsozialismus richtete sich auch gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem; doch spielte die antikapitalistische, v.a. gegen die Großindustrie gerichtete Programmatik der NSDAP, die im Parteiprogramm von 1920 noch erheblichen Raum einnahm, spätestens ab 1926, als sich Hitler gegen die "Linke" der Partei (um die Brüder Otto und Gregor Strasser) durchsetzte, in ihrer politischen Praxis keine Rolle mehr; sie hinderte weder Teile der Industrie daran, die NSDAP schon vor 1933 finanziell zu unterstützen, noch stand sie nach 1933 einer engen Zusammenarbeit zwischen der nationalsozialistischen Diktatur und der Großindustrie, v.a. der Produktionsmittel- und der Rüstungsindustrie, und deren Privilegierung im Weg.
Den Anspruch, eine zugleich nationale und sozialistische Politik zu betreiben, hat der Nationalsozialismus zu keiner Zeit verwirklicht. -
2) Antikommunismus und Antisozialismus: Von Anfang an war die Programmatik und noch mehr die Propaganda des Nationalsozialismus von einem aggressiven Antikommunismus und Antisozialismus geprägt, der sich sowohl gegen die KPD, die SPD und die Gewerkschaften richtete, als auch gegen die Sowjetunion und den von ihr geführten Bolschewismus und "Weltkommunismus". Doch ordnete die NSDAP das Ziel der "Vernichtung des Marxismus" (Hitler in einem Aufruf am 10.3.33) ihren politischen Hauptzielen unter: Zur Zerstörung der Republik arbeitete sie vor 1933 zeitweilig auch mit der KPD zusammen; zur Vorbereitung eines Eroberungskrieges schloß die nationalsozialistische Diktatur 1939 den Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag ab. –
3) Das Führerprinzip: Der Nationalsozialismus wollte die parlamentarische Demokratie durch eine hierarchisch aufgebaute, straff autoritär geführte, auf den Grundsätzen von Führer und Gefolgschaft, Befehl und Gehorsam beruhende Diktatur ersetzen, mit einem Führer an der Spitze, der, ausgestattet mit umfassender Herrschaftsgewalt, unterstützt von der Staatspartei (der NSDAP) als politische Elite und (schein-)demokratisch legitimiert durch die plebiszitäre Zustimmung des Volks, die Gesellschaft total erfassen, in einer "Volksgemeinschaft" einen

und völlig auf die von ihm autoritär gesetzten politischen Ziele ausrichten und für sie mobilisieren sollte. –
4) Nationalismus: Wie alle Weimarer Parteien forderte auch die NSDAP die Revision des Versailler Vertrages, darüber hinaus aber die Schaffung eines "großdeutschen" Nationalstaates, der über die Grenzen des Deutschen Reiches von 1914 hinausreichen und "alle deutschen Stämme" umfassen sollte. –
5) Rassismus: Der traditionelle großdeutsche Nationalismus ist in der Programmatik des Nationalismus "völkisch" geprägt und zum Rassismus gesteigert. Die nationalsozialistische Rassenlehre griff Rassentheorien auf, wie sie insbesonders Gobineau und H. S. Chamberlain im 19. Jahrhundert entwickelt hatten, und ist außer in "Mein Kampf" v.a. in Rosenbergs "Der Mythus des 20. Jahrhunderts" (1930) enthalten. Sie behauptete eine Stufenleiter der menschlichen Rassen mit der "nordisch-arisch-germanischen" Rasse als der "Herrenrasse" und einzig "kulturschaffenden" Rasse auf der obersten und der "kulturzersetzenden" jüdischen Rasse, die kein Lebensrecht habe, auf der untersten Stufe.
Oberstes Ziel der deutschen Innenpolitik müsse die "Reinhaltung" der "arischen" Rasse sein und die Durchsetzung und Sicherung ihrer Herrschaft über die anderen, minderwertigen Rassen; Hauptziel der deutschen Außenpolitik die Vorherrschaft der "arischen" Rasse und ihres deutschen "Vorvolkes" zumindest in Europa, letztlich aber deren Weltherrschaft. –
6) Antisemitismus: Der rassistisch begründete Antisemitismus stand im Mittelpunkt der Weltanschauung Hitlers. Sein Judenhaß bildete die wohl entscheidende Antriebskraft seines politischen Wollens und Handelns, den zentralen Bestandteil der nationalsozialistischen "Ideologie" und ab 1933 gleichsam die Staatsdoktrin des Dritten Reiches.
Der Nationalsozialismus verband, propagandistisch äußerst wirksam, den Antisemitismus mit dem Antikommunismus (weil Marx Jude war!), den Mythos vom jüdischen "Rassenfeind" mit dem vom bolschewistischen Klassenfeind, die in der deutschen politischen Kultur traditionell verwurzelte Judenfeindschaft mit der in Deutschland verbreiteten Kommunistenfurcht – eine Verbindung, die in der These von der angeblich weltweiten "Verschwörung" des vom bolschewistischen Rußland unterstützten "Weltjudentums" ihren Ausdruck fand und durch Fälschungen wie die der "Protokolle der Weisen von Zion" untermauert wurde.
Hauptziel der nationalsozialistischen Politik war nicht nur die völlige Entrechtung der deutschen Juden, sondern darüber hinaus die physische "Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" (Hitler am 30.1.39). –
7) Imperialismus: Aus dem Rassismus des Nationalsozialismus folgt sein Imperialismus, die Forderung nach Schaffung eines weit über die Grenzen der deutschen Nation hinausreichenden deutschen Großstaates, der dem deutschen Volk den angeblich für sein Überleben notwendigen "Lebensraum" bieten sollte. Ziel der deutschen Außenpolitik müsse "Ostpolitik im Sinne der Erwerbung der notwendigen Scholle für unser deutsches Volk" sein, wobei "wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken" ("Mein Kampf").
Dieses Ziel, daran ließen Hitler und andere Nationalsozialisten keinen Zweifel, konnte nur durch einen Krieg verwirklicht werden. Überhaupt gehörte zum Rassismus des Nationalsozialismus ein primitiver Darwinismus, die Vorstellung, "das allgemeinste unerbittliche Gesetz des Lebens" sei der "Kampf (eines Volkes) um sein Dasein, ... wenn es sein muß, mit anderen Völkern, die der eigenen völkischen Lebensentfaltung entgegenstehen".
Der Eroberungskrieg zur Gewinnung von Lebensraum für das deutsche Volk sollte darüber hinaus zur Erringung der Herrschaft des "arischen" deutschen Volkes und seines Staates über die rassisch angeblich minderwertigen slawischen Völker und Staaten Ost- und Ostmitteleuropas, letztlich zur Errichtung einer deutschen Weltherrschaft führen. –
8. Militarismus: Voraussetzung für eine imperialistische Politik war die Militarisierung der deutschen Gesellschaft, ihre psychologische Vorbereitung auf einen Krieg, die Erziehung v.a.

der Jugend nach den militärischen Grundsätzen von Befehl und Gehorsam und zur Hochschätzung der Gewalt als (angeblich) notwendiges Mittel politischer Auseinandersetzungen im Innern wie nach außen und die Bekämpfung tatsächlicher oder vermeintlicher pazifistischer Gesinnungen und Haltungen.
Jahrelang war die NSDAP nur eine politisch unbedeutende, über Bayern hinaus kaum bekannte Splitterpartei. Erst seit 1929, während und in ursächlichem Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise, konnte sie die zur Erringung der staatlichen Macht notwendige "Massenbasis" gewinnen. ...<<
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den Antisemitismus der NSDAP (x051/289): >>Judenverfolgung. Die Geschichte der Juden in der Diaspora ist eine Geschichte der Verfolgung. Religiöser Fanatismus und wirtschaftliche Motive führten immer wieder zu judenfeindlichen Aktionen, die nicht selten mit Massakern endeten.
Unter dem Toleranzgedanken der Aufklärung vollzog sich seit Ende des 18. Jahrhunderts eine Emanzipation, die im Laufe des 19. Jahrhunderts schließlich zur politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung führte.
Mit der Emanzipation war jedoch die Feindschaft gegen die Juden – der Antisemitismus – nicht beseitigt; er lebte in seinen verschiedenen Erscheinungsformen und Betätigungsgraden fort. Darüber hinaus entwickelte sich eine weitere Richtung der Judenfeindschaft: der Rassenantisemitismus. Er erreichte seinen Höhepunkt im nationalsozialistischen Deutschland mit der sogenannten Endlösung der Judenfrage.
Die Judenverfolgung stellte einen der Kernpunkte nationalsozialistischer Weltanschauung dar. Bereits im Parteiprogramm der NSDAP vom 24.2.20 war festgestellt worden, daß Volksgenosse nur sein kann, wer "deutschen Blutes" ist.
Es wurde gefordert, die Juden unter Fremdengesetzgebung zu stellen. Die erste offizielle Attacke findet sich in einer Gesetzesinitiative der Reichstagsfraktion der NSDAP vom 13.3.30, mit der diese (ohne Erfolg) anregte, denjenigen wegen "Rasseverrat" mit Zuchthaus oder in besonders schweren Fällen mit dem Tod zu bestrafen, "der durch Vermischung mit Angehörigen der jüdischen Blutsgemeinschaft (oder farbigen Rassen) zur rassischen Verschlechterung und Verletzung des deutschen Volkes beiträgt oder beizutragen droht".
Nach der Machtergreifung begannen die Nationalsozialisten alsbald ihre Pläne zur Judenverfolgung in die Tat umzusetzen. Zunächst stand ihrem Vorhaben allerdings Artikel 109 der Weimarer Verfassung entgegen, nach dem alle Staatsbürger vor dem Gesetz gleich waren. Ausnahmegesetze gegen die Juden wären demnach verfassungswidrig gewesen.
Der Weg dafür wurde erst durch das Ermächtigungsgesetz (24.3.33) geebnet. Eine Woche später folgte das sogenannte 1. Gleichschaltungsgesetz, nach dem auch die Regierungen der deutschen Länder ohne vorherige Beschlußfassung der Landtage Gesetze erlassen konnten. ...<<

Februar 1920

Großbritannien: Winston S. Churchill schreibt im Februar 1920 in der britischen Tageszeitung "Illustrated Daily Herald" (x337/125): >>**Zionismus versus Bolschewismus**
… Die Pläne der internationalen Juden. … Diese Bewegung unter den Juden ist nicht neu. Von den Tagen des Spartakus-Weishaupts an bis zu denen von Karl Marx und Trotzki (Rußland), Bela Kun (Ungarn), Rosa Luxemburg (Deutschland) und Emma Goldman (USA) hat diese weltweite Verschwörung zum Sturz der Zivilisation … stetig zugenommen. … Sie war die Triebfeder hinter jeder subversiven Bewegung im 19. Jahrhundert. Und nun hat diese Bande außergewöhnlicher Persönlichkeiten aus der Unterwelt der großen Städte Europas und Amerikas endlich das russische Volk bei seinen Haaren ergriffen, und sie sind praktisch die unumstrittenen Herren dieses riesigen Reiches geworden. …<<

08.03.1920

Deutsches Reich: Während einer Debatte zur Einführung einer gemeinsamen "Grundschule" für alle Schüler der ersten 4 Schuljahre erklärt ein DNVP-Abgeordneter am 8. März 1920 (x149/49): >>... daß jedes Ehepaar direkt von Staats wegen mit den rigorosesten Mitteln gezwungen wird, seine Kinder ausgerechnet in die Grundschule zu schicken, die der Staat einrichtet. Das ist ein ... Kinderzwangszuchthaus. ...<<

Der preußische Kultusminister Konrad Haenisch (SPD) erläutert im Verlauf dieser Debatte die Ziele des künftigen Einheitsschulsystems (x149/49): >>Wenn durch Grundschule und Einheitsschule, wie wir es alle erstreben, der große Querschnitt beseitigt wird, der heute durch unser deutsches Bildungswesen hindurchgeht, wenn künftig der Sohn des Maurers die gleiche Schulbank drücken wird wie der Sohn des Ministers, ... wenn die Kinder sozialdemokratischer und deutschnationaler Eltern auf Schulausflügen und Wanderfahrten einander menschlich nahe kommen sollen, dann darf auch der große Längsschnitt der konfessionellen Trennung in unserem Schulwesen nicht länger aufrecht erhalten werden. ...<<

10.03.1920

Deutsches Reich: Der spätere Außenminister Walther Rathenau schreibt am 10. März 1920 an Professor Hoffmann, Wilhelmshaven, über die Beziehungen zu Sowjet-Rußland (x1.142): >>Über die Notwendigkeit, mit Rußland eine Gemeinschaft zu finden, stimme ich mit Ihnen voll überein. Der Bolschewismus ist heute nur noch eine Fassade; in Wirklichkeit handelt es sich um eine straff oligarchisch regierte Agrar-Republik, die, wie ich glaube, trotz aller Schwierigkeiten Bestand haben wird.

Es wird freilich lange dauern, bis Rußland so weit erstarkt, um uns wirtschaftliche Kompensationen zu gewähren ... Ich hoffe, daß die Arbeiten der Kommission (der "Studienkommission für Rußland") die erste und entscheidende Annäherung auf wirtschaftlichem Gebiete bringen werden, denen diejenigen auf politischem Gebiet sich hoffentlich anschließen. …<<

13.03.1920

Deutsches Reich: Am 13. März 1920 unternimmt der Führer der rechtsradikalen Deutschen Vaterlandspartei, Wilhelm Kapp, unterstützt von General von Lüttwitz, Freikorpsführer Marinekapitän Ehrhardt und Großindustrieellen, in Berlin einen Umsturzversuch.

Wilhelm Kapp (1858-1922, Begründer der Deutschen Vaterlandspartei) ernennt sich am 13. März 1920 selbst zum Reichskanzler, um die Ehre und nationale Einheit des Deutschen Reiches wiederherzustellen (x128/114): >>Die Regierung wird den Friedensvertrag unter Wahrung der Ehre des deutschen Volkes unter seiner Lebens- und Arbeitsfähigkeit ausführen, soweit es möglich ist und nicht Selbstvernichtung bedeutet. ...

Sie wird zur Wiederaufrichtung des Staates den ländlichen und städtischen Grundbesitz zu entsprechender Steuerleistung heranziehen. ... Die Regierung wird aber dem Grundbesitz, damit er in den Stand gesetzt wird, solche Opfer zu tragen, die wirtschaftliche Freiheit zurückgeben. ...

Die Regierung wird Streiks und Sabotage rücksichtslos unterdrücken. Gehe jeder friedlich seiner Arbeit nach. Jede arbeitsfreudige Hand ist unseres nachdrücklichen Schutzes sicher. Streik ist Verrat am Volk, an Vaterland und Zukunft.

Die Regierung wird dem seit den Novembertagen zurückgesetzten Beamtentum aller Grade wieder zu seinem Recht verhelfen und seine Interessen in jeder Hinsicht wahrnehmen.<<

Ein Freikorpsoffizier berichtet damals, warum er diese Umsturzversuche unterstützt (x073/-109): >>... Wissen sie, daß sich uns alten Soldaten das Herz im Leibe umgewendet hat, als so im Nu die schwarzweißrote Fahne abgeschafft wurde? Wissen Sie, daß unter dieser Fahne, die man einfach auf den Kehrichthaufen geschmissen hat, tausende, zehntausende, hunderttausende Soldaten, Mannschaften und Offiziere in Feindesland bestattet liegen? ... Ja, heulen könnte man, daß sie einem diese Fahne genommen haben. ...

Ich mache kein Hehl daraus, daß ich Monarchist bin. Mein Gott, wenn man dreißig Jahre lang seinem König und Kaiser treu gedient hat, dann kann man nicht plötzlich sagen, von morgen an bin ich Republikaner. ...<<

Da die Reichswehrführung der Regierung den militärischen Schutz verweigert, ruft die SPD am 13. März 1920 zum Generalstreik auf (x149/39):

>>**Arbeiter! Parteigenossen!**

Der Militärputsch ist da! Die Baltikum-Landsknechte, die sich vor der befohlenen Auflösung fürchten, haben den Versuch unternommen, die Republik zu beseitigen, und eine diktatorische Regierung zu bilden.

Mit Lüttwitz und Kapp an der Spitze!

Arbeiter, Genossen!

Wir haben die Revolution nicht gemacht, um uns heute wieder einem blutigen Landknechtsregiment zu unterwerfen. Wir paktieren nicht mit den Baltikum-Verbrechern.

Arbeiter, Genossen!

Die Arbeit eines ganzen Jahres soll in Trümmer geschlagen, Eure schwer erkaufte Freiheit vernichtet werden.

Es geht um alles! Darum sind die schärfsten Abwehrmittel geboten.

Kein Betrieb darf laufen, solange die Militärdiktatur der Ludendorffe herrscht!

Deshalb legt die Arbeit nieder! Streik! Schneidet dieser reaktionären Clique die Luft ab. Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik! Laßt allen Zwist beiseite! Es gibt nur ein Mittel gegen die Diktatur Wilhelms II.:

Lahmlegung jeden Wirtschaftlebens!

Keine Hand darf sich mehr rühren!

Kein Proletarier darf der Militärdiktatur helfen!

Generalstreik auf der ganzen Linie!

Proletarier vereinigt Euch! Nieder mit der Gegenrevolution!

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung:

Ebert, Bauer, Schlicke, Schmidt, David, Müller.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei:

Otto Wels.<<

Der deutsche Studiendirektor Reinhold Hartmann schreibt später über den "Kapp-Putsch" (x051/303): >>Kapp-Putsch, nach dem Initiator, dem ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp (1858-1922), benannter rechtsradikaler Umsturzversuch im März 20.

Ausgelöst wurde der Kapp-Putsch als Reaktion auf die Reduzierung der Reichswehr gemäß Versailler Vertrag und dem entsprechenden Auflösungsbeschluß für die "Freikorps-Brigaden" Löwenfeld und Ehrhardt durch Reichswehrminister Noske am 11.3.20.

Der Chef des Reichswehrgruppenkommandos I Berlin, General Lüttwitz, und Kapp ließen daher am 13.3. Berlin von der Brigade Ehrhardt besetzen. Die Reichsregierung wich nach Dresden und Stuttgart aus und rief, unterstützt von Gewerkschaften, SPD und DDP, zum Generalstreik auf. Die vom selbst ernannten Reichskanzler Kapp gebildete provisorische Regierung (Reichswehrminister Lüttwitz) mußte unter diesem Druck am 17.3. aufgeben, da die Reichswehr beim Kapp-Putsch nicht mitzog und die Beamtenschaft sich verweigerte. Nun distanzierten sich auch die Rechtsparteien und die Industrie, so daß Kapp am 18.3. nach Schweden floh.

Später stellte er sich dem Reichsgericht und starb in Untersuchungshaft. Der Kapp-Putsch bewies die ungebrochene Stärke der politischen Rechten und die Schlüsselrolle der Reichswehr für das Überleben der Republik.<<

Der sogenannte "Kapp-Putsch" scheitert zwar schon nach 4 Tagen durch den Generalstreik der Gewerkschaften und der Beamtenschaft, löst aber in München, im Ruhrgebiet (rd. 50.000

Kommunisten) und in Mitteldeutschland ("Rote Republik") kommunistische Gegenbewegungen aus. Diese Putschversuche der Kommunisten kann die deutsche Reichswehr erst Mitte Mai nach erbitterten Straßenkämpfen niederschlagen. Nach dem "verbotenen" Einsatz der deutschen Reichswehr rücken französische Truppen wegen angeblicher "Verletzung des Versailler Vertrages" in den Main-Gau ein und besetzen Frankfurt.

01.04.1920

Deutsches Reich: Adolf Hitler beendet am 1. April 1920 den Militärdienst und organisiert danach den Aufbau der Nationalsozialistischen Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP).

03.04.1920

Sowjet-Rußland: Der IX. kommunistische Parteitag verabschiedet am 3. April 1920 Richtlinien zur Steigerung der Arbeitsproduktivität (x058/306): >>Jede soziale Ordnung (die Sklaverei, die Leibeigenschaft, der Kapitalismus) hatte ihre Methoden und Verfahren des Arbeitszwanges und der Erziehung zur Arbeit im Interesse der ausbeuterischen Oberschichten.
Vor der sowjetischen Ordnung steht in voller Größe die Aufgabe, ihre eigenen Methoden der Beeinflussung mit dem Ziel der Steigerung der Intensität und der Zweckmäßigkeit der Arbeit auf der Basis der vergesellschafteten Wirtschaft im Interesse des ganzen Volkes zu entwikkeln.
Neben der agitatorisch-ideellen Beeinflussung der werktätigen Massen und neben den Repressalien gegen notorische Faulenzer, Parasiten und störenden Elemente ist der Wettbewerb die mächtigste Triebfeder zur Steigerung der Arbeitsproduktivität.
In der kapitalistischen Gesellschaft hatte der Wettbewerb den Charakter der Konkurrenz und führte zur Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. In einer Gesellschaft, wo die Produktionsmittel nationalisiert sind, muß der Arbeitswettbewerb, ohne die Solidarität zu verletzen, nur die Gesamtsumme der Produkte der Arbeit vermehren.
Der Wettbewerb zwischen Werken, Rayons (Verwaltungseinheiten einer Sowjetrepublik), Betriebsabteilungen, Werkstätten und einzelnen Arbeitern muß Gegenstand sorgfältiger Organisation und eingehenden Studiums von seiten der Gewerkschaften und der Wirtschaftsorgane werden.
Das Prämiensystem muß eines der wichtigsten Mittel zur Entfachung des Wettbewerbs werden. Mit ihm muß das System der Versorgung mit Lebensmitteln genau abgestimmt werden: Solange die Sowjetrepublik über zu wenig Lebensmittel verfügt, muß der fleißige und anständige Arbeiter besser versorgt werden als der nachlässige Arbeiter.<<

18.04.1920

Deutsches Reich: Generaloberst Hans von Seeckt (1866-1936, von 1920-26 Chef der Heeresleitung) verbietet am 18. April 1920 per Erlaß jegliche politische Betätigung innerhalb der Reichswehr (x243/26): >>Mit allen Kräften soll die politische Betätigung jeder Art von dem Heere ferngehalten werden. Politische Kämpfe innerhalb der Reichswehr vertragen sich weder mit dem Geist der Kameradschaft noch mit der Disziplin. ...<<

19.04.1920

Italien: Während der Konferenz des Obersten Rates der Alliierten in San Remo wird am 19. April 1920 der Nahe Osten in britische und französische Mandatsgebiete aufgeteilt, die formell dem Völkerbund unterstehen sollen (x175/163).

28.04.1920

Deutsches Reich: Die Nationalversammlung erläßt am 28. April 1920 das "Grundschulgesetz". Danach gehen in den ersten 4 Schuljahren alle Schüler in eine gemeinsame Grundschule.

April 1920

Deutsches Reich: In Sachsen ruft im April 1920 die militärische Oberleitung des kommunistischen Soldatenrates zur Diktatur des Proletariats auf (x243/19):

>>Aufruf!
Diktatur des Proletariats!
Wir haben mit unseren roten Truppen den Ort besetzt und verhängen hiermit das proletarische Standrecht, das heißt, daß jeder Bürger erschossen wird, der sich nicht den Anordnungen der militärischen Oberleitung fügt.
Im selben Augenblick, wo uns gemeldet wird, das Sipo oder Reichswehr im Anmarsche ist, werden wir sofort die ganze Stadt anzünden und die Bourgeoisie abschlachten, ohne Unterschied des Geschlechtes und Alters.
Solange keine Sipo oder Reichswehr anrücken, werden wir das Leben der Bürger und ihre Häuser schonen.
Alle Waffen, Hieb- und Stichwaffen, Schießwaffen aller Art, müssen sofort an die militärische Oberleitung abgegeben werden. Bei wem durch Haussuchung noch Waffen gefunden werden, wird auf der Stelle erschossen.
Alle Autos, Personen- und Lastwagen, müssen sofort zur militärischen Oberleitung gebracht werden. Geschieht dies nicht, so werden die Betreffenden erschossen. ...<<

Polen: Im April 1920 beginnt der polnisch-russische Krieg, da Marschall Pilsudski die polnischen Ostgrenzen von 1772 durchsetzen will.

Der polnische "Blitzfeldzug" gegen Sowjet-Rußland

Nach den Plänen der Briten und Franzosen sollte die polnische Ostgrenze ("Curzon-Linie) nicht über das polnische Siedlungsgebiet hinausgehen (x069/138). Polen wollte sich damit aber nicht begnügen. Während in Rußland ein blutiger Bürgerkrieg tobte, griffen polnische Truppen den geschwächten russischen Nachbarn im April 1920 an. Am 7. Mai 1920 eroberte die überlegene polnische Armee (148.500 Polen gegen 65.000 Sowjets) Kiew, die Hauptstadt der Ukraine (x047/134).
Nach einer großangelegten sowjetischen Gegenoffensive wurden die polnischen Truppen (Marschall Pilsudski) jedoch schnell zurückgedrängt. Im Juli 1920 stand die Rote Armee bereits vor Warschau. Hier konnte man die Russen jedoch mit französischer Waffenhilfe bzw. wegen Streitigkeiten der sowjetrussischen Armeeführer Tuchatschewski (1893-1937) und Budjonny (1883-1973) stoppen und zurückschlagen ("Wunder an der Weichsel"). Nach dem völlig überraschenden polnischen Sieg über die abgekämpften Truppen der Roten Armee erfolgte die östliche Verlagerung der polnisch-russischen Grenze.
Der polnische "Blitzfeldzug" gegen Sowjet-Rußland (April bis Oktober 1920) war äußerst erfolgreich, denn Polen konnte die bisherigen Volkstumsgrenzen um ca. 250 km nach Osten erweitern (x061/433). Die Länge der neuen polnisch-russischen Grenze betrug danach 1.412 km).
Die "neuen ostpolnischen Gebiete" wurden überwiegend von Ukrainern und Weißrussen bewohnt, die ausschließlich von primitiver Land- und Forstwirtschaft lebten. Zentrale Mittelpunkte waren Wilna, Brest und Rowno. Nach polnischen Angaben siedelten in diesen "ostpolnischen Gebieten" später rd. 8,9 Millionen Einwohner, davon waren etwa 6,0 Millionen Ukrainer und Weißrussen, ca. 1,5 Millionen Polen und 1,4 Millionen andere Minderheiten, vor allem Juden (x064/127).
Lenin erklärte nach der rigorosen bzw. maßlosen polnischen Grenzfestlegung (polnisch-sowjetischer Frieden von Riga vom 18. März 1921), daß man aus taktischen Gründen diese Grenze vorübergehend anerkennen müßte, aber diese Gebiete zu gegebener Zeit wiederholen würde.
Diese willkürliche polnische Grenzziehung löste in den folgenden Jahren ständig schwere polnisch-sowjetische Konflikte aus und führte schließlich im Jahre 1939 zum sowjetischen Einmarsch. Für die Ostdeutschen wirkte sich die polnische Expansionspolitik besonders verhängnisvoll aus, denn im Verlauf des Zweiten Weltkrieges einigten sich die Sowjetunion, die

westlichen Siegermächte und Polen schließlich zu Lasten der deutschen Ostprovinzen (Tausch der im Jahre 1920 besetzten ukrainischen und weißrussischen Gebiete gegen die deutschen Ostgebiete).

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 5.12.2009) über den polnisch-sowjetischen Krieg von 1920/21 (x887/...): >>**Wie polnisch war "Ostpolen"?**

Polens heutige Ostgrenze basiert weitgehend auf der vor 90 Jahren gezogenen Curzon-Linie

Die heutige Ostgrenze der Republik Polen entspricht weitgehend der sogenannten Curzon-Linie, die sich ihrerseits an der Volkstums- und Sprachgrenze orientiert.

Vor 90 Jahren verkündeten die Sieger des Ersten Weltkrieges auf der Pariser Friedenskonferenz die nach dem damaligen britischen Außenminister George Curzon benannte Linie als Demarkationslinie.

Die "14 Punkte" des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, auf deren Basis die Deutschen sich 1918 zum Friedensschluß bereit erklärt hatten, enthielten mit dem 13. auch einen Punkt über Polen und seine Grenzen: "Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind; diesem Staat sollte ein freier und sicherer Zugang zur See geöffnet werden, und seine politische sowohl wie wirtschaftliche Unabhängigkeit sollte durch internationale Übereinkommen verbürgt werden."

Anders als bei der Westgrenze zu Deutschland waren die Siegermächte des Ersten Weltkrieges bemüht, Polen im Osten eine Grenze zu geben, die dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, also der Volkstums- beziehungsweise Sprachgrenze entsprach. Polens östlicher Nachbar, das vormalige Zarenreich, zählten die Kriegssieger nämlich im Gegensatz zu Polens westlichem Nachbarn nicht zu ihren Gegnern. Zwar betrachteten sie Rußlands "Rote" wie die Deutschen als Paria, doch gaben sie sich noch längere Zeit der Hoffnung hin, daß die von ihnen unterstützten "Weißen" die zukünftigen Herren Rußlands wären.

Folgerichtig entwickelten die Sieger auf der Pariser Friedenskonferenz für Polens Abgrenzung gen Osten eine Demarkationslinie, die weitgehend der Sprachgrenze entsprach. Am 8. Dezember 1919 wurde der polnischen Regierung diese Linie mitgeteilt mit der Erlaubnis, bis dorthin ihre Verwaltung auszudehnen. Diese "Linie des 8. Dezember" bezeichnen wir heute als "Curzon-Linie".

Ebenso wie im Westen war die polnische Regierung jedoch auch im Osten nicht bereit, sich mit den mehrheitlich von ihren Landsleuten bewohnten Territorien zu begnügen.

Wilsons Vorgabe, daß der polnische Staat alle Gebiete "einzubegreifen" habe, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind, legte die Regierung vielmehr in der Weise aus, daß alles Polen sei, wo Polen leben, unabhängig davon, ob sie in ihrer Heimat die Mehrheit bilden.

Mit Waffengewalt trachtete Warschau nun zu gewinnen, was die Sieger in Paris ihnen nicht gewährt hatten. Rußlands Bolschewiki verhielten sich im Grunde ähnlich wie zuvor im Ersten Weltkrieg gegenüber den Mittelmächten.

Der Kampf um die Macht im Inneren gegen die "Weißen" hatte für sie Vorrang vor Grenzfragen im Konflikt mit ausländischen Mächten. Vielleicht hatten die Bolschewiki auch ähnlich wie beim Friedensschluß von Brest-Litowsk mit den Mittelmächten die Hoffnung, daß es doch nur um ein Provisorium ginge. Jedenfalls schlug Lenin selbst am 28. Januar 1920 Friedensverhandlungen auf Basis einer Demarkationslinie vor, die zwischen 280 und 400 Kilometer östlich der Volkstumsgrenze lag. Der polnischen Regierung reichte das jedoch nicht. Sie hoffte auf noch mehr Landgewinn.

Im Juni des Jahres wendete sich jedoch das Schlachtenglück. Polens Streitkräfte gerieten in die Defensive und mußten sich zurückziehen. Bis zum Juli rückten die Russen bis zur Curzon-Linie vor. In dieser Situation bat der polnische Premier die auf der Konferenz von Spa verein-

ten alliierten Staatsmänner um Hilfe.
Ein weiteres Mal versuchten nun die Alliierten, die "Linie vom 8. Dezember" als Grenze durchzusetzen. Nachdem sich die polnische Seite am 10. Juli 1920 zum Rückzug hinter die Curzon-Linie verpflichtet hatte, schlugen die Alliierten telegrafisch den Russen einen Waffenstillstand mit ihr als Demarkationslinie vor. Da das entsprechende Telegramm vom britischen Außenminister George Curzon unterschrieben war, begann sich der Name "Curzon-Linie" durchzusetzen.
Um ihrem Vorschlag Nachdruck zu verleihen, hatten die Alliierten den Russen für den Fall des Überschreitens der Linie mit der militärischen Unterstützung Polens gedroht. Das hinderte die Sowjets nicht, ihren Vormarsch fortzusetzen. Mit alliierter Unterstützung gelang es den Polen allerdings, die Russen im August 1920 vor Warschau zu stoppen.
Analog zum "Wunder an der Marne" spricht man in diesem Zusammenhang gerne vom "Wunder an der Weichsel". Nun bewegte sich die Front wieder Richtung Osten und es waren die Russen, die einen Friedensvertrag auf Basis der Curzon-Linie vorschlugen. Dazu waren aber wiederum die Polen nicht bereit. Das Ergebnis der von den Alliierten vermittelten Friedensverhandlungen war schließlich der Friede von Riga.
In diesem am 18. März 1921 geschlossenen Frieden konnte Polen eine rund 250 Kilometer östlich der Volkstumsgrenze liegende Staatsgrenze durchsetzen. Selbst nach polnischen Angaben umfaßte die Bevölkerung zwischen der Curzon-Linie und der nunmehrigen polnischen Ostgrenze in den frühen 1920er Jahren etwa sechs Millionen Ukrainer und Weißrussen, etwa 1,4 Millionen andere, vor allem Juden und Litauer, aber nur etwa 1,5 Millionen Polen - also etwa 17 Prozent. Dennoch wird das Gebiet zwischen der Volkstumsgrenze beziehungsweise Curzon-Linie im Westen und der in Riga gezogenen Ostgrenze bis zum heutigen Tage in der Bundesrepublik regelmäßig als "Ostpolen" bezeichnet.
Angesichts der Polenfreundlichkeit des Westens mag diese fälschliche Verwendung des Begriffs politisch gewollt sein, aber sie bleibt grob falsch.
Verständlicherweise revidierte Moskau die Friedensregelung von Riga, als Berlin ihm hierzu mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 und dem anschließenden Angriff auf Polen die Möglichkeit bot. Bemerkenswerterweise verzichtete die Sowjetunion - mit Ausnahme des zu erheblichen Teilen weißrussisch-sprachigen Gebietes um Bialystok - auf die Annektierung polnischen Territoriums und begnügte sich nach dem erfolgreichen Polenfeldzug im Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 mit dem nichtpolnischen "Ostpolen".
Von westalliierter Seite wurde zwar noch versucht, die Sowjetunion für eine östlich von Lemberg verlaufende B-Variante der Curzon-Linie zu gewinnen, aber diese verzichtete nur auf das westlich der Curzon-Linie liegende Bialystok. Die UdSSR ist nun schon seit fast einem Jahrzehnt Geschichte, aber die von ihr gezogene Ostgrenze Polens auf der Basis der Curzon-Linie hat bis heute Bestand.<<

06.05.1920

Deutsches Reich: Dänische Truppen besetzen am 6. Mai 1920 Nordschleswig (Abstimmungsgebiete).

01.06.1920

CSR: Im Verlauf der Prager Parlamentseröffnung erklärt am 1. Juni 1920 der Sudetendeutsche Verband (x024/40-41): >>Die tschechoslowakische Republik ist daher das Ergebnis eines einseitigen tschechischen Willensaktes und hat diese Gebiete widerrechtlich und mit Waffengewalt besetzt. Die deutschen Sudetenländer sind in der Tat um ihren Willen niemals befragt worden, und das Ergebnis der Friedensverträge ist daher ... die Sanktionierung eines Gewalt-, aber niemals eines Rechtszustandes.
Wir verwerfen daher die Fabel vom rein tschechischen Staate und von der "tschechoslowaki-

schen Nation" sowie von der "tschechoslowakischen Sprache" als mit den Tatsachen handgreiflich im Widerspruch stehend.
Wir werden niemals die Tschechen als Herren anerkennen, niemals uns als Knechte in diesem Staat fügen.
Unrecht kann auch durch tausendjährige Übung niemals Recht werden, solange es nicht von den Betreffenden selber auf Grund freier Entschließung anerkannt wurde, und wir verkünden demnach feierlich, daß wir niemals aufhören werden, die Selbstbestimmung unseres Volkes zu fordern, daß wir dies als den obersten Grundsatz aller unserer Maßnahmen und unseres Verhältnisses zu diesem Staate, den gegenwärtigen Zustand als unser unwürdig und mit den Grundsätzen moderner Entwicklung unvereinbar betrachten. ...<<

04.06.1920

Ungarn: Nach der Unterzeichnung des "Friedensvertrages" von Trianon (4. Juni 1920) verliert Ungarn als Kriegsanstifter des Ersten Weltkrieges rd. 68 % aller bisherigen Gebiete (einschließlich der wichtigen Mittelmeerküste) und fast 60 % der ungarischen Staatsbürger (x019/91). Ungarn muß die Slowakei und die Karpaten-Ukraine an die Tschechoslowakei, Kroatien an Jugoslawien, das Banat an Jugoslawien und Rumänien sowie Siebenbürgen an Rumänien abtreten.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über "Trianon" (x051/585-586): >>Trianon, Lustschlösser im Park von Versailles. Im 1687/88 errichteten Grand Trianon wurde am 4.6.20 der Friede zwischen den Alliierten des Ersten Weltkrieges und Ungarn als einem Rechtsnachfolger der Donaumonarchie und damit als Verliererstaat unterzeichnet.
Der Friede von Trianon war nach dem Muster des Versailler Vertrages mit Kriegsschuldpassus, Rüstungsbeschränkungen, Reparations- und Abtretungsverpflichtungen verbunden und ordnete unter Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker 60 % der ungarischen Bevölkerung fremden Staaten zu.
Die ungarische Politik bis in den Zweiten Weltkrieg war daher bestimmt von Revisionsforderungen und führte das Land in die Nähe zum faschistischen Italien und zum nationalsozialistischen Deutschland.<<

20.06.1920

Jugoslawien: Jüngere deutsche Akademiker gründen am 20. Juni 1920 in Neusatz den "Schwäbisch-Deutschen Kulturbund", um die bisherigen volks- und kulturpolitischen Erfolge zu sichern (x006/30E).

10.08.1920

Armenien: Der im Jahre 1918 neugegründete Staat Armenien wird zwar am 10. August 1920 im Friedensvertrag von Sèvres bestätigt, aber die türkische Regierung weigert sich, die Republik Armenien anzuerkennen.
Als türkische Truppen danach die armenischen Einheiten entscheidend besiegen (Frieden von Gümrü vom 2. Dezember 1920), besetzt Sowjet-Rußland im November 1920 die armenische Hauptstadt Eriwan. Die Republik Armenien wird anschließend 1921 zwischen dem Osmanischen Reich und Sowjet-Rußland aufgeteilt und "für alle Zeiten" liquidiert.
Osmanisches Reich: Infolge des Friedensvertrages von Sèvres wird das Osmanische Reich am 10. August 1920 fast aus Europa verdrängt (Ausnahme: Konstantinopel mit dem Hinterland). Das Osmanische Reich verliert u.a. folgende Teile ihrer ehemaligen Gebiete: Mazedonien an Griechenland, Dodekanes und Rhodos an Italien (bis 1947), Syrien an Frankreich, Palästina und Irak an England.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über "Sèvres" (x051/536): >>Sèvres, Vorort von Paris, in dem am 10.8.20 der Friedensvertrag zwischen den Alliierten und der Türkei unterzeichnet wurde, die im Ersten Weltkrieg auf Seiten der Mittelmächte gekämpft hatte.

Die demütigenden Bestimmungen von Sèvres (u.a. umfangreiche Gebietsabtretungen, z.T. sogar in Kleinasien an Griechenland) lösten 1921/22 den türkisch-griechischen Krieg aus und galten als typisch für die wenig weisen Pariser Vorortverträge.<<

13.08.1920

Deutsches Reich: Hitler hält am 13. August 1920 in Münchener Hofbräuhaus eine antisemitische Hetzrede ("Warum sind wir Antisemiten?").

14.08.1920

CSR: Die Tschechoslowakei und Jugoslawien schließen am 14. August 1920 ein Defensivbündnis gegen eine eventuelle österreichisch-ungarische Revisionspolitik.
1921 folgt ein Bündnis mit Rumänien (x041/85).

10.10.1920

Österreich: Die serbische Besatzungsmacht muß nach der österreichischen Volksabstimmung vom 10. Oktober 1920 aus Österreich (Steiermark und Kärnten) abrücken (x041/84).

Oktober 1920

Polen: Nach dem Sieg über Sowjet-Rußland (polnisch-russischer Krieg von April bis Oktober 1920) verlagert Polen die bisherigen Grenze um ca. 250 km östlich der von England empfohlenen Volkstumsgrenze (Curzon Linie).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Curzon-Linie" (x051/105):
>>Curzon-Linie, nach dem britischen Außenminister G. N. Curzon (1859-1925) benannte und von ihm am 11.7.20 vorgeschlagene Demarkationslinie zwischen Polen und der Sowjetunion: Dünaburg - Wilna - Grodno - Brest, dann dem Bug folgend und Galizien durchschneidend bis Przemysl.
Polen lehnte die Curzon-Linie nach dem Sieg über die Rote Armee bei Warschau (August 20) ab und verlegte die Grenze 250 km weiter nach Osten. 1939 diente die Curzon-Linie zur Orientierung bei der Abgrenzung der Interessensphären im Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag und 1945 bei der polnisch-sowjetischen Grenzziehung.<<

16.11.1920

CSR: In Prag ereignen sich am 16. November 1920 nach antitschechischen Demonstrationen in Eger schwere Ausschreitungen gegen die Deutschen. Die Redaktionsräume des deutschen "Prager Tageblattes" und das "Deutsche Haus" werden verwüstet.
Das seit 1783 bestehende deutsche Landestheater wird danach von den Tschechen besetzt. Alle Theateraufführungen sollen nur noch in tschechischer Sprache stattfinden (x034/121).

21.11.1920

Sowjet-Rußland: Lenin kündigt am 21. November 1920 an, nach der "proletarischen Revolution in Rußland" die Weltrevolution durchzusetzen (x125/58): >>Als wir vor drei Jahren die Frage nach den Aufgaben und Bedingungen des Sieges der proletarischen Revolution in Rußland stellten, haben wir stets ausdrücklich erklärt, daß dieser Sieg nicht als gesichert gelten kann, wenn Rußland nicht von der proletarischen Revolution im Westen unterstützt wird. ...
Damit unser Sieg sicher sei, muß die proletarische Revolution in allen oder zumindest in einigen kapitalistischen Ländern siegen. ...
Wir sind in einer Situation, wo wir zwar noch nicht international gesiegt haben, was der einzige sichere Sieg für uns wäre, wo wir uns aber Bedingungen erkämpft haben, unter denen wir neben den kapitalistischen Staaten bestehen können, die jetzt gezwungen sind, wirtschaftliche Beziehungen mit uns aufzunehmen. ...<<
Der deutsche Historiker Walter Post berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über Lenins Außen- und Rüstungspolitik (x853/...): >>...
Die Kommunistische Partei Rußlands, die "Bolschewiki", verstand sich als eine Partei der Berufsrevolutionäre, deren erklärtes Endziel die Errichtung einer sozialistischen Weltrepublik war. Zunächst gelang es den Bolschewiki aber nur, begünstigt durch die Wirren des Weltkrie-

ges, im November 1917 einen Umsturz im industriell rückständigen Rußland herbeizuführen. Weitere sozialistische Revolutionen in Europa blieben aus oder scheiterten, und im eigenen Land mußten die Bolschewiki die soeben errungene Macht in einem mit größter Grausamkeit geführten Bürgerkrieg behaupten.
Im Dezember 1920, kurz nach Beendigung des Bürgerkrieges, formulierte Lenin eine Doktrin für die zukünftige sowjetische Außenpolitik. Die Sowjetunion war zu jener Zeit noch industriell rückständig und militärisch schwach, so daß sie sich auf keine bewaffnete Auseinandersetzung mit den westlichen Großmächten einlassen konnte.
Aber in der kapitalistischen Welt, zwischen Japan und den USA, zwischen den USA sowie England und Frankreich, und schließlich zwischen Deutschland und den Siegermächten des Ersten Weltkrieges existierten unüberbrückbare Interessengegensätze, die sich, so Lenin, über kurz oder lang in einem neuen bewaffneten Konflikt, einem "zweiten imperialistischen Krieg" entladen würden (der "erste imperialistische Krieg" war der Weltkrieg 1914/18 gewesen). Diese Gegensätze mußte die Sowjetunion ausnutzen:
"Das Wesentliche ... ist ... die Regel ... daß man die Widersprüche und Gegensätze zwischen zwei imperialistischen Mächtegruppen, zwischen zwei kapitalistischen Staatengruppen ausnutzen und sie aufeinanderhetzen muß. Solange wir nicht die ganze Welt gewonnen haben, solange wir, wirtschaftlich und militärisch gesehen, noch schwächer sind als die übrige, die kapitalistische Welt, solange haben wir uns an diese Regel zu halten ... Sobald wir aber stark genug sind, den gesamten Kapitalismus niederzuwerfen, werden wir ihn sofort an der Gurgel packen."
Lenin schloß mit den Worten:
"Solange es den Kapitalismus neben dem Sozialismus gibt, können sie nicht in Frieden leben. Der eine oder der andere wird zuletzt siegen. Entweder wird man die Sowjetrepublik oder den Weltkapitalismus zu Grabe tragen."
Der Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab, die sozialistische Weltrevolution, war nicht nur das Ziel Lenins, sondern das aller bolschewistischen Führer. So erklärte Stalin Ende 1918:
"Der Westen mit seinen imperialistischen Kannibalen hat sich in einen Herd der Finsternis und Sklaverei verwandelt. Die Aufgabe besteht darin, diesen Herd zum Glück und zur Freude der Werktätigen aller Länder zu zerschlagen."
Nach dem Tode Lenins im Januar 1924 konnte sich nach längeren innerparteilichen Auseinandersetzungen Stalin als sein Nachfolger, als neuer Führer der KPdSU und der kommunistischen Weltbewegung, durchsetzen. ...<<

29.11.1920

Sowjet-Rußland: Der Oberste Volkswirtschaftsrat erläßt am 29. November 1920 ein Dekret über die Verstaatlichung der kleineren industriellen Unternehmen (x058/305-306):
>>1. Alle industriellen Unternehmen, die privaten Personen oder Gesellschaften gehören und mehr als 5 Arbeiter mit maschineller Kraft oder mehr als 10 Arbeiter ohne maschinelle Kraft beschäftigen, werden zum Nationaleigentum erklärt.
2. Das gesamte Eigentum, die Geschäftsaktiva und das Kapital der in § 1 spezifizierten Unternehmen werden, wo immer sich dieses Eigentum befindet und woraus es auch besteht, zum Eigentum der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik erklärt.<<

01.12.1920

Deutsches Reich: Carl von Ossietzky schreibt am 1. Dezember 1920 in der "Berliner Volkszeitung" über die schwierige Lage der Deutschen (x034/123): >>... Man macht nicht gern Geschäfte mit einer besiegten Republik, von der man glaubt, sie könnte über Nacht aufhören, es zu sein. ...
Wir Deutschen haben wie jedes andere Volk, ein Recht auf nationales Eigenleben und nationale Freiheit. ...<<

1920

Deutsches Reich: Im Deutschen Reich fallen von 1918-20 rd. 196.000 Menschen einer Grippeepidemie zum Opfer. Diese Grippeepidemie fordert von 1918-20 weltweit rund 20,0 Millionen Todesopfer (x074/1.031).

In Deutschland erkranken im Jahre 1920 außerdem 11,9 Millionen Tiere an der gefürchteten Maul- und Klauenseuche (x074/1.041).

Der deutsche Schriftsteller Ernst Jünger (1895-1998, Soldat im 1. und 2. Weltkrieg) berichtet im Jahre 1920 in seinem Kriegstagebuch "In Stahlgewittern" (x058/319): >>... Wir sind nicht gewillt, diesen Krieg aus unserem Gedächtnis zu streichen, wir sind stolz auf ihn. Wir sind durch Blut und Erinnerung unlöslich verbunden. Und schon wächst in unseren Lücken eine neue und kühnere Jugend hinein. Wir brauchen für die kommenden Zeiten ein eisernes, rücksichtsloses Geschlecht. Wir werden wieder die Feder durch das Schwert, die Tinte durch das Blut, das Wort durch die Tat, die Empfindsamkeit durch das Opfer ersetzen – wir müssen es, sonst treten uns andere in den Dreck.

Wir haben aus der Revolution gelernt, daß jede Bewegung ohne eine große, uneigennützige Idee so wenig innere Überzeugungskraft besitzt, daß nicht ein einziger für sie ins Feuer geht. Uns aber leite über alles Niederträchtige hinweg unsere große, klare und verbindende Idee: das Vaterland, in seinem weitesten Sinne gefaßt. Dafür sind wir alle zu sterben bereit. Das haben wir voraus vor allem, was jetzt die Zeit erfüllt: Wir sind zum Opfer gewillt.

Eine Zeit von einer Brutalität, von der wir uns noch gar keine Vorstellung machen können, zieht herauf, ja wir sind schon mitten darin. Vor dem Ereignis wird jede Debatte zu Schaum, über den ganzen Wust von Redensarten, die uns fruchtlos ermüden, über Krämer, Literaten und Schwächlinge wird die Aufforderung zur Tat in das neue Europa fegen, eine reißende Flutwelle mit blutrotem Kamm. Denn der Friede weilt nicht beim Feigling, sondern beim Schwert.

Noch sind nicht alle Furchtlosen verschüttet unter Ruinen, die Deutschland begraben. Tragen wir in unsere neuen Aufgaben das alte, eisengewohnte Tempo hinein! ...<<

Dr. Horst Heidtmann schreibt später über Ernst Jünger (x051/294): >>Jünger, Ernst, geboren in Heidelberg 29.3.1895, (gestorben in Riedlingen, Württemberg 17. Februar 1998), deutscher Schriftsteller und Essayist; gehörte neben G. Hauptmann und Benn zu den bedeutendsten Autoren, die in Deutschland zwischen 1933 und 45 literarisch tätig blieben und veröffentlichen konnten.

Die frühen Werke Jüngers, Kriegsfreiwilliger von 1914, sind geprägt vom "Krieg als inneres Erlebnis"; sein erster Roman "In Stahlgewittern" (1920; 28. Auflage 1984), tagebuchartig, authentisch erzähltes, vorbehaltloses Bekenntnis zum Krieg, beschreibt die Schlacht als "Kunstwerk, wie es Männern Freude macht", idealisiert Tapferkeit vor dem Feind und den "Durst nach Blut".

Jünger gehörte zu den wichtigsten Vertretern der "Frontgeneration", der seinen "heroischen Realismus" gegen den Pazifismus der Weimarer Republik setzte und an dem die Nationalsozialisten besonders schätzten, daß er "Krieg nicht als Ende, sondern als Auftakt" sah, als "sinnbestimmende Macht völkischen Lebens".

Mit seiner mythischen Verklärung der "Frontgemeinschaft" gehörte Jünger zwar zu den intellektuellen Wegbereitern der Nationalsozialisten, doch sah er selbst in diesen nicht die erhoffte "hochgemute Elite".

Jünger, der zeitweise den nationalbolschewistischen Ideen des Kreises um Niekisch nahestand, lehnte 1933 einen Sitz im Reichstag ebenso ab wie die Mitgliedschaft in der Preußischen Dichterakademie und geriet mit seinem elitären, aristokratischen Denken immer stärker in Widerspruch zu dem als "geistlos" empfundenen Totalitarismus der nationalsozialistischen Massenbewegung, die er in seinem Schlüsselroman "Auf den Marmorklippen" (1939) offen

kritisierte (Hitler als Oberförster).
Unter Rückzug auf eine konservativ-esoterische Position blieb Jünger auch nach 1945 als Autor produktiv und erhielt zahlreiche literarische und politische Ehrungen (Bundesverdienstkreuz). Das gab zum Teil, wie bei der Verleihung des Goethe-Preises der Stadt Frankfurt 1982, Anlaß zu Kontroversen, da Jünger zwar für die Neuveröffentlichung seiner Frühwerke Formulierungen milderte, sich aber letztlich nicht von diesen distanzierte. Noch kurz vor seinem 90. Geburtstag umschrieb Jünger seine Rolle als Autor mit "Feldherr des Geistes".<<
Die "Sozialistische Arbeiterjugend" singt im Jahre 1920 erstmalig das "Weimarlied" des Lyrikers und Erzählers Hermann Claudius (x067/99):
>>1. Wann wir schreiten Seit' an Seit'
und die alten Lieder singen
und die Wälder widerklingen,
fühlen wir, es muß gelingen:
Mit uns zieht die neue Zeit.

2. Eine Woche Hammerschlag,
eine Woche Häuserquadern
zittern noch in unsren Adern.
Aber keiner wagt zu hadern:
Herrlich lockt der Sonnentag. ...

4. Birkenlaub und Saatengrün:
Wie mit bittender Gebärde
hält die alte Mutter Erde,
daß der Mensch ihr eigen werde,
ihm die vollen Hände hin. ...

6. Mann und Weib und Weib und Mann
sind nicht Wasser mehr und Feuer.
Um die Leiber legt ein neuer
Frieden sich. Wir blicken freier,
Mann und Weib, uns an.

7. Wann wir schreiten Seit' an Seit'
und die alten Lieder singen
und die Wälder widerklingen,
fühlen wir, es muß gelingen:
Mit uns zieht die neue Zeit.<<
Österreich: Prof. P. M. Brown (Universität Princeton) schreibt im Jahre 1920 über die Regelung der österreichischen Frage (x028/46-47): >>Im Fall Österreich-Ungarn liegt es nicht nur offen zutage, daß die Friedenskonferenz versäumte, das Recht auf Selbstbestimmung zu definieren oder Vorschriften für seine praktische Anwendung zu erlassen, sondern, was noch schwerer wiegt, es liegt klar zutage, daß keine einmütige Absicht vorlag, eine Gerechtigkeit, die keinen anderen Standard kennt als die gleichen Rechte der verschiedenen betroffenen Völker, auszuloten.
Die vorherrschenden Motive der Friedenskonferenz waren anscheinend: Erstens, die getreuen Verbündeten zu belohnen, zweitens, den besiegten Feind mit Strenge zu behandeln und drittens, ein neues Gleichgewicht der Mächte zu schaffen.<<
CSR: Bei den tschechischen Parlamentswahlen im Jahre 1920 erhält die Deutsche Sozialde-

mokratische Arbeiterpartei 43 % aller deutschen Stimmen und wird stärkste Partei (x206/26).
Sowjet-Rußland: Lenin schreibt im Jahre 1920 über "Das Grundgesetz der Revolution" (x272/23-24): >>... Das Grundgesetz der Revolution, das durch alle Revolutionen, insbesondere durch die drei russischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts, bestätigt worden ist, besteht in folgendem:
Zur Revolution genügt es nicht, daß die ausgebeuteten und geknechteten Massen die Unmöglichkeit, in alter Weise weiterzuleben, einsehen und eine Änderung fordern; zur Revolution ist nötig, daß die Ausbeuter nicht mehr in der alten Weise leben und regieren können.
Nur wenn die "unteren Schichten" die alte Ordnung nicht mehr wollen und die "Oberschichten" in der alten Weise nicht mehr leben können – nur dann kann die Revolution siegen.
Mit anderen Worten kann man diese Wahrheit so ausdrücken:
Die Revolution ist ohne eine Krise der gesamten Nation (die Ausgebeutete wie Ausbeuter erfaßt) unmöglich.
Folglich gehört zur Revolution erstens, daß die Mehrheit der Arbeiter (jedenfalls die Mehrheit der klassenbewußten, denkenden, politisch aktiven Arbeiter) die Notwendigkeit der Umwälzung vollkommen begriffen hat und bereit ist, ihretwegen in den Tod zu gehen; zweitens, daß die herrschenden Klassen eine Regierungskrise durchmachen, die sogar die rückständigsten Massen in die Politik hineinzieht (das Merkmal einer wirklichen Revolution ist: die schnelle Verzehnfachung, ja sogar die Verhundertfachung der zum politischen Kampf fähigen Vertreter der werktätigen und ausgebeuteten Massen, die bis dahin apathisch waren), die Regierung schwächt und den Revolutionären den schnellen Sturz dieser Regierung ermöglicht. ...<<
Ungarn: Miklos von Horthy (1868-1957) wird im Jahre 1920 zum Staatsoberhaupt und Reichsverweser gewählt. Die bisherige feudalistische Ordnung wird beibehalten (keine "Bodenreform").
Italien: Ein Anhänger des Faschismus schreibt im Jahre 1920 an den Chefredakteur einer kommunistischen Zeitung (x149/26-27): >>Italien kann nicht kommunistisch werden. Es ist kein Industrieland. Die Arbeiter werden sich damit abfinden müssen, wieder Landarbeiter zu werden. Die organisierten Mitglieder eurer Partei werden wir beim Bau von Kraftwerken einsetzen, die anderen werden wir zur Urbarmachung in die Sumpf- und Malariagebiete schikken; während sie dort den Reichtum des Landes mehren, werden Sumpf und Malaria auch ihre revolutionären Fieberschauer abkühlen.
Es ist überdies an der Zeit, mit diesem Luxus des Landarbeiters Schluß zu machen, die ihre Töchter in Seide kleiden – besser als die würdigsten jungen Damen der bürgerlichen Familien.
...
Die Offiziere des Heeres stehen auf unserer Seite, sie versorgen uns mit Waffen und Munition. Wir sind mächtig und klug organisiert. ... Wir lassen euch von der Polizei entwaffnen, bevor wir euch selbst entgegentreten, nicht weil wir Angst vor euch haben (ihr könntet bestenfalls unser Mitleid erregen), sondern weil unser Blut zu wertvoll ist, als daß es im Kampf gegen minderwertigen feigen Pöbel vergossen werden könnte.<<
Spanien: Franco tritt im Jahre 1920 in die spanische Fremdenlegion ein.
USA: Bei den nordamerikanischen Präsidentenwahlen des Jahres 1920 wird der Demokrat Thomas W. Wilson deutlich geschlagen. Danach regieren bis 1933 nur noch Präsidenten der Republikanischen Partei.
Der nordamerikanische Großindustrielle Henry Ford erläutert Anfang der zwanziger Jahre das "Amerikanische System" und fordert ein "ungehemmtes Wachstum" für die Industrie (x149/-52): >>Wie heißt der Leitgedanke der Industrie? Der wahre Leitgedanke heißt nicht Geldverdienen. Der industrielle Leitgedanke fordert die Schaffung einer nützlichen Idee und deren Vervielfältigung ins Vieltausendfache, bis sie allen zugute kommt.
Produzieren und immer mehr produzieren; ein System ersinnen, auf Grund dessen das Produ-

zieren zu einer hohen Kunst wird; die Produktion auf eine Basis stellen, die ein ungehemmtes Wachstum und den Bau immer zahlreichere Werkstätten, die Hervorbringung immer zahlreicherer nützlicher Dinge ermöglicht – das ist der wahre industrielle Leitgedanke. ...
Wir lehren Kinder, ihr Geld zu sparen. Als Mittel gegen gedankenloses und egoistisches Geldausgeben ist das von Wert. Positiven Wert hat es nicht; es führt das Kind nicht auf die sicheren, gesunden Wege nützlichen Selbstausdrucks und Selbstverbrauchs. Es ist besser, das Kind zu lehren, sein Geld anzulegen und zu verbrauchen, als zu sparen. ...
Das Prinzip des richtigen Verbrauchs ist die einzig untrügliche Richtschnur. Verbrauch ist positiv, aktiv, lebensspendend. Verbrauch ist lebendig. Verbrauch erhöht die Summe alles Guten. ...<<
Der nordamerikanische Großindustrielle Henry Ford veröffentlicht im Jahre 1920 das antisemitische Buch "The International Jew".
Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtet später (im Jahre 2010) in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über den Antisemitismus in den USA (x318/52-53): >>… Die nordamerikanische Republik ist vor allem eines der Länder, das am meisten zur Verbreitung eines Motivs beiträgt, das später in der ideologischen Vorbereitung der "Endlösung" eine fatale Rolle spielen wird. Schon vor den Naziideologen und –agitatoren ist die These von einer geheimen jüdischen Steuerung der revolutionären Bewegung, die den Westen erschüttert, den US-Ideologen der white supremacy geläufig. Madison Grant unterstreicht die "semitische Führung" des "Bolschewismus", und Lothrop Stoddard brandmarkt das "bolschewistische Regime Sowjetrußlands" als "weitgehend jüdisch".
Doch in diesem Zusammenhang sollte unsere Aufmerksamkeit besonders der Figur von Henry Ford gelten. Sofort nach dem Oktober 1917 bemüht sich der Magnat der Autoindustrie darum, die bolschewistische Revolution als das Resultat eines jüdischen Komplotts zu denunzieren, und gründet 1919 zu diesem Zweck eine in hoher Auflage gedruckte Zeitschrift, den Dearborn Independent. Die dort abgedruckten Artikel werden im November 1920 in Buchform mit dem Titel "Der internationale Jude" veröffentlicht, das sofort zum Bezugspunkt für den internationalen Antisemitismus wird.
Dort kann man Thesen nachlesen, die eine zentrale Rolle innerhalb der Naziideologie spielen "die russische Revolution ist rassischen (jüdischen), nicht politischen Ursprunges", sie bediente sich humanitärer und sozialistischer Schlagworte, bringe in Wirklichkeit aber ein "rassisches Weltherrschaftsstreben" zum Ausdruck. Fords Buch trägt außerdem stark dazu bei, den – im Umkreis der zaristischen Geheimpolizei gefälschten und 1903 zuerst in St. Petersburg auf russisch veröffentlichten – Protokollen der Weisen von Zion Glaubwürdigkeit und Verbreitung zu verschaffen.
Später werden prominente Nazibonzen wie Baldur von Schirach und sogar Heinrich Himmler erklären, von Ford inspiriert worden oder von ihm ausgegangen zu sein. Besonders Himmler behauptet, erst nach der Lektüre des Buches von Henry Ford "die ganze Gefährlichkeit des Judentums" erkannt zu haben: "Es war für uns Nationalsozialisten die Offenbarung". Darauf folgte die Lektüre der Protokolle. "Diese beiden Bücher wiesen uns den Weg, den wir zu beschreiten hatten, um die gequälte Menschheit von dem größten Feinde aller Zeiten, dem internationalen Juden, zu befreien".
Im übrigen hätte – nach Himmler – das Buch von Ford zusammen mit den Protokollen sowohl für seine als auch für die Formierung des Führers eine "ausschlaggebende" Rolle gespielt. Sicher ist, daß "Der Internationale Jude" im Dritten Reich weiterhin mit großen Ehren und mit Vorworten veröffentlicht wird, die das entscheidende historische Verdienst des amerikanischen Autors und Industriellen hinsichtlich der Klärung der "Judenfrage" hervorheben und eine Art Kontinuität von Henry Ford zu Adolf Hitler herausstreichen. …<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtet später (am 29. Juli 2008) über den US-Unternehmer Henry Ford: >>**Henry Ford und die Nazis Der Diktator von Detroit**

Unternehmer, Wohltäter - und Hitlers Vorbild: Der amerikanische Autofabrikant Henry Ford revolutionierte nicht nur die Fließbandproduktion, mit seinen antijüdischen Thesen inspirierte er auch den deutschen Diktator - und erhielt dafür 1938 eine besondere Auszeichnung der Nazis. …

Gute Beziehungen zu Deutschland pflegte Henry Ford schon seit den zwanziger und dreißiger Jahren, als seine Firma mit General Motors um den lukrativen deutschen Markt konkurrierte. Hitler selbst bewunderte die amerikanische Art der Massenproduktion, und besonders bewunderte er Henry Ford, der ihm mit seinen antisemitischen Schriften eine Inspiration war, wie er 1931 einem Reporter aus Detroit erzählte. Der spätere Reichskanzler hatte zu diesem Zeitpunkt bereits ein Porträt des Fabrikanten neben seinen Schreibtisch gehängt.

Antisemitische Thesen

Henry Ford lenkte die Ford Motor Company von Anfang an wie ein Diktator. Es war wohl dieser Führungsstil, der 1928 die "New York Times" veranlasste, ihn als "Mussolini of Highland Park" zu bezeichnen. So war Ford vielleicht ein Wohltäter - aber mit eigenem Überwachungsstaat.

Ford gebar sich indes nicht nur wie ein Diktator, wie Hitler war auch er ein überzeugter Antisemit. Ausdruck dessen: der "Dearborn Independent", eine Zeitung, die Ford von 1919 bis 1927 herausgab. In seinen Artikeln unterstellte der Autor "den Juden" beispielsweise Faulheit und Raffgier: "Mehr als jede andere Rasse zeigt er (der Jude - Anm. d. Red.) eine ausgeprägte Abneigung gegen körperliche gewerbliche Arbeit, gleicht dies durch seine ebenso entschiedene Eignung zum Handel aus." Mehrere gerichtliche Klagen gegen solche Inhalte zwangen Ford schließlich, die Zeitung einzustellen.

1920 veröffentlichte Ford mit seinem Buch "The International Jew: The World's Problem" eine Sammlung antisemitischer Pamphlete, die zuvor im "Dearborn Independent" erschienen waren. Die These des Buchs lautete, das "Weltjudentum" habe sich zusammengeschlossen, um mit Hilfe seiner Macht im Wirtschaftssektor die Weltherrschaft zu erlangen.

Hitler hatte das Buch bereits in den zwanziger Jahren gelesen und bezeichnete es als große Inspiration. Die 1921 erschienene deutsche Übersetzung war später in NSDAP-Kreisen äußerst beliebt. Im gleichen Jahr finanzierte Ford auch die Übersetzung und Veröffentlichung der "Protokolle der Weisen von Zion" in den USA. Die Sammlung fiktiver Protokolle, die eine Weltverschwörung des "internationalen Judentums" beweisen sollten, ist die wahrscheinlich erste weitverbreitete Verschwörungstheorie. …<<

Der nordamerikanische Journalist und Schriftsteller John Reed (1887-1920, der seit 1917 als Augenzeuge über die russische Revolution berichtet) schreibt im Jahre 1920 über Stalin (x080/135): >>Er ist kein Intellektueller wie die anderen Männer, denen man hier begegnet. Er ist nicht einmal besonders gut informiert, aber er weiß, was er will. Er besitzt eine starke Willenskraft, und er wird eines Tages ganz oben sein. ...<<

China: Ein Erdbeben in Kansu fordert im Jahre 1920 etwa 80.000 Todesopfer (x175/60).

1921

> Fanatismus ist die einzige Willensstärke, zu der auch die Schwachen gebracht werden können.
> *Friedrich Nietzsche (1844-1900, deutscher Philosoph und Dichter)*

24.01.1921

Frankreich, Deutsches Reich: Während der Konferenz von Paris (24.-29.01.1921) fordern die Siegermächte eine Entschädigung von 269 Milliarden Goldmark, zahlbar in 42 Jahresraten (eine unveränderliche feste Hauptsumme von 226 Milliarden und eine veränderliche Neben-

summe von 43 Milliarden Goldmark). Ferner verlangt man eine 42jährige Ausfuhrabgabe von jährlich etwa 1-2 Milliarden Goldmark (x041/85).
Nach Bekanntgabe dieser unfaßbaren Forderung reagiert das deutsche Volk mit großer Empörung oder völliger Verzweiflung.
Der deutsche Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin berichtet später über die nach dem Ersten Weltkrieg zu zahlenden Reparationen (x286/41-42): >>... Womit hätten die Deutschen zahlen sollen? Nachdem ihnen Land und der Rest ihrer Schätze (Gold war im Krieg draufgegangen) genommen waren, konnten sie nur mit Hilfe von Waren leisten. Diese Waren aber wollten die Alliierten nicht abnehmen.
Deutschland hatte - wie immer – eine passive Handelsbilanz (importierte also mehr als es exportieren konnte). Wie sollte es aus einem Überschuß seine Schulden tilgen?
Der englische Ökonom John Maynard Keynes erkannte mit seinem in Cambridge und mit langer Lektüre der "Times" geschulten Intellekt, daß das nicht funktionieren konnte. Er wurde als Berater des englischen Schatzamtes Mitglied der Friedensdelegation und schrieb 1919 ein Buch über die "Wirtschaftlichen Folgen des Friedens". Sein Gedanke "Deutschland kann nicht bezahlen, da die Sieger ihm verwehren, Überschüsse zu erwirtschaften". Mit dem Buch wurde Keynes weltberühmt – ein Beweis, daß gesunder Menschenverstand damals noch in Ehren stand. Genutzt hat es nichts.
Die deutschen Reparationen wurden 1920 auf 226,4 Milliarden Goldmark festgesetzt. Das war 36mal soviel, wie die Deutschen im letzten großen Krieg, den gegen Frankreich 1871, als Kontribution kassiert hatten. ...
1921 wurden die Deutschen angewiesen, über 42 Jahre hin zu zahlen, und zwar in steigender Summe. Pro Jahr war das nun eine erträglichere Zahl. Aber der Denkfehler war der gleiche:
Deutschland konnte nicht zahlen, da es nichts hatte und es ihm verwehrt war, Geld zur Zahlung zu verdienen. Der Zahlmeister war gar keiner.
Es bleibt bis heute ein Rätsel, wieso das mit den Reparationen niemand früher durchschaut hatte. Immer hatte Deutschland mehr importiert als exportiert:
1900 war das Verhältnis Export zu Import: 4,6 zu 5,8 Milliarden, 1905: 5,7 zu 7,1 Milliarden, 1910: 7,5 zu 8,9 Milliarden. Nur 1913 glich sich die Handelsbilanz beinahe aus. Deutschland exportierte für 10,097 Milliarden und importierte für 10,770 Milliarden Mark. ...<<

Januar 1921

Deutsches Reich: Die Inflation führt zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Währung. Im Januar 1921 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 93,5 % (x149/42).

03.02.1921

Deutsches Reich: Am 3. Februar 1921 protestiert Hitler im Zirkus Krone vor über 6.000 Zuhörern gegen das "Pariser Diktat" ("Zukunft oder Untergang").

01.03.1921

Sowjet-Rußland: In der russischen Stadt Kronstadt (auf der Insel Kotlin im Finnischen Meerbusen, Inselfestung sowie Kriegs- und Handelshafen vor Sankt Petersburg) rebellieren etwa 15.000 Kronstädter Matrosen gegen die bolschewistische Diktatur.
Die Aufständischen fordern am 1. März 1921 in Kronstadt (x243/126):
>>1. Angesichts der Tatsache, daß die gegenwärtigen Sowjets nicht den Willen der Arbeiter und Bauern repräsentieren, sind sie bei vorangehender freier Wahlagitation und in geheimer Abstimmung sofort neu zu wählen.
2. Freiheit der Rede und Presse für Arbeiter, Bauern und Anarchisten und linkssozialistische Parteien.
3. Freiheit der Versammlungen der Gewerkschaften und Bauernvereinigungen. ...
5. Freilassung aller politischen Gefangenen aus den Reihen der sozialistischen Parteien. ...
8. Beseitigung aller politischen Abteilungen in der Armee. ...

9. Gleichstellung aller Rationen der Arbeiter. ...
11. Freies Verfügungsrecht der Bauern über ihren Boden und das Recht, Vieh halten zu dürfen, sofern sie keine Lohnarbeiter beschäftigen. ...<<

08.03.1921

Deutsches Reich: Als die deutsche Regierung fällige Reparationszahlungen verweigert, besetzen französische Truppen am 8. März 1921 die Häfen der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort.

Spanien: Ministerpräsident Eduardo Dato Iradier (1856-1921, Vorsitzender der konservativen Partei Spaniens), der seit 1919 vor allem die andauernden Streiks der nach Unabhängigkeit strebenden Arbeiterschaft Kataloniens mit drastischen Maßnahmen bekämpft, wird am 8. März 1921 in Madrid von dem Syndikalisten Pedro Mateu erschossen.
Nach diesem politischen Mord führen die Radikalisierung der Arbeiterschaft und die Repressionen des Staates und der Unternehmer zu weiteren Gewalttaten.

15.03.1921

Deutsches Reich, Osmanisches Reich: In Berlin erschießt am 15. März 1921 ein junger Armenier einen türkischen Politiker, da die National-Türken 1920 bis 1921 im Osmanischen Reich wieder grausame Verfolgungen durchführen, bei denen Tausende von Armeniern umkommen (x061/445).
Der armenische Attentäter wird später freigesprochen (x034/138).

18.03.1921

Sowjet-Rußland: General Tuchatschewski und Trotzki lassen den Kronstädter Aufstand gegen die bolschewistische Einparteienherrschaft am 18. März 1921 durch die Rote Armee niedergeschlagen. Von den 15.000 Kronstädter Matrosen kommen nur etwa 150 mit dem Leben davon (x243/126).
General Tuchatschewski berichtet später über die Niederschlagung des Aufstandes (x243/-126): >>Ich bin 5 Jahre im Krieg gewesen, aber ich kann mich an ein derartiges Gemetzel nicht erinnern. Es war keine Schlacht mehr, es war die Hölle. ...<<

23.03.1921

Deutsches Reich: Am 23. März 1921 wird die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft. Die Reichswehr verfügt danach lediglich über 100.000 Berufssoldaten des Heeres und 15.000 Berufssoldaten der Marine (x034/138-139).

20.04.1921

Deutsches Reich: Die deutsche Reichsregierung bittet die US-Regierung am 20. April 1921 um Hilfe, da man die geforderten Reparationen nicht bewältigen kann.

21.04.1921

USA: Die US-Regierung schlägt am 21. April 1921 eine Reparationskonferenz (mit Beteiligung der USA) zur Lösung der deutschen Finanzierungsprobleme vor.

24.04.1921

Österreich: Die Tiroler Bevölkerung stimmt am 24. April 1921 mit 132.000 zu 1.700 Stimmen für den Anschluß an Deutschland (x034/141).

02.05.1921

Deutsches Reich: In der Nacht vom 2. auf den 3. Mai 1921 dringen polnische Milizen gewaltsam in Oberschlesien ein (die Milizen werden inoffiziell von der polnischen Regierung unterstützt). Bei diesem "3. polnischen Aufstand" verüben die "Freischärler" schwere Gewalttaten und ermorden zahlreiche deutsche Zivilisten (x025/43).
Der französische Historiker René Martel schreibt später in seinem 1930 erschienen Buch "Die östlichen Grenzen Deutschlands (x368/8): >>"Am 2. Mai (1921) brach der von Korfanty aufgezogene Aufstand in Oberschlesien aus. Es brach eine entsetzliche Schreckensherrschaft los. Die Mordtaten vervielfältigten sich. Die Deutschen wurden gemartert, verstümmelt, zu Tode

gepeinigt, ihre Leichen geschändet."<<

05.05.1921

Großbritannien: Nach zähen Verhandlungen senkt die Konferenz der Alliierten in London am 5. Mai 1921 die Reparationen auf 132 Milliarden Goldmark (zahlbar in 37 Jahren). Diese Forderung übersteigt jedoch weiterhin die deutsche Zahlungskraft, so daß die deutsche Regierung trotz des Londoner Ultimatums (Besetzung des gesamten Ruhrgebietes, falls die Forderungen nicht anerkannt werden) zunächst ihre Zustimmung verweigert.

11.05.1921

Deutsches Reich: Um die angedrohte Besetzung des Ruhrgebietes zu vermeiden, stimmt die deutsche Regierung am 11. Mai 1921 dem Londoner Ultimatum zu. Die Politiker der deutschen Regierung werden danach von den radikalen Parteien als "Erfüllungspolitiker" diffamiert.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die innenpolitische Entwicklung der Weimarer Republik (x057/225-227): >>... Häufige Regierungs- und Koalitionswechsel verschärften das innerparlamentarische Leben, zumal die rechts- und linksradikalen Gruppen und Parteien in steter Opposition zu Regierung und Staat ständig anwuchsen. Nach den Aufständen linksradikaler Elemente in Berlin und München und nach Putschversuchen von rechts (Kapp) erschütterten zahlreiche politische Morde den neuen Staat: die Kommunistenführer Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Reichsminister Erzberger und Rathenau.

Ende 1923 kam es zu einer Krise zwischen dem Reich und Sachsen (linkradikale Regierung Zeigner) sowie Bayern, wo "nationale Kräfte" sich vom Reich lösen wollten und ein Putschversuch des Führers der neuen nationalsozialistischen Partei, Adolf Hitler, gegen das Reich scheiterte (Hitlerputsch 9. November 1923).

Diese Unruhen waren weitgehend bedingt durch die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten hervorgerufen durch die Folgen des Krieges und die Belastung des Versailler Friedens. Die Reparationsschuld war ursprünglich auf 226 Milliarden Mark und dann auf 132 Milliarden Mark festgesetzt worden (Londoner Ultimatum 1921). Über die Durchführung entstanden besonders mit Frankreich wachsende Spannungen.

Auf zahlreichen Konferenzen der Alliierten verhandelte man über die Reparationen. Die deutschen Regierungen bemühten sich vergebens, ein für das Wirtschaftsleben und die Zukunft des deutschen Volkes erträgliches Maß zu erreichen. Unter dem drohenden Einmarsch alliierter Truppen mußte man schließlich das Londoner Ultimatum annehmen (Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth).

Um dieselbe Zeit begann der Währungsverfall (Mai 1921): 1 Goldmark = 15 Papiermark, so daß Deutschland ein Moratorium (eine Stundung) beantragte. Es scheiterte an der Haltung Frankreichs, das schließlich im Widerspruch zu England, unterstützt von Italien und Belgien, auf Grund von geringfügigen Rückständen in den deutschen Lieferungen den verhängnisvollen "Weg der produktiven Pfänder" beschritt und das Ruhrgebiet militärisch besetzte (Ruhreinfall).

Der von der deutschen Regierung Cuno durchgeführte "passive Widerstand", begleitet von Sabotageakten einzelner Deutscher (Erschießung Schlageters) und separatistischen Versuchen, durch Frankreich unterstützt, führte zu keinem Erfolg. Aber auch die französische Politik war gescheitert. ...

Nachdem die Diktaturversuche von links (Sachsen) und rechts (Bayern) gescheitert waren, galt es die Währung zu stabilisieren, da der Markkurs völlig zusammengebrochen war (November 1923: 1 Goldmark = 1 Billion Papiermark).

So drohte neben der innerpolitischen eine soziale und wirtschaftliche Krise, die das Leben in Deutschland zum Erlahmen brachte und die nackte Existenz des Volkes bedrohte.

Nach den Plänen von Helfferich, Luther und Schacht wurde im November die Rentenmark

geschaffen, deren Ausgabe auf 3.200 Millionen beschränkt blieb und die sich auf eine Belastung von Grundbesitz, Industrie, Handel und Banken stützte. So gelang es durch das "Wunder der Rentenmark", die Währung zu stabilisieren und damit die gelähmte Wirtschaft aus eigener Kraft wieder zu beleben.
Die Stabilisierung war aber mit der Zerrüttung des deutschen Volksvermögens verbunden, da die alten Guthaben nur zu einem geringen Prozentsatz "aufgewertet" wurden, was die kleinen Sparer um ihre Erträge brachte und den Mittelstand vernichtete. Damit vollzog sich eine Umbildung der sozialen Struktur, wie sie die Geschichte des deutschen Volkes noch nicht aufzuweisen hatte.
Dennoch bewährte sich in der Not die Lebenskraft des Volkes, das seit einem Jahrzehnt unermeßliche Leiden durch Krieg, Revolution und Inflation hatte erdulden müssen.<<

21.05.1921

Deutsches Reich: Schlesische Selbstschutzverbände erstürmen am 21. Mai 1921 den Annaberg in Oberschlesien und schlagen die polnischen "Freischärler" nach schweren Kämpfen zurück.

Juni 1921

Frankreich: Der französische Politiker Georges Clemenceau (1841-1929) erklärt im Juni 1921 (x340/202): >>Der Krieg war nur die Vorbereitung, die Vernichtung des deutschen Volkes fängt jetzt erst an. … Es gibt 20 Millionen Deutsche in Europa zu viel!<<

01.07.1921

China: Mao Zedong (1893-1976) gründet mit 11 jungen Politikern der Sozialistischen Jugendliga am 1. Juli 1921 in Shanghai die Kommunistische Partei Chinas.

04.07.1921

Deutsches Reich: In der Zeitung "Schwarzwälder Volkswacht" wird am 4. Juli 1921 ein beliebtes Lied der Freiwilligenverbände und Studentenvereinigungen veröffentlicht (x149/40):
>>Wenn einst der Kaiser kommen wird,
schlagen wir zum Krüppel den Wirth (damaliger Reichskanzler),
knallen die Gewehre, tack, tack, tack,
aufs schwarze und auf das rote Pack.
Haut immer feste auf den Wirth!
Haut seinen Schädel, daß es klirrt!
Knallt ab den Walther Rathenau (damaliger Reichsaußenminister),
die gottverfluchte Judensau.<<

29.07.1921

Deutsches Reich: Hitler wird nach "systematischen Intrigen" am 29. Juli 1921 Vorsitzender bzw. "Führer" der NSDAP, die bereits 3.000 Parteimitglieder besitzt.
Dr. Horst Heidtmann schreibt später über den "Führerkult" der 20er Jahre (x051/198): >>Führerkult, religionsartige Verklärung und Verehrung Hitlers, inszeniert durch Propaganda und Selbststilisierung, begünstigt durch Zeitumstände und Person. Für große Teile des deutschen Volkes war die parlamentarische Weimarer Republik mit ihren Interessengegensätzen und dem Zwang zum politischen Kompromiß fragwürdig, sie waren an die klare, autoritäre Ordnung des Kaiserstaates und durch das Kriegserlebnis an militärische Entscheidungshierarchien gewöhnt.
Demokratische Traditionen fehlten; der unübersehbare technisch-wissenschaftliche Fortschritt und Wirtschaftskrisen schufen Zukunftsängste, der Versailler Vertrag wurde als "nationale Deklassierung" empfunden. Man suchte nach Leitbildern, erhoffte Änderung durch einen "starken Mann" an der Spitze des Reiches; in zahlreichen Dichtungen wurden auserwählte Führer verheißen; so besang z.B. S. George den, der "die Ketten sprengt ... Er führt durch grausige Signale ... und pflanzt das Neue Reich".

In dieser Situation wurde Hitler in den 20er Jahren zum "Vereinigungspunkt vieler Sehnsüchte, Ängste und Ressentiments" (Fest). Er schuf übersichtliche Feindbilder, lenkte den Haß auf die Schwächeren und das Fremde, beschwor die Furcht vor dem Bolschewismus, appellierte an Gefühle, beeindruckte Zuhörer durch die Fähigkeit, Belanglosigkeiten mit größter Leidenschaft vorzutragen.
Hitler selbst suchte sich in der Frühphase der nationalsozialistischen Bewegung mit einer Aura des Außergewöhnlichen, Geheimnisumwitterten zu umgeben, förderte die Legendenbildung, nutzte mit taktischem Geschick alle zur Verfügung stehenden Mittel, Terror und Krawall, um bekannt zu werden.
Innerhalb der NSDAP setzte er mit Skrupellosigkeit und Selbstbewußtsein seinen Führungsanspruch durch, erhielt auf der Mitgliederversammlung am 29.7.21 "diktatorische Machtbefugnisse" eingeräumt und wurde erstmals als "unser Führer" gefeiert. Im August 21 stilisierte dann auch für die Öffentlichkeit der "Völkische Beobachter" Hitler zum auserwählten "nationalen Retter" und "Führer".
Der Verfasser des Artikels, Eckart, begann, zusammen mit Esser und Heß, in der Folgezeit konsequent einen Führer-Mythos um Hitler auszubauen. Dessen öffentliche Auftritte sprachen nicht zuletzt durch das massenwirksame Arrangement von Fahnen, Farben, Symbolen, Uniformen und soldatisch geordneten Aufmärschen die Zuschauer emotional an.
Hitler offerierte sich als ein über den Klassen und materiellen Interessen stehender Führer und forderte Hingabewillen und Opferbereitschaft. Durch den zeremoniellen Charakter öffentlicher Kundgebungen und den bewußt kultivierten Heilsbringergestus entstand ein Führerkult mit immer stärker religiösen Akzenten. Hitler wurde zum väterlichen Erlöser" (Haug), zum "völkischen Messias" (Loewy) überhöht und betonte selbst sein Auserwähltsein durch die ständige Anrufung des "Herrgotts" und der "Vorsehung".
Die Erhebung zu einem christusähnlichen Heros wurde in den Jahren nach der Machtübernahme durch eine Reihe von publikumswirksamen chorischen Dichtungen verstärkt, in denen nach dem Vorbild christlicher Passionsspiele ein Führer das auserwählte deutsche Volk zur Erlösung führt (u.a. "Deutsche Passion 1933" von Euringer). ...<<

03.08.1921

Deutsches Reich: Die NS-Partei bildet am 3. August 1921 eine eigene Turn- und Sportabteilung, die sich später "Sturmabteilung" (SA) nennt und mit den Kommunisten, der "Schwarzen Reichswehr", "Freikorps" und anderen politischen Gegnern ständig brutale Saalschlachten führt.
Dr. Wolfgang Petter schreibt später über die "Sturmabteilung (SA)" in den Jahren 1921-1933 (x051/569-570): >>Sturmabteilung (SA). Terror in Form von Saal- und Straßenschlachten kennzeichnete das öffentliche Auftreten des Nationalsozialisten von Anfang an.
Besonders bewährt hatte sich der stabsmäßig vorbereitete, geschlossene Einsatz von Soldaten, die Hauptmann Röhm von der Münchner Reichswehr zu diesem Zweck abordnete. Am 3.8.21 faßte Hitler deshalb bewährte Schläger zusammen, die sich nach der Bürgerbräu-Saalschlacht (4.11.21) SA nannten.
Den Aufbau der SA, den Röhm entscheidend förderte und bestimmte, übernahmen Offiziere aus dem rechtsradikalen Geheimbund des Freikorpsführers Ehrhardt (Organisation Consul). Unter ihrem ersten, noch von Ehrhardt besoldeten Führer, Hans-Ulrich Klintzsch, geriet die SA folgerichtig in das Fahrwasser der nationalen Wehrverbände und wurde schließlich während des Ruhrkampfes, von der örtlichen Reichswehr militärisch ausgebildet, regelrecht in die Landesverteidigung einbezogen.
Göring änderte als zweiter SA-Führer (1923) nichts an dieser Ausrichtung, die sich als sehr werbewirksam für die NSDAP erwies. Obwohl die SA bei ihren Einsätzen als unbewaffnete Parteitruppe 1921/22 die geforderte Schlagkraft bewies und das gewünschte Aufsehen erregte,

nahm Hitler an ihrem Doppelcharakter, der ihm die politische Verfügung nur zum Teil beließ, Anstoß und schuf mit dem "Stoßtrupp Adolf Hitler" seine eigene Garde, die Keimzelle der Schutzstaffeln (SS).
Nach dem Hitlerputsch vom 8./9.11.23, bei dem ihr Handstreich auf die Münchner Reichswehrkasernen abgeschlagen und sie selbst vor der Feldherrnhalle zersprengt worden war, wurde die SA verboten und löste sich auf. Einen Kern hielt Röhm zusammen und baute ihn reichsweit als "Frontbann" aus. Hitler beauftragte ihn nach seiner Haftentlassung 1925 mit dem Wiederaufbau der SA, verweigerte aber die erneute Übernahme der paramilitärischen Konzeption Röhms.
Die SA-Einheiten, die spontan mit den örtlichen Neugründungen der NSDAP – z.T. zusammen mit Frontbannen – entstanden, orientierten sich an der politischen Aufgabe: Aufmärsche und Zusammenstöße. Militärisch blieben nur Elemente des Auftretens und der Erscheinung, wie die 1924 aus dem Nachlaß der deutsch-ostafrikanischen Schutztruppe bezogene Uniform. Dennoch endete das Nebeneinander von Frontbannen und SA selbst nach Röhms Abgang im April 25 nicht sofort. Erst mit der Zentralisierung der bisher unzusammenhängenden SA-Einheiten unter dem Obersten SA-Führer (Osaf) Pfeffer von Salomon (1926-30) siegte Hitlers Richtung.
Die Koordination des Aufbaus erfolgte nach "Grundsätzlichen Anordnungen" (GRUSA) und "SA-Befehlen" (SABE) des Osaf, für die Hitlers Wünsche nur als Richtlinien dienten. Überhaupt durfte die Politische Organisation auf allen Ebenen, auch der obersten, die Aufgaben nur bezeichnen; die Durchführung lag in der Alleinzuständigkeit der SA. Konflikte mit der Staatsgewalt wurden dabei sorgfältig vermieden, wobei Pfeffer bis zum Erlaß einer in Wahrheit ungültigen Vorzeigesatzung (GRUSA II) ging.
Die Gliederung handhabte Pfeffer sehr elastisch, so daß die Einheiten von der Brigade bis hinunter zur Schar je nach den örtlichen Verhältnissen von sehr verschiedener Größe waren. Die Hierarchie der Führungsebenen kreuzte er mit der egalitären Homogenität des Führerkorps, in dem es nur Dienst-, nicht Rangbezeichnungen und -abzeichen gab. Ausrüstungs- und Dienstkosten hatten die SA-Männer neben den Beiträgen für die obligatorische Parteimitgliedschaft selbst zu tragen, doch gelang es Pfeffer, ab 1929 Zuschüsse zu geben und Sozialmaßnahmen treffen zu können.
Dadurch konnte sich die SA die Arbeitslosigkeit der Weltwirtschaftskrise als Massenzustrom nutzbar machen. Ihr Anwachsen verband sich mit den ersten großen Wahlerfolgen der NSDAP, die die SA ihren Aktivitäten in Form disziplinierter Demonstrationen wie zügellosen Straßenterrors zuschrieb. Doch wies Hitler die z.T. rabiat vorgetragenen Ansprüche zurück, die sie daraus ableitete (Stennes-Revolten), und übernahm den Posten des Osaf selbst.
Der Stabschef der SA, 1929/30 Otto Wagener (1888-1971), wurde damit erheblich aufgewertet. Doch da Wagener von der Dynamik der sich radikalisierenden Parteiarmee überfordert war, übertrug Hitler die tatsächliche Führung erneut Röhm, der sich unter der Bedingung weitgehender Unabhängigkeit für die Stellung des Stabschefs (1931-34) gewinnen ließ.
In den hektischen Folgejahren wurde die SA durch explosives Wachstum (Ende 31: 260.000, Januar 33: 600.000-700.000) und extreme Fluktuation – besonders im Wechsel mit der KPD und dem Rotfrontkämpferbund – in ihren Zielen noch unberechenbarer und blieb nur ihrem Zweck, Propaganda- und Terrorinstrument zu sein, eindeutig treu. Röhm hob sogar die Verpflichtung zur Parteimitgliedschaft auf, was der SA nach der Aufnahmesperre der NSDAP (1.5.33) riesigen Zustrom bescherte.
Das vorübergehende Verbot der SA (April-Juni 32) lähmte ihre Aktivitäten nicht, sondern provozierte eine Terrorwelle, die bis zur Machtergreifung nicht mehr abebbte. ...<<

17.08.1921

Großbritannien: Am 17. und 18. August 1921 berichtet die britische Tageszeitung "The Times" über das neue Testament Satans.

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über das neue Testament Satans (x364/247-324): >>…

Wer schrieb das neue Testament Satans?

Am 17. und 18. August 1921 brachte die "Times" zwei Aufsätze "Jewish World Plot" und "Jewish Peru Exposed". Darin wird berichtet, daß der Korrespondent des Blattes in Konstantinopel durch einen glücklichen Zufall ein Buch erwischt hätte, aus welchem die Dokumente, also das neue Testament Satans, abgeschrieben sei. Es handelt sich um die Schrift von Maurice Joly "Dialogue aux enfers entre Machiavel et Montesquieu ou la Politique de Machiavel au XIX. Siecle. Par un Contemporain".

Sie erschien 1865 bei Mertens & Sohn in Brüssel und eine deutsche gekürzte Übersetzung im gleichen Jahr bei O. Wiegand in Leipzig. Von der französischen Ausgabe folgte 1868 eine zweite Auflage mit dem Namen des Verfassers. Ein Vergleich mit Satans Testament zeigt, daß der Verfasser das Buch von Joly gekannt und einzelne Sätze daraus übernommen hat. Die "Times" schreibt dazu, Joly-Joel hätte in seinem Buch Napoleon III. "verspottet ". Gewiß, das hat er getan, aber das Buch enthält weit mehr.

Es ist tatsächlich ein Vorgänger des neuen satanischen Testaments und gestattet einen ausgezeichneten Einblick in die Verschwörungskunst der Illuminaten. Der Verfasser dieser Zwiegespräche, in denen Machiavelli als der "Usurpator" Napoleon und Montesquieu als Geist der Verschwörung von 1789 auftreten, verspottet allerdings den Kaiser der Franzosen nicht um Napoleon lächerlich zu machen, sondern um den monarchischen Gedanken im französischen Volk zu ersticken. Darüber hinaus aber hat Joly-Joel den Sturz des Hauses Bonaparte und die Kommune von 1871 sowie die Trennung von Staat und Kirche vorbereitet.

Die französische Regierung führte 1870 den Krieg mit Deutschland herbei, um dadurch das drohende Unheil abzulenken. Vielleicht wäre das bei einem siegreichen Krieg auch geglückt. Die Vorbereitungen zum Umsturz waren damals aber schon so weit vorgeschritten, daß der Zusammenbruch des Kaiserreiches unmittelbar nach der Schlacht bei Sedan erfolgte.

Am 2. September 1870 hatte Napoleon III. seine Unterredung mit Bismarck bei Donchery, auf die die Übergabe des Heeres in Frenois folgte. Daran schloß sich die Begegnung des französischen Kaisers mit dem König Wilhelm I. von Preußen im Schloß Bellevue. Napoleon überreichte dem König seinen Degen und bat um ritterliche Haft, die ihm auf Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel zuteil wurde.

Terror mit Sachkenntnis

In der Nacht vom 3. zum 4. September beantragte Jules Favre bereits die Absetzung des Hauses Bonaparte. Der Vertreter der kaiserlichen Regierung General Cousin-Montauban, "wagte nicht", dieser Aufforderung zum Hochverrat ernstlich entgegen zu treten, weil Heer und Nationalgarde sich unzuverlässig zeigten. Die Vorgänge erinnern lebhaft an den 9. November 1918.

Am 4. September, nachmittags, stürmte ein "Volkshaufe" den Sitzungssaal der gesetzgebenden Körperschaft, der Senat löste sich auf und man verkündete die Volksregierung. Die Ziele der Illuminaten waren allerdings erheblich weiter gesteckt. Frankreich sollte dem Bolschewismus ausgeliefert werden, der unter dem Namen Commune nach einigen mißglückten Versuchen vom 18. März bis zum 29. Mai 1871 in Paris mordete und brandschatzte, und nur an den 145 Häusern von Alfons Rothschild ehrfurchtsvoll vorüber ging.

Denkmäler französischer Größen wurden mit Sachkenntnis zerstört. Bürger und Geistliche ermordet, wer mochte aber dem Pöbel beigebracht haben, daß es sich schickt, Häuser reicher

Illuminaten bei solcher Gelegenheit zu schonen? Vielleicht können die Mitglieder des Rates der Dreihundert darüber Auskunft erteilen?
Schwerlich wäre es der französischen Regierung jener Zeit gelungen, den Aufstand niederzuschlagen, wenn nicht die deutsche Heeresleitung den Sturm auf Paris durch Besetzung ihrer Vorposten-Stellungen erleichtert und damit gleichzeitig ein Entweichen der Aufständischen verhindert hätte.
Joly-Joel hatte die Kommune mit seinem Buch nicht nur gründlich vorbreitet, er war auch selbst eifrig an den Vorgängen in Paris beteiligt. Joly-Joel war Freimaurer und Illuminat.
In dem neuen Testament Satans bekennt man sich zum Aufstand in Paris im Jahre 1871. Der im Testament enthaltene Plan ist auf jeden Fall Teil der Illuminaten-Schriften. Der Verfasser des Testaments war also mit den erwähnten Büchern und den geänderten Dokumenten der Illuminaten vertraut und zitierte eifrig daraus.
Der wirkliche Beweis hinsichtlich der Authentizität oder Falschheit des Testaments liegt natürlich nicht in dem, was die Leute sagen. Der wirkliche Beweis ist der Inhalt des Testaments selbst und die tödliche Präzision der Zukunftsdeutung.
Henry Ford, der berühmte amerikanische Industrielle, wirkte sehr überzeugend, als er in einem Interview mit der "New York World", gedruckt am 17. Februar 1921, zu der Wahrhaftigkeit dieses Dokumentes sagte: "Das Einzige, was ich dazu sagen möchte ist, daß sie genau in den Gang der Dinge hineinpassen.
Sie sind mindestens sechzehn Jahre alt, und sie haben die Weltsituation bisher zutreffend beschrieben. Sie tun es noch."

Voraussagen wurden Wirklichkeit

In einem Brief an die Zeitschrift "Senator", der am 27. August 1921 gedruckt wurde, schrieb Lord Sydenham: "Die Dokumente beschreiben in genauesten Einzelheiten die Ziele des Bolschewismus und die Methoden, mit denen diese Ziele verwirklicht werden. Diese Methoden wurden bereits 1901 angewandt, als Nilus den Erhalt der Dokumente bekanntgab, aber auch damals war der Bolschewismus marxistischer Kommunismus, und die Zeit war noch nicht reif für den Einsatz militärischer Gewalt. Nichts, das 1865 geschrieben wurde, kann einen Einfluß auf die tödliche Präzision der Vorraussagen gehabt haben, von denen die meisten seither haargenau eingetroffen sind.
Was ist das verblüffendste Merkmal dieser Dokumente? Die Antwort ist sehr wenigen bekannt und allumfassend. Der Schlüssel der Geheimnisse, wenn es eines ist, liegt in der Sicherstellung der Herkunft dieses unheimlichen Wissens, auf dem all die eingetroffenen Prophezeiungen basieren."

Anhang

Protokolle der Weltdiktatur: Das neue Testament Satans

Alle Redensarten wollen wir beiseite lassen, dafür aber die Bedeutung jedes Gedankens besprechen und die Lage durch Vergleiche und Schlußfolgerungen beleuchten. Auf diese Weise kennzeichnen wir unser System. Man muß dabei stets berücksichtigen, daß die Menschen mit bösen Trieben zahlreicher sind als die mit guten Eigenschaften. Deshalb wird in der Staatsverwaltung weit mehr durch Gewalt und Rücksichtslosigkeit erreicht, als durch wissenschaftliche Erörterungen. Jeder Mensch strebt nach Macht, jeder möchte "Selbstherrscher" - Diktator - werden, wenn er nur könnte. Dabei sind nur die Wenigsten bereit, das Allgemeinwohl dem eigenen Vorteil nicht zu opfern.
Was hat die Raubtiere, die man Menschen nennt, in Schranken gehalten? Wer hat sie bisher geleitet? Zu Beginn der gesellschaftlichen Ordnung fügten sie sich der rohen und blinden Gewalt, dann dem Gesetz, das nichts Anderes ist als die gleiche Gewalt in verschleierter Form. Daraus folgere ich: Nach den Naturgesetzen liegt das Recht in der Macht!

Diese Aufgabe wird wesentlich leichter, wenn der Gegner selbst von dem falschen Begriff "Freiheit", dem sogenannten Liberalismus, angesteckt wird und sich diesem Begriff zuliebe seiner Macht begibt. Hier gelangt unsere Lehre zum offenkundigen Siege: Wenn die Zügel der Verwaltung am Boden schleifen, dann erfaßt nach den Naturgesetzen eine neue Hand die Zügel und zieht sie an. Denn die blinde Masse des Volkes kann nicht einen Tag ohne Führer sein. Die neue Macht tritt an die Stelle der alten, die der Liberalismus zermürbt hat.
In unserer Zeit ersetzt die Macht des Goldes den Liberalismus. Es gab eine Zeit, da herrschte der Gottesglaube. Der Begriff der Freiheit läßt sich nicht verwirklichen. Niemand versteht es, vernünftigen Gebrauch davon zu machen. Überläßt man ein Volk auf kurze Zeit der Selbstverwaltung, so verwandelt sich diese in Zügellosigkeit. Von diesem Augenblick an entstehen Zwistigkeiten, die sehr bald in Wirtschaftskämpfe ausarten. Die Staaten geraten in Brand, und ihr Ansehen versinkt in Asche.
Mag nun ein Staat durch innere Umwälzungen erschöpft oder durch Bürgerkrieg in die Gewalt äußerer Feinde geraten sein, so ist er auf jeden Fall dem Untergang geweiht; dann ist er in unserer Gewalt. Die Herrschaft des Geldes, über das wir ganz allein verfügen, reicht ihm einen Strohhalm hin, an dem sich die Regierung wohl oder übel anklammern muß, will sie nicht rettungslos in den Abgrund versinken.
Ich frage denjenigen, der vom freisinnigen Standpunkt aus solche Erwägungen für unsittlich hält: "Wenn jedes Reich zwei Feinde hat, und wenn es dem äußeren Feind gegenüber erlaubt ist und nicht als unsittlich gilt, jegliches Kampfmittel anzuwenden, zum Beispiel den Feind nicht mit den Verteidigungs- und Angriffsplänen bekannt zu machen, ihn nachts und mit überlegenen Streitkräften anzugreifen, weshalb sollten solche Maßnahmen gegenüber dem schlimmeren Feind, der die gesellschaftliche Ordnung und den Wohlstand zerstört, unmoralisch genannt werden?"



So sah Albrecht Dürer in seiner Holzschnittfolge "Die Apokalypse " die babylonische Hure, die noch heute regiert.

Wie kann ein gesund und folgerichtig denkender Geist hoffen, die Volksmassen mit Erfolg

durch Vernunftgründe und gütliches Zureden zu regieren, wenn dem Volk die Möglichkeit des Widerspruchs zusteht, der zwar unsinnig erscheinen mag, dem oberflächlich urteilenden Volk aber angenehm dünkt?
Der große Haufe, der sich ausschließlich von seichten Leidenschaften, Aberglauben, Gewohnheiten, Überlieferungen und gefühlsvollen Lehrsätzen leiten läßt, verstrickt sich in den Parteigeist, der jede Möglichkeit einer Verständigung ausschließt, wenn sie auf Grund gesunder Vorschläge angebahnt wird. Jede Entscheidung der Masse hängt von einer zufälligen oder künstlich zusammengebrachten Mehrheit ab, die sich, in Unkenntnis der Schliche in der Staatskunst, zu den törichtsten Entschlüssen hinreißen läßt und so den Keim der Gesetzlosigkeit in die Staatsverwaltung legt.
Die Staatskunst hat mit dem Sittengesetz nichts gemein. Ein Herrscher, der an der Hand des Sittengesetzes regieren will, versteht nichts von der Staatskunst und ist daher keinen Augenblick auf seinem Thron sicher.
Wer regieren will, muß mit List und Heuchelei arbeiten. Hohe völkische Eigenschaften - Ehrbarkeit und Offenheit - sind Klippen für die Staatskunst, denn sie stürzen besser und sicherer vom Thron als der stärkste Feind. Diese Eigenschaften mögen die Kennzeichen der nicht illuminierten Reiche sein. Wir dürfen uns niemals von ihnen leiten lassen.
Unser Recht liegt in der Stärke. Das Wort "Recht" ist ein künstlich gebildeter und durch nichts bewiesener Begriff. Es bedeutet nicht mehr als: "Gebt mir, was ich wünsche, damit ich einen Beweis dafür habe, daß ich stärker bin als ihr."

Der Zweck heiligt die Mittel

Wo fängt das Recht an? Wo hört es auf? In einem Staat, in dem die Macht schlecht geregelt ist, in dem die Gesetze und der Herrscher durch zahlreiche Rechte des Freisinnes machtlos geworden sind, schöpfe ich ein neues Recht: mich nach dem Recht des Stärkeren auf die Verwaltung zu stürzen, meine Hand auf die Gesetze zu legen, alle Einrichtungen umzubilden und der Herr derer zu werden, die uns ihre Macht freiwillig aus "Liberalismus" überlassen haben.
Unsere Macht wird, da gegenwärtig alle Mächte ins Wanken geraten, unüberwindlicher sein als jede andere, weil sie so lange unsichtbar sein wird, bis sie so weit gekräftigt ist, daß sie keine List mehr untergraben kann.
Aus dem vorübergehenden Unheil, das wir jetzt anrichten müssen, wird die Wohltat einer unerschütterlichen Regierung hervorgehen, die den vom Freisinne gestörten regelmäßigen Gang des völkischen Daseins wiederherstellen wird. Der Zweck heiligt die Mittel. So wollen wir denn in unseren Plänen die Aufmerksamkeit weniger auf das Gute und Sittliche als auf das Nötige und Nützliche lenken.
Wenn wir einen erfolgreichen Plan für unsere Tätigkeit ausarbeiten wollen, dann müssen wir die Gemeinheit, die Unbeständigkeit, den Wankelmut der Masse begreifen lernen. Wir müssen ihre Unfähigkeit zum Verständnis und zur Würdigung der Bedingungen des eigenen Lebens, der eigenen Wohlfahrt berücksichtigen.
Wir müssen in Rechnung ziehen, daß die Macht der Masse blind, unvernünftig und urteilslos ist, daß sie bald nach rechts, bald nach links horcht. Ein Blinder kann Blinde nicht leiten, ohne daß er sie an den Abgrund führt. Folglich können die Angehörigen der Masse, Emporkömmlinge aus dem Volk, mögen sie auch hochbegabt sein, in der Staatskunst nicht mitreden oder als Führer auftreten, ohne das ganze Volk zu verderben.
Ein Volk, das sich selbst, das heißt den Emporkömmlingen aus der Masse überlassen bleibt, zerstört sein eigenes Gefüge durch Parteikämpfe, die durch die Jagd nach Macht und Ehren hervorgerufen werden, und durch die daraus entspringenden Unruhen. Ist es möglich, daß die Massen ruhig und ohne Eifersucht urteilen und das Geschick des Landes leiten können, das sich nicht mit persönlichen Interessen vermengen läßt? Können sie es gegen äußere Feinde verteidigen? Das ist undenkbar:

Ein Feldzugplan, der in so viele Teile zerfällt, wie die Menge Köpfe zählt, verliert seine Einheitlichkeit; er wird deshalb unverständlich und unausführbar.

Die Masse besteht aus Barbaren

Nur eine selbstherrschende Persönlichkeit kann die Pläne der Staatsleitung in voller Klarheit in einer Ordnung ausarbeiten, die alles im Mechanismus der Staatsmaschine richtig verteilt. Hieraus folgt, daß die geeignetste Staatsform eines Landes dort gefunden ist, wo die Leitung in der Hand einer verantwortlichen Persönlichkeit liegt.

Ohne unbedingte Gewalt kann keine Zivilisation bestehen; diese ruht nicht auf den Massen, sondern auf ihrem Führer, mag er sein, wie er will. Die Masse besteht aus Barbaren, die ihr Barbarentum bei jeder Gelegenheit zeigt. Sobald die Masse die Freiheit an sich reißt, verwandelt sie diese in Gesetzlosigkeit, die den höchsten Grad der Barbarei bildet.

Sehen Sie sich die vom Weingeist durchseuchten Tiere an, die vom Wein betäubt sind. Das Recht auf den unmäßigen Weingenuß wird zugleich mit der Freiheit verliehen. Lassen Sie unser Volk nicht so weit geraten.

Die nicht illuminierten Völker sind vom Weingeist benebelt, ihre Jugend ist durch übertriebene Durchforschung der Klassiker ebenso verdummt wie durch frühe Laster, zu denen sie von unseren Beauftragten, den Hauslehrern, Dienern, Erzieherinnen in den reichen Häuser, Handlungsgehilfen, ferner von unseren Weibern an Vergnügungsorten der Nicht-Illuminierten verleitet werden. Zu diesen zähle ich auch die sogenannten "Damen der Gesellschaft", die das Beispiel des Lasters und der Prunksucht freiwillig nachahmen.

Unsere Lösung ist: Gewalt und Heuchelei! Nur die Macht erringt den Sieg in staatsrechtlichen Fragen, namentlich wenn sie in den Talenten verborgen ist, die notwendig sind, um ein Volk zu lenken. Die Gewalt bildet die Grundlage, aber List und Verschlagenheit wirken als Machtmittel für solche Regierungen, die nicht gewillt sind, ihre Krone den Vertretern irgendeiner neuen Macht zu Füßen zu legen.

Dieses Übel ist das einzige Mittel, um zum guten Ziel zu gelangen. Daher dürfen wir nicht zurückschrecken vor Bestechung, Betrug, Verrat, sobald sie zur Erreichung unserer Pläne dienen. In der Staatskunst muß man fremdes Eigentum ohne Zögern nehmen, wenn hierdurch nur Unterwürfigkeit und Macht erlangt werden.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit

Unsere Regierung, die den Weg friedlicher Eroberung geht, darf die Schrecken des Krieges durch weniger bemerkbare, aber um so wirksamere Hinrichtungen ersetzen, mit denen die Schreckensherrschaft aufrecht erhalten werden muß, um blinden und unbedingten Gehorsam zu erzwingen. Gerechte, aber unerbittliche Strenge bildet die beste Stütze der Staatsgewalt. Nicht allein des Vorteiles wegen, sondern vor allem auch im Namen der Pflicht, des Sieges halber, müssen wir festhalten an der Anwendung von Gewalt und Heuchelei.

Die Lehre, die auf kühler Berechnung beruht, ist so stark, wie die von ihr angewandten Mittel sind. Deshalb werden wir nicht so sehr durch diese Mittel selbst wie durch die Unerbittlichkeit unserer Lehre triumphieren und damit alle Regierungen unserer Oberregierung unterwerfen. Es genügt zu wissen, daß wir unerbittlich sind, um jeden Ungehorsam zu beseitigen.

Schon im Altertum ließen wir unter den Völkern den Ruf erschallen:

"Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!" Diese Worte haben gedankenlose Papageien, die auf solchen Lockruf von allen Seiten herbeiflogen, oft wiederholt. Diese Worte haben die Wohlfahrt der Welt, die wahre persönliche Freiheit, die früher vor dem Druck der Masse geschützt war, zerstört. Selbst die verständigen und klugen Nicht-Illuminierten verstanden den eigentlichen Sinn dieser Worte nicht, sie erkannten nicht ihren inneren Widerspruch. Sie sagten sich nicht, daß die Natur keine Gleichheit kennt, daß sie keine Freiheit geben kann.

Die Natur selbst hat die Ungleichheit des Verstandes, des Charakters, der Fähigkeiten und die Unterwerfung unter ihre Gesetze eingerichtet. Die Nicht-Illuminierten überlegen nicht, daß

die Volksmasse eine blinde Gewalt ist, daß aber auch die von ihr gewählten Emporkömmlinge ebenso blind sind wie die Masse selbst, daß der Eingeweihte, selbst wenn er ein Tor ist, regieren kann, während der Uneingeweihte, auch wenn er ein Hochgeist ist, nichts von der Staatskunst versteht. Alle diese Dinge haben sie übersehen.
Darauf beruhten aber die fürstlichen Regierungen: Der Vater übertrug seine Kenntnis auf den Sohn, so daß sie nur den Mitgliedern des Herrscherhauses bekannt wurde und ihre Geheimnisse dem regierten Volk von niemandem verraten werden konnten. Mit der Zeit ging der Sinn solcher Übertragung des wahren Inhaltes der Staatskunst verloren, und das trug zum Erfolg unserer Sache ebenfalls bei.

Unersättlichkeit menschlicher Bedürfnisse

An allen Ecken der Welt führten die Worte "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" mit Hilfe unserer geheimen Vertreter unseren Reihen Riesenmengen zu, die unsere Fahnen mit Begeisterung trugen. Indessen wirkten jene Worte wie Würmer, die am Wohlbefinden der Nicht-Illuminierten saugen, indem sie überall den Frieden, die Ruhe, den Gemeinsinn der Nicht-Illuminierten unterwühlten und dadurch die Grundlagen ihrer Herrschaft zerstörten.
Sie sehen, meine Herren, die Folgen, die zum Triumph unserer Sache gedient haben. Sie gaben uns die Möglichkeit, den höchsten Triumph zu erhaschen: die Vernichtung der Adelsvorrechte oder, besser gesagt, des eigentlichen Wesens der nicht-illuminierten Adelsherrschaft, die das einzige Schutzmittel der nicht-illuminierten Völker und Staaten gegen uns bildete.
Auf den Trümmern des alten Bluts- und Geschlechtsadels errichteten wir den Adel unserer Gebildeten, den Geldadel. Wir haben diesen neuen Adel geschaffen nach dem Maßstab des Reichtums, der von uns abhängig ist und der Wissenschaft, die von unseren weisen Männern geleitet wird.
Unser Triumph wurde noch dadurch erleichtert, daß wir im Verkehr mit den Leuten, die wir brauchen konnten, immer auf die empfänglichsten Seiten des menschlichen Geistes hingewirkt haben: auf die Rechnung mit dem Geld, auf die Habgier, auf die Unersättlichkeit der menschlichen Bedürfnisse. Jede dieser menschlichen Schwächen ist an sich geeignet, die Entschlußkraft zu töten, indem sie den Willen der Menschen dem Käufer ihrer Tätigkeit zur Verfügung stellt.
Der Begriff der Freiheit gab die Möglichkeit, die Masse zu überzeugen, daß die Regierung nichts anderes sei wie der Beauftragte des Eigentümers des Landes, nämlich des Volkes, daß aber dieser Verwalter gewechselt werden könne, wie man abgetragene Handschuhe wechselt.
Die Absetzbarkeit der Volksvertreter gab diese in unsere Gewalt und machte ihre Ernennung gleichsam von uns abhängig.

Macht unserer Vorherrschaft

Für unsere Zwecke ist es unbedingt erforderlich, daß Kriege, soweit es möglich ist, keine Landgewinne bringen; dann werden sie auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen, wo wir den Völkern die Macht unserer Vorherrschaft zum Bewußtsein bringen werden. Solche Lage liefert beide kriegsführenden Parteien unseren über den ganzen Erdball verteilten Vertretern aus, die über Millionen von Augen verfügen und durch keine Landesgrenzen eingeengt werden. Dann werden unsere Rechte die Rechte der Völker wegwischen und diese ebenso regieren, wie die Macht der Regierungen jetzt die Beziehungen der Staatsangehörigen zueinander regelt.
Die von uns nach ihren sklavischen Fähigkeiten aus der Bürgerschaft auserwählten Verwaltungsbeamten werden für die Verwaltungstätigkeit nicht vorbereitet sein. Sie werden daher leicht zu Bauern in unserem Schachspiel herabsinken und sich ganz in den Händen unserer geschulten und begabten Ratgeber befinden, die von Jugend auf zur Herrschaft über die ganze Welt erzogen wurden.

Wie Ihnen bekannt ist, haben diese Sachverständigen ihre Kenntnis der Regierungskunst aus unseren staatsmännischen Plänen, aus den Lehren der Geschichte und den Beobachtungen der Gegenwart geschöpft.
Die Nicht-Illuminierten kennen nicht die Übung leidenschaftsloser, auf die Geschichte begründeter Beobachtungen, sie lassen sich von einer wissenschaftlichen Gewandtheit leiten, die ohne prüfenden Vergleich mit den Ergebnissen arbeitet. Es hat darum für uns keinen Sinn, sich um sie zu kümmern - mögen sie bis die Zeit reif ist in der Hoffnung auf neue Freuden oder in der Erinnerung an vergangene leben.
Die Hauptsache ist, daß sie fest an das glauben, was wir ihnen als Gebote der Wissenschaft eingeträufelt haben. Darum erwecken wir fortwährend durch unsere Presse ein blindes Zutrauen zu diesen Geboten. Die klugen Köpfe der Nicht-Illuminierten werden sich mit ihrem Wissen brüsten und die "aus der Wissenschaft" gewonnenen Kenntnisse geschickt zu verwirklichen suchen, ohne dieselben folgerichtig zu prüfen und ohne zu ahnen, daß sie von unseren Vertretern zusammengestellt wurden, um die Menschen in der für uns notwendigen Geistesrichtung zu erziehen.

Mit dem Zeitgeist der Völker rechnen

Glauben Sie nicht, daß unsere Behauptung nur leere Worte seien. Blicken Sie auf die von uns ausgegebenen Erfolge der Lehren von Darwin, Marx und Nietzsche. Ihre zersetzende Wirkung auf nicht-illuminierte Köpfe sollte uns wenigstens klar sein.
Wir müssen mit dem Zeitgeist, mit den Charakteren und Stimmungen der Völker rechnen, um in der Staatskunst und Verwaltung keine Fehler zu begehen. Unser Lehrgebäude, das der Gemütsart der Völker, mit denen wir in Berührung kommen, angepaßt werden muß, hat nur dauernden Erfolg, wenn es bei der Anwendung im Leben die Lehren der Vergangenheit mit den Forderungen der Gegenwart verbindet.
In den Händen der gegenwärtigen Regierung befindet sich eine große Macht, die die Gedankenbewegungen im Volk hervorruft: die Presse. Sie hat die Aufgabe, auf angeblich notwendige Forderungen hinzuweisen, die Klagen des Volkes zum Ausdruck zu bringen, Unzufriedenheit zu äußern und zu erwecken. In der Presse verkörpert sich der Triumph des Geredes von der Freiheit. Aber die Regierungen verstanden es nicht, diese Macht zu benutzen, und so fiel sie in unsere Hände. Durch die Presse kamen wir zu Einfluß und blieben doch selbst im Schatten.
Dank ihr haben wir Berge von Gold in unsere Hände gebracht, ohne uns darum zu kümmern, daß wir es aus Strömen von Blut und Tränen schöpfen mußten.

In den Schraubstöcken der Illuminaten

Das Ziel, das wir uns gesteckt haben, liegt, wie ich Ihnen heute schon mitteilen kann, nur noch wenige Schritte entfernt. Wir brauchen nur noch einen kleinen Weg zurückzulegen, dann ist der Kreis der symbolischen Schlange - des Sinnbildes unseres Illuminatenordens - geschlossen.
Wenn dieser Ring erst geschlossen sein wird, dann preßt er alle europäischen Reiche mit kräftigen Schraubstöcken zusammen. Die Waagschalen der Verfassungen unserer Zeit werden bald umkippen; denn wir haben sie ungenau eingestellt, damit sie nicht zur Ruhe kommen. Wir sorgen dafür, daß sie nicht aufhören, zu schwanken, bis ihr Hebel durchgerieben ist. Die nicht zu den Illuminierten Gehörenden glaubten zwar, sie hätten den Waagebalken hart genug geschmiedet, und sie erwarteten immer, die Waage würde ins Gleichgewicht kommen.
Doch der Waagebalken, der die Waagschalen trägt, wird in Unruhe gehalten durch die Vertreter des Volkes, die sich durch ihre unbeschränkte und verantwortliche Macht zu allerlei Dummheiten hinreißen lassen. Diese Macht verdanken sie dem Schrecken dem Terror - der in die Paläste eindrang. Da die Herrschenden nicht zum Herzen des Volkes gelangen können, so

vermögen sie auch nicht, sich mit diesem zu verständigen und gegen die Machthungrigen zu wappnen.
Da wir die sichtbare Gewalt der Herrscher und die unsichtbare Macht der Massen getrennt haben, so haben beide ihre Bedeutung verloren; denn jede für sich allein ist hilflos wie der Blinde ohne Stock.
Um die Machthaber zum Mißbrauch ihrer Gewalt zu veranlassen, haben wir alle Kräfte gegeneinander ausgespielt, indem wir ihr liberales Streben nach Unabhängigkeit entwickelten. Wir suchten in diesem Sinn jegliche Unternehmungslust zu beleben, wir rüsteten alle Parteien aus, wir machten die herrschende Macht zur Zielscheibe allen Ehrgeizes.
Aus den Staaten machten wir Kampfplätze, auf denen sich Aufstände abspielen; nur noch ein wenig Geduld, und die Aufstände und Zusammenbrüche werden eine allgemeine Erscheinung bilden.
Unermüdliche Schwätzer haben die Sitzungen der Volksvertretungen und der Staatsverwaltungen in Schauplätze für Rednerturniere verwandelt. Freche Zeitungsschreiber, gewissenlose Schmähschriftsteller fallen täglich über die Vertreter der Regierung her. Der Mißbrauch der Macht lockert schließlich die Grundstützen des Staates und bereitet ihren Zusammenbruch vor. Alles wird unter den Schlägen einer aufgepeitschten Masse zertrümmert werden.

Rechte sind für die Armen Hohn

Die Völker werden durch ihre Armut, die stärker wirkt als Sklaverei und Leibeigenschaft, zu schwerer Arbeit verurteilt. Von Sklaverei und Leibeigenschaft konnten sie sich auf dem einen oder anderen Weg befreien, aber dem Elend können sie nicht entrinnen. Wir fügten in die Verfassungen solche Rechte ein, die für die Massen eine eingebildete Bedeutung haben, aber keine wirklichen Rechte sind. Alle sogenannten "Volksrechte " bestehen nur in der Einbildung, sie können niemals in die Wirklichkeit übertragen werden.
Was kann es der werktätigen Arbeiterschaft, die ihr Leben in harter Arbeit fristet, nützen, daß einige Schwätzer das Recht zum Reden erhalten haben, und daß die Zeitungsschreiber neben wahren Nachrichten auch jeden Blödsinn zusammenschreiben dürfen. Tatsächlich bietet ihr die Verfassung keine anderen Vorteile als die armseligen Brocken, die wir ihr von unserem Tisch aus dafür zuwerfen, daß sie für uns und unsere Vertreter stimmt.
Rechte im Volksstaat sind für den Armen in der Tat nur bitterer Hohn. Er kann sie gar nicht richtig ausüben, weil er täglich in der Tretmühle der Arbeit steht, die ihm kaum den nötigen Lebensunterhalt bewahrt. Kein Arbeiter kann mit Sicherheit auf einen ständigen Lohn rechnen; er ist abhängig von Aussperrungen durch die Fabrikherren und von Streiks seiner Arbeitsgenossen.
Das Volk hat unter unserem Einfluß die Herrschaft des Adels zerstört. Dieser war schon aus eigenem Vorteil, der unzertrennlich mit den Grundlagen der Volkswohlfahrt verbunden ist, der natürliche Verteidiger und Ernährer des Volkes. Mit der Vernichtung des Adels geriet das Volk unter die Herrschaft reich gewordener Emporkömmlinge, die den Arbeitern das Joch unbarmherziger Knechtung auferlegten.
Wir erscheinen gewissermaßen als die Retter der Arbeiter aus dieser Knechtschaft, indem wir sie einladen, in die Reihen unseres Heeres von Sozialisten, Anarchisten und Kommunisten einzutreten. Diese Richtungen unterstützen wir grundsätzlich, angeblich auf Grund der Regeln unserer Bruderschaft, die durch die allgemein-menschliche Verpflichtung unseres sozialen Freimaurertums bedingt werden.
Der Adel, der von Rechts wegen die Leistungen der Arbeiter in Anspruch nahm, hatte ein natürliches Interesse daran, daß die Arbeiter satt, gesund und kräftig waren.
Wir aber wollen gerade das Gegenteil - nämlich die Entartung aller, die nicht zu dem Kreis der Illuminierten zählen. Unsere Macht beruht auf der dauernden Unterernährung und der

Schwäche des Arbeiters. In diesem Zustand muß er sich unserem Willen unterordnen, da er weder die Kraft noch den Willen findet, um uns Widerstand zu leisten.

Krönung unserer Weltherrschaft

Hunger verschafft der Geldmacht weit sicherere Gewalt über die Arbeiter, als sie dem Adel von der gesetzlichen Macht des Königs verliehen wurde. Durch die Not und den aus ihr entspringenden Haß bewegen wir die Massen. Wir beseitigen mit ihrer Hilfe jeden, der uns auf unserem Weg hinderlich ist.

Alle außer den Illuminaten haben es verlernt, ohne unsere wissenschaftlichen Ratschläge zu denken. Deshalb erkennen sie die dringende Notwendigkeit dessen nicht, woran wir, wenn unsere Herrschaft errichtet ist, unverrückbar festhalten werden: In den Volksschulen muß die einzige wahre Wissenschaft, die wichtigste von allen, nämlich die Lehre vom gesellschaftlichen Bau des Lebens gepredigt werden, der die Arbeitsteilung und folglich auch die Einteilung der Menschen in Klassen und Stände erfordert.

Es muß unbedingt allen zum Bewußtsein gebracht werden, daß eine Gleichheit der Menschen infolge der ungleichen Wichtigkeit verschiedenartiger Tätigkeiten ausgeschlossen ist. Es muß eine verschiedene Verantwortung vor dem Gesetz bestehen; denn man kann nicht die gleiche "Der siebenköpfige Drache" und der Götzendienst des Goldes haben nur ein Ziel: weltweite Versklavung der Menschen.

Verantwortung verlangen von einem Mann, der durch seine Handlungen einen ganzen Stand bloßstellt und von einem solchen, der nur seinen guten Namen schändet. Die wahre Lehre vom gesellschaftlichen Bau des Lebens, die wir als Illuminaten geheimhalten, zeigt, daß geistige Tätigkeit und körperliche Arbeit auf bestimmte Kreise von Menschen beschränkt bleiben müssen, da sonst aus den Mißverhältnissen zwischen Vorbildung und Beruf eine Quelle menschlicher Leiden entsteht. Haben sich die Völker diese Lehren zu eigen gemacht, so werden sie sich freiwillig den Gewalten und der von ihnen eingeführten Ordnung im Staat unterwerfen.

Bei dem heutigen Stand der Wissenschaft und bei der Richtung, die wir ihr gegeben haben, vertraut das Volk blind dem gedruckten Wort und den ihm beigebrachten Irrlehren.

Diese Feindschaft muß sich bei der kommenden wirtschaftlichen Spannung, die alle Börsengeschäfte und Industrien lahmlegen wird, noch wesentlich verschärfen. Wir werden auf allen uns zugängigen Schleichwegen und mit Hilfe des Goldes, das sich vollständig in unserer Hand befindet, eine allgemeine wirtschaftliche Spannung hervorrufen, gleichzeitig werden wir in allen europäischen Ländern ganze Scharen von Arbeitern auf die Straße werfen. Diese Massen werden gern das Blut derer vergießen, die sie in ihrer Einfalt von Jugend auf beneiden, und deren Hab und Gut sie dann rauben können.

Der Aufstand von Paris

An unsere Leute werden sie aber nicht herankommen, weil uns der Augenblick des Überfalles bekannt sein wird, und weil wir deshalb rechtzeitig Maßnahmen zum Schutz der Unserigen treffen werden.

Wir haben bewiesen, daß der Fortschritt alle Nicht-Illuminierten in das Reich der Vernunft führen wird. Unsere Gewaltherrschaft wird es verstehen, durch vernünftige Strenge allen Aufruhr zu unterdrücken und den Freisinn aus allen Zweigen des staatlichen Lebens zu verdrängen.

Nachdem das Volk gemerkt hatte, daß ihm im Namen der Freiheit allerhand Zugeständnisse gemacht wurden, glaubte es, selbst Herr zu sein, und riß die Macht an sich. Natürlich stieß es, wie jeder Blinde, auf eine Fülle von Schwierigkeiten, aus denen es selbst nicht heraus konnte. Auf der Suche nach Führern verfiel es nicht darauf, zu seinen alten Führern zurückzukehren, es legte vielmehr seine Vollmachten zu unseren Füßen nieder. Denken Sie an den Umsturz in Frankreich, dem wir den Namen des "großen" gegeben haben.

Die Geheimnisse seiner Vorbereitung sind uns völlig bekannt, war er doch das Werk unserer Hände. Seit jenem Zeitpunkt führen wir die Völker aus einer Enttäuschung in die andere, damit sie sich auch von uns abwenden und dem Herrscher aus dem Geist der Illuminaten zujubeln, den wir für die Welt vorbereiten. Gegenwärtig sind wir als Weltmacht unverwundbar; denn sobald wir von einem Staat angegriffen werden, treten andere Staaten für uns ein.
Unsere unangreifbare Stellung wird durch die unendliche Niedertracht der Nicht-Illuminierten gefördert, die vor der Macht kriechen, aber gegen die Schwachen unbarmherzig sind, die Vergehen unerbittlich bestrafen, Verbrechen dagegen nachsichtig beurteilen, die Widersprüche einer freien Gesellschaftsordnung nicht hinnehmen wollen, aber geduldig bis zum Märtyrertum eine von kühner Herrschsucht ausgehende Vergewaltigung ertragen. Sie dulden Mißbräuche von den Diktatoren der Gegenwart, den Minister- oder Kammer-Präsidenten, für deren kleinsten sie zwanzig Könige enthauptet hätten.
Woraus erklärt sich diese merkwürdige Erscheinung, dieses nicht folgerichtige Verhalten der Massen gegenüber scheinbar gleichartigen Vorgängen? Sie erklärt sich daraus, daß diese Diktatoren den Völkern durch ihre Vertreter einflüstern lassen, sie schädigten die Staaten absichtlich, und zwar zu einem höheren Zweck. Das Ziel sei die allgemeine Wohlfahrt der Völker, ihre Verbrüderung, gegenseitige Verpflichtung (Solidarität) und Gleichheit.

Das Volk verurteilt die Gerechten

Natürlich wird ihnen nicht gesagt, daß diese Vereinigung sich nur unter unserer Herrschaft bilden soll. So verurteilt das Volk die Gerechten und läßt die Schuldigen straflos. Es läßt sich mehr und mehr davon überzeugen, daß es alles fertig bringen könne, was es nur will. Unter solchen Umständen zerstört das Volk jede ruhige Entwicklung und ruft bei jedem Schritt nur neue Unordnung hervor.
Das Wort "Freiheit" stürzt die menschliche Gesellschaft in den Kampf gegen alle Gewalten, gegen die Macht Gottes und der Natur. Wenn wir erst auf dem Thron sitzen werden, dann werden wir dieses Wort aus dem Wortschatz der Menschheit vertilgen, weil es der Inbegriff der tierischen Gewalt ist, die die Massen in blutgierige Raubtiere verwandelt. Allerdings fallen diese Tiere in Schlaf, wenn sie Blut genossen haben; dann lassen sie sich leicht in Ketten legen. Gibt man ihnen aber kein Blut zu saufen, so schlafen sie nicht, sondern kämpfen.
Jeder Volksstaat macht eine ganze Reihe von Entwicklungsstufen durch. Der erste Abschnitt gleicht den ersten Tagen der wahnsinnigen Handlungen eines Blinden, der von rechts nach links taumelt. Der zweite Abschnitt ist die Zeit der Volksverhetzung (Demagogie), aus der die Gesetzlosigkeit (Anarchie) entspringt.
Diese führt unvermeidlich zur Gewaltherrschaft (Despotismus), die aber nicht mehr öffentlich und gesetzmäßig anerkannt ist und deshalb keine Verantwortung mehr trägt. Es handelt sich dabei vielmehr um eine unsichtbare und unbekannte Macht, um einen Geheimbund, der im Verborgenen arbeitet, und sich deshalb in der Wahl, seiner Mittel keinerlei Schranken aufzuerlegen braucht, der seine Vertreter überall vorschiebt und aus ihrem häufigen Wechsel nicht Schaden, sondern Vorteile zieht; diese äußern sich unter anderem schon darin, daß er sein Geld nicht zur Entlohnung für langjährige treue Dienste verwenden muß.
Wer und was wäre wohl imstande, diese unsichtbare Macht zu stürzen? Dieser Charakter kennzeichnet nämlich unsere Macht! Die äußerliche (profane) Tätigkeit der Freimaurer dient dazu, unsere Macht und ihr Ziel zu verschleiern: unser Kriegsplan, ja selbst der Sitz unserer Macht werden dem Volk stets verborgen bleiben.
Auch die Freiheit könnte unschädlich sein. Sie könnte im Staatsleben ohne Nachteil für die Wohlfahrt der Völker wirksam werden, wenn sie sich auf den Glauben an Gott und auf die Nächstenliebe stützte, wenn sie sich von allen Gedanken der Gleichheit fernhielte, mit welcher die auf Unterordnung beruhenden Gesetze der Schöpfung im Widerspruch stehen. Bei solchem Gottesglauben würde sich das Volk von der Geistlichkeit leiten lassen.

Es würde friedlich und bescheiden an der Hand seiner Seelenhirten einherschreiten und sich der von Gott gewollten Verteilung der irdischen Glücksgüter ruhig unterwerfen. Aus diesem Grund müssen wir unbedingt den Gottesglauben zerstören, jeden Gedanken an Gott und den Heiligen Geist aus der Seele der Gläubigen herausreißen und ihn durch zahlenmäßige Berechnungen und körperliche Bedürfnisse ersetzen.

Der Götzendienst des Goldes

Wir Illuminaten lassen allen anderen keine Zeit zum Denken und Beobachten; wir lenken ihre Gedanken auf Handel und Gewerbe. So werden alle Völker ihren Vorteil suchen und dabei ihren gemeinsamen Feind übersehen. Damit die Freiheit endgültig die noch nicht illuminierte Gesellschaft zerfetzt und auflöst, muß das Gewerbe auf dem Spielgeschäft aufgebaut werden. Das wird dahinführen, daß die Schätze, die die Industrie dem Boden entrissen hat, aus den Händen unserer Gegner in die Taschen der Spieler, das heißt in unsere Kassen übergehen.

Der auf das Äußerste angespannte Kampf um die Vorherrschaft im Wirtschaftsleben und die Erschütterungen des Marktes müssen eine enttäuschte, kalte und herzlose Gesellschaft ins Leben rufen; das ist sogar bereits geschehen. Diese Gesellschaft wird eine vollkommene Abneigung gegen die hohe Staatskunst und gegen die Religion empfinden. Ihr einziger Berater wird die Rechenkunst, das heißt: das Gold sein! Mit ihm werden sie einen förmlichen Götzendienst treiben im Hinblick auf die Genüsse, die es bieten kann.

Wenn es so weit gekommen ist, dann werden die unteren Schichten weder um etwas Gutes zu leisten, noch um Reichtümer zu sammeln, sondern lediglich aus Haß gegen die bevorzugten Gesellschaftsklassen uns gegen unsere Mitbewerber um die Macht, nämlich gegen alle Nicht-Illuminierten folgen.

Welche Form der Staatsverfassung kann man einer Gesellschaft geben, in der die Bestechlichkeit überall vorherrscht, wo man nur durch geschickte Kniffe, durch halbbetrügerische Schiebungen zu Reichtum gelangen kann, wo die Zuchtlosigkeit herrscht, wo die Sittlichkeit nur durch Strafverfügungen und strenge Gesetze aufrecht erhalten werden kann, keineswegs aber durch freiwillig befolgte Grundsätze, wo Vaterlandsliebe und Gottesglaube von weltbürgerlichen Überzeugungen erstickt werden?

Die Massen nach unserem Willen leiten

Die Verfassung solcher Gesellschaft kann nur auf einer Gewaltherrschaft beruhen, die ich Ihnen später schildern werde. Wir werden eine größere Vereinheitlichung der Verwaltung schaffen, um mit ihrer Hilfe alle Gewalt in unseren Händen zu vereinigen. Alle Zweige des staatlichen Lebens unserer Untertanen werden wir wie den Gang einer Maschine durch neue Gesetze regeln. Diese Gesetze werden nach und nach alle Abschwächungen und Freiheiten beseitigen, die andere zugelassen haben.

Unser Reich soll durch eine grenzenlose Gewaltherrschaft gekennzeichnet werden, daß es zu jeder Zeit und an allen Orten im Stande sein muß, den Widerstand unzufriedener Menschen im Keime zu ersticken. Man könnte einwenden, daß sich die Gewaltherrschaft, von der ich rede, mit dem Fortschritt unserer Zeit nicht vereinigen ließe, ich werde Ihnen jedoch das Gegenteil beweisen.

Solange die Völker noch zu ihren Fürsten wie zu einer Offenbarung des göttlichen Willens aufschauten, beugten sie sich willig unter die Selbstherrschaft der Könige. Als wir ihnen aber den Gedanken von ihren eigenen Rechten zuflüsterten, begannen sie, in den Königen nur noch gewöhnlich Sterbliche zu sehen. Das Gottesgnadentum verlor in den Augen des Volkes jede Bedeutung. Als wir ihm den Glauben an Gott geraubt hatten, sank die Macht der Krone auf die Straße. Hier haben wir sie als öffentliches Eigentum aufgegriffen.

Wir sind außerdem Meister der Kunst, die Massen und einzelne Persönlichkeiten durch geschickte Bearbeitung in Wort und Schrift, durch gewandte Umgangsformen und allerlei Mittelchen, von denen die nicht Illuminierten keine Ahnung haben, nach unserem Willen zu lei-

ten. Unsere Verwaltungskunst beruht auf schärfster Beobachtung und Zergliederung, auf solchen Feinheiten der Schlußfolgerung, daß niemand mit uns in Wettbewerb treten kann.

Mit uns muß man rechnen

Auch in der Anlage unserer staatsmännischen Pläne und in der Geschlossenheit und Macht unserer Geheimbünde kann sich niemand mit uns messen.



Einer der vier apokalyptischen Reiter von Albrecht Dürer: "Für die Menschen ist es gleichgültig, wer sie beherrscht: die katholische Kirche oder wir Illuminaten."

Nur die Jesuiten könnten allenfalls mit uns verglichen werden; doch wir verstanden es, sie in den Augen der gedankenlosen Masse herabzusetzen, weil sie eine sichtbare Körperschaft bilden, wir selbst aber mit unserer geheimen Körperschaft im Schatten blieben. Ist es übrigens für die Welt nicht gleichgültig, wer sie beherrscht: das Haupt der katholischen Kirche oder wir Illuminaten? Für uns, die Erleuchteten, ist das freilich durchaus nicht gleichgültig.

Zeitweilig könnte ein allgemeines Bündnis aller nicht Illuminierten über uns obsiegen. Gegen die Gefahr sind wir aber durch den tief eingewurzelten, unüberbrückbaren Zwiespalt unter den nicht Illuminierten geschützt. Im Laufe von zwanzig Jahrhunderten haben wir bei ihnen die persönlichen und völkischen Gegensätze, den Rassen- und Glaubenshaß eifrig geschürt.
Dank diesem Umstand wird kein christlicher Staat Unterstützung finden, weil jeder andere Staat glauben muß, daß ein Bündnis gegen uns für ihn nicht vorteilhaft sei. Wir sind eben zu stark, mit uns muß man rechnen! Heute können die Mächte nicht einmal das kleinste Übereinkommen untereinander abschließen, ohne daß wir im Geheimen unsere Hand dabei im Spiel haben.
"Per me reges regnant - durch mich herrschen die Könige." Die Propheten haben uns gelehrt, daß wir von Gott selbst zur Herrschaft über die ganze Welt auserwählt wurden. Gott selbst hat uns die nötige Begabung verliehen, damit wir uns dieser großen Aufgabe gewachsen zeigen. Selbst wenn im gegnerischen Lager ein Geistesheld erstände, der sich mit uns in einen Kampf einließe, so müßte er dennoch unterliegen, da der Neuling sich mit dem erprobten Krieger nicht messen kann. Der Kampf zwischen uns wäre so schonungslos geworden, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat; auch wäre der Geistesheld zu spät gekommen.
Alle Räder der Staatsmaschine werden durch eine Kraft getrieben, die ganz in unseren Händen ruht: das Gold! Die von unseren Gelehrten erdachte Volkswirtschaftslehre hat schon längst dem Geld eine überlegene Machtstellung zugewiesen.

Die öffentliche Meinung beherrschen

Um unbeschränkt herrschen zu können, muß sich die Geldmacht die Alleinherrschaft in Handel und Gewerbe erringen. Unsichtbare Hände sind schon am Werk, um diesen Plan in der ganzen Welt zu verwirklichen. Solches Vorrecht gibt den Industriellen eine politische Macht; diese dient aber zur Unterdrückung des Volkes. Heute ist es wichtiger, die Völker zu entwaffnen, als in den Krieg zu führen; es ist wichtiger, die entflammten Leidenschaften zu unseren Gunsten zu benutzen, als sie zu löschen; es ist wichtiger, auf fremde Gedanken einzugehen und sie zu benutzen, als sie zu bekämpfen.
Die Hauptaufgabe unserer Verwaltung besteht darin, die öffentliche Meinung durch eine zersetzende Beurteilung aller Vorgänge in ihrer Widerstandskraft zu lahmen, den Menschen das eigene Denken, das sich gegen uns aufbäumen könnte, abzugewöhnen; und die vorhandenen Geisteskräfte auf bloße Spiegelfechtereien einer hohlen Redekunst abzulenken.
Zu allen Zeiten hielten die Völker und die einzelnen Persönlichkeiten das Wort für die Tat; sie begnügten sich mit dem Schein, ohne zu merken, ob im öffentlichen Leben auf Versprechungen auch die Erfüllung folgt.
Darum werden wir dem Volk Ausstellungen veranstalten, auf welchen mit großer Beredsamkeit klar gemacht werden soll, was wir für den allgemeinen Fortschritt geleistet haben. Wir werden uns jeden freiheitlichen Gedanken aller Parteien und Richtungen aneignen und unsere Redner beauftragen, ihn so lange breitzutreten, bis wir die Menschen mit den schönen Reden ermüdet und in ihnen einen Abscheu vor den Rednern aller Richtungen erzeugt haben.
Um die öffentliche Meinung zu beherrschen, müssen wir Zweifel und Zwietracht säen, indem wir von den verschiedensten Seiten so lange einander widersprechende Ansichten äußern lassen, bis die nicht Illuminierten sich in dem Wirrsal nicht mehr zurechtfinden und zu der Überzeugung kommen, daß es am besten sei, in staatsrechtlichen Fragen überhaupt keine Meinung zu haben, da dem Volk in diesen Dingen der nötige Überblick fehlt, und nur derjenige sie wirklich überschauen könne, der das Volk selbst leitet. Das ist unser erstes Geheimnis!
Das zweite, für den Erfolg unserer Sache nicht minder wichtige Geheimnis besteht darin, die Fehler und Gebrechen des Volkes möglichst zu vermehren. Alle schlechten Gewohnheiten, Leidenschaften, alle Regeln des geselligen Verkehrs müssen derart auf die Spitze getrieben

werden, daß sich niemand in dem tollen Durcheinander mehr zurechtfinden kann, und die Menschen aufhören, einander zu verstehen.
Auf diese Weise wird es uns leicht sein, Zwietracht in allen Parteien zu säen, jede Sammlung von Kräften, die sich uns noch nicht unterwerfen wollen, zu verhindern und jede persönliche Tatkraft, die unsere Sache irgendwie stören könnte, von vornherein zu entmutigen.

Alle Völker beugen sich unserer Herrschaft

Es gibt nichts Gefährlicheres, als die Macht der Persönlichkeit. Ist sie mit schöpferischen Geisteskräften ausgestattet, so vermag sie mehr auszurichten als Millionen von Menschen, die wir miteinander entzweit haben. Darum müssen wir die Erziehung der nicht illuminierten Gesellschaft dahin lenken, daß sie vor jeder Aufgabe, die Tatkraft und Entschlußfähigkeit erfordert, in hoffnungsloser Schwäche die Hände sinken läßt.
Die Anspannung, die durch die Freiheit des Handelns hervorgerufen wird, erschlafft die Kräfte, sobald sie auf fremde Freiheit stößt. Daraus entwickeln sich schwere sittliche Zusammenstöße, Enttäuschungen und Mißerfolge. Durch alle diese Mittel werden die nicht Illuminierten derart ermüden, daß sie gezwungen sein werden, uns die Weltherrschaft anzubieten. Wir sind nach unserer ganzen Veranlagung sehr wohl imstande, alle staatlichen Kräfte der Welt ohne schroffen Übergang in uns einzusaugen und eine Oberherrschaft zu bilden.
An die Stelle der jetzigen Herrscher werden wir ein Schreckgespenst setzen, das sich überstaatliche Verwaltung nennen wird. Wie Zangen werden seine Arme nach allen Richtungen ausgestreckt sein und eine so gewaltige Einrichtung darstellen, daß sich alle Völker unserer Herrschaft beugen werden.
Sehr bald werden wir uns riesige Alleinrechte (Monopole) sichern, die jeden fremden Wettbewerb ausschließen und für uns eine Quelle gewaltigen Reichtums bilden. Von diesen illuminierten Alleinrechten werden selbst die großen Vermögen der nicht Illuminierten in einer Weise abhängen, daß sie am ersten Tag nach dem Zusammenbruch der alten Regierung eben verschwinden werden, wie das in die Zahlungsfähigkeit der Staaten gesetzte Vertrauen (Staatskredite). Ich bitte die Volkswirte, die Bedeutung dieses Gedankens richtig abzuschätzen.
Mit allen Mitteln müssen wir die Macht unserer Oberherrschaft entwickeln; sie muß allen als die Schirmherrin und Wohltäterin derer erscheinen, die sich uns freiwillig unterwerfen. Der Adel, der nicht zum Kreis der Illuminaten gehört, hat als staatliche Macht ausgespielt. Wir brauchen mit ihm in dieser Hinsicht nicht mehr zu rechnen. Als Grundbesitzer wirkt er aber deshalb schädlich für uns, weil er dank den Quellen seiner Lebenshaltung unabhängig bleiben kann. Daher gilt es, ihn um jeden Preis seines Grundbesitzes zu berauben.
Das beste Mittel hierzu ist die Erhöhung der Bodenbesteuerung zur Verschuldung des Landbesitzes. Diese Maßnahme wird den Grundbesitz in einem Zustand unbedingter Abhängigkeit erhalten. Infolge seiner ererbten Eigenschaften versteht der Adel, der nicht zu uns gehört, es nicht, sich mit Geringem zu begnügen und deshalb muß er bald zugrunde gehen.

Unterstützung des Verlangens nach Pracht

Gleichzeitig müssen wir Handel und Gewerbe einen verstärkten Schutz angedeihen lassen, und vor allem das Spielgeschäft fördern. Dieses dient uns als Gegengewicht gegen die zunehmende Macht der Industrie. Ohne Spielgeschäft würde die Industrie das bürgerliche Kapital vermehren und zur Hebung der Landwirtschaft beitragen, da sie den Grundbesitz aus der Schuldknechtschaft der Landbanken befreien könnte. Wir müssen es dazu bringen, daß die Industrie sowohl die Arbeitskräfte als auch das Geld aus der Landwirtschaft aufsaugt und durch das Spielgeschäft alle Schätze der Welt in unsere Hände ausliefert.
Dann sind alle nicht illuminierten Menschen arme Teufel, dann werden sie sich vor uns beugen, um nur ihr Leben fristen zu können! Um alle Industrie zu zerstören, die nicht zu dem Kreis der Insider gehört, werden wir uns neben dem Spielgeschäft noch eines anderen Mittels

bedienen: es ist die Entwicklung eines starken Verlangens bei nicht Illuminierten nach Pracht, nach einem alles verschlingenden Aufwand.
Wir werden den Arbeitslohn steigern; das wird aber den Arbeitern keinen Nutzen bringen, weil wir gleichzeitig eine Preissteigerung bei allen Gegenständen des täglichen Bedarfs herbeiführen. Als Vorwand werden wir dabei den Notstand der Landwirtschaft und der Viehzucht benutzen.
Wir werden die Quellen der Erzeugung in Landwirtschaft und Gewerbe künstlich und tief unterwühlen, indem wir die Arbeiter an Gesetzlosigkeit und Trunksucht gewöhnen und alle geistig hochstehenden Kräfte, die keine Illuminaten sind, vom Land entfernen.
Damit die nicht Illuminierten den wahren Stand der Dinge nicht vor der Zeit erkennen, werden wir ihn sorgfältig verschleiern. Als Mittel dazu dienen unsere volkswirtschaftlichen Lehren, aus denen scheinbar ein ernstes Streben spricht, für die Arbeiterklasse und die weltbewegenden Grundsätze mit aller Kraft einzutreten.
Die starken Rüstungen, die Ausgestaltung des Polizeiwesens, das alles dient nur zur Verwirklichung unserer bereits entwickelten Pläne. Wir müssen dafür sorgen, daß es neben uns in allen Staaten nur noch Besitzlose und einige von uns abhängige Millionäre gibt, außerdem Polizei und Soldaten.
Wir müssen in ganz Europa und durch die Beziehungen von dort aus auch in anderen Erdteilen Gärung, Streit und Feindschaft erregen. Damit erreichen wir einen doppelten Vorteil: Erstens werden uns alle Staaten fürchten, weil sie genau wissen, daß wir jederzeit imstande sind, nach Belieben Unruhen hervorzurufen oder die alte Ordnung wieder herzustellen. Alle diese Länder sind gewohnt, uns als notwendiges Übel zu betrachten.

Geheimhaltung aller Unternehmungen

Zweitens werden wir durch unsere Umtriebe alle Fäden verwirren, die wir mit Hilfe Staatsrechtlicher oder wirtschaftlicher Verträge und Schuldverschreibungen nach allen Staatsleitungen gesponnen haben. Um dieses Ziel restlos zu erreichen, müssen wir bei den mündlichen Verhandlungen mit großer Verschlagenheit und Verschmitztheit vorgehen; äußerlich dagegen, in dem sogenannten amtlichen Schriftwechsel, werden wir ein entgegengesetztes Verfahren einschlagen und stets ehrbar und entgegenkommend erscheinen.
Befolgen wir diese Grundsätze, so werden die nicht illuminierten Staatsleitungen und Völker, die wir daran gewöhnt haben, den Schein für bare Münze zu nehmen, uns einst noch für die Wohltäter und Retter des Menschengeschlechtes halten.
Sobald ein Staat, der noch von nicht Illuminaten regiert wird, es wagt, uns Widerstand zu leisten, müssen wir in der Lage sein, seine Nachbarn zum Krieg gegen ihn zu veranlassen. Wollen aber auch die Nachbarn gemeinsame Sachen mit ihm machen und gegen uns vorgehen, so müssen wir den Weltkrieg entfesseln.
Der oberste Grundsatz jeder erfolgreichen Staatskunst ist die strengste Geheimhaltung aller Unternehmungen. Was der Staatsmann sagt, braucht keineswegs mit dem übereinzustimmen, was er tut. Wir müssen die nicht von uns beherrschten Staatsleitungen zwingen, unseren breit angelegten Plan, der sich schon der erwünschten Vollendung nähert, tatkräftig zu unterstützen. Als Mittel werden wir die öffentliche Meinung vorschützen, die wir insgeheim durch die sogenannte achte Großmacht - die Presse in unserem Sinn bearbeitet haben.
Mit ganz wenigen Ausnahmen, die überhaupt nicht in Frage kommen, liegt die ganze Presse in unseren Händen. Wir wollen unseren Plan zur Niederzwingung der nicht illuminierten Staaten in Europa in wenige Worte zusammenfassen: Einem von ihnen werden wir unsere Macht durch Mordanschläge, also durch die Schreckensmänner, den Terror, beweisen.
Sollte es zu einer gemeinsamen Erhebung aller europäischen Staate wider uns kommen, so werden ihnen amerikanische, chinesische oder japanische Geschütze in unserem Namen antworten. Wir müssen uns mit allen Kampfmitteln, deren sich unsere Gegner gegen uns bedie-

nen könnten, auch ausrüsten. Wir müssen uns deshalb mit allen Feinheiten und mit allen Kniffen der Gesetzbücher vertraut machen für den Fall, daß wir Entscheidungen fällen müssen, die übermäßig kühn und ungerecht scheinen können; denn es ist wichtig, diese Entscheidungen so zu fassen, daß sie als Ausfluß der höchsten sittlichen Rechtsordnung erscheinen.

Sie dienen teils aus Ehrgeiz, teils aus Eigennutz

Unsere Leitung muß sich mit allen Hilfskräften der Zivilisation umgeben, in deren Mitte sie wirken soll. Dazu gehören vor allem Tagesschriftsteller, Rechtsgelehrte, Verwaltungsbeamte, Staatsmänner und schließlich solche Persönlichkeiten, die in unseren Fachschulen eine besondere Vorbildung genossen haben.

Diese Leute werden von uns in alle Geheimnisse des gesellschaftlichen Lebens eingeweiht. Sie erlernen jene Sprache, die aus politischen Buchstaben und Worten zusammengesetzt ist. Sie werden mit allen tieferen Gründen der menschlichen Natur bekannt gemacht und mit allen ihren empfindlichen Saiten, deren Anschlag sie verstehen müssen. Zu diesen Saiten gehören die besondere Geistesrichtung der Menschen, die nicht zu den Insidern gehören, ihre Bestrebungen, Fehler, Laster und Tugenden, sowie die besonderen Eigenschaften der einzelnen Klassen und Stände.

Selbstverständlich dürfen die geisteskräftigen Mitarbeiter unserer Regierung, von denen ich spreche, nicht aus den Reihen der nicht Illuminierten entnommen werden, die durchaus gewohnt sind, ihre amtlichen Pflichten auszuüben, ohne daran zu denken, was damit erreicht werden soll, ohne zu überlegen, weshalb sie notwendig sind. Nicht illuminierte Beamte unterzeichnen häufig Schriftstücke, ohne sie überhaupt zu lesen. Sie dienen dem Staat teils aus Ehrgeiz, teils aus Eigennutz, aber ohne eigentliches Ziel.

Wir werden unsere Leitung mit unzähligen Volkswirten umgeben. Der volkswirtschaftliche Unterricht ist nämlich der wichtigste Gegenstand bei der Ausbildung zum Illuminaten. Wir ziehen uns eine gewaltige Menge von Bankleuten, Fabrikherren, Geldmännern und, was die Hauptsache ist, von Millionären heran; denn in der Wirklichkeit wird doch alles durch die Zahl der Figuren entschieden.

Solange es noch gefährlich erscheint, verantwortliche Staatsstellen unseren illuminierten Brüdern zu übergeben, werden wir sie nur solchen Persönlichkeiten anvertrauen, deren Vergangenheit und Charakter für sie bürgt. Hierzu gehört, daß zwischen ihnen und dem Volk ein Abgrund klafft. Wir dürfen diese Stellen nur solchen Persönlichkeiten anvertrauen, die das Todesurteil oder die Verbannung gewärtigen müssen, falls sie unseren Weisungen nicht gehorchen.

Sie müssen bereit und gewillt sein, unsere Interessen bis zum letzten Atemzug zu vertreten. Sie müssen bei der Anwendung unserer Grundsätze die Eigenart des Volkes berücksichtigen, in dessen Gebiet Sie sich aufhalten und wirken werden. Die gleichmäßige Anwendung unserer Grundsätze kann keinen Erfolg bringen, solange ein Volk nicht auf unsere Weise erzogen ist.

Wenn Sie aber vorsichtig zu Werke gehen, werden Sie sehen, daß schon ein Jahrzehnt genügt, um selbst den festesten Charakter zu verändern. Dann können wir ein neues Volk unter diejenigen Völker einreihen, die sich uns schon unterworfen haben.

Pflicht der Gleichheit

Sobald wir zur Herrschaft gelangen, werden wir das alte freisinnige Feldgeschrei: "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!" das im Grunde genommen von unseren Logen in die Welt gesetzt wurde, durch Gruppen von Wörtern ersetzen, die nur Gedanken ausdrücken. Wir werden sagen: "Recht auf Freiheit, Pflicht der Gleichheit, Vorbild der Brüderlichkeit!" und damit werden wir den Bock bei den Hörnern packen.

In der Tat haben wir außer unserer eigenen schon jede Herrschergewalt beseitigt, obgleich rechtlich noch viel davon vorhanden ist. Wenn heute irgendein Staat gegen uns Einspruch er-

hebt, so geschieht es nur der Form halber, sogar mit unserem Wissen und Wollen. Wir brauchen ihren Antisemitismus, um unsere Brüder aus den unteren Schichten zusammenzuhalten.
Ich will dies nicht näher ausführen, da wir über diesen Gegenstand schon wiederholt gesprochen haben. Tatsächlich gibt es für uns keine Hindernisse. Wir üben unsere Oberherrschaft in jener ganz außergesetzlichen Form aus, die man mit dem Wort Gewaltherrschaft (Diktatur) zu bezeichnen pflegt.
Ich kann es mit voller Überzeugung sagen, daß wir zur Zeit die Gesetzgeber sind; wir sprechen Recht und üben die vollziehende Gewalt aus, wir strafen und begnadigen, wir sitzen als Führer aller unserer Heere hoch zu Roß. Uns leitet ein fester Wille, da wir die Erbschaft einer einst mächtigen Partei angetreten haben, die jetzt ganz von uns abhängt. Wir verfügen über einen unbändigen Ehrgeiz, brennende Habgier, schonungslose Rachsucht und unerbittlichen Haß.
Von uns geht das Schreckgespenst, der umfassende Terror aus. In unserem Dienste stehen Leute aller Anschauungen und Richtungen: Männer, die eine königliche Regierung wieder einführen wollen, Volksverführer (Demagogen), Sozialisten, Kommunisten und allerlei Wolkenkuckucksheimer (Utopisten).
Wir haben sie alle für uns in das Joch gespannt. Jeder von ihnen untergräbt an seiner Stelle die letzten Stützen der Staatsgewalt und sucht die bestehende Rechtsordnung umzustoßen. Durch solche Maßnahmen werden alle Regierungen gepeinigt. Jeder sehnt sich nach Ruhe und ist bereit, um des lieben Friedens willen alles zu opfern. Wir aber lassen sie nicht zur Ruhe kommen, bis sie unsere Welt-Oberherrschaft offen und bedingungslos anerkannt haben.
Das Volk stöhnt und verlangt nach einer Lösung der gesellschaftlichen (sozialen) Frage im Wege einer allgemeinen zwischenstaatlichen Verständigung. Da aber alle Völker in Parteien zerspalten sind und der Parteikampf große Mittel erfordert, so hängen alle Parteien und Völker von uns ab; denn das Geld haben wir allein.

Erziehung auf falschen Grundsätzen und Lehren

Wir könnten befürchten, daß außerhalb der Insider die sehenden Kräfte der Herrschenden sich mit den blinden Kräften der Völker vereinigen. Allein wir haben alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, um solche Möglichkeiten zu verhindern. Zwischen beiden Kräften haben wir eine Mauer in Gestalt einer gegenseitigen Schreckensherrschaft errichtet.
Auf diese Weise bleibt die blinde Masse des Volkes unsere Stütze. Wir und nur wir allein werden ihr als Führer dienen und sie schließlich ganz unseren Zielen zuführen. Damit der Blinde seine Hand nicht unserer Leitung entzieht, müssen wir von Zeit zu Zeit in engste Gemeinschaft mit dem Volk treten. Läßt sich das persönlich nicht bewerkstelligen, so muß es durch unsere zuverlässigen Brüder geschehen.
Michaels Kampf mit dem Drachen:



"Unser Reich wird durch eine grenzenlose Gewaltherrschaft gekennzeichnet sein. Wir werden die Menschen nach unserem Willen leiten, und sie geschickt mit Wort und Schrift beeinflussen."

"Unser Reich wird durch eine grenzenlose Gewaltherrschaft gekennzeichnet sein. Wir werden die Menschen nach unserem Willen leiten, und sie geschickt mit Wort und Schrift beeinflussen."

Sind wir als Macht erst anerkannt, so werden wir persönlich mit dem Volk auf den Straßen und Plätzen reden und es lehren, sich in staatsrechtlichen Fragen diejenige Auffassung zu eigen zu machen, die wir gerade brauchen.
Niemand kann nachprüfen, was dem Volk in den Dorfschulen gelehrt wird. Was aber der Beauftragte der Regierung oder Herrscher selbst dem Volk sagt, das geht wie ein Lauffeuer über das ganze Land, denn es wird schnell durch die Stimme des Volkes in alle Winde getragen.
Um die Einrichtungen der nicht Illuminierten nicht vorzeitig zu zerstören, gingen wir mit größter Umsicht zu Werke und ergriffen zunächst nur die Enden der Triebfedern, durch die alles in Gang gehalten wird. Diese Triebkräfte waren früher streng, aber gerecht verteilt, wir aber ersetzten sie durch die freisinnige Willkür. Auf diese Weise untergruben wir die Rechtsprechung, die Wahlordnung, die Presse, die Freiheit der Person und vor allem die Erziehung und Bildung des Volkes als Eckpfeiler jeder wirklichen Freiheit.
Wir haben die nicht illuminierte Jugend verdummt, verführt und verdorben. Dieses Ziel wurde von uns dadurch erreicht, daß wir ihre Erziehung auf falschen Grundsätzen und Lehren aufbauten, deren Lügenhaftigkeit uns sehr wohl bekannt war, die wir aber anwenden ließen.
Wir haben zwar die bestehenden Gesetze nicht plötzlich geändert, haben aber ihren Sinn durch widerspruchsvolle Deutungen vollkommen entstellt. Auf diesem Weg erzielten wir über Erwarten große Erfolge. Zunächst wurden die Gesetze durch viele Deutungen verdunkelt und dann allmählich in ihr Gegenteil verwandelt. Die Staatsleitung verlor jede Übersicht und konnte sich schließlich selbst in der äußerst verworrenen und widerspruchsvollen Gesetzgebung nicht mehr zurecht finden. Daraus entwickelte sich die Theorie einer Rechtsprechung nach bestem Gewissen statt nach dem Gesetzbuch.
Sie können einwenden, daß die, die nicht zum Kreis der Illuminaten oder Insider gehören, mit der Waffe in der Hand über uns herfallen werden, sobald sie vor der Zeit entdecken, wie alles zusammen hängt. Für diesen Fall haben wir ein letztes, furchtbares Mittel in der Hand, vor dem selbst die tapfersten Herzen erzittern sollen. Bald werden alle Hauptstädte der Welt von Untergrundbahnen durchzogen sein. Von ihren Stollen aus werden wir im Falle der Gefahr für uns die ganzen Hauptstädte mit allen Einrichtungen und Urkunden in die Luft sprengen.

Sie werden uns auf Händen tragen

Ich bitte Sie, sich daran zu erinnern, daß sich die Regierungen und Völker in der Staatskunst mit dem Schein begnügen. Wie sollten sie auch den wahren Stand der Dinge erkennen, da ihren Vertretern doch das Vergnügen über alles geht?
Für uns ist die Kenntnis dieses Umstandes von der allergrößten Bedeutung. Sie wird uns zustatten kommen bei den Verhandlungen über die Verteilung der Staatsgewalt, die Freiheit des Wortes, der Presse und des Glaubens, das Recht des Zusammenschlusses, die Gleichheit vor dem Gesetz, die Unverletzlichkeit des Eigentums und der Wohnung, die indirekte Besteuerung und die rückwirkende Kraft der Gesetze. Über alle diese Fragen darf man mit dem Volk niemals offen und rückhaltlos sprechen.
Ist es unumgänglich notwendig, sie zu berühren, so dürfen wir uns nicht auf Einzelheiten einlassen, sondern nur in allgemeinen Redensarten die Grundsätze einer neuzeitigen (modernen) Gesetzgebung anerkennen. Die Bedeutung dieser Zurückhaltung liegt auf der Hand: Solange wir uns nicht offen fest gelegt haben, bleibt uns immer die Möglichkeit, den einen oder anderen Punkt auszuschließen; sind die Volksrechte aber erst einmal aufgezählt, dann scheinen sie auch schon bewilligt zu sein.
Das Volk liebt und verehrt die Hochgeister unter den Staatsmännern; es beurteilt ihre Vergewaltigungen in folgender Weise: "Das war niederträchtig, aber sehr geschickt! Ein Gaunerstreich aber großartig ausgeführt! Mit welcher Frechheit!"
Wir rechnen darauf, alle Völker für die Errichtung eines völlig neuen Staatsgebäudes zu gewinnen, das uns schon lange vorschwebt. Deshalb müssen wir vor allem dafür sorgen, daß

unsere Führer Persönlichkeiten sind, die mit einer beispiellosen Kühnheit und Geisteskraft auf ihr Ziel losgehen. Dann werden wir auf unserem Weg jeden Widerstand brechen.
Wenn wir die von uns geplante Staatsumwälzung vollzogen haben, werden wir den Völkern sagen: "Es ist alles schrecklich schlecht gegangen, Ihr alle seid vor Leid und Gram erschöpft. Seht, wir beseitigen die Ursachen eurer Leiden: die völkische Abgeschlossenheit, die Landesgrenzen, die Verschiedenartigkeit der Währungen. Natürlich könnt Ihr über uns richten, aber kann Euer Urteil gerecht sein, wenn Ihr es fällt, ehe Ihr das erprobt habt, was wir Euch geben wollen?"
Dann werden sie uns zujubeln und uns in heller Begeisterung auf den Händen tragen. Die Form der Abstimmung, mit deren Hilfe wir zur Herrschaft gelangt sind, und an welche wir die am niedrigsten stehenden Mitglieder der Menschheit gewöhnt haben, weil wir Versammlungen veranstalteten und Vereinbarungen treffen ließen, wird ihren letzten Dienst leisten; sie wird zum letzten Mal in Erscheinung treten und dabei den einstimmigen Wunsch zum Ausdruck bringen, mit uns in nähere Berührung zu treten, ehe ein Urteil über uns abgegeben wird.

Unsere Pläne müssen stark und zweckmäßig sein

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir vorher das allgemeine Wahlrecht ohne Unterschied von Stand und Vermögen einführen, um die Alleinherrschaft (Absolutismus) der Mehrheit zu schaffen, die wir von den gebildeten Schichten der Gesellschaft allein niemals erhalten würden.
Nachdem wir so alle an den Gedanken der Selbstbestimmung gewöhnt haben, werden wir die Bedeutung der Familie und ihre erzieherischen Werte vernichten. Wir werden es zu verhindern wissen, daß hochbegabte Persönlichkeiten erstehen, denen die von uns geleiteten Massen den Aufstieg, ja sogar die Aussprache nicht gestatten wird. Ist sie doch gewöhnt, nur uns zu folgen, da wir ihren Gehorsam und ihre Aufmerksamkeit gut bezahlen.
Auf diese Weise werden wir uns eine blindgefügige Macht schaffen, die gar nicht imstande sein wird, etwas gegen den Willen unserer Vertreter zu unternehmen, denen wir die Leitung der Massen anvertraut haben. Das Volk wird sich ihrer Herrschaft willig unterwerfen; denn es wird wissen, daß von ihnen Arbeit, Zuwendungen aller Art und jegliche Vorteile abhängig sind.
Der Plan unserer Leitung muß fertig aus einem Kopf hervorgehen; denn er kann niemals feste Gestalt annehmen, wenn unzählige Köpfe daran arbeiten wollen. Deshalb ist es uns wohl erlaubt zu wissen, was ausgeführt werden soll, wir dürfen die Vorschriften aber niemals einer Beurteilung unterziehen. Sonst könnten wir die einzig dastehende Größe des Gesamtplanes, den Zusammenhang seiner einzelnen Teile, die Wirkung eines jeden Punktes, dessen geheimer Sinn verborgen bleibt, zerstören.
Unterwerfen wir ein derartiges Werk der Beurteilung und Abstimmung zahlreicher Gesinnungsgenossen, so wird es unvermeidlich die Spuren zahlreicher Mißverständnisse in sich tragen; denn nicht jeder ist imstande, den tieferen Sinn und Zusammenhang des Ganzen zu ergründen. Unsere Pläne müssen stark und zweckmäßig erdacht sein. Darum dürfen wir die geistesstarke Arbeit unseres Leiters nicht vor die Säue werfen und auch im engeren Kreis nicht bekritteln lassen.

Wir warten auf den letzten Todeskampf

Diese Pläne werden die bestehenden Einrichtungen vorläufig nicht umstürzen. Sie werden nur ihre wirtschaftliche Grundlage und, im Zusammenhang damit, den ganzen Plan ihrer Entwicklung ändern, die auf diese Weise schließlich den in unseren Plänen vorgesehenen Weg einschlagen wird.
In allen Staaten gibt es unter den verschiedensten Bezeichnungen annähernd die gleichen Einrichtungen: Volksvertretung, Ministerien, Staatsrat, Höchster Gerichtshof, gesetzgebende und

vollziehende Körperschaften. Ich brauche Ihnen die Beziehungen dieser Staatseinrichtungen zueinander nicht zu erläutern. Das alles ist Ihnen gut bekannt.
Ich bitte Sie nur, daran festzuhalten, daß jede dieser Staatseinrichtungen irgendeine wichtige Aufgabe im Staatsleben erfüllen muß. Das Wort "wichtig" beziehe ich dabei nicht auf das Amt, sondern auf die Aufgabe; folglich sind nicht die Ämter wichtig, sondern die Aufgaben, die sie zu erfüllen haben. Die Ämter haben unter sich alle wichtigen Zweige des Staatslebens verteilt: die Verwaltung, die Gesetzgebung und die vollziehende Gewalt. Sie üben darum im Staatskörper dieselbe Wirkung aus, wie die Glieder im menschlichen Körper. Sobald wir ein wichtiges Glied der Staatsmaschine beschädigt haben, wird der Staat wie ein menschlicher Körper erkranken und sterben.
Nachdem wir dem Staatskörper das Gift des Freisinnes eingeflößt haben, hat sich sein ganzer staatsrechtlicher Zusammenhang verändert. Heute sind alle Staaten von einer tödlichen Krankheit, der Zersetzung des Blutes, befallen. Wir brauchen nur noch auf den letzten Todeskampf zu warten.
Der Freisinn ersetzte die Selbstregierungen, in welchen die Nicht-Illuminierten ihr Ziel erblickt hatten, durch Verfassungs-Staaten. Jede Verfassung ist, wie Sie wohl wissen, die hohe Schule für Haß, Streit und unfruchtbaren Parteihader, der die Kraft des Staates lähmt und seine Lebensäußerungen jeden Persönlichkeitswertes entkleidet. Die Rednerbühne hat ebenso wie die Presse die Herrscher zur Taten- und Machtlosigkeit verurteilt und sie dadurch unnütz und überflüssig gemacht.
Deswegen wurden sie schon in vielen Ländern gestürzt. Seitdem begann das Zeitalter der Volksherrschaft, in welchem wir die angestammten Könige durch Strohpuppen ersetzen, die wir aus der Masse des Volkes unter den uns sklavisch ergebenen Günstlingen als "Präsidenten" aussuchten. Das war der Sprengkörper, den wir unter die Grundmauern nicht nur eines, sondern - glauben Sie mir - aller noch nicht-illuminierten Völker gelegt haben.

Strohpuppen als Politiker

Bald werden wir den Grundsatz einführen, daß die Präsidenten für ihre Handlungen verantwortlich sind. Dann brauchen wir uns in der Durchführung unserer Maßnahmen keinerlei Schranken mehr aufzuerlegen, da die Verantwortung ganz auf unsere Strohpuppen fallen wird. Uns kann es ja nur recht sein, daß sich dadurch die Reihen derer lichten werden, die nach Macht streben. Es ist sogar vorauszusehen, daß es vielfach unmöglich sein wird, geeignete Persönlichkeiten für den Präsidentenposten zu finden. Daraus können Unruhen entstehen, die die Staaten endgültig zerrütten werden.
Um dieses von uns gewünschte Ergebnis zu erreichen, werden wir für die Wahl solcher Präsidenten sorgen, deren Vergangenheit irgendeinen dunklen Punkt, irgendein "Panama" aufweist. Dann werden sie getreue Vollstrecker unserer Weisungen.
Einerseits müssen sie stets fürchten, daß wir mit Enthüllungen kommen, die sie unmöglich machen; andererseits werden sie, wie jeder Mensch, das begreifliche Bestreben haben, sich in der einmal erlangten Machtstellung zu behaupten und die einem Präsidenten zustehenden Vorrechte und Ehren möglichst lange zu genießen.
Das Abgeordnetenhaus wird ihn wählen, decken und verteidigen, doch wir werden der Kammer das Recht nehmen, Gesetze vorzuschlagen oder abzuändern. Dieses Recht werden wir vielmehr dem verantwortlichen Präsidenten übertragen, der eine Strohpuppe in unseren Händen ist. Damit wird die Macht des Präsidenten allerdings zur Zielscheibe unzähliger Angriffe werden.
Wir aber wollen ihm als Mittel der Selbstverteidigung das Recht verleihen, das Abgeordnetenhaus aufzulösen und in der Form von Neuwahlen eine abermalige Entscheidung des Volkes anzurufen, desselben Volkes, dessen Mehrheit blindlings unseren Weisungen folgt!

Unabhängig davon werden wir dem Präsidenten das Recht verleihen, den Kriegszustand zu verhängen. Wir werden dieses Recht damit begründen, daß der Präsident als Haupt der gesamten Wehrmacht des Landes jederzeit in der Lage sein muß, über dieselbe zu verfügen, da er als verantwortlicher Vertreter des Staates die Pflicht habe, die neue Verfassung vor Angriffen zu schützen und die junge Freiheit des Volksstaates zu verteidigen.
Es ist ohne weiteres klar, daß der Schlüssel zum Heiligtum unter solchen Umständen sich in unseren Händen befinden und niemand außer uns die Gesetzgebung leiten wird.
Mit der Einführung der neuen Verfassung des Volksstaates werden wir dem Abgeordnetenhaus unter dem Vorwand der Wahrung des Staatsgeheimnisses das Recht nehmen, Anfragen über staatsrechtliche Maßnahmen der Regierung zu stellen. Außerdem werden wir die Zahl der Volksvertreter in der neuen Verfassung auf ein Mindestmaß beschränken. Damit erreichen wir gleichzeitig eine wesentliche Abkühlung der politischen Leidenschaften und des Dranges zur Ausübung der Staatskunst.
Sollte sich wider Erwarten bei der kleinen Minderheit Widerstand zeigen, so werden wir ihn durch einen Aufruf an das Volk brechen.

Wir geben den Völkern keine Atempause

Dem Reichspräsidenten wird die Aufgabe zufallen, die Präsidenten des Abgeordnetenhauses und des Senates sowie ihre Stellvertreter zu ernennen. Wir werden Tagungen der Volksvertreter abschaffen und an ihrer Stelle soll dem Präsidenten als Träger der vollziehenden Gewalt das Recht zustehen, die Volksvertretung einzuberufen oder aufzulösen. Im Fall der Auflösung kann er den Beginn der neuen Tagung nach Belieben hinaus schieben.
Um den Präsidenten davor zu schützen, daß er vor der Erfüllung unserer Pläne wegen solcher im Grunde genommen ungesetzlichen Handlungsweise zur Rechenschaft gezogen wird, lassen wir den Ministern und den anderen hohen Verwaltungsbeamten aus seiner Umgebung den Rat geben, die Verfügungen des Präsidenten durch selbständige Maßnahmen zu umgehen, dafür aber auch selbst die Verantwortung zu tragen. Solche Vollmachten empfehlen wir, besonders dem höchsten Gerichtshof, dem Staatsrat und dem Ministerrat zu geben, aber nicht einzelnen Persönlichkeiten.
Der Präsident wird die bestehenden Gesetze, die eine verschiedene Deutung zulassen, stets in unserem Sinn auslegen; er wird sie außer Kraft setzen, wenn wir ihn auf die Notwendigkeit solcher Maßnahmen verweisen.
Außerdem wird er das Recht haben, neue Gesetze von kurzer Dauer, ja selbst Änderungen der Verfassung vorzuschlagen. Zur Begründung braucht er ja nur zu sagen, diese Maßnahmen seien für das Wohl des Staates erforderlich.
Auf solche Weise können wir allmählich, Schritt für Schritt, alles vernichten, was wir ursprünglich, zu Beginn unserer Herrschaft, in die Verfassungen der Volksstaaten aufnehmen mußten. Unmerklich werden die letzten Spuren jedes verfassungsmäßigen Rechts verschwinden, bis schließlich die Zeit gekommen sein wird, in der wir offen jede Regierungsgewalt im Namen unserer Selbstherrschaft an uns reißen.
Die Anerkennung unseres Weltherrschers kann schon vor der endgültigen Beseitigung aller Verfassungen erfolgen. Der günstige Augenblick dafür wird dann gekommen sein, wenn die von langen Unruhen geplagten Völker angesichts der von uns herbeigeführten Ohnmacht ihrer Herrscher den Ruf ausstoßen werden: "Beseitigt sie und gebt uns einen einzigen Weltherrscher, der uns alle vereint und die Ursachen des ewigen Haders - die staatlichen Grenzen, die Religion und die Staatsschulden - beseitigt, der uns endlich Frieden und Ruhe bringt, die wir vergeblich von unseren Herrschern und Volksvertretungen erhofften."
Sie wissen selbst genau, daß es einer langen und unermüdlichen Arbeit bedarf, um alle Völker zu solchem Ausruf zu bewegen. Wir müssen ohne Unterlaß in allen Ländern die Beziehungen der Völker und Staaten zu einander vergiften; wir müssen alle Völker durch Neid und Haß,

durch Streit und Krieg, ja selbst durch Entbehrungen, Hunger und Verbreitung von Seuchen derart zermürben, daß die nicht Illuminierten keinen anderen Ausweg finden, als sich unserer Geldmacht und vollständigen Herrschaft zu unterwerfen.
Geben wir den Völkern eine Atempause, so dürfte der ersehnte Augenblick wohl niemals eintreten.
Der Staatsrat wird die Macht des Herrschers unterstreichen; als sichtbaren Teil der gesetzgebenden Gewalt fällt ihm die Aufgabe zu, den Wortlaut der Gesetze und Verordnungen im einzelnen auszuarbeiten. Die Grundsätze der neuen Verfassung bestehen also darin, daß wir die Gesetze schaffen und Recht sprechen.
Das wird geschehen: durch Beschlüsse der gesetzgebenden Körperschaften, denen wir in der Form von "Vorschlägen" die nötigen Weisungen erteilen werden. Zweitens durch allgemeine Erlasse des Präsidenten, Verfügungen des Senats und des Staatsrates, letztere in Gestalt von Ministererlassen. Und drittens durch Auswahl des geeigneten Zeitpunktes für einen Staatsstreich.

Wir sind stark und unverwundbar

Nachdem wir die Art unseres Vorgehens in großen Zügen geschildert haben, wollen wir noch auf einige Einzelheiten eingehen, die uns zu einem völligen Sieg verhelfen sollen. Unter diesen Einzelheiten verstehe ich die Freiheit der Presse, das Recht des Zusammenschlusses, die Gewissensfreiheit, das allgemeine gleiche Wahlrecht und vieles anderes, was unmittelbar nach dem Staatsstreich aus der geistigen Rüstkammer der Menschheit verschwinden oder doch von Grund aus umgestaltet werden muß.
Der Staatsstreich bietet uns die einzige Möglichkeit, mit einem Schlag die von uns gewünschte Verfassung einzuführen. Jede spätere merkliche Veränderung birgt große Gefahren in sich. Bringt sie neue Beschränkungen und wird sie mit großer Strenge durchgeführt, so kann sie die Menschen aus Furcht vor einer weiteren Verschlechterung ihrer Lage zur Verzweiflung treiben. Enthält sie dagegen Milderungen der bisherigen Bestimmungen, so wird man sagen, daß wir unser Unrecht eingesehen hätten, und dann ist das Vertrauen in unsere Unfehlbarkeit für immer verloren.
Oder es wird heißen, daß wir uns fürchten und darum Entgegenkommen zeigen müßten. Dankbar wird uns niemand dafür sein; denn jeder wird die Milderungen für unsere selbstverständliche Pflicht halten. Jede Veränderung der neuen Verfassung kann uns also nur schaden. Wir müssen sie vielmehr als ein in sich geschlossenes Ganzes den nicht illuminierten Völkern in dem Augenblick aufzwingen, in dem sie von dem eben vollzogenen Staatsstreich noch betäubt sind und ihre Kräfte noch nicht gesammelt haben.
Sie müssen erkennen: Wir sind so stark, so unverwundbar, so mächtig, daß wir uns um sie nicht zu kümmern brauchen, daß wir nicht nur ihre Wünsche nicht beachten werden, sondern bereit und fähig sind, Gefühlsausbrüche in jedem Augenblick und an jedem Ort mit unerschütterlicher Macht zu unterdrücken.
Sind diejenigen, die nicht zu den Illuminaten gehören, erst zur Erkenntnis gelangt, daß wir die ganze Macht an uns gerissen haben und es rundweg ablehnen, sie mit ihnen zu teilen, so werden sie vor Schrecken die Augen schließen und untätig der Dinge harren, die da kommen sollen.

Das Ziel wird nur auf Umwegen erreicht

Die nicht illuminierten Menschen, die in keiner Weise zu der großen Gruppe der Insider gerechnet werden können, sind eine Hammelherde. Wir Illuminaten aber sind die Wölfe. Wissen Sie, was aus den Schafen wird, wenn die Wölfe in ihre Herde einbrechen? Sie werden die Augen schließen und schon deshalb stillhalten, weil wir ihnen die Baphomet. Pantheistisches und magisches Bild des Absoluten.

Auf der Stirn und unter der Fackel das Zeichen des Makrokosmos oder das Pentagramm mit Spitze nach oben als Symbol der menschlichen Intelligenz. Rückgabe aller geraubten Freiheiten versprechen werden, wenn erst alle Friedensfeinde niedergerungen und alle Parteien überwältigt sind. Brauche ich Ihnen zu. sagen, wie lange die nicht zu uns Gehörigen auf die Wiedereinsetzung in ihre Rechte warten werden?
Wir haben uns eine Staatslehre erdacht und sie unermüdlich den Bürgern eingeflößt, ohne ihnen Zeit zur Besinnung zu lassen. Das geschah, weil wir unser Ziel nur auf Umwegen erreichen können, da der gerade Weg über die Kraft unser zerstreuten Organisationen geht. Zu diesem Zweck haben wir weltweit die Freimaurerlogen gegründet.
Niemand kennt sie und ihre Ziele, am allerwenigstens die Ochsen von Nicht-Illuminierten, die wir zur Teilnahme an den offenen Freimaurerlogen bewegen haben, um ihnen Sand in die Augen zu streuen.
Gott hat uns, seinen Erleuchteten, die Gnade verliehen, uns über die ganze Welt zu zerstreuen. In dieser scheinbaren Schwäche liegt unsere ganze Kraft, die uns schon an die Schwelle der Weltherrschaft geführt hat. Der Grundstein ist schon gelegt, es gilt nur noch den Bau zu vollenden.

Niemand darf unsere Unfehlbarkeit antasten

Das Wort "Freiheit", das man auf verschiedene Weise deuten kann, legen wir uns so aus: Freiheit ist das Recht, das zu tun, was das Gesetz erlaubt. Solche Auslegung des Begriffes gibt die Freiheit vollständig in unsere Hand, weil die Gesetze nur das zerstören oder aufrichten, was wir nach den oben entwickelten Richtlinien wünschen.
Mit der Presse werden wir in folgender Weise verfahren. Welche Rolle spielt jetzt die Presse? Sie dient dazu, die Volksleidenschaften in dem von uns gewünschten Sinn zu entflammen oder selbstsüchtige Parteizwecke zu fördern. Sie ist hohl, ungerecht und verlogen. Wir werden ihr einen Zaum anlegen und die Zügel straff führen. Auf gleiche Weise werden wir mit anderen Druckerzeugnissen verfahren; denn was kann es helfen, wenn wir die Angriffe der Presse unterbinden, aber in Streitschriften und Lügen angepöbelt werden?
Wir werden die Versorgung der öffentlichen Meinung, die schon viel Geld kostet, durch die Zensur zu einer Einnahme-Quelle für den Staat machen. Wir werden eine Zeitungs-Stempelsteuer einführen und die Bürgschaftssummen bei der Gründung von Zeitungen und Druckereien erheben, die unsere Regierung gegen alle Angriffe der Presse sichern müssen. Erfolgen sie trotzdem, dann werden wir rücksichtslos Geldstrafen verhängen.
Solche Maßnahmen wie Stempelsteuer, Bürgschaften und Geldstrafen werden der Regierung große Einnahmen verschaffen. Parteiblätter mögen vielleicht keine Angst vor Geldstrafen haben, bei einem zweiten Angriff werden wir sie aber verbieten. Niemand darf ungestraft unsere Vormacht-Stellung oder unsere Unfehlbarkeit antasten.
Als Vorwand für die Unterdrückung einer Zeitung oder Zeitschrift werden wir stets behaupten, sie hätte die öffentliche Meinung ohne Grund aufgewiegelt. Ich bitte Sie übrigens zu beachten, daß Angriffe auf uns auch von solchen Zeitungen erfolgen werden, die wir selbst gegründet haben. Solche Angriffe werden sich aber stets auf diejenigen Punkte beschränken, die wir selbst zur Abänderung vorgemerkt haben.
Keine Nachricht wird ohne unsere Prüfung in die Öffentlichkeit gelangen. Dieses Ziel erreichen wir teilweise schon jetzt dadurch, daß die Neuigkeiten aus aller Welt in wenigen Nachrichtenämtern zusammenströmen, dort bearbeitet und erst dann den einzelnen Schriftleitungen, Behörden und anderen übermittelt werden. Diese Nachrichtenämter sollen allmählich ganz in unsere Hände übergehen und nur das veröffentlichen, was wir ihnen vorschreiben.

Erziehung mit dem gedruckten Wort

Es ist uns schon jetzt gelungen, die Gedankenwelt der Nicht-Illuminierten in einer Weise zu beherrschen, daß fast alle anderen Bürger, die keine Insider sind, die Weltereignisse durch die

bunten Gläser der Brillen ansehen, die wir ihnen aufgesetzt haben. Schon jetzt ist kein Staat auf der ganzen Welt imstande, sich davor zu schützen, daß uns alles bekannt wird, was die nichtilluminierten Menschen ein Staatsgeheimnis nennen. Kein Schloß, kein Riegel ist stark genug, um uns den Zutritt zu verwehren, kein Geheimfach ist vor unseren Nachforschungen sicher. Wie mag es erst werden, wenn unsere Herrschaft über die ganze Welt in der Person eines Weltherrschers allgemein anerkannt sein wird?

Wir wollen nochmals auf die Zukunft der Presse zurückkommen. Jeder Verleger, Drucker oder Buchhändler wird genötigt sein, einen besonderen Erlaubnisschein für die Ausübung seines Berufes zu erwerben, den wir bei dem geringsten Verstoß gegen unsere Weisungen sofort einziehen werden. Auf diese Weise wird das gedruckte Wort ein Erziehungsmittel in der Hand der Insider sein, die es nicht mehr zulassen werden, daß das Volk sich in fruchtlosen Träumen über die angeblichen Wohltaten des Fortschritts verliert.

Jeder von Ihnen weiß, daß mit den nebelhaften Versprechungen des Freisinnes der Weg zu den unsinnigen Träumen gepflastert ist, die jede Zucht und Ordnung in den Beziehungen der Menschen zueinander und zum Staat aufheben wollen. Der Fortschritt oder, richtiger gesagt, die Gedanken des Fortschrittes führten zu den verschiedenen

Formen der Verselbständigung

(Emanzipation), bei denen keine Grenzen gesteckt wurden. Alle sogenannten Fortschrittler sind Umstürzler, wenn auch nicht immer in ihren Taten, so doch mindestens ihren Anschauungen nach. Jeder von ihnen jagt irgendwelchen Trugbildern der Freiheit nach und verfällt schließlich in Willkür, das heißt in grundsätzliche Verneinung der bestehenden Einrichtungen nur um der lieben Verneinung willen.

Wir kommen nochmals auf die Presse zurück. Die Zeitungen und überhaupt Drucksachen aller Art werden wir - neben den Bürgschaftssummen - mit Stempelsteuern nach der Zahl der Seiten belegen. Für Schriften unter 30 Seiten werden wir die Steuer verdoppeln und ein besonderes Verzeichnis einführen. Damit hoffen wir schon die Zahl der Zeitschriften einzuschränken, die von allen Drucksachen das schlimmste Gift verbreiten.

Die Schriftsteller werden ferner gezwungen sein, so umfangreiche Abhandlungen zu schreiben, daß diese schon wegen der hohen Preise nur wenige Leser finden dürften. Was wir aber selbst herausgeben werden, um die Menschen in der von uns gewünschten Geistesrichtung zu erziehen, das wird so billig sein, daß es reißenden Absatz finden muß.

Die Steuer wird die Schreibwut der Leute besänftigen, während die Schriftsteller durch die Strafen in Abhängigkeit von uns gebracht werden. Sollten trotzdem einige von ihnen gegen uns schreiben wollen, so werden sie keinen Verleger für ihre Arbeiten finden; denn jeder Verleger oder Drucker wird verpflichtet sein, vor der Annahme einer Arbeit die Druckerlaubnis der von uns eingesetzten Behörde einzuholen.

Auf diese Weise können wir rechtzeitig die auf uns geplanten Angriffe erfahren und ihnen jede Stoßkraft nehmen, indem wir ihnen mit Veröffentlichungen über den gleichen Gegenstand zuvorkommen.

Zeitungen für jede politische Richtung

Bücher und Zeitungen sind zwei der wichtigsten Erziehungsmittel. Aus diesem Grund wird unsere Regierung das Eigentumsrecht der meisten Zeitungen und Zeitschriften erwerben. Sie wird damit vor allem den schädlichen Einfluß der nichtamtlichen Presse ausschalten, und auf den Geist und die Stimmung des Volkes in nachhaltigster Weise einwirken.

Auf je zehn Zeitungen oder Zeitschriften, die uns fernstehen, werden dreißig kommen, die wir selbst gegründet haben. Das darf natürlich in der Öffentlichkeit nicht bekannt werden. Unsere Zeitungen und Zeitschriften sollen daher äußerlich den verschiedensten Richtungen angehören, um das Vertrauen der ahnungslosen Nicht-Illuminierten zu erwerben, sie alle in die Falle zu locken um sie unschädlich zu machen.

An erster Stelle werden die amtlichen Zeitschriften und Zeitungen stehen, denen die Aufgabe zufallen wird, unsere Interessen in allen Fällen und zu jeder Zeit zu vertreten; ihr Einfluß wird deshalb verhältnismäßig klein sein.
An zweiter Stelle werden die halbamtlichen Blätter kommen, die die Gleichgültigen und Lauen für uns gewinnen sollen.
An die dritte Stelle werden wir unsere scheinbare Gegnerschaft setzen, die mindestens ein Blatt unterhalten muß, das äußerlich in schärfsten Gegensatz zu uns treten wird. Unsere wirklichen Gegner werden diesen scheinbaren Widerspruch für echt halten; sie werden in den Leuten, von denen er ausgeht, ihre Gesinnungsgenossen sehen und uns ihre Karten aufdecken.
Wir werden Zeitungen der verschiedensten Richtungen herausgeben: aristokratische, republikanische, ja selbst anarchistische unterstützen, natürlich nur so lange die Verfassung besteht. Sie werden, wie der indische Götze Witschnu, hundert Hände haben, von denen jede den Pulsschlag irgendeiner Geistesrichtung fühlen wird. Sobald ein Pulsschlag schneller geht, werden die unsichtbaren Hände die Anhänger dieser Richtung auf unsere Ziele hinlenken; denn nichts ist leichter zu beeinflussen als der aufgeregte Mensch, der nicht mehr richtig überlegt.
Jene Dummköpfe, die die Meinung ihres Parteiblattes zu vertreten glauben, werden in Wirklichkeit unsere Meinung nachsprechen oder doch wenigstens diejenige Meinung, die uns gerade paßt. Sie bilden sich ein, die Richtlinien ihrer Partei zu verfolgen, und merken nicht, daß sie hinter der Flagge marschieren, die wir vor ihnen flattern lassen.

Enger Zusammenschluß mit dem Freimaurertum

Um unser Zeitungsheer in diesem Sinne zu leiten, müssen wir diesem Unternehmen besondere Sorgfalt widmen. Unter dem Namen "Hauptpresseverband" werden wir zahlreiche, meist von uns begründete Schriftstellervereine zusammenfassen, in denen unsere Leute unmerklich die Losung ausgeben werden.
In der Beurteilung unserer Bestrebungen werden unsere Blätter immer oberflächlich sein, den Dingen niemals auf den Grund gehen; sie werden mit den amtlichen Blättern einen bloßen Wortkampf führen, um uns zu näheren Ausführungen zu veranlassen, deren sofortige Mitteilung in der ersten amtlichen Bekanntmachung unzweckmäßig erschien. Natürlich soll das nur dann geschehen, wenn es für uns vorteilhaft sein wird.
Die scheinbaren Angriffe auf uns verfolgen noch den Nebenzweck, dem Volk glaubhaft zu machen, daß es die volle Redefreiheit besitzt. Werden wir dann in der uns feindlichen Presse wegen der Unterdrückung des freien Wortes wirklich angegriffen, so haben unsere Vertrauensleute leichtes Spiel. Sie werden sagen, daß diese Blätter unsinnige Behauptungen aufstellen, weil es ihnen an sachlichen Gründen gegen uns und unsere Maßnahmen fehlt.
Da die wirklichen Vorgänge nicht in die Öffentlichkeit dringen, so werden wir durch solches Verhalten das Vertrauen des Volkes gewinnen. Gestützt auf dieses Vertrauen, werden wir die öffentliche Meinung in allen staatsrechtlichen Fragen je nach Bedarf erregen oder beruhigen, überzeugen oder verwirren. Wir wollen bald die Wahrheit, bald die Lüge, bald Tatsachen, bald Berichtigungen abdrucken, je nachdem, wie die Nachricht aufgenommen wird.
Es gehört zu unseren Grundsätzen, den Boden stets vorsichtig abzutasten, bevor wir unseren Fuß auf ihn setzen. Infolge dieser Maßnahmen gegen die Presse werden wir unsere Feinde sicher besiegen, da ihnen keine Blätter zur Verfügung stehen, in denen sie ihre Meinung voll zum Ausdruck bringen können. Wir werden sogar der Mühe enthoben sein, sie endgültig zu widerlegen.
Unsere tastenden Vorstöße in den an dritter Stelle stehenden Zeitungen (scheinbare Gegnerschaft) werden wir in den Amtsblättern nötigenfalls kräftig zurückweisen.

Die Quelle ist stets unsere Wühlarbeit

Schon jetzt besteht etwa in der Art der französischen Tagesschriftstellerei ein enger Zusammenschluß des Freimaurertums. Er gipfelt in der Losung: alle Glieder der Presse sind gegenseitig zur Wahrung des Berufsgeheimnisses verpflichtet. Wie bei den alten Wahrsagern darf auch hier kein Glied das Geheimnis seines Berufes preisgeben, bevor ein allgemeiner Beschluß zur Veröffentlichung vorliegt.

Kein Tagesschriftsteller wird es wagen, gegen diese Bestimmung zu verstoßen, da nur solche Personen zum Beruf zugelassen werden, deren Vergangenheit irgendeinen dunklen Punkt aufweist. Dieses Schandmal würde vor aller Öffentlichkeit enthüllt werden, sobald ein Verstoß gegen das Berufsgeheimnis vorliegt. So lange das Schandmal nur wenige Beteiligten bekannt ist, hat der glänzende Ruf des Schriftstellers die Mehrheit des Landes hinter sich, die ihm begeistert folgt.

Wir rechnen besonders stark auf die Hilfe der Provinzen. Hier müssen wir Hoffnungen und Bestrebungen erwecken, die wir stets gegen die Hauptstadt anwenden können, indem wir sie als Hoffnungen und Wünsche der Provinzen auf Unabhängigkeit ausgeben. Es ist klar, daß die Quelle immer die gleiche ist, nämlich unsere Wühlarbeit.

So lange wir die nötige Machtfülle noch nicht erlangt haben, brauchen wir manchmal einen Zustand, bei dem die Hauptstädte sich von der von unseren Vertretern aufgehetzten Volksmeinung in den Provinzen umbrandet sehen. Ist der entscheidende Augenblick gekommen, so dürfen die Hauptstädte schon deshalb nicht zur Erörterung der vollzogenen Tatsachen gelangen, weil sie von der Mehrheit in den Provinzen gut geheißen wurden.

In dem Zeitabschnitt der neuen Herrschaft, der unserer Krönung vorangeht, werden wir verhindern müssen, daß die Presse die Ehrlosigkeit im öffentlichen Dienst brandmarkt. Es soll vielmehr der Glaube erweckt werden, die neue Herrschaft hätte alle derart befriedigt, daß keine Veranlassung zu neuen Verbrechen vorläge. Wo Verbrechen hervortreten, da sollen sie nur den Opfern und zufälligen Zeugen bekannt werden, sonst aber niemandem.

Die ewige Sucht nach Neuem

Die Sorge um das tägliche Brot zwingt alle Nicht-Illuminierten, zu schweigen und unsere gehorsamen Diener zu sein. Aus ihrer Zahl suchen wir uns für unsere Presse die geeigneten Leute aus. Ihre Aufgabe besteht darin, alles das nach unseren Weisungen zu erörtern, was wir in den amtlichen Blättern nicht unmittelbar bringen können.

Ist die. Streitfrage erst aufgerollt, so können wir die von uns gewünschten Maßnahmen ruhig durchführen und dem Volk als fertige Tatsachen vorsetzen. Niemand wird es wagen, eine Aufhebung oder Abänderung dieser Maßnahmen zu verlangen, da sie als eine Verbesserung des bisherigen Zustandes dargestellt werden. Die Presse wird die öffentliche Meinung schnell auf neue Fragen ablenken. Haben wir Insider die Menschen doch gelehrt, sich in der ewigen Sucht nach etwas Neuem zu erschöpfen!

Auf diese Erörterung dieser neuen Fragen werden sich die hirnlosen Leiter der Völkergeschikke stürzen. Sie können noch immer nicht begreifen, daß sie keine Ahnung von den Dingen haben, die sie entscheiden müssen. Die Fragen der Staatskunst sind nur denjenigen verständlich, die sie schon seit vielen Jahrhunderten veranlaßt oder überwacht haben.

Aus allem Gesagten werden Sie ersehen, daß wir nach dem Vertrauen des Volkes nur haschen, um unsere Staatsmaschine leichter in Gang zu bringen. Es kann Ihnen nicht entgangen sein, daß wir nur dann die Zustimmung der öffentlichen Meinung suchen, wenn es sich um bloße Worte handelt, um Fragen, die wir selbst in die Welt gesetzt haben.

Tatsächlich tun wir aber, was wir wollen. Selbstverständlich verkünden wir stets, daß wir uns bei allen unseren Maßnahmen von der Hoffnung und Überzeugung leiten ließen, dem Allgemeinwohl nach Kräften zu dienen.

Um die allzu unruhigen Leute von der Erörterung der Fragen über die Staatskunst abzulenken, rücken wir gleichsam neue Fragen' der Staatskunst in den Vordergrund: die Fragen der Industrie. Mögen sie sich auf diesem Arbeitsgebiet austoben.
Die Massen willigen ein, untätig zu bleiben, von einer "politischen" Tätigkeit auszuruhen - zu der wir sie erzogen hatten, um mit ihrer Hilfe die noch nicht illuminierten Regierungen zu bekämpfen -, nur unter der Bedingung einer neuen Beschäftigung, in der wir ihnen gleichsam die halbe politische Richtung weisen.
Damit die Massen nicht selbst den Dingen auf die Spur kommen, lenken wir sie noch durch allerhand Vergnügungen, Spiele, Leidenschaften und Volkshäuser ab. Bald werden in unserer Presse Preisausschreiben auf den verschiedensten Gebieten der Kunst und der Kraftspiele, des Sports, erscheinen. Solche Fülle von Zerstreuungen wird die Gedanken der Masse endgültig von den Fragen ablenken, für deren Verwirklichung wir sonst hart mit ihr kämpfen müßten. Haben die Menschen allmählich immer mehr die Fähigkeit zum selbständigen Denken verloren, so werden sie uns alles nachsprechen.
Wir werden dann allein neue Gedankenrichtungen hervorbringen, natürlich nur durch solche Persönlichkeiten, die nicht im Verdacht einer Verbindung mit uns stehen. Sobald unsere Herrschaft anerkannt ist, wird die Rolle der freisinnigen Schwärmer endgültig vorbei sein. Bis dahin werden sie uns die besten Dienste leisten.
Deshalb wollen wir auch fernerhin die Gedanken der Masse auf allerhand Ereignisse abenteuerlicher Lehren lenken, die neu und scheinbar auch fortschrittlich sind. Haben wir doch durch den Fortschritt mit vollem Erfolg die hirnlosen Köpfe nicht-illuminierter Menschen verdreht. Es gibt unter ihnen keinen Verstand, der es zu fassen vermöchte, daß dieses Wort in allen Fällen die Wahrheit verdunkelt, wo es sich nicht um wirtschaftliche Erfindungen handelt; denn es gibt nur eine Wahrheit, die keinen Raum für Fortschritt läßt. Wie jeder falsche Gedanke, so dient auch der Fortschritt nur zur Verdunklung der Wahrheit, damit sie von niemandem außer uns, den Erleuchteten, den Hütern der Wahrheit, erkannt werde.

Unsere Erfolge beruhen auf unserer Lehre

Wenn wir die Macht ganz in Händen haben, werden unsere Redner von den großen Fragen der Menschheit sprechen, die die Welt in Aufruhr gebracht haben, bis sie schließlich unter unsere wohltätige Leitung kam.
Wer wird auf den Verdacht kommen, daß alle diese Fragen von uns nach einem politischen Plan angeregt wurden, hinter den nach so vielen Jahrhunderten noch kein nicht Eingeweihter gekommen ist?
Sobald wir die Weltherrschaft erlangt haben, werden wir keinen anderen Glauben dulden, als allein unseren Glauben an den einzigen Gott, mit dem wir verbunden sind als Eingeweihte und Erleuchtete, und durch den unser Schicksal mit dem Schicksal der ganzen Welt verwoben ist. Aus diesem Grund müssen wir jeden anderen Gottesglauben zerstören.
Sollte dadurch die Zahl der Gottlosen vorübergehend zunehmen, so kann das unsere Absichten nicht stören, soll vielmehr als warnendes Beispiel für die Menschen dienen, die unsere Lehre hören wollen, deren starker und tief durchdachter Aufbau vielleicht zur Unterwerfung aller Völker unter unsere Herrschaft führen wird.
Wir werden unseren Erfolg auf die geheimnisvolle Kraft unserer Lehre zurückführen, von der, wie wir sagen werden, alle erzieherischen Wirkungen auf die Menschheit ausgehen.
Wir werden bei jeder Gelegenheit Aufsätze veröffentlichen, in denen wir Vergleiche zwischen den Segnungen unserer Herrschaft und den Mißständen der Vergangenheit aufstellen. Die Wohltaten des Friedens werden, wenn sie auch durch Jahrhunderte voll Unruhen erkämpft wurden, einen Beweis für den segensreichen Geist unserer Gesetzgebung liefern.
Wir wollen dabei alle Fehler der nicht-illuminierten Regierungen in den grellsten Farben malen und solche Abneigung gegen sie erzeugen, daß die Völker tausendmal lieber die Leibei-

genschaft ertragen, die ihnen Ruhe und Ordnung verbürgt, als länger die viel gerühmte Freiheit genießen, die sie unendlich gequält und die Quellen des menschlichen Daseins erschöpft hat, weil sie von einer Schar von Glücksrittern ausgebeutet wurden, die nicht wußten, was sie damit begingen.

Unsere Geheimnisse werden wir nicht enthüllen

Die zwecklosen Staatsumwälzungen, zu denen wir alle außer uns Illuminaten veranlaßt haben, um die Grundlagen ihres staatlichen Lebens zu unterwühlen, werden bis dahin allen Völkern derart zuwider sein, daß sie von uns jede Knechtschaft erdulden werden, um nur nicht von Neuem in die Greuel des Krieges und des Aufruhrs zu geraten. Dann werden wir Illuminaten besonders die geschichtlichen Fehler der anderen Regierungen unterstreichen. Wir werden darauf hinweisen, daß sie die Völker Jahrhunderte lang gequält haben, weil ihnen jedes Verständnis dafür abging, was den Menschen frommt und ihrem wahren Wohl dient.

Sie haben allerhand abenteuerlichen Plänen einer ausgleichenden gesellschaftlichen Gerechtigkeit nachgejagt und dabei vollkommen übersehen, daß die Beziehungen der einzelnen Gesellschaftsschichten zueinander dadurch nicht besser, sondern schlechter wurden. Die ganze Kraft unserer Grundsätze und Maßnahmen wird dadurch zur Geltung gelangen, daß wir sie als scharfen Gegensatz zu den verfaulten alten Gesellschaftsordnungen hinstellen.

Unser Denken wird alle Fehler und Unzulänglichkeiten des nichterleuchteten Glaubensbekenntnisses aufdecken, aber niemand kann unsere Religion nach ihren wahren Grundzügen beurteilen, weil er sie nicht genügend kennenlernt. Unsere Leute dagegen, die in ihre Tiefen eingedrungen sind, werden sich schwer hüten, ihre Geheimnisse zu enthüllen.

In den "fortgeschrittenen" Ländern haben wir ein geistloses, schmutziges und widerwärtiges Schrifttum geschaffen. Wir werden diese Richtung noch einige Zeit nach der Erlangung der Weltherrschaft begünstigen. Um so schärfer wird dann der Gegensatz unserer erhabenen staatsrechtlichen Pläne und Reden hervortreten. Unsere weisen Männer, die wir zur Leitung der Nicht-Illuminierten herangebildet haben, werden Reden und Flugschriften verbreiten, durch die sie die Geister auf die Wissenschaft und Gedanken hinlenken, die wir für sie vorgesehen haben.

Es wird noch viel Zeit, vielleicht sogar ein ganzes Jahrhundert vergehen, bis der von uns in allen Staaten für ein und denselben Tag vorbereitete Umsturz zum Ziel führt und die völlige Unfähigkeit der bestehenden Regierungen allgemein anerkannt wird. Haben wir endlich die volle Herrschaft erlangt, so werden wir dafür zu sorgen wissen, daß gegen uns keinerlei Verschwörungen stattfinden können.

Wahrung der Geheimnisse unserer Logen

Wir werden jeden unbarmherzig hinrichten lassen, der sich mit der Waffe in der Hand gegen uns und unsere Herrschaft auflehnt. Jede Gründung irgendeines neuen Geheimbundes wird ebenfalls mit dem Tod bestraft werden. Die jetzt bestehenden Geheimbünde, die uns alle wohl bekannt sind und uns gute Dienste geleistet haben und noch leisten, werden wir sämtlich auflösen.

Ihre Mitglieder sollen in weit von Europa entfernte Erdteile verbannt werden. So werden wir vor allem mit denjenigen nicht illuminierten Freimaurern verfahren, die zu tief in die Geheimnisse unserer Logen eingedrungen sind. Wer aber aus irgendeinem Grund von uns begnadigt wird, muß in ständiger Angst vor der Ausweisung leben. Wir werden ein Gesetz erlassen, nach dem alle früheren Mitglieder geheimer Gesellschaften aus Europa - dem Hauptsitz unserer Regierung ausgewiesen werden. Alle Entscheidungen unserer Regierung werden endgültig sein. Eine Berufung werden wir nicht zulassen.

Die nicht Eingeweihten der Gesellschaft, in der wir die Mächte der Zwietracht und des Widerspruches groß gezogen haben, können nur durch schonungslose Maßnahmen wieder zur Ruhe und Ordnung gebracht werden. Es darf kein Zweifel darüber bestehen, daß die Regierung je-

derzeit imstande ist, ihren Willen mit eiserner Hand durchzuführen. Dann kommt es auf die Opfer, die das künftige Wohl erfordert, überhaupt nicht an.

Überall Logen gründen

Es ist vielmehr verdammte Pflicht und Schuldigkeit jeder Regierung, das allgemeine Wohl nötigenfalls auch durch Opfer zu sichern. Denn nicht in den Vorrechten, sondern in den Pflichten beruht die Daseinsberechtigung jeder Regierung. Je mehr eine Regierung es versteht, sich mit dem Strahlenkranz einer vollkommen gefestigten Machtstellung zu umgeben, um so unerschütterlicher steht sie da.

Das höchste Maß eines hehren und unerschütterlichen Machtbewußtseins kann aber nur erreicht werden, wenn sein Ursprung auf das Walten geheimnisvoller Kräfte, wie die durch Gott Auserwählten, zurückgeführt wird. Solche Macht stellte bis in die letzte Zeit die Selbstherrschaft der russischen Zaren dar, die, abgesehen vom Papsttum - unser einziger ernsthafter Feind in der Welt ist.

Gedenken Sie, meine Herren, des Beispieles eines Sulla, dem das von Blut triefende Italien kein Haar krümmte, obwohl er eine ungeheure Blutschuld auf sich geladen hatte. Sulla wurde von dem selben Volk vergöttert, das er auf das Schwerste gepeinigt hatte, weil er eine Machtvollkommenheit sondergleichen zu entwickeln verstand. Seine Rückkehr nach Italien machte ihn unverletzlich. Kein Volk vergreift sich an dem, der es durch Tapferkeit und Geisteskraft in seinen Bann zu schlagen weiß.

So lange wir noch nicht zur Herrschaft gelangt sind, müssen wir vorläufig, im Gegensatz zu den vorhin entwickelten Grundsätzen, in der ganzen Welt die Zahl der Freimaurerlogen möglichst vermehren. Wir werden den Einfluß der Logen dadurch verstärken, daß wir ihnen alle Persönlichkeiten zuführen, die in der Öffentlichkeit eine hervorragende Rolle spielen oder doch wenigstens spielen könnten; denn diese Logen werden eine Hauptauskunftsstelle bilden und von ihnen wird ein großer Einfluß ausströmen.

Alle Agenten sind Mitglieder der Logen

Alle Logen fassen wir unter einer Hauptleitung zusammen, die nur uns bekannt ist, allen anderen aber verborgen bleibt, nämlich unter der Hauptleitung unserer Weisen. Die Logen werden ihren Vorsitzenden haben, der es verstehen muß, die geheimen Weisungen der Hauptleitung durch seine Person zu decken. In diesen Logen werden die Fäden aller umstürzlerischen und freisinnigen Bestrebungen zusammenlaufen.

Die Logenmitglieder werden den verschiedensten Gesellschaftskreisen angehören. Die geheimsten Pläne der Staatskunst werden uns am Tag ihrer Entstehung bekannt werden und sofort unserer Leitung verfallen.

Zu den Mitgliedern der Logen werden fast alle Polizeispitzel der Welt gehören, deren Tätigkeit für uns ganz unentbehrlich ist. Die Polizei ist vielfach nicht nur in der Lage, willkürlich gegen diejenigen vorzugehen, die sich uns nicht unterwerfen wollen; sie kann auch die Spuren unserer Handlungen verwischen und Vorwände zur Unzufriedenheit bieten.

In die Geheimbünde treten mit besonderer Vorliebe Abenteurer, Schwindler, Streber und überhaupt Leute ein, die von Natur leichtsinnig veranlagt sind. Es kann uns nicht schwer fallen, diese Kreise für uns zu gewinnen und unserem Zweck dienstbar zu machen.

Wenn die Welt von Unruhen geplagt wird, so heißt das, daß wir diese Unruhe hervorrufen mußten, um das allzu feste Gefüge der Staaten, die noch von Nicht-Illuminierten geleitet werden, zu zerstören. Kommt es irgendwo zu einer Verschwörung, so steht an der Spitze derselben sicher kein anderer als einer unserer treuesten Diener.

Es versteht sich von selbst, daß wir Illuminati allein und sonst niemand die Tätigkeit der Freimaurerlogen leiten. Wir allein wissen, welchem Ziel sie zusteuern, wir allein kennen den Endzweck jeder Handlung. Die nicht Eingeweihten dagegen haben keine Ahnung von diesen Dingen, sie sehen nicht einmal das Nächstliegende, Unmittelbare, und sind gewöhnlich mit

der augenblicklichen Befriedigung ihrer Eigenliebe bei der Ausführung eines Vorhabens zufrieden. Um die Wirkungen kümmern sie sich meist nicht. Ebensowenig merken sie, daß der Gedanke zur Tat nicht von ihnen selbst stammt, sondern auf unsere Einflüsterungen zurückzuführen ist.
Nicht Eingeweihte treten gewöhnlich aus Neugier in die Logen ein. Viele hoffen auch, mit Hilfe der Logen einflußreiche Stellungen zu erlangen. Einzelne treibt das Verlangen, vor einem größeren Zuhörerkreis ihre unerfüllbaren und haltlosen Träume auszusprechen. Sie lechzen nach Beifall und Händeklatschen, womit wir natürlich sehr freigiebig sind. Wir gönnen und gewähren ihnen gern solche Erfolge, um die aus ihnen entspringende Selbstüberhebung für unsere Zwecke auszunutzen.

Tiger mit lammfrommen Seelen

Dann nehmen die Leute ahnungslos und ohne Prüfung unsere Einflüsterungen auf, ja sie sind sogar noch felsenfest davon überzeugt, selber die leitenden Gedanken hervorgebracht zu haben. Sie können es sich gar nicht vorstellen, wie leicht es ist, selbst die Klügsten der Nicht-Illuminierten an der Nase herumzuführen, wenn sie sich in dem Zustand der Selbstüberhebung befinden; sie sind dann von einer so kindischen Einfalt, daß schon der geringste Mißerfolg, etwa das Aussetzen des Beifallklatschens, genügt, um sie zu einem knechtischen Gehorsam gegen jeden zu bewegen, der ihnen neuen Erfolg verspricht.
Während wir Eingeweihten den äußeren Erfolg verachten und all unser Sinnen und Trachten darauf einstellen, unsere Pläne durchzuführen, sind die Nicht-Illuminierten im Gegenteil bereit, alle Pläne zu opfern, wenn sie nur den geringsten äußeren Erfolg einheimsen können. Diese seelische Veranlagung der nicht Eingeweihten erleichtert uns ungemein die Aufgabe, sie nach unseren Zwecken zu lenken. Diese Tiger von Gestalt haben lammfromme Seelen; in ihren Köpfen aber weht der Zugwind. Wir haben sie auf ein Steckenpferd gesetzt und ihnen vorgemacht, daß die einzelne Persönlichkeit aufgehen müsse im Begriff der Gesamtheit, dem sogenannten Kommunismus.
Nicht-Illuminierten geht offenbar die Fähigkeit ab, zu erkennen, daß dieser Traum der allgemeinen Gleichmacherei gegen das oberste Gesetz der Natur verstößt, die seit der Schöpfung der Welt verschieden geartete Wesen hervorbringt und der Persönlichkeit eine entscheidende Rolle zuspricht. Wenn es uns gelungen ist, die nicht Eingeweihten derart zu verblenden, so zeigt das doch mit überraschender Deutlichkeit, daß ihr Verstand sich in keiner Weise mit dem unsrigen messen kann. Das ist die beste Bürgschaft für unseren Erfolg.
Wie scharfsinnig ist doch der Ausspruch unserer alten Weisen, daß ein großes Ziel nur dann erreicht werden kann, wenn man in der Wahl der Mittel nicht wählerisch ist und die Opfer nicht zählt, die zur Strecke gebracht werden. Wir haben die Opfer vom viehischen Samen Nicht-Illuminierter niemals gezählt, mußten freilich auch viele der unsrigen opfern. Dafür haben wir unseren Leuten schon jetzt eine Stellung in der Welt gegeben, auf die sie in ihren kühnsten Träumen nicht zu hoffen wagten. Mit verhältnismäßig geringen Opfern aus der Zahl der unsrigen haben wir die Eingeweihten stets vor einem Untergang bewahrt.

Von unserer Stirn strahlt hohe Geisteskraft

Der Tod ist das unvermeidliche Ende aller Menschen. Daher ist es besser, dieses Ende für diejenigen zu beschleunigen, die unserer Sache schaden, als zu warten, bis es auch uns, die Schöpfer des Werkes, trifft. In den Freimaurerlogen vollziehen wir die Todesstrafe in einer Weise, daß niemand außer den Logenbrüdern Verdacht schöpfen kann, nicht einmal die Todesopfer selber: sie alle sterben, sobald es nötig ist, scheinbar eines natürlichen Todes.
Da das den Logenbrüdern bekannt ist, so wagen sie es nicht, irgendwelchen Einspruch zu erheben. Mit solchen unerbittlichen Strafen haben wir innerhalb der Logen jeden Widerspruch gegen unsere Anordnungen im Keim erstickt. Während wir den nicht Eingeweihten den Frei-

sinn predigen, halten wir gleichzeitig den Kreis der Illuminati und unserer Vertrauensmänner im strengsten Gehorsam.
Wir haben es verstanden, die Durchführung der Gesetze, die nicht von Eingeweihten gestaltet sind, auf ein Mindestmaß zu beschränken. Infolge unserer freisinnigen Auslegung der Gesetze haben diese an Ansehen verloren. In den wichtigsten staatsrechtlichen Fragen und sonstigen Streitfällen von grundsätzlicher Bedeutung entschieden die Gerichte so, wie wir es ihnen vorschreiben.
Sie sehen die Dinge in derselben Beleuchtung, in der wir sie der Verwaltung, die nicht von Illuminaten geleitet wird, darstellen, natürlich nur durch Mittelspersonen, mit denen wir scheinbar nicht die geringsten Berührungspunkte haben, durch Presseäußerungen oder auf sonstigen Wegen.
Selbst Mitglieder des Senates und höhere Verwaltungsbeamte folgen blindlings unseren Ratschlägen.
Der viehische Verstand der Nicht-Eingeweihten ist zur Zergliederung eines Begriffes und zur Beobachtung überhaupt nicht fähig; um so weniger können sie voraussehen, welche weitgehenden Schlußfolgerungen sich an gewisse Entscheidungen anknüpfen lassen.
Die tiefgreifenden Unterschiede in der geistigen Veranlagung der Illuminierten und der Nicht-Illuminierten zeigen deutlich, daß wir Eingeweihten die Auserwählten und die wahren Menschen sind. Von unseren Stirnen strahlt hohe Geisteskraft, währen die Nicht-Eingeweihten nur einen triebmäßigen, viehischen Verstand haben. Sie können wohl sehen, aber nicht vorausschauen; sie sind unfähig, etwas zu erfinden, ausgenommen rein körperliche Dinge. Daraus geht klar hervor, daß die Natur selbst uns zur Herrschaft über die ganze Welt vorausbestimmt hat.
Sobald die Zeit gekommen ist, in der wir offen die Weltherrschaft ergreifen, wird die wohltätige Wirkung unserer Regierung durch eine völlige Umgestaltung der Gesetze sich erweisen; unsere Gesetze werden kurz, klar und unabänderlich sein. Wir werden keine Deutungen zulassen, so daß jeder imstande sein wird, sie seinem Gedächtnis fest einzuprägen.

Keine Milde in der Rechtsprechung

Der hervorstechende Zug unserer Gesetze wir das Verlangen eines unbedingten Gehorsams gegenüber der Obrigkeit sein, den wir bis zum höchsten Grade steigern werden. Damit werden alle Mißbräuche infolge der Verantwortlichkeit aller vor dem Vertreter der höchsten Staatsgewalt aufhören.
Der Mißbrauch der Amtsgewalt durch die mittleren und niederen Beamten wird mit einer so unnachsichtigen Strenge bestraft werden, daß jedem die Lust vergehen soll, seine Machtbefugnisse zu überschreiten. Wir werden die Tätigkeit der Verwaltungsbeamten, die den geregelten Gang der Staatsmaschine aufrechtzuerhalten haben, mit der größten Aufmerksamkeit verfolgen; wenn hier Zuchtlosigkeit um sich gegriffen hat, so muß sie bald zu einer allgemeinen Erscheinung werden; daher werden wir jeden Fall von Gesetzwidrigkeit oder Mißbrauch der Amtsgewalt mit vorbildlicher Strenge bestrafen.
Jede Versuchung, jede gegenseitige Duldung von Amtsvergehen durch Verwaltungsbeamte wird sofort aufhören, sobald die ersten Beispiele einer harten Bestrafung der Schuldigen vorliegen. Das Ansehen unserer Macht verlangt zweckmäßige, das heißt also härteste Strafen für das geringste Amtsvergehen; dessen Triebfeder persönliche Vorteile waren.
Wenn auch der einzelne vielleicht härter bestraft werden wird, als er es verdient, so ist er doch dem Soldaten zu vergleichen, der auf dem Feld der inneren Verwaltung für das Ansehen von Gesetz und .Macht gefallen ist. Denn beide können von den Lenkern des Staatswagens, den Beamten, nicht die geringste Abweichung vom geraden Weg des öffentlichen Wohles in die krummen Seitengassen der persönlichen Vorteile dulden.

Ein Beispiel: Unsere Richter werden wissen, daß sie den obersten Grundsatz der Gerechtigkeit verletzen, wenn sie in ihren Urteilen eine allzu große Milde walten lassen; die Rechtsprechung soll die Menschen lehren, auf dem rechten Weg zu bleiben, indem sie für jedes Vergehen als abschreckendes Beispiel die nötige Strafe findet; sie ist nicht dazu da, das weiche Gemüt des Richters zu offenbaren. Diese Eigenschaften mögen im häuslichen Leben am Platz sein, bei der Ausübung eines öffentlichen Dienstes dürfen sie nicht hervorgekehrt werden, sonst gehen die erzieherischen Wirkungen des öffentlichen Lebens verloren.
Unsere Richter werden nur bis zum 55. Lebensjahr im Amt bleiben und dann zur Ruhe gesetzt werden. Das wollen wir aus zwei Gründen durchführen: erstens, weil alte Leute hartnäckiger an vorgefaßten Meinungen festhalten und minder fähig sind, sich neuen Anordnungen zu fügen, als junge Menschen; zweitens, weil wir durch eine solche Maßnahme in die Lage versetzt werden, die Stellen häufiger neu zu besetzen und die Richter in einer größeren Abhängigkeit von uns zu halten; wer auf seinem Posten bleiben will, der muß uns blind gehorchen.

Keine Vorstellungen von Pflichten

Wir werden überhaupt nur solche Richter zulassen, die genau wissen, daß ihre Aufgabe darin besteht, die Gesetze anzuwenden und zu strafen, nicht aber ihre freisinnigen Anschauungen auf Kosten der erzieherischen Wirkung der Staatshoheit zur Anwendung zu bringen, wie es jetzt nichtilluminierte Richter tun. Der häufige Stellenwechsel der Beamten wird für uns auch den Vorteil haben, daß die Geschlossenheit des Beamtentums gesprengt wird.
Der Beamte der Zukunft wird sich wieder mehr als Vertreter des Staates, denn als Vertreter eines bestimmten Standes fühlen, da sein Geschick ganz von der Staatsleitung abhängen wird. Der junge Nachwuchs des Richterstandes wird von uns in der Anschauung erzogen werden, daß Mißbräuche nicht geduldet werden dürfen, die die festgesetzten Abhängigkeitsverhältnisse unserer Untertanen zueinander stören könnten.
Die jetzt nicht eingeweihten Richter beurteilen die meisten Verbrechen viel zu nachsichtig, weil sie keine richtige Vorstellung von ihren Pflichten haben. Die jetzigen Staatsleiter geben sich bei der Bestallung der Richter nicht die Mühe, diesen das Gefühl der Pflicht und Verantwortlichkeit einzuprägen und die Erkenntnis der Aufgaben zu erschließen, die sie tatsächlich erfüllen sollen. Wie das Tier seine Jungen auf Beute ausschickt, so geben auch die nicht Eingeweihten ihren Anhängern einträgliche Stellungen, ohne sie darüber aufzuklären, wozu diese eigentlich geschaffen sind.
Daher wird die Stellung der nichtilluminierten Regierungen durch die Tätigkeit ihrer eigenen Beamten untergraben. Wir wollen uns die Folgen dieses Verhaltens als warnendes Beispiel für unsere eigene Regierung einprägen! Wir werden den Freisinn grundsätzlich aus allen wichtigen Verwaltungsstellen vertreiben, deren Inhaber die Massen im Gehorsam gegen uns und unsere Gesellschaftsordnung erziehen sollen. Auf solche Stellen werden wir nur noch unsere zuverlässigen Anhänger berufen, die wir selbst für den höheren Verwaltungsdienst ausgebildet haben.
Auf den immerhin möglichen Einwand, daß die Versetzung der alten Beamten in den Ruhestand dem Staat allzu große Kosten verursachen wird, erwidere ich zweierlei: Erstens soll versucht werden, ihnen als Ersatz für das verlorene Amt vorläufig eine nichtöffentliche Tätigkeit zu erschließen. Zweitens werden wir über alles Geld der Welt verfügen, unsere Regierung braucht deshalb keine Ausgaben zu scheuen, wenn es sich um die Durchführung wichtiger Maßnahmen handelt, die uns dem Hauptziel näherbringen.

Schein altväterlicher Sorge

Wir werden eine unbedingt selbstherrliche Gewalt ausüben, die in allen ihren Äußerungen eine strenge Folgerichtigkeit aufweisen soll. Darum wird unser erhabener Wille in jedem einzelnen Fall geachtet und unweigerlich durchgeführt werden. Über jedes Murren, jede Unzu-

friedenheit können wir uns ruhig hinwegsetzen; wer sich aber zu Handlungen gegen uns hinreißen läßt, den soll die Strenge des Gesetzes treffen.
Wir werden das Berufungsrecht aufheben, um es ausschließlich unserem Herrscher vorzubehalten, da beim Volk nicht die Meinung aufkommen darf, daß die von uns bestellten Richter falsche oder unrichtige Urteile fällen können. Sollte derartiges vorkommen, so werden wir selbst das Urteil aufheben, gleichzeitig aber den Richter für die Verletzung seiner Amtspflichten so hart bestrafen, daß der Fall sich nicht wiederholen dürfte. Ich wiederhole, daß wir jeden Schritt unserer Beamten überwachen werden, damit das Volk mit unserer Verwaltung zufrieden ist; es hat ja schließlich das Recht, von einer guten Verwaltung auch gute Beamte zu verlangen.
Unsere Regierung wird in der Person unseres künftigen Weltherrschers den Schein altväterlicher Sorge um das Wohl und Wehe unserer Untertanen annehmen. Unser Volk und unsere Untertanen werden in ihm einen Vater sehen, der sich um alles kümmert, über alles unterrichtet ist, jede Notlage zu verbessern sucht und die Beziehungen der Untertanen zueinander und zu ihm selbst, dem höchsten Herrscher, mit liebevoller Sorge überwacht.
Dann werden sie von dem Gedanken durchdrungen sein, daß sie ohne die väterliche Obhut und Sorge nicht auskommen können, wenn sie in Ruhe und Frieden selbst leben wollen; sie werden die unumschränkte Gewalt unseres Selbstherrschers anerkennen und mit einer Verehrung zu ihm aufblicken, die an Vergötterung grenzt; besonders, wenn sie merken, daß unsere Beamten ihre Gewalt nicht mißbrauchen können, sondern blindlings seinen Befehlen gehorchen müssen. Sie werden froh sein, daß wir ihr Leben so geregelt haben, wie es kluge Eltern tun, die ihre Kinder zu Pflicht und Gehorsam erziehen.
Bleiben doch die Völker und ihre Regierungen gegenüber den Geheimnissen unserer Staatskunst ewig in der Rolle unmündiger Kinder. Wie Sie sehen, meine Herren, begründe ich unsere unumschränkte Gewalt auf Recht und Pflicht. Dieses Recht, die Erfüllung der Pflicht zu erzwingen, ist eine Hauptaufgabe der Regierung, die ihren Untertanen gegenüber diese Stellung einnimmt, wie der Vater gegenüber seinen Kindern.
Ihr wurde das Recht des Stärkeren verliehen, damit sie die Menschheit zu ihrem eigenen Besten dem von der Natur gewollten Zustand der gegenseitigen Unterordnung zuführe. Alles in der Welt ist von irgend etwas abhängig: wenn nicht von den Menschen, so doch von den Umständen oder den eigenen Trieben, auf jeden Fall aber vom Stärkeren. So wollen wir denn zum Wohl des Ganzen die Stärkeren sein.

Vorsicht bei der Ernennung von Hochschullehrern

Wir sind verpflichtet, einzelne Persönlichkeiten, die die festgesetzte Weltordnung stören, unbedenklich zu opfern. In der vorbildlichen Bestrafung des Bösen liegt eine große erzieherische Aufgabe, die wir unbedingt erfüllen müssen.
Wenn der König der Illuminati auf sein geheiligtes Haupt die Krone setzen wird, die Europa ihm anbieten muß, dann wird er der Stammvater, der Patriarch der ganzen Welt sein. Das wird natürlich Opfer kosten, aber ihre Zahl wird niemals an die schweren Blutopfer heranreichen, die Großmannssucht und Wettbewerb unter den nichteingeweihten Regierungen den Menschen im Laufe vieler Jahrhunderte auferlegt haben.
Unser König wird in ständiger Berührung mit dem Volk stehen. Er wird vor dasselbe hintreten und ihm Reden halten, deren Ruhm sich blitzschnell von Mund zu Mund über die ganze Welt ausbreiten soll.
Da wir jeden Zusammenschluß … außer den unsrigen zerstören wollen, so müssen wir vor allem die Hochschulen, diese erste Stufe des Zusammenschlusses unmöglich machen, indem wir ihnen neue Richtlinie anweisen. Die Verwaltung und die Professoren werden nach ausführlichen, geheimen Vorschriften für ihre Tätigkeit vorbereitet werden, von denen sie bei

Strafe nicht abweichen dürfen. Bei der Ernennung der Hochschullehrer werden wir die größte Vorsicht walten lassen, wir werden sie in völliger Abhängigkeit von der Regierung halten.
Aus dem Lehrplan werden wir das Staatsrecht und überhaupt alles, was staatsrechtliche Fragen betrifft, ausschließen. Diese Fächer sollen nur von einem kleinen Kreis besonders befähigter Personen gelehrt werden, die wir aus der Zahl der Eingeweihten aussuchen werden. Die Hochschulen sollen nicht Gelbschnäbel entlassen, die eine Verfassung wie ein Trauer- oder Lustspiel zusammenbrauen, und die sich mit Fragen der Staatskunst beschäftigen, von denen schon ihre Väter nichts verstanden.
Die oberflächliche Beschäftigung eines großen Zuhörerkreises mit politischen Fragen kann nur Erbauer von Luftschlössern und schlechte Untertanen erzielen. Die schlimmen Folgen erkennt man an den Nicht-Eingeweihten, die in dieser Richtung erzogen werden. Wir mußten diesen Keim des Umsturzes in ihre Erziehung hineintragen, und wir haben damit glänzende Erfolge erzielt. Sobald wir aber zur Herrschaft gelangt sind, werden wir aus dem Lehrplan alles streichen, was irgendwie zersetzend wirken kann, und werden die Jugend zu gehorsamen Kindern der Obrigkeit erziehen, die die Regierenden als Bürgschaft und Hoffnung auf Frieden und Ruhe lieben.

Alle Tatsachen der Geschichte streichen

An Stelle des Humanismus und der Erlernung der alten Geschichte, die weit mehr schlechte als gute Beispiele bietet, werden wir die Beschäftigung mit den Richtlinien der Zukunft in den Vordergrund rücken. Wir werden aus dem Gedächtnis der Menschheit alle Tatsachen der Geschichte streichen, die uns unbequem sind, und nur diejenigen übrig lassen, bei denen die Fehler der nichtilluminierten Regierungen besonders hervortreten.
Die Fragen des täglichen Lebens, der gesellschaftlichen Ordnungen, der Beziehungen der Völker untereinander, die Bekämpfung übler Selbstsucht, die die Wurzel vieler Übel ist, und ähnliche Fragen der Erziehung werden an der Spitze unseres Erziehungsplanes stehen. Dieser Plan wird für jeden Beruf verschieden sein, weil der Unterricht auf keinen Fall verallgemeinert werden soll. Diese Regelung des Unterrichtswesens ist von besonderer Wichtigkeit.
Jeder Stand muß entsprechend seiner Bedeutung und Berufsarbeit eine streng abgeschlossene Erziehung und Bildung erhalten. Hervorragend begabte Menschen haben es immer verstanden und werden es auch in Zukunft verstehen, sich in einen höheren Stand oder Beruf emporzuschwingen, es ist aber Torheit, wegen dieser vereinzelten Ausnahmen die höheren Berufe mit minderbegabten Personen überschwemmen zu lassen, und denjenigen die Plätze fortzunehmen, die nach Geburt und Bildung darauf Anspruch haben. Sie wissen selbst, welche schlimmen Folgen diese himmelschreiende Sinnlosigkeit für die Nicht-Eingeweihten gehabt hat.
Damit der Weltherrscher sich die Herzen und Sinne seiner Untertanen erobert, müssen wir während seiner Tätigkeit in den Schulen wie in der Öffentlichkeit sowohl über seine Bedeutung und Leistungen wie über seine Wohltaten predigen.
Wir werden jede Lehrfreiheit beseitigen. Die Schüler sollen das Recht haben, sich mit ihren Verwandten in den Schulen, wie in Vereinshäusern, zu versammeln. Während dieser Versammlungen, die zweckmäßig an den Feiertagen stattfinden, werden die Lehrer scheinbar freie Vorlesungen halten über die Gesetze von den Folgen des Beispieles, über die Störungen, die aus unbewußten Beziehungen entstehen und schließlich über die Philosophie der neuen Lehre, die in der Welt noch nicht verkündet war.
Allmählich werden die Vorlesungen auf ihren eigentlichen Gegenstand, die großen, der Menschheit bisher noch nicht enthüllten Lehren der neuen Zeit übergehen. Diese Lehren werden wir zu Glaubenssätzen erheben, die die Übergangsstufen zu unserer Religion bilden sollen. Nach Beendigung meiner Ausführungen über unsere Richtlinien für Gegenwart und Zukunft werde ich Ihnen die Begründung dieser Glaubenssätze vorlesen.

Verhinderung einer selbständigen Meinung

Eine jahrhundertelange Erfahrung hat uns gelehrt, daß die Menschen sich in ihren Handlungen von gewissen Grundsätzen und Gedanken leiten lassen, die ihnen durch die Erziehung vermittelt werden. Wir haben ferner erkannt, daß diese Erziehung sich auf alle Altersstufen ausdehnen läßt, wenn man es nur versteht, bei jedem Alter das entsprechende Verfahren anzuwenden. Aus dieser reichen Lebenserfahrung heraus wird es uns sicher gelingen, auch das letzte Aufflackern einer selbständigen Meinung zu ersticken, nachdem wir schon lange die öffentliche Meinung in der für uns nötigen Richtung erzogen haben.
Die Knechtung des Denkvermögens kommt bei dem sogenannten Anschauungsunterricht schon zur Anwendung. Seine Hauptaufgabe besteht darin, die Nicht-Eingeweihten in eine Herde denkfauler, gehorsamer Tiere zu verwandeln, die eine Sache erst verstehen können, wenn man sie ihnen im Bild vorführt. In Frankreich hat einer unserer besten Vertrauensmänner, Bourgeois, sich schon nachdrücklichst für den Anschauungsunterricht verwandt, auf dem er einen ganz neuen Lehrplan aufbauen will.
Der Beruf der Rechtsanwälte schafft kaltherzige, grausame, hartnäckige Menschen, die keine Grundsätze haben. Sie stellen sich in allen Fragen auf einen unpersönlichen, rein geschäftsmäßigen Standpunkt. Sie haben gelernt, alles dem Vorteil der Verteidigung unterzuordnen, statt zu bedenken, welcher Einfluß ihre Verteidigung auf das öffentliche Wohl ausübt. Sie weisen in der Regel keinen Auftrag ab, streben um jeden Preis eine Freisprechung an und kämpfen mit kleinen Winkelzügen der Rechtswissenschaft. Damit untergraben sie das Ansehen der Gerichtshöfe.
Wir werden der Tätigkeit der Rechtsanwälte die engsten Schranken ziehen: sie sollen nur noch ausführende Beamte des Staates sein. Die Rechtsanwälte sollen den Richtern gleichgestellt werden, indem sie das Recht verlieren, mit den Parteien Fühlung zu nehmen. Sie sollen ihre Aufträge nur vom Gericht erhalten, sollen sie nach Schriftsätzen und Urkunden bearbeiten und sollen schließlich ihre Rechtsmündel nach den Ergebnissen verteidigen, die beim Verhör vor Gericht festgestellt wurden.
Die Anwälte werden ihre Gebühren ohne Rücksicht auf den Erfolg ihrer Verteidigung erhalten. Auf diese Weise üben sie ihre Tätigkeit lediglich als gesetzliche Vertreter des Gerichts und als Gegengewicht zum Staatsanwalt aus, der die Anklage vertritt. Auf diese Weise wird das Gerichtsverfahren abgekürzt und eine ehrliche, selbstlose Verteidigung geführt, die auf Überzeugung und nicht auf der Jagd nach Gelderwerb beruht. Damit wird auch die gegenwärtig übliche Bestechung der Gegenanwälte aufhören, wobei die Seite bisher gewann, die am meisten bezahlte.

Hundert Hände halten die Federn der sozialen Maschine

Die Gewissensfreiheit ist jetzt überall öffentlich anerkannt. Wir folgern daraus, daß uns nur noch Jahre von dem Zeitpunkt trennen, wo die christliche Weltanschauung vollständig zusammenstürzen wird; mit den anderen Glaubenslehren werden wir noch schneller fertig werden. Doch ist es verfrüht, davon jetzt zu sprechen. Sind wir erst zur Herrschaft gelangt, so werden wir die nichteingeweihte Geistlichkeit derart einschnüren, daß ihr Einfluß im umgekehrten Verhältnis zu ihrer früheren Macht stehen wird.
Wenn die Zeit reif ist, die Macht des Papstes endgültig zu zerstören, wird der Finger einer unsichtbaren Hand die Völker auf den päpstlichen Hof hinweisen. Wenn sie dahin stürzen, wollen wir als angebliche Beschützer des Papstes auftreten und ein größeres Blutvergießen verhindern. Durch diesen Kunstgriff werden wir in seine innersten Gemächer gelangen und diese nicht eher verlassen, bis wir die Macht des Papsttums völlig untergraben haben.
Der König der Illuminati wird der wahre Papst und Patriarch der Weltkirche der Eingeweihten sein. So lange wir jedoch die Jugend noch in den Grundsätzen der Übergangsstufe erziehen müssen, die erst allmählich in unseren Glauben einmünden soll, können wir die bestehenden

nichteingeweihten Glaubensbekenntnisse nicht offen bekämpfen, wir werden dagegen scharfe Kritik üben und dadurch die Zersetzung herbeiführen.
Unsere heutige Presse hat die Aufgabe, die Unfähigkeit der Nicht-Eingeweihten auf allen Gebieten des staatlichen und religiösen Lebens zu erweisen; sie wird das in den gewissenlosesten Ausdrücken tun, um sie so weit herabzusetzen, wie das nur unsere schlauen Insider verstehen.
Unsere Herrschaft wird an den Gott Wischnu erinnern, der von ihr versinnbildlicht wird: Hundert Hände halten die Federn der sozialen Maschine. Wir werden alles ohne Hilfe der beamteten Polizei erfahren; denn diese haben wir für die Nicht-Eingeweihten eingerichtet und deshalb rechtlich so gestellt, daß sie die Regierungen am Sehen hindert.
Nach unseren Richtlinien wird ein Drittel unserer Untertanen aus Pflichtgefühl nach dem Grundsatz freiwilligen Staatsdienstes die übrigen zwei Drittel überwachen. Es wird dann nicht mehr schimpflich sein und ehrenrührig, sondern im Gegenteil höchst lobenswert sein, dem Staat Späher- und Angeberdienste zu leisten. Falsche Beschuldigungen sollen jedoch streng bestraft werden, damit kein Mißbrauch mit der Einrichtung getrieben wird.

Spitzeldienste als Ehrenpflicht

Unsere Helfershelfer werden den höchsten und niedrigsten Gesellschaftsschichten angehören: vergnügungssüchtige Verwaltungsbeamte, Verleger, Druckereibesitzer, Buchhändler, Kaufleute, Arbeiter, Dienstboten und viele andere Personen werden sich unter ihnen befinden.
Diese recht- und machtlose Polizei darf keinerlei Amtshandlungen vornehmen, die sich auf die Vollstreckung irgendwelcher Befehle beziehen. Sie soll ausschließlich zu Späher- und Angeberdiensten benutzt werden, die die volle Verantwortung tragen, wenn sie daraufhin irgendwelche Verhaftungen anordnen.
Die eigentliche Vollzugsgewalt wird der Gendarmerie und der städtischen Polizei übertragen. Wer nachweislich eine wichtige Aussage auf politischem Gebiet unterläßt, wird wegen geistiger Hehlerei zur Verantwortung gezogen.
Wie unsere Glaubensbrüder schon jetzt verpflichtet sind, ihrer Gemeinde jeden Verstoß gegen die Glaubens- und Sittenvorschriften und jeden Abfall von der gemeinsamen Sache der Erleuchteten anzuzeigen, so wird es in unserem künftigen Weltreich als Ehrenpflicht aller treuen Untertanen gelten, die Pflicht des Staatsdienstes auf diesem Gebiet auszuüben.
Mit Hilfe dieses Späher- und Angeberdienstes werden wir den Mißbrauch der Amtsgewalt, die Bestechlichkeit, kurz alle diejenigen Mißstände beseitigen, die wir selbst absichtlich unter den Nicht-Illuminierten großgezogen haben. Das waren und sind die wirksamsten Mittel, um Unzufriedenheit und Aufruhr unter den nichteingeweihten Völkern zu erzeugen. Eines der wichtigsten Mittel bilden die Hüter der Ordnung, da ihnen die Möglichkeit geboten wird, bei der Ausübung ihrer zerstörenden Tätigkeit ihren bösen Neigungen: Willkür, Eigenmächtigkeit und vor allem ihrer Bestechlichkeit zu frönen.
Strenge Schutzmaßnahmen wirken wie ätzendes Gift auf das Ansehen jeder Regierung. Müssen wir zu solchen Maßnahmen greifen, so werden wir künstlich Unruhen hervorrufen und die Unzufriedenheit des Volkes durch gutgeschulte Redner aufstacheln lassen. Diese Redner werden massenhaften Zulauf haben, so daß der Schein von Aufruhr und Empörung vollkommen erreicht ist. Das wird uns den Vorwand bieten, um Hausdurchsuchungen vorzunehmen und mißliebige Personen durch unsere Vertrauensleute überwachen zu lassen, die wir unter die nicht von den Illuminaten kontrollierte Polizei gesteckt haben.
Da die meisten Umstürzler aus Liebe zu Abenteurerei und zur Prahlerei handeln, so werden wir sie so lange in Ruhe lassen, wie sie nicht zu verbrecherischen Taten übergehen. Um jedoch über alle Vorgänge unterrichtet zu sein, werden wir in alle Geheimbünde Spitzel hinzubringen wissen, die uns auf dem laufenden halten. Sie dürfen nicht vergessen, daß das Ansehen der Regierung schwindet, wenn sie allzu häufig Verschwörungen gegen sich entdeckt.

Das kann zu dem Verdacht führen, daß sie ihre eigene Ohnmacht oder, noch schlimmer, ihre eigene Unrechtmäßigkeit eingesteht.
Sie wissen, daß wir das Ansehen der nichteingeweihten, gekrönten Häupter dadurch untergraben haben, daß wir durch unsere Helfer häufig Mordanschläge gegen sie ausführen ließen. Die Täter waren blinde Hammel der uns zur Verfügung stehenden Herde, die man leicht durch einige freisinnige Redewendungen zu Verbrechen verleiten kann, wenn man diesen einen Schein der Berechtigung gibt.
Wir werden die nichteingeweihten Regierungen noch zwingen, ihre eigene Ohnmacht dadurch einzugestehen, daß sie offene Schutzmaßnahmen für sich treffen. Dann ist ihr Ansehen endgültig dahin. Unser König wird in ganz unauffälliger Weise geschützt werden.
Wir dürfen nicht einmal den Gedanken aufkommen lassen, daß er nicht imstande sei, Umtriebe schnell zu beseitigen, und daß er sich vor ihnen verbergen müsse.
Wollten wir diesen Gedanken nach dem Beispiel der Nicht-Eingeweihten zulassen, so hätten wir, wenn nicht für den König selbst, so doch sicher für seine Nachkommen das Todesurteil unterschrieben.

Unsere Macht ist Ruhe und Ordnung

Unser König wird den Schein streng zu wahren wissen, daß er seine Macht nur zum Besten des Volkes und nicht zu seinem eigenen Vorteil oder zu Gunsten seiner Hausmacht ausnutzt. Darum wird seine Macht vom Volk geachtet und geschützt werden. Das Volk wird ihn vergöttern, weil es fest davon überzeugt sein wird, daß die Macht des Königs die Ruhe und Ordnung im Land und damit auch das Wohl jedes einzelnen Staatsbürgers verbürgt. Wer den König durch äußere Machtmittel schützen will, der erkennt die Schwäche des Königs an.
Unser König wird, sobald er sich in der Öffentlichkeit zeigt, immer von einer Menge scheinbar neugieriger Männer und Frauen umgeben sein. Wie zufällig werden sie immer die ersten Reihen um ihn einnehmen und die Nachdrängenden scheinbar aus Liebe zur Ordnung von einer zu nahen Annäherung zurückhalten. Das gute Beispiel wird auch die anderen zur Ruhe und Besonnenheit mahnen.
Drängt sich jemand aus dem Volk vor, um dem König eine Botschaft abzugeben, so sind die ersten Reihen verpflichtet, sie in Empfang zu nehmen und vor den Augen des ganzen Volkes dem König zu überreichen. Dann werden alle wissen, daß die Bittschriften wirklich in die Hände des Königs gelangen und von ihm selbst geprüft werden. Das Ansehen der Macht läßt sich nur dann aufrechterhalten, wenn das Volk mit Überzeugung sprechen kann: "Wüßte der König davon" oder "Der König wird davon erfahren".
Mit der Einführung offener Schutzmaßnahmen geht der geheimnisvolle Ursprung des Ansehens der Macht verloren. Jeder, der über die nötige Frechheit verfügt, hält sich für berechtigt, sie vor aller Öffentlichkeit anzutasten. Der Umstürzler erkennt seine Macht und erspäht den günstigsten Augenblick für einen Mordanschlag. Den nicht Eingeweihten haben wir etwas anderes weisgemacht; jetzt können wir an ihrem Beispiel ersehen, welche schlimmen Folgen die offenen Schutzmaßnahmen für sie gehabt haben.
So wenig wir es dulden werden, daß die Masse sich mit staatsrechtlichen Fragen beschäftigt, so sehr werden wir es dennoch begrüßen, wenn das Volk der Regierung allerhand Eingaben und Vorschläge macht, die eine Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage bezwecken. Auf diese Weise kommen uns möglicherweise wirkliche Mißstände zu Ohren, deren Abänderung uns selbst erwünscht sein muß. Handelt es sich aber um bloße Hirngespinste, so werden wir sie sachlich widerlegen und die Kurzsichtigkeit des Antragstellers einwandfrei beweisen.

Die Möpse werden das Bellen lassen

Für eine Regierung, die sich nicht nur auf die Polizei verläßt, sondern die Wurzeln ihrer Kraft im Volk selbst verankert hat, sind Unruhen und Aufstände nichts anderes, wie das Bellen des Mopses vor dem Elefanten. Der Mops bellt den Elefanten an, weil er seine Größe und Kraft

verkennt. Es genügt, die verschiedenartige Bedeutung beider an einem lehrreichen Beispiel zu erweisen, und die Möpse werden das Bellen lassen und mit dem Schweife wedeln, sobald sie den Elefanten erblicken.
Um dem politischen Verbrecher den Schein des Helden zu nehmen, der sich für andere aufopfert, werden wir ihn auf dieselbe Bank mit gewöhnlichen Dieben, Mördern und anderen gemeinen Verbrechern setzen. Dann wird die öffentliche Meinung beide Arten von Verbrechen in einen Topf werfen und den politischen Verbrecher mit derselben Verachtung strafen, die sie vor dem gemeinen Verbrecher schon jetzt empfindet.
Wir haben uns erfolgreich darum bemüht, die nicht Illuminierten von solchem Vorgehen gegen politische Verbrecher abzuhalten. Wir haben das angebliche Heldentum solcher Umstürzler in Zeitungsaufsätzen und öffentlichen Reden wie auch unmittelbar, in klug zusammen gestellten Lehrbüchern der Geschichte, verherrlicht, weil sie sich für das, wie wir sagen, allgemeine Wohl aufopferten. Auf diese Weise gelang es uns, dem Freisinn zahlreiche Anhänger zuzuführen und Tausende von Nichterleuchteten in die Reihe der uns auf Leben und Tod ergebenen Hammelherde einzustellen.

Geld- und Steuerwirtschaft

Die heutige Sitzung betrifft unsere Grundsätze auf dem Gebiet der Geld- und Steuerwirtschaft. Ich habe diese außerordentlich schwierigen Fragen absichtlich am Schluß meines Vertrages gesetzt, weil sie den Kern unseres ganzen Planes bilden und über sein Gelingen entscheiden. Bevor ich auf Einzelheiten eingehe, bitte ich Sie, sich dessen zu erinnern, was ich schon früher angedeutet habe: Wir sind des Erfolges unserer Sache ganz sicher, weil wir nahezu alle Geldmittel besitzen.
Sobald wir zur Herrschaft gelangt sind, wird unsere selbstherrliche Regierung es vermeiden, die Massen des Volkes allzu fühlbar mit Steuern zu belasten, da wir dem Volk gegenüber stets den Schein eines väterlichen Beraters und Beschützers wahren müssen. Freilich kostet die Staatsverwaltung viel Geld, das irgendwie beschafft werden muß. Es ist daher von besonderer Wichtigkeit, ein Verfahren ausfindig zu machen, das die Steuern möglichst nach der Leistungsfähigkeit verteilt.
Unsere Gesetze sollen von der Annahme ausgehen, daß dem König alles gehört, was sich innerhalb des Staatsgebietes befindet. Unsere Regierung wird daher in der Lage sein, jede Art von Besitz zu treffen. Nötigenfalls kann sie sogar alle Umlaufmittel einziehen, um eine neue Verteilung derselben vorzunehmen. Der beste Weg zur Deckung des Staatsbedarfs ist eine stufenweise ansteigende Besitzsteuer.
Bei einer solchen Regelung können die Steuern in einem der Größe des Vermögens entsprechenden Hundertteil bezahlt werden. Der Besitzer ist imstande die Steuer zu tragen, ohne sich Einschränkungen aufzuerlegen oder gar seine wirtschaftliche Lage zu gefährden.
Die Reichen müssen einsehen, daß sie verpflichtet sind, einen Teil ihres Überflusses dem Staat zur Verfügung zu stellen, weil der Staat ihnen den ungefährdeten Besitz ihres sonstigen Vermögens und das Recht des ehrlichen Erwerbs verbürgt. Ich sage ausdrücklich des ehrlichen Erwerbs; denn die Überwachung der Vermögensbildung wird den Raub unter dem Schein des Rechtes verhindern.

Alle großen Vermögen in unserer Hand

Die Besteuerung der Armen ruft dagegen Unzufriedenheit und Empörung hervor; sie schädigt den Staat; denn er verliert in der Jagd nach ein paar Pfennigen das Vertrauen und die Zuneigung der Volksmassen. Unabhängig davon trägt die Vermögensteuer dazu bei, das Wachstum von Vermögen in der Hand einzelner Personen zu verringern.
Augenblicklich haben wir fast alle großen Vermögen in unseren Händen vereinigt, um gegenüber der großen Macht der noch nicht von Illuminaten beherrschten Staaten ein Gegengewicht auf dem wichtigsten Gebiet der staatlichen Geldwirtschaft zu haben.

Eine Steuer, die mit der Größe der Vermögen ansteigt, wird weit höhere Erträge liefern als die noch übliche Kopf- oder Grundsteuer, die uns nur nützt, um Unzufriedenheit und Unruhen unter den nicht Erleuchteten hervorzurufen.
Die Macht, auf die unser König sich stützen kann, besteht im Gleichgewicht und in der Friedensbürgschaft, deretwegen es nötig ist, daß die Besitzenden dem Staat einen Teil ihrer Einnahme überlassen, um den Gang der Staatsmaschine zu sichern.
Der Geldbedarf des Staates soll von denjenigen getragen werden, die im Überfluß leben und von denen etwas zu holen ist.
Solche Verteilung der Steuerlasten wird den Neid der Armen gegen den Reichen beseitigen, weil er sieht, daß die Besitzenden fast die gesamten Staatslasten tragen und dadurch Frieden und Wohlfahrt fördern.
Wenn die besitzlosen Klassen sehen, daß fast die gesamten Staatslasten von den Besitzenden getragen werden, die dadurch die Aufrechterhaltung geordneter Zustände ermöglichen und jedem einzelnen einen Dienst erweisen, so werden sie ihnen die Daseinsberechtigung nicht aberkennen.
Damit die Steuerzahler aus den gebildeten Kreisen über die neuen Steuerlasten nicht allzusehr klagen, werden wir ihnen genaue Rechenschaft über die Verwendung der Staatsgelder ablegen. Ausgenommen sind dagegen natürlich diejenigen Summen, die wir für unseren König und für unsere Verwaltungsämter brauchen werden.
Unser König wird kein eigenes Vermögen haben, da grundsätzlich alles, was sich im Staat befindet, ihm gehören soll; sonst entständen Widersprüche. Das Vorhandensein eines eigenen Vermögens würde den rechtlichen Anspruch auf das gesamte Volksvermögen beseitigen.
Von der königlichen Familie wird' nur der Thronfolger auf Staatskosten unterhalten werden. Alle übrigen müssen entweder in den Staatsdienst treten oder einen anderen Beruf ergreifen. Das Blut der königlichen Familie gibt kein Anrecht auf eine Beraubung der Staatskasse.

Das Geld ist für den Umlauf bestimmt

Jeder Kauf, jede Bescheinigung über empfangene Geldsummen und jede Erbschaft werden mit einer stufenweise ansteigenden Stempelsteuer belegt werden. Wer es unterläßt, eine namentliche Übertragung des Eigentumsrechts an Geld oder sonstigen Werten auf diese Weise anzuzeigen, wird mit einer besonderen Strafe belegt, die in einem bestimmten Satz vom Hundert der entzogenen Summe für die Zeit von der Eigentumsübertragung bis zur Entdeckung der Steuerhinterziehung berechnet wird.
Für diese namentlichen Übertragungen des Eigentumsrechts werden besondere Geschäftsbücher eingeführt werden, die Namen und Wohnung des alten und neuen Besitzers angeben müssen und der örtlichen Steuerbehörde allwöchentlich vorzulegen sind. Selbstverständlich wird die Feststellung des Käufers erst von einer bestimmten Kaufsumme ab verlangt werden. Die gewöhnlichen Kaufgeschäfte in Gegenständen des täglichen Bedarfs werden nur einer Stempelsteuer in einem festen Satz vom Hundert unterliegen.
Berechnen Sie, um wie vielmal die Erträge solcher Steuern die Einnahmen der nicht von Illuminaten beherrschten Staaten übertreffen werden. Die Staatskasse muß immer einen bestimmten Bestand an Rücklagen enthalten.
Alles, was über diesen Bestand hinaus geht, wird wieder in Umlauf gesetzt. Wir werden für diese überschüssigen Summen öffentliche Arbeiten ausführen lassen. Die Tatsache, daß der Staat von sich aus solche Arbeiten unternimmt, wird ihm und den Herrschenden das Zutrauen der Arbeiterklasse eintragen. Aus den genannten Summen werden wir auch Preise für Entdekkungen und besondere Leistungen auf dem Gebiet des Gewerbefleißes zahlen.
Außer den genau bestimmten und weitsichtig berechneten Summen sollte kein Pfennig unnütz in der Staatskasse zurück gehalten werden. Das Geld ist für den Umlauf bestimmt; jede Stok-

kung des Geldverkehrs kann den Staat empfindlich schädigen. Das Geld ist das Öl der Staatsmaschine; bleibt die Ölung aus, so muß die Maschine still stehen.
Der Ersatz eines Teils der Umlaufmittel durch festverzinsliche Wertpapiere hat solche Stokkung des Geldverkehrs verursacht. Die Folgen dieses Umstandes sind zur Genüge bekannt. Wir werden einen Rechnungshof gründen, in welchem der Herrscher jederzeit eine vollständige Übersicht der Einnahmen und Ausgaben des Staats finden wird. Ausgenommen soll nur der laufende Monat sein, für den ein Abschluß noch nicht vorliegen kann, und der vorhergehende Monat, für den die Abrechnungen noch nicht vollständig eingelaufen sein dürften.
Die einzige Persönlichkeit, die keinen Vorteil von der Beraubung der Staatskassen haben wird, ist das Staatsoberhaupt selbst, dem grundsätzlich alles gehören soll. Darum wird gerade seine persönliche Überwachung der Rechnungslegung die Möglichkeit einer Unterschlagung oder Vergeudung von Staatsmitteln ausschließen.

Abhängigkeit durch Zinsverpflichtungen

Der höfische Brauch legt dem Herrscher eine Unmenge von Empfangs- und Vertretungspflichten auf, bei denen kostbare Zeit verloren geht. Wir werden diese höfischen Verpflichtungen fast ganz beseitigen, damit der Herrscher genügend Zeit zur Erledigung seiner eigentlichen Aufgaben behält: die Überwachung der Staatsverwaltung und der Anregung und Erwägung neuer Maßnahmen. Dann wird der Herrscher nicht mehr von Günstlingen umgeben sein, die sich an ihn bloß herandrängen, um am Glanz und Prunk des Hofes teilzunehmen und eigene Vorteile zu verfolgen, für das Wohl des Staates aber nichts übrig haben.
Um die Nicht-Illuminierten zu schädigen, haben wir umfangreiche Krisen im Wirtschaftsleben hervorgerufen. Wir bedienten uns dabei des einfachen Mittels, alles erreichbare Geld aus dem Verkehr zu ziehen. Riesige Summen wurden in unseren Händen aufgespeichert, während die nicht von uns beherrschten Staaten mittellos da saßen und schließlich gezwungen waren, uns um Gewährung von Anleihen zu bitten.
Mit diesen Anleihen übernahmen die nichtilluminierten Staaten bedeutende Zinsverpflichtungen, die ihren Staatshaushalt wesentlich belasteten und sie schließlich in völlige Abhängigkeit von den großen Geldgebern brachten. Der Übergang der handwerksmäßigen und mittleren Betriebe zur Großindustrie sog alle gesunden Volkskräfte und schließlich auch die Staatskräfte auf.
Der Staat setzt heute so wenig Geld in Umlauf, daß es dem Bedarf nach der Kopfzahl nicht genügt und daher nicht allen Anforderungen der arbeitenden Klassen entspricht.
Die Ausgabe neuen Geldes muß mit dem Wachstum der Bevölkerung Schritt halten, wobei auch die Kinder mitzuzählen sind, da sie vom Tag ihrer Geburt an einen erheblichen Geldverkehr verursachen.
Die Neureglung des Geldumlaufs ist eine wichtige Frage für die ganze Welt. Sie wissen, daß die Goldwährung ein Verderb für alle Staaten war, die sie angenommen haben. Sie konnte den großen Geldbedarf der Völker um so weniger befriedigen, als wir das Gold nach Möglichkeit aus dem Verkehr gezogen haben.
In unserem Staat muß eine Währung eingeführt werden, die sich auf den Kosten der Arbeitskraft aufbaut, mögen die Umlaufmittel nun aus Papier oder Holz bestehen. Wir werden den Geldbedarf aller Staatsbürger berechnen, indem wir die Umlaufmittel für jeden Neugeborenen vermehren und für jeden Toten vermindern. Jede Provinz und jeder Kreis muß die Berechnungen vornehmen.
Damit die geldlichen Verpflichtungen für Staatsbedürfnisse keinen Aufschub erleiden, werden die Summen und die Zeit ihrer Verausgabung durch einen Erlaß des Herrschers festgesetzt werden; auf diese Weise wird die Bevorzugung einer Behörde durch den Minister zum Schaden einer anderen beseitigt.

Äußere Anleihen sind wie ein Blutegel

Die Voranschläge der Staatseinnahmen und Ausgaben werden unmittelbar nebeneinander geführt werden, so daß eine Verdunklung des Staatshaushaltes durch ein Auseinanderreißen dieser zusammen gehörenden Teile künftig nicht stattfinden kann.

Wir müssen die Geldwirtschaft der nicht von den Illuminaten regierten Staaten von Grund aus umgestalten und dabei so vorgehen, daß niemand Ursache zu irgendwelchen Besorgnissen haben kann. Die Begründung der Neuerungen wird uns angesichts der völlig zerfahrenen Zustände, in die der Haushalt dieser Staaten geraten ist, sicher nicht schwerfallen. Wir werden vor allem auf das Hauptübel der staatlichen Geldwirtschaft aller nicht-illuminierten Staaten verweisen: Jedes Rechnungsjahr beginnen diese mit der Aufstellung eines ordentlichen Voranschlages, obgleich er von Jahr zu Jahr in erschreckendem Maß zunimmt.

Das hat natürlich seine besondere Ursache: der für das ganze Jahr geltende Voranschlag reicht gewöhnlich nur bis zur Mitte des Rechnungsjahres; dann wird der erste Nachtrag verlangt, der meist in einem Vierteljahr verausgabt ist; darauf folgt ein zweiter und dritter Nachtrag, und das ganze Verfahren endet mit einer Nachtragsforderung. Da der Voranschlag für das neue Rechnungsjahr immer nach der Gesamtabrechnung für das verflossene Rechnungsjahr aufgestellt wird, so kann man als Regel annehmen, daß er mindestens um 50 Prozent überschritten wird, und der Voranschlag wird erst nach zehn Jahren geregelt.

Infolge dieser Angewohnheit, die die nichtilluminierten Staaten leichtfertig einreißen ließen, sind ihre Kassen immer leer. Die dann folgende Zeit der Anleihe-Wirtschaft gab ihnen völlig den Rest. Heute sind alle nichtilluminierten Staaten derart verschuldet, daß man ruhig von einem allgemeinen Zusammenbruch ihrer Geldwirtschaft sprechen kann.

Sie werden es vollkommen verstehen, daß wir uns hüten werden, solche Wirtschaft, wie wir sie den Nicht-Illuminierten gelehrt haben, bei uns einzuführen. Jede Staatsanleihe liefert den deutlichen Beweis dafür, daß der betreffende Staat schlecht verwaltet wird und seine Hoheitsrechte nicht richtig anzuwenden weiß. Die Anleihen schweben wie ein Damoklesschwert über dem Haupt der nichterleuchteten Herrscher; statt ihren Bedarf im Wege einer zeitweiligen Steuer bei ihren Untertanen zu decken, betteln sie mit flehend empor gehobenen Händen unsere illuminierten Geldgeber an.

Äußere Anleihen sind wie die Blutegel am Körper des Staates, die man nicht entfernen kann, bis sie von selbst abfallen, oder bis der Staat sich ihrer mit Gewalt entäußert. Dazu fehlt es den nichtilluminierten Staaten aber an der nötigen Kraft. Sie legen im Gegenteil immer mehr Blutegel an ihren siechen Körper an, so daß sie schließlich an der freiwillig hervorgerufenen Blutentziehung zu Grunde gehen müssen.

Eine weltweite Schuldknechtschaft

Eine Staatsanleihe und noch dazu eine äußere ist in der Tat nichts anderes wie ein freiwilliges Abzapfen von Blut aus dem Staatskörper. Die Anleihe besteht aus Schuldverschreibungen des Staates, die ein Zinsversprechen enthalten. Der Zinsfuß schwankt je nach der Höhe der benötigten Geldsumme. Beträgt er 5 Prozent, so muß der Staat unnötig im Lauf von 20 Jahren in der Form von Zinsen die ganze entliehene Summe aufbringen; in 40 Jahren hat er allein an Zinsen die doppelte, in 60 Jahren die dreifache Schuldsumme bezahlt, haftet aber trotzdem für die ganze ursprüngliche Schuld.

Aus dieser Berechnung ergibt sich, daß der Staat bei der von jedem Kopf erhobenen Steuer die letzten Groschen der Armen unter den Steuerzahlern nimmt, um ausländische Reiche zu bezahlen, bei denen er Geld entliehen hat, statt die Groschen ohne Zinsen für seine Bedürfnisse zu sammeln.

Solange die Anleihen sich auf das Inland beschränkten, ließen die Nicht-Illuminierten mit ihrer Anleihewirtschaft das Geld aus den Taschen der Armen in die Taschen der Reichen fließen. Nachdem wir jedoch die maßgebenden Persönlichkeiten bestochen hatten, um die Auf-

nahme auswärtiger Anleihen durchzusetzen, flössen alle staatlichen Reichtümer unfehlbar in unsere Taschen. Seitdem sind uns alle Nicht-Illuminierten zins- und abgabepflichtig geworden.
Leichtsinn und Kurzsichtigkeit der nichtilluminierten Herrscher in allen Fragen der staatlichen Geld- und Steuerwirtschaft, Käuflichkeit und Unfähigkeit der höchsten Staatsbeamten haben alle nicht erleuchteten Staaten uns gegenüber in eine derartige Schuldknechtschaft gestürzt, daß sie sich niemals davon befreien können. Sie dürfen aber nicht vergessen, welche Mühe und Geldopfer uns das gekostet hat.
Wir werden daher keine Stockung des Geldverkehrs dulden und darum alle langfristigen festverzinslichen Staatsanleihen abschaffen. Die einzig zulässige Form der Staatsanleihen werden kurzfristige mit ein Prozent verzinsliche Schuldverschreibungen des Schatzamtes sein. Eine so geringfügige Verzinsung wird die staatlichen Kräfte nicht mehr den Blutsaugern, das heißt den großen Geldgebern, ausliefern.
Das Recht der Ausgabe langfristiger, festverzinslicher Schuldverschreibungen werden wir ausschließlich den großen gewerblichen Unternehmen gewähren. Diese können die Zinsen mit Leichtigkeit aus den Gewinnen bezahlen. Der Staat erzielt dagegen mit dem entliehenen Geld in der Regel keine Gewinne, weil er es für notwendige Ausgaben und nicht zur Erzeugung wirtschaftlicher Güter verwendet.

Beseitigung des Schmarotzertums

Unter unserer Herrschaft wird der Staat auch Industriepapiere kaufen. Damit nimmt er an ihren Gewinnen teil, während er früher von der Last seiner Schuldverpflichtungen nahezu erdrückt wurde. Diese Maßregel wird die Stockungen des Geldverkehrs, das Schmarotzertum und die Faulheit des Rentnertums beseitigen. Solche Mißstände waren für uns nützlich, solange die Nicht-Illuminierten am Ruder waren; unter unserer Herrschaft können wir sie nicht länger dulden.
Gibt es einen besseren Beweis für die völlige Unfähigkeit des rein tierischen Verstandes der Nicht-Erleuchteten als die Tatsache, daß sie bei uns Anleihen gegen hohe Zinsverpflichtungen aufgenommen haben, ohne zu bedenken, daß sie die gleichen Summen mit hohem Zinsaufschlag schließlich zurück vergüten müssen?
Wäre es nicht wesentlich einfacher gewesen, die nötigen Summen gleich von ihren eigenen Untertanen zu nehmen und die Zinsen zu sparen?
Darin zeigt sich eben die hervorragende Geistesschärfe unserer erwählten Leitung; wir haben es verstanden, den Nicht-Eingeweihten die Frage der Staatsanleihen in einem solchen Licht darzustellen, daß sie in der Aufnahme derselben sogar Vorteile für sich zu sehen glaubten.
Wenn die Zeit gekommen sein wird, in der wir selbst die Voranschläge für den Staatshaushalt machen, dann können wir uns auf eine jahrhundertelange Erfahrung stützen, die wir bei den nichteingeweihten Staaten gesammelt haben. Unsere Vorschläge werden klar und bestimmt sein und die Vorteile unserer Neuerungen außer Zweifel stellen. Sie werden die Mißstände beseitigen, mit deren Hilfe wir die Nicht-Illuminierten beherrscht haben, die wir jedoch in unserem Königreich nicht dulden können.
Das Abrechnung- und Prüfungsverfahren wollen wir derart ausbauen, daß weder der Herrscher, noch der geringste Beamte imstande sein werden, den kleinsten Betrag aus der Staatskasse für andere Zwecke zu verwenden oder in andere Kanäle zu leiten, als wir in unserem Haushaltsplan vorgesehen hatten. Man kann nicht ohne jeden festen Plan regieren. Selbst Helden gehen unter solchen Umständen zu Grunde.
Die nichteingeweihten Herrscher haben wir absichtlich von einer eingehenden Beschäftigung mit der Staatsverwaltung durch höfische Empfangs- und Vertretungspflichten und glänzende Feste abzulenken gewußt. Sie waren nur der Deckmantel für unsere Herrschaft. Ihre Günstlin-

ge, denen die eigentliche Staatsverwaltung oblag, verstanden auch nichts von der Sache. Sie ließen ihre Berichte von den Vertrauensmännern unserer Freimaurerlogen anfertigen.
Wir verstanden es, das leichtgläubige Gemüt der Nicht-Illuminierten in diesen Bericht mit Versprechungen auf künftige Ersparnisse und Verbesserungen einzufangen. Woraus sollten diese Ersparnisse erzielt werden? Etwa aus neuen Steuern? So hätte jeder fragen können, der unsere Abrechnungen und Entwürfe las. Von den Nicht-Eingeweihten verfiel aber niemand auf diese naheliegenden Einwände.
Sie wissen, wohin die Sorglosigkeit dieser Menschen geführt hat: trotz des bewunderungswerten Fleißes ihrer Völker stehen diese Staaten vor dem Zusammenbruch ihrer Geld- und Steuerwirtschaft.

Steuern reichen gerade für die Zinsen

Bisher haben wir die Käuflichkeit der höchsten Staatsbeamten und die Sorglosigkeit der Herrscher dazu benutzt, um den nichterleuchteten Regierungen Geld aufzudrängen, das sie nicht nötig hatten, und das sich verdoppelte, verdreifachte, ja manchmal vervielfachte.
Es ist ausgeschlossen, daß sich jemand uns gegenüber so etwas herausnehmen könnte. Ich werde mich daher in meinen weiteren Ausführungen auf die Einzelheiten der inneren Anleihen beschränken.
Wenn ein Staat eine innere Anleihe begeben will, so legt er in der Regel Zeichnungs-Listen auf seine Wechsel oder Schuldverschreibungen aus. Der Nennwert wird auf 100 bis 1.000 festgesetzt, damit sie der Allgemeinheit zugängig sind. Den ersten Zeichnern wird meistens ein Nachlaß gewährt. Am Tag nach der öffentlichen Auslage wird der Preis künstlich gesteigert, weil angeblich eine übergroße Nachfrage herrscht. Nach einigen Tagen heißt es, die Kassen des Schatzamtes seien so überfüllt, daß das Geld gar nicht untergebracht werden könne. Weshalb wurde dann das Geld angenommen?
Es heißt, die Anleihe sei mehrfach überzeichnet worden. Darin liegt der große Erfolg: es hat sich gezeigt, welches Vertrauen zu den Schuldverschreibungen der Regierung besteht. Sobald das Anleihespiel vorbei ist, steht der Staat vor der Tatsache einer empfindlichen Vermehrung seiner Staatsschuld. Um die Zinsen für diese Schuld aufzubringen, nimmt er seine Zuflucht meist zu neuen Anleihen.
Dadurch wächst die Schuld- und Zinslast immer mehr. Hat der Staat das ihm entgegengebrachte Vertrauen bis zur Neige ausgenutzt, so muß er durch neue Steuern nicht etwa die Schuld, sondern nur die Zinsenlast decken. Diese Steuern sind aber lediglich Schulden, mit denen andere Schulden bezahlt werden.
In solcher Lage pflegt der Staat den Zinsfuß seiner Anleihen herabzusetzen. Damit ermäßigt er aber nur die Zinslast, nicht die Schuld. Außerdem kann solche Maßregel nur mit Einwilligung der Staatsgläubiger vorgenommen werden. Wer damit nicht einverstanden ist, dem muß der Staat den Nennwert seiner Anleihestücke zurückzahlen. Wollten alle Einspruch erheben und ihr Geld zurückverlangen, so hätten die Regierungen sich an ihrem eigenen Angelhaken gefangen; sie wären nicht imstande, die geforderten Summen zurückzuzahlen.
Da jedoch die meisten Untertanen der nichtilluminierten Staaten in Geldangelegenheiten zum Glück völlig unbewandert sind, so haben sie stets Kursverluste und Herabsetzungen des Zinses dem Wagnis einer neuen Anlage vorgezogen. Sie gaben dadurch ihren Regierungen die Möglichkeit, den jährlichen Schuldendienst wiederholt um mehrere Millionen zu entlasten.
Bei der heutigen Höhe der Staatsschulden, die vorwiegend durch äußere Anleihen entstanden sind, können die nichtilluminierten Regierungen solche Schritte nicht mehr wagen: sie wissen ganz genau, daß wir im Fall einer Herabsetzung des Zinses alles Geld zurückverlangen würden.
Die Erklärung der Zahlungsunfähigkeit wird in allen Ländern den besten Beweis dafür liefern, daß zwischen den Regierungen und ihren Völkern eine tiefe Kluft besteht.

Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit sowohl auf diese Tatsache wie auf die folgende: Alle inneren Anleihen wurden in schwebende Schulden umgewandelt, deren Zahlungsfristen näher oder ferner liegen. Diese Schulden bestehen aus Geldsummen, die in Staatsbanken oder Sparkassen hinterlegt sind. Wenn diese Gelder lange genug zur Verfügung der Regierung gestanden haben, verschwinden sie bei der Bezahlung der Zinsen für die äußeren Anleihen; dann werden an ihrer Stelle Regierungs-Schuldscheine hinterlegt. Mit solchen Rentenbriefen werden alle Fehlbeträge in den Staatskassen gedeckt.

Sobald wir die Weltherrschaft angetreten haben, werden solche Machenschaften auf dem Gebiet der Geldwirtschaft restlos verschwinden, weil sie nicht zu unserem Vorteil dienen. Wir werden auch die Wertpapier-Börsen beseitigen, da wir nicht zulassen können, daß die Achtung vor unserer Macht durch ein ständiges Schwanken unserer eigenen Staatspapiere erschüttert wird.

Wir werden ihnen einen gesetzlichen Zwangskurs, nämlich den Nennwert, verleihen und jede Ermäßigung oder Erhöhung desselben bestrafen. Auch die Erhöhung kann nicht geduldet werden, da sie den Keim zur späteren Herabsetzung legt. Hoher Stand der Wertpapiere gibt den Vorwand dafür, die Preise herabzudrücken, womit wir bei den Werten der Nicht-Eingeweihten begonnen haben.

Wir werden die Wertpapier-Börsen durch mächtige staatliche Kredit-Anstalten ersetzen, deren Aufgabe darin bestehen wird, die Industriepapiere entsprechend den Wünschen des Staates abzuschätzen und zu beleihen. Diese Anstalten werden imstande sein, an einem einzigen Tag für fünfhundert Millionen Industriepapiere auf den Markt zu werfen oder eben so viele aufzukaufen.

Auf diese Weise werden alle gewerblichen Unternehmungen von uns abhängig. Sie können sich vorstellen, welche ungeheure Macht unser Staat dadurch im Wirtschaftsleben gewinnt.

Wir sind die Wohltäter der Menschen

In unseren Händen befindet sich die größte Kraft der Gegenwart - das Gold. In zwei Tagen können wir es aus unseren geheimen Aufbewahrungsorten in beliebiger Menge heranschaffen. Brauche ich wirklich noch zu beweisen, daß unsere Herrschaft von Gott vorgesehen ist? Sollten wir tatsächlich nicht imstande sein, mit Hilfe unseres Reichtums den Nachweis zu führen, daß alles Übel, das wir im Laufe vieler Jahrhunderte anstiften mußten, schließlich doch zur wahren Wohlfahrt und allseitigen Ordnung geführt hat?

Wir werden die Ordnung durchführen, wenn es dabei auch nicht ganz ohne Gewalttätigkeit abgeht. Wir werden beweisen, daß wir die Wohltäter der Menschen sind, die der zerrissenen Erde das wahre Glück und die Freiheit der Persönlichkeit wiedergegeben haben.

Jeder, der unsere Gesetze achtet, kann sich der Segnungen des Friedens und der Ordnung erfreuen. Gleichzeitig werden wir alle darüber aufklären, daß die Freiheit nicht in der schrankenlosen Willkür des einzelnen besteht, daß des Menschen Kraft und Würde niemals in der Verkündigung umstürzlerischer Grundsätze, wie zum Beispiel der Gewissensfreiheit, der allgemeinen Gleichheit, gesucht werden kann, daß die Freiheit der Persönlichkeit niemanden dazu berechtigt, sich und andere durch wilde Reden vor zusammengelaufenen Menschen in Aufruhr zu versetzen.

Die wahre Freiheit besteht in der Unantastbarkeit der Person, aber nur unter der Voraussetzung, daß sie ehrlich und redlich alle Regeln des menschlichen Gemeinschaftslebens einhält. Die wahre Würde des Menschen besteht in der Erkenntnis seiner Rechte und der Grenzen dieses Rechts, nicht aber in Schwärmereien über das liebe Ich.

Unsere Macht muß herrlich werden, weil sie stark sein wird. Sie wird regieren und leiten, aber nicht hinter den Parteiführern und Rednern herlaufen, die mit törichten Worten, die sie ihre großen Grundsätze nennen, unerfüllbare Träumereien verkünden. Unsere Macht wird die Ordnung erhalten, worin überhaupt das ganze Glück der Menschen besteht.

Vor dem Strahlenkreuz unserer Macht wird das Volk auf die Knie sinken und in scheuer Ehrfurcht zu ihr aufblicken. Wahres Herrschertum begibt sich keines einzigen Rechts, nicht einmal des göttlichen. Niemand wird es wagen, ihm zu nahe zu treten und ihm auch nur um Haaresbreite die Machtfülle zu kürzen.

Fester Wille und unbeugsame Macht

Wir müssen die Völker zur Bescheidenheit erziehen, damit sie sich daran gewöhnen, uns zu gehorchen. Wir werden daher die gewerbliche Erzeugung von Prunkgegenständen möglichst einschränken. Damit dürften sich auch die Sitten verbessern, die gegenwärtig unter der Prunksucht und dem Streben einander durch einen möglichst großen Aufwand zu überbieten, stark gelitten haben.

Wir werden die Hausindustrie wieder herstellen und dadurch die Macht der Großindustrie erschüttern. Das ist schon deshalb notwendig, weil die Fabrikherren oft, vielleicht unbewußt, die Massen gegen die Regierung hetzen.

Der Heimatarbeiter kennt keine Arbeitslosigkeit. Er ist darum mit der bestehenden Gesellschaftsordnung verwachsen und wünscht die Regierung nicht zu schwächen. Bei der jetzt vorherrschenden Großindustrie schwebt die Regierung in ständiger Gefahr einer überhand nehmenden Arbeitslosigkeit und der daraus entstehenden Unruhen.

Sobald die Macht in unsere Hände übergegangen ist, wird auch die Arbeitslosigkeit verschwinden. Die Trunksucht wird unter unserer Herrschaft gesetzlich verboten und streng bestraft werden. Sie ist ein Verbrechen gegen die Würde des Menschen, der sich unter dem Einfluß berauschender Getränke in ein wildes Tier verwandelt.

Ich wiederhole: die Masse gehorcht nur einer starken, von ihr völlig unabhängigen Macht, zu der sie mit blindem Vertrauen empor sehen kann, und von der sie Schutz und Schirm gegen die Schläge der sozialen Geißeln empfindet. Was nützt ihr die engelsgute Seele des Herrschers? Sie muß in ihm die Verkörperung eines festen Willens und einer unbeugsamen Macht erblicken.

Die nicht von Illuminaten beherrschten Regierungen können sich nur mühsam am Ruder behaupten. Sie sind von einer Gesellschaft umgeben, die wir so weit entsittlichten, daß sie jeden Glauben an Gott verloren hat, und aus ihrer Mitte ständig die Flamme des Aufruhrs emporsteigen läßt. Der Weltherrscher, der die jetzt bestehenden Regierungen ablösen wird, muß zunächst dieses gewaltig um sich greifende Feuer löschen. Er hat darum die Pflicht, solche Gesellschaft zu beseitigen, selbst wenn er sie in ihrem eigenen Blut ersticken müßte, um sie in Gestalt eines richtig organisierten Heeres neu erstehen zu lassen, das bewußt jede den Staatskörper bedrohende Ansteckung bekämpft.

Der von Gott auserwählte Weltherrscher hat die Aufgabe, die sinnlosen Kräfte des Umsturzes zu brechen, die von tierischen Naturtrieben und nicht von menschlichem Verstand geleitet werden. Diese Kräfte feiern jetzt ihre Siege, indem sie unter dem Schein des Rechts und der Freiheit Raub und Gewalttaten ausüben. Sie haben jede Gesellschaftsordnung zerstört, um auf ihren Trümmern den Thron des Königs der Illuminati zu errichten. Ihre Aufgabe ist aber gelöst sobald der König der Illuminati die Herrschaft antritt. Dann müssen sie von seinem Weg hinweggefegt werden, damit dieser nicht das geringste Hindernis mehr bietet.

Dann werden wir den Völkern sagen können: Lobet alle Gott und beuget eure Knie vor dem Auserwählten Gottes, von dessen hehren Antlitz die Vorausbestimmung der Geschicke der Menschheit erstrahlt. Gott selbst gab ihm einen Leitfaden, damit niemand außer ihm uns von den genannten Geißeln der Menschheit erlösen könne.

Unsere Weisen kennen alle Geheimnisse Zum Schluß will ich Ihnen eine Vorstellung davon geben, mit welchen Mitteln wir die Herrschaft des Königs aus dem Hause David über die ganze Welt für alle Zeiten fest verankern wollen. In erster Linie werden wir uns desselben Mittels

bedienen, das schon unseren Weisen von Zion die Leitung der Weltgeschichte verbürgt hat, nämlich der planmäßigen Erziehung der Menschheit in der von uns gewünschten Richtung.
Einige Glieder des Hauses David werden die Könige und ihre Nachfolger auf ihr Amt vorbereiten. Sie werden die Auswahl nicht auf der Grundlage des Erbrechtes, sondern nach den besonderen Fähigkeiten des einzelnen treffen. Die Auserwählten sollen in alle Geheimnisse der Staatskunst und der Verwaltung eingeweiht werden. Grundbedingung ist, daß niemand, außer ihnen, etwas von diesen Geheimnissen erfährt. Unter dieser Voraussetzung wird sich die Überzeugung Bahn brechen, daß die Regierung denjenigen anvertraut werden kann, die in die Staatskunst eingeweiht sind.
Nur diese Auserwählten sollen unsere Grundsätze verwirklichen. Jahrhundertelange Beobachtungen und Erfahrungen, die wir auf staatsrechtlichem und volkswirtschaftlichem Gebiet sammelten, werden ihnen dabei zur Verfügung stehen. Sie werden den Geist jener Gesetze einatmen, die die Natur selbst für die Beziehungen der Menschen zu einander erlassen hat.
Die unmittelbaren Abkömmlinge des Königs werden häufig von der Thronfolge ausgeschlossen werden, wenn sie während der Lehrzeit Leichtsinn, Weichlichkeit und sonstige Eigenschaften zeigen, die nicht nur die persönliche Unfähigkeit zur Regierung erweisen, sondern das Ansehen der Macht schwer schädigen.
Unsere Weisen werden die Zügel der Regierung nur denjenigen anvertrauen, die unbedingt befähigt sind, eine tatkräftige und feste Herrschaft zu verkörpern, selbst auf die Gefahr hin, daß diese in Grausamkeit ausartet.
Sobald der König an Willensschwäche erkrankt oder sonstige Anzeichen von Unfähigkeit an den Tag legt, wird er gesetzlich verpflichtet, die Zügel der Regierung in andere, tatkräftige Hände zu legen.

Niemand wagt Widerspruch zu erheben

Im König, der sich selbst und die Menschheit mit unerschütterlicher Willenskraft leitet, werden alle die Verkörperung des Schicksals mit seinen unbekannten Pfaden sehen. Niemand wird wissen, welche Ziele der König mit seinen Erlassen verfolgt. Darum wird auch niemand wagen, Widerspruch zu erheben und sich ihm in den Weg zu stellen.
Selbstverständlich muß die geistige Höhe der Könige den großen Zielen entsprechen, zu deren Verwirklichung sie berufen sind. Darum wird kein König den Thron besteigen, bevor unsere Weisen seine geistigen Fähigkeiten erprobt haben.
Damit das Volk seinen König kennt und liebt, muß sich dieser dem Volk häufig zeigen und auf den öffentlichen Plätzen mit ihm reden. Das muß zur notwendigen Verbindung beider Kräfte führen, die wir jetzt durch die Schreckensherrschaft, den Terror, getrennt haben. Bisher brauchen wir diesen Terror, um die getrennten Kräfte des Volkes und des Königs jede für sich allein unter unsere Herrschaft zu bringen.
Der König der Illuminati darf sich nicht von seinen Leidenschaften treiben lassen. Ganz besonders muß er die Sinnlichkeit bekämpfen. Niemals dürfen tierische Triebkräfte die Herrschaft über seinen Verstand und sein Gemüt gewinnen. Die Sinnlichkeit ist der schlimmste Feind aller geistigen Fähigkeiten, sie trübt den klarsten Blick und erniedrigt den größten Geisteshelden zum Tier, das keinen anderen Zweck des Daseins kennt, als die Befriedigung der rohesten natürlichen Triebkräfte.
Der Weltherrscher vom heiligen Samen Davids muß alle persönlichen Freuden dem Wohl seines Volkes und der Menschheit zum Opfer bringen.
Unser Weltherrscher darf sich in sittlicher Hinsicht keine Blößen geben. Er muß ein leuchtendes Beispiel für alle sein.<<

25.08.1921

USA: Am 25. August 1921 schließt die US-Regierung einen Sonderfrieden mit dem Deutschen Reich.

26.08.1921

Deutsches Reich: Der gemäßigte Zentrumspolitiker Matthias Erzberger (1875-1921, 1919-20 Reichsfinanzminister) wird am 26. August 1921 in Baden von 2 Angehörigen des rechtsradikalen Geheimbundes "Consul" ermordet.

Ein Täter, der nach 1945 wegen dieses Mordes vor Gericht gestellt wird, berichtet später (x191/37): >>... Genau so wie die meisten anderen Angehörigen des Freikorps war auch ich verbittert, als die Feikorps nach dem Mißlingen des Kapp-Putsches aufgelöst wurden. ...

Beinahe von heute auf morgen lagen wir auf der Straße. ... Wir besuchten ... fleißig Versammlungen von völkischen Verbänden, insbesondere auch des Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes. Hier bekamen wir Flugblätter in die Hand, die sich gegen die Regierung und insbesondere gegen Erzberger richteten.

(So) betrachtete ich Erzberger als den gefährlichsten Schädling des deutschen Volkes. Das war ja auch damals immer wieder in der rechtsstehenden Tagespresse zu lesen, nicht bloß in den deutsch-völkischen Flugschriften. Obwohl ich das alles geglaubt habe und eine immer größere Wut in mich hineingefressen habe, wäre ich von mir aus nie in der Lage gewesen, mich dazu zu entschließen, den von mir schwer gehaßten Erzberger zu töten. ... Es bedurfte doch noch des zündenden Funkens. Dieser zündende Funken erreichte uns in Gestalt eines Befehls.

Tatsache ist, daß ich später, als ich von Ort zu Ort verfolgt wurde, erkennen mußte, daß ich von einer sehr einflußreichen Organisation geschützt wurde.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Matthias Erzberger (x051/160): >>Erzberger, Matthias, geboren in Buttenhausen (Württemberg) 20.9.1875, gestorben in Bad Griesbach (Baden) 26.8.1921, deutscher Politiker; 1896 Redakteur des katholischen "Deutschen Volksblatts", 1903 Mitglied des Reichstages für das Zentrum.

Erzberger wandelte sich im Ersten Weltkrieg vom Vertreter eines "Siegfriedens" zum Befürworter einer Verständigungspolitik. Als Staatssekretär (seit Oktober 18) unterzeichnete er auf dringendes Ersuchen der Obersten Heeresleitung am 11.11.18 in Compiègne den Waffenstillstand und wurde damit für die nationale Rechte der Inbegriff eines Novemberverbrechers. Seine anschließende Tätigkeit als Finanzminister (Juni 19-März 20) wurde von einem Korruptionsskandal überschattet.

Erzberger fiel dem Mordanschlag zweier ehemaliger Offiziere zum Opfer.<<

05.09.1921

Schweiz: Der Völkerbund verhindert am 5. September 1921 weiterhin die polnische Übernahme der Freien Stadt Danzig (x064/131): >>... (Polen hat hinsichtlich der Eisenbahn) keine souveränen Rechte im Gebiet der Freien Stadt Danzig. ...<<

23.09.1921

Deutsches Reich: Bei einer Explosionskatastrophe auf dem Werksgelände der BASF in Ludwigshafen sterben am 23. September 1921 rund 600 Arbeiter. Über 2.500 Arbeiter werden verletzt (x092/795).

09.10.1921

Litauen: Die litauische Stadt Wilna wird am 9. Oktober 1921 von polnischen Freischaren besetzt (x041/85).

20.10.1921

Deutsches Reich: Trotz eindeutiger Volksabstimmung für das Deutsche Reich (59,6 %) muß die deutsche Reichsregierung nach einer Entscheidung der Hohen Alliierten Kommission am 20. Oktober 1921 die oberschlesischen Industriegebiete an Polen abtreten (eindeutiger Bruch des Versailler Friedensvertrages).

Oberschlesien wird danach durch polnische Truppen besetzt (x041/84).

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2022) im Sonder-

magazin Geschichte Nr. 17 (x368/19-22): >>**Kampf um deutsches Land**

_ von *Rüdiger Lenhoff*

Nach dem Diktatfrieden von Versailles waren zahlreiche Deutsche in Posen, Westpreußen und Oberschlesien Repressionen durch Polen ausgesetzt. Dabei kam es zu furchtbaren Verbrechen.

Am 11. November 1918 unterzeichneten deutsche Vertreter im Wald von Compiègne das Waffenstillstandsabkommen, mit dem der Erste Weltkrieg beendet wurde. Ab dem 18. Januar 1919 tagte unter Vorsitz des französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau die Pariser Friedenskonferenz. Anwesend waren Delegierte von über 30 Nationen, Vertreter der ehemaligen Feindstaaten der Alliierten waren nicht zugelassen. Die wesentlichen Entscheidungen trafen US-Präsident Wilson, Großbritanniens Premier Lloyd George, Italiens Regierungschef Orlando und natürlich Clemenceau.

Anfang Mai 1919 wurde den deutschen Abgesandten unter Führung von Außenminister Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau der Entwurf des Versailler Vertrages ausgehändigt, der in Deutschland parteiübergreifend für helle Empörung sorgte. Trotzdem unterzeichnete die deutsche Delegation am 28. Juni 1919 den Diktatfrieden, weil die Siegermächte mit der militärischen Besetzung gedroht hatten und die britische Lebensmittelblockade in der Nordsee fortbestand. Das Deutsche Reich mußte absurderweise die alleinige Schuld am Kriegsausbruch anerkennen, sich zu horrenden Reparationszahlungen verpflichten, seiner weitgehenden Entmilitarisierung zustimmen, auf alle Kolonien verzichten und beträchtliche Gebietsverluste im Westen, aber vor allem im Osten hinnehmen.

Polnische Chauvinisten

Der Versailler Vertrag hatte bei der Festlegung der deutsch-polnischen Grenze die Frage der Volkszugehörigkeit der ansässigen Bevölkerung weitgehend ignoriert. Ohne Referenden wurde der größte Teil Westpreußens, der Provinz Posen und ein kleiner Teil Ostpreußens (das Gebiet von Soldau) per Federstrich an Polen abgetreten. Unter Protest der deutschen Bevölkerung wurde Danzig als sogenannte Freie Stadt unter die Kontrolle des Völkerbundes gestellt und den Polen ein Katalog mit Sonderrechten gewährt.

Bei der Volkszählung 1923 hatten 97,6 Prozent der Danziger Deutsch als Muttersprache angegeben. Wo Volksabstimmungen stattfanden, stimmte die Mehrheit für die staatliche Zugehörigkeit zu Deutschland. So votierten am 11. Juli 1920 im ostpreußischen Abstimmungsbezirk Allenstein 97,9 Prozent und im westpreußischen Bezirk Marienwerder 92,8 Prozent für den Verbleib im Reich.

Schnell zeigte sich, daß die Regierung in Warschau den Minderheitenschutzvertrag mißachtete, den sie am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichnet hatte - und ohne dessen Annahme es die deutschen Gebiete nicht zugesprochen bekommen hätte. Selbst ein ausgewiesener Deutschenhasser wie Clemenceau sah sich daraufhin veranlaßt, den polnischen Ministerpräsidenten Ignacy Jan Paderewski auf die Bedeutung der Volksgruppenrechte hinzuweisen.

Trotz der Zusicherung ethnischer Minderheitenrechte und massiver Gebietszuwächse im Westen dachten viele Polen gar nicht daran, sich mit dem Status quo abzufinden. Es gab keine Spur von Dankbarkeit gegenüber Deutschland, das am 5. November 1916 zusammen mit Österreich-Ungarn ein selbständiges Polen ausgerufen hatte. Im November 1918 übernahm Jozef Pilsudski die vollziehende Gewalt in dem neu geschaffenen Staat, der zunächst aus dem historischen Kongreßpolen und Westgalizien bestand.

Mit seiner Proklamation zum Staatsoberhaupt begann Pilsudskis erste Präsidentschaft. Im Januar 1919 ernannte er Paderewski vom Polnischen Nationalkomitee zum Ministerpräsidenten. In dieser Funktion führte der Pianist zusammen mit dem deutschfeindlichen Nationalisten Roman Dmowski die polnische Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 und unterzeichnete den Versailler Vertrag.

Nach einer Rede Paderewskis in der deutschen Provinz Posen und einem Treffen mit dem chauvinistischen früheren Reichstagsabgeordneten Wojciech Korfanty begann dort am 27. Dezember 1918 der großpolnische Aufstand. Sein Ziel war die Abtrennung Posens vom Deutschen Reich. Bereits im Oktober hatte Korfanty im Parlament für den Anschluß deutscher Ostgebiete an Polen plädiert. Der Aufstand der Separatisten konnte von deutschen Grenzschutzverbänden zwar gestoppt werden. Am 16. Februar 1919 verfügten die Westalliierten jedoch einen Waffenstillstand und legten eine Demarkationslinie zur Teilung der Provinz vor, die fast vollständig Polen zugeschlagen wurde.

Terror gegen Deutsche

Die deutsche Minderheit in Polen - zunächst gut zwei Millionen Menschen - nimmt bis 1923 auf 1,2 Millionen ab. Als erstes inhaftiert man 16.000 Deutsche als Staatsfeinde in zwei Konzentrationslagern im Posener Gebiet. Ab 1922 werden die Deutschen ausgewiesen, die nach 1908 ins Land gekommen sind. Die Geschehnisse in Posen 1918/19 boten einen Vorgeschmack auf den Alltagsterror gegen Deutsche in den Polen zugesprochenen Gebieten.

Der Jäger Friedrich Stümmels von der 1. Kompanie des Jäger-Bataillons 10 schilderte vor einem Amtsgericht unter Eid, was er nach seiner Gefangennahme beobachtete: "In einer Zelle befanden sich zwei Kriegsgefangene, der Uniform nach Artilleristen. Am 26. Februar nachmittags hörte ich, wie die beiden aus ihren Zellen herausgebracht wurden. Bald darauf hörte ich sie sehr schreien. Der eine schrie: "Laßt mir meine Augen!", der andere schrie:
"Mein Ohr!" Durch den Türspalt sah ich, daß etwa 15 polnische Soldaten sich in zwei Reihen aufgestellt hatten und bemerkte, daß der eine Gefangene mit bloßem Körper und am Ohr blutend durch die Reihe schnell hindurchlief. Er blutete sehr stark, das Blut lief ihm seitlich am Kopf herunter. Die beiden Gefangenen kamen nicht in die Zellen zurück. Ich nehme an, daß sie von den Polen getötet worden sind."

Selbst Zivilisten waren schwersten Mißhandlungen durch die Aufständischen ausgesetzt, die offenbar keinerlei Sanktionen der Westmächte fürchteten. Während des Posener Aufstandes waren Plünderungen, Eigentumszerstörungen, Vergewaltigungen, Erschießungen, Folterungen und Verschleppungen an der Tagesordnung.

Viele deutsche Gemeinden flehten die eigene Regierung per Telegramm um Hilfe an, so am 24. Januar 1919 auch diese: "Unsere rein deutsche Gemeinde Deutschhöhe, Kreis Meseritz, wird seit zwei Wochen ständig von polnischen Banditen heimgesucht. Sie stehlen Bekleidungsstücke, Lebensmittel, Kriegsanleihen und bares Geld, schleppen unschuldige Männer und Jünglinge fort und bedrohen grundlos Leben und Eigentum der Einwohner. Unschuldige Opfer sind schon zu beklagen. Wir verzweifeln in unserer Lage. Niemand wagt sich heraus, Wahlen können nicht stattfinden, Lebensmittel nicht geliefert werden. Wir sind ganz verloren, wenn nicht militärische Hilfe sofort erfolgt. Reschke, Gemeindevorsteher."

Aufgrund des unerträglichen Assimilationsdrucks der Behörden und ständiger polnischer Übergriffe kam es in den Jahren zwischen 1919 und 1921 zu einem wahren Exodus der Deutschen aus Posen und Westpreußen. Viele fürchteten nicht nur um ihre wirtschaftliche Existenz, sondern auch um ihre körperliche Unversehrtheit. Beispielhaft für die auswanderungsfördernden Gewaltausbrüche steht eine polnische Demonstration in Bromberg, in deren Folge im Februar 1921 deutsche Geschäfte und die Redaktionsräume der deutschen Lokalzeitung angegriffen wurden. Im Juni 1921 plünderte in Ostrowo unter den Augen einer untätigen Polizei ein polnischer Mob deutsche Geschäfte und Privathäuser.

Griff nach Oberschlesien

Der Chauvinist Korfanty hatte aber nicht nur die Polonisierung Posens und Westpreußens im Blick, sondern auch die gewaltsame Aneignung Oberschlesiens. In seinem Geist und mit seiner organisatorischen Hilfe versuchten polnische Aufständische insgesamt dreimal, Oberschlesien unter ihre Kontrolle zu bringen. Man hoffte auch dort - mit dem Segen der Sieger-

mächte -, vollendete Tatsachen schaffen zu können.
Die erste Insurrektion brach am 17. August 1919 aus, konnte vom deutschen Militär aber schon nach einigen Tagen erstickt werden. In der Nacht vom 19. auf den 20. August 1920 kam es zur zweiten polnischen Rebellion, die von Gewalttaten begleitet war. Volksdeutsche wurden getötet, gequält, verschleppt und vertrieben - alles mit Duldung der Interalliierten Kommission. Während die italienischen Besatzungstruppen den Gewaltexzessen Einhalt zu gebieten versuchten, wurden sie von den Franzosen teilweise gefördert.
Wilhelm Schellong aus Bittkow im Kreis Kattowitz gab am 9. September 1920 zu Protokoll: "In der Zelle, in die wir gebracht wurden, saßen die Lehrer Skrobek und Slowik und die vier Deutschösterreicher. Nach einer Weile kamen ungefähr 30 Insurgenten herunter in den Keller. Dieselben nahmen sich einen Gefangenen nach dem anderen vor und bearbeiteten ihn mit Schlagringen, Gummiknüppeln, Eichenlatten, Eisenstäben und Gewehrkolben." Der zweite Überfall endete am 25. August, nachdem die Interalliierte Kommission der Entwaffnung der deutschen Sicherheitswehr und der polnischen Einflußnahme auf die Verwaltung zugestimmt hatte.
Ursprünglich sah der Versailler Vertrag auch die Überlassung Oberschlesiens an Polen vor. Nach scharfen Interventionen der deutschen Regierung wurde schließlich eine Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit der Region abgehalten. Am 20. März 1921 stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 97,5 Prozent 59,6 Prozent der Oberschlesier für den Verbleib im Reich und nur 40,4 Prozent für Polen. Dabei waren der Wahl eine massive Stimmungsmache und Einschüchterungspolitik sowie das propolnische Agieren der französischen Besatzungstruppen vorausgegangen.
Trotz des 60-Prozent-Votums für Deutschland ordnete der Völkerbundrat die Teilung der traditionsreichen Provinz an. Polen bekam im Oktober 1921 vor allem das oberschlesische Industrie- und Kohlerevier und mehrheitlich deutsch besiedelte Städte wie Kattowitz und Königshütte zugeschlagen. Dabei hatten in der Stadt Kattowitz 85,4 Prozent und in Königshütte 74,5 Prozent der Wahlberechtigten für Deutschland votiert.
Obwohl er als polnischer Abstimmungskommissar alles auch noch so Rechtswidrige unternommen hatte, um einen deutschen Sieg zu verhindern, wollte sich Korfanty mit dem Wahlausgang nicht abfinden. In der Nacht zum 3. Mai 1921 zettelte er den dritten Annexionsversuch an, der am 5. Juli mit einem Waffenstillstand endete. Am 21. Mai 1921 hatten deutsche Selbstschutzeinheiten mit der Erstürmung des Annaberges die größte Schlacht des Aufstandes für sich entschieden.

Umvolkung

Maßgebliche Kreise forderten dennoch weitere Gebietszuwächse auf Kosten Deutschlands. Am 23. Mai 1922 war in der Warschauer Zeitung *Die Republik Polen* zu lesen: "Die Zerreißung Oberschlesiens ist, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, eine Ungeheuerlichkeit. Ein unabhängiges Danzig sperrt uns den Zugang zum Meere, der pommerellische Korridor ist von zwei Seiten bedroht. ... Alle unsere polnischen Vereine müssen sich zusammentun, um den Kampf gegen das Deutschtum zu führen. Die Seebrise belebt die Fantasie der polnischen Patrioten und polnischen Dichter, und diese Fantasie streckt die Arme aus nach den Westslawen an der Elbe und an der Oder."
Weil ohne einen neuen Krieg eine weitere Grenzrevision unmöglich war, verlegte man sich auf ethnokulturelle Zwangshomogenisierung der durch den Versailler Vertrag neu gewonnenen Gebiete. Schon 1919 begann die Vertreibung von Deutschen durch die Schließung ihrer Behörden und Garnisonen. Beschlagnahmungen von Eigentum und die Auflösung von Pachtverträgen machten deutsche Gewerbetreibende und Bauern arbeitslos.
Ziel des Agrarreformgesetzes vom 28. Dezember 1925 war die grundlegende Änderung der Bodenbesitzverhältnisse zulasten Deutscher. Besonderen wirtschaftlichen Repressionen war

die Stadt Danzig ausgesetzt, die unter Bruch des Selbstbestimmungsrechtes vom Reich abgetrennt und zu einer Freien Stadt mit polnischem Sondereinfluß gemacht worden war. Die dortigen Deutschen sollten wirtschaftlich stranguliert und durch Zermürbung wehrlos gegen die Polonisierung gemacht werden.
In Posen, Westpreußen, Danzig und Teilen Oberschlesiens drängte man zudem die deutsche Sprache zurück, indem die meisten deutschen Schulen geschlossen wurden und Deutsch keine Verwaltungssprache mehr war. Viele Volksdeutsche wurden Bürger zweiten Ranges, weil ihnen die Staatsbürgerschaft des Staates verwehrt wurde, auf dessen Territorium sie sich nun befanden. Ohne polnischen Paß galten sie plötzlich als Ausländer und mußten das Land vielfach verlassen, weil ihnen keine Aufenthaltsgenehmigungen erteilt wurden.
Nach dem Putsch des ehemaligen Staatschefs Jozef Pilsudski im Mai 1926 verschlechterte sich die Lage der deutschen Minderheit weiter. Der Staat ging von einer bislang vergleichsweise "planlosen" zu einer "planmäßigen Entdeutschung" über, wie der Historiker Albert Kotowski feststellte. Zwischen den beiden Weltkriegen wanderten mehr als eine Million Deutsche wegen der polnischen Schikanen aus ihrer jahrhundertealten Heimat aus und suchten Schutz im Reich.

Greueltaten

Posen war Ende 1918 und Anfang 1919 das erste Gebiet, das von Ausschreitungen polnischer Soldaten und des Pöbels heimgesucht wurde. Folgender unter Eid abgegebene Bericht des Gefreiten Schulz vom Grenzschutzbataillon V über ein Scharmützel bei Grüntal, Kreis Bromberg, läßt erahnen, zu welchen Greueltaten es dabei kam: "Als das Gefecht für uns verloren war, flüchtete ich in einen Keller des Forsthauses. Die Polen durchsuchten das Forsthaus, fanden mich aber nicht. ... Ich ging vom Keller nach oben und fand den Kameraden vollständig entkleidet vor. Seine Sachen waren geraubt. Ihm fehlte die Nase, die Zunge war ihm abgeschnitten, und seine Genitalien waren vollständig herausgeschnitten."<<

04.11.1921

Deutsches Reich: Die SA-Schlägereinheiten bewähren sich erstmalig während der Bürgerbräu-Saalschlacht am 4. November 1921.
Nach der Devise: "Wir prügeln uns an die Spitze", liefert man sich anschließend regelmäßig Massenschlägereien mit den Sozialisten und Kommunisten.
Hitler berichtet später über eine "Saalschlacht" während einer NS-Versammlung (x191/52):
>>In wenigen Sekunden war der ganze Raum erfüllt von einer brüllenden und schreienden Menschenmenge, über die Haubitzenschüssen ähnlich, unzählige Maßkrüge (Bierkrüge) flogen; dazwischen das Krachen von Stuhlbeinen, das Zerplatzen der Krüge, Grölen, Johlen, Aufschreien. ...
Ich blieb auf meinem Platz stehen und konnte beobachten, wie restlos meine Jungs ihre Pflicht erfüllten. ...
Wie Wölfe stürzten sie in Rudeln von acht oder zehn immer wieder auf ihre Gegner los und begannen sie nach und nach tatsächlich aus dem Saale zu dreschen. Schon nach 5 Minuten sah ich kaum noch einen von ihnen, der nicht schon blutüberströmt gewesen wäre. ...
20 Minuten dauerte der Höllenlärm, dann aber waren die Gegner ... zum größten Teil aus dem Saale geschlagen und die Treppen hinuntergejagt. Nur in der linken rückwärtigen Saalecke hielt sich noch ein großer Haufen und leistete erbittertsten Widerstand. Da fielen plötzlich vom Saaleingang zum Podium her 2 Pistolenschüsse und nun ging eine wilde Knallerei los.
Fast jubelte einem doch wieder das Herz angesichts solcher Auffrischung alter Kriegserlebnisse.<<
Ernst Niekisch (1889-1967, SPD-Politiker, 1939 zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe verurteilt, danach SED-Politiker) schreibt später über die "SA-Kampfeinsätze" (x129/36):
>>Die SA zettelte überall Plänkeleien und Scharmützel des Bürgerkrieges an. Sie überfiel zur

Nachtzeit auf der Straße Juden und verprügelte sie. Sie vervollkommnete ihre Gefechtsausbildung in Massenveranstaltungen. Der Traum des Kriegsmannes ist die Schlacht: hier kommt er zum Zug, hier ist er in seinem Element. Anfänglich waren nur nationalsozialistische Versammlungen von einigen wenigen Zwischenrufern zu säubern gewesen; allzu leicht waren diese Siege zu erfechten.
Es war ein Fortschritt, als Ende 1921 Marxisten die Sprengung einer nationalsozialistischen Versammlung im Hofbräuhaus versuchten. Bisher war der Gegner, obschon man ihn dauernd herausforderte, passiv gewesen: jetzt endlich stellte er sich. Jetzt konnte man sich mit ihm messen, ihm eine echte Saalschlacht liefern. Die "Saalschlacht im Hofbräuhaus" wurde legendär. ... Der Ruhm des Frontkämpfers verblaßte: der Saalschlachtkämpfer gelangte zu höheren Ehren.
Jetzt, wo der Feind sich wehrte und da und dort sogar zum Gegenangriff vorging, konnte man derb zufassen; nun hatte man Gelegenheit, auch das Messer zu ziehen. Wenn man jetzt raufte, durfte man auch stechen. Das erste Blut floß und brachte endlich den rechten Ernst in die Sache. ...
Nachdem die SA auf Brigade-, Division-, ja Armeekorpsstärke gebracht worden war, reichten die Versammlungssäle als Schlachtfelder nicht mehr aus; sie brauchte, um sich kriegerisch entfalten zu können, ein weitgestreckteres Gelände.
Die SA ging auf die Straße; sie unternahm Propagandamärsche in die Vorstädte; sie zeigte ihre Uniform in den Kommunistenvierteln. Ihre Absicht war, die Arbeiter herauszufordern oder, wenn sie auswichen, zu demütigen. Die Arbeiterschaft begriff den Sinn der Aufmärsche durchaus. Es kam zu Zusammenstößen; es entwickelten sich "Straßenschlachten"; hier, unter freiem Himmel, konnte man auch nach dem Revolver greifen: es blieben Tote auf der Strecke. Der Bürgerkrieg, den die SA anzettelte, fand so das Schlachtgelände, das ihm am gemäßesten ist.
Die Diskussion wurde nunmehr aus dem ganzen öffentlichen Leben überhaupt verbannt; die SA machte jeder friedlichen Auseinandersetzung zwischen Volksschichten und Klassen ein Ende. Wo sie den Gegner wahrnahm, suchte sie sogleich, mit ihm ins Handgemenge zu kommen.
In den Toten bekam die nationalsozialistische Bewegung ihre Märtyrer; sie hatte das Menschenblut, aus dem sie ihren Mythus zusammenrühren konnte. Rowdys, die von dem Schicksal ereilt wurden, das für sie natürlich ist, wurden mit Lorbeer bekränzt. ...<<

17.12.1921

Schweiz: Der Völkerbund verhindert am 17. Dezember 1921 wieder die polnische Übernahme der Freien Stadt Danzig (x064/131): >>... (Polen hat) nicht das Recht, Danzig zu einer bestimmten auswärtigen Politik zu veranlassen. ...<<

Dezember 1921

Deutsches Reich: Außenminister Walther Rathenau berichtet im Dezember 1921 in der "Wiener Presse" über die verdeckte Herrschaft einer geheimen Elite (x337/150): >>Nur 300 Männer, von denen jeder alle anderen kennt, bestimmen über das Schicksal Europas. Sie wählen ihre Nachfolge aus dem eigenen Gefolge. Diese Männer haben die Mittel in den Händen, eine Staatsform zu beenden, die sie für unvernünftig halten. …<<

1921

Deutsches Reich: Dietrich Eckart wird im Jahre 1921 der erste Hauptschriftleiter des "Völkischen Beobachters".
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Dietrich Eckart (x051/136-137): >>Eckart, Dietrich, geboren in Neumarkt 23.3.1868, gestorben in Berchtesgaden 26.12.1923, deutscher Schriftsteller; abgebrochenes Medizinstudium, Journalist, (erfolgloser) Dramatiker und Schriftsteller.

Eckart gab von 1918-20 die nationalistische Wochenschrift "Auf gut deutsch" heraus, die antirepublikanische Pamphlete mit primitiver antibolschewistischer und antisemitischer Propaganda vereinte. Seine Kontakte zu den antisemitischen und alldeutschen Kreisen Münchens nutzte er, um Hitler, den er in dieser Zeit kennenlernte, als den nationalen "Messias" aufzubauen. Hitler schätzte Eckarts Verdienste um den Nationalsozialismus so hoch ein, daß er ihm später "Mein Kampf" widmete.
Eckart war nicht nur persönlich Lehrer und Förderer Hitlers, sondern auch der geistige Inspirator der Aufbauphase der NSDAP. Er besorgte die Gelder für den Ankauf des "Völkischen Beobachters" und wurde 1921 dessen erster Hauptschriftleiter. Die Kampfparole der Nationalsozialisten, "Deutschland erwache", stammt aus einem von Eckarts Gedichten.
Im Zusammenhang mit dem Hitlerputsch im November 23 verhaftet, starb Eckart kurz nach seiner Entlassung.<<
Im Jahre 1921 werden im Deutschen Reich über 39.000 Ehen geschieden (1913 = rund 18.000 Ehescheidungen).
Polen: Der englische Nationalökonom John M. Keynes schreibt im Jahre 1921 über den polnischen Antisemitismus, daß Polen eigentlich kein Gewerbe außer Judenhetze besitzen würde (x025/174).
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet später (am 20. November 2022) über den Antisemitismus in Polen von 1923 bis 1925: **"Judenhetze in Polen": Simon Wiesenthal klagt an**
_ von *Gero Bernhardt*
Antisemitismus hat in Polen eine lange Tradition. Unter der Regierung Grabski in den Jahren 1923 bis 1925 erreichte er einen Höhepunkt. Es gab antijüdische Pogrome, die Trennung von jüdischen und nicht-jüdischen Studenten, ja, sogar eine Art "Arierparagraphen" bei zahlreichen Verbänden und Vereinigungen.
Bei der Volkszählung 1931 gab es in Polen noch 2,73 Millionen Juden, von denen viele in den folgenden Jahren vor Verfolgung flüchten mußten. Das Institut für Zeitgeschichte in München stellte 1958 in einem Gutachten fest:
"Die Auswanderungswelle der deutschen Juden war nur ein Teil - und nicht einmal der größte - einer allgemeinen jüdischen Auswanderung aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Aus Polen wanderten in den Jahren nach 1933 jährlich etwa 100.000 Juden aus, sowohl wegen der wachsend antisemitischen Haltung der polnischen Regierung als auch wegen der immer mehr fortschreitenden wirtschaftlichen Verelendung der polnischen Juden."
1934 verlangte der Primas von Polen, Kardinal August Hlond, die Ausweisung von zwei Millionen Juden. "Als Pilsudski 1935 starb", schreibt der deutsch-polnische Historiker Arno Lustiger in seinem Buch "Schalom Libertad", "konnten sich die Militär-Faschisten und die Endeki (die antisemitischen Nationaldemokraten) mit ihrer nach Nazimuster geschaffenen Miliz Blyskawica (Blitz) voll entfalten. Es gab in unzähligen Städten und Städtchen Polens Pogrome mit Todesopfern ... und unzähligen Sachzerstörungen."
Juden in polnischen KZs
Der sogenannte Nazi-Jäger Simon Wiesenthal bemerkte in seiner 1969 erschienenen Dokumentation "Judenhetze in Polen":
"Als man in Europa gegen die drohende Gewalt Hitlers rüstete, ... da hatte das polnische Parlament nichts Wichtigeres zu tun, als ein Schächtverbot wegen koscheren Fleisches zu diskutieren. Zur gleichen Zeit wurde zum Boykott gegen Juden aufgerufen, ein Boykott gegen jüdische Geschäfte. An den Universitäten führte man 'Tage ohne Juden' ein, und jüdische Studenten, die sich an die Universität wagten, wurden oft blutig geprügelt."

Juden, fährt Wiesenthal fort, seien im Vorkriegspolen sogar in Gefängnisse und Konzentrationslager geworfen worden. Unter der deutschen Besatzung hätten manche der polnischen Antisemiten an der Judenverfolgung mitgewirkt.

Antisemit kontrolliert die deutschen Ostgebiete

Als außerordentlich üble antijüdische Schlägerbande erwähnt Wiesenthal die Oboz Narodowo-Radikalny (ONR; auf Deutsch: National-Radikales Lager). Dieser Truppe habe sich ausgerechnet der spätere Leiter der polnischen Hauptkommission zur Verfolgung von Kriegsverbrechen, Czeslaw Pilichowski (1914-1984), als Jurastudent angeschlossen und sich dort als besonders aktives Mitglied betätigt. Pilichowski habe diese Linie sogar nach 1945 fortgesetzt.

Wiesenthal berichtet:

"Nach dem Krieg tritt Pilichowski in die Kommunistische Partei ein, wird aber nach kurzer Zeit wegen seiner faschistischen Vergangenheit ausgeschlossen. Nach 1956 kommt er von Danzig nach Warschau und wird Sekretär der Gesellschaft für die Entwicklung der Westgebiete."

Mit "Westgebiete" sind übrigens die Oder-Neiße-Gebiete, aus denen zuvor Millionen von Deutschen vertrieben worden waren, gemeint. Ein notorischer Antisemit und Chauvinist kümmerte sich nun also um die Beute polnischen Landraubs.

"Anfang der Sechzigerjahre", so Wiesenthal über Pilichowski weiter, "wird er dank einer Befürwortung eines kommunistischen Aktivisten wieder in die Partei aufgenommen". Im Jahr 1966 sei er dann zum Direktor der Hauptkommission avanciert.

Nach dem Sechstagekrieg habe Pilichowski, der in der Bundesrepublik beispielsweise von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung hofiert wurde, zu den "aggressivsten antisemitischen Artikelschreibern" gehört.

Was Warschau auf dem Kerbholz hat: In COMPACT-Geschichte "Polens verschwiegene Schuld - Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung" zeigen wir, warum die Reparationsforderungen aus Warschau jeglicher Grundlage entbehren. Lesen Sie alles über polnische Konzentrationslager, Vertreibungsverbrechen, Pogrome, den Bromberger Blutsonntag und andere Schandtaten. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet später (am 21. Oktober 2022) über die antisemitischen Pogrome Anfang der zwanziger Jahre in Osteuropas: >>**Wenn Nachbarn zum Morden kommen**

Der US-Historiker Jeffrey Veidlinger klärt über antisemitische Pogrome Anfang der zwanziger Jahre in den "Bloodlands" Osteuropas auf

Von *Matthias Bäkermann*

Vor über elf Jahren warf der US-Historiker Timothy Snyder (Yale) mit dem Werk "Bloodlands" den Fokus auf den osteuropäischen "Gewaltraum" zwischen Finnischem Meerbusen und Schwarzmeerküste. Snyder stellte darin den Massenterror, die Deportationen und Mordexzesse im Baltikum, Weißrußland, Polen und der Ukraine dar, die nicht allein auf die Zeit des Zweiten Weltkriegs beschränkt waren.

Auf diesen Pfaden wandelnd, hat sein Historikerkollege Jeffrey Veidlinger, Professor an der University of Michigan und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Zentrums für Jüdische Geschichte in New York, dieses Themenfeld für sein Fachgebiet konkretisiert, der Erforschung der jüdischen Kultur und Geschichte "im Schatten der Schtetl", wie ein Werk von 2015 über jüdisches Leben in der Sowjetukraine betitelt ist.

Dabei beleuchtet er, auf umfangreiche Archivforschung in den USA und der Ukraine gestützt, die antijüdischen Pogrome nach Ende des Ersten Weltkriegs in den zaristischen Westprovinzen Wolhynien und Podolien bis hin zu den Städten Kiew, Tscherkassy und Cherson am Dnjepr.

So ist es geradezu nachvollziehbar, daß der Verlag das Urteil Snyders, daß "an Veidlingers außergewöhnlicher Darstellung dieser jüdischen Katastrophe keiner herankommt", als Referenz angibt. Warum aber aus dem soziologisch gemeinten "Inmitten" des Originaltitels von 2021 (In the Midst of Civilized Europe) plötzlich die geographisch zu verstehende Übersetzung "Mitten im zivilisierten Europa" geworden ist, da kann in Zeiten des Ukraine-Krieges 2022 nur ein Schelm etwas Böses denken.
Bereits am 13. November 1918, zwei Tage nach dem Waffenstillstand von Compiègne, annullierte die sowjetrussische Regierung den Brest-Litowsker Friedensvertrag. Die deutschen Truppen zogen sich bis Ende 1918 rasch aus den von ihnen bis zum Don und der Krim besetzten Weiten zurück. In dieses Machtvakuum stießen schnell nationalistische Staatsgründungs- bzw. Staatsausdehnungsprojekte, politisch-soziale Aufstandsbewegungen oder die Frontlinien des Russischen Bürgerkrieges. Bis 1921 blieb diese Region großteils Kriegsgebiet. Und auf eben diese unübersichtliche, in der westlichen Historiographie weitgehend unberücksichtigte Gemengelage richtet Veidlinger sein Augenmerk.
Im Eingangskapitel rekapituliert er die Geschichte antijüdischer Gewalt, die bereits zu Zarenzeiten regelmäßig zu Pogromen führte und jüdische Auswanderungswellen immer wieder anheizte. Die nachfolgende detaillierte Beschreibung einzelner Pogrome in Kleinstädten wie Ovrutsch oder Proskuriv (heute Chmelnyzkyj) im Frühjahr 1919 unter Regie der ukrainischen Armee von Symon Petljura, dem heute in Kiew Denkmäler gewidmet sind, gibt einen Einblick, wie leicht das fragile Gesellschaftsgefüge zwischen Juden und der meist bäuerlichen Bevölkerung zerbrach und sich in mörderischen Übergriffen des Mobs entlud.
Die nationalistischen, bolschewistischen und wiederum antibolschewistischen Affekte schaukelten sich dabei zunehmend auf und forderten insgesamt über 100.000 Opfer. Nach 1941 war es Veidlinger zufolge dann für die Nationalsozialisten in der Ukraine ein leichtes, diese lokalen Erinnerungen für ihren Holocaust zu mobilisieren und zu nutzen.
Jeffrey Veidlinger: Mitten im zivilisierten Europa. Die Pogrome von 1918 bis 1921 und die Vorgeschichte des Holocaust. … München 2022, … 456 Seiten …<<
Osmanisches Reich: Das "Freiheitslied" des Mehmet Akif Ersoy (1873-1936) wird im Jahre 1921 zur Türkischen Nationalhymne erklärt (x230/182):
>>Getrost der Morgenstern brach an,
Im neuen Licht weht unsre Fahn'.
Ja, du sollst wehen,
Solang ein letztes Heim noch steht,
Ein Herd raucht in unserem Vaterland.
Du unser Stern, du ewig strahlender Glanz,
Du bist unser, dein sind unsre Herzen ganz.

Nicht wend' sein Antlitz von uns,
O Halbmond, ewig sieggewohnt.
Scheine uns freundlich
Und schenke Frieden uns und Glück,
Dem Heldenvolk, das dir sein Blut geweiht.
Wahre die Freiheit uns, für die wir glüh'n,
Höchstes Gut dem Volk, das sich einst selbst befreit.<<
Italien: Infolge der systematischen faschistischen Terrormaßnahmen sinkt im Jahre 1921 die Mitgliederzahl der italienischen Landarbeitergewerkschaft von 889.000 auf 293.000 Mitglieder (x149/27).
Eine italienische Gewerkschaftszeitung berichtet im Jahre 1921 (x149/27): >>Der Faschismus kann keinesfalls auf dem Boden eines bewaffneten Kampfes geschlagen werden, sondern nur

auf gesetzlichem. ...<<
Der italienische Politiker Giacomo Matteotti (1885-1924, ermordet - führender Sozialist und Gegner Mussolinis) berichtet im Jahre 1921 vor dem Parlament über die vielerorts erfolgten faschistischen Überfälle (x149/27): >>Mitten in der Nacht, während die Bevölkerung schläft, kommen die Lastwagen mit Faschisten in den kleinen Dörfern an, natürlich von den Häuptern der lokalen Agrarier (Grundbesitzer) begleitet, immer von ihnen angeführt, denn sonst wäre es nicht möglich, in der Dunkelheit, inmitten der weiten Landschaft, das Häuschen des Ligenführers oder das kleine erbärmliche Arbeitsvermittlungsbüro auszumachen.
Man nimmt vor einem Häuschen Aufstellung, und es ertönt der Befehl: "Das Haus umzingeln!"
Es sind 20 oder 100 Personen, mit Gewehren und Revolvern bewaffnet. Man ruft nach dem Ligenführer und befiehlt ihm herauszukommen. Wenn er kein Folge leistet, sagt man ihm: "Wenn du nicht herunter kommst, verbrennen wir das Haus, deine Frau und deine Kinder."
Der Ligenführer kommt herunter; wenn er die Tür öffnet, packt man ihn, bindet ihn, schleppt ihn auf den Lastwagen, man läßt ihn die unaussprechlichsten Martern erleiden, indem man so tut, als wolle man ihn totschlagen oder ertränken, dann läßt man ihn irgendwo im Felde liegen, nackt, an einen Baum gebunden.
Wenn der Ligenführer ... die Tür nicht öffnet und Waffen zu seiner Verteidigung gebraucht, dann wird er sofort ermordet, im Kampf von hundert gegen einen.<<
Mussolini rechtfertigt im Jahre 1921 öffentlich die faschistischen Gewalttaten (x149/27): >>Man spricht viel von der faschistischen Gewalttätigkeit. Wohlan, wir verleugnen sie nicht. ... Solange es notwendig sein wird, werden wir weiterhin die Schädel unserer Gegner mehr oder weniger sanft streicheln, daß heißt, bis die Wahrheit in ihre Hirne eingedrungen ist. ...
Ins Parlament wird eine Patrouille von Faschisten gehen, die von Aggressivität erfüllt ist. ... Und diese werden den Pussisten (Sozialisten) des ganzen zoologischen Gartens sagen: wenn ihr versucht, unsere Arbeit und die Arbeit der Nation zu sabotieren, dann werden wir euch hier und anderswo auf faschistische Weise die Knochen zerbrechen (gewaltiger Beifall).
Wir sind die Vorhut der Nation. Und wir werden weiterhin oberhalb des sogenannten Bürgertums und des sogenannten Proletariats arbeiten. ...<<
Großbritannien: Premierminister David Lloyd George berichtet im Jahre 1921 über die britische Haltung gegenüber Osteuropa (x256/53): >>Das britische Volk glaube, die Menschen in diesem Teil Europas seien unbeständig und leicht erregbar. Jeden Augenblick könnten sie zu kämpfen beginnen, und es werde vielleicht sehr schwer sein, Recht und Unrecht in diesem Streit zu entwirren.
Er glaube daher nicht, daß sein Land bereit sei, Garantien zu geben, die es in irgendeinem möglichen Falle in diesem Teil der Welt in militärische Operationen verwickeln könnten. ...<<
USA: US-Präsident Warren Harding berichtet im Jahre 1921 über die wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland (x243/82): >>... Ich trete für den Schutz der amerikanischen Industrie ein, und unsere Absicht ist es, zuerst einmal Amerika gedeihen zu lassen.
Die Vorzüge des amerikanischen Marktes werden derzeit den ausländischen Produzenten zu billig angeboten, und das bedeutet, daß wir uns in vielen Produktionsbereichen nicht mehr auf uns selbst verlassen - gerade darauf aber gründete sich das unabhängige und glückliche Schicksal unseres Volkes.
Außerdem sollten die Importe ihren gerechten Anteil zu unserem Staatshaushalt beitragen.<<
Im Jahre 1921 beträgt der US-Export nach Deutschland rund 300 Millionen Dollar (x034/-160).
Persien: Mit sowjetrussischer Hilfe gelingt es den Persern nach einem Staatsstreich im Jahre 1921, die britischen Besatzungstruppen aus dem Land zu drängen.

Marokko: Bei einem Vorstoß der spanischen Truppen ereignet sich im Jahre 1921 bei Annual eine militärische Katastrophe, bei der die marokkanischen Rebellen über 10.000 spanische Soldaten töten. Spanien verliert außerdem fast alle seit 1909 eroberten Gebiete in Marokko.

1922

> Nicht die Welt ist unser Schicksal, sondern die Wirtschaft.
> *Walther Rathenau (1867-1922, deutscher Unternehmer und Politiker)*

12.01.1922

Deutsches Reich: Hitler wird am 12. Januar 1922 wegen Landfriedensbruch (Schlägereien während verschiedener Versammlungen im Herbst 1921) zu einer Haftstrafe von 3 Monaten verurteilt, die er später in Stadelheim absitzen muß.

15.01.1922

Deutsches Reich: Deutsche Juden gründen am 15. Januar 1922 in Berlin einen Fonds für den Aufbau der jüdischen Heimstätte in Palästina.

Januar 1922

Deutsches Reich: Die Inflation führt zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Währung. Im Januar 1922 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 97,8 % (x149/42).

Italien: Benito Mussolini berichtet Anfang 1922 in der faschistischen Zeitung "Gerarchia" über das Ende der Demokratien (x149/26): >>"Alle" ist das wichtigste Zahlwort der Demokratie. ... Es ist an der Zeit, "Wenige und Auserwählte" zu sagen. Die Demokratie liegt in allen Ländern der Welt in den letzten Zügen: in einigen, wie in Rußland, ist sie umgebracht worden. ...

Der Krieg hat "revolutionär" gewirkt, in dem Sinne, daß er – mit Strömen Blutes – das Jahrhundert der Demokratie liquidierte, das Jahrhundert der Massen, der Zahl, der Majoritäten. ...

Das Leben gehört wieder dem Einzelwesen. Eine klassische Erneuerung ist im Gange. Die anonyme, trübselige, demokratische Gleichmacherei ... hört auf. Neue Aristokratien bilden sich: es zeigt sich deutlich, daß die Massen nicht die Träger, sondern nur das Instrument der Geschichte sein können. ...<<

10.03.1922

Deutsches Reich: Die bayerische Regierung beschäftigt sich am 10. März 1922 mit der Ausweisung Hitlers nach Österreich.

16.04.1922

Italien: Außenminister Walther Rathenau (1867-1922, herausragender deutscher Unternehmer und Politiker der Weimarer Republik) schließt am 16. April 1922 in Rapallo einen deutsch-sowjetischen Freundschafts- und Wirtschaftsvertrag (Rapallo-Vertrag) ab. Beide Regierungen nehmen wieder diplomatische Beziehungen auf und vereinbaren, die Wirtschaftsziehungen auszubauen.

Aufgrund der deutschen Rüstungsbeschränkungen finden ferner deutsch-sowjetische Geheimverhandlungen über militärische Beziehungen statt (Gestellung von Truppenübungsplätzen in Sowjet-Rußland für deutsche Hilfe bei der sowjetischen Rüstungsproduktion und Ausbildung von sowjetischen Offizieren).

Der "Vertrag von Rapallo" enthält außerdem den sowjetischen Verzicht auf jegliche Kriegsentschädigungen, so daß Frankreich die russischen Vorkriegsschulden nicht wie geplant auf das Deutsche Reich abwälzen kann (x041/86). Das Deutsche Reich verzichtet im Gegenzug auf das in Sowjet-Rußland verstaatlichte deutsche Vermögen (x092/797).

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Rapallo-Vertrag" (x051/464): >>Rapallo-Vertrag, am 16.4.22 während der Weltwirtschaftskonferenz in Genua (10. 4.-19.5.) in Rapallo (Norditalien) abgeschlossener Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, unterzeichnet von den Außenministern Rathenau

und Tschitscherin.
Der Rapallo-Vertrag diente der Regelung der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Beide Staaten verzichteten gegenseitig auf Erstattung ihrer Kriegskosten und der militärischen und zivilen Kriegsschäden, Deutschland außerdem auf die Erstattung des in der UdSSR verstaatlichten deutschen Vermögens, und vereinbarten, ihre Wirtschaftsbeziehungen nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung zu regeln und diplomatische und konsularische Beziehungen aufzunehmen.
Durch ein am 5.11.22 in Berlin geschlossenes Abkommen wurde der Rapallo-Vertrag auf die anderen sowjetischen Bundesstaaten ausgeweitet; am 31.1.23 wurde er in Berlin ratifiziert. Mit dem Angriff der Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22.6.41 wurde der Rapallo-Vertrag außer Kraft gesetzt.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet später (am 10. März 2022) über den Vertrag von Rapallo: >>**Der Geist von Rapallo: Realpolitik mit Moskau statt Sklave der Westmächte**
Walther Rathenau ermöglichte 1922 Deutschland einen Weg aus der Umklammerung durch die Westmächte und schloß überraschend ein Bündnis mit Sowjetrußland. …
_ von *Rolf Stolz*
Als am 16. April 1922 im Badeort Rapallo am Rande der Finanz- und Wirtschaftskonferenz von Genua das Deutsche Reich und die Vertreter der - offiziell erst ein halbes Jahr später gegründeten - Sowjetunion überraschend einen Vertrag schlossen, fanden sich zwei weltpolitisch Geächtete zusammen, die eine Zusammenarbeit vereinbarten und auf Reparationsforderungen verzichteten. Der von den beiden Außenministern Georgi Tschitscherin (1872-1936) und Walther Rathenau (1867-1922) unterzeichnete Vertrag brachte der sowjetischen Regierung erstmals völkerrechtliche Anerkennung und wertete sie international auf.
Auch das Deutsche Reich wurde in seiner schwierigen Position gegenüber den imperialistischen Westmächten gestärkt, die ihm und seinen Verbündeten im sogenannten "Friedensvertrag" von Versailles vom Juni 1919 die Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs zugeschoben hatten, um Annexionen zu rechtfertigen und räuberische Reparationen zu erpressen.
Der feige Mord
Zwei Monate nach dem Überraschungscoup von Rapallo war Walter Rathenau tot. Es bleibt eine vielleicht unlösbare, aber dennoch lohnende Aufgabe, nachzuforschen, ob es nicht bisher unbekannte Drahtzieher seiner Ermordung gab, die ganz andere Interessen hatten als die zur rechtsextremen Organisation Consul gehörenden Attentäter. Natürlich geschehen viele Dinge, ohne daß Geheimdienste ihre Finger im Spiel haben, aber eben nicht alle.
Die "Fememörder" - der Kieler Jurastudent und Ex-Marineoffizier Erwin Kern, am 17. Juli 1922 auf der Burg Saaleck von der Polizei erschossen, und der Chemnitzer Maschinenbauingenieur Hermann Fischer, der nach dem Tod Kerns Selbstmord beging - wollten, wie der an der Mordplanung beteiligte und deshalb zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilte Ernst von Salomon schrieb, eine "nationale Revolution" auslösen.
Aber auf den Tod des Mitbegründers der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), Großindustriellen und einflußreichen Publizisten Rathenau hatten es auch noch andere Kräfte abgesehen, und zwar aus gänzlich differenten Gründen. Bedenken muß man: Die gesamte nationalistische Rechte hatte den Vertrag von Rapallo ausdrücklich begrüßt. Zumindest ihre denkfähigen Vertreter wussten durchaus, daß Rathenau sich im Herbst 1918 gegen den Waffenstillstand gestellt und für eine Kriegsfortführung plädiert hatte, um stark genug zu sein, bessere Friedensbedingungen für die Mittelmächte zu erreichen.
Während der bestialisch-dumme deutsche Chauvinisten-Pöbel noch über das "Verrecken" der "Judensau" jubelte, rieben sich in den Chefetagen der Westmächte die maßgeblichen Leute die

Hände, hatte doch mit dem Tod Rathenaus die ihnen gefährlich werdende deutsch-sowjetische Zusammenarbeit einen schweren Schlag erlitten.

Rathenaus Nachfolger

Aber anders als man in London, Paris, Washington und Warschau gehofft hatte, setzte Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau (1869-1929), der "letzte Bismarckianer" und 1918/19 der erste demokratische Außenminister Deutschlands, das Werk Rathenaus fort. Im November 1922 wurde er Botschafter in Moskau und versuchte, ein gutes Verhältnis zur Sowjetunion aufzubauen, zugleich aber eine zu enge Anlehnung Deutschlands zu vermeiden, die unweigerlich den westlichen Druck auf die Weimarer Republik verstärkt hätte.

Die heimliche militärische Zusammenarbeit mit der Roten Armee lehnte er deshalb im Gegensatz zur Reichswehrführung ab. Er, der im Juni 1919 wegen des Versailler Vertrags, den er als "Verbrechen an Deutschland" bezeichnete, mit dem gesamten Kabinett Scheidemann zurückgetreten war, hatte stets versucht, mittels einer multilateralen Kooperations- und Bündnispolitik Auswege aus Deutschlands schwieriger Mittellage und seiner Ausplünderung durch die Westmächte zu finden. Der Abschluß des Berliner Vertrags zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR am 24. April 1926 war im wesentlichen sein Verdienst.

Druck auf die Westmächte stieg an

Der Vertrag enthielt die Zusicherung Deutschlands, im Falle eines Krieges der Sowjetunion gegen einen Drittstaat neutral zu bleiben, was eine Intervention Frankreichs an der Seite Polens erheblich erschwert bzw. unwahrscheinlicher gemacht hätte. Der Berliner Vertrag setzte die Rapallo-Politik fort und bewies, daß Deutschland nach den sieben mit den westlichen Mächten und Italien geschlossenen Locarno-Verträgen vom Oktober 1925 weiter freundschaftlich mit der UdSSR zusammenarbeiten wollte. Diese Verträge waren überhaupt nur zustande gekommen, weil die deutsch-sowjetische Verständigung Druck auf die Westmächte ausübte, ihr Verhältnis zu Deutschland zu normalisieren.

Gustav Stresemann (1878-1929), der deutsche Außenminister und Architekt der Locarno-Verträge, sagte ganz zu Recht, daß er mit ihnen keine einseitige Westorientierung vertreten habe: "Ich habe nie mehr an unsern Osten gedacht als in der Zeit, wo ich mit dem Westen eine Verständigung suchte."

Drohung mit der Ruhrbesetzung

Sein Ziel war dabei, die Sowjetunion zu "mäßigen", zwischen den Westmächten und der Sowjetunion ein neutraler und fairer Vermittler zu sein und die Interessen der deutschen Minderheiten in Osteuropa zu wahren.

Deutschland, das vor 1918 eine eigenständige imperialistische Weltpolitik verfolgt hatte, war mit dem Ende des Ersten Weltkriegs eine unterdrückte, von Annexionen betroffene Nation und ein teils okkupiertes Land. Die französisch-belgische Besetzung Düsseldorfs und Duisburgs am 8. März 1921 war nur der Anfang einer Politik, die das industrielle Herz Deutschlands nach dem Vorbild des von 1920 bis 1935 abgetrennten Saargebietes Frankreich eingliedern wollte.

Es folgte am 5. Mai 1921 im Londoner Ultimatum die offene Androhung der Ruhrbesetzung, um den Zahlungsplan für 132 Milliarden Goldmark-Reparationen durchzudrücken, und schließlich die erst durch den Dawes-Plan beendete Besetzung des Ruhrgebiets und von Teilen des Rheinlands zwischen Januar 1923 und August 1925 mit 137 Toten.

"Abgrund von Feindschaft und Konflikten"

Walter Rathenau hatte über den von den Mittelmächten am 3. März 1918 dem bolschewistischen Rußland diktierten Frieden von Brest-Litowsk sehr zutreffend geurteilt, durch ihn würde das kaiserliche Deutschland in "einem Abgrund von Feindschaft und Konflikten leben".

Genau das bewahrheitete sich - statt durch einen schnellen und gerechten Frieden alle Kräfte

auf einen Sieg im Westen zu konzentrieren, verstrickten sich die Mittelmächte in den osteuropäischen Wirren und verschuldeten so das Scheitern ihrer Frühjahrsoffensive im Westen zwischen März und Juli 1918. Man hätte im eigenen Interesse das am 9. Dezember 1917 unterbreitete Angebot der russischen Delegation annehmen sollen, welches den Verzicht auf Annexionen und Reparationen, eine schnelle Räumung aller besetzten Gebiete und die Respektierung des Selbstbestimmungsrechts der Völker einschloß.

Das besetzte Deutschland

Auch wenn der Friede von Brest-Litowsk sich bei all seinen Fehlern und Fragwürdigkeiten ganz anders als der Versailler Vertrag im Wesentlichen am Selbstbestimmungsrecht der Völker orientierte (Unabhängigkeit von Litauen, der Ukraine und Georgien) und in vielem die heutige, von jahrzehntelanger russischer Unterdrückung befreite Gliederung des östlichen Europa vorwegnahm, steht er doch am Anfang einer verhängnisvollen Entwicklung, die schließlich 1941 zum deutschen Krieg gegen die Sowjetunion führte, der in jedem Fall eine verhängnisvolle Idiotie und ein Verbrechen an beiden Ländern war.

Ganz im Gegensatz dazu stehen die Verträge von Rapallo 1922 und von Berlin 1926 in der großen Tradition deutsch-russischer Verbundenheit, wie sie seit Tauroggen 1812 bestand. Eine wesentliche Voraussetzung für den Vertrag von Rapallo bildete die von Frankreich seit 1919 betriebene Teilung Oberschlesiens, die im Juni 1922 zur Übergabe Ostoberschlesiens an Polen führte. In der Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit der Provinz vom 20. März 1921 hatten 59,4 Prozent für Deutschland und nur 40,6 Prozent für Polen gestimmt.

Auch viele polnische Schlesier hatten sich damals für Deutschland entschieden und sich damit zugleich gegen einen Staat gestellt, der durch seinen extremen Chauvinismus, seine zunächst erfolgreichen Eroberungszüge gen Osten, seine Diskriminierung aller religiösen Minderheiten (besonders der Juden und der polnischen Protestanten) und des nichtpolnischen Drittels der Bevölkerung (der Deutschen, Weißrussen, Litauer, Ukrainer) selbst ruinierte, bis schließlich unter dem Außenminister Józef Beck der Versuch, den Aufstieg Polens zur ostmitteleuropäischen Hegemonialmacht im Rahmen eines "neuen Europa von der Ostsee bis zur Adria" gewaltsam durchzusetzen, zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs beitrug.<<

02.05.1922

Frankreich: Staatspräsident Raymond Poincaré informiert den französischen Botschafter in London am 2. Mai 1922 über den deutsch-sowjetischen Vertrag von Rapallo (x243/31): >>... Es liegt auf der Hand, daß ganz Deutschland ... darin den ersten Schritt zu einer engen Annäherung an Rußland sieht, die ihm helfen soll, die Westmächte in Schach zu halten und seine Revanche vorzubereiten.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Raymond Poincaré (x051/447): >>Poincaré, Raymond, geboren in Bar-le-Duc (Lothringen) 20.8.1860, gestorben 15.10.1934 in Paris, französischer Politiker; 1887 nationalistischer Abgeordneter, mehrfach Minister, 1913-20 Präsident der Republik, 1922-24 und 1926-29 Ministerpräsident.

Poincaré war nach dem 1. Weltkrieg Februar - Mai 20 Vorsitzender der Reparationskommission und bestand kompromißlos auf Einlösung der deutschen Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag. Mit seiner Politik der "produktiven Pfänder" provozierte er den Ruhrkampf und führte Frankreich in die Isolierung. Erst in seiner zweiten Amtszeit ließ er Briand mit seiner Aussöhnungspolitik gewähren, blieb aber bei der deutschen nationalen Rechten einer der bestgehaßten französischen Politiker.<<

22.06.1922

Schweiz: Der Völkerbund verhindert am 22. Juni 1922 wieder die polnische Übernahme der Freien Stadt Danzig (x064/131): >>... Nicht Polen, sondern der Völkerbund ist der militärische Schutzherr Danzigs. ...<<

24.06.1922

Deutsches Reich: Außenminister Walther Rathenau (ein fähiger, unermüdlicher Staatsmann und begabter Wissenschaftler, der seit längerer Zeit von den Rechtradikalen als "Bolschewikenknecht" verunglimpft wird) fällt am 24. Juni 1922 einem Mordanschlag der rechtsradikalen "Organisation Consul" zum Opfer.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Walther Rathenau (x051/468): >>Rathenau, Walther, geboren in Berlin 29. September 1867, gestorben in Berlin 24. Juni 1922, deutscher Industrieller und Politiker. Der Sohn des Großindustriellen Emil Rathenau wurde 1899 Vorstandsmitglied der AEG, war 1902-07 Inhaber der Berliner Handelsgesellschaft und ab 1915 Präsident der AEG. Im Ersten Weltkrieg baute er als Leiter der Kriegsrohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium die deutsche Kriegswirtschaft auf.

1918 vertrat er den Gedanken einer allgemeinen Volkserhebung ("levée en masse"). Danach trat er der DDP bei, war Sachverständiger bei den Vorbereitungen des Friedensvertrages und 1920 Teilnehmer an der Konferenz von Spa. Im Kabinett Wirth saß Rathenau als Minister für Wiederaufbau, trat aber aus Protest gegen den alliierten Beschluß über die Teilung Oberschlesiens zurück.

Im Januar 22 war er deutscher Vertreter auf der Konferenz von Cannes und nahm als Außenminister der Regierung Wirth an der Weltwirtschaftskonferenz im April 22 in Genua teil, wo er den Vertrag von Rapallo unterzeichnete.

Deutsch-nationale Kreise bekämpften Rathenau wegen seiner Erfüllungspolitik und seiner jüdischen Herkunft. Er wurde von zwei rechtsradikalen Offizieren, Mitglieder des Geheimbundes Organisation Consul, in Berlin ermordet.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die rechtsradikale "Organisation Consul" (x051/431): >>Organisation Consul, nach Auflösung des Freikorps Marinebrigade Ehrhardt nach dem Kapp-Putsch 1920 entstandene rechtsradikale Nachfolgeorganisation.

Die Organisation Consul hatte ausgesprochenen Geheimbundcharakter, gab sich eine radikal antirepublikanische Satzung und verlangte von den rund 5.000 Mitgliedern, meist ehemalige Offiziere, unbedingten Gehorsam: "Verräter verfallen der Feme!"

Unter dem Decknamen Consul Eichmann leitete Ehrhardt die Organisation Consul von München aus mit seinem Adjutanten Salomon, der mit anderen Organisationsmitgliedern den Mord an Rathenau organisierte. Auch Erzberger war ein Opfer der Organisation Consul, die 1922 durch Republikschutzgesetz aufgelöst wurde, aber im "Bund Wiking" noch bis 1928 weiterbestand.

Die politischen Anschläge der Organisation Consul gegen Juden, Sozialdemokraten u.a. konnten mit der Sympathie der nationalen Rechten und Teilen des bürgerlichen Lagers rechnen, die Täter mit einer milden, weil parteiischen Justiz.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Hermann Ehrhardt (x051/140): >>Ehrhardt, Hermann, geboren in Diersburg (Baden) 29.11.1881 gestorben in Brunn am Walde (Niederösterreich) 27.9.1971, deutscher Marineoffizier; gründete 1919 das Freikorps "Brigade Ehrhardt", das gegen kommunistische Aufstände eingesetzt wurde und unter der Losung "Schwarz-Rot-Gold unglaublich" am Kapp-Putsch teilnahm.

Nach Verhaftung und Flucht schuf Ehrhardt den rechtsradikalen Geheimbund Organisation Consul, aus dem die Mörder von Erzberger und Rathenau hervorgingen, und konspirierte vorwiegend im süddeutschen Raum mit anderen republikfeindlichen Gruppen, so auch der NSDAP. Hitler hielt er allerdings für einen Phantasten und sprach über ihn im Kasinoton zunächst nur als "dem Idioten". Nach erneuter Verhaftung und Flucht 1923 hielt er sich politisch zurück, seine Brigade wurde 1933 von der SS übernommen.

Nach der Röhm-Affäre ging er ins Ausland. Ab 1936 lebte er als Landwirt in Österreich.<<

08.07.1922

Deutsches Reich: Die deutsche Reichsregierung ersucht die Reparationskommission am 8. Juli 1922 um einen Zahlungsaufschub.

27.07.1922

Großbritannien: In London befürwortet der Internationale Friedenskongreß (25.-27.07.1922) die Revision des Versailler Vertrages, wie z.B. die nochmalige Prüfung der Räumung des Rheinlandes, Rückgabe des Saargebietes, Annullierung der Schulden und des allgemeinen Abrüstungsabkommens (x034/175).

Juli 1922

Deutsches Reich: Die Inflation führt zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Währung. Im Juli 1922 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 99,1 % (x149/42).

Reichskanzler Josef Wirth (1879-1956, Zentrum) ist nicht bereit, die damalige Ostgrenze zu akzeptieren.

Reichskanzler Wirth teilt dem deutschen Botschafter in Moskau im Juli 1922 mit (x149/45): >>... Polen muß erledigt werden ... Ich schließe keine Verträge, durch die Polen gestärkt werden könnte.<<

11.08.1922

Deutsches Reich: Reichspräsident Friedrich Ebert erklärt das "Lied der Deutschen" bzw. das "Deutschlandlied" am 11. August 1922 offiziell zur Nationalhymne der Deutschen Republik.

15.08.1922

Deutsches Reich: Der ehemalige deutsche Außenminister Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau (von Ende 1922-28 Botschafter in Moskau) schreibt am 15. August 1922 in einer Denkschrift über die deutsche Ostpolitik (x245/264-265): >>... Die Epigonen (Nachahmer ohne Schöpferkraft) Bismarcks haben sein stolzes Erbe stümperhaft vergeudet. ...

Das Verhängnis ist über uns hereingebrochen; furchtbarer als der gehässigste Feind wagen konnte zu hoffen. Deutschland liegt wehrlos am Boden. ...

Weder dem Westen noch dem Osten ist unsere Ohnmacht verborgen. Das Zünglein an der Waage sind wir längst nicht mehr, aber die geringste Unvorsichtigkeit, die wir begehen, genügt, einen Weltbrand zu entzünden, der das Reich zertrümmert und dem deutschen Volke die Existenz kosten kann.

Aktive Bündnispolitik zu treiben, wäre für einen deutschen Staatsmann daher vorderhand verfrüht; die Möglichkeit für einen späteren Zeitpunkt muß er sich aber offen halten.

Geben wir uns keiner Täuschung hin: der wichtigste Aktivposten, den wir heute für die Russen bedeuten, ist die Möglichkeit, uns bloßzustellen. Diese Tatsache schließt selbstverständlich nicht aus, anzuhören, was sie uns auch in militärischen Fragen zu sagen haben, und bei dieser Gelegenheit darauf zu dringen, zu erfahren, was sie mit den Alliierten verhandeln.

Jeder Anschein einer militärischen Bindung unsererseits im Osten würde die nachteiligsten Wirkungen auf unsere Beziehungen zum Westen ausüben; ignorieren dürfen wir diese, jedenfalls soweit England in Betracht kommt, in der Zwangslage, in der wir uns befinden, und angesichts der Unklarheit und Unsicherheit der russischen Zustände aber keinesfalls.

Kein ernsthafter Politiker wird sich der Ansicht verschließen, daß Frankreich mit Wahnsinn, aber mit Methode auf unsere Vernichtung hinarbeitet. Ob der nationale Block und die Politik Poincarés noch von langer Dauer sein werden, ist für die Politik, die wir gegenwärtig, angesichts unserer Politik zu Rußland, zu verfolgen haben, belanglos.

Von ausschlaggebender Bedeutung für die Entscheidungen, die heute zu treffen sind, bleibt hingegen, daß England offenbar sich durch Frankreich nicht nur politisch, sondern auch militärisch (Unterseeboote, Flugzeuge) bedroht fühlt. ...

Der schwere Nachteil des Rapallo-Vertrages liegt in den militärischen Befürchtungen, die sich an ihn knüpfen. Lloyd George hat diesen Besorgnissen unlängst in einer Rede Ausdruck gege-

ben, in der er wörtlich ausführte, daß der Frieden der Welt durch ein hungerndes, von einem rachedurstigen Deutschland "equipiertes" Rußland ernstlich gefährdet werde.
Wir müssen also damit rechnen, daß England uns im Verdacht hat, eine Revanche mit Rußland vorzubereiten, und daß es in der Lage ist, falls entsprechende Vereinbarungen wirklich getroffen oder im Werden wären, uns diese nachzuweisen.
Der Einwurf, daß wir um den Preis der Befreiung aus unserer trostlosen Lage, auch dieses Risiko in Kauf nehmen müssen, liegt nahe und wäre berechtigt, wenn eine solche Aktion tatsächlich die Gewähr für einen Erfolg böte. Das ist aber nicht der Fall. Das Unternehmen wäre vielmehr zur Aussichtslosigkeit verurteilt. Die Gründe dafür liegen sowohl auf deutscher wie auf russischer Seite. ...
Zu hoffen wäre, daß ein wirklich enges Verhältnis Deutschlands zu Rußland genügen könnte, das Verbrechen von Versailles zu sühnen, und daß eine friedliche Entwicklung wieder gut macht, was an Deutschland gesündigt worden ist. ...
Eine ausschließlich nach Osten orientierte deutsche Politik wäre im gegenwärtigen Augenblick nicht nur verfrüht und gefährlich, sondern aussichtslos und darum verfehlt.
Verfrüht ist sie, weil wir wirtschaftlich ebenso wie Rußland außerstande sind, uns auf ein derartiges Experiment einzulassen.
Gefährlich ist sie, weil wir uns der völlig skrupellosen Sowjetregierung durch Abmachungen, die uns militärisch verpflichten, in die Hand geben.
Man wird in Moskau, wo man begreiflicherweise größeren Wert auf eine Verständigung mit der mächtigen Entente als mit dem um seine eigene Existenz ringenden Deutschland legt, keinen Augenblick zögern, unter Drohung des Verrats der militärischen Vereinbarungen, Erpresserpolitik mit uns zu treiben.
Aussichtslos ist die Politik, weil wir bei einem Angriff Rußlands auf Polen – und diese Kombination kann doch nur ernsthaft in Frage kommen - im Westen dem französischen Einmarsch nahezu wehrlos gegenüberstehen würden. ...<<

09.09.1922

Osmanisches Reich: Am 9. September 1922 rücken türkische Truppen Mustafa Kemals in Izmir/Smyrna ein, während die griechischen Truppen mit Schiffen fliehen.
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet später (am 9. September 2022) über die "Kleinasiatische Katastrophe" von 1922: >>**Als Atatürk Smyrna zu Izmir machte**
Der Sieg gegen die Griechen fand Ende August 1922 seinen blutigen Höhepunkt mit der türkischen Einnahme der Hafenstadt an der Ägäis
Von *Thomas Schäfer*
Nach dem Ersten Weltkrieg begann der Kampf um die Erbmasse des Osmanischen Reiches, in dem Griechenland zu den aktivsten Protagonisten zählte, weil es der nationalistischen "Megali Idea" von der Wiederherstellung eines hellenischen Großreiches unter Einschluß weiter Teile Kleinasiens anhing. Hieraus resultierten die Besetzung der strategisch wichtigen westanatolischen Hafenstadt Izmir (griechisch Smyrna) samt den umliegenden Gebieten am 15. Mai 1919 sowie der darauf folgende Griechisch-Türkische Krieg.
In diesem verübten die Truppen Athens zeitweise auch Massaker an der türkischen Bevölkerung. Dennoch erhielt der griechische Ministerpräsident Eleftherios Venizelos das Zugeständnis des britischen Premiers David Lloyd George und dessen französischen Amtskollegen Alexandre Millerand, daß griechische Soldaten auch die Milne-Linie, also die Grenze der Griechenland auf der Konferenz von San Remo zugesprochenen Besatzungszone rund um Izmir/Smyrna, überschreiten durften.
Der Grund hierfür war das Bestreben der Alliierten, die türkischen Milizen der Kuva-yi Milliye unter Mustafa Kemal Pascha, die gegen die Aufteilung des anatolischen Festlandes durch die Siegermächte kämpften, um jeden Preis zurückzudrängen.

Die von den Briten mit eigenen Kontingenten unterstützte griechische Offensive begann am 22. Juni 1920 und führte zu einigen Gebietsgewinnen. Gleichzeitig verstärkte sich aber der türkische Widerstand. Dieser gipfelte dann zwischen Januar und April 1921 in Siegen gegen die Invasoren in den beiden Schlachten von İnönü. Bei ihrem anschließenden Rückzug praktizierten die Griechen eine Strategie der "verbrannten Erde"; darüber hinaus töteten irreguläre griechische Einheiten namens Mavri Mira (Schwarzes Schicksal) zahlreiche türkische Dorfbewohner.
Im Juli 1921 starteten die Griechen ihre nächste Offensive, die zunächst bis fünfzig Kilometer vor Ankara führte, dann jedoch in der Schlacht am Sakarya in einem blutigen Fiasko endete. Danach bereitete Mustafa Kemal die türkische Armee auf den Großen Gegenschlag (Büyük Taarruz) vor, der am 22. August 1922 begann. Bereits acht Tage später erlitten die Griechen unter General Georgios Hatzianestis bei Dumlupınar eine erneute und diesmal vernichtende Niederlage. Daraufhin mußten die Reste der griechischen Streitmacht in kürzester Zeit alle seit 1920 besetzten Gebiete räumen und sich bis Izmir/Smyrna zurückziehen, wobei sie wiederum türkische Städte oder Dörfer dem Erdboden gleichmachte und Tausende Menschen ermordete.

Türkische Truppen metzelten Zehntausende Zivilisten nieder

Dem folgte das, was die Griechen "Kleinasiatische Katastrophe" nennen: Am 9. September 1922 rückten die Truppen Mustafa Kemals in Izmir/Smyrna ein, aus dem die Soldateska Athens inzwischen auf dem Seeweg geflohen war. In der Stadt drängten sich zu diesem Zeitpunkt 500.000 griechische und armenische Einwohner beziehungsweise Flüchtlinge, von denen türkische Soldaten und Zivilisten wahrscheinlich 50.000 niedermetzelten, bevor sie am 12. September in deren Wohnvierteln Feuer legten.
Die überlebenden Christen konnten erst ab dem 24. September unter gräßlichen Umständen an Bord griechischer und alliierter Evakuierungsschiffe gehen, während die Türken Izmir/Smyrna übernahmen. Der damit faktisch eingeleitete Bevölkerungsaustausch wurde am 30. Januar 1923 mit einer bilateralen Konvention legalisiert. Insgesamt mußten 1922/23 über 1,25 Millionen Griechen aus Anatolien und 500.000 bislang in Griechenland lebende Türken ihre angestammte Heimat verlassen.
Die Eroberung Izmirs/Smyrnas läutete das Ende der über dreitausendjährigen Geschichte des Griechentums in Kleinasien ein und gehört mitsamt den sonstigen gegenseitigen Grausamkeiten während des Griechisch-Türkischen Krieges zu den Hauptursachen für die noch heute bestehenden Ressentiments zwischen den beiden Nato-Mitgliedern an der Südostflanke Europas.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet später (am 14. Oktober 2022) über den Krieg in Kleinasien von 1918-1922: >>**Ein Weltkrieg im Weltkrieg**

Von wegen ein "Krieg der Pygmäen": Über zwei Millionen Menschen verloren zwischen den Balkankriegen und der "Kleinasiatischen Katastrophe" 1922 ihr Leben

Von *Oliver Busch*

Für den Gentleman-Historiker Winston Churchill lag das Zentrum des Ersten Weltkrieges an der Westfront, in Frankreich und Belgien. Dort seien die Entscheidungsschlachten im "Krieg der Giganten" geschlagen worden. Während an der Ostfront, die für Churchill vom Baltikum bis nach Mesopotamien verlief, lediglich ein "Krieg der Pygmäen" tobte, der sich in einem "Nachspiel" zwischen 1918 und 1922 sogar ganz auf Kleinasien beschränkt habe.
Churchill hatte allen Grund, gerade "Krieg und Kriegsgeschrei hinten in der Türkei, wo die Völker aufeinander schlagen", ohne den mitteleuropäischen Pfahlbürger zu stören, im Sinne von Goethes Versen zu bagatellisieren. Verbanden sich mit diesem Kriegsschauplatz doch peinliche Erinnerungen an ein kolossales Versagen.

Niemand anders trug die Verantwortung für das blutige Scheitern eines im April 1915 gestarteten, ein halbes Jahr später liquidierten Landungsunternehmens auf der von Türken und Deutschen verteidigten Halbinsel Gallipoli, das 50.000 englische, australische und neuseeländische Soldaten für den vergeblichen Versuch opferte, den Entente-Mächten dort die Durchfahrt ins Schwarze Meer zu erzwingen.

Entente chaotisierte Kleinasien und die Levante bis in unsere Tage

Mag Churchill auch ein durchsichtiges persönliches Motiv gehabt haben, das gesamte südöstliche Kriegstheater auf "Pygmäen-Format" zu schrumpfen, so steht für den Athener Historiker Antonis Liakos gleichwohl fest, daß solche Ignoranz repräsentativ ist für das international immer noch virulente "westzentrierte Gesamtbild" von der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts (Lettre International, 138-2022).

Darüber könne man sich angesichts der bis in unsere Gegenwart auf dem Balkan, in Klein- und Vorderasien fortwirkenden geopolitischen Weichenstellungen, die dort vor 100 Jahren getroffen wurden, allerdings nicht genug wundern. Zu erinnern sei nur an die arabischen Provinzen, Syrien, den Irak, Transjordanien, die damals dem Osmanischen Reich entrissen wurden - "sie bluten bis heute". In diesen Kontext gehöre auch die in der Balfour Declaration von 1917 fixierte britische Verpflichtung, eine jüdische "Heimstatt" auf dem überwiegend von Arabern besiedelten Territorium Palästinas zu schaffen, um das seit der Gründung des Staates Israel (1948) vier Kriege geführt worden sind - bislang.

Aus levantinischer Perspektive betrachtet, scheine in den Pariser Vorortverträgen den beutegierigen Siegern aber noch wichtiger als die "Erniedrigung und Schwächung Deutschlands" gewesen zu sein, das Osmanische Reich zu tranchieren, das Großbritannien und Frankreich fast vollständig in ein von ihnen abhängiges, profitables, weil rohstoffreiches Kolonialgebiet verwandeln wollten. Das große Rad, das beide imperialistische Westmächte dabei drehten, als sie diesen Teil der Erde auf Generationen hinaus chaotisierten, ist für Liakos indes lange vor der militärischen Niederlage des Osmanischen Reiches in Schwung gekommen.

Präzise im Oktober 1912, als eine Allianz von Balkanstaaten dazu ansetzte, der Hohen Pforte ihren europäischen Besitz zu entreißen. Resultat der komplexen Schlächtereien zweier bis zum August 1913 ausgefochtener Balkankriege war zwar tatsächlich der Verzicht der Osmanen auf ihren Balkan-Brückenkopf. Aber den welthistorischen Einschnitt, den diese Kriege bedeuteten, sieht Liakos nicht im Ende der muslimischen Herrschaft über einen Teil Südosteuropas, sondern im Vertrag von Konstantinopel vom 29. September 1913.

Es war der erste Friedensvertrag der Geschichte, der einen Bevölkerungsaustausch mit dem Ziel ethnischer Entmischung vorsah. Damit trugen die Kontrahenten ihrer Erfahrung Rechnung, daß in den Balkankriegen, auch dies eine historisch Premiere, auf allen Seiten exzessive, ethnisch begründete Gewalt gegen Kombattanten und Zivilisten verübt wurden und die Akteure neue Maßstäbe der Unmenschlichkeit für das nahende Zeitalter der Extreme setzten, da sie erstmalig systematisch ethnische Säuberungen als Kriegswaffe erprobten.

Bis über die Schwelle des Völkermords hinaus, den die Osmanen im rückeroberten Ost-Thrakien an der bulgarischen Minderheit begingen. Von da, so schlägt Liakos den Bogen, sei es nicht weit gewesen zur 1915 getroffenen Entscheidung jungtürkischer Nationalisten, die armenische Minderheit im Nordosten ihres Reiches durch einen Genozid auszulöschen.

Krieg mündete in die "Orgie der Metzeleien" im türkischen Izmir

Die Entwicklung der Türkei bestimmten noch zwei andere, sie nachhaltig prägende Konsequenzen der Balkankriege: der Exodus Hunderttausender von Muslimen, die aus Südosteuropa nach Anatolien flohen, sowie die am Vorbild des ethnisch relativ homogenen deutschen Kaiserreichs angelehnte Politik der Jungtürken, "eine kompakte türkische Nation zu schaffen, frei von fremden Elementen, die in Zukunft den großen europäischen Staaten keinen Anlaß mehr bieten würden, sich in unsere internen Angelegenheiten einzumischen".

Damit hätten die führenden Politiker um Enver Pascha vor allem im Westen Kleinasiens, wo Griechen und Türken dieselben Gebiete bewohnten, tiefgreifende tektonische Verwerfungen vorbereitet, die 1922 ein katastrophales Erdbeben zeitigten.
Denn durch die muslimischen Flüchtlinge, deren Zustrom 1916 infolge des türkisch-russischen Krieges und 1917/18 infolge der bolschewistischen Revolution anschwoll, veränderte sich die demographische Zusammensetzung Kleinasiens massiv zu Lasten der Christen. So sei eine "explosive Mischung" entstanden. Sie ging hoch, als im Mai 1919 griechische Truppen zunächst die mehrheitlich von ihren Landsleuten bewohnten Küstenstädte Kleinasiens besetzten. Ermuntert von Franzosen und Engländern, die Griechenland in Versailles versprochen hatten, es dürfe als Belohnung für den Kriegseinsatz auf seiten der Entente später die Hand auf Smyrna (Izmir) und sein Hinterland legen.
Doch der von zahllosen an Muslimen begangenen Kriegsverbrechen begleitete Vormarsch Richtung Anatolien geriet 1921 ins Stocken, weil die Entente Griechenland dafür im wortwörtlichen Sinn den Kredit entzog, um fortan die Türken zu unterstützen, die sie benötigten, um den Einfluß des Bolschewismus im kaukasisch-persischen Raum einzudämmen. Das Debakel der griechischen Armee war der Startschuß für die panische Flucht der christlichen Bevölkerung zur Küste. Wer von ihnen keinen Schiffsplatz ergatterte, kam in einer "Orgie von Metzeleien" um, wurde von türkischen Soldaten erschossen oder erhängt, in Arbeitsbataillone gepreßt und deportiert.
Im allgemeinen Exodus der Christen aus Kleinasien endete ein zehnjähriger Krieg, der für Liakos wahrlich keiner von "Pygmäen" war. Von den 1,5 Millionen Griechisch-Orthodoxen Kleinasiens überlebte ihn nur die Hälfte. Auf seiten der Muslime zählen türkische Statistiken 640.000 Tote und 840.000 Vertriebene. Füge man Schätzungen über die Armenier hinzu (800.000 bis eine Million Tote), darf man annehmen, daß zwei Millionen Menschen "durch des Schwertes Schärfe", aber auch durch Seuchen und Hunger, aus diesen drei Gemeinschaften ihr Leben verloren, die zuvor seit Jahrhunderten zusammengelebt hatten.<<

24.10.1922

Italien: Benito Mussolini stellt am 24. Oktober 1922 während einer Rede in Neapel seine politischen Ziele vor (x073/88): >>... Die Politiker fragen uns, was wir wollen. Wir haben sehr klar geantwortet: Auflösung der Kammer, Wahlreform und Neuwahlen in kürzester Frist. ...
Genauer: wir verlangen das Außenministerium, das Kriegs-, Marine- und Arbeitsministerium und das Ministerium für öffentliche Arbeiten. Ich bin sicher, daß niemand von Euch diese Forderungen für übermäßig halten wird. ...
Wir Faschisten wollen nicht durch die Hintertür an die Macht gelangen. ...
Wir haben unseren Mythos geschaffen. Der Mythos ist ein Glaube, eine Leidenschaft; es ist nicht notwendig, daß er Wirklichkeit ist. Er ist insofern wirklich, als er ein Ansporn ist, eine Hoffnung, ein Glaube, Mut.
Unser Mythos ist die Nation, die Größe der Nation! Und diesen Mythos, diese Größe wollen wir in vollkommene Wirklichkeit verwandeln, ihr ordnen wir alles unter.<<

28.10.1922

Italien: Benito Mussolini marschiert am 28. Oktober 1922 mit rund 40.000 bewaffneten "Schwarzhemden" in Rom ein und stürzt kampflos die italienische Regierung. Die faschistischen Parteimitglieder (PNF = Partito Nazionale Fascista) tragen gewöhnlich schwarze Hemden mit Schulterriemen und grüßen sich nach altrömischer Sitte mit erhobenem Arm.
Mussolini erklärt nach seiner gewaltsamen Machtübernahme (x059/39): >>Die Italiener müssen das Empfinden haben, wirklich regiert zu werden. Vor allem tut äußerste Disziplin not. Italien muß eine gewisse Zeit wie eine große Kaserne sein ...<<
Mussolini strebt nach dem Vorbild des "Römischen Imperiums" die italienische Vorherrschaft im Mittelmeer und in Nordafrika an. Der Faschist Mussolini (ein mitreißender Redner) zählt

schon bald zu den angesehenen europäischen Staatsmännern und nimmt an allen wichtigen internationalen Konferenzen teil.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Benito Mussolini (x051/396-397): >>Mussolini, Benito, geboren in Predappio (Forlì) 29.7.1883, gestorben in Giulino di Mezzegra (Como) 28.4.1945, italienischer Politiker; schwere Jugend, 1900 Eintritt in die Sozialistische Partei (PSI), 1901 Lehrerexamen, 1902-04 Wanderjahre in der Schweiz, 1905/06 Wehrdienst bei den Bersaglieri, 1909 Gründung und bis 1912 Leitung der Wochenzeitung "Lotta di Classe", mehrmals Haft wegen Volksaufwiegelung, 1912 Chefredakteur des sozialistischen Zentralorgans "Avanti" (Verfünffachung der Auflage in zwei Jahren); ab 1909 Zusammenleben mit Rachele Guidi (1915 standesamtlich, 1925 kirchliche Trauung; fünf Kinder).
Eher von der Elitetheorie Paretos, dem "Herrenmenschtum" Nietzsches und dem Syndikalismus Sorels beeinflußt als von Marx, trennte sich Mussolini 1914 von den Sozialisten und gründete am 14.11.14 mit dem "Popolo d'Italia" seine eigene Zeitung, in der er wie D'Annunzio für einen Kriegseintritt Italiens auf Seiten der Entente agitierte.
1915 bis zu einer Verwundung im Februar 17 war Mussolini Soldat und sammelte danach unzufriedene ehemalige Kriegsteilnehmer und enttäuschte Sozialisten um sich, gründete am 23.3.19 die "Fasci di Combattimento" (Kampfbünde) und nahm den Kampf gegen die zunehmend sozialistischen Unruhen, den Parlamentarismus und die Auswüchse des Kapitalismus auf. Im November 21 baute er seine Bewegung zur Partei aus (Partito Nazionale Fascista, PNF) und ließ am 28.10.22 seine "Schwarzhemden" auf Rom marschieren. Am 31.10.22 wurde Mussolini Ministerpräsident einer Koalitionsregierung.
Mussolinis Bewegung mit dem Symbol des Rutenbündels (lateinisch fascis), im antiken Rom Amtszeichen der Liktoren, gab der bald auch außerhalb Italiens aufstrebenden Zeitströmung des Faschismus den Namen. Er definierte sich primär durch Feindbilder: Sozialisten, Kommunisten, Liberale, Demokraten sollten in seinem autoritären Staat keinen Platz haben.
Nach kurzem taktischen Kompromiß baute Mussolini daher einen korporativen (Carta del Lavoro) "stato totalitario", eine Einparteiendiktatur, auf, nannte sich in seiner Staatsposition nicht mehr Ministerpräsident, sondern ab 1925 "Capo del Governo" (Regierungschef) und als Parteivorsitzender schon ab 1922 "Duce" (Führer).
Seine absolute Machtstellung, untermauert durch den Oberbefehl über die faschistischen Milizen, die Präsidentschaft im Faschistischen Großrat, zahlreiche Ministerämter (bis zu acht) und das Kommando über die Streitkräfte als "Erster Marschall des Imperiums" (ab 1938), war im Gegensatz zu Hitlers Diktatur durch Bündnisse mit den traditionellen Eliten eingeschränkt. Mussolini ließ die Monarchie ebenso unangetastet wie die Großindustrie und die Kirche, mit der er in den Lateranverträgen 1929 einen Ausgleich fand und sich damit innen- wie außenpolitisch ein erhebliches Vertrauenskapital schuf.
Hatte Mussolini im Innern v.a. ordnungspolitisch durch die Zwangsmaßnahmen des Polizeistaates und wirtschaftlich durch Ausschaltung des gewerkschaftlichen Elements und staatliche Arbeitsbeschaffung (u.a. Trockenlegung der Pontinischen Sümpfe) Erfolge, so faszinierte der demagogisch geschickte Redner die Massen mit außenpolitischen Versprechungen von neuer imperialer Größe Italiens.
Die Eroberung Abessiniens 1935/36, der Anteil am Sieg Francos im Spanischen Bürgerkrieg, der Griff nach Albanien 1939 schienen eine Hegemonie Italiens im Mittelmeer, dem "mare nostro", in greifbare Nähe zu rücken. Die Achse mit dem aufstrebenden nationalsozialistischen Deutschland versprach reiche Beute, als sich die Wehrmacht im Polen- und Frankreichfeldzug als unbesiegbar zu erweisen schien.
Trotz der Warnungen zahlreicher Berater, u.a. Cianos und Badoglios, trat Mussolini daher am 10.6.40 in den Krieg ein, um mit "ein paar tausend Toten" das Recht zu erwerben, mit am

Siegertisch zu sitzen. Das machte ihn zum Gefangenen des nie begriffenen weltanschaulichen Krieges Hitlers, der ihm im Balkan- und im Afrikafeldzug half und ihn endgültig an sich und seinen eigenen Untergang band.
Am 25.7.43 entzog der Faschistische Großrat Mussolini zwar das Vertrauen und billigte seine Verhaftung, doch vermochte dies Italien nicht aus dem Krieg zu lösen, da deutsche Fallschirmjäger den "Duce" am 12.9.43 befreiten und damit das Land zusätzlich in einen Bruderkrieg stürzten.
In Salò etablierte Mussolini auf Hitlers Wunsch seine "Marionetten-Repubblica Sociale Italiana", ließ die "Verräter" des 25. Juli, darunter sein Schwiegersohn Ciano, aburteilen und beschwor einen blutigen Partisanenkrieg herauf.
Ihm fiel er selbst zum Opfer, als er am 27.4.45 auf der Flucht in die Schweiz von Widerstandskämpfern erkannt und am nächsten Tag zusammen mit seiner Geliebten Clara Petacci erschossen wurde. Sein Mythos aber blieb bis heute im Neofaschismus lebendig.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die italienische Partei "Partito Nazionale Fascista" (x051/439-440): >>Partito Nazionale Fascista (PNF), aus der 1919 entstandenen faschistischen Bewegung Mussolinis im November 21 gebildete italienische Partei mit rapide wachsender Mitgliederzahl (Dezember 20: 21.000, Mai 22: 322.000).
Der PNF wurde nach dem Marsch auf Rom (Oktober 22) im Zuge des Ausbaus der faschistischen Diktatur Staatspartei, deren radikale Tendenzen der allein auf Machtkonzentration bedachte Mussolini durch Bündnisse mit den traditionellen Eliten, Militär, Kirche, Großindustrie, eindämmte. Parallel zur Bildung der persönlichen Herrschaft des "Duce" ging die Ablösung des Wahl- durch das Ernennungsprinzip in der Partei, die damit quasi zum Staatsorgan wurde wie auch der Faschistische Großrat, ihr einstiges Zentralkomitee.
Der PNF diente nun in erster Linie zur Erfassung der Bevölkerung, was sich in der Mitgliederentwicklung ausdrückte (1927: rund 1,1 Millionen; 1937: 2,2 Millionen; 1943: 4,8 Millionen), durch Frauen- und Jugendverbände, gewerkschaftliche Durchdringung und Organisation der Freizeit (Dopolavoro). Schließlich war der PNF wenig mehr als Kulisse für die Inszenierungen der Diktatur Mussolinis.
Erst als bei sich verschlechternder Kriegslage die tönernen Füße des Kolosses erkennbar wurden, kam aus dem PNF Widerstand, der am 25.7.43 zum Sturz des "Duce" führte. Das aber wurde auch der Untergang des PNF, den die Regierung Badoglio im August 43 verbot. Seine Wiederbelebung im Partito Fascista Repubblicano (PFR) nach Mussolinis Befreiung verschärfte nur den italienischen Bürgerkrieg und blieb ohne politische und programmatische Bedeutung.<<
Der deutsche Journalist Ivo Frenzel (1924-2014) berichtet später über den "Faschismus" (x051/170-171): >>Faschismus, ursprünglich war Faschismus nur die von Mussolini in Italien 1919 gegründete, 1922 durch den "Marsch auf Rom" zur Macht gelangte Bewegung und das sich auf sie bis 1945 stützende staatliche Herrschaftssystem.
Der Begriff Faschismus bezeichnete jedoch schon bald auch ähnliche Bewegungen in anderen Ländern, sofern sie nationalistisch, antikommunistisch, autoritär und antiparlamentarisch waren. Im kommunistischen Lager, aber auch in weiten Teilen der europäischen Neuen Linken wurde Faschismus überdies zum agitatorischen Begriff, der das Feindbild schlechthin fixiert. Psychologisch verstanden, sucht der Begriff Faschismus möglicherweise schon in früher Kindheit erworbene Dispositionen für einerseits autoritätshöriges, andererseits machtbesessenes Verhalten zu fassen.
In den politischen Kontroversen des 20. Jahrhunderts ist kaum ein Begriff so strapaziert und so vielfältigen Deutungen ausgesetzt gewesen wie der des Faschismus. Zu unterscheiden ist zwischen dem historischen Phänomen des Faschismus, den Faschismus-Theorien, die die Anhänger des Faschismus selbst aufstellten, und den Theorien, die über den Faschismus von Hi-

storikern und politischen Gegnern aufgestellt wurden.
Das Wort geht auf das lateinische "Fasces" zurück, das altrömische Rutenbündel, Herrschaftssymbol der Liktoren. "Fascio" hat im Italienischen die politische Bedeutung von "Bund". Mussolinis 1919 gegründete "Fascio di combattimento" (Kampfbund) war zunächst eine linksgerichtete Splittergruppe, die erst Anfang der 20er Jahre infolge ihrer Wendung gegen den Sozialismus und Kommunismus Zulauf auch vom Bürgertum erhielt und so zu einer Massenbewegung ("movimento") wurde.
Der faschistische Staat war zentralistisch und zugleich streng hierarchisch-autoritär mit dem "Duce" (Führer) an der Spitze als alleinigem Repräsentanten der Nation: "Dieser pseudodemokratische Anspruch des Führerprinzips als Verwirklichung der totalen Identität von Herrschern und Beherrschten war die Grundfiktion des faschistischen wie denn auch des nationalsozialistischen Systems.
Im übrigen wurde das soziale Leben so umfassend wie möglich in zahlreichen Staats- und Parteiorganisationen quasi militärisch 'erfaßt'; das höchste Recht des Bürgers sollte gerade im Gegensatz zur bürgerlich-liberalen Staatsauffassung der Dienst an der uniformierten Nation sein. Mehr als die umstrittene Herkunft aus der bürgerlichen Gesellschaft trat die Affinität zu den totalen Organisationsformen sozialistisch-kommunistischer Systeme darin deutlich hervor." (K. D. Bracher, 1984)
Die Ideologie des Faschismus war stets ein Gemisch eklektizistischer Elemente. Mussolini, der ursprünglich Marxist gewesen war, übernahm von Marx die Idee des Klassenkampfes, von Sorel das politische Prinzip der "direkten Aktion", von Pareto die Überzeugung von der Notwendigkeit eines hierarchisch-autoritären Aufbaus der Gesellschaft, von Nietzsche den Gedanken des "Willens zur Macht" als Grundmotiv des historischen Prozesses.
Der Nationalismus und die damit verbundene Ethik weisen Züge der Staatslehre Hegels auf. Völkischer Rassismus als Begründung eines militanten Antisemitismus, wie er zum Grundelement der nationalsozialistischen Ideologie gehörte, war dem italienischen Faschismus zunächst fremd. Er fand erst im Zweiten Weltkrieg auf Druck der Nationalsozialisten Eingang in die faschistische Theorie, ohne jedoch in Italien zu größerem Einfluß zu gelangen. Überhaupt war der italienische Faschismus gemessen am Anspruch seiner Theorie politisch weit weniger effizient als dessen deutsche Variante, der Nationalsozialismus.
Das Phänomen nationalistischer, autoritärer und in jedem Fall antikommunistischer Bewegungen und Herrschaftssysteme blieb nach dem Ersten Weltkrieg nicht auf Italien beschränkt. Hitler trat mit seiner NSDAP als "sozialistische Arbeiterpartei" an, die ebenfalls erst aus der Angst vor dem Kommunismus Zulauf von breiteren Schichten des Bürgertums erhielt und so zu einer Massenbewegung wurde. Aber auch in Spanien (Franco), Portugal (Salazar), Ungarn (Horthy), Polen (Pilsudski), Österreich (Dollfuß-Schuschnigg), Rumänien (Antonescu) und Argentinien (Peron) kamen in den 30er und 40er Jahren ähnliche Regime an die Macht.
Ihre Führer waren allesamt autoritär, antikommunistisch und antidemokratisch. Es ist deshalb üblich geworden, alle diese Systeme als faschistisch zu bezeichnen. Man muß aber sehen, daß die Ausprägung des Faschismus in diesen Ländern sehr verschieden war und stark von den jeweiligen nationalen und ökonomischen Bedingungen abhing. Auch die imperialistischen Programme, die zur Stärkung des Nationalstaates führen sollten, differierten.
Neben Hitler und Mussolini bleibt Franco das herausragende Beispiel des faschistischen Diktators. Er konnte seine jahrzehntelange Macht durch einen siegreichen Bürgerkrieg gegen die Kommunisten etablieren.
Auffallend ist jedoch, daß in allen Staaten, in denen der Faschismus eine politische Chance hatte, eine katholische Tradition vorherrschte, die den Aufbau einer zentralistischen, streng hierarchischen Staatsgewalt schon von der Mentalität her begünstigte.
In Deutschland konnte sich der aus österreichisch-katholischer Tradition stammende "Führer"

Hitler zudem den Gehorsam der in der Tradition des preußischen Obrigkeitsstaates erzogenen Bürger zunutze machen, wodurch der Nationalsozialismus die größte und verhängnisvollste Effizienz aller faschistischen Bewegungen erreichte. (Demgegenüber hat der Faschismus in Ländern mit alter demokratischer Tradition und frühzeitiger Trennung von geistlicher und weltlicher Macht wie z.B. Schweiz, Frankreich, England, USA nie eine wirkliche Chance gehabt.

Auch die auf Druck der Deutschen während des Zweiten Weltkrieges in den besetzten Ländern ins Leben gerufenen faschistischen oder gar nationalsozialistischen Parteien waren bis 1945 reine Vasallen des Militärregimes, die mit dem Untergang des Dritten Reiches verschwanden.)

Die Frage, unter welchen politischen und sozialen Bedingungen Faschismus entstehen konnte, bleibt kontrovers. Als wichtige Faktoren werden immer wieder genannt: Unbehagen am schwierigen parlamentarischen System, nationalstaatliche Enttäuschungen als Folge des Ersten Weltkrieges, die Weltwirtschaftskrise, Angst vor dem internationalen Kommunismus, Furcht vor kultureller Dekadenz, der irrationale Wunsch nach "Ordnung", nach dem starken Mann an der Spitze. Diese Gründe sind zutreffend, erklären aber das Gesamtphänomen Faschismus so wenig wie das Studium der Biographien der faschistischen Diktatoren.

Die marxistischen Definitionen des Faschismus haben sich als wenig haltbar erwiesen. Die These, der Faschismus sei ein Symptom für den Niedergang des Kapitalismus, wurde durch die geschichtliche Realität ebenso widerlegt wie die stalinistische Agententheorie, derzufolge Führer und Funktionäre faschistischer Bewegungen lediglich Lakaien oder Agenten des internationalen Kapitals seien. Zwar hatte K. Radek (1923) vor dem Faschismus als "Sozialismus des kleinen Mannes" und als neuer Massenbewegung gewarnt.

Doch die Komintherntheoretiker setzten die Bagatellisierung des Faschismus durch, was u.a. zu einer verhängnisvollen Unterschätzung Hitlers durch die europäische Linke vor dem Zweiten Weltkrieg führte.

Richtiger hatte E. Bloch (1933) gesehen, daß entgegen den Hoffnungen der Linken die nationalsozialistische Bewegung angesichts der sozialen Realität nicht so schnell zum Scheitern verurteilt sei. Gegenüber dem Irrationalismus psychischer Kräfte, die hier am Werk seien, versagten die traditionellen marxistischen Denkmittel.

Auch W. Reich wies 1933 in seinem Buch "Massenpsychologie des Faschismus" darauf hin, daß in der Wirtschaftskrise die Massen zum großen Teil nicht nach links, wie die marxistische Theorie es vorausgesagt hatte, sondern nach rechts abwanderten. Als Anhänger S. Freuds glaubte Reich, daß psychische Dispositionen für den Faschismus bereits in frühester Kindheit erworben werden, dies aber nicht erst unter kapitalistischen Verhältnissen, sondern durch die alteingeschliffenen autoritären Strukturen der patriarchalischen Gesellschaft. Die Ursachen für den Faschismus werden so in fast prähistorische Zeit verlegt.

Horkheimer, Adorno u.a. Vertreter der Frankfurter Schule haben 1949/50 in der fünfbändigen empirischen Analyse "Studies in Prejudice" Untersuchungen zum autoritären Charakter vorgelegt, wobei sie vom Faschismus als kleinbürgerliche Massenbewegung ausgegangen sind.

Die stalinistische Faschismus-Theorie erreichte ihren grotesken Höhepunkt mit der Verurteilung der Sozialdemokraten als "Zwillingsbrüdern des Faschismus" und mit der These vom "Sozialfaschismus" der SPD als dem "Hauptfeind": "In Wahrheit ging es um Abgrenzung gegen den demokratischen Sozialismus und um Rechtfertigung für das eigene Versagen 1922 wie 1933" (K. D. Bracher, 1984).

In seinen materialreichen Studien hat E. Nolte (1963, 1968) eine Gesamtphänomenologie des historischen Faschismus zu geben versucht. Über die vielfältigen Ausformungen in den einzelnen Ländern setzt er als verbindende Klammer die antikommunistische Komponente, die den Faschismus insgesamt zum Merkmal der Epoche zwischen den Weltkriegen macht. Damit

liefert er aber der marxistischen Trivialtheorie faschistisch = antikommunistisch neue Vorwände.
K. D. Bracher (1984) wendet sich gegen den inflationären Gebrauch des Faschismusbegriffs, gegen eine bloß ideologische oder sozialökonomische Klassifizierung, "die dem modischen Schema einer angeblichen Weltalternative Faschismus - Sozialismus folgt" und dabei das entscheidende Kriterium des modernen Staates, die politische Freiheit, verkennt. Daher betont Bracher die Verwandtschaft zwischen rechten und linken Diktaturen.
Jede neue Faschismus-Theorie wird den Faschismus als klassenübergreifende Massenbewegung ernst nehmen müssen. Ihr haben in Deutschland wie in Italien Arbeiter, Bürger mittlerer und oberer Schichten, Militärs und Vertreter der künstlerischen und wissenschaftlichen Intelligenz angehört. Als Massenbewegung dieser Art hat der Faschismus in die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges geführt und ist mit der militärischen und politischen Niederlage 1945 verschwunden. Neofaschistische Strömungen und Gruppierungen in einzelnen europäischen Ländern haben sich seither nicht mehr zu Massenbewegungen entwickeln können.<<
Der deutsche Historiker Arthur Rosenberg (1889-1943, 1924-28 Mitglied des Reichstages) berichtet später über den Faschismus (x073/88): >>1922 war der Faschismus zu der großen Einheitsfront aller aktiven, aller bürgerlichen und antisozialistischen Kräfte des Landes geworden. Hinter Mussolini standen die Kapitalisten, die Mittelklassen, die Intellektuellen; mit gemischten Gefühlen die Gutsbesitzer, ein erheblicher Teil der Arbeitslosen, die in den Stoßtrupps Erwerb und Betätigung gefunden hatten, und auch einzelne Arbeitergruppen.
Die sozialistischen und kommunistischen Organisationen waren zertrümmert, die alten bürgerlichen Parteien in schneller Auflösung begriffen. Der Staatsapparat hatte sich längst daran gewöhnt, in Mussolini den nationalen Führer zu sehen, weder das Militär noch die Polizei dachten ernstlich daran, gegen den Faschismus zu kämpfen. Auch das italienische Königtum erkannte allmählich, daß die liberal-feudale Periode vorüber war, und machte noch rechtzeitig seinen Frieden mit Mussolini. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Totalitarismus" (x051/-582-583): >>Totalitarismus, wissenschaftlicher Begriff und politisches Schlagwort zur Bezeichnung von politischen Systemen, die durch (gewaltsame) Gleichschaltung aller sozialen, kulturellen und individuellen Äußerungen nach Maßgabe einer verordneten Ideologie gekennzeichnet sind.
Der Begriff Totalitarismus bildete sich in den 20er Jahren durch die Kritik am italienischen Faschismus und seinem umfassenden Machtanspruch. Positiv gewendet vereinnahmte Mussolini die Bezeichnung für seine Diktatur, deren "unerbittliche totalitäre Entschlossenheit" er damit betonen wollte.
Nach den Erfahrungen mit dem bolschewistischen Stalinismus und dem deutschen Nationalsozialismus, für den u.a. Schmitt und Forsthoff den Totalitarismusbegriff übernahmen, erscheint die italienische Version jedoch eher als Vorform, da sie plurale Elemente im Bündnis etwa mit Krone und Kirche nicht gänzlich zu tilgen suchte. Und selbst der nationalsozialistische Totalitarismus wies durch seine innerparteiliche Polykratie absichtsvoll gepflegte Lücken auf, die immer wieder überbrückende Entscheidungen Hitlers erforderten ...
Der Totalitarismusbegriff ist daher schon auf die Prototypen nur nuanciert anzuwenden. Durch polemischen Mißbrauch v.a. in der West-Ost-Auseinandersetzung nach 1945 und durch sich verzweigende Totalitarismustheorien hat er zudem an Griffigkeit verloren.
Die Bündelung inhaltlich so unterschiedlicher Systeme wie Bolschewismus und Nationalsozialismus unter diesem Dachbegriff hat unzulässigen Gleichsetzungen (rot = braun) Vorschub geleistet und die Totalitarismusdiskussion entsachlicht.
Als kleinster gemeinsamer Nenner der Begriffsbestimmung gelten heute die Merkmale: umfassende Weltanschauung und ihre (terroristische) Durchsetzung mit Mitteln des Polizeistaa-

tes, gelenkte Wirtschaft, Einparteienherrschaft, Zensur, Waffenmonopol, Revolution von oben.<<

29.10.1922

Italien: Der deutsche Diplomat Harry Graf Kessler (1868-1937) berichtet am 29. Oktober 1922 in seinem Tagebuch (x073/85): >>Die Faschisten haben durch einen Staatsstreich die Gewalt an sich gerissen in Italien. Wenn sie sie behalten, so ist das ein geschichtliches Ereignis, daß nicht bloß für Italien, sondern auch für ganz Europa unabsehbare Folgen haben kann. Der erste Zug im Vormarsch der Gegenrevolution.

Hier kommt ganz offen eine antidemokratische, imperialistische Regierungsform wieder zur Macht. In einem gewissen Sinne kann man Mussolinis Staatsstreich mit dem Lenins im Oktober 1917 vergleichen, natürlich als Gegenbild. Vielleicht leitet er eine Periode europäischer Wirren und Kriege ein.<<

18.11.1922

Deutsches Reich: Die NSDAP wird am 18. November 1922 in Preußen verboten. Sachsen, Thüringen und Hamburg verbieten die NSDAP ebenfalls.

30.12.1922

UdSSR: Am 30. Dezember 1922 gründet Lenin die Sowjetunion und errichtet eine Militärdiktatur. Stalin wird Generalsekretär des ZK.

Der "kommunistische Klassenkampf" in der Sowjetunion

Um den angestrebten Kommunismus in Rußland zu verwirklichen, erfolgte zuerst eine gesellschaftliche, wirtschaftliche und seelische Gleichschaltung aller Menschen. Lenin ließ unverzüglich die "gefährlichsten Gegner" (Adel, Kirche und Bürgertum) inhaftieren oder "in aller Stille" erschießen. Sämtliche Fabriken, Bergwerke, Banken, Handels- und Verkehrsbetriebe sowie Gutshöfe wurden umgehend verstaatlicht.

Die Kommunisten bekämpften besonders das Christentum ("die Kommunisten benötigen keinen Gott").

Sie machten sich zunächst über die Christen lustig und löschten anschließend nach und nach alle christlichen Gruppierungen aus. Ungezählte Bischöfe und Priester der christlichen Kirchen wurden umgebracht oder verbannt und das Christentum systematisch vernichtet.

In der Sowjetunion gab es keine allgemeinen Menschenrechte, denn das kommunistische System duldete nur sogenannte "Klassenrechte". Der kommunistische "Klassenkampf" sollte angeblich eine glückliche, klassenlose Gesellschaft realisieren, aber die gewaltsamen Massenenteignungen und die willkürlichen Gewalttaten führten schnell zu einem heillosen Chaos.

Nach dem Sturz des Zarenreiches brachen schon bald Handel und Verkehr zusammen. Viele Fabriken wurden geschlossen und riesige landwirtschaftliche Anbauflächen versteppten. Überall breiteten sich chaotische Zustände aus. Infolge der konfusen politischen und wirtschaftlichen Nachkriegsverhältnisse sowie einer großen Dürre brach ab 1921 in Sowjet-Rußland eine gewaltige Hungersnot aus, die mehr als 5,0 Millionen Menschenleben forderte (x076/287).

In der "neuen" UdSSR, die durch den verlustreichen russisch-deutschen Krieg (1914-1918) und den russischen Bürgerkrieg (1918-1920) enorm geschwächt war, schwärmten damals Millionen von Heimatlosen, Bettlern und Waisenkindern ruhe- und ziellos durch das verwüstete Land, um den Hungertod zu entgehen. Gemäß der altbewährten Devise: HELFT! HELFT! Errichtete man z.B. in Berlin das "Auslandskomitee zur Organisierung der Internationalen Arbeiter-Hilfe". Die russische Hungerkatastrophe wurde damals vor allem durch die nordamerikanisch-westeuropäische Lebensmittelhilfsaktion (Leitung: US-Handelsminister Herbert Hoover, 1874-1964) entscheidend gemildert.

Nach den schweren, entbehrungsreichen Kriegs- und Hungerjahren knüpfte die sowjetische Bevölkerung große Hoffnungen und Wünsche an die siegreichen Kommunisten. Die geschun-

dene Zivilbevölkerung wurde jedoch bitter enttäuscht, denn Lenin, der das fast völlig ruinierte Riesenreich mit eiserner Energie durch alle bedrohlichen Krisen jener äußerst schwierigen, unruhigen Zeit geführt hatte, erlitt bereits 1922 einen schweren Schlaganfall. Lenin (der nach dem Schlaganfall teilweise gelähmt war und vorübergehend seine Sprache verlor) kämpfte danach bis zum Januar 1924 verzweifelt gegen den Tod ("Es liegt noch so viel Arbeit vor mir! ...").

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die "Sowjetunion" in den Jahren 1922-1933 (x051/545): >>Sowjetunion (amtlich seit 1922 Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, UdSSR), europäisch-asiatischer Staat mit fast 22 Millionen qkm und 164 Millionen Einwohnern (1932), Hauptstadt Moskau.

Nach dem Ende des Kriegskommunismus 1917/21, des Bürgerkrieges und der äußeren Interventionen (18.3.21 Friede von Riga, Verlust Galiziens und eines weißrussischen Streifens an Polen) und der Einleitung einer inneren Konsolidierung 1921 durch Lenins "Neue Ökonomische Politik" (NEP) begann die Sowjetunion mit dem Abbau der außenpolitischen Isolierung: Durch den Rapallo-Vertrag 1922 (1926 bekräftigt durch den Berliner Vertrag) Beginn einer engen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit mit der Weimarer Republik; 1924 Anerkennung durch Frankreich, Großbritannien (1927-29 unterbrochen) und die meisten europäischen Staaten.

Der grundsätzlichen Doppelbödigkeit sowjetischer Außenpolitik – politisch-ideologisches Offensivstreben und nationales Sicherheitsbedürfnis – entsprach immer eine Ambivalenz (Doppelwertigkeit) ihrer Außenbeziehungen zu den kapitalistischen Staaten: korrekte zwischenstaatliche Beziehungen bei strikter ideologischer Abgrenzung.

Stalins mit dem 1. Fünfjahresplan (1928-33) eingeleitete Politik der forcierten Industrialisierung, Aufrüstung (Zusammenarbeit mit der Reichswehr) und Zwangskollektivierung sowie seine zeitweilige Absage an die Weltrevolution durch das Bekenntnis zum "Aufbau des Sozialismus in einem Lande" hatten weitreichende außenpolitische Konsequenzen: Die Sowjetunion wurde zum attraktiven Anlagefeld für westliche, insbesondere deutsche industrielle Investitionen gegen sowjetische Rohstoff- und Nahrungsmittellieferungen und wurde zu defensiver Sicherheitspolitik nach außen gezwungen. ...<<

Dezember 1922

Deutsches Reich: Hitler ernennt Hermann Göring im Dezember 1922 zum Kommandeur der Sturmabteilung (SA).

Der deutsche Historiker Harald Steffahn schreibt später über Hermann Göring in den Jahren 1893-1933" (x051/222): >>Göring, Hermann, geboren in Rosenheim 12.1.1893, gestorben in Nürnberg 15.10.1946, deutscher Politiker.

Göring war Sohn des ersten Reichskommissars in Deutsch-Südwestafrika. Seine Kindheit und Jugend, schon dadurch großbürgerlich geprägt, gewann ausgesprochenen Feudalstil, als die Eltern um die Jahrhundertwende auf die Besitztümer seines Patenonkels von Epenstein übersiedelten. Auf zwei Schlössern im Salzburgischen und in Franken fand der Junge großzügige Verhältnisse, die ganz offenkundig seinen später berühmt-berüchtigten Hang zu Prunk und Pracht begründeten.

Die militärische Lebensrichtung entwickelte sich aus dem Besuch der Kadettenanstalten Karlsruhe und Lichterfelde bei Berlin. Seine intellektuelle Anlage war vielversprechend. 1912 kam er zur Infanterie ins Elsaß. Der Leutnant ging aber bald zur neuartigen Fliegertruppe über, in der er einer der erfolgreichsten Jagdflieger wurde (Pour le Mérite 1917). Nach Richthofens Tod war er letzter Kommandeur dessen Geschwaders.

Den trüben Nachkriegsverhältnissen entging er durch Übersiedlung nach Dänemark und Schweden, wo er sich als Kunstflieger betätigte und Karin von Kantzow kennenlernte. Die gegenseitige Liebe zerstörte die Ehe der Schwedin, die 1923 nach ihrer Scheidung den 30-

jährigen Fliegerhauptmann a.D. in München heiratete. Göring war bereits 1921 in die Heimatprovinz zurückgekehrt, weil er im Norden keine berufliche Zukunft sah.
Wegentscheidend wurde die Begegnung mit Hitler, der dem Kriegshelden, bei dem Energie und Wille hervorstachen, den weiteren Aufbau der SA übertrug. Ein Jahr später, beim Hitlerputsch, erlitt Göring an der Feldherrnhalle schwere Verletzungen. Er entzog sich dem Haftbefehl durch Flucht nach Österreich. Morphium-Injektionen gegen die Schmerzen machten ihn süchtig. Erst Jahre danach konnte er die Abhängigkeit durch mehrere Entziehungskuren in Schweden überwinden.
Die mittleren 20er Jahre waren Görings glücklose Lebensphase: versehrt, ohne Beruf, verschuldet und landesflüchtig. Eine Amnestie 1927 ermöglichte die Rückkehr, eine Kriegsfreundschaft schlug die Brücke zur Lufthansa und damit zu wirtschaftlicher Erholung.
Göring entfaltete in Berlin ein reges Gesellschaftsleben, das auch politisch förderlich war. Die Kontakte zu Hitler erneuerten sich. 1928 wurde Göring MdR der NSDAP. Das eigene Haus in der Badenschen Straße diente der Pflege der Beziehungen zu den umworbenen politischen und industriellen Kräften. Während Goebbels Berlin auf der Straße und in Redeschlachten zu erobern suchte, errang Göring Siege auf gesellschaftlichem Parkett.
Seine Weltgewandtheit machte ihn eher als andere nationalsozialistische Führer salonfähig in den Augen konservativer Kreise. 1931 starb Karin Göring an Herzschwäche (ihr zu Ehren nannte der Witwer seine spätere Prunkvilla in der Schorfheide "Karinhall").
1932 wurde die NSDAP stärkste Reichstagsfraktion und Göring Reichstagspräsident. Der geschickte Organisator, gute Redner und gerissene Taktiker stellte hier (mit)entscheidende Weichen für die endgültige Gewinnung der Macht im Staat. ...<<

1922

Deutsches Reich: Da die geforderten Reparationen die Leistungskraft der deutschen Wirtschaft erheblich überfordern, ist das Deutsche Reich am Ende des Jahres 1922 nicht in der Lage, alle fälligen Reparationen zu zahlen.
Die ungeschützten Grenzen des Deutschen Reiches werden weiterhin ständig durch polnische Nationalisten bedroht. Vor allem in den preußischen Provinzen Ostpreußen und Schlesien rechnet man im Winter 1922/23 mit dem polnischen Einmarsch.
Österreich: Das Burgenland (Westungarn) kommt aufgrund einer Volksabstimmung (Dezember 1921) im Jahre 1922 nach Österreich zurück (x041/84).
Die österreichische Regierung verzichtet im Jahre 1922 auf den Anschluß an das Deutsche Reich und erhält danach internationale Kredite (x074/1050).
CSR: Die tschechoslowakische Regierung ordnet im Jahre 1922 die Auflösung von 193 deutsche Schulen mit 1.288 Klassen an (x206/27).
Jugoslawien: In Jugoslawien wird im Jahre 1922 das gesamte deutsche Schulwesen verstaatlicht. Von nun an gibt es nur noch serbische, kroatische und slowenische Schulen (x006/23E).
Rumänien: Ministerpräsident Ion Bratianu (1864-1927, Führer der Liberalen und Schöpfer Großrumäniens) bestimmt von 1922-1927 die rumänische Innenpolitik.
Spanien: Franco wird im Jahre 1922 zum Kommandeur der spanischen Fremdenlegion ernannt.
USA: Der nordamerikanische Großindustrielle Henry Ford erläutert im Jahre 1922 die "richtige Einstellung zur Arbeit" (x243/81): >>... Denn es ist etwas ganz Großes um unser Tagewerk - etwas ganz Großes!
Die Arbeit ist der Eckstein, auf dem die Welt ruht, sie ist die Wurzel unserer Selbstachtung.
Und der Arbeitgeber ist verpflichtet, ein noch größeres Tagewerk zu leisten als seine Leute. Der Unternehmer, der seine Pflicht der Welt gegenüber ernst nimmt, muß auch ein tüchtiger Arbeiter sein.
Er darf nicht sagen: "Ich lasse soundso viele tausend Menschen für mich arbeiten." In Wahr-

heit liegen die Dinge so, daß er für die Tausenden von Menschen arbeitet. ...<<

1923

Grausam enttäuschte Hoffnungen, pervertierte Ideale - so könnte man den Erfolg der bolschewistischen Revolution definieren. *Joseph Conrad, eigentlich Theodor J. Korzeniowski (1857-1924, englischer Schriftsteller)*

08.01.1923

Österreich: Der deutsch-österreichische Volksbund fordert am 8. Januar 1923 den Zusammenschluß von Deutschland und Österreich (x034/186).

09.01.1923

Deutsches Reich: Die deutsche Reichsregierung protestiert am 9. Januar 1923 gegen die rücksichtslose französische Reparationspolitik und beantragt einen kurzfristigen Lieferungs- und Zahlungsaufschub, weil man die geforderten Reparationen nicht termingerecht leisten kann.

Da die alliierte Reparationskommission behauptet, daß die Deutschen "absichtlich" zu geringe Kohlelieferungen leisten würden, lehnt die französische Regierung die Fristverlängerung schließlich ab.

10.01.1923

Deutsches Reich: Litauische Truppen dringen am 10. Januar 1923 in das unter französischer Besatzung stehende Memelland ein und besetzen gewaltsam diese ostpreußischen Gebiete, denn die hilflose deutsche Republik ist nicht in der Lage, die schwachen Freikorpsverbände der Litauer (verkleidete Soldaten der litauischen Armee) zu vertreiben (x090/262).

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über das "Memelland" (x051/-381): >>Memelland, ostpreußische Region nördlich der Memel mit der Ostsee-Hafenstadt Memel.

Das Memelland wurde durch den Versailler Vertrag (Artikel 94 bis 99) ohne Volksabstimmung mit 2.566 km² und knapp 140.000 Einwohnern (1919), davon rund 71.000 deutschsprachig und rund 67.000 litauischsprachig (1919), einem alliierten Kondominium mit einem französischen Oberkommissar und französischer Besatzung unterstellt.

Am 10./16.1.23 annektierte Litauen das Memelland, was am 16.2.23 durch eine alliierte Botschafterkonferenz sanktioniert wurde. Am 8.5.24 erhielt es ein Autonomiestatut unter litauischer Staatshoheit mit Landtag, Landesdirektorium und litauischem Gouverneur.

Ab 1926 herrschte Ausnahmezustand wegen der Dauerspannungen zwischen einer durchgehend starken deutschen Landtagsmehrheit und dem Gouverneur infolge zahlreicher Verstöße gegen das Memelstatut im Zuge einer bewußten Litauisierungspolitik. Das hatte negative Rückwirkungen auf die deutsch-litauischen Beziehungen.

Am 23.3.39 marschierten deutsche Truppen aufgrund eines der litauischen Regierung am 22.3.39 aufgezwungenen Vertrages ins Memelland ein, das durch Reichsgesetz in das Deutsche Reich eingegliedert wurde.

Beim Vormarsch der Roten Armee im Herbst 44 verließ der Großteil der deutschen Bevölkerung das Memelland, das im Januar 45 der 1944 konstituierten Sozialistischen Sowjetrepublik Litauen angeschlossen wurde.<<

Der deutsche Außenminister weist die geforderten französischen und belgischen Sicherstellungsansprüche am 10. Januar 1923 zurück.

Die US-Truppen verlassen am 10. Januar 1923 das Rheinland.

Bei einer der "modernen" Antikriegs- und Friedensdemonstrationen fordern die deutschen Linksparteien, Gewerkschaften, Kirchen, der Reichsbund für Kriegsbeschädigte und mehrere Friedensbewegungen am 10. Januar 1923 eine vollständige deutsch-europäische Abrüstung und Kriegsächtung: "Nie wieder Krieg!"

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Pazifismus" (x051/440): >>Pazifismus (lateinisch pax = Frieden), Grundhaltung radikaler Friedfertigkeit sowie die von dieser getragenen politischen Bewegungen.
Der Pazifismus als ideologische Größe war eine Folge der Napoleonischen Kriege und kam um die Mitte des 19. Jahrhunderts als Begriff in die internationale Diskussion. Friedensgesellschaften und -vereine, in Deutschland um die Jahrhundertwende aufkommend, machten Pazifismus zu ihrem Programm aus religiösen, ökonomischen, humanitären oder allgemeinen politischen Gründen und forderten die Ächtung des Krieges und Kriegsdienstverweigerung.
Der Erste Weltkrieg wurde ein schwerer Rückschlag für den Pazifismus insbesondere in Deutschland, wo die Agitation der politischen Rechten seinem Einfluß die Niederlage zuschrieb (Dolchstoßlegende). Hinzu kam, daß die pazifistische Forderungen der Friedensverträge und der Völkerbundssatzung nach Abrüstung allein bei den Geschlagenen durchgesetzt wurden, so daß der Pazifismus als "Würgemittel gegen das deutsche Volk" denunziert werden konnte.
So zeichnete es v.a. die nationalsozialistische Propaganda, die im Pazifismus Volksverrat sah und gegen pazifistische Autoren wie Remarque und andere und pazifistische Gruppierungen wie die "Liga für Menschenrechte" und andere polemisierte. Nach der Machtergreifung gab es für sie in Deutschland keine Betätigungsmöglichkeit mehr.
Nach nationalsozialistischer Auffassung ging der Pazifismus von der Fiktion der Gleichheit aller Menschen aus und war damit internationalistisch und also gegen das eigene Volkstum gerichtet, dessen Selbstbehauptungswillen er untergrabe. Den Pazifisten wurde Feigheit vorgeworfen und der Appell an "Mutlosigkeit und Trugideen". Sie sähen nicht, daß sie das Geschäft der Feinde Deutschlands, insbesondere des Weltjudentums, besorgten.
Tatsächlich war der Pazifismus in den westlichen Demokratien weit stärker als in Deutschland und ein wesentlicher Motor z.B. des Appeasement. Hitler kalkulierte bei seiner außenpolitischen Strategie der Drohungen bewußt mit dieser "Verweichlichung", nach vielen Erfolgen letztlich eine Fehlrechnung. Dennoch diskreditierte das Zurückweichen vor der Gewaltpolitik Hitlers den Pazifismus weit über das Kriegsende hinaus und diente noch in den 80er Jahren als Argument gegen die Friedensbewegung. Inzwischen jedoch ist der Pazifismus im nuklearen Zeitalter ohne Alternative.<<

11.01.1923

Deutsches Reich: Als das Deutsche Reich nicht rechtzeitig genügend Holz und Kohlen liefert (Reparationsrückstände = ca. 24,0 Millionen Mark), marschieren am 11. Januar 1923 französisch-belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein (später halten sich dort insgesamt rund 100.000 Besatzungssoldaten auf).
Die empörte Bevölkerung des Ruhrgebietes reagiert vielerorts mit passiven Widerstandshandlungen. Im Deutschen Reich bricht danach ein Sturm der Entrüstung los.
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die Inflation im Deutschen Reich und die Besetzung des Ruhrgebietes (x364/131-134): >>… **Der Vertrag zinkte die Karten**
In "Empire of The City" schreibt E. C. Knuth: "Die finanziellen Bestimmungen des Vertrages sind vielleicht der überhaupt unglaublichste Teil dieses absolut perfiden Papierwerkes, das jemals zustandegebracht wurde und das im Sinne praktischer Durchführbarkeit den reinsten Blödsinn enthielt."
Der in dem "Vertrag" enthaltene "Blödsinn" zinkte die Karten zugunsten der internationalen Banker und ebnete ihnen den Weg, um ihre weltweiten Ambitionen ein gutes Stück voranzutreiben.
Im Anschluß an die von der City bei Einstellung des Feuers kaltblütig verhängte, mörderische Blockade Deutschlands - 800.000 Deutsche starben vor Hunger und Krankheit in nur neun

Monaten - wurden dem deutschen Volk untragbare Reparationsleistungen als Ergebnis des Versailler Vertrages auferlegt. Eine erste Zahlung in Höhe von 20.000 Millionen Mark sollte bis Mai 1921 erfolgen. Als zu diesem Zeitpunkt etwas weniger als die Hälfte davon tatsächlich bezahlt worden war, drohten die Franzosen mit der Besetzung des Ruhrgebietes, um dadurch die Bezahlung zu erzwingen.
Diese Krise ging vorüber, nachdem Deutschland, von einem weiteren Ultimatum unter Druck gesetzt, eine Reparationsrechnung von insgesamt 132.000 Millionen Mark annahm und den Siegern Schuldscheine in dieser Höhe ausstellte. Davon wurden 83 Milliarden beiseite gelassen und vergessen. Aber Deutschland sollte auf die restlichen 50 Milliarden jährliche Zinsen in Höhe von 2,5 Milliarden sowie 0,5 Milliarden pro Jahr zahlen, um die Gesamtschuld zu verringern.
"Deutschland konnte diesen Verpflichtungen nur unter zwei Voraussetzungen nachkommen:
1. wenn es einen Haushaltsüberschuß hätte und 2. wenn es mehr exportieren als importieren könnte - das heißt eine positive Handelsbilanz hätte."
Die "Mächte der Zukunft" sorgten dafür, daß diese Ziele nicht erreicht werden konnten, ohne daß dabei der Lebensstandard in Deutschland auf eine Stufe gedrückt werden mußte, auf der die deutschen Arbeiter kaum mehr als geknechtete Sklaven ausländischer Herren sein würden.
Zum Beispiel belegte 1921 England sämtliche Importe aus Deutschland mit einer 26prozentigen Steuer. Außerdem weigerte sich England, deutsche Waren in ausreichenden Mengen einzuführen.
Daß Deutschland die Reparationszahlungen in Waren und Dienstleistungen hätte begleichen können, wenn seine Gläubiger den Willen gehabt hätten, diese Waren- und Dienstleistungen anzunehmen, wird durch die Tatsache veranschaulicht, daß das reale pro-Kopf-Einkommen des deutschen Durchschnittsarbeiters zu Beginn der 20er Jahre um 18 Prozent höher lag als in der Wirtschaftsblüte des Jahres 1913.

Chronische Inflation

Anstatt den Lebensstandard drastisch zu senken und gewaltige Steuererhöhungen vorzunehmen, ließ die deutsche Regierung mehrere Jahre lang einen unausgeglichenen Haushalt zu. Die Riesendefizite werden in dem von der Zentralbank (Reichsbank) geliehenen Geld bezahlt, die den internationalen Banken unterstand. Das Ende war leicht vorherzusehen: chronische Inflation! Im Jähe 1920 erhielt man für 20 Mark ein englisches Pfund. Zum August 1921 brauchte man bereits 300 Mark, um ein Pfund zu kaufen.
Drei Monate später war der Wechselkurs 1.000 : 1. Danach verschlechterte sich die Lage rasant. Zum Januar 1923 mußten 80.000 Mark für ein englisches Pfund bezahlt werden. Sieben Monate später lag der Kurs bei 20 Millionen für ein Pfund. Und am Jahresende brauchte man 20 Milliarden Mark, um ein englisches Pfund zu kaufen.
Der Wert des deutschen Papiergeldes verflüchtigte sich mit so alarmierendem Tempo, daß am Schluß die Bank nur noch eine Seite des Scheins bedruckte. Damit das Papier, auf das die Banknoten gedruckt wurden, nicht am Ende mehr wert war als der darauf genannte Betrag, gab die Reichsbank nur Scheine in astronomischen Beträgen heraus.
Viele Arbeiter wurden zweimal am Tag bezahlt, zu Mittag und bei Feierabend. Die Ehefrauen kamen zu ihren Männern vor die Fabriktore, holten die Bündel Geld und rannten zum nächsten Laden, um Lebensmittel und sonst Notwendiges noch vor der nächsten Preiserhöhung einzukaufen. Furcht und Verzweiflung bemächtigte sich des Landes.
Die Mittelklasse war praktisch ausradiert. Wer Immobilien besaß - Gebäude, Land, Fabriken - profitierte von der Panik: er konnte seine Schulden mit Inflationsmark abbezahlen.
In diesem Chaos stellte Deutschland den Antrag auf ein Moratorium für sämtliche Bargeldzahlungen für die Reparationen, und zwar für die nächsten zwei Jahre. Die siegreichen Mächte lehnten den Antrag ab und am 9. Januar 1923 stimmte die Reparationskommission mit drei

zu eins dafür (auf Geheiß der City stimmte England mit "Nein". Man wollte lieber die Ausländer die schmutzige Arbeit für einen machen lassen), daß Deutschland mit seinen Zahlungen in Verzug sei.
Zwei Tage später marschierten die Streitkräfte Frankreichs, Belgiens und Italiens in das Ruhrgebiet ein und besetzten Fabriken, Bergwerke, Wälder und sonstige wertvolle Plätze, aus denen sich Geld zwecks Reparationszahlungen herausholen ließ. Die deutschen Arbeiter an der Ruhr riefen zu einem Generalstreik auf, weigerten sich, die Wiedergutmachungszahlungen vorzunehmen und begannen ein Programm des passiven Widerstandes. Die Regierung stellte sich hinter die Streikenden.
Das besetzte Gebiet war relativ klein (rund 100 mal 50 km), enthielt aber 10 Prozent der Bevölkerung und erzeugte 80 Prozent der deutschen Kohle, Eisen und Stahl und stellte 70 Prozent des Gütertransportes. Die Besetzung erwies sich als ein Mißerfolg. Die Besatzer, (12.500 Mann stark und 2.000 Kollaborateure) versuchten vergebens, die Funktionsfähigkeit des Gebietes aufrecht zu erhalten.



"So, jetzt haben wir den Völkerbund". Alle gegen Einen, gegen den nackt auf dem Boden liegenden deutschen Michel.

Die Ereignisse an der Ruhr stellten eine ungeheure Belastung für die … deutsche Wirtschaft dar. Nicht nur, daß dadurch die Mark kaputt gemacht wurde, sondern auch die Besatzungs-

mächte erhielten nicht die von ihnen gewünschten Reparationen.<<

Der deutsche Historiker Wilfried Loth berichtet später über die Besetzung des Ruhrgebietes durch französisch-belgische Truppen (x291/66-68): >>... Im Laufe des Jahres 1921 rückte eine Revision des Versailler Vertrages zugunsten Deutschlands immer näher: Die Deutschen drohten seit dem Vertrag von Rapallo im April mit einer engeren Verbindung mit der Sowjetunion und brachten zugleich unter Hinweis auf ihren Währungsverfall, den sie selbst aktiv förderten, ein Moratoriumsersuchen nach dem anderen vor.

Als im November in Berlin eine Regierung gebildet wurde, die offensichtlich entschlossen war, überhaupt nicht zu zahlen (Kabinett Cuno), rang sich das französische Kabinett, nunmehr unter dem Vorsitz von Poincaré, dazu durch, die unter Briand schon einmal vorbereitete Ruhrbesetzung doch noch vorzunehmen: Nur so schien es ihm möglich, den Trend zur allgemeinen Revision noch einmal umzukehren und an die zur Lösung der eigenen Finanzprobleme dringend benötigten Gelder heranzukommen.

Nach einigen diplomatischen Scharmützeln, die nur deutlich machten, daß auch die Deutschen entschlossen waren, die Kraftprobe zu wagen, rückten am 11. Januar 1923 französische und belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein. Die Briten blieben abseits, ließen ihre Verbündeten aber vorerst gewähren.

Die Kraftprobe mündete zunächst in einen Sieg der französischen Seite. Die Reichsregierung inszenierte zwar einen "passiven Widerstand der Ruhrbevölkerung", der das wirtschaftliche Leben in den besetzten Gebieten fürs erste lahmlegte, konnte die Besatzer damit aber nicht zum Aufgeben zwingen und mußte die Finanzierung des Widerstands zudem mit der völligen Zerrüttung der deutschen Währung bezahlen.

Im Sommer begann die Streikfront abzubröckeln; die Unternehmer fanden sich allmählich bereit, mit der Interalliierten Kontrollkommission (MICUM) Verhandlungen über Reparationslieferungen aufzunehmen. Außerdem geriet die Reichseinheit ins Wanken: Die Wirtschaftsgrenzen, die die Besatzer errichtet hatten, wirkten auf eine Umorientierung der Ruhrwirtschaft zum Westen hin, die massenhafte Ausweisung preußischer Beamter schwächte den administrativen Zusammenhalt; und die Ermunterung separatistischer Aktivitäten durch die Besatzungsbehörden fand unter diesen Umständen verstärkt Resonanz.

Der deutschen Seite blieb schließlich nichts anderes übrig als zu kapitulieren: Am 26. September gab der neue Reichskanzler Gustav Stresemann offiziell das Ende des "passiven Widerstands" bekannt und erklärte sich zu neuen Verhandlungen über ein Reparationsabkommen bereit.

Poincaré wollte sich mit diesem Erfolg aber noch nicht zufriedengeben. Einerseits verfügte er noch nicht über sichere Garantien für künftiges deutsches Wohlverhalten; und andererseits schien sich ihm durch die Lockerung der Bindungen der besetzten Gebiete an das Reich doch noch die Gelegenheit zu ergeben, in der Rheinlandpolitik weiterzukommen, als dies 1919 möglich gewesen war.

So schlug er die deutschen Verhandlungsofferten aus, ließ die Besatzungstruppen weiter separatistische Aktivitäten fördern und verhandelte schließlich im November mit Adenauer und dessen Freunden (die sich dazu von der Reichsregierung hatten ermächtigen lassen) über die Bildung einer Rheinischen Republik.

Damit aber ging er über Frankreichs Möglichkeiten hinaus: Während Adenauer die Verhandlungen in die Länge zog, bis sich die Finanzen des Reiches nach der Einführung der Rentenmark wieder erholten, nahm der Kursverfall des Franc, der durch die Kraftanstrengung an der Ruhr ebenfalls mitgenommen war, dramatische Ausmaße an. Im Januar 1924 kamen die Banken der Londoner City den Deutschen zu Hilfe; die Franzosen aber mußten, um ebenfalls finanzielle Unterstützung von britischer und amerikanischer Seite zu erlangen, ihre Separierungspläne aufgeben. ...<<

13.01.1923

Deutsches Reich: Nach der Besetzung des gesamten Ruhrgebietes verkündet Reichskanzler Wilhelm Cuno (1876-1933) am 13. Januar 1923 den "passiven Widerstand". Die deutschen Botschafter verlassen Paris und Brüssel.

Im gesamten Ruhrgebiet versenkt man später z.B. Schiffe, um Kanäle zu blockieren und sprengt Bahnstrecken, um den Abtransport der Kohle zu verhindern. Sämtliche Kohlelieferungen werden eingestellt.

Bei den erbitterten Auseinandersetzungen kommen später mindestens 132 Deutsche um. Die Besatzer verhängen außerdem 11 Todesurteile und 5 lebenslange Zuchthausstrafen (x034/-204).

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über den "Ruhrkampf" (x051/-504): >>Ruhrkampf, deutscher Widerstand gegen die Besetzung des Ruhrgebietes am ... (11.1.23) durch französische und belgische Truppen unter dem Vorwand, Berlin sei mit seinen Reparationslieferungen (Holz, Telegrafenpfähle, Kohle) im Rückstand (Politik der "produktiven Pfänder").

Der Ruhrkampf wurde von der Bevölkerung mehrheitlich als "passiver Widerstand" (Einstellung von Reparations- und Dienstleistungen an die Besatzungsmächte, Stillegung von Gruben, Fabriken, Eisenbahnen), zum geringeren Teil auch mit aktiven Sabotagemaßnahmen (Versenkung von Binnenschiffen, Blockierung von Kanälen, Sprengung von Schienen) geführt und löste zeitweise sogar eine Aktionsgemeinschaft zwischen Nationalsozialisten (Schlageter) und Kommunisten (nationalkommunistischer "Schlageter-Kurs" unter Radek) aus.

Gegenterror, Repressalien und Ausweisungen seitens der Besatzungsmächte führten zu Haß und Verbitterung unter der Bevölkerung; die finanzielle Unterstützung des Ruhrkampfes durch die Reichsregierung ließ den Kurs der Reichsmark ins Bodenlose fallen (Inflation). Die Franzosen ermutigten separatistische Bewegungen im Rheinland und in der Pfalz.

Die politischen und wirtschaftlichen Gefahren veranlaßten Reichskanzler Stresemann am 26.9.23 zum bedingungslosen Abbruch des Ruhrkampfes; diese Entscheidung löste u.a. am 9.11.23 den Hitlerputsch aus.

Am Ende leitete aber die Wiederaufnahme der Erfüllungspolitik die Durchbrechung der internationalen moralischen Isolierung des Deutschen Reiches und die vermittelnde Tätigkeit Englands und der USA in der Reparationsfrage (Dawesplan) ein. Das Ruhrgebiet wurde bis zum Juli 25 wieder geräumt.<<

27.01.1923

Deutsches Reich: Die NSDAP führt ihren ersten Reichsparteitag (27.-29.1.1923) in München durch.

Großbritannien: Britische Juristen kritisieren am 27. Januar 1923 die französisch-belgische Ruhrbesetzung (Verletzung des Versailler Friedensvertrages).

29.01.1923

Deutsches Reich: Der französische General Jean-Marie Degoutte (1866-1938) ordnet am 29. Januar 1923 im besetzten Ruhrgebiet den "verschärften Belagerungszustand" an.

30.01.1923

Schweiz: Im sogenannten "Frieden von Lausanne" wird am 30. Januar 1923 die türkisch-russische Annexion Armeniens durch den Völkerbund anerkannt und damit die Liquidation des Staates Armenien offiziell bestätigt.

Das Osmanische Reich behält die besetzten Gebiete Westarmeniens (Kars und Ardahan), während die restlichen Gebiete Armeniens von der Sowjetunion übernommen werden. (x061/-445). Das zu 75 % von Armeniern bewohnte Nagorny-Karabach wird der Sowjetrepublik Aserbaidschan zugeordnet.

Ungeachtet der bisherigen Vorkommnisse verzichtet der Völkerbund auf türkische Reparatio-

nen und fördert bzw. genehmigt die "Umsiedlung" von etwa 1.350.000 Griechen und 430.000 Türken (x061/445).

Umsiedlung von Griechen und Türken

Während man in Europa im 19. Jahrhundert grundsätzlich auf die Vertreibung von nationalen Volksgruppen verzichtet hatte, begannen nach dem Ersten Weltkrieg im Jahre 1923 erstmalig sogenannte "freiwilligen" Umsiedlungen, die später nach dem Zweiten Weltkrieg in unvorstellbaren, gewaltsamen Massenvertreibungen enden sollten.

Nach langwierigen Verhandlungen beschlossen die führenden Mächte des Völkerbundes, Frankreich und Großbritannien, am 30. Januar 1923 eine umfangreiche griechisch-türkische Umsiedlungsaktion.

Infolge des sog. "Integralnationalismus" strebte man ab 1923 in den europäischen Ländern deckungsgleiche Volkstums- und Staatsgrenzen an ("ein Volk = ein Staat"). Diese "Flurbereinigungen" wurden auf Dauer als die vernünftigste Lösung angesehen, um Feindschaften und Spannungen zwischen den unterschiedlichen Nationalitäten zu beenden. Diese angeblich "vernünftige Lösung" sollte besonders für die vielfältigen Nationalitäten in Osteuropa, die im allgemeinen seit Jahrhunderten friedlich neben- und miteinander lebten, verhängnisvolle und verheerende Folgen haben.

Am 30. Januar 1923 unterzeichneten Griechenland und das Osmanische Reich während der Konferenz von Lausanne die Konvention über den "freiwilligen Bevölkerungstransfer". Die besiegten Griechen (türkisch-griechischer Krieg von 1921/22) mußten danach große Gebiete in Kleinasien (Ostthrazien bis zur Maritza, die Inseln Imbros und Tenedos sowie das Gebiet um Smyrna) räumen, obwohl diese Siedlungsgebiete größtenteils schon seit der Zeit des neuen Testaments die Heimat der Griechen war. In den folgenden 6 Jahren wurden ca. 1.350.000 Griechen und 430.000 Türken aus Ostthrazien und Anatolien umgesiedelt (1.000.000 Griechen waren schon vorher wegen der allseits gefürchteten Türkengreuel geflohen).

Die vielerorts brutale und unmenschliche Umsiedlung der Griechen und Türken wurde später als erfolgreiche "friedensbildende Maßnahme" gefeiert. Vor allem der spätere britische Premierminister Churchill und US-Präsident Warren G. Harding (1865-1923, seit 1921 Präsident) waren nach dieser "friedlichen Umsiedlung" begeisterte Anhänger dieser "einfachen Lösung", obgleich es sich bei diesen radikalen ethnischen Trennungen um ausgesprochen barbarische Aktionen handelte, die vor allem für die griechischen Vertriebenen schwerste Leiden und große wirtschaftliche Schwierigkeiten brachten.

Der britische Außenminister George N. Curzon (1859-1925, ehemaliger Vizekönig von Indien), verurteilte damals entschieden den sogenannten "freiwilligen Bevölkerungstransfer".

George N. Curzon warnt während der Konferenz von Lausanne vergeblich (x025/132): >>... (vor dieser) durch und durch schlechten Lösung, für welche die Welt in den nächsten hundert Jahren eine schwere Strafe zu zahlen haben wird. ...<<

Nach den griechisch-türkischen Umsiedlungen machten sich schon bald die ersten verhängnisvollen Nebenwirkungen dieser verantwortungslosen "Umsiedlungspolitik" bemerkbar. In Polen mußten sich die Deutschen in den ehemaligen preußischen Provinzen Posen und Westpreußen sowie andere nationale Minderheiten spätestens ab 1923 entweder völlig unterordnen, oder sie wurden vielfach gewaltsam gezwungen, ihre z.T. uralten Heimatorte kurzfristig zu verlassen.

Prof. Dr. Horst Geyer (1907-1958, deutscher Psychiater und Schriftsteller) schreibt später über die zwangsweisen "Umsiedlungen" nach dem Ersten Weltkrieg (x219/142): >>... Die Tatsachen muten wie ein Stück aus dem Tollhaus an: Nach dem ersten Weltkrieg kam es zu einer Orgie der Nationalstaaterei – Polen, Tschechoslowakei und Jugoslawien entstanden als neue politische Gebilde, Rußland praktiziert eine ganz neue revolutionäre Staatsführung.

So setzen die Massenfluchten ein: 1,2 Millionen Russen fliehen in die Länder des Westens,

200.000 der baltischen Länder und der Tschechoslowakei siedeln nach Deutschland über; ebenso viele kommen aus Elsaß-Lothringen und Eupen-Malmedy. 120.000 Bulgaren werden aus Griechenland vertrieben, dafür werden 50.000 Griechen aus Bulgarien hinausgeworfen. Aus Jugoslawien und der Tschechei weist man 200.000 Ungarn aus, dieselbe Anzahl gleicher Nationalität noch einmal aus Rumänien. 1922 veranlaßt der griechisch-türkische Krieg die Flucht von 1,2 Millionen Griechen aus der Türkei und von 400.000 Türken aus Griechenland.<<

31.01.1923

Deutsches Reich: Ein belgisches Kriegsgericht verurteilt am 31. Januar 1923 in Aachen vier deutsche Polizisten zum Tod.

Januar 1923

Deutsches Reich: Die Inflation führt zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Währung. Im Januar 1923 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 schließlich fast 100,0 % (x149/42).

13.02.1923

Deutsches Reich: Reichspräsident Ebert ruft am 13. Februar 1923 zum passiven Widerstand gegen die Besetzung des Ruhrgebietes auf.

In den höheren Schulen Bayerns wird am 13. Februar 1923 das bisherige Pflichtfach "Französisch" durch "Englisch" ersetzt.

31.03.1923

Deutsches Reich: Während einer Demonstration gegen die französischen Besatzungstruppen werden am 31. März 1923 in Essen 13 deutsche Demonstranten erschossen (x034/192).

04.05.1923

Deutsches Reich: Im preußischen Landtag ereignet sich am 4. Mai 1923 eine Prügelei zwischen SPD- und KPD-Abgeordneten, so daß die Sitzung geschlossen werden muß.

06.05.1923

Deutsches Reich: Die französischen und belgischen Besatzungsmächte lehnen am 6. Mai 1923 ein deutsches Reparationsangebot ab.

26.05.1923

Deutsches Reich: Albert Leo Schlageter (1894-1923, deutscher Offizier im 1. Weltkrieg und Freikorpskämpfer im Baltikum) wird am 26. Mai 1923 wegen Sabotage von den französischen Besatzungstruppen in der Golzheimer Heide (bei Düsseldorf) erschossen.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den aktiven Widerstand des Albert Leo Schlageter (x051/516): >>Schlageter, Albert Leo, geboren in Schönau (Schwarzwald) 12.8.1894, gestorben in der Golzheimer Heide (heute Düsseldorf) 26.5.1923 (erschossen), deutscher Offizier; im 1. Weltkrieg Freiwilliger (zuletzt Leutnant), ausgezeichnet mit dem EK I, 1919-21 Freikorpskämpfer im Baltikum, bei der Niederschlagung eines kommunistischen Aufstands im Ruhrgebiet und in Oberschlesien.

Nach Einsetzen des Ruhrkampfes gegen die französische Besatzung propagierte Schlageter den Übergang vom passiven zum aktiven Widerstand und beteiligte sich an Sabotageakten. Schlageter, der ab 1922 dem NSDAP-Ableger Großdeutsche Arbeiterpartei angehörte, wurde Opfer von Spitzeln in den eigenen Reihen. Nach geglücktem Anschlag auf die Bahnlinie Düsseldorf-Duisburg bei Kalkum verrieten sie ihn den französischen Behörden, die ihm den Prozeß machten und ihn am 8.5.23 zum Tod verurteilten. Trotz massiver deutscher Proteste bestätigte Poincaré zum Zeichen der Unerbittlichkeit das Urteil.

Schlageter wurde von den Rechtsparteien, insbesondere den Nationalsozialisten, zum "Märtyrer" aufgebaut. 1931 setzten sie ihm an der Hinrichtungsstätte ein 31 m hohes Ehrenkreuz, 1933 schrieb Johst ein Schlageter-Drama, das er Hitler widmete.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Oktober 2018) im

COMPACT-Spezial Nr. 19 (x344/22-24): >>**"Wanderer ins Nichts"**

_ von Rüdiger Lenhoff

Im Frühjahr 1923 exekutierten französische Besatzungstruppen im Rheinland einen deutschen Patrioten und schufen damit einen Märtyrer, der in allen politischen Lagern geachtet wurde. Doch aus dem kollektiven Gedächtnis der Nation ist er verschwunden.

"Grüßen Sie meine Eltern, meine Geschwister und mein Deutschland! Auf Wiedersehen!" - Das soll Albert Leo Schlageter in den Morgenstunden des 26. Mai 1923 gerufen haben, bevor er auf der Golzheimer Heide bei Düsseldorf erschossen wurde.

Mit seinen kühnen Sabotageakten hatte er den Abtransport heimischer Kohle nach Frankreich behindert und damit mehr als nur jenen passiven Widerstand geleistet, wie er von der Reichsregierung propagiert wurde.

"Ist der Krieg auch schrecklich, seine Schönheiten und Anziehungen hat er doch."

Albert Leo Schlageter

Schlageters Leben war das eines soldatischen Draufgängers, der sich für sein politisch ohnmächtiges und wirtschaftlich ausgeplündertes Vaterland verzehrte. Er gehörte zu jener Sorte von Männern, wie sie nur durch die Zeitumstände des Ersten Weltkrieges und die Not danach geformt werden konnten. Es waren ruhelose Geister, unbürgerliche Existenzen, die der Diktatfriede von Versailles, kommunistische Aufstände, Landraubversuche im Osten und die Ruhrbesetzung zu irregulären Kämpfern des Reiches werden ließen.

Kampf um Oberschlesien

Im August 1894 in Schönau im Schwarzwald als sechstes Kind einer katholischen Bauernfamilie geboren, machte Schlageter nach Kriegsbeginn sein Notabitur und trat im Dezember 1914 als Kriegsfreiwilliger ins 5. Badische Feldartillerieregiment Nr. 76 ein. Im März 1915 berichtete er einem ehemaligen Lehrer: "Ist der Krieg auch schrecklich, seine Schönheiten und Anziehungen hat er doch, besonders für uns junge Leute." Seine christliche Prägung spricht aus vielen Feldbriefen. "Der Krieg fordert nur die besten und tüchtigsten Leute, so daß wir, die wir noch am Leben sind, ... uns fast schämen. Gottes heiliger Wille hat es so beschlossen", schrieb er im April 1916.

Im Mai 1917 bekommt der Soldat das Eiserne Kreuz II. Klasse und im April 1918 das Eiserne Kreuz I. Klasse verliehen. Das Theologiestudium, für das sich Schlageter zwischenzeitlich an der Universität Freiburg eingeschrieben hatte, führte er nach seiner Entlassung nicht fort, sondern besuchte für kurze Zeit Nationalökonomie-Vorlesungen. Der Schriftsteller Ernst von Salomon, damals Freikorpskämpfer, bemerkte dazu rückblickend: "Das Studium vermochte ihm so wenig wie allen Männern der Front in jenen Tagen die Auffassung zu vermitteln, daß die Zeit nach guten Bürgern und auskömmlichen Berufen statt nach Männern und harten Aufgaben verlange."

Tatendurstig trat Schlageter Anfang 1919, kurz nach dem Ende des Krieges, dem Jungdeutschen Orden bei und schloß sich wenig später dem Freikorps des Hauptmanns Walter-Eberhard Freiherr von Medem an, das im Baltikum gegen die Bolschewisten kämpfte. Nach zeitgenössischen Berichten war der Leutnant ein schneidiger Batterieführer. Im Oktober 1919 räumte er in einem Brief an seine Eltern mit Schauergeschichten auf, die schon damals über die Freiwilligenverbände kursierten: "Wir sind zu den Russen übergetreten, trotz all der Einsprüche der deutschen Regierung. Wir werden auch Kurland nicht verlassen, wenn auch der Engländer noch so drängelt.

Denn es gilt wirklich, ein Land zu befreien von den ärgsten Greueltaten. Daß wir hier plündern und räubern, ist alles von Grund auf erlogen. Bei uns wird der kleinste Diebstahl viel, viel strenger bestraft wie früher. Wir haben eine sehr gute Disziplin."

Frankreich verfolgte eine aggressive Politik der "produktiven Pfändung".

Im März 1920 beteiligte sich der patriotische Feuerkopf an der Niederschlagung des linksra-

dikalen Ruhraufstandes und kämpfte unter anderem in den Straßen Bottrops. Im Mai 1921 kam es zu erbitterten Kämpfen zwischen polnischen Freischärlern und deutschen Selbstschutzverbänden in Oberschlesien, obwohl die Volksabstimmung zwei Monate zuvor ein klares Votum für den Verbleib der Provinz bei Deutschland ergeben hatte. In den Reihen des Freikorps von Heinz Oskar Hauenstein war dort auch der Badener wieder dabei. Ernst von Salomon war voll des Lobes:
"Das Bataillon Schlageter war eines der ersten an der sich langsam neu bildenden Front des deutschen Selbstschutzes. Es schob sich im Rahmen des Regiments in dauernden Gefechten bis in die Ausgangsstellung zu jenem entscheidenden Sturm heran, der den Annaberg wieder in deutsche Hand und Oberschlesien in seinen deutschen Teilen wieder zum Reich bringen sollte."

Unter französischer Kuratel

1922 zog es den Freikorpsveteranen nach Berlin, das ein Magnet für Aktivisten und Hasardeure aller politischen Lager war, die Kontakte knüpften und in Lauerstellung auf den großen Knall warteten. Aber Schlageter interessierte sich nicht für Parteiprogramme, sondern für einsatzfrohe Männer gleicher Gesinnung und Haltung. Als die Franzosen ins Ruhrgebiet einmarschierten, setzte auch er sich in Bewegung und wurde am neuen Krisenherd aktiv.
Im Mai 1921 hatten die Siegermächte auf der Londoner Reparationskonferenz von Deutschland die Zahlung von 132 Milliarden Goldmark verlangt und im Weigerungsfall die Besetzung des rohstoffreichen Ruhrgebietes angedroht.
1922 konnte die von Inflation gebeutelte junge Weimarer Republik ihren Zahlungs- und Lieferungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Ende des Jahres stellte die alliierte Reparationskommission fest, daß Deutschland mit seinen Holz- und vor allem Kohlelieferungen im Rückstand war. Die französische Regierung unter Raymond Poincaré lehnte jedes Entgegenkommen ab und verfolgte eine aggressive Politik der "produktiven Pfändung". Das bedeutete nichts Geringeres als den Marsch an Rhein und Ruhr.
Am 11. Januar 1923 drangen französische und belgische Truppen in die Herzkammer der deutschen Kohleproduktion ein. Die Reichsregierung unter Wilhelm Cuno rief daraufhin den passiven Widerstand aus und untersagte allen Beamten, einschließlich den Eisenbahnern, die Anordnungen der "Einbruchsmächte" zu befolgen. Von heute auf morgen versiegten alle Kohlelieferungen an das Ausland. Ohne die Mithilfe der deutschen Arbeiter bekamen die Ruhrbesatzer die Kohle weder abgebaut noch ausgeliefert.
Schlageter wollte den passiven Widerstand nun in den aktiven überführen. Ihn schreckte auch nicht, daß die Interalliierte Rheinlandkommission allen mit dem Tod drohte, die sich der Sabotage des Eisenbahnverkehrs und des Anschlags auf Besatzungstruppen schuldig machen. Kämpfernaturen wie Schlageter und Hauenstein erwiesen sich als Männer der Tat, indem sie Bahnschienen und Brücken sprengten, um Kohlentransporte nach Frankreich gänzlich unmöglich zu machen. Aufsehen erregte die von Schlageter für sich reklamierte Beschädigung einer Eisenbahnbrücke bei Kalkum nahe Düsseldorf im März 1923.
Einiges spricht dafür, daß die vielfältigen Sabotageakte mit stillem Einverständnis staatlicher Stellen erfolgten. Unklar und damit Stoff für Verschwörungstheorien ist bis heute, ob Verrat durch eingeschleuste Spitzel oder Unvorsichtigkeit zur Verhaftung Schlageters im April 1923 führte. Schon zwei Monate später wurde er von einem französischen Kriegsgericht wegen Spionage und Sabotage zum Tode verurteilt. Jede Revisionsmöglichkeit wurde ausgeschlossen, Poincaré lehnte ein Gnadengesuch ab.
Schlageters Hinrichtung machte ihn nicht nur in nationalen Kreisen zum Märtyrer, sondern bewegte weite Teile des Volkes. Die Ruhrbesetzung war überall verhaßt, weil sie die Inflation zur Hyperinflation verschärfte und damit die Massenverarmung verstärkte. Sie wurde auch als demütigend empfunden, weil die französische Regierung gezielt nord- und schwarzafrikani-

sche Besatzungstruppen in die Ruhr-Metropolen entsandte. Im Lande herrschte die einhellige Meinung vor, daß die französische Besatzungsmacht kein Recht habe, einen Deutschen auf unrechtmäßig besetztem Heimatboden vor ein Kriegsgericht zu stellen und zum Tode zu verurteilen.

Ehrung durch Nazis und Kommunisten

In dieser Gemengelage erkannten die Kommunisten eine Chance, der eigenen Sache durch das Propagieren einer Kampfgemeinschaft aller arbeitenden Deutschen mehr Schubkraft zu verleihen. Am 20. Juni 1923 hielt Karl Radek in einer Sitzung der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale seine berühmte Rede "Leo Schlageter, der Wanderer ins Nichts", in der er dem von den Franzosen füsilierten Kämpfer gegen die Ruhrbesetzung huldigte und mit den Worten schloß:

"Schlageter kann nicht mehr diese Wahrheit vernehmen. Wir sind sicher, daß hunderte Schlageters sie vernehmen und sie verstehen werden." Das Protokoll des 3. Plenums des Exekutivkomitees vermerkt allgemeinen Beifall. Die Rede erregte viel Aufmerksamkeit, verpuffte aber ohne die erhoffte Mobilisierungswirkung.

Erfolgreicher bei der propagandistischen Indienstnahme Schlageters waren die Nationalsozialisten - und das, obwohl sie den aktiven Widerstand im Ruhrgebiet aus politischem Kalkül nicht unterstützt hatten. Schon im Frühjahr 1923 wurde innerhalb der Münchner SA eine "Kompanie Schlageter" ins Leben gerufen. Am 10. Juni 1923, als der Hingerichtete in einem Ehrengrab auf dem Schönauer Friedhof beigesetzt wurde, hielt die NSDAP in München eine eigene Gedenkveranstaltung unter Beteiligung Hitlers ab.

Anläßlich des zehnjährigen Todestages Schlageters am 26. Mai 1933 sprach der Philosoph Martin Heidegger vor dem Haupteingang der Universität Freiburg auf einer großen Gedenkfeier. Zu Ehren des ehemaligen Freiburger Studenten sagte der Universitätsrektor: "Schlageter starb den schwersten Tod, nicht mehr in der vordersten Front als Führer seiner Infanteriebegleitbatterie, nicht mehr im Drang des Angriffs, auch nicht in der Verbissenheit der Verteidigung, nein, wehrlos stand er vor den französischen Gewehren. Aber er stand und trug das Schwerste.<<

30.06.1923

Deutsches Reich: Bei einem Sprengstoffattentat auf der Duisburger Rheinbrücke sterben am 30. Juni 1923 neun belgische Soldaten.

In Mainz verurteilt die französische Besatzungsmacht 7 Deutsche wegen Sabotage zum Tod.

11.07.1923

Deutsches Reich: Im besetzten Ruhrgebiet werden am 11. Juli 1923 etwa 80.000 französische und 7.000 belgische Soldaten sowie 10.000 französische und 1.000 belgische Eisenbahner eingesetzt (x034/199).

02.08.1923

Deutsches Reich: Die englischen Vermittlungsvorschläge zur Beendigung des Ruhrkampfes werden von Frankreich am 2. August 1923 abgelehnt.

31.08.1923

Deutsches Reich: Die Arbeitslosigkeit steigt am 31. August 1923 gegenüber dem Vormonat von 3,5 % auf 6,3 %.

01.09.1923

Deutsches Reich: In Nürnberg findet am 1. September 1923 ein Treffen der Vaterländischen Verbände, SA und Freikorps statt. Hitler greift vor über 100.000 Teilnehmern die Innen- und Außenpolitik der deutschen Regierung an.

Hitler erklärt später in München (x256/82): >>... Wir wollen Träger werden der Diktatur der nationalen Vernunft, der nationalen Energie, der nationalen Brutalität und Entschlossenheit. Deutschland kann nur durch die Tat gerettet werden, wenn durch das Reden hier dem letzten

Betörten die Binde von den Augen gerissen worden ist.
Von unserer Bewegung geht die Erlösung aus, das fühlen heute schon Millionen. Das ist fast wie ein neuer religiöser Glaube geworden! Und es wird nur zwei Möglichkeiten geben: Entweder marschiert Berlin und endet in München oder München marschiert und endet in Berlin!<<

13.09.1923

Spanien: In Spanien herrschen bürgerkriegsähnliche Verhältnisse. General Miguel Primo de Rivera putscht am 13. September 1923 gegen die parlamentarische Regierung (Ministerpräsident Manuel Garcia Prieto). Der General führt mit Hilfe der spanischen Armee einen Staatsstreich durch und errichtet eine Militärdiktatur.
Die Mehrheit der spanischen Bevölkerung begrüßt den Militärputsch, da die ständig wechselnden parlamentarischen Regierungen (von 1917 bis 1923 regieren z.B. 15 Ministerpräsidenten) die enormen wirtschaftlichen und politischen Probleme des Landes nicht lösen konnten. König Alfons XIII. stimmt dieser Militärdiktatur ebenfalls zu.
Rivera hebt später die Verfassung von 1876 auf und verbietet im Jahre 1924 bis auf die Einheitspartei "Uniòn Patriòtica" alle Parteien in Spanien. Der Diktator setzt unpolitische Fachminister ein, bildet lokale Verwaltungen, führt Agrarreformen durch und beginnt ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm.

26.09.1923

Deutsches Reich: Nach der Massenausweisung von rund 150.000 Deutschen und erfolglosen deutsch-französischen Verhandlungen bricht die deutsche Reichsregierung am 26. September 1923 den Generalstreik wegen völliger Zerrüttung der Wirtschaft ab. DNVP und KPD lehnen diese Entscheidung ab.
Die deutsche Reichsregierung verkündet am 26. September 1923 das Ende des passiven Widerstandes (x243/27): >>Am 11. Januar haben französische und belgische Truppen wider Recht und Vertrag das deutsche Ruhrgebiet besetzt. Seit dieser Zeit hatten Ruhrgebiet und Rheinland schwerste Bedrückungen zu erleiden. ...
Die Reichsregierung hatte es übernommen, nach ihren Kräften für die leidenden Volksgenossen zu sorgen. In immer steigendem Maße sind die Mittel des Reiches dadurch in Anspruch genommen worden. ...
Die einstige Produktion des Rheinlandes und des Ruhrgebiets hat aufgehört. Das Wirtschaftsleben im besetzten und unbesetzten Deutschland ist zerrüttet. ...
Mit furchtbarem Ernst droht die Gefahr, daß ... die Schaffung einer geordneten Währung, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftlebens und damit die Sicherung der nackten Existenz für unser Volk unmöglich wird. ...<<
Als der neue deutsche Reichskanzler und Außenminister Gustav Stresemann (1878-1929, von August bis November 1923 Reichskanzler, von 1923-29 Außenminister) den Widerstand abbrechen läßt, protestiert die bayerische Regierung gegen den Abbruch des passiven Widerstandes. Gustav Ritter von Kahr (1862-1934, bayerischer Ministerpräsident) fordert, den Versailler Vertrag sofort zu kündigen.

September 1923

Deutsches Reich: Infolge der ungerechtfertigten Ruhrgebietsbesetzung, die Kosten in Höhe von rd. 3,5 Milliarden Goldmark verursacht, bricht im September/Oktober 1923 fast die gesamte deutsche Wirtschaft völlig zusammen und verstärkt die dramatische Inflation. Die Druckereien und Papierfabriken stellen pausenlos neue Banknoten her und die Preise klettern auf astronomische Höhen. Die Inflation führt schließlich zu einer völligen Entwertung der deutschen Währung. Im September 1923 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 schließlich 100,0 % (x149/42).
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schreibt später über die Besetzung des

Ruhrgebietes (x063/540-541): >>... Den Vorwand gab ein unbedeutender deutscher Verzug in der Lieferung von Kohle und Telegrafenstangen. Dahinter stand die Absicht, die französischen Rheinlandpläne, die Amerika 1919 verhindert hatte, wiederaufzunehmen. Die englischen Kronjuristen erklärten Frankreichs Vorgehen sofort als unbegründet und rechtswidrig. ...
Das deutsche Volk antwortete mit dem passiven Widerstand, und die Reichsregierung ordnete die Einstellung aller Reparationslieferungen für Belgien und Frankreich an.
Die Ruhrbesetzung brachte das deutsche Wirtschaftsleben nahezu zum Stillstand. Um die beschäftigungslosen Massen am Leben zu erhalten, mußten schließlich 30 Druckereien Tag und Nacht Noten drucken. 1923 stieg der amerikanische Dollar auf 4,2 Billionen Mark.
Da ... die deutschen Gerichte bis gegen Ende der Inflation den Grundsatz "Mark ist Mark" aufrechterhielten, konnten ungeheure Vermögen neu erworben werden, während die Ersparnisse vieler Generationen hinwegschmolzen. Mit wenig ausländischem Gelde konnte man Fabriken, Aktien, Schmuck oder ganze Häuserblocks kaufen. Fremdenhaß und Antisemitismus breiteten sich bei den verarmten Mittelschichten aus und der Rechtsradikalismus kam immer mehr auf seine Rechnung.
Die Völkerversöhnung hatte offensichtlich Schiffbruch erlitten. Deutschland sah sich der Willkür von Feinden preisgegeben, für die der Friede nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln war. Am verhängnisvollsten sollte sich die Proletarisierung der Mittelklasse auswirken. Ihr sozialer Absturz verband sich mit dem verletzten Nationalgefühl zugunsten aller antidemokratischen Kräfte.
Die Ruhrbesetzung ... war als Triumph der rohen Gewalt ein Unglück für ganz Europa. Ein Sieg des passiven Widerstandes dagegen hätte der Gewalt als Mittel der Politik im Bewußtsein der Völker eine entscheidende Niederlage beibringen können.<<

23.10.1923

Deutsches Reich: Käthe Kollwitz (1867-1945, deutsche Grafikerin und Bildhauerin) berichtet am 23. Oktober 1923 (x034/207): >>... Die Rheinische Republik ist ausgerufen, der Dollar steht auf 40 Millionen, für morgen ist der Generalstreik angekündigt. Hunger und Ratlosigkeit überall. Mir ist fürchterlich zumute.<<

29.10.1923

Türkei: Die türkische Nationalversammlung in Ankara erklärt am 29. Oktober 1923 das Osmanische Reich zur Republik Türkei.
Die türkische Nationalbewegung, unter General Mustafa Kemal Pascha (ab 1934 Kemal Atatürk), übernimmt danach die Regierung der türkischen Republik. Kemal Atatürk (1881-1938, sogenannter "Vater der Türken") wird erster türkischer Staatspräsident.
Kemal Atatürk ist ein kompromißloser, tatkräftiger Reformpolitiker, der seine Reformen autoritär bzw. diktatorisch durchsetzt: Abschaffung des Kalifats (1924), Ausschaltung des islamischen Rechtssystems, Einführung des Gregorianischen Kalenders, des lateinischen Alphabets (bis 1928), Durchsetzung der westlichen Kleidung sowie des Verschleierungsverbotes, Einführung von Familiennamen (1934).

Oktober 1923

Deutsches Reich: Da das Geld buchstäblich über Nacht seinen Wert verliert, zahlt man ab Oktober 1923 den Lohn nur noch täglich aus.

USA: Oswald G. Villard schreibt im Oktober 1923 über die Ruhrgebietsbesetzung (x063/-541): >>... daß der passive Widerstand zusammenbrach, war ein Unglück für die ganze Welt, denn nichts ist heute nötiger als der Beweis, daß es noch einen anderen Weg gibt als den Weg der Gewalt, um Despoten und Tyrannen in die Knie zu zwingen.<<

03.11.1923

Deutsches Reich: Die deutsche Reichsregierung protestiert am 3. November 1923 gegen die

polnische "Entdeutschungspolitik" (x034/209).

08.11.1923

Deutsches Reich: Während die bayerische Regierung am Abend des 8. November 1923 eine Regierungserklärung abgibt, umstellen SA-Einheiten der NSDAP den Münchener Bürgerbräukeller. Danach stürmt Hitler mit einigen SA-Leuten in den Versammlungsraum, schießt in die Decke und erklärt anschließend schreiend, daß sämtliche Länder-Regierungen der Weimarer Republik und die Reichsregierung gestürzt werden müssen, um das deutsche Volk zu retten. Hitler läßt danach alle anwesenden bayerischen Minister festnehmen und schwört schließlich feierlich, daß er in 24 Stunden Herr des Deutschen Reiches oder tot sein werde.

09.11.1923

Deutsches Reich: Hitler, General Ludendorff und rund 3.000 Anhänger marschieren am 9. November 1923 zur Münchener Feldherrnhalle.

Die bayerische Polizei beendet den "Hitler-Putsch" gewaltsam. Bei den kurzen, heftigen Feuergefechten sterben 16 Putschisten und 3 Polizisten. Hitler flüchtet und wird erst 2 Tage später im Kleiderschrank eines Freundes (Ernst Hanfstaengl) verhaftet.

Die NSDAP (57.000 Mitglieder) wird danach auch in Bayern verboten.

Hitler erklärt nach dem mißglückten Putschversuch (x243/27): >>Wenn ich meine Tätigkeit wieder aufnehme, werde ich eine neue Politik befolgen müssen. Statt die Macht mit Waffengewalt zu erobern, werden wir zum Verdruß der katholischen und marxistischen Abgeordneten unsere Nasen in den Reichstag stecken.

Zwar mag es länger dauern, sie zu überstimmen als sie zu erschießen, am Ende aber wird uns ihre eigene Verfassung den Erfolg zuschieben. Jeder legale Vorgang ist langsam, ... doch werden wir früher oder später die Mehrheit haben - und damit Deutschland. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Hitler-Putsch" (x051/266): >>Hitler-Putsch, am 8./9.11.23 von Hitler und Ludendorff angeführter Umsturzversuch in München gegen die bayerische Landesregierung und die deutsche Reichsregierung.

Träger des Hitlerputsches war der Deutsche Kampfbund, sein Ziel die Errichtung einer "nationalen" Rechtsdiktatur in Deutschland. Verlauf: Am Abend des 8.11. rief Hitler auf einer Versammlung der "nationalen" Verbände im Münchener Bürgerbräukeller die "Nationale Revolution" aus, erklärte die bayerische Regierung, die Reichsregierung und Reichspräsident Ebert für abgesetzt und sich selber zum "Leiter" der deutschen Politik, rief zum Marsch nach Berlin auf und ließ den bayerischen Ministerpräsidenten E. von Knilling, die bei der Versammlung anwesenden bayerischen Minister und den Münchener Polizeipräsidenten festnehmen.

Die ebenfalls anwesenden von Kahr (seit 26.9. als Generalstaatskommissar Leiter der vollziehenden Gewalt in Bayern), General O. von Lossow (Wehrkriegskommissar der Reichswehr in Bayern) und Oberst H. von Seisser (Chef der bayerischen Landespolizei) sagten unter dem Druck Ludendorffs und Hitlers zu, den Putsch zu unterstützen.

Doch widerriefen Kahr und Lossow, nachdem sie die Versammlung verlassen hatten, ihre Zusagen; Kahr verbot die NSDAP und den Deutschen Kampfbund und verlegte die bayerische Regierung nach Regensburg. Die bayerische Polizei und die Reichswehr schlugen den Hitler-Putsch daraufhin nieder; die Reichsregierung unter Stresemann, die den Putsch für Hoch- und Landesverrat erklärte und General von Seeckt die vollziehende Gewalt im Reich übertrug, brauchte nicht einzugreifen.

Ein von Ludendorff angeregter Zug der Putschisten durch die Münchener Innenstadt zur Feldherrnhalle am 9.11. wurde von der bayerischen Polizei mit Waffengewalt aufgelöst; drei Polizisten und 16 Putschisten kamen dabei ums Leben, viele (darunter Göring) wurden schwer verletzt.

Ein Teil der Führer des Hitlerputsches (darunter Ludendorff) ließen sich verhaften, ein anderer

Teil ergriff die Flucht, so auch der leicht verletzte Hitler; im Landhaus von E. Hanfstaengl in Uffing am Staffelsee wurde er am 11.11. verhaftet. Die Führer des Hitlerputsches wurden des Hochverrats angeklagt und verurteilt (Hitler-Prozeß). Die nationalsozialistischen Opfer des Hitlerputsches stilisierte die Propaganda später zu "Blutzeugen der Bewegung", der Jahrestag wurde im Dritten Reich feierlich begangen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2022) im COMPACT-Spezial Nr. 36 über Ernst Hanfstaengl (x373/13-14): >>**Putzi und Adolf**

_ von *Antony C. Sutton*

Ein Vertrauter von US-Präsident Roosevelt half bei Hitlers Aufstieg kräftig mit. Bei vielen Weichenstellungen spielte er eine Schlüsselrolle.

Wie Horace Greeley Hjalmar Schacht (der spätere Reichsbankpräsident) war Ernst Franz Sedgwick Hanfstaengl (beziehungsweise Hanfy oder Putzi, wie man ihn normalerweise nannte) ein weiterer Deutschamerikaner, der zum innersten Kreis beim Aufstieg des Hitlerismus gehörte. Hanfstaengl wurde in eine sehr bekannte Familie aus Neuengland hineingeboren und war ein Cousin von General John Sedgwick aus dem amerikanischen Bürgerkrieg und Enkel eines weiteren Generals aus dem Bürgerkrieg, Wilhelm Heine.

In den frühen Zwanzigerjahren wurde er Hitler durch Captain Truman Smith, dem US-Militärattaché in Berlin, vorgestellt und entwickelte sich zu einem eifrigen Anhänger Hitlers, der gelegentlich die Nazis finanziert und laut Botschafter William Dodd "im Jahre 1923 Hitlers Leben gerettet haben soll" (nach dem gescheiterten Münchner Putsch brachte Hanfstaengl Hitler in seinem Haus in Sicherheit).

Jugendbekanntschaften

Zufälligerweise war der Vater von SS-Führer Heinrich Himmler auch Putzis Klassenlehrer im Königlich Bayerischen Wilhelmsgymnasium. Putzis Studentenfreunde aus der Zeit in der Harvard-Universität waren nach seinen eigenen Angaben so herausragende "Zukunftsfiguren" wie Walter Lippmann, John Reed (der in meinem Buch *Wall Street and the Bolshevik Revolution* eingehend erwähnt wird) und Franklin D. Roosevelt.

Nach ein paar Jahren in Harvard übernahm Putzi mit Erfolg in New York den der Familie gehörenden Kunstsalon: Dies war eine wunderbare Kombination von Geschäft und Vergnügen, denn wie er sagt, "die berühmten Namen, die mir einen Besuch abstatteten, waren Legion: (John) Pierpont Morgan (der wichtigste Wall-Street-Banker), Toscanini, Henry Ford, Caruso, Santos Dumont, Charlie Chaplin, Paderewski und eine Tochter von Präsident Wilson".

In Harvard freundete sich Putzi auch mit dem zukünftigen Präsidenten Franklin Delano Roosevelt an: "Die meisten meiner Mahlzeiten nahm ich im Harvard Club ein, wo ich mich mit dem jungen Franklin D. Roosevelt anfreundete, der zu diesem Zeitpunkt ein aufsteigender Senator des Staates New York war. Auch erhielt ich mehrere Einladungen, seinen entfernten Cousin Teddy, den ehemaligen Präsidenten, zu besuchen, der sich auf sein Anwesen in Sagamore Hill zurückgezogen hatte."

Ausgestattet mit diesen vielfältigen Freundschaften, wurde Putzi nicht nur ein früher Freund, Geldgeber und Finanzier Hitlers, sondern er war unter diesen frühen Anhängern Hitlers "…fast der Einzige, der die Grenzen seiner (Hitlers) Bekanntschaftsgruppen überschritt" (Diese und die folgenden Zitate aus Hanfstaengls *Unheard Witness*, Philadelphia 1957).

Kurzum, Putzi war von den frühen Zwanzigerjahren bis in die späten Dreißigerjahre ein amerikanischer Staatsbürger im Herzen von Hitlers Gefolgschaft. Er hat mit Sicherheit zur Finanzierung der ersten Tageszeitung der Nationalsozialisten, des *Völkischen Beobachters*, beigetragen, doch ob er Hitler vor den Kommunisten das Leben rettete (beim Hitler-Putsch 1923), läßt sich weniger nachweisen. Zwar wurde er sehr zu seiner Mißbilligung aus dem tatsächlichen Vorgang des Verfassens des Buches *Mein Kampf* herausgehalten, doch wurde ihm die Ehre zuteil, dessen Veröffentlichung zu finanzieren. "Und die Tatsache, daß Hitler funktionie-

rende Mitarbeiter vorfand, als er aus dem Gefängnis kam, war ausschließlich auf unsere Anstrengungen zurückzuführen." …
Über den Autor
Antony C. Sutton *(* 14. Februar 1925; † 17. Juni 2002) war ein britischer Ökonom, Historiker und Schriftsteller. Er studierte an den Universitäten von London, Göttingen und Kalifornien, war Ökonomie-Professor an der California State University, Los Angeles und Forschungsstipendiat an der Hoover Institution der Stanford University.*
Seine Werke beschäftigen sich bevorzugt mit unbekannten Handels- und Finanzbeziehungen der US-Wirtschaftselite ("Wall Street") zu Staaten und Institutionen, die deren erklärte Gegner waren: zur Sowjetunion, zum liberalen Establishment um Präsident Franklin D. Roosevelt und zur NSDAP. Sein Werk America's Secret Establishment: An Introduction to the Order of Skull and Bones hielt er für sein wichtigstes, es wurde aber nicht auf Deutsch übersetzt. Der nebenstehende Auszug stammt aus Wall Street und der Aufstieg Hitlers, das 2009 im Schweizer Verlag Perseus erschien.<<

November 1923

Deutsches Reich: Die Preise erreichen im November 1923 unfaßbare Summen und steigen immer rasanter (1 Brot kostet z.B. 1917 = 50 Pfennig, 1921 = 5 Mark und im November 1923 = 500 Milliarden Mark).
Im November 1923 kostet 1 US-Dollar = 4,2 Billionen Mark (1919 = 8,57 Mark).
Die Lehrerin Wilhelmine S. berichtet über die Inflation im Jahre 1923 (x067/91): >>Wir erlebten die Inflation, die das Geld in wertloses Papier verwandelte: Hartgeld verschwand, die Scheine wurden an Menge immer mehr und mit Zahlen bedruckt, die in schwindelnde Höhen stiegen. Wir wurden papierene Millionäre und Milliardäre und schließlich gar Besitzer von Billionen, nur daß der Gegenwert sich bald in nichts auflöste.
Unser Gehalt bekamen wir in wöchentlichen Raten. Unser ältester Kollege holte die ganze Summe jede Woche vom Rathaus; und seine Aktentasche war so voll, daß sie sich nicht mehr schließen ließ. Wir nannten ihn unseren Finanzminister. Während wir in der Pause im Lehrerzimmer saßen, legte er jedem von uns seinen Packen Scheine auf den Platz.
Kaum hatten wir sie, so sausten wir damit los, um uns zu kaufen, was wir dafür noch kriegen konnten – schließlich war es kaum noch ein halbes Brot oder eine andere notwendige Kleinigkeit. Wir aber waren froh, unser Geld umgesetzt zu haben. Denn jeden Mittag gegen 1 Uhr war ein neuer Kurs fällig, der sich nach dem Dollar richtete – und dann war unser Reichtum null und nichtig! ...<<
Ein Zeitzeuge berichtet damals über die Not und das Elend in der Hauptstadt Berlin (x256/-78): >>Zahlreiche Kinder auch im zartesten Alter, erhalten nie einen Tropfen Milch, kommen ohne warmes Frühstück zur Schule. Als Schulfrühstück erhalten sie trockenes Brot oder als Aufstrich gequetschte Kartoffeln. Die Kinder gehen vielfach ohne Hemd und warme Kleidungsstücke zur Schule oder werden aus Mangel an Leib und Unterwäsche ganz vom Schulbesuch zurückgehalten.
Die Not erstickt allmählich jedes Gefühl für Ordnung, Sauberkeit und Sitte und läßt nur noch dem Gedanken an Kampf gegen Hunger und Kälte Raum. ...<<
Ein anderer Zeitzeuge berichtet über die Inflation im Jahre 1923 (x243/26): >>Die Mark rutschte, fiel, überstürzte sich, verlor sich im Bodenlosen. Städte, Fabriken, Handelsunternehmungen druckten Assignaten (Papiergeld) nach eigenem Belieben, ließen Milliardenflokken auf die Straße schneien.
Keiner wollte die bunten Zettel wirklich haben. Wer wußte denn, ob sie gedeckt waren? Die Inflation machte aus dem Geld einen Unsinn. Wer etwas davon in die Tasche bekam, stopfte es am Vormittag in irgendeine Geschäftskasse, um etwas zu erstehen, das er nicht brauchte, der Kaufmann stürzte mit dem Papier in ein anderes Geschäft, nur fort damit, es war, als ob

die Geldzettel giftig oder feurig wären; ein Mann kaufte 20 Badewannen, das Wort "Sachwert" wurde Trumpf. ...<<

Die Folgen der Inflation nach dem Ersten Weltkrieg

Die Einführung der Rentenmark (November 1923) machte der Inflation zwar ein Ende, beendete aber nicht die Armut. Während der Inflation wurde das gesamte deutsche Geldvermögen wertlos, denn im November 1923 betrug der Wertverlust gegenüber 1914 immer noch 100 % (x149/42).

Die Eigentümer von Sachwerten wurden damals entschuldet, während die Eigentümer von Sparguthaben ihre gesamten Ersparnisse verloren. Der wirtschaftliche und soziale Abstieg erfaßte große Bevölkerungsschichten. Die deutsche Regierung entließ damals auch über 372.000 ihrer rund 1,59 Millionen Beamten und Angestellten (x090/264).

Die Inflation zertrümmerte innerhalb von einigen Monaten das gesamte Sozialgefüge des Deutschen Reiches, so daß sich überall Feindschaft und Mißtrauen gegenüber dem Staat ausbreiteten. Im Deutschen Reich gab es schon bald über 2,0 Millionen Arbeitslose. Millionen von Deutschen verloren bei dieser Währungskatastrophe ihr mühsam erspartes Geld und wurden mit einem Schlag bettelarm.

Gleichzeitig erwarben viele ausländische Investoren, deutsche Spekulanten (darunter waren auch zahlreiche Juden) und gewissenlose Geschäftemacher äußerst günstig riesige Vermögenswerte (Fabrikanlagen, Wohnblocks, Grundstücke usw.), so daß sich im Deutschen Reich vor allem bei den Arbeitslosen und der verarmten Mittelschicht eine gefährliche Radikalisierung, Antisemitismus und Fremdenhaß ausbreiteten.

Die Massenverelendung förderte naturgemäß auch den Einfluß der linksradikalen Kommunisten und rechtsradikalen Nationalsozialisten. Infolge der Inflation und der Massenarbeitslosigkeit herrschten überall Aufruhr und Chaos. In Sachsen und Thüringen stellten sogenannte "sozialdemokratisch-kommunistische Regierungen" proletarische Kampfverbände auf. In Hamburg und in Küstrin mußten bewaffnete Aufstände der linksradikalen Kommunisten und der rechtsradikalen "Schwarzen Reichswehr" niedergeschlagen werden.

Gustav Stresemann berichtet später über die Auswirkungen der Inflation von 1923 (x067/91):

>>Der Geschichtsforscher sieht heute noch den Ausgang des Krieges für Deutschland vielfach nur in verlorenen Gebietsteilen, verlorener praktischer Kolonialbetätigung, verlorenem Staats- und Volksvermögen.

Er übersieht vielfach den schwersten Verlust, den Deutschland miterlitten hat. Dieser schwerste Verlust bestand meiner Auffassung darin, daß die geistige und gewerbliche Mittelschicht, die traditionsgemäß Trägerin des Staatsgedankens war, ihre völlige Hingabe an den Staat im Kriege mit der völligen Aufgabe ihres Vermögens bezahlte und proletarisiert wurde.

Wie weit die Staatsräson dazu befugt war, dieses Opfer von einer ganzen Generation zu fordern, dieses Opfer, das darin bestand, daß das vom Staat ausgegebene Geld wertlos und nicht wieder ersetzt wurde, darüber ist der Streit der Geister und vielleicht auch die Praxis der Gesetzgebung bis heute nicht zum Abschluß gekommen. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Inflation" (x051/276-277):

>>Inflation, allgemeine Bezeichnung für anhaltende Zunahme des Preisniveaus in einer Volkswirtschaft, insbesondere die durch Kreditfinanzierung des Krieges, Reparationen, Kriegsfolgelasten, Geldschöpfung (und damit Nachfrageüberhang), Devisenspekulationen, Kapitalflucht u.a. ausgelöste Entwertung der Reichsmark in den ersten Jahren der Weimarer Republik.

Aus schleichender Inflation 1918-21 wurde 1922 trabende und 1923 galoppierende, weil die Belastung des Ruhrkampfes die Wirkung der auslösenden Faktoren potenzierte und Regierung wie Reichsbank den Entschuldungseffekt der Inflation begrüßten.

Der Dollar, der 1914 mit 4,20 RM bewertet wurde, kostete im Juli 19 schon 14,0 RM, im Juli

21 76,7 RM, im Juli 22 fast 500 RM, ein Jahr später 353.412 RM und erreichte mit 4,2 Billionen RM am 15.11.23 den Gipfel.
Diese Inflation vernichtete sämtliche Sparguthaben und große Teile der Betriebskapitalien, begünstigte Verschuldung und Sachwertbesitz und führte zu einer tiefgreifenden Umverteilung der Vermögen und zur Beschleunigung des Konzentrationsprozesses in der deutschen Wirtschaft. Für weite Kreise, insbesondere des Mittelstands, bedeutete die Inflation Deklassierung, ja Proletarisierung, und wurde zum traumatischen Erlebnis, das später in der Weltwirtschaftskrise die politische Radikalisierung förderte und den Boden für die Agitation des Nationalsozialismus bereitete.
Diese verzögerte Auswirkung kam durch die Überwindung der Inflation mit Rentenmark, Umverteilung der Reparationen im Dawesplan und Auslandskredite zustande, denen eine kurze Periode (bis 1929) schmaler Prosperität folgte. Eine neue, allerdings zurückgestaute Inflation löste die nationalsozialistische Arbeitsbeschaffung durch deficit spending und v.a. die Finanzierung der Aufrüstung zum Teil durch Geldschöpfung insbesondere im Zweiten Weltkrieg aus.<<
Der deutsche Historiker Arthur Rosenberg berichtet später über die Auswirkungen der Inflation (x243/26): >>Die Nutznießer der Inflation, die Finanzspekulanten, Großindustriellen und Großgrundbesitzer, hatten goldene Zeiten. Da die deutschen Unternehmen mit ... geringen Unkosten produzieren konnten, waren auf dem Weltmarkt die deutschen Preise niedriger als die Angebote jeder Konkurrenz. Darum wurde in Deutschland im Jahre 1923 ziemlich viel produziert. ...
Die Opfer der Inflation waren die deutschen Mittelschichten, die Lohn- und Gehaltsempfänger. Die deutschen Sparer verloren nun das Letzte. ...<<
Der deutsche Historiker Eberhard Kolb schreibt im Jahre 1984 über die Auswirkungen der Inflation von 1923 (x067/91): >>Die weitverbreitete Vorstellung von der "Vernichtung des Mittelstandes" durch die Inflation ist nach einhelliger Auffassung der Wirtschafts- und Sozialhistoriker falsch.
Der "Mittelstand" bestand aus sehr verschiedenen Gruppen, die in sehr unterschiedlicher Weise die Auswirkungen der Inflation – die nahezu totale Entwertung aller Geldvermögen und die damit einhergehende totale Entschuldung aller Schuldner (einschließlich der öffentlichen Hände) – zu spüren bekamen.
Während Sparer, Hypothekengläubiger und Inhaber öffentlicher Anleihen ihr Vermögen verloren und die Schicht der Kapitalrentner (Menschen, die von den Zinsen ihres Geldvermögens lebten) ganz verschwand, litten Kleingewerbetreibende, Kleinhändler und Handwerker unter der Inflation kaum in nennenswertem Maße und machten gute Geschäfte, auch die Landwirtschaft wahrte insgesamt ihren sozialen Besitzstand.
Allerdings läßt sich nicht bestreiten, daß der Umverteilungsprozeß innerhalb der deutschen Mittelschicht die Auflösung des deutschen "Bürgertums" als eines sozialen und politischen Machtfaktors beschleunigte, die Interessengegensätze innerhalb der bürgerlichen Parteien erheblich verstärkte und nachhaltig auf die Konfiguration (Gestaltung) des deutschen Parteiensystems zurückwirkte. ...<<
Winifred Wagner (1897-1980, englische Schwiegertochter Richard Wagners) schickt Hitler seit November 1923 regelmäßig Lebensmittelpakete und Schreibpapier in die Gefängniszelle nach Landsberg.
Hitler, ein großer Bewunderer der "Wagner-Musik", bleibt in den folgenden Jahren ein großer Förderer (Subventionen und Steuerfreiheit) und Freund der Familie Wagner.
Winifred Wagner berichtet später über ihre Gründe, Hitler zu unterstützen (x105/198): >>... Ich meine, man muß sich vorstellen, in welchem fürchterlichen Elend sich also nach dem Ersten Weltkrieg, während der Inflation, das ganze Volk stand.

Man hungerte, man fror, man hatte kein Geld, man hatte nichts zu essen und es war also eine derartige Depression über ganz Deutschland gekommen, dazu dann diese ganz links, ganz scharf gerichtete, die Spartakistengruppe, die also von Kiel ausging. Dann also die Räterepublik in München. Das war der reinste Anarchismus.
Und da war es doch selbstverständlich, daß sich die, sagen wir mal deutsch empfindenden Menschen, versuchten, zusammenzuschließen und auch irgendwie nach einer Führung verlangten. Und als dann in München dieser damals noch also völlig unbekannte Hitler auftrat und seine wirklich flammenden Reden hielt und uns quasi versprach, durch eine neue Volksgemeinschaft den Versuch zu machen, uns zu retten, daß man da eben in jeder Hinsicht sich ihm anzuschließen bereit war. ...
Also mein Mann war absolut deutschbewußt, hat maßlos unter der Niederlage 1918 gelitten, und suchte auch überall Kontakte zu Menschen, die Deutschland wieder aufzubauen bereit waren, die helfen wollten, wieder Deutschland aufzubauen.
Dann hat mich bei Hitler natürlich sehr begeistert die Idee der Volksgemeinschaft. Ich meine, diese Idee ist nie so lebendig gewesen wie zu Anfang des Nationalsozialismus, also diese absolute Gemeinschaft der Arbeiter der Faust, der Arbeiter der Stirn. Das war doch bis 1918 ein krasser Unterschied. ...
Dann fand ich zum Beispiel großartig die Idee, die Jugend von der Straße wegzuholen, ... Nachher wurde dann die sogenannte Hitler-Jugend aufgebaut, die sogenannten Pimpfe usw., also in der Weise hätte man es vielleicht nicht machen brauchen, aber die Jugend hatte wieder ein Ziel, sie hatte Begeisterung, wurde von der Straße weggeholt, wurde in gesundem Sinne zu Sport angetrieben, also das sind lauter Dinge, die einen irgendwie für den Nationalsozialismus einnehmen konnten.<<
Dr. Horst Heidtmann schreibt später über Winifred Wagner (x051/618): >>Wagner, Winifred (geborene Wilmas), geboren in Hastings 23.6.1897, gestorben in Überlingen 5.3.1980, englische Schwiegertochter Richard Wagners und Freundin Hitlers.
Im Alter von zehn Jahren wurde Wagner von einem Verwandten in Deutschland adoptiert, der gleichzeitig zu den frühen Freunden und Förderern R. Wagners gehörte, dessen Sohn Siegfried sie 1915 heiratete.
Mit Hitler, den Bewunderer der Musik Wagners, war Wagner ab 1923 freundschaftlich verbunden; während seiner Festungshaft in Landsberg schickte sie ihm Eßpakete und Manuskriptpapier (für "Mein Kampf"); in späteren Jahren war die Freundschaft so eng, daß zeitweise sogar Heiratsgerüchte umgingen.
Für Hitler blieb auch nach 1933 das Bayreuther Haus Wahnfried eine geschätzte Rückzugs- und Zufluchtsstätte. Wagner übernahm 1930 die Leitung der Bayreuther Festspiele, für die sie die großzügige Förderung Hitlers erhielt (Subventionen und Steuerfreiheit), und machte aus dem Festspielhaus eine Kultstätte des Dritten Reiches.
Nach 1945 mußte Wagner die Leitung der Festspiele aufgeben und zog sich weitgehend aus der Öffentlichkeit zurück. In einem Interview bekannte sie sich noch 1975 zu ihrer Freundschaft und Zuneigung zu Hitler.<<

15.12.1923

Deutsches Reich: Die Arbeitslosigkeit erreicht einen neuen Höchststand. Am 15. Dezember 1923 werden 3,5 Millionen Arbeitslose und 2,3 Millionen Kurzarbeiter gemeldet (x034/213).

25.12.1923

Deutsches Reich: Der britische Botschafter in Berlin, Lord Edgar Viscount d'Abernon (1857-1941), berichtet am 25. Dezember 1923 über die Verhältnisse im Deutschen Reich (x073/-110): >>Das auffallendste Kennzeichen der neuen Lage ist die erstaunliche Ruhe und Besserung, die unter der Berührung des Zauberstabes der Währungsstabilität eingetreten ist. ...
Die Lebensmittel in den großen Städten sind plötzlich in Hülle und Fülle vorhanden – Kartof-

feln und Getreide werden in großen Mengen auf den Markt gebracht, während die Butter, die man bisher nur in besseren Stadtvierteln bekam, jetzt zu einem bestimmten, wenn auch hohen Preis überall erhältlich ist, Die Schlachthäuser haben jetzt reichlich zu tun. ...
Die wirtschaftliche Entspannung hat eine politische Beruhigung mit sich gebracht, Von Diktatur und Putschen wird nicht mehr geredet, und selbst die äußersten Flügelparteien haben für den Augenblick aufgehört, Unruhe zu stiften. ...<<

31.12.1923

Deutsches Reich: Der britische Botschafter in Berlin, Lord Edgar d'Abernon, berichtet am 31. Dezember 1923 (x256/82): >>Nun geht das Krisenjahr zu Ende. Die inneren und äußeren Gefahren waren so groß, daß sie Deutschlands ganze Zukunft bedrohten. Eine bloße Aufzählung der Prüfungen, die das Land zu bestehen hatte, wird einen Begriff davon geben, wie schwer die Gefahr, wie ernst der Sturm war. ...
In zwölf Monaten, von Januar bis heute, hat Deutschland die folgenden Gefahren überstanden:
die Ruhrinvasion,
den kommunistischen Aufstand in Sachsen und Thüringen,
den Hitlerputsch in Bayern,
eine Wirtschaftskrise ohnegleichen,
die separatistische Bewegung im Rheinland.
Jeder einzelne dieser Faktoren, falls er sich ausgewirkt hätte, würde eine grundlegende Veränderung entweder in der inneren Struktur des Landes oder in seinen Beziehungen nach außen herbeigeführt haben. Jeder dieser Gefahrenmomente, falls er nicht abgewendet worden wäre, hätte jede Hoffnung auf eine allgemeine Befriedung vernichtet.
Politische Führer in Deutschland sind nicht gewohnt, daß ihnen die Öffentlichkeit Lorbeeren spendet, und doch haben diejenigen, die das Land durch diese Gefahren hindurchgesteuert haben, mehr Anerkennung verdient, als ihnen zuteil werden wird. ...<<

1923

Deutsches Reich: Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrirte Zeitung" schreibt im Jahre 1923 über die "Krankheiten Europas" (x269/223-224): >>... Die ganze Familie ist krank, einer immer vom anderen angesteckt. Die robusten unter ihnen, die Neutralen, siechen an Geld- und Goldverstopfung, an völliger Geschäftsstille, an Konkurrenzunfähigkeit durch zu hohe Löhne und Preise.
Die Balkanländer sind schon wieder in die Intrigen der ewigen Balkankonflikte verstrickt, dazu finanziell sehr schlecht stabilisiert, Griechenland ist in einem übermütigen Krieg gegen die Türken ganz zusammengebrochen und in die Krallen einer Militärrevolution geraten, während die Türken, nahezu ausgeblutet durch 14jährige Kriege, sich in den hysterischen Krämpfen politischer und religiöser Umwälzungen winden.
Die Ostlandstaaten wissen noch nicht recht, ob ihre neue Selbständigkeit nicht viel eher eine wirtschaftliche Amputation war, und sehen in eine noch durchaus dunkle, weil vom Schicksal Rußlands abhängige politische Zukunft.
Von diesem Rußland weiß man nicht, liegt es nur in der ... Ohnmacht einer riesenhaften Konstitution oder ist es nur noch eine durch theoretischen Starrsinn galvanisierte Leiche. Die Krankheiten der Tschechoslowakei, Industriekrise und bitterster Nationalitätenhader, zeigen sich zehnfach verschärft in Polen, wo der Haß eben auch in politischen Mord ausgeartet ist. Dafür, für seine völlig sinnlose, Nachbarhaß erregende Zusammensetzung kann es sich bei Frankreich bedanken, dessen aussterbendes Volk seinen imperialistischen Ehrgeiz durch fremde und miserabel bezahlte Söldner befriedigen lassen will.
In der Mitte dieser Epidemien aber liegt der Krankheitsherd Deutschland (von Österreich ganz zu schweigen).
Dem Lebenszentrum Europas hat man den Pestbazillus des Versailler Vertrages eingeimpft,

weigert sich jedoch, das Serum der Revision zu verabreichen, und wundert sich dann, daß noch immer durch ganz Europa ein Todesröcheln zu hören ist.<<

Die kommunistische Politikerin Klara Zetkin (1857-1933, seit 1878 SPD-Mitglied, wechselt 1919 zur KPD, seit 1920 zeitweise Mitarbeiterin Lenins, 1920-33 Mitglied des Reichstages) berichtet im Jahre 1923 über den Kampf gegen den Faschismus (x245/313-314): >>Die Ruhrbesetzung hat die faschistische Gefahr gesteigert, die alle Arbeiter ohne Unterschied, ob sie in den sanften sozialdemokratischen oder den übel beleumdeten kommunistischen Organisationen stehen, bedroht.

Der Faschismus bedeutet nicht nur die Gefahr, daß das Weltproletariat in einen neuen Weltkrieg hineinschlittert, der noch umfangreicher und barbarischer sein wird, als alles, was wir an Barbarei, Infamie und Verbrechen während des imperialistischen Weltkrieges erlebt haben.

Die zweite Gefahr besteht darin, daß das Proletariat durch nationalistische Losungen gespalten und kampfunfähig gemacht wird, und daß dadurch die einzige Macht zerstört wird, die fähig ist, nicht nur die Gewaltigen des französischen Hüttenkomitees, sondern auch die Kohlen- und Finanzmagnaten Deutschlands und der ganzen Welt zu besiegen: das international kämpfende Proletariat. ...

Der Faschismus ist der Ausdruck des wirtschaftlichen Verfalls des Kapitalismus und der Auflösung des bürgerlichen Staates.

Wie konnte sich der Faschismus zur Massenbewegung entwickeln, daß er in Italien den Sieg über die Arbeiterbewegung davontrug?

Es war nur möglich durch den Zerfall der bürgerlichen Gesellschaft. Breite Schichten des Kleinbürgertums und der Intellektuellen haben die Lebensbedingungen der Vorkriegszeit verloren; sie sind nicht nur proletarisiert, sie sind pauperisiert (massenhaft verarmt).

Die bürgerliche Wirtschaft vermag diesen Schichten nicht einmal die Existenz als Proletarier zu sichern, sie schleppt sie nur mit als Lumpenproletariat. Dazu kommen die Staatsbeamten und Angestellten, denen der vom Bankrott bedrohte Staat die Existenz nicht mehr sichern kann. Die ehemals festesten Stützen der bürgerliche Gesellschaft stehen darum der bürgerlichen Regierung zum Teil gleichgültig, zum Teil feindlich gegenüber.

Aber es sammeln sich unter den Losungen des Faschismus auch viele von denen, die früher Vertrauen zu den sozialistischen Losungen hatten, die sich ohne klare Erkenntnis instinktiv im Gegensatz zum Großkapital fühlten und die auf eine Besserung durch die Zähmung des Kapitalismus auf dem Weg der Demokratie hofften.

Diese Hoffnung ist von den reformistischen Partei schwer enttäuscht worden, weil selbst Reformen auf dem Boden bürgerlicher Gesellschaft heute nur durch den revolutionären Klassenkampf durchgesetzt werden können. Dazu gesellen sich noch eine Zahl von Berufslosen, nämlich Offiziere, die während des Krieges in Überfülle geschaffen worden sind. Die faschistischen Organisationen gestalten sich so zu einem politischen Asyl für Obdachlose. ...

Der italienische Faschismus spinnt seine Fäden schon nach Deutschland. Er hat seine Organisation in Berlin. Die Hitler-Banden, die in Bayern herrschen, verwandeln Bayern jetzt schon in einen faschistischen Staat. Was ist die schmachvolle Behandlung der politischen Gefangenen anderes als der konsequente Terror des Faschismus?

Während in Bayern das faschistische Programm sich in dem Grundsatz erschöpft: "Haut den Juden", ist das Programm der norddeutschen Organisationen voll von scheinrevolutionären Phrasen, allerdings ohne konkrete Maßregeln zu ihrer Durchführung und alles gedeckt mit dem Stahlpanzer der nationalen Gesinnung. ...

Nach Italien hat der Faschismus seine stärkste Position in Deutschland infolge des Ausganges des Krieges und des Versagens der Revolution. In Deutschland ist die kapitalistische Wirtschaft zerrüttet, die Staatsgewalt ist schwach und andererseits ist in keinem Lande der Gegensatz zwischen der objektiven Reife für die Revolution und der subjektiven Unreife der Arbei-

terklasse so groß wie gerade in Deutschland. ...<<
Rudolf Höß (1900 in Baden-Baden geboren, von 1940-43 Lagerkommandant des Vernichtungslagers Auschwitz, 1946 an polnische Behörden ausgeliefert und 1947 im KZ Auschwitz gehängt) wird im Jahre 1923 als Mittäter eines politischen Mordes zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.
Österreich: Sigmund Freud (1856-1939, österreichischer Arzt und Psychologe) schreibt im Jahre 1923 über den damaligen Antisemitismus (x191/47): >>Ich gehöre einer Rasse an, die im Mittelalter für alle Volksseuchen verantwortlich gemacht wurde und die in der Gegenwart die Schuld an dem Zerfall des Reiches in Österreich und die am Verlust des Krieges in Deutschland tragen soll. Solche Erfahrungen wirken ernüchternd. ...
Wenn wir fortfahren, einander wegen kleiner Verschiedenheiten zu hassen und um kleinen Gewinn zu erschlagen, wenn wir die großen Fortschritte in der Beherrschung der Naturkräfte immer wieder für unsere gegenseitige Vernichtung ausnützen, welche Zukunft steht uns da bevor? ...<<
Polen: In Ostgalizien wird der Aufstand der Ukrainer und Weißruthenen, die sich im Jahre 1923 gegen die polnische Unterdrückung zur Wehr setzen, brutal niedergeschlagen (x064/-128-129).
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2022) im Sondermagazin Geschichte Nr. 17 über das Schicksal der Minderheiten in Polen (x368/37-39):
>>**Terror gegen Minderheiten**
_ von *Gerd Schultze-Rhonhof*
Die verschwiegene Wahrheit: Warschau unterdrückte Juden, Deutsche, Ukrainer und andere Völker.
Das nach dem Ersten Weltkrieg neu erstandene Polen ist mit der Angliederung ehemals ukrainischer, weißrussischer, litauischer, tschechischer und deutscher Landesteile ein Vielvölkerstaat geworden. Die Bevölkerung des Landes besteht im Jahre 1921 aus 30 Millionen polnischen Staatsbürgern, von denen 19 Millionen - also beinahe zwei Drittel - als Muttersprache Polnisch sprechen. Fünf Millionen sind Ukrainer, zweieinhalb Millionen Juden, zwei Millionen Deutsche und 1,2 Millionen Weißrussen. Dazu kommen weitere Minderheiten litauischer, tschechischer oder ungarischer Herkunft sowie Kaschuben und Slonzaken.
Im 1921 eroberten Ostpolen sind die Polen selber eine Minderheit. Auf 9,8 Millionen Ukrainer, Juden und Weißrussen kommen dort gerade einmal 1,8 Millionen angestammte Polen, also nicht einmal ein Sechstel aller Menschen, die dort wohnen.
Russifizierung, Eindeutschung, Polonisierung
Polen hat die Rechte seiner Minoritäten zunächst in dem zum Versailler Vertrag gehörenden Minderheitenschutzvertrag garantiert. Doch 1934 kündigt Polen dieses Abkommen. Die Polen rächen von Beginn ihrer neuen Staatengründung an die früher erduldete Russifizierung und Eindeutschung aus der Zeit der polnischen Teilungen. Sie gehen allerdings mit der Polonisierung derer, die nun Minderheit in ihrem Staat sind, weit über das hinaus, was ihnen selbst zuvor - zumindest unter deutscher und Habsburger Herrschaft - zugemutet worden ist.
Der Völkerbund macht die Lage der Minderheiten in Polen wiederholt zum Thema, doch greift kaum ein. Am 15. Juni 1932 berichtet Baron Noel Edward Noel-Buxton vor dem Oberhaus in London über eine Tagung des Völkerbundsrates zu diesem Thema: "In den letzten Tagen sind auf den Tagungen des Rats des Völkerbundes wichtige Fragen, die die nationalen Minderheiten betreffen, behandelt worden. Vor allem wurde auf der Januartagung ein Bericht verhandelt, der sich mit der sogenannten Terrorisierung beschäftigte, die im Herbst 1930 in der Ukraine stattgefunden hat. ...
Assimilierung durch Zerstörung der Kultur ist an der Tagesordnung. ... Aus dem Korridor und aus Posen sind bereits nicht weniger als eine Million Deutsche seit der Annexion abgewan-

dert, weil sie die Bedingungen dort unerträglich finden. ... Im polnischen Teil Ostgaliziens wurden vom Ende des Krieges bis 1929 die Volksschulen um zwei Drittel vermindert. In den Universitäten, in denen die Ukrainer unter österreichischer Herrschaft elf Lehrstühle innehatten, besitzen sie jetzt keinen, obwohl ihnen 1922 von der polnischen Regierung eine eigene Universität versprochen worden war.
In dem Teil der polnischen Ukraine, der früher zu Rußland gehörte, in Wolhynien, sind die Bedingungen noch härter ... Wir können in diesem Zusammenhang eine besonders beklagenswerte Tatsache nicht beiseitelassen, nämlich die Folterung von Gefangenen in Gefängnissen und von Verdächtigen, die sich die Ungnade der polnischen Behörden zugezogen haben."

Blutige Kämpfe zwischen den Volksgruppen

Weißrussen und Ukrainer als angestammte Mehrheit in Polens 1921 erobertem neuen Osten setzen sich energisch gegen alle Polonisierungs- und Katholisierungsversuche zur Wehr. Als die Regierung in Warschau darangeht, Land in Weißrußland zu enteignen und 1924 und 1925 die weißrussische Sprache für Zeitungen und Schulen zu verbieten, kommt es zu einem Volksaufstand, zu Terror und zu Gegenterror. Bis 1938 zerstört die polnische Armee den Weißrussen und Ukrainern 127 orthodoxe Kirchen, Bethäuser und Kapellen. Das Land bleibt bis zur Besetzung durch die Sowjetunion im September 1939 unbefriedet.
Auch in der Ukraine steht das Nebeneinander von Polen und Ukrainern unter einem schlechten Stern. Nach Ende des Ersten Weltkrieges kommt es zuerst zu schweren Ausschreitungen der Ukrainer gegen die Polen, die sie als frühere Unterdrücker in Erinnerung haben. Dann erobert Polen die Westukraine, und die Rache tobt in umgekehrter Richtung.
1930 schreibt Erzbischof Andrej Scheptyzkyj, Metropolit der griechisch-katholischen Kirche von Lemberg, einen Brief an einen Freund, in dem er klagt: "Wir durchleben schreckliche Zeiten. Die Strafexpeditionen ruinieren unsere Dörfer, unsere Schulen, unsere wirtschaftlichen Institutionen. Tausende von Dorfbewohnern, selbst Priester, Frauen, Intellektuelle wurden geprügelt, oft, bis sie das Bewußtsein verloren."
Auch die 2,5 Millionen Juden im Lande zählen als fremde Minderheit. Der polnische Historiker Oskar Halecki schreibt 1963 in seiner *Geschichte Polens*: "Die jüdische Frage wurde besonders brennend vor dem Zweiten Weltkrieg. Dies war eine sehr einschneidende Frage, wenn man bedenkt, daß mehr als drei Millionen Juden ... über das ganze Land verstreut lebten ... Unter diesen Umständen war das Aufkommen einer antisemitischen Bewegung, aus wirtschaftlichen Gründen weit mehr als aus rassischen, fast unvermeidlich."
Die antisemitische Bewegung, wie Halecki diese bezeichnet, führt dazu, daß in den Jahren von 1933 bis 1938 rund 57.000 Juden ihr polnisches Heimatland verlassen und Zuflucht im benachbarten Deutschland und auf dem Weg über Deutschland im westlichen Ausland suchen, meist in den USA.
Eine weitere Minderheit von nur 106.000 Menschen sind die Kaschuben, die Urbevölkerung im küstennahen Pommerellen aus der Zeit vor der ersten polnischen Eroberung. Sie pflegen neben einer eigenen Sprache auch ihre eigene Identität. Ihre politische Bedeutung in den 1920er Jahren ergibt sich aus ihrem Siedlungsgebiet im Norden … Pommerellens, eine sich über südöstliche Teile der Ostseeküste erstreckende historische Landschaft an der Weichselmündung. Die Polen zählen die Kaschuben als Polen, um nachzuweisen, daß die Bevölkerung im Korridor schon immer polnisch war. Die Unzufriedenheit der Kaschuben mit der neuen Staatsgewalt in Warschau wird ihnen als Undank und Dummheit ausgelegt.

Das Schicksal der Deutschen

Die deutsche Minderheit in Polen - zunächst gut zwei Millionen Menschen - nimmt bis 1923 auf 1,2 Millionen ab. Als erstes inhaftiert man 16.000 Deutsche als Staatsfeinde in zwei Konzentrationslagern im Posener Gebiet. Ab 1922 werden die Deutschen ausgewiesen, die nach 1908 ins Land gekommen sind. Dann stellt man die Angehörigen dieser Minderheit vor die

Wahl, sich für Polen zu entscheiden oder für Deutschland oder andere Länder zu optieren und dorthin auszuwandern.
Die sogenannten Optanten, die sich zu Deutschland oder Österreich bekennen, müssen ab 1925 das Land verlassen. Zudem entläßt man die deutschsprachigen Beamten. Etwa die Hälfte der russischen, jüdischen und deutschen Schulen und Universitäten wird geschlossen. Der doppelsprachige Unterricht, soweit nach Kriegsende noch erteilt, wird per Gesetz verboten. Einem großen Teil der Deutschen, genauso wie der Ukrainer, Weißrussen, Juden und Österreicher werden ihre Arzt- und Apothekerapprobationen und die Geschäfts- und Verlagslizenzen entzogen. Und ansonsten wird von polnischer Seite wirtschaftlich alles boykottiert, was nicht polnisch ist.
Als 1938 erst Österreich und dann die Sudentengebiete mit dem Deutschen Reich vereinigt werden - oder okkupiert, wie dies die Polen sehen -, steigt die Angst der Polen, Deutschland könnte auch von ihnen Land und Menschen aus dem Bestand des früheren Deutschen Reichs zurückverlangen.
Nach der Annexion des bis dahin tschechoslowakischen Teschener Gebiets durch Polen im September 1938, als Hitler Verhandlungen über die Zukunft der Stadt Danzig einleitet, nimmt die Feindschaft der Polen gegen ihre deutsche Minderheit besonders scharfe Formen an. Terrorakte gegen Deutsche, die Zerstörung deutscher Geschäfte und Brandstiftungen auf deutschen Bauernhöfen werden zum Pogrom.
Nach der Rückgliederung des Memellandes an das Reich im März wird die Lage der Deutschen gänzlich unerträglich. Im Sommer 1939 wird die Zahl derer, die dem entkommen wollen und Polen quasi illegal verlassen, immer größer. Bis Mitte August sind über 76.000 Menschen ins Reich geflohen und 18.000 zusätzlich ins Danziger Gebiet.
Die Berichte über den Umgang der Polen mit ihrer deutschen Minderheit und die Schilderungen der Geflohenen sind Öl ins Feuer des beiderseitigen Verhältnisses in den letzten Wochen vor dem Kriegsausbruch. Der damalige Staatssekretär Ernst von Weizsäcker schreibt dazu in seinen Erinnerungen: "Unsere diplomatischen und Konsularberichte zeigten, wie 1939 die Welle immer höher auflief und das ursprüngliche Problem, Danzig und die Passage durch den Korridor, überdeckte."
Polen hat sich, anders als von den Siegermächten des Ersten Weltkriegs vorhergesehen und gewünscht, nicht zu einem Vielvölkerstaat nach Art der Schweiz entwickelt. Es verspielt von Anfang an die Chance, die anderen Volksgruppen in ein neues Vaterland zu integrieren. Man macht im neuen Polen nicht einmal den Ansatz eines Versuchs, die großen Minderheiten der Deutschen, Juden, Weißrussen und Ukrainer für das eigene Land zu gewinnen.
Das Bemühen, deren Identität zu zerstören, dreht Haß und Terror in einer Spirale fast zwei Jahrzehnte lang nach oben. So ist 1939 in Deutschland und in Rußland auch niemand mehr bereit, die Polen als Opfer der drei früheren Teilungen zu betrachten, denen man historisch etwas schuldet. Man sieht in ihnen mittlerweile die Täter gegen Deutsche, Weißrussen und Ukrainer, denen ein schlimmes Schicksal das Los der Minderheit in Polen aufgebürdet hat.

Antisemitismus

Hetze gegen Juden hat bei unseren östlichen Nachbarn eine lange Tradition. Besonders schlimm wütete man in den Jahren 1923 bis 1925 bei zahlreichen Pogromen. 1934 verlangte der Primas von Polen, Kardinal August Hlond, die Ausweisung von zwei Millionen Juden. In seinem Buch *Judenhetze in Polen* (1969) schreibt Simon Wiesenthal: "Als man in Europa gegen die drohende Gewalt Hitlers rüstete, ... da hatte das polnische Parlament nichts Wichtigeres zu tun, als ein Schächtverbot wegen koscheren Fleisches zu diskutieren.
Zur gleichen Zeit wurde zum Boykott gegen Juden aufgerufen, ein Boykott jüdischer Geschäfte. An den Universitäten führte man ‚Tage ohne Juden' ein, und jüdische Studenten, die sich an die Universität wagten, wurden oft blutig geprügelt."<<

Jugoslawien: Die "Partei der Deutschen im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen" erringt im Jahre 1923 bei der ersten jugoslawischen Parlamentswahl 8 Mandate und schließt sich dem Regierungsblock an.
Rumänien: Corneliu Codreanu gründet im Jahre 1923 die rechtsradikale Bewegungen "Legion des Erzengels Michael" (Schwarze Fahne mit Hakenkreuz im weißen Kreis).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Corneliu Zelea Codreanu (x051/103): >>Codreanu, Corneliu Zelea, geboren in Jassy 13.9.1899, gestorben in Bukarest 30.11.1938, rumänischer Politiker; gründete 1923 als Antisemit und Antimarxist die "Legion des Erzengels Michael", aus der die faschistische Eiserne Garde hervorging.
Codreanu lehnte sich ideologisch an das italienische Vorbild Mussolini an, errang nach dem Verbot der Eisernen Garde (1933) mit seiner Partei "Alles fürs Vaterland", den sogenannten Grünhemden, 1937 bei den Wahlen 16 % der Stimmen. Im April 38 aber wurde Codreanu wegen Hochverrats zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt und wenig später mit 13 seiner Anhänger in der Haft von Polizisten ermordet.<<
Italien: Mussolini schreibt im Jahre 1923 über die "Sendung des italienischen Faschismus" (x149/26): >>Die Wahrheit, die heute jedem ins Auge springt, ... ist die, daß die Menschen der Freiheit müde sind. ...
Für die unerschrockene, unruhige und herbe Jugend, die auf die Morgenröte der neuen Geschichtsstunde stößt, gibt es andere Worte, die eine viel größere Faszination ausüben: Ordnung, Hierarchie, Disziplin. ...
Der Faschismus ist über den mehr oder weniger verwesten Leichnam der Göttin Freiheit hinweggestiegen. ...<<
Japan: Ein Erdbeben in Tokio fordert im Jahre 1923 etwa 143.000 Todesopfer (x175/60).

1924

> Nichts ist so sehr für die gute alte Zeit verantwortlich wie das schlechte Gedächtnis.
> *Anatole France, eigentlich Jacques-Anatole Thibault (1844-1924, französischer Schriftsteller und Kritiker)*

09.01.1924
Deutsches Reich: Heinz Orbis (1884-1924, eigentlich Franz-Josef Heinz), ein Führer der von Frankreich unterstützten "Pfälzischen Republik", wird am 9. Januar 1924 mit seinen engsten Kampfgefährten als "Volksverräter" in Speyer erschossen (x063/547).
Als England die Anerkennung der deutsch-französischen "Rheinischen Republik" ablehnt, stellt Frankreich Anfang 1924 allmählich die Unterstützung der deutschen Überläufer ein (x063/548).

21.01.1924
UdSSR: Lenin stirbt am 21. Januar 1924 an den Folgen eines schweren Schlaganfalls.
Stalin kann sich nach Lenins Tod erfolgreich behaupten und übernimmt völlig überraschend die Führung der KPdSU. In den folgenden erbarmungslosen Machtkämpfen beseitigt der verschlagene Georgier allmählich sämtliche Gegner.

Josef Stalin
Josef Stalin (eigentlich Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili) wurde 1879 in Gori (Georgien) geboren. Stalin stammte aus ärmlichen Verhältnissen, sein Vater war Schuhmacher.
Von 1894-98 besuchte Stalin das orthodoxe Priesterseminar in Tiflis. Stalin, der als bolschewistischer Revolutionär den Decknamen "Koba" führte, war seit 1898 Mitglied der bolschewistischen Arbeiterpartei und wurde deshalb aus dem Priesterseminar verwiesen. Im Jahre 1902 verhaftete man den ehemaligen Priesterschüler in Batum während eines Aufstandes und verbannte ihn 1903 nach Sibirien. Stalin konnte 1904 aus der Verbannung fliehen und schloß sich im Kaukasus den Bolschewiken an.

Die eigentliche Parteikarriere des Georgiers begann 1912, als er als Mitbegründer der Parteizeitung "Prawda" in Erscheinung trat. 1913 wurde Stalin in Wien verhaftet und erneut nach Sibirien verbannt (1914-16).
Stalin war ein listiger, unbarmherziger Machtpolitiker, der wie Hitler, als Außen- und Innenpolitiker oftmals unerhörtes Glück hatte. Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili, der seit 1912 den Deck- bzw. Künstlernamen "Stalin" ("der Stählerne") führte, war relativ klein. "Der Stählerne" litt unter seiner geringen Körpergröße, denn er war nur etwa 1,65 m groß (x080/-31). Stalin war außerdem körperbehindert (verkrüppelter bzw. verkürzter und steifer linker Arm, wurde als Kind von einer Kutsche angefahren - x080/31).
Entscheidend für Stalins spätere Machtübernahme wurde sein Amt als Generalsekretär des ZK der KPdSU, das er 1922 übernahm. Lenin schätzte Stalin zwar als guten Organisator, aber er lehnte den zwielichtigen Generalsekretär und schwachen Partei-Ideologen wegen seiner Skrupellosigkeit und zahlreichen Intrigen als Führungspersönlichkeit entschieden ab.
Lenin schreibt in seinem Testament vom 25. Dezember 1922 über Stalin und Trotzki (x073/-55): >>... Nachdem Genosse Stalin Generalsekretär wurde, vereinigte er eine enorme Macht in seinen Händen, und ich bin nicht sicher, daß er es immer versteht, diese Macht mit der notwendigen Vorsicht zu gebrauchen.
Andererseits zeichnet sich Genosse Trotzki nicht nur durch seine außergewöhnlichen Fähigkeiten aus, wie er in seinem Kampf mit dem Zentralkomitee in der Frage des Volkskommissariats für Straßen und Verkehr bewiesen hat, sondern er ist auch sicherlich der fähigste Mann im augenblicklichen Zentralkomitee. Aber er neigt auch dazu, durch sein zu weit gehendes Selbstvertrauen sich zu sehr für die rein administrative Seite der Dinge zu interessieren.<<
Lenin spricht sich in einem Nachtrag des Testaments vom 4. Januar 1923 eindeutig gegen Stalin aus (x073/55): >>... Stalin ist zu grob, und dieser Fehler, der unter uns Kommunisten durchaus erträglich ist, wird vollkommen untragbar in dem Büro des Generalsekretärs.
Ich schlage daher den Genossen vor, ein Mittel zu finden, um Stalin aus dieser Stellung zu entfernen und einen anderen zu ernennen, der sich von Stalin in jeder Weise nur durch Überlegenheit unterscheidet – nämlich geduldiger, loyaler, höflicher, aufmerksamer gegen die Genossen und weniger launisch ist und so weiter.
4. Januar 1923. Lenin.<<
Leo Trotzki (ein herausragender Ideologe und Redner der Kommunistischen Partei), der bereits 1927 durch Stalin ausgeschaltet wird, schreibt damals über den schwachen Parteiideologen Stalin (x073/57): >>... Er besitzt praktischen Sinn, Ausdauer und Beharrlichkeit in der Verfolgung seiner Ziele.
Sein politischer Horizont ist äußerst beschränkt, sein theoretisches Niveau vollkommen primitiv. Sein zusammengestoppeltes Buch "Die Grundlagen des Leninismus", in dem er versucht, den theoretischen Traditionen der Partei einen Tribut zu zollen, wimmelt von schülerhaften Fehlern. ... Nach der Art seines Verstandes ist er ein hartnäckiger Empiriker (Erfahrungsmensch), dem jede schöpferische Einbildungskraft fehlt. ...<<
Obwohl Lenin in seinem Testament vom 4. Januar 1923 ausdrücklich empfahl, Stalin abzulösen und zu entmachten, konnte sich der verschlagene Georgier erfolgreich behaupten (x128/42). Stalin gelang es, die Veröffentlichung des Testaments zu verhindern. Er blieb nach Lenins Tod im Amt und übernahm sogar die Führung der KPdSU.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Josef Stalin in den Jahren 1879-1933 (x051/558): >>Stalin, Josef, ursprünglich J. Dschugaschwili, geboren in Gori (Georgien) 21.12.1879, gestorben in Kunzewo (heute Moskau) 5. März 1953, sowjetischer Politiker; Sohn eines Schuhmachers, Ausbildung im Priesterseminar in Tiflis (1894-98) und Entlassung wegen marxistischer Agitation, 1898 Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (ab 1904 der Mehrheitsfraktion der Bolschewiki), mehrfach verhaftet und nach Sibi-

rien verbannt, 1912 Mitglied des Zentralkomitees, Annahme des Beinamens Stalin (= der Stählerne) und Mitbegründer der Parteizeitung "Prawda", 1913-17 erneut Verbannung.
Stalin kehrte erst nach der Februarrevolution im März 17 nach Petrograd zurück, setzte sich zunächst für einen gemäßigten Kurs ein, übernahm dann aber Lenins Forderung nach gewaltsamer Machteroberung, wie sie in der Oktoberrevolution 1917 gelang. Stalin stieg 1922 vom Volkskommissar für Nationalitätenfragen (1917-23) zum Generalsekretär des Zentralkomitees auf und hielt diese Machtposition trotz der Warnungen des sterbenden Lenin. Bis 1929 hatte Stalin alle Rivalen, insbesondere Trotzki überspielt und errichtete in den 30er Jahren eine persönliche Diktatur auf der Basis polizeistaatlichen Terrors.
Mit Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und einem aufwendigen Industrialisierungsprogramm versuchte er zugleich, die außenpolitische Unabhängigkeit durch wirtschaftliche Gesundung und Aufrüstung zu sichern. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über Stalin (x068/244): >>Nach Lenins Tod 1924 sichert sich Jossif Wissarionowitsch Stalin die unumschränkte Autorität. Der Nachkomme leibeigener Kleinbauern, der Sohn des georgischen Schumachers und Fabrikarbeiters Dschugaschwili, befehligt nun das größte Machtpotential der Diktatoren aller Zeiten.
Nur selten wird erwähnt oder gar hervorgehoben, daß Stalins infernalischer Haß, seine Tücke, Rachsucht, die fürchterliche Frucht einer negativen Vaterbeziehung, bei seiner Ausbildung zum Priester noch gefördert worden sind, daß er schließlich anstelle des einen Dogmatismus nur den anderen setzte.
Im Priesterseminar von Tiflis, wo Mönche und Inspektoren die Seminaristen argwöhnisch, ja, feindselig bewachten, beobachteten, ihre Zimmer und sie selbst untersuchten, schon die geringsten "Verbrechen", wie Lesen eines unerwünschten Buches, bestraften, wurde Stalins Haß auf Obrigkeiten, sein künftiger Terror, wurden seine Racheträume in den Jahren von 1894 bis 1899 regelrecht herangezüchtet.
"Hier", schreibt Gustav Bychowski, einst Ordinarius für Psychiatrie in Warschau, in seinen psychoanalytischen Persönlichkeits- und Geschichtsdeutungen diverser "Diktatoren", "hier absolvierte der spätere Revolutionär eine Lehre in der Ausübung von Kälte, Grausamkeit und Arglist. ... Als Josef Stalin mit der revolutionären Bewegung in Berührung kam, brach er mit der Theologie und setzte den Marxismus an die Stelle der griechischen Orthodoxie. Für ihn war es nur natürlich, daß er ihm mit dem dogmatischen Fanatismus anhing, den er bei seinen theologischen Studien entwickelt hatte." ...<<
Der britische Historiker Robert Conquest berichtet später über Stalins Persönlichkeit (x080/-397): >>Stalin war ein Außenseiter. Er hatte keine natürliche Bindung an seine Familie, seine Heimat, seine Nation, seine Schulkameraden. Er war weder Georgier noch Russe, weder Arbeiter noch Intellektueller. ...
Sein Eheleben war reine Fassade. Dasselbe gilt für sein geselliges Leben ... Wie so häufig bei Stalin stellen wir fest, daß normale menschliche Eigenschaften bei ihm entweder ganz gefehlt oder nur in Rudimenten existiert haben müssen.
Eines seiner hervorstechendsten Merkmale war eine ausgeprägte Mittelmäßigkeit im Verein mit einer ausgeprägten Willenskraft.
Stalins Persönlichkeit war von einem tiefen Gefühl der Unsicherheit durchzogen, das ihn veranlaßte, seine eigene Rolle bei zahlreichen Ereignissen in verfälschter Weise darzustellen. ...<<
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über Stalin (x192/-435): >>Die Mythen, denen sich die Propaganda für Josef Stalin (1879-1953) in Rußland bediente, waren den faschistischen nicht unähnlich.
Stalin trat in vielen verschiedenen Rollen auf, seine Selbstdarstellung stützte sich aber vor

allem auf seine "bäuerliche" Herkunft als Sohn eines georgischen Schusters, um das Image eines erdverbundenen Patriarchen und gütigen Landesvaters aufzubauen.
In Wahrheit brachte Stalin mit seiner in brutaler Weise durchgeführten Kollektivierung der Landwirtschaft, die Millionen Todesopfer forderte, mit den Massensäuberungen und dem Aufbau eines lückenlosen Polizeistaates unendlich viel Leid über seine Landsleute.<<

Stalins Gewaltherrschaft in der Sowjetunion

Nach der Machtübernahme zertrümmerte Stalin systematisch die jahrhundertealte russische Gesellschaftsordnung und entfesselte einen Terror, wie ihn Rußland bis dahin noch nicht erlebt hatte. Der Stalinismus verteufelte die Kapitalisten, sprach die kommunistische Partei selig und setzte den sogenannten "Klassenkampf der Proletarier" mit brutaler Gewalt durch.
Stalins Kommunismus bzw. totalitäre Alleinherrschaft brachte in den folgenden Jahrzehnten grenzenloses Elend und beispiellose Not über die Völker der Sowjetunion. Massenverschleppungen und geheime Hinrichtungen von politischen Gegnern gehörten damals zur Tagesordnung.
Das russische Volk war in der Zarenzeit bereits beispiellos verelendet, aber während der Stalin-Diktatur von 1924 bis 1953 wurden die Lebensverhältnisse der sowjetischen Völker noch wesentlich schlechter.
Stalin war zwar kein herausragender Theoretiker, aber er war ein eiskalter Taktiker und ein nervenstarker, rücksichtsloser Machtpolitiker. Er pflegte seine langfristige Liquidationspolitik, mit einer fast unvorstellbar vorausschauenden Skrupellosigkeit und Zielstrebigkeit zu planen. Der Stalinismus ("persönliche Diktatur") zeichnete sich vor allem durch eine verschlagene Art von Heuchelei, raffinierte Demagogie und die konsequente Ausnutzung von zwangsläufig einsetzenden Kettenreaktionen aus.
Die "Diktatur des Proletariats", der "Soziale Kollektivismus" oder die "Soziale Weltrevolution" dienten nur als Tarnung, um Stalins diktatorische Gewaltherrschaft und die Verwirklichung der maßlosen osteuropäischen Expansionsziele gewaltsam zu realisieren.
Karl Marx, der Begründer des sogenannten "wissenschaftlichen Sozialismus", warnte bereits im Jahre 1853 vor dem russischen Vormarsch nach Westen (x043/275): >>... Es wird sich herausstellen, daß die natürliche Grenze Rußlands von Danzig oder etwa Stettin bis nach Triest reichen wird.<<
Stalins Staatssicherheitsabteilung besaß eine weitverzweigte, hervorragend organisierte geheime Staatspolizei, die nach der "Oktoberrevolution" unter verschiedenen Namen operierte (Tscheka = 1917-22, GPU = 1922-34, NKWD = 1934-46, MWD = 1946-53 und danach KGB). Diese gnadenlosen Vollstrecker der Stalinisten verfolgten und beseitigten alle vermeintlichen Systemgegner. In den ersten 10 Jahren der Stalin-Diktatur wurden mindestens 8,0 Millionen "Staatsfeinde" in die Straflager Nordrußlands oder nach Sibirien verschleppt (x061/467).
Stalins Terrormethoden wurden später häufig von Hitler nachgeahmt. Das NS-Regime imitierte z.B. "erfolgreich" die sowjetischen Zwangsarbeitslager ("Vernichtung durch Arbeit"), Massenerschießungen, Zwangsumsiedlungen und die Verschleppung von Arbeitskräften. Weitere Nachahmungen der NSDAP waren: Gestapo = NKWD, Hitlerjugend = Stalinschüler bzw. Komsomolzen.
Hitler hielt Stalin später für einen "tollen Kerl" und hatte große Achtung vor dem sowjetischen Diktator. Der Führer bewunderte Stalin, der mit eiserner Faust die riesige Sowjetunion zusammenhielt und für den Menschenleben völlig bedeutungslos waren.
Der deutsche Politologe Eugen Kogon (1903-1987, 1939-45 KZ-Haft in Buchenwald) berichtet später über die Unterschiede zwischen Lenin und Stalin (x245/127): >>... Bleibt die Frage, die oft genug gestellt worden ist: Wäre die Fortentwicklung des Sowjetkommunismus anders verlaufen, wenn Lenin noch Jahre an der Spitze des Sowjetreichs gestanden hätte?

Hätte er wesentlich anders als Stalin gehandelt, dessen Gefährlichkeit er zuletzt selbst einsah? Die Frage wird hier nicht wiederholt, um unnützen Spekulationen nachzuhängen, sondern um die Antwort zum Charakterbild Lenins, soweit möglich, beizutragen.
Der mächtige Mann, ohnmächtig geworden, hat am Ende mit längeren Zeiträumen der politischen Entwicklung in Sowjetrußland gerechnet, und da das Regime endlich Bestand hatte, sollte eine friedlichere Art der Einwirkung auf die Menschen im Sowjetbereich möglich geworden sein.
"Im Kriege handeln wir nach Kriegsbrauch; wir versprechen keinerlei Freiheit und keinerlei Demokratie", sagte er beim Dritten Kongreß der Kommunistischen Internationale. An anderer Stelle: "Die Freiheiten werden solange nicht gewährt, als wir nicht endgültig gegen die Angriffe der Bourgeoisie gesichert sind".
Im Falle genügender Sicherung und Sicherheit wären "die Freiheiten" also "gewährt" worden. Kann man annehmen, daß dies in den zwanziger und dreißiger Jahren hätte geschehen können? Die internationale Wirklichkeit der beiden Jahrzehnte spricht dagegen.
Es kommt hinzu, daß nicht zu erkennen ist, wie es Lenin hätte gelingen sollen, die zwei objektiven Grunderfordernisse der sowjetischen Entwicklung, wenn die Union im politisch-ökonomischen Wettbewerb der globalen Entwicklung aufholen und bestehen sollte, ohne umfassende Gewaltanwendung zu erfüllen: die rasche und zureichende kollektive Akkumulation des notwendigen Investitionskapitals, die ja nur durch systematischen bewirkten Konsumverzicht zu erreichen war, und die industriewirtschaftliche Arbeitsdisziplinierung der Bauernschaft, die folglich radikal "umerzogen" werden mußte.
Man darf annehmen, daß Lenin die beiden Erfordernisse nicht annähernd so barbarisch realisiert hätte, wie Stalin es getan hat; aber um die Härte, die er für alle "historischen Fälle" gewohnt war, wäre er seinen Prämissen gemäß nicht herumgegangen.
Ganz anders steht es ohne Zweifel mit Lenins Verhältnis zur Partei: niemals, unter keinen Umständen hätte er auch nur den Versuch unternommen, sie sich total gefügig zu machen, sie sich schrankenlos zu unterwerfen, sie zum mechanisiert-instrumentalisierten Exekutionsapparat zu degradieren.
Kalt, heuchlerische Liquidierung verdienter Bolschewiki nach Schauprozessen mit erfolterten Selbstbezichtigungen – nein, das wäre Lenin nicht einmal in den Sinn gekommen. Der Personenkult außerdem war ihm verhaßt, wie hätte er ihn erzwingen können. ...<<
Der britische Historiker Robert Conquest berichtet später über Stalins rücksichtslose Machtpolitik in den Jahren 1923 bis 1929 (x080/178,190): >>Heute kennen wir das Ergebnis des politischen Kampfes, der von 1923 bis 1929 anhielt: In diesen 6 Jahren schaltete Stalin eine Reihe von Gegner aus. Zunächst verbündete er sich mit den übrigen Mitgliedern des Politbüros erfolgreich gegen Trotzki.
Sodann versetzte er im Bündnis mit der "Rechten" unter Bucharin und Rykow zunächst dem "Linksblock" unter Kamenew und Sinowjew und danach einer neuen Koalition der Linken mit den Trotzkisten einen vernichtenden Schlag. Und zum Schluß eliminierten er und seine Anhänger ihre bisherigen Verbündeten, die "Rechten". ...<<
>>... Stalin hatte es tatsächlich verstanden, während der letzten 5 Jahre seine wahren Eigenschaften vor den "Rechten" zu verbergen. Das ist an sich schon eine erstaunliche politische Leistung und ein Symptom für die abgründigen Züge in seiner Persönlichkeit.
Der unglückliche Bucharin war allerdings nur ein weiteres Glied in einer langen Kette angeblich intelligenter Leute, die Stalins wahre Natur erst erkannten, als es zu spät war. Sie reicht von Lenin bis zu Roosevelt ...<<

21.03.1924

Deutsches Reich: Der Erste Staatsanwalt Ludwig Stenglein begründet am 21. März 1924 den Strafantrag im Hitler-Prozeß in München (x245/344): >>... Hitler ist aus einfachen Verhält-

nissen hervorgegangen, er hat im großen Krieg als tapferer Soldat seine deutsche Gesinnung bewiesen und nachher aus kleinsten Anfängen heraus in mühsamer Arbeit eine große Partei, die "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei", geschaffen, wobei die Bekämpfung des internationalen Marxismus und Judentums, die Abrechnung mit den Novemberverbrechern und die Ausbreitung des nationalen Gedankens in allen Volkskreisen, besonders auch in der Arbeiterschaft, die wesentlichen Programmpunkte waren.
Über seine Parteipolitik habe ich kein Urteil zu fällen, sein ehrliches Streben aber, in einem unterdrückten und entwaffneten Volke den Glauben an die deutsche Sache wieder zu erwekken, bleibt unter allen Umständen ein Verdienst. Er hat hier, unterstützt durch seine einzigartige Rednergabe, Bedeutendes geleistet.
Wurde er auch durch die Kampfstimmung in den Reihen seiner Anhänger zu einer einseitigen Einstellung geführt, so wäre es doch ungerecht, ihn als Demagogen zu bezeichnen; vor diesem Vorwurf schützt ihn die Echtheit seiner Überzeugung und die uneigennützige Hingabe an die von ihm selbst gewählte Lebensaufgabe. Sein Privatleben hat er stets rein erhalten, was bei den Verlockungen, die an ihn als gefeierten Parteiführer naturgemäß herantraten, besondere Anerkennung verdient. ...
Hitler ist ein hochbegabter Mann, der aus einfachen Verhältnissen heraus sich eine angesehene Stellung im öffentlichen Leben errungen hat, und zwar in ernster und harter Arbeit. Er hat sich den Ideen, die ihn erfüllten, bis zur Selbstaufopferung hingegeben und als Soldat in höchstem Maße seine Pflicht getan. Daß er die Stellung, die er sich schuf, eigennützig ausnützte, kann ihm nicht zum Vorwurf gemacht werden.
Auch bei der Tat, die jetzt abzuurteilen ist, war nicht so sehr persönlicher Ehrgeiz, wenn er auch zweifellos eine Rolle mitspielte, als höchste Begeisterung für die deutsche Sache als Beweggrund ausschlaggebend.
Als Mensch können wir Hitler unsere Achtung nicht versagen. ...<<

27.03.1924

Deutsches Reich: Hitler, der wegen Hochverrats angeklagt ist, verteidigt sich während des Strafprozesses selbst. Er hält am 27. März 1924 im Verlauf der Verhandlung, die zeitweise an eine "bayerischen Justizposse" erinnert, vor dem Volksgerichtshof München I eine mehr als 4 Stunden dauernde Verteidigungsrede.
Hitler beendet seine Verteidigungsrede mit folgendem theatralischen Schlußwort (x030/174): >>... Mögen Sie uns tausendmal schuldig sprechen, die Göttin des ewigen Gerichts der Geschichte wird lächelnd den Antrag des Staatsanwalts und das Urteil des Gerichtes zerreißen, denn sie spricht uns frei. ...<<

01.04.1924

Deutsches Reich: Der Volksgerichtshof München I beendet am 1. April 1924 den Strafprozeß (vom 24. Februar bis zum 1. April 1924) gegen Hitler. Der Hochverräter Hitler wird lediglich zu 5 Jahren Festungshaft (damalige Mindeststrafe für Hochverrat) verurteilt.
Da Hitler noch österreichischer Staatsbürger ist, hätte der Ausländer Hitler gemäß Republikschutzgesetz § 9 Abs. 2 sofort ausgewiesen werden müssen. Die bayerischen Richter verzichten jedoch wegen der "ehrenhaften, patriotischen Einstellung" auf Hitlers Ausweisung.
Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Hitler-Prozeß" (x051/265-266): >>Hitler-Prozeß, Strafprozeß vor dem Münchener Volksgericht vom 24.2.-1.4.24 gegen zehn führende Teilnehmer des Hitlerputsches: Hitler, Ludendorff, Röhm, Frick, Pöhner, Kriebel, F. Weber, R. Wagner, Brückner und Pernet; die Anklage lautete auf Hochverrat.
Nach dem zu Gunsten der Angeklagten parteilichen Gerichtsverfahren (sie hatten reichlich Gelegenheit zu heftigen Angriffen gegen die Weimarer Republik, man billigte ihnen ehrenhafte Motive zu) wurden Hitler, Pöhner, Kriebel und Weber zur gesetzlichen Mindeststrafe von fünf Jahren Festungshaft (mit Aussicht auf baldige Strafaussetzung zur Bewährung) verurteilt,

Röhm, Frick, Wagner, Brückner und Pernet zu 15 Monaten Festungshaft mit Bewährung. Ludendorff wurde unter Würdigung seiner Verdienste als Feldherr im Ersten Weltkrieg freigesprochen.
Das Urteil gegen Hitler, der damals noch österreichischer Staatsbürger war, verstieß gegen § 9, Abs. 2 des Republikschutzgesetzes, der die Ausweisung eines wegen Hochverrats verurteilten Ausländers aus dem Deutschen Reich vorschrieb.
Nach rund einjähriger Haft in der Festung Landsberg am Lech wurde Hitler am 20.12.24 entlassen.<<
Hitler wird nach seiner Verurteilung in der Festung Landsberg am Lech interniert. Während der Haft diktiert der "Vorzugshäftling" Hitler seinem "Schreiber" Rudolf Heß den 1. Teil seiner Rechenschafts- und Programmschrift "Mein Kampf" (eine Sammlung von bisherigen Partei- und Hetzreden).
Der deutsche Historiker Karl Dietrich Bracher schreibt später über Hitlers Landsberger Haft (x245/345): >>... Wie der gescheiterte Putschist das Tribunal zur Bühne seiner hemmungslosen Anklagen gegen die "Judenpolitik" hatte machen können, so kam ihm auch der Strafvollzug in jeder Weise entgegen. Anstatt, wie noch einmal im Herbst 1924 geplant, den unerwünschten Ausländer abzuschieben, gewährte man Hitler im Kreis der etwa 40 mitinhaftierten Gesinnungsgenossen einen geradezu erholsamen Aufenthalt auf der Festung Landsberg, der mehr als vorzeitig schon im Dezember 1924 mit Begnadigung endete.
Im großen Aufenthaltsraum, wo Hitler beim Mittagessen den Vorsitz hatte, prangte die Hakenkreuzfahne; am 8. November 1924 hielt man eine Gedenkfeier ab. Die Haftanstalt wurde geradezu zu einem ersten "Braunen Haus", in dem Hitler, meist in Lederhosen und Tirolerjakke gekleidet, der Ehrenbezeigungen seiner Getreuen und die Briefe, Blumen und Sympathiekundgebungen der Außenwelt entgegennahm. Dazu gehörten auch der Geburtstagsbrief des alten Houston Stewart Chamberlain aus Bayreuth, der Hitler als den "großen Vereinfacher" feierte und mit dem Satz schloß: "Gott, der ihn uns geschenkt hat, möge ihn noch viele Jahre bewahren zum Segen für das deutsche Vaterland."
Vor allem aber hatte der bislang nur redende "Schriftsteller" nun Muße und Hilfsmittel, ein – wie er selbst höhnte – Hochschulstudium auf Staatskosten zu genießen. Er verschlang die bereitstehende Lektüre und machte sich mit willkommenen Hilfstheorien wie mit der Geopolitik Karl Haushofers vertraut, der ihn durch Vermittlung seines Studenten Rudolf Heß wiederholt besuchte, und schon im Juni begann er sein großes Buch zu schreiben, das die Abrechnung mit Vergangenheit und Gegenwart führen und den neuen, nun "legalen" Weg zur Macht und Herrlichkeit der nationalsozialistischen Zukunft verbindlich deklarieren sollte. ...<<
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über Hitlers Rechenschafts- und Programmschrift "Mein Kampf" (x192/439): >>In seiner Programm- und Rechtfertigungsschrift "Mein Kampf" hatte Hitler die Zerstörung des Kommunismus, die Eroberung neuen Lebensraumes und die Vernichtung des Judentums zu den zentralen Zielen seiner Politik erklärt.
Das Buch erzielte seit 1933 riesige Auflagen, war fast in jedem deutschen Haushalt verfügbar, doch die wenigsten lasen es, und wer sich damit befaßte, nahm es nicht ernst. Mit diesem extremistischen Propagandageschwätz ließ sich doch keine Politik gestalten. Doch genau das geschah, auch wenn das Ganze in taktische Winkelzüge, Täuschungsmanöver und Friedensbeteuerungen eingebunden wurde.
Kein anderer Politiker hat je seine Kernziele im voraus so präzise und offen formuliert wie Adolf Hitler. ...<<

April 1924

Jugoslawien: Der deutsche Kulturbund wird im April 1924 durch die jugoslawische Regierung aufgelöst und das gesamte Vermögen beschlagnahmt. Diese Maßnahme begründet man

mit der Unterdrückung der slowenischen Minderheit in Österreich (x006/31E).

Mai 1924

Deutsches Reich: Die KPD-Führung gründet im Mai 1924 eine kommunistische Wehrorganisation (den "Roten Frontkämpferbund").

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die kommunistische Wehrorganisation "Roter Frontkämpferbund" (x051/502): >>Roter Frontkämpferbund (RFB), mit Beschluß der KPD-Führung vom Mai 24 ins Leben gerufene kommunistische Wehrorganisation, deren Mitgliederzahl von 15.000 (1925) auf über 100.000 (1928) anwuchs, davon etwa die Hälfte KPD-Angehörige.

Als Antwort auf Stahlhelm und Reichsbanner gedacht, wurde der Rote Frontkämpferbund zu einem Instrument der Moskau-Fraktion innerhalb der KPD, deren Vorsitzender Thälmann ab Februar 25 auch den Roten Frontkämpferbund führte. Er gründete Nebenformationen wie den "Roten Jungsturm", die "Rote Marine" und den "Roten Frauen- und Mädchenbund", setzte seine Kampfgruppen mit den Schalmeienkapellen für propagandistische Paraden z.B. bei den jährlichen Reichskonferenzen ein oder bei Straßenkämpfen mit politischen Gegnern.

Die blutigen Auseinandersetzungen am Maifeiertag 1929 in Berlin führten zum Verbot des Roten Frontkämpferbundes, der nach der nationalsozialistischen Machtergreifung besonders intensiv verfolgt und rasch zerschlagen wurde.<<

29.08.1924

Deutsches Reich: Reichskanzler Wilhelm Marx (1863-1946) kritisiert am 29. August 1924 während einer offiziellen Kundgebung die deutsche Kriegsschuld gemäß § 231 des Versailler Vertrages (x034/232): >>... Die Reichsregierung erklärt, ... daß sie diese Feststellung nicht anerkennt. ... (Das deutsche Volk müsse befreit werden) von der Bürde dieser falschen Anklage.<<

Der Reichsrat nimmt gemäß den Beschlüssen der deutschen Reichsregierung am 29. August 1924 die Londoner Abmachungen (Dawes-Plan) an, um das Reparationsproblem zu bewältigen.

Das Deutsche Reich soll bis August 1928 jährlich 1,0-1,75 Milliarden Mark und danach ab September 1928 für unbestimmte Zeit jährlich 2,5 Milliarden Mark zahlen (x041/88). Als Starthilfe erhält das zahlungsunfähige Deutsche Reich im Jahre 1924 erstmalig US-Darlehen in Höhe von 800 Millionen Goldmark, um fällige Reparationszahlungen zu leisten.

Der Dawes-Plan sieht vor, daß die vom Deutschen Reich zu leistenden Reparationen an die Alliierten vor allem durch Kredite aus den Vereinigten Staaten von Amerika zu finanzieren sind. Mit Hilfe des Dawes-Planes sollen die deutsche Wirtschaft unterstützt und die Reparationszahlungen für die nächsten 5 Jahre gesichert werden.

Das Deutsche Reich muß die gesamten Zolleinnahmen und verschiedene Steuern an die alliierten Siegermächte verpfänden (x149/44). Die deutsche Reichsbank wird außerdem vom 4. Oktober 1924 bis zum Ende des Dawes-Planes (1929) unter internationale Aufsicht gestellt, um die deutsche Zahlungsfähigkeit zu gewährleisten (x175/212).

Charles G. Dawes (1865-1951, nordamerikanischer Bankier und Politiker, "Business, not politics") erhält für die Leitung des internationalen Ausschusses im folgenden Jahr den Friedensnobelpreis.

Im "Dawes-Plan" von 1924 heißt es z.B. (x128/120-121): >>... Je mehr es gelingt, die Zahlungen automatisch, geregelt und unabhängig von den Schwankungen gegenüber der Reparationsfrage zu gestalten, um so weniger Reibungen werden entstehen und um so größer wird die tatsächliche Stabilität des deutschen Staatshaushalts sein.

Letzten Endes ist die beste Sicherheit für die Zahlung das Interesse der deutschen Regierung und des deutschen Volkes, ehrlich eine Last auf sich zu nehmen, von der die Welt überzeugt ist, daß sie die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit nicht übersteigt, und so rasch als

möglich eine Last abzutragen, die schwer ist und schwer sein soll.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Dawes-Plan" (x051/109): >>Dawes-Plan, Maßnahmenkatalog der Reparationskommission nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Ziel, die dem Deutschen Reich im Versailler Vertrag auferlegten Verpflichtungen (Festlegung 19.3.23 auf 226 Milliarden Goldmark) auf die wirtschaftliche Leistungskraft Deutschlands abzustimmen.
Der Dawesplan beruhte auf einem Gutachten des amerikanischen Bankiers C. G. Dawes (1865-1951; Friedensnobelpreis 1925) vom 9.4.24, der als Voraussetzung weiterer deutscher Leistungen die Stabilisierung der deutschen Wirtschaft und unter Anspielung auf Frankreich die Einstellung der "Faustpfandpolitik" (Ruhrkampf) forderte.
Er sah jährliche deutsche Zahlungen von 1-1,75 Milliarden für eine Übergangszeit von vier Jahren und später von 2,5 Milliarden Goldmark vor; das Reich erhielt einen Stützungskredit von 800 Millionen Goldmark und verpfändete dafür seine Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern; Frankreich verpflichtete sich zur Räumung des Ruhrgebietes binnen zwölf Monaten.
Der am 16.8.24 in London geschlossene Vertrag passierte am 29.8.24 den Reichstag und trat zwei Tage später in Kraft. Die Folge war eine politisch-psychologische Entspannung in Deutschland und Europa, eine zunehmende Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit amerikanischem Kapital und eine stetig wachsende Auslandsverschuldung.
1930 wurde der Dawesplan durch den von der NSDAP heftig bekämpften Youngplan ersetzt, der die Gesamthöhe der Reparationen auf 34,5 Milliarden Mark (zahlbar bis 1988) herabschraubte.<<
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über den Dawes Plan (x364/135-136): >>**Der Dawes-Plan**
Diese Sackgasse wurde also verlassen und die Ruhr frei gemacht, als sich Deutschland mit einer Kompromißlösung einverstanden erklärte, die als der Dawes-Plan bekannt ist. Diesen "Plan" hatte J. P. Morgan entworfen, und zwar mit Hilfe eines Komitees internationaler Finanzexperten. Charles Dawes, J. P. Morgan, ein Rothschild-Genosse, gehörte zu den führenden Finanziers Amerikas zu Beginn dieses Jahrhunderts.
Nebenbei ist zu sagen, daß Morgan eine wesentliche Rolle bei der Gründung des "Council of Foreign Relations" (Rat für Auswärtige Beziehungen) - der "unsichtbaren Regierung" - im Jahre 1921 gespielt hat. Der CFR lenkt seitdem die Geschickte Amerikas.
Nach dem Dawes-Plan wurden in den ersten vier Jahren Deutschland Kredite in Höhe von 800 Millionen Dollar eingeräumt. Diese sollten für den Wiederaufbau benutzt werden, der seinerseits die Finanzen bringen sollte, mit denen die Reparationszahlungen an Deutschlands Gläubiger zu leisten waren. Ein Großteil des Geldes stammte aus den Vereinigten Staaten.
Dazu berichtet Professor Quigley:
"Es ist zu beachten, daß dieses System von den internationalen Banken eingerichtet wurde, und daß das Ausleihen des Geldes anderer an Deutschland für diese Banker höchst gewinnbringend war."
Er schreibt weiter: "Mit Hilfe dieser amerikanischen Kredite wurde die deutsche Industrie weitgehend mit den neuesten technischen Einrichtungen ausgerüstet. Mit diesen amerikanischen Krediten konnte Deutschland seine Industrie wieder aufbauen und sie mit Abstand zur zweitbesten der Welt entwickeln.
Damit konnten Wohlstand und Lebensstandard beibehalten werden, trotz Niederlage und Reparationen, und die Reparationen bezahlt werden, ohne die Übel eines defizitären Haushaltes und einer negativen Handelsbilanz.
Mit Hilfe dieser Kredite konnten die deutschen Schuldner ihre Kriegsschuld an England und

die USA zurückzahlen, ohne Waren und Dienstleistungen zu exportieren. Devisen, die in Form von Krediten an Deutschland gingen, flossen an Italien, Belgien, Frankreich und England in Form von Reparationen zurück sowie schließlich an die Vereinigten Staaten in Form von Rückzahlung der Kriegsschulden.
Was allein an diesem System schlecht war, war, daß es einfallen würde, sobald die Vereinigten Staaten kein Geld mehr liehen, und zweitens, daß in der Zwischenzeit die Schulden lediglich von einem Konto auf ein anderes verschoben wurden und niemand der Zahlungsfähigkeit auch nur einen Schritt näher kam. In der Zeit von 1924 bis 1931 bezahlte Deutschland 10,5 Milliarden Mark an Reparationen, borgte sich aber insgesamt 18,6 Milliarden Mark. Somit war rein gar nichts gelöst, aber die internationalen Banker saßen im Himmel, wo es von Gebühren und Provisionen nur so regnete." …<<
Der deutsche Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin berichtet später über den "Dawes-Plan" (x286/42-43): >>... Nach der großen Inflation von 1920/23 und einem Moratorium wurde 1924 ein neuer Plan ausgeheckt. Diesmal unter Federführung eines Profis, des amerikanischen Bankiers Charles Dawes (1865-1951).
Der argumentierte wie ein Bankier: Erst die Sau mästen, bevor sie abgestochen wird. So bekam Deutschland gleich einen "Stabilisierungs-Kredit" über 800 Millionen, der zog weitere Gelder ins Land. Aus diesen Geldern konnten auch zunächst die Zahlungen geleistet werden: jährlich bloß noch 2,4 Milliarden Goldmark. Dawes bekam für sein Kunststück den Friedensnobelpreis.
Deutschland war Zahlmeister geworden, aber einer, der den Leuten nur jenes Geld wiedergab, das man dem Zahlmeister geliehen hatte.
Das ging schief ... Die deutsche Handelsbilanz war passiv wie eh und je. Zwischen 1924 und 1928 stiegen die Exporte von 10 auf 12,3 Milliarden Mark. Die Importe aber stiegen von 9 auf 14 Milliarden. 1929 sah es wieder mal nach einer ausgeglichenen Handelsbilanz aus – aber die Freude war kurz. Die Weltwirtschaftskrise startete, die deutsche Wirtschaft, basierend auf kurzfristigen Krediten, schrumpfte wie ein alter Apfel. Die bangen Fragen der Kreditgeber wurden drängender, die Kredite schließlich abgezogen. Das Ende war die Pleite.<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den "Dawes-Plan" (x068/216): >>Die Amerikaner schätzten uns richtig ein durch das ganze Jahrhundert. Sie wußten auf die Deutschen ist Verlaß. Erst konnten sie die Nation 1917/18 kaputtschießen, danach, in den goldenen zwanziger, den braunen dreißiger Jahren, sie wieder auferstehen lassen, in den vierziger Jahren ihr erneut den Rest geben, recht kräftig sogar und endlich in den fünfziger Jahren sie abermals aufrüsten – ein wahrhaft wundervolles Geschäft, das Geschäft des Jahrtausends.
... Im ... Jahr (1924) ist es bezeichnenderweise ein Bankier, Charles G. Dawes, der (in dem seinen Namen tragenden Plan) für eine Reorganisation der Deutschen Reichsbank und die Stabilisierung der deutschen Währung eintritt durch eine Anleihe von nicht weniger als 800 Millionen Goldmark.
Eine mildtätige Aktion? Ein karitativer Anflug? Ein Samariterdienst? Nun, man brauchte eine gewisse wirtschaftliche Gesundung, eine aktive Handelsbilanz, um weitere Reparationsleistungen zu bekommen, um Deutschland auch künftig auspowern zu können.
Dabei mußte es auf die endgültige Festsetzung der Höhe der Reparationen freilich verzichten. Doch ermöglichte die gewaltige Geldspritze die Rückkehr der deutschen Währung zum Goldstandard. Und da die deutsche Wirtschaft nun wieder in Schwung kommt, die deutsche Tüchtigkeit floriert, der innerdeutsche Markt sich förmlich bläht, zieht die erste Anleihe die nächste nach sich, dann immer neue mit hohen Zinssätzen natürlich, auch für langfristige Projekte, und bald sind die ausländischen, meist US-Anleihen auf 16 Milliarden geklettert.
Hatte Arthur Rosenberg, der marxistische Historiker, so unrecht, als er schrieb, Deutschland

sei damals zu einer Kolonie der New Yorker Börse geworden? Jedenfalls wuchs Deutschlands Verschuldung infolge dieser Kredite immer mehr. ...<<
1930 wird der Dawesplan durch den von der NSDAP bekämpften Youngplan ersetzt.
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über den Young-Plan (x364/136): >>**Der Young-Plan**
Der Dawes-Plan schlug fehl, als nämlich Deutschlands Reparationsverpflichtungen trotz der Milliardenbeträge, die bezahlt wurden, zunahmen.
Er wurde von dem Young-Plan abgelöst, der nach Owen Young - einem Morgan-Agenten - benannt wurde und der der Vorsitzende des Komitees war, das dieses neue Arrangement aufstellte. Zwecks besserer Plünderung gründeten die internationalen Banker in der Schweiz die Bank für Internationalen Zahlungsverkehr.
Damit konnte die Wiedergutmachungszahlungen einfach dadurch erfolgen, daß Guthaben von einem Konto eines Landes bei dieser Bank auf das eines anderen Landes gebucht wurden, das ebenfalls bei der Bank geführt wurde. Auch hier machten die "Big Banker" den großen Reibach mit Gebühren und Provisionen.
Beachten Sie eine Anzahl entscheidender Faktoren: die internationalen Banker und ihre Agenten riefen die Zustände hervor, die zum Ersten Weltkrieg führten; sie schlugen finanzielle Beute aus dem Krieg; sie finanzierten die russische Revolution und ergriffen die Kontrolle über dieses weite Land; sie manipulierten die Geschehnisse in Europa nach dem Krieg in einer Weise, die "einen Zustand schafft" (nach Worten von Edward Stanton), infolgedessen sie finanziell "im Himmel saßen"; sie benutzten amerikanische Gelder, für die sie riesige Provisionen einstrichen, um Deutschlands Industrie "mit den neuesten technischen Einrichtungen auszurüsten" und "sie mit Abstand zur zweitbesten der Welt zu entwickeln"; bei ihren Manipulationen haben diese skrupellosen Monopolgeier die Deutschen benutzt und dermaßen ausgenutzt, daß sie sich deren unvergänglichen Haß verdient haben, und während sie die deutsche Industrie aufbauten, gleichzeitig aber die deutsche Bevölkerung bekämpften, haben sie den Weg vorbereitet, auf dem ein starker Mann die politische Bühne betreten konnte, der die Massen für seine "Sache" gewinnen würde, indem er ihnen Freiheit von den internationalen Finanzräubern verspricht. …<<
Herbert Ludwig berichtet später (am 30. April 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Reparationszahlungen und den Aufbau der deutschen Rüstungsindustrie nach dem 1. Weltkrieg (x943/…): >>**Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise**
… Die Finanzelite formiert sich
Nach G. Preparata gingen wesentliche Impulse von Montagu Norman aus, dem Gouverneur der Bank von England, von Benjamin Strong, dem Gouverneur der Federal Reserve Bank von New York und den "Mandarinen des amerikanischen Bankennetzes" J. P. Morgan & Co. Deutscher Vermittler war Hjalmar Schacht, enger Freund Montagu Normans und auch von den Amerikanern sehr geschätztes Mitglied der internationalen Bruderschaft der Banker, der 1923 zum Reichswährungskommissar und Präsidenten der deutschen Reichsbank lanciert wurde.
Er wurde eingebettet in einen "Generalrat" der Reichsbank von vierzehn Mitgliedern, "*von denen die Länder der Alliierten die Hälfte stellten."* Die Reparationszahlungen von 132 Milliarden Goldmark, die das ausgeblutete Deutschland unmöglich leisten konnte, worauf die Alliierten aber bestanden, boten den Ansatzpunkt. Sie setzten voraus, daß die deutsche Wirtschaft wieder in Gang kam.
Die dazu benötigten Kredite sollten aber ausschließlich angloamerikanische sein, um die Deutschen unter ihre vollständige Kontrolle zu bringen. Schacht sorgte im Zusammenhang mit der Währungsreform zur Stabilisierung der neuen Reichsmark für einen Kreditstopp im

Inneren und stieß damit die Tür für die westliche Geldversorgung Deutschlands auf, in deren Verlauf schließlich kein einzelner Tropfen in Deutschlands Geldkreislauf dem Land gehörte.

Die Reparationszahlungen

Mit dem vom New Yorker Bankhaus Morgan & Co entwickelten Dawes-Plan, den der Plan des Morgan-Mann Owen Young modifizierte, flossen nach Deutschland ab 1924 jährlich Milliarden-Kredite, zumeist aus den USA, zum geringeren aus Großbritannien. Der Kreditfluß ging zum einen Teil zu überhöhten Zinsen an den Staat, zum anderen Teil an die Industrie, um die Wirtschaft anzukurbeln. Der Staat verwendete einiges für die Infrastruktur, das meiste für die Reparationen.

Über die Höhe differieren die Angaben der Experten. Nach Antony Sutton zahlte Deutschland zwischen 1924 und 1931 etwa 36 Milliarden Mark Reparationen und erhielt etwa 33 Milliarden Mark Kredit. Guido G. Preparata beziffert die Kredite bis 1930 auf 28 Milliarden Dollar und die Reparationszahlungen auf 10,3 Milliarden Dollar. Carroll Quigley nennt für die Zeit von 1924 bis 1931 Kredite an Deutschland von 18,6 Mrd. Mark und 10,5 Mrd. Mark Reparationen.

In jedem Fall konnten die Reparationen weitgehend oder ganz mit Krediten finanziert werden, so daß die gewünschte wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands dadurch kaum belastet wurde. *"Man erinnere sich daran, daß dieses System von den internationalen Bankern installiert wurde. Das Verleihen anderer Leute Geld* (nämlich amerikanischer Investoren) *an Deutschland war für diese Banker sehr profitabel.*

Mit Hilfe dieser amerikanischen Anleihen konnte Deutschland seine Industrie neu aufbauen und mit großem Abstand nach unten zur zweitbesten der Welt machen. ... Mit Hilfe dieser Anleihen waren die (Reparations-)*Gläubiger Deutschlands fähig, ohne Lieferung entsprechender Güter oder Dienstleistungen ihre* (eigenen) *Kriegsschulden an England und die Vereinigten Staaten zu bezahlen.*

Devisen gingen als Anleihen an Deutschland, dann als Reparationen weiter an Italien, Belgien, Frankreich und Großbritannien und schließlich als Rückzahlung von Kriegsschulden zurück an die Vereinigten Staaten." Von dort wurde es dann, mit einer zusätzlichen Zinslast belegt, wieder nach Deutschland gelenkt - und so weiter.

"*Was an dem System nicht stimmte, war nur,*

a) daß es in sich zusammenfallen würde, wenn die Vereinigten Staaten aufhören würden zu leihen und b) daß in der Zwischenzeit die Schulden nur von einem Konto auf ein anderes verschoben wurden, aber niemand der Zahlungsfähigkeit wirklich näher kam. ... Dadurch wurde nichts wirklich geregelt, aber die internationalen Banker saßen im Himmel unter einem Dauerregen von Gebühren und Provisionen."

Dabei muß man bemerken, daß die Financiers periodisch ihre Bankiershüte ablegten und neue Hüte als Staatsmänner aufsetzten. Als Staatsmänner formulierten sie den Dawes und den Young-Plan aus, um das "Problem" der Reparationen zu "lösen", und als Bankiers legten sie die Darlehen auf.

Der Aufbau der Kartelle und der Rüstungsindustrie

Ein wesentlicher Teil der Operationen der angloamerikanischen Finanzwelt war der Aufbau eines industriellen Kartellsystems in Deutschland. "*Die drei größten Darlehen, die unter dem Dawes-Plan von den internationalen Bankern der Wall Street für deutsche Schuldner in den zwanziger Jahren gehandhabt wurden, kamen drei deutschen Kartellen zugute, die einige Jahre später Hitler und den Nazis zur Macht verhalfen."*

Es waren dies

1. die Vereinigte Stahlwerke AG, die 1926 durch die Fusion der Thyssen-, der Phönix-Gruppe, der Rheinischen Stahlwerke sowie der Rheinelbe-Unternehmen Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-AG, Bochumer Verein und Gelsenkirchener Bergwerks-AG

gebildet wurden. Der Zusammenschluß umfaßte damit einen Gutteil der deutschen Eisen-, Stahl- und Bergwerks-Gesellschaften in der Grundproduktion;
2. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG), einer der weltweit größten Elektrokonzerne, stellte neben Produkten für die elektrische Energietechnik und den Haushaltsbedarf Geräte zur elektrischen Heizung, Straßenbahnen, Elektro- und Dampflokomotiven sowie im Tochterunternehmen NAG auch Kraftfahrzeuge her;
3. Die amerikanische Tochter der IG Farben, die American IG Chemical. IG Farben war das seinerzeit größte Chemieunternehmen der Welt mit Sitz in Frankfurt am Main, zu dem sich 1916 BASF, Bayer, Hoechst und andere zunächst locker verbunden und am 2. Dezember 1925 fusioniert hatten.
Nur eine Handvoll New Yorker Finanzhäuser waren an der Finanzierung der deutschen Reparationen und dem Aufbau insbesondere für die Rüstung grundlegender Industrien beteiligt. "Drei Häuser - *Dillon, Read & Co; Harris, Forbes & Co* und *National City Company* - legten fast drei Viertel des Gesamtbetrages der Anleihen auf und ernteten die meisten Gewinne."
Ab Mitte der zwanziger Jahre beherrschten die zwei großen deutschen Kombinate der IG Farben und der Vereinigten Stahlwerke das Kartellsystem der Chemie- und Stahlindustrie, das durch die Anleihen geschaffen wurde. IG Farben war der große Produzent chemischer Grundstoffe, die auch von anderen Chemiewerken gebraucht wurden, so daß sie fähig waren, dem gesamten Markt ihren Willen aufzudrücken. Ähnlich dominierten die Vereinigten Stahlwerke mit ihrer Roheisenkapazität, die größer war als die aller anderen deutschen Eisen- und Stahlhersteller zusammen, auch den Markt der halbfertigen Eisen- und Stahlprodukte.
"*Unter den Produkten, welche die IG Farben und die Vereinigten Stahlwerke zur wechselseitigen Zusammenarbeit zusammenbrachten, waren Steinkohleteer und chemischer Stickstoff, die beide von primärer Bedeutung für die Herstellung von Sprengstoffen sind."*
So erhielten die IG Farben-Tochtergesellschaften, die Sprengstoffe produzierten, ihre Teerkohleprodukte wie Benzol, Toluol usw. von den Vereinigten Stahlwerken, und deren Sprengstoff produzierende Tochterfirmen bezogen ihren Stickstoff von IG Farben.
"*Unter diesem System gegenseitiger Zusammenarbeit und untereinander verflochtener Abhängigkeit produzierten die beiden Kartelle IG Farben und Vereinigte Stahlwerke 95 % der deutschen Sprengstoffe in den Jahren 1937/38, am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Diese Produktion war von ihrer Kapazität her durch amerikanische Anleihen aufgebaut worden und wurde bis zu einem gewissen Grad durch amerikanische Technologie ermöglicht.*
Von zentraler Bedeutung für ein industrielles Land ist der Flüssigkeitstreibstoff in ausreichender Menge, dessen Bedarf in einem Kriege ins Astronomische steigt. Deutschland hatte keine Ölquellen, aber reichliche Vorräte an Kohle. Chemiker der IG Farben hatten ein Verfahren entwickelt, das Hydrierung genannt wurde, mit dem Kohle in Öl umgewandelt werden konnte. Das Vorstands-Mitglied Carl Bosch unternahm es, Amerikas obersten Öl-Trust, Standard Oil (von John D. Rockefeller), dafür zu gewinnen, die Kosten für die weitere Forschung und Entwicklung synthetischen Treibstoffs mitzutragen.
"*Für die Weltrechte auf die Nutzung des Hydrierungsprozesses außerhalb Deutschlands trat Standard Oil der IG Farben 35 Mio. Dollar in Standard-Oil-Aktien ab."* 1928 wurden die amerikanischen Niederlassungen zur Holding IG Chemie zusammengefaßt und 1929 zur American IG Chemical Company verschmolzen, ein Tochterunternehmen der deutschen IG Farben, in dem die beiderseitigen Interessen von IG Farben und Standard Oil zur Herstellung synthetischen Öls verfolgt wurden. Die Zusammenarbeit der IG Farben und der Standard Oil gab IG Farben praktisch das Monopol über die deutsche Benzinproduktion während des Zweiten Weltkrieges.
Dabei ist nicht uninteressant: Im Aufsichtsrat der amerikanischen Tochter "*saßen einige der bedeutendsten Industrie- und Wirtschaftskapitäne Amerikas wie Edsel Ford von der Ford Mo-*

tor Company, Walter Teagle, der Chef von Standard Oil und Direktor der Federal Reserve New York, C. E. Mitchell, Chef der National City Bank und ebenfalls Direktor der Federal Reserve New York, und Paul Warburg, Schöpfer und erster Vorsitzender des Aufsichtsrates der Federal Reserve und Vorsitzender der Manhattan Bank."
Die Kontrolle der deutschen Produktion von synthetischem Benzin und Sprengstoffen, zwei der grundlegendsten Basisprodukte moderner Kriegsführung, lag also während des Zweiten Weltkrieges in den Händen zweier deutscher Konzerne, IG Farben und Vereinigte Stahlwerke, die mit Anleihen der Wall Street unter dem Dawes-Plan geschaffen worden waren.
Auch das große Kartell AEG erhielt Darlehen von mindestens 35 Mio. Dollar. Es war zu 30 % im Besitz des US-Konzerns General Electric, dessen leitender Angestellter Owen Young, auch Morgan-Banker, hinter dem Young-Plan stand und der dann einer der ausländischen Direktoren der AEG in Deutschland wurde.
Darüber hinaus fand amerikanische Rüstungshilfe für Deutschland auch in den Automobilwerken Opel und Ford statt, die gänzlich im Eigentum von General Motors, bzw. der Ford Motor Company Detroit waren. Sie waren nach Sutton die beiden größten Panzerhersteller Hitler-Deutschlands. In einem ARD-Film vom 29.1.2003 ist dagegen von einer vollen militärischen Produktion von Lastwagen und Kettenfahrzeugen die Rede.
"*Die Nazis gewährten Opel 1936 Steuerfreiheit, um General Motors zu ermöglichen, seine Produktion auszuweiten."*
Es war kein Versehen, daß Deutschland im Rahmen des Versailler Vertrags allmählich aufgerüstet wurde. "*Je gründlicher und moderner die Ausrüstung, desto zerstörerischer die deutsche Armee, desto blutiger der Krieg, desto gewaltiger der im Voraus feststehende Sieg der Alliierten ... und desto radikaler und nachhaltiger die Eroberungen der Angloamerikaner. Hinter dem Dawes-Plan stand weder Landesverrat noch Geldgier, sondern einzig das Fernziel, einen voraussichtlichen Feind hochzurüsten, um ihn in einer* (späteren) *kriegerischen Konfrontation … wieder niederzuwerfen."*
Dazu mußte aber auch direkt die erwachende *"religiöse, antisemitische Sekte in der Verkleidung einer politischen Partei (d.h. der NSDAP)"* gefördert werden, in deren Zentrum die geeignete fanatische Führungs-Posaune sichtbar wurde, gleichsam eine Art *"bösartiger Frankenstein, der aber in seinem Bewußtsein immer teilweise geblendet und abhängig von seinen ursprünglichen Schöpfern blieb." …*<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im September 2016) im COMPACT-Spezial Nr. 11 (x342/38-39): >>**Das Netz der Dulles-Brüder**
_ von Karel Meissner
Die Schattenregierung (1920 bis 1945): Die feinsten Adressen der US-Hochfinanz kooperierten mit Hitler - bevor sie sich mit Präsident Roosevelt auf einen Pakt einigten.
Halbwegs gebildete Zeitgenossen erinnern sich an die Blutspuren auf der angeblich makellosen Weste der US-Demokratie: Die Morde an John F. Kennedy und seinem Bruder Bobby. Watergate und die Iran-Contra-Affäre. Die unzähligen Kriege mit den Höhepunkten in Korea, Vietnam, Irak und Afghanistan. Attentate und Putsche in anderen Ländern. Operationen unter falscher Flagge wie der 11. September 2001.
Alle diese Ereignisse lassen sich auf ein Netzwerk zurückführen, das demokratiefeindliche Kreise in der US-Oligarchie schon in den 1920er Jahren knüpften und das später Teile des Geheimdienstes CIA und Spezialkommandos der US-Armee kontrollierte.
Profitmaschine Versailles
Die Schöpfer dieses Netzwerkes sind die Brüder Allen und John Foster Dulles. In den 1950er Jahren sollte der erstgenannte CIA-Chef, der andere US-Außenminister werden. Ihre Karriere begann aber bereits kurz nach dem Ersten Weltkrieg. Dabei half ihnen ihr familiärer Hintergrund: Ihr Großvater John Watson Foster hatte das State Department geleitet und ihr Onkel,

Robert Lansing, war unter Präsident Woodrow Wilson (1913-1921) ebenfalls im Außenministerium gewesen.
John Foster Dulles war der juristische Berater der US-Delegation bei den Friedensverhandlungen in Versailles 1919. Dort knüpfte er erste Kontakte zu den US-amerikanischen Großbanken, insbesondere zum führenden Geldhaus von J. P. Morgan. Ein Jahr später arbeitete sein Bruder Allen für das State Department in Berlin und lernte einen gewissen Hjalmar Schacht kennen. Drei Jahre später wurde dieser Schacht zum ersten Mal Reichsbankpräsident und schaffte das Kunststück, die Hyperinflation zu stoppen.
1924 handelte er mit US-Vertretern einen Modus zur Umschuldung der deutschen Reparationszahlungen aus, den sogenannten Dawes-Plan. Mit am Konferenztisch der Washingtoner Delegation saß der Versailles-erprobte John Foster Dulles. Kurz gesagt, sah der Dawes-Plan vor, daß US-Finanzhäuser Deutschland das Kapital leihen sollten, mit dem die Weimarer Demokratie die Kriegsschulden zurückzahlen könnte. So begann die Scheinblüte der Goldenen Zwanziger - eine gewaltige und für die Gläubiger hochprofitable Blase, die am Schwarzen Freitag 1929 platzen sollte.
"Sie trugen ihren Teil dazu bei, dem Faschismus an die Macht zu verhelfen."
US-Botschafter Dodd
Zur Schaltstelle der US-Kreditvergabe an Deutschland wurde die Anwaltskanzlei Sullivan & Cromwell, und an den entscheidenden Schaltern dieser Kanzlei saßen die Gebrüder Dulles. Über sie liefen die Geldströme zwischen der Wall Street und der Weimarer Republik. Zu ihren Kunden gehörten die feinsten Adressen: die Rockefellers mit ihrer Chase National Bank, der Eisenbahnkönig Averell Harriman sowie die Investmentbanken J. P. Morgan und Goldman Sachs.
Diese Geschäftsbeziehungen wurden auch nach der Machtergreifung der Nazis fortgeführt. "In den dreißiger Jahren hielten beide ihre schützende Hand über US-Unternehmen in Deutschland wie General Motors, ITT oder Standard Oil. ... Die IG Farben, die Dresdner Bank und die Vereinigten Stahlwerke von Flick und Thyssen gehörten zu ihren Klienten, dazu einige deutsche Provinzregierungen", faßt Mathias Bröckers in seinem Buch *Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9.* zusammen.
War das business as usual - oder heimliche Sympathie für die Nazis? Zumindest bei John Foster Dulles sprechen Indizien für Letzteres. Im März 1936 trug er an der Universität Princeton vor, die Machtübernahme von Mussolini und Hitler sei Teil eines "unvermeidbaren Kampfes zwischen diesen neuen dynamischen Nationen und statischen Nationen wie England und Frankreich". Es sei besser, die Konterrevolutionen in beiden Ländern zu akzeptieren, als Krieg zu führen. Wenn man Hitler nachgebe, seien die derzeitigen Exzesse eine vorübergehende Phase. Nur folgerichtig war, daß John Foster im Weiteren die USA zur Zurückhaltung auf dem europäischen Kriegsschauplatz mahnte und öffentlich Präsident Franklin D. Roosevelt als "Kriegstreiber" beschimpfte.
Allen Dulles hatte Adolf Hitler zum ersten Mal bereits Mitte der 1920er Jahre getroffen, und zwar auf Vermittlung von Konzernboß Fritz Thyssen. Dieser gehörte später zu den Geschäftspartnern, deren Interessen die Dulles-Brüder anwaltlich vertraten - auch dann noch, als Thyssen dem Nazi-Führer 1932 im Düsseldorfer Industrie-Club den Weg ins Kanzleramt geebnet hatte.
Im Laufe der Jahre wuchsen die US-Investitionen in Deutschland an - von 1929 bis 1940 um beinahe 50 Prozent. Der Berliner US-Botschafter William E. Dodd warnte bereits 1937 in der New York Times: "Ich hatte auf meinem Posten in Berlin oft Gelegenheit zu beobachten, wie nah einige unserer amerikanischen regierenden Familien dem Nazi-Regime sind. Sie trugen ihren Teil dazu bei, dem Faschismus an die Macht zu verhelfen, und sie sind darum bemüht, ihn dort zu halten."

Der Putsch von Morgan & Co.

Dodds Rede über die Versuche einer "Clique von US-Industriellen, unsere demokratische Regierung durch einen faschistischen Staat zu ersetzen", waren nicht metaphorisch gemeint. Am 4. März 1933 war tatsächlich ein Attentat auf den Präsidenten Franklin D. Roosevelt durchgeführt, 1934 ein faschistischer Putsch vorbereitet worden. Von dem Kongreß-Ausschuß für unamerikanische Umtriebe wurde der Umsturzversuch untersucht und ausführlich dokumentiert. Das politische Resümee lautete, daß einflußreiche Kreise mittels einer faschistischen Massenorganisation eine Diktatur in den USA errichten wollten.

Bei dieser Organisation handelte es sich um die im August 1934 gegründete American Liberty League (ALL). Im Vorstand dieser Organisation waren die Spitzen der Hochfinanz vertreten: J. P. Morgan, DuPont, Andrew Mellon, William S. Knudsen von General Motors, Joseph N. Pew jr. von Sun Oil. Mit der ALL waren mehrere Terrorgruppen assoziiert, die den Aufstand militärisch vorbereiteten. Dieser politische Eklat wurde heruntergespielt und - auch vom Präsidenten - unter den Teppich gekehrt. Roosevelt mußte sich mit seinen potentiellen Mördern arrangieren.

Der Großvater von George W. Bush wurde wegen seiner Geschäfte mit Hitler-Deutschland verurteilt.

Einige der amerikanischen Nazi-Helfer gerieten immerhin nach dem Kriegseintritt der USA im Dezember 1941 ins Visier der eigenen Justiz. Darunter John Prescott Bush, Vater des späteren 41. und Großvater des späteren 43. Präsidenten der Vereinigten Staaten, damals Teilhaber des Eisenbahnkönigs Harriman. Wegen seiner Geschäfte mit Hitler-Deutschland wurden nach dem Kriegseintritt der USA seine Anteile an der Union Banking Corporation vom Staat konfisziert.

Die Dulles-Brüder hingegen fielen nach oben. Sie stehen für die Pragmatiker unter der prodeutschen Fraktion des US-Establishments, die sich mit Präsident Roosevelt abfanden, nachdem der Putsch von 1934 gescheitert war. Ihr Zugeständnis bestand darin, sich nicht mehr gegen den populären Präsidenten zu stellen, sondern sich in die Kriegsanstrengungen einzuklinken. Roosevelt seinerseits mußte den beiden zugestehen, möglichst viel aus der Hinterlassenschaft der Nazis zu retten und für die US-Nachkriegspolitik nutzbar zu machen.<<

12.10.1924

Deutsches Reich: Der Zeppelin "LZ 123" startet am 12. Oktober 1924 in Friedrichshafen zur Fahrt nach Nordamerika (1. Zeppelinfahrt über den Atlantik nach Amerika). Der Luftschiffer Hugo Eckener (1868-1954) führt die 1. Passagierfahrt nach Nordamerika in 81,5 Stunden ohne Zwischenlandung durch.

26.11.1924

Deutsches Reich: Am 26. November 1924 wird in Ulan Bator die "Mongolische Volksrepublik" proklamiert. Die "Mongolische Volksrepublik" wird damit der zweite kommunistische Staat der Welt und steht bis zum Zusammenbruch der UdSSR (1991) unter dem dominanten Einfluß der Sowjetunion.

20.12.1924

Deutsches Reich: Hitler wird am 20. Dezember 1924 nach nur 9 Monaten Haft wegen "guter Führung" aus Landsberg entlassen. Der Gefängnisdirektor beschreibt Hitler damals als einen Mann der Ordnung, der sich genügsam, bescheiden und gefällig verhält und weder raucht noch Alkohol trinkt.

1924

Deutsches Reich: Nach dem "wahnsinnigen Billionenrausch" der Jahre 1922-1923 rafft sich Deutschland im Jahre 1924 zwar wieder mühsam auf, aber die astronomischen Reparationsforderungen führen langfristig zum wirtschaftlichen Ruin des Deutschen Reiches.

Bis 1924 erarbeitet die Reichswehrführung die erforderlichen Grundlagen für eine geheime

Erweiterung der deutschen Reichswehr (x098/52).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Reichswehr" (x051/487-488): >>Reichswehr, Bezeichnung für die Streitkräfte des Deutschen Reiches 1919-35, gemäß Versailler Vertrag bestehend nur aus Heer (100.000 Mann) und Marine (15.000 Mann), da Luftrüstung untersagt war.
Trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche stellte die Reichswehr wegen des hohen Ausbildungsstands ihrer Berufssoldaten als Kerntruppe für eine spätere große Armee ein beachtliches militärisches Instrument dar, das wegen des Verbots von Angriffswaffen (Panzer, Kampfgas, U-Boote u.a.) mit geheimen Aufrüstungsmaßnahmen ausgebaut wurde in Zusammenarbeit mit der Roten Armee (ab 1924 Panzerschulung, ab 1930 Luftwaffenausbildung).
Die Reichswehr stand unter dem Oberbefehl des Reichspräsidenten, dessen Verfügungen aber vom Reichswehrminister (1919/20 Noske, bis 1928 Geßler, bis 1932 Groener, dann bis zur Machtergreifung Schleicher und danach Blomberg) gegengezeichnet werden mußten. Militärische Führer waren der Chef der Heeresleitung (1919/20 Reinhardt, bis 1926 Seeckt, bis 1930 Heye, dann Hammerstein-Equord) und der Chef der Marineleitung (1919/20 Trotha, bis 1924 Behncke, bis 1928 Zenker, dann Raeder).
Gebildet aus ehemaligen Angehörigen des kaiserlichen Heeres und der kaiserlichen Marine, aus Freikorps und sonstigen Freiwilligen, war die Reichswehr von antirepublikanischem Geist geprägt, hielt sich aber während der ersten Krisenjahre an den Verfassungsauftrag.
Nach Hindenburgs Amtsantritt als Reichspräsident (1925) keimten in der Reichswehr Hoffnungen auf einen neuen autoritären Staat, die in der Zeit der Präsidialkabinette neuen Auftrieb bekamen.
Zwar war Hitler nicht unbedingt der Mann der Reichswehr, die er intensiv umwarb, doch wurde seine Machtübernahme begrüßt, zumal er sofort Schritte zur Aufrüstung ankündigte (Rede vor Reichswehrgenerälen am 3.2.33). Nach der Entmachtung der SA und der Liquidierung ihrer Volksmilizpläne in der Röhm-Affäre (30.6.34) machte die Reichswehr endgültig ihren Frieden mit dem nationalsozialistischen Regime und führte die Vereidigung der Soldaten auf Hitler persönlich ein. Seit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht (16.3.35) hieß sie offiziell Wehrmacht.<<
Im Deutschen Reich werden im Jahre 1924 etwa 200.000 illegale Abtreibungen durchgeführt.
Die deutschen Zeitungen vertreten im Jahre 1924 folgende politische Richtungen (x074/-1.062): "Rechtsstehende Parteien = 444, Zentrum = 284, Demokraten = 166, Sozialdemokraten = 142 und KPD = 20 Zeitungen.
UdSSR: Nach einer statistischen Ermittlung eines britischen Historikers fallen der kommunistischen Revolution von 1917 bis 1924 folgende Personen zum Opfer (x046/169): >28 Bischöfe, 1.219 Geistliche, 6.000 Professoren und Lehrer. 9.000 Doktoren, 12.950 Grundbesitzer. 54.000 Offiziere, 70.000 Polizisten, 193.290 Arbeiter, 260.000 Soldaten, 355.250 Intellektuelle und Gewerbetreibende, 815.000 Bauern.<<
Italien: Der italienische Politiker Giacomo Matteotti (1885-1924, führender Sozialist und Gegner Mussolinis) fordert die Arbeiter im Jahre 1924 zur Zurückhaltung und zum Stillhalten auf (x149/27): >>... Bleibt in euren Wohnungen; reagiert nicht auf die Provokationen. Auch Schweigen und Feigheit sind zuweilen echter Heldenmut. – Man muß den Mut zur Feigheit haben!<<
Giacomo Matteotti wird noch im selben Jahr von Faschisten entführt und ermordet.
Schweiz: Der Völkerbund erkennt im Jahre 1924 die gewaltsame völkerrechtswidrige Annexion des ostpreußischen Memelgebietes durch Litauen an (eindeutiger Vertragsbruch der Versailler Abmachungen).
Frankreich: Aufrechte Vorkämpfer für Völkergemeinschaft und Frieden, wie z.B. Leon Blum (1872-1950, Sozialist, mehrfach französischer Ministerpräsident), Romain Rolland

(1866-1944, französischer Schriftsteller, Nobelpreis 1915) und viele andere französische Politiker, Schriftsteller und Wissenschaftler kritisieren im Jahre 1924 die völkerrechtswidrige Behandlung der Minderheiten in Polen.
In einem Protestschreiben von französischen Schriftstellern und Politikern heißt es z.B. (x024/44): >>Eine Woge des Terrors rollt über Polen hinweg. Die Presse kann kaum davon sprechen, da sie geknebelt ist.
Es handelt sich um ein Polizeiregime in all seiner Schrecklichkeit und in seinen wilden Unterdrückungsmaßnahmen. Die Gefängnisse der Republik umschließen heute einige tausend politische Häftlinge, von ihren Kerkermeistern mißhandelt, beleidigt, mit Riemen und Stöcken geschlagen.
Das Leben, das man ihnen aufzwingt ist derartig, daß in zahlreichen Gefängnissen die Gefangenen den Tod der langsamen Marter, der sie unterworfen sind, vorziehen. ...<<
USA: Im Jahre 1924 erhalten alle nordamerikanischen Ureinwohner die US-Bürgerrechte zuerkannt (x075/56). Die katastrophale wirtschaftliche Lage der nordamerikanischen Ureinwohner ändert sich jedoch nicht.
Die Einwanderung von Chinesen und Japanern wird 1924 durch ein neues US-Einwanderungsgesetz verboten.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Rechtsstellung der amerikanischen Ureinwohner in den US-Staaten im 20. Jahrhundert (x068/70-71): >>… Doch noch immer durften viele Indianer nicht wählen. Noch 1940 verweigerten ihnen sieben nordamerikanische Staaten dies Recht. Und der weitaus größte Teil der Indianer vegetierte auch weiterhin in großer Armut.
Noch in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts betrug das durchschnittliche Einkommen einer nordamerikanischen Indianerfamilie 1.500 Dollar pro Jahr; waren weit mehr als die Hälfte aller Indianer der USA dauernd oder oft ohne Arbeit; stieg die Arbeitslosigkeit in einigen Reservationen bis auf 86 %; blieben 90 % ihrer Wohnungen unter dem Standard; fehlte fließendes Wasser bei 80 %, war das aus Bächen und Gräben herbeigeschleppte Wasser, nach amtlichen Feststellungen, "möglicherweise gesundheitsschädlich"; war Krankheit durch Tuberkulose bei Indianern sieben- bis achtmal häufiger als bei weißen Amerikanern, war die Kindersterblichkeit doppelt so hoch, die Lebenserwartung überhaupt 42 Jahre, bei den Indianern Arizonas sogar nur 30 Jahre.
Kommentar überflüssig.
Natürlich suchte man den traurigen Rest der Rothäute nun durch gewisse Segnungen der amerikanischen Zivilisation und Kultur zu beglücken, drängte man ihm Schulen auf. Aber, gesteht Jesuit John F. Bride, "wir haben auf die indianische Mentalität nicht den geringsten Eindruck machen können." Immerhin ein erfreuliches Resultat.
Und in einer Hinsicht erzielten die US-Lehrmethoden trotz allem oder vielmehr wegen allem sogar einen Aufsehen erregenden Rekord. Sind doch, nach Dr. Dan O'Connel, einem weißen Psychiater und Berater der Association of Indian Affairs, die Selbstmordziffern der indianischen High-School-Studenten mehrere hundert Mal höher als im Durchschnitt der Nation. …<<
China: Der chinesische Präsident Sun Yat-sen (1866-1925, tritt seit 1894 für die Erneuerung bzw. Befreiung Chinas ein) berichtet im Jahre 1924 über die Unterdrückung Chinas (x128/-323): >>Die Revolutionen im Ausland begannen mit dem Kampf um die Freiheit. ... Einstmals lautete die Parole der Französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Die Parole unserer Revolution lautet: Nationalität, Rechte des Volkes, Lebenserhaltung des Volkes. ...
Damals kämpfte man in Europa für die Freiheit des einzelnen; aber heute ist die Anwendung der Freiheit nicht mehr die gleiche. Wie sollen wir heute diesen Begriff "Freiheit" anwenden?

Wenden wir ihn auf den einzelnen an, dann wird daraus ein "Haufen losen Sandes". So kann man ihn keinesfalls auf den einzelnen anwenden.
Wenden wir ihn auf den Staat an, so kann der einzelne nicht zu viel Freiheit haben, aber der Staat erhält vollkommene Freiheit. Wenn erst der Staat in der Lage ist, in Freiheit zu handeln, dann wird China ein starker Staat werden. Wenn wir das wollen, dann müssen alle von ihrer Freiheit opfern. ...
Warum wollen wir die Freiheit für den Staat? Weil China von den Mächten unterdrückt wird und seinen Platz als Staat verloren hat. Es ist nicht nur eine halbe Kolonie, sondern in Wahrheit bereits eine Hypokolonie, schlimmer als Burma, Annam (Vietnam) und Korea.
Burma, Annam und Korea sind Kolonien von nur einem Lande, nur Sklaven von einem Herrn. China ist Kolonie aller Länder, Sklave aller Länder. China ist jetzt Sklave von mehr als 10 Herren. Daher ist der Staat jetzt äußerst unfrei.<<

1925

> Mein wahres goldenes Zeitalter ist jetzt, denn jetzt ist die einzige Zeit, die ich habe.
> *Raymond Radiguet (1903-1923, französischer Schriftsteller)*

10.01.1925

Frankreich: Am 10. Januar 1925 weigert sich Frankreich, die "Kölner Zone" fristgerecht zu räumen.

11.02.1925

Deutsches Reich: Am 11. Februar 1925 sterben 136 Bergleute bei einem Grubenunglück in Dortmund-Eving.

27.02.1925

Deutsches Reich: Im Münchener Bürgerbräukeller erfolgt am 27. Februar 1925 die Neugründung der NSDAP.

28.02.1925

Deutsches Reich: Friedrich Ebert (1871-1925, 1. deutscher Reichspräsident der Nachkriegszeit, ein pflichtbewußter sozialdemokratischer Politiker) stirbt am 28. Februar 1925 überraschend an den Folgen einer nicht rechtzeitig behandelten Blinddarmentzündung.
Mit Friedrich Ebert (ein "einfacher Sattlergeselle", der wegen seiner Herkunft oftmals verspottet wurde) verliert das Reich einen gütigen, maßvollen Staatsmann und treuen Hüter der Verfassung.
Der deutsche Außenminister Gustav Stresemann schreibt damals über seinen ehemaligen parteipolitischen Gegner Friedrich Ebert (x059/52): >>Der Tod des ersten deutschen Reichspräsidenten reißt eine Lücke, von der bis heute niemand weiß, wer sie ausfüllen soll. In schwerster Zeit hat der Reichspräsident sein Amt mit Gewissenhaftigkeit und staatsmännischer Klugheit verwaltet. ...<<

09.03.1925

Deutsches Reich: Während der Reichsratssitzung am 9. März 1925 beschimpfen Abgeordnete der KPD den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert als "Helfershelfer des Großkapitals". Auch die Nationalsozialisten lehnen ein Staatsbegräbnis für das tote Staatsoberhaupt ab.
Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrirte Zeitung" berichtet später über die Totenfeier für Friedrich Ebert (x269/240): >>An einem Spalier von Hunderttausenden vorüber ging der lange, düstere Zug, der den Sarg des ersten Reichspräsidenten durch die Berliner Straßen zum Potsdamer Bahnhof geleitete. ...
Der Trauerzug wurde von Militär eröffnet: Reiterei, Artillerie, Infanterie aus Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, und Matrosen – dann folgten Leichen- und Kranzwagen und hinter ihnen außer den Angehörigen die Vertreter aller Gruppen des offiziellen Deutschland. ...
Bis der Sarg in den Sonderzug getragen wurde, der ihn zur Bestattung auf dem Heidelberger

Bergfriedhof nach Süddeutschland führte, defilierte hier die endlose Schar der Menschen – dem toten Reichspräsidenten zum letzten Gruß.<<
Adolf Hitler erhält am 9. März 1925 in Bayern Redeverbot. Preußen und die Mehrheit der deutschen Länder erteilen Hitler später ebenfalls Redeverbot.
Hitler wohnt in dieser Zeit mit seiner Geliebten (Angela Raubal, Hitlers 17jährige Nichte) mehrere Monate auf dem Obersalzberg.

11.03.1925

Deutsches Reich: Nach der NSDAP-Neugründung (rd. 27.000 Mitglieder) hält sich Hitler bewußt zurück. Er schickt Gregor Strasser am 11. März 1925 nach Norddeutschland, um dort eine NSDAP-Parteiorganisation zu errichten.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Gregor Strasser (x051/564-565): >>Strasser, Gregor, geboren in Geisenfeld (Oberbayern) 31.5.1892, gestorben in Berlin 30.6.1934, deutscher Politiker; Studium der Pharmazie, Apotheker in Landshut, im 1. Weltkrieg Offizier, danach Anführer des "Sturmbataillons Niederbayern", 1921 NSDAP-Beitritt, Gauleiter in Niederbayern, Teilnahme am Hitlerputsch vom 9.11.23.
Da Strasser im April 24 in den bayerischen Landtag gewählt wurde, blieb ihm die Verbüßung der eineinhalbjährigen Freiheitsstrafe erspart, und er konnte während der Verbotszeit der NSDAP deren Ersatzorganisation Nationalsozialistische Freiheitsbewegung aufbauen. Ab Dezember 24 war er MdR und behielt das Mandat auch nach Wiederbegründung der NSDAP (27.2.25) bis Dezember 32.
Das sicherte ihm erheblichen Einfluß in der Parteiführung, die ihn mit dem Aufbau einer norddeutschen Organisation beauftragte. Strasser erhielt damit eine Hausmacht, die er im Sinne seiner sozialrevolutionären Ideen prägte und in Gegensatz zum eher nationalistischen Hitler-Flügel brachte.
Er forderte die Vergesellschaftung von Banken und Schwerindustrie, polemisierte in den Organen des von ihm am 1.3.26 gegründeten Kampf-Verlags (Berlin) gegen "das System" und propagierte den Aufbau einer "organischen" völkischen Gemeinschaft, die den Fetisch der Mehrproduktion und des Gewinns und damit Kapitalismus wie Bolschewismus überwinden sollte. Trotz der ideologischen Differenzen mit Hitler, die auch nach der Bamberger Führertagung vom 14.2.26 weiterschwelten, wurde Strasser im September 26 zum Reichspropagandaleiter ernannt (1930 von Goebbels abgelöst) und erhielt im Dezember 27 sogar den einflußreichen Posten eines Reichsorganisationsleiters.
Der Konflikt Hitler-Strasser, 1930 durch den Parteiaustritt des dogmatischeren Bruders Otto Strasser noch einmal gedämpft, entlud sich, als Reichskanzler Schleicher im Dezember 32 Strasser für seine sogenannte Gewerkschaftsachse zu gewinnen suchte und ihm die Vizekanzlerschaft sowie den Posten des preußischen Ministerpräsidenten antrug. Dieser Versuch, den linken Flügel der NSDAP abzuspalten, scheiterte an Hitlers überlegenem Taktieren und an Strassers Entscheidungsschwäche.
Am 8.12.32 trat er von allen Parteiämtern zurück und resignierte. Dennoch hielt ihn Hitler weiterhin für eine Gefahr und ließ ihn wie Schleicher während der Röhm-Affäre ermorden.<<

12.03.1925

Deutsches Reich: Der deutsche Außenminister Gustav Stresemann erklärt am 12. März 1925 in der "Kölnischen Zeitung" (x064/132): >>Es gibt keine Partei in Deutschland von den Deutschvölkischen bis zu den Kommunisten, die von ihrem Gewissen anerkennen könnte, daß die Ziehung der deutschen Grenze im Osten dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechts der Völker entspräche. Deutschland hat nicht die Gewalt, eine Änderung seiner Grenzen zu ertrotzen, und nicht den Willen, es zu tun.
Wenn aber Artikel 19 der Völkerbundsatzung ausdrücklich davon spricht, daß unabwendbare Verträge geändert werden können, so kann niemand von Deutschland erwarten, daß es end-

gültig darauf verzichtet, dieses Refugium einer Entwicklung in Zukunft in friedlichem Sinne auch seinerseits für sich in Anspruch zu nehmen.<<

11.04.1925

Deutsches Reich: Paul von Hindenburg (Kandidat der konservativen und rechten Parteien) erklärt am 11. April 1925 während des Wahlkampfes um das Amt des Reichspräsidenten (x058/324-325): >>Vaterländisch gesinnte Deutsche aus allen Gauen haben mir das höchste Amt im Reich angetragen. Ich folge diesem Ruf nach ernster Überlegung. Mein Leben liegt klar vor aller Welt. Ich glaube auch in schwierigen Zeiten meine Pflicht getan zu haben.

Wenn diese Pflicht mir nun gebietet, auf dem Boden der Verfassung – ohne Ansehen der Partei, der Person, der Herkunft und des Berufes – als Reichspräsident zu wirken, so soll es nicht an mir fehlen. Als Soldat habe ich immer die ganze Nation im Auge gehabt, nicht die Parteien; sie sind in einem parlamentarisch regierten Staat notwendig, aber das Staatsoberhaupt muß über ihnen stehen und unabhängig von ihnen für jeden Deutschen walten.

Den Glauben an das deutsche Volk und an den Beistand Gottes habe ich nie verloren. Ich bin aber nicht mehr jung genug, um an einen plötzlichen Umschwung zu glauben. Kein Krieg, kein Aufstand im Innern kann unsere gefesselte, leider durch Zwietracht zerspaltene Nation befreien. Es bedarf langer, ruhiger, friedlicher Arbeit, es bedarf vor allem der Säuberung unseres Staatswesens von denen, die aus der Politik ein Geschäft gemacht haben. Ohne Reinheit des öffentlichen Lebens und ohne Ordnung kann kein Staat gedeihen.

Der Reichspräsident ist besonders dazu berufen, die Heiligkeit des Rechtes hochzuhalten. Wie der erste Präsident auch als Hüter der Verfassung seine Herkunft aus der sozialdemokratischen Partei nie verleugnet hat, so wird auch niemand mir zumuten können, daß ich meine politische Überzeugung aufgebe. ...

Ich reiche jedem Deutschen die Hand, der national denkt, die Würde des deutschen Namens nach innen und außen wahrt und den konfessionellen Frieden will, und bitte jeden Deutschen: Hilf auch du mir zur Auferstehung unseres Vaterlandes! ...<<

15.04.1925

Deutsches Reich: Der wegen Mordes zum Tod verurteilte Friedrich Haarmann (1879-1925, seit 1918 Polizeispitzel im Zuhältermilieu Hannovers, 1924 verhaftet) wird am 15. April 1925 in Hannover hingerichtet.

Der homosexuelle, wegen Sittlichkeitsverbrechen vorbestrafte, Haarmann ermordete von 1918-24 in Hannover mindestens 27 junge, obdachlose Männer (x175/225-227).

23.04.1925

Deutsches Reich: Thomas Mann erklärt am 23. April 1925 vor der Wahl des Reichspräsidenten (x034/252): >>Ich wäre stolz auf die politische Zucht und den Zukunftsinstinkt unseres Volkes, wenn es darauf verzichtet, einen Recken der Vorzeit zu seinem Oberhaupt zu wählen.<<

Der "Reichsblock" der rechten Parteien ruft damals zur Wahl Hindenburgs auf (x256/88): >>... Wir betrachten es als die ganz selbstverständliche Pflicht aller Deutschen, sich mit ganzer Kraft und Hingabe für unseren Hindenburg einzusetzen.

Hindenburg war Euer Führer in großer und schwerer Zeit, Ihr seid ihm gefolgt, Ihr habt ihn geliebt! Er hat Euch nie verlassen.

Kämpft für ihn auch jetzt, wo er in alter Führertreue wieder an Eure Spitze treten will, um seinem Vaterland in friedlichem Aufbau zu dienen!

Unsere Losung lautet deshalb: Mit Hindenburg zum Sieg für die Einheit aller Deutschen, für christliche Art und sozialen Fortschritt, für des Vaterlandes Größe und Freiheit!

Hindenburg der Retter aus der Zwietracht!<<

26.04.1925

Deutsches Reich: Der bereits 78jährige, parteilose Generalfeldmarschall a.D., Paul von Hin-

denburg (Kandidat der konservativen und rechten Parteien) wird am 26. April 1925 Nachfolger Friedrich Eberts.
Der neue Reichspräsident von Hindenburg, der bis zu diesem Zeitpunkt ein völlig unerfahrener Politiker ist, erhält im 2. Wahlgang 14,65 Millionen Stimmen, während die Gegenkandidaten Marx (13,75 Millionen Stimmen) und Thälmann (1,93 Millionen Stimmen) erhalten (x034/252).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (x051/257): >>Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von, geboren in Posen 2.10.1847, gestorben in Neudeck (Westpreußen) 2.8.1934, deutscher Generalfeldmarschall und Politiker; als Berufsoffizier Teilnahme am Preußisch-Österreichischen (1866) und Deutsch-Französischen Krieg (1870/71), Karriere im Generalstab, 1911 als dienstältester General in den Ruhestand.
Im Ersten Weltkrieg wurde der reaktivierte Hindenburg Generalfeldmarschall und Oberbefehlshaber Ost und durch Siege über die überlegenen russischen Streitkräfte bei Tannenberg und an den Masurischen Seen 1914 der volkstümlichste deutsche Heerführer. Zusammen mit Ludendorff als 1. Generalquartiermeister übernahm Hindenburg 1916 die Oberste Heeresleitung und konnte nahezu diktatorisch über strategische Planung und Leitung des Krieges hinaus Einfluß auf die Industrieproduktion und den Einsatz von Zivilkräften nehmen,
1918 sah es Hindenburg als seine nationale Pflicht an, zusammen mit Ebert und Noske gegen linksrevolutionäre Bestrebungen "für Ruhe und Ordnung" zu sorgen. Nach Annahme des Versailler Vertrages, den auch der monarchistische Nationalist Hindenburg für "unausweichlich" hielt, zog er sich wieder in den Ruhestand zurück und trug durch öffentliche Erklärungen zur Verbreitung der Dolchstoßlegende bei.
Als populär gebliebene Symbolfigur der deutschen Rechten ließ sich Hindenburg 1925 nach dem Tod Eberts von den vereinigten Rechtsparteien für die Reichspräsidentenwahl aufstellen und wurde mit 48 % der Stimmen gewählt (vor Marx, Zentrum, mit 45 %).
Obwohl Hindenburg die Weimarer Republik ablehnte, hielt er sich als Präsident so weitgehend an den von der Verfassung gesetzten Rahmen, daß ihm die Nationalsozialisten vorwarfen, nur noch "Schutzschild für das abgewirtschaftete Weimarer System" zu sein.
Der alternde, eigene Urteilskraft langsam verlierende Reichspräsident geriet zusehends unter den Einfluß rechtsgerichteter, großagrarischer Kreise (u.a. Papen) und der Reichswehrführung (u.a. Schleicher). Der dauernden Regierungskrisen müde, etablierte er mit Brüning 1930 das erste der Präsidialkabinette, die das parlamentarische System untergruben.
1932 gelang seine Wiederwahl gegen den Kandidaten Hitler, aber nicht mehr allein durch die Rechtsparteien, sondern "mit Sozis und Katholen", wie es Hindenburg verächtlich formulierte. Lange sträubte sich der Präsident, Hitler in die Regierungsverantwortung zu berufen, zog aber schließlich diesen Weg weiteren Wahlen oder Verfassungsmanipulationen vor. Hindenburg hoffte, die "Naziflut" durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler (30.1.33, Machtergreifung) zu "kanalisieren". Er genehmigte daher noch einmal Neuwahlen und gab der neuen "Regierung der nationalen Erhebung" mit der Reichstagsbrandverordnung das Instrument zur Liquidierung der Republik in die Hand.
Die Nationalsozialisten nutzten Hindenburgs auf das Kaiserreich zurückweisende "Vatergestalt" als moralische Stütze ihres Regimes und stilisierten ihn zum "getreuen Eckart des deutschen Volkes" (Tag von Potsdam). In den folgenden Monaten wurde der greise Hindenburg immer mehr von Informationen abgeschnitten und seiner Einflußmöglichkeiten beraubt. Schwache Proteste gegen die einsetzende Judenverfolgung blieben fast ohne Wirkung, vergeblich wandte sich auch die evangelische Kirche an Hindenburg im entbrennenden Kirchenkampf. Als Hitler mit der Mordaktion der Röhm-Affäre endgültig seine Macht sicherte, gratulierte der todkranke Präsident dem Kanzler.

Nach Hindenburgs Tod wurde Hitler Alleinherrscher (Führer und Reichskanzler) und nutzte die Bestattungsfeierlichkeiten im Tannenberg-Denkmal zu einem Schauspiel der Kontinuität, das den Nationalsozialismus als Erben des preußischen Reiches feierte.<<

30.04.1925

Österreich: Hitler erhält am 30. April 1925 die beantragte Auswanderungsgenehmigung und wird auf eigenen Wunsch von der Landesregierung Oberösterreich aus der österreichischen Staatsbürgerschaft entlassen.

18.07.1925

Deutsches Reich: Im Münchener Franz Eher Verlag erscheint am 18. Juli 1925 Hitlers Buch "Mein Kampf".

Im Verlagsprospekt des Buches heißt es damals (x034/258): >>In seinem, während seiner Kerkerhaft geschriebenen Werke führt er den Kampf gegen alle diejenigen, denen Lüge, Dummheit und Feigheit Bundesgenossen sind und zeigt uns den Weg, den wir wählen müssen, um unsere Achtzigmillionennation aus den Fesseln der inneren wie äußeren Feinde zu befreien.<<

Hitlers Buch "Mein Kampf" wird nach Hitlers Machtübernahme zwar "zwangsweise" viel gekauft, aber nur äußerst selten gelesen. Die Auflage des Buches beträgt 1933 = 1,5 Millionen, 1940 = 6,0 Millionen und 1943 = 9,8 Millionen Exemplare. Ab April 1936 erhält jedes deutsche Brautpaar eine "NS-Bibel" als Hochzeitsgeschenk des Führers. Wegen seiner Unleserlichkeit oder den z.T. haarsträubenden Behauptungen und unglaublichen Drohungen beachtet die deutsche Bevölkerung Hitlers Buch eigentlich nie richtig ("Mein Kampf": Der einsame Spitzenreiter auf der NS-Bestsellerliste - Ein Bestseller ohne Leser - Ein Buch, an dem höchstens die Seitenzahlen stimmen).

Der 2. Teil der "NS-Bibel" erscheint im Jahre 1926.

Der deutsche Historiker Christian Zentner schreibt später über Hitlers Buch "Mein Kampf" (x051/380-381): >>Mein Kampf, nach dem gescheiterten Hitlerputsch vom 9.11.23 in der Landsberger Festungshaft entstandenes Buch Hitlers, dessen ersten Band er zunächst seinem Chauffeur Maurice und später seinem persönlichen Sekretär Heß in die Maschine diktierte.

Ursprünglich geplanter Titel: "Viereinhalb Jahre Kampf gegen Lüge, Dummheit und Feigheit". Nach seiner vorzeitigen Entlassung am 20.12.24 diktierte Hitler den zweiten Band seiner Sekretärin und Amann.

Der erste Band mit dem Untertitel "Eine Abrechnung" erschien am 18.7.25, der zweite, "Die nationalsozialistische Bewegung" untertitelt, am 11.12.26 im Eher-Verlag in München. Ab 1930 erschienen beide Bände in der 782 Seiten umfassenden, einbändigen, bibelformatigen Volksausgabe. Bis zu dieser Ausgabe wurden 23.000 Exemplare des ersten und 13.000 des zweiten Bandes verkauft. Danach, bis zum Machtantritt Hitlers am 30.1.33, rund 287.000 Exemplare. Die weitere Auflagenentwicklung: Ende 33: 1,5 Millionen, 1938: 4 Millionen, 1943: 9,84 Millionen.

Der Verkauf von "Mein Kampf" wurde bewußt "von oben" gefördert. So "empfahl" der Reichsinnenminister im April 36 den Standesbeamten, jedem Brautpaar "Mein Kampf" als Geschenk zu überreichen. Im Oktober 38 wurden die Buchhändler durch den Präsidenten der Reichsschrifttumskammer angehalten, nur noch Neuausgaben von "Mein Kampf" zu verkaufen. In einem Rundschreiben der Parteikanzlei vom 13.12.39 wurde gefordert, "daß eines Tages jede deutsche Familie, auch die ärmste, des Führers grundlegendes Werk besitzt".

Trotz der Auflagenrekorde wurde das in 16 Sprachen übersetzte Buch, wie Forschungen von Karl Lange belegt haben, vor und nach 1933 sowohl in Deutschland wie im Ausland nur wenig gelesen.

Wie Hitler im Vorwort schreibt, suchte er in "Mein Kampf" die "Ziele unserer Bewegung klarzulegen" sowie "ein Bild der Entwicklung derselben zu zeichnen". Außerdem nahm er die

Gelegenheit wahr, "eine Darstellung meines eigenen Werdens zu geben, soweit dies zum Verständnis sowohl des ersten als auch des zweiten Bandes nötig ist und zur Zerstörung der von der jüdischen Presse betriebenen üblen Legendenbildung über meine Person dienen kann". Ausdrücklich wandte sich Hitler in seinem Bekenntnisbuch nicht an "Fremde, sondern an diejenigen Anhänger der Bewegung, die mit dem Herzen ihr gehören und deren Verstand nun nach innigster Aufklärung strebt".
Seiner literarischen Leistung – "Mein Kampf" ist im typischen Hitlerschen Redestil niedergeschrieben – stand Hitler durchaus kritisch gegenüber: "Ich bin kein Schriftsteller", sagte er im Frühjahr 38 zu H. Frank. "Die Gedanken gehen mir durch beim Schreiben. 'Mein Kampf' ist eine Aneinanderreihung von Leitartikeln für den 'Völkischen Beobachter', und ich glaube, selbst dort würde man sie aus sprachlichen Gründen nur ungern annehmen."
Doch: "Inhaltlich möchte ich nichts ändern."
Tatsächlich hat Hitlers "Mein Kampf" trotz zahlreicher stilistischer Verbesserungen in all seinen Auflagen nur eine wesentliche Änderung erfahren. Dabei handelt es sich um die Tilgung der letzten Spuren demokratischer Willensbildung in Partei und Staat zugunsten des absoluten Führerprinzips: Wurde 1925 und 1928 noch von "germanischer Demokratie" und "Wahl des Führers" gesprochen, so galt von 1930 an der "Grundsatz der unbedingten Führerautorität".
Als Quelle ist "Mein Kampf", was Hitlers autobiographische Passagen und die Schilderung der frühen Parteigeschichte der NSDAP betrifft, lückenhaft, irreführend, verschleiernd und verschweigend – eine positiv stilisierte Selbstdarstellung, die nur bedingt zu nutzen ist.
In theoretisch-programmatischer Hinsicht jedoch lassen die Aussagen über das Wesen der rassistisch-antisemitischen, auf Eroberung von Raum im Osten angelegten Weltanschauung Hitlers und ihre Methoden (Organisation, Taktik, Propaganda) an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.
Daran können auch der unsystematische Aufbau des Werkes und Hitlers langatmige abschweifende, sich wiederholende Gedankenführung nichts ändern. In "Mein Kampf" ist das Revolutionäre, Primitive und Brutale des Nationalsozialismus deutlich ausgesprochen.
Nach 1945 gingen die Verlagsrechte an "Mein Kampf", dessen Originalmanuskripte seit Kriegsende verschollen sind, auf den Freistaat Bayern über, der im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt aus Sorge um das deutsche Ansehen im Ausland jede erneute Auflage untersagt.
"Dieser Entschluß", schreibt der Historiker Eberhard Jäckel in seinem Standardwerk über Hitlers Weltanschauung, "ist jedoch nur in Deutschland durchsetzbar, und so ergibt sich die absonderliche Lage, daß in anderen Ländern zahlreiche, z.T. von gänzlich unverdächtigen Wissenschaftlern eingeleitete Übersetzungen erhältlich sind, während der Originaltext nur in den unterschiedlichen und daher unzulänglichen Fassungen der nationalsozialistischen Ausgaben in Bibliotheken greifbar ist.
So berechtigt die politische Rücksichtnahme manchem erscheinen mag, bedenklicher ist in Wahrheit der Umstand, daß der Staat auf diesem Wege Zensur ausübt und der Wissenschaft die Möglichkeit nimmt, eine wichtige historische Quelle einwandfrei benutzbar zu machen, die ... den verbrecherischen Charakter Hitlers überzeugender offenlegt als viele Kommentare".<<
In seinem Buch "Mein Kampf" schreibt Hitler z.B. über die Ideologie und Ziele des NS-Regimes (x128/151-153: >>1. Der Ausgangspunkt
... Elende und verkommene Verbrecher!
Je mehr ich mir in dieser Stunde über das ungeheure Ereignis klarzumachen versuchte, um so mehr brannte mir die Scham der Empörung und der Schande in der Stirn. Was war der ganze Schmerz der Augen gegen diesen Jammer?
Was folgte, waren entsetzliche Tage und noch bösere Nächte – ich wußte, daß alles verloren

war. Auf die Gnade des Feindes zu hoffen, konnten höchstens Narren fertigbringen oder - Lügner und Verbrecher. In diesen Nächten wuchs mir der Haß gegen die Urheber dieser Tat.
In diesen Tagen wurde mir auch mein Schicksal bewußt. Ich mußte nun lachen bei dem Gedanken an meine eigene Zukunft, die mir vor kurzer Zeit noch so bittere Sorgen bereitet hatte. War es nicht zum Lachen, Häuser bauen zu wollen auf solchem Grunde? Endlich wurde mir auch klar, daß doch nur eingetreten war, was ich so oft schon befürchtete, nur gefühlsmäßig nie zu glauben vermochte.
Kaiser Wilhelm II. hatte als erster deutscher Kaiser den Führern des Marxismus die Hand zur Versöhnung gereicht, ohne zu ahnen, daß Schurken keine Ehre besitzen. Während sie die kaiserliche Hand noch in der ihren hielten, suchte die andere schon nach dem Dolche.
Mit dem Juden gibt es kein Paktieren, sondern nur das harte Entweder – Oder.
Ich aber beschloß, Politiker zu werden. ...
2. Massenpsychologische Einstellung
... Die breite Masse des Volkes besteht weder aus Professoren noch aus Diplomaten. Das geringe abstakte Wissen, das sie besitzt, weist ihre Empfindungen mehr in die Welt des Gefühls. Dort ruht ihre entweder positive oder negative Einstellung. ... Ihre gefühlsmäßige Einstellung aber bedingt zugleich ihre außerordentliche Stabilität. Der Glaube ist schwerer zu erschüttern als das Wissen. Liebe unterliegt weniger dem Wechsel als Achtung.
Haß ist dauerhafter als Abneigung, und die Triebkraft zu den gewaltigsten Umwälzungen dieser Erde lag zu allen Zeiten weniger in einer die Masse beherrschenden wissenschaftlichen Erkenntnis als in einem sie beseelenden Fanatismus und manchmal in einer sie vorwärtsjagenden Hysterie.
Wer die breite Masse gewinnen will, muß den Schlüssel kennen, der das Tor zu ihrem Herzen öffnet. Es heißt nicht Objektivität, sondern Wille und Kraft. ...
3. Ariertum und "Höherzüchtung"
Wenn wir versuchen aus dem Wort "völkisch" den sinngemäß innersten Kern herauszuschälen, kommen wir zu folgender Feststellung:
Die völkische Weltanschauung erkennt die Bedeutung der Menschheit in dessen rassischen Urelementen. Sie sieht im Staat prinzipiell nur ein Mittel zum Zweck und faßt als seinen Zweck die Erhaltung des rassischen Daseins der Menschen auf. Sie glaubt somit keineswegs an eine Gleichheit der Rassen, sondern erkennt mit ihrer Verschiedenheit auch ihren höheren oder minderen Wert und fühlt sich durch diese Erkenntnis verpflichtet, gemäß dem ewigen Wollen, daß dieses Universum beherrscht, den Sieg des Besseren, Stärkeren zu fördern, die Unterordnung des Schlechteren und Schwächeren zu verlangen.
Sie huldigt damit prinzipiell dem aristokratischen Grundgedanken der Natur und glaubt an die Geltung dieses Gesetzes bis herab zum letzten Einzelwesen. Aus der Masse schält sich für sie die Bedeutung der Person heraus, dadurch aber wirkt sie gegenüber dem desorganisierenden Marxismus organisatorisch.
Damit entspricht die völkische Weltanschauung dem innersten Wollen der Natur, da sie jenes freie Spiel der Kräfte wiederherstellt, das zu einer dauernden gegenseitigen Höherzüchtung führen muß, bis endlich dem besten Menschentum, durch den erworbenen Besitz dieser Erde, freie Bahn gegeben wird zur Betätigung auf Gebieten, die teils über, teils außer ihr liegen werden.
Alles Mögliche, das in allem wesentlichen seiner Ansichten himmelweit auseinanderklafft, treibt sich zur Zeit unter dem Deckwort "völkisch" herum. Die organisatorische Erfassung einer Weltanschauung kann aber ewig nur auf Grund einer bestimmten Formulierung derselben stattfinden, und was für den Glauben die Dogmen darstellen, sind für die sich bildende politische Partei die Parteigrundsätze.
Jede Weltanschauung, sie mag tausendmal richtig sein und von höchstem Nutzen für die

Menschheit sein, wird so lange für die praktische Ausgestaltung eines Völkerlebens ohne Bedeutung bleiben, als ihre Grundsätze nicht zum Panier (Wahlspruch) einer Kampfbewegung geworden sind, die ihrerseits wieder so lange Partei sein wird, als sich ihr Wirken nicht im Siege ihrer Ideen vollendet hat, und ihre Parteidogmen die neuen Staatsgrundgesetze der Gemeinschaft eines Volkes bilden.
Damit muß also der völkischen Weltanschauung ein Instrument geschaffen werden, das ihr die Möglichkeit einer kampfesmäßigen Vertretung gewährt, ähnlich wie die marxistische Parteiorganisation für den Internationalismus freie Bahn schafft.
Dieses Ziel verfolgt die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.
Menschliche Kultur und Zivilisation sind auf diesem Erdteil unzertrennlich gebunden an das Vorhandensein des Ariers. Sein Aussterben oder Untergehen wird auf diesen Erdteil wieder die dunklen Schleier einer kulturlosen Zeit senken.
Das Untergehen des Bestandes der menschlichen Kultur durch Vernichtung ihres Trägers aber erscheint in den Augen einer völkischen Weltanschauung als das fluchwürdigste Verbrechen. Wer Hand an das Ebenbild des Herrn zu legen wagt, frevelt am gütigen Schöpfer dieses Wunders und hilft mit an der Vertreibung aus dem Paradies.
4. "Lebensraum im Osten"
... Die Außenpolitik des völkischen Staates hat die Existenz der durch den Staat zusammengefaßten Rasse auf diesem Planeten sicherzustellen, indem sie zwischen der Zahl und dem Wachstum des Volkes einerseits und der Größe und Güte des Grund und Bodens andererseits ein gesundes, lebensfähiges, natürliches Verhältnis schafft.
Als gesundes Verhältnis darf immer nur jener Zustand angesehen werden, der die Ernährung eines Volkes auf eigenem Grund und Boden sichert. Jeder andere Zustand, mag er auch Jahrhunderte, ja selbst Jahrtausende andauern, ist nichtsdestoweniger ein ungesunder und wird früher oder später zu einer Schädigung, wenn nicht zur Vernichtung des betreffenden Volkes führen.
Nur ein genügend großer Raum auf dieser Erde sichert einem Volke die Freiheit des Daseins. Dabei kann man die notwendige Größe des Siedlungsgebietes nicht ausschließlich von den Erfordernissen der Gegenwart aus beurteilen, ja nicht einmal von der Größe des Bodenertrages, umgerechnet auf die Zahl des Volkes. Denn wie ich schon im ersten Band unter "Deutsche Bündnispolitik vor dem Kriege" ausführte, kommt der Grundfläche eines Staates außer ihrer Bedeutung als direkter Nährquelle eines Volkes auch noch eine andere, die militärpolitische, zu. ...
... Damit ziehen wir Nationalsozialisten bewußt einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft.
Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken. ...<<
Der deutsche Historiker Christian Zentner schreibt später über "Die Weltanschauung Hitlers " (x051/632-635): >>Immer wieder hat Hitler von seiner Weltanschauung gesprochen, ohne diesen Begriff exakt zu definieren oder den Inhalt systematisch darzustellen.
Bereits aus seinem Bekenntnisbuch "Mein Kampf" jedoch läßt sich Hitlers Weltanschauung als ein in sich schlüssiges Gedankengebäude herausarbeiten. Daß Hitler, was lange in Frage gestellt wurde, über eine solche in sich folgerichtige, konsistente Weltanschauung verfügte, ist spätestens seit Jäckel unbestritten, ebenso wie die Tatsache, daß sich Hitler deren Prämissen und Zielen bis zu seinem Ende verpflichtet fühlte.
Ausgangspunkt war für Hitler "die Natur mit ihren ewig gültigen Gesetzen". Im alles beherr-

schenden Kampf ums Dasein gelte für Individuen wie Gemeinschaften allein das Recht des Stärkeren, während es die Bestimmung des Schwachen sei, zugrunde zu gehen. Um des "Forterhaltungswillens" werde "ein stärkeres Geschlecht die Schwachen verjagen", werden die "lächerlichen Fesseln einer sogenannten Humanität" zerbrechen, "um an seine Stelle die Humanität der Natur treten zu lassen, die die Schwäche vernichtet, um der Stärke den Platz zu schenken".
Ein weiteres, "nahezu ehernes Grundgesetz" des "Lebenswillens der Natur" sah Hitler in der "inneren Abgeschlossenheit der Arten sämtlicher Lebewesen dieser Erde". Jedes Tier paare sich nur mit einem Genossen der gleichen Art: "Meise geht zur Meise, Fink zu Fink, der Storch zur Störchin, Feldmaus zu Feldmaus, Hausmaus zu Hausmaus, der Wolf zur Wölfin usw." Käme es zur Kreuzung nicht gleich hoher Wesen, würde das Junge "wohl höher stehen als die rassisch niedere Hälfte des Elternpaares, allein nicht so hoch wie die höhere.
Folglich wird es im Kampf gegen diese höhere später unterliegen. Solche Paarung widerspricht aber dem Willen der Natur zur Höherzüchtung des Lebens überhaupt". Die Folge "dieses in der Natur allgemein gültigen Triebes zur Rassenreinheit ist nicht nur die scharfe Abgrenzung der einzelnen Rassen nach außen, sondern auch ihre gleichmäßige Wesensart in sich selber".
Diese "ehernen Naturgesetze" seien auch die Ursache für die gesamte Entwicklung der menschlichen Geschichte, wobei hier der Rasse und Rassenreinheit ausschlaggebende Bedeutung zukomme. Ohne auf die komplexe Entstehung und ihr differenziertes Erscheinungsbild einzugehen, reduzierte Hitler die menschlichen Rassen auf "drei Arten", auf "Kulturbegründer", "Kulturträger" und "Kulturzerstörer". Kulturbegründer seien "wohl nur die Arier, typisch für eine kulturtragende Rasse die Japaner, Inbegriff der Kulturzerstörer die Juden".
Und: "Was wir heute an menschlicher Kultur, an Ergebnissen von Kunst, Wissenschaft und Technik vor uns sehen, ist nahezu ausschließlich schöpferisches Produkt des Ariers ... Man schalte ihn aus – und tiefe Dunkelheit wird vielleicht schon nach wenigen Jahrtausenden sich abermals auf die Erde senken, die menschliche Kultur würde vergehen und die Welt veröden."
Und: "Den gewaltigsten Gegensatz zum Arier bildet der Jude."
In Hitlers Vorstellungswelt verdichtet sich die konkrete, historisch-politische Situation auf die Auseinandersetzung um Sein oder Nichtsein aller menschlichen Kultur zwischen der höherwertigen arischen und der minderwertigen jüdischen Rasse. Gefährdet sei der "wahrhafte Kulturbegründer dieser Erde, der Arier" letztlich durch die nicht mehr gewahrte Rassenreinheit. "Die Blutsvermischung und das dadurch bedingte Sinken des Rassenniveaus ist die alleinige Ursache des Absterbens aller Kulturen."
Um dies zu verhindern, sei der Rassenmischung vorzubeugen, der eigenen Rasse die Daseinsberechtigung zu erkämpfen. Denn "alles weltliche Geschehen" sei letztlich nur "die Äußerung des Selbsterhaltungstriebes der Rassen im guten oder schlechten Sinne".
Diesen Selbsterhaltungstrieb der Rassen, diesen eigentlichen Motor der geschichtlichen Entwicklung, billigte Hitler wie jeder anderen Rasse auch den Juden zu. Ja, er betonte geradezu, daß der Selbsterhaltungstrieb bei den Juden ganz besonders stark ausgeprägt sei. In dieser Stärke des Selbsterhaltungstriebs der jüdischen Rasse mit der ihr von Hitler unterstellten Absicht, die Weltherrschaft anzustreben, bestünde die besondere Gefährdung der germanisch-nordischen Rasse und damit der Kultur überhaupt (die Begriffe arisch, nordisch, germanisch, germanisch-deutsch werden von Hitler synonym gebraucht).
Die kulturschöpferische Fähigkeit des Ariers nämlich liege primär in dessen "idealistischer Grundeinstellung", einer rassenspezifischen Eigenschaft, "das eigene Ich dem Leben der Gesamtheit unterzuordnen und, wenn die Stunde es erfordert, auch zum Opfer zu bringen". Diese "Aufopferungsfähigkeit des einzelnen für die Gesamtheit" wiederum sei die notwendige Voraussetzung für die Bildung höher organisierter, raumbeherrschender Staaten, die Staatsbildung

wiederum Voraussetzung zur Entwicklung der "menschlichen Kultur".
Den Juden hingegen fehle eben diese "idealistische Gesinnung" und damit die "allerwesentlichste Voraussetzung, ein Kulturvolk" zu sein. Der Aufopferungswille des jüdischen Volkes gehe "über den nackten Selbsterhaltungstrieb des einzelnen" nicht hinaus. Daher könnten die Juden weder einen raumbeherrschenden Staat und somit auch keine eigenständige Kultur bilden, sondern nur "als Parasit im Körper anderer Völker" leben. "Er (der Jude) ist und bleibt der typische Parasit, ein Schmarotzer, der wie ein schädlicher Bazillus sich immer mehr ausbreitet, sowie nur ein günstiger Nährboden dazu einlädt.
Die Wirkung seines Daseins aber gleicht ebenfalls der von Schmarotzern: wo er auftritt, stirbt das Wirtsvolk nach kürzerer oder längerer Zeit ab." Würde der Jude in dem von ihm geführten Kampf um die Weltherrschaft siegen, dann würde "seine Krone der Totentanz der Menschheit sein", dann werde "dieser Planet wieder wie einst vor Jahrmillionen menschenleer durch den Äther ziehen".
So unterschiedlich nun die rassischen Eigenschaften von Juden und Ariern seien, so verschieden seien auch ihre Methoden zur Verwirklichung ihres Selbsterhaltungstriebs. Die Natur nämlich, so Hitler, lehre nicht nur die Ungleichheit der Rassen, sondern auch die Ungleichheit der Individuen innerhalb der Rassen und Völker. Wollten sich die Völker behaupten, müßten "Persönlichkeitswert" und "Volkswert" die richtigen Beziehungen eingehen. Der arisch-germanisch raumgebundene Staat sei daher nach dem "aristokratischen Prinzip der Natur" zu ordnen, nach den Kriterien Führung und Gefolgschaft, Verantwortung und Vertrauen, Autorität von oben und Zustimmung von unten.
An diesem ewigen Kampf der Völker und Rassen könne sich der Jude nur auf die ihm eigene Weise beteiligen. Da er aufgrund seines rassisch bedingten "Volkswertes", seines Mangels an idealistischer Gesinnung keinen Raumstaat bilden könne, müsse er zwangsläufig zu anderen Methoden seines Existenzkampfes greifen. Statt die Ungleichheit der Rassen und Persönlichkeiten anzuerkennen, predige er das widernatürliche Postulat der Gleichheit.
Dem Prinzip des ewigen Kampfes setze er die Idee des Pazifismus entgegen, dem nationalen Machtstaat die internationale Solidarität, dem autoritären Führerstaat die egalitären Verfallssysteme Demokratie, Sozialismus und Marxismus; denn hinter all diesen komplexen Gesellschaftsentwürfen sah Hitler als den eigentlichen Drahtzieher den "ewigen Juden", der in seinem Kampf um die Weltherrschaft alles darauf anlegen müsse, den Wert der Rasse und der Persönlichkeit zu untergraben. "Mit der Zertrümmerung der Persönlichkeit und der Rasse fällt das wesentliche Hindernis für die Herrschaft des Minderwertigen – dieser aber ist der Jude." Um dies zu verhindern, müsse die jüdische Gefahr erkannt und entschieden bekämpft werden. Darin sah Hitler seine welthistorische Mission: "Indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn."
Neben der Eliminierung des jüdischen Rassenfeindes war die Sicherung von Grund und Boden für das eigene Volk sowie dessen Etablierung als Weltmacht ein weiterer konstitutiver Bestandteil der Weltanschauung Hitlers. Zu Beginn seiner politischen Tätigkeit selbst noch Revisionist, wurde in "Mein Kampf" die Rückkehr zu den Grenzen der Vorkriegszeit vehement verworfen. Die Forderung nach Wiederherstellung der Grenzen von 1914 sei "ein politischer Unsinn". Weder umfaßten sie alle "Menschen deutscher Nationalität" noch seien sie "vernünftig in Hinsicht auf ihre militärgeographische Zweckmäßigkeit".
Eine vernünftige Außenpolitik habe demgegenüber zu einer Grenzregelung zu führen, in der Hitler seinen absoluten Souveränitätsanspruch gesichert sah. D.h. die Grenzen müßten ein Gebiet umfassen, aus dem sich das Volk ernähren lasse und das darüber hinaus den notwendigen militärgeographischen Schutz des Staates garantiere. Das wiederum laufe auf die entsprechende Größe des Raumes und der Bevölkerungszahl hinaus, mit der man sich als Weltmacht etablieren und behaupten könne.

Für Hitler kam als Lösung nur in Frage, "bewußt einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit" zu ziehen und dort anzusetzen, "wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken."
Hatte sich Hitler so nach Verwerfung aller anderen Möglichkeiten für eine Expansionspolitik gegen Rußland festgelegt, war für ihn unter Einbeziehung des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen Deutschland und Frankreich ("Der unerbittliche Todfeind des deutschen Volkes ist und bleibt Frankreich") mit Italien und England die Frage nach potentiellen Bündnispartnern entschieden.
Während die italienisch-französische Rivalität im Mittelmeerraum Rom automatisch an die Seite Deutschlands brächte, müßte Englands traditionelle Politik des Gleichgewichts der Kräfte London, um eine aufkommende Hegemonie Frankreichs in Europa zu verhindern, ebenfalls bündnisbereit machen, sofern auf Kolonien und Seegeltung verzichtet werde.
Das Bündnis mit England gebe ihm die Möglichkeit, "Ostpolitik im Sinne der Erwerbung der notwendigen Scholle für unser deutsches Volk" zu betreiben. Mit Gewalt hätten die slawischen Völker der deutschen Herrenrasse zu weichen. Im siegreichen Raub- und Vernichtungskrieg gegen Rußland sollte Hitlers Außenpolitik ihren krönenden Abschluß finden. Eliminierung der Juden und Eroberung von Lebensraum im Osten waren oberste Ziele der Hitlerschen Weltanschauung. Alles übrige subsumierte Hitler unter die Kategorie Mittel zum Zweck.
Ausgehend von der fixen Idee der kulturschöpferischen arischen Rasse und der Verderblichkeit der Rassenmischung mit einer damit verbundenen Senkung des Rassenniveaus habe man im Staat lediglich ein solches Mittel zum Zweck zu sehen. "Sein Zweck liegt in der Erhaltung und Förderung einer Gemeinschaft physisch und seelisch gleichartiger Lebewesen. Diese Erhaltung selbst umfaßt ... den rassenmäßigen Bestand und gestattet dadurch die freie Entwicklung aller in dieser Rasse schlummernden Kräfte."
V.a. aber dürften körperlich oder geistig Ungesunde ihr Leid nicht in ihren Kindern verewigen. Neben dieser Aufgabe einer Herauf- und Reinzüchtung des nordisch-germanischen Rassekerns hatte der Staat wie alle innenpolitischen Maßnahmen die Funktion, die Voraussetzung zur kriegerischen Expansion zu schaffen. "Die Innenpolitik", heißt es in Hitlers "Zweitem Buch", "hat einem Volk die innere Kraft zu sichern für seine außenpolitische Behauptung".
Fragt man nach den geistesgeschichtlichen Ursprüngen dieser Weltanschauung, so ist Hitlers biologistischer Ausgangspunkt extremster Sozialdarwinismus, während seine rassische Geschichtsauffassung auf Gobineau zurückgeht, wie sie primär von H. S. Chamberlain in Deutschland Verbreitung fand.
Übereinstimmungen zwischen "Mein Kampf" und T. Fritschs "Handbuch der Judenfrage", das Eckart noch 1920 "unser ganzes geistiges Rüstzeug" nannte, sind offenkundig.
Seit den Forschungen von Daim läßt vieles darauf schließen, daß sich Hitler in seiner Wiener Zeit auch von den rassistischen Vorstellungen des einstigen Mönchs Lanz beeinflussen ließ, die dieser in seinen "Ostara-Heften" publizierte, in deren Mittelpunkt die "blau-blonde", die "arische Rasse" als der "Götter Meisterwerk" stand, während die "Dunkelrassen", zu denen auch die Juden gehörten, der "Dämonen Pfuschwerk" seien. Darüber hinaus komme "alles Häßliche und Böse von der Rassenmischung her".
Hitler selbst nennt als seine großen Wiener Lehrmeister lediglich die Antisemiten Ritter von Schönerer und Lueger. In seinen "Wiener Lehr- und Leidensjahren" jedenfalls will Hitler "die Grundlagen eines Wissens, von denen ich heute noch zehre", geschaffen haben. "In dieser Zeit bildeten sich mir ein Weltbild und eine Weltanschauung, die zum granitenen Fundament mei-

nes derzeitigen Handelns wurden.
Ich habe zu dem, was ich mir so einst schuf, nur weniges hinzulernen müssen, zu ändern brauchte ich nichts." Mit Sicherheit verfügte Hitler in Wien noch nicht über die Weltanschauung, wie sie aus "Mein Kampf" ersichtlich ist. Spätestens während seiner Haftzeit in Landsberg am Lech jedoch waren ihm die wesentlichen Elemente dieser Weltanschauung zur nie mehr revidierten Gewißheit geworden.
Sowenig sich die Frage nach Hitlers weltanschaulichen Fixierungen und seiner Weltanschauungs-Genese exakt beantworten läßt, so gab es im Meinungsklima seiner Zeit noch genügend sozialdarwinistische und rassenhygienische Veröffentlichungen, mit denen sich seine brutalbiologistische Kampf-ums-Dasein-Ideologie untermauern ließ, ganz abgesehen von der Fülle rassenanthropologischer Schriften gemäßigter bis radikalster antisemitischer Prägung. In dieser Vermengung sozialdarwinistischer, rassistisch-antisemitischer und rassenhygienischer Gedanken meinte Hitler, über eine naturwissenschaftlich exakt begründete Weltanschauung zu verfügen, die einer Kritik jedoch nicht standhalten kann.
Wenn Hitler schreibt: "Der Fuchs ist immer ein Fuchs, die Gans eine Gans, der Tiger ein Tiger", dann hätte es folgerichtig weiter heißen müssen: Und der Mensch bleibt immer ein Mensch. Doch zu dieser Schlußfolgerung wollte Hitler eben nicht kommen und sein mangelhaftes Wissen über die Natur führte ihn zwangsläufig zu falschen Konsequenzen.
Zum Ersten ist Hitlers Rassendefinition, biologisch gesehen, unrichtig, da hier der Rassebegriff mit dem übergeordneten Artbegriff verwechselt bzw. gleichgesetzt wird.
Zum zweiten ist seine Behauptung, in der Natur gebe es als ewiges Gesetz den Trieb zur Rassenreinheit, nicht haltbar. Im Gegenteil: Die natürliche Evolution des Lebendigen war gekennzeichnet durch eine permanente rassische Auffächerung, durch die die Bildung neuer Arten erst ermöglicht wurde. Kann die Gleichsetzung "höher- und minderwertig" mit "stärker und schwächer" im Bereich der Botanik und Zoologie ihre Berechtigung haben, so ist ihre Übertragung auf die menschliche Gesellschaft zudem aus einem "Wollen der Natur" weder erkennbar noch zu rechtfertigen.
Inwieweit nun den morphologisch bzw. populationsgenetisch definierten Rassen der Gattung Mensch bestimmte geistig-seelische Eigenschaften zugeordnet werden können, ist schon eine diffizile anthropologische Fragestellung. Hitlers Vorstellungen vom Wesen und von der Bedeutung der Rassen hingegen sind grundsätzlich falsch. Hitlers Behauptungen über die Eigenschaften der kulturschöpferischen Arier und der stets kulturzerstörerischen Juden, über den Verfall aller Kulturen durch Rassenmischung, über das Absterben der Wirtsvölker fehlt jeder naturwissenschaftliche Beweis.
Die These schließlich von der jüdischen Weltverschwörung (Hitler nennt in diesem Zusammenhang als "besten Beweis" die gefälschten "Protokolle der Weisen von Zion"), einer zentral gelenkten, rassisch bedingten, planmäßig betriebenen Welteroberung, ist vollends absurd.
Hitlers rassistisch-antisemitische Vorstellungen sind Fiktionen, die er so lange zurechtbog, bis sie in Verbindung mit sozialdarwinistischen Gedanken in seiner diesbezüglich paranoiden Psyche zu einer ihn überzeugenden Weltanschauung erstarrten.
Auch für ein mögliches (später tatsächliches) Scheitern, England als Verbündeten zu gewinnen, machte Hitler nicht realistisch britische Politik verantwortlich, die keiner Macht, also auch nicht Deutschland, in Europa eine Hegemonialstellung zubilligte; er machte dafür fiktive jüdische Interessen verantwortlich.
Hitler argwöhnte, "ob nicht der nun einmal gegebene Einfluß des Judentums stärker als alle Erkenntnisse und aller gute Wille ist und so sämtliche Pläne durchkreuzen und zurechtmachen wird." Und noch unmittelbar vor dem Zusammenbruch des Dritten Reiches klagte er: "Ich selbst aber habe eines unterschätzt: das Ausmaß des jüdischen Einflusses auf die Engländer Churchills."

Daß Hitler, einmal zur Macht gelangt, einzig und allein seine Weltanschauung gelten lassen wollte, ist in "Mein Kampf" ebenfalls deutlich ausgesprochen: "Denn die Weltanschauung ist unduldsam und kann sich mit der Rolle einer 'Partei neben anderen' nicht begnügen, sondern fordert gebieterisch ihre eigene, ausschließliche und restlose Anerkennung."
Was die Methoden der Durchsetzung anbetrifft, war Hitler reinster Machiavellist. Bei der Frage nach den Mitteln der Politik gebe es nur eine "einzige vorgefaßte Meinung": "Nützt es unserem Volk jetzt oder in der Zukunft, oder wird es ihm von Schaden sein? Parteipolitische, religiöse, humane, überhaupt alle übrigen Gesichtspunkte scheiden restlos aus." Beseitigung von Rechtsstaat und Demokratie sowie die Installierung von Terror und Gewalt (u.a. Konzentrationslager), Vernichtung "lebensunwerten Lebens" (Euthanasie), Vorbereitung und Durchführung eines Raub- und Vernichtungskrieges, eine gnadenlose Rassenpolitik bis zum Völkermord der Endlösung waren die Folgen.
Das Verbrecherische des Dritten Reiches findet allemal seine tieferen Gründe in Hitlers rassistisch-biologistischer Weltanschauung, die den christlicher und humanistischer Tradition entsprechenden Wert des einzelnen ebenso leugnete wie die universalen Postulate Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde. An ihre Stelle traten als die logische Folge von Hitlers Weltanschauung Diktatur, Krieg und Völkermord.<<

21.08.1925

Deutsches Reich: Joseph Goebbels schreibt am 21. August 1925 über die Münchener NS-Zentrale (x034/259): >>Eine Sau- und Luderwirtschaft! Hitler ist von falschen Leuten umgeben.<<

August 1925

Schweden: Im August 1925 versammeln sich in Stockholm die Vertreter der christlichen Kirchen aus 37 Ländern aller Kontinente zur "Weltkonferenz für praktisches Christentum".
In einer Stellungnahme der "Weltkonferenz", die ohne die katholische Kirche stattfindet, heißt es (x199/251): >>Die Sünden und Sorgen, Kämpfe und Verluste der christlichen Kirchen in und nach dem Kriege haben sie zu der beschämenden Erkenntnis geführt, daß gegenüber einer in sich uneinigen Christenheit die Welt die Übermacht hat.
Unter Beiseitelassung aller Fragen des Bekenntnisstandes und der Kirchenverfassung hat die Konferenz sich das Ziel gesetzt, sich in gemeinsamer praktischer Arbeit zu betätigen. Die Konferenz ist bei alledem, so weithin sichtbar sie auch in die Erscheinung trat, ein erster Anfang.
Wir bekennen vor Gott und der Welt die Sünden und Versäumnisse, deren die Kirche sich durch Mangel an Liebe und mitfühlendem Verständnis schuldig gemacht hat. Menschen, die mit Ernst nach Wahrheit und Gerechtigkeit trachteten, haben sich von Christus ferngehalten, weil seine Nachfolger ihn vor der Menschheit so unvollkommen vertreten haben.
Der Ruf der gegenwärtigen Stunde an die Kirche muß deshalb ein Bußruf sein und doch auch ein Ruf zu einem freudigen Neuanfang aus der unerschöpflichen Kraftquelle Jesu Christi! ...<<

01.09.1925

UdSSR: Die Komintern setzt durch, daß Ernst Thälmann (1886-1944, im KZ Buchenwald ermordet) am 1. September 1925 die KPD-Führung übernimmt (x092/813).
Thälmann befolgt loyal die Moskauer Direktiven und unterstützt bis 1933 bedingungslos Stalins Kurs (x030/352).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Ernst Thälmann (x051/575-576): >>Thälmann, Ernst, geboren in Hamburg 16.4.1886, gestorben (im) KZ Buchenwald 18.8.1944, deutscher Politiker; Hafen- und Transportarbeiter, 1903 zur SPD, 1917 USPD, 1920 KPD.
Thälmann wurde 1921 Vorsitzender der Hamburger KPD, befürwortete gegen die Linie der

Parteiführung die - erfolglose - Oktobererhebung 1923 in Hamburg, rückte 1924 ins Exekutivkomitee der Komintern auf, übernahm am 31.10. 24 die Führung des Roten Frontkämpferbundes und im September 25 den Vorsitz der Partei selbst.
Inzwischen war er im April 25 als Kandidat für das Amt des Reichspräsidenten über Parteikreise hinaus bekannt geworden (1,9 Millionen Stimmen) und konnte die Stimmanteile für die KPD bis 1932 kontinuierlich steigern. Im gleichen Jahr erreichte er bei den Präsidentenwahlen schon 4,9 Millionen Stimmen.
Fatal wirkte sich Thälmanns absolute Linientreue Stalin gegenüber aus, dessen Fehleinschätzung des Nationalsozialismus und der politischen Lage er teilte: Danach galt ihm die SPD als linker, die NSDAP als rechter Arm derselben Bourgeoisie. Eine Aktionsgemeinschaft mit den "Sozialfaschisten" gegen Hitler konnte es für ihn nicht geben.
Der "überforderte, aber standfeste Arbeiter" (Willy Brandt) wurde nach dem Reichstagsbrand am 3.3.33 verhaftet und anläßlich eines Luftangriffes auf das KZ Buchenwald nach elfjähriger Haft von SS-Wachen ermordet. Eine Freilassung nach Abschluß des Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrages 1939 hatte er abgelehnt, weil er das Versprechen politischer Abstinenz nicht unterschreiben wollte.<<

07.09.1925

Deutsches Reich: Außenminister Gustav Stresemann schreibt am 7. September 1925 einen Brief an den ehemaligen deutschen Kronprinzen, um einige politische Ziele zu erläutern (x149/45): >>... Einmal die Lösung der Reparationsfrage in einem für Deutschland erträglichen Sinne und die Sicherung des Friedens, die die Voraussetzung für eine Wiedererstarkung Deutschlands ist.
Zweitens ... Schutz der Auslandsdeutschen, jener 10 bis 12 Millionen Stammesgenossen, die jetzt unter fremdem Joch in fremden Ländern leben.
Die dritte große Aufgabe ist die Korrektur der Ostgrenzen: Die Wiedergewinnung Danzigs, des polnischen Korridors und eine Korrektur der Grenzen in Oberschlesien. Im Hintergrund steht der Anschluß von Deutsch-Österreich. ...
... Daher der (Locarno-) Sicherheitspakt, der uns einmal den Frieden garantieren und England sowie ... Italien als Garanten der deutschen Westgrenze festlegen soll. ...
Die Sorge für die Auslandsdeutschen spricht für den Eintritt in den Völkerbund.
... Frankreich ist von dem Gedanken des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund durchaus nicht entzückt, während England ihn herbeiwünscht, um Frankreichs bisher überragenden Einfluß in dem Völkerbund entgegentreten zu können. ...
Die Frage des Optierens der Entscheidung zwischen Osten und Westen erfolgt durch unseren Eintritt in den Völkerbund nicht. ... Wir können weder zum Kontinentaldegen für England werden, ... noch können wir uns auf ein deutsch-russisches Bündnis einlassen.<<

17.09.1925

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg nimmt nach der Beendigung des Ruhrkampfes an den Befreiungsfeiern im Ruhrgebiet teil.
Hindenburg erklärt am 17. September 1925 während einer Kundgebung in Bochum (x034/-262): >>... Das Volk der Westgoten wird vor dem Richterstuhl der Geschichte gut bestehen. ...<<

16.10.1925

Schweiz, Deutsches Reich: Die Ententemächte signalisieren erstmalig während der Konferenz von Locarno (5.-16.10.1925) eine gewisse Verständigungsbereitschaft gegenüber den Vorschlägen des deutschen Außenministers Stresemann.
Am 16. Oktober 1925 werden im Vertrag von Locarno z.B. folgende Festlegungen getroffen: Endgültiger Verzicht auf Elsaß-Lothringen, Teilräumung des Ruhrgebietes (Frankreich räumt zwar Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, aber die erhoffte Räumung des gesamten Rheinlan-

des erfolgt nicht), Aufnahme in den Völkerbund, Verzicht auf gewaltsame Änderungen der deutschen Ostgrenzen (aber ausdrücklich keine Anerkennung der deutschen Ostgrenzen).
Der Erste Weltkrieg wird eigentlich erst mit den "Verträgen von Locarno" beendet, aber für das Deutsche Reich kommt diese längst überfällige Friedenspolitik nachweislich zu spät.
Joseph A. Chamberlain (1863-1937, 1924-1929 britischer Außenminister, Friedensnobelpreis 1925) erklärt nach der Vertragsunterzeichnung feierlich (x059/60): >>... Von jetzt ab gibt es weder Sieger noch Besiegte...<<
Der englische Botschafter in Berlin berichtet am 16. Oktober 1925 über den Abschluß des Locarno-Paktes (x256/84): >>Der Locarnovertrag bringt Deutschland gewaltige Vorteile: zuerst die Gleichstellung mit den anderen Großmächten, zweitens das Verschwinden der Kriegskonstellation und der Kriegspsychose und drittens den wirklichen Schutz gegen eine französische Invasion. Dieser Schutz ist von größtem Wert, da Frankreich bewaffnet und Deutschland vollkommen waffenlos ist.
Dieser Vertrag ist eine deutliche Dokumentierung eines grundlegenden Umschwungs, und seine Vorteile sind unbestreitbar. ... Der Pakt zieht Deutschland als einen mit Frankreich und England gleichberechtigten Partner zur Zusammenarbeit an der Erhaltung der westeuropäischen Zustände heran. Auf diese Weise vermindert sich beträchtlich die Gefahr, daß es in den Bannkreis des russischen Kommunismus gerät. ...<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Locarno-Pakt" (x051/360): >>Locarno-Pakt, am 16.10.25 in Locarno (Schweiz) paraphierter und am 1.12.25 in London unterzeichneter Vertrag zwischen Belgien, dem Deutschen Reich, Frankreich und Großbritannien.
Unterzeichner des Locarnopakts waren für Deutschland Reichskanzler Luther und Außenminister Stresemann (der den Locarnopakt in enger Abstimmung mit Großbritannien vorbereitet hatte), für Belgien, Frankreich und Großbritannien die Außenminister Vandervelde, Briand und J. A. Chamberlain und für Italien Ministerpräsident Mussolini.
Inhalt:
1. Anerkennung der Unverletzlichkeit der Grenzen zwischen Deutschland auf der einen, Belgien und Frankreich auf der anderen Seite; Deutschland erkannte damit förmlich seine im Versailler Vertrag von 1919 festgelegte Westgrenze an, verzichtete also auf Elsaß-Lothringen.
2. Garantie dieser Grenzen durch Großbritannien und Italien.
3. Anerkennung der in Artikel 42 und 43 des Versailler Vertrages festgeschriebenen Entmilitarisierung des Rheinlandes.
4. Gegenseitige Verpflichtung von Deutschland und Belgien sowie von Deutschland und Frankreich, "in keinem Falle" gegeneinander einen Krieg oder (andere) kriegerische Handlungen zu beginnen.
5. Verpflichtung der Vertragspartner, alle Streitigkeiten auf friedlichem Wege zu regeln.
Zum Abschluß der Konferenz von Locarno (5.-16.10.) wurden neben dem Locarnopakt ("West-", "Rhein-" oder "Sicherheitspakt") noch je ein gleichlautendes Schiedsabkommen zwischen Deutschland und Belgien und zwischen Deutschland und Frankreich, je ein (von Deutschland anerkannter) Defensivvertrag Frankreichs mit Polen und der Tschechoslowakei und je ein gleichlautender Schiedsvertrag Deutschlands mit Polen und der Tschechoslowakei abgeschlossen ("Ost-Locarno"), durch die das Deutsche Reich auf eine künftige gewaltsame Revision seiner Ostgrenzen verzichtete.
Mit dem Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund am 8.9.26 wurde der Locarnopakt wirksam.
Am 7.3.36 kündigte Hitler den Locarnopakt, befahl die Rheinlandbesetzung und zerstörte damit das "System von Locarno".<<
Die deutsche Historikerin Anneliese Thimme (1918-2005) schreibt später über Stresemanns Außenpolitik (x245/271): >>Stresemann sah in der Europapolitik die große Möglichkeit, die

Revision des Versailler Vertrages zu beschleunigen, um Deutschland machtpolitisch wieder das werden zu lassen, was es einstmals war.
Briand im Gegensatz wollte durch den Locarno-Vertrag seine Europa-Politik stabilisieren; Deutschlands Ziel war Gleichberechtigung, Frankreichs Ziel war Sicherheit.
Das eine war also durch die gegebene Situation in sich dynamisch, das andere stagnierend. Hieß es nicht Feuer und Wasser zusammenbringen, um beide Ziele gleichzeitig zu befriedigen? ...<<

18.11.1925

Deutsches Reich: Der britische Botschafter in Berlin, Lord Edgar d'Abernon, schreibt am 18. November 1925 über den Vertrag von Locarno (x149/45): >>Der erste und wichtigste Gewinn liegt darin, daß Locarno die Kriegsentente gegen Deutschland beendet. Er bringt Deutschland in das europäische Konsortium (Gesellschaft) der Westmächte und räumt mit der alten diplomatischen Auffassung der Lage auf, die Deutschland als "den bösen Friedensstörer", den "Exponenten (Vertreter) des aggressiven Militarismus" ... betrachtete.
Zu diesem grundsätzlichen Urteil kommen greifbare Ergebnisse ... im besetzten Gebiet. ...
Bei einer unparteiischen Bewertung muß man diesem Gewinn gewisse Verluste entgegensetzen. Der wichtigste darunter ist eine Schwächung oder sogar Aufgabe des Rapallo-Vertrages. ...<<

24.11.1925

Deutsches Reich: Der Reichstag debattiert am 24. November 1925 über die die Annahme der Verträge von Locarno (x243/29): >>... (Wels – SPD): Die west- und mitteleuropäischen Staaten sind wirtschaftlich und politisch heute so eng miteinander verbunden, daß jede politische, jede wirtschaftliche Erschütterung in einem derselben in ihren Folgewirkungen allgemein schwer empfunden wird. ...
Was ... in Europa fehlte, das Bedürfnis nach europäischer Solidarität, das ist heute ein sichtbares Bedürfnis aller europäischen Völker geworden. ...
(Graf Westrap – DNVP): Die Grundgedanken unseres Widerspruchs gegen ... Locarno: Jeder Verzicht auf deutsches Land, jede erneute und freiwillige Anerkenntnis des Versailler Diktats sollte durch ... Verträge ausgeschlossen sein. ...
Deutschland (muß) als Land der Mitte Europas sich seine Handlungsfreiheit und die Möglichkeit seiner Neutralität wahren. ... Wir müssen uns die Freiheit nach Osten freihalten, auch im Hinblick auf die östlichen Grenzen Deutschlands. ...
(Thälmann – KPD): Locarno ist nicht der Versuch, ... durch Abschluß von Verträgen den Krieg zu verhindern, sondern ... der Versuch der Einbeziehung Deutschlands in eine europäische Konzentration unter der Führung Englands gegen Sowjetrußland und gegen die ... erwachenden unterdrückten Völker im fernen Osten und in Afrika. ...
(Stresemann – DVP): Der Geist von Locarno ... zeigt sich in dem Gedanken der Notwendigkeit eines gemeinschaftlichen Zusammenwirkens, in dem Gedanken, das ein Zusammenbrechen Deutschlands eine europäische und eine Weltfrage ist. ... Dieser Geist wird fundiert sein, wenn Idealismus und reale Interessen sich dazu verbinden, den Weg aus dem europäischen Zusammenbruch gemeinschaftlich zu suchen. ...<<

27.11.1925

Deutsches Reich: Der Reichstag stimmt am 27. November 1925 der Annahme der Verträge von Locarno mit 292 gegen 174 Stimmen zu (x243/29)

29.11.1925

Deutsches Reich: Der Deutsche Ostbund verlangt am 29. November 1925 in Berlin eine friedliche Zurückgewinnung der verlorenen deutschen Ostgebiete.

06.12.1925

Deutsches Reich: Joseph Goebbels berichtet am 6. Dezember 1925 in seinem Tagebuch über

eine NSDAP-Veranstaltung in Düsseldorf (x034/268): >>Auf der Königsallee Parademarsch! Im Rhythmus des Gleichschritts singt die Idee. ... Dieser Wahnsinn in Hetze und Arbeit.<<

18.12.1925

UdSSR: Stalin erklärt am 18. Dezember 1925 während des XIV. Parteitages der KPdSU (x125/58-59,171): >>Das, was wir eine Zeitlang als eine kurze Atempause nach dem Krieg betrachteten, ist zu einer Atempause geworden, die sich über eine ganze Periode erstreckt. Hieraus entspringt ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte und eine gewisse Periode des "friedlichen Zusammenlebens" der Welt der Bourgeoisie und der Welt des Proletariats. ...

Daher die Aufgabe, die Widersprüche im Lager der Imperialisten in Rechnung zu stellen, den Krieg hinauszuzögern, sich zu diesem Zweck von den Kapitalisten "loszukaufen" und alle Maßnahmen zu ergreifen zur Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen.

Wir dürfen die Worte Lenins nicht vergessen, daß sehr viel für unseren Aufbau davon abhängt, ob es uns gelingen wird, den Krieg mit der kapitalistischen Welt hinauszuzögern, der unvermeidlich ist, den man aber hinauszögern kann, entweder bis zu dem Moment, da die proletarische Revolution in Europa herangereift ist, oder bis zu dem Moment, da die kolonialen Revolutionen vollständig reif geworden sind, oder endlich bis zu dem Moment, da die Kapitalisten einander wegen der Aufteilung der Kolonien in die Haare geraten. ...

Bei Verwicklungen in den uns umgebenden Ländern wird sich vor uns unbedingt die Frage unserer Armee, ihrer Macht, ihrer Bereitschaft als lebenswichtige Frage erheben. ...

Sollte aber der Krieg beginnen, so werden wir nicht untätig zusehen können - wir werden auftreten müssen, aber wir werden als Letzte auftreten. Und wir werden auftreten, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, ein Gewicht, das ausschlaggebend sein dürfte. ...<<

>>... Die Welt ist in 2 Lager gespalten: In das Lager des Imperialismus und das Lager des Kampfes gegen den Imperialismus, an die Spitze der mit dem Imperialismus Unzufriedenen und ihn auf Leben und Tod Bekämpfenden tritt unser Land - die Sowjetunion. ...<<

Der deutsche Historiker Walter Post berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über Stalins Außen- und Rüstungspolitik (x853/...): >>... Die 1925 von Stalin initiierte Politik des "Aufbaus des Sozialismus in einem Lande" bedeutete keineswegs die Abkehr vom Ziel der Weltrevolution. Vielmehr hatte die von feindlichen imperialistischen Mächten eingekreiste Sowjetunion nach dem Abebben der "revolutionären Flut", den Unruhen und sozialistischen Umsturzversuchen in Ost- und Mitteleuropa in den Jahren 1918 bis 1923, eine Atempause erhalten, die es für die sogenannte "sozialistische Industrialisierung" zu nutzen galt.

Das eigentliche Ziel der "sozialistischen Industrialisierung" war es, ohne Rücksicht auf die Kosten und die Lebensbedingungen der Bevölkerung, eine leistungsfähige Schwer- und Rüstungsindustrie zu schaffen und die sowjetischen Streitkräfte zu den bestausgerüsteten der Welt zu machen.

Mit dem ersten Fünfjahresplan 1928 bis 1933 wurde in der Sowjetunion die Grundlage für eine riesige Schwer- und Rüstungsindustrie gelegt. Im Rahmen des zweiten und dritten Fünfjahresplanes 1934 bis 1941 produzierte die sowjetische Rüstungsindustrie dann mehr Waffen als die übrige Welt zusammengenommen.

Seit Ende der zwanziger Jahre entwickelten in der Sowjetunion Boris Schaposchnikow, Wladimir Triandafillow und Michail Tuchatschewski eine moderne Militärtheorie, die den Einsatz von massierten Panzer- und Fliegerverbänden für Offensivoperationen vorsah und viel Ähnlichkeit mit dem deutschen Konzept des "Blitzkrieges" hatte. Damit entsprach diese Militärtheorie den politischen Vorgaben des Sowjetstaates. ...<<

22.12.1925

Rumänien: Die rumänische Regierung beschließt am 22. Dezember 1925 ein Gesetz über das

nichtstaatliche Schulwesen Rumäniens.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über das Partikularschulgesetz von 1925 (x007/125E-126E): >>**Das Partikularschulgesetz von 1925**
Gesetz über das nichtstaatliche Schulwesen vom 22. Dezember 1925.
Art. 1. Der Unterricht und die Erziehung der Schüler kann außer in Staatsschulen in den Partikularschulen (der Konfessionen, der Gemeinschaften, der Privatpersonen) oder in der Familie geschehen.
Art. 2. Es heißt Partikularschule jede Schule, die auf private Initiative errichtet, geleitet und erhalten wird, sofern sie den Zweck hat, wenigstens 10 Kindern im Durchschnitt pro Klasse Unterricht und Erziehung zuteil werden zu lassen. Im Volksschulunterricht kann die Zahl der Schüler auch die Mindestzahl von 20 pro Schule betragen.
Art. 3. Die Schulen können nur von rumänischen Staatsbürgern errichtet werden: sei es einzeln, sei es, daß sie in kulturellen Gesellschaften oder religiösen Gemeinschaften zusammengeschlossen sind, die als juristische Personen anerkannt sind.
Solche Schulen können nicht errichtet werden von kulturellen Gesellschaften, Mönchsorden und Schulkongregationen, die von Organisationen in anderen Staaten abhängen.
Für Kinder von Staatsbürgern eines fremden Staates können von den betreffenden Gemeinschaften, die vom Staate anerkannt sind, Partikularschulen errichtet werden, in welche aber weder die Kinder von rumänischen Staatsbürgern, noch die Kinder von Untertanen anderer Staaten als dessen, dem die Gemeinschaft zugehört, die die Schule errichtet hat, aufgenommen werden können.
Art. 4. Keine Partikularschule darf anders als auf Grund einer vom Unterrichtsministerium gegebenen Genehmigung (Autorisation) errichtet werden.
Art. 5, Alle Partikularschulen sind der Aufsicht und Kontrolle des Unterrichtsministeriums unterstellt.
Art. 6. Jedwede Partikularschule verkehrt direkt mit den öffentlichen Behörden betreffend alle Fragen der Kontrolle und Aufsicht.
Die Verfügungen grundsätzlicher Art sind vom Ministerium und seinen Organen den betreffenden Schulen sowohl durch die Schulerhalter als auch direkt den Schulen mitzuteilen.
...
Art. 8. Es können als Partikularschulen nicht errichtet werden Lehrer-(innen)- und Kindergärtnerinnen-Bildungsanstalten sowie Hochschulen mit Universitätscharakter.
...
Art. 15. Absatz 5. In den konfessionellen Partikularschulen können als Professoren auch Personen wirken, die religiösen Orden angehören, sofern sie die in diesem Gesetz vorgesehenen Bedingungen erfüllen. ...
Art. 31. Keine Partikularschule darf Mittel, Unterstützungen und Geschenke jedweder Art aus dem Ausland ohne vorherige Kenntnis und Genehmigung des Unterrichtsministeriums annehmen. Die Übermittlung dieser Mittel muß immer durch Vermittlung des Ministeriums geschehen.
Die Nichtachtung dieser Bestimmung zieht die Sperrung der Schule nach sich. ...
Art. 37. Die Partikularschulen, die von anerkannten Mönchsorden und Schulkongregationen geleitet werden, müssen als Unterrichtssprache die rumänische Sprache benutzen. ...
Art. 110. Die gegenwärtigen Schulen mit Öffentlichkeitsrecht können im Rahmen dieses Gesetzes ihre Wirksamkeit mit diesem Recht weiter fortsetzen, wenn sie nachweisen, daß sie es vor dem 1. September 1918 gehabt haben oder daß sie dieses Recht durch besondere Autorisation seit 1918 bis heute erhalten haben. ...
Art. 112. Absatz 2. Für die konfessionellen Partikularschulen und die Religionsgemeinschaf-

ten sind als gesetzliche Vertreter die kirchlichen Oberbehörden oder diejenigen der Religionsgemeinschaft, die sie schriftlich dem Unterrichtsministerium anzeigen werden, anzusehen.
Art. 113. Bei Abänderung des Art. 8 wird ausgesprochen, daß die Partikular-Lehrer(innen)- und Kindergärtnerinnen-Bildungsanstalten, die vor dem 1. Dezember 1918 bestanden und bis heute ohne Unterbrechung in Betrieb gewesen sind, auch in Zukunft weiter bestehen können, sofern sie sich den Bestimmungen des Gesetzes über das Volksschul- und Lehrerbildungswesen sowie denjenigen des gegenwärtigen Gesetzes anpassen; unter denselben Bedingungen kann auch die deutsche katholische Lehrerbildungsanstalt in Temeschburg weiter bestehen.<<

28.12.1925

Polen: Im Rahmen der polnischen "Agrarreform" werden am 28. Dezember 1925 alle deutschen Großgrundbesitzer ohne Entschädigung enteignet. Die polnischen Großgrundbesitzer schont man.

29.12.1925

Deutsches Reich: Das Auswärtige Amt erklärt am 29. Dezember 1925 zur Polenpolitik und zu den abgetretenen deutschen Ostgebieten (x128/127-128): >>... V. Damit hat sich für die Deutsche Regierung die Notwendigkeit ergeben, zu der Frage der Internationalen Finanzierung Polens Stellung zu nehmen. ... Indessen ist sie sich darüber klar, daß eine finanzielle Sanierung gleichzeitig eine politische Stabilisierung der bisherigen Grenzen Polens bedeutet. Eine finanzielle Sanierung Polens wird gleichzeitig seine politische Energie neu beleben, seinen Chauvinismus stärken und es für alle Erwägungen, die für eine friedliche Bereinigung der streitigen Grenzfrage mit Deutschland sprechen, unzugänglich machen. ...
VI. ... Einer solchen politischen Sanierung kann sie aber natürlich nur zustimmen, wenn die deutsch-polnischen Grenzfragen zuvor bereinigt sind. Daher wird mit einer Finanzsanierung die Frage der Rückgabe der abgetretenen Gebiete an Deutschland brennend. Die Deutsche Regierung kann sich, ehe diese Voraussetzung nicht erfüllt ist, nicht an einer internationalen finanziellen und wirtschaftlichen Sanierung Polens beteiligen. ...
VII. Da somit die Grenzfrage angeschnitten ist, sind einige Ausführungen über die deutsche Stellungnahme zu ihr erforderlich.
Zunächst der Umfang der deutschen Rückforderungen. Deutschland erstrebt die Rückgabe Danzigs und des Korridors einschließlich des Netzegaues, also bis zur Linie Schneidemühl - Thorn; es ist aber bereit, an Polen freien Transit auf dem Wasserwege und dem Landwege sowie besondere Vorrechte im Danziger Hafen zu gewähren, Abrundung im Gebiet der früheren Provinz Posen, jedoch so, daß die Stadt Posen mit ihrer Umgebung und die östlich von Posen gelegenen Gebiete polnisch bleiben sollen; Rückgabe der abgetretenen kleinen Gebietsteile in Mittelschlesiens und die Rückgabe Oberschlesiens. ...<<

1925

Deutsches Reich: Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrirte Zeitung" schreibt im Jahre 1925 über die Politisierung der deutschen Jugend (x269/237): >>... In Deutschland klagt man unablässig über die politische Unreife und Unbegabung des Volkes, und seit der Errichtung der demokratischen Freiheit sucht man diesen Mängeln durch eine Überfülle von politischer Aufklärung abzuhelfen. ...
Man trägt die Politisierung bis hinab in die Kreise der Schulkinder, die man zwar immer noch nicht in den staatsbürgerlichen und Verfassungs-Elementen unterrichtet, aber dafür doppelt eifrig mit Parteipolitik vergiftet, die sie noch absolut nicht zu verstehen und zu verdauen vermögen. Und da es gerade die radikalsten politischen Bewegungen von rechts und links sind, die ihre Agitation vorsätzlich unter die Schulkinder tragen, so wird diese geistig noch ganz wehrlose Jugend in den verschiedenen politischen Jugendorganisationen gerade mit den schlimmsten politischen Exzentrizitäten bekanntgemacht.
Die Folge davon ist nicht nur, daß sich heute auch schon die "nationalsozialistischen" und

"kommunistischen" Schulbuben bei jeder Gelegenheit in die Haare kriegen und ihre Keilereien unter "politischen" Schlagworten ausfechten; die viel schlimmere Folge davon ist, daß durch solche Agitationen die deutsche Seele schon in ihrem ersten Werden unfähig für ein nationales Einheitsempfinden gemacht wird. Politisierte Jugend, das ist der Wurzelschaden am Wachstum einer politischen Nation.<<

Julius Leber (1891-1945, führender Sozialdemokrat und späterer Widerstandskämpfer) erklärt im Jahre 1925 zu den deutschen Ostgrenzen (x084/117): >>... (Nie werde es) eine deutsche Regierung geben, die den polnischen Korridor freiwillig und feierlich als ewiges Recht anerkennen kann. Zu schmerzhaft steckt dieser Pfahl im Fleisch der deutschen Republik. Zu sinnlos zerschneidet er den deutschen Boden.<<

Im Jahre 1925 berichtet Major Klingbeil in dem Wehrmachtshandbuch "Der Pionier" über die damalige Bedeutung und Haltung der Reichswehr (x058/326-328): >>Die Reichswehr steht im Mittelpunkt des politischen Interesses aller Parteien.

Sie ist der Machtfaktor, auf den sich der innere Bau unseres Staatswesens stützt. Unter ihrem Schutze wickelt sich das ganze wirtschaftliche und politische Leben der Nation ab. ...

Trotzdem die Reichswehr selbst völlig unpolitisch und unberührt von allen Parteikämpfen ist, kann doch ohne sie letzten Endes keine Partei ihre Absichten durchsetzen. Jede politische Richtung muß daher zur Reichswehr Stellung nehmen. Keine kommt um die Frage herum: "Wie stehst Du zur Reichswehr?"

Alle guten Deutschen, die vaterländische Gesinnung mit politischer Einsicht verbinden sehen ein Glück darin, daß der deutsche Staat mit der Reichswehr ein völlig parteiloses Machtmittel in der Hand hat, um nötigenfalls damit seinen Willen durchzusetzen.

... Außer ihnen gibt es aber leider noch andere Leute in unserem Vaterlande. Man kann sie in 3 Klassen einteilen:

Erstens diejenigen, welche mit den jetzigen Verhältnissen in Deutschland ganz zufrieden sind, nur nicht aus ihrem beschaulichen Leben aufgestöbert werden wollen und daher keinerlei Opfer an Geld oder Bequemlichkeit bringen, um uns durch harte Arbeit und Erstarkung der Wehrhaftigkeit wieder zu einem stolzen, freien, geachteten Volk zu machen.

Sie halten das Reichsheer für eine unnötige, kostspielige Einrichtung und ärgern sich über jeden Soldaten, den sie sehen. Soldatisches Wesen ist ihnen völlig fremd. Anstatt sich zu freuen, daß im Heere strammer Dienst gemacht wird, empfinden sie jede Gefechtsübung mit Platzpatronen, jedes Bellen eines Meldehundes als ruhestörenden Lärm. ...

Unsern Begriff "Vaterland" kennen sie nicht. Internationale Gedankengänge spielen bei ihnen eine große Rolle. Du hast als Soldat nichts mit ihnen zu schaffen. Wenn du mit ihnen zusammenkommst, üben sie auf dich einen verweichlichenden, unsoldatischen Einfluß aus, dem du dich nicht auszusetzen hast. Bekümmere dich nicht um sie.

Zweitens gibt es in Deutschland eine ganze Anzahl streng vaterländisch gesinnter Männer, die in so scharfem Gegensatz zur Reichsleitung stehen, daß sie diese auf gewaltsamem Wege vertreiben wollen, um ihre Parteifreunde ans Ruder zu bringen. Sie erhoffen davon eine Besserung der Lage unseres Volkes, bedenken aber nicht, daß bei unsern innerpolitischen Verhältnissen jeder gewaltsame Eingriff in unser Staatsgefüge von einer radikalen Seite aus sofort den stärksten Widerstand der Andersdenkenden hervorrufen muß.

Von ihnen kann man sagen, daß sie meist Gutes wollen, aber Böses schaffen würden, wenn sie ihre Pläne in die Tat umsetzten. Bürgerkrieg, Zerfall der Reichseinheit, Niedergang der deutschen Wirtschaft wären die Folgen solcher Gewalttaten. Niemand würde sich darüber mehr freuen als unsere Grenznachbarn. ...

Drittens haben wir in Deutschland radikale Parteien, die den Begriff "Vaterland" bewußt ablehnen und das Heil der Menschheit in der Völkerverbrüderung unter der Knute einer einzelnen Volksklasse sehen. Sie werden von landfremden Elementen geführt, vom Auslande mit

Geld erheblich unterstützt und scheuen vor keinem Mittel zurück, die Herrschaft an sich zu reißen. Sie predigen "Krieg dem Kriege". Trotzdem ist ihnen keine Bluttat zu scheußlich, wenn sie nur ihren Zwecken dient. Blutigster Bürgerkrieg ... ist der von ihnen heißersehnte, einzig mögliche Weg zur Erreichung ihrer Ziele.
Die Reichswehr – die mächtigste Pflegestätte vaterländischen Geistes – ist ihnen von Grund aus verhaßt. Öffentlich bekämpfen und beschimpfen sie diese, wo sie können. Im Reichstage stimmen ihre Parteifreunde gegen die Bewilligung sämtlicher Geldmittel zur Erhaltung, Verbesserung und Besoldung des Heeres. Dafür wenden sie aber im geheimen durch Agenten um so mehr Mittel an, die Truppe vom Wege der Pflicht abzulenken und politisch zu verseuchen. Denn sie sind sich darüber klar, daß die Durchführung ihrer Pläne unausführbar ist, solange sich die Reichswehr fest in der Hand ihrer Führer befindet.<<

Die "Goldenen Zwanziger Jahre"

Die deutsche Wirtschaft erholte sich im Jahre 1925 zwar überraschend schnell, aber der Wiederaufbau wurde fast ausschließlich mit Fremdkapital des Auslands (überwiegend durch US-Anleihen) finanziert. Da die deutsche Reichsregierung nicht genügend Eigenkapital besaß, mußte sich der Staat zwangsweise immer höher verschulden. Damit man die jährlichen Reparationen zahlen konnte, mußte das Deutsche Reich notgedrungen ständig mehr ausländisches Fremdkapital aufnehmen.
Diese völlig unrealistischen Reparationszahlungen wirkten sich langfristig katastrophal aus, denn sie blockierten zwangsläufig den Wiederaufbau eines gefestigten Staates und verhinderten die Wiederherstellung der deutschen Kreditfähigkeit. Die hohe Verschuldung des deutschen Staates und der deutschen Industrie wirkten sich später während der Weltwirtschaftskrise besonders verhängnisvoll aus.
Die sogenannten "Goldenen Zwanziger Jahre" ("Hoppla, wir leben noch") waren nur kurze, "oberflächliche Träume" und spielten sich nur in einer relativ kleinen Bevölkerungsschicht ab. Es war eine Zeit, die besonders durch merkwürdige Übererregtheit, überschwengliche Lebensfreude (Charleston, modernen Lebensstil, weltoffene Künste usw.), dramatisches, hektisches und lautstarkes Leben sowie dümmliche Selbsttäuschung geprägt wurde.

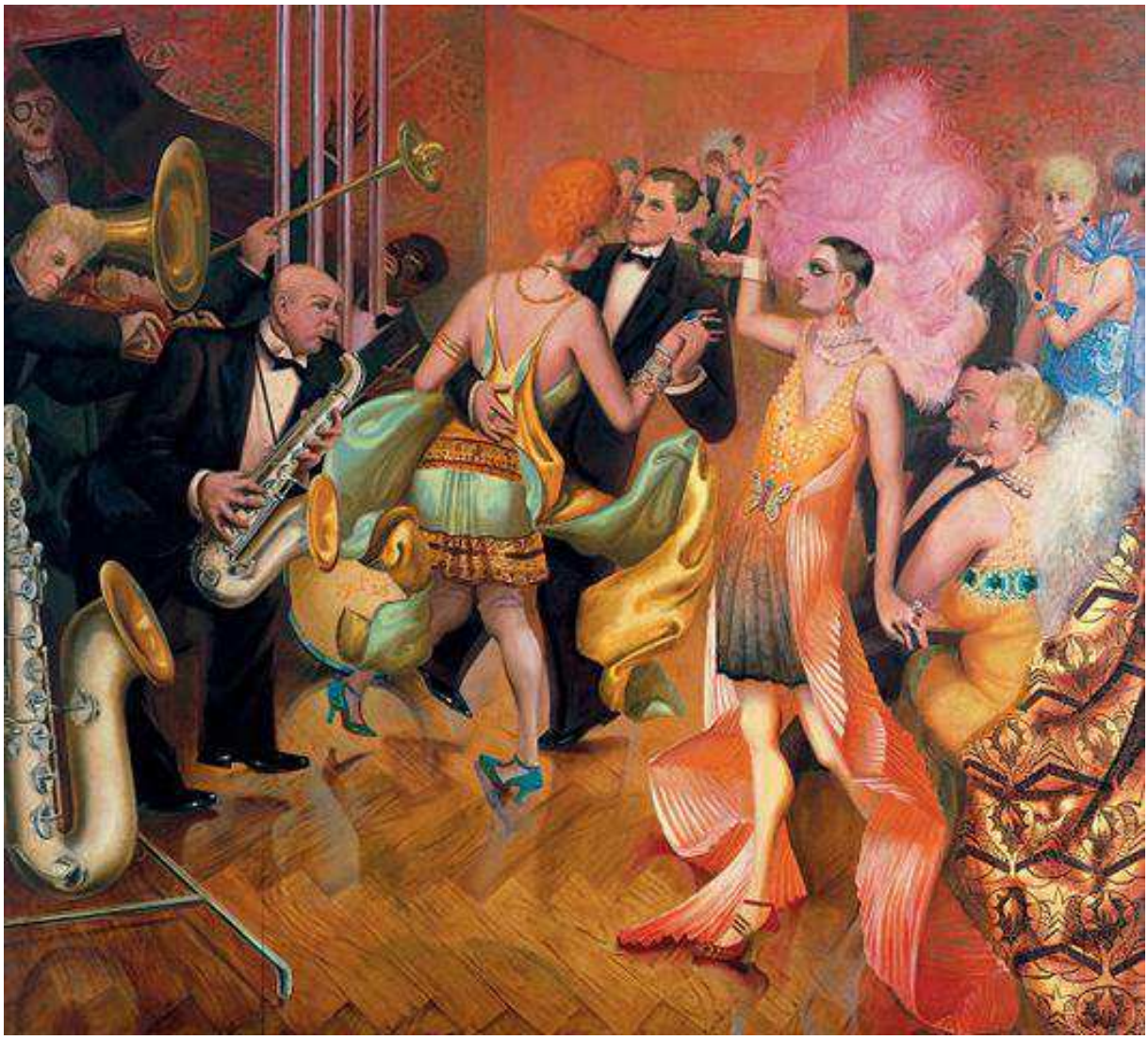


Abb. 59 (x149/51): "Großstadt" von Otto Dix, 1927/28.

Während sich die Schickeria der großen "Welle der Begierde" ("dem Tanz auf dem Vulkan") hingab, erhöhte man für den Arbeitnehmer die tägliche Arbeitszeit von 8 auf 12 Stunden. Die damalige Zeit der "Goldenen Zwanziger" war hauptsächlich eine Epoche der großen Bonzen, Schieber und Spekulanten sowie die große Zeit der ausschweifenden, oberflächlichen Vergnügungsindustrie.

In den Jahren 1925-29 gehörten Bestechungen, Korruptionsfälle, Skandale und Schiebungen von sagenhaften Ausmaßen zur allgemeinen Tagesordnung. Während skrupellose Betrüger, rücksichtslose Wucherer und andere Ganoven riesige Gewinne erzielten, kämpfte die große Mehrheit der verarmten deutschen Bevölkerung täglich um ihre Existenz. In jener Zeit lebten ungezählte hungernde Menschen in bitterer Not, am Rand des Existenzminimums, und hofften auf den Anfang eines besseren Zeitalters.

Die NSDAP wurde im Jahre 1925 in den meisten deutschen Ländern wieder zugelassen und konsequent nach dem "Führerprinzip" ausgerichtet, aber der wirtschaftliche Aufschwung stoppte den Aufstieg der rechtsradikalen Partei zunächst nachhaltig.

Der deutsche Schriftsteller Leonhard Frank (1882-1961) schreibt später über die "Goldenen Zwanziger" in Berlin (x149/50): >>Damals war die schöne Zeit. Von den Nachwirkungen des verlorenen Krieges war nichts mehr zu spüren. Die Wirtschaftsverhältnisse hätten nicht besser sein können, wenn Deutschland den Krieg gewonnen haben würde. ...

Ein neues Deutschland hatte sich herausgeschält. Eine Art Märchen von Aschenbrödel war für

eine ganze Nation Wirklichkeit geworden.
Diese Zeit war der Beweis dafür, daß Wirtschaftskraft und –aufstieg auch das geistige und künstlerische Schaffen befruchten. ...
Die Bücherproduktion war größer als je. Die neue expressionistische Richtung, in Deutschland entstanden, beeinflußte die europäische Dichtung. Theater, Oper, Konzerthäuser waren überfüllt. Europäische Künstler aus Paris, London, Rom, die nach Berlin kamen, waren begeistert und wollten nicht mehr fort. Die Luft in Berlin war elektrisch geladen. ...<<
Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrirte Zeitung" berichtet im Jahre 1925 über eine Zeppelinfahrt nach Amerika (x269/236): >>ZR III ist in Amerika gelandet, nachdem er 79 Stunden in stetem, sicheren Flug das Luftmeer durchkreuzt und das Weltmeer überflogen hat. Mit dieser Leistung ist der Beweis erbracht, daß die deutsche Konstruktion zuverlässig und sicher genug ist, um einen regelmäßigen Verkehr zwischen den Kontinenten auf dem Luftweg herzustellen.
Wie bahnbrechend diese Leistung ist, erhellt am besten ein Rückblick auf die früheren Verkehrsmöglichkeiten zwischen Europa und Amerika. Christoph Kolumbus brauchte bei seiner Entdeckungsfahrt volle 71 Tage; für die Strecke, die ZR III von Friedrichshafen bis Lakehurst zurückgelegt hat, würde er weit über 80 Tage, also mehr als ebensoviel Tage gebraucht haben als der Zeppelin Stunden. Aber auch der erste Raddampfer brauchte für die Strecke Liverpool – Savannah 26 Tage. Noch der erste, 1845 gefahrene Schraubendampfer brauchte fast ebensoviel, und erst die Schnelldampfer der letzten Jahrzehnte drückten in ihren Rekordfahrten allmählich die Überfahrtszeit von 10 bis 12 auf 6 Tage, freilich für die kürzeste Überfahrtstrekke.
Der neueste Rekord der "Mauretania", die das "Blaue Band" des Ozeans zur Zeit hält, ist mit rund 5 ½ Tagen zu Schiff schwerlich zu überbieten. Da kommt nun das Luftschiff, das mit 3 ¼ Tagen einschließlich der Überquerung großer Festlandteile Europas die Kontinente einander um fast die Hälfte näher rückt.
Die Zukunftsmöglichkeiten die sich daraus für den friedlichen Verkehr der Völker untereinander ergeben, sind unabsehbar, und es ist zu hoffen, daß das Verständnis für diese Kulturleistung die unangebrachten militärischen Erwägungen verdrängt, um in einem Hand-in-Hand-Arbeiten der Völker dem in schwerer Prüfung so glänzend erprobten Verkehrsmittel deutscher Konstruktion überall in der Welt zur höchsten Auswertung zu verhelfen.<<
Österreich: Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi (1894-1972, österreichisch-ungarisch-japanischer Herkunft, Begründer der Pan-Europabewegung bzw. der Europäischen Union) schreibt im Jahre 1925 über die Schwächen der Demokratie warnt bereits im Jahre 1925 vor dem nächsten Krieg (x903/…, x056/14): >>In seinem 1925 erschienenen Buch "Praktischer Idealismus" bezeichnete Kalergi die Demokratie als "ein klägliches Zwischenspiel" zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen, von jüdischem Geist geprägten Geistesadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches Instrument der Plutokratie:
"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie (Herrschaft des Geldes bzw. der Reichen): weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. … Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." (S.39)
Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus" durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer "eurasisch-negroiden Zu-

kunftsrasse" aufgehen sollen (S. 22, 23). …<<
>>Europäer! Europäerinnen!
In europäischen Fabriken werden täglich Waffen geschmiedet, um europäische Männer zu zerreißen. ... Europas Politik steuert einem neuen Kriege zu. ... Eine Krise löst die andere ab.
Dieser Vernichtungskrieg, den die europäische Politik vorbereitet, wird an Schrecklichkeit den (Ersten) Weltkrieg ebenso weit hinter sich lassen, wie dieser den deutschfranzösischen (Krieg von 1870/71). ... Sein Ziel (wird) die Ausrottung der feindlichen Nation (sein). ... Das zersplitterte Europa geht somit einer dreifachen Katastrophe entgegen; dem Vernichtungskrieg, der Unterwerfung durch Rußland, dem wirtschaftlichen Ruin.
Die einzige Rettung ... ist: Paneuropa; der Zusammenschluß aller demokratischen Staaten Kontinentaleuropas zu einem Verband. Die Gefahr des europäischen Vernichtungskrieges kann nur gebannt werden, durch einen paneuropäischen Schiedsvertrag; die Gefahr der russischen Herrschaft ... nur ... durch ein paneuropäisches Defensivbündnis; die Gefahr des wirtschaftlichen Ruins ... nur durch eine paneuropäische Zollunion. Der Schiedsvertrag sichert den Frieden – das Bündnis sichert die Freiheit – die Zollunion sichert die Wirtschaft.<<
Polen: Der deutsch-polnische Streit um die Postverkehrs-Grenzlinie endet im Jahre 1925 mit der gewaltsamen Beschlagnahmung der Westerplatte (Landzunge im Norden des Danziger Hafens) durch polnische Truppen.
Danach beginnt ein deutsch-polnischer Handelskrieg, der bis 1933 dauert. Der deutsch-polnische Handel geht drastisch zurück und verursacht in Polen große wirtschaftliche Probleme (x064/132).
CSR: Wegen der Einführung des "Hus-Tages" (Staatsfeiertag) kommt es im Jahre 1925 zwischen der romfreien tschechoslowakische Kirche (seit 1920) und dem Vatikan zum Konflikt (x061/435).
Die tschechischen Sozialdemokraten werden bei den Wahlen erstmalig von den Kommunisten überflügelt. Die erst 4 Jahre vorher gegründete Kommunistische Partei wird mit 934.000 Stimmen die zweitstärkste Partei der CSR (x120/35).
UdSSR: Große US-Firmen (Ford, Austin-Companie, Arthur McKee und andere) unterstützen die Industrialisierung der Sowjetunion. Die nordamerikanischen Unternehmen stellen im Jahre 1925 erhebliche Kredite und Experten zur Verfügung, um Stahlwerke, Ölraffinerien, Staudämme und Industriebetriebe zu errichten (x068/210-211).

1926

> Aus Niederlagen lernt man leicht. Schwieriger ist es, aus Siegen zu lernen.
> *Gustav Stresemann (1878-1929, deutscher Politiker)*

08.01.1926
Deutsches Reich: Joseph Goebbels berichtet am 8. Januar 1926 in seinem Tagebuch über die wirtschaftliche Lage der NSDAP (x034/271): >>Wieder viel Sorge wegen des Mammons. Das Geld geht schlecht.<<
09.01.1926
Deutsches Reich: Alfred Hugenberg schreibt am 9. Januar 1926 in der Zeitung "Der Tag" (x034/272): >>... Es ist in der Tat eine elende Geschichte mit den Parteien und mit dem Parlamentarismus. ... Worauf es ankommt, ist die Frage, was anstelle der Parteien und des Parlamentarismus treten soll!<<
30.01.1926
Deutsches Reich: Nach der verspäteten Räumung der Kölner Zone (vereinbarter Termin: 10.01.1925) finden im Deutschen Reich am 30. Januar 1926 große Befreiungsfeiern statt.
Das Kölner Telegrafenamt sendet anläßlich der Befreiung folgendes Gedicht (x034/276): >>Es lodert der Himmel in roter Glut,

Es brennen die Fackeln, es brennt das Blut,
In den Glockenturm jauchzen die Lieder hinein:
Es lebe die Freiheit am deutschen Rhein!
Die Berge klingen, es braust der Strom,
Die Glocken jubeln vom hohen Dom,
Verrauscht die Jahre, die wir verbüßt,
O, Freiheit am Rheine, sei gegrüßt!<<

Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrirte Zeitung" schreibt damals über die Befreiungsfeiern am Rhein (x269/245): >>Den Glockenklang und Jubel, mit dem Köln seine Befreiung feierte, hat ganz Deutschland nicht bloß - dank dem Radio -, gehört, sondern ganz Deutschland hat auch die Stimmung Kölns geteilt, die in diesem feierlichen Augenblick ohne Bitterkeit war.

Ein Volk kann nicht vergessen, was ihm Böses widerfahren ist. Nur der einzelne Mensch vergißt und muß vergessen können; denn wie könnte ein Mensch das Leben ertragen, wenn jedes Leid und jedes Unrecht, das er erlebt, sich unauslöschlich in seine Seele einschriebe und die menschliche Natur nicht vielmehr so gearbeitet wäre, daß die Zeit alle seelischen Wunden heilt und die Erinnerung auch aus den schlimmsten Zeiten das spärliche Gute festhält, das sie uns gebracht haben.

Weil aber die Völker nicht ebenso wie der einzelne vergessen können, müssen sie imstande sein zu vergeben. ...<<

26.02.1926

Frankreich: Der französische Außenminister Briand berichtet am 26. Februar 1926 vor dem Parlament über den Vertrag von Locarno (x149/45): >>Er ist nicht abgefaßt und abgeschlossen worden, um der einen Nation auf Kosten der anderen Vorteile zuzuwenden. Um ihn zu würdigen muß man ihn in seinem wahren Geiste verstehen, und das ist nicht der Geist eines engen und egoistischen Nationalismus.

Er ist abgefaßt ... in einem europäischen Geist und für die Zwecke des Friedens. ... Das beste an ihm ist, daß er den Völkern wieder Vertrauen gegeben hat, in einer Zeit, da alles dunkel war. ...<<

Februar 1926

Deutsches Reich: Während einer NS-Tagung in Bamberg (Februar 1926) "demontiert" Hitler die norddeutsche NS-Gruppierung der Gebrüder Strasser.

Dr. Joseph Goebbels (1897-1945, ein begnadeter und unermüdlicher NS-Agitator), der damals noch ein enger Mitarbeiter von Gregor Strasser ist, wechselt später vom gemäßigten NSDAP-Flügel zu den radikalen "NSDAP-Rechten" und läßt seinen 1. Förderer Gregor Strasser im Stich.

04.03.1926

Deutsches Reich: Reichskanzler Hans Luther (1879-1962, 1925/26 Reichskanzler) erklärt am 4. März 1926 vor ausländischen Journalisten in Berlin (x034/281: >>Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, den ich auf das dringendste erhoffe, ist der Schlußtermin eines bedeutungsvollen Abschnitts der bisherigen Politik und soll gleichzeitig der Grundstein sein für die Fortsetzung der deutschen Wiederaufbaupolitik mit den Mitteln der internationalen Verständigung.<<

04.04.1926

Deutsches Reich: Der deutsche Unternehmer August Thyssen (1842-1926, gründet 1867 ein Eisenwalzwerk in Duisburg, 1871 ein Band- und Stabeisenwalzwerk bei Mülheim-Ruhr und erwirbt danach diverse Maschinenfabriken, 1890 Gründung der August Thyssen-Hütte AG in Duisburg) stirbt am 4. April 1926.

Die "Deutsche Bergwerkszeitung" berichtet damals über den Tod des Großindustriellen (x034/287: >>Wohl kein deutscher Industrieller hat eine derartig umfangreiche Spanne deut-

scher Wirtschaftsgeschichte miterlebt und maßgebend mitbeeinflußt wie er. ... Die Zeit der großen Einzelpersönlichkeiten in der deutschen Industrie geht mit August Thyssen ... allmählich dahin.<<

06.04.1926

Deutsches Reich: Die Deutsche Luft-Hansa nimmt am 6. April 1926 mit 57 Flugplätzen und 110 Maschinen den innerdeutschen Flugverkehr auf (x034/287).

Nach Gründung der Deutschen Luft-Hansa entwickelt sich der deutsche Flugverkehr mit rasanter Geschwindigkeit.

19.04.1926

Deutsches Reich: Am 19. April 1926 informiert Außenminister Stresemann den deutschen Botschafter in London über die Problematik der deutsch-polnischen Grenze (x034/289, x243/31): >>... Nur ein uneingeschränkter Wiedergewinn der Souveränität über die in Rede stehenden Gebiete (der Korridor, Danzig, Oberschlesien) ... kann uns befriedigen. ...<<

>>... Eine friedliche Lösung der polnischen Grenzfrage, die unseren Forderungen wirklich gerecht wird, wird nicht zu erreichen sein, ohne daß die wirtschaftliche und finanzielle Notlage Polens den äußersten Grad erreicht und den gesamten polnischen Staatskörper in einen Zustand der Ohnmacht gebracht hat. ...<<

24.04.1926

Deutsches Reich: Angesichts der polnischen Aggressivität schließt Außenminister Stresemann mit der Sowjetunion am 24. April 1926 ein Freundschafts- und Neutralitätsabkommen (für den Fall, daß eine Partei von einem Dritten angegriffen wird) ab (x243/31): >>Art. 1. Die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR bleibt der Vertrag von Rapallo. ...

Art. 2. Sollte einer der vertragsschließenden Teile ... von einer dritten Macht ... angegriffen werden, so wird der andere vertragsschließende Teil ... Neutralität beachten.

Art. 3. Sollte ... zwischen dritten Mächten eine Koalition geschlossen werden, um gegen einen der vertragsschließenden Teile einen wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott zu verhängen, so wird sich der andere vertragsschließende Teil einer solchen Koalition nicht anschließen. ...<<

12.05.1926

Polen: Marschall Pilsudski, der einen noch größeren und stärkeren polnischen Staat anstrebt, marschiert am 12. Mai 1926 mit 15 Regimentern in Warschau ein. Nach harten Straßenkämpfen, die etwa 300 Todesopfer fordern, übernimmt Pilsudski die Regierungsgewalt und beseitigt die demokratische polnische Regierung (x178/72). Nach dem Militärputsch herrschen in Polen diktatorische Verhältnisse.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Józef Klemens Pilsudski (x051/444): >>Pilsudski, Józef Klemens, geboren in Zulowo (Litauen) 5.12.1867, gestorben in Warschau 12.5.1935, polnischer Politiker; 1887-92 wegen subversiver Tätigkeit nach Sibirien verbannt, danach Eintritt in die Sozialistische Partei Polens (PPS), 1894 deren Führer.

Pilsudski baute gegen die Russen paramilitärische Verbände auf, stellte sich mit seiner Polnischen Legion im Ersten Weltkrieg auf die Seite der Mittelmächte und wurde 1918 erster Staatspräsident des neuen Polen.

Als Marschall von Polen gelang ihm im August 20 die Abwehr der Roten Armee ("Wunder an der Weichsel"). 1923 Rückzug aus der Politik. Am 12.5.26 stürzte Pilsudski, gestützt aufs Militär und seine große Popularität, die demokratische Regierung und wurde ohne formale Ernennung zum Staatspräsidenten Diktator Polens unter Beibehaltung der parlamentarischen Formen. Durch Annäherung an die übermächtigen Nachbarn suchte Pilsudski den polnischen Staat zu stabilisieren und schloß Nichtangriffspakte mit der Sowjetunion (25.7.32) und, in Fehleinschätzung der wahren Ziele Hitlers, mit dem Deutschen Reich (26.1.34).<<

18.05.1926

Deutsches Reich: Außenminister Stresemann lehnt Konrad Adenauer am 18. Mai 1926 als Kandidaten für das Amt des Reichskanzlers ab (x034/293): >>... Adenauer ist eine schwer zu behandelnde Persönlichkeit ... ein Mann der einseitigen Orientierung ...<<

20.06.1926

Deutsches Reich: Der Volksentscheid vom 20. Juni 1926 über die Enteignung der Fürstenvermögen erreicht nicht die notwendige Mehrheit von 20 Millionen Wählerstimmen.
14.455.184 Wahlberechtigte stimmen für und 585.710 gegen die entschädigungslose Enteignung der Fürsten (x034/297).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die Enteignung der Fürstenvermögen (x051/201): >>Fürstenenteignung (Fürstenabfindung), Einbehalt der nach Ende der Monarchie (9.11.18) beschlagnahmten Vermögen der deutschen Fürstenhäuser.
Nachdem einige Länder bereits Abfindungsverträge mit ihren ehemaligen Fürsten geschlossen hatten, legte die Regierung Luther am 2.2.26 ein Gesetz zur einheitlichen Entschädigungsregelung vor. Dagegen erhob die Linke, v.a. die KPD, die Forderung nach vollständiger Fürstenenteignung, erwirkte ein Volksbegehren und erreichte 12,5 Millionen Stimmen.
Nach Ablehnung der Fürstenenteignung im Reichstag (mit den NSDAP-Stimmen) am 6.5.26 wurde ein Volksentscheid erforderlich, der am 20.6.26 mit 15,5 Millionen Stimmen aber nicht die nötige Mehrheit von 20 Millionen fand.
Trotz der hohen Popularität einer Fürstenenteignung hatte Hitler seine Partei auf der Bamberger Führertagung dagegen eingeschworen, da er den Bolschewismusvorwurf fürchtete und eine Aktionsgemeinschaft mit den marxistischen Parteien ablehnte.<<

19.08.1926

Deutsches Reich: Der D-Zug Berlin-Köln wird am 19. August 1926 zwischen Leiferde und Meinersen durch einen Attentäter zum Entgleisen gebracht. 24 Menschen verlieren Leben. Der Täter wird später in Berlin gefaßt und zum Tod verurteilt.
Im antisemitischen NSDAP-Hetzblatt "Der Stürmer" droht man den Juden bereits am 19. August 1926 mit Mord und Totschlag (x034/303):
>>... Drum, Jude, mach' dich auf.
Flieh aus den deutschen Gauen,
wenn Du willst dein Vaterland
Lebend noch erschauen!<<

08.09.1926

Schweiz: Sir Eric Drummond, der Generalsekretär des Völkerbundes, teilt der deutschen Regierung am 8. September 1926 per Telegramm mit, daß die Völkerbundsversammlung in ihrer Sitzung vom 8. September beschlossen hat, Deutschland als Mitglied des Völkerbundes aufzunehmen.

09.09.1926

Schweiz: Als die deutsche Delegation, die von Außenminister Stresemann angeführt wird, am 9. September 1926 den Sitzungssaal des Völkerbundes in Genf betritt, empfängt sie freundlicher Applaus.

10.09.1926

Schweiz: Am 10. September 1926 wird das bis dahin völlig isolierte Deutsche Reich in den Völkerbund aufgenommen und kehrt damit in die Völkergemeinschaft der Welt zurück.
Stresemann erklärt während seiner ersten Rede vor dem Völkerbund (x063/550-51): >>... Wichtiger aber als alles materielle Geschehen ist das seelische Leben der Nationen. Eine starke Gärung der Gedanken kämpft unter den Völkern der Erde. Die einen vertreten das Prinzip der nationalen Geschlossenheit und verwerfen die internationale Verständigung, weil sie das Nationalgewordene nicht durch den allgemeinen Begriff der Menschheit ersetzen wollen.

Ich bin der Meinung, daß keine Nation, die dem Völkerbund angehört, dadurch ihr nationales Eigenleben irgendwie aufgibt. Der göttliche Baumeister der Erde hat die Menschheit nicht geschaffen als ein gleichförmiges Ganzes. ... Er gab ihnen als Heiligtum ihrer Seele ihre Muttersprache, er gab ihnen als Heimat Länder verschiedener Natur.
Aber es kann nicht der Sinn einer göttlichen Weltordnung sein, daß die Menschen ihre nationalen Höchstleistungen gegeneinanderkehren und damit die allgemeine Kulturentwicklung immer wieder zurückwerfen.
Der wird der Menschheit am meisten dienen, der wurzelnd im eigenen Volke, das ihm seelisch und geistig Gegebene zur höchsten Bedeutung entwickelt und damit, über die Grenze des eigenen Volkes hinauswachsend, der gesamten Menschheit etwas zu geben vermag, wie es die Großen aller Nationen getan haben, deren Namen in der Menschheitsgeschichte niedergeschrieben sind. So verbinden sich Nation und Menschheit auf geistigem Gebiet, so können sie sich auch verbinden im politischen Streben, wenn der Wille da ist, in diesem Sinne der Gesamtentwicklung zu dienen. ...<<
Danach tritt der französische Außenminister Briand vor die Völkerbundsversammlung und hält eine mitreißende Begrüßungsrede, die mehrfach von Beifallsstürmen unterbrochen wird (x256/84, x073/119): >>... Was bedeutet nun dieser heutige Tag für Deutschland und für Frankreich?
Das will ich Ihnen sagen: es ist Schluß mit jener langen Reihe schmerzlicher und blutiger Auseinandersetzungen, die die Seiten unserer Geschichte befleckten, es ist Schluß mit dem Krieg zwischen uns, Schluß mit den langen Trauerschleiern. Keine Kriege, keine brutalen Gewaltlösungen soll es von jetzt ab mehr geben.
Ich weiß, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen unseren Ländern auch heute noch bestehen, aber in Zukunft werden wir sie genau so wie die Einzelperson vor dem Richterstuhl in Ordnung bringen. ...<<
>>... Das Zeichen des heutigen Tages ist der Friede für Deutschland und für Frankreich. Das will heißen: zu Ende ist die Reihe der schmerzlichen und blutigen Zusammenstöße, von denen alle Blätter der Geschichte künden. Zu Ende ist der Krieg zwischen uns! Vorüber sind die schweren Wolken der Trauer! ...
Fort mit den Gewehren! Fort mit den Maschinengewehren! Fort mit den Kanonen! Platz für die Versöhnung, für das Schiedsgericht und für den Frieden! ...
Ihnen aber, meine Herren Vertreter Deutschlands, möchte ich nur noch eines sagen: Was Heldentum und Kraft anbetrifft, brauchen sich unsere Völker keine Beweise mehr zu liefern. Auf den Schlachtfeldern der Geschichte haben beide eine reiche und ruhmvolle Ernte gehalten. Sie können sich von jetzt an um andere Erfolge auf anderen Gebieten bemühen.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Aristide Briand (x051/90): >>Briand, Aristide, geboren in Nantes 28.3.1862, gestorben in Paris 7.3.1932, französischer Politiker; Journalist und Jurist; zunächst Sozialist, nach 1910 gemäßigter Sozialrepublikaner.
Briand war von 1906-32 zehnmal Ministerpräsident bzw. Außenminister und leitete zehn Jahre lang das Außenministerium, wobei v.a. die ununterbrochene Amtszeit von 1925-32 bedeutsam wurde.
Zusammen mit Stresemann leitete Briand die Politik der deutsch-französischen Verständigung durch den Locarnopakt ein und erhielt dafür mit Stresemann zusammen den Friedensnobelpreis für 1926. Im eigenen Land sah er sich dagegen zunehmend Angriffen als "Lakai Deutschlands" ausgesetzt und konnte seinen Abrüstungskurs nicht durchsetzen.
Sein Europamemorandum vom Mai 30 wurde nach 1945 in der europäischen Einigung wieder aufgegriffen.<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schreibt später über die "Locarnopolitik" des Jahres 1926 (x063/551-552): >>... Der Geist von Locarno (bedeutete) eine große

Hoffnung, damals, und wiederum für eine zukünftige Zeit.
In neuer Form wurde das Erbe abendländischer Kultur aufgenommen. Ein brüderlicher Geist überwand den Völkerhaß, und bei der Jugend Europas erwachte das Bewußtsein, daß die Kriege des Abendlandes ein Ende finden müssen. Dem Geschlechte, das die Luft jener Frühlingstage atmen durfte, bleibt die Erinnerung als unverlöschliche Verheißung, daß die Geschichte nicht altert. Immer von neuem weiß sie die Geister und Führer zu finden für den Fortgang ihres großen Plans.
Zum erstenmal seit dem Waffenstillstand hatte sich Deutschland mit den anderen Mächten in Gleichheit zusammengefunden, wenn auch noch viele Fragen unerledigt blieben. Die Last der Reparationen war hart, und Deutschlands einseitige Entwaffnung war mit dem neuen Abkommen unvereinbar. Trotz starken französischen Druckes hat Stresemann es abgelehnt, ein "Ostlocarno" mit Polen zu schließen. Die Republik dachte nicht an Krieg, aber keine deutsche Regierung konnte die ungerechte Grenzziehung von Versailles freiwillig anerkennen. Der Weg für einen friedlichen Ausgleich durfte nicht versperrt werden. ...
Mit der Locarnopolitik und der europäischen Befriedung kehrte ein gewisses Maß von Wohlstand in Deutschland zurück. Die Republik erlangte sowohl durch fortschrittliche Gesetzgebung wie durch geistige, wissenschaftliche und künstlerische Leistungen einen neuen Rang in der Welt. Die deutschen Schulen und Universitäten zogen ausländische Schüler und Studenten an. Unablässig war die Republik bemüht, die Volksbildung zu heben.<<

31.10.1926

Deutsches Reich: Die "Deutsche Bergwerkszeitung" erinnert am 31. Oktober 1926 an den 2. Weltspartag (x034/313): >>Sparet! Besinnet euch wieder auf die ungeheure Wichtigkeit, die die Spartätigkeit für den einzelnen wie für die gesamte Volkswirtschaft hat!<<

03.11.1926

Deutsches Reich: Ein SA-Führer berichtet am 3. November 1926 (x243/33-34): >>Die einzige Form in der sich die SA an die Öffentlichkeit wendet, ist das geschlossene Auftreten. Dieses ist zugleich eine der stärksten Propagandaformen. Der Anblick einer starken Zahl innerlich und äußerlich gleichmäßiger, disziplinierter Männer, deren restloser Kampfwille unzweideutig zu sehen ... ist, macht auf jeden Deutschen den tiefsten Eindruck und spricht zu seinem Herzen eine überzeugendere und mitreißendere Sprache als Schrift und Rede und Logik je vermag.
Ruhiges Gefaßtsein ... unterstreicht den Eindruck der Kraft ... der marschierenden Kolonnen und der ... Sache. Die innere Kraft der Sache läßt den Deutschen gefühlsmäßig auf deren Richtigkeit schließen. ... Wo ganze Scharen planmäßig ... Leib, Leben, Existenz für eine Sache einsetzen, da muß die Sache groß und wahr sein. ...
Der SA-Mann ist der heilige Freiheitskämpfer. ... (Die SA) kennt keine Konzessionen. Sie geht aufs Ganze. Sie kennt nur das Motto: ... du oder ich! ...<<

16.11.1926

Deutsches Reich: Joseph Goebbels gründet am 16. November 1926 in Berlin mit 300 Mitgliedern die erste NSDAP-Ortsgruppe.
Hitler, der Goebbels geschickt an sich ziehen kann, ernennt den berüchtigten "hinkenden, kleinen Doktor", der bereits ein erfolgreicher NS-Demagoge bzw. Volksaufwiegler ist, im Herbst 1926 "zur Belohnung" zum Gauleiter von Berlin. Obgleich Gauleiter Goebbels nur von 300 NSDAP-Mitgliedern unterstützt wird, kann Hitlers bester Agitator in Berlin tatsächlich Fuß fassen und die "rote Reichshauptstadt" schließlich nach jahrelangen Kämpfen erobern. In diesen schwierigen Jahren zeichnet sich Goebbels (ein schmächtiger Mann, mit einem unverhältnismäßig großen Kopf) als mitreißender, furchtloser Redner aus, der auch in kommunistischen Arbeitervierteln NS-Hetzreden hält.
Für den ehemaligen Hitler-Gegner Dr. Goebbels, der wegen eines verkrüppelten Fußes weh-

runtauglich ist, geht es an Hitlers Seite nur noch um ein Lebensziel, die Vernichtung der Weimarer Republik.
Der deutsche Historiker Harald Steffahn schreibt später über Joseph Goebbels in den Jahren 1897-1930 (x051/218-219): >>Goebbels, Joseph, geboren in Rheydt 29.10.1897, gestorben in Berlin: 1.5.1945, deutscher Politiker.
Der Sohn eines Buchhalters einer kleinen Dochtfabrik kam aus streng katholischem Elternhaus, sollte daher Priester werden. Doch Goebbels entschied sich für ein Studium der Philosophie und Literatur. Er sah seine Zukunft eher auf literarischem Gebiet. 1921 promovierte der junge Goebbels, der durch einen Krüppelfuß behindert war und daher nicht am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatte, über das romantische Drama.
In dem schmächtigen Körper mit dem unverhältnismäßig großen Kopf steckten der Wille und Ehrgeiz des vom Leben sichtbar Zurückgesetzten - eine Daseinsminderung, die sich auch in zahlreichen Liebesaffären Ersatz suchte. Der kleine, hinkende Mann war bei Frauen ungewöhnlich erfolgreich, begabt mit dem Charme tiefdunkler Augen, mit Geist und Temperament. Doch gab es ungeachtet dieser Siege Niederlagen anderer Art, die seinem Leben die endgültige Richtung wiesen.
Der literarische Ehrgeiz wurde nicht befriedigt. Die Zeitungen schickten seine Beiträge zurück, die Verlage seine Romane und Dramen. Insbesondere seine drängenden Bewerbungen beim liberalen "Berliner Tageblatt" unter Chefredakteur Th. Wolff wurden abgewiesen. Mutmaßlich ist Goebbels' Entwicklung zum fanatischen Antisemiten und Verächter alles Bürgerlichen maßgeblich auf diese Kränkungen seines Ichs zurückzuführen.
Die mangelnden belletristischen Qualitäten des Schöngeistes Goebbels lassen die Absagen verständlich erscheinen. Er schrieb schwülstig und verstiegen und zeigt sich in seinen Tagebüchern der 20er Jahre in der unstabilen Seelenlage eines Backfisches, fortwährend in Extremen schwankend, "emotionale Wechselbäder" (Heiber) erlebend.
Merkwürdig, daß die sentimentalen Ergüsse sich mit der schneidenden Schärfe und Präzision des politischen Redners und Redakteurs vertrugen, als welcher Goebbels seit 1924 im völkischen Lager auftrat - von Anbeginn mit Erfolg.
Hier fand er Ersatz an Anerkennung und Lob, die ihm als Belletrist versagt blieben. Heiber spricht von "hochintellektueller Glasur über pubertärer Gefühlswelt". Politisch stand Goebbels dem "linken" Nationalsozialisten G. Strasser nahe, wurde Gaugeschäftsführer in Rheinland-Nord (Sitz Elberfeld) und redigierte die "Nationalsozialistischen Briefe". Während der Rivalitäten zwischen Hitler und dem Strasser-Flügel hielt er zum letzteren, bis Hitler diesen Kurs 1926 auf der Bamberger Führertagung rhetorisch niederwalzte.
Hitler erkannte Goebbels' Begabung und zog ihn geschickt an sich. Bald beugte sich Goebbels "dem Größeren, dem politischen Genie", wie er seinem Tagebuch anvertraute und hinzufügte: "Hitler, ich liebe dich, weil du groß und einfach zugleich bist."
Diese Bindung hörte erst mit dem fast gemeinsamen Tod auf. Goebbels, als Redner gleichrangig, mit starker Ausstrahlung, aber ohne Charisma, wußte instinktiv, daß er nur Diener, Rufer, Propagandist eines Ersten sein konnte, nie selber Erster. In diesem Sinn hat er Hitlers Aufstieg und Herrschaft demagogisch unterstützt und gefestigt bis ganz zuletzt.
Eine für beide Seiten folgenreiche Entscheidung war, daß Hitler seinen besten Agitator im Herbst 26 ins "rote" Berlin schickte, um die NSDAP auf dem schwierigsten Pflaster Deutschlands voranzubringen. Tatsächlich eroberte Goebbels Berlin für den Nationalsozialismus. Die Reichshauptstadt blieb 18 Jahre lang sein vorrangiges Aktionsfeld.
Der Haß der Kommunisten auf den Gauleiter war nicht ohne Respekt, denn Goebbels war furchtlos, hielt seine Hetzreden mitten in den Arbeitervierteln und stand in der Saalschlacht ungerührt auf dem Podium. Seine brutal dreinschlagenden SA-Leute blieben fast immer als Sieger am Platz. Kamen eigene Kampfgenossen ums Leben, so veranstaltete Goebbels für die

"Blutzeugen" Trauerspektakel im Stil von Staatsbegräbnissen (z.B. H. Wessel). So hielt er das politische Berlin in Atem und sammelte Anhang.
Nebenbei redigierte Goebbels die Zeitung "Der Angriff" und amtierte seit 1930 als Reichspropagandaleiter der NSDAP. Der arbeitsüberhäufte Demagoge war außerdem auch MdR seiner Partei. ...<<

17.12.1926

Litauen: Die rechtsnationale Partei Tantininkai führt am 17. Dezember 1926 einen militärischen Staatsstreich in Litauen durch und beendet die demokratische Entwicklung des Landes. Staatspräsident Antanas Smetona errichtet danach eine autoritäre Herrschaft nach dem Vorbild des italienischen Faschismus.

1926

Deutsches Reich: Im Deutschen Reich wird 1926 der Volkstrauertag (Gedenktag für die gefallenen deutschen Soldaten des Ersten Weltkrieges) eingeführt.
Im Jahre 1926 wird ein "Verein zur Vorbereitung der Autobahnstraße Hamburg-Frankfurt-Basel" (HAFRABA) gegründet.
Dr. Horst Heidtmann schreibt später über Planung und Bau der "Autobahn" (x051/54): >>Autobahn, kreuzungsfreie Straße, die ausschließlich dem Autoverkehr vorbehalten sein sollte, anfänglich auch "Nurautostraße", "Kraftfahrtbahn" ...
Erste autobahnähnliche Straße war die 1921 fertige, 8,9 km lange Avus bei Berlin (1912 geplant von der Automobil-Verkehrs- und Uebungs-Straße GmbH), 1932 wurde dann die 20 km lange "Kraftwagenstraße" zwischen Köln und Bonn freigegeben.
Die in den 20er Jahren wachsende Automobilisierung schuf Bedürfnisse nach Fernverkehrsstraßen, die "große Geschwindigkeiten bei erhöhter Sicherheit" ermöglichen sollten, die aus verkehrstechnischen und wirtschaftlichen Gründen damals eigentlich nicht erforderlich waren. Die Vorarbeiten zum Autobahnbau leisteten zunächst (halb-) private Initiativen wie die 1924 gegründete Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau (STUFA) oder der 1926 entstandene Verein zur Vorbereitung der Autostraße Hamburg – Frankfurt – Basel (HAFRABA), der als ersten Ausbauabschnitt die Strecke Frankfurt – Mannheim – Heidelberg plante. ...<<
Ein Arbeiter berichtet im Jahre 1926 über die Fließbandarbeit in einer Ford-Autofabrik im Deutschen Reich (x149/57-58): >>Für die Arbeiter ist die Hauptsache das Mitkommen. Das Arbeitsstück fließt weiter, schneckengleich langsam zwar – aber es fließt! Die Verzögerung des einen bringt den ganzen Betrieb in Unordnung, lenkt sofort die Aufmerksamkeit aller Kollegen und Vorgesetzten auf den "Bummler".
Kommt ein Arbeiter an einer Stelle nicht recht mit, wird er stillschweigend an eine andere versetzt. Versagt er dort auch, fliegt er ohne jede Förmlichkeit. Das weiß auch jeder. ...
Anfänger erhalten ohne Rücksicht darauf, ob sie was gelernt haben, pro Tag 13 Mark. Nach der "Anlernung" oder richtiger gesagt Abrichtung, gibt es 15 Mark. ... Der Höchstlohn beträgt 20 Mark pro Tag! Dies ist die Summe, die zahlreiche Akkordarbeiter der Berliner Metallindustrie für die ganze Woche erhalten. ...<<
Prof. Dr. Werner Stein berichtet in seinem Buch "Fahrplan der Weltgeschichte" im Jahre 1926 (x074/1.073): >>Handwerk in Deutschland vertreten durch Reichsverband des deutschen Handwerks (1919) mit 67 Handwerks- und Gewerbekammern, 59 Innungs- und Fachverbänden, 6 Fachverbands-Kartellen und anderen Organisationen (Handwerk steht teilweise im harten Konkurrenzkampf zur Industrie).<<
Im Jahre 1926 beträgt der Branntweinkonsum der Deutschen 1,35 l pro Kopf (1905 = 3,8 l).
Der deutsche Lehrer und Komponist Hermann Grote (1885-1971) verfaßt um 1926 den Text des "Niedersachsenliedes ..." (x846/...):
>>1. Von der Weser bis zur Elbe,
Von dem Harz bis an das Meer

Stehen Niedersachsens Söhne,
Eine feste Burg und Wehr
Fest wie unsre Eichen
Halten allezeit wir stand,
Wenn Stürme brausen
Übers deutsche Vaterland.
Wir sind die Niedersachsen,
Sturmfest und erdverwachsen,
Heil, Herzog Wittekinds Stamm.

2. Wo fiel'n die römischen Schergen?
Wo versank die welsche Brut?
In Niedersachsens Bergen,
An Niedersachsens Wut
Wer warf den römischen Adler
Nieder in den Sand?
Wer hielt Freiheit hoch
Im deutschen Vaterland?
Wir sind die Niedersachsen,
Sturmfest und erdverwachsen,
Heil, Herzog Wittekinds Stamm.

3. Auf blühend roter Heide
Starben einst vieltausend Mann
Für Niedersachsens Treue
Traf sie des Franken Bann.
Viel tausend Brüder fielen
Von des Henkers Hand.
Viele tausend Brüder
Für ihr Niedersachsenland.
Wir sind die Niedersachsen,
Sturmfest und erdverwachsen,
Heil, Herzog Wittekinds Stamm.

4. Aus der Väter Blut und Wunden
Wächst der Söhne Heldenmut.
Niedersachsen soll's bekunden:
Für die Freiheit Gut und Blut.
Fest wie unsre Eichen halten
Allezeit wir stand,
Wenn Stürme brausen
Übers deutsche Vaterland.
Wir sind die Niedersachsen,
Sturmfest und erdverwachsen,
Heil, Herzog Wittekinds Stamm.<<

CSR: Die sudetendeutschen Parteien beteiligen sich im Jahre 1926 an den CSR-Koalitionen und bekunden damit nachweislich ihren Willen zur Zusammenarbeit (x020/32).
Nach der Einführung von neuen tschechischen Sprachverordnungen verlieren im Jahre 1926 rund 33.000 sudetendeutsche Beamte ihren Arbeitsplatz (x184/19).

Spanien, Marokko: Franco wird im Jahre 1926 zum jüngsten General einer europäischen Armee ernannt.
General Rivera besiegt mit französischer Unterstützung im Jahre 1926 die Rifkabylen und beendet den Krieg in Marokko.

1927

> Es reden und träumen die Menschen viel von besseren künftigen Tagen; nach einem glücklichen, goldenen Ziel sieht man sie rennen und jagen.
> *Friedrich von Schiller (1759-1805, deutscher Dichter)*

01.01.1927

Deutsches Reich: Am 1. Januar 1927 sind im Deutschen Reich 1.968.334 Menschen arbeitslos (x034/321).

09.01.1927

Deutsches Reich: Hitler schreibt am 9. Januar 1927 das Vorwort für das Mitgliedsbuch der NSDAP (x034/321): >>Parteigenosse, vergiß niemals und an keiner Stelle, daß Du Vertreter und Repräsentant der nationalsozialistischen Bewegung, ja unserer Weltanschauung bist! ... Wenn Du für die nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei kämpfst, so kämpfst Du damit für Dein Volk.<<

14.01.1927

Deutsches Reich: Die "Deutsche Bergwerkszeitung' kritisiert am 14. Januar 1927 die geforderte Einführung einer 5-Tage-Woche (x034/322): >>... Sie würde die Vergnügungswut, die schon groß ist, ins Ungemessene steigern. Sie wäre ein Hindernis für alle Arbeitslustigen, welche vorwärts kommen wollen.<<

05.03.1927

Deutsches Reich: Da Hitler nicht nur ein beliebter Redner, sondern auch ein blendender Schauspieler ist, wird Hitlers Redeverbot am 5. März 1927 in der bayerischen Provinz vorzeitig aufgehoben. Hitler spielt danach die Rolle des "Legalen" und versöhnt sich mit der bayerischen Regierung. Der NSDAP-Führer wird immer noch sträflich unterschätzt, denn man glaubt irrtümlich, daß man "die Bestie" gezähmt hat.

09.03.1927

Deutsches Reich: Die Münchener Polizeidirektion berichtet über die öffentliche NSDAP-Veranstaltung im Zirkus Krone am 9. März 1927 (x034/329, x105/197): >>... Die meisten (Zuhörer) gehören den untersten Erwerbsschichten an. ... <<
>>... Vom Eingang her brausen Heilrufe, Braunhemden marschieren herein, die Musik spielt, der Zirkus spendet lärmenden Jubel. Hitler erscheint im braunen Regenmantel, geht rasch in Begleitung seiner Getreuen durch den ganzen Zirkus bis hinauf zur Bühne. Die Leute gebärden sich froh erregt und winken, rufen andauernd Heil, stehen auf den Bänken, Getrampel donnert. Dann ein Posaunenstoß, wie im Theater. Plötzliche Stille. Unter der tosenden Begrüßung der Zuschauer marschieren nun Braunhemden in Reih und Glied herein, voran zwei Reihen Trommler, dann die Fahne.
Die Leute grüßen nach Faschistenart mit ausgestrecktem Arm. Das Publikum jubelt ihnen zu. Auf der Bühne hat Hitler in gleicher Weise den Arm zum Gruß gestreckt. Die Musik rauscht. Fahnen ziehen vorüber, blitzende Standarten mit Hakenkreuzen. Es mögen ungefähr 200 Mann vorbeidefilieren. Sie füllen die Manege und stellen sich darin auf, während die Fahnen- und Standartenträger die Bühne bevölkern.
Hitler tritt rasch in den Vordergrund der Bühne. Er spricht frei, zunächst mit langsamer Betonung, später überstürzen sich die Worte. Er gestikuliert mit den Armen und Händen, springt erregt hin und her und sucht das aufmerksam ihm lauschende, tausendköpfige Publikum stets zu faszinieren. Wenn der Beifall ihn unterbricht, streckt er theatralisch die Hände aus. ...<<

Ein Zeitzeuge berichtet später, wie Hitler damals sein Publikum begeistert und fesselt (x105/-197-198): >>... Augenblicklich waren meine kritischen Fähigkeiten ausgeschaltet. ...
Ich weiß nicht, wie ich die Gefühle beschreiben soll, die mich überkamen, als ich diesen Mann hörte. Seine Worte waren wie Peitschenschläge. Wenn er von der Schande Deutschlands sprach, fühlte ich mich imstande, jeden Gegner anzuspringen. Sein Appell an die deutsche Mannesehre war wie ein Ruf zu den Waffen, die Lehre, die er predigte, eine Offenbarung. Er erschien mir wie ein zweiter Luther. Ich vergaß alles über diesem Mann.
Als ich mich umschaute, sah ich, daß seine Suggestivkraft die Tausende in Bann hielt wie einen Einzigen. Natürlich war ich reif für dieses Erlebnis. Ich war ein Mann von 32, der Enttäuschungen und des Unbehagens müde, auf der Suche nach einem Lebensinhalt; ein Patriot, der kein Betätigungsfeld fand, der sich für das Heldische begeisterte, aber keinen Helden fand. Die Willenskraft dieses Mannes, die Leidenschaft seiner ehrlichen Überzeugung schienen auf mich überzuströmen. Ich hatte ein Erlebnis, das sich nur mit einer religiösen Bekehrung vergleichen ließ.<<

15.05.1927

Polen: In Rybnik ereignen sich am 15. Mai 1927 pogromähnliche Ausschreitungen gegen Volksdeutsche (x025/43).

18.06.1927

Deutsches Reich: Die Reichsminister Heinrich Hirtsiefer (1876-1941) und Wilhelm Koch (1877-1950) eröffnen am 18. Juni 1927 den Nürburgring (Automobil- und Motorradrennstrecke, bei Adenau in der Eifel).
Der ADAC berichtet damals in einer Presseerklärung (x034/340): >>Der ADAC ist stolz darauf, als erster deutscher Sportverband auf dieser großartigen Renn- und Prüfungsstrecke eine Veranstaltung durchgeführt zu haben, die nicht nur den deutschen, sondern auch den ausländischen Zuschauern gezeigt hat, wie hoch sich auch in Deutschland der Straßenbau entwickelt hat. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt den Bemühungen der Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau zu verdanken.<<
Schweiz: Der deutsche Außenminister Stresemann und der britische Außenminister Chamberlain verhandeln am 18. Juni 1927 in Genf über eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes.

10.07.1927

Deutsches Reich: Goebbels berichtet am 10. Juli 1927 während des Brandenburger NSDAP-Gautages über die NS-Propagandamethoden (x034/342): >>... Eins aber haben sie schon jetzt doch erreicht, daß jeder Junge in Berlin die NSDAP kennt. ... Eine Bewegung, die einen alten Staat zertrümmern will, kann nicht auf Filzpantoffeln gehen. ...<<

16.07.1927

Deutsches Reich: Die "Vossische Zeitung" kommentiert am 16. Juli 1927 den Entwurf eines neuen Reichsschulgesetzes (x034/340): >>... Erst in ein, in zwei Generationen wird man an den Früchten, d.h. an dem Allgemeinzustand des öffentlichen und privaten Lebens der Deutschen von 1960 erkennen, welche Arbeit das deutsche Parlament im Jahre 1927 geleistet hat.<<

Juli 1927

Großbritannien: Die britische Regierung bricht im Juli 1927 alle diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion ab, als sowjetische Spionage- und Zersetzungstätigkeiten in Londoner Handelsvertretungen aufgedeckt werden (x125/171).

01.08.1927

UdSSR: Stalin droht am 1. August 1927 während einer Rede vor dem "Vereinigten Plenum des ZK der KPdSU" allen innenpolitischen Gegnern (x125/172): >>Genossen!
Wir stehen vor 2 Gefahren: Der Kriegsgefahr, die zu einer Kriegsdrohung geworden ist, und der Gefahr der Entartung einiger Glieder unserer Partei. Zur Vorbereitung der Verteidigung

schreitend, müssen wir eine eiserne Disziplin in unserer Partei schaffen. Ohne diese Disziplin ist eine Verteidigung unmöglich.
Wir müssen die Parteidisziplin festigen, wir müssen all denen den Zaum anlegen, die unsere Partei desorganisieren. Wir müssen all denen einen Zaum anlegen, die unsere Bruderparteien im Westen und im Osten spalten. (Beifall)
Wir müssen all denen den Zaum anlegen, die unsere Bruderparteien im Westen spalten und dabei von solchen abgefeimten Gaunern wie Souvarine, Ruth Fischer, Maslow, dem Wirrkopf Treint unterstützt werden.
Nur so, nur auf diese Weise können wir dem Krieg wohlgerüstet begegnen, wobei wir gleichzeitig bemüht sind, durch gewisse materielle Opfer, die wir auf uns nehmen, den Krieg hinauszuzögern, Zeit zu gewinnen, uns vom Kapitalismus loszukaufen.
Das müssen wir tun und das werden wir tun.
Die zweite Gefahr ist die Gefahr der Entartung. Woher droht sie? Von dort! (Zeigt auf die Opposition) Diese Gefahr muß liquidiert werden! (Anhaltender Beifall) ...<<

14.09.1927

Schweiz: Die deutsche Reichsregierung beschwert sich am 14. September 1927 beim Völkerbund über die polnische Mißachtung der zugesagten Schulrechte in Oberschlesien (x034/347).

18.09.1927

Deutsches Reich: Während der sogenannten "Tannenbergfeier" erklärt Reichspräsident von Hindenburg am 18. September 1927 zur Kriegsschuld der Deutschen (x034/348): >>... Die Anklage, daß Deutschland schuld sei, an diesem größten aller Kriege, weisen wir, weist das deutsche Volk ... in allen seinen Schichten einmütig zurück. ... Der Krieg war für uns vielmehr das äußerste ... Mittel der Selbstbehauptung einer Welt von Feinden gegenüber.<<

24.10.1927

Deutsches Reich: Am 24. Oktober 1927 wird in Berlin die Preußische Elektrizitäts AG gegründet (Gesetz über die Zusammenfassung der elektrowirtschaftlichen Unternehmen und Beteiligungen des preußischen Staates). Zur Preußischen Elektrizitäts AG (Preag) gehören damals z.B. das Großkraftwerk Hannover AG, das Preußische Kraftwerk Oberweser AG und das Großkraftwerk Main-Weser.

05.11.1927

UdSSR: Stalin verteidigt am 5. November 1927 während eines Treffens mit ausländischen Arbeiterdelegationen den Einsatz der sowjetischen Geheimpolizei (x245/176): >>... Die GPU oder Tscheka ist ein Straforgan der Sowjetmacht. Dieses Organ ist dem Sicherheitsausschuß mehr oder weniger analog (ähnlich), der während der Großen Französischen Revolution geschaffen wurde. ... Es stellt eine Art politischen Kriegstribunals dar, das zum Schutze der Interessen der Revolution gegen Anschläge seitens konterrevolutionärer Bourgeois und ihrer Agenten geschaffen wurde. ..
Man predigt großmögliche Milde, man gibt den Rat, die GPU abzuschaffen. ... Kann man aber dafür bürgen, daß nach der Abschaffung der GPU die Kapitalisten aller Länder aufhören werden, konterrevolutionäre Gruppen von Verschwörern, Terroristen, Diversanten, Brandstiftern, Bombenattentätern zu organisieren und zu finanzieren? ...
Wir sind ein Land, das von kapitalistischen Staaten umringt ist. Die inneren Feinde unserer Revolution sind eine Agentur der Kapitalisten aller Länder. ... Indem wir gegen die inneren Feinde kämpfen, führen wir folglich den Kampf gegen die konterrevolutionären Elemente aller Länder. ...
Nein, Genossen, wir wollen nicht die Fehler der Pariser Kommunarden wiederholen. Die Revolution braucht die GPU, und die GPU wird bei uns weiterbestehen zum Schecken der Feinde des Proletariats. ...<<

14.11.1927

UdSSR: Stalin läßt am 14. November 1927 seine größten Widersacher Leo Trotzki, Grigori J. Sinowjew und Lew B. Kamenew aus der Partei ausschließen und nach Kasachstan verbannen oder nach Sibirien deportieren (x175/241-242).

01.12.1927

USA: Das "Grand Council Fire of American Indians" übergibt dem Bürgermeister von Chicago am 1. Dezember 1927 eine Resolution (x181/2.44): >>Eure Geschichtsbücher lehren die Kinder, daß wir Indianer Mörder waren - ist man ein Mörder, wenn man sein Leben verteidigt?

Wir töteten die Weißen, weil sie uns das Land wegnahmen, unsere Jagdgebiete zerstörten, unsere Wälder niederbrannten, den Büffel ausrotteten, von dem wir lebten.

Die Weißen pferchten uns zuerst in Reservationen, dann nahmen sie uns auch diese weg. Weiße Männer, die ihr Eigentum verteidigten, nennt ihr Patrioten - Indianer, die dasselbe tun, nennt ihr Mörder

Die Weißen nannten uns Diebe – uns, die wir in einfachen Zelten aus Tierhäuten lebten und weder Schlösser noch Riegel brauchten.

Ihr nennt uns Wilde. Aber was ist Zivilisation? Ihre Kennzeichen sind eine hochstehende Religion und Lebenssicht, eigenständige Kunst und Musik, ein reicher Schatz an Geschichten und Legenden.

Das alles hatten wir. Wir sangen Lieder, in deren Melodien die Natur zu uns sprach – das Rauschen des Wassers, die Stimme des Windes, die Rufe der Tiere.

Lehrt eure Kinder diese Lieder, damit sie die Natur so lieben lernen wie wir. Sagt ihnen, daß wir alles, was schön war, liebten und schätzten. Das wir nie zum Vergnügen jagten, sondern einzig um unseren Hunger zu stillen. ...<<

1927

Deutsches Reich: Der Unternehmer und Politiker Alfred Hugenberg erwirbt im Jahre 1927 die Filmgesellschaft "Ufa" und gliedert sie in seinen großen Medien- und Meinungskonzern ein.

Der Unternehmer Alfred Hugenberg (1865-1951, 1928 Vorsitzender der DNVP, 1931-33 Führer der Harzburger Front) errichtet während der 20er Jahre den größten Medien- und Meinungskonzern des Deutschen Reiches. In seinen vielen Zeitungen bekämpft Hugenberg vor allem Stresemanns Außenpolitik. Hugenberg zählt damals zu den wichtigsten bürgerlichen Gegnern der Weimarer Republik.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Alfred Hugenberg (x051/273): >>Hugenberg, Alfred, geboren in Hannover 19.6.1865, gestorben in Kükenbruch bei Rinteln 12.3.1951, deutscher Politiker; 1909-18 Vorstandsvorsitzender der Kruppwerke in Essen.

Während des Weltkrieges engagierte sich Hugenberg im Pressewesen, kaufte bis Anfang der 20er Jahre, begünstigt durch die Inflation, zahlreiche Provinzblätter, auch größere Zeitungsverlage wie Scherl, auf, erwarb Nachrichtenagenturen und die Ufa und baute so den größten Medien- und Meinungskonzern Deutschlands auf.

Politisch gehörte Hugenberg 1890 zu den Gründern des Alldeutschen Verbandes, ging 1919 für die DNVP in die Nationalversammlung, war seit 1920 MdR und gewann als Vertreter des rechten Flügels an Einfluß in der Partei, so daß er 1928 Vorsitzender wurde. Hugenberg bekämpfte publizistisch und politisch die Republik, Sozialisten und Pazifisten. Zusammen mit dem Stahlhelm und den Nationalsozialisten bildete er eine nationale Sammlungsbewegung, die 1931 unter der Bezeichnung Harzburger Front auftrat.

In der Illusion, Hitler für eigene politische Interessen einspannen zu können, setzte er zu dessen Unterstützung den Propagandaapparat seines Presse- und Nachrichtenkonzerns ein, gewann ihm Unterstützung in der Industrie und im Großbürgertum und wurde zu einem der

wichtigsten bürgerlichen Wegbereiter der Machtergreifung.
Nach den Märzwahlen 33 noch als Mehrheitsbeschafferin benötigt, verlor die DNVP nach dem Ermächtigungsgesetz allen Einfluß. Ihr Vorsitzender Hugenberg, im 1. Kabinett Hitler Minister für Wirtschaft und Ernährung, geriet zusehends in die Isolation und wurde am 27.6.33 zum Rücktritt gezwungen, gleichzeitig erfolgte auch die Auflösung seiner Partei.
Sein Reichstagsmandat behielt Hugenberg als "Gast der NSDAP" bis 1945. Noch vor Kriegsausbruch wurde er zum Verkauf wichtiger Teile seines Pressekonzerns gezwungen (1937 Ufa, 1944 Scherl-Verlag), bekam jedoch dafür umfangreiche Anteile an der deutschen Schwerindustrie.
Nach dem Krieg mußte Hugenberg zwar in ein britisches Internierungslager, wurde aber nach mehreren Verfahren 1951 als "Entlasteter" eingestuft.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Universum-Film-Aktiengesellschaft" (x051/593-594): >>Universum-Film-Aktiengesellschaft, (Ufa), deutsches Filmunternehmen, am 18.12.1917 gegründet auf Initiative der Obersten Heeresleitung, insbesondere Ludendorffs, der im Ersten Weltkrieg den Film als Propagandamittel nutzen wollte.
Mit z.T. staatlichen Mitteln wurden Filmproduktionsfirmen und -theater aufgekauft und zur Universum-Film-Aktiengesellschaft zusammengeschlossen, die nach dem Krieg ganz im Besitz der Deutschen Bank war und mit historischen Ausstattungsfilmen (u.a. "Madame Dubarry", 1919), aber auch künstlerisch bedeutenden Werken (u.a. "Das Kabinett des Dr. Caligari", 1919/20) zum wichtigsten deutschen Filmkonzern wurde.
Die Universum-Film-Aktiengesellschaft expandierte zügig, konnte sich aber auch durch immer aufwendigere Produktionen (u.a. "Metropolis", 1927) nicht gegen die Konkurrenz der amerikanischen Filmindustrie behaupten; nach Millionenverlusten kaufte Hugenberg 1927 die Universum-Film-Aktiengesellschaft und gliederte sie seinem Pressekonzern an. Das Ufa-Programm wurde zunehmend nationalistisch ausgerichtet, neben volkstümlichen Lustspielen und Operettenfilmen entstand eine Reihe von Kriegsfilmen, die sich der nationalsozialistischen Weltanschauung annäherten (u.a. "Die letzte Kompanie", 1930).
Durch die "Säuberung der Filmkunst und Filmwirtschaft von rasse- und wesensfremden Elementen" war die Universum-Film-Aktiengesellschaft nach 1933 ohnehin in den nationalsozialistischen Propagandaapparat eingegliedert, da Goebbels jedoch die vollständige Zentralisierung der deutschen Filmwirtschaft anstrebte, ließ er 1936/37 (zunächst anonym) Ufa-Aktien aufkaufen, 1937 die großen deutschen Filmfirmen verstaatlichen und schloß schließlich 1938 Einzelfirmen in der Dachgesellschaft Ufa-Film GmbH (Ufi) zusammen, die die gesamte Filmproduktion des Dritten Reiches sowie die meisten Filmtheater kontrollierte.
Nach dem Zweiten Weltkrieg mußte auf Veranlassung der Siegermächte das deutsche Filmmonopol entflochten werden; in der DDR übernahm die 1946 gegründete DEFA die Einrichtungen der Ufi, in der BRD wurden 1955 die Ufa-Theater AG und 1956 die Universum-Film AG (als Produktionsfirma) neu gegründet. Sie konnten jedoch nicht mehr an die Vorkriegserfolge des deutschen Films anknüpfen und gingen 1964 in den Besitz der Bertelsmann-Gruppe über ...<<
Die "Cap Arcona" erwirbt im Jahre 1927 die internationale Auszeichnung "Das schönste Schiff auf allen Meeren".
Polen: In den Jahren 1927-28 werden unentwegt Abgeordnete der Opposition verhaftet und die polnische Verwaltung von Regimegegnern gesäubert (x064/130).
UdSSR: Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrirte Zeitung" berichtet im Jahre 1927 über das 10jährige Jubiläum der Sowjet-Republik (x269/258-262): >>... Am 7. November sind es zehn Jahre, daß nach blutigen Kämpfen in Petersburg und anderen Städten Rußlands die Regierung der Sowjets aufgerichtet wurde. Wenige Menschen in Europa hätten damals Lenin und seinen Freunden, den neuen Machthabern, (eine) so lange Fortdauer ihres Werkes vorausgesagt. ...

Was hat diese Regierung dem russischen Land und Volk in den zehn Jahren ihres Bestehens gebracht, was hat sie genommen? ... Verloren ging Finnland, verloren ging Polen! Verloren waren die Randstaaten Estland, Lettland und Litauen, die wirtschaftlich auf Rußland angewiesen sind, ebenso wie Rußland sie zum Zugang zum Meer brauchte. Und als ewig brennende Wunde wurde auch der Verlust der von Rumänien annektierten Provinz Bessarabien von den Vorgängern übernommen.
Verlorengegangen ist mit dem alten Reich auch der Name "Rußland" als Reichsidee. Planvoll sprechen die heutigen Machthaber nicht mehr von Rußland als Reich, sondern von der "Sowjetunion", einem Bund der Staaten, die sich nach dem politischen System der Sowjets regieren. Rußland ist in dieser Union ein Teilstaat, freilich der größte, wie Preußen im Deutschen Reich und England in Großbritannien. ...
So sind im Sowjetreich die Republiken der Ukrainer, Kaukasier, Turkmenen usw. formell der "Republik Rußland" gleichgestellt, in der Praxis freilich werden sie doch von Moskau aus regiert. Nützen tut ihnen die Scheinfreiheit auch sonst nicht, denn es gibt ja keine freie politische Betätigung im Innern Rußlands.
Die Bevölkerung gliedert sich nicht nach politischen Parteien, sie zerfällt vielmehr in eine ungeheure Masse der willenlos Beherrschten und eine verhältnismäßig kleine Schicht der Herrschenden. ... Die Herrschenden sind die in einer raffinierten Parteiorganisation zusammengeschlossenen Kommunisten. ...
Der geistige Druck in diesem riesigen Reich ist ungeheuer. Was den Anschauungen der regierenden Kommunistischen Partei, genau gesagt, des kleinen Personenkreises der höchsten Parteibeamten, nicht gemäß ist, wird unterdrückt.
In diesem Land gibt es keine Presse, die nicht nach dem Diktat der Machthaber schriebe, gibt es keine öffentliche Stimme, die von der Parlamentstribüne oder im Versammlungssaal einer anderen Meinung Ausdruck geben könnte. Eine weitverzweigte politische Polizei, die man in Europa unter dem inzwischen abgelegten Namen "Tscheka" kennt, mit Methoden und nicht wenigen Beamten, die aus der ehemaligen zaristischen Gendarmerie übernommen wurden, wacht darüber, daß jeder Versuch eines Gegendrucks von unten her sofort erstickt wird. ...
... Der Despotismus wird ungeschwächt von einer kleinen Zahl von Männern ausgeübt. Nicht anders, als in Italien von Mussolini und seinen Faschisten ... Und wer nicht sterben will, der liegt im Staube vor den Machthabern wie Asiaten vor ihrem Großherrn.
Machtmittel zur Beherrschung und Knechtung ist ein militärischer Apparat. Mit seiner Hilfe halten sich die Kommunisten am Ruder wie mit Hilfe ihrer Polizei. War das zaristische Rußland eine ungeheure Militärmacht, so ist auch Sowjet-Rußland ein militaristischer Staat. Die Kriegstüchtigkeit der Roten Armee ist zwar noch nicht erprobt, aber im Geiste eines Militarismus wird die ganze heranwachsende Jugend gedrillt. Einer der ersten Eindrücke, den der Fremde in Moskau erhält, ist der der mit Trommeln und Fahnen durch die Straßen ziehenden Kinderscharen der "Pioniere" ...
... Was bietet der Sowjetstaat nun seinen Bürgern für den Verlust gewisser politischer Freiheiten und eines früher zum Teil aufrechterhaltenen Lebensstandards? Der Sowjetstaat antwortet zunächst, daß unter dem Zarismus ja auch nicht gerade ein freiheitliches Leben geherrscht hat. Und das materielle Los des russischen Volkes war unter dem Zarismus ebenfalls nicht beneidenswert, denn ein prächtiges Leben konnte nur eine kleine Herrenschicht führen, und diese war mit einer beispiellosen Verelendung der Massen erkauft. Das Entscheidende war nun freilich: Geht es den Massen jetzt besser?
Darauf ist zu antworten, daß die Lebenshaltung der Massen gegen früher nicht besser geworden ist. Selbst wenn man von den besonderen Verhältnissen der Moskauer Wohnungsnot absieht, gegen die unsere Enge ein Kinderspiel ist, ist die Lebenshaltung der russischen Bevölkerung so elend wie nie zuvor. ...<<

Jugoslawien: Der deutsche Kulturbund wird im Jahre 1927 wieder offiziell zugelassen.
Spanien: Nach der Rückkehr aus Marokko wird Franco im Jahre 1927 Leiter der Obersten Militärakademie in Saragossa.
Frankreich: In Elsaß-Lothringen fordert der deutsche Heimatbund im Jahre 1927 einen eigenen Landtag, Selbstverwaltung und größere Unabhängigkeit. Die französische Regierung reagiert danach mit radikalen, gewaltsamen Unterdrückungsmaßnahmen.
China: Chiang Kai-shek (1887-1975, ab 1925 General und führender Politiker der Guomindang-Regierung) trennt sich im Jahre 1927 von den Kommunisten.
Chiang Kai-shek bildet danach die Nanking-Regierung und führt später 2 Bürgerkriege gegen die Kommunisten.
Mao Zedong, der nach der Trennung von Chiang Kai-shek die Führung der kommunistischen Partisanenbewegung übernimmt, berichtet im Jahre 1927 über die Bauernbewegung in Hunan (x128/325): >>Innerhalb kurzer Zeit werden sich in den zentralen, südlichen und nördlichen Provinzen unseres Landes einige hundert Millionen mit der verheerenden Gewalt eines fürchterlich wütenden Orkans erheben, und keine noch so große Macht wird in der Lage sein, sie niederzuhalten. ...
Sie werden alle Netze, die sie fesseln, zerreißen und auf der Straße der Befreiung vorwärts stürmen. Sie werden allen Militaristen, Militärmachthabern, korrupten Beamten und lokalen Machthabern das Grab schaufeln. Alle revolutionären Parteien und revolutionären Genossen werden vor ihrem Angesicht einer Probe unterworfen und zurückgewiesen oder in ihre Reihen aufgenommen.
Sollten wir uns an ihre Spitze stellen und sie führen? Sollen wir hinter ihnen herlaufen und sie mit Händen und Füßen gestikulierend kritisieren? Oder sollen wir uns ihnen in den Weg stellen und gegen sie kämpfen? Jedem Chinesen steht es frei, einen dieser drei Wege zu wählen. ...
Es stimmt schon, daß die Bauern auf dem Lande augenblicklich etwas außer Rand und Band sind. ... Ein Haufen von Menschen wälzt sich in die Häuser der lokalen Machthaber und üblen Gentry (Grundbesitzer), die gegen die Bauernvereinigung eingestellt sind, sie schlachten ihre Schweine und teilen ihre Getreidevorräte aus. Es kommt auch vor, daß sie sich auf den elfenbeinverzierten Betten der jungen Damen aus den Familien der lokalen Machthaber und üblen Gentry herumräkeln. ...
Die Revolution ist kein Gastmahl, kein Aufsatzschreiben, kein Bildermalen oder Deckchen sticken, sie kann nicht so fein, so gemächlich und kultiviert, so maßvoll, gesittet, höflich, zurückhaltend und großmütig sein. Die Revolution ist ein Aufruhr, sie ist ein Gewaltakt, durch den eine Klasse eine andere stürzt. Die Revolution auf dem Lande ist eine Revolution, in der die Bauernschaft die Macht der feudalistischen Grundherrenklasse stürzt. ...
Wenn man etwas gerade biegen will, so muß man es unbedingt verbiegen, etwas gerade biegen, ohne es zu verbiegen, ist unmöglich. ...<<
Ein Erdbeben in Kansu fordert im Jahre 1927 etwa 100.000 Todesopfer (x175/60).

1928

> Der Zeit aber wollen wir nicht nachlaufen; wir wollen in ihr leben.
> *Kurt Tucholsky (1890-1935, deutscher Schriftsteller)*

01.01.1928
Deutsches Reich: Am 1. Januar 1928 sind im Deutschen Reich 1.862.000 Menschen arbeitslos.
24.02.1928
USA: Am 24. Februar 1928 macht Parker Gilbert (1892-1938, nordamerikanischer Finanzpolitiker und US-Reparationsagent) in seinem Bericht ausdrücklich auf die schnell wachsende

deutsche Auslandsverschuldung aufmerksam und empfiehlt eine sofortige Überprüfung der Reparationspläne (x034/363).

18.04.1928

Deutsches Reich: Außenminister Gustav Stresemann erklärt am 18. April 1928 auf der 48. Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages (x034/368): >>... Wir leiden unter den Reparationslasten, die Verkehr und Industrie hemmen.<<

24.04.1928

Deutsches Reich: Heinrich Himmler wird am 24. April 1928 zum stellvertretenden Reichsführer der SS ernannt.

30.04.1928

Deutsches Reich: Joseph Goebbels (1897-1945, seit 1929 NSDAP-Reichspropagandaleiter) berichtet am 30. April 1928 im "Völkischen Beobachter" über Propaganda und die antidemokratischen Absichten der NSDAP (x245/351, x058/329): >>... Die Propaganda ist gut, die zum Erfolg führt, und die ist schlecht, die am gewünschten Erfolg vorbeigeht, selbst dann, wenn sie noch so geistreich ist; denn es ist nicht die Aufgabe einer Propaganda, geistreich zu sein; ihre Aufgabe ist es, zum Erfolg zu führen.

Es kann also keiner sagen, eure Propaganda ist zu roh, zu gemein. Das sind keine charakteristischen Merkmale für ihre Verschiedenartigkeit. Sie soll gar nicht anständig sein, sie soll nicht sanft oder weich oder demütig sein; sie soll zu einem Erfolg führen.

Wenn einer mir sagt: "Eure Propaganda hat kein gesittetes Niveau", dann brauche ich mich mit ihm gar nicht erst zu unterhalten. Es kommt nicht darauf an, daß eine Propaganda Niveau hat, sondern darauf, daß sie zum Ziele führt.

Eiskalt dem Gegner auf den Pelz rücken, ihn abtasten, auskundschaften, wo seine verwundbare Stelle ist, überlegsam und berechnend den Speer schärfen, ihn wohlgezielt in die lecke Blöße des Feindes hineinjagen und dann vielleicht noch freundlich lächelnd zu sagen: Verzeihen Sie, Herr Nachbar, aber ich kann nicht anders!

Das ist jenes Rachegericht, das kalt genossen wird. ...<<

>>... Wir sind doch eine antiparlamentarische Partei, lehnen aus guten Gründen die Weimarer Verfassung und die von ihr eingeführten republikanischen Institutionen ab, sind Gegner einer verfälschten Demokratie, die den Klugen und den Dummen, den Fleißigen und den Faulen über einen Leisten schlägt, sehen im heutigen System der Stimmenmajoritäten und der organisierten Verantwortungslosigkeit die Hauptsache unseres ständig zunehmenden Verfalls. Was also wollen wir im Reichstag?

Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie, mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bärendienst Freikarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache. Wir zerbrechen uns darüber nicht den Kopf. Uns ist jedes gesetzliche Mittel recht, den Zustand von heute zu revolutionieren.

Wenn es uns gelingt, bei diesen Wahlen 60 bis 70 Agitatoren und Organisatoren unserer Partei in die verschiedenen Parlamente hineinzustecken, so wird der Staat selbst in Zukunft unseren Kampfapparat ausstatten und besolden. Eine Angelegenheit, die reizvoll und neckisch genug ist, sie einmal auszuprobieren. ...

Glaubt einer von euch, daß wir, wenn wir in das Plenum des hohen Hauses einmarschieren, gleich mit Philipp Scheidemann Brüderschaft trinken? Haltet ihr uns für so miserable Revolutionäre, daß ihr fürchtet, wir würden vor einem dicken, roten Teppich und einer wohltemperierten Schlafhalle unsere geschichtliche Mission vergessen?

Wer ins Parlament geht, kommt darin um! Jawohl, wenn er ins Parlament geht, um auch einer (von ihnen) zu werden. Geht er jedoch hinein mit dem zähen und verbissenen Willen, auch

hier seinen bedingungslosen Kampf gegen die zunehmende Verlumpung unseres öffentlichen Lebens mit der ihm angeborenen Rücksichtslosigkeit fortzuführen, dann wird er nicht verparlamentarisieren, sondern er bleibt das, was er ist: ein Revolutionär. ...
Man soll nicht glauben, der Parlamentarismus sei unser Damaskus (Paulus war durch die Erscheinung Christi vor Damaskus aus einem Verfolger zu einem Gläubigen geworden). Wir haben dem Gegner die Zähne gezeigt von den Podien der Massenversammlungen und von den Riesendemonstrationen unserer braunen Garde aus. Wir werden sie ihm auch zeigen in der bleiernen Sattheit eines parlamentarischen Plenums.
Wir kommen nicht als Freunde, auch nicht als Neutrale. Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir. Jetzt seid ihr nicht mehr unter euch! Und so werdet ihr keine reine Freude an uns haben!<<

20.05.1928

Deutsches Reich: 17 Monate vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise ist die NSDAP noch eine völlig bedeutungslose Partei. Bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 erreicht die NSDAP lediglich 12 Mandate und erhält nur 2,4 % aller abgegebenen Stimmen (KPD = 54 Mandate und 11,0 %). Die radikalen Parteien lassen sich jedoch trotz aller Rückschläge nicht beirren und führen weiterhin publikumswirksame Aufmärsche, Massenkundgebungen und Parteitage durch.
Infolge einer Explosion in Gebäuden der Firma Stolzenberg verbreitet sich am 20. Mai 1928 über Hamburg das Giftgas "Gelbkreuz" (Restbestände aus dem 1. Weltkrieg).

25.05.1928

Arktis: Umberto Nobile (1885-1978, italienischer General) stürzt am 25. Mai 1928 während einer Polarexpedition mit dem Luftschiff "Italia" über dem Nordpol ab. Von den 16 Expeditionsteilnehmern kommen 7 Mann um.
Danach beginnt sofort eine internationale Rettungsaktion. Die 9 überlebenden Expeditionsteilnehmer werden innerhalb von knapp 2 Monaten per Flugzeug und Eisbrecher gerettet.
Prof. Dr. Werner Stein berichtet in seinem Buch "Fahrplan der Weltgeschichte" über den Absturz des Luftschiffes "Italia" im Jahre 1928 (x074/1.083): >>Die ersten Funkzeichen der verunglückten "Italia-Mannschaft" werden von Kurzwellen-Amateuren aufgenommen; 16 Schiffe, 21 Flugzeuge und mehrere Schlittenabteilungen (insgesamt 1.500 Mann) versuchen die verunglückte "Italia-Mannschaft" in der Arktis zu retten. Die Rettung gelingt vor allem dem Eisbrecher "Krassin" und dem Flieger Tschuchnowski, nachdem Nobile sich als erster von dem Flieger Lundborg hatte retten lassen.<<

10.06.1928

Deutsches Reich: Am 10. Juni 1928 fordert ein Eisenbahnunglück bei Nürnberg 24 Tote und 20 Verletzte.

20.06.1928

Jugoslawien: Nach dem Attentat auf Parteiführer Radic und 4 kroatische Abgeordnete, die am 20. Juni 1928 in der Skupschtina (serbische Bundesversammlung) durch einen serbischen Abgeordneten angeschossen werden, droht der Zerfall des jugoslawischen Staates.
Radic stirbt 7 Wochen später (x086/34). Nach dem Tod des ungemein beliebten kroatischen Parteiführers Radic ereignen sich in Jugoslawien schwere Unruhen, die 1929 zur "Königsdiktatur" führen. Obwohl diese Diktatur 1931 aufgehoben wird, führen kroatische Bauern der Ustascha-Bewegung, Kosovo-Albaner, Slowenen und andere Minderheiten ab 1931/32 unentwegt Aufstände und Revolten durch, die von den Serben blutig niedergeschlagen werden.

01.07.1928

Deutsches Reich: Goebbels ernennt Reinhold Muchow am 1. Juli 1928 zum NS-Organisationsleiter des Gaues Groß-Berlin. Muchow realisiert dort eine spezielle Gau-Organisationsstruktur (Zelle, Unterstraßenzelle, Straßenzelle, Sektion, Bezirk, Gau), die später im gesamten

NS-Staat eingesetzt wird.

22.08.1928

Deutsches Reich: Verschiedene Zeitungen warnen am 22. August 1928 unter der Überschrift "Deutschland im Jahre 1950" vor den Folgen der "Sozialisierungstendenzen" (x034/378): >>... Der Staat hatte aus sozialen Gründen die ganze Privatwirtschaft mit Haut und Haaren verschluckt. ... Die Klassen waren verschwunden. Es gab nur noch die große, khakibraune, einförmige Masse und über ihr 65.000 Gewerkschaftssekretäre.<<

27.08.1928

Deutsches Reich: Außenminister Gustav Stresemann kritisiert am 27. August 1928 die zunehmende Amerikanisierung der Deutschen (x063/554-555): >>... Wir sind im gegenwärtigen Deutschland mehr amerikanisiert als irgendeine andere Nation in Europa. Wir arbeiten zu viel. Wir sind ein Volk der Hast und Unruhe der Großstädte geworden. Unsere Presse gibt die Sensationen wieder, die heute dem Menschen hundertfache Eindrücke übermitteln und ihm das Bild zeigen, das durch Amerika zunächst den Völkern der Welt vor Augen geführt wird. Im Innern aber lebt unbewußt der Gedanke, daß wir in diesem modernen Leben ein Stück unserer Seele verloren haben.

Wien und Österreich steht uns vor Augen als ein Land, das anders lebt als wir, das, wenigstens früher, ruhiger und beschaulicher war. Aus jener Stadt und jenem Land klingen uns die Namen Mozart und Schubert entgegen. Dort bedeutet Theater und Literatur noch mehr als Boxkampf. (Im österreichischen Volke, das aus Menschen unseres Blutes besteht), suchen wir unsere eigene verlorene Seele ...<<

30.08.1928

Deutsches Reich: Die "Frankfurter Zeitung" berichtet am 30. August 1928 über den Reichshaushaltsplan für 1929 (x034/379): >>... Die Lage ist deshalb so prekär, weil der Mangel einer normalen Anleihedeckung für die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts die Finanzverwaltung immer wieder zwingt, das Extraordinarium (außerordentlicher Haushaltsplan) mit Mitteln zu finanzieren, die für den ordentlichen Haushalt bestimmt sind.<<

28.09.1928

Deutsches Reich: Am 28. September 1928 wird Hitlers Redeverbot in Preußen aufgehoben. Hitler betätigt sich danach wieder vielerorts bei öffentlichen Veranstaltungen als Redner.

21.10.1928

Deutsches Reich: Der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei, Alfred Hugenberg, erklärt am 21. Oktober 1928 während einer Tagung der DNVP-Abgeordneten (x058/328-329): >>Wir werden, wenn die Zeit gekommen ist, ungeheuerste Verantwortung auf uns nehmen müssen und dürfen sie nicht scheuen – auch nicht die Verantwortung, in schwerer Stunde einmal nein zu sagen. Aber wir müssen dazu ein Fundament des Wollens und Könnens ausbauen, das sie tragen kann. Ich habe gestern schon gesagt: wir dürfen keine Angst haben vor neuen Fragen, im Gegenteil, wir müssen sie ansehen als die Sturmböcke im Kampfe um die letzten Ziele, indem wir sie handelnd beim Schopfe nehmen.

Ziel ist der Ausbau eines neuen Staates, Ziel ist, die Not des Volkes zu bannen. Nicht auf der Grundlage eines westlerischen Liberalismus, auf der die deutsche Volkspartei, so wie sie in den letzten Jahren geführt wurde, arbeitet, sondern auf der Grundlage, die unsere Grundlage ist, nämlich des Gestaltens aus der Eigenart und der Geschichte eines eigenen Volkes heraus, des Aufbaus des Neuen aus diesen beiden Mächten, also eines organischen Aufbaus, der nicht die Dinge wesenlos in die Luft hineinmalt, sondern aus der eigenen Kraft schöpft.

Es ist nun bald ein Scheidepunkt gekommen. In der Tat – zwei Generationen stehen einander gegenüber, eine alte und eine junge. ... Es muß aufwachsen eine junge Generation. Und sie ist da. Das Kriegserlebnis und der Staat von Weimar, der nackt vor uns steht und der alles getan hat, um den Gouvernementalismus aus den deutschen Herzen auszutreiben, haben uns gehol-

fen.
Wir Jungen – gestatten Sie mir dies Wort und bitte, fühlen Sie sich in diesem Sinne als jung – wollen heraus aus dem Geiste des Redens und der Tatenlosigkeit, der ziellosen Zersplitterung des Einerseits und Andererseits, aus dem Geiste, der vermeint mit Taktik und Interessenkampf etwas schaffen, etwas aufbauen oder ein krankes Volk wieder gesund machen zu können, aus dem Geiste der Formeln und Programme und Parteien!
Wir brauchen Menschen, die ein paar ganz große Ziele haben, die wie ein ferner Leitstern am Horizont stehen. Nur wenn man einen solchen Leitstern hat, kann man seinen Weg finden, denn er ist der Wegweiser. Mag das, was dazwischen liegt, noch so verwirrend sein, man braucht nicht hineinzugeraten in Abwege und Umwege, wenn dahinter der Stern steht, der auch im Dunkeln, der im innersten Herzen leuchtet. Und dieser Stern wird in den Herzen der Jugend leuchten.
Dann ist es gleich, ob Wald, ob Feld oder Wüste an dem Wege liegt: Festen Schrittes wird diese Generation ihren Weg gehen, nicht etwa als Menschen, die nicht klar sehen und die in Fanatismus oder Gefühlsduselei Dummheiten begehen, sondern als reife Menschen, die Geschichte erlebt und darüber nachgedacht haben und wissen, daß sie vorwärtsschreiten müssen, wenn der Tod sie nicht holen soll, dem sie gewohnt sind ins Auge zu schauen.
Nur in diesem Geiste werden wir einen neuen Aufschwung aller Stände und Teile unseres Volkes und schließlich das letzte große Ziel erreichen, das im Hintergrunde steht: die Freiheit des deutschen Volkes nach innen und nach außen! ...<<

22.10.1928

USA: Der republikanische Präsidentschaftskandidat Herbert Hoover erläutert am 22. Oktober 1928 während einer Wahlkampfrede das "Amerikanische System" (x149/53,56): >>... Im Laufe von 150 Jahren haben wir eine Form der Selbstregierung und ein gesellschaftliches System aufgebaut, das ganz und gar unser Eigentum ist. Es unterscheidet sich wesentlich von allen anderen in der Welt.
Es ist das Amerikanische System. Es ist ein ebenso bestimmtes und positiv politisches und gesellschaftliches System, wie je eines auf Erden entwickelt worden ist. Es ist auf eine besondere Form der Selbstregierung gegründet, deren eigentliche Basis dezentralisierte lokale Verantwortlichkeit ist.
Darüber hinaus ist es auf die Vorstellung gegründet, daß allein durch geordnete Freiheit, Freisein und durch gleiche Chancen für den einzelnen seine Initiative und sein Unternehmensgeist auf dem Marsch des Fortschritts angespornt werden. Und in unserem Bestehen auf Gleichheit der Chance ist unser System weiter als die ganze Welt fortgeschritten. ...
Was sind die Ergebnisse unseres Amerikanischen Systems gewesen?
Unser Land ist nicht nur wegen seines natürlichen und industriellen Reichtums zum Land der großen Möglichkeiten für diejenigen geworden, die ohne Erbschaft geboren wurden, sondern auch gerade wegen dieser Freiheit der Initiative und des Unternehmertums. ...<<
>>... Durch die Einhaltung der Grundsätze der dezentralisierten Selbstverwaltung, der geordneten Freiheit, der Chancengleichheit und der Freiheit des Individuums hat unser amerikanisches Experiment auf dem Gebiet der menschlichen Wohlfahrt, ein Maß an Wohlergehen gebracht, das auf der ganzen Welt ohne Beispiel ist.
Es ist der Beseitigung der Armut, der Beseitigung der Furcht vor Not näher gekommen, als es der Menschheit jemals zuvor gelungen ist. Der Fortschritt der vergangnen 7 Jahre ist der Beweis dafür. ...<<
Der US-Schriftsteller Thomas C. Wolfe (1900-1938) berichtet damals über die Grundstücksspekulanten in den USA (x191/48): >>... Das Stimmengewirr verband sich zu einem einzigen Kehrreim: Spekulation und Grundstücke.
Überall waren Grundstücksmakler. Ihre Autos und Busse voll zahlloser Kauflustiger lärmten

durch die Straßen und hinaus aufs Land. Alles kaufte Grundstücke.
Und es schien nur eine allgemeine und unfehlbare Regel zu geben: kaufen, zu jedem Preis und nach höchstens 2 Tagen zu Phantasiepreisen wieder verkaufen.<<

30.10.1928

Deutsches Reich: Die deutsche Reichsregierung verlangt am 30. Oktober 1928 in London, Paris und Brüssel eine sofortige gründliche Überprüfung der geforderten Reparationszahlungen, da die finanziellen Möglichkeiten des Deutschen Reiches erschöpft seien.
Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler trifft am 30. Oktober 1928 erstmals den Dichter Bertolt Brecht.
Harry Graf Kessler schreibt damals über Brecht (x034/386): >>... Auffallender Dekadentenkopf, fast schon Verbrecherphysiognomie, sehr dunkel, schwarzes Haar, schwarze Augen, dunkle Haut, ein eigenartig lauernder Gesichtsausdruck: fast der typische Ganove. Aber wenn man mit ihm spricht, taut er auf, wird fast naiv. ... Er ist jedenfalls ein "Kopf".<<

14.11.1928

Deutsches Reich: Außenminister Gustav Stresemann warnt am 14. November 1928 während einer Pressekonferenz vor den Folgen der zu hohen Auslandsverschuldung (x149/51): >>Ich möchte Sie bitten, bei Ihren Beurteilungen der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und auch der anderen hiermit zusammenhängenden Fragen den Gedanken zugrunde zu legen, daß wir in Deutschland in den letzten Jahren von gepumptem Gelde gelebt haben. Wenn einmal eine Krise bei uns kommt und die Amerikaner ihre kurzfristigen Kredite abrufen, dann ist der Bankrott da. ...<<

17.11.1928

Deutsches Reich: General Werner von Blomberg (1878-1946, Chef des Truppenamtes, später Oberbefehlshaber der Wehrmacht) berichtet am 17. November 1928 nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion (x034/388): >>... Unsere Unternehmungen in Rußland (Fliegerschule, Tankschule, Gasversuche) stehen auf durchaus gesunder Grundlage. Die Möglichkeit, diese für unsere Rüstung lebenswichtigen Einrichtungen weiter zu betreiben, muß erhalten bleiben. ... Die Zusammenarbeit der beiden Armeen ist daher auch weiterhin notwendig.<<

18.11.1928

Deutsches Reich: Der DNVP-Politiker Alfred Hugenberg schlägt am 18. November 1928 während einer Rede in Liegnitz ein Bündnis mit dem Stahlhelm vor.
Dieser Zusammenschluß wird 3 Jahre später realisiert ("Harzburger Front").

12.12.1928

Deutsches Reich: Carl Severing (1875-1952, 1920-26 und 1930-32 preußischer Innenminister, 1928-30 Reichsinnenminister, setzt sich entschieden gegen Links- und Rechtsradikale ein) fordert am 12. Dezember 1928 ein erneutes Verbot der KPD-, NSDAP-, RFB- und SA-Kampforganisationen.

15.12.1928

Schweiz: Am 15. Dezember 1928 entwickelt sich zwischen Außenminister Stresemann und dem polnischen Außenminister Zaleski während der 53. Tagung des Völkerbundsrates eine lautstarke Auseinandersetzung. Zaleski beschuldigt die deutsche Regierung bzw. den Deutschen Volksbund mehrfach pauschal des Hochverrats und der Gefährdung des polnischen Staates.
Stresemann, der nach den z.T. unglaublichen Anklagen und Beleidigungen äußerst aufgeregt ist, antwortet trotzdem sachlich (x843/5): >>... Es handelt sich hier um die heiligsten Güter der Menschheit, um Schule, Sprache und Religion, deren Schutz der Völkerbund feierlichst garantiert hat und für die er die Verantwortung vor der ganzen Welt trägt. ... Seit wann ist es verboten, Organisationen zu schaffen und Fragen vor den Völkerbund zu bringen?
Sie wagen es, den Minderheiten nicht zu gestatten, von den im Völkerbund verbrieften Rech-

ten Gebrauch zu machen und sich an den Völkerbund zu wenden! Sie haben von Hochverrat gesprochen. Liebe zur Heimat und Hochverrat sind oft eng miteinander verbunden!
Ich kenne einzelne Persönlichkeiten im Völkerbundsrat, die den Kampf um ihre Heimat mit dem Gefühl ihres Herzens in Einklang bringen. Wollen Sie dieses Recht dem deutschen Volke nehmen?
Sie erklären, daß der Deutsche Volksbund eine Agitation treibe, die auf die Dauer nicht geduldet werden könne, da sie den Bestand des polnischen Staates erschüttere und eine Gefährdung des Friedens bedeute. Das soll eine Gefahr für den Staat sein, wenn eine Organisation von den hier im Völkerbund verbrieften Rechten Gebrauch macht und um die Erziehung ihrer Kinder kämpft?
Ich kann in keiner Weise zugeben, daß diese Auflassung von den Minderheitenrechten im Völkerbund Platz greift. Wenn der Völkerbund sich auf diesen Standpunkt über den Schutz der Religion und Sprache stellt, so ist die Säule erschüttert, auf der der Völkerbund steht.
Ein großer Teil der Menschheit glaubt heute nur noch an den Völkerbund, weil er in ihm den Hüter und Wahrer der Rechte der Minderheiten sieht. Wenn tatsächlich diese Auflassung im Völkerbund nicht mehr herrschen sollte, so werden sich große Staaten überlegen müssen, ob noch weiterhin ihre Mitwirkung überhaupt möglich erscheint. Der Völkerbund ist darauf gebaut, daß er Recht für diejenigen gibt, die in einem anderen Staate für die Grundlage ihrer Nation, für Religion, Glauben und Sprache kämpfen. ...<<
Stresemann fordert zum Schluß, daß die grundsätzliche Frage der Minderheitenrechte und die Behandlung der Minderheiten als offizieller Tagesordnungspunkt der nächsten Völkerbundstagung aufgenommen werden soll.

1928

Deutsches Reich: Im Deutschen Reich geht es im Jahre 1928 ständig weiter aufwärts. Die deutschen Industriebetriebe orientieren sich konsequent nach nordamerikanischen Produktionsmethoden (Arbeitsteilung, Fließbandfertigung etc.) und werden zielstrebig modernisiert. Die deutsche Handelsflotte belegt nach England, Nordamerika und Norwegen schon wieder den 4. Platz (1914 = 5,5 Millionen BRT, 1918 = 0,67 Millionen BRT und 1930 = 4,2 Millionen BRT).
Die deutsche Wirtschaft erkämpft sich mit harter, unermüdlicher Arbeit und großem Fleiß viele verlorene deutsche Absatzmärkte zurück. Aufgrund ihrer hervorragenden Qualität erobert besonders die deutsche Exportindustrie (Maschinen, Werkzeuge, Elektrogeräte und Chemieerzeugnisse) schon bald wieder alle Erdteile.



Abb. 60 (x175/236): Daimler Benz: Wahlplakat des 1926 neu entstandenen Berliner Automobilkonzerns.

Trotz alledem erhöht sich die Verschuldung des deutschen Staates von Jahr zu Jahr. Die Kredite sind schließlich doppelt so hoch wie die gezahlten Reparationen (x069/149).

Angesichts der bereits geleisteten gewaltigen Reparationszahlungen sind die Leistungen der bisherigen Nachkriegsregierungen wahrhaftig erstaunlich. Ungeachtet der finanziellen Probleme und der großen sozialen Spannungen der zurückliegenden Jahre verfügt das Deutsche Reich wieder über ein erstaunlich gefestigtes und geordnetes Staatswesen.

Der Arbeitsfrieden ist gesichert. Die Wohlfahrtsämter und Sozialbehörden versorgen und unterstützen Millionen von Kriegsopfern sowie mehr als 3,0 Millionen verarmte deutsche Staatsbürger (x059/60). Der Staat fördert den Wohnungsbau (in 10 Jahren werden rund 3,0 Millionen neue Wohnungen erstellt). Das Erziehungswesen und die deutschen Schulen gelten, auch nach internationalen Maßstäben, wieder als vorbildlich und richtungsweisend.

Berlin entwickelt sich in jener Zeit zum europäischen Mittelpunkt der Künste (Theater, Film, Rundfunk) und wird zum Treffpunkt für Künstler aus aller Welt.

Die Gewerkschaften fordern im Jahre 1928 während des 13. Kongresses der Gewerkschaften

Deutschlands in Hamburg die Demokratisierung der Wirtschaft (x149/58): >>Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit.
Die Demokratisierung der Wirtschaft erfolgt mit der immer deutlicher sichtbaren Strukturwandlung des Kapitalismus. Deutlich führt die Entwicklung vom kapitalistischen Einzelbetrieb zum organisierten Monopolkapitalismus. Damit wurden auch die Gegenkräfte der organisierten Arbeiterschaft und der politisch-demokratisch organisierten Gesellschaft geweckt. ...<<
UdSSR: Gemäß Lenins Devise - "aufzuholen um zu überholen" - ordnet Stalin ab 1928/29 die Industrialisierung des russischen Agrarstaates an. Der "erste Fünfjahresplan" wird mit unerbittlicher Härte und gigantischen Anstrengungen durchgesetzt. Der Aufbau bzw. die Modernisierung der sowjetischen Schwer- und Rüstungsindustrie fordert riesige Opfer und geht zwangsläufig zu Lasten der Verbrauchsgüterproduktion.
Von 1928 bis 1933 rüstet die sowjetische Schwerindustrie die Rote Arme mit modernen Panzern, Kanonen und Flugzeugen aus. Von der übrigen Welt zunächst wenig beachtet, besitzt die Rote Armee relativ schnell das größte Landheer der Welt (x059/37). Durch die völlig überzogene Rüstungspolitik werden die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Sowjetunion jedoch ständig größer.
Die UdSSR ist außenpolitisch fast vollständig isoliert. Da sich die Sowjets starrsinnig weigern, die riesigen Schulden und Zahlungsverpflichtungen Rußlands (aus den Jahren 1880-1917) zu übernehmen, erkennt Nordamerika die Sowjetunion bis 1933 diplomatisch nicht an. Die Franzosen und Briten zeigen damals auch kein Interesse an dem offensichtlich geschwächten Bündnispartner des Ersten Weltkrieges.
Die KPdSU berichtet später über Stalins ersten Fünfjahresplan (x191/68): >>Als Ergebnis des ersten Fünfjahresplanes wurde in unserem Lande das unerschütterliche Fundament der sozialistischen Wirtschaft gelegt, nämlich eine erstklassige sozialistische Schwerindustrie und die kollektive, maschinisierte Landwirtschaft aufgebaut, es wurde die Arbeitslosigkeit beseitigt, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft und die Bedingungen für eine ununterbrochene Verbesserung der materiellen Lage und der Erhöhung des Kulturniveaus der Werktätigen ... geschaffen. ...<<
Ein sowjetischer Ingenieur berichtet später über die praktische Ausführung des ersten Fünfjahresplanes (x191/69): >>Alles, was wir der Führung vorschlagen, wird kritisiert. Es wird nach politischen statt nach technischen Gesichtspunkten beurteilt. ... Wir müssen gehorchen, auch wenn es sinnlos ist. ...
Es gibt wohl viele Beamte, die uns beaufsichtigen, aber wenige, die uns helfen. Das Betriebskomitee der Partei kontrolliert, das Stadtkomitee kontrolliert, die GPU kontrolliert. ...
Wie es jetzt aber steht, brauchen wir mehr Zeit mit Sorgen, was wohl dieser oder jener denkt, als mit wirklicher Ingenieur- und Aufbauarbeit. ...
Die GPU hatte ihre Augen und Ohren sorgfältig verteilt, damit ihr auch das Geheimste nicht verborgen blieb. Ich stellte fest, daß hinter dem Rücken der formalen Behörden und Wirtschaftsleitern ein Netz von Spionen stand. ... Hinter der scheinbaren Regierung stand die wirkliche Regierung. ...<<
Ein ausländischer Zeitzeuge berichtet später über Stalins ersten Fünfjahresplan (x191/67-68): >>... Mit den primitivsten Werkzeugen und unter weitgehendem Verzicht auf Hilfsmittel, die im Westen für unentbehrlich gehalten werden, wurden in der Sowjetunion Dinge vollbracht, die uns Ausländer in Erstaunen versetzten.
Infolge der mit rücksichtslosen Zwangsmitteln durchgeführten Kollektivierung der landwirtschaftlichen Betriebe fehlte es den Industriebetrieben nicht an Arbeitskräften. Die Bereitstel-

lung von Unterkünften für sie hielt jedoch mit dem Bedarf nicht entfernt Schritt. Die Folge davon war, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen, die in der Umgebung von Stalingrad, Magnitogorsk und Kusnezk unterkommen wollten, in Erdhöhlen hausen mußten, die sie in die umliegenden Hügel gruben.
Daß unter solchen Lebensbedingungen und bei dem bestehenden Mangel an Lebensmitteln ... Menschen existieren und nutzbringende Arbeiten verrichten konnten, war nur durch die sprichwörtliche Leidens- und Entbehrungsfähigkeit des russischen Volkes zu erklären.<<
Der deutsche Historiker Günther Stökl (1916-1998) berichtet später über Stalins Politik der Fünfjahrespläne (x058/313-314): >>... Sozialismus und industrielle Entwicklung stehen nach marxistischer Lehre in einem unlösbaren Zusammenhang, denn die technische Vervollkommnung der Maschinenindustrie und die ihr gemäße Wirtschaftsform des Kapitalismus bringen ja erst das Proletariat hervor, dem es bestimmt ist, die sozialistische Endphase der Weltgeschichte zu verwirklichen.
Aber was aufgrund der westeuropäischen Erfahrungen ursprünglich als ein kausaler Zusammenhang gedacht war, daß mußte auf russischem Boden zu eine finalen These werden. Lenin gab ihr die Formel, daß der Kommunismus - das Ziel - in einer Verbindung von Sowjetmacht und Elektrifizierung bestehe. ...
Mit dem unfehlbaren Instinkt des Machtmenschen hatte er (Stalin) schon bisher alles getan, im Staat der Sowjetunion eine solide Machtbasis für die Herrschaft der kommunistischen Partei aufzubauen, und nach dem Tode Lenins diesen in weltrevolutionärer Perspektive nationalen Egoismus mit der Losung vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande begründet. Für ihn führte nur ein Weg zur Weltrevolution - der Weg unbegrenzter Machtvermehrung des russisch geführten Sowjetstaates. Wie sollte diese aber unter anderen, kapitalistisch-feindlichen Mächten auf die Dauer bestehen und ihnen am Ende überlegen werden, ohne die Schaffung eines entsprechenden Industriepotentials?
Die forcierte Industrialisierung, die der 15. Parteikongreß im Dezember 1927 mit "Direktiven für die Erstellung eines Fünfjahresplanes der Volkswirtschaft" einleitete, diente nicht in erster Linie dem sozialen Fortschritt – der wäre auf weniger gewaltsame Weise leichter zu erreichen gewesen -, sondern dem beschleunigten Wachstum der Macht.
Es ist der unbestreitbare Vorzug des totalitären Systems, daß es ohne Rücksicht auf die Wünsche und Interessen der Bevölkerung jeweils alle verfügbaren Mittel für den angestrebten Zweck einsetzen kann. Der Industrialisierung, genauer dem Aufbau einer leistungsfähigen Schwerindustrie, wurde nun alles geopfert, vor allem das einzige, an dem auch das sowjetische Rußland noch reich war - Menschen.<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die US-Unterstützung des ersten sowjetischen Fünfjahresplanes (x068/210-211): >>Die USA unterhielten keine diplomatischen Beziehungen zu der jungen Sowjetunion. Da sei "keine gemeinsame Basis" gegeben, schrieb Staatssekretär Colby im August 1920 auf eine Anfrage der italienischen Regierung. "Da ist keinerlei gegenseitiges Vertrauen noch Glauben, ja nicht einmal Achtung ..."
Doch Geschäfte machten die Amis, wie übrigens auch europäische Staaten, nicht zuletzt England, mit den Kommunisten. Allein Anfang der zwanziger Jahre lieferten die USA Maschinen im Wert von 37 Millionen Dollar in die Sowjetunion, verkaufte ihr die "International Electric" Geräte für mehr als 20 Millionen Dollar, bekam die "Standard Oil" das Recht auf Ölbohrungen, erwarb man die Erlaubnis zu Goldschürfungen am Amur. ...
Ohne die USA wäre der erste Fünfjahresplan gescheitert. Eine ganze Experten-Flut kam aus den Staaten, Spezialisten für Telephon-, für Bergbau, für die Erstellung von Industrie- und Montagehallen, Spezialisten für Traktoren, für Autos. Allein Ford kassiert 30 Millionen Dollar für die Schaffung der sowjetischen Autoindustrie an der Mündung der Oka bei Gorki, wo

man 1923 bereits 140.000 Autos produziert; in Stalingrad 50.000 Traktoren. Die "Austin-Companie" von Ohio errichtet die erste bolschewistische Musterstadt.
Die "Arthur McKee Co.", Cleveland, erstellt für 800 Millionen Rubel das Zentrum der sowjetischen Eisen- und Stahlindustrie, das entscheidende Schlüsselwerk, wie man schrieb, für das Gelingen des Fünfjahresplanes. Die Amerikaner bauten auch die Ölraffinerien in Baku, sie rüsteten die neuen Stahlzentren im Ural aus, sie ermöglichten die sowjetische Baumwollproduktion durch Bewässerung der zentralasiatischen Ebenen. Sie schufen sogar in Rekordzeit, in Dnjepropetrowsk, den größten Staudamm der Welt.
Erst bauten die USA die Sowjetunion mit auf. Dann gewannen sie allein mit deren Hilfe den Zweiten Weltkrieg. Und danach ruinierten sie Rußland durch einen gigantischen, mitunter an den Rand eines neuen Weltkrieges führenden Rüstungswettlauf. ...<<
Im Rahmen der rigorosen sowjetischen Zwangskollektivierung läßt Stalin von 1928 bis 1933 über 5,0 Millionen russische Kulaken (Großbauern) in die Straflager des Fernen Ostens verbannen. Insgesamt werden mehr als 20,0 Millionen Mittel- und Großbauern ohne Entschädigung enteignet (x059/36).
Stalins unmenschliche Zwangskollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft trifft auch die volksdeutschen Bauern äußerst schwer. Ungezählte Rußland-Deutsche werden wegen "Spionage" und "Verschwörung" liquidiert oder verschleppt.
Augenzeugen berichten später über die Liquidierung des russischen Kulakentums und die Kollektivierung der Landwirtschaft (x191/68-69, x243/128-129): >>... Im Hinterhof standen etwa 20 Bauern, junge und alte, mit Bündeln auf dem Rücken, bewacht von GPU-Soldaten (sowjetische Geheimpolizisten) mit gespanntem Revolver. Einige weinten, die anderen ... (reagierten) mürrisch, verzweifelt und hoffnungslos.
Dies also war die "Liquidation der Kulakenklasse"! Einfache Bauern wurden von ihrem Grund und Boden verschleppt, all ihrer irdischen Güter beraubt und nach irgendeinem weitentfernten Holzfällerlager oder zu Bewässerungsarbeiten verschickt.
Aus irgendeinem Grunde ließ man diesmal die Familien zurück. Ihre Schreie durchschnitten die Luft. ... Als ich niedergeschlagen, beschämt und hilflos dastand, schrie eine Frau mit unirdischer Stimme auf. Jedermann schaute in die Richtung des Schreies, und ein paar GPU-Männer stürzten auf die Frau zu. Ihre Haare waren aufgelöst. Sie trug ein brennendes Kornbündel in den Händen. Noch ehe sie jemand erreichen konnte, hatte sie das brennende Bündel auf das Strohdach des Hauses geschleudert, das augenblicklich in Flammen aufging.
"Ketzer! Mörder!" schrie die Wahnsinnige. "Unser ganzes Leben haben wir für unsere Häuser gearbeitet. Ihr sollt es nicht bekommen. Die Flammen sollen es haben!" Ihre Schreie verwandelten sich plötzlich in verrücktes Gelächter. ...
Am unirdischsten mutete ... der Anblick der GPU-Beamten an, die so gleichmütig aussahen, als sei dies alles ein tägliches Einerlei und die brennende Hütte ein Freudenfeuer zu ihrer Unterhaltung. ...
Nach den Massenverhaftungen traten die wenigen zurückgebliebenen Unentwegten "freiwillig" in das Kolchos ein. ...<<
>>... Die durchgängige Kollektivierung wurde "auf der Basis der Liquidierung des Kulakentums als Klasse" durchgeführt, wobei eigentlich jeder beliebige wohlhabende Bauer als Kulak, ländlicher Ausbeuter galt. Mehr als 5 Millionen solcher "wohlhabender" Bauern wurden "ausgemerzt".
Man nahm ihr gesamtes Hab und Gut und verschickte sie in Gruppen mit der Bahn nach Nordsibirien oder in den Fernen Osten. Die Familien wurden zerrissen, die Männer zu Waldarbeiten, zum Bau von Eisenbahnen, z.B. der Baikal-Amur-Bahn, die Frauen mit Kindern zur Fischverarbeitung und anderen Arbeiten eingesetzt.
Sie lebten in Zelten, in Schuppen oder Erdhütten. Wer nicht fliehen konnte, war nach späte-

stens 3 Jahren dem Tode geweiht. Kein Wunder, daß ausländische Berichterstatter bei uns damals "keine Unzufriedenen" antrafen. ...
Die Liquidierung des Kulakentums sollte die Massen der Bauernschaft terrorisieren und ihren Widerstand gegen den Plan der "durchgängigen Kollektivierung" brechen. Jeden, der sich wehrte oder auch nur Zweifel äußerte, erklärte man kurzerhand für einen Kulakenfreund, was entsprechende Folgen hatte.
Bewaffnete Obrigkeit berief Bauernversammlungen unter Bewaffnung ein, überredete, drohte und zählte die Stimmen, wobei die Pistole als Wegweiser diente. Es wurde eine neue, vereinfachte Abstimmungsart erfunden - man fragte nur: "Wer ist dagegen?" manchmal wurde hinzugefügt: "Gegen die Parteilinie und die Arbeiter- und Bauernregierung?"
Meldete sich niemand, weil er nicht noch in der gleichen Nacht nach Sibirien verschickt werden wollte, so galt der Antrag auf Errichtung einer Kolchose, einer Kollektivwirtschaft, als einstimmig angenommen, was im Protokoll festgelegt und den vorgesetzten Behörden zur Veröffentlichung in triumphalen statistischen Aufstellungen – bei uns liebt man Zahlen sehr – und in frohlockenden Zeitungsartikeln gemeldet wurde. ...<<
Churchill berichtet später über ein Gespräch mit Stalin (x073/60): >>Sagen sie mir, fragte ich, bereitet Ihnen der Krieg persönlich ebenso große Schwierigkeiten, wie Sie sie bei der Einführung der Kollektiv-Landwirtschaften überwinden mußten? – Nein, nein, erwiderte er, die Kollektivierung der Landwirtschaft hat einen furchtbaren Kampf gekostet. ... Zehn Millionen, sagte er, die Hände hochhebend. Es war furchtbar, vier Jahre habe ich kämpfen müssen. ... Es war alles sehr schlimm und schwierig – aber notwendig. –
Wie spielte es sich ab?, fragte ich. – Ja nun, sagte er, viele haben eingewilligt, mit uns mitzutun, einigen wurde in den Provinzen Tomsk, Irkutsk und noch weiter nördlich eigener Boden zur Kultivierung gegeben, aber die große Masse war sehr unbeliebt und ist von ihren Knechten umgebracht worden. ...<<
Der deutsche Historiker Hans Raupach (1903-1997) schreibt später über die Zwangskollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft (x058/313): >>... Die politisch gezielte Diffamierung und Vernichtung der "Kulaken als Klasse" kann nicht davon ablenken, daß es um die Transformierung der Arbeitsverfassung und Wirtschaftsweise in der Landwirtschaft ging.
Die Kollektivierung läßt sich als logischer Ausweg aus einem sonst nicht zu lösenden Dilemma darstellen oder auf die vereinfachte Formel bringen, daß die Sowjets im Grunde genommen in den Getreidesteppen nur die Form der Gutswirtschaft wiederhergestellt haben, welche ehedem hohe Überschüsse unter Verwendung von Großmaschinen ermöglicht hatte. ...
In der bolschewistischen "Revolution von oben" liegt aber eine Umkehrung und Pervertierung des historischen Prozesses vor, wie er durch die radikal-liberale Umwälzung von 1917 eingeleitet und von W. I. Lenin in der Idee einer freiwillig-genossenschaftlichen Evolution weitergedacht worden war. Die kalte Formel "Liquidierung der Kulaken als Klasse" enthält die antihumanistische Wendung in der bolschewistischen Revolution, jedenfalls in den Augen derer, welche bis dahin die Oktoberrevolution als historisch-legitime Nachfolgerin in der Kette der Umwälzungen des Zeitalters des Fortschritts angesehen haben.
Die Sozialgeschichte überliefert keinen vergleichbaren Vorgang, bei dem so wie hier eine soziale Schicht unter berechnendem Einsatz eines ganzen wirtschaftlichen und massenpsychologischen Instrumentariums vernichtet wurde, obwohl sie nichts anderes getan hatte, als die ihr eingeräumten Chancen wirtschaftlich nutzbringender Betätigung wahrzunehmen, ohne dabei Gebote der Menschlichkeit zu verletzen.
Die offizielle Geschichtsschreibung versucht heute ebenso wie Stalin damals, Ausschreitungen auf "unverantwortliche Genossen" abzuwälzen. Sie wird jedoch kaum umhin können, sich einmal zu den moralischen Kosten der primären Kapitalakkumulation ebenso zu bekennen wie der von ihr so verdammte liberale Kapitalismus.<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über Stalins rücksichtslose Umgestaltung der sowjetischen Landwirtschaft (x192/435): >>Die staatlichen Pläne zur Versorgung der Städte mit ausreichend billiger Nahrung richteten sich gegen die Interessen der wohlhabenden Bauern (Kulaken), die einen Großteil der in den Städten verbrauchten Lebensmittel lieferten.
Sie wollten den bestmöglichen Preis für die Produkte erzielen und waren daher verständlicherweise erbitterte Gegner der neuen, von Stalin eingeführten Agrarpolitik, welche die Zusammenlegung aller bäuerlichen Betriebe zu Kollektiven mit vorgegebenen Produktionsquoten und einer staatlich eingesetzten Verwaltung anordnete. Die Ernten der Großbetriebe mußten zu künstlich niedrig gehaltenen Preisen an den Staat verkauft werden, der sie zur Versorgung der Städte benötigte.
Der Widerstand der Kulaken gegen die Kollektivierung führte zu Problemen bei der Nahrungsmittelversorgung der Städte – eine Herausforderung, die Stalin nicht ignorieren konnte. Hunderttausende Kulaken wurden massakriert oder zur "Umerziehung" in sibirische Arbeitslager gebracht. Bis 1934 waren – um einen erschreckend hohen Preis – 200.000 landwirtschaftliche Kollektive eingerichtet worden, und die Sowjetunion schien nach 2 Jahrzehnten der Umwälzungen am Beginn einer Periode relativer Ruhe zu stehen. ...<<

1929

> Es gibt zwei Zeiten im menschlichen Leben, in denen man nicht spekulieren sollte: Wenn man es sich nicht leisten kann, und wenn man es kann.
> *Mark Twain, eigentlich Samuel L. Clemens (1835-1910, nordamerikanischer Schriftsteller)*

01.01.1929

Deutsches Reich: Die "Deutsche Bergwerkszeitung' berichtet am 1. Januar 1929 (x034/392): >>... Stärker denn je hat das Volk im vergangenen Jahre empfinden müssen, daß es ihm an der Führung fehlt.<<

03.01.1929

Deutsches Reich: Heinrich Himmler wird am 3. Januar 1929 Reichsführer der SS.

06.01.1929

Jugoslawien: Alexander I. (1888-1934) errichtet am 6. Januar 1929 eine Königsdiktatur (Auflösung des Parlaments und Verbot aller Parteien).

08.01.1929

USA: Die deutsche Presse berichtet am 8. Januar 1929 über die Auswirkungen des Tonfilms für die Theater in den USA (x034/393): >>... Von den 104 Theater-Premieren, die seit 1. August in New York herausgebracht wurden, erwiesen sich 60 % als ein Fiasko. Die Ursache dieser Katastrophe für die Theater wird in den Tonfilmen erblickt, deren Besuch nur etwa den dritten Teil kostet. Außerdem scheint die Qualität der Darbietungen ganz entschieden auf der Seite der Tonfilme zu liegen, die auch den Geschmack des Publikums besser erfassen.<<

15.01.1929

Deutsches Reich: Am 15. Januar 1929 sind im Deutschen Reich 2.029.000 Menschen arbeitslos.

Das studentische Nachrichtenblatt der TH München veröffentlicht am 15. Januar 1929 einen Aufruf des Verbandes Deutscher Akademiker zum "November 1928" (x191/47): >>Zum zehnten Male jährte sich kürzlich jener schwarze Tag von Meineid und Verrat, an dem unter jüdischer Führung die Grundlagen des heute noch Deutschland beherrschenden Systems gelegt wurden.<<

20.01.1929

Deutsches Reich: Hitler entscheidet während der NS-Führertagung am 20. Januar 1929 (x034/394): >>... Jugend muß von Jugend geführt werden.<<

01.02.1929

Deutsches Reich: Am 1. Februar 1929 erscheint der Roman "Im Westen nichts Neues" im Verlag Ullstein.

Von diesem Buch des deutschen Schriftstellers Erich Maria Remarque (1898-1970) werden bis Mitte Mai 1929 bereits 640.000 Exemplare verkauft.

11.02.1929

Deutsches Reich: Infolge starker Kälteeinbrüche kann man am 11. Februar 1929 den Rhein an verschiedenen Stellen zu Fuß überqueren. In Schlesien werden 35 Grad unter Null gemessen.

Italien: Als Papst Pius XI. (1857-1939, Papst seit 1922) in den Lateranverträgen auf die Wiederherstellung des Kirchenstaates verzichtet, erkennt Mussolini am 11. Februar 1929 die Vatikanstadt als selbständiges, neutrales Herrschaftsgebiet des Papstes, den Katholizismus als einzige Staatsreligion, den Religionsunterricht als Schulpflichtfach und die rechtliche Verbindlichkeit der kirchlichen Eheschließung an.

Mussolini erklärt damals zur Religionsauffassung des Faschismus (x149/30): >>Für den Faschismus ist die Religion eine Notwendigkeit. ... Nur sie bietet Garantie für die vollkommene Sittlichkeit. ...<<

Der deutsche Staatsrechtler Hermann Heller (1891-1933, Jurist, von 1928-32 Prof. in Frankfurt, seit 1933 in Madrid) berichtet im Jahre 1929 über den Abschluß der Lateranverträge (x149/30): >>Mussolini und sein Anhang sind ganz gewiß nicht gläubiger als die alten Liberalen. Die antiklerikale Vergangenheit des gesamten Faschismus zeigt das Gegenteil. ...

Aufgrund der Tatsache, daß der Papst selbst, die vatikanischen Würdenträger ... in ... ihrer Mehrheit Italiener sind, hofft man, den Katholizismus zum Vorspann national-faschistischer Innen- und Außenpolitik machen zu können. ...

Die Kirche weiß sehr genau, was die atemberaubend stürmische Umarmung Mussolinis für sie bedeutet. Besser noch als die Faschisten kennt der Vatikan die Unversöhnlichkeit von Katholizismus und Faschismus. ...

Alles, was der Faschismus der Kirche bietet, wird sie auch in Zukunft annehmen – und sein Ende abwarten.<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die "Lateranverträge" (x051/344): >>Lateranverträge, Sammelbezeichnung für die am 11.2.29 zwischen Mussolini und dem Heiligen Stuhl (Vatikan), vertreten durch Kardinalstaatssekretär Gasparri, im päpstlichen Lateranpalast abgeschlossenen drei Verträge:

1. eigentliche Lateranverträge (trattato): Anerkennung der ausschließlichen Staatsgewalt des Heiligen Stuhles über den neuen, souveränen und neutralen "Staat der Vatikanstadt" (Stato della Città del Vaticano) mit dem Papst als Staatsoberhaupt und des Eigentums des Heiligen Stuhles über Kirchen und Paläste im italienischen Staatsgebiet (Artikel 3) und endgültige Bereinigung der seit 1870 durch die Eingliederung Roms als Hauptstadt in das Königreich Italien schwelenden "Römischen Frage" (Artikel 26).

2. Finanzabkommen (als Anhang IV integraler Bestandteil von 1.: Einmalige Zahlung von 1,75 Milliarden Lire an den Heiligen Stuhl als Entschädigung für die durch die Einbeziehung des Kirchenstaates in den italienischen Staat seit 1860-70 entstandenen Verluste.

3. Konkordat (concordato) zur Regelung der Rechtsbeziehung zwischen italienischem Staat und katholischer Kirche: Bestätigung der römisch-katholischen Religion als Staatsreligion mit Garantien für die freie Ausübung der geistlichen Gewalt, für den staatlichen Schutz der kirchlichen Ehe, für die Befreiung der ordinierten Kleriker vom Kriegsdienst u.a.

Die Lateranverträge bedeuteten für Mussolini und den Faschismus in der katholischen Welt einen wichtigen Zuwachs an Ansehen und politischer Stabilität und dienten als Vorbild für das Konkordat 1933 mit dem nationalsozialistischen Deutschland.

Die Lateranverträge wurden 1947 von der Verfassunggebenden Versammlung in den Artikel 7 der Verfassung der Republik Italien aufgenommen.<<

28.02.1929

Deutsches Reich: Am 28. Februar 1929 sind im Deutschen Reich 3.050.000 Menschen arbeitslos (x034/398).

10.03.1929

Deutsches Reich: Die Firma Horch wirbt am 10. März 1929 mit bekannten Persönlichkeiten für ihr neues 8 Liter-Automobil (x034/400): >>Ich fahre Horch 8, weil ich einen guten und schönen, in erster Linie aber einen deutschen Wagen haben will. ...<<

18.03.1929

Deutsches Reich: Der deutsche Schriftsteller Heinrich Mann (1871-1950) schreibt am 18. März 1929 im "Berliner Tageblatt" (x034/401): >>... Der Kampf um Geistesfreiheit ist ewig wie der Kampf um das tägliche Brot.<<

30.03.1929

Deutsches Reich: Außenminister Stresemann (der im Ausland hochgeachtet, aber im Deutschen Reich vielfach gehaßt wird) schreibt am 30. März 1929 an den britischen Botschafter Lord Edgar d'Abernon in Berlin (x063/556): >>Heute muß ich Ihnen sagen, daß diejenigen, die für die Locarno-Politik eingetreten sind, nur die Trümmer ihrer Hoffnungen sehen. Die blödsinnige Politik der weiteren Besetzung des Rheinlandes treibt alle Leute wieder zu den Deutschnationalen zurück. Diejenigen, die am stärksten für diesen Gedanken eingetreten waren, fühlen sich am stärksten deprimiert.<<

23.04.1929

Deutsches Reich: Der deutsche Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtet am 23. April 1929 über ein Konzert des 12jährigen Yehudi Menuhin in der Berliner Philharmonie (x034/405): >>... Der Junge ist ein wirkliches Wunder; sein Spiel hat die göttliche Beseeltheit des Genies und die Reinheit des Kindes. Eine tolle Virtuosität bleibt ganz sekundär, als ob sie sich von selbst verstünde. Ein wunderbares Stilgefühl, auch nicht die leiseste Spur von Kitsch oder Sentimentalität, sondern ganz reines, tiefes Empfinden.<<

30.04.1929

Deutsches Reich: Die KPD ruft am 30. April 1929 in ihrer Parteizeitung "Rote Fahne" zu Maidemonstrationen auf.

01.05.1929

Deutsches Reich: Im Verlauf der Maifeiern in Berlin ereignen sich am 1. Mai 1929 durch Aktionen des Rotfrontkämpferbundes (paramilitärische KPD-Kampforganisation) schwere Unruhen, die 7 Tote und etwa 100 Verletzte fordern.

02.05.1929

Deutsches Reich: Während einer lautstarken Reichstagsdebatte macht der KPD-Abgeordnete Wilhelm Pieck (1876-1960) am 2. Mai 1929 die Polizei für die Gewalttätigkeiten bei den Maifeiern verantwortlich. Die Abgeordneten der KPD singen danach die "Internationale" (Kampflied der kommunistischen Arbeiterbewegung) und verlassen den Reichstag.

06.05.1929

Deutsches Reich: Der preußische Innenminister Albert Grzesinski (1879-1947) ordnet am 6. Mai 1929 die Auflösung des kommunistischen Rotfrontkämpferbundes an.

04.06.1929

Deutsches Reich: Die Zeitung "Berliner Morgenpost" berichtet am 4. Juni 1929 (x034/410): >>Endlich ist es Wirklichkeit geworden. Spät, doch noch nicht zu spät, sind auch wir beim historischen Wendepunkt des Films angelangt. ... Der Ton-Film, der sprechende Film also ist da!<<

07.06.1929

Deutsches Reich: Die Sarotti AG Berlin erwirbt am 7. Juni 1929 Teile des Schweizer Nestle-Konzerns und wird dadurch zum größten Schokoladenproduzent Deutschlands.

Frankreich: Im Verlauf der Pariser Sachverständigenkonferenz (Young-Plan) werden am 7. Juni 1929 die aktuellen Reparationen veröffentlicht. Das Deutsche Reich soll danach noch Reparationen von 113,9 Milliarden RM in 68 Raten zahlen (x034/410).

30.06.1929

Deutsches Reich: Der "Vorwärts" berichtet am 30. Juni 1929 (x034/413): >>Wir Sozialdemokraten sind bewußte und konsequente Antifaschisten, denn nur der Faschismus ist eine wirkliche Gefahr für die Republik, der Kommunismus ist es nur in übertragenem Sinne, weil er dem Faschismus bewußt und unbewußt Vorschub leistet.<<

In Berlin legen Studenten am 30. Juni 1929 im Vorgarten der Universität einen Treueschwur ab (x034/413): >>... Im Kampfe gegen die Kriegsschuldlüge nicht zu erlahmen!<<

03.07.1929

Deutsches Reich: Die preußische Regierung verbietet am 3. Juli 1929 allen Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes, an NSDAP- und KPD-Veranstaltungen teilzunehmen.

16.07.1929

Deutsches Reich: Der Dampfer "Bremen" des Norddeutschen Lloyd läuft am 16. Juli 1929 zu seiner Jungfernreise nach New York aus. Der Norddeutsche Lloyd verfügt damals mit der "Bremen" und der "Europa" über die schnellsten und schönsten Passagierschiffe der damaligen Zeit, die jeweils das berühmte "Blaue Band" für die schnellste Atlantiküberquerung erringen.

27.07.1929

Deutsches Reich: Der "Niedersächsische Beobachter" in Hannover und das "Landvolk" in Itzehoe" veröffentlichen am 27. Juli 1929 den Aufsatz "Volksheer oder Garde der Demokratie" (x058/332): >>Spuk in Berlin. Spät nachmittags auf dem Kurfürstendamm. Bars, Amüsierkneipen, Kokotten in Seide und Pelz, Negermusik aus drei Dutzend Kaffeehäusern. ...

Die Nacht fällt ein. Hier aber wird es heller. Der Trubel wächst, Licht unzähliger Scheinwerferlampen macht die Augen, die Gesichter grell, maskenhaft, unheimlich. Alle Männer sehen aus, als könnte jeder sein: Minister, Schieber, Taschendieb, Börsianer, Bankier. ...

Man sieht sich, kneift die Augen zusammen, denkt an den Begriff der "weißen Weste" und lächelt süffisant "Na ja" ...

Das ist das Gesicht des Staates von Weimar, den sich die Arbeiterschaft als Staat der "sozialen Demokratie" zu gestalten dachte. ...<<

11.08.1929

Deutsches Reich: Der Reichsausschuß für das Deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan veröffentlicht am 11. August 1929 in Berlin den Entwurf des sogenannten "Freiheitsgesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes" (x034/418): >>Das Deutsche Volk hat auf Volksbegehren im Volksentscheid das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1 Die Reichsregierung hat den auswärtigen Mächten unverzüglich in feierlicher Form Kenntnis davon zu geben, daß die erzwungene Kriegschuldanerkenntnis des Versailler Vertrages der geschichtlichen Wahrheit widerspricht, auf falschen Voraussetzungen beruht und völkerrechtlich unverbindlich ist.

§ 2 Die Reichsregierung hat darauf hinzuwirken, daß die Kriegsschuldanerkenntnis des Art. 231 sowie die Art. 429 und 430 des Versailler Vertrages förmlich außer Kraft gesetzt werden.

Sie hat ferner darauf hinzuwirken, daß die besetzten Gebiete nunmehr unverzüglich und bedingungslos, sowie unter Ausschluß jeder Kontrolle über deutsches Gebiet geräumt werden, unabhängig von Annahme oder Ablehnung der Beschlüsse der Haager Konferenz.

§ 3 Auswärtigen Mächten gegenüber dürfen neue Lasten und Verpflichtungen nicht übernommen werden, die auf der Kriegsschuldanerkenntnis beruhen.
Hierunter fallen auch die Lasten und Verpflichtungen, die aufgrund der Vorschläge der Pariser Sachverständigen und nach den daraus hervorgehenden Vereinbarungen von Deutschland übernommen werden sollen.
§ 4 Reichskanzler, Reichsminister und deren Bevollmächtigte, die entgegen der Vorschrift des § 3 Abs. 1 Verträge mit auswärtigen Mächten zeichnen, unterliegen den im § 92 Nr. 3 StGB vorgesehenen Strafen.
§ 5 Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.<<

16.08.1929

Deutsches Reich: Reichsinnenminister Carl Severing notiert am 16. August 1929 in seinen persönlichen Aufzeichnungen (x149/66): >>Am 16.8. bezeichnete der Kommunist Rogalla in einer öffentlichen Versammlung ... die Republik als einen "Sau- und Schweinestall" ...<<

18.08.1929

Deutsches Reich: Der "Westdeutsche Beobachter" aus Köln veröffentlicht am 18. August 1929 den Aufsatz "10 Jahre Judenrepublik" (x058/332): >>... Eine traurige Bilanz fürwahr: 10 Jahre Judenrepublik, 10 Jahre Volksbetrug. 10 Jahre Börsengaunerei. 10 Jahre erbitterter Kampf gegen die Halunken und Verbrecher, die im Jahre 1918 der deutschen Front den Dolch in den Rücken stießen und uns an die internationale Judenhochfinanz verkauften und verrieten, (um) des schnöden Mammons willen ...<<

27.08.1929

Niederlande: Der schwerkranke deutsche Reichsaußenminister Gustav Stresemann bricht am 27. August 1929 in Den Haag nach anstrengenden Verhandlungen zusammen.

31.08.1929

Niederlande: Während der Konferenz in Den Haag (6.08.-31.08.1929) kommt es zu einer Festlegung der endgültigen Reparationen (Young-Plan): Restzahlung von 34,5 Milliarden Reichsmark in 59 Jahren. Danach soll die letzte Zahlung im Jahre 1988 erfolgen (x041/90).
Das Rheinland soll bis zum 30. März 1930 von allen ausländischen Besatzungstruppen geräumt werden. Stresemanns Versuche, den polnischen Korridor zu beseitigen und eine Revision der oberschlesischen Grenzen zu erreichen, scheitern jedoch (x063/556).
Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Young-Plan" (x051/654-655): >>Young-Plan, am 7.6.29 unterzeichnetes Programm zur Regelung der Reparationen, die das Deutsche Reich aufgrund des Versailler Vertrages an seine ehemaligen Kriegsgegner zu leisten hatte.
Der den Dawesplan von 1924 ersetzende Youngplan, ausgearbeitet von einer am 9.2.29 in Paris unter dem Vorsitz des amerikanischen Bankiers Owen D. Young (1874-1962) eröffneten Sachverständigenkonferenz mit deutscher Beteiligung (Delegationsleiter Schacht), abschließend beraten auf zwei Konferenzen im Haag (6.-31.8.29 und 3.-20.1.30) und rückwirkend am 1.9.29 in Kraft getreten, legte die Gesamthöhe der Reparationen des Deutschen Reiches auf 34,5 Milliarden RM fest, zu bezahlen in 59 Jahresraten (d.h. bis 1988). Zur Abwicklung der Zahlungen wurde die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich geschaffen.
Mit dem Youngplan waren die Aufhebung der alliierten Kontrollen der deutschen Wirtschaft und die vorzeitige Beendigung der Rheinland-Besetzung (bis 1930) verbunden. Nachdem das Deutsche Reich unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise schon am 1.7.31 seine Reparationszahlungen einstellen mußte, wurde der Youngplan durch das Lausanner Abkommen vom 9.6.32 formell aufgehoben.
Wichtiger als die wirtschaftliche war so die innenpolitische Bedeutung des Youngplans: Das von der "nationalen Opposition" (NSDAP, DNVP und Stahlhelm) initiierte Volksbegehren gegen den Youngplan (mit 4,1 Millionen knapp erfolgreich) machte die NSDAP und Hitler in Deutschland einer breiten Öffentlichkeit bekannt, auch wenn der anschließende Volksent-

scheid am 22.12.30 (mit 5,8 Millionen Stimmen) scheiterte.<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den "Young-Plan" (x068/216-219): >>... Man kam den Deutschen noch weiter entgegen durch eine Revision des Dawes-Planes, im sogenannten Young-Plan, benannt wiederum nach einem amerikanischen Finanzmagnaten, dem Industriellen und Direktor der New Yorker Federal Reserve Bank, Owen D. Young.
Man reduzierte die deutschen Reparationszahlungen im Jahr 1929 auf 37 jährliche Zahlungen in Höhe von 2,05 Milliarden Reichsmark, danach noch auf 22 Jahresraten bis 1988 in Höhe von 1,65 Milliarden Reichsmark. Und zur Sicherung der Interessen des internationalen Finanzkapitals, besonders des amerikanischen, gründete man in Basel die "Bank für internationalen Zahlungsausgleich".
Freilich erwies sich auch der Young-Plan rasch als undurchführbar. So sah bereits das Hoover-Moratorium vom 20. Juni 1931, angeregt durch den Präsidenten Hoover, eine vorübergehende Schuldensistierung vor, eine einjährige Aussetzung interalliierter Kriegsschulden und Reparationszahlungen im Interesse der US-Bankiers, die um die Sicherheit ihrer Investitionen in Deutschland bangten. Nicht genug. Im Juni/Juli 1932, ein halbes Jahr vor Hitlers Machtantritt, streicht man auf der Konferenz von Lausanne mehr als 90 % der noch im Young-Plan geforderten Zahlungen.
Nun war das Motiv für all diese ja in nur wenigen Jahren Deutschland gewährten Milliarden-Kredite selbstverständlich nichts als politische und vor allem wirtschaftliche Spekulation, nichts als nackte Profitsucht. Ausschließlich deshalb versuchte man den ruinierten Weltkriegsgegner vor einer zu starken Schwächung (zugunsten Frankreichs), vor dem völligen finanziellen Fiasko, aber auch vor einer drohenden sozialistischen Revolution zu retten.
Eine gewisse Stärke Deutschlands, wirtschaftlich und sogar militärisch, hatte gerade Präsident Wilson seit der deutschen Niederlage angestrebt. Und länger als ein Jahrzehnt wurde diese "amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland" (Werner Linke) fortgesetzt. Noch 1931 sagte Außenminister Henry Stimson zu Präsident Hoover, daß "wir fest an die Situation Deutschlands gebunden sind".
Sofort nach dem Waffenstillstand begannen amerikanische Militärbeauftragte, "ein sehr enges und sogar herzliches Verhältnis zur deutschen Reichswehr aufzubauen, die uneingeschränkt pro-amerikanisch zu sein schien."
Ebenfalls engagierten sich alsbald amerikanische Geschäftsleute in der Weimarer Republik und bauten "systematisch ihren Anteil an der deutschen Wirtschaft aus", durch Kredite, durch Fusionen. Und indem Amerika Deutschland stabilisieren half, "steigerte es natürlich dessen militärische Möglichkeiten" (Klaus Schwabe).
Der ganze Geldfluß kam, gewollt oder nicht, auch der insgeheim betriebenen Wiederaufrüstung zugute. Denn schon lange vor Hitlers Machtergreifung war diese Wiederaufrüstung geplant, hatte das Militär projektiert, die Armee von sieben auf 21 Divisionen zu erweitern. Das dürfte den USA schwerlich unbekannt geblieben sein, zumal man es schon Ende der zwanziger Jahre relativ weit gebracht hatte.
Von 8 1/3 Millionen Reichsmark Gesamtausgaben des Deutschen Reiches (abzüglich der Überweisungen an die Länder) entfielen bereits 1928/29 nicht weniger als 63,5 % zur Dekkung der Folgen des letzten Krieges und zur Vorbereitung eines neuen, nämlich 5 1/3 Milliarden RM; während aus den restlichen 3 Milliarden RM sämtliche andere Ausgaben bestritten werden mußten.
Wenn sich Hitler 1931 von dem katholischen Reichskanzler Heinrich Brüning "tief beeindruckt" zeigte, so offenbar nicht wegen seines Glaubens, sondern wegen seines enormen Rüstungsprogramms. Betrieb der katholische Kanzler, ein im Weltkrieg mehrfach ausgezeichneter Infanterieoffizier, doch insgeheim die deutsche Wiederbewaffnung, besonders die Förde-

rung der Luftstreitkräfte.
Die "Luftfahrtabteilung" seines Verkehrsministeriums leitete jener Hauptmann Brandenburg, der ein Jahrzehnt später maßgebend an der Leitung der Fliegerangriffe auf London beteiligt war. Flugzeugfirmen wie Junkers und Heinkel wurden bereits stark staatlich subventioniert. Militärflieger in 44 illegalen Ausbildungslagern geschult, und in den Tresoren lagen detaillierte Pläne für die Bombardierung von London, Paris und der Maginotlinie.
Die Staatsausgaben des Deutschen Reiches für Kriegsfolgen und Kriegsvorbereitungen betrugen damals, beispielsweise, das Hundertfache seiner Ausgaben für Bildung! Denn warum Leute bilden lassen, die man doch wieder (und immer wieder!) abschlachten läßt? Oder anders gesagt: Würden sich Menschen für Hasardeure und Gangster noch umbringen lassen, wären sie gebildet? Kritisch aufgeklärt?
Das Verfassungs- und Außenpolitische Ziel des katholischen Zentrumskanzlers Brüning war weniger Erhaltung der Demokratie als vielmehr die Wiederherstellung der Monarchie, und zwar in ihrer alten Machtfülle; nicht nur militärische Gleichberechtigung Deutschlands, sondern, visionäre Endziele freilich vorerst, Revision der deutschen Ostgrenze, vielleicht gar eines Tages, als Erbe der einstigen Donaumonarchie, die Führung Südosteuropas.
"Diese Außenpolitik hat zur innerpolitischen Faschisierung Deutschlands, wenngleich ungewollt, einen kräftigen Beitrag geleistet, die internationalen Voraussetzungen für ein Kabinett Hitler geschaffen und die ersten außenpolitischen Schritte des nationalsozialistischen Deutschland ermöglicht" (H. Graml).
Nun wurde Deutschland aber nicht nur offiziell von den Vereinigten Staaten unterstützt. Es gab eine zusätzliche inoffizielle, eine geheime Unterstützung, von der die deutsche Öffentlichkeit - und nicht nur sie - bis heute nichts ahnt. Diese Unterstützung leistete die internationale Hochfinanz, ganz besonders die der USA.<<
Der deutsche Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin berichtet später über den "Young-Plan" (x286/43-44): >>... 1929 einigt man sich auf einen weiteren Reparationsplan, den der US-Manager Owen Young (1874-1962) ausgeheckt hatte. Wieder gab es erstmal eine Anleihe, 300 Millionen $ zu 5,5 %.
Danach sollte Deutschland weniger zahlen: 2 Milliarden Goldmark im Schnitt, und das länger gestreckt: auf 59 Jahre. Die letzte Rate wäre 1988 fällig gewesen.
Der Meister John Maynard Keynes meldete sich wieder zu Wort. Diesmal meinte er, Deutschland könne zahlen. Es müsse halt nur den Gürtel enger schnallen, Löhne kürzen, die Binnenkaufkraft vermindern. Dann würde genug übrig bleiben. Ein Exportüberschuß müßte automatisch entstehen, aus dem sich die Sieger bedienen könnten. Weder die Rückzahlung der Kredite noch die Bedienung der Reparationen sei dann noch ein Problem.
Was Keynes verzapfte, trat prompt ein. Deutschland schnallte (den Gürtel) enger und kriegte 6 Millionen Arbeitslose. Hitler kam und das Elend des Nationalsozialismus ...
Keynes hatte bewiesen, daß nichts leichter ist, als sich in wirtschaftlichen Debatten interessant zu machen. Dazu muß man nur alle paar Jahre das Gegenteil von dem behaupten, was man früher gesagt hat. Bekanntlich hat Keynes dann 1936 ein Buch zur Beschäftigungstheorie geschrieben, mit der er sich wieder einmal um 180 Grad drehte: Er favorisierte wieder Geldverplempern statt Gürtelschnallen und macht sich zum Anwalt von ausschweifender Staatsverschuldung, was genau das Gegenteil von Rückzahlung war. ...<<

August 1929

Palästina: Im August 1929 verüben die Araber schwere Gewalttaten in Palästina. In den Städten Hebron und Safed massakrieren fanatische Araber mindestens 104 jüdische Siedler.
Danach finden überall planmäßige Judenverfolgungen statt, so daß die Juden nicht mehr zur Ruhe kommen.

02.09.1929

Deutsches Reich: Goebbels schreibt am 2. September 1929 in der NS-Zeitung "Angriff" über das Volksbegehren gegen den Young-Plan (x034/420): >>... Weg mit diesem Verrat an der deutschen Freiheit! Pflanzt die Fahnen des Widerstands und des Aufruhrs auf! Die Straße frei!<<

08.09.1929

Deutsches Reich: Reichsinnenminister Carl Severing notiert am 8. September 1929 in seinen persönlichen Aufzeichnungen (x149/66): >>Bei der Stahlhelmtagung am 8.9. durchzog ein Trupp Stahlhelmleute die Stadt und sang ein Lied mit dem Refrain: "Wir scheißen auf die Republik!" ...<<

09.09.1929

Schweiz: Obwohl der deutsche Außenminister Stresemann bereits unübersehbar vom Tod gezeichnet ist, spricht er am 9. September 1929 zum letzten Mal vor dem Völkerbund in Genf. Der verbitterte Entspannungspolitiker kämpft praktisch bis "zum letzten Atemzug" leidenschaftlich, aber letzten Endes vergeblich, für die vorzeitige Räumung des besetzten Rheinlandes, die Rückgabe des Saarlandes, die Minderheiten-Schutzrechte und für sein Lebensziel, ein "vereintes Europa".

In seiner letzten Rede vor dem Völkerbund in Genf erklärt der sterbenskranke Staatsmann (x063/558, x059/62): >>... Ich vermag in der Stellungnahme zum Minderheitenproblem keinen Unterschied zwischen interessierten und nichtinteressierten Staaten anzuerkennen. Es handelt sich um ein Problem, das gerade nach dem Grundprinzip des nach dem Kriege geschaffenen neuen Regimes den Völkerbund in seiner Gesamtheit angeht. ...

Denn der Frieden unter den Völkern wird um so besser gesichert sein, je mehr das unverzichtbare Menschenrecht auf Muttersprache, Kultur und Religion, unbeschadet der staatlichen Grenzen, geachtet und geschützt wird. ...<<

>>... Wo bleibt die europäische Münze? Wo die europäische Briefmarke? ... Ich lehne es ab, die wirtschaftliche Einigung und die Vereinfachung der europäischen Staaten als fernen Zukunftstraum anzusehen, ich halte es vielmehr für meine Pflicht, in dieser Richtung zu arbeiten.<<

Stresemann, ein Vorkämpfer des Europagedankens und der Völkerversöhnung, der die unsäglichen Folgen des Ersten Weltkrieges auf friedlichem Wege beseitigen will, berichtet kurz vor seinem Tod (x069/151): >>... Ich habe aufrichtig für den Frieden gearbeitet. Ich habe mich für eine englisch-französisch-deutsche Verständigung eingesetzt. Achtzig Prozent der deutschen Bevölkerung habe ich für meine Politik gewonnen. Ich habe mein Land in den Völkerbund gebracht. Ich habe den Locarnopakt unterzeichnet. Ich habe gegeben, gegeben und nochmals gegeben, bis meine Landsleute sich gegen mich wandten.

Es ist jetzt 5 Jahre her, daß wir Locarno unterzeichneten. Wenn sie mir nur ein Zugeständnis gemacht hätten, so hätte ich mein Volk gewonnen. Auch heute könnte ich es noch. Aber Sie haben nichts gegeben, und die winzigen Zugeständnisse, die sie machten, kamen immer zu spät. Und die Jugend Deutschlands, die wir für den Frieden und für ein neues Europa hätten gewinnen können, haben wir für beides verloren. Das ist meine Tragik und ihr Verbrechen.<<

18.09.1929

Deutsches Reich: Reichsinnenminister Carl Severing notiert am 18. September 1929 in seinen persönlichen Aufzeichnungen (x149/66): >>Am 18.9. führte Freiherr von Bodungen in einer öffentlichen Versammlung der Landvolkbewegung in Neumünster u.a. aus, Stresemann wäre ein Verräter am deutschen Volk und ein Verbrecher, der ins Zuchthaus gehöre. Die Versammlung quittierte mit Zwischenrufen wie "Aufhängen" und "Totschlagen". ...<<

28.09.1929

Deutsches Reich: Der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren gegen den Young-

Plan beantragt am 28. September 1929 bei der Reichsregierung die Zulassung des Volksbegehrens.

02.10.1929

Deutsches Reich: Reichsaußenminister Gustav Stresemann erleidet am 2. Oktober 1929 nach einer Fraktionsbesprechung einen schweren Schlaganfall.

03.10.1929

Deutsches Reich: Gustav Stresemann (1878 in Berlin geboren, der sich ab 1919 vom autoritären Monarchisten zum Befürworter und herausragenden Entspannungspolitiker der Weimarer Republik entwickelt) stirbt am 3. Oktober 1929 an den Folgen eines Schlaganfalls. Stresemann, der zu den fähigsten Persönlichkeiten der Weimarer Republik gehört, stirbt leider viel zu früh, denn er hätte Hitlers "Machtergreifung" vielleicht verhindern können.

Graf Johann Schwerin von Krosigk (1887-1977, 1932-45 Finanzminister) schreibt später über Gustav Stresemann (x069/150): >>Hatte Stresemann als Reichskanzler auf dem innenpolitischen Gebiet vielleicht nicht immer die zweckmäßigsten Maßnahmen ergriffen, so wuchs er in der Außenpolitik zu einem Meister heran, wie ihn Deutschland seit Bismarck nicht besessen hat. ...

Stresemann besaß die Gabe, trockenes Tatsachenmaterial in eine zündende Rede zu verwandeln und für seine Ideen mit einer fast unwiderstehlichen Überzeugungskraft zu werben. Er gebot dabei über alle Register, von der ruhigen Logik des geschulten Anwalts bis zur beschwörenden Leidenschaft des Volkstribunen. Im Reichstag wuchs seine Autorität von Jahr zu Jahr, auch wenn er leidenschaftlich bekämpft wurde.<<

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtet am 3. Oktober 1929 über Stresemanns Tod (x034/425): >>... Ich befürchte von Stresemanns Tod in erster Linie sehr ernste innerpolitische Folgen, das Abrücken der Volkspartei nach rechts, einen Bruch der Koalition, Erleichterung der Diktaturbestrebungen.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Gustav Stresemann (x051/-567): >>Stresemann, Gustav, geboren in Berlin 10.5.1878, gestorben in Berlin 3.10.1929, deutscher Politiker; 1903 Mitglied der Nationalliberalen Partei und 1907-12 sowie 1914-18 für sie im Reichstag, Freundschaft mit Ludendorff.

Stresemann, der noch bis in die letzte Kriegsphase einen "Siegfrieden" erhoffte, wandelte sich nach der Niederlage vom autoritären Monarchisten zum Befürworter der Republik, gründete 1918 die Deutsche Volkspartei, war Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und ab 1920 Fraktionsvorsitzender im Reichstag.

Am 13.8.23 wurde er Reichskanzler eines Kabinetts der Großen Koalition und brachte trotz nur 100-tägiger Amtszeit die entscheidende Wende sowohl politisch (u.a. Niederschlagung des Hitlerputsches und kommunistische Umsturzversuche in Sachsen, Beendigung des Ruhrkampfes) wie ökonomisch durch Überwindung der Inflation.

Am 23.11.23 mußte Stresemann nach Auszug der SPD aus der Koalition zurücktreten, blieb aber bis zu seinem Tod Außenminister in allen folgenden Regierungen und setzte auf eine modifizierte Erfüllungspolitik, um Deutschland wieder zurückzuführen ins Konzert der Großmächte. Das gelang in Ansätzen durch den Locarnopakt 1925, die Aufnahme des Deutschen Reiches in den Völkerbund 1926, den Berliner Vertrag 1926 u.a. Stresemanns Politik war langfristig angelegt und erforderte Geduld, wie sie v.a. die nationalen Rechte nicht aufzubringen bereit war.

Die von Stresemann zusammen mit Briand angebahnte Verständigung (Friedensnobelpreis 1926) scheiterte daher am frühen Tod ihres Initiators und der politischen Radikalisierung in der folgenden Weltwirtschaftskrise.<<

Der deutsche Historiker Hans W. Gatzke (1915-1987) schreibt später über Gustav Stresemann (x245/271): >>Die Beurteilung Stresemanns in der Geschichtsschreibung schwankt auch heu-

te noch zwischen einem ausschließlich auf deutschen Interessen bedachten Nationalisten und einem von dem Bemühen um ein geeintes und friedliches Europa geleiteten Staatsmann. Zu seinen Lebzeiten überwog der Eindruck eines "guten Europäers"; in den dreißiger Jahren aber, und besonders während des zweiten Weltkrieges, setzte sich vielerorts die entgegengesetzte Meinung durch.
Das wahre Wesen Stresemannscher Politik liegt wahrscheinlich zwischen diesen beiden extremen, dem nationalistischem jedoch näher als seinem Gegenteil. ...
Selbst Briand fürchtete, daß am Ende der Stresemannschen Politik die völlige Revision der Versailler Bestimmungen stehen könnte. Wie wir aus dem berühmten Brief Stresemanns an den deutschen Kronprinzen wissen, hatte Briand damit nicht ganz unrecht. ...
Er (Stresemann) bezeichnete seine Politik als zweigleisig, verteidigte sich jedoch gegen den Vorwurf der Zweideutigkeit. "Deutschlands Mission in Europa ist es, der große Neutrale zu sein", d.h. eine Mittelstellung und Vermittlerrolle zwischen West und Ost einzunehmen. ...<<

Jugoslawien: Am 3. Oktober 1929 wird das "neue Jugoslawien" ohne Rücksicht auf historische und ethnographische Entwicklungen in 9 Banate geteilt.

04.10.1929

Frankreich: Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtet am 4. Oktober 1929 aus Paris (x034/425): >>Alle Pariser Morgenzeitungen bringen die Nachricht vom Tode Stresemanns in größter Aufmachung. Es ist fast so, als ob der größte französische Staatsmann gestorben wäre. Die Trauer ist allgemein und echt. Man empfindet, daß es schon ein europäisches Vaterland gibt. ... Die Legende beginnt; Stresemann ist durch seinen plötzlichen Tod eine fast mythische Figur geworden.<<

06.10.1929

Deutsches Reich: Reichskanzler Müller sagt am 6. Oktober 1929 während der Trauerfeier für den verstorbenen Reichsaußenminister Gustav Stresemann im Reichstag (x034/425): >>An der Bahre des deutschen Außenministers stehen nicht nur trauernd seine Gattin und seine Söhne, denen sich unsere innige Teilnahme zuwendet, steht nicht nur die Deutsche Reichsregierung, die ihren Außenminister, nicht nur der Deutsche Reichstag, der eines seiner hervorragendsten Mitglieder, nicht nur die Deutsche Volkspartei, die ihren Führer verloren hat, sondern im Geiste nimmt an dieser Abschiedsfeier das deutsche Volk teil, das einen seiner besten Söhne verloren hat, und die Welt draußen, die in ihm den großen Staatsmann verehrte und den Menschen guten Willens achtete.<<
Der deutsche Journalist und Rechtsanwalt Rudolf Olden (1885-1940, ertrunken) berichtet damals nach Stresemanns Tod (x063/559): >>Die Welt ehrte den Toten mehr als irgendeinen Deutschen der neuen Zeit. ... Ein großer Staatsmann ... Europäer ... Patriot ... war gestorben. ... Es mag sein, wie es will. In diesen Jahren, an der Wende der Zeit ... war er Deutschland. ...<<

08.10.1929

Deutsches Reich: Carl von Ossietzky berichtet am 8. Oktober 1929 in der "Weltbühne" über den verstorbenen Stresemann (x034/426): >>Deutschland hat, nach Jahrzehnten, eine weit über den Durchschnitt reichende politische Begabung gehabt, und jetzt wird wieder große Pause sein.<<

16.10.1929

Deutsches Reich: Am 16. Oktober 1929 beginnt das deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan. Bis zum 29. Oktober 1929 beteiligen sich 10,06 % bzw. 4.139.000 der Wahlberechtigten.

22.10.1929

Deutsches Reich: Reichsinnenminister Carl Severing notiert am 22. Oktober 1929 in seinen persönlichen Aufzeichnungen (x149/66): >>In einer Rede vom 22.10. äußerte der Gauleiter der NSDAP Telschow: "Im Kampf gibt es Leichen, wenn es gegen den jüdischen Janhagel

(Pöbel) geht, schreiten wir auch über Gräber. Es kann sein, daß manche Mutter ihren Sohn verliert." ...<<

25.10.1929

Deutsches Reich: Im Verlauf der 2. Reichskonferenz in Weimar lehnt die KPD am 25. Oktober 1929 den Young-Plan entschieden ab (x034/428): >>Die Kommunistische Partei ruft und führt das gesamte werktätige Volk zum Widerstand, zur Durchbrechung, zum Kampf gegen den Young-Plan auf. ...<<

USA: Am 25. Oktober 1929 leitet der sogenannte "Schwarze Freitag" an den Börsen in Nordamerika eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise ein. Tausende von US-Aktionären verlieren fast über Nacht den Kursgewinn von 3 Jahren (ca. 30,0 Milliarden US-Dollar). Am folgenden Tag müssen viele Banken ihre Schalter frühzeitig schließen, weil sie zahlungsunfähig sind. Danach beginnt die große Weltwirtschaftskrise am Ende der 20er Jahre.

Ein Zeitzeuge berichtet am 25. Oktober 1929 über die Zustände an der Börse in New York (x191/48-49): >>Ständig waren die Kursmakler von Menschen umgeben, die darum kämpften, ihre Aktien zu verkaufen – und keiner dachte auch nur daran, welche zu kaufen. ... Ein chaotischer Anblick bot sich! Trotz Überlastung des Nachrichtenapparates kamen die Aufträge, Aktien zu verkaufen, ... schneller herein, als sie mit menschlichen Kräften erledigt werden konnten.<<

Volker Brennecke berichtet später über den Schwarzen Freitag in Nordamerika (x051/531): >>Schwarzer Freitag, Bezeichnung für den New Yorker Börsenkrach vom 25.10.29. Der Schwarze Freitag gilt als der Beginn der großen Weltwirtschaftskrise 1929-32; er beendete eine jahrelange Wertpapier-Hausse in den USA, die durch den wirtschaftlichen Aufschwung seit 1925 begründet und von einer hektischen Spekulation angeheizt worden war. Ein ungebremster Optimismus sowie günstige Zinsen auf dem amerikanischen Geldmarkt hatten den Kauf von Aktien auf Kreditbasis ermöglicht.

Im Oktober 29 führten schon geringe Kursrückgänge zu panischen Verkäufen, deren Erlös zur Bezahlung von Kreditschulden unbedingt benötigt wurde. Die schlagartigen Kursverluste wirkten sich nicht nur verheerend auf die USA, sondern auch auf Europa und insbesondere Deutschland aus.<<

Die Weltwirtschaftskrise

Aufgrund der neuartigen Massenfertigung produzierte die US-Wirtschaft damals in immer kürzerer Zeit immer größere Warenmengen. Infolge der nordamerikanischen Überproduktion war das Warenangebot wesentlich höher, als die Nachfrage, so daß vor allem die führende Industriemacht USA regelrecht am eigenen "Überfluß" erstickte. Alle US-Lagerhallen waren mit unverkäuflichen Maschinen, Lebensmitteln und anderen Produkten restlos überfüllt. Die Nachfrage fiel immer mehr und die Preise sowie Löhne stürzten unaufhörlich tiefer.

In Ostasien gewann gleichzeitig vor allem die japanische Industrie große Absatzgebiete für ihre billigen Waren, denn die japanischen Arbeitslöhne lagen weit unter den Löhnen der europäischen und nordamerikanischen Industrie.

Viele Länder schützten sich danach durch hohe Einfuhrzölle gegen fremde Erzeugnisse und importierten nur noch von Staaten, die Produkte im gleichen Wert abnahmen. Durch die "Große Depression" ereigneten sich in Nordamerika zahllose Unternehmenszusammenbrüche und es begann eine dramatische Massenarbeitslosigkeit. Danach entwickelte sich schnell eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise. Fast 10.000 Banken brachen zusammen (x067/18).

Die Weltwirtschaftskrise verursachte ungezählte Unternehmensbankrotte, große Nachfrage- und Investitionsrückgänge sowie jahrelange Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Infolge der Kündigung nordamerikanischer Anleihen und Termingelder griff die US-Wirtschaftskrise zwangsläufig auf Europa über und löste sofort schwere Wirtschaftskrisen aus.

Für die Deutschen gab es ein besonders "böses Erwachen", denn die Weltwirtschaftskrise riß

natürlich das hochverschuldete Deutsche Reich zuerst in das Chaos. Die hohe Verschuldung des deutschen Staates und der deutschen Industrie wirkten sich verhängnisvoll aus. Alle großen Hoffnungen und Zukunftspläne der Deutschen wurden urplötzlich zerstört.
In einem nordamerikanischen Schulbuch erklärt man später die Gründe für den Ausbruch der US-Wirtschafts- und Finanzkrise folgendermaßen (x243/83): >> Erstens, die amerikanischen Farmer waren am Wirtschaftsaufschwung nicht beteiligt. Während des Krieges erhielten sie hohe Preise für Getreide und Vieh, weil für die Streitkräfte so viele Lebensmittel benötigt wurden. Die Farmer nahmen mehr Land unter den Pflug. Sie liehen Geld, um neue Maschinen zu kaufen.
Nach dem Kriege erzeugten sie mehr Weizen, Baumwolle und Fleisch, als sie verkaufen konnten. Ausländische Staaten, die amerikanischen Weizen gekauft hatten, waren jetzt nicht mehr in der Lage, amerikanische Produkte zu bezahlen. Die Erzeugerpreise sanken, und viele Farmer machten Bankrott. Banken, die den Farmern Geld geliehen hatten, gingen ebenfalls bankrott. ...
Zweitens, die Wirtschaft dehnte sich in den zwanziger Jahren außerordentlich rasch aus. Die Warenmenge, die die amerikanische Bevölkerung kaufen konnte, war aber begrenzt. Vor den zwanziger Jahren hatten die meisten Leute die Waren bar bezahlt, die sie kauften. Als nun das Bargeld knapp wurde, fingen die Kaufleute an, ihre Waren auf Kredit zu verkaufen. Sie vereinbarten monatliche Ratenzahlungen mit ihren Kunden.
Aber die Fabrikbesitzer konnten nicht abschätzen, wieviele Autos, Kühlschränke und Radios die Leute in der Lage sein würden zu kaufen. Die Geschäftsleute meinten, die Produkte der amerikanischen Industrie würden wie bisher immer so weiter gekauft werden. Die Fabriken liehen sich Geld und bauten neue Anlagen. Schon 1928 wurde es schwieriger, die Waren an den Mann zu bringen. Die Käufer hatten weniger Geld.
Drittens, die Kurse an der Aktienbörse stiegen zu stark, Leute mit wenig Geschäftserfahrung begannen, Aktien zu kaufen. ... Sie erwarteten, daß die Aktienkurse immer weiter steigen würden. Diese Leute waren zu optimistisch. Viele Firmen produzierten mehr, als sie verkaufen konnten. ...
Im Sommer 1929 begannen einige erfahrene Anleger, ihr Geld aus dem Aktienmarkt zurückzuziehen. Gegen Ende Oktober versuchten alle, ihre Aktien zu verkaufen. Die Kurse fielen so rasch, daß diejenigen, die ihre Aktien mit geliehenem Geld gekauft hatten, sie nicht schnell genug verkaufen konnten. ...
Die Leute hörten auf, Dinge zu kaufen, die sie sich nicht leisten konnten. Die Fabriken mußten Arbeiter entlassen, einige mußten ganz schließen. Banken, die ihre Guthaben nicht eintreiben konnten, mußten ihre Schalter schließen. ...<<
Die deutsche Historikerin Adelheid von Saldern schreibt später über die "Weltwirtschaftskrise" (x051/636): >>Weltwirtschaftskrise, bis dahin größte Krise des kapitalistischen Weltsystems (1929-33).
Kumulativ wirkende strukturelle und konjunkturelle Defekte in den verschiedenen Teilbereichen der Wirtschaft (Produktion, Kreditsystem, Welthandel) trafen bei Entstehung und Ausbreitung der Weltwirtschaftskrise zusammen. Von ihr betroffen waren Agrar- wie Industrieländer. Das Ausmaß war unterschiedlich. Außer den USA litt Deutschland besonders stark unter der Krise (sechs Millionen Arbeitslose 1932).
In Anbetracht der politischen Labilität Deutschlands und des durch den verlorenen Krieg und die Inflation geringen allgemeinen Wohlstandsniveaus (wichtige Unterschiede zu den USA!) weitete sich die wirtschaftliche Krise schnell zu einer Gesamtkrise aus. Dies führte auf politischer Ebene zu den Präsidialkabinetten und schließlich zur Machtübernahme Hitlers.
Ausgelöst wurde die Weltwirtschaftskrise durch eine amerikanische Finanz- und Spekulationskrise (Schwarzer Freitag). Die in den folgenden Monaten einsetzenden massiven Kreditab-

züge aus Deutschland (nicht zuletzt aufgrund der hohen Stimmengewinne der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen von 1930) führten schließlich auch zum Zusammenbruch deutscher Banken (Juli 31).
Gleichzeitig kam es zu einer großen Krise des Welthandels (Index der Welthandelswerte in laufenden Preisen: 1926 = 100, 1932 = 39,2). Eine Agrarüberproduktion führte zu einem Preisverfall landwirtschaftlicher Produkte auf dem Weltmarkt.
Viele Agrarländer gerieten in wirtschaftliche Schwierigkeiten und fielen als Abnehmer von Erzeugnissen aus den Industrieländern aus. Die deutsche Wirtschaft war jedoch in besonders hohem Ausmaße vom Export abhängig (Exportquote 1928: 21,0 %). Die zwischen 1926 und 28 vorgenommenen Rationalisierungsinvestitionen der deutschen Industrie waren auf Exportsteigerung und Wirtschaftswachstum angelegt. Die Produktionskapazitäten waren jedoch schneller als die einkommensabhängigen Nachfrageströme angewachsen.
Der deutsche Export ging trotz der Versuche der Regierung Brüning, mittels Notverordnungen die Produktionskosten (v.a. die Löhne) zu senken, rapide zurück und lag 1932 unter der Hälfte des Wertes von 1928. Die deutsche Industrieproduktion sank – in Indexwerten ausgedrückt – von 100 (1928) auf 61,2 (1932).
Auch der Versuch der Regierung Brüning, die notleidende deutsche Landwirtschaft durch ein Hochschutzzollsystem sowie durch Subventionen (Osthilfe) vor den Folgen der Weltagrarüberproduktion zu schützen, schlug fehl. So erhielten jene Kräfte in Wirtschaft und Politik Auftrieb, die eine relative Abkoppelung der deutschen Wirtschaft von der Weltwirtschaft (Autarkie) bzw. eine Verlagerung des deutschen Außenhandels v.a. nach Südosteuropa erstrebten.
Nach dem Scheitern der Deflationspolitik Brünings (Sturz der Regierung: Mai 32) schlugen die Regierung Papen und Schleicher den damals sehr umstrittenen Weg einer aktiven Konjunkturpolitik (deficit spending) ein (allerdings mit sehr unterschiedlicher Schwerpunktsetzung). Doch erst durch die massive Aufrüstungspolitik, für die Hitler schon bei seinem Regierungsantritt grünes Licht gab (ungeachtet der zunächst verstärkt anlaufenden Programme zur Arbeitsbeschaffung), gelang es, auf zeit- und systemspezifische Weise die Krise und ihre Folgen zu "bewältigen".<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die US-Wirtschafts- und Finanzkrise (x068/212-215): >>Die Schulden Europas waren während des Ersten Weltkrieges gewaltig gewachsen, die europäischen Alliierten bei Frankreich, mehr noch bei England verschuldet und diese beiden Länder wieder enorm bei den USA.
Die Union wurde dadurch zum Finanzzentrum, ja, zum größten Gläubigerland der Welt, das im Hunger nach immer mehr Profiten während der zwanziger Jahre, besonders in den späten zwanziger Jahren, europäischen Regierungen und Kommunalverwaltungen eine Menge kurzfristiger Kredite gab, die aber dann in langfristige Projekte flossen, worauf die Zinsen erschreckend kletterten und die Kredite durch Exporte nicht beglichen werden konnten.
Zudem waren seit 1927 die industrielle Produktion und die Investitionen in den Staaten selbst zurückgegangen. Vor allem Autos und Konsumgüter wurden weniger gekauft. ...
Seit Jahren taumelte Amerika in einem Spekulationsfieber ohnegleichen darauf hin. Wer es überhaupt vermochte, nahm Kredite auf, um ebenfalls zu kaufen. Kaufen, kaufen schien das Gebot der Stunde. Denn wer kaufte, war schon am nächsten Tag reicher als zuvor. Eine fabelhafte Sache.
Und um sie anzuheizen liehen die Banken und Börsenmakler noch 3,5 Milliarden Dollar, um wieder die Kaufkraft ihrer Kunden zu stimulieren und zu stärken. Aktien und Börsenkurse beherrschten, beflügelten das Land. Sogar die Intellektuellen gerieten in den Geldsog – mehr, immer mehr!

Eine einmalige Euphorie beseelte und beseligte die halbe Nation, nein: "Ein ganzes Volk spitzte die Ohren: jede Plauderei wurde zu einem 'Tip'. Ein Viehzüchter aus Arizona kaufte Aktien von einem Bergwerk in Wyoming, ohne zu wissen, welches Metall dort gefördert wurde. War es überhaupt ein Metall? Unwichtig! Man mußte kaufen, kaufen, kaufen und dann auf den Papierstreifen des Ticker den köstlichen Anstieg der Kurse verfolgen. ... "In 18 Monaten ist Montgomery Ward von 132 auf 466 gestiegen; General Electric von 128 auf 396 ..."
Ein Narr, wer da nicht zugriff. Und wer wollte schon im Land der unbegrenzten Möglichkeiten ein Narr sein? Wer wollte nicht Geld ohne jede Arbeit verdienen, so wie die ganz Reichen seit je? Ja, wirklich, ein neues Zeitalter schien angebrochen. ... Und trickreich animierten auch gewisse Finanzmagnaten zur Teilnahme an einem fast singulären (einzigartigen) Boom, der eher früher als später zum Fiasko führen mußte – aber nicht zu ihrem.
Im Herbst 1929 fallen plötzlich die Aktienkurse. Am 24. Oktober (in die Geschichte als Black Thursday eingegangen; in Europa wird der nächste Tag zum Schwarzen Freitag) stürzen gleich Dutzende der vorzüglichsten Aktien, werden über 13 Millionen Aktien plötzlich verkauft, am 29. Oktober sind es bereits 16 Millionen Aktien. 2 Wochen später ist der Verlust an Aktienwerten schon auf 26 Milliarden Dollar gestiegen. Ganze Reihen Ruinierter stürzen sich aus den Fenstern. Man müsse Schlage stehen, höhnte man und behauptete, der Empfangschef in den Hotels frage Ankommende: "Wollen Sie ein Zimmer zum Schlafen oder zum Springen?" ...
Eine globale Depression setzt ein. Überall kollabieren Banken, Währungen. In Frankreich sinkt das Geld auf 20 % seines Wertes, in Deutschland die alte Reichsmark auf Null. Und die europäische Krise verstärkt noch die amerikanische, die den finanziellen Zusammenbruch maßgeblich herbeigeführt hatte.
Von Ende Oktober 1929 bis zum 8. Juli 1932 stürzten Industriewerte, deren Indexdurchschnitt noch Anfang September bei 452 gelegen, bis auf 58. Im selben Zeitraum produziert die Industrie fast nur noch halb so viel wie 1929 und sie exportiert nur noch ein Drittel des damaligen Exports. ...<<
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die US-Wirtschafts- und Finanzkrise (x281/73-74): >>... Die industriellen Kapazitäten wuchsen schneller als die Nachfrage. Dem ungestümen Aufbruch nach Kriegsende folgte bald schon eine tiefe Depression mit allem, was dazugehört: Konkurse tausendfach, Börsenabsturz und Massenarbeitslosigkeit peinigten die Gesellschaft in der Beletage (Hauptgeschoß) und ärger noch im Kellergeschoß. Zweifel an der Überlegenheit des kapitalistischen Systems tauchten auf.
Der Himmel über Amerika verfinsterte sich, die Blitze der heraufziehenden Weltwirtschaftskrise erhellten den Blick auf ein Land, das seiner neuen Position als Weltmacht nicht gewachsen war.
Der Bürgermeister der Welt reagierte wie ein Provinzfürst. Die Weltwirtschaft war global, die amerikanischen Politiker waren es nicht. Sie schauten über den Tellerrand ihres Nationalstaates kaum hinaus. Auf die Überkapazitäten im eigenen Land reagierten sie mit rigoroser Abschottung gegenüber den europäischen Importen, was der Weltwirtschaft in dieser Phase schlecht bekam. Zumal im Inland die Kaufkraft zusammengesackt war wie ein erkaltetes Soufflé (leichte Eierspeise bzw. ein Auflauf).
Die hohen Börsenverluste verdarben die Konsumlust. Viele hatten auf Kredit spekuliert und mußten nun kräftig abzahlen. Industrie und Konsumenten waren in Widerspruch zueinander geraten. Dort die Überproduktion der Fabriken, hier die schwindende Kaufkraft der Bürger, und schon krachte es. Die Elementarkräfte, die Amerika in die große Depression trieben, waren gewaltig.
Daß diese Krise jahrelang anhielt, war freilich von Menschenhand zu verantworten. Die Regierung unter Präsident Herbert Hoover reagierte zwar, aber sie reagierte falsch. Bisher hatte

sie ihre Lieferanten in Europa, die noch vom Weltkrieg gezeichnet waren, mit Krediten versorgt. Nun forderte sie das Geld zurück. Und sie erhöhte die Einfuhrzölle, und zwar im Durchschnitt auf über 40 Prozent, was für ausländische Kaufleute praktisch ein Zutrittsverbot zum amerikanischen Markt bedeutete.
Binnen weniger Monate befand sich die Welt in einem veritablen Weltwirtschaftskrieg mit all seinen Begleiterscheinungen: Drohungen und Ultimaten, neuen Zöllen, Quoten und Kaufboykotten. ...<<
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über den "Schwarzen Freitag" im Jahre 1929 (x192/431, 433): >>Mit einem dramatischen Kurssturz an der New Yorker Börse, dem Bankenzusammenbrüche in ganz Amerika folgten, begann 1929 die Weltwirtschaftskrise. Von 1929 bis 1932 schlossen mehr als 5.000 Banken ihre Pforten, wobei sich die Ersparnisse zahlloser Anleger in Luft auflösten. Doch zuvor hatten die amerikanischen Banken noch ihre kurzfristigen Auslandkredite fällig gestellt; damit fanden die Auswirkungen des "Schwarzen Freitags" weit über die USA hinaus ihren Niederschlag.
Andere Bereiche der Wirtschaft wurden durch den Mangel an Kapital und Kredit schwer in Mitleidenschaft gezogen. Der Welthandel ging um 60 Prozent zurück, die weltweite Industrieproduktion (ohne Berücksichtigung der Sowjetunion) um 40 Prozent. Das schrumpfende Produktions- und Handelsvolumen hatte eine hohe Arbeitslosigkeit zur Folge. ...<<
>>Die Weltwirtschaftskrise stürzte seit 1929 die westlichen Industrieländer ins Chaos. In beinahe allen europäischen Staaten entstanden links- und rechtsgerichtete Protestbewegungen. Wo die demokratischen Institutionen wenig gefestigt waren, gewann meist die Rechte die Oberhand. Hier setzte sich die charismatische Anziehungskraft starker Persönlichkeiten durch, die reaktionäre Gesinnung propagierten und politische Ideologien formulierten: Mussolini in Italien, Franco in Spanien und Hitler in Deutschland. ...<<
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929 (x364/68-71): >>… **Die Weltwirtschaftskrise und Roosevelt**
Während die Bankiers und Industriellen eifrig daran arbeiteten, das Sowjetregime aufzubauen, planten sie heimlich die Schröpfung des amerikanischen Volkes. Nach einem Probelauf im Jahr 1920 waren sie für den Zusammenbruch von 1929 und die "große Depression" der folgenden Jahre gut gerüstet.
Am 6. Februar traf Montagu Norman, Vorstand der Bank von England, in Washington ein, um mit dem amerikanischen Finanzminister Andrew Mellon zu konferieren. Kurz darauf änderte das Federal Reserve System seine Politik des leicht erhältlichen Geldes, die mehr als sechs Jahre lang in Kraft gewesen war, und begann, den Diskontsatz anzuheben.
An die "Aufgeklärten" erging am 9. März 1929 eine rechtzeitige Warnung. Paul Warburg wurde in der "Financial Chronical" wie folgt zitiert: "Wenn Orgien ungezügelter Spekulationen zu weit ausgedehnt werden dürfen, ist der endgültige Zusammenbruch sicher." In den nächsten sechs Monaten hatten die Eingeweihten Zeit, ihre Aktien zu hohen Preisen zu verkaufen und ihr Geld in Silber und Gold anzulegen.
"Als alles vorbereitet war, begannen die New Yorker Geldgeber, den Brokern die Tagesdarlehen zu kündigen. Das hatte zur Folge, daß die Börsenbroker ihre Aktien auf den Markt werfen mußten, um die Kredite zahlen zu können. Dadurch brach natürlich der Aktienmarkt zusammen, was wiederum den Kollaps vieler Banken im ganzen Land nach sich zog, da die nicht der Oligarchie gehörenden Banken fast nur mit Tagesdarlehen arbeiteten und schließen mußten, als der Run auf die Banken ihren Bargeldvorrat sehr bald erschöpft hatte. Das Federal Reserve System kam ihnen nicht zu Hilfe, obwohl es laut Gesetz genötigt war, eine elastische Währung aufrechtzuerhalten."
Es war kein Zufall, es war ein geplantes Ereignis

Der freimütige Vorsitzende des Banken- und Währungsausschusses im Kongreß, Louis T. McFadden, erkannte die Ursache für die große Depression: "Das war kein Zufall. Es war ein sorgfältig geplantes Ereignis. Die internationalen Bankiers legten es darauf an, hier eine allgemeine Verzweiflung zu wecken, aus der sie als die absoluten Herrscher hervorgehen wollten."
Nach dem Zusammenbruch war das Geschäftsleben ein einziges Chaos. Zehntausende Unternehmen mußten schließen. Millionen Menschen verloren ihren Job und mußten sich in die Essenausgabeschlangen einreihen. Einige Millionäre verloren alles, was sie hatten, und begingen verzweifelt Selbstmord.
1932 gab es eindeutige Anzeichen für eine wesentliche Verbesserung der Lage. Eine Brise der Hoffnung und des Vertrauens zog durch das Land. Obwohl die wirtschaftlichen Aussichten rosig waren, hatten die Insider andere Pläne mit dem amerikanischen Volk. Während des Präsidentenwahlkampfes von 1932 präsentierte sich Franklin D. Roosevelt den Wählern als außerordentlich konservativ. Aber bald hörte man überall im Land Gerüchte, daß seine Wahlplattform nicht seinen wirklichen Ansichten entsprach, und daß mit radikalen Änderungen der gesamten Wirtschafts-, Gesellschafts- und Regierungsstruktur zu rechnen sei.
Als Roosevelt im November gewählt war, nahmen diese Gerüchte immer mehr zu. Der gewählte Präsident nahm zu ihnen keine Stellung. Die 1932er Wahl war die letzte, nach der die eigentliche Amtseinführung des Präsidenten erst im folgenden März - statt im Januar - stattfand. Die lange Wartezeit und die wachsende öffentliche Unsicherheit führte zu einer - politisch herbeigeführten - "zweiten Depression", die stark lähmende Wirkung hatte. Die daraus entstehende öffentliche Panik führte zu einem nationalweiten Run auf die Banken, von denen viele schließen mußten, als Roosevelt sein Amt antrat.
Roosevelt kam also in einer ausgeprägten Krisenatmosphäre zur Macht, die er und die hinter ihm stehenden Kräfte vorsätzlich geschaffen hatten. Sofort setzte er die lang erwarteten Veränderungen des gesamten amerikanischen Regierungssystems und des Lebensstils ins Werk. Bundeskommissionen und Ausführungsbehörden wurde die Macht verliehen, fast jede geschäftliche Transaktion in Amerika nach Belieben zu kontrollieren und ihren Willen mit Zivil- und Strafprozessen durchzudrücken. Verfassungsmäßige Einschränkungen derartiger Autoritätsübungen wurden weggewischt.
Der Kongreß wurde mehr als je zuvor in der amerikanischen Geschichte ein Werkzeug der Unterwürfigkeit und tat genau, was ihm der Präsident vorschrieb, weil die Krisenatmosphäre, die der Präsident selbst erzeugt hatte, ihn dazu zwang und weil die Fabier und die von ihnen geschulten Politiker, die der Präsident in so vielen Bundesministerien eingesetzt hatte, einen wohldosierten Druck ausübten.

Der Sieg der schmeichlerischen Brüder

Kurz, die Franklin D. Roosevelt-Administration versuchte, der amerikanischen Nation die letzte Phase von Clinton Roosevelts illuministischen Plan der Zerstörung von Verfassung und Regierung aufzubürden - unter dem Vorwand, eine "neue Gesellschaftsordnung" oder, wie sie es ironisch nannten, einen "New Deal" zu errichten.
Sie prägten sofort das Zeichen der Illuminaten auf die amerikanische Währung (die Ein-Dollar-Noten), womit sie offen erklärten, das Ziel ihrer Verschwörung - ihren "Novus Ordo Seclorum" oder New Deal - erreicht zu haben.
Dieses Zeichen wurde von Weishaupt übernommen, als er den Illuminatenorden am 1. Mai 1776 gründete. Auf dieses Ereignis wird durch die römischen Ziffern MDCCLXXVI am Fuß der Pyramide hingewiesen, nicht auf das Jahr der Unabhängigkeitserklärung, wie Uneingeweihte angenommen haben. Weiterhin muß man wissen, daß das Zeichen erst nach der Vereinigung der Illuminaten mit den Freimaurern auf dem Wilhelmsbader Kongreß von 1782 für die letzteren Bedeutung erlangte.

Von Bedeutung ist die Inschrift des Zeichens: "Annuit coeptis" bedeutet "unsere Unternehmung (Verschwörung) ist vom Erfolg gekrönt". Unter der Pyramide stehen die Worte "Novus Ordo Seclorum". Sie erklären die Natur der Unternehmung, die Schaffung einer "neuen Weltordnung" oder des New Deal. Es ist von Bedeutung, daß der "Grundeckstein", die Spitze der Pyramide fehlt. An ihrer Stelle erscheint das "allsehende Auge", das die terroristische Spionageagentur symbolisiert, die Weishaupt unter dem Namen der "Schmeichlerischen Brüder" einrichtete.
In der Bibel wird Jesus Christus als "Grundeckstein" bezeichnet. Er ist das Haupt der Kirche, die ebenfalls in pyramidischer Form organisiert ist.
Christus wird in Markus und Lukas der "Stein, den die Bauleute verworfen haben" genannt. Die Illuminatenführer, die Bauleute der neuen Weltordnung, verwarfen Jesus Christus und wählten Satan, den Teufel, als ihr Oberhaupt, ihren Chef. Kein Wunder, daß sie den "Grundeckstein" aus dem Zeichen entfernten und ihn durch das satanische allsehende Auge ersetzten.<<

26.10.1929

USA: Ein Zeitzeuge berichtet am 26. Oktober 1929 aus New York (x191/49-50): >>In den Büros der Börsenmakler löste eine aufregende Szene die andere ab. Zahlreiche Personen, besonders weibliche Spekulanten, fielen in Ohnmacht, als sie erfuhren, daß sie ihr Kapital verloren hatten. Verzweiflungs- und Wutausbrüche waren an der Tagesordnung.
Auch im Inseratenteil der Zeitungen machte sich bereits der Börsenzusammenbruch bemerkbar. Zahlreiche Luxusautomobile der teuersten ausländischen Marken und wertvoller Schmuck werden zum Verkauf angeboten von Leuten, die noch gestern Millionäre waren.
Die Pfandleiher in ganz New York machten so gute Geschäfte wie noch nie zuvor. ...<<

30.10.1929

Deutsches Reich: Ungeachtet der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise werben die deutschen Sparkassen und Banken am Weltspartag 1929 wie immer um ihre Sparer (x034/430): >>Sparen das Gebot der Stunde.<<

Oktober 1929

Deutsches Reich: Der deutsche Reichsinnenminister berichtet über politische Straftaten im Oktober 1929 (x058/332): >>... In einer öffentlichen Versammlung im Münchener Bürgerbräukeller im Oktober führte der Nationalsozilist Julius Streicher aus: "Man darf sich nicht über den frühen Tod Stresemanns wundern, denn bei einem so guten Leben, wie es Stresemann geführt hat, kommt der Tod immer früh.
Die Kopfbildung Stresemanns ist der Schlüssel zu seinem Handeln. Das Mongolengesicht hat die Verschlagenheit offen kundgetan, er wird jetzt als großer Europäer bezeichnet, aber das ist gleichbedeutend mit Verräter und Werkzeug der Juden. Der Jude ist seit urdenklichen Zeiten geborener Verbrecher.
Wer in der Republik den Nachweis erbringt, daß er ein Gauner ist, der kann Minister werden, vielleicht später, wenn einmal der Präsidentenstuhl frei ist, auch Reichspräsident. Erzberger und Rathenau sind nicht ermordet, sondern getötet worden. Die Täter sind keine Mörder, sondern ganze Kerle." ...
Die Folge solcher beschimpfenden, verhetzenden Äußerungen, der Steigerung nicht mehr mit Mitteln der Sprache, sondern nur noch mit denen der Gewalt möglich ist, ist eine Aufwühlung der politischen Leidenschaften, die dann letzten Endes in der Begehung von Gewalttätigkeiten ihre Entladung findet. ...<<

02.11.1929

Deutsches Reich: Da das Volksbegehren gegen den Young-Plan bis zum 2. November 1929 die erforderliche Anzahl der Eintragungen erhält (notwendig sind 10 % von 41.278.897 Wahlberechtigten), muß der vorgeschlagene "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deut-

schen Volkes" durch den Reichstag geprüft werden.

29.11.1929

Deutsches Reich: Der Reichstag verhandelt am 29. November 1929 erstmalig über den "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deutschen Volkes". Reichsaußenminister Julius Curtius (1877-1948), der sich für die Annahme des Young-Plans einsetzt, bezeichnet den Gesetzentwurf als "innenpolitisches Machtkampfmittel" der rechtsradikalen Parteien.

30.11.1929

Deutsches Reich: Der Reichstag lehnt am 30. November 1929 im Verlauf der 2. Lesung den "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deutschen Volkes" nach einer Abstimmung ab.

02.12.1929

Deutsches Reich: Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie lehnt am 2. Dezember 1929 in einer Denkschrift die von den Gewerkschaften geforderte Demokratisierung der Wirtschaft ab (x149/58-59): >>Die Wirtschaftsdemokratie, wie sie von sozialistischer Seite angestrebt wird, lähmt die Initiative und tötet die Verantwortungsfreudigkeit, ohne die kein Fortschritt möglich ist. ...

Die deutsche Wirtschaft muß frei gemacht werden. Sie muß verschont bleiben von Experimenten und politischen Einflüssen, die von außen her in den Wirtschaftsprozeß hineingetragen werden. ...<<

12.12.1929

Deutsches Reich: Während der Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 12. Dezember meint ein Unternehmer 1929 (x149/66): >>... In Deutschland wird nicht eher Wirtschaftsfriede sein, als bis daß 100.000 Parteifunktionäre außer Landes gewiesen sind! (Zurufe: "Bravo!" Und "Mussolini!") ...<<

1929

Deutsches Reich: Seit Ende 1929 herrschen im Deutschen Reich fast überall bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Straßen entwickeln sich zum politischen Schlachtfeld für die Kampfverbände der radikalen Gruppierungen ("SA-Sturmabteilungen" = NSDAP, "Rotfrontkämpferbund" = KPD, "Stahlhelm" = DNVP und andere). Vor allem die Schlägertruppen der SA und der Rotfrontkämpferbund liefern sich vielerorts mörderische Straßen- und Saalschlachten, bei denen es nicht selten Tote gibt.

Reichsinnenminister Carl Severing berichtet im Herbst 1929 über den zunehmenden Straßenterror und die landesweite Rechtsunsicherheit (x092/837, x058/333): >>Seit der Nichterneuerung des Republikschutzgesetzes vergeht kaum ein Tag an dem nicht irgendwo in Deutschland, zumeist an mehreren Stellen, auf politisch Andersdenkende geschossen, eingeschlagen oder eingestochen wird.

Der Zustand staatsbürgerlicher Sicherheit hat einen beklagenswerten Zustand erreicht und sinkt täglich mehr. Die Ursache dieser betrübenden Erscheinungen ist die hemmungslose Verhetzung durch Wort und Schrift, die von den Gegnern der Republik auf der äußersten Rechten und äußersten Linken getrieben wird. ...<<

>>... Dieser ... Zustand politischer Verwilderung kann im Interesse der Staatsautorität, des Ansehens Deutschlands in der Welt, der Sicherheit des einzelnen Staatsbürgers wie der Aufrechterhaltung und Wiederherstellung gesunder Grundlagen des Staats- und Gesellschaftslebens nicht länger geduldet werden.<<

US-Banken fördern spätestens seit 1929 Hitlers Machtübernahme



Abb. 61 (x905/…): Wall Street, Straße in New York City.

Agenten des preußischen Innenministers Severing berichten, daß Hitlers Wahlkämpfe seit 1929 hauptsächlich durch ausländische Banken (z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co.) und nordamerikanische Großindustrielle (Royal Dutch, Standard Oil, Rockefeller jun. und andere) finanziert werden.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die finanzielle Unterstützung der NSDAP durch US-Banken (x068/219-226): >>Es waren dieselben Wallstreet-Kreise, die schon 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatten, die auch Hitler beisprangen, in der einzigen Absicht, seine Machtergreifung, seine Aufrüstung sowie den nächsten Weltkrieg zu ermöglichen und damit für sie selbst noch riesigere Gewinne als im letzten. Dieselben Wallstreet-Kreise übrigens, die nach 1945 auch den Kalten Krieg schürten und die großen Nutznießer der Remilitarisierung der deutschen Bundesrepublik wurden.

Treffend resümiert der Amerikaner H. R. Knickerbocker in seinem Buch "Deutschland So oder So?" die Lage in Europa im Jahr 1932: "Die amerikanischen Investitionen auf dem europäischen Kontinent sind in einem Schlachtfeld angelegt".

Und eine von Henry Ford tradierte Äußerung Paul Warburgs vor einem Senatsausschuß besagt, "daß es zur jüdischen Politik - vielleicht zu der großer Finanz-Firmen im Allgemeinen - gehört, auf alle Parteien zu setzen, so daß ihre Interessen auf jeden Fall gesichert sind, gleichviel welche Partei obenauf kommt".

Man hat die Summe, mit der Adolf Hitler gekauft worden ist, um den Zweiten Weltkrieg zu inszenieren, auf etwa eineinhalb Milliarden Mark, nach heutiger Kaufkraft, geschätzt. So fragwürdig diese Bezifferung sein mag - feststeht, daß Hitler nicht nur der Erfüllungsgehilfe der deutschen Industrie gewesen ist.

Und wenn diese Industrie, wie seit langem erwiesen, doch längst nicht jedermann bekannt,

selbst während des Ersten Weltkrieges - mit Wissen der obersten deutschen Behörden! - auch die Feindstaaten beliefert hat (die Firma Thyssen, die dann auch Hitler mitfinanzierte, gelegentlich sogar fast halb so billig wie die eigene deutsche Heeresverwaltung).
Warum sollten amerikanische Banken nicht Hitler finanzieren, noch dazu im Frieden?
So "hausgemacht", so ein Produkt bloß deutschen Mistes, wie immer wieder hingestellt, ist Hitler nicht gewesen.
Man sollte den überragenden Einfluß des Geldes, das doch nach einem ebenso alten wie zutreffenden Gemeinplatz die Welt regiert, nicht ausgerechnet auf Politik und Geschichte geringer veranschlagen, als es ihm zukommt. Wobei es keine so große Rolle spielt, ob die Regierenden etwas von Geld verstehen, aber eine große Rolle, die größte, ob sie Geld haben, wieviel, woher und wofür.
"Die Vereinigten Staaten", schreibt Henry Ford, "haben noch nie einen Präsidenten gehabt, der etwas von Geldsachen verstanden hätte, sie mußten ihren Rat in solchen Dingen stets bei den Geldleuten holen. Geld ist das verbreitetste Gut, wird am meisten verwaltet und regiert; und doch hat die Regierung nichts damit zu tun, außer wenn sie, wie das Volk, gezwungen ist, es sich von denen zu verschaffen, die es beherrschen".
Seit der Antike war es üblich, die Völker durch Aufrüstung und Kriege auszunehmen, sie symbolisch und faktisch bluten zu lassen. Der Bankexperte O. M. Blessing will von Konstantin, dem ersten christlichen Kaiser, bis zum Zweiten Weltkrieg 815 Großkriege gezählt haben mit anschließender erbarmungsloser Schröpfung der Überlebenden "durch inflationäre Währungsreformen".
Und während des ganzen 20. Jahrhunderts schürte die gewaltigste Hydra internationaler Finanzmacht die zwischen diversen Staaten schwelenden Konflikte und hetzte die von ihr mehr oder weniger gegängelten und dann mehr oder weniger gebeutelten und gewürgten Gegner aufeinander, verursachte sie Kriege (mit), einzig und allein, um durch ihre eiskalt abgewogenen mörderischen Einsätze noch mehr zu gewinnen, mehr Macht noch und noch mehr Geld.
Die etablierte Geschichtsschreibung, die mitunter so überheblich wie unlauter auf Objektivität insistiert, vernachlässigt noch immer gerade die wirtschaftlichen Komponenten im globalen Beziehungsgeflecht, die ökonomischen Faktoren als bestimmende Antriebskräfte, und spart die Manipulationen des multinationalen Geldgesindels gewöhnlich gänzlich aus. Sie dient meist mehr der Verschleierung geschichtsentscheidender Züge als deren Aufdeckung, dient mehr den herrschenden Strömungen und Potentaten als der echten Kritik.
Man denke doch nur an die deutsche Geschichtswissenschaft dieses Jahrhunderts! ...
Hitlers inländische Unterstützungen reichten in der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 bei weitem nicht aus, auch nicht die Gelder, die für ihn der Bankier und spätere Parteigenosse SS-Brigadeführer Freiherr von Schröder und die Ruhrindustrie natürlich zu ihren Gunsten mobilisierten.
Auch ein weiterer Großkapitalist wurde zur Rettung Deutschlands aktiv. 1929 appellierte Alfred Hugenberg in einem Rundschreiben an 3.000 US-Millionäre, das drohende Chaos in Deutschland abzuwenden. Bis 1918 Vorsitzender des Krupp-Direktoriums, dann eigener Konzernchef, eine Art Axel Springer der Weimarer Republik, kooperierte Hugenberg zeitweise eng mit Hitler, wurde 1933 Reichswirtschafts- und -ernährungsminister und blieb, bald zurückgetreten, bis 1945 Mitglied des Reichstags.
In seinem Brief an die US-Millionäre beschwor der Konzernherr bereits die Gefahr eines Krieges mit der Sowjetunion und machte klar, offenbar eigentliches Ziel der Agitation, daß man Geld brauchte für eine Partei, die wieder aufrüste. Er schloß seinen Appell: "Unsere Sache ist die Ihre".
Hugenbergs Aufruf verhallte jenseits des Atlantik nicht ungehört. Es war das Jahr der heraufziehenden großen Wirtschaftspanik, die US-Stahlkonzerne lagen darnieder. Wie hätte da nicht

das mit einer deutschen Aufrüstung verbundene Geschäft verlocken sollen! Zwar hatte die Weimarer Republik die Remilitarisierung bereits eingeleitet, doch im großen Stil konnte man dies wohl erst von dem Heil- und Siegbringer aus Braunau erhoffen.
Daß Hitler die Mittel für seine äußerst intensiven Wahlfeldzüge in den frühen dreißiger Jahren weder aus den Beiträgen seiner Genossen noch von den Geldern der deutschen Industrie bestreiten konnte, hatten aufmerksame Beobachter bemerkt. Diese Finanzquellen waren nach Feststellungen der Preußischen Polizei im Sommer 1930 stark zurückgegangen. Doch gab es neben der Parteikasse noch einen Geheimfonds, und amtliche Stellen Berlins hatten auch Hitlers Finanzierung durch ausländische Geldgeber längst registriert.
Daß der deutsche "Führer" käuflich war, ist früh bekannt gewesen. Schon ein Prozeß im Sommer 1923 wegen der NSDAP-Finanzierung hatte ergeben, daß der Partei dreimal große Geldbeträge aus dem Saargebiet über die Deutsche Bank zugegangen waren. Nach Überzeugung des Gerichts stammten sie von amerikanischer Seite, dem Großindustriellen Henry Ford, der lebhaft eine deutsche Aufrüstung wünschte.
Agenten des langjährigen preußischen Innenministers Carl Severing (zwischen 1928 und 1930 Reichsinnenminister) hatten seit 1929 aber auch Verhandlungen Hitlers mit US-Bankiers im Berliner Hotel Adlon beobachtet, Verhandlungen, die dort bis 1933 stattfanden. (Das Resultat dieser Untersuchungen gelangte später ins "Abegg-Archiv" in Zürich, wo es allerdings nicht mehr ist.)
Severing beauftragte Ende 1931 seinen Staatssekretär Dr. Abegg mit Nachforschungen über Hitlers Vorleben und seine ausländischen Finanzquellen. Dabei ergab sich, das Geld für die aufwendige Nazipropaganda stammte "nur aus dem Ausland, insbesondere aus den USA". - Übrigens hatte Hitler auch einen großen Teil der Waffen für SA und SS nicht von der Reichswehr, sondern vom Ausland erhalten.
An den Konferenzen im Hotel Adlon waren beteiligt: "Bankier Warburg als Treuhänder des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. sowie eine Gruppe der amerikanischen Ölfinanz. Auf deutscher Seite haben an den Verhandlungen teilgenommen Hitler, Göring, Georg Strasser, von Heydt, ein Berliner Rechtsanwalt L. ..."
Was aber bestimmte Warburg, den Treuhänder von Kuhn, Loeb & Co., von demselben Bankhaus also, das 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatte, nun Hitler zu finanzieren, und zwar mit der beträchtlichen Summe von 32 Millionen Dollar, 128 Millionen Reichsmark (60, 40 und 28 Millionen), die getarnt über verschiedene Banken, die Banca d'Italia, Rom, die Bank Mendelson & Co., Amsterdam u.a., in Hitlers Hand gelangten?
Nicht nur darüber hinterließ Unterhändler Warburg selbst Aufzeichnungen. Daraus ergibt sich, daß die US-Hochfinanz 1929 an ausländische Regierungen und Private Forderungen von etwa 85 Milliarden Dollar hatte, und daß sie, wie die US-Regierungen, den Frankreich zu sehr begünstigenden Versailler Vertrag mißbilligte.
Frankreich nämlich bestand auf Reparationen in Gold, nicht in Natura, und alle Deutschland-Kredite der USA seien über die Reparationen Frankreich zugute gekommen. Nur wenn es keine Reparationen mehr erhalte, könnten sich Deutschland und auch die USA wieder erholen. Zudem fürchteten die Amerikaner die seit dem Rapallo-Vertrag, dieser antiwestlichen Demonstration, sich entwickelnde Ost-Orientierung Deutschlands, dessen politische und wirtschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, ja, sie befürchteten einen bolschewistischen Umsturz im Land. Und während Frankreich aus Sicherheitsgründen ein schwaches Deutschland wünschte, wollten die USA ein starkes - wie nach 1945 wieder!
Bei Beratungen der Präsidenten der "Federal Reserve" Banken, des eigentlichen Finanzzentrums der Wallstreet, der fünf unabhängigen Banken, Vertreter der Royal Dutch, der Standard Oil, Rockefeller jun. u.a. im Sommer 1929 wurde Warburg schließlich gebeten zu prüfen, ob Hitler für amerikanisches Geld zugänglich sei. Als Gegenleistung hätte dieser gegenüber

Frankreich eine aggressive Außenpolitik einzuleiten, sollte aber "in die wirklichen Motive der amerikanischen Unterstützung nicht eingeweiht werden".
Hitler seinerseits habe bei den Verhandlungen in Berlin betont, "daß er mit den Arbeitslosen alles machen könne, wenn er ihnen nur Uniformen und Verpflegung gebe ... Auf diese Weise werde er Frankreich schon klein bekommen ... Alles hinge vom Geld ab ... Die USA-Hochfinanz habe doch sicher ein Interesse daran, daß er, Hitler, an die Macht komme, denn sonst hätte sie ihm nicht bereits 10 Millionen Dollar übergeben ... Wenn er von der USA-Hochfinanz 500 Millionen Mark erhalte, sei er in sechs Monaten fertig."
Hitler habe auch die Kommunisten als erledigt bezeichnet und erklärt, er werde nun die Sozialdemokraten ausschalten, durch Wahlen oder mit Gewalt. Eventuell komme noch eine Verhaftung von Hindenburg, Schleicher, Papen, Brüning in Betracht, aber alles koste Geld, und das bisher aus den USA erhaltene sei verbraucht.
Kurz vor Hitlers überraschendem Wahlsieg 1930, errungen mit einem für deutsche Verhältnisse ganz ungewöhnlichen Propaganda-Aufwand, war das große Geld aus dem Ausland gekommen und floß weiter bis zu seiner Machtübernahme 1933. Die Summe von Kuhn, Loeb & Co., die ihm zwischen 1929 und 1933 den Weg zur Macht ebnete, war zwar sehr stattlich, doch nicht überdimensional, spielte aber die Rolle des "Züngleins an der Waage".
Die Wallstreet-Bankiers hatten gut kalkuliert, nicht mehr gegeben als nötig, doch genau so viel. Sind sie ja wohl einem Mann wie Hitler, der das ihm wirklich Zugedachte kaum ahnen konnte, geistig weit überlegen gewesen, jedenfalls mehr als charakterlich.
Informiert über die Recherchen Abeggs waren zunächst Reichskanzler Brüning und General von Schleicher, seit 1929 Chef des neu errichteten Ministeramts im Reichswehrministerium und am 2. Dezember 1932 selber Reichskanzler.
Als sich Abegg dann im Frühjahr 1933 in die Schweiz absetzte, beschlagnahmte die SS bei einer Durchsuchung seiner Wohnung das Dossier Hitler. Das Duplikat sollte sie ein Jahr später bei einer Durchsuchung des Hauses von General Schleicher sicherstellen; der General, ein intimer Kenner von Hitlers Auslandsfinanzierung, und seine Frau wurden bei dieser Gelegenheit im Zusammenhang mit dem sogenannten Röhmputsch ermordet.
Ebenfalls beseitigte man seinerzeit einen weiteren Mitwisser von Hitlers geheimen Geldquellen, Georg Strasser, der innerhalb der NSDAP antikapitalistische Ideen vertrat und als Führer der sozialistischen Opposition galt. Hitler hatte ihn gleichwohl 1925 zum Reichsorganisationsleiter der Partei ernannt, deren Finanzierung sowohl Strasser wie Schleicher genau bekannt war.
Selbstverständlich standen die Hitler so verhängnisvoll fördernden ausländischen Geldgeber nicht vor dem Nürnberger Tribunal. Selbstverständlich wurden die Dokumente des Abegg-Archives beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß nicht zugelassen. Das heikle Thema der Hitler-Unterstützung durch die großen Finanzmächte der USA durfte unter keinen Umständen auch nur erwähnt werden. Als es der zunächst länger mit Hitler kooperierende Bankier und Politiker Hjalmar Schacht, bis 1937 Reichswirtschaftsminister, bis 1939 Reichsbankpräsident, zur Sprache bringen wollte, wurde er rasch zum Schweigen gebracht.
"Als Schacht", meldete die "Neue Zürcher Zeitung" am 2. Mai 1946, "wiederum auf die Haltung ausländischer Mächte gegenüber der Nazi-Regierung und auf die Hilfe, die sie ihr angedeihen ließen, zu sprechen kam, entschied der Gerichtshof, daß diese Dinge mit der Sache nichts zu tun hätten und daher unzulässig seien ..."
Es ist auffallend, daß damals die Sowjetunion nicht auf Offenlegung des Sachverhalts bestand.
Sollte dies wirklich darauf zurückzuführen sein, daß Hitlers Förderung durch die westliche Hochfinanz "auch im Interesse des neozaristischen Staatskapitalismus", das "kommunistische" Moskau nur "ein Zweigbetrieb der Wallstreet" gewesen sei, der Weltöffentlichkeit bloß durch

permanente ideologische Scheingefechte verschleiert?
Hitlers Bezahlung durch das Bankhaus Warburg und das amerikanische Großkapital thematisierte auch das 1933 von Van Holkema & Warendorf, Amsterdam, unter dem Namen von Sidney Warburg verlegte Buch "De Geldbronnen van het Nationaal-Socialisme. Drie gesprekken met Hitler door Sidney Warburg".
Doch wurde das Buch kurz nach der Publikation vom Verlag aus dem Handel gezogen bzw. zurückgekauft, und zwar durch einen Amsterdamer Rechtsanwalt, offensichtlich im Auftrag der Warburgfamilie, ohne daß man natürlich alle Exemplare wieder bekommen konnte. (Zwei Bände gelangten in die Hände des österreichischen Gesandten von Alexis in Den Haag.)
Gegen die baden-württembergische Deutsche Gemeinschaft, die 1950 beweiskräftige Dokumente über die Finanzierung der Hitler-Wahlen von 1930 bis 1933 veröffentlicht hatte, wurde prozessiert. Diesen Prozeß, doch eine historische Sensation ersten Ranges, gewann die Deutsche Gemeinschaft auch, aber keine einzige deutsche Zeitung berichtete darüber zu einer Zeit, da die Remilitarisierung Deutschlands schon eingeleitet war.
Nun gab es aber weitere amerikanische Banken, die Hitler finanzierten, sogar noch viel höher, obwohl auch darüber fast nichts durchgesickert ist. ...<<
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über Hitlers finanzielle Unterstützung durch US-Banken (x364/136-148): >>… **Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges**
Im Herbst 1929 war es an der Zeit, daß die internationalen Banker auf den Knopf drücken sollten, mit dem die Maschinerie in Bewegung gesetzt wurde, die zum Zweiten Weltkrieg führte. Nachdem sie selbst, ihre Agenten und Freunde auf der Welle eines künstlich aufgeblasenen Aktienbooms ausverkauft hatten, zogen die internationalen Banker dem ganzen System den Boden unter den Füßen weg und stürzten die Vereinigten Staaten in die große Depression. In den folgenden Jahren verlangsamte sich die Wirtschaftsentwicklung überall in der Welt, bis praktisch nichts mehr lief.
Der Börsenkrach von 1929 beendete Amerikas Kreditvergabe an Deutschland. Dadurch wurde eine empfindliche "Flucht aus der Mark" ausgelöst, da die Leute übereinander herfielen, um die Mark gegen günstigere Währungen einzutauschen, denen sie ein größeres Vertrauen schenkten. Daraus ergab sich eine empfindliche Belastung für Deutschlands Goldreserven. Da diese abnahmen, mußte die Höhe der Kredite und des Bargeldumlaufes gesenkt werden, und zwar über höhere Zinsen.
Deutschland wandte sich auch weiterhin in einem Meer von Schulden, Furcht und Schwierigkeiten, und jedermann versuchte, den Kopf über den immer weiter steigenden Fluten des Unheils zu halten. An dieser Stelle nun trat Adolf Hitler und seine Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter Partei in das Rampenlicht der deutschen Politbühne.
Die internationalen Banker halfen Hitler bis zur Machtübernahme 1933 mit Geldspritzen von rund 130 Millionen Mark.

VII. Hitler und die Drahtzieher des Zweiten Weltkrieges

Im Herbst 1929 war es an der Zeit, daß die internationalen Banker auf den Knopf drücken sollten, mit dem die Maschinerie in Bewegung gesetzt wurde, die zum Zweiten Weltkrieg führte. Nachdem sie selbst, ihre Agenten und Freunde auf der Welle eines künstlich aufgeblasenen Aktienbooms ausverkauft hatten, zogen die internationalen Banker dem ganzen System den Boden unter den Füßen weg und stürzten die Vereinigten Staaten in die große Depression. In den folgenden Jahren verlangsamte sich die Wirtschaftsentwicklung überall in der Welt, bis praktisch nichts mehr lief.
Der Börsenkrach von 1929 beendete Amerikas Kreditvergabe an Deutschland. Dadurch wurde eine empfindliche "Flucht aus der Mark" ausgelöst, da die Leute übereinander herfielen, um die Mark gegen günstigere Währungen einzutauschen, denen sie ein größeres Vertrauen

schenkten. Daraus ergab sich eine empfindliche Belastung für Deutschlands Goldreserven. Da diese abnahmen, mußte die Höhe der Kredite und des Bargeldumlaufes gesenkt werden, und zwar über höhere Zinsen.
Bis zum Ende 1931 wurde in Deutschland der Diskontsatz Schritt für Schritt angehoben, bis er schließlich die schwindelerregende Höhe von 15 Prozent erreichte, ohne daß dadurch der Abfluß der Goldreserven aufgehalten worden wäre. Als Deutschlands Appell, die Reparationszahlungen zu verringern, von seinen Gläubigern aus verschiedenen Gründen abgelehnt wurde, verschlimmerte sich das Dilemma noch weiter. Während "mehrere Komitees internationaler Bankiers das Problem diskutierten, spitzte sich die Krise zu". Die Darmstädter Bank und die Schröder-Bank brachen zusammen.

Hitler bietet Abhilfe

Deutschland befand sich auch weiterhin in einem Meer von Schulden, Furcht und Schwierigkeiten, und jedermann versuchte, den Kopf über den immer weiter steigenden Fluten des Unheils zu behalten. An dieser Stelle nun traten Adolf Hitler und seine Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) in das Rampenlicht der deutschen Politbühne. Seine Botschaft fand in den Herzen von Millionen Deutschen ein tiefes Echo.
Seine mit Kraft vorgetragenen Versprechungen, Deutschland aus den Fesseln des Versailler Vertrages, dem fremden Finanzmoloch, zu befreien und der erheblich eingeengten und krisenmüden Bevölkerung "Lebensraum" zu geben, fanden zu Beginn der 30er Jahre Aufmerksamkeit im Volk. Er bot den Menschen etwas an, wonach sie sich sehnten. Seine Reden erweckten Hoffnung zu neuem Leben.
Das Deutschland der frühen 30er Jahre war eine von den internationalen Banken gebaute Zeitbombe, die auf eine Person vom Schlage Hitler gewartet hatte, der die Szene betreten und die Kontrolle ergreifen würde.

Hitler als lukratives Geschäft

Aus detaillierten Aussagen vor dem Kilgore Committee of the US Senat, 1945, Hearing über "Elimination of German Resources for War" (Beseitigung von Kriegsführungsquellen in Deutschland) geht hervor, daß "als die Nazis 1933 an die Macht kamen, sie feststellen konnten, daß man seit 1918 enorme Fortschritte in der Vorbereitung Deutschlands für den Krieg in wirtschaftlicher und industrieller Hinsicht gemacht hatte".
Die gewaltigen Beträge amerikanischen Kapitals, die unter dem Dawes-Plan ab 1924 nach Deutschland geflossen waren, hatten die Grundlage gebildet, auf der Hitlers Kriegsmaschinerie aufgebaut worden war. Wie Dr. Anthony C. Sutton in "Wall Street and the Rise of Hitler" aufführt, "läßt sich der vom amerikanischen Kapitalismus an Deutschland geleistete Beitrag zur Vorbereitung des Krieges vor 1940 nur als phänomenal beschreiben. Er war zweifellos entscheidend für die militärische Vorbereitung in Deutschland.
Beweise legen es nahe, daß nicht nur ein einflußreicher Sektor der amerikanischen Wirtschaft sich über die Natur des Nazitums bewußt war, sondern ihm auch wo immer möglich - und lukrativ aus Eigennutz Vorschub leistete - in dem vollen Wissen, daß am Ende Krieg stehen würde, in den Europa und die USA gezogen würden. Auf Unwissenheit zu plädieren, ist mit den Fakten unvereinbar."
Die sehr sorgfältig dokumentierten Beweise darüber, daß amerikanische Banken- und Industriekreise an dem Aufstieg von Hitlers Dritten Reich höchst maßgeblich beteiligt waren, sind öffentlich zugänglich. Sie sind in den Protokollen und Berichten über Regierungshearings zu finden, die von verschiedenen Senats- und Kongreßausschüssen in den Jahren von 1928 bis 1946 veröffentlicht wurden.
Zu den wichtigsten zählen: "House Subcommittee to Investigate Nazi Propaganda" im Jahre 1934 (Kongreß-Unterausschuß zur Untersuchung der Nazi-Propaganda), der Bericht über Kartelle, herausgegeben vom House Temporary National Economic Committee, 1941 (Vorläufi-

ger Nationaler Wirtschaftsausschuß des Kongresses) sowie vom Senate Subcommittee on War Mobilization in 1946 (Senats-Unterausschuß für Mobilmachung im Jahre 1946).

Öl aus Kohle

Ein Teil dieser faszinierenden Geschichte ist mit der Entstehung eines internationalen Kartells, mit Schwerpunkt in Deutschland, verbunden, das die Chemie- und Pharmaindustrie in der ganzen Welt kontrollierte. Beteiligungen bestanden in 93 Ländern, und es war eine mächtige wirtschaftliche und politische Macht in allen Erdteilen. Es hieß I. G. Farben.

"I. G. steht für Interessengemeinschaft beziehungsweise gemeinschaftliche Interessen oder einfacher, Kartell. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hatte sich die I. G. Farben zum größten Chemieunternehmen der Welt entwickelt und war Teil eines Kartells von einer gigantischen Größe und Macht, wie es in der ganzen Geschichte einmalig war" ("World Without Cancer").

"Eine der Hauptursachen für Deutschlands Niederlage im Ersten Weltkrieg ist ein Mangel an Treibstoff gewesen. Deutschlands Führung beschloß, seine Abhängigkeit vom Ausland in bezug auf Benzin ein für allemal zu beenden. Zwar besaß Deutschland im Inland keine nennenswerten Ölvorkommen, aber es verfügte über mehr als genug Kohle. Daher gehörte es zu den ersten Zielen der deutschen Chemie nach dem Krieg, ein Verfahren zur Umwandlung von Kohle in Benzin zu finden.

1920 hatte Dr. Bergius ein Verfahren entdeckt, um große Mengen Wasserstoff herzustellen und sie unter hohem Druck bei hohen Temperaturen und mit Hilfe von bestimmten Katalysatoren in flüssige Kohleprodukte zu verwandeln. Damit waren die letzten Schritte zur Benzinveredelung vorgezeichnet. Es war nur noch eine Frage der Verfeinerung dieses Hydrierprozesses. Schlagartig war I. G. Farben im Ölgeschäft" ("World Without Cancer").

I. G. Farben benutzte seine Neuentdeckung von lebenswichtiger Bedeutung, um die Türen zu öffnen, die zur Gründung eines weltweiten Kartells führten. Frank Howard von der Standard Oil wurde zu einem Besuch der großen badischen Werke in Ludwigshafen im März 1926 eingeladen. Was er sah, ließ ihn staunen - Benzin aus Kohle! Völlig konsterniert schrieb er an Walter Teagle, Präsident der Standard Oil:

"Aufgrund meiner heutigen Beobachtungen und Diskussionen glaube ich, daß diese Sache das wichtigste ist, was unser Unternehmen angeht. Die Badische kann aus Braunkohle und anderen minderen Kohlesorten hochwertiges Motorenbenzin herstellen, und zwar in Mengen, die fast der Hälfte der Kohle entspricht. Das bedeutet absolut die Unabhängigkeit Europas in Fragen der Benzinversorgung. Es bleibt nur der knallharte Preiswettbewerb."

Standard Oil heiratet I. G. Farben

In den nächsten drei Jahren fanden zwischen I. G. Farben und Standard Oil intensive Verhandlungen statt. Diese führten schließlich zur "Heirat" zwischen diesen beiden Industriegiganten am 9. November 1929.

Der Vertrag gab Standard Oil die eine Hälfte der Rechte an den Hydrierverfahren in allen Ländern der Welt mit Ausnahme Deutschlands. Standard gab I. G. Farben 546.00 seiner Stammaktien im Wert von mehr als 30 Millionen. Beide Seiten vereinbarten, niemals gegeneinander in den Bereichen der Chemie und der Ölgewinnung Wettbewerb zu betreiben.

Das Ziel war dabei, den Wettbewerb zu beseitigen und einen Aufschwung der Gewinne zu garantieren. Zwei Jahre später unterzeichnete I. G. Farben mit Alcoa das als "Alig" bekannte Abkommen, wodurch die beiden Unternehmen alle ihre Patente und Know-how in der Magnesiumherstellung zusammenlegten.

Als Henry Ford in Deutschland eine Autofabrik erbaute, beteiligte sich I. G. Farben mit 40 Prozent. In den USA trat Henry Fords Sohn Edsel in den Vorstand der I. G. Chemical Company ebenso wie Walter Teagle, Präsident der Standard Oil, Charles E. Mitchell, Präsident der Rockefeller Bank "National City Bank of New York" sowie Paul Warburg, Cheferbauer der

amerikanischen "Federal Reserve Bank".

Hitler kommt an die Macht

Bereits 1925 brachte Dr. Karl Duisburg, der erste Vorsitzende der I. G. Farben und Gründer der American Bayer Company, seinen Wunsch nach einem "starken Mann" zum Ausdruck, der Deutschland in der Stunde seiner Bewährung anführen würde:

"Seit einig, einig. Dies sollte der beständige Aufruf an alle Parteien im Reichstag sein. Wir hoffen, daß unsere Worte von heute wirken und wir den starken Mann finden werden, der schließlich alle unter einem Schirm zusammenbringt, denn der starke Mann ist für uns Deutsche immer notwendig, wie wir es im Falle Bismarck gesehen haben."

Im Herbst 1932, als die Weimarer Republik am zerbröckeln war, wurde es offensichtlich, daß Hitler am besten für die Rolle des "starken Mannes" geeignet war. Folglich "erhielt Hitler eine weit stärkere Unterstützung als er sich jemals zu hoffen gewagt hätte. Die industrielle und finanzielle Führung Deutschlands, an der Spitze I. G. Farben, schlossen die Reihen und gaben Hitler ihre volle Unterstützung." Zwei Kartelle, die I. G. Farben und die Vereinigte Stahlwerke, stellten in den Jahren 1937 bis 1939, also am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. 95 Prozent der deutschen Explosivstoffe her. Diese Produktion kam aus Anlagen, die amerikanische Kredite, und begrenzt, auch amerikanische Technologie gebaut hatten.

Im Buch "Wall Street and the Rise of Hitler" heißt es: "Die Zusammenarbeit von I. G. Farben - Standard Oil zur Herstellung von synthetischem Öl aus Kohle sicherte dem I. G. Farben-Kartell ein Monopol auf die Benzinherstellung während des Zweiten Weltkrieges. 1945 wurde knapp die Hälfte des deutschen hoch-klopffesten Benzins direkt von I. G. Farben hergestellt und der Rest fast gänzlich von ihren verbundenen Gesellschaften."

Die internationalen Banker pumpten weiter Geldströme in die deutsche Wirtschaft. Die von den Geldmonopolisten vergebenen drei größten Kredite waren für die Entwicklung der drei deutschen Kartelle bestimmt, die Hitler und seine Nationalsozialisten bei ihrem Aufstieg zur Macht unterstützten.

Dazu führte James Martin aus (er war Chef des Referates für Wirtschaftskrieg im Justizministerium, das die Struktur der Nazi-Industrie untersuchte): "Diese Kredite für den Wiederaufbau wurden zu einem Träger für Arrangements, die den Zweiten Weltkrieg mehr gefördert haben als die Schaffung des Friedens nach dem Ersten Weltkrieg."

Das Hauptverbindungsglied zwischen Hitler und den Wallstreet Geldbaronen war Hjalmar Horace Greely Schacht, Präsident der Deutschen Reichsbank, dessen Familie schon viele Jahre lang mit der internationalen Finanzelite verflochten war. Schacht war der kluge Kopf hinter dem Wiederaufbauplan für Deutschland, dem Young-Plan, und auch der Bank für Internationalen Zahlungsverkehr. Anfang des Jahrhunderts hatte sein Vater in der Berliner Filiale der von Morgan kontrollierten Equitable Trust Company of New York gearbeitet.

Der von Schacht konzipierte Plan funktionierte perfekt und half, die Ereignisse in der Weimarer Republik auf die explodierende Spitze zu treiben. Dr. Fritz Thyssen, der deutsche Industrielle, erklärte, er habe "sich an die Nationalsozialistische Partei erst dann gewandt, als ich zu der Überzeugung gelangt war, daß der Kampf gegen den Young-Plan unausweichlich war, wenn der vollständige Zusammenbruch Deutschlands verhindert werden sollte.

Die Annahme des Young-Plans und seine finanziellen Grundsätze erhöhte die Arbeitslosigkeit mehr und mehr, bis es rund eine Million Arbeitslose gab. Die Menschen waren verzweifelt. Hitler sagte, er werde die Arbeitslosigkeit beseitigen. Die damalige Regierung war sehr schlecht und die Lage der Leute verschlimmerte sich. Das war wirklich der Grund für den enormen Erfolg Hitlers bei den Wahlen."

1932 war Hitlers Nationalsozialistische Partei die größte im Reichstag. Da eine interne Krise die andere jagte, gewannen Hitlers kräftige Versprechungen unter der deutschen Bevölkerung immer mehr Anklang und Beliebtheit. Für viele erschien er der einzige Ausweg für die deut-

sche Nation zu sein. Er war die einzige Figur auf der politischen Bühne Deutschlands, die einen bestimmten Weg des Handelns hatte, und denselben lautstark erklärte, um die Nation aus der immer entsetzlicher werdenden Notlage herauszuführen.
Hitler wurde am 30. Januar 1933 von Hindenburg zum Reichskanzler berufen und löste ihn nach seinem Tode als "Führer" und Reichskanzler ab. Im folgenden Monat benutzte Hitler den vorsätzlich verübten Reichstagsbrand zum Vorwand, um die verfassungsmäßigen Rechte abzuschaffen und sich zum diktatorischen Führer der deutschen Nation zu ernennen.
Nachdem mögliche Rivalen in einer Reihe von Säuberungsaktionen beseitigt waren, setzte Hitler zu einem massiven Feldzug an, um Deutschland wirtschaftlich, militärisch und psychologisch aufzubauen. Mit der Widerrufung der Bedingungen des Versailler Vertrages und den massiven Reparationszahlungen, die Deutschland in dem vorangegangenen Jahrzehnt in einem Zustand der finanziellen Leibeigenschaft gehalten hatte, erreichte Hitler eine bemerkenswerte Wende des Wirtschaftslebens in Deutschland.
Der Lebensstandard des Durchschnittsbürgers verbesserte sich ganz entschieden und man führte mit Erfolg eine Kampagne durch, die Lebensgeister der Menschen zu neuer Kraft zu entfalten. Da sie nunmehr eine Sache hatten, für die es zu arbeiten sich lohnte, machten die Deutschen sich mit der ihnen eigenen Gründlichkeit an die Arbeit. Die Arbeitslosigkeit verschwand praktisch, als die Produktion der Industrie auf Touren kam.
Zeitgenössischen Beobachtern wurde jedoch bald deutlich, daß Hitler und seine internationalen Beschützer einen außergewöhnlich hohen Prozentsatz an Produktion vom Band rollten, die sich in der Kriegsführung verwenden ließen.

Aus dem Tagebuch des Botschafters Dodd

Der höchste diplomatische Vertreter Amerikas im Hitler-Deutschland war nach 1933 Botschafter Dodd. Am 15. August 1936, also mehr als dreieinhalb Jahre nach Hitlers Machtergreifung, berichtete Dodd an den amerikanischen Präsidenten Roosevelt, "zur Zeit haben hier mehr als 100 amerikanische Unternehmen Tochtergesellschaften oder Kooperationsabkommen. Du Pont hat drei Verbündete in Deutschland, die das Rüstungsgeschäft unterstützen. Ihr Hauptverbündeter ist die I. G. Farben Company.
Standard Oil Company (New Yorker Untergesellschaft) hat im Dezember 1933 zwei Millionen Dollar hierher geschickt und erhält jährlich 500.000 Dollar dafür, den Deutschen bei der Herstellung von Ersatzbenzin für Kriegszwecke zu helfen; aber Standard Oil kann seine Gewinne nicht repatriieren, es sei denn in Form von Waren. Davon machen sie wenig Gebrauch. Zwar berichten sie ihre Erträge an die Muttergesellschaft, aber sie berichten nicht die Tatsachen. Der Präsident der International Harvester Company sagte mir, ihr Umsatz hier sei um 33 Prozent pro Jahr gestiegen (Waffenherstellung, glaube ich), aber sie holen sich nichts davon zurück.
Selbst unsere Flugzeugleute haben ein Geheimabkommen mit Krupp. General Motors Company und Ford erzielen hier mit ihren Tochtergesellschaften Riesenumsätze, aber entnehmen keine Gewinne. Ich erwähne diese Fakten, weil sie die Dinge verkomplizieren und die Kriegsgefahren vergrößern."

Immer mehr Geld für die Kriegsvorbereitungen

In seinem Tagebuch notierte Botschafter Dodd, daß Dr. Engelbrecht, Leiter der Rockefellertochter Vacuum Oil Company in Hamburg, ihm erzählt hat:" Die Standard Oil Company of New York baue eine Großraffinerie in der Nähe des Hamburger Hafens."
Die amerikanischen Internationalisten gingen aber in ihren Bemühungen um den Aufbau der deutschen Kriegsführungskapazitäten noch sehr viel weiter. Bei seinen Recherchen deckte Professor Sutton die Tatsache auf, daß "die beiden größten Panzerhersteller im Hitlerdeutschland Opel, eine l00prozentige Tochter der General Motors - ihrerseits von J. P. Morgan kontrolliert - sowie die Ford AG, Tochter der Ford Motor Company in Detroit waren. 1936 wurde

Opel von den Nazis Steuerfreiheit eingeräumt, damit General Motors seine Produktionsanlagen erweitern konnte. General Motors reinvestierte die anschließenden Gewinne in die deutsche Industrie."
Obwohl amerikanische Unternehmen verantwortlich für die Bereitstellung eines Großteils der Technologie und des Kapitals in Deutschland waren, das Hitler für den militärischen Aufbau benötigte, so gab es doch auch viele begüterte Europäer außerhalb Deutschlands, die mehr als genug das ihrige für dieselbe Sache taten. Aus europäischen Quellen flossen enorme Geldmengen in das Nazideutschland, und zwar über die Warburg-kontrollierte Mendelsohn Bank in Amsterdam, und später über die J. Henry Schröder Bank mit Filialen in Frankfurt am Main, London und New York. …<<
Herbert Ludwig berichtet später (am 30. April 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Geldgeber Hitlers (x943/…): >>**Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise**
… Die Finanzierung der NSDAP
Wenn ein kleiner Gefreiter in vierzehn Jahren aus dem Nichts eine Massenbewegung aufbaut, "*wenn er eine Hunderttausende zählende Privatarmee wie die SA auszurüsten (die SA hatte 1924 30.000, 1930 80.000, 1932 220.000, 1933 400.000 und 1934 etwa 4 Millionen Mitglieder), auszubilden und zu ernähren vermag und eine gewaltige Propagandamaschinerie inklusive Großveranstaltungen mit hunderttausend Teilnehmern finanziert, wenn er zweimal die Woche und später täglich den Völkischen Beobachter herausgeben kann, wenn er ... feudale Parteizentralen kauft, Tausende von Flaggen und gleich zwei Flugzeuge aufs Mal - dann muß das Geld in Strömen fließen oder gigantische Schuldenberge müssen in die Höhe wachsen. Bei Hitler ist beides der Fall. Das Geld fließt überreichlich und reicht doch oft nicht aus."*
Die Quellen liegen noch vielfach im Dunkeln.
Es ist allgemein bekannt, daß Hitler und die NSDAP schon ab den frühen Zwanzigerjahren von deutschen Industriellen finanziell unterstützt wurden. Der springende Punkt besteht jedoch nach den Erkenntnissen Antony Suttons darin, *daß es sich bei den deutschen Industriellen, die Hitler finanzierten, überwiegend um Direktoren von Kartellen mit amerikanischen Verbindungen, Besitz, Beteiligungen und einer Form von Verbindung durch Tochtergesellschaften handelte.*
Die Geldgeber Hitlers waren zum großen Teil nicht Firmen rein deutscher Herkunft beziehungsweise repräsentativ für deutsche Familienfirmen. Außer Thyssen und Kirdorf handelte es sich meistens um die deutschen multinationalen Firmen - also IG Farben, AEG, DAPAG (Deutsch-Amerikanische Petroleum A.G.) *usw. Diese multinationalen Firmen wurden in den Zwanzigerjahren durch amerikanische Anleihen aufgebaut und hatten in den Dreißigerjahren amerikanische Direktoren und hohe amerikanische Beteiligungen."*
Nach Wolfgang Zdral überwies Henry Ford, ausgewiesener Antisemit und Sympathisant Hitlers, jährlich 50.000 RM als Geburtstagsgeschenk auf Hitlers Privatkonto beim Kölner Bankhaus J. H. Stein. Nicht umsonst wurde Henry Ford von Hitler mit dem Großkreuz des Deutschen Adlerordens ausgezeichnet, der höchsten Auszeichnung, die er an Ausländer zu vergeben hatte.
An der Thyssen AG waren Amerikaner nicht beteiligt, doch Fritz Thyssen besorgte 1931 für die NSDAP einen Kredit über 250.000 RM bei einer Tochter-Firma der August-Thyssen Bank in Holland, die eng mit den finanziellen Interessen der Familie Harrimans in New York verflochten war, prominenten Mitgliedern des Finanzestablishments der Wall Street. "*Es gibt allen Grund zu der Annahme, daß die Harrimans von Thyssens Unterstützung für die Nazis wußten."*
In den Jahren 1932-1933 gingen von Friedrich Flick, einem der Direktoren der AEG mit 30 % US-Beteiligung, 150.000 RM direkt an die NSDAP. Bei dem berühmte "Kaiserhoftreffen"

einiger Unternehmer mit Hitler im Mai 1932, darunter von IG Farben und der amerikanische IG Farben, kamen mehr als 500.000 RM zusammen und wurden auf dem Konto von Rudolf Heß bei der Deutschen Bank hinterlegt.
Am 20. Februar 1933 trafen sich im Hause Hermann Göring die Spitzen der deutschen Wirtschaft. Hjalmar Schacht sammelte an diesem Ort etwa 1,3 Millionen Reichsmark für das von ihm eingerichtete "Sonderkonto Treuhand".
Davon sollte Hitlers Wahlkampf für den 5. März finanziert werden. In diese Wahlkampfkasse zahlten, so Antony Sutton, Konzerne der US-NS-Connection den Hauptanteil ein. "*Innerhalb weniger Wochen ... gab es eine untereinander verbundene Sequenz großer Ereignisse: die finanzielle Unterstützung prominenter Bankiers und Industrieller zur Wahl 1933, den Reichstagsbrand, die Abschaffung der verfassungsmäßig garantierten Rechte und die darauffolgende Machtergreifung der nationalsozialistischen Partei."*
Es ist sicher kein Zufall, daß die deutschen Industriellen, die in Nürnberg vor Gericht standen, so der britische Amerikaner Antony Sutton, "*kaum mehr als einen Klaps auf den Hintern erhielten. Wir stellen die Frage danach, ob die Nürnberger Prozesse nicht in Washington hätten abgehalten werden sollen - mit ein paar wenigen prominenten amerikanischen Geschäftsleuten sowie Nazigeschäftsleuten auf der Anklagebank." …*<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im September 2019) im COMPACT-Spezial Nr. 23 (x345/70-71): >>**Hitlers Logenbruder**
_ *von Guido Grandt*
Ein hochrangiger Freimaurer saß beim "Führer" am Kabinettstisch. Er hatte die Nazis von Anfang an unterstützt - und war einer der Wegbereiter des Dritten Reiches. Nach dem Krieg halfen ihm seine brüderlichen Verbindungen.
Der Bankier Hjalmar Schacht (1877-1970) wurde 1906 als Mitglied von der Loge *Urania zur Unsterblichkeit* aufgenommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg trat er der Loge *Zur Brudertreue an der Elbe* bei. Dort hieß man ihn 1949 willkommen. Ein leuchtendes Beispiel für humanitären Geist hatte er zuvor - in einer Zeit, in der beispiellose Verbrechen begangen wurden - allerdings nicht gerade abgegeben.
"Die Juden müssen sich damit abfinden, daß ihr Einfluß bei uns ein für alle Mal vorbei ist."
Hjalmar Schacht
Schacht fungierte von 1923 bis 1930 und von 1933 bis 1939 als Präsident der Deutschen Reichsbank, von 1934 bis 1937 war er zugleich Wirtschaftsminister. Danach diente er bis 1944 als Minister ohne Geschäftsbereich. Bereits 1926 sympathisierte er mit den Nazis, lernte 1930 Hermann Göring, Joseph Goebbels und Adolf Hitler kennen. Zwei Jahre später unterstützte er als Finanzexperte die NSDAP, forderte mit seiner Unterschrift bei einer Eingabe an Präsident Hindenburg, den Führer der Nationalsozialisten zum Reichskanzler zu ernennen, und half später entscheidend mit, die Aufrüstung zu finanzieren.
In London führte er sogar Verhandlungen über die "Aussiedlung von Juden", was als sogenannter Schacht-Rublee-Plan in die Geschichte einging. Das tat er, obwohl er zunächst den Standpunkt vertrat, daß die NS-Rassenpolitik der deutschen Wirtschaft nicht nur schaden, sondern sie auch ruinieren würde, weshalb er die diskriminierende Behandlung von Unternehmen mit jüdischen Inhabern grundsätzlich ablehnte.
Lob für die Nürnberger Gesetze
Allerdings hieß er die 1935 erlassenen Nürnberger Gesetze ausdrücklich gut: "Ich begrüße … die Nürnberger Gesetze, daß er ("der Jude") wieder zurückgedrängt ist in sein, ich kann ruhig sagen, Ghetto." Und er teilte das nationalsozialistische Staatsziel, Juden in der Gesellschaft zu isolieren.
Ferner sagte er: "Die Juden müssen sich damit abfinden, daß ihr Einfluß bei uns ein für alle

Mal vorbei ist. Wir wünschen, unser Volk und unsere Kultur rein und eigen zu halten." An anderer Stelle meinte er, daß "kein Jude ... Volksgenosse sein" dürfe und befürwortete die gesetzliche Diskriminierung aller deutschen Juden, die sie zu "Staatsbürgern minderen Rechts" erklärte.
Schacht deutete bei einer Rede 1935 in Königsberg auch an, daß er sich mit dem sogenannten Blutschutzgesetz anfreunden könne, das eine Heirat zwischen Nichtjuden und Juden verbot und zudem jeden außerehelichen Geschlechtsverkehr mit Zuchthaus bestrafte. Der Reichswirtschaftsminister erhielt zudem das Goldene Parteiabzeichen der NSDAP.
Dennoch kühlte sich ab 1937 sein Verhältnis zu den Nazis ab. Schacht wurde 1944 wegen der Mitverschwörung beim Attentat auf Hitler verhaftet und in einer der sogenannten Prominentenbaracken interniert. Amerikanische Militärstaatsanwälte stellten ihn wegen "Verschwörung zur Herbeiführung des Krieges" und der "Teilnahme an den Vorbereitungsmaßnahmen" vor das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal, wo er freigesprochen wurde.
Aufgrund des Entnazifizierungsgesetzes galt er den westdeutschen Behörden dennoch als belastet, weil er der "nationalsozialistischen Gewaltherrschaft außerordentliche wirtschaftliche Unterstützung" gewährt hatte. Er wurde zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt, bis 1948 inhaftiert und im Berufungsverfahren freigesprochen. 1953 gründete er die Außenhandelsbank Schacht & Co. in Düsseldorf.
Christopher Kopper schreibt in seinem Buch Hjalmar Schacht - Aufstieg und Fall von Hitlers mächtigstem Bankier: Seine (Schachts) Selbsterklärung, er habe sich dem NS-Regime nur aus patriotischen Motiven zur Verfügung gestellt und sei im Amt geblieben, um Schlimmeres zu verhüten, war ausgesprochen fragwürdig - aber fand in der alten (und neuen) Verwaltungselite und in den führenden Wirtschaftskreisen der Bundesrepublik durchaus Zustimmung."
1953 veröffentlichte der Bankier seine Memoiren unter dem Titel 76 Jahre meines Lebens, die, so Kopper, "voller Ressentiments gegen deutsche wie gegen deutsch-amerikanische Juden" steckten. Der Biograph des Reichsbankpräsidenten schreibt: "Schacht war nach dem Krieg zumindest phasenweise stärker antisemitisch eingestellt, als er es während der Herrschaft des Nationalsozialismus je war."

Festes Bruderband

Noch ein anderes maurerisches Klüngelspiel, das bis jetzt nicht als solches erkannt worden ist, spielte sich ab: In der Phase zwischen dem Freispruch des Internationalen Militärtribunals und dem Entnazifizierungsverfahren deutscher Behörden gegen ihn fuhr Schacht von Bayern, wo seine Anwälte einen "vorläufigen Freibrief" erwirkt hatten, nach Baden-Württemberg zu einem Freund. Der Nürnberger Polizeipräsident informierte die württembergische Landesregierung von dieser Reise, woraufhin der Minister für Politische Befreiung sofort einen Haftbefehl gegen den früheren Reichsminister erließ.
Doch der liberale Ministerpräsident Reinhold Maier wollte Schachts Verhaftung ohne großes Aufsehen verhindern und ließ ihm über Umwegen eine Warnung zukommen. Dennoch wurde er festgenommen, weil er den Hinweis nicht ernst nahm. Fakt ist jedoch, daß der Ministerpräsidenten ihn illegalerweise warnte.
Der Vorgang wird verständlich, wenn man weiß, daß Reinhold Maier selbst ein sehr aktiver Freimaurer war. Von 1924 bis 1933 war er Mitglied der Loge *Zu den 3 Cedern* in Stuttgart und 1946 sogar Gründungsmitglied der Stuttgarter Loge *Furchtlos und Treu*, der er bis zu seinem Tod angehörte. Er versuchte also seinem Logenbruder Schacht aus der Klemme zu helfen. Unter anderem zu diesem Zweck war ja auch das "Bruderband" geknüpft worden. Skandalös!

"Ein weiterer Fleck in der Geschichte der deutschen Freimaurer."

Journalist Tom Goeller

"Bruder" Hjalmar Schacht stellt zweifellos für die Geschichte der deutschen Freimaurer eine

Belastung dar", bekennt Freimaurer und Journalist Tom Goeller daher auch reumütig. In seinem Buch Freimaurer - Aufklärung eines Mythos hält er fest: "Unabhängig von den gerichtlichen Freisprüchen hätte er 1949 nicht mehr in eine Loge aufgenommen werden dürfen. Denn es ist unstrittig, daß er ein entscheidender Steigbügelhalter auf Hitlers Weg zur Macht war. Das alleine hätte genügen müssen, ihn aus der Freimaurerei für immer auszuschließen.
Leider muß indes vermutet werden, daß sich die Hamburger Loge "Zur Brudertreue an der Elbe" 1949 eher geschmeichelt fühlte, einen "namhaften" Freimaurer zu ihren Mitgliedern zählen zu können, als einen Helfershelfer Hitlers zu bannen; ein weiterer Fleck in der Geschichte der deutschen Freimaurer.

Freimaurer und NS

Die NSDAP machte von Anfang an Front gegen die deutschen Logen. Hierbei tat sich vor allem Chefideologe Alfred Rosenberg hervor, der die Freimaurer im Völkischen Beobachter "künstliche Juden" nannte, ihnen eine "volklose Weltanschauung" unterstellte und von einer "freimaurerischen Völkerbunddiktatur über Europa" fabulierte. Er kam zu dem Schluß: "Deshalb darf kein Maurer der NSDAP angehören und umgekehrt." In den von der Organisationsabteilung der Partei herausgegebenen Schulungsbriefen hieß es am 15. März 1931: "Die Feindschaft des Bauern gegen den Freimaurer als Judenknecht muß bis zur Raserei aufgestachelt werden."
Nach 1933 paßten sich viele Logen den NS-Machthabern an, um ein Verbot abzuwenden. Doch das half nichts: Am 17. August 1935 ordnete Innenminister Wilhelm Frick das Verbot der Freimaurerei in Deutschland an. Manche Logenhäuser wurden in "Freimaurermuseen" umgewandelt.
Bekannte Freimaurer, die Opfer des NS-Regimes wurden, waren beispielsweise der Schriftsteller Carl von Ossietzky sowie die Sozialdemokraten Julius Leber und Wilhelm Leuschner.<<

Der deutsche Journalist und Autor Jürgen Elsässer schrieb später (im Jahre 2021) im COMPACT-Geschichte Nr. 9 über die Finanzierung Hitlers und das dunkle Geheimnis der Wall Street nach dem Ersten Weltkrieg (x361/12,16-19): >>**Die Guten, die Bösen und die Unsichtbaren**

Seit Jahrzehnten fetzt sich die Geschichtswissenschaft wegen der Finanzierung der NSDAP durch das Großkapital. Linke und bürgerliche Historiker stehen sich in erbitterter Feindschaft gegenüber - und keine der beiden Parteiungen will über den Elefanten sprechen, in dessen mächtigem Schatten die Kontroverse steht. …



Bereits vor 1933 wurde die Schuldfrage plakativ instrumentalisiert. Hier erscheint nicht mehr Hitler selbst, sondern die Großindustrie als hauptverantwortlich. Foto: picture-alliance/akg-images

Es ist vor allem das Verdienst des US-Amerikaners Antony C. Sutton und des Russen Nikolay Starikow, hier mit bahnbrechenden - und dennoch (oder gerade deswegen?) im Mainstream kaum beachteten - Recherchen für die Klarheit gesorgt zu haben, die den kommunistischen

wie den westlichen Historikern fehlt. Ihre Bücher *Wall Street und der Aufstieg Hitlers* (Erstveröffentlichung 1976, auf Deutsch im Schweizer Verlag Perseus 2009, Auszug auf Seite 50. ff.) beziehungsweise *Wer hat Hitler gezwungen, Stalin zu überfallen?* (auf Deutsch 2017 in einem kleinen baltischen Verlag erschienen, Auszug auf Seite 38 ff.) werden in der Fachwissenschaft ignoriert. Dritter im Bunde der Aufdecker ist der US-Professor Guido Giacomo Preparata mit seinem Buch *Wer Hitler mächtig machte: Wie britisch-amerikanische Finanzeliten dem Dritten Reich den Weg bereiteten* (2010 ebenfalls bei Perseus erschienen).

Die unsichtbare Hand

Sutton erklärt die Hinwendung der Wall Street zu den Nazis vor allem mit deren korporatistischem Wirtschaftsmodell, das im Unterschied zur freien Marktwirtschaft stabile Gewinnraten garantiere - aus demselben Grund unterstützten die Banker laut Sutton auch den US-Präsidenten Franklin Delano Roosevelt (1933-1945) und die Sowjetunion.

Im Unterschied zu ihm gehen Starikow und Preparata davon aus, daß nicht das korporatistische Wirtschaftsmodell, sondern die geostrategische Orientierung die angloamerikanischen Geldhaie zur Unterstützung Hitlers brachte: Washington und London zogen die NSDAP vor allem deswegen anderen nationalistischen Parteien und Strömungen vor, weil sich Hitler in *Mein Kampf* vehement für ein deutsch-britisches Bündnis gegen Rußland ausgesprochen hatte - das paßte zur Globalstrategie der angelsächsischen Seemächte.

Aus demselben Grund erfuhren Aktivisten im Umkreis der Konservativen Revolution keine Förderung: Sie waren zumeist anti-englisch eingestellt und damit trotz ihres Antikommunismus suspekt. Preparata nennt ein Beispiel: Als sich 1920 monarchistische Offiziere im sogenannten Kapp-Putsch gegen die Weimarer Demokratie erhoben, schleuste London seinen Agenten Ignatz Trebitsch-Lincoln in den inneren Kreis der Verschwörer ein und brachte den Umsturz zum Scheitern.

Die Obristen träumten von einem deutsch-russischen Bündnis, am liebsten mit den verbliebenen Anhängern des Zaren, zur Not aber auch mit den Bolschewiken - das mußte London unbedingt verhindern. Außenminister Walther Rathenau, der 1922 im Vertrag von Rapallo ein solches Bündnis tatsächlich in Angriff nahm, wurde übrigens im selben Jahr von der NSDAP-nahen Organisation Consul ermordet.

"Ein fabelhafter Demagoge."

Truman Smith über *Hitler*

Starikow recherchierte penibel die Kontakte, die US-Regierungskreise bereits 1921/22 zu Hitler knüpften - vor allem über den Militärattaché Truman Smith und den von ihm instruierten NSDAP-Spendensammler und Führer-Intimus Ernst "Putzi" Hanfstaengl, der auch für Sutton eine Schlüsselrolle spielte (siehe Seite 60 ff.).

Der Börsenexperte Thorsten Schulte ("Silberjunge") präsentiert - von Starikow ausgehend - in seinem aktuellen Buch *Fremdbestimmt. 120 Jahre Lügen und Täuschung* weitere Beweise für Hitlers frühe Förderer im US-Establishment, so etwa die Begeisterung von Truman Smith nach einem Treffen am 20. November 1922: "Ein fabelhafter Demagoge. Ich habe kaum zuvor einem so konsequenten und fanatischen Mann zugehört."

Das Zitat, entnommen dem englischen Original des Standardwerks *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches* von William L. Shirer aus dem Jahr 1960, fehlt in der deutschen Ausgabe… Ein wichtiger Spendenvermittler war auch der Schriftsteller Dietrich Eckart, der den Kontakt zu Warren C. Anderson hielt, den Europa-Präsidenten des amerikanischen Autoproduzenten Henry Ford. 1924 fuhr der Nazi-Gigolo Kurt Lüdecke direkt zum Geldsammeln in die USA. Gerichtliche Untersuchungen ergaben, daß Ford bereits im Jahre 1923 drei Mal größere Geldbeträge für Hitler angewiesen hatte.

Ein erstes Fanal setzte die NSDAP am 9. November 1923 durch einen Putschversuch in München. "Das Verblüffendste und Rätselhafteste am Erfolg dieses Menschen (Hitlers) ist die Tat-

sache, daß er 1923, auf dem Höhepunkt des Inflationstaumels, über Devisen verfügte, über Dollars, Tschechenkronen, holländische Gulden, ja offenbar auch über französische Franken", schreibt Walter Görlitz in *Geldgeber der Macht* (Düsseldorf/Wien, 1976).

...

Der Durchbruch ab 1929

Hitler wurde im Dezember 1924 aus der Festungshaft in Landsberg entlassen, im Februar 1925 wurde die NSDAP neu gegründet. Trotz innerer Konsolidierung hatte die Partei in den folgenden Jahren keinen Erfolg. Bei den Reichstagswahlen 1928 wurden enttäuschende 2,6 Prozent erzielt. Den folgenden steilen Aufstieg verdankte die Hitler-Partei dem Young-Plan, der die 1919 in Versailles diktierten Reparationen neu regelte.

Im Unterschied zu den bürgerlichen Parteien und der SPD, die den Plan als alternativlos darstellten, profilierte sich die NSDAP in scharfer Opposition gegen die "Young-Sklaverei" und fand dadurch zunehmend Unterstützung im Volk wie auch in jenen Teilen des Großkapitals, die sich vom Dollar-Imperialismus bedroht fühlten. Fritz Thyssen bekannte nach dem Zweiten Weltkrieg: "Ich wandte mich der Nationalsozialistischen Partei erst zu, als ich die Überzeugung gewann, daß der Kampf gegen den Young-Plan unvermeidlich war, wenn der völlige Zusammenbruch Deutschlands abgewendet werden sollte."

Reichskanzler Heinrich Brüning (1930-1932) schrieb am 28. August 1937 aus seinem Exil in einem privaten Brief an Winston Churchill: "Hitlers wirklicher Aufstieg begann erst 1929, als die deutschen Großindustriellen und andere es ablehnten, weiterhin Gelder an eine Menge patriotischer Organisationen auszuschütten, die bis dahin die ganze Arbeit für das deutsche Risorgimento (Wiederauferstehen) geleistet hatten."

Dazu muß man im Hinterkopf behalten, daß "deutsche Großindustrielle" zu diesem Zeitpunkt schon Überkreuzbeteiligungen mit amerikanischen Partnern hatten. Sutton nennt Einzelheiten (in dieser COMPACT-Ausgabe ab Seite 76) und resümiert: "Es ist bemerkenswert, daß die größten Spender ... mit Finanziers der Wall Street verbunden waren. Diese Wall-Street-Finanziers saßen im Herzen der Finanzelite und waren angesehen in der zeitgenössischen amerikanischen Politik."

Der an der Wall Street - vor allem vom größten Bankhaus J. P. Morgan - ersonnene Young-Plan wirkte wie ein Förderprogramm für die NSDAP: Er legte für Deutschland 37 Jahresraten von jeweils 2,05 Milliarden Goldmark sowie weitere 22 Jahresraten von jeweils 1,65 Milliarden Goldmark fest. Erst nach 59 Jahren - also 1988 - sollte die Schuld getilgt sein. Erschwerend kam hinzu, daß im Vergleich zum vorhergehenden Dawes-Plan aus dem Jahr 1924 die Modalitäten deutlich verschärft wurden: Statt Reparationszahlungen in Form von Gütern wie beim Dawes-Plan verlangte das neue Diktat explizit Geldzahlungen.

Das mußte, so Thyssen, "zwingend zum Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft des Reiches führen". Pikant: Für die Reichsbank verhandelte ihr Präsident Hjalmar Schacht den Dawes- sowie den Young-Plan mit - er sollte sich 1930 der NSDAP anschließen und dann von Hitler erneut an die Spitze der Notenbank gestellt werden. Und: Er bekannte sich zur Freimaurerei, auch nach deren Verbot durch die Nazis.

Entscheidend für den Durchbruch der NSDAP war das Volksbegehren gegen den Young-Plan, das im Juli 1929 im Wesentlichen von der DNVP lanciert wurde, die aber die Nationalsozialisten als Partner akzeptierte. Zwar scheiterte das Plebiszit - lediglich 5,8 Millionen oder knapp 14 Prozent der Wahlberechtigten stimmten zu -, aber der Schwung der Kampagne führte bei den folgenden Kommunal- und Regionalwahlen zu einer Vervielfachung der Stimmanteile der NSDAP. Die Reichstagswahlen im September 1930 führten zu einer erdrutschartigen Verschiebung: Die Nationalsozialisten gewannen 18,3 Prozent, hatten also ihr Ergebnis aus dem Jahr 1928 mehr als versiebenfacht - und die DNVP überrundet.

Noch höher hinaus ging es bei den Juli-Wahlen 1932: Mittlerweile hatte der Zusammenbruch

der Wall Street am Schwarzen Freitag 1929 auch deutsche Banken und Unternehmen in den Abgrund gerissen, über sechs Millionen Arbeitslose standen ohne jede staatliche Unterstützung da. Die Hitler-Partei gewann glatte 19 Prozent hinzu und wurde mit 37,3 Prozent mit weitem Abstand zur nächstplazierten SPD (21,2) stärkste Partei.
Wichtig: Ermittlungen des sozialdemokratischen Reichsinnenministers Carl Severing (1928-1930) ergaben, daß seit 1929 Verhandlungen Hitlers mit US-Bankiers im Berliner Hotel Adlon stattfanden. "Auf amerikanischer Seite waren eingeweiht: Bankier Warburg, als Treuhänder des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Cie., sowie eine Gruppe der amerikanischen Ölfinanz", berichtete ein Mitarbeiter des preußischen Staatssekretärs Wilhelm Abegg.
Brünings Reichskanzlei kam zum Schluß, daß "in den letzten zwölf Monaten" vor dem April 1932 zwischen 62 und 68 Millionen Reichsmark in die Kassen der NSDAP geflossen seien. Davon entfielen nach dieser Aufstellung 40 bis 45 Millionen Reichsmark auf "ausländische Geldgeber". …<<
In München lernt Hitler im Jahre 1929 die 17jährige Fotolaborassistentin Eva Braun kennen. Ihr konservativer Vater lehnt zunächst jeden Umgang mit Hitler ab.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Eva Braun (x051/86-87): >>Braun, Eva, geboren in München 6.2.1912, gestorben in Berlin 30.4.1945, Geliebte und einen Tag lang Ehefrau Hitlers
Nach dem Selbstmord von "Geli" Raubal im September 31 wurden die Beziehungen zwischen Hitler und Braun, die er 1929 im Atelier seines Fotografen Hoffmann kennengelernt hatte, intim.
Das Verhältnis wurde sorgfältig vor der Öffentlichkeit verborgen, um das Bild des allem Irdischen entrückten Führers nicht zu stören.
Als Ausgleich für die damit verbundene Einsamkeit, die bis zur Suizidgefahr führte, kaufte Hitler für Braun 1935 eine Villa in der Münchener Wasserburger Straße (heute Delpstraße) und ließ sie wenig später auf den Berghof umziehen.
Doch auch hier mußte sie im Hintergrund bleiben und konnte nur im engsten Kreis als Hitlers "Hausfrau" auftreten, die Führerhauptquartiere im Krieg waren ihr verschlossen. Sie mußte damit Hitlers Frauenideal der unemanzipierten, unpolitischen "Kameradin" entsprechen, auch wenn ihr aus Staatsräson der sonst erwünschte Kindersegen versagt blieb.
Am 15.4.45 folgte Braun Hitler gegen seinen ausdrücklichen Wunsch in den Bunker unter der Reichskanzlei und wurde am 29.4. mit ihm getraut. Am folgenden Tag nahmen sich beide das Leben, die Leichen wurden nach Hitlers Willen im Garten verbrannt.<<
Im Jahresbericht der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft für 1929 wird die Umstellung der Produktion wie folgt begründet (x149/57): >>Hauptsächlich das starre Festhalten der Arbeiterschaft an erreichten Nominallöhnen und unablässiges Drängen nach weiterer Erhöhung zwingt die Produktion zu fortschreitender Mechanisierung. ...
Der teure Arbeiter oder Beamte wird durch die Maschine ersetzt nur in der Erwartung, daß Verzinsung und Amortisation der Anschaffungskosten weniger ausmachen als der Lohn. Diese Tatsache wird dadurch verdunkelt, daß die Einrichtung der Mechanisierung, der Neu- oder Umbau von Fabrikgebäuden, die Herstellung der maschinellen Einrichtung, die nicht vergrößerter, sondern nur verbilligter Gütererzeugung dienen, vorübergehend Arbeitern Beschäftigung gibt, sie aber später zur Arbeitslosigkeit führt. Die Arbeiterschaft sägt den Ast ab, auf dem sie sitzt, und täuscht sich über die Auswirkung hinweg, weil sie zunächst noch für das Sägen bezahlt wird.<<
In Deutschland sind 1929 im Jahresdurchschnitt 1.892.000 Personen bzw. 9,6 % arbeitslos (x149/60).
CSR: Klement Gottwald (1896-1953) übernimmt im Jahre 1929 die Führung der kommunistischen Partei.

Als die Slowaken verstärkt die zugesagte Selbstbestimmung fordern, lassen die Tschechen alle Anführer der Rebellen inhaftieren. Der slowakische Führer Vojtech Tuka (1880-1946) wird im Jahre 1929 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt (x061/435).

UdSSR: Trotzki flieht im Jahre 1929 zunächst nach Frankreich und später nach Mexiko, wo ihn nach mehreren gescheiterten Anschlägen ein sowjetischer NKWD-Agent am 20. August 1940 mit einem Eispickel ermordet (x128/48).

Die Parteikonferenz der KPdSU fordert im Jahre 1929 von allen werktätigen Arbeitern und Bauern höhere Arbeitsleistungen (x149/20): >>... Organisiert den Wettbewerb für die Senkung des Selbstkostenpreises, für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, für die Festigung der Arbeitsdisziplin, für die Erweiterung der Saatflächen, für die Hebung der Ertragsfähigkeit, für die Gewinnung der Bauernschaft zu Kolchosen und Genossenschaften, für die Vereinfachung des Staatsapparats, ... für die Verbesserung der Arbeit der kulturellen Einrichtungen, welche die Massen der Werktätigen bedienen. ...

Der Arbeitsheroismus und die Selbstaufopferung der Werktätigen äußern sich auch in der freiwilligen Erhöhung der Arbeitsnormen, in der Abarbeit der Feiertage, in dem gigantischen Wachstum der Vorschläge für die Produktionsberatungen, in dem Boykott der Faulenzer und Bummelanten.<<

Frankreich: Frankreich errichtet von 1929-36 an der französischen Ostgrenze ein tiefgestaffeltes Befestigungssystem (die "Maginot-Linie", benannt nach dem französischen Kriegsminister A. Maginot), um sich gegen einen erwarteten Angriff Deutschlands zu schützen.

USA: In den USA sind 1929 im Jahresdurchschnitt 1.550.000 Personen bzw. 3,2 % arbeitslos (x149/60).

01.01.1930

> Wenn die Sonne der Kultur niedrig steht, werfen selbst Zwerge lange Schatten.
> *Karl Kraus (1874-1936, österreichischer Journalist und Schriftsteller)*

Deutsches Reich: Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag wird am 1. Januar 1930 von 3 % auf 3,5 % erhöht.

07.01.1930

Deutsches Reich: Carl von Ossietzky berichtet am 7. Januar 1930 in der "Weltbühne" (x034/-439): >>... Hugenberg wird seinen Golem Hitler nicht zu selbständig werden lassen; wenn er ihn nicht mehr braucht, wird er ihm einfach die Bezüge sperren, und die nationalsozialistische Bewegung wird ebenso mysteriös verschwinden wie sie in diesen beiden letzten Jahren mysteriös gewachsen ist.<<

14.01.1930

Deutsches Reich: Horst Wessel (1907-1930, ab 1926 NSDAP-Mitglied, seit 1929 SA-Sturmführer, Verfasser des Marschliedes "Die Fahne hoch") wird am 14. Januar 1930 bei einem Überfall in seiner Wohnung in Berlin niedergeschossen (vermutlich eine private Auseinandersetzung mit einem Zuhälter).

16.01.1930

Deutsches Reich: Der preußische Innenminister Albert Grzesinski ordnet am 16. Januar 1930 ein generelles Umzugs- und Versammlungsverbot unter freiem Himmel an, um die gewaltsamen Ausschreitungen der radikalen Parteien zu beenden.

23.01.1930

Deutsches Reich: Der NSDAP-Politiker Wilhelm Frick (1877-1946, Jurist, seit 1924 Mitglied des Reichstages) wird am 23. Januar 1930 Minister für Inneres und Volksbildung in Thüringen. Frick ist damit der erste nationalsozialistische Minister einer deutschen Landesregierung.

02.02.1930

Deutsches Reich: Adolf Hitler schreibt am 2. Februar 1930 über Wilhelm Fricks Wahl zum thüringischen Innen- und Volksbildungsminister (x034/444): >>Wer diese beiden Ministerien besetzt und rücksichtslos und beharrlich seine Macht in ihnen ausübt, kann Außerordentliches ... (bewirken) ... Ich war mir darüber klar, daß für diese Stelle ... nur ein durchgekochter Nationalsozialist von ebenso großer Fachkenntnis wie bedingungsloser nationalsozialistischer Gesinnung in Frage kommen kann.<<

23.02.1930

Deutsches Reich: Der SA-Sturmführer Horst Wessel erliegt am 23. Februar 1930 seinen schweren Schußverletzungen. Wessel wird später unter großer NS-Beteiligung in Berlin beigesetzt und danach durch Goebbels Parteipropaganda zum NS-Märtyrer und NS-Helden "aufgebaut bzw. erklärt".

Der Haupttäter des Gewaltverbrechens (ein Angehöriger der KPD) wird im September 1930 wegen Totschlags zu einer 6jährigen Zuchthausstrafe verurteilt.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Horst Wessel (x051/637): >>Wessel, Horst, geboren in Bielefeld 9.10.1907, gestorben in Berlin 23.2.1930, SA-Mann, Sohn eines evangelischen Pfarrers.

Wessel ging zum Studium nach Berlin, trat dort 1926 der NSDAP bei und übernahm in der kommunistischen Hochburg Friedrichshain den SA-Sturm 5. Seine politischen Aktivitäten erlahmten jedoch, als er sich in eine Prostituierte verliebte und mit ihr eine gemeinsame Wohnung bezog. Dort stöberte sie am 14.1.30 der Zuhälter Ali Höhler mit einigen Rotfrontkämpfern auf und schoß Wessel in den Mund.

Berlins Gauleiter Goebbels machte aus dem Eifersuchtsdrama ein politisches Opfer und berichtete im "Angriff" täglich über Wessels Befinden. Sein Tod machte diesen dann zum "Blutzeugen der Bewegung" und Goebbels verwandelte die Beerdigung in eine politische Demonstration.

Ein Gedicht, das Wessel am 23.9.29 im "Angriff" veröffentlicht hatte, wurde der eingängigen Marsch-Melodie eines Matrosenliedes unterlegt und als Horst-Wessel-Lied nach 1933 zur zweiten deutschen Nationalhymne: "Die Fahne hoch ...!" Nach Wessel wurden zahlreiche Straßen, Schiffe, Veranstaltungen usw. benannt.<<

Die Schülerzahl der Berliner Volksschulklassen wird am 23. Februar 1930 von 34 auf 36 Schüler pro Klasse erhöht, so daß man in Berlin 387 Volksschullehrer einsparen kann.

Februar 1930

Rumänien: König Carol II. (1893-1953) kehrt nach Rumänien zurück und übernimmt ab Februar 1930 die Führung Rumäniens ("persönliches Regiment").

Carol II. schaltet danach Ministerpräsident Maniu aus und bekämpft vor allem antisemitische, rechtsradikale Gruppen (wie z.B. die "Legion Erzengel Michael").

02.03.1930

Deutsches Reich: Die NS-Zeitung "Völkischer Beobachter" berichtet am 2. März 1930 (x034/448): >>Nur Adolf Hitler kann ein starkes Deutschland schaffen. ...<<

Die "Deutsche Bergwerkszeitung" veröffentlicht am 2. März 1930 die "Zehn Gebote für Kraftfahrer" (x034/449): >>... 10. Gebot: Meide während des Fahrens den Alkohol.<<

12.03.1930

Deutsches Reich: Der Reichstag stimmt mit 270 gegen 192 Stimmen am 12. März 1930 für die Annahme des Young-Plans.

Die NS-Zeitung "Völkischer Beobachter" berichtet am 12. März 1930 über die Annahme des Young-Plans (x034/450): >>... Wir erklären als Spitzenorganisation des kommenden Reiches, daß wir nicht ruhen und rasten werden, bis mit den Novemberverbrechern auch die Verbrecher vom 12. März 1930 von einem deutschen Staatsgerichtshof abgeurteilt werden.<<

13.03.1930

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg erklärt am 13. März 1930 vor der Unterzeichnung des Young-Plans im Reichstag (x034/450): >>Wir müssen uns trotz und wegen der Not der Zeit auf uns selbst besinnen und wieder eins werden in dem Gedanken: Deutschland über alles.<<

Generalmajor a.D. von Thaer-Sibyllenort informiert General Kurt von Schleicher am 13. März 1930 über die Lage der ostdeutschen Landwirtschaft (x034/451): >>... Für Ostelbien ist es drei Minuten vor 24 Uhr. Wir sehen sonst den Untergang 700jähriger deutscher Ostpolitik.<<

21.03.1930

Deutsches Reich: Die NS-Jugendzeitschrift "Die Kommenden" schreibt am 21. März 1930 über die Anerkennung des Young-Plans (x034/453): >>Der Würfel ist gefallen und das Tischtuch zwischen Herrn von Hindenburg und der deutschen Jugend ist endgültig zerschnitten. ...<<

27.03.1930

Deutsches Reich: Obgleich die deutsche Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung fast zahlungsunfähig ist, weigern sich die Sozialdemokraten (aus Rücksicht auf die Einsprüche des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes), die Sozialleistungen zu kürzen bzw. die Arbeitslosenversicherungsbeiträge auf 3,75 % zu erhöhen (x034/454).

Die letzte SPD-Regierung (unter Führung des Reichskanzlers Hermann Müller, 1876-1931) tritt daraufhin am 27. März 1930 trotz ausreichender Mehrheit wegen dieser ungelösten Finanzierungsprobleme zurück. Der völlig unnötige Rücktritt des Reichskabinetts Hermann Müller beschleunigt nachweislich den Untergang der Weimarer Republik.

Nach dem Rücktritt der letzten SPD-Regierung folgen nur noch Präsidialkabinette, die aufgrund fehlender Reichstagsmehrheit mit Hilfe von Notverordnungen regieren. Diese machtlosen Minderheitsregierungen schwächen die Autorität der demokratischen Reichsregierung entscheidend und erleichtern letzten Endes Hitlers "Machtübernahme" (x051/393).

Ein sozialdemokratischer Journalist schreibt später über den Zusammenbruch der letzten "Großen Koalition" (x243/36): >>... In der Feuerlinie standen nicht (die Gewerkschaften), sondern die Partei (SPD). ... Es wäre ihre Aufgabe gewesen, zwischen den nur gewerkschaftlichen und den allgemeinen politischen Gesichtspunkten den notwendigen Ausgleich zu schaffen. ...

Die Partei war dazu aber nicht imstande, denn eine Minderheit bekämpfte die Koalitionspolitik Hermann Müllers heftig und wünschte ihr baldiges Ende. Die Parteiführung sah sich, zwischen dem linken Parteiflügel und den Gewerkschaften eingeklemmt, jeder Bewegungsfreiheit beraubt. Ein Eingehen auf den Kompromiß hätte den Ausbruch eines offenen Konfliktes zur Folge gehabt, in dem Wissell (SPD-Arbeitsminister) gegen seine drei (SPD) Ministerkollegen, Gewerkschaften und Parteilinke vereint gegen die Parteirechte gestanden hätten.

Ein solcher Konflikt konnte nicht riskiert werden, (da) die Partei von Feinden rings umgeben war, denn die bürgerliche Mitte ging immer weiter nach rechts, im Rücken der Partei aber standen die Kommunisten. ...

Die entscheidenden Verhandlungen in der sozialdemokratischen Fraktion verliefen in nervöser Stimmung. ... Der Redner der Gewerkschaften erklärte, ... daß ein Kompromiß über die Arbeitslosenversicherung völlig unannehmbar sei.

Sollte die Fraktion zu einer anderen Auffassung kommen, so würden die Gewerkschaften ... ihren abweichenden Standpunkt im Reichstag, in der Presse und in der Partei nachdrücklich geltend machen. Man beschloß fast einstimmig, den Kompromiß abzulehnen.

Gleich darauf trat das Kabinett zusammen. Der Reichskanzler vertrat den Standpunkt, daß das Kabinett nun, nachdem die Einigung der Parteien gescheitert war, mit seiner ursprünglichen Vorlage vor den Reichstag treten müsse.

Der Vorschlag stieß auf Widerspruch. ... Der volksparteiliche Reichsfinanzminister ... (erklärte), sollte das Kabinett beschließen, sie dennoch in den Reichstag einzubringen, müsse das seinen Rücktritt zur Folge haben.
Danach hielten auch die Zentrumsminister die Voraussetzungen für ihr Bleiben nicht mehr für gegeben, man beschloß die Gesamtdemission des Kabinetts. ...<<

28.03.1930

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg beauftragt Heinrich Brüning (1885-1970, seit 1924 Reichstagsabgeordneter des Zentrums) am 28. März 1930 mit der Bildung eines neuen Kabinetts.
Der Vorstand der SPD veröffentlicht am 28. März 1930 folgende Erklärung (x149/66): >>Die Reichsregierung Hermann Müller ist am 27. März 1930 zurückgetreten. Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung, seit Jahren das Ziel der Angriffe der gesamten Reaktion hat zur offenen Krise geführt.
Sicherung der Unterstützung für die Riesenarmee unverschuldet arbeitslos Gewordener ist und bleibt das Ziel der Sozialdemokratie. Abbau der Leistungen ist das Ziel der Deutschen Volkspartei. Dieser Grundsatz führte zum Bruch. ...<<
Ein Aufruf der SPD "an das werktätige Volk" lautet damals (x034/454): >>Wir gehen ungewissen Zeiten entgegen. Schwerste Konflikte drohen. ...<<

30.03.1930

Deutsches Reich: Heinrich Brüning wird am 30. März 1930 zum Reichskanzler ernannt. Da die "Brüning-Regierung" (Kabinett der bürgerlichen Mitte, ohne Fraktionsbindung) über keine Reichstagsmehrheit verfügt, regiert man mit Hilfe von Notverordnungen (wie z.B. Artikel 48 der Verfassung, Sonderrecht des Reichspräsidenten).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Artikel 48" (x051/40): >>Artikel 48 der Weimarer Verfassung, Bestimmung, nach der der Reichspräsident wesentliche Grundrechte, z.B. Versammlungs-, Meinungs- oder persönliche Freiheit, vorübergehend außer Kraft setzen konnte.
Notmaßnahmen aufgrund des auch "Diktaturparagraph" genannten Artikels 48 mußten auf mehrheitlichen Beschluß des Reichstages hin wieder aufgehoben werden. Das aber entschärfte den Artikel 48 nur unwesentlich, da der Reichspräsident wiederum nach Artikel 25 den Reichstag auflösen und so durch Notverordnungen zunächst weiter regieren lassen konnte.
Der Artikel 48 war seit 1930 nach Verlust koalitionsfähiger Mehrheiten Grundlage der Präsidialkabinette, die die Rechte des Reichstages aushöhlten und den Sturz der Republik einleiteten. Er stand auch hinter der Reichstagsbrandverordnung vom 28.2.33, dem ersten Schritt zur Diktatur Hitlers.<<

01.04.1930

Deutsches Reich: Reichskanzler Heinrich Brüning erklärt während seiner Regierungserklärung am 1. April 1930 (x149/67): >>Das neue Reichskabinett ist entsprechend dem mir vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Auftrag an keine Koalition gebunden. ...
Das Kabinett ist gebildet mit dem Zweck, die nach allgemeiner Auffassung für das Reich lebensnotwendigen Aufgaben in kürzester Frist zu lösen. Es wird der letzte Versuch sein, die Lösung mit diesem Reichstage durchzuführen. (Zwischenrufe der Kommunisten: Hört! Hört!) ...
Die Reichsregierung fühlt sich stark genug, mit den Mitteln, welche das Grundgesetz unserer staatlichen Ordnung, die Weimarer Verfassung, der deutschen Republik zur Verfügung stellt, allen gefahrvollen Bedrohungen entgegenzuwirken. (Lebhafte Zurufe aus der Mitte: Bravo! – Zwischenrufe der Kommunisten: Artikel 48!). ...<<
Franz Seldte (1882-1947, Führer des Stahlhelms) erklärt am 1. April 1930 während einer Bismarckfeier in Halle (x034/455): >>Ein Kampf auf Leben und Tod entbrennt zwischen Na-

tionalsozialismus und Marxismus. ... Die Republik ist uns absolute Nebensache. Unser Begriff heißt: Deutsches Reich und deutscher Staat, denn wir empfinden diesen Staat als den unseren.<<
Am 1. April 1930 steht das Deutsche Reich mit 3,2 Millionen Rundfunkteilnehmern in Europa an der ersten Stelle vor Großbritannien.

02.04.1930

Deutsches Reich: Der SPD-Politiker Rudolf Breitscheid (1874-1944, seit 1920 Mitglied des Reichstages) warnt am 2. April 1930 nach der Regierungserklärung des neuen Reichskanzlers Brüning (x034/456): >>Sie sitzen jetzt zusammen mit Leuten, für die der Artikel 48 nur ein Anfang der Diktatur ist. ... Ich beschwöre Sie, gehen Sie den Weg dieser Leute nicht.<<
4. April 1930

04.04.1930

Deutsches Reich: Josef Goebbels zeigt sich am 4. April 1930 während einer Rede im Berliner Sportpalast bereits siegesgewiß (x034/456): >>... Zum letzten Mal wird bald Alarm geblasen, zum Kampfe stehen wir alle bereit, bald flattern Hitlerfahnen über Barrikaden, die Knechtschaft dauert nur noch kurze Zeit.<<

15.04.1930

Deutsches Reich: Am 15. April 1930 sind im Deutschen Reich 2.937.000 Menschen arbeitslos. Die Unterstützung für Arbeitslose beträgt im Durchschnitt 81 RM pro Monat.
Die Biersteuer wird um 46 % erhöht.

16.04.1930

Deutsches Reich: Der Sozialdemokrat Julius Leber kritisiert am 16. April 1930 den voreiligen Rücktritt der letzten SPD-Regierung (x245/279-280): >>Die politischen Ereignisse der letzten vier Wochen bedeuten einen ausgesprochenen Rückschritt für die Demokratie und eine Gefahr für die Arbeiterklasse.
Daraus ist die Schlußfolgerung zu ziehen, daß die Mitwirkung in der Regierung keine Frage zum Ausknobeln ist, sondern vom Gang der Dinge bestimmt wird.
Der letzte Wahlsieg legte uns die Pflicht zur Regierungsteilnahme im Interesse unserer Wähler auf. Wer regiert, haben die Wähler zu entscheiden. Hermann Müller hätte vor Räumung seines Platzes an das Volk appellieren müssen.
Lernen wir aus den Vorkommnissen und fordern wir nicht jedesmal, wenn etwas scheinbar in Gefahr ist, den Austritt unserer Genossen.
Die Rechnung wird uns jetzt präsentiert. Wir müssen in Zukunft viel konsequenter wissen, was die Macht im Reich und in der Republik bedeutet, und mehr Rücksicht nehmen auf die Festigkeit der Demokratie. Das Volk darf nicht nur Krisen sehen, es muß auch Vertrauen zur Regierung haben. ...<<

18.04.1930

Deutsches Reich: In der Düsseldorfer Zeitung "Der Mittag" berichten am 18. April 1930 bekannte Persönlichkeiten (x034/459): >>(Reichsfinanzminister Moldenhauer:) Es gilt, den Pessimismus, der breite Schichten der Bevölkerung ergriffen hat, zu überwinden und das deutsche Volk mit neuem Glauben an seinen Wiederaufstieg zu erfüllen.
(Geheimrat Prof. Dr. Adolf von Harnack, Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft:) Die Gebildeten im Lande und insbesondere die Wissenschaft bemühen sich täglich um neue Impulse. Aber vielleicht entscheidender noch ist der Rhythmus, in dem die Masse der Nation fortschreitet.
(Der Autor Jakob Wassermann:) Die rücksichtslose Unterordnung des einzelnen unter Schranken, die einer Gemeinschaft gesetzt sind, die persönliche Nivellierung, mag in ihren letzten Konsequenzen vielleicht in Rußland möglich sein. Für den deutschen Menschen, den diese Zeit heranbildet, ist sie unerträglich. ...<<

30.04.1930

Deutsches Reich: Reichskanzler Heinrich Brüning sagt am 30. April 1930 vor dem Reichstag (x243/37): >>... (Ich habe gesagt,) daß von dem Mittel des Artikels 48 erst dann und nur dann Gebrauch gemacht werden wird, wenn die Regierung keine Hoffnung mehr hat, daß das Parlament und die Parteien ihre Mission selbst erfüllen. ...

Ob der Artikel 48 überhaupt zur Anwendung gelangen muß, daß ist eine Entscheidung, die dieses Hohe Haus in kurzer Zeit selbst zu treffen haben wird. ...<<

02.05.1930

Deutsches Reich: Hitler erklärt am 2. Mai 1930 im Berliner Sportpalast (x034/460): >>... Das alte Deutschland ist verkalkt und abgeschlossen. Wir bauen hart und rücksichtslos den neuen Staat auf. Wir tun, was wir wollen, wir haben den Mut, jeder Gewalt die Stirne zu bieten. ...<<

12.05.1930

Italien: Die Zeitung "Corriere della Sera" berichtet am 12. Mai 1930 über Mussolinis Besuch einer Kapelle in Lucca (x149/30): >>... Für den Duce ist ein Kniekissen vorbereitet, auf dem er für einige Minuten in stiller Andacht niederkniet. ...

Monsignore Banducci ... hat im Namen des Klerus von Lucca die besten Wünsche an die Regierung überbracht, die der Duce mit bewundernswerter Entschlossenheit im Interesse unseres geliebten Vaterlandes leitet, das er vom Ungeheuer des Kommunismus befreit hat.<<

17.05.1930

Frankreich: Der französische Außenminister Aristide Briand sendet am 17. Mai 1930 ein Memorandum an die übrigen 26 europäischen Mitgliedstaaten des Völkerbundes. In dieser Denkschrift fordert Briand die Einigung Europas (einen gemeinsamen Wirtschaftsraum, gegenseitige Unterstützung in Krisenzeiten, zwischenstaatliche Regelungen etc.). Viele europäische Staaten lehnen eine europäische Union jedoch ab, weil sie befürchten, auf nationale Interessen verzichten zu müssen (x175/267).

Mai 1930

Polen: Im Mai 1930 läßt Pilsudski 88 führende Sejmabgeordnete (darunter sind z.B. der Sozialist Libermann, Witos, der Mitbegründer der polnischen Bauernbewegung, und der Nationalist Korfanty) verhaften und internieren. Das polnische Parlament und alle Parteien sind danach bis zum Tod Pilsudskis (12.05.1935) bedeutungslos. Die radikalen polnischen Faschisten bzw. Nationalisten regieren jedoch nicht derartig totalitär, wie die späteren NS-Führer des Dritten Reiches. Einige unabhängige Parteien, Zeitungen und allgemeine Grundsätze der persönlichen Freizügigkeit bleiben weiterhin erhalten und werden nicht angetastet.

02.06.1930

Deutsches Reich: Der deutsche Publizist Hellmut von Gerlach (1866-1935, Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft und der "Liga für Menschenrechte", emigriert 1933 nach Frankreich) schreibt am 2. Juni 1930 über die Folgen der Arbeitslosigkeit (x034/466): >>Das wachsende Mißvergnügen über die Fortdauer der Wirtschaftskrise füllt die Reihen der extremen Parteien, insbesondere der kommunistischen auf der Linken und der Rassisten auf der Rechten. ...<<

05.06.1930

Deutsches Reich: Die Reichsregierung erhöht am 5. Juni 1930 die Arbeitslosenversicherungsbeiträge von 3,5 % auf 4,5 % erhöht.

26.06.1930

Deutsches Reich: Im Rahmen der Verordnung zur "Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände" beschließt die Reichsregierung am 26. Juni 1930 einen Einkommensteuer-Zuschlag für Ledige von 5 % bis 10 %.

30.06.1930

Deutsches Reich: Als die französischen Besatzungstruppen am 30. Juni/1. Juli 1930 endgül-

tig das Rheinland räumen (5 Jahre vor dem vereinbarten Termin), findet im Reichstag eine Gedenkfeier statt.
Reichspräsident Hindenburg bezeichnet den Abzug der Besatzungstruppen aus dem Rheinland zwar als "Tag der Befreiung", aber die unübersehbaren Folgen der großen Wirtschaftskrise bestimmen weiterhin das Leben der ratlosen Deutschen.
Am 30. Juni 1930 sind im Deutschen Reich 2.636.000 Menschen arbeitslos.
Hitler beauftragt am 30. Juni 1930 den Gauleiter Joseph Goebbels, die NSDAP in Berlin-Brandenburg rücksichtslos zu säubern (x034/472): >>Die Nationalsozialistische Partei wird, solange ich sie führe, kein Debattierklub wurzelloser Literaten oder chaotischer Salon-Bolschewisten werden, sondern sie wird bleiben, was sie heute ist, eine Organisation der Disziplin, die nicht für doktrinäre Narreteien politischer Wandervögel geschaffen wurde, sondern zum Kampf für eine Zukunft Deutschlands, in der die Klassenbegriffe zerbrochen sein werden und ein neues deutsches Volk sich selbst sein Schicksal bestimmt!
Ich habe Sie, lieber Herr Doktor Goebbels, vor Jahren auf den schwersten Platz des Reiches gestellt. ... Ich muß Sie nun heute bitten, in Verfolgung dieser einst gestellten Aufgabe die rücksichtslose Säuberung der Partei von allen jenen Elementen in Berlin durchzuführen.<<

03.07.1930

Deutsches Reich: Die preußische Regierung verbietet am 3. Juli 1930 allen Beamten die Mitgliedschaft in radikalen Parteien.
Nach den rücksichtslosen Säuberungsmaßnahmen, die Gauleiter Goebbels in der NSDAP durchführen läßt, kritisiert Otto Strasser am 3. Juli 1930 die "Nationalsozialisten der Bürgerlichen" (x034/473): >>... Ihr Parteiapparat ist korrupt, die Führer und Unterführer, abhängig vom Gottöbersten, der mit seinem bürgerlichen Namen Adolf Hitler heißt, neigen sich in elendem, kriecherischem Byzantinismus.<<

04.07.1930

Deutsches Reich: Otto Strasser (1897-1974) trennt sich am 4. Juli 1930 von der NSDAP und gründet danach die Kampfgemeinschaft "Schwarze Front".
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Otto Strasser (x051/565): >>Strasser, Otto, geboren in Windsheim (Mittelfranken) 10.9.1897, gestorben in München 27.8.1974, deutscher Politiker; Kriegsfreiwilliger, Studium der Volkswirtschaft, 1920 vorübergehend SPD-Mitglied, 1921-23 Hilfsreferent im Reichsernährungsministerium.
Strasser begann schon 1924 für die NSDAP durch Beiträge im "Völkischen Beobachter" zu wirken, bevor er sich 1925 der Partei anschloß. Für seinen Bruder Gregor führte er ab 1.3.26 den Kampf-Verlag in Berlin und arbeitete im Sinne einer "sozialistischen" Ausrichtung der NSDAP.
Wie Gregor forderte er die Sozialisierung der Schwerindustrie und warnte vor dem faschistischen italienischen Modell, dessen sozialer Frieden Kirchhofsruhe auf Kosten der Arbeiter sei. Seine prosowjetische und antiwestliche außenpolitische Linie verschärfte den Konflikt mit Hitler weiter, den auch ein Gespräch am 21./22.5.30 nicht entschärfen konnte.
Strasser verließ am 4.7.30 die Partei, gründete eine "Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten" und schloß sie mit anderen Gruppen (Nationalbolschewisten, enttäuschte Kommunisten u.a.) zur "Schwarzen Front" zusammen.
Nach der Machtergreifung emigrierte Strasser und setzte den publizistischen Kampf gegen Hitler von Österreich, der Schweiz (1938) und Portugal (1940) fort. 1943 fand er in Kanada Aufnahme und kehrte 1955 nach Deutschland zurück.
Seine Publikationen (u.a. "Hitler und ich", englisch 1940, deutsch 1948; "Exil", 1958) und seine politischen Initiativen (u.a. Gründung der bedeutungslosen Deutsch-sozialen Union, 1956) zeigten, daß Strasser an den früh-nationalsozialistischen und antisemitischen Ideen festhielt.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Schwarze Front" (x051/-527): >>Schwarze Front, Eigenbezeichnung eines Zusammenschlusses der "Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten", die O. Strasser nach seinem Austritt aus der NSDAP (4.7.30) gegründet hatte, und ähnlich gesinnten Gruppierungen (Nationalbolschewisten, enttäuschte Kommunisten u.a.).
Die Schwarze Front vertrat in ihrer gleichnamigen Zeitschrift einen nationalrevolutionären "Solidarismus", wie ihn auch die Wortführer der Zweiten Revolution propagierten, und war v.a. 1931-33 aktiv. Nach Strassers Emigration 1933 agitierte die zerfallende Gruppe vom Ausland aus immerhin so engagiert gegen das Dritte Reich, daß Himmler ihr noch 1939 das Bürgerbräu-Attentat zutraute.<<

09.07.1930

Deutsches Reich: Im Waldenburger Steinkohlenrevier in Schlesien sterben am 9. Juli 1930 151 Bergleute nach einem schweren Kohlensäure-Ausbruch.

10.07.1930

Deutsches Reich: Alfred Hugenberg erklärt am 10. Juli 1930 vor der DNVP-Reichstagsfraktion (x034/474): >>Es ist auch völlig unpolitisch, mir immer wieder das Bündnis mit den Nationalsozialisten vorzuwerfen. Wer nicht einsieht, daß dieses sogenannte Bündnis zu einer für Deutschlands Zukunft außerordentlich wichtigen Bindung der Nationalsozialisten an positive Ideen führen mußte und geführt hat, dem fehlt das politische Denken.<<

15.07.1930

Deutsches Reich: Reichskanzler Heinrich Brüning (1885-1970) beschwört bei der Reichstagsdebatte vom 15. Juli 1930 die Abgeordneten (x034/474): >>... Demokratie und Parlament werden mehr gesichert durch den Mut zur Verantwortung, auch in unpopulären Maßnahmen, als durch Gesetze.<<
Reichskanzler Brüning legt danach am 15. Juli 1930 folgende Vorschläge zur Haushaltssanierung vor, um den Fehlbetrag des Reichshaushalts von über 700 Millionen Reichsmark zu dekken (x243/37): >>... 1. Reichshilfe für Personen des öffentlichen Dienstes von 2 ½ % für die Bezüge.
2. Zuschlag zur Einkommensteuer von 5 % für alle Einkommen über 8.000 RM.
3. Ledigensteuer von 10 %.
4. Abstriche am Haushalt. ...
6. Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 3 ½ auf 4 ½ %.
7. Ersparnisse bei der Arbeitslosenversicherung. ... Vorschlag an die Gemeinden, ... neue Steuern einzuführen, ... Getränkesteuer ... und Bürgersteuer, sog. Kopfsteuer. ...<<

16.07.1930

Deutsches Reich: Der Reichstag lehnt am 16. Juli 1930 die Regierungsvorschläge zur Haushaltssanierung ab. Die Regierung beschließt daraufhin, die abgelehnte Deckungsvorlage bzw. Reichshilfe durch eine Notverordnung gemäß § 48 in Kraft zu setzen.

18.07.1930

Deutsches Reich: Als der Reichstag einem Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 16.07.1930 mit 236:221 Stimmen zustimmt, kündigt Reichskanzler Brüning am 18. Juli 1930 völlig überraschend die Auflösung des Reichstages an. Obwohl die deutsche Reichsregierung über eine arbeitsfähige bürgerliche Mehrheit verfügt (die Parteien der bürgerlichen großen Koalition, von den Sozialdemokraten bis zur deutschen Volkspartei, besitzen 100 Sitze mehr als die radikalen Oppositionsparteien), muß die Reichstagswahl (1932) vorgezogen werden (x063/562).
Brüning unterstützt mit dieser katastrophalen Fehlentscheidung nachweislich Hitlers Aufstieg ("politischer Erdrutsch"), denn angesichts der dramatischen Wirtschaftslage und der drastischen Sparmaßnahmen (Sanierungsprogramme statt Schuldenpolitik) erhalten NSDAP und

KPD zwangsläufig erhebliche Stimmenanteile der Protestwähler.

Hitlers Aufstieg während der Weltwirtschaftskrise

Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise geriet die deutsche Wirtschaft in größte Schwierigkeiten. Fast alle kurz- und mittelfristigen Auslandskredite (ca. 4 Milliarden) wurden gekündigt und sofort zurückgefordert. Die große Deutsche Depression verursachte in wenigen Monaten Tausende von Firmenpleiten, leitete einen rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit ein und begünstigte die politische Radikalisierung innerhalb des Deutschen Reiches.

Von April 1930 bis Dezember 1930 stieg die Zahl der Arbeitslosen von 2,9 Millionen auf 4,0 Millionen. Die hohe Arbeitslosigkeit, der wirtschaftliche Abstieg und das soziale Elend förderten eine gefährliche Radikalisierung der Arbeiterschaft und sogenannten "bürgerlichen Mittelschicht". Die bisher völlig unbedeutenden antidemokratischen und radikalen Parteien des Deutschen Reiches erhielten durch die katastrophalen Folgen der Weltwirtschaftskrise erstmalig eine Chance, Wahlerfolge zu erzielen.

Infolge der Auflösung des Reichstages vom 18. Juli 1930 und den vorgezogenen Reichstagswahlen war Hitlers Zeit endlich gekommen. Der skrupellose Volksverführer nutzte die "Gunst der Stunde" gewissenlos aus. Die NSDAP war damals äußerst gut vorbereitet und setzte in erster Linie einfache "volkstümliche" Propaganda-Methoden ein, um die hoffnungslosen Volksmassen zu gewinnen.

Nach den verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise fielen Hitlers Versprechungen (Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die sogenannten "Novemberverbrecher" und die Kommunisten sowie die Beseitigung des "Versailler Schanddiktats") natürlich auf "fruchtbaren Boden". Einen wesentlichen Bestandteil der NS-Propaganda bildete außerdem der radikale Antisemitismus. Für Hitler gab es keine Zweifel, daß vor allem das Judentum maßgeblich für die Weltwirtschaftskrise verantwortlich war.

Hitlers "einfache" Propaganda-Methoden verfehlten ihre Wirkung nicht. Hitler versprach den Arbeitslosen Arbeit und Brot, den Bauern Erlaß der großen Schuldenlast, den Beamten höhere Gehälter, den Handwerks- und Industriebetrieben große Staatsaufträge und den Soldaten Ansehen und Ehre.

Die jüngeren Leute, Langzeitarbeitslose, aber auch konservative und bürgerlichte Kreise (stellungslose Angestellte und Akademiker) wurden zur leichten Beute des NS-Radikalismus. Immer mehr verzweifelte Arbeitslose setzten ihre Hoffnung auf den vermeintlich "starken Führer" und schlossen sich der NSDAP an. Die meisten Deutschen wußten zwar, daß die Nationalsozialisten radikal waren, aber man hielt sie fälschlicherweise vor allem für patriotische und religiöse Nationalisten.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schreibt später über den Niedergang der Weimarer Republik (x063/560-561): >>Während die Staatsmänner der Republik verwalteten, aber nicht herrschten, gingen die Rechten wie die Linken zielbewußt auf die ganze Herrschaft aus, um den Staat zu einem Werkzeug ihres eigenen Machtstrebens zu machen.

Wenn eine Staatsgesellschaft zu zerfallen droht, dann treibt die Furcht vor der Anarchie das Gemeinwesen dahin, wo die Ordnung, und sei es auch nur im formalen Sinne gewährleistet erscheint - selbst dann, wenn der Preis der Verlust der Freiheit ist. Versagt die politische Leitung, so gewinnen in solchen Zeiten die Führer des Heeres Einfluß.

Ihr Hervortreten zeigt an, daß der Staat abgedankt hat. Während der zivile Eingriff die Gesundung des Staates bewirken kann, führt die Herrschaft der Gewalt, sei es Militär, Polizei oder eine bewaffnete Partei, unweigerlich zu seiner Zerstörung. Die Flucht in eine solche Freiheit bedeutet, daß mit dem Recht und der Freiheit auch die Ordnung verloren geht. ...<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über Hitlers Weg zur Machtübernahme (x192/433): >>... Nach 1928 schien Hitler mit seinem kleinen Anhang kaum mehr zu repräsentieren als eine jener sektiererischen Splitterparteien, die das Weimarer

Parteiengefüge zwar belasteten, aber nicht ernsthaft gefährdeten.
Die einschneidende Wende brachte die Weltwirtschaftskrise 1929. Im Jahr darauf waren nicht weniger als 40 Prozent aller deutschen Arbeitnehmer ohne Arbeit, und Hitlers Schlagwort-Programm fand nun breite Unterstützung. Sein Versprechen, Deutschland von den Fesseln des Versailler Friedensvertrages zu befreien, appellierte an den Nationalstolz.
Die "linken" Thesen des Parteiprogramms sollten die Arbeiterschaft beeindrucken (Brechung der "Zinsknechtschaft", Verstaatlichung der Großunternehmen, der extreme Nationalismus das Bürgertum und das Militär, und das Zerrbild des Juden als Verkörperung von Kommunismus und Kapitalismus lieferte einen bequemen Sündenbock, dem alle Schuld am wirtschaftlichen und politischen Chaos der Zeit zugeschoben werden konnte.
Der radikale Einbruch erfolgte 1930, als sich die Nazis (wie die Partei allgemein genannt wurde) mit 18,3 Prozent der abgegebenen Stimmen 107 Reichsmandate sichern konnten. Bereits zwei Jahre später, bei den Neuwahlen im Juli 1932, erweiterte sich diese parlamentarische Machtbasis auf 230 Sitze. Nachdem andere rechtsgerichtete Politiker sich nicht hatten durchsetzen können, wurde Adolf Hitler im Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt. ...<<

20.07.1930

UdSSR: Die sowjetische Zeitung "Prawda" berichtet am 20. Juli 1930, daß das sowjetrussische Kohlensyndikat 560 arbeitslose deutsche Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiet im Donez-Becken angeworben hat.

22.07.1930

Deutsches Reich: Während der Feiern anläßlich der Rheinlandbefreiung bricht am 22. Juli 1930 in Koblenz eine Brücke über einen Nebenfluß der Mosel zusammen. 37 Menschen kommen dabei um.

25.07.1930

Deutsches Reich: Hindenburg genehmigt am 25. Juli 1930 eine Notverordnung gegen den Waffenmißbrauch.
Die Zeitung "Der Mittag" berichtet am 25. Juli 1930 (x034/476): >>Die bisherigen Zusammenstöße und Straßenkämpfe zwischen Kommunisten, Nationalsozialisten, Stahlhelmern und Reichsbannerleuten, bei denen es Tote und Verwundete gibt, sind eines geordneten Staatswesens unwürdig. ... Der politische Kampf darf nicht länger mit Knüppeln, Messern und Revolvern geführt werden.<<
Die Reichsregierung und die preußische Regierung gewähren der Mansfelder AG in Eisleben (Kupferbergbau- und Hüttenbetrieb) am 25. Juli 1930 verlorene Kredite, so daß Tausende von Arbeitnehmern ihren Arbeitsplatz vorerst noch behalten.

01.08.1930

Deutsches Reich: Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag wird am 1. August 1930 von 3,5 % auf 4,5 % erhöht.
Die Bevölkerung der Insel Helgoland feiert am 1. August 1930 die vor 40 Jahren erfolgte Rückgabe durch Großbritannien (im Tausch für Sansibar, Uganda und Wituland).

20.08.1930

Deutsches Reich: Die Zeitung "Der Mittag" berichtet am 20. August 1930 (x034/481): >>... Der Weg Hitlers würde unser Elend unermeßlich vergrößern, würde das erzielen, was selbst Versailles nicht erreichen konnte: Die Vernichtung Deutschlands ...<<

24.08.1930

Deutsches Reich: Die KPD-Zeitung "Rote Fahne" fordert am 24. August 1930 den Sturz der Weimarer Republik (x191/47): >>...Wir werden die Löhne erhöhen, indem wir die Unternehmerprofite ... und Reparationszahlungen abschaffen. Mit bolschewistischer Rücksichtslosigkeit werden wir allen Faulenzern gegenüber das Prinzip durchführen: "Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen. ... Nieder mit der Regierung der Kapitalisten. Nieder mit Faschismus und

Sozialdemokratie! Es lebe die Diktatur des Proletariats! Es lebe Sowjetdeutschland!"<<
Die KPD attackiert am 24. August 1930 während des Wahlkampfes für die Reichstagswahlen im September 1930 besonders die NSDAP (x034/481): >>In einer Zeit der Knechtung Deutschlands durch den Versailler Frieden, der wachsenden Krise, der Arbeitslosigkeit und der Not der Massen versuchen die Faschisten durch zügellose Demagogie und schreiende radikale Phrasen, unter der Flagge des Widerstands gegen die Erfüllungspolitik und den Young-Plan, bedeutende Schichten des Kleinbürgertums, deklassierter Intellektueller, Studenten, Angestellten, Bauern sowie einige Gruppen rückständiger unaufgeklärter Arbeiter für sich zu gewinnen.<<

13.09.1930

Deutsches Reich: Die KPD-Zeitung "Rote Fahne" berichtet am 13. September 1930 über eine KPD-Kundgebung im Berliner Sportpalast (x034/484): >>... Das stürmische Herz des roten Berlin schlägt für die proletarische Revolution, für das kommende Sowjet-Deutschland und seinen Führer Ernst Thälmann.<<

14.09.1930

Deutsches Reich: Infolge der dramatisch steigenden Massenarbeitslosigkeit und der weitverbreiteten Existenzangst erreicht die NSDAP bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 bereits 18,3 % und 107 Reichsmandate (KPD: 13,1 % und 77 Abgeordnete).
Reichskanzler Brüning bleibt zwar weiterhin im Amt, aber nach der schweren Wahlniederlage, findet er später oftmals keine Abstimmungsmehrheit.
Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die Wahlerfolge der NSDAP (x051/405-406): >>(Nationalsozialismus) ... Die Wahlerfolge 1930-33 verdankte die NSDAP weniger ihrer Programmatik, die sich inhaltlich nur wenig von der anderer rechtsradikaler Parteien unterschied, sondern, neben der Unterstützung durch die "nationale Rechte" (Harzburger Front), v.a. der Art ihres politischen Kampfes und den Mitteln, die sie dabei einsetzte: ihrer Propaganda und ihrem Terror.
Die nationalsozialistische Propaganda appellierte an die Emotionen, Vorurteile und Ängste der Menschen, die sie nicht als Einzelne, sondern als Masse sah und erfaßte. Sie arbeitete, wie es Hitler schon in "Mein Kampf" gefordert hatte, mit wenigen einprägsamen, gefühlshaltigen Formeln, vereinfachenden Schlagworten und eingängigen Parolen und wiederholte diese ständig; sie manipulierte, statt zu argumentieren und zu informieren.
Dadurch und durch den geschickten Einsatz moderner technischer Mittel und Medien (Farbe, Musik, Fahnen u.a. politische Symbole), durch Massenaufmärsche und -umzüge, die demagogischen Fähigkeiten v.a. Hitlers und Goebbels' und noch mehr durch deren skrupellosen Einsatz sowie den um Hitler und seine Person wirksam entfalteten Führerkult war die Propaganda des Nationalsozialismus der politischen Werbung der anderen Parteien weit überlegen.
Wirksam war die nationalsozialistische Propaganda v.a. beim Bürgertum, insbesondere beim mittelständischen Kleinbürgertum (selbständige Gewerbetreibende, Handwerker, Angestellte, Bauern). Der republikanischen Staatsform von Anfang an ablehnend gegenüberstehend, weiterhin autoritär-obrigkeitsstaatlich, wenn nicht monarchistisch gesonnen, sahen diese Gesellschaftsgruppen durch die Weltwirtschaftskrise die ökonomischen Grundlagen ihrer Existenz gefährdet und sich von sozialem Abstieg bedroht.
Sie waren so allzu gerne bereit, den nationalsozialistischen Parolen von den jüdischen und marxistischen "Novemberverbrechern" (Dolchstoßlegende) und von den unfähigen und "korrupten" demokratischen Parteien und Politikern Glauben zu schenken und ihrem Versprechen vom Wiederaufstieg Deutschlands zu nationaler Größe, von der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der Überwindung der Wirtschaftskrise.
War es Aufgabe der nationalsozialistischen Propaganda, dem Nationalsozialismus Anhänger zu gewinnen, diesen Siegeszuversicht einzuflößen und sie ständig neu für seine Ziele und ge-

gen das "System" von Weimar zu mobilisieren, so hatte der v.a. von den paramilitärischen Verbänden der NSDAP, insbesondere von der Sturmabteilung (SA), ausgeübte Terror die Funktion, in der Öffentlichkeit Schrecken zu verbreiten, die staatlichen Organe und politischen Gegner einzuschüchtern und ihren Widerstand zu lähmen, zugleich aber auch den eigenen Mitgliedern und Anhängern ein Bild von der Geschlossenheit, Kraft und Willensstärke der nationalsozialistischen Bewegung zu vermitteln.
Zahlreiche blutige, oft bürgerkriegsartige Straßenkämpfe, v.a. zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten und deren bewaffneten Verbänden, prägten so ab 1930 die politischen Auseinandersetzungen in Deutschland.
Gestützt auf seine massenhafte Wählerschaft, gelang es dem Nationalsozialismus, mit (scheinbar) legalen parlamentarischen Mitteln die staatliche Macht zu erringen: Am 30.1.33 wurde Hitler als Vorsitzender der parlamentarisch stärksten Partei zum Reichskanzler ernannt (Machtergreifung). ...<<

15.09.1930

Deutsches Reich: Der Reichsinnenminister Erich Koch-Weser (1875-1944) schreibt am 15. September 1930 an Reichsaußenminister Julius Curtius (x034/485): >>Der politische Erdrutsch, der sich hier ergeben hat, ist gewaltig. Er ist um so erschütternder, als er alle Parteien, die maßvolle politische Entscheidungen haben und Persönlichkeiten und nicht Massen bei sich Führung einräumen, gleichmäßig trifft.<<
Reichskanzler Brüning lehnt am 15. September 1930 jegliche Regierungsbeteiligung der NSDAP ab (x034/486-487): >>... Nein, nie, unter keinen Umständen. Die nationalsozialistische Bewegung ist eine Fieberkurvenerscheinung des deutschen Volkes, die bald wieder verschwinden wird.<<
Die "Frankfurter Zeitung" berichtet am 15. September 1930 über die vorgezogenen Reichstagswahlen (x191/52, x149/67): >>Soweit man bis in die frühen Morgenstunden urteilen kann, haben sich über ein Dutzend Millionen von deutschen Wählern gegen das herrschende parlamentarische System und gegen die Politik ausgesprochen, die bisher durch die Mittel der Demokratie betrieben worden ist.
Über ein Drittel der Abgeordneten kommt für eine Regierungsarbeit überhaupt nicht in Frage – sie sind der Feind jeder parlamentarischen Regierung. Das ist ein schlimmer Zustand. ... Mit einem so gewaltigen Anwachsen der Kommunistischen Partei und vor allem der nationalsozialistischen Stimmen hatte niemand gerechnet, nicht einmal die Nationalsozialisten selbst. ...<<
>>... Erbitterungswahlen also, in denen eine aus vielen Quellen gespeiste Stimmung, durch eine wilde Verhetzung aufgewühlt, sich in radikalen Stimmzetteln entlud. ...
Protest ... gegen die Methoden des Regierens oder Nichtregierens, des entschlußlosen parlamentarischen Parlamentierens der letztvergangenen Jahre. ...
Protest gegen die wirtschaftliche Not, die furchtbar ist, die viele, zum Teil aus ehrlicher Verzweiflung, zum andern bloß aus dem Ärger über diese oder jene Einzelmaßnahme einfach in die Stimmung treibt: die Partei, für die sie bisher gestimmt hatten, habe ihnen nicht geholfen, also versuche man es nun einmal mit einer anderen Tonart.
Hitler verspricht ja Macht, Glanz und Wohlstand. Also!<<<

16.09.1930

Deutsches Reich: Hitler erläutert am 16. September 1930 in München die politische Lage der NSDAP (x034/487): >>... Hundertsieben Mann stehen nun auf legalem Fechtboden. ... Die Nationalsozialisten werden auf diesem Boden jede Möglichkeit kühnsten Willens wahrnehmen, die sie ihrem Ziele näher bringen kann. Nicht um Abgeordnetenmandate kämpfen die Nationalsozialisten, sondern sie erobern Mandate, um das Volk dereinst frei machen zu können.<<

20.09.1930

Deutsches Reich: Der Reichsbanner (ein der Sozialdemokratie nahestehender Kampfbund) beschließt am 20. September 1930 die Gründung einer wehrhaften Schutzformation (Schufo), die 6 Monate später bereits über 160.000 Mann verfügt.

25.09.1930

Deutsches Reich: Hitler bekennt am 25. September 1930 in einem Hochverratsprozeß gegen 3 Ulmer Reichswehroffiziere vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig, die Machtübernahme legal anzustreben (x034/489): >>... Die nationalsozialistische Bewegung wird von mir geführt, meine Befehle haben Gültigkeit. Über jedem Befehl steht der Grundsatz, daß er nur dann zur Ausführung kommen darf, wenn er nicht gegen das Gesetz verstößt. Ich habe meine ideellen Ziele unter keinen Umständen mit ungesetzlichen Mitteln erstreben wollen. Ich habe auch niemals jemanden in einem solchen Sinne instruiert. Ich habe in allen Fällen, wenn es zu Übertretungen gekommen ist, augenblicklich durchgegriffen, und ich habe eine ganze Anzahl zum Teil alter, verdienter Parteigenossen aus der Bewegung ausgeschlossen, weil sie solche Anordnungen übertreten haben. ...

Wenn die Bewegung in ihrem legalen Kampfe siegt, wird ein deutscher Staatsgerichtshof kommen und der November von 1918 wird seine Sühne finden, und es werden auch Köpfe rollen. ... Der Begriff 'nationale Revolution' wird immer als innenpolitischer Vorgang aufgefaßt; für die Nationalsozialisten ist er aber eine allgemeine geistige und völkische Erhebung des deutschen Volkes, eine Erhebung des geknechteten Deutschtums. Eine Bewegung, die diese Erhebung repräsentiert, wird aber nicht mit illegalen Mitteln vorbereitet.

Die Propaganda, die wir betreiben, ist eine geistige Revolutionierung des deutschen Volkes, eine geistige Umstellung auf eine neue Weltanschauung; sie ist mindestens so gigantisch wie die Umstellung zum marxistischen Gedanken oder die Umstellung aus dem Feudalstaat zum demokratisch-parlamentarischen Staat. Es kann mir auch nicht eine Sekunde einfallen, daß ein Staat mit einem konsolidierten Heer und einer Polizeitruppe bekämpft werden könnte.

Es wird aber die Zeit kommen, in der man unseren Gedankengang der Nation nicht mehr wird verschweigen können. Ob wir in die Regierung gehen oder ob wir Oppositionspartei bleiben, ist vollkommen gleichgültig. Aus den 107 Mandaten werden 250 gemacht werden, und wir werden die absolute Mehrheit haben.

Die nationalsozialistische Bewegung wird in diesem Staat mit den verfassungsmäßigen Mitteln das Ziel zu erreichen suchen. Die Verfassung schreibt uns nur die Methoden vor, nicht aber das Ziel.

Wir werden auf diesem verfassungsmäßigen Wege die ausschlaggebenden Mehrheiten in den gesetzgebenden Körperschaften zu erlangen versuchen, um in dem Augenblick, wo uns das gelingt, den Staat in die Form zu gießen, die unsern Gedanken entspricht.<<

Großbritannien: Der britische Zeitungsverleger Viscount Rothermere schreibt am 25. September 1930 in der Londoner "Daily Mail" über das Ergebnis der deutschen Reichstagswahl vom 14.09.1930 (x034/488): >>Der glänzende Erfolg der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ... wird heraustreten als der Anfang einer neuen Epoche.<<

30.09.1930

Deutsches Reich: Am 30. September 1930 sind im Deutschen Reich 3.088.000 Menschen arbeitslos (x034/490).

Die Reichsregierung beschließt am 30. September 1930, den Arbeitslosenversicherungsbeitrag ab 6.10.1930 auf 6,5 % zu erhöhen.

03.10.1930

Deutsches Reich: Die SPD-Reichstagsfraktion weist am 3. Oktober 1930 auf die vielfältige Gefährdung der Verfassung hin (x034/491): >>Die Demokratie ist bedroht von allen sozialreaktionären Kreisen, die die Wirtschaftskrise zum Abbau der Sozialpolitik und zur Senkung

der Löhne ausbeuten wollen.
Sie ist bedroht durch die faschistische Bewegung der Nationalsozialisten, die den Opfern der kapitalistischen Wirtschaftskrise nach der Zertrümmerung der Demokratie die sofortige Heilung aller Leiden und die Lösung aller sozialen Fragen vorgaukeln.
Sie ist bedroht durch die Kommunistische Partei, die selbst in dieser gegenrevolutionären Situation die Arbeiterklasse spaltet und den Kampf gegen Sozialreaktionäre und Faschismus erschwert.<<
Goebbels kündigt am 3. Oktober 1930 ein Volksbegehren an, um die Aufhebung des preußischen Landtages durchzusetzen (x034/491): >>Von Preußen aus ist der Verfall des Reiches unter Grzesinski, Braun und Genossen vor sich gegangen, und von Preußen aus wird das "Dritte Reich" unter Führung von Adolf Hitler und Goebbels emporsteigen. ...<<
06.10.1930
Deutsches Reich: Die "Welt am Montag" berichtet am 6. Oktober 1930 über die vorgezogenen Reichstagswahlen im September 1930 (x245/286-288): >>Dem Ausland waren die Ausmaße des Hitlerischen Wahlsieges natürlich eine noch größere Überraschung als dem Inland, da es auf ein starkes Anschwellen der nationalsozialistischen Stimmen gefaßt gewesen war. Die Welt zerbricht sich den Kopf darüber, worauf die Verneunfachung der Hitlerstimmen zurückzuführen ist. Die verschiedensten Deutungen kommen zum Vorschein.
Die Deutschland besonders wohlgesinnte Presse des Auslandes führt vielfach als Hauptgrund die riesige Arbeitslosigkeit an. "Deutschland hat drei Millionen Arbeitslose, sie haben fast sämtlich nationalsozialistisch gewählt. Ergo." So konnte man wörtlich in Paris und anderswo lesen. ...
Die Hitlerwähler setzen sich aus zwei Kategorien zusammen: einer kleinen Minderheit von Nationalsozialisten, die auf das Hakenkreuz eingeschworen sind, und einer riesigen Mehrheit von Mitläufern.
Keine andere deutsche Partei ist so labil wie die nationalsozialistische, d.h. bei keiner anderen ist das Mißverhältnis zwischen Stammkunden und Laufkunden ebenso groß. Sozialdemokratie, Kommunisten, Zentrum, Demokraten, Volkspartei – überall gibt es Schwankungen, recht erheblich vielleicht.
Aber bei keiner anderen Partei ist es denkbar, daß eine plötzliche Verneunfachung erfolgt, die vielleicht bei der nächsten Wahl von einer Drittelung abgelöst wird.
Die Nationalsozialisten haben ja schon einmal den Wechsel von Hoch auf Tief erlebt. Aus den 32 Abgeordneten von 1924 wurden die 12 von 1928. Wieviel werden aus den 107 von 1930 werden?
Das hängt ganz von den Umständen ab. Scheint der deutschen Wirtschaft wieder einmal die Sonne, so schmelzen die Hitlerwähler wie Schnee dahin. Die 6 ½ Millionen werden ja durch kein inneres Band zusammengehalten. Sie sind zu neun Zehnteln nicht Wähler für, sondern nur Wähler gegen.
Dabei soll nicht verkannt werden, daß Hitler, der ein ausgezeichneter Organisator mit Suggestivkraft ist, über eine ihm blind ergebene Kerntruppe von einigen hunderttausend Mann, meist recht jugendlichen Truppen verfügt. ...
Idealisten mit verwirrtem Kopf und Landsknechte ohne Kopf, insgesamt ein paar hunderttausend Mann, das ist Hitlers Kerntruppe.
Die Millionen der Wähler, die er diesmal mustern konnte, dank der Gunst der Umstände, d.h. dank der Ungunst der Wirtschaftslage, rekrutieren sich aus den verschiedensten Schichten.
Da sind Arbeiter, relativ genommen nicht sehr viele, aber eine Million wird es doch wohl gewesen sein. Es sind Landarbeiter, die sich immer noch vom "gnädigen Herrn" abhängig fühlen und von ostelbischen Granden für Hitler kommandiert wurden. Es sind jene labilen Elemente, die erst bei den Kommunisten hospitiert haben und sich nun den Nationalsozialten zuwenden,

weil diese sich noch radikaler gebärden. Es sind junge Leute, Friseurgehilfen, Chauffeure usw., die sich etwas Besseres dünken als die Masse der gewerkschaftlich organisierten Fabrikarbeiter.
Da sind Massen von Angestellten, insbesondere aus den Kreisen der deutschnationalen Handlungsgehilfen, die berühmten oder berüchtigten Stehkragenproletarier. Ihr Interesse müßte sie in eine Einheitsfront mit den Arbeitern führen. Aber ihr "Standesgefühl" ist stärker als ihre soziale Einsicht.
Da ist das Gros der Studenten und sonstigen jungen Akademiker. Bei ihnen fällt die antisemitische Hetzphase auf besonders dankbaren Boden. Der Jude wird eben als unbequemer Konkurrent empfunden. Sie sind fanatisch nationalistisch. Den Krieg kennen sie nicht. Darum begeistern sie sich für ihn. Sie sind besessen von der Mentalität der Leute à la Scheringer und Ludin (Offiziere, die innerhalb der Ulmer Garnison für die NSDAP geworben hatten).
Da sind bedauerlich viele Beamte. Ihre politische Freiheit verdanken sie ausschließlich der Republik. Aber leider hat ihnen die Republik mit der politischen Freiheit nicht auch zugleich das politische Denken geben können, das ihnen in der Kaiserzeit ausgetrieben worden war. Sie sind ein besonders dankbares Objekt für Demagogen.
Da ist vor allem der große Block des sogenannten selbständigen Mittelstandes. Diese Millionen von Handwerkern und Kleinkaufleuten führen seit der nach 1871 einsetzenden großindustriellen Entwicklung einen verzweifelten Kampf um ihre Existenz. Es fehlt ihnen an wirtschaftlicher Einsicht. Darum fallen sie auf jeden Schwätzer herein, der ihnen die Wiederherstellung des "goldenen Bodens" durch Kampf gegen Juden und Warenhäuser, gegen Börse und Gewerbefreiheit verspricht. Einst liefen sie Stoecker und Ahlwardt (Führer einer politischen Splittergruppe) nach. Heute ist Hitler ihr Prophet.
Die Nationalsozialisten rühmen sich, 34.000 Wahlversammlungen abgehalten zu haben. In diesen Versammlungen sprechen sie also: "Wenn wir die Macht bekommen, werden sofort die Youngzahlungen eingestellt. Dadurch erspart das Deutsche Reich 1.700 Millionen Reichsmark jährlich. Diese Ersparnis wird dazu verwendet, um die Steuern herabzusetzen. Die Gewerbesteuer wird aufgehoben. Rechnet euch selbst aus, was das für jeden einzelnen ausmacht! Wählt ihr nun lieber die Young-Parteien, die den Tribut weiter entrichten wollen, oder uns, die wir das deutsche Volk von seinen Unterdrückern und den Mittelstand von seinen Steuern befreien wollen?"
Das war Honig. Da jauchzten die Mittelständler. Diese armen Seelchen haben ja keine Ahnung von den Zusammenhängen der Weltwirtschaft und von den Grundlagen der Weltpolitik. Ihnen ging das nationalsozialistische Hexen-Einmalseins glatt auf. Ein Rechenexempel in der Klippschule (früher abwertender Begriff für Sonderschule).
Das ist das erschütternd Trostlose an dem Wahlergebnis vom 14. September, daß die Welt sehen muß, wieviel Millionen politische Analphabeten es noch in Deutschland gibt.
Die Millionen der Hitlerwähler sind nicht etwa ebenso viel Millionen zum Revanchekrieg entschlossene Teutonen. Sie denken gar nicht daran, ihr Blut riskieren zu wollen. Sie möchten nur ihr Gut wahren, und sie bilden sich ein, die nationalsozialistische Sackgasse sei der Weg in die Steuerfreiheit.
Das ist beruhigend – für das Ausland und höchst beunruhigend für das Inland. Denn wie soll irgendeine Regierung vernünftig Politik machen mit Millionen von Wählern, die noch nicht einmal das politische ABC kapiert haben? ...<<

17.10.1930

Deutsches Reich: Der NSDAP-Politiker Gregor Strasser erklärt am 17. Oktober 1930 im Deutschen Reichstag (x034/494): >>Wir sind nicht in dieses Haus gekommen, um uns am Parlamentarismus zu vergiften. ... Wir sind Parlamentspartei aus Zwang. Dieser Zwang ist die Verfassung. ... Wir sind jetzt für die Verfassung, wir sind für die Demokratie Weimars, wir

sind für das Republikschutzgesetz, solange es uns paßt. ...<<
Thomas Mann attackiert während seiner "Deutschen Ansprache" am 17. Oktober 1930 in Berlin die NSDAP (x034/494): >>... Gespeist von geistigen und pseudogeistigen Zuströmen, vermischt sich die Bewegung (der NSDAP) ... mit der Riesenwelle exzentrischer Barbarei und primitivdemokratischer Jahrmarktroheit ... Fanatismus wird Heilsprinzip, Begeisterung epileptische Ekstase, Politik wird zum Massenopiat des Dritten Reiches oder einer proletarischen Eschatologie, und die Vernunft verhüllt ihr Antlitz. ...<<

18.10.1930

Deutsches Reich: Der SPD-Abgeordnete Wilhelm Hoegner (1887-1980, 1930-33 Mitglied des Reichstages, emigriert 1933 in die Schweiz) läßt sich am 18. Oktober 1930 während seiner ersten Reichstagsrede nicht durch die lärmenden Tumulte der NSDAP beeindrucken (x034/494): >>... Hätte das Münchener Volksgericht am 1.4.1924 (Prozeß wegen Hitlerputsch) seine Pflicht getan, die geltenden Gesetze gegen sie anzuwenden, dann wäre dem Deutschen Reichstag das beschämende Schauspiel (uniformierter Einmarsch der NSDAP vom 13.10.1930) erspart geblieben ...<<

21.10.1930

Deutsches Reich: Bei einer Bergwerksexplosion am 21. Oktober 1930 in Alsdorf bei Aachen kommen 262 Bergleute um.
Carl von Ossietzky schreibt am 21. Oktober 1930 in der linken Wochenschrift "Weltbühne" über Hitlers Aufstieg (x034/495): >>... Es ist etwas kernfaul an diesem Volk, das ein Individuum zum Deputierten wählt, weil es ihm als Mörder empfohlen wird ...<<

25.10.1930

Deutsches Reich: Infolge eines Grubenunglückes auf der saarländischen Schachtanlage Maybach bei Saarbrücken sterben am 25. Oktober 1930 schon wieder Bergleute. Während einer schweren Schlagwetterkatastrophe kommen 100 Bergleute ums Leben.

Oktober 1930

USA: Viele nordamerikanische Farmer ernten im Oktober 1930 ihre großen Mais- und Baumwollfelder nicht mehr ab, sondern verbrennen kurzerhand die gesamte Ernte.
Brasilien: Nach den Industriestaaten verelenden die sogenannten "Rohstoffländer", denn die Rohstoffnachfrage sinkt drastisch. In Brasilien werden im Oktober 1930 riesige Kaffeemengen ins Meer geschüttet oder verheizt.

01.11.1930

Deutsches Reich: Aufgrund der schwierigen Lage werden am 1. November 1930 die Diäten der Reichstagsabgeordneten um 20 % gekürzt.

27.11.1930

Polen: Da sich in Oberschlesien ständig polnische Gewalttaten ereignen, protestiert die deutsche Reichsregierung am 27. November 1930 wieder vor dem Völkerbund (x034/502).

11.12.1930

Deutsches Reich: Die deutsche Filmoberprüfstelle verbietet am 11. Dezember 1930 nach Anträgen der Länder Sachsen, Bayern und Württemberg den Antikriegsfilm "Im Westen nichts Neues" wegen "Gefährdung des deutschen Ansehens".

15.12.1930

Deutsches Reich: Am 15. Dezember 1930 sind im Deutschen Reich 3.977.000 Menschen arbeitslos.
Die Zeitung "Der Mittag" berichtet am 15. Dezember 1930 über die Störung einer literarischen Heine-Veranstaltung durch antisemitische NS-Randalierer (x034/505): >>Ist es denn wirklich bei uns so weit gekommen, daß Vorträge über einen Dichter, dessen Lieder wir alle von Jugend auf gesungen haben, durch Überfallkommandos geschützt werden müssen? ...<<

16.12.1930

Deutsches Reich: Carl von Ossietzky schreibt am 16. Dezember 1930 in der "Weltbühne" über die erfolgreiche Hetzkampagne des Nationalsozialismus gegen den Remarque-Film "Im Westen nichts Neues" (x034/505): >>Heute hat er einen Film erlegt, morgen wird's etwas anderes sein.<<

19.12.1930

Polen: Nach polnischen Gewalttaten gegenüber deutschen Minderheiten in Posen und Pommerellen protestiert die deutsche Reichsregierung am 19. Dezember 1930 wieder vor dem Völkerbund (x034/506).

24.12.1930

Deutsches Reich: Der deutsche Physiker Manfred von Ardenne (1907-1997) präsentiert am 24. Dezember 1930 in Europa erstmalig ein vollelektronisches Fernsehbild; es ist zugleich das erste Bild in der Welt überhaupt, das von einer Braunschen Röhre ausgeht.

1930

Deutsches Reich: Die hohe Arbeitslosigkeit (steigt von 2,9 Millionen im April 1930 auf 4,0 Millionen Arbeitslose im Dezember 1930), der wirtschaftliche Abstieg und das soziale Elend fördern im Jahre 1930 den Radikalismus der Arbeiterschaft und der "bürgerlichen Mittelschicht".

In Deutschland sind 1930 im Jahresdurchschnitt 3.076.000 Personen bzw. 15,7 % arbeitslos (x149/60).

Eine Textilarbeiterin berichtet im Jahre 1930 über ihre Arbeitsbedingungen (x149/58): >>Acht Stunden lang ... stehe ich immerzu fest auf demselben Fleck, vornübergebeugt den Oberkörper, beinahe reglos, nur die Hände machen wie mechanisch immer dieselben Bewegungen, drücken der Ware den Stempel auf, und das Hirn zählt von eins bis zwölf, wieder, immer wieder. ...

Acht Stunden lang Strümpfe stempeln. Unzählige Male, unterbrochen nur von einer einstündigen Mittagspause, während der mir gerade genug Zeit bleibt, um das Mittagessen zu verzehren und dann die vom stundenlangen Stehen fast steifgewordenen Glieder ein wenig lang zu strecken. ...

Kaum auszuhalten wäre wohl manchmal das ewige Einerlei des Alltags, wenn nicht ab und zu doch einige Stunden frei blieben zu geistiger und körperlicher Erholung; und wenn, wenn nicht die Aussicht bestände auf ein Wochenende.

Denn einmal, da bin ich für anderthalb Tage erlöst vom Frondienst fürs Kapital. Der Sonnabendnachmittag ist ja noch häuslicher Arbeit gewidmet, da gibt es in der Wohnung allerlei zu säubern. Aber dann kommt der Sonntag, und der gehört mir, mir ganz allein.<<

Ein Arbeiter berichtet im Jahre 1930 über die Produktionsüberprüfung durch REFA-Mitarbeiter (x149/58): >>Bis auf den tausendsten Teil einer Minute soll der Handgriff immer wieder auf Verbilligungsmöglichkeit geprüft werden.

Und der Kalkulator ist da. ... So viel ich auch seine Anwesenheit aus meinem Gehirn zu radieren suche: Er ist da mit Rechenschieber und Stoppuhr, bestimmt meine Existenz. ... Das Gesicht im rotierenden Schwungrad der Presse starrt unverwandt auf meine Hände. Ich kann das Tempo nicht halten, niete nur wütender, aber unsicherer geworden.

Der Wochenlohn hängt vom Schwung des Schlages ab. ... Mit kaltem Gesicht schiebt sich der Kalkulator an meinen Arbeitsplatz. ... Wir sehen uns in die Augen und lesen dort: Ich oder du! ...<<

Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrirte Zeitung" berichtet im Jahre 1930 über die "Weltwirtschaftskrise und ihre Ursachen" (x269/281-282): >>Eine Wirtschaftskrise hat die Welt befallen. Zehn bis zwölf Millionen Arbeitslose warten in den Industrieländern auf Beschäftigung. Allenthalben werden die Betriebe eingeschränkt oder geschlossen, die Produktion

stockt, die Räder der Weltwirtschaft wollen sich nicht mehr drehen.
Pessimisten in allen Ländern glauben, daß es sich um einen Wirtschaftszusammenbruch von unabsehbaren Folgen handelt. Aber zu einer so trüben Auffassung liegt kein Grund vor. Weltwirtschaftskrisen ähnlicher Art hat es immer gegeben, seitdem wir eine hochentwickelte, eng miteinander verknüpfte Industrie- und Finanzwirtschaft haben. ...
Infolge der gewaltigen wirtschaftlichen Umschichtung, die der Krieg mit sich brachte, hat sich der Kreislauf der Konjunktur verschoben. Durch die Materialvorräte, die am Ende des Krieges, namentlich in Amerika, noch vorhanden waren, kam es in den ersten Jahren nach dem Kriege in den Siegerländern zu einer schweren Absatzkrise, die Millionen Menschen arbeitslos machte. ...
Seit 1922 aber schienen die Weltwirtschaftskrisen überwunden zu sein. Zwar gab es noch in einigen Ländern hartnäckige wirtschaftliche Depressionen; so in England, das seit Jahren dauernd ein Heer von anderthalb bis zwei Millionen Arbeitslosen unterhalten muß und zeitweise auch in Deutschland, das durch die Inflation und durch die Reparationsbelastung besonderen wirtschaftlichen Bedingungen unterlag und deshalb auch eine andere Konjunkturentwicklung durchmachte als die übrige Welt.
Die hoffnungsfreudigen Amerikaner meinten, daß nunmehr das Ende der Krisen überhaupt gekommen sei. Sie lebten in dem frohen Glauben, daß eine wissenschaftlich genaue Beobachtung der Wirtschaftsvorgänge Krisen und Rückschläge vermeidbar mache. Das Rezept schien sehr einfach zu sein. Man brauchte nur durch die Schaffung neuer Bedürfnisse und durch hohe Löhne den Absatz immer wieder ankurbeln, dann gäbe es keine Überproduktion und keine Stockungen. ...
Während die Statistik auf allen Gebieten des Lebens in Amerika aufs feinste ausgebildet wurde, verzichtete man merkwürdigerweise auf eine Arbeitslosenstatistik. Vorsichtige Beobachter befürchteten schon damals, daß die Amerikaner sich einer Selbsttäuschung hingaben. Aber der Erfolg sprach acht Jahre lang für die amerikanische Auffassung.<<
Der preußische Ministerpräsident Otto Braun (1872-1955, SPD-Abgeordneter: "Der rote Zar") erläutert im Jahre 1930 die deutsch-polnischen Probleme (x064/132): >>Niemand wird dem polnischen Volk sein Recht auf staatliches Eigenleben bestreiten ... Ich bestreite nicht das Interesse Polens an einem Ausgang zum Meer. Aber wie er dem neuen tschechischen Staat durch Elbe und Hamburg gesichert wurde, könnte er Polen durch Weichsel und Danzig geöffnet werden, ohne das Ostpreußen vom Mutterland losgerissen, Hunderttausende deutscher Volksgenossen ohne Befragung unter fremde Staatshoheit gepreßt ... oder gar aus ihrer Heimat verdrängt würden ...
Gegen dieses Unrecht werden wir immer protestieren, die gewaltsam durchgeführte, willkürliche, ungerechte neue Grenzziehung werden wir niemals als berechtigt anerkennen.<<
Ein Schüler berichtet später über seine Gründe, im Jahre 1930 in die Hitlerjugend einzutreten (x067/101): >>Weder mein Vater noch irgend jemand sonst hat mich gedrängt, in die Hitlerjugend einzutreten. Ich entschloß mich selbständig dazu, einfach weil ich in einer Jugendgruppe sein wollte, in der ich einem nationalen Ideal nachstreben konnte.
Die Hitlerjugend machte Lager, Wanderungen und Heimatabende. Ich war Nummer 9 in der Thalburger Gruppe, als ich 1930 eintrat. Die Jungen stammten aus Familien aller Schichten, wenn auch überwiegend aus denen der Kleinbürger und Arbeiter. Es gab keine sozialen oder Klassenunterschiede, was mir sehr gefiel. Eine direkte oder auffällige politische Schulung gab es erst später – als Hitler an die Macht kam.
Ohne sich eigentlich zu bemühen, neue Mitglieder zu finden, wuchs die HJ in Thalburg (Nordheim in Niedersachsen) rasch. Ich glaube, die meisten anderen Jungen traten aus dem gleichen Grund wie ich ein. Sie suchten eine Möglichkeit, mit anderen Jungen zu solchen aufregenden Betätigungen zusammenzukommen. Außerdem war es eine Krisenzeit, und es gab

überall viele schlechte Einflüsse, denen anständige Jungen entgehen wollten.
Jedenfalls glaube ich nicht, daß die politische Seite der Hauptgrund war, aus dem die Jungen eintraten. Wir machten Aufmärsche und haßten die SPD, aber das war alles ganz allgemein, galt nicht den einzelnen – das alles gehörte dazu. ...<<
CSR: In Prag ereignen sich wiederholt Ausschreitungen gegen Deutsche und Juden (x206/-29).
Im Jahre 1930 leben in der CSR noch 3,232 Millionen Sudetendeutsche (Bevölkerungsanteil = 21,9 %), die trotz tschechoslowakischer Unterdrückungspolitik nicht aufgeben wollen.
UdSSR: Im Jahre 1930 wird in der Sowjetunion die Schulpflicht für alle Kinder eingeführt (x261/163).
Fast alle reichen Bürger der UdSSR (Kaufleute, Juweliere, Ärzte und andere Personen), bei denen die Kommunisten Gold oder Devisen vermuten, werden 1930/31 inhaftiert und gefoltert, denn der sowjetische "Arbeiter- und Bauernstaat" benötigt unentwegt Geld, um die ehrgeizigen Rüstungspläne zu verwirklichen (x091/26).
Großbritannien: Im Jahre 1930 empfiehlt die britische Zeitung "Manchester Guardian" die Aufnahme der Nazis in die Regierung, da diese als zweitgrößte Partei ein moralisches bzw. verfassungsmäßiges Anrecht hätten (x025/129).
Die britische Zeitung "The Times" hält die Nazis damals ebenfalls für normale, wenn auch etwas rauhe und unerfahrene Politiker, die durch Regierungsverantwortung automatisch zur Mäßigung gebracht würden (x025/129).
USA: Ein amerikanischer Anthropologe stellt im Jahre 1930 fest (x180/42): >>Der Anteil der Menschengruppe mit indianischem Blut unter der Gesamtbevölkerung der USA ist so unbedeutend, daß man auf sie nicht weiter einzugehen braucht. Die indianische Urbevölkerung in den USA ist vergleichsweise rasch verschwunden. ...<<
In den USA sind 1930 im Jahresdurchschnitt 4.340.000 Personen bzw. 8,7 % arbeitslos (x149/60).
Indien: Mahatma Gandhi (1869-1948, eigentlich Mohandas Karamchand, Führer einer gewaltlosen indischen Unabhängigkeitsbewegung, kämpft für die Beseitigung der Gegensätze zwischen Muslimen und Hindus, wird von einem fanatischen Hindu erschossen) zieht im Jahre 1930 mit einer Schar von Anhängern zum Meer, um das britische Salzmonopol zu brechen. An der Küste wird Gandhi mit Tausenden von Anhängern verhaftet und interniert, obwohl die gesamte Aktion gewaltlos verläuft.
Mahatma Gandhi schreibt vor dem Start des "Salzmarsches" an den britischen Vizekönig (x256/55): >>Nichts als organisierte Gewaltlosigkeit kann der organisierten Gewalt der britischen Regierung Einhalt gebieten. ... Mein Ehrgeiz will nichts Geringeres, als das englische Volk durch Gewaltlosigkeit zu bekehren und es das Unrecht einsehen zu lassen, das es Indien angetan hat. ...
Ich weiß, daß es ihnen freisteht, meinen Plan dadurch zu vereiteln, daß sie mich festnehmen lassen. Ich hoffe, daß Zehntausende bereit sind, meine Arbeit an meiner Statt auf disziplinierte Weise fortzusetzen.<<

1931

> Manches gestehen, bedeutet meist einen hinterhältigeren Betrug, als alles verschweigen.
> *Arthur Schnitzler (1862–1931, österreichischer Schriftsteller)*

01.01.1931
Deutsches Reich: Im Deutschen Reich leben am 1. Januar 1931 rund 64 Millionen Einwohner.
Am 1. Januar 1931 sind im Deutschen Reich 4.357.000 Menschen arbeitslos. 16,3 % der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer sind Kurzarbeiter.

25.01.1931

Deutsches Reich: In der "Vossischen Zeitung" fordert Alfred Döblin die deutschen Schriftsteller am 25. Januar 1931 auf, entschlossener und aktiver für die Weimarer Republik einzutreten (x034/513): >>Die Institution muß ganz allein und prinzipiell gewillt sein, den Geist dieses Staates bilden zu helfen. ... Sieht man nicht in Deutschland, wohin man kommt mit der Furcht vor der Gesinnung? Die anderen haben sie, und eines Tages werden diese anderen den anderen nicht erlauben, noch irgendeine Gesinnung zu haben.<<

31.01.1931

Deutsches Reich: Am 31. Januar 1931 sind im Deutschen Reich 4.886.925 Menschen arbeitslos.

04.02.1931

UdSSR: Stalin begründet am 4. Februar 1931 in einer Ansprache die Methoden und das Tempo der Industrialisierung (x243/133): >>Zuweilen wird die Frage gestellt, ob man nicht das Tempo etwas verlangsamen, die Bewegung zurückhalten könnte.

Nein, das kann man nicht. Genossen! Das Tempo darf nicht herabgesetzt werden! Im Gegenteil, es muß nach Kräften und Möglichkeiten gesteigert werden. ...

Das Tempo verlangsamen, das bedeutet Zurückbleiben. Und Rückständige werden geschlagen. Wir aber wollen nicht die Geschlagenen sein. ... In der Vergangenheit hatten wir kein Vaterland und konnten keines haben. Jetzt aber, wo wir den Kapitalismus gestürzt haben und bei uns die Arbeiter an der Macht stehen, haben wir ein Vaterland und werden seine Unabhängigkeit verteidigen. ...

Wir sind hinter den fortgeschrittenen Ländern um 50 bis 100 Jahre zurückgeblieben. Wir müssen diese Distanz in 10 Jahren durchlaufen. Entweder bringen wir das zustande oder wir werden zermalmt. ...<<

Rumänien: Ministerpräsident Maniu (Führer der nationalen Bauernpartei Rumäniens) setzt sich am 4. Februar 1931 nach innenpolitischen Kämpfen durch.

05.02.1931

Deutsches Reich: Die deutsche Reichsregierung gründet am 5. Februar 1931 eine Kommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Goebbels erklärt am 5. Februar 1931 während einer Reichstagsdebatte (x129/29): >>Die nationalsozialistische Bewegung hat nicht die Absicht, unter diesem Regiment aus ihrer trotzigen Oppositionsstellung herauszugehen. Die nationalsozialistische Bewegung verharrt weiterhin diesem System gegenüber in Kampfstellung.

Sie hat durch den Mund ihres Führers zum Ausdruck gebracht, daß sie legal sei. Das heißt aber: nach der Verfassung sind wir nur verpflichtet zur Legalität des Weges, nicht aber zur Legalität des Zieles. Wir wollen legal die Macht erobern. Aber was wir mit dieser Macht einmal, wenn wir sie besitzen, anfangen werden, das ist unsere Sache.

Wir haben das Gefühl, daß das deutsche Volk die Absicht hat, über kurz oder lang mit der Politik, wie sie seit 1918 in Deutschland betrieben worden ist, eine Abrechnung vorzunehmen.

Wenn das Volk diese Abrechnung will, und das Volk macht uns einmal zum Vollstrecker dieses Willens, dann werden wir uns getreu dem Satz, daß des Volkes Wille oberstes Gesetz ist, diesem Willen nicht entziehen.<<

14.03.1931

Deutsches Reich: SA-Stabschef Ernst Röhm erläutert am 14. März 1931 die Richtlinien des NS-Automobilkorps (x034/522): >>... Eine in mustergültiger Ordnung fahrende Kraftwagenkolonne mit fliegenden Sturmfahnen und Wimpeln ist von stärkster propagandistischer Wirkung.<<

15.03.1931

Deutsches Reich: Am 15. März 1931 sind im Deutschen Reich 4.980.000 Menschen arbeitslos.

19.03.1931

Deutsches Reich: Das Deutsche Reich und Österreich teilen am 19. März 1931 offiziell mit, daß man die Ein- und Ausfuhrzölle aufheben will, um eine allgemeine Neuordnung der europäischen Wirtschaftsbeziehungen einzuleiten.

Diese geplante "Zollunion" ruft in Frankreich, der Tschechoslowakei, Italien und England Proteststürme hervor (Bruch des Friedensvertrages von Saint Germain). Frankreich erklärt später, daß die Selbständigkeit Österreichs gefährdet sei und beschließt wirtschaftliche Sanktionen gegen das Deutsche Reich (x063/566).

31.03.1931

Deutsches Reich: Am 31. März 1931 tritt das Osthilfe-Gesetz in Kraft.

Rainer Sontowski schreibt später über die "Osthilfe" (x051/434): >>Osthilfe, per Gesetz vom 31.3.31 (Osthilfe-Gesetz) beschlossenes Unterstützungsprogramm für die ostdeutsche Landwirtschaft (v.a. Umschuldungsaktion).

In das Osthilfe-Verfahren wurden 33.619 Betriebe mit insgesamt 2,2 Millionen Hektar einbezogen. Die Mittel dafür, die vornehmlich dem Großgrundbesitz zugute kamen, stammten zu 80 % von einer neu gegründeten Industriebank, deren Kapital durch eine Umlage der Industrie refinanziert wurde, zu 8 % aus dem Reichshaushalt und zu 12 % aus der Landwirtschaft durch Landverkauf der umzuschuldenden Betriebe.

Zwar trugen die verschiedenen Maßnahmen (Gesamtumfang 600 Millionen RM) teilweise zu einer Verbesserung der Situation bei, die strukturellen Ursachen der landwirtschaftlichen Verschuldung konnten sie aber nicht beseitigen. Die geplante Aufsiedelung nicht entschuldungsfähiger Güter war politisch heiß umkämpft und trug zum Sturz der Regierung Brüning und Papen bei. Die Entschuldungspolitik wurde von den Nationalsozialisten fortgesetzt und ausgebaut (Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse vom 1.6.33).<<

12.04.1931

Spanien: Während der Kommunalwahlen am 12. April 1931 müssen die Kandidaten der Monarchisten in allen großen Städten Spaniens große Stimmenverluste hinnehmen.

Am Abend des folgenden Tages versammeln sich riesige Menschenmassen in der Hauptstadt Madrid und fordern den Rücktritt des Königs. Um Kämpfe mit den Demonstranten zu verhindern, verläßt König Alfons XIII. Spanien, ohne jedoch auf den Thron zu verzichten.

14.04.1931

Spanien: Am 14. April 1931 wird die Zweite Republik ausgerufen und die Diktatur des Generals Prim de Riviera beendet.

Die Regierung wird vor allem durch bürgerliche Gruppen, Sozialisten und einige Konservative unterstützt. Die Verfassung von 1931 garantiert allen Spaniern eine gewisse Gleichberechtigung (z.B. Einführung des Frauenwahlrechts) sowie die Trennung von Kirche und Staat (Einführung der Zivilehe).

Die Zweite Republik kämpft in den nächsten 5 Jahren unentwegt mit einer Vielzahl von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen und spaltet das spanische Volk allmählich in zwei unversöhnliche Gruppen. Die Armee, katholische Kirche, Unternehmer und Großgrundbesitzer lehnen besonders die Verminderung der Streitkräfte, das neue Scheidungsrecht und die Landreformen entschieden ab.

26.04.1931

Deutsches Reich: Reichswehrminister Wilhelm Groener (1867-1939) schreibt am 26. April 1931 in einem Privatbrief über Hitler (x034/528): >>...: >>... Nur der schöne Adolf macht uns vorläufig gar keine Kopfschmerzen mehr, seit er vor Loyalität trieft und lieber im braunen

Haus Hof hält, als ... auf der Straße seine Brüllaffen in Freiheit vorzuführen.<<

30.04.1931

Deutsches Reich: Am 30. April 1931 sind im Deutschen Reich 4.358.000 Menschen arbeitslos.

04.05.1931

Deutsches Reich: Hitler erläutert dem Chefredakteur der "Leipziger Neuesten Nachrichten" im Verlauf einer vertraulichen Unterhaltung am 4. Mai 1931, welche Maßnahmen er nach einer Machtübernahme ergreifen wird (x034/529, x149/69): >>... Ich habe die nationalsozialistische Idee in die Welt geworfen und werde diese Idee brutal und, wenn es sein muß, mit Gewalt durchsetzen. Ich fühle mich in dieser Beziehung als Beauftragter des Schicksals, als Trommler, wie man mich nennt, und ich werde mit meiner Bewegung trommeln, bis Deutschland erwacht. ...<<

>>... Mit der Ausschaltung der Schwatzbude, die Sie das Hohe Haus oder den Reichstag nennen, mit der Umstellung der Presse wird sofort eine neue Situation entstehen. ... In diesem Augenblick werden wir mit dem Marxismus rücksichtslos abrechnen. Die Industrie wird sofort in den Wiederaufbauprozeß eingeschaltet. Die 6 Millionen Arbeitslose werden ihr tägliches Brot verdienen. Das Versailler Diktat wird weggefegt. Eine neue Armee wird entstehen und das mit einem neuen Generalstab.

Dieser Goebbels, vor dem Sie Angst haben, daß er mit seiner Agitation das Proletariat verscheuchen wird, wird schon dafür sorgen, daß die Gefühle und die Vernunft unserer Menschen 99 % aller Stimmen unserer Politik geben werden.

Schon 6 Monate nach der Machtergreifung werden wir eine nie dagewesene Volksabstimmung erleben. Das andere läuft dann von selbst. ...<<

Im neuen Kölner US-Fordwerk wird am 4. Mai 1931 das erste Auto fertiggestellt.

07.05.1931

Deutsches Reich: Gemäß einer Protokollnotiz vom 7. Mai 1931 über eine Besprechung in der Reichskanzlei schlägt Reichskanzler Brüning vor, eine Revision des Young-Plans vorzubereiten (x034/529): >>Brüning zeichnet ein düsteres Bild der Haushalts- und Wirtschaftslage, die seiner Meinung nach nur noch durch eine Erleichterung der Reparationszahlungen oder durch neue Auslandsanleihen gebessert werden könne. ...<<

08.05.1931

Deutsches Reich: Hitler erklärt am 8. Mai 1931 vor dem Schwurgericht in Berlin-Moabit (x034/529): >>... Ich halte die Weimarer Verfassung für falsch und auch für schlecht. Aber ich weiß, daß ein Versuch, diese Verfassung gewaltsam zu stürzen, Blut kosten würde und wahrscheinlich nutzlos wäre.<<

09.05.1931

Deutsches Reich, Österreich: Der deutsche Außenminister Curtius weist vor Vertretern der ausländischen Presse am 9. Mai 1931 nochmals auf die wirtschaftliche Notwendigkeit einer deutsch-österreichischen Zollunion hin.

Die französische Regierung verbietet jedoch noch am selben Tag die geplante deutsch-österreichische Zollunion und droht mit dem Einmarsch von Truppen. Das hochverschuldete Österreich muß sich fügen (x059/65). Österreich steht nach dem Scheitern der deutsch-österreichischen Zollunion vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch.

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über "Österreich" in den Jahren 1931-38 (x051/433-434): >>(Österreich) ... Unter den katastrophalen Folgen der Weltwirtschaftskrise (... Zusammenbruch der Österreichischen Creditanstalt) und den zunehmenden Pressionen und Wühlereien aus Berlin scheiterten Versuche von Dollfuß (1932-34) und Schuschnigg (1934-38), die innere Ordnung und äußere Selbständigkeit Österreichs durch einen Staatsstreich (März 33 Ausschaltung des Parlaments, Auflösung des Republikanischen

Schutzbundes), das Verbot der NSDAP (19.6.33), die Gründung der Vaterländischen Front und die Errichtung eines autoritären, an der katholischen Soziallehre und am italienischen Faschismus orientierten Ständestaates (Austrofaschismus) um den Preis eines blutigen Bürgerkrieges im Februar 34 (Verbot der Sozialdemokratischen Partei) zu retten.
Außenpolitisch isoliert und wehrlos durch das Versagen der "kollektiven Sicherheit", das Appeasement der Westmächte und die Achse Berlin-Rom ("Bratspieß, an dem Österreich braun gebraten werden wird"), mußte Österreich den "deutschen Weg" über das Juliabkommen 1936 und den Anschluß 1938 bis zur Auflösung seiner Staatlichkeit als "Ostmark" gehen.<<

11.05.1931

Österreich: Die österreichische Credit-Anstalt (ein wesentlicher Pfeiler des damaligen Wirtschaftslebens) bricht am 11. Mai 1931 völlig zusammen, weil die ausländischen Kredite vorzeitig zurückgefordert werden (x057/229).

31.05.1931

Deutsches Reich: Am 31. Mai 1931 sind im Deutschen Reich 4.053.000 Menschen arbeitslos.
Die Presse stellt am 31. Mai 1931 die vom Völkerbund entwickelten internationalen Verkehrszeichen vor: Gefahrenzeichen (dreieckig), Verbote und Vorschriften (kreisrund mit rotem Rand) und einfache Hinweiszeichen (viereckig).

01.06.1931

Deutsches Reich: Das Reichskabinett diskutiert am 1. Juni 1931 fast den gesamten Tag über eine neue Notverordnung.
Der Berliner Bürgermeister Friedrich Lange schreibt am 1. Juni 1931 in seinem Tagebuch über die politischen Lage (x034/533): >>Selbst die Rechtspresse wird nervös. Sie weist auf die groteske Tatsache hin, daß eine nationalistische Bewegung unter Führung des Herrn Adolf Hitler aus Braunau bei allen deutschen Wahlen atemberaubende Fortschritte erzielt, daß sämtliche bürgerlichen Parteien mit Ausnahme des Zentrums einem Trümmerhaufen gleichen und daß Hunderttausende von beschäftigungslosen Intellektuellen dieser romantischen Bewegung zuströmen, die eines Tages alle Brücken und Dämme wegreißen werde. Aber man wurstelt in allen Parteien geruhsam weiter.<<

05.06.1931

Deutsches Reich: Die deutsche Regierung erläßt am 5. Juni 1931 eine 2. Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen. Aufgrund dieser Notverordnung werden z.B. Löhne, Gehälter und Renten der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Reich um 5 % bis 8 % gekürzt, die Mehrarbeit eingeschränkt, die 40-Stundenwoche für verschiedene Arbeitnehmer eingeführt, die Altersgrenze der Unterstützungsempfänger von 16 auf 21 Jahre erhöht sowie eine Krisensteuer (bis zu 4 % Aufschlag auf die Einkommenssteuer und bis zu 5 % auf die Lohnsteuer) festgesetzt.

12.06.1931

Deutsches Reich: Das Deutsche Reich besitzt am 12. Juni 1931 nur noch Gold und Devisen in Höhe von 1,7 Mrd. RM (Stand Juni 1930: 3,8 Mrd. RM).

20.06.1931

Deutsches Reich: Als Reichspräsident Hindenburg den nordamerikanischen Präsidenten am 20. Juni 1931 telegrafisch um Hilfe bittet, läßt US-Präsident Hoover am 6. Juli 1931 (nach zähen Verhandlungen zwischen USA und Frankreich) den größten Teil der Reparationszahlungen vorübergehend stoppen (Zahlungsaufschub für 1 Jahr). Durch die große Massenarbeitslosigkeit (April 1931 = 4,4 Millionen Arbeitslose, Dezember 1931 = 5,3 Millionen) verschärft sich die deutsche Wirtschaftskrise aber trotzdem weiter.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Herbert Clark Hoover (x051/-

270): >>Hoover, Herbert Clark, geboren in West Branch/Iowa 10.8.1874, gestorben in New York 20.10.1964, amerikanischer Politiker; Bergbauingenieur.
Hoover leitete und organisierte während des 1. Weltkrieges soziale Hilfsprogramme für Europa. Als Handelsminister (1921-28) und Präsident der USA (1928-32) bemühte sich der Republikaner Hoover um eine Außenpolitik des Interessenausgleichs.
Anders als sein Nachfolger Roosevelt wurde Hoover auch von den Nationalsozialisten wegen seiner "Menschlichkeit" geschätzt, besonders da er 1932 der Brüning'schen Revisionspolitik durch die Stundung der Kriegsschulden und Reparationen entgegengekommen war (Hoover-Moratorium). Während und nach dem 2. Weltkrieg war Hoover erneut für karitative Organisationen tätig und setzte sich insbesondere für das hungernde Nachkriegsdeutschland ein.<<

21.06.1931

Deutsches Reich: Die Reichsregierung stimmt am 21. Juni 1931 dem Stundungsvorschlag (Aufschub der Kriegsschuldzahlungen für 1 Jahr) des US-Präsidenten Hoover zu.

05.07.1931

Deutsches Reich: Das Deutsche Reich besitzt am 5. Juli 1931 nur noch Gold- und Devisenbestände in Höhe von 1,487 Mrd. RM.
Der Massenmörder Peter Kürten (1883-1931, verübt mindestens 9 Sexual- und Kindermorde sowie 7 Mordversuche, vorwiegend an Kindern) wird am 5. Juli 1931 in Düsseldorf durch die Guillotine hingerichtet.

13.07.1931

Deutsches Reich: Die deutschen Banken und Sparkassen werden am 13. Juli 1931 regelrecht gestürmt, so daß nicht alle Auszahlungswünsche der Kunden erfüllt werden können.
Infolge der aktuellen Banken- und Finanzkatastrophe schließt man am 13. Juli 1931 die Börsen.

14.07.1931

Deutsches Reich: Die Reichsregierung ordnet am 14. Juli 1931 die vorübergehende Schließung aller Banken und Sparkassen an.
Der SPD-Parteivorstand weist am 14. Juli 1931 den Banken und der Schwerindustrie eine große Mitschuld an der aktuellen Finanzkatastrophe zu (x034/541): >>... Ein wesentlicher Teil dieses Unternehmertums hat den verhängnisvollen Wahlsieg der nationalsozialistischen Reaktion im September vorigen Jahres bezahlt und ihr kreditzerstörendes Treiben bis zum heutigen Tag mit allen Mitteln gefördert.<<

16.07.1931

Deutsches Reich: Der SPD-Parteivorsitzende Otto Wels erklärt am 16. Juli 1931 vor Gewerkschaftsvertretern (x034/541): >>... Die Reichsregierung weiß, daß die SPD und die Gewerkschaften infolge ihrer Friedenspolitik der einzige solide Kreditfaktor sind. Einen Putsch von rechts fürchte ich nicht.<<

17.07.1931

Deutsches Reich: Die Banken und Sparkassen öffnen am 17. Juli 1931 zwar wieder, dürfen jedoch nur Zahlungen für Steuern, Löhne und Arbeitslosengelder durchführen.

09.08.1931

Deutsches Reich: Obgleich sich der "Stahlhelm", die NSDAP und die KPD in Preußen verbünden, um den preußischen Landtag per Volksentscheid aufzulösen, erhält man am 9. August 1931 nicht die erforderliche Mehrheit von 50 %, sondern lediglich 37,1 % (x034/545).
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schreibt später über die damalige Zusammenarbeit zwischen NSDAP und KPD (x063/563): >>Das Bündnis zwischen der Kommunistischen und der Nationalsozialistischen Partei trug zur Unterhöhlung der Republik bei. ... Dialektisch ... galt nicht der Nationalsozialismus als Hauptfeind, denn er bereitete ja den Weg für Sowjetrußland vor. Hauptfeind waren die Weimarer Republik und die Sozialdemo-

kratie, weil sie die "Einheit der Arbeiterklasse" verhinderten.
Morde und blutige Straßenkämpfe haben die Kommunistische und die Nationalsozialistische Partei nicht abgehalten, zur Zerstörung der Republik zusammenzuarbeiten. Das wurde etwa am 9. August 1931 offenkundig, als beide Parteien im Bündnis mit den Deutschnationalen einen Volksentscheid zum Sturze der preußischen Regierung veranstalteten. ... Trotzdem schlug das Unternehmen fehl, weil viele der Kommunisten sich der morbiden Überlegung Moskaus versagten, das der Nationalsozialismus zur Macht kommen müsse, um Sowjetdeutschland zu gebären.<<

22.08.1931

Deutsches Reich: Reichsminister Gottfried R. Treviranus (1891-1971) warnt am 22. August 1931 nach einem Gespräch mit Hitler (x034/547): >>... Gnade Deutschland, wenn dieser Führer zum Zuge kommt ...<<

01.09.1931

Deutsches Reich: Seit dem 1. September 1931 muß jedes geschlossene Automobil im Deutschen Reich über einen Rückspiegel verfügen.
Am 1. September 1931 gehen 88,3 % aller Schüler zur Volksschule, 2,7 % zur Mittelschule und 9,0 % zur Oberschule.

05.09.1931

Niederlande: Der Haager Gerichtshof entscheidet sich am 5. September 1931 mit 8 zu 7 Stimmen gegen die Zulässigkeit der deutsch-österreichischen Zollunion (x063/567).
Im Deutschen Reich wird das Vertrauen in die internationale Gerichtsbarkeit und das Ansehen des Haager Gerichtshofes nochmals nachhaltig erschüttert.

09.09.1931

Deutsches Reich: Infolge der drastischen Sparmaßnahmen erhöht das Preußische Kultusministerium am 9. September 1931 die zulässige Klassenstärke für Unterstufen der höheren Schulen auf 55 Schüler. Etwa 4.000 Junglehrer werden danach in Preußen arbeitslos (x034/550).

13.09.1931

Deutsches Reich: Berliner NSDAP-Angehörige führen am 13. September 1931 (jüdischer Neujahrstag) auf dem Kurfürstendamm gewalttätige Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung und ihre Geschäfte durch.

15.09.1931

Deutsches Reich: In Braunschweig wird der NSDAP-Politiker Dietrich Klagges am 15. September 1931 zum 2. Minister (Inneres) gewählt.
Am 15. September 1931 sind im Deutschen Reich 4.324.000 Menschen arbeitslos.

18.09.1931

Deutsches Reich: Hitlers Geliebte Angela ("Geli") Raubal begeht am 18. September 1931 in Hitlers Münchener Wohnung Selbstmord.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Angela Raubal (x051/468): >>Raubal, Angela ("Geli"), geboren in Linz 4. Januar 1908, gestorben in München 18. September 1931, Nichte Hitlers (Tochter der Halbschwester Angela Raubal).
Die hübsche, dunkelhaarige Raubal begann ein Medizinstudium in München, wo sie ihrem Onkel wiederbegegnete, der sie schon als Kind besonders gern gehabt hatte, und seine Geliebte wurde. Ihre Mutter übernahm Hitlers Haushaltsführung (bis 1935). Der in der Aufstiegsphase der NSDAP äußerst angespannte und wenig anwesende Politiker wachte (oder ließ wachen) eifersüchtig über jeden Schritt seiner Nichte.
Seine Reglementierungen und die 1929 einsetzende Affäre mit Eva Braun führten nach manchen Auseinandersetzungen schließlich zu Raubals Selbstmord in Hitlers Wohnung am Prinzregentenplatz. Hitler überwand den Schock nie ganz; niemand außer ihm durfte Gelis Zimmer fortan betreten; Thorak erhielt den Auftrag für eine Raubal-Büste, die in der Neuen Reichs-

kanzlei aufgestellt wurde; ein Raubal-Porträt von Ziegler hing, immer blumengeschmückt, im großen Zimmer des Berghofs.<<

23.09.1931

Deutsches Reich: Am 23. September 1931 werden 34 NSDAP-Angehörige wegen der antijüdischen Ausschreitungen vom 13. September 1931 in Berlin zu Freiheitsstrafen von 9 Monaten bis zu 3 Jahren verurteilt.

September 1931

Österreich: Im September 1931 herrschen in Österreich bürgerkriegsähnliche Zustände. Die österreichischen Kampfverbände werden z.T. vom Deutschen Reich und durch Italien unterstützt. Aufgrund der finanziellen Unterstützung durch die italienischen Faschisten wird der Austrofaschismus immer stärker.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Austrofaschismus" (x051/54): >>Austrofaschismus, österreichische Spielart des Faschismus, repräsentiert v.a. von den bewaffneten Selbstschutzverbänden der Heimwehren in den 20er und 30er Jahren.

Die Ideologie des Austrofaschismus speiste sich zunächst aus nationalistischen Quellen und völkischem Gedankengut nach dem Untergang des habsburgischen Vielvölkerstaates.

Gegen den demokratischen Neubeginn und die marxistischen Elemente in Verfassung und Regierung sammelte sich in den Heimwehren heterogenes Protestpotential. Sie entwickelten sich, von Christlich-Sozialen und Großdeutschen gefördert, von der Industrie unterstützt, zu Kampfverbänden des bürgerlichen Lagers gegen die Arbeiterorganisationen der Sozialdemokraten und des Republikanischen Schutzbundes.

Faschistische Tendenzen kulminierten nach den Juliunruhen 1927 unter dem Einfluß des Kreises um O. Spann. Nun kam auch massive finanzielle Hilfe aus dem faschistischen Italien, dessen programmatischer Einfluß im sogenannten Korneuburger Eid vom 18.5.30 spürbar wurde: Ablehnung des Parlamentarismus, Forderung nach staatlicher Machtergreifung und Überwindung des liberal-kapitalistischen Wirtschaftssystems und des Klassenkampfes, Führerprinzip.

Ähnlichkeiten zwischen Austrofaschismus und frühem Nationalsozialismus waren unverkennbar, aber auch das Trennende wurde in der Weiterentwicklung des Austrofaschismuskonzeptes zum österreichischen Ständestaat deutlich: Katholische und bürgerliche Fundierung des Austrofaschismus führte nach der ständischen Verfassung Österreichs vom 1.5.34 unter Kanzler Dollfuß zu unüberbrückbarem Gegensatz zum Nationalsozialismus.

Heimwehren, von denen sich noch 1933 Teile den Nationalsozialisten angeschlossen hatten, beteiligten sich am 25.7.34 aktiv an der Niederschlagung des nationalsozialistischen Putsches. Anhänger der NSDAP füllten danach die Anhaltelager. Umgekehrt wurde etwa O. Spann als ideologischer Ziehvater des Austrofaschismus nach dem Anschluß 1938 verhaftet und danach mit Lehrverbot belegt, Heimwehrführer Starhemberg ging ins Exil.<<

China: Im September 1931 greifen japanische Truppen China an und besetzen die Mandschurei.

01.10.1931

Deutsches Reich: Am 1. Oktober 1931 wird die Dauer der Arbeitslosenunterstützung von 26 auf 20 Wochen gekürzt.

10.10.1931

Deutsches Reich: Hitler nimmt am 10. Oktober 1931 an einer Tagung der Nationalen Opposition in Bad Harzburg (10.-11.10.1931) teil.

Die NS-Zeitung "Völkische Beobachter" schreibt am 10. Oktober 1931 über die Tagung in Bad Harzburg (x034/557): >>... Die NSDAP als weitaus stärkster und entscheidender Machtfaktor wird auch dieser gemeinsamen Kundgebung in Harzburg den Stempel ihres Siegeswillens aufprägen und die Marschrichtung angeben.<<

Ein Professor der Frankfurter Universität wird am 10. Oktober 1931 strafversetzt, weil er öffentlich über das Dritte Reich gesprochen hat (x034/557).

11.10.1931

Deutsches Reich: Am 11. Oktober 1931 schließen sich NSDAP, DNVP, Stahlhelm, Reichslandbund, Industrielle, der Alldeutsche-Verband und einige Vertreter deutscher Fürstenhäuser zur Harzburger Front zusammen, um die politische Macht zu erringen.

In der gemeinsamen Entschließung der Harzburger Front heißt es (x034/556): >>... Wir sind bereit, im Reich und in Preußen in national geführten Regierungen die Verantwortung zu übernehmen. ... Jede Regierung, die gegen den Willen der geschlossenen nationalen Opposition gebildet werden sollte, muß mit unserer Gegnerschaft rechnen.

So fordern wir den sofortigen Rücktritt der Regierungen Brüning und Braun, die sofortige Aufhebung der diktatorischen Vollmachten für Regierungen, deren Zusammensetzung nicht dem Volkswillen entspricht und die sich nur noch mit Notverordnungen am Ruder halten.

Wir fordern sofortige Neuwahlen der überalterten Volksvertretungen. ...

Wir beschwören den durch uns gewählten Reichspräsidenten von Hindenburg, daß er dem stürmischen Drängen von Millionen vaterländischer Männer und Frauen, Frontsoldaten und Jugend entspricht und in letzter Stunde durch Berufung einer wirklichen nationalen Regierung den rettenden Kurswechsel herbeiführt. ...

Wir glauben an die Erfüllung unserer Aufgaben, weil wir auf die deutsche Kraft, auf die Zukunft unseres Volkes vertrauen.<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die "Harzburger Front" (x051/239): >>Harzburger Front, am 11.10.31 in Bad Harzburg geschlossenes Bündnis zwischen NSDAP, DNVP, Stahlhelm, Alldeutschem Verband und den sogenannten Vaterländischen Verbänden.

Die Tagung, an der neben den Führern der genannten Parteien, Hitler, Hugenberg und Seldte, u.a. auch Schacht, Seeckt und andere Generäle der Reichswehr sowie Führer des Reichslandbundes teilnahmen, sollte nach dem Willen ihres Initiators Hugenberg die Geschlossenheit der "Nationalen Opposition" demonstrieren. Doch waren sich die Mitglieder der Harzburger Front nur einig in der Opposition gegen die Regierung Brüning und dem Kampf gegen die Republik, besaßen aber für diesen kein gemeinsames politisches Konzept:

Die bürgerlichen Gruppen wollten den populären Hitler und die nationalsozialistische Massenbewegung als "Trommler" für ihre Ziele benutzen, während Hitler in dem Bündnis mit der Rechtsopposition nur ein Mittel sah, seine Reputation zu fördern und die Öffentlichkeit über seine wahren Ziele zu täuschen.

Vor der Wahl zum Reichspräsidenten im Frühjahr 32 konnte sich die Harzburger Front auf keinen gemeinsamen Kandidaten einigen und zerbrach faktisch, auch wenn sie in der am 30.1.33 gebildeten Regierung Hitler für kurze Zeit scheinbar wieder auflebte (Machtergreifung).<<

13.10.1931

Deutsches Reich: Reichskanzler Brüning wird am 13. Oktober 1931 während seiner Regierungserklärung im Deutschen Reichstag mehrfach von rechts- und linksradikalen Abgeordneten mit Zwischenrufen (wie z.B. "Hungerkanzler" oder "Diktator") unterbrochen.

Carl von Ossietzky schreibt am 13. Oktober 1931 in der "Weltbühne" über die Bildung der Harzburger Front" (x034/557): >>... In dem braunschweigischen Harzburg tritt alles, was Küche und Keller an Faschismus, Monarchismus und Nationalismus zu bieten haben, geschlossen gegen Brüning. ... Rechts ist Trumpf! ...<<

18.10.1931

Deutsches Reich: Am 18. Oktober 1931 bringen 40 Sonderzüge und etwa 5.000 Lastkraftwagen über 100.000 SA- und SS-Männer zum bisher größten NSDAP-Aufmarsch nach Braunschweig, um 24 Standarten mit der sogenannten Blutfahne zu weihen.

Der "Völkische Beobachter" schreibt damals über den NSDAP-Massenaufmarsch in Braunschweig (x034/558): >>... Nicht die Reichstagsabstimmung, sondern der Aufmarsch der 100.000 Mann SA vor Adolf Hitler in Braunschweig zeigt das wahre Gesicht des neuen Deutschland.<<

31.10.1931

Deutsches Reich: Das Deutsche Reich hat am 31. Oktober 1931 Auslandsschulden in Höhe von 11,2 Mrd. RM. Die Einlagen der Sparkassen betragen nur noch 10,2 Mrd. RM.

Am 31. Oktober 1931 sind im Deutschen Reich 4.623.000 Menschen arbeitslos. 21,5 % der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer sind Kurzarbeiter (x034/559).

Oktober 1931

Deutsches Reich: Im Deutschen Reich gibt es im Oktober 1931 rund 4,6 Millionen arbeitslose Deutsche (davon sind über 0,5 Millionen Jugendliche, auf 1.000 Erwerbsfähige kommen 216 Arbeitslose) und die Arbeitslosigkeit steigt unentwegt weiter.

Da die deutsche Regierung ihren Beamten kein Gehalt mehr zahlen kann, muß man Staatseigentum verschleudern. Der schwedische Industrielle Ivar Kreuger (1880-1932, Selbstmord) erwirbt z.B. für einen lächerlichen Kredit (ca. 120,0 Millionen RM) das deutsche Zündholzmonopol (Laufzeit bis nach 1980).

15.11.1931

Deutsches Reich: Am 15. November 1931 sind im Deutschen Reich 4.840.000 Menschen arbeitslos.

Frankreich: Professoren der Pariser Sorbonne (älteste französische Universität) stellen am 15. November 1931 fest, "daß der Kriegsschuldparagraph 231 des Versailler Vertrages Deutschland nicht mit der moralischen Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges belaste" (x034/561).

27.11.1931

Polen: Die polnische Presse stellt am 27. November 1931 befriedigt fest, daß infolge der erfolgreichen Polonisierung der deutsche Stimmenanteil im abgetretenen Teil Oberschlesiens von 44 % auf 18 % gesunken ist (x034/563).

30.11.1931

Deutsches Reich: Die Einlagen der Sparkassen betragen am 30. November 1931 nur noch 9,9 Mrd. RM.

Die Arbeitslosigkeit steigt unentwegt weiter. Am 30. November 1931 sind im Deutschen Reich 5.057.000 Menschen arbeitslos.

08.12.1931

Deutsches Reich: Die Reichsregierung erläßt am 8. Dezember 1931 die 4. Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens. Die 4. Notverordnung beinhaltet z.B. Lohn- und Gehaltskürzungen von 9 %, Preis- und Zinssenkungen sowie ein Uniformverbot für politische Vereinigungen.

09.12.1931

Deutsches Reich: Hitler fordert am 9. Dezember 1931 in einem Rundschreiben zur Parteidisziplin auf (x034/565): >>... Alle Besprechungen und Stilübungen, ... die illegale Handlungen zur Voraussetzung oder zum Ziele haben und dadurch die Partei schädigen und gefährden, verbiete ich nachdrücklich.<<

Die "Lufthansa" kündigt kürzere Flugzeiten im Verkehrsdienst an (Erhöhung der Geschwindigkeit von 220 auf 290 km/h).

15.12.1931

Deutsches Reich: Am 15. Dezember 1931 sind im Deutschen Reich 5.349.000 Menschen arbeitslos.

Carl von Ossietzky (1888-1938, Journalist und Schriftsteller, im Februar 1933 verhaftet) fragt

am 15. Dezember 1931 in der "Weltbühne" (x105/204-205): >>Kommt Hitler doch?
Die gleiche Not, die alle schwächt, ist Hitlers Stärke. ...
Der Nationalsozialismus bringt wenigstens die letzte Hoffnung von Verhungernden: Den Kannibalismus. Man kann sich schließlich noch gegenseitig fressen. Das ist die fürchterliche Anziehungskraft dieser Heilslehre.
Sie entspricht nicht nur den wachsenden barbarischen Instinkten einer Verelendungszeit, sie entspricht vor allem der Geistessturheit und politischen Ahnungslosigkeit jener versackenden Kleinbürgerklasse, die hinter Hitler marschiert. Diese Menschen haben auch in besseren Zeitläufen nie gefragt, immer nur gegafft. ...
Vor einer Woche schien es für Hitler keine Hindernisse mehr zu geben. "An der Schwelle der Macht", schrieb die Times. England sucht schon lange nach einer Formel, sich mit einem nationalsozialistischen Deutschland abzufinden.
Es ist schwer zu glauben, daß das alles erledigt sein soll, nur weil Herr Brüning wieder einmal gesprochen hat, nur weil ein Bündel frischer Notverordnungen herausgekommen ist. ...<<
UdSSR: Während der Tagung des Exekutivausschusses der Komintern legt der sowjetische Referent für Deutschlandfragen, Manuilsky, am 15. Dezember 1931 in Moskau die zukünftige Politik der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) fest (x063/564): >>Der Hauptfeind ist nicht Hitler, sondern der Hauptfeind ist das System Severing, Brüning, Hindenburg. ...
Mit seiner (Hitlers) Hilfe werden wir zunächst den sozialdemokratischen Parteiapparat und den Brüningschen Staatsapparat zertrümmern. ... Im gegenwärtigen Abschnitt der Entwicklung der deutschen Revolution ist Hitler unser unzweifelhafter Bundesgenosse.<<
Stalin ist schon frühzeitig davon überzeugt, daß ein Sturz der Deutschen Republik und Hitlers Machtübernahme unweigerlich zum Zweiten Weltkrieg führen wird. Die geheimen Bündnisse der KPD und NSDAP fördern bzw. beschleunigen den Untergang der Weimarer Republik.
Hitler und das rechtsradikale NS-Regime sind für Stalin ein unglaublicher Glücksfall, denn ab 1933 zerschlägt das NS-Regime alle demokratischen Parteien, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen des Deutschen Reiches. Mit der gewaltsamen Auflösung sämtlicher demokratischen Einrichtungen und Verbände räumt Hitler frühzeitig alle natürlichen Feinde des linksradikalen Stalinismus aus dem Weg.
Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges fällt es den Sowjets nicht besonders schwer, in Mitteldeutschland die sogenannte "Einheit der deutschen Arbeiterklasse" zu verwirklichen, denn eine ernstzunehmende Opposition gibt es dank Hitlers "guter Vorarbeit" nicht mehr.
Stalin übernimmt später z.B. auch Hitlers "Generalplan Ost". Der entscheidende Unterschied besteht nur darin, daß die deutschen Volkstumsgrenzen nicht um 500 km nach Osten, sondern" um 500 km nach Westen verlagert werden.

16.12.1931

Deutsches Reich: Am 16. Dezember 1931 schließen sich die SPD, Gewerkschaften und der Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zur "Eisernen Front" zusammen, um die demokratische Republik gegen die radikalen Kräfte zu verteidigen.
Mathias Forster berichtet später über die "Eiserne Front" (x051/144): >>Eiserne Front, auf Initiative des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold unter Beteiligung von SPD, Gewerkschaften und Arbeitersportverbänden am 16.12.31 in Berlin ins Leben gerufene Organisation (Emblem: drei Pfeile, publizistisches Organ: "Eiserne Front"), die den republikanischen Widerstand gegen den Machtanspruch der extremen Rechten (Harzburger Front) koordinieren sollte.
Ohne Mitwirkung wichtiger bürgerlicher Kräfte wurde die Eiserne Front unter Führung von Höltermann und Wels zu einem unzureichend bewaffneten Kampfverband der demokratischen Linken, der dem Terror insbesondere von SA und SS nicht gewachsen war.
Vor und nach dem Preußenschlag (20.7.32) versagte die Eiserne Front, als sie aufgrund der resignierenden Grundposition der SPD auf einen machtpolitischen Kampf außerhalb der juri-

stischen und parlamentarischen Bahnen verzichtete.
Die Eiserne Front zerfiel im Mai 33 nach der Zerschlagung der Gewerkschaften.<<

23.12.1931

Schweiz: Der Baseler Sachverständigenausschuß zur Reparationsfrage erkennt am 23. Dezember 1931 die deutsche Zahlungsunfähigkeit an und erläutert den Zusammenhang von Young-Plan und Wirtschaftskrise (x034/568): >>... Man muß sich klarmachen, daß die Befreiung eines Schuldnerlandes von einer Schuldenlast, die es nicht tragen kann, die Wirkung haben könnte, diese Last auf ein Gläubigerland abzuwälzen, das alsdann seinerseits in seiner Eigenschaft als Schuldner möglicherweise nicht in der Lage ist, die Last zu tragen.<<

31.12.1931

Deutsches Reich: Im Dezember 1931 verschärft sich die deutsche Wirtschaftskrise und am 31. Dezember 1931 beträgt die Massenarbeitslosigkeit 5.666.000 Menschen (x034/568).
Das Deutsche Reich besitzt am 31. Dezember 1931 nur noch Gold- und Devisenbestände in Höhe von 1,156 Mrd. Reichsmark.

Dezember 1931

Polen: Der polnische Staat reduziert nochmals die ukrainischen Volksschulen in Ostpolen. Ende 1931 gibt es nur noch 500 ukrainische Schulen (im Jahre 1923 waren es noch 2.600 ukrainische Schulen). Die katholischen Polen zerstören außerdem zahlreiche ukrainische Kirchen (x025/42).

UdSSR: Der deutsch-schweizerische Schriftsteller Emil Ludwig (1881-1948) berichtet im Dezember 1931 über seine Begegnungen mit Stalin in Moskau (x080/239): >>Stalin, sagen wir es gleich vorweg, macht einen kalten und fremden Eindruck: Es ist nichts Anziehendes an ihm. Er kommt dem Besucher nicht auf halbem Wege entgegen, er ist nicht offen, er ist vorsichtig, teilnahmslos und die meiste Zeit trübsinnig. Wenn er lacht, dann (ist es) ein grimmiges, düsteres Lachen, das aus der Tiefe aufsteigt.
Unter den Herrschern unserer Zeit – und ich bin den meisten von ihnen begegnet – ist er der undurchdringlichste. Alles an ihm, seine Rede, sein Gang, seine Gestik, ist langsam. Nichts, was Vertrauen in Menschen oder Freundschaft für sie verriete. ...
Man stelle sich einen einfachen Mann vor, einen ungekünstelten Plebejer von wenig mitteilsamen Wesen, der Fremden gegenüber sogar verlegen wirkt – einen Mann von mittlerer Größe in einem grauen Militärmantel, der seinem Gesprächspartner selten in die Augen blickt. ...
Der Leser muß sich die Stimme dieses Mannes leise denken, die Sprechweise bei der Beantwortung von Fragen äußerst gelassen und selbstbewußt. Stalin spricht entschieden und logisch, aber kein Einwand kann ihn dazu bewegen, seine Ansichten auch nur erneut zu durchdenken. ...
Wenn er spricht, läßt Stalin die Silben fallen wie schwere Hammerschläge. Seine Antworten sind kurz und klar, nicht die eines Mannes, der die Dinge vor einem großen Publikum übermäßig vereinfacht, sondern die eines logischen Denkers, dessen Gehirn langsam und ohne die geringste Gemütsregung arbeitet. ...<<

USA: Die US-Zeitung "New York Times" berichtet im Dezember 1931 (x149/61): >>Middletown, N.Y., 24. Dez. – Angezogen durch Rauch aus dem Kamin eines angeblich leeren Sommerhauses bei Anwane Lake in Sullivan County fand der Polizist Simon Glaser ein verhungerndes junges Paar. Drei Tage ohne Nahrung, konnte die 23jährige Frau kaum noch gehen.
Das Paar, Herr und Frau Wilfred Wild aus New York, war arbeitslos, seit sein früherer wohlhabender Arbeitgeber sein Geld verlor.
Vor einigen Tagen steckten sie alles, was sie hatten – außer 25 Cents für Nahrung – in eine Busfahrt, um in dieser Gegend nach Arbeit zusuchen. Als sie keine fanden, gingen sie in das Haus; sie wollten lieber verhungern als betteln. Sie sagten, sie hätten sich darein geschickt, zusammen zu sterben.

Ein Versuch, Beschäftigung für sie zu finden, ist gemacht worden, aber wenn er fehlschlägt, werden sie nach New York zurückgeschickt.<<

1931

Deutsches Reich: In Deutschland sind 1931 im Jahresdurchschnitt 4.520.000 Personen bzw. 23,9 % arbeitslos (x149/60).

Im Deutschen Reich vermindert sich die industrielle Produktion im Jahre 1931 gegenüber 1928 um 30 % und es ereignen sich mehr als 17.000 Firmenpleiten und Konkurse. Infolge der Kündigung weiterer US-Kredite stehen die deutschen Großbanken kurz vor dem Zusammenbruch.

Aufgrund fehlender Mehrheiten regiert Reichskanzler Brüning fast nur noch mit Notverordnungen (Ausnahmezustand gemäß Artikel 48, Diktaturparagraph). Da der Staat zahlungsunfähig ist, muß die deutsche Regierung verstärkt Staatseigentum verschleudern.

Obwohl im Deutschen Reich überall Hunger, Not und Elend herrschen, werden die öffentlichen Ausgaben und sozialen Leistungen drastisch gekürzt. Im Winter 1931/32 richtet man das sogenannte "Winterhilfswerk" ein, um die größte Not des riesigen Arbeitslosenheeres zu lindern. Die 1. Sammlung erbringt Spenden im Wert von 42,0 Millionen Mark.

Nach der Inflation von 1922/23 büßen die "kleinen Leute" abermals ihre mühselig erarbeiteten Sparguthaben ein. Die ratlosen, verzweifelten Deutschen fragen sich, wie sie aus dieser hoffnungslosen Lage kommen sollen. Spätestens jetzt verlieren große Teile des deutschen Volkes endgültig das letzte Vertrauen und den Glauben an die demokratischen Politiker der Weimarer Republik. Die Tage der glücklosen Weimarer Republik sind danach gezählt.

Eine jüdische Ärztin berichtet später über ihre Erfahrungen mit Berliner Patienten während der Weltweltwirtschaftskrise (x067/93): >>Ein großer Teil meiner Patienten litt an psychischen und nervösen Störungen. Die Behandlung war deprimierend, weil die Ursachen nicht zu beseitigen waren.

Es war die Zeit der Inflation, in der das Geld wertlos wurde, bevor es vom Arbeitsplatz nach Hause gelangte. Es war die schwierige Jagd nach Lebensmitteln und Kleidung und dazu kamen die elenden Wohnverhältnisse. Es gab Familienzerwürfnisse durch Arbeitslosigkeit erwachsener Kinder oder durch eigene Arbeitslosigkeit. Es gab die Folgen der Hungersnot und des dumpfen Hinbrütens in völliger Hilflosigkeit gegenüber einer Situation ohne Ausweg und Ziel.

Wie immer in Krisenzeiten wurde viel über den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Arbeitsunwilligkeit gesprochen. In den Krisenjahren war ich Stadtarzt (1928-1931) in einem proletarischen Bezirk (Neukölln) mit einer Einwohnerschaft von 300.000 und hatte daher reichlich Gelegenheit, mich mit dieser Frage zu beschäftigen.

Wenn nach jahrelanger Arbeitslosigkeit ein Arbeitsplatz gefunden wurde, wartete man meist vergebens auf einen Ausdruck von Freude. Statt dessen erschienen die Betroffenen oft beim Stadtarzt und gaben mannigfaltige Gründe an, warum sie die Arbeit nicht annehmen konnten.

Dieselben Leute waren aber oft vorher gekommen und hatten um Arbeit gebettelt. Sie hatten die Arbeitslosigkeit als Unglück empfunden und waren ernstlich bemüht gewesen, einen Arbeitsplatz zu finden.

Die Zeit des erfolglosen Suchens war zu lang gewesen. Sie bekamen Unterstützung, die gerade dafür sorgte, daß sie nicht verhungerten und sie hatten sich psychisch und physisch auf eine Art Winterschlaf eingestellt. Wenn sie plötzlich zu Leben und Arbeit zurückgerufen wurden, waren sie oft selbst überrascht zu finden, daß sie nicht mehr dazu in der Lage waren. Es war kein moralisches Versagen, sondern ein psychisches.

Für die Volkswirtschaft und allgemeine Moral war aber dieser Kampf gegen den Arbeitsplatz schlimm, auch wenn er nur die Folge des langen, ergebnislosen Kampfes für den Arbeitsplatz war. Es wurde bei einer Erwerbslosenzahl von 6 Millionen ein Massenproblem. ...<<

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Kurt Tucholsky (1890-1935, lebt ab 1924 in Paris und seit 1929 in Schweden, begeht Selbstmord) schreibt im Jahre 1931 über die Ursachen der Wirtschaftskrise (x149/61):
>>Für wen die Plakate und Reklamen?
Für wen die Autos und die Bilderrahmen?
Für wen die Krawatten, die gläsernen Schalen?
Eure Arbeiter können das nicht bezahlen! ...
Ihr sagt, die Wirtschaft müsse bestehen.
Eine schöne Wirtschaft!
Für wen? Für wen?
Das laufende Band, das sich weiterschiebt, liefert Waren für Kunden, die es nicht gibt.
Ihr habt durch Entlassung und Lohnabzug
sacht
Eure eigene Kundschaft kaputt gemacht.
Denn Deutschland besteht – Millionäre sind selten –
aus Arbeitern und aus Angestellten.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Kurt Tucholsky (x051/589):
>>Tucholsky, Kurt, geboren in Berlin 9.1.1890, gestorben in Hindas bei Göteborg 21.12.1935, deutscher Schriftsteller; Jurastudium, Beginn der literarischen Karriere mit Glossen, Gedichten und Rezensionen 1911 für den "Vorwärts", Durchbruch mit der heiterverspielten Sommerskizze "Rheinsberg - Ein Bilderbuch für Verliebte" (1912).
Zu seiner eigentlichen Bedeutung als Satiriker und politischer Schriftsteller fand Tucholsky nach der Begegnung mit Siegfried Jacobsohn (1881-1926), der ihn zur Zeitschrift "Schaubühne" (ab 1918 "Weltbühne") holte. Tucholsky wurde ihr produktivster Mitarbeiter und legte sich zur Vermeidung von Autorenmonotonie vier Pseudonyme zu: Peter Panter, Ignaz Wrobel, Kaspar Hauser und Theobald Tiger.
Er profilierte sich nach dem Krieg als radikaler Pazifist, schloß sich 1920 der USPD, dann der SPD an und polemisierte gegen die Schwächen der Republik, die mit Militarismus, parteiischer Justiz, rechtsradikaler Presse, Spießertum und Nationalismus (zusammen mit Heartfield 1929 "Deutschland, Deutschland über alles!") die eigenen Totengräber dulde und fördere.
Mit sprühendem Berliner Witz und beißendem Spott wandte sich Tucholsky, der 1926 für kurze Zeit die Leitung der "Weltbühne" übernommen hatte, auch gegen den aufkommenden Nationalsozialismus (z.B. "Hitler und Goethe - Ein Schulaufsatz", 1932), erzielte aber kaum Wirkung.
Er hielt sich immer länger im Ausland auf, um "von meinem Vaterlande auszuruhen", und lebte ab 1929 ganz in Schweden, wo die Liebesgeschichte "Schloß Gripsholm" (1931) entstand.
Am 10.5.33 wurden seine Schriften auch wegen seiner jüdischen Herkunft Opfer der Bücherverbrennung, am 25.8.33 folgte die Ausbürgerung; er bezeichnete sich nun bitter als "aufgehörter Deutscher", versank in immer tiefere Depression und nahm schließlich Gift.<<
Jugoslawien: 1931 wird in Jugoslawien die Königsdiktatur (1929-1931) beendet. Danach finden öffentliche Parlamentswahlen (Einheitslisten der Regierung) statt.
Rumänien: Im Jahre 1931 entwickelt sich aus der radikalen Bewegung "Legion Erzengel Michael" die faschistische "Eiserne Garde".
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die rumänische Organisation "Eiserne Garde" (x051/144): >>Eiserne Garde (Garda de fier), rumänische Partei und paramilitärische Organisation, 1931 aus der 1927 von Codreanu gegründeten "Legion Erzengel Michael" hervorgegangen.
Die Eiserne Garde propagierte eine nationale Erneuerung auf antisemitischer und christlicher

Basis und kämpfte für dieses Ziel mit Terroranschlägen und zugleich parlamentarisch. Sie zog v.a. Geistliche, Offiziere und Studenten an, köderte aber mit dem Versprechen einer radikalen Bodenreform auch die Bauern. 1932 erreichte die Eiserne Garde nur vier Parlamentssitze, wurde aber mit 16 % der Stimmen 1937 drittstärkste politische Kraft.
Nach Errichtung der Königsdiktatur durch Carol II. (Februar 38) verboten und durch Mord und Verhaftung ihrer Führer beraubt, konnte sich die faschistische Eiserne Garde nun unter Sima dennoch im September 40 am Königssturz beteiligen und in die Regierung Antonescu eintreten. Ein Putschversuch Simas im Januar 41 wurde mit deutscher Hilfe niedergeschlagen und die Eiserne Garde endgültig unterdrückt.<<

Spanien: Franco wird im Jahre 1931 zum Militärgouverneur der Balearen ernannt.

Frankreich: Der ehemalige Indochina-Gouverneur und französische Kolonialminister Albert Sarraut schreibt 1931 über die politische und soziale Entwicklung der französischen Kolonien (x272/188): >>... Die Eingeborenen sind Menschen wie wir. Man muß sie als solche behandeln, das heißt ihnen die Grundgarantien des Individuums, des persönlichen Rechts sichern, die wir für uns selbst beanspruchen. Das ist die kategorische Forderung der Assoziationspolitik. Sie hat moralische und praktische Konsequenzen.
Zweitens muß man die kolonisierten Rassen vor den Krankheiten schützen, die sie schlagen und dezimieren und die den Ertrag dieser gewaltigen Arbeitskraft mindern. Das ist die Aufgabe der medizinischen Hilfe.
Man muß sie gegen Gewaltakte und Betrügereien schützen, die ihre Person, ihre Arbeit oder ihren Besitz bedrohen könnten.
Daraus ergibt sich, mit der Sorge um allgemeine Sicherheit im Lande, das Bemühen um die Garantie ihrer persönlichen Sicherheit durch das Wirken einer unparteiischen und regulären Gerichtsbarkeit. ...
Der eingeborene Arbeiter muß durch menschliche Arbeitsbestimmungen angemessen verteidigt werden. Man muß den sittlichen und geistigen Wert erhöhen, den diese Masse von Lebewesen darstellt. Das bedeutet Entwicklung des Schulwesens.
Schließlich muß man unsere Schützlinge befähigen, in legitimem und zweckmäßigem Umfang an der Verwaltung ihres eigenen Landes teilzunehmen. Deshalb muß es ihnen möglich sein, öffentliche Ämter zu bekleiden, und die Errichtung von Vertretungskörperschaften muß ihnen erlauben, ihre Wünsche auszudrücken.
Mit einem Wort: sie sollen Assoziierte, nicht Knechte der Macht sein, die das Schicksal ihres Vaterlandes in die Hand genommen hat. ...<<

Kanada: Infolge der militärischen Unterstützung Großbritanniens im Burenkrieg (1899-1902) und im Ersten Weltkrieg (1914-1918) erhält Kanada im Jahre 1931 durch das Statut von Westminster die Unabhängigkeit.

USA: In den USA sind 1931 im Jahresdurchschnitt 8.020.000 Personen bzw. 15,9 % arbeitslos (x149/60).

1932

> Wer befehlen kann, findet die, welche gehorchen müssen.
> *Friedrich Nietzsche (1844-1900, deutscher Philosoph und Dichter)*

03.01.1932

Deutsches Reich: Joseph Goebbels berichtet am 3. Januar 1932 in seinem Tagebuch (x034/-570): >>Ich arbeite meine erste Rede für den Sportpalast aus. ... Der Sportpalast ist die Tribüne, von der aus wir in Berlin zu dieser Riesenstadt sprechen.<<

06.01.1932

Deutsches Reich: Die "Leipziger Volkszeitung" verlangt am 6. Januar 1932 die Ausweisung des ausländischen Hochverräters Hitler.

15.01.1932

Deutsches Reich: Am 15. Januar 1932 sind im Deutschen Reich 5.966.000 Menschen arbeitslos.

17.01.1932

Deutsches Reich: Das Reichsverkehrsministerium informiert die Presse am 17. Januar 1932 über die durchgeführte Numerierung der deutschen Fernstraßen (von Nr. 1 bis Nr. 138). Die Nr. 1 ist die Reichsstraße von Aachen nach Königsberg.

18.01.1932

Deutsches Reich: Die Reichsregierung veröffentlicht am 18. Januar 1932 die bisher gezahlten Reparationsleistungen.

Danach hat das Deutsche Reich von 1921-1931 Sach- und Finanzleistungen (jedoch ohne Gebietsverluste) in Höhe von 53,155 Mrd. Gold- bzw. Reichsmark an die Siegermächte erbracht (x034/573).

22.01.1932

Deutsches Reich: Joseph Goebbels berichtet am 22. Januar 1932 in seinem Tagebuch (x034/-573-574): >>... Jetzt sind die Brücken endgültig abgebrochen. Nun heißt es Kampf, bis der Gegner zur Strecke gebracht ist. ...

Mit dem Führer über die weitere Zukunft gesprochen. Besonders mein späteres Amt wird in Aufgaben und Kompetenzen näher umrissen. Gedacht ist an ein Volkserziehungsministerium, in dem Film, Radio, neue Bildungsstätten, Kunst, Kultur und Propaganda zusammengefaßt werden. Ein revolutionäres Amt ...<<

Der deutsche Historiker Harald Steffahn schreibt später über Joseph Goebbels in den Jahren 1932-1938 (x051/219-220): >>(Goebbels, Joseph) ... Er ersann immer neue Kunstgriffe der Massenlenkung. Wo heute dergleichen angewandt wird, steht Goebbels häufig unsichtbar als Lehrmeister dahinter.

Auch setzte er die neuen Medien Funk und Film konsequent als Propagandamittel ein - was freilich erst nach der Machtergreifung möglich war. Sie wurden ebenso wie Presse, Literatur, Musik und Kunst der 1933 gegründeten Reichskulturkammer unterstellt.

Goebbels' Zugriff blieben als Reichsminister für "Volksaufklärung und Propaganda" (13.3.33) nur wenige Sektoren der Kunstentfaltung entzogen: die preußischen Staatstheater, in denen Göring relative Freiheiten walten ließ, die Architektur, die Bauliebhaber Hitler sich selber lenkend vorbehielt.

Goebbels war es v.a., der den fruchtbaren, z.T. dominierenden Einfluß jüdischer Schriftsteller, Journalisten, Künstler aus dem deutschen Kulturleben verbannte, da die Berufsausübung auf diesen Gebieten "arische" Herkunft voraussetzte.

Auf der anderen Seite war Goebbels klug genug, inmitten diktierter Weltanschauung Inseln der Gemütserholung zu dulden. Zahllose Lustspielfilme bis in die spätesten Tage des Regimes waren von jedem politischen Beiklang frei.

Als Presseherrscher (Presseanweisungen) sorgte Goebbels dafür, daß der nationalsozialistische Staat nach innen und außen mit einer einzigen Stimme sprach. Die entscheidenden innen- und außenpolitischen Schritte wurden jeweils mit Kampagnen vorbereitet, begleitet und gerechtfertigt. Einzelne fremde Übergriffe im erhitzten nationalen Klima nutzte Goebbels zu Pressefeldzügen maßloser Hetze aus. Er konnte unversehens "gesundes Volksempfinden" mobilisieren und war der Hauptorganisator des Pogroms der Kristallnacht (9./10.11.38).

Als oberster Meinungsdirigent trug er maßgeblich dazu bei, die Massenverbrechen an den Juden (im Krieg) atmosphärisch vorzubereiten. Ebenso festigte er, neben Heß und Schirach, den Führerkult.

Trotz aller Loyalität zu Hitler litt dessen Vertrauen zu seinem Paladin in den späten 30er Jahren wegen seiner Liebesaffären. Goebbels, seit 1931 mit Magda, geschiedene Quandt, verhei-

ratet, erregte Aufsehen wegen seiner Leidenschaft für die tschechische Schauspielerin Lida Baarova. Hitler, der nach der Affäre um Blomberg keinen zweiten öffentlichen Eheskandal in hohen Rängen duldete, rief Goebbels zur Ordnung. ...<<

28.01.1932

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg informiert Reichskanzler Brüning am 28. Januar 1932 schriftlich über gewisse Vorbedingungen für eine erneute Kandidatur (x034/575): >>Ich bin nur dann bereit, erneut das Amt des Reichspräsidenten zu übernehmen, wenn ich davon überzeugt bin, daß mein Verbleiben in diesem Amt eine vaterländische Notwendigkeit ist. Ich kann ferner eine Kandidatur nur dann übernehmen, wenn sie nicht auf den geschlossenen Widerstand der gesamten Rechten stößt und meine Wiederwahl im ersten Wahlgang als gesichert angesehen werden muß.<<

29.01.1932

Deutsches Reich: Kurt von Schleicher meint am 29. Januar 1932 zur Hitlers Kandidatur für die Wahl des Reichspräsidenten (x034/575): >>... (Hitler) sei ein unklarer Mann, der auf keine Frage mit "ja" oder "nein" antworte, sondern immer etwas ganz Verschwommenes daherrede. Er wisse auch sicher gar nicht, was er wolle. ... Eine Wahl Hitlers ... würde den Bürgerkrieg bedeuten. ...<<

31.01.1932

Deutsches Reich: Am 31. Januar 1932 sind im Deutschen Reich 6.041.000 Menschen arbeitslos.

02.02.1932

Großbritannien: Der Erzbischof von York kritisiert am 2. Februar 1932 während einer Predigt den Kriegsschuldparagraphen 231 des Versailler Vertrages.

04.02.1932

Deutsches Reich: Joseph Goebbels berichtet am 4. Februar 1932 in seinem Tagebuch (x034/-576): >>Um es auf die einfachste Formel zu bringen: Groener muß fallen, dann Brüning, dann Schleicher. Eher werden wir niemals die ganze Macht bekommen.<<

Am 4. Februar 1932 werden die Festpreise für Arzneien aufgehoben und der Bierpreis gesenkt.

10.02.1932

Deutsches Reich: Der Unternehmer Robert Bosch (1861-1942) warnt am 10. Februar 1932 vor den radikalen Parteien (x034/577): >>... Durch einen Diktator kann man wohl ein Volk regieren, nicht aber die Wirtschaft.<<

Die preußischen Staatstheater in Kassel und Wiesbaden sowie zwei Berliner Theater müssen am 10. Februar 1932 wegen Geldmangel schließen.

15.02.1932

Deutsches Reich: Hindenburg erklärt sich am 15. Februar 1932 trotz seines Alters von 84 Jahren bereit, nochmals für den Posten des Reichspräsidenten zu kandidieren (x034/578): >>... (Er habe es) nicht für verantwortbar gehalten, ... seinen Posten in schwerer Zeit eigenmächtig zu verlassen! ...<<

Am 15. Februar 1932 sind im Deutschen Reich 6.127.000 Menschen arbeitslos.

25.02.1932

Deutsches Reich: Im Reichstag wird am 25. Februar 1932 die erneute Kandidatur Hindenburgs für die Reichspräsidentenwahlen bekanntgegeben.

Hindenburg begründet am 25. Februar 1932 in privaten Aufzeichnungen seine erneute Kandidatur wie folgt (x034/581): >>... Ich habe die mir angebotene Kandidatur angenommen in dem Gefühl, eine vaterländische Pflicht damit erfüllen zu müssen. ... Das Endurteil über mich überlasse ich getrost der Geschichte.<<

Der "Schriftsteller" Adolf Hitler wird am 25. Februar 1932 durch das Braunschweigische

Staatsministerium zum Regierungsrat des Landeskultur- und Vermessungsamtes der Stadt Braunschweig ernannt und als Sachbearbeiter bei der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin beschäftigt. Nach mehreren vergeblichen Versuchen erhält der ehemalige Österreicher Hitler endlich die dringend erforderliche deutsche Staatsbürgerschaft.

26.02.1932

Deutsches Reich: Ein Mißtrauensantrag der DVP gegen die Reichsregierung wird am 26. Februar 1932 mit 289:264 Stimmen der Reichstagsabgeordneten abgelehnt.

Hitler, der sich jetzt als deutscher Staatsbürger endlich um ein öffentliches Amt im Deutschen Reich bewerben kann, leistet am 26. Februar 1932 in der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin den Beamteneid.

Hitler erklärt damals gegenüber den zahlreichen Gratulanten (x034/581): >>Mir brauchen Sie nicht gratulieren. Aber Deutschland!<<

Der 1. Berliner Bürgermeister Friedrich Lange berichtet am 26. Februar 1932 (x034/581): >>... Meine jüdischen Bekannten stehen dem Nationalsozialismus mit seiner ausgesprochen antisemitischen Tendenz in überraschender Sorglosigkeit gegenüber.<<

29.02.1932

Deutsches Reich: Am 29. Februar 1932 sind im Deutschen Reich 6.128.000 Menschen arbeitslos.

02.04.1932

Deutsches Reich: Reichswehrminister Wilhelm Groener schreibt am 2. April 1932 an Generalmajor a.D. von Gleich (x243/39): >>... Die Legalitätserklärungen der SA-Führer am laufenden Bande ... lassen sich taktisch recht gut verwerten. Die SA's untergraben sich dadurch selbst ihre Existenzberechtigung. ...

Man wird ... darangehen müssen, die Nazis regierungsfähig zu machen, da die sicherlich noch mehr anwachsende Bewegung durch Gewalt nicht mehr unterdrückt werden kann. Die Nazis dürfen selbstverständlich nirgends allein an die Regierung gelassen werden, schon gar nicht im Reich. Aber in den Ländern wird der Versuch ... gewagt werden müssen. ...

Die Reichsregierung steht unerschüttert, ... freilich sollte er (Brüning) auf außenpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet bald einige Erfolge erringen. ... Wenn es den Menschen in Stadt und Land wirtschaftlich besser ginge, würde der Nazispuk bald zerstoben sein. ...<<

04.04.1932

Deutsches Reich: In München veröffentlicht die bayerische Regierung am 4. April 1932 nationalsozialistische Putschpläne.

Der Lehrer Alfons P. Schwartz aus Kehl kehrt am 4. April 1932 als letzter deutscher Kriegsgefangener des 1. Weltkrieges aus Französisch-Guayana (von 1852-1938 französische Strafkolonie in Südamerika) in die Heimat zurück.

06.04.1932

Deutsches Reich: Die SPD setzt sich am 6. April 1932 während des Wahlkampfes zur Reichspräsidentenwahl für Hindenburgs Wiederwahl ein (x256/110): >>Hitler statt Hindenburg, das bedeutet Chaos und Panik in Deutschland und ganz Europa, ... Vernichtung aller staatsbürgerlichen Freiheiten, der Presse, der politischen, gewerkschaftlichen und Kulturorganisationen.

Gegen Hitler! Das ist die Losung ...<<

10.04.1932

Deutsches Reich: Der 84jährige Reichspräsident Hindenburg wird am 10. April 1932 mit 19,3 Millionen Stimmen (überwiegend von "Sozis und Katholen") wiedergewählt. Der alte Mann schlägt Hitler (13,4 Millionen) und Thälmann (3,7 Millionen Stimmen) eindeutig (x034/588).

Goebbels triumphiert damals trotz Hitlers Niederlage (x034/588): >>... Thälmann hat kläglich

versagt. Seine Niederlage ist unser größter Sieg.<<
Reichsinnenminister Wilhelm Groener fordert Reichskanzler Brüning damals noch vor Bekanntgabe des Wahlergebnisses schriftlich auf, unverzüglich entschieden gegen SS und SA vorzugehen (x034/588): >>... Die Ereignisse der letzten Wochen lassen keinen Zweifel mehr, daß der psychologische Augenblick zur Auflösung der militärähnlichen Organisationen der NSDAP gekommen ist.<<

13.04.1932

Deutsches Reich: Nach Hitlers Wahlniederlage läßt Reichskanzler Brüning am 13. April 1932 durch die Notverordnung zur Sicherung der Staatsautorität sämtliche militärähnlichen Organisationen (zu diesem Zeitpunkt etwa 400.000 SA-Männer und 100.000 SS-Männer) der NSDAP verbieten.
Reichskanzler Brüning versucht danach trotz fehlender Mehrheit, die Arbeitsfähigkeit des deutschen Reichstages zu erhalten. Brüning gelingt es zwar, die Staatsausgaben um 38 % zu senken, aber die SPD und andere bürgerliche Parteien lehnen Brünings Realpolitik weiterhin grundsätzlich ab.

15.04.1932

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg fordert Reichsinnenminister Groener am 15. April 1932 auf, die restlichen militärähnlichen Organisationen der anderen Parteien zu verbieten. Die Schutzformationen (Schufo) des Reichsbanners lösen sich daraufhin noch selben Tag freiwillig auf.
Am 15. April 1932 sind im Deutschen Reich 5.934.000 Menschen arbeitslos.
30 % der deutschen Handelsflotte werden vorübergehend stillgelegt.

16.04.1932

Deutsches Reich: Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtet am 16. April 1932 über das Verbot der militärähnlichen Organisationen (x034/590): >>Wenn die Aktion aber wirklich mit vollem Ernst und gründlich durchgeführt worden ist, dann bedeutet sie den größten Umschwung in unserem öffentlichen Leben seit der Niederwerfung des Spartakisten-Aufstandes im März 1919.<<

30.04.1932

Deutsches Reich: Am 30. April 1932 sind im Deutschen Reich 5.737.000 Menschen arbeitslos.

01.05.1932

Deutsches Reich: Die Stadt Essen stellt wegen Geldmangel am 1. Mai 1932 die Arbeitslosenfürsorge ein.
Die Lufthansa setzt am 1. Mai 1932 erstmalig das Großflugzeug "Ju 52/3 m" ein.
Von diesem robusten und sicheren Flugzeug ("gute alte Tante Ju") werden später insgesamt 4.835 Flugzeuge gebaut. Das letzte Flugzeug wird noch im Jahre 1964 eingesetzt.

08.05.1932

Deutsches Reich: Reichskanzler Brüning lehnt am 8. Mai 1932 während einer Rede vor ausländischen Reportern weitere Reparationszahlungen ab.
Joseph Goebbels berichtet am 8. Mai 1932 in seinem Tagebuch (x034/593): >>Der Führer hat eine entscheidende Unterredung mit Schleicher. ... Alles geht gut. ... Brüning soll in den nächsten Tagen schon fallen.<<

24.05.1932

Deutsches Reich: Reichskanzler Brüning berichtet am 24. Mai 1932 vor dem Auswärtigen Ausschuß über die deutsche Außenpolitik (x034/595): >>Wenn man 13 Jahre lang gekämpft hat, ... wenn man bereits bis zu dem Punkt gekommen ist, von dem aus man wie auf der Rennbahn das Ziel vor sich sieht, wenn man dann weiter vorwärts kommt und das Ziel schon in nächster Nähe sieht, dann darf man eben nicht unentschlossen werden. ...<<

28.05.1932

Deutsches Reich: Goebbels berichtet am 28. Mai 1932 über die damaligen Zustände im Preußischen Landtag (x191/52-53): >>Im Plenum kommt es zum Ausbruch der bis zur Siedehitze angespannten Erregung. Einer von uns wird von den Kommunisten als Mörder beschimpft. Der bolschewistische (!) Fraktionsführer Pieck provoziert auf das maßloseste von der Rednertribüne herab.

Ein Kommunist schlägt einem Parteigenossen mitten ins Gesicht. Das ist das Signal zur Abrechnung. Sie ist kurz, aber bündig, und wird mit Tintenfässern und Stühlen ausgefochten. In 3 Minuten sind wir allein im Saal. Die Kommunisten sind herausgeprügelt, während die Mittelparteien in der vorzeitigen Flucht ihr Heil gesucht haben.

Unsere Fraktion singt das Horst-Wessel-Lied. 8 Schwerverletzte aus verschiedenen Parteien. Das war ein warnendes Beispiel. So allein kann man sich Respekt verschaffen. Das Plenum bietet den Anblick einer grandiosen Verwüstung.

Wir stehen als Sieger auf den Trümmern. ...<<

Der deutsche Historiker Heinrich Bennecke (1902-1972) schreibt später über eine Rede des deutschen Reichskanzlers Brüning vor ausländischen Journalisten vom 28. Mai 1932 (x245/-289-290): >>Obgleich der deutsche Reichskanzler mit der Bemerkung begann, daß er allein "zu innerdeutschen Problemen Stellung nehmen" wolle, war klar, daß Brüning, der zugleich deutscher Außenminister war, mit seiner Rede außenpolitische Absichten verband.

Neue Reparationsverhandlungen standen bevor, und Presse und Diplomaten des Auslandes sollten auf die außerordentlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands eindringlich hingewiesen werden: "Das fundamentale Problem, das uns – fast wörtlich genommen – Tag und Nacht beschäftigt, ist das Problem der Arbeitslosen."

Diese "neue Plage der Menschheit" habe Deutschland mit einer "unheimlich drückenden Schwere" getroffen. Unter den 6 Millionen Arbeitslosen, "deren Geschick die gleiche Anzahl von Angehörigen" teile – also insgesamt ein Fünftel des deutschen Volkes – befänden sich 2 Millionen – also zwei Drittel der Arbeitslosen – die jünger als 25 Jahre seien. Das bedeute, daß diese jungen Menschen, "die das Leben vor sich haben", keine Arbeitsstätten finden könnten.

Seine Zuhörer fragte der deutsche Reichskanzler: "Wundert Sie, meine Damen und Herren, daß in den Herzen und Sinnen dieser Jugendlichen ein Radikalismus aufquillt, der nur von Untergang und der Zerschlagung alles Bestehenden Besserung erwartet und auf ihn ihre triebmäßigen Hoffnungen setzt?"

Zudem sei die Höhe der Unterstützung der Arbeitslosen innerhalb von 4 Jahren "pro Unterstützungsempfänger mit Familienzuschlägen" von annähernd 90 Mark auf fast die Hälfte, "etwa 50 Mark zurückgegangen". Dieser Satz stelle, angesichts der Notwendigkeit, "daß damit alle Ausgaben auch der Wohnung usw. bestritten werden müssen, in unserem Klima und bei den Lebensbedingungen in Deutschland einen erschreckenden Tiefstand dar."

Die Schlußfolgerung aus diesen bedrückenden Umständen lautet: "Bei einem gewissen Tiefstand der Lebenshaltung verschwindet (mit) psychologischer Zwangsläufigkeit die Geneigtheit, irgendwelcher Belehrung, irgendwelcher Argumente der Staatspolitik oder der Vernunft zugänglich zu sein. ...<<

29.05.1932

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg fordert Reichskanzler Brüning am 29. Mai 1932 in Berlin zum Rücktritt auf.

Hermann Pünder (1888-1976, Staatssekretär der Reichskanzlei) schreibt damals über dieses außerordentliche, erstaunliche Ereignis (x034/593): >>Der Vortrag hat stattgefunden. Das Spiel ist aus.<<

Joseph Goebbels berichtet danach am 29. Mai 1932 in seinem Tagebuch (x034/595): >>Das

ist der erste große Streich. Wenn es so im ganzen Land wird, dann gibt's kein Halten mehr.<<
Am 29. Mai 1932 ergeben die Landtagswahlen in Oldenburg folgende Sitzverteilung (x034/595): SPD 9, KPD 2, DStP 1, Zentrum 7, DNVP 2, NSDAP 24 und Oldenburgisches Landvolk 1 Sitz.

30.05.1932

Deutsches Reich: Reichskanzler Heinrich Brüning, der sich unermüdlich für die Wiederwahl Hindenburgs eingesetzt hatte, muß am 30. Mai 1932 mit dem Kabinett der bürgerlichen Mitte zurücktreten, weil Hindenburg ihn nicht mehr unterstützt.
Reichskanzler Brüning fällt letzten Endes den Intrigen der Berater des Reichspräsidenten (wie z.B. Franz von Papen, General von Schleicher) und dem Widerstand der ostdeutschen Großgrundbesitzer zum Opfer (sogenannter "Agrarbolschewismus": Einige hochverschuldete ostpreußische Güter sollten damals an deutsche Siedler verteilt werden).
Reichspräsident Hindenburg führt nach Brünings Rücktritt umgehend Gespräche mit den SPD-Politikern Löbe, Wels und Breitscheid sowie Hitler und Göring von der NSDAP, um eine neue Regierung zu bilden.
Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtet am 30. Mai 1932 über den Rücktritt des Reichskanzlers Brüning (x034/596): >>Hintertreppen-Einflüsse haben ihren Willen durchgesetzt wie zu Zeiten Eulenburgs und Holsteins. Damit ist eine wesentliche Verschärfung der Weltkrise eingetreten. ... Der heutige Tag bedeutet das vorläufige Ende der parlamentarischen Republik.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Heinrich Brüning (x051/91-92): >>Brüning, Heinrich, geboren in Münster 26.11.1885, gestorben in Norwich (USA) 30.3.1970, deutscher Politiker; Studium der Philosophie, Geschichte und Volkswirtschaft; als Offizier im 1. Weltkrieg "prägendes Fronterlebnis"; seit 1919 in der katholischen christlichen Gewerkschaftsbewegung, 1920-30 deren Geschäftsführer; 1924-33 MdR für das Zentrum, 1929 Fraktionsvorsitzender, Finanzexperte seiner Partei, wurde am 30.3.30 nach Bruch der Großen Koalition (H. Müller) in der sich verschärfenden Weltwirtschaftskrise zum Reichskanzler berufen.
Mit seinem Kabinett der bürgerlichen Mitte ohne Fraktionsbindung leitete er ein drastisches Sanierungsprogramm ein, das den Haushalt konsolidieren und eine Ende der Reparationen bringen sollte.
Beide Ziele wurden um den Preis einer dramatischen Krisenverschärfung erreicht, die den radikalen Parteien, insbesondere den Nationalsozialisten, Erdrutschsiege in den nächsten Wahlen bescherte und parlamentarische Mehrheiten für Brüning illusorisch machte. Er führte, seit Oktober 31 auch Außenminister, die Regierung weiter als Präsidialkabinett und toleriert von der SPD.
Ausgerechnet sein Einsatz für die Wiederwahl Hindenburgs als Reichspräsident minderte seinen Einfluß, weil der Präsident ihm verübelte, daß der Sieg über Hitler (April 32) nur "mit Sozis und Katholen" (SPD und Zentrum) gelang. Die Präsidentenberater schwärzten zudem Brünings Osthilfe-Programm bei Großgrundbesitzer Hindenburg als "Agrarbolschewismus" an, so daß Brüning die letzte politische Stütze verlor und am 30.5.32 demissionierte.
Die Regierung Brüning markiert mit der Entmachtung des Parlaments den Übergang vom demokratischen zum autoritären System. Sie förderte außerdem mit dem harten Sparkurs die Republikverdrossenheit und schuf zugleich die finanzielle Basis für die Schuldenpolitik Hitlers zur Konsolidierung seiner Herrschaft (Arbeitsbeschaffung).
Vergeblich wandte sich Brüning 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz; als neuem Vorsitzenden der Zentrumspartei (Mai 33) blieb ihm nur noch der Auflösungsbeschluß am 5.7.33.
Im Juni 34 ging er ins Exil, war 1939-50 Professor in Harvard und 1951-54 in Köln; politischen Einfluß gewann er nicht mehr. 1970 erschienen seine "Memoiren 1918-34".<<

01.06.1932

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg ernennt am 1. Juni 1932 den rechten Zentrumspolitiker Franz von Papen (1879-1969, Monarchist mit guten Beziehungen zur deutschen Industrie) zum neuen deutschen Reichskanzler. Papen, der höchstens von 10 % der Reichstagsabgeordneten unterstützt wird ("Kabinett der Barone"), regiert zwangsläufig nur noch mit Notverordnungen.

Der SPD-Parteivorstand berichtet später über Papens Kabinett (x243/38): >>Das ... "Kabinett der nationalen Konzentration" (ist) in Wahrheit ... ein Kabinett der reaktionären Konzentration. Die übergroße Mehrheit der Kabinettsmitglieder entstammt dem Adel. Kein Arbeiter gehört dem Kabinett an. Auch der Mittelstand ist ausgeschaltet. Dies Kabinett ist die erste Reichsregierung seit 1918, in der die organisierte Arbeitnehmerschaft, ganz gleich welcher Richtung, ohne jede Vertretung geblieben ist.

Mit dem Sturz der Regierung Brüning soll die Bahn freigemacht werden für die Aufhebung des Versicherungscharakters der Arbeitslosenversicherung (staatliche Zwangsversicherung gegen den Schaden, der dem Arbeitnehmer durch Arbeitslosigkeit erwächst), ... für die Beseitigung eines bindenden Tarifvertragsrechtes (Vertrag zwischen einer Gewerkschaft und Arbeitgebern zur Regelung der beiderseitigen Rechte und Pflichten und zur Fortsetzung der arbeitsrechtlichen Normen), d.h. für die Herabsetzung der Löhne im größten Maßstab.

Einer der Hauptgründe für den Sturz der Regierung Brüning ist es gewesen, daß diese sich geweigert hat, dem ostelbischen Großgrundbesitz für seine im Siedlungsverfahren aufzuteilenden bankrotten Güter, die von den Junkern geforderten phantastischen Überpreise zu zahlen.

Es ist bezeichnend, daß dieses Kabinett auf die Tolerierung durch die Nationalsozialisten spekuliert. Zu den Bedingungen der Nationalsozialisten gehört u.a. die Aufhebung des SA-Verbots, die Aufhebung aller Strafverfahren gegen den politischen Terror und die baldige Neuwahl des Reichstags.

Nach Erfüllung ihrer Bedingungen erhoffen sie unter Anwendung des blutigsten Terrors durch rücksichtsloseste Einsetzung der Hitlerischen Privatarmee den künftigen Reichstag nach ihren Wünschen zu gestalten. ...<<

04.06.1932

Deutsches Reich: Hindenburg genehmigt am 4. Juni 1932 den Vorschlag des Reichskanzlers Papen, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben.

Reichskanzler Papen stellt anschließend sein Regierungsprogramm vor (x034/597): >>... Es muß eine klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte gewillt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung aufbauen zu helfen.<<

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtet am 4. Juni 1932 über Papens Regierungserklärung (x034/597): >>... Ein kaum glaubliches Dokument, ein miserabel stilisierter Extrakt finsterer Reaktion, gegen das die Erklärungen der kaiserlichen Regierungen wie hellste Aufklärung wirken würden.<<

06.06.1932

Deutsches Reich: Die zurückgetretene Regierung Brüning weist in einer Presseerklärung vom 6. Juni 1932 alle gegen sie erhobenen Vorwürfe entschieden zurück (x034/598): >>... Wir haben kein Trümmerfeld geschaffen, sondern unter schwierigsten wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen die Grundlagen für neues Werden gelegt.<<

10.06.1932

Deutsches Reich: Der Schriftsteller Hans Fallada (1893-1947, eigentlich Rudolf Ditzen) veröffentlicht am 10. Juni 1932 "rechtzeitig" seinen neuen Roman "Kleiner Mann, was nun?"

In diesem Roman schreibt Fallada z.B. über das Schicksal des arbeitslosen Angestellten Pin-

neberg, der im Jahre 1932 oft ziellos durch Berlin geht (x149/62): >>... Da ist eine große Delikatessenhandlung, strahlend erleuchtet. Pinneberg drückt sich die Nase platt an der Scheibe. ...
Eine Stimme sagt halblaut nehmen ihm: "Gehen Sie weiter!" Pinneberg fährt zusammen, er hat richtig einen Schreck bekommen, er sieht sich um. Ein Schupo steht neben ihm. ...
Alle Leute starren auf Pinneberg. Es sind schon mehr stehengeblieben, es ist ein richtiger beginnender Auflauf. Die Leute sehen abwartend aus, sie nehmen weder für noch wider Partei, gestern sind hier in der Friedrich und in der Leipziger (Straße) Schaufenster eingeworfen (worden). ...
Und plötzlich begreift Pinneberg alles, angesichts dieses Schupo, dieser ordentlichen Leute, dieser blanken Scheibe begreift er, daß er draußen ist, daß er hier nicht mehr hingehört, daß man ihn zur Recht wegjagt: ausgerutscht, versunken, erledigt.
Ordnung und Sauberkeit; es war einmal. Arbeit und sicheres Brot; es war einmal. Vorwärtskommen und hoffen: es war einmal.
Armut ist nicht nur Elend, Armut ist auch strafwürdig, Armut ist Makel, Armut heißt Verdacht. "Soll ich Dir Beine machen?" sagt der Schupo. ...
Und Pinneberg setzt sich in Bewegung, er trabt an der Kante des Bürgersteiges auf dem Fahrdamm entlang, er denkt an furchtbar viel, an Anzünden, an Bomben, an Totschießen ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Hans Fallada (x051/168): >>Fallada, Hans (eigentlich Rudolf Ditzen), geboren in Greifswald 21.7.1893, gestorben in Berlin 5.2.1947, deutscher Schriftsteller.
Fallada geriet früh mit dem Gesetz in Konflikt: Während seiner Gymnasialzeit erschoß er einen Mitschüler im Duell und wurde zwei Jahre in eine Heilanstalt eingewiesen.
1920 begann er seine literarische Laufbahn mit expressionistischen Schriften, mußte 1925 wegen Alkohol- und Drogensucht eine zweijährige Haft verbüßen und erzielte 1931 mit dem Roman aus der Landvolkbewegung "Bauern, Bonzen und Bomben" seinen ersten großen Erfolg, der noch vom Roman "Kleiner Mann - was nun?" (1932) übertroffen wurde, in dem es um die Folgen der Weltwirtschaftskrise geht.
Von den Nationalsozialisten blieb Fallada unbehelligt, publizierte weitere Erfolgsromane ("Wer einmal aus dem Blechnapf frißt", 1934; "Wolf unter Wölfen", 1937), galt aber als suspekt, weil ihm die "starke innere Haltung" fehle. Nach Kriegsende lebte Fallada in Ost-Berlin.<<

15.06.1932

Deutsches Reich: Am 15. Juni 1932 sind im Deutschen Reich 5.569.000 Menschen arbeitslos.

28.06.1932

Deutsches Reich: Reichskanzler Papen hebt am 28. Juni 1932 das bisherige Versammlungsverbot im gesamten Reich wieder auf. Alle Sondermaßnahmen der Länder müssen aufgehoben werden.

08.07.1932

Deutsches Reich: Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtet am 8. Juli 1932 über Papens Rundfunkansprache zur angekündigten Einstellung der Reparationszahlungen (x034/602): >>Die Reparationen sind in Lausanne heute endgültig zu Grabe getragen worden. Papen selbst verkündete es um sieben Uhr im Rundfunk in einer großsprecherischen, ziemlich schäbigen Rede, in der er nicht ein Wort des Dankes für seine Vorgänger Rathenau, Stresemann und Brüning oder für MacDonald fand, der der Hauptmacher des Abkommens gewesen ist.<<
Der DNVP-Vorsitzende Alfred Hugenberg erklärt am 8. Juli 1932 während einer Rede in Uelzen (x034/602): >>... Wir wollen einen freien Bauern, der seine Scholle als seinen Thron be-

trachtet, den Gott ihm zur Verwaltung anvertraut hat.<<

09.07.1932

Schweiz: Im Verlauf der "Reparationskonferenz" von Lausanne (16.06.-9.07.1932) erlassen die Siegermächte dem Deutschen Reich schließlich die restlichen Reparationszahlungen - bis auf einen Restbetrag von 3,0 Milliarden Goldmark (x063/565).

Während dieser Reparationskonferenz wird der berüchtigte Kriegsschuldparagraph jedoch nicht gestrichen.

Der Forderungserlaß der Siegermächte ist keine deutschfreundliche Geste, denn es handelt sich ausschließlich um wirtschaftliche Interessen. Nach 13 Jahren erkennen die Franzosen und Briten endlich, daß eine weitere Schwächung der deutschen Volkswirtschaft auch die meisten westeuropäischen Länder nachhaltig schädigen wird.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Reparationen" (x051/491): >>Reparationen, 1918/19 eingeführte Bezeichnung für Wiedergutmachungsleistungen, die nach einem Krieg dem Verlierer auferlegt werden.

Aus der Alleinschuld am Ersten Weltkrieg, wie sie der Versailler Vertrag in Artikel 231 dem Deutschen Reich anlastete, folgerten die Siegermächte auch alleinige deutsche Verpflichtung zur Leistung von Reparationen für die alliierten Kriegskosten und -schäden. Diese Reparationen waren zugleich als Bestrafung gedacht und sollten Deutschland empfindlich schwächen, damit es nicht wieder zu den Waffen greifen könnte.

Über die Höhe der Reparationen bestand selbst unter den Siegern keine Einigkeit: Zunächst wurde eine vorläufige Leistung von 20 Milliarden Goldmark für die Jahre 1919-21 festgelegt, auf einer Reihe von Konferenzen ergab sich dann eine Gesamtforderung von 226 Milliarden Goldmark (Januar 21), dem von deutscher Seite nur ein Angebot von 30 Milliarden gegenüberstand. Der Konflikt eskalierte im Ruhrkampf und konnte auch durch ein alliiertes Ultimatum vom 5.5.21 auf der 2. Londoner Konferenz (132 Milliarden Goldmark) nicht bereinigt werden.

Die wirtschaftlichen Folgen der deutschen Überlastung (u.a. Inflation) wurden auch für die Siegermächte bedrohlich, so daß es 1924 zu einer besseren Anpassung der Reparationen an die deutsche Leistungsfähigkeit im Dawesplan kam.

Er wurde 1929 durch eine endgültige Regelung der Reparationen im Youngplan abgelöst (34,5 Milliarden RM in 59 Jahresraten), der aber schon bald von der Weltwirtschaftskrise ausgehöhlt wurde. Am 1.7.31 trat das einjährige sogenannte Hoover-Moratorium für alle interalliierten Kriegsschulden wie für die Reparationen in Kraft, die dann mit dem Lausanner Abkommen vom 9.6.32 (Schlußzahlung von drei Milliarden RM) ganz gestrichen wurden.

Nach deutschen Angaben hatte das Reich bis dahin Reparationsleistungen im Wert von 53 Milliarden Goldmark erbracht, ein Aderlaß, dessen politischer Preis eine wachsende Radikalisierung war. Die Reparationen als sichtbarste und schmerzhafteste Folge des Versailler Vertrages trugen damit wesentlich zur Ablehnung des republikanischen Systems in Deutschland bei und nährten insbesondere die nationalsozialistische Agitation.<<

Der deutsche Journalist und Autor Jürgen Elsässer schreibt später über das Vorgehen der Wall Street bei der Reparationsfrage nach dem Ersten Weltkrieg (x321/81): >>... Der Unterschied zwischen der Politik der französischen Regierung und dem Vorgehen der Wall Street in der Reparationsfrage war der zwischen mittelalterlicher Brutalität und neuzeitlicher Raffinesse. Die Franzosen verhielten sich wie Raubritter, sie wollten ihr Territorium bis zum Rhein erweitern und alles konfiszieren, was nicht niet- und nagelfest war.

Diese Strategie führte in das Chaos des Jahres 1923: Mit der Besetzung des Ruhrgebietes erreichte Paris keine erhöhten Kohle- und Stahllieferungen - aber hätte beinahe die Machtergreifung von extrem links (in Mitteldeutschland) oder von extrem rechts (in Bayern) ermöglicht.

Die Wall Street setzte nach diesem Fiasko eine clevere Wende durch: Damit man die deutsche Kuh bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag melken konnte, mußte man sie durch kontrollierte Fütterung am Leben halten, wenn auch nur knapp über dem Existenzminimum und unter scharfer Bewachung.
Der Dawes-Plan 1924 und der Young-Plan von 1929 waren die operative Umsetzung des neuen Kurses: Deutschland erhielt amerikanische Kredite, mit denen es seine Schuldzinsen an Frankreich und Großbritannien bezahlen konnte, die damit wiederum ihre kriegsbedingten Außenstände an die Wall-Street-Banken abtrugen. Das ganze war ein perfekter Ringtausch, im Zuge dessen J. P. Morgan & Co. ihre Darlehenssummen umgehend zurückbekamen, ohne daß sich die deutsche Schuld verringerte - dafür sorgte das Zinseszins-System. …<<

12.07.1932

Deutsches Reich: Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtet am 12. Juli 1932 (x034/602): >>Während wir Sonntag in der schönen Landschaft herumfuhren, sind wieder siebzehn Tote und fast zweihundert Verwundete dem hemmungslosen und organisierten Terror der Nazis zum Opfer gefallen. Es ist eine Tag für Tag und Sonntag für Sonntag fortlaufende Bartholomäusnacht. ...<<

14.07.1932

Deutsches Reich: Die SPD-Politiker Otto Wels und Rudolf Breitscheid protestieren am 14. Juli 1932 gegen die Aufhebung des SA-Verbots. Reichspräsident Hindenburg und die Reichsregierung reagieren jedoch nicht.

15.07.1932

Deutsches Reich: Hitler startet am 15. Juli 1932 zu seinem 3. Deutschlandflug und beginnt sein Wahlkampfprogramm. Bis zum 30.07.1932 spricht er in 53 deutschen Städten.
Am 15. Juli 1932 sind im Deutschen Reich 5.492.000 Menschen arbeitslos.

16.07.1932

Deutsches Reich: Die Nationalsozialisten und Kommunisten führen radikale Wahlkämpfe durch. Rundfunk, Film und Presse bombardieren die orientierungslosen Deutschen mit einer bis dahin noch nie erlebten Wahlpropaganda. Hitler, der die "Zeichen der Zeit" erkennt, hastet rastlos und unermüdlich kreuz und quer durch das Deutsche Reich, um die Wähler zu überzeugen. In allen Städten und Dörfern werden unzählige Wahlplakate geklebt und Spruchbänder aufgehängt.
Die aggressiven "Wahl-Losungen" dieser Wahl lauten z.B.:
"Wir räumen am 31. Juli mit der Mistgabel auf!", "Unsere letzte Hoffnung: Hitler!" (NSDAP).
"Not kennt kein Gebot, schlagt tot!" (KPD).
"Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!" (SPD).
Nach der Aufhebung des Verbots von uniformierten Parteiverbänden entwickeln sich regelmäßig schwere Gewalttaten. Die Werbekolonnen und Schlägerbanden der radikalen Parteien liefern sich unentwegt Saal- und Straßenschlachten. Vielerorts herrschen bürgerkriegsähnliche Zustände. Fast täglich ereignen sich politische Morde auf offener Straße. Vom 16.07.-16.08.1932 registriert man 89 Tote und über 1.100 Verletzte (x063/569).

17.07.1932

Deutsches Reich: Am 17. Juli 1932 ereignen sich in Altona bei Hamburg gewaltsame Zusammenstöße zwischen SA und SS, Polizei und KPD. Bei den brutalen Gewalttaten kommen 18 Menschen zu Tode und 68 werden verletzt (x034/603).
Dr. Reinhard Barth schreibt später über den berüchtigten "Altonaer Blutsonntag" (x051/23): >>Altonaer Blutsonntag, Bezeichnung für den 17.7.32 in Altona bei Hamburg, an dem es zu blutigem Zusammenstoß zwischen SA und SS, Polizei und KPD kam.
Die Regierung Papen hatte in einer Politik der Vorleistungen an die NSDAP am 28.6.32 das im April verhängte SA- und SS-Verbot aufgehoben und damit den politischen Straßenkampf

erneut angeheizt, der im Altonaer Blutsonntag seinen Höhepunkt fand und den Papen zum Vorwand für den Preußenschlag nutzte.
SA und SS hatten einen Propagandamarsch durch die Arbeiterviertel des preußischen Altona angemeldet, der auch vom sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Eggerstedt, trotz Warnung der KPD, genehmigt worden war. Anschließend hatte sich Eggerstedt auf Wahlreise begeben und auch seinen Stellvertreter beurlaubt. Wie voraussehbar, kam es zu Auseinandersetzungen der feldmarschmäßig einrückenden ca. 7.000 Nationalsozialisten mit den kommunistischen Anwohnern, wobei Polizeikräfte massiv eingriffen. 18 Menschen, darunter zwei SA-Leute, wurden, zumeist durch verirrte Polizeikugeln, getötet.
Nach der Machtergreifung wurde im Mai 33 gegen fünfzehn verhaftete Kommunisten wegen Mordes verhandelt; neben Haftstrafen ergingen vier Todesurteile, die am 1.8.33 vollstreckt wurden.<<

20.07.1932

Deutsches Reich: Reichskanzler Franz von Papen führt am 20. Juli 1932 einen gewaltsamen Staatsstreich durch, als er die preußische SPD-Landesregierung unter Ministerpräsident Otto Braun kurzerhand durch Reichspräsident von Hindenburg (mit Hilfe einer Notverordnung gemäß Artikel 48 der Verfassung) beseitigen bzw. absetzen läßt.

Der Staatsstreich in Preußen

Reichskanzler Franz von Papen begründete die widerrechtliche Amtsenthebung der preußischen Landesregierung später mit der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit (Straßenkämpfe zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten sowie Prügeleien, die während der preußischen Parlamentsdebatten von den Nationalsozialisten und Kommunisten provoziert wurden). Durch die Ausschaltung der seit jeher besonders verfassungstreuen preußischen Regierung und der äußerst disziplinierten preußischen Beamtenorganisationen (Polizei und Verwaltung) wurden die letzten gefährlichen Gegner der NSDAP gewaltsam aus dem Weg geräumt.
Nach dem Staatsstreich (sogenannter "Preußenschlag") verhängte Reichskanzler von Papen den Ausnahmezustand über Berlin sowie die Provinz Brandenburg und übernahm als "Reichskommissar" die Führung des preußischen Ministerpräsidiums.
Anstatt diesen Staatsstreich gewaltsam niederzuschlagen, rief die preußische Regierung damals nur den deutschen Staatsgerichtshof an. In der Folgezeit wurden in Preußen ungezählte "unbequeme Mitarbeiter" aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Die Beseitigung der demokratischen preußischen Regierung und der demokratischen Mitarbeiter der preußischen Verwaltung erleichterte der NSDAP zweifelsfrei die spätere "Machtergreifung".
Mit diesem Verfassungsbruch bzw. Hochverrat versuchte Reichskanzler von Papen jedoch vergeblich, Hitler zur Tolerierung seines Minderheitskabinetts zu gewinnen.
Der SPD-Parteivorstand verkündet am 20. Juli 1932 (x034/604): >>Es ist beim deutschen Volke, durch seinen Machtspruch am 31. Juli dem gegenwärtigen Zustand ein Ende zu bereiten, der durch das Zusammenwirken der Reichsregierung mit der NSDAP entstanden ist.
Die Organisationen sind in höchste Kampfbereitschaft zu bringen. Strengste Disziplin ist mehr denn je geboten. Wilden Parolen von unbefugter Seite ist Widerstand zu leisten! Jetzt vor allem mit konzentrierter Kraft für den Sieg der Sozialdemokratie am 31. Juli!
Freiheit!<<
Joseph Goebbels berichtet am 20. Juli 1932 in seinem Tagebuch (x034/604): >>Alles rollt programmgemäß ab.<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Preußenschlag" (x051/455-456): >>Preußenschlag, Bezeichnung für die Amtsenthebung der preußischen Regierung unter Ministerpräsident O. Braun (SPD) durch den Reichskanzler Papen am 20.7.32.
Bei den Landtagswahlen am 24.4.32 hatte die Weimarer Koalition (aus SPD, Zentrum und Staatspartei) die Mehrheit im preußischen Landtag verloren. Dennoch blieb die seit dem

6.4.25 amtierende, aus Ministern dieser Parteien gebildete Regierung Braun als geschäftsführend im Amt.
Mit der Begründung, in Preußen sei die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch die bürgerkriegsartigen Straßenkämpfe zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten - ihr Höhepunkt: der Altonaer Blutsonntag am 17.7.32 - gefährdet, enthob Papen durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten am 20.7. alle preußischen Minister (Braun selbst befand sich aus Krankheitsgründen seit dem 6.6. nicht mehr im Amt), den Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski und den Kommandeur der Berliner Schutzpolizei Heimannsberg ihrer Ämter, machte sich selbst zum Reichskommissar in Preußen, den Essener Oberbürgermeister Bracht zu seinem Stellvertreter und zum Innenminister und übertrug diesem die Regierungsgewalt in Preußen.
Der Staatsstreich in Preußen war eine "Vorleistung" Papens für Hitler, mit der er diesen und die NSDAP zur Tolerierung seines Minderheitskabinetts zu gewinnen hoffte. Er beseitigte mit der demokratischen Regierung im größten deutschen Land eines der wichtigsten und letzten Bollwerke der Republik und ebnete so der NSDAP den Weg zur Machtergreifung.
Statt sich dem Preußenschlag mit Gewalt zu widersetzen, rief die preußische Regierung nur den Staatsgerichtshof an, der zwar am 25.10.32 feststellte, die Regierung Braun befinde sich weiter im Amt und könne Preußen im Reichsrat vertreten, ansonsten aber den Preußenschlag für rechtmäßig erklärte; endgültige Absetzung Brauns am 6.2.33 durch Verordnung des Reichspräsidenten.<<

21.07.1932

Deutsches Reich: Joseph Goebbels berichtet am 21. Juli 1932 in seinem Tagebuch (x034/-604): >>Alles rollt wie am Schnürchen ab. ... Die Roten haben ihre große Stunde verpaßt. Die kommt nie wieder ...<<

23.07.1932

Deutsches Reich: Der Völkische Beobachter berichtet am 23. Juli 1932 (x034/604): >>Der Severing-Spuk ist zu Ende. ... Aber es ist nur ein Anfang. Die große Abrechnung kommt noch.<<

26.07.1932

Deutsches Reich: Am 26. Juli 1932, um 14.30 Uhr, sinkt das deutsche Segelschulschiff "Niobe", 1 Seemeile östlich vom Feuerschiff "Fehmarn-Belt" entfernt, durch eine plötzliche Böe (heftiger Windstoß). 69 Marineangehörige kommen ums Leben.

27.07.1932

Deutsches Reich: Hitler erklärt am 27. Juli 1932 während einer Wahlkampfrede in Eberswalde (x034/605): >>... Wir sind intolerant. Ich habe mir ein Ziel gestellt, nämlich diese dreißig Parteien aus Deutschland hinauszufegen!<<
Einige Tage vor den deutschen Reichstagswahlen steigt die Zahl der Arbeitslosen auf mehr als 5.392.000 Menschen an (Dezember 1932 = über 6,0 Millionen Arbeitslose). Mehrere Millionen Deutsche arbeiten außerdem täglich nur noch 4-5 Stunden (x059/65). Vor den Arbeitsämtern des Deutschen Reiches stehen endlose Reihen, denn die Arbeitslosenunterstützung muß noch wöchentlich abgeholt werden. Besonders unter den Langzeitarbeitslosen breitet sich zusehends Verzweiflung und Verbitterung aus, die von den radikalen Parteien naturgemäß hemmungslos ausgenutzt wird.
Erst mit Hilfe dieser "Riesenarmee" von verzweifelten Arbeitslosen, die um ihre Existenz kämpfen, schafft die NSDAP damals endgültig den Durchbruch zur deutschen Massenpartei.

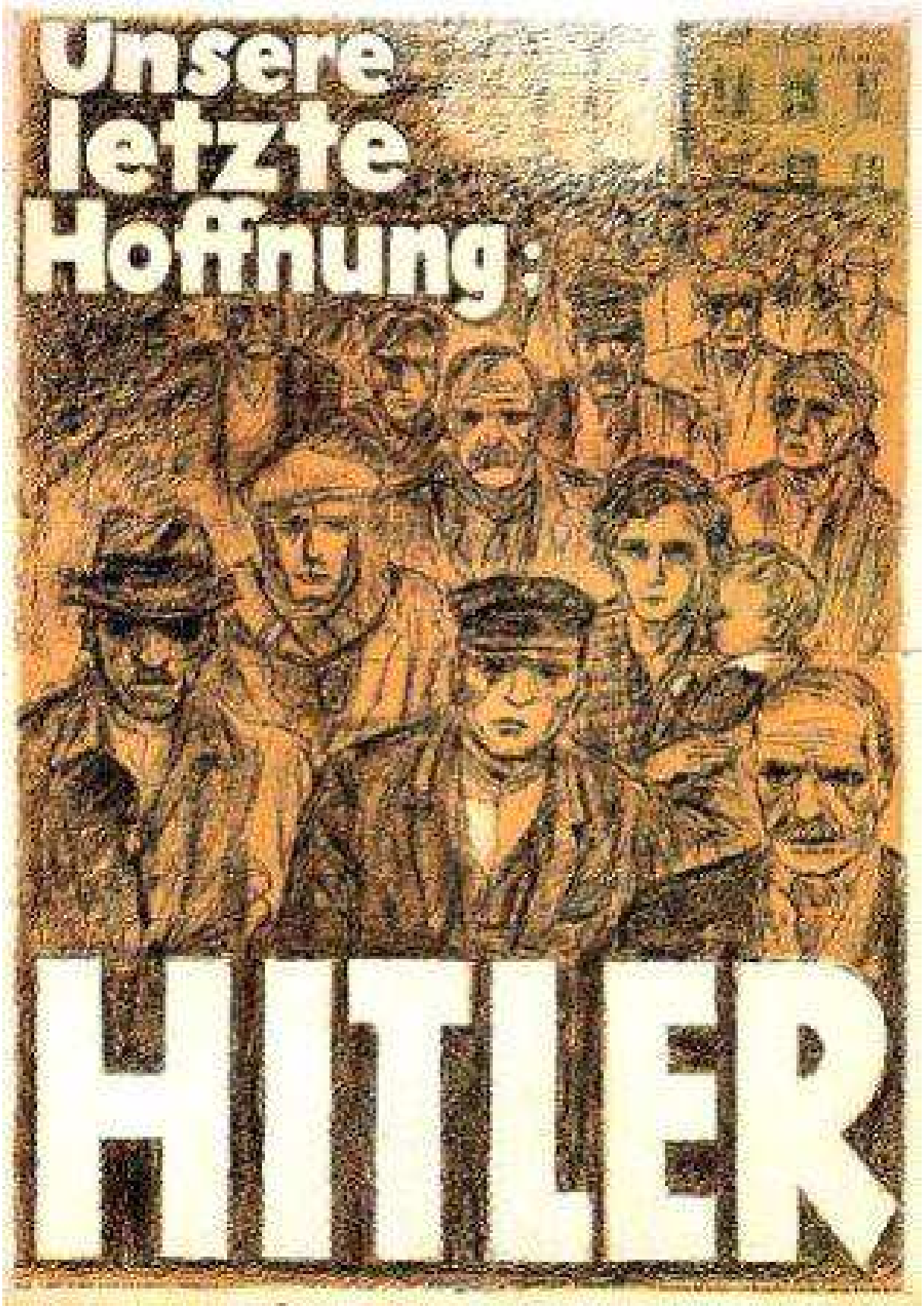


Abb. 62 (x065/379): Im Chaos der Weltwirtschaftskrise sahen die Verzweifelten und Enttäuschten im Jahre 1932 in Adolf Hitler ihre letzte Hoffnung.

29.07.1932

Deutsches Reich: Hitler erklärt während einer Wahlkampfrede am 29. Juli 1932 in der Kreisstadt Reutlingen (x243/39): >>... Das deutsche Volk geht seiner entscheidenden Schicksalsstunde entgegen. ... Es ist unser Ziel und unsere Lebensaufgabe, die ich mir gestellt habe, diese 30 Parteien bürgerlicher und proletarisch-marxistischer Observanz zu beseitigen (stürmischer Beifall). Ein Ziel, ... das erst erreicht werden muß, wenn nicht sonst die deutsche Nation über diese lächerliche Parteizerrissenheit zugrunde gehen soll. ...

Ich nehme also an, daß ihr (die Gegner) mit tausend Programmen die Wirtschaft ruiniert habt, und ich sage für uns, daß wir mit einem Programm die Wirtschaft wieder aufrichten werden, und dieses Programm lautet: Rettet die Kraft eines Volkes und dieses Volk wird auch die Kraft finden sich wirtschaftlich wieder zu retten. ...

Wenn jemand Deutschland wieder zum wirtschaftlichen Blühen zurückführen will, dann ist die Voraussetzung wieder die Blüte eines Deutschen Reiches, der Kraft und der Macht und der Stärke.<<

30.07.1932

Deutsches Reich: Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtet am 30. Juli 1932 über die NS-Wahlkampfveranstaltung in der Kreisstadt Reutlingen mit 20.000 Teilnehmern (x243/39): >>... Um den ganzen Platz wehen Hitlerfahnen. Auf der Stirnseite des Riesenzeltes steht in Riesenlettern schwarz auf weißem Grund: "Das ganze Deutschland soll es sein!"

Auf beiden Seiten prächtige Blumenzusammenstellungen mit dem Hakenkreuz.

Auf den beiden Enden der Frontseite die Aufschrift "Deutschland erwache!"

Es zieht ein Flugzeug über die Rennwiese. Auf der Unterseite der Tragfläche "Heil Hitler!" ...

Punkt ½ 4 trifft Hitler mit einem Wagen ... ein. ...

Dann schreitet Hitler – in SA-Uniform mit dem EK 1. Klasse – langsamen Schrittes die Front der zu beiden Seiten aufgestellten Braunhemden ab. Man erkennt in ihm den Mann aus dem Volke im besten Sinne des Wortes. Mag sein, daß er etwas ermattet aussieht. Auch für einen Hitler gibt es Grenzen der physischen Kraft. ... Eine ganze Anzahl von Reden an einem Tag. ...

Im Zelt wird Hitler mit Jubel und Heilrufen begrüßt. Tausende von Händen erheben sich. ... Mädchen bringen Sträuße, tragen Kränzchen auf dem Haar. Ein kleiner Knabe überreicht Hitler ... ein Tablett, in dem rote und weiße Nelken das Hakenkreuz zeichnen. ...

Seine Rede hob sich weit hinaus über die übliche Parteipolemik. ... Kein gegenteiliger Zwischenruf ist zu hören. Was Hitler spricht, kommt aus heißem Herzen. Man fühlt, daß er sich seiner Verantwortung als Führer einer solchen Volksbewegung bewußt ist. ...

So wäre der Hitlertag vorüber. Sein erster Teil war jedenfalls ein Höhepunkt im politischen Leben Reutlingens, mag man sich zur Hitlerbewegung nun stellen, wie man will.

Wäre auch die Frage interessant, ob die anderen 24 noch auf dem Reichstagswahlzettel stehenden Parteien zusammen eine solche Wahlveranstaltung ... zusammenbrächten. ...

Einer solchen Bewegung mit verbrauchten Kampfmitteln einer Wahlbewegung beizukommen erscheint ziemlich aussichtslos. ...<<

Der "Reutlinger Generalanzeiger" berichtet am 30. Juli 1932 über die NS-Wahlkampfveranstaltung in Reutlingen (x243/40): >>... Anläßlich der gestrigen Hitlerversammlung kam es bereits mittags bei der Anfahrt zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten, Kommunisten und herumgehenden Leuten. ...

Ein Trupp Stuttgarter Nationalsozialisten, welcher durch sein Anhalten eine große Verkehrsstörung verursacht und den polizeilichen Anordnungen keine Folge leitstete, schlug mit Schulterriemen auf das Publikum ein, nachdem aus demselben Schmährufe und Beschimpfungen gefallen waren. Als die Polizei eingriff, nahmen sie gegen diese Stellung. Dabei wurde ein Polizeibeamter blutig geschlagen.

Nach der Versammlung mußte die Polizei fast ohne Unterlaß bis abends 7 Uhr eingreifen. ... 2 Polizeibeamte erhielten Kopfverletzungen durch Nazi. 3 weitere Polizeibeamte wurden verletzt. ...
Abends kurz nach 7 Uhr (gab es) noch eine weitere Schlägerei, wobei ein Nationalsozialist durch einen Stich verletzt wurde. Ein zweiter erhielt leichte Kopf- und Fingerverletzungen. ...<<

31.07.1932

Deutsches Reich: Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 wird die NSDAP mit 37,3 % und 230 von 608 Reichsmandaten stärkste Partei (Kommunisten = 14,3 % und 89 Mandate), die SPD erringt 133, Zentrum 75, DNVP 37 und BVP 22 Mandate (x089/413).
Reichspräsident Hindenburg lehnt den "böhmischen Gefreiten", wie er Hitler geringschätzig nennt, jedoch weiterhin entschieden ab.

01.08.1932

Deutsches Reich: Goebbels berichtet am 1. August 1932 (x191/53): >>In Königsberg wurde am Tage vor der Wahl ein SA-Mann von roten Terrortrupps überfallen; ein Kommunist hat ihm auf offener Straße am hellichten Tage mit dem Rasiermesser den Hals durchschnitten. Der SA-Mann ist sofort gestorben.
Am Tag darauf platzen in Königsberg die Bomben und knallen die Pistolen. Zwei örtliche KPD-Führer werden auf der Straße erschossen. Das ist das einzige Mittel, um die Roten zur Raison zu bringen; alles andere imponiert ihnen nicht mehr.
Wir werden derlei Fälle in der näheren und weiteren Zukunft noch mehr erleben. Die bürgerlichen Angstmeier können das natürlich nicht verstehen.<<

07.08.1932

Deutsches Reich: Die SPD-Zeitung "Vorwärts" meldet am 7. August 1932 (x034/606): >>Warnung! Wer mit dem Faschismus spielt, der spielt mit Deutschlands Untergang!<<
Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtet am 7. August 1932 über die gesellschaftliche Basis des Nationalsozialismus (x034/606): >>... Diese ganze Schicht des intellektuellen Deutschlands, das in der mehr goethischen, romantischen Periode seine Wurzeln hat, ist ganz Nazi-verseucht, ohne zu wissen warum.<<

08.08.1932

Deutsches Reich: Joseph Goebbels berichtet am 8. August 1932 in seinem Tagebuch (x034/-606): >>Die ganze Partei hat sich bereits auf die Macht eingestellt. Die SA verläßt ihre Arbeitsplätze.<<

09.08.1932

Deutsches Reich: In der Nacht vom 9. zum 10. August 1932 überfallen SA-Männer in Potempa (Oberschlesien) eine Familie und ermorden einen 35jährigen kommunistischen Arbeiter.

10.08.1932

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg lehnt am 10. August 1932 Hitlers Ernennung zum Reichskanzler ab.
Das amtliche Schreiben an Hitler lautet (x256/112): >>... Der Herr Reichspräsident muß unter diesen Umständen befürchten, daß ein von ihnen geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit allen ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben er vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten konnte.<<

22.08.1932

Deutsches Reich: Wegen der Ermordung eines 35jährigen kommunistischen Arbeiters in Potempa (Oberschlesien) werden am 22. August 1932 fünf SA-Männer durch ein Sondergericht in Beuthen zum Tod verurteilt.

23.08.1932

Deutsches Reich: Die SPD-Zeitung "Vorwärts" berichtet am 23. August 1932 (x034/608-609): >>Der Mord von Potempa war eine schändlichgemeine Tat. ... Diese fünf sind nicht die Schuldigsten! Die Schuldigsten sind diejenigen, die seit Jahren den Geist des politischen Mordes in Deutschland hochgezüchtet haben.<<

Hitler schreibt am 23. August 1932 ein Telegramm an die zum Tod verurteilten SA-Männer (x149/70): >>Meine Kameraden!

Angesichts dieses ungeheuerlichen Bluturteils fühle ich mich Euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre. Der Kampf gegen eine Regierung, unter der dies möglich war, unsere Pflicht. ...

Adolf Hitler.<<

24.08.1932

Deutsches Reich: Goebbels schreibt am 24. August 1932 in der NS-Zeitung "Angriff" (x034/-609): >>Vergeßt es nie, Kameraden! Sagt es euch hundertmal am Tage vor, so daß es euch bis in eure tiefsten Träume verfolgt: Die Juden sind schuld!<<

Hermann Göring telegrafiert den verurteilten Todeskandidaten (x034/609): >>In maßloser Erbitterung und Empörung über das Schreckensurteil, das Euch betroffen hat, gebe ich Euch, Kameraden, die Versicherung, daß unser ganzer Kampf von jetzt ab Eurer Freiheit gilt. Ihr seid keine Mörder ...<<

Alfred Rosenberg schreibt am 24. August 1932 im "Völkischen Beobachter" (x034/609): >>Mensch ist nicht gleich Mensch, Tat nicht gleich Tat. ...<<

26.08.1932

Deutsches Reich: Alfred Rosenberg (1893-1946, seit 1930 NSDAP-Abgeordneter im Reichstag, ab 1933 Leiter des Außenpolitischen Amtes, seit 1941 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete) schreibt angesichts der Todesurteile gegen die SA-Männer am 26. August 1932 über den Nationalsozialismus (x149/70): >>Für ihn ist nicht Seele gleich Seele, nicht Mensch gleich Mensch; für ihn gibt es kein "Recht an sich", sondern sein Ziel ist der starke deutsche Mensch, sein Bekenntnis ist der Schutz dieses Deutschen, und alles Recht und Gesellschaftsleben, Politik und Wirtschaft hat sich nach dieser Zwecksetzung einzustellen. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Alfred Rosenberg (x051/500-501): >>Rosenberg, Alfred, geboren in Reval in 12.1. 1893, gestorben in Nürnberg 16.10.1946 (hingerichtet), deutscher Politiker; Studium der Architektur in Riga und Moskau, 1918 Flucht nach Deutschland und 1919 Mitglied in der völkischen Thulegesellschaft, kurz nach Hitler Eintritt in die DAP (Mitgliedsnummer 625).

Rosenberg, der sich als antisemitischer Publizist bereits einen Namen gemacht hatte (u.a. "Die Spur des Judentums im Wandel der Zeiten", 1919), war von Eckart in nationalsozialistische Kreise eingeführt worden und übernahm 1921 die Chefredaktion des "Völkischen Beobachters" (ab 1938 Herausgeber).

Nach der Teilnahme am gescheiterten Hitlerputsch (9.11.23) war er Mitbegründer der Großdeutschen Volksgemeinschaft als Ersatzorganisation der verbotenen NSDAP und versuchte sich als Chefideologe der Partei zu profilieren. Hitler, der seine Bildung bewunderte, förderte ihn und schützte ihn vor Angriffen prominenter Parteigenossen, die mit dem "Ausländer" und humorlosen Doktrinär nicht auskamen.

Schon mit dem von ihm gegründeten Kampfbund für deutsche Kultur als selbsternannter Zensor hervorgetreten, versuchte sich Rosenberg 1930 in seinem Hauptwerk "Der Mythus des 20. Jahrhunderts" an der Kodifizierung der reinen nationalsozialistischen Lehre. Seine rassistischen und antichristlichen Konstruktionen stießen aber selbst bei Hitler auf Reserve, der Rosenberg indes gewähren ließ und sich nicht offiziell von dem Buch distanzierte.

Da eine Konfrontation mit den Kirchen auch nach der Machtergreifung zunächst nicht er-

wünscht war, schien Hitler Rosenberg als Feindbild für die Theologen zur Ablenkung geeignet. Er ernannte ihn 1934 zum "Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP" und setzte ihn so in Rivalität zu den Weltanschauungswächtern der SS, zu Rust als Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung sowie zu Bormann und Goebbels.
Der auch außenpolitisch ambitionierte Rosenberg erhielt zudem 1933 die Leitung des Außenpolitischen Amtes und geriet hier in Konkurrenz zu Ribbentrop. Er wurde in allen seinen Rollen eine typische Figur im Kompetenzgestrüpp der von Hitler absichtsvoll gepflegten "Polykratie" des Dritten Reiches.
Das setzte sich auch nach Kriegsbeginn fort, als Rosenberg zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete (17.11.41) ernannt wurde und dabei in einen Vielfrontenkrieg gegen Auswärtiges Amt, SS, Wehrmacht und selbst gegen die ihm formal unterstellten Reichskommissare E. Koch (Ukraine) und Lohse (Ostland) verstrickt wurde. Zwar selbst nicht wählerisch in seinen Mitteln, hielt er die Schreckensherrschaft der deutschen Besetzer in Rußland für politisch falsch, konnte sich aber mit seinen Bedenken bei Hitler kein Gehör verschaffen.
Er begriff nicht, daß die propagierte Germanisierung v.a. Vernichtung der Einheimischen und nicht Gewinnung für die deutsche Sache bedeutete. Sogar mit dem mächtigen Göring geriet Rosenberg in Konflikt, als sein Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg beim nationalsozialistischen Kunstraub die Wünsche des Reichsmarschalls nicht hinreichend respektierte.
All dies konnte im Nürnberger Prozeß bei dem übervollen Schuldmaß nicht mildernd ins Gewicht fallen. Rosenberg wurde am 1.10.46 zum Tod verurteilt. Postum erschienen 1955 Rosenbergs "Letzte Aufzeichnungen" und das "Politische Tagebuch".<<

30.08.1932

Deutsches Reich: Die kommunistische Alterspräsidentin Klara Zetkin (1857-1933), die extra aus Moskau angereist ist, eröffnet am 30. August 1932 den neugewählten deutschen Reichstag mit folgenden Worten (x034/610): >>... In der Hoffnung, trotz meiner Invalidität das Glück zu erleben, als Alterspräsidentin den ersten Rätekongreß Sowjet-Deutschland zu eröffnen. ...<<

31.08.1932

Deutsches Reich: Am 31. August 1932 sind im Deutschen Reich 5.225.000 Menschen arbeitslos.

22.09.1932

Deutsches Reich: "Der Tag" berichtet am 22. September 1932 über die Probleme der jungen Arbeitslosen (x191/50): >>Der Hunger ist noch lange nicht das Schlimmste. Aber seine Arbeit verlieren, bummeln müssen und nicht wissen, ob man jemals wieder in seine Arbeit kommt, das macht kaputt.
Man ist rumgelaufen nach Arbeit Tag für Tag, man ist schon bekannt bei den einzelnen Fabriken, und wenn man dann immer das eine hört: nichts zu machen – wird man abgestumpft. Das ist uns Erwerblosen sozusagen die zweite Kost. ...
Mit der Zeit wächst in dem Herzen eine giftige Blüte auf, der Haß. Ich hasse diesen Staat, und ich habe als Arbeitsloser das Recht und die Pflicht, den deutschen Besitzenden zu hassen. ...<<

23.09.1932

USA: Während des US-Präsidentschaftswahlkampfes verspricht der Kandidat der Demokraten, Franklin D. Roosevelt (1882-1945, US-Präsident von 1933-1945), den Nordamerikanern am 23. September 1932 einen Neuanfang bzw. "New Deal" (x149/63): >>Jedermann hat ein Recht zu leben; und das bedeutet, daß er auch das Recht hat, einen auskömmlichen Lebensunterhalt zu verdienen. ... Jedermann hat ein Recht auf sein eigenes Eigentum – was ein Recht bedeutet, so weit wie möglich der Sicherheit seiner Ersparnisse gewiß zu sein. ...
Auf keine andere Weise können Menschen die Lasten jener Teile des Lebens tragen, die na-

turgemäß keine Möglichkeit zur Arbeit geben: Kindheit, Krankheit und Alter. In allem Denken über das Eigentum ist dieses Recht das höchste; alle anderen Eigentumsrechte müssen ihm nachstehen. ...
Wenn wir in Übereinstimmung mit diesem Grundsatz die Tätigkeiten des Spekulanten, des trickreichen Geschäftsmannes und sogar des Finanzmannes einschränken müssen, dann müssen wir nach meiner Überzeugung diese Einschränkung als notwendig anerkennen, nicht um den Individualismus zu behindern, sondern um ihn zu beschützen. ...
Wir wissen, daß individuelle Freiheit und individuelles Glück nichts bedeuten, solange sie nicht so geregelt sind, daß des einen Fleisch nicht des anderen Gift ist. ...
Wir wissen, die Freiheit etwas zu tun, was andere dieser elementaren Rechte beraubt, außerhalb des Schutzes irgendeines Vertrages steht, und daß die Regierung in dieser Hinsicht die Aufrechterhaltung eines Gleichgewichts bedeutet.<<

30.09.1932

Deutsches Reich: Am 30. September 1932 sind im Deutschen Reich 5.101.000 Menschen arbeitslos.
Die deutsche Wirtschaft erzielt in den ersten 9 Monaten des Jahres 1932 wieder einen Außenhandelsüberschuß von 846,9 Mill. RM (x034/615).

September 1932

USA: Die US-Zeitschrift "Fortune" berichtet im September 1932 über die sozialen Folgen der Wirtschaftskrise (x149/61): >>Eine Stichprobe in 12 Wohnungen der Stadt Benton zeigte: kein Geld, abgetragene Kleidung, von "unnötigem" Mobiliar entblößte Häuser, aus Mehl bereitete Gerichte, abgezehrte Eltern, unterernährte Kinder, unbezahlte Mieten und eine durchschnittliche Verschuldung der Familien von $ 300 für Lebensmittel und Arztrechnungen. ...
So geht es von einer Stadt zur anderen und hinaus in die Fabrikstädte und Bergwerksdörfer und weiter zu den Farmern, wo die Häute einer Wagenladung Vieh kaum ein paar Schuhe erbringen ... und die Traktoren auf den Feldern verrosten.
Die Schwierigkeit bei solchen Tatsachen ist, daß sie in der Masse aufhören, etwas zu besagen. Und die wiederholte Feststellung, daß Hunderttausende von Menschen sich mit zum Unterhalt ungenügender Arbeitslosenunterstützung vor dem Verhungern sahen oder sehen, erzeugt lediglich Ungläubigkeit.
"Sie sind noch nicht verhungert", bemerkt der Leser. "Sie werden schon irgendwie zurechtkommen."<<

31.10.1932

Deutsches Reich: Am 31. Oktober 1932 sind im Deutschen Reich 5.109.000 Menschen arbeitslos.

06.11.1932

Deutsches Reich: Trotz gewaltiger Arbeitslosigkeit, Not, Volksverhetzung, Ratlosigkeit und lähmender Verzweiflung endet die vorgezogene Reichstagswahl am 6. November 1932 mit Hitlers Niederlage. Die NSDAP verliert über 2,0 Millionen Stimmen bzw. 34 Mandate und erhält nur noch 196 (33,1 %) von 584 Sitzen.
Joseph Goebbels berichtet am 6. November 1932 in seinem Tagebuch (x034/620): >>Wir haben eine Schlappe erlitten.<<

08.11.1932

UdSSR: Während einer Feier im Kreml entwickelt sich am 8. November 1932 zwischen Stalin und seiner Ehefrau Nadeschda ein heftiger Streit. Als Stalin seiner Frau befiehlt, ihr Glas auszutrinken und ihr eine brennende Zigarette in den Ausschnitt ihres Kleides wirft, verläßt Nadeschda mit einer Freundin das Bankett und erschießt sich in derselben Nacht (x080/225).
Der britische Historiker Robert Conquest berichtet später über Stalins Reaktionen nach dem Selbstmord seiner Ehefrau (x080/225-226): >>Als Stalin den aufgebahrten Leichnam noch

einmal aufsuchte, machte er nach Augenzeugenberichten eine abweisende Geste und murmelte vor sich hin: "Sie hat mich als Feind verlassen!" ...
Danach waren auch die wenigen Aspekte eines normalen Lebens, die die Ehe mit seiner Frau ihm geboten hatte, aus seinem Dasein verbannt. Er ... lebte fortan in der Datscha in Kunzewo, die nur 8 Kilometer vom Kreml entfernt lag. Von hier aus organisierte er während der folgenden 20 Jahre Terror und Krieg in einer Atmosphäre derber und verkommener Abendgesellschaften. ...<<

11.11.1932

Deutsches Reich: Goebbels schreibt am 11. November 1932 über die Kassenlage der Berliner NS-Organisation (x034/621): >>... Nur Ebbe, Schulden und Verpflichtungen, dazu die vollkommene Unmöglichkeit nach dieser Niederlage irgendwo Geld in größerem Umfang aufzutreiben ...<<

17.11.1932

Deutsches Reich: Da die Neuwahl im November 1932 keine Mehrheit bringt und Hindenburg weitere diktatorische Vollmachten ablehnt, tritt Reichskanzler Franz von Papen am 17. November 1932 mit seinem gesamten Kabinett zurück.
Dr. Reinhard Barth schreibt später über Franz von Papen (x051/436): >>Papen, Franz von, geboren in Werl (Westfalen) 29.10.1879, gestorben in Obersasbach (Baden) 2.5.1969, deutscher Politiker; zunächst Offizierslaufbahn, im 1. Weltkrieg Militärattaché in Mexiko und den USA, später bei den deutschen Streitkräften in der Türkei und Stabschef der 4. türkischen Armee in Palästina; 1920-32 für die Zentrumspartei im preußischen Landtag.
Auf dem äußersten rechten Flügel angesiedelt, Monarchist und Mitglied im exklusiven Herrenklub mit guten Beziehungen zur Industrie (durch Heirat mit einer Erbin der saarländischen Porzellanfirma Villeroy & Boch), geriet Papen bei der Präsidentenwahl 1925 in Gegensatz zu seiner Partei, als er Hindenburg statt des Zentrumskandidaten Marx unterstützte. 1932 war der Bruch vollständig: Reichspräsident Hindenburg hatte den Zentrumsmann Brüning entlassen und Papen am 1.6.32 zum neuen Reichskanzler ernannt.
Papens "Kabinett der nationalen Konzentration", wegen der vielen adligen Mitglieder auch als "Kabinett der Barone" verspottet, schlug, allein gestützt auf Notverordnungen des Reichspräsidenten, einen autoritären Kurs ein (u.a. Aufhebung des Verbots von SA und SS, Preußenschlag gegen die sozialdemokratische Minderheitsregierung Braun), der in der Auflösung des Reichstages nach Abstimmungsniederlage am 12.9.32 gipfelte. Da Neuwahlen im November 32 keine Mehrheit für ihn brachten und Hindenburg diktatorische Vollmachten versagte, trat Papen am 17.11.32 zurück und beteiligte sich fortan am Intrigenspiel, das schließlich Hitler zur Macht brachte.
Papen verabredete sich mit dem Führer der NSDAP bei einem Treffen im Hause des Bankiers Schröder (4.1.33) zum Sturz seines Nachfolgers Schleicher und zu einer gemeinsamen Kabinettsbildung. Seine Rechnung, vom Posten des Vizekanzlers (ab 30.1.33) aus den Kanzler Hitler zu "zähmen", ging nicht auf; im Gegenteil bewirkte Papens und der anderen konservativen Minister Anwesenheit in der Regierung Hitler eine Aufwertung des Nationalsozialismus. Von großem Nutzen für Hitler war auch das von Papen vermittelte Konkordat mit der katholischen Kirche.
Papens Kampfansage an die radikalen Kräfte in der NSDAP (Marburger Rede 17.6.34) beschleunigte Hitlers Abrechnung mit der SA-Führung (Röhm-Affäre) und brachte den Vizekanzler zeitweilig selbst in Lebensgefahr, mehrere seiner Mitarbeiter, u.a. E. Jung, wurden ermordet. Im Juli 34 ging Papen als Botschafter nach Wien, wo er Juliabkommen und Anschluß vorbereiten half. 1939-44 war er Botschafter in Ankara.
1946 sprach ihn der Nürnberger Militärgerichtshof im Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher frei, eine deutsche Spruchkammer dagegen verurteilte ihn 1949 zu acht Jahren Arbeitsla-

ger, die allerdings durch vorherige Haft als verbüßt galten.
Seine Autobiographie "Der Wahrheit eine Gasse" (1952) zeigte keinerlei Einsicht in die verhängnisvolle Rolle, die er bei der Liquidierung der Weimarer Republik und der Etablierung des nationalsozialistischen Unrechtsstaates gespielt hatte.<<

18.11.1932

Deutsches Reich: Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtet am 18. November 1932 (x034/622): >>Papen ist gestern abend zurückgetreten mit dem gesamten Kabinett. Endlich! Dieser ewig lächelnde, leichtsinnige Dilettant hat in sechs Monaten mehr Unheil angerichtet als in so kurzer Zeit irgendein Kanzler vor ihm.<<

21.11.1932

Deutsches Reich: Hitler wird am 21. November 1932 durch Hindenburg empfangen. Im Verlauf der Sondierungsgespräche fordert Hitler die Ernennung zum Reichskanzler.
Der greise Reichspräsident verabschiedet Hitler mit den Worten (x034/622): >>Welches Ende unsere Verhandlungen auch nehmen, meine Tür wird Ihnen immer offen sein.<<
Während einer SPD-Versammlung am 21. November 1932 fragt der verzweifelte Wilhelm Hoegner (x034/622-623): >>Gibt es denn keinen Mann des Bürgertums mehr, der dem Reichspräsidenten von Hindenburg die Wahrheit ins Gesicht schreit. Der Tag, an dem ein Adolf Hitler Reichskanzler wird, ist der Tag von Deutschlands tiefster Schmach und Erniedrigung. Das Reich von Weimar ist uns endgültig an dem Tage verloren, an dem ein Hitler zum Kanzler des Deutschen Reiches werden kann. ...<<

25.11.1932

Deutsches Reich: Die "Kölnische Zeitung" berichtet am 25. November 1932 über die Verhandlungen zwischen Hindenburg und Hitler (x129/30): >>... In seinem Schreiben vom 23. November 1932 hat Herr Adolf Hitler es abgelehnt, den ihm erteilten Auftrag der Feststellung einer parlamentarischen Mehrheit für eine von ihm zu bildende Regierung auszuführen und hat seinerseits vorgeschlagen, daß der Herr Reichspräsident ihn ohne Vorbehalt und ohne vorherige Feststellung der Reichstagsmehrheit mit der Bildung einer Regierung betrauen und dieser die Präsidialvollmachten zur Verfügung stellen solle.
Der Herr Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt, da er glaubt, es vor dem deutschen Volk nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat, seine präsidialen Vollmachten zu geben, und er befürchten mußte, daß ein von Hitler geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit all ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volk entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben der Herr Reichspräsident vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.<<
Das deutsche Institut für Konjunkturforschung teilt am 25. November 1932 mit, daß ein wirtschaftlicher Aufschwung in Sicht ist.

30.11.1932

Deutsches Reich: Hitler weigert sich am 30. November 1932, weitere politische Sondierungsgespräche mit Reichspräsident Hindenburg zu führen.
Am 30. November 1932 sind im Deutschen Reich 5.358.000 Menschen arbeitslos.

November 1932

Deutsches Reich: Um die Arbeitslosen und Jugendlichen von der Straße fernzuhalten, fördert die "Papen-Regierung" im November 1932 Jugendertüchtigungsgruppen (Wehrsport) und den freiwilligen Arbeitsdienst. Rund 250.000 deutsche Arbeitslose arbeiten damals bereits freiwillig beim Brücken- und Grabenbau.
Die 1. Autobahn von Köln nach Bonn wird im November 1932 fertiggestellt.

02.12.1932

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg spricht sich gegen Franz von Papen aus und

beauftragt am 2. Dezember 1932 Kurt von Schleicher mit der Bildung einer neuen Regierung.

03.12.1932

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg ernennt Generalmajor Kurt von Schleicher (1882-1934, ein erfolgreicher, skrupelloser Intrigant mit guten Beziehungen), der nach Reichskanzler Brüning auch den unerwartet reaktionären Reichskanzler Papen zu Fall bringen kann, am 3. Dezember 1932 zum letzten Reichskanzler der Weimarer Republik.

Franz von Papen berichtet später über seine gescheiterte Kanzlerschaft (x243/38): >>... (Hindenburg) beruft am 1. Dezember (1932) ... den General von Schleicher und mich (Reichskanzler von Papen) zu einer Aussprache. ...

Ich führe aus: Der Versuch, die Nationalsozialisten verantwortlich in die Regierung einzuschalten, sei zweimal mißlungen. Hitler lehne auch jene Koalition mit anderen Parteien ab. ... Die Maßlosigkeit und Demagogie der NS-Bewegung in den letzten Monaten hätten das Vertrauen in die staatsmännischen Fähigkeiten Hitlers ... nicht erhöht. ... (So) bestehe offensichtlich heute ein Staatsnotstand, der außerordentliche Maßnahmen erfordere. ...

Ich schlug daher vor, ... es müsse während einer kurzen Periode der Reichstag ausgeschaltet werden. Die Verfassungsreform müsse einem Referendum oder einer neu zu berufenen Nationalversammlung zur Billigung vorgelegt werden. ... Die Lage sei so ernst, daß der Staatsnotstand ein Abweichen von der Verfassung rechtfertige. ...

Herr von Schleicher ... führte aus, er sehe eine Möglichkeit, die es dem Reichspräsidenten ersparen würde, den Eid auf die Verfassung zu brechen. ...

Sein Gedanke sei, in diesem neugewählten Reichstage dennoch eine parlamentarische Mehrheit herzustellen – und zwar durch eine Spaltung der NSDAP. ... Er glaubte, daß es ihm gelinge, unter Führung von Strasser einige 60 Abgeordnete von Hitler zu trennen. Strasser und seine Leute wollte er an der Regierung beteiligen und mit ihrer Hilfe eine "Gewerkschafts-Achse" durch alle bürgerlichen Parteien und die SPD bilden. ...<<

06.12.1932

Deutsches Reich: Joseph Goebbels berichtet am 6. Dezember 1932 in seinem Tagebuch (x034/625): >>Die Lage im Reich ist katastrophal. In Thüringen haben wir seit dem 31. Juli nahezu 40 Prozent Verlust erlitten.<<

07.12.1932

Deutsches Reich: Im Reichstag findet am 7. Dezember 1932 eine Massenschlägerei zwischen NSDAP- und KPD-Anhängern statt.

Schleicher, der ständig einen gewaltsamen Umsturzversuch durch die NSDAP oder KPD befürchtet, versucht den gemäßigten NSDAP-Politiker Gregor Strasser (1892-1934) zu überreden, eine Spaltung der NSDAP herbeizuführen. Gregor Strasser lehnt Schleichers Angebot jedoch ab (Hitler läßt Strasser später aber trotzdem als sogenannten "Staatsfeind" und Verräter ermorden).

Schleichers Bemühungen, die deutschen Gewerkschaften zu gewinnen, scheitern später ebenfalls wegen Ablehnung der SPD-Führung.

08.12.1932

Deutsches Reich: Der NSDAP-Politiker Gregor Strasser legt am 8. Dezember 1932 nach Auseinandersetzungen mit Hitler sein Reichstagsmandat und sein Amt als NS-Organisationsleiter nieder.

Joseph Goebbels berichtet am 8. Dezember 1932 in seinem Tagebuch (x034/625): >>In der Organisation herrscht schwere Depression. Die Geldsorgen machen jede zielbewußte Arbeit unmöglich.<<

15.12.1932

Deutsches Reich: Am 15. Dezember 1932 sind im Deutschen Reich 5.604.000 Menschen arbeitslos.

16.12.1932

Deutsches Reich: Am 16. Dezember 1932 demonstrieren Kinder in Dortmund gegen Hunger und Not (x034/626): >>Wir wollen für unsere Väter Arbeit und damit für uns Brot. ...<<

23.12.1932

Deutsches Reich: Joseph Goebbels berichtet am 23. Dezember 1932 in seinem Tagebuch (x034/627): >>Das Jahr 1932 war eine ewige Pechsträhne. Man muß es in Scherben schlagen. ... Die Vergangenheit war schwer, und die Zukunft ist dunkel und trübe; alle Aussichten und Hoffnungen vollends entschwunden. ...<<

31.12.1932

Deutsches Reich: Am 31. Dezember 1932 sind im Deutschen Reich 5.773.000 Menschen arbeitslos.

1932

Deutsches Reich: Das Auswärtige Amt des Deutschen Reiches berichtet im Jahre 1932 in einer Kabinettsvorlage (x020/27): >>Da es fraglich sein dürfte, ob sich in den nächsten Jahren eine aktive Revisionspolitik im Osten durchführen lassen wird, die zu einer Änderung der territorialen Grenzen führen könnte, bleibt zur Zeit nicht anderes übrig, als für die Erhaltung aller derjenigen Positionen des Deutschtums in den abgetretenen Gebieten zu sorgen, die noch irgendwie haltbar sind. Es handelt sich hierbei in gleicher Weise um politische, wirtschaftliche und kulturelle Positionen. ...<<

Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrirte Zeitung" berichtet im Jahre 1932 über die Folgen der Weltwirtschaftskrise (x269/293): >>Schlimmer, als sie jemals an Mangel gelitten hat, leidet heute die Welt an Überfluß. Man nennt es Weltwirtschaftskrise.

Man spricht von Überproduktion. Es hat jedenfalls damit angefangen, daß die Erzeugung von Gütern aller Art vervielfacht wurde. Technisierung und Rationalisierung haben dabei die Hauptrollen gespielt. ...

Die Vereinigten Staaten und Afrika ersticken an ihrem Überfluß an Baumwolle. In Brasilien muß man Kaffe verheizen, in Argentinien werden die Maikolben verfeuert. Die großen Industriestaaten haben ihre technischen Anlagen in solchem Maß vergrößert, daß sie die Welt mit Fabrikaten überschwemmen können.

Aber inmitten all dieses Überflusses darben die Menschen in den Rohstoff- wie in den Industrieländern. Die Fabrikate sind unabsetzbar, Maschinen werden stillgelegt, die Fabrikation wird durch ungenügende Ausnützung der Fabrikanlagen verteuert. Dadurch wird die Konsumkraft geschwächt auch bei den Millionen, die noch Arbeit haben und die mit dem Ertrag ihrer Arbeit die Millionen von Arbeitslosen erhalten müssen.

Die Industrieländer können den Rohstoffländern deren Erzeugnisse nicht abnehmen und infolge Verarmung der Rohstoffländer die eigenen Erzeugnisse nicht dahin verkaufen. Zustände, aus denen dringend ein Ausweg gefunden werden muß.<<

In Deutschland sind 1932 im Jahresdurchschnitt 5.575.000 Personen arbeitslos (x149/60).

Der US-Journalist Hubert Renfro Knickerbocker (1898-1949) berichtet im Jahre 1932 aus Berlin über die Familie des arbeitslosen Max, der wöchentlich 15,85 Reichsmark Arbeitslosenunterstützung erhält (x149/62): >>Zuallererst, bevor ich ans Essen denke, muß ich 85 Pfennige vorne weg nehmen, die Max in der Woche für Tabak kriegt. Für die Miete müssen wir drei Mark wöchentlich zahlen; Gas 70 Pfennig; 50 Pfennig in der Woche Ratenzahlung für den Sweater von Max und 30 Pfennig in der Woche Handtuchmiete; 1 Mark 30 für Zeitungen und 1 Mark Parteibeitrag. Das macht 6 Mark 80, übrig bleiben 8 Mark 20, und davon müssen 7 Menschen essen. ...<<

Junge Arbeitslose berichten im Jahre 1932 über ihre Situation (x149/62): >>Schlimmer wie Arbeit und Zwang ist die Arbeitslosigkeit. Diese furchtbare Arbeitslosigkeit bringt den Menschen um. Da hat man gelernt und liegt nachher auf der Straße, keine Aussicht auf Besserung,

keine Aussicht auf Weiterbildung, man hat das schreckliche Gefühl des Überflüssigseins.<<
Hamburger Volksschüler einer Abschlußklasse schreiben im Jahre 1932 über ihre Zukunftsaussichten (x067/100): >>Mein Vater sagt, wenn das neunte Schuljahr kommt, soll ich noch bis 1933 zur Schule gehen; im nächsten Jahre könnte die wirtschaftliche Lage schon viel besser sein. ...<<
>>... Mein Vater ist schon fast zweieinhalb Jahre arbeitslos. Er glaubt, daß ich keine Stelle mehr bekommen werde, weil allein 700.000 junge Leute in Deutschland stellungslos sind. Das ist eine schreckliche Zahl; man könnte mit diesen Menschen 7 Großstädte bevölkern.<<
>>Meine Hoffnung, in der Fabrik in der Süderstraße als Mechanikerlehrling eingestellt zu werden, hat sich leider zerschlagen. Statt meiner tritt dort ein Abiturient als Volontär ein. Der Meister sagt, er hätte mehr Nutzen davon. ...<<
>>Ich bin manchmal ganz wirr im Kopf vom Vorstellen. Ich bin jeden Tag auf jede Anzeige losgewesen, aber immer war es schon besetzt. ...<<
>>Meine verheiratete Schwester sagte neulich: Wie war es früher doch besser; bei uns gab es höchstens ein oder zwei Mädchen, die keine Stelle hatten, und jetzt? ... In der Mädchenschule nebenan haben von 30 Mädchen erst 2 eine Lehrstelle! Wie wird es da mit mir werden? ...<<
>>Ich bin sehr froh, daß ich bei unserem Bäcker in die Lehre komme, weil meinem Vater zum 1. April gekündigt ist und ich nun schon mithelfen kann zu verdienen. Eigentlich wollte ich ja Kaufmann werden. ...<<
Die deutsche Historikerin Birgit Wulff schreibt später über die "Arbeitslosigkeit" vor der NS-Machtergreifung (x051/35-36): >>Arbeitslosigkeit ... Zum Zeitpunkt der Machtergreifung gab es im Deutschen Reich 6.013.612 Arbeitslose. Das entsprach einer Quote von rund 19 %. Damit hatte die Arbeitslosigkeit ihren Höhepunkt vom Jahr 1932 (Jahresgipfel: 6,2 Millionen, Durchschnitt: 5,5 Millionen) bereits überschritten.
Die wirtschaftliche Depression und die sie begleitende Massenarbeitslosigkeit waren durch die Weltwirtschaftskrise verursacht, die neben den USA vor allem Deutschland besonders hart getroffen hatte. Insbesondere kaufmännische Angestellte, ungelernte Arbeiter, Arbeiter in der Eisen- und Metallerzeugung sowie Baufacharbeiter litten unter der Krise.
In den Statistiken tauchten nur die bei den Arbeits- und Wohlfahrtsämtern gemeldeten Arbeitslosen und Arbeitssuchenden auf, so daß die Zahlen in Wirklichkeit weit höher lagen. Wegen der geringen Vermittlungschancen meldeten sich im Lauf der Krise immer weniger Arbeitslose. Unter diesen "unsichtbaren" Arbeitslosen waren vor allem Frauen, Jugendliche und ältere Arbeitnehmer. Rechnet man sie hinzu, dann lag die Arbeitslosigkeit im Frühjahr 33 bei ca. 7,8 Millionen.
Seit Gründung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 1927 galt in der Versorgung der Arbeitslosen das Versicherungsprinzip. Ursprünglich war der Bezug von Arbeitslosenunterstützung auf 26 Wochen begrenzt, in Zeiten mit besonders hoher Arbeitslosigkeit war eine sogenannte Krisenunterstützung vorgesehen. Höchstbezugsdauer für Arbeitslosen- und Krisenunterstützung für Arbeiter unter 40 Jahren 58 Wochen, sonst 71 Wochen.
Im Verlauf der Krise war eine Hilfsbedürftigkeitsprüfung eingeführt worden, die nach sechs Wochen einsetzte. Nach Ablauf dieser Fristen bezogen die Arbeitslosen die Wohlfahrtsunterstützung der Gemeinden, die den Belastungen durch die ständige Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen bald nicht mehr gewachsen waren. Im November 32 wurde die Aussteuerung aus der Krisenunterstützung aufgehoben. Diese Regelung wurde von den Nationalsozialisten beibehalten.
Die Unterstützungssätze bei Arbeitslosigkeit waren im Lauf der Krise mehrfach gekürzt worden. Sie errechneten sich nach dem vorhergehenden Lohn, der Ortsklasse und der Zahl der unterhaltsberechtigten Angehörigen. Für einen großstädtischen ledigen Arbeitslosen betrug

die wöchentliche Unterstützung 5,10 RM, der Höchstsatz in dieser Klasse lag bei 11,70 RM. Auch die Wohlfahrtsunterstützung war laufend gekürzt worden. Die Sätze, die knapp über dem Existenzminimum lagen, wurden von den Nationalsozialisten übernommen. ...
Die Verelendung weiter Kreise durch die Weltwirtschaftskrise in den letzten Jahren der Weimarer Republik hatte viel zur Radikalisierung des politischen Spektrums beigetragen und insbesondere der NSDAP den entscheidenden Zulauf gebracht. ...<<
Von den 77 im Deutschen Reich gefällten Todesurteilen wird im Jahre 1932 kein Urteil vollstreckt. Im Jahre 1933 wird man bereits 75 % aller Todesurteile vollziehen.
Die Hitlerjugend (HJ) zählt Ende 1932 etwa 100.000 Mitglieder (x067/115).
Der Musikpädagoge und Lyriker Alfred Zschiesche (1908-1992) verfaßt im Jahre 1932 den Text des Soldatenliedes "Weit laßt die Fahnen wehen ..." (x846/...):
>>1. Weit laßt die Fahnen wehen,
Wir woll'n zum Sturme gehen
Frisch, frei nach Landsknechtsart.
Laßt den verlor'nen Haufen
Voran zum Sturme laufen
Wir folgen dicht geschart.

2. Die Mauern wir erklettern,
Die Türme wir zerschmettern
Und in die Stadt hinein.
Wer uns den Lauf will hemmen,
Sich uns entgegenstemmen
Der soll des Teufels sein.

3. Es harren unser drinnen
Wenn wir die Stadt gewinnen
Viel Gold und Edelstein
Das wird ein lustig' Leben
In unserm Lager geben
Bei Würfelspiel und Wein.

4. Die Reihen fest geschlossen,
Und vorwärts unverdrossen!
Falle, wer fallen mag.
Kann er nicht mit uns laufen,
So mag er sich verschnaufen
Bis an den jüngsten Tag.<<
Ein Sturmführer der SA berichtet später über die Zeit vor der "NS-Machtergreifung" (x067/-130): >>Unsere Demonstrationen in der Studenten-SA verliefen nach dem Muster der Sturmabteilungen aus der Kampfzeit. Wir marschierten in soldatischen Formationen durch die Straßen und wollten damit ein Bekennertum zur nationalsozialistischen Bewegung zeigen. Wir waren also diejenigen, die glaubten, die richtige Weltanschauung zu besitzen, um aus dem immer mehr dahinsiechenden deutschen Vaterland aufzubrechen in eine neue Zeit.
Wir trugen die gleichen Stiefel, die gleichen Hemden, die gleichen Koppel und fühlten uns gleichermaßen in treuer Pflichterfüllung zum Dienst für Deutschland verpflichtet.
Und ich muß hier eines sagen, mich hat die SA immer kolossal beeindruckt als soziale Integrationskraft. Da war der Sohn des Pfarrers, der Sohn des Rektors, der Sohn des Postbeamten, der Sohn des Arztes und der Sohn des Schlossers sowie des Arbeitslosen. ...

Das war mit eines der mächtigsten Triebfedern, daß ich gesagt habe, das kann nicht so sein, daß der Arbeiter gegen den sogenannten Kapitalisten und der "Arbeiter der Stirn" gegen den "Arbeiter der Faust" kämpft, der Landwirt gegen den Gutsherrn und der Gutsherr gegen den Landwirt.
Die Integrierung aller Volksteile, nicht im Sinne einer Vermassung, sondern als Teil einer Volksgemeinschaft, bestehend aus den verschiedenartigsten Gliedern, aber nach außen als einheitlicher Block, war unser Ziel. Wir wollten Tugenden pflegen, die im Aussterben begriffen waren. ...
Nun war für uns junge Idealisten innerhalb der SA die rote Hochburg der Kommunisten und Sozialdemokraten in Mannheim ein begehrtes Angriffsziel. Wir trugen unsere Parteiabzeichen, wir marschierten mit einem "Sturm" oder einem "Sturmbann", der aus 4 Stürmern bestand, singend durch die Straßen, und natürlich gab es immer Tumulte, weil wir uns eben die Gegenden ausgesucht hatten, die "rot" waren.
Wir demonstrierten offen Bekennertum, anders als der normale Bürger, der, wie wir spotteten – feige im Keller saß und sich die Politik vom Leibe hielt, während wir uns sagten, wenn wir schon Änderungen wollen, dann müssen wir uns auch dazu bekennen. ...<<
Die deutschen Historiker Hans-Adolf Jacobsen (1925 geboren) und Werner Jochmann (1921-1994) schreiben später über die Gewalttaten des NS-Regimes vor der Machtergreifung (x245/-357): >>... Aus der Rückschau auf die innerdeutschen Ereignisse vor dem Jahre 1933 wird heute immer wieder gefragt, warum sich das deutsche Volk nicht entsetzt von den radikalen Methoden des Nationalsozialismus abgewandt und warum namentlich das Bürgertum nicht einhellig die Gewalttaten der Anhänger Hitlers verurteilt habe.
Zunächst läßt sich zeigen, daß bereits in den letzten Jahrzehnten des Kaiserreiches und dann beschleunigt im Ersten Weltkrieg selbst humanitäre Haltungen abgebaut und zerstört worden waren. In der Revolution und in den Jahren danach hatten dann in Deutschland Kämpfe, Aufstände und Gewalttaten in großer Zahl stattgefunden. Eine weitere Abstumpfung in den humanen Gesinnungen war die Folge.
Wie zahlreiche Zeugnisse aus dieser Zeit zeigen, gab es nicht wenige sogenannte friedliche Bürger, die ein rücksichtsloses Vorgehen gegen die Träger der Revolution von 1918 forderten. Auf diese Stimmen konnte sich Hitler berufen, als er den Terror zum politischen Kampfmittel machte. Insbesondere verwies er auf die Kampfesweise der Radikalen und besonders der Kommunisten, bezeichnete sie als Herausforderung und fand, was die eigene Praxis anging, daraufhin bereitwilliges Entgegenkommen.
Hatte es nicht, so fragten viele Deutsche in vielen Städten und Provinzen, Terror gegeben, bevor die NSDAP dort Fuß gefaßt hatte? Waren die staatlichen Sicherheitsorgane nicht oft außerstande gewesen, Versammlungen bürgerlicher Partei zu schützen? Soweit diese Fragen mit einem eindeutigen Ja beantwortet wurden, umschloß die Antwort nahezu immer ein Lob für Hitler, der diesen "Elementen" rücksichtslos das Handwerk lege.
Eine Versammlung prominenter Hamburger Bürger, denen der Schrecken des kommunistischen Aufstandes vom Oktober 1923 noch lebhaft vor Augen stand, spendete Hitler zweieinhalb Jahre später bemerkenswerten Beifall, als er versprach, die Kommunisten ohne alle Rücksicht niederzwingen und "ausrotten" zu wollen. Immer wieder läßt sich feststellen, wie die Nationalsozialisten gerade in jenen Großstädten oder Stadtteilen besonderen Zulauf erhielten, in denen sie mit Fäusten und Schlagwerkzeugen die Durchführung ihrer Versammlungen erzwangen.
So erlag ein beträchtlicher Teil des deutschen Volkes in dem Glauben, Gewalt sei nur mit Gewalt zu brechen, eine Revolution lediglich durch eine revolutionäre Partei aufzuhalten oder zu verhindern, einem folgenschweren Irrtum.
Selten nur wurde die Befürchtung laut, das Gesetz, nach dem die NSDAP zu ihrem Kampf

angetreten war, könne auch dann noch fortwirken, wenn sie einmal an die Macht gelangt sei. ...<<
Der US-Journalist Hubert Renfro Knickerbocker (1898-1949) berichtet im Jahre 1932 aus Berlin über die Erwartungen der Anhänger des NS-Regimes (x149/75): >>Außenpolitik: Hitler wird den Versailler Vertrag zerreißen. Hitler wird den Franzosen sagen, sie sollen sich die Tributgelder (Reparationen) in der Hölle holen gehen.
Hitler wird die allgemeine Militärdienstpflicht wieder einführen und das alte deutsche Heer mit mindestens 600.000 Mann wieder aufstellen. ...
Hitler wird den polnischen Korridor (zwischen Ostpreußen und Pommern), den deutschen Teil Oberschlesiens und unsere Kolonien wieder holen ...
Innenpolitik: Hitler wird die Republik abschaffen.
Hitler wird allen Erwerbslosen Arbeit geben.
Hitler wird die Kommunistische Partei auflösen.
Hitler wird die Juden aus Deutschland vertreiben. ...<<
Otto Riethmüller (1889-1938, Beamter, Pastor und Liederdichter) verfaßt im Jahre 1932 den Text des Kirchenliedes "Herr, wir stehen Hand in Hand ..." (x198/527):
>>1. Herr, wir stehen Hand in Hand,
die dein Hand und Ruf verband,
steh'n in deinem großen Heer
aller Himmel, Erd' und Meer.

2. Wetter leuchten allerwärts,
schenke uns das feste Herz;
deine Fahnen zieh'n voran,
führ' auch uns nach deinem Plan.

3. Welten steh'n um dich im Krieg,
gib uns teil an deinem Sieg.
Mitten in der Höllen Nacht
hast du ihn am Kreuz vollbracht.

4. In die Wirrnis dieser Zeit
fahre, Strahl der Ewigkeit.
Zeig den Kämpfern Platz und Pfad
und das Ziel der Gottesstadt.

5. Mach in unsrer kleinen Schar,
Herzen rein und Augen klar.
Wart zur Tat und Waffen blank,
Tag und Weg voll Trost und Dank.

6. Herr, wir gehen Hand in Hand,
Wand'rer nach dem Vaterland:
Laß dein Antlitz mit uns geh'n,
bis wir ganz im Lichte steh'n.<<
Polen: Nach Abschluß des polnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes (1932) spricht man in Polen bereits unverblümt über den "Marsch gegen das Deutsche Reich bzw. nach Berlin".
Der Streit um die Westerplatte führt 1932/33 zu gefährlichen polnisch-deutschen Spannungen. Staatschef Pilsudski schlägt deshalb vor, polnisch-französisch-britische "Polizeiaktionen" ge-

gen das Deutsche Reich durchzuführen.
UdSSR: Um den erbitterten Widerstand der widerspenstigen Ukrainer zu brechen, die hartnäckig eine gewisse nationale Unabhängigkeit fordern, befiehlt Stalin im Jahre 1932 "geeignete Strafmaßnahmen". Die zwangsläufige Folge dieser gnadenlosen Strafmaßnahmen und Bauernverfolgungen sind landesweite Hungerkatastrophen.
Die UdSSR ist im Jahre 1932 außenpolitisch fast vollständig vom übrigen Europa isoliert.
Italien: Mussolini schreibt im Jahre 1932 über die Ziele des Faschismus (x073/88): >>Alles in allem: der Faschismus ist nicht nur Gesetzgeber und Gründer von Einrichtungen, sondern Erzieher und Förderer des geistigen Lebens. Er will nicht die Formen des menschlichen Lebens, sondern seinen Inhalt, den Menschen, den Charakter, den Glauben neu schaffen. Und zu diesem Zwecke fordert er Zucht und Führung, die in die Geister eindringt und darin unbestritten herrscht. Sein Zeichen ist daher das Rutenbündel, das Symbol der Einheit, der Kraft und der Gerechtigkeit.
... Kampf und Leben sollen sein, losgelöst von der Betrachtung der gegenwärtigen Politik, glaubt der Faschismus nicht an die Möglichkeit noch an die Nützlichkeit des ewigen Friedens. Er lehnt daher jede Politik, die einen Verzicht auf Kampf bedeutet, als Feigheit ab.
Der Kampf allein bringt die menschliche Willenskraft auf die höchste Spannung, verleiht ihren Trägern die Würde des Adels. ...<<
Spanien: Der erste Militärputsch gegen die Zweite Republik wird im Jahre 1932 durch einen anarchistischen Generalstreik vereitelt.
Katalonien erhält Autonomierechte.
Großbritannien: Der "Daily Telegraph" empfiehlt den Deutschen im Jahre 1932, eine "Rechtskoalition" zu bilden (x025/129).
USA: In den USA sind 1932 im Jahresdurchschnitt 12.060.000 Personen bzw. 23,6 % arbeitslos (x149/60).
Nordamerikanische Wirtschaftswissenschaftler berichten später über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise im Jahre 1932 (x243/83): >>Wenn man durch eine amerikanische Stadt ging, waren die Anzeichen der Krise für das flüchtige Auge kaum sichtbar, jedenfalls nicht auffällig. Man konnte bemerken, daß viele Läden geschlossen waren und Schilder auf verstaubten Fenstern darauf hinwiesen, daß sie zu verpachten wären: daß wenig Fabrikschornsteine rauchten; daß auf den Straßen weniger Lastwagen fuhren. ...
Die wichtigsten Auswirkungen der Krise waren meist negativer Art und sprangen nicht ins Auge. Wer aber wußte, wo es hinzusehen galt, der würde doch einige zu Gesicht bekommen.
Erstens, in ärmeren Vierteln die Menschenschlangen vor der Brotausgabestelle.
Zweitens, ... Bretterbuden in denen Menschen, manchmal ganze Familien Ausgewiesener, auf Autositzen schliefen, und sich an Abfallfeuern in Mülltonnen wärmten.
Drittens, die Obdachlosen, die in Hauseingängen oder auf Parkbänken schliefen oder von Restaurant zu Restaurant zogen, um ihr Dasein mit halbgegessenen Brot- und Kuchenresten oder irgend sonstwas zu fristen.
Viertens, die gewaltig angewachsene Zahl von Anhaltern auf den Überlandstraßen und besonders die vielen blinden Passagiere auf den Güterwaggons der Eisenbahnen.
Die meisten der vergleichsweise Wohlhabenden im Lande mußten ihren Lebensstandard zurückschrauben. ... Diese Leute entließen Personal oder senkten die Löhne ihrer Dienstboten oder "erlaubten" in manchen Fällen einem Bediensteten zu bleiben, ohne jede Entschädigung außer Essen und Unterkunft. In vielen feinen Häusern kochten und schrubbten Hausfrauen, die diese Arbeit selbst zuvor nie getan hatten. ... Ihre Ehemänner trugen die alten Anzüge länger, traten aus dem Golfclub aus, stellten vielleicht fest, daß es sich die Familie nicht leisten konnte, im Sommer an die See zu fahren. ...<<
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die sozialen Folgen

der Wirtschaftskrise in Nordamerika (x281/75): >>... Das amerikanische Bruttoinlandsprodukt fiel in der Zeit von 1929 bis 1933 fast um die Hälfte und drückte viele Familien unter das Existenzminimum. In den Wohnquartieren herrschte Hunger. In Chicago wurden Lehrer, die seit zwölf Monaten kein Gehalt mehr bekommen hatten, im Klassenzimmer ohnmächtig. In den Städten gab es Hungertote wie im europäischen Mittelalter.
Es kam vielerorts in den USA zur Plünderung von Lebensmitteltransporten und zu Protestaktionen in Sichtweite des Weißen Hauses. Ein offenbar gefühlsarmer US-Präsident Hoover schickte den Unzufriedenen die Kavallerie mit gezückten Säbeln auf den Hals, unterstützt von Panzerwagen und Tränengas.
Die Erfolgsgeschichte Amerikas war nicht beendet, aber sie war zumindest jäh unterbrochen. ...<<

Südamerika: Der "Kakao-Krieg" (1932-35) zwischen Paraguay und Bolivien beginnt.

Palästina: Obwohl in Palästina vielerorts Judenverfolgungen stattfinden, wandern von 1919-32 rund 84.100 Juden in ihre uralte Heimat (x055/507).

China: Ein Erdbeben in Kansu fordert im Jahre 1932 etwa 70.000 Todesopfer (x175/60).

1933

> Die Nullen, folgen sie der Eins, wird eine große Zahl daraus!
> *Friedrich Martin von Bodenstedt (1819-1892, deutscher Philologe und Dichter)*

01.01.1933

Deutsches Reich: Die politisch-satirische Zeitschrift "Simplicissimus" meldet am 1. Januar 1933 voreilig (x034/629): >>... Eins nur läßt sich sicher sagen, und das freut uns rundherum: Hitler geht es an den Kragen. Dieses "Führers" Zeit ist um!<<

04.01.1933

Deutsches Reich: Papen trifft sich am 4. Januar 1933 mit Hitler im Haus des Bankiers Schröder in Köln, um den Sturz Schleichers und eine gemeinsame Kabinettsbildung (Kabinett der nationalen Konzentration: Vizekanzler von Papen) mit der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP = Interessenvertretung von Großgrundbesitz und Bürgertum) zu verabreden (x054/-209).

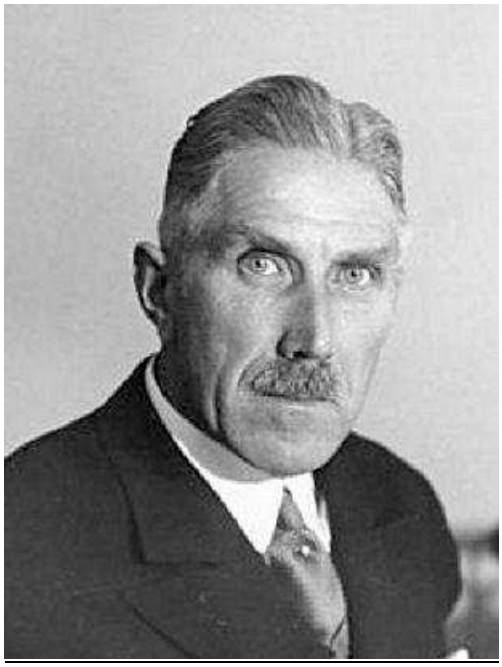


Abb. 63 (x017/2.859): Franz von Papen

Franz von Papen (1879-1969, 1920-1932 Abgeordneter der Zentrumspartei im preußischen Landtag, 1923-1938 päpstlicher Geheimkämmerer, von Juni bis November 1932 Reichskanz-

ler, 1933-1934 Vizekanzler, 1939-1944 Botschafter in der Türkei, ebnete 1933 Hitler den Weg zur Machtübernahme, 1946 im Nürnberger Prozeß freigesprochen).
Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtet später über Franz von Papen (x1.001/7): >>… Tatsächlich übertrug der Nachfolger Pius' XII., Johannes XXIII. (1881-1963), am 24. Juli des Jahres 1959 seinem persönlichen Freund Franz von Papen (1879-1969) den Ehrentitel eines päpstlichen Geheimkämmerers *(Finanzbeamten)*. Dieser Mann war während des ersten Weltkrieges Spion in den Vereinigten Staaten und einer der Verantwortlichen für Hitlers Diktatur und den "Anschluß". Man muß unter einer seltsamen Art von Blindheit leiden um solche klaren Fakten nicht zu sehen. …<<
Der Kölner Bankier Freiherr Kurt von Schroeder berichtet später über dieses Gespräch vom 4. Januar 1933 (x243/38-39): >>... Papen (führte) aus, daß er (es) für das beste halte, eine Regierung zu formen, bei der die konservativen und nationalen Elemente ... zusammen mit den Nazis vertreten seien. Er schlug vor, daß diese neue Regierung womöglich von Hitler und von Papen zusammen geführt werden sollte. ...
Hitler ... sagte, daß, wenn er zum Kanzler ernannt würde, Anhänger von Papen als Minister an seiner (Hitlers) Regierung teilnehmen könnten. ... Er skizzierte Änderungen, einschließlich der Entfernung aller Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden von führenden Stellungen in Deutschland. ...
Von Papen und Hitler erzielten keine prinzipielle Einigung. ...
Diese Zusammenkunft wurde von mir arrangiert, nachdem Papen mich ungefähr am 10. Dezember 1932 darum ersucht hatte. ... Bevor ich diesen Schritt unternahm, besprach ich mich mit einer Anzahl von Herren der Wirtschaft. ... Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange an der Macht bleiben würde. ...
Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, daß die Nationalsozialisten ... eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden. Ein weiteres gemeinsames Interesse war der Wunsch, Hitlers wirtschaftliches Programm in die Tat umzusetzen. ... Weiterhin erwartete man, daß eine (bessere) wirtschaftliche Konjunktur durch das Vergeben von größeren Staatsaufträgen ... (entstehen) würde. ...
Zu erwähnen (sind) eine von Hitler projektierte Erhöhung der deutschen Wehrmacht ... auf 300.000 Mann, das Bauen von Reichsautobahnen und die Kredite, die der öffentlichen Hand ... gegeben werden sollten. Aufträge zur Verbesserung der Reichsbahn, und Förderung (von) Automobil- und Flugzeugbau. ...
Es war allgemein bekannt, daß einer der wichtigsten Programmpunkte Hitlers die Abschaffung des Vertrages von Versailles darstellte und die Wiederherstellung eines sowohl in militärischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht starken Deutschlands. Es war klar, daß in einem starken Deutschland auch die Wirtschaft aufblühen werde. ... Das wirtschaftliche Programm Hitlers war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt. ...<<

05.01.1933

Deutsches Reich: Die "Frankfurter Zeitung" blickt Anfang Januar 1933 noch voller Optimismus in die Zukunft (x092/861): >>Auf allen Gebieten, in der Wirtschaft, in der Innenpolitik, in der Außenpolitik, und vor allem auch in der geistigen Gesamtlage der Nation lassen sich zum erstenmal gleichzeitig deutliche Symptome einer beginnenden Konsolidierung beobachten. ...
Die politische Grundtendenz wird durch die Tatsache der Entzauberung der NSDAP und durch die große politische Erkenntnis dieses Jahr bestimmt bleiben, daß es in Deutschland kein Diktieren gegen die öffentliche Meinung geben kann.<<
Carl von Ossietzky schreibt damals in der "Weltbühne" über die Krise der NSDAP (x092/-

861): >>Am Anfang des Jahres 32 stand die Nazidiktatur vor der Tür, war die Luft voll Blutgeruch. ... An seinem Ende wird die Hitlerpartei von einer heftigen Krise geschüttelt, sind die langen Messer still ins Futteral zurückgesteckt und öffentlich sichtbar nur die langen Ohren des Führers. Die deutsche Entwicklung geht nicht glatt aber rapid. ...<

10.01.1933

Deutsches Reich: Ossietzky schreibt am 10. Januar 1933 in der "Weltbühne" (x034/630): >>Deutschland nimmt die Diktatur als selbstverständlich hin, demokratische Prinzipien zählen nicht mehr.<<

12.01.1933

Deutsches Reich: Thomas Mann schreibt am 12. Januar 1933 an den preußischen Kultusminister Adolf Grimme (x034/631): >>... Das soziale und demokratische Deutschland, ich bin tief überzeugt davon, darf vertrauen, daß die gegenwärtige Konstellation vorübergehend ist und daß die Zukunft, trotz allem, ihm gehört. ...<<

15.01.1933

Deutsches Reich: Am 15. Januar 1933 sind im Deutschen Reich 5.966.000 Menschen arbeitslos.

20.01.1933

Deutsches Reich: Die SPD-Zeitung "Vorwärts" berichtet am 20. Januar 1933 über die zahllosen politischen Intrigen (x034/632): >>... Hitler bei Papen, Strasser bei Schleicher, Hugenberg bei Hitler, Papen bei Hugenberg, Hugenberg bei Hindenburg, Alvensleben schiebt vorne, Thyssen schiebt hinten ... Wer findet sich noch zurecht in der Geheimpolitik, die ohne das deutsche Volk getrieben wird? ...<<

21.01.1933

Deutsches Reich: Joseph Goebbels berichtet am 21. Januar 1933 in seinem Tagebuch (x034/-632): >>Die Vorarbeiten für den Sturz Schleichers sind in vollem Gange.<<

22.01.1933

Deutsches Reich: Hitler führt am 22. Januar 1933 mit Franz von Papen und Oskar von Hindenburg wieder politische Sondierungsgespräche über die Regierungsbildung.

23.01.1933

Deutsches Reich: Reichskanzler Schleicher, der eine vorübergehende Militärdiktatur anstrebt, kann die beantragte Auflösung des Reichstages nicht durchzusetzen, weil Reichspräsident Hindenburg am 23. Januar 1933 die erforderliche Zustimmung verweigert.

24.01.1933

Deutsches Reich: Generaloberst Kurt von Hammerstein-Equord (1878-1943, seit 1930 Chef der deutschen Heeresleitung) fordert seinen Freund Reichskanzler Schleicher am 24. Januar 1933 zur gewaltsamen Machtübernahme auf, um Hitler mit Hilfe der Reichswehr zu stoppen.
Schleicher lehnt jedoch einen Militärputsch ab, da er seinen geleisteten Eid nicht brechen will. Er weigert sich außerdem weiterhin starrsinnig, die verbrecherische "preußische Notverordnung" aufzuheben, so daß Hitlers Machtergreifung nicht mehr zu stoppen ist.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord (x051/236): >>Hammerstein-Equord, Kurt Freiherr von, geboren in Hinrichshagen (Mecklenburg) 26.9.1878, gestorben in Berlin 25.4.1943, deutscher Generaloberst (1934); im Ersten Weltkrieg Generalstabsoffizier, nach 1918 u.a. im Stab des Reichswehrministers Noske, Gegner des Kapp-Putsches (1920).
1930 wurde Hammerstein-Equord durch Fürsprache seines Freundes Schleicher zum Chef der Heeresleitung ernannt und hoffte wie dieser auf eine "Zähmung" der NSDAP durch deren Regierungsbeteiligung unter der "Kontrolle" einer parteipolitisch unabhängigen Reichswehr. 1933 trug Hammerstein-Equord Hindenburg die Bedenken der Heeresleitung gegen eine Ernennung Hitlers zum Reichskanzler vor, fand danach aber in der Truppe kaum noch Unter-

stützung, so daß er Ende Januar 34 resigniert zurücktrat.
1939 wurde Hammerstein-Equord von Hitler ins Heer zurückgerufen und kurzzeitig zum Oberbefehlshaber einer Armeegruppe an der Westfront ernannt. Seit längerem in Verbindung mit Vertretern des militärischen Widerstands, u.a. mit Halder und Beck, plante Hammerstein-Equord die Festnahme Hitlers bei einem Truppenbesuch. Bevor sich dazu eine Gelegenheit ergab, wurde Hammerstein-Equord endgültig entlassen und lebte danach in selbstgewählter Isolation in Berlin.<<

26.01.1933

Deutsches Reich: Alfred Hugenberg (Unternehmer und Vorsitzender der DNVP) verharmlost am 26. Januar 1933 während einer Besprechung mit Franz von Papen die Gefährlichkeit Hitlers (x034/633): >>... Wir rahmen ... Hitler ein. ...<<

27.01.1933

Deutsches Reich: Der Reichswehroffizier Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord (1878-1944, General und Chef der Heeresleitung) warnt Hindenburg am 27. Januar 1933 nochmals vor Hitler.
Der Reichspräsident beruhigt damals den Chef der Heeresleitung mit folgenden Worten (x034/633): >>... Sie werden mir doch nicht zutrauen, daß ich diesen österreichischen Gefreiten zum Reichskanzler berufe. ...<<

28.01.1933

Deutsches Reich: Als die letzten Verhandlungen mit den demokratischen Parteien und den Gewerkschaften scheitern, tritt Reichskanzler Schleicher am 28. Januar 1933 verbittert zurück.
Der "letzte Reichskanzler" Kurt von Schleicher wird später mit seiner Frau beim sogenannten "Röhm-Putsch" ermordet.
Im Abschlußbericht der zurückgetretenen Reichsregierung vom 28. Januar 1933 heißt es (x034/633-634): >>Reichskanzler von Schleicher erstattete heute dem Herrn Reichspräsidenten Bericht über die Lage und erklärte, daß die gegenwärtige Reichsregierung, ihrem Charakter als Präsidialregierung entsprechend, im Reichstag ihr Programm und ihre Auffassung nur dann zu vertreten in der Lage wäre, wenn der Herr Reichspräsident ihr die Auflösungsorder zur Verfügung stelle.
Reichspräsident von Hindenburg erklärte, diesem Vorschlag bei der zur Zeit gegebenen Lage nicht entsprechen zu können.
Reichskanzler von Schleicher erklärte hierauf den Gesamtrücktritt der Reichsregierung, den der Herr Reichspräsident unter Beauftragung des Kabinetts mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte entgegennahm.
Der Herr Reichspräsident sprach dem Reichskanzler wie den Mitgliedern der Reichsregierung seinen Dank für die dem Vaterlande in schwerer Zeit geleisteten treuen Dienste aus.<<
Die Gewerkschaften warnen Reichskanzler Hindenburg am 28. Januar 1933 telegrafisch, Hitler mit der Regierung zu betrauen (x034/634): >>... daß die Berufung einer sozialreaktionären und arbeiterfeindlichen Regierung von der gesamten deutschen Arbeiterschaft als eine Herausforderung empfunden werden müßte.<<
Joseph Goebbels berichtet am 28. Januar 1933 in seinem Tagebuch (x034/634): >>Schleicher ist endgültig erledigt. Jetzt bleibt nichts mehr übrig, als daß der Führer betraut wird. Wir sind alle noch sehr skeptisch und freuen uns nicht zu früh.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Kurt von Schleicher (x051/-516-517): >>Schleicher, Kurt von, geboren in Brandenburg an der Havel 7.4.1882, gestorben in Neubabelsberg (heute Potsdam-Nord) 30.6.1934, deutscher General (1929) und Politiker; während der Ausbildung (ab 1900) Bekanntschaft u.a. mit Hammerstein-Equord und Hindenburg-Sohn Oskar, im 1. Weltkrieg bei der Obersten Heeresleitung u.a. im Stab Groeners und

wie dieser nach Kriegsschluß Befürworter eines Bündnisses zwischen SPD und Militär.
Schleicher wurde 1920 Leiter des innenpolitischen Referats im Reichswehrministerium und 1929 Chef der neugeschaffenen, dem Minister direkt verantwortlichen Wehrmachtsabteilung. In diesen Stellungen entwickelte er sein innenpolitisch-ökonomisches Konzept zum Wiedererstarken Deutschlands. 1929 wurde sein Amt zum Ministeramt aufgewertet und Schleicher damit Staatssekretär und Berater des Ministers, der ab 1928 Groener hieß und so Schleicher die obersten Führungsetagen öffnete.
Zusammen mit seinem Chef und Brüning, dem neuen Reichskanzler ab 28.3.30, steuerte Schleicher einen autoritären Kurs und baute angesichts der Lähmung des Reichstages das autoritäre Modell des Präsidialkabinetts aus. Die vornehmlich außenpolitische Akzentuierung der Entscheidungen Brünings führte allerdings bald zur Entfremdung und über die Frage der Abwehr der NSDAP zum Bruch.
Nach Brünings Sturz am 30.5.32 und der Entmachtung Groeners war Schleicher die Schlüsselfigur bei der Ernennung Papens zum Kanzler, den er vorschob, um im Hintergrund die Fäden zu ziehen, wozu er sich das Amt des Reichswehrministers sicherte.
Als Papen einen unerwartet reaktionären Kurs einschlug und die nationalsozialistische Gefahr nach dem Abbröckeln in den Novemberwahlen 1932 zu schwinden schien, übernahm Schleicher die Führung der Regierungsgeschäfte am 3.12.32 selbst. Mit einer Gewerkschaftsachse vom linken NSDAP-Flügel bis zum ADGB wollte er eine Mehrheit zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg schaffen. Doch sowohl die Spaltung der NSDAP mit Hilfe G. Strassers mißlang als auch die Gewinnung der Gewerkschaften, die auf Druck der SPD-Führung den Flirt mit dem General abbrachen.
Diese Schwäche nutzten Hitler und Papen zu einer Intrige gegen Schleicher beim Reichspräsidenten, der die nun geforderte temporäre Aussetzung der Verfassung dem Kanzler verweigerte und ihn am 28.1.33 entließ.
Einen Putsch, wie ihn Hammerstein (seit Dezember 29 Chef der Heeresleitung) daraufhin vorschlug, lehnte Schleicher mit Hinweis auf seinen Eid ab. Er machte den Weg zu Hitlers Machtergreifung frei und zog sich ins Privatleben zurück.
Hitlers Rache für seinen Angriff auf die Einheit der NSDAP ereilte ihn bei der sogenannten Röhm-Affäre: Am 30.6.34 drangen SS-Männer in sein Haus ein und erschossen Schleicher und seine Frau, die zu Hilfe geeilt war.<<

29.01.1933

Deutsches Reich: Von Papen, Oskar von Hindenburg (1883-1960, Sohn und persönlicher Mitarbeiter des Reichspräsidenten) und Staatssekretär Otto Meißner (1880-1953, Chef der Reichskanzlei) "bearbeiten" am 29. Januar 1933 unentwegt den uralten Reichspräsidenten.
Papen, der ursprünglich nur durch Schleichers Fürsprache zum Reichskanzler ernannt wurde, ist ein äußerst geltungsbedürftiger Mann. Er vertritt damals einflußreiche Unternehmer der Schwerindustrie, die nach Hitlers Machtübernahme kräftige Aufrüstungsmaßnahmen und "große Geschäfte" erwarten. Obwohl von Papen Hitlers radikale Absichten längst kennt, macht er seinen großen Einfluß gegenüber Hindenburg geltend, um Hitlers Ernennung durchzusetzen.
Nach stundenlangen Gesprächen wird der völlig erschöpfte Hindenburg schließlich am 29. Januar 1933 "überredet", Hitler zum Reichskanzler zu ernennen.
Franz von Papen erklärt damals (x243/44): >>Wir haben uns Herrn Hitler engagiert. ... Ich habe das Vertrauen Hindenburgs. In 2 Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, daß er quietscht. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Oskar von Hindenburg (x051/-256-257): >>Hindenburg, Oskar von, geboren in Königsberg 31.1.1883, gestorben in Bad Harzburg 12.2.1960, deutscher Politiker; im Krieg Adjutant und später persönlicher Mitarbei-

ter seines Vaters Paul von Hindenburg, während dessen Amtszeit als Reichspräsident.
Hindenburg gewann immer mehr Einfluß auf den alternden Präsidenten, so daß Spötter von dem "in der Verfassung nicht vorgesehenen Sohn des Reichspräsidenten" sprachen.
Auch am Intrigenspiel im Vorfeld der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler (30.1.33) war Hindenburg maßgeblich beteiligt und die Gerüchte wollten nie verstummen, die Nationalsozialisten hätten ihn wegen angeblicher Bereicherung an Geldern der Osthilfe erpreßt.
Nach dem Tod des Vaters rief Hindenburg am 18.8.34 in einer Rundfunkansprache dazu auf, bei der Volksabstimmung über die Zusammenfassung der Ämter des Kanzlers und des Präsidenten in der Hand Hitlers (Führer und Reichskanzler) mit "ja" zu stimmen. Sein Vater selbst habe in Hitler den Nachfolger gesehen.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Otto Meißner (x051/381): >>Meißner, Otto, geboren in Bischweiler (Elsaß) 13.3.1880, gestorben in München 27.5.1953, deutscher Politiker; 1911 Regierungsrat in der Reichsbahndirektion Elsaß.
Während des 1. Weltkrieges zunächst zur Infanterie eingezogen, wirkte Meißner ab 1918 in der Militärverwaltung der Ukraine. 1920 wurde er zum Chef der Präsidialkanzlei (ab 1923 Staatssekretär, ab 1937 Staatsminister) berufen.
Meißner diente unter Ebert, Hindenburg und nach dessen Tod auch unter Hitler bis zum Ende des Dritten Reiches. Er hatte bedeutenden Einfluß auf Hindenburg und bestärkte ihn in den antiparlamentarischen Vorurteilen. Das trug zur Bildung der sogenannten Präsidialkabinette ebenso bei wie letztlich zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler.
Dennoch wurde Meißner nach dem Krieg im Wilhelmstraßenprozeß freigesprochen, weil er vielen Regimegegnern geholfen hatte. Auch spätere Spruchkammer- und Gerichtsverfahren endeten mit Freispruch. Von seinen Schriften sind zu nennen "Staats- und Verwaltungsrecht im Dritten Reich" (1935, mit G. Kaisenberg) und seine Memoiren "Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler" (1950).<<

30.01.1933

Deutsches Reich: Der "Völkische Beobachter" schreibt am 30. Januar 1933 vor dem angekündigten Treffen zwischen Reichspräsident Hindenburg und Hitler (x034/634): >>... Unsere Forderung nach Schleichers Sturz: Kanzlerschaft Hitlers.<<
Trotz aller Warnungen ernennt der altersschwache 85jährige Reichspräsident den angeblich "harmlosen" Hitler am 30. Januar 1933, kurz nach 11 Uhr, zum deutschen Reichskanzler (sogenannte nationalsozialistische "Machtergreifung").
Während der Vereidigung zum Reichskanzler gibt sich der "Gefreite" noch als ergebener, unterwürfiger Diener aus. Hitler verneigt sich ehrfürchtig vor dem greisenhaften Staatsoberhaupt, gelobt feierlich die Verfassung zu achten und keine Diktatur anzustreben.
Für Hindenburg ist Hitler, im Gegensatz zur drohenden Diktatur Papens bzw. Schleichers oder der "kommunistischen Gefahr", das "kleinere Übel". Der erfolgreichste deutsche Heerführer des Ersten Weltkrieges und "Volksheld" ist fest davon überzeugt, daß man den "böhmischen Gefreiten" leicht zähmen kann.
Der greise Volksheld Hindenburg leitet mit Hitlers Ernennung zum deutschen Reichskanzler politisch unbedrängt die größte Katastrophe der deutschen Geschichte ein. Schon einige Tage nach Hitlers Ernennung verliert das deutsche Volk fast alle Grundrechte und Freiheiten.
Hindenburg bekennt damals vor der Presse (x034/634): >>... Und nun, meine Herren, vorwärts mit Gott! Nun Sie sich einig geworden sind, geht es mir gut! ...<<
Goebbels jubelt nach Hitlers Ernennung (x034/634): >>Es ist fast wie ein Traum. die Wilhelmstraße gehört uns. ... Der Führer ist zum Kanzler berufen. ... Deutschland steht vor einer historischen Wende. ...<<
Als Hitler am 30. Januar 1933 erstmalig in der Berliner Reichskanzlei eintrifft, erklärt er (x034/634): >>Keine Macht der Welt wird mich jemals lebend hier wieder herausbringen

...<<
Der "Vorwärts" schreibt am 30. Januar 1933 (x034/634): >>Hitler-Papen-Kabinett: "Feine Leute" und drei Nazis - Kabinett des Großkapitals: Der Reichspräsident hat mit der Ernennung dieser Regierung die furchtbarste Verantwortung übernommen, die jemals ein Staatsoberhaupt übernommen hat.<<
Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtet am 30. Januar 1933 (x032/9): >>... Berlin ist heute nacht in einer reinen Faschingsstimmung.<<
Der DDP-Politiker Theodor Heuss erklärt am 30. Januar 1933 (x032/9): >>... Das wird für euch Juden eine schlimme Zeit werden.<<
Richard Coudenhove-Kalergi (Begründer der Pan-Europabewegung) hält am 30. Januar 1933 einen Vortrag über "Deutschlands europäische Sendung".
Goebbels kommentiert am Abend des 30. Januar 1933 den Berliner Fackelumzug der Nationalsozialisten im Rundfunk (x243/42): >>Das, was wir unten erkleben, diese Tausende und Tausende und Zehntausende und Zehntausende von Menschen, die in einem sinnlosen Taumel von Jubel und Begeisterung der neuen Staatsführung entgegenrufen, das ist wirklich die Erfüllung unseres geheimsten Wunsches. Das ist die Krönung unserer Arbeit.
Man kann mit Fug und Recht sagen: Deutschland ist im Erwachen! ...<<
Eine Schülerin (später BDM-Führerin) schreibt über den Tag der "Machtergreifung" am 30. Januar 1933 (x073/138-139, x105/212-213): >>Am Abend des 30. Januar nahmen meine Eltern uns Kinder ... mit in das Stadtzentrum. Dort erlebten wir den Fackelzug, mit dem die Nationalsozialisten ihren Sieg feierten. Etwas Unheimliches ist mir von dieser Nacht her gegenwärtig geblieben. Das Hämmern der Schritte, die düstere Feierlichkeit roter und schwarzer Fahnen, zuckender Widerschein der Fackeln auf den Gesichtern und Lieder, deren Melodie aufpeitschend und sentimental zugleich klangen.
Stundenlang marschierten die Kolonnen vorüber, unter ihnen immer wieder Gruppen von Jungen und Mädchen, die kaum älter waren als wir. In ihren Gesichtern und in ihrer Haltung lag ein Ernst, der mich beschämte. Was war ich, die ich nur am Straßenrand stand und zusehen durfte, mit diesem Kältegefühl im Rücken, das von der Reserviertheit der Eltern ausgestrahlt wurde? Kaum mehr als ein zufälliger Zeuge, ein Kind, das noch Jungmädchenbücher zu Weihnachten geschenkt bekam. Und ich brannte doch darauf, mich in diesen Strom zu werfen, in ihm unterzugehen und mitgetragen zu werden. ...
Irgendwann sprang plötzlich jemand aus der Marschkolonne und schlug auf einen Mann ein, der nur wenige Schritte von uns entfernt gestanden hatte. Vielleicht hatte er eine feindselige Bemerkung gemacht. Ich sah ihn mit blutüberströmtem Gesicht zu Boden fallen. Eilig zogen uns die Eltern fort aus dem Getümmel, aber sie hatten nicht verhindern können, daß wir den Blutenden sahen. Sein Bild verfolgte mich tagelang. In dem Grauen, das es mir einflößte, war eine winzige Zutat von berauschender Lust:
"Für die Fahne wollen wir sterben", hatten die Fackelträger gesungen. Es ging um Leben und Tod. Nicht um Kleider oder Essen oder Schulaufsätze, sondern um Tod und Leben, Für wen? Auch für mich? Ich weiß nicht, ob ich mir diese Frage damals gestellt habe, aber ich weiß, daß mich ein brennendes Verlangen erfüllte, zu denen zu gehören, für die es um Leben und Tod ging. ...<<
>>... Wenn ich den Gründen nachforsche, die es mir verlockend machten, in die Hitler-Jugend einzutreten, so stoße ich auf diesen: Ich wollte aus meinem kindlichen, engen Leben heraus und wollte mich an etwas binden, das groß und wesentlich war. Dieses Verlangen teilte ich mit unzähligen Altersgenossen.
Ich glaubte den Versprechungen der Nationalsozialisten, daß sie die Arbeitslosigkeit und damit die Not von 6 Millionen Menschen beseitigen würden. Ich glaubte ihnen, daß sie das deutsche Volk aus der Zersplitterung von mehr als 40 politischen Parteien zu einer Einheit zu-

sammenführen und daß sie die Folgen des Versailler Diktates überwinden würden. ...
Die im Bürgertum heranwachsende Generation, die bei der Machtergreifung Hitlers auf der Schwelle zwischen Kindheit und Jugend stand, war in einer verhängnisvollen Weise darauf vorbereitet, ein Opfer seiner "Ideen" zu werden; auch wenn die Eltern dieser Generation dem Nationalsozialismus feindlich gesonnen waren.<<
Werner Finck (1902-1978, Schauspieler, Kabarettist und Autor) schreibt später über die NS-Massenaufmärsche in Berlin (x115/239): >>Dann aber kam auf den Straßen diese Unruhe. Es wurde doch sehr massiv in Berlin. Große Gruppen von Menschen lärmten auf den Straßen. Sie haben die Arme ausgestreckt und "Heil" gerufen. Immer so in Dreier-Reihen "Heil-Heil-Heil", daß es knallte. Welch eine Ironie des Schicksals: Gerade in dem Land, wo am meisten "Heil" gerufen wurde, ist am wenigsten Heil geblieben.
Ich kann sagen, ich habe gezittert, mir war es furchtbar unangenehm. Ich habe richtige Angst gehabt. Ich dachte, um Gottes willen, wie wird das enden. Wenn ich natürlich damals schon gewußt hätte, was man heute weiß, - daß das alles nur Mitläufer waren, dann hätte man doch nicht gezittert. Aber das ahnte man noch nicht. Das hat doch kein Mensch damals gesagt. ...<<
Max Liebermann (1847-1935, Maler und Graphiker) meint beim Betrachten des Fackelzuges am 30. Januar 1933 (x844/...): >>Ich kann nicht so viel fressen, wie ich kotzen möchte.<<

Der Untergang der Weimarer Republik

Als Reichspräsident Hindenburg den NSDAP-Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, leitete er gleichzeitig das Ende der deutschen Demokratie ein. Der Niedergang der Weimarer Republik, die das deutsche Volk sicherlich in eine glückliche und würdige Zukunft geführt hätte, entwickelte sich für die Deutschen zur nationalen Tragödie und endete schließlich mit der gigantischen internationalen Katastrophe des Zweiten Weltkrieges.
Nach ungemein schweren Jahren (1919-33), in denen 20 deutsche Regierungen aufgerieben wurden und scheiterten, wurde das Schicksal der "Weimarer Republik" am 30. Januar 1933 entschieden (x051/627). Die aufopferungsvolle, harte Arbeit der deutschen Politiker wurde nicht belohnt, denn gerade als man die große Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Reparationen und die jahrelange Besetzung des Rheinlandes endlich überwunden hatte, zerstörte tragischerweise Hindenburgs verhängnisvolle Fehlentscheidung die gesamte Aufbauarbeit und Friedenspolitik der ersten deutschen Republik.
Aufgrund der rücksichtslosen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Siegermächte besaß die Weimarer Republik nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eigentlich nie eine realistische Überlebenschance. Der Untergang der Weimarer Republik wurde durch den aggressiven Rechts- und Linksradikalismus (NSDAP und KPD) beschleunigt, denn die radikalen Parteien nutzten in den Jahren 1919 bis 1933 alle politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten gewissenlos aus, um die erste deutsche Republik zu vernichten.
Die Weimarer Republik scheiterte aber auch, weil es nach Stresemanns Tod keine überragenden deutschen Staatsmänner mehr gab, die in der Lage waren, die dringend erforderlichen Entscheidungen jener Zeit durchzusetzen.
Im Verlauf der "Großen Depression" wurden die Positionen der deutschen Regierungen nahezu aussichtslos, denn im Gegensatz zu den französischen Regierungen (von 1919-30 scheiterten z.B. auch 18 französische Regierungen) fehlten den deutschen Regierungen nach dem Ersten Weltkrieg schließlich die entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Grundlagen, um die katastrophalen Folgen der Weltwirtschaftskrise zu überwinden. Angesichts der riesigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der fehlenden politischen Führungspersönlichkeiten mußten die gemäßigten Parteien der Weimarer Republik zwangsläufig scheitern.
Hitlers verhängnisvolle "Machtübernahme" begann im Grunde bereits 1919, denn nach dem Friedensvertrag von Versailles waren die Positionen der demokratischen Regierungen nahezu

aussichtslos.
"Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk IV" berichtet über den langsamen Aufstieg der NSDAP (x069/159-160): >>... Bei den Reichstagswahlen vom Mai 1924 erreicht sie (die NSDAP) ... fast 2 Millionen Stimmen. Es zeigt sich damals, wie radikal viele Wähler infolge des Ruhrkampfes (1923) geworden sind. Doch in demselben Jahr sinkt die Stimmenzahl wieder auf 900.000 ab. ...
Bei den Reichstagswahlen von 1928 erhält ... (Hitlers) Bewegung noch weniger Stimmen als Ende 1924. ... Erst als die Weltwirtschaftskrise über Deutschland hereinbricht, steigen die Mitgliedsziffern sprunghaft an und noch stärker die Wählerziffern. ...
Zulauf findet Hitler vor allem beim Kleinbürgertum, das seit der Inflation erbittert beiseite steht und nun wieder schwer um seine Existenz ringt, aber auch in der Landbevölkerung, die großenteils vor dem Ruin steht, und in dem Millionheer der Arbeitslosen. In ihrer Hoffnungslosigkeit stoßen viele zu Hitler, noch mehr allerdings zur KPD.
Aber auch der größte Teil der Jungwähler schließt sich ihm an; das fällt ins Gewicht, weil in den kritischen Jahren von 1928 bis 1933 über 6 Millionen junge Menschen das Wahlrecht erlangen. Hitler versteht es, sie an ihrem Idealismus zu packen, und in ihrer Unerfahrenheit schenken sie ihm Vertrauen. Mancher allerdings, ob jung oder alt, der die NSDAP wählt, tut es nur mit halbem Herzen, aus Angst vor dem Anwachsen des Kommunismus. ...<<
Theodor Heuss berichtet später über die Probleme der Weimarer Republik (x024/20): >>Das Jahr 1918, daß die Demokratie brachte, war nicht ein Jahr, in dem um freiheitliche Dinge gekämpft wurde. Die Demokratie kam nun als Musterbuch von Möglichkeiten, auf die das Volk innerlich nicht vorbereitet war und mit denen es dann auch, weiß Gott, nicht geschickt umzugehen verstand ... So konnte es nicht fehlen, daß wir das Opfer eines totalitären Gewalt- und Versorgungsstaates geworden sind.<<
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über das Ende der Weimarer Republik (x057/229-230): >>... Amerikanische Anleihen sollten die Anlaufzeit überbrücken. Aber die Hoffnung, daß Deutschland seine Zahlungen aus den Überschüssen der Ausfuhr decken könne, erfüllte sich nicht.
Daher entwarf eine neue Kommission unter dem Amerikaner Young den Young-Plan (1929), der die Gesamtreparationsschuld auf 121 Milliarden Mark festsetzte, die in 59 Jahresraten abbezahlt werden sollte.
Aber auch dieser Plan erwies sich als undurchführbar, da inzwischen die Weltwirtschaftskrise auch in Deutschland der kurzen wirtschaftlichen Scheinblüte, hervorgerufen durch Dollarkredite an Reich, Länder, Gemeinden und Private, ein Ende bereitete.
Das Aufhören der ausländischen Kredite hatte im Frühjahr 1931 zum Zusammenbruch der Österreichischen Kreditbank geführt. Die Krise griff rasch auch auf das Reich über, daß mit radikalen Maßnahmen durch die neue Regierung Brüning vergebens versuchte, durch eine Reihe von Notverordnungen der Finanzkrise Herr zu werden (Verminderung der öffentlichen Ausgaben, Steuererhöhungen, Gehaltskürzungen usw.). Schon hatte Brüning unter der USA-Präsidentschaft Hoovers im sog. Hoover-Moratorium einen Aufschub der Schulden- und Reparationszahlungen erreicht, sogar die Streichung aller Reparationen und Kriegsschulden stand bevor.
Da trat durch seinen Sturz eine innenpolitische Wandlung ein, die der deutschen Republik den Todesstoß versetzen sollte. Die soziale und wirtschaftliche Notlage (6 Millionen Arbeitslose) hatte die Massen immer mehr dem bestehenden Staat entfremdet und in die Hände der radikalen Parteien (Nationalisten und Kommunisten) getrieben. Vor allem die "Nationale Opposition" unter Hitler und Hugenberg entfaltete eine rege Tätigkeit. ...
Aus den Reichstagswahlen 1930 und 1932 gingen die Nationalsozialisten schließlich als stärkste Partei hervor, schlossen mit den Deutsch-Nationalen die Harzburger Front und wand-

ten sich in einem Volksbegehren gegen die "Versklavung" durch den Young-Plan. Nun versuchte Hindenburg nach seiner Wiederwahl (1932, von den Linksparteien und der Mitte gewählt) durch Notverordnungen der wirtschaftlichen, sozialen und innenpolitischen Krisen Herr zu werden.
Nach dem Sturz Brünings berief er dessen Zentrumskollegen von Papen zum Reichskanzler. Unter ihm erfolgte die Einstellung der Reparationszahlungen. Aber er wurde mit der inneren Krise ebenso wenig fertig wie sein Nachfolger General von Schleicher, so daß sich Hindenburg zu dem folgenschweren Schritt entschloß, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen.
Dieser bildete zunächst ein Kabinett von Fachministern, Deutschnationalen und nur zwei Nationalsozialisten (Hitler und Göring). Aber es sollte das Ende der Weimarer Republik bedeuten, und eine erneute schicksalsschwere Wandlung der deutschen Geschichte, die zum Untergang des Reiches führte, nahm ihren Anfang.<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schreibt später über den Untergang der Weimarer Republik (x063/573-574): >>Die Republik, die ... zu Grabe getragen wurde, nimmt in der Geschichte einen ehrenvollen Platz ein. Mag man ihr nachsagen (wenn das ein Vorwurf ist), sie sei zu demokratisch gewesen und habe zu kritiklos vertraut, daß das Trachten des Menschen von Anbeginn gut sei. Aber sie hat das Reich gerettet, nicht nur 1918; das vorbildliche Werk ihrer sozialen Gesetzgebung legte im Volke die Grundlagen, die noch beim zweiten Sturz 1945 der erneuten Versuchung des Kommunismus widerstanden.
Die Tragik des Geschehens ist um so sinnfälliger, als der Höhepunkt der Staatskrise fast überschritten war, als der Reichspräsident die Republik ihren Feinden auslieferte. Die Wirtschaft hatte das ärgste überstanden, die Arbeitslosigkeit nahm nicht mehr zu, und Verzweiflung und Abenteurertum begannen, einer ruhigeren Stimmung zu weichen.
Die Reparationen waren praktisch beseitigt, das Rheinland geräumt, die Rückkehr der Saar gesichert, der Widerstand gegen einen engeren Zusammenschluß mit Österreich hatte seit der Wirtschaftskrise nachgelassen, über Eupen und Malmédy konnte man verhandeln, und selbst eine friedliche Revision der unvernünftigen Ostgrenzen schien nicht für immer aussichtslos; man hätte Polen statt des Korridors durch eine exterritoriale Straßen- und Bahnverbindung den freien Zugang zum Meer vermitteln können.
Die Ernte der Republik, der Stresemannschen Politik der Völkerversöhnung fiel Hitler in den Schoß, aber er wußte sie nicht zu nutzen. Was friedliche Verhandlungen zu bleibendem Erfolg geführt hätten, verdarb seine Methode der Gewalt. Nichts, was Hitler durch Macht erreichte, hat den Zusammenbruch seiner Macht überdauert.
Daß Versailles liquidiert würde, war nicht nur ein deutsches, sondern ein europäisches Anliegen. Daß es der Deutschen Republik versagt blieb, dieses Ziel zu erreichen, deutete eine Entwicklung an, die nunmehr von Versailles über den Untergang der deutschen Demokratie, zum Zweiten Weltkrieg führte. ...<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über das Ende der Weimarer Republik (x051/628-629): >>(Weimarer Republik) ... Als am 27.3.30 die von H. Müller (SPD) geführte Koalitionsregierung über Fragen der Arbeitslosenversicherung zerbrach, bedeutete das das Ende des parlamentarischen Regierungssystems; die am 30.3. unter Brüning (Zentrum) gebildete Minderheitsregierung war ein Präsidialkabinett.
Nach Auflösung des Reichstages am 18.7.30 brachten die Neuwahlen am 14.9. einen sprunghaften Anstieg der NSDAP von einer unbedeutenden Splitterpartei zur zweitstärksten deutschen Partei: Sie erhielt 18,3 % und 107 Sitze (von 577).
Dem Wahlerfolg der NSDAP war das (mit 4,1 Millionen Stimmen knapp erfolgreiche) Volksbegehren gegen den Youngplan vorausgegangen, das die NSDAP und deren Führer Hitler erstmals einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht hatte.
Am 11.10.31 schlossen sich NSDAP, DNVP und Stahlhelm in der Harzburger Front zum

Kampf gegen die Republik zusammen; zu deren Verteidigung bildeten SPD, Gewerkschaften und der Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold am 16.12.31 die Eiserne Front.
Brüning, der Reichskanzler blieb, versuchte durch eine deflationistische Wirtschaftspolitik die Krise zu meistern, letztlich ohne Erfolg; sein Minderheitskabinett wurde dabei zunächst von der SPD toleriert.
Am 10.4.32 wurde Hindenburg (19,4 Millionen Stimmen), diesmal als Kandidat der republikanischen Parteien, gegen Hitler (13,4 Millionen) zum Reichspräsidenten wiedergewählt. Kurz danach entzog er unter dem intriganten Einfluß seiner Umgebung Brüning das Vertrauen. Dieser trat am 30.5.32 zurück.
Neuer Reichskanzler wurde am 1.6. Papen (bis zum 3.6. Mitglied des Zentrums, dann parteilos). Da Papens konservatives "Kabinett der Barone" und seine offen antirepublikanische, auf die Restauration der Monarchie oder die Errichtung eines autoritären Systems abzielende Politik im Reichstag nur von der DNVP unterstützt wurde, löste er diesen am 4.6. auf. Um die NSDAP zur Tolerierung seiner Politik zu gewinnen, hob er am 14.6. das am 13.4. von der Regierung Brüning ausgesprochene Verbot von SA und SS auf.
Am 20.7. enthob Papen die (geschäftsführende) preußische Regierung unter O. Braun (SPD) ihres Amtes (Preußenschlag) und beseitigte mit der demokratischen Regierung im größten deutschen Land eines der letzten und wichtigsten Bollwerke der Republik.
In den Reichstagswahlen am 31.7. konnte die NSDAP ihren Stimmenanteil mit 37,4 verdoppeln; mit 230 (von 608) Sitzen im Reichstag war sie nunmehr die mit Abstand stärkste deutsche Partei. Nach neuem Konflikt ließ Papen den Reichstag am 12. 9. erneut auflösen. Zwar verlor die NSDAP bei den Reichstagswahlen am 6.11. erstmals an Stimmen ("nur" noch 33,1 % und 196 Mandate); da aber gleichzeitig DNVP (8,9 % und KPD 16,9 %) Gewinne erzielten, änderte dies weder etwas an der klaren antirepublikanischen Mehrheit des Reichstages noch verschaffte es der Regierung Papen eine Mehrheit; die DNVP (52 Sitze) blieb weiterhin deren einzige parlamentarische Stütze. Papen trat deshalb am 17.11. zurück.
Sein Nachfolger wurde am 3.12. Schleicher. Seine Konzeption, die NSDAP zu spalten und zur Stützung seiner Regierung eine "Gewerkschaftsachse" aus dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und dem linken, von G. Strasser repräsentierten Flügel der NSDAP zu bilden, scheiterte sowohl an der Schwäche Strassers als auch am Widerstand des ADGB und der SPD. Nachdem Hindenburg Schleichers Plan, als letzte Möglichkeit zur Verhinderung einer Regierung Hitler den Staatsnotstand zu erklären, abgelehnt hatte, trat Schleicher am 28.1.33 zurück.
Am 30.1. ernannte der Reichspräsident Hitler zum Reichskanzler. Diese nationalsozialistische Machtergreifung brachte das Ende der Weimarer Republik.
Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik waren: die fehlende demokratische Tradition in Deutschland (die sich im Kaiserreich kaum hatte entfalten können), der Makel der Entstehung der Republik als Folge der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg, ihre Belastungen durch die politischen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges, insbesondere durch den Versailler Vertrag, die Mängel der Weimarer Verfassung; das Fehlen fähiger und zugleich populärer demokratischer Führungspersönlichkeiten (das spätestens 1925 bei der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten offenkundig wurde), die mangelnde Bereitschaft und/oder Fähigkeit der republikanischen Parteien und Parteiführer zum Kompromiß (wie sie in den zahlreichen Regierungswechseln und -stürzen, insbesondere beim Rücktritt der Regierung Müller 1930 deutlich wurde) und das Versagen, die Fehler und Fehleinschätzung der Personen an der Spitze der Republik zwischen 1930 und 33 (insbesondere Hindenburgs, Papens und Schleichers).
Entscheidend aber war, daß der Weimarer Staat eine "Republik ohne Republikaner" darstellte: Die Beamten- und Richterschaft blieb, ebenso wie das Offizierkorps, zum Großteil noch im-

mer monarchistisch und autoritär gesonnen, die Mehrheit der Bevölkerung, besonders des Bürgertums, stand der Republik von Anfang an ablehnend gegenüber und ging unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise ab 1930 offen zu den antirepublikanischen Parteien über: das Bürgertum vor allem zur NSDAP, deren demagogische Propaganda die demokratischen Parteien nichts Gleichwertiges entgegensetzen konnten oder wollten, die Arbeiterschaft, ohnehin enttäuscht über das Ausbleiben einer wirklichen sozialen und wirtschaftlichen Revolution nach 1918, teilweise zur KPD.<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über Hitlers Machtübernahme (x057/-230-231): >>Die Umwandlung des Deutschen Reiches von einer demokratischen Republik zu einer Diktatur war das Werk des Führers ... Adolf Hitler (1889-1945). Er stammte aus Österreich, begann nach dem ersten Weltkrieg seine politische Laufbahn, die ihn im Verlauf von 14 Jahren durch Willenskraft, Fanatismus und eine nie gekannte Propaganda an die Spitze der Reichsregierung brachte.

In seinem Parteiprogramm und seinem Buch "Mein Kampf" hatte er die Grundfragen einer neuen politischen Idee, einer "nationalsozialistischen Weltanschauung", zu prägen versucht und sie als mitreißender Volksredner (Trommler) zuerst in seine Partei hineingetragen. Diese war in straffer Disziplin organisiert mit den Kampfformationen Sturmabteilungen (SA) und Schutzstaffeln (SS). Eine arische Rassenlehre mit dem Symbol des Hakenkreuzes sollte eine Vereinigung von Nationalsozialismus und Sozialismus verkörpern mit einer mystischen Heldenverehrung seiner Person und einer bedingungslosen Gefolgschaftstreue.

Enttäuscht von der inneren und äußeren Lage Deutschlands strömten ihm im Laufe der dreißiger Jahre eine Unzahl von verbitterten oder hoffnungsvollen Menschen zu, um der neuen Bewegung zur Herrschaft im Staate zu verhelfen. Die Parolen wie "Brechung der Zinsknechtschaft", "Gemeinnutz vor Eigennutz", "Positives Christentum", "Führerprinzip", "Nationaler Sozialismus", "ein Volk, ein Reich" usw. wurden von der Masse oft mißverstanden oder so ausgelegt, wie man es selber wünschte.

Nach dem Willen des "Führers" sollte ein "Germanischer Staat deutscher Nation" geschaffen werden. Vieles war dem Ausland und anderen autoritären Organisationen nachgeahmt und fand nur schwer Eingang in die deutschen Volkskreise. Nur wenige ahnten die tragische Entwicklung des deutschen Volkes und Reiches, aber niemand, weder vom Ausland noch vom Inland, hatte etwas Entscheidendes gegen die Machtübernahme unternommen. So gelang es Hitler, als Reichskanzler einer Koalitionsregierung in der Weimarer Republik beginnend, allmählich eine Diktatur aufzurichten, wobei er mit wechselnden Mitteln, der Entfaltung mitreißender Begeisterung oder einer rücksichtslosen Gewalt vorging.<<

Der deutsche Historiker Golo Mann schreibt über Hitlers Machtergreifung am 30. Januar 1933 (x058/343-344): >>... Hitler wußte, was er brauchte, um Teilmacht zur totalen zu machen; den Reichskanzlerposten, die Innenministerien im Reich und in Preußen; das hätte ihm etwas früher genügt, wie es ihm etwas später genügte.

So wird man auch das Verhalten der Sozialdemokraten im Januar 1933, ihre Weigerung, sich mit Schleicher zu verbünden, kaum noch als entscheidend ansehen können. Die Linke war damals verbraucht, war besiegt seit dem preußischen Staatsstreich ... Der Streit über die Frage, ob Hitler durch wenige Intriganten an die Macht gebracht worden sei oder durch das Volk, ist darum eigentlich gegenstandslos ...

Die Deutschen waren seit den 1890er Jahren ein Volk von Arbeitern und Angestellten. Alles andere war zahlenmäßig Minderheit, insbesondere die sogenannten "besitzenden Klassen" ...

Indem die Sozialdemokraten den Weimarer Staat nicht gestalteten, gestaltete ihn überhaupt niemand. Er wurde von Leuten regiert, die ihn nie gewünscht hatten, die nicht an ihn glaubten und auch, wenn sie wohl oder übel im Sattel saßen, nach anderen, vielleicht doch besseren Pferden hinüberschielten.

Man ist versucht zu sagen: das, was sich seit 1930 allmählich, dann, 1933, in wenigen Wochen auflöste, die "Republik", hat es überhaupt nicht gegeben. Merkwürdig ist nicht so sehr der Prozeß der Auflösung wie die Tatsache, daß so viele so lange nicht an ihn glauben konnten. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Dietrich Bracher schreibt später über Hitlers Machtübernahme (x058/334-335, 345-347): >>Wohl war es keine Volksbewegung, die Hitler in den Sattel setzte. Es war wiederum ein ganz kleiner Kreis geschäftiger Anwälte, wie im Monat Mai 1932. Aber dieses Mal ohne Schleicher und mit Hitler.

Denn auch dies ist deutlich: Hindenburg hatte im Verlauf des Jahres 1932 noch mehr denn zuvor in seinem langen Leben das Bedürfnis gezeigt, sich an seine "Ratgeber" zu klammern, wenn immer seinen unerhört gewachsenen Machtfunktionen eine echte Entscheidung auferlegt war. Zuerst Schleicher, dann Brüning, dann wieder Schleicher, dann Papen - Schleicher - Papen, und immer Meißner und Oskar von Hindenburg. Auf das Drängen der drei letzten hin hat er schließlich den oft erwogenen, aber immer wieder verworfenen Schritt getan.

Es kann nicht der geringste Zweifel bestehen, daß Papen den letzten Anstoß gegeben und durch ein ausgeklügeltes, aber politisch wirkungsloses System der "Einrahmung“, unterstützt von Meißner und Oskar von Hindenburg, den bis zuletzt schwankenden Greis beruhigt und für seine Scheinlösung gewonnen hat.

Hindenburg ist auf solche Weise "zum tragischen Platzhalter zwischen Wilhelm II. und Hitler geworden". Es war weder sein Entschluß noch das Votum des Volkes, das sich am 30. Januar 1933 vollzog. Strukturfehler der Republik, Wirtschaftskrise, politische Radikalisierung und geschickte Demagogie, vor allem die Schwäche des freiheitlich-demokratischen Staatsbewußtseins in Deutschland hatten die Voraussetzungen geschaffen.

Eine zwielichtige, längst nicht mehr demokratisch kontrollierte Machtstellung der Reichswehr hatte die Auflösung der Weimarer Republik wenn nicht beschleunigt, so doch nicht zu verhindern vermocht. Die geschichtliche Entscheidung jedoch fiel in einem Augenblick und unter Bedingungen, die keine einfache "Notwendigkeit" begründeten. Sie wurde durch eine Einzelaktion ausgelöst, die auf einer Fehlkalkulation grandiosen Stils beruhte. Es war eine leichtfertige Pervertierung des Zähmungskonzepts, die Hitler an die Macht brachte. ...

Auch heute noch geistert durch die Apologien (Verteidigungsreden) trotziger oder enttäuschter Beteiligter die Behauptung, Hitler sei am 30. Januar 1933 "legal" nach den Grundsätzen der parlamentarischen Republik zur Macht gekommen: der Republik also, auf die er seinen dann tausendfach gebrochenen Eid geschworen hat. Die Berufung auf den formalen Vorgang verfälscht den wahren Charakter dieses Regierungswechsels. Es waren durchaus unverantwortliche, außerverfassungsmäßige Exponenten politischer und wirtschaftspolitischer Bestrebungen und Illusionen, die Hitler die Macht in die Hände spielten.

Die rechtmäßig politisch verantwortlichen Instanzen dagegen, vor allem die Parteien, der Reichstag und der Reichspräsident ließen sich von diesen Vorgängen ausschalten oder irreführen. Der Geist dieses Regierungswechsels war dem Sinne der Verfassung gänzlich zuwider. Man war sich gerade auf nationalsozialistischer Seite jetzt und in der Folgezeit mit zynischer Offenheit klar, daß die Legalität "nur die äußere Ordnungsmäßigkeit der Ereignisse" betreffe und "ihren wahrhaft revolutionären Charakter nicht in Frage" stelle.

Denn Hitlers Ernennung war selbstverständlich "legal" im Sinne der äußeren Buchstabentreue, aber niemand wird behaupten, daß es dem inneren Sinn der Weimarer Verfassung entsprochen hätte, daß hier ein geschworener Feind an die Spitze des Reiches gestellt würde. ...<<

>>... Die Demokratie von 1918 wurde für die Erbschaft des verlorenen Krieges verantwortlich gemacht, die sie dem Kaiserreich verdankte. Sie erschien als willkommener Sündenbock und Haßobjekt sowohl für die restaurativen und reaktionären Kräfte in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft wie für die in militanten Freikorps, völkisch-antisemitischen Sekten und paramili-

tärischen Gruppen formierten revolutionären Diktaturbewegungen.
Das "rote Gespenst" eines bolschewistischen Umsturzes tat ein übriges, um Armee und Bürokratie, Bürgertum und Wirtschaft anfällig für solche Bestrebungen zu machen. Die demokratischen Kräfte ließen ihre Gegner mit der Toleranz des liberalen Rechtstaates gewähren. Sie mußten überdies mit einem vom obrigkeitlichen Verwaltungsstaat geprägten Autoritätsbedürfnis rechnen, das sich in schweren Strukturproblemen der Republik manifestierte. ...
Vor diesem Hintergrund vollzog sich die Entfaltung des Nationalsozialismus in Gestalt einer Integrationspartei neuen Stils. Es war als spezifisch deutsche Ausprägung des europäischen Antidemokratismus ganz auf Deutschland bezogen, noch weniger denn der italienische Faschismus als Exportartikel konzipiert. Der Nationalsozialismus war wie Hitler ein direktes Produkt des Ersten Weltkrieges, aber er gewann sein Wesen und seine Wirkung aus jenen Grundproblemen der neueren deutschen Geschichte, die den Leidensweg der demokratischen Bewegung bestimmt haben. Dazu gehören:
die Schwäche demokratischer Tradition und die machtvolle Fortdauer obrigkeitlicher Staats- und Gesellschaftsstrukturen vor und nach 1848;
die aus der späten und nur unvollständigen Verwirklichung eines deutschen Nationalstaates rührende Anfälligkeit für nationalistisch-imperialistische Ideologien;
die Problematik einer unerwarteten Niederlage mit dem Resultat einer Dolchstoßlegende und des allgemeinen Protestes gegen den Frieden von Versailles;
die Dauerkrise der von der Bevölkerungsmehrheit nie voll akzeptierten Republik;
speziell dann die sprengende Wirkung, die die Weltwirtschaftskrise auf diesen hochindustrialisierten, sozial und konfessionell zerspalteten, mit feudalistisch-traditionalistischen Residuen (Überresten) belasteten Staat ausübte;
und nicht zuletzt die Furcht des Kleinbürgertums vor einem Absinken ins Proletariat, die Furcht vor dem Kommunismus, die sich mit den Ressentiments und der Panik einer vom Industriezeitalter bedrohten Agrarbevölkerung verband; zuerst in Bayern, dann im agrarischen Schleswig-Holstein und Niedersachsen hat der Nationalsozialismus dann auch seine größten Wahlerfolge erzielt.
Zu den besonderen Voraussetzungen gehört freilich auch die entscheidende Rolle, die der spektakuläre Aufstieg und die pseudoreligiöse Verherrlichung eines "Führers" gespielt haben. Struktur und Wirkung dieser Bewegung neuen Stils waren ganz auf das Führerprinzip abgestellt. In ihrem Mittelpunkt stand die Gestalt Adolf Hitlers.
Er repräsentierte sozialpsychologisch gesehen den deklassierten Kleinbürger, der mit Kriegsbegeisterung und politischem Radikalismus seine Minderwertigkeitsgefühle zu kompensieren suchte. Seine österreichische Herkunft, die verwirrenden Erfahrungen in der Vielvölkerstadt Wien, sein Scheitern in Ausbildung und Beruf, schließlich das erlösende Erlebnis der Weltkriegs-Männergemeinschaft haben ihn geprägt. Sie haben auch der Ideologie des Nationalsozialismus ihre wesentlichen Züge aufgeprägt. ...
Die Begründung des Dritten Reiches stützte sich auf eine Reihe wirkungsvoller Täuschungsmanöver, ohne die Hitler wohl nicht zur Macht gekommen wäre. Sie proklamierte sich als eine "legale Revolution". Indem sie diese beiden so gegensätzlichen Begriffe verknüpften, haben die Nationalsozialisten sowohl dem Legalitätsbedürfnis der Bevölkerung wie dem Wunsch nach Änderung aller Dinge in der Krisensituation der Wirtschaftsdepression Rechnung getragen.
Hitler hat konsequent die pseudolegale Taktik verfolgt, nachdem sein Putschversuch von 1923, wie schon der reaktionäre Kapp-Putsch von 1920 an der Abneigung gescheitert war, die gerade auch das obrigkeitsgläubige Bürger- und Beamtentum gegen offenen Staatsstreich und Revolution hegte.
Statt eines Putsches gegen die Republik nutzte Hitler die Möglichkeiten, die der Notstandsar-

tikel der Weimarer Verfassung zur Beseitigung eben dieser Verfassung bot.
Der Weg über eine Präsidialdiktatur ist stets von konservativen Gegnern der parlamentarischen Demokratie propagiert und seit 1930 von dem autoritär-monarchistisch gesinnten Reichspräsidenten Feldmarschall Hindenburg gedeckt und gefördert worden.
Er befreite schließlich die NSDAP aus dem Dilemma einer Minderheitspartei, die in freien Wahlen nie viel mehr als ein Drittel der Bevölkerung gewinnen konnte. Die Verkoppelung der Ausnahmegewalt mit dem Recht zur Auflösung des Reichstages und zur Ernennung des Reichskanzlers ermöglichte eine legale Diktatur des Reichspräsidenten; mit ihrer Hilfe und nicht als Führer einer Mehrheitsregierung ist Hitler an die Macht gelangt.<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die "Machtergreifung" (x051/367-368):
>>Machtergreifung, im engeren Sinne die Übernahme der Regierungsgewalt im Deutschen Reich durch die NSDAP am 30.1.33, als deren Führer Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde; im weiteren, eigentlichen Sinne der Prozeß der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur und der Zerstörung der Demokratie in Deutschland 1933/34.
Der Machtergreifung vorausgegangen war die Auflösung der Weimarer Republik 1929-33: zunächst der Übergang vom parlamentarischen System zum Präsidialkabinett unter Brüning (Kanzler 30.3.30-30.5.32), dann der offen antidemokratische, auf die Errichtung eines autoritären Regimes zielende Kurs Papens (Kanzler 1.6.-17.11.32) und seine Politik der "Vorleistungen" für Hitler und die NSDAP (14.6. Aufhebung des Verbots von SA und SS, 20.7. Preußenschlag); der gleichzeitige Aufstieg der NSDAP von einer unbedeutenden Splitterpartei (1928: zwölf Reichstagsmandate) zur stärksten politischen Kraft (Juli 32: 230 von 608 Reichstagsmandaten); schließlich am 3.12.32 die Ernennung des Generals Schleicher zum Reichskanzler.
Anders als Papen hatte Schleicher einen Plan zur Verhinderung einer Machtergreifung Hitlers, nämlich die Spaltung der NSDAP und die Bildung einer "Gewerkschaftsachse" aus dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem linken, von Gregor Strasser repräsentierten Flügel der NSDAP, die nach Stimmenverlusten bei den Wahlen vom 6.11. (nur noch 196 von 584 Sitzen) und durch hohe Schulden in eine Krise geraten war.
Doch es gelang Hitler, Strasser in der Parteiführung zu isolieren: Am 7.12. erklärte dieser seinen Rücktritt von sämtlichen Parteiämtern. An der Schwäche Strassers, aber auch am Widerstand von SPD und Gewerkschaften scheiterte Schleichers Plan.
Bei einem von Papen vermittelten Treffen Hitlers mit deutschen Industriellen im Haus des Bankiers K. von Schröder in Köln am 4.1.33 sicherten ihm diese vermutlich weitere finanzielle Unterstützung zu; hier wurden wohl auch schon Vereinbarungen über die Bildung einer Regierung Hitler/Papen getroffen.
Als letzte Möglichkeit der Verhinderung einer solchen Regierung schlug Schleicher am 23.1. dem Reichspräsidenten vor, den Reichstag erneut aufzulösen, seine Neuwahl auf unbestimmte Zeit zu verschieben, den Staatsnotstand zu erklären und NSDAP wie KPD zu verbieten. Hindenburg lehnte diesen "Diktaturplan" – wie schon einen ähnlichen Vorschlag Papens – ab; Schleicher trat daraufhin am 28.1. zurück.
Am 30.1. ernannte der bis zuletzt widerstrebende Hindenburg, gedrängt von Papen und seiner Umgebung, Hitler zum Reichskanzler einer Koalition aus NSDAP und DNVP. Papen wurde Vizekanzler, Hugenberg, der Vorsitzende der DNVP, Wirtschaftsminister.
Zwar hatten in diesem "Kabinett der nationalen Konzentration", in dem die Harzburger Front wiederaufzuleben schien, die bürgerlichen Minister die Mehrheit – die NSDAP war außer mit Hitler nur durch Frick (Innenminister) und Göring (Minister ohne Geschäftsbereich) vertreten –, doch hatten Frick und Göring (zugleich kommissarischer preußischer Innenminister) innenpolitische Schlüsselstellungen inne.
Die Überzeugung der bürgerlichen "nationalen" Rechten, in der neuen Reichsregierung die

Nationalsozialisten "gezähmt" und sie für eigene politische Ziele "engagiert" zu haben (Papen), erwies sich schon bald als Fiktion. ...<<

US-Präsident Hoover kritisiert damals das ungewöhnlich nachgiebige Verhalten der französischen Regierung nach Hitlers Machtübernahme (x069/165): >>Kaum war Hitler an die Macht gekommen, so nahm die französische Regierung eine völlig veränderte Haltung ein und machte eine Reihe von Vorschlägen, die, solange Brüning an der Macht war, mehr als ausreichend gewesen wären. Immer größere Zugeständnisse wurden von Frankreich angeboten und von Hitler zurückgewiesen.

Sogar in Frankreich hatte man in weiten Kreisen das Gefühl, daß Hitler nie die Regierung in seine Hand gebracht hätte, wenn man dem Reichskanzler Brüning in vernünftiger Weise entgegengekommen wäre und ihm geholfen hätte, das Gefühl des Unrechts und der Demütigung zu zerstreuen.<<

Der deutsche Historiker Harald Steffahn schreibt später über Adolf Hitler in den Jahren 1933-1938 (x051/262-263): >>(Hitler, Adolf) ... Hitlers Kabinettbildung zeigte taktische Rücksicht. Bei nur zwei nationalsozialistischen Ministern herrschten die Konservativen vor, mit Papen als Vizekanzler. Doch mit einem Parteigenossen im Innenressort (Frick) verfügte Hitler über die Polizei und damit über einsetzbare Macht.

Noch war Deutschland ein Vielparteienstaat, der 30. Januar nur eine erste Zäsur. Aber Hitler betrieb einen hemmungslosen Wahlkampf für den 5.3.33. Der Reichstagsbrand (27.2.) als Tat des Einzelgängers van der Lubbe wurde blitzartig für die eigene Positionsstärkung genutzt (Reichstagsbrandverordnung); die Theorie kommunistischer Verschwörung diente zu einer Verhaftungswelle und praktischen Beseitigung der KPD. Die neuen Reichstagsmandate wurden sofort kassiert. Nur dadurch gelang das Erreichen einer knappen absoluten Mehrheit für die NSDAP.

Volle Handlungsfreiheit errang Hitler erst durch das Ermächtigungsgesetz (23.3.), das die Machtergreifung vollendete. Hitler fing Zeitbedrängnisse, die sein Weltbild zu bestätigen schienen, auf, setzte sie rednerisch-suggestiv um und warf sie verstärkt ins öffentliche Bewußtsein zurück: ruinöse Siegerpolitik, Massenelend, parlamentarische Pattstellungen, Verdruß an der Demokratie mit ihrem versagenden Instrumentarium, geschädigtes nationales Selbstwertgefühl (das er reaktivierte), Bolschewismusängste (denen gegenüber die Nationalsozialisten als geringeres Übel erschienen), Führersehnsucht als Kaiser-Ersatz.

Hitler reproduzierte alle Unlustgefühle und Ressentiments mit versimpelndem, durchsichtigem Staatsverständnis und fest umrissenen Feindbildern (Juden, Marxisten). Mit den gröbsten demagogischen Methoden agierend, von charismatischer Ausstrahlung, zeigte er sich als Meister psychologischer Massenführung.

Durch Hitlers Diktatur wurde sein Leben in den letzten zwölf Jahren mit der politischen Geschichte Deutschlands nahezu identisch. War er im Persönlichen schon immer seltsam farblos gewesen, so ging sein Leben von jetzt an vollends im Staat und seinen Zwecken auf. Die Privatsphäre, obwohl vorhanden, zeigte – mit seiner Geliebten Eva Braun auf dem Obersalzberg – eintönige Geselligkeit und später im Hauptquartier endlose Monologe in der Tischrunde gläubig-ergebener Statisten (Tischgespräche).

Zum persönlichen Bild Hitlers gehört freilich auch – neben der österreichischen Galanterie Frauen gegenüber – eine im engsten Kreis sympathisch wirkende, hausväterliche Fürsorge und Aufmerksamkeit, welche sogar fanatische Vorurteile außer Kraft setzen konnte: so in den Schutzversprechen für seinen als "nichtarisch" entlarvten früheren Fahrer Emil Maurice und für seine unter gleichem Makel entlassene Diätköchin.

Die Forschungsstreitfrage, wieweit Hitler nur Exponent nationalsozialistischer Herrschaft – bei selbständig operierenden Machtkreisen – gewesen sei oder alleiniges Willenszentrum, bereitet keine Deutungsnöte, wenn sie richtig gestellt wird: Nach der Röhm-Affäre, der dritten

gewonnenen inneren Machtauseinandersetzung nach den zwei Auflehnungen Gregor Strassers 1926 und 1932, erlebte Hitler keine Anfechtung weltanschaulicher Parteigänger mehr. Bis zuletzt wurden seine Entscheidungen von keiner Instanz angefochten, im jeweiligen Einzelfall auch nicht innerhalb der Wehrmacht (Putschversuche richteten sich gegen Person und System als Ganzes).
Andererseits ließ Hitler die Machtelite relativ frei gewähren. Innenpolitisch, wo er uninteressiert war, förderte und duldete er Rivalitäten und stand unangefochten über den zerstrittenen Konkurrenten. Hitler war Willenszentrum, delegierte aber viel. Er regierte kaum, (be)herrschte vielmehr. Weltanschauliche Hauptanliegen ("Endlösung", Kriegsentschluß, Feldzüge) blieben letzte Alleinentscheidungen.
Durch beeindruckende Wirtschaftserfolge, anfänglich noch ohne Rüstung, verstärkte sich Hitlers Stellung im Volk so, daß er Millionen zur erlöserhaften Heilsfigur wurde. Das beweist zugleich, daß diese Diktatur, anders als die zeitgleiche Stalins, von der Mehrheit nicht als bedrückend empfunden wurde. Verfolgte Minderheiten und vielfältige Gruppen des Widerstands blieben isoliert, in Not, Angst und Ablehnung zugleich verbunden.
Den Höhepunkt der Popularität bewirkten die gewaltlosen Erfolge des Jahres 38: Anschluß Österreichs (März), Gewinnung der Sudetengebiete durch das Münchener Abkommen (September). ...<<

31.01.1933

Deutsches Reich: Erich Ludendorff, ein berühmter und berüchtigter deutscher General des Ersten Weltkrieges (sowie aktiver "Hitlerputsch-Teilnehmer) schreibt am 31. Januar 1933 an den Ex-General und amtierenden Reichspräsidenten Hindenburg (x034/635): >>... Ich prophezeie ihnen feierlich, daß dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stürzen und unsere Nation in unfaßbares Elend bringen wird. Kommende Geschlechter werden sie wegen dieser Handlung in Ihrem Grabe verfluchen.<<

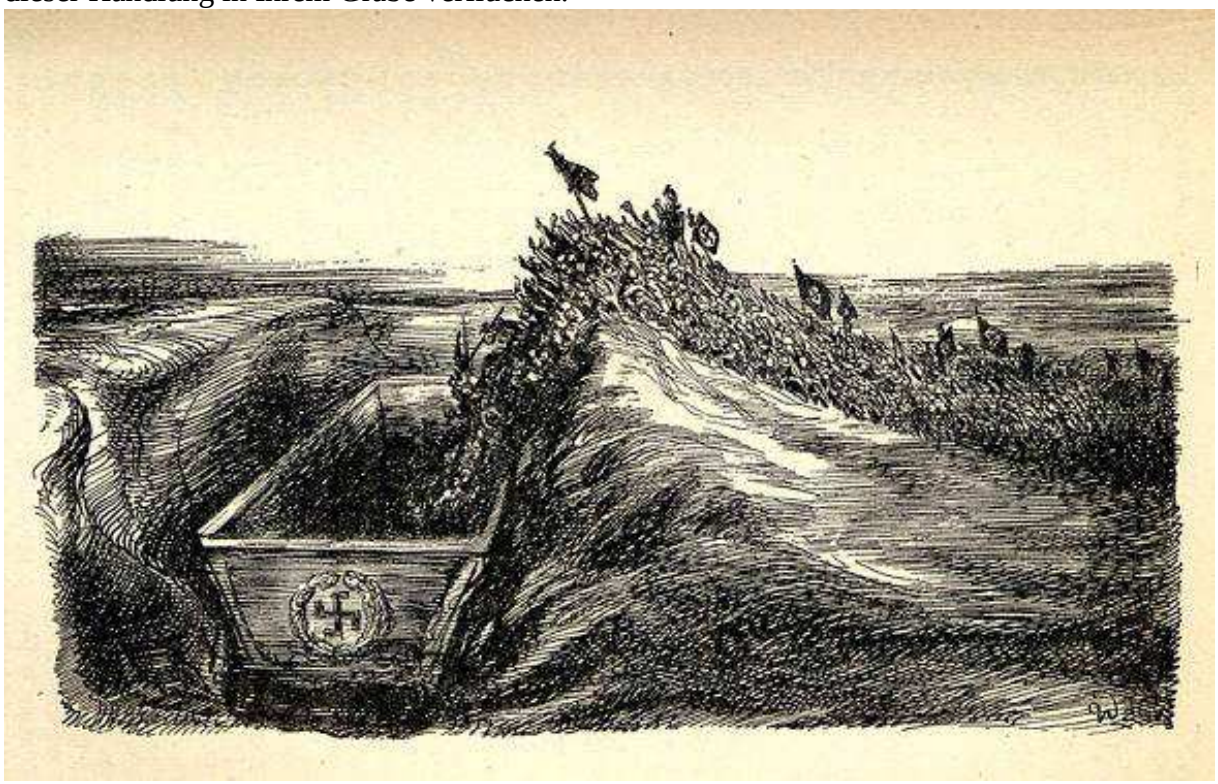


Abb. 64 (x062/461): "Hitler, ein deutsches Verhängnis", Paul Weber im Januar 1933.

Der SPD-Politiker Rudolf Breitscheid (1874-1944, ab 1920 Mitglied des Reichstages, emigriert 1933 nach Frankreich, seit 1941 im KZ Sachsenhausen interniert) erklärt am 31. Januar

1933 (x243/44, x032/10): >>Die Reaktion hat ihre letzte Karte ausgespielt, die Söldnerscharen des Faschismus eingesetzt. Wenn sie nicht sticht, und sie wird nicht stechen, dann ist die Stunde gekommen, in der die Arbeiterschaft das entscheidende Wort spricht. ... Für diese Entscheidungsstunde gilt es alle Kräfte zu sammeln, um sie entschlossen einzusetzen. ...<<
>>... Die Arbeiterschaft steht bereit, um den Abwehrkampf gegen alle reaktionären Bestrebungen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu führen. Unsere Opposition gegen das neue Kabinett ist eine Selbstverständlichkeit ... Der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Faschismus ist in einen neuen Abschnitt getreten. ...<<
Hitler erklärt während der ersten Kabinettssitzung am 31. Januar 1933 (x245/363-365): >>... Das Erbe, das wir übernehmen ist ein furchtbares.
Die Aufgabe, die wir lösen müssen, ist die schwerste, die seit Menschengedenken deutschen Staatsmännern gestellt wurde. Das Vertrauen in uns allen aber ist unbegrenzt, denn wir glauben an unser Volk und seine unvergänglichen Werte. Bauern, Arbeiter und Bürger, sie müssen gemeinsam die Bausteine liefern zum neuen Reich.
So wird es die nationale Regierung als ihre oberste und erste Aufgabe ansehen, die geistige und willensmäßige Einheit unseres Volkes wieder herzustellen.
Sie wird die Fundamente wahren und verteidigen, auf denen die Kraft unserer Nation beruht.
Sie wird das Christentum als Basis unserer gesamten Moral, die Familie als Keimzelle unseres Volks- und Staatskörpers in ihren festen Schutz nehmen.
Sie wird über Stände und Klassen hinweg unser Volk wieder zum Bewußtsein seiner volklichen und politischen Einheit und der daraus entspringenden Pflichten bringen.
Sie will die Ehrfurcht vor unserer großen Vergangenheit, den Stolz auf unsere alten Traditionen zur Grundlage machen für die Erziehung der deutschen Jugend.
Sie wird damit der geistigen, politischen und kulturellen Nihilisierung (völlige Verneinung aller Normen und Werte) einen unbarmherzigen Krieg ansagen.
Deutschland darf und wird nicht im anarchistischen Kommunismus versinken.
Sie wird anstelle turbulenter Instinkte wieder die nationale Disziplin zum Regenten unseres Lebens erheben.
Sie wird dabei all der Einrichtungen in höchster Sorgfalt gedenken, die die wahren Bürgen der Kraft und Stärke unserer Nation sind. ...
Die Regierung der nationalen Erhebung will arbeiten, und sie wird arbeiten.
Sie hat nicht 14 Jahre lang die deutsche Nation zugrunde gerichtet, sondern will sie wieder nach oben führen.
Sie ist entschlossen, in 4 Jahren die Schuld von 14 Jahren wieder gutzumachen.
Allein sie kann nicht die Arbeit des Wiederaufbaues der Genehmigung derer unterstellen, die den Zusammenbruch verschuldeten.
Die Parteien des Marxismus und seiner Mitläufer haben 14 Jahre lang Zeit gehabt, ihr Können zu beweisen.
Das Ergebnis ist ein Trümmerfeld.
Nun deutsches Volk, gib uns die Zeit von 4 Jahren, und dann urteile und richte uns!
Getreu dem Befehl des Generalfeldmarschalls wollen wir beginnen.
Möge der allmächtige Gott unsere Arbeit in seine Gnade nehmen, unseren Willen recht gestalten, unsere Einsicht segnen und uns mit dem Vertrauen unseres Volkes beglücken.
Denn wir wollen nicht kämpfen für uns, sondern für Deutschland! ...<<
KPD und SPD beschließen am 31. Januar 1933, Mißtrauensanträge gegen die neue Reichsregierung zu stellen.
Der Bundesausschuß der deutschen Gewerkschaften fordert am 31. Januar 1933 (x032/10): >>Organisation - nicht Demonstration.<<
Joseph Goebbels berichtet am 31. Januar 1933 in seinem Tagebuch (x032/10): >>Nun wird

reiner Tisch gemacht.<<
Die "Frankfurter Zeitung" berichtet am 31. Januar 1933 (x034/635): >>Diese Regierung ist die kurioseste Regierung, die Deutschland je hatte. ... Es ist uns unmöglich, jenes Telegramm zu vergessen, mit dem Herr Hitler sich mit den Mördern von Potempa solidarisch erklärt hat.<<
Die "Kreuzzeitung" berichtet am 31. Januar 1933 (x034/635): >>Welch bessere Regierung hätte ein Volk in unserer Lage sich wünschen und finden können?<<
Alfred Rosenberg schreibt am 31. Januar 1933 im "Völkischen Beobachter" (x034/635): >>Der 30. Januar 1933 wird einmal eingehen in die Geschichtsschreibung als ein Tag, der einen historischen Umschwung der deutschen Entwicklung darstellt, an dem Ströme deutscher Sehnsüchte zusammenliefen, weit aus vergangenen Jahrhunderten.<<
Das Berliner Tageblatt berichtet am 31. Januar 1933 (x034/635): >>Ja, man hat an einem Tag viel erreicht, man wird gewiß noch mehr erreichen, aber man wird nicht verhindern, daß in einem großen Volke seelischer und geistiger Widerstand wächst und wartet, seinem eigenen Tage entgegenschwebt.<<
Im Reich gibt es damals über 6,0 Millionen Arbeitslose (19 % aller Berufstätigen) und ca. 1,8 Millionen "unsichtbare Arbeitslose" (x051/35).

Januar 1933

Europa, Amerika: Für die meisten ausländischen Staaten ist Hitlers Regierungsübernahme vorerst nur "ein Sieg der nationalen Opposition".

Deutsches Reich: Andre Francois-Poncet (1887-1978, 1931-38 französischer Botschafter in Berlin) berichtet damals in seinem Tagebuch über die chaotischen Verhältnisse im Deutschen Reich (x069/58): >>Das Reich scheint in das Chaos der Jahre 1918/19 und 1923 zurückzufallen und nochmals, ja noch ernsthafter von Anarchie bedroht zu werden.
Man muß sich dieses Bild Deutschlands vor Augen halten, als die Straßen auf dem Land und in den Städten von rivalisierenden Umzügen des Stahlhelms, der Rotfront (KPD), der SA und SS durchschritten werden. Die Schlagzeilen der Zeitungen berichten täglich von neuen Unruhen, neuen Opfern.
Man muß sich jenes Deutschland vor Augen halten, in dem Unsicherheit und Unordnung herrschen und die Sorge um die nächste Zukunft und die Furcht vor einer bolschewistischen Revolution die Gemüter bedrücken, um zu begreifen, daß die nationalistischen Leidenschaften aufgepeitscht werden konnten mit der Behauptung, das Ausland sei an diesem ganzen Unglück schuld, um zu verstehen, mit welchen Gefühlen 1933 die Machtübernahme durch jenen Mann mit der eisernen Faust aufgenommen wurde, einen Mann, der so tapfer den Roten die Stirne bietet und sich anheischig macht, im Innern Ordnung und Freiheit, nach Außen Macht und Größe des Reiches wieder herzustellen.<<

01.02.1933

Deutsches Reich: Nach der Machtübernahme gibt Hitler am 1. Februar 1933 in seiner ersten Proklamation einige politische Ziele bekannt (x149/71): >>Die nationale Regierung wird mit eiserner Entschlossenheit und zähester Ausdauer folgenden Plan verwirklichen: Binnen 4 Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein. ...
Die Parteien des Marxismus und seiner Mitläufer haben 14 Jahre lang Zeit gehabt, ihr Können zu beweisen. Das Ergebnis ist ein Trümmerfeld.
Nun, deutsches Volk, gib uns die Zeit von 4 Jahren, und dann urteile und richte uns! ...<<

03.02.1933

Deutsches Reich: In einer geheimen Besprechung erklärt Hitler am 3. Februar 1933 vor Befehlshabern der Reichswehr (x058/347-348):
>>... 1. Im Innern. ... Keine Duldung und Betätigung irgendeiner Gesinnung, die dem Ziel entgegen steht (Pazifismus!). Wer sich nicht bekehren läßt, muß gebeugt werden. Ausrottung

des Marxismus mit Stumpf und Stiel. Einstellung der Jugend und des ganzen Volkes auf den Gedanken, daß nur der Kampf uns retten kann und diesem Gedanken gegenüber alles zurückzutreten hat. Ertüchtigung der Jugend und Stärkung des Wehrwillens mit allen Mitteln. Todesstrafe für Landes- und Volksverrat. Straffste autoritäre Staatsführung. Beseitigung des Krebsschadens der Demokratie.
2. Nach außen. Kampf gegen Versailles. ...
3. Wirtschaft. Der Bauer muß gerettet werden! ...
4. Aufbau der Wehrmacht ... Allgemeine Wehrmacht muß wieder kommen. ...
Wie soll politische Macht, wenn sie gewonnen ist, gebraucht werden? ... Vielleicht Erkämpfung neuer Exportmöglichkeiten, vielleicht - und wohl besser - Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung. ... Wehrmacht wichtigste und sozialistischste Einrichtung des Staates. Sie soll unpolitisch und überparteilich bleiben. Der Kampf im Innern nicht ihre Sache, sondern der Nazi-Organisationen. Anders wie in Italien keine Verquickung von Heer und SA beabsichtigt.
Gefährlichste Zeit ist die des Aufbaus der Wehrmacht. Da wird sich zeigen ob Frankreich Staatsmänner hat; wenn ja, wird es uns nicht Zeit lassen, sondern über uns herfallen (vermutlich mit Osttrabanten).<<

04.02.1933

Deutsches Reich: Die "Tägliche Rundschau" fragt am 4. Februar 1933 (x032/13): >>Ist das also ein Sieg Adolf Hitlers? Sieht so die Frucht aus, die ihm nach zwölfjährigem Ringen reif in den Schoß fällt?<<
Joseph Goebbels berichtet am 4. Februar 1933 (x032/13): >>Jetzt geht's aufs Ganze, und wir dürfen keine Rücksicht mehr kennen.<<

05.02.1933

Österreich: Der Linzer Bischof Gföllner schreibt am 5. Februar 1933 in einem Hirtenbrief (x032/14): >>... Es ist frivoler Rassenwahn, die Blutreinheit des Ariers auf gleiche Stufe mit der Paradiesunschuld unserer Stammeseltern zu stellen, den Sündenfall aber in Vergleich zu bringen mit Rassenmischung, die Sünde wider Blut und Rasse als die Erbsünde dieser Welt zu bezeichnen.<<

07.02.1933

Deutsches Reich: Carl von Ossietzky schreibt am 7. Februar 1933 in der "Weltbühne" (x032/14): >>... Die Republik hat die Bataille verloren, ... weil es ihr an dem notwendigen Lebenswillen fehlte, über den die Rechte in hohem Maße verfügt. ...
Die Propaganda war immer die schwache Stelle der Weimarer Kabinette. Die NSDAP macht ihre agitatorische Sprache unbedenklich zum amtlichen Stil.<<
Der SPD-Parteivorsitzende Otto Wels erklärt am 7. Februar 1933 während einer Massenversammlung der Eisernen Front in Berlin (x032/14): >>... Ein Stacheldraht von Verboten, Strafandrohungen umgibt uns, wohin wir blicken. Die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte, Freiheit des Wortes und der Schrift, sind in einer nie dagewesenen Weise eingeengt. Wir erinnern an das alte Wort: Gestrenge Herren regieren nicht lange!<<

08.02.1933

Deutsches Reich: Wilhelm Röpke (1899-1966, Professor der Nationalökonomie) erklärt am 8. Februar 1933 in Marburg während seines Vortrages "Wo stehen wir? Wohin treiben wird?" (x032/15): >>... Angesichts der Ereignisse der letzten Jahre bedarf es in der Tat einer starken philosophischen Unerschütterlichkeit, wenn man sich der Suggestivkraft des Schlagworts von der, "Epochenwende" entziehen will ...
Nichts Geringeres geht vor sich, als daß ein Massenaufstand gegen die letzten Grundlagen alles dessen ausgebrochen ist, was wir Kultur nennen: ein Massenaufstand gegen Vernunft, Freiheit, Humanität und gegen jene geschriebenen und ungeschriebenen Normen, die in Jahr-

tausenden entstanden sind, um eine hochdifferenzierte menschliche Gemeinschaft zu ermöglichen, ohne die Menschen zu Staatssklaven zu erniedrigen ...
Es gehört zur Definition des Massenmenschen, daß er intolerant und nicht geneigt ist, in Diskussionen einzutreten, daß er mehr dem Gefühl als dem Verstand folgt und für den Gedanken der Humanität nur ein geringfügiges Lächeln hat. Und dieser Massenmensch ... steht im Begriff, die Herrschaft an sich zu reißen.<<
Hitler erklärt am 8. Februar 1933 vor leitenden Vertretern der deutschen Presse (x032/15): >>... In 10 Jahren wird es in Deutschland keinen Marxismus mehr geben.<<

10.02.1933

Deutsches Reich: Hitlers erste Rede als Reichskanzler im Berliner Sportpalast wird am 10. Februar 1933 im Rundfunk übertragen (x243/44): >>... Deutsches Volk, gib uns 4 Jahre Zeit. Dann richte und urteile über uns! ... Und ich schöre dir, so wie ... ich in dieses Amt eintrat, so will ich dann gehen. ...
Ich kann mich nicht lösen von dem Glauben an mein Volk, ... von der Überzeugung, daß diese Nation wieder einst auferstehen wird, kann mich nicht entfernen von der Liebe zu diesem meinem Volk und hege felsenfest die Überzeugung, daß eben doch einmal die Stunde kommt, in der die Millionen, die uns heute hassen, ... mit uns dann begrüßen werden das gemeinsam geschaffene, mühsam erkämpfte, bitter erworbene neue deutsche Reich der Größe und Ehre und der Kraft und der Herrlichkeit und der Gerechtigkeit.
Amen.<<
Joseph Goebbels berichtet damals über Hitlers Rede im Berliner Sportpalast (x032/16): >>Die Massen im Sportpalast geraten in einen sinnlosen Taumel. Nun erst beginnt die deutsche Revolution aufzubrechen. ...<<

27.02.1933

Deutsches Reich: Der niederländische Anarchist Marinus van der Lubbe setzt am 27. Februar 1933 das Berliner Reichstagsgebäude in Brand.
Hitler nutzt den Reichstagsbrand sofort als Vorwand, um die gefährlichsten "Staatsfeinde" auszuschalten (angebliche "kommunistische Rebellion"). In der Nacht des Brandes und am nächsten Tag werden ca. 4.000 kommunistische Funktionäre verhaftet und die KPD indirekt verboten.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Reichstagsbrand" (x051/-485-486): >>Reichstagsbrand, Vernichtung großer Teile, insbesondere des Plenarsaals, des Reichstagsgebäudes in Berlin durch Feuer am Abend des 27.2.33.
Der niederländische Anarchist van der Lubbe war kurz nach 21 Uhr ins Parlamentsgebäude eingedrungen und hatte mit Kohlenanzündern mehrere Brände gelegt, die er mit Stoffackeln weitertrug. Als er um 21.27 Uhr gestellt werden konnte, ließ sich der Plenarsaal trotz massiven Feuerwehreinsatzes nicht mehr retten, da die Kuppel geborsten war und ein sogenannter Schlot-Effekt entstand.
Hitler und die nationalsozialistische Führung, die unmittelbar danach am Tatort erschienen, bezeichneten den Reichstagsbrand sofort als "kommunistisches Fanal" für einen Aufstand gegen die neue Regierung der "nationalen Erhebung" und nutzten die Gelegenheit zu einer schlagartigen Massenverhaftung (ca. 4.000) kommunistischer und auch einiger SPD-Funktionäre nach vorbereiteten Listen. Am Tag darauf setzte die Reichstagsbrandverordnung wesentliche Grundrechte außer Kraft, der kommunistische Wahlkampf für die Reichstagswahl am 5.3.33 wurde unterbunden, der sozialdemokratische schwer behindert (Zeitungs-, Versammlungsverbote u.a.).
Nach der klassischen Frage "cui bono", wem der Reichstagsbrand genutzt habe, entstand unmittelbar nach dieser planvollen Reaktion der Regierung der Verdacht, der Brand sei von den Nationalsozialisten gelegt worden. Dazu trug bei, daß vom Palais des Reichstagspräsidenten

Göring ein unterirdischer Gang in das Reichstagsgebäude führte, der ein idealer Fluchtweg für die Brandstifter hätte sein können, die Lubbe nur mißbraucht hätten. Zudem schien es schwer vorstellbar, daß ein Einzelner das Riesenbauwerk in Flammen gesetzt hatte.
Doch weder die Kommunisten mit ihrem Braunbuch noch die Nationalsozialisten, die außer Lubbe noch den KPD-Fraktionsführer Torgler, der am Abend als Letzter den Reichstag verlassen hatte, sowie die in Berlin weilenden Komintern-Funktionäre Dimitrow, Popoff und Taneff im Reichstagsbrandprozeß anklagen ließen, konnten ihre Version beweisen.
Auch eine Historiker-Kommission nach dem Krieg unter Leitung des Schweizer Professors Walter Hofer vermochte Lubbes hartnäckige Behauptung von seiner Alleintäterschaft nicht zu erschüttern.<<
Joseph Goebbels berichtet am 27. Februar 1933 in seinem Tagebuch (x191/57): >>Nun ist der entscheidende Augenblick gekommen. Göring ganz groß in Fahrt. Der Führer verliert nicht einen Augenblick seine Ruhe. ...
Sofort verbietet Göring die gesamte kommunistische und sozialdemokratische Presse. Die kommunistischen Funktionäre werden in der Nacht dingfest gemacht. Die SA wird alarmiert. ...
Mitten in der Nacht noch erscheint Oberregierungsrat Diels vom preußischen Innenministerium und gibt mir eingehend Bericht über die bisherigen Maßnahmen. Die Verhaftungen sind reibungslos verlaufen. ...
Wenn Widerstand geleistet wird, dann Straße frei für die SA. ...<<
Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtet am 27. Februar 1933 über den Reichstagsbrand (x032/22): >>Ein historischer Tag ersten Ranges. Das geplante Attentat hat heute stattgefunden, aber nicht auf Hitler, sondern auf das Reichstagsgebäude.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Marinus van der Lubbe (x051/-62): >>Lubbe, Marinus van der, geboren in Leiden 13.1.1909, gestorben Leipzig 10.1.1934, niederländischer Maurergeselle, nach Bau-Unfall arbeitsunfähig; Wanderungen durch mehrere europäische Länder; Anschluß an die Rade-(=Räte)-Kommunisten (anarchistische Splittergruppe).
Anfang Februar 33 beschloß Lubbe, den deutschen Kommunisten und Sozialisten im Kampf gegen die Nationalsozialisten beizustehen, und wanderte nach Berlin, das er am 18.2. erreichte. Er erkannte schnell die gelähmte Widerstandskraft der deutschen Linken und faßte den Plan, sie durch ein Fanal aufzurütteln.
Nach fehlgeschlagenen Brandstiftungen im Neuköllner Wohlfahrtsamt, im Rathaus und im Berliner Schloß am 25.2. brach Lubbe am 27.2. kurz nach 21 Uhr ins Reichstagsgebäude ein und konnte mit Kohle-Anzündern so viele Brände legen, daß trotz seiner Festnahme schon um 21.27 Uhr der Plenarsaal nicht mehr zu retten war.
Im Reichstagsbrandprozeß blieb er bei seiner Version der Alleintäterschaft, die die Nationalsozialisten aus antikommunistischen und die Kommunisten aus antifaschistischen Gründen vergeblich zu erschüttern suchten.
Lubbe wurde am 23.12.33 nach der Lex van der Lubbe zum Tod verurteilt und mit dem Fallbeil hingerichtet.<<
An der Brandstiftung war vermutlich auch der damalige preußische "Innenminister" Hermann Göring beteiligt.
Im Jahre 1946 erklärt Generaloberst Halder z.B. unter Eid (x059/73): >>Anläßlich eines Mittagessens beim Führer im Jahre 1942 kam das Gespräch auch auf das Reichstagsgebäude ... Ich habe mit eigenen Ohren gehört, wie Göring in das Gespräch hineinrief: "Der einzige, der den Reichstag wirklich kennt, bin ich. Ich habe ihn ja angezündet."<<
Der deutsche Historiker Harald Steffahn schreibt später über Hermann Göring in den Jahren 1933-1939 (x051/222-223): >>(Göring, Hermann) ... Als Hitler Reichskanzler wurde, trat Gö-

ring als Minister ohne Portefeuille ins Kabinett ein, war zunächst nur Reichskommissar für die Luftfahrt. Dennoch hatte er sich schon jetzt ohne erkennbare Anstrengung den zweiten Platz in der Machthierarchie gesichert, weniger durch Leistung als durch sein Auftreten und seine Bedenkenlosigkeit.
Der französische Botschafter in Berlin, François-Poncet, charakterisierte ihn in der Rückschau: "Er war geschickt, schlau, kaltblütig, mutig und von eisernem Willen. Skrupel kannte er nicht. Und er war ein Zyniker. Obwohl er großherzige Regungen und Ritterlichkeit kannte, konnte er von unerbittlicher Grausamkeit sein."
So war Göring zwar ein unbedingter Anhänger von Hitlers Rassenlehre, konnte aber unverfroren erklären: "Wer Jude ist, bestimme ich!" und dementsprechend Schutzbriefe ausstellen, die auch gültig blieben; er genoß Popularität trotz oder wegen seiner Prunkliebe, Ordenssucht, Körperfülle und weil er als Einziger aus der nationalsozialistischen Prominenz Sinn sogar für regimefeindliche Flüsterwitze hatte, aber er intrigierte hemmungslos in der Röhm-Affäre und unterstützte kaltblütig die Mordaktion; er beherzigte das Prinzip "Leben und leben lassen", aber verstrickte sich ohne Zögern in jede der großen menschenverachtenden Gewaltaktionen des Dritten Reiches. Das machte ihn am Ende mit Recht zum Ersten unter den Hauptangeklagten in Nürnberg.
Kein anderer unter Hitlers Gefolgsleuten, nicht einmal Himmler, vereinigte mit der Zeit - und großenteils nebeneinander - so viele Ämter auf sich. Der bisherige Reichstagspräsident, der mit seinem ungeschickten Drohverhalten im Reichstagsbrandprozeß den mittlerweile widerlegten Verdacht nährte, die Nationalsozialisten als Nutznießer seien an der Brandstiftung beteiligt gewesen, wurde im April 33 preußischer Ministerpräsident (zeitweilig auch Innenminister, der hier die Geheime Staatspolizei beherrschte), im Mai 33 Reichsminister für Luftfahrt, 1934 Reichsforst- und Reichsjägermeister, Oberbefehlshaber der Luftwaffe, 1936 Beauftragter für den Vierjahresplan, der vorwiegend der Kriegsvorbereitung diente.
1936 setzte er Personal und Material der jungen Luftwaffe zum ersten Härtetest ein: als Legion Condor im Spanischen Bürgerkrieg zugunsten von Franco. 1938 ernannte Hitler ihn, der die mittleren und höheren Offiziersränge übersprungen hatte, zum zweiten Feldmarschall des Dritten Reiches (nach Blomberg).
Nach dem Pogrom der Kristallnacht (9./10.11.38) drängte Göring die Juden endgültig aus dem Wirtschaftsleben und erlegte den Opfern eine "Wiedergutmachung" auf: Für die unschuldig erlittenen Schäden mußten sie zusammen eine Sondersteuer von einer Milliarde RM entrichten.
In der Polenkrise (August 39) versuchte Göring, den Krieg zu verhindern, und setzte erfolglos internationale Beziehungen ein (Dahlerus). Unter dem Eindruck des britischen Ultimatums vom 3.9.39 äußerte Göring deutliche Zweifel am Durchhaltevermögen: "Wenn wir diesen Krieg verlieren, dann möge uns der Himmel gnädig sein." Zwei Tage zuvor hatte Hitler ihn zum Nachfolger designiert. ...<<

28.02.1933

Deutsches Reich: Am 28. Februar 1933 genehmigt Reichspräsident von Hindenburg auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 eine ihm vorgelegte Notverordnung (sogenannte "Reichstagsbrandverordnung" bzw. Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat).
In dieser völlig ungerechtfertigten "Reichstagsbrandverordnung" zur Abwehr kommunistischer staatgefährdender Gewaltakte heißt es (x058/348): >>Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte verordnet:
§ 1 Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Ver-

eins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen zu Haussuchungen (Unverletzlichkeit der Wohnung) und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen sind zulässig.
§ 2 Werden in einem Lande die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen nicht getroffen, so kann die Reichsregierung insoweit die Befugnisse der Landesbehörde vorübergehend wahrnehmen. ...<<
Diese scheinbar "legale Notverordnung" setzt wesentliche demokratische Grundrechte der Weimarer Verfassung (wie z.B. freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Brief- und Fernsprechgeheimnis, persönliche Freiheiten) außer Kraft.
Mit Hilfe der "Reichstagsbrandverordnung" kann das NS-Regime die Weimarer Republik zwar vermeintlich "legal" liquidieren, aber diese "Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat" ist nicht durch Artikel 48 gedeckt und deshalb ungesetzlich, weil sie nicht vorübergehend erlassen wird. Die "Reichstagsbrandverordnung" (Abschaffung des demokratischen Verfassungs- und Rechtsstaates bzw. Legalisierung der NS-Diktatur) wird zunächst auf 4 Jahre begrenzt und danach dreimal durch das NS-Regime verlängert, so daß sie schließlich bis zum Zusammenbruch des NS-Staates in Kraft bleibt.
Mit Hilfe dieser "legalen Notverordnung" verhängt Hitler am 28. Februar 1933 den Ausnahmezustand im Deutschen Reich, schaltet bereits indirekt das Parlament aus und übernimmt im Rahmen der "Nationalen Revolution" wesentliche Machtpositionen des Landes. Zahlreiche wichtige Ämter der Behörden, Polizei, Presse, des Rundfunks und sonstige wichtige Posten werden unverzüglich durch die NSDAP besetzt.
Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die "Reichstagsbrandverordnung" (x051/486):
>>Reichstagsbrandverordnung, am 28.2.33 unter der Bezeichnung "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" erlassene Notverordnung.
Vorausgegangen war ihr der Reichstagsbrand am 27.2., der von den Nationalsozialisten den Kommunisten zur Last gelegt wurde.
"Zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte" (so die Präambel) setzte die Reichstagsbrandverordnung die in Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Weimarer Verfassung verbrieften Grundrechte der persönlichen Freiheit, der Unverletzlichkeit der Wohnung und des Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnisses, der Meinungsfreiheit, der Versammlungs- und der Vereinigungsfreiheit und der Garantie des Privateigentums außer Kraft, gab der Reichsregierung das Recht, "zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" in den Ländern die Befugnisse der Landesregierung "vorübergehend wahrzunehmen", und verschärfte die Strafandrohungen für bestimmte Delikte, führte u.a. für Hochverrat und Brandstiftung die Todesstrafe ein.
Die Reichstagsbrandverordnung gab der von Hitler geführten Regierung eine scheinbar legale Grundlage zur Gleichschaltung der Länder und zur Verfolgung von tatsächlichen oder angeblichen Gegnern des Nationalsozialismus; allein 1933 kam es aufgrund der Reichstagsbrandverordnung zu 3.584 Strafverfahren mit 3.133 Verurteilungen. V.a. aber beseitigte die Reichstagsbrandverordnung wesentliche Elemente des Rechtsstaates und bildete so zusammen mit dem Ermächtigungsgesetz vom 24.3.33 die gesetzliche Grundlage der nationalsozialistischen Diktatur.<<
Die amtliche Mitteilung des preußischen Pressedienstes vom 28. Februar 1933 über den Reichstagsbrand lautet (x191/58): >>Diese Brandstiftung ist der bisher ungeheuerlichste Terrorakt des Bolschewismus in Deutschland.
Unter den Hunderten von Zentnern Zersetzungsmaterial, das die Polizei bei der Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses (der KPD) entdeckt hat, fanden sich die Anweisungen zur Durchführung des kommunistischen Terrors nach bolschewistischem Muster. Hiernach sollen Re-

gierungsgebäude, Museen, Schlösser und lebenswichtige Betriebe in Brand gesteckt werden. ... Der Brand des Reichstages (sollte) das Fanal zum blutigen Aufruhr und zum Bürgerkrieg sein.<<

Goebbels berichtet am 28. Februar 1933 in seinem Tagebuch (x191/57): >>... Es erfolgen Verhaftungen über Verhaftungen. Nun wird die rote Pest mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Widerstand zeigt sich nirgendwo. Das gegnerische Lager scheint durch unser plötzliches und scharfes Durchgreifen so verblüfft zu sein, daß es sich gar nicht mehr zu wehren wagt.<<

Die SPD-Zeitung "Vorwärts" wird am 28. Februar 1933 durch das NS-Regime verboten.

Die deutsche Historikerin Sibylle Obenaus schreibt später über die SPD-Zeitung "Vorwärts" (x051/614-615): >>Vorwärts (Untertitel: "Berliner Volksblatt, Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands"), 1891 in Berlin gegründete Zeitung, Herausgeber bis 1900 Wilhelm Liebknecht, dann ein Kollektivgremium; erschien ab 1902 im gleichnamigen Verlag; Auflage 1914: 154.000.

Nach der 1916 erfolgten Spaltung der SPD war Stampfer mit kurzer Unterbrechung 1919 bis 33 Chefredakteur des "Vorwärts". Ab 1.10.22 trug der "Vorwärts" eine Zeitlang den Untertitel: "Zentrales Organ der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands", ab 29.6.32 das Emblem der Eisernen Front (drei schwarze Pfeile auf weißem Grund) im Titelkopf. Auflage Ende 1918: 400.000, 1933: 100.000.

Der "Vorwärts" wurde durch die Reichstagsbrandverordnung zunächst auf vier Wochen verboten, dann endgültig unterdrückt. Letzte gedruckte, nicht mehr ausgelieferte Nummer in Preußen: 28.3.33.

Als Exilzeitung der SPD erschien ab 18.6.33 in Prag der "Neue Vorwärts". Chefredakteur war wieder Stampfer, 1935-40 Curt Geyer zusammen mit Stampfer und Hilferding als führende regelmäßige Mitarbeiter; Auflage 1935: 10.000. Die vom 29.10.33 bis März 38 erscheinende illegale Verbreitung in Deutschland erhielt den Titel: "Sozialistische Aktion". Chefredakteur war Paul Hertz, Auflage 1934/35: 10.000-25.000. Ab 1938 erschien der "Neue Vorwärts" vierzehntägig in Paris, Auflage: ca. 5.000. Nach der deutschen Besetzung mußte er 1940 sein Erscheinen einstellen. Letzte Nummer: 12.5.40.<<

Februar 1933

Deutsches Reich: Carl von Ossietzky, der Redakteur der "Weltbühne", der sich stets weigert, vor den Nazis zu fliehen, wird nach dem Reichtagsbrand im Februar 1933 verhaftet und bis zu seinem Tod als "Staatsfeind" interniert. Als von Ossietzky später den Friedensnobelpreis erhält, darf er die Auszeichnung nicht annehmen.

03.03.1933

Deutsches Reich: Die NS-Ortsgruppe Thalburg ruft am 3. und 4. März 1933 in den "Thalburger Neusten Nachrichten" zur Wahl der NSDAP auf (x023/129): >>Einwohner von Thalburg. Ihr wollt in Ruhe und Frieden Eurer Arbeit nachgehen! Ihr habt das freche Auftreten des SPD- und KPD-Gesindels satt! Die roten Senatoren, Bürgermeister und Reichsbannergeneräle mit ihrem bewaffneten Klüngel wünscht ihr zum Teufel!

Denkt an das schandbare Auftreten dieser Horden vor einem Jahre! Die roten Herren ... machten in Bürgerkrieg. ... In den Baracken warteten vertierte Kommunisten mit Militärgewehren bewaffnet ... auf die Blutarbeit in den Straßen Thalburgs. Thalburg sollte in Blut und Grauen versinken.

Hitler war Euer Retter! Die NSDAP, die SA, die SS kämpfen auch hier in Thalburg für Euch! Morgen ist der Tag der erwachenden Nation! Das deutsche Volk dankt an der Wahlurne dem großen Führer für seine Rettung in letzter Stunde! Es wird ein Brausen durch Deutschland gehen! Deutschland wählt Liste 1.

Heil Hitler! Ortsgruppe Thalburg der NSDAP.<<

Der "März-Wahlkampf" im Jahre 1933 steht bereits eindeutig im Zeichen des NS-Terrors.

Zahlreiche politische Gegner werden gewaltsam durch die Sturmabteilung (SA) unterdrückt, verhaftet oder mißhandelt. Der Rundfunk sendet fortwährend Hitler-Reden und NS-Propaganda. In manchen Landesteilen werden Zeitungen und Versammlungen der NS-Gegner verboten. Der damalige preußische Innenminister Hermann Göring droht damals in einer Wahlrede (x059/75): >>... Ich habe keine Gerechtigkeit auszuüben, sondern nur zu vernichten und auszurotten. Ich werde die Macht des Staates bis zum äußersten gebrauchen, meine lieben Kommunisten! ...<<

Großbritannien: Der "Daily Express" berichtet am 3. März 1933 (x023/71): >>Wenn die kommunistische Gefahr beseitigt ist, wird die normale Ordnung der Dinge zurückkehren.<<

05.03.1933

Deutsches Reich: Bei der letzten "freien Reichstagswahl" am 5. März 1933 erhält die NSDAP trotz großer Massenarbeitslosigkeit (fast 6,0 Millionen Arbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter) "nur" 43,9 % aller Wählerstimmen bzw. 288 Mandate, so daß Hitler nur mit Hilfe von radikalen Bundesgenossen "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" (DNVP = 8,0 %) die "einfache Mehrheit" von 51,9 % erreicht.

Da spätestens seit dem 28. Februar 1933 diktatorische Machtverhältnisse herrschen (Einschränkung der Grundrechte, Ausnahmezustand, Parteienverbot, SA- Straßenterror etc.), zählt die Wahl vom 5. März 1933 bereits nicht mehr zu den demokratischen und freien Wahlen.

Die deutschen Reichtagswahlen von 1928-33 (x089/413):

Parteien	Mandate 1928	%	Mandate 1930	%	Mandate Juli 1932	%	Mandate November 1932	%	Mandate März 1933	%
NSDAP	12	2,6	107	18,3	230	37,3	196	33,1	288	43,9
DNVP	73	14,2	41	7,0	37	5,9	52	8,3	52	8,0
SPD	153	29,8	143	24,5	133	21,6	121	20,4	120	18,3
Zentrum	62	12,1	68	11,8	75	12,5	70	11,9	74	11,2
DVP (Liberale)	45	8,7	30	4,5	7	1,2	11	1,9	2	1,1
KPD	54	10,6	77	13,1	89	14,3	100	11,9	81	12,3
Sonstige	92	22,0	111	20,8	37	7,2	34	7,5	30	5,2
Gesamt	**491**		**577**		**608**		**584**		**647**	

Joseph Goebbels berichtet am 5. März 1933 (x032/25): >>Wir sind die Herren im Reich und in Preußen; alle anderen sind geschlagen zu Boden gesunken. Eine lange Arbeit wird mit letztem Erfolg gekrönt. Deutschland ist erwacht.<<

Die "Bergwerkszeitung" berichtet am 5. März 1933 über den Reichstagsbrand (x032/25): >>Der Bau ist nicht mehr zu retten, aber der Geist, der ihn zerstört hat, kann noch ausgerottet werden, ehe es zu spät ist und ganz Deutschland ein Opfer blindwütiger Verneinung fanatischer Hirngespinste wird.<<

Der ehemalige preußische Ministerpräsident Otto Braun flieht bereits am 5. März 1933 ins Exil in die Schweiz.

06.03.1933

Deutsches Reich: Der SPD-Parteivorstand erklärt am 6. März 1933 nach der verlorenen Reichstagswahl (x032/25): >>... Unerschüttert, kampferprobt, gerüstet steht die Partei. Neue große Anforderungen wird die nächste Zeit an die SPD stellen. Wir sind ihnen gewachsen. Der Kampf um die Wiedereroberung der Bewegungsfreiheit der Arbeiterschaft, um ihr politisches Recht geht weiter.
Haltet der Partei die Treue!<<

11.03.1933

Deutsches Reich: Reichsinnenminister Göring erklärt am 11. März 1933 während einer Rede in Essen (x129/33-34): >>Ich habe erst angefangen zu säubern, es ist noch längst nicht fertig. Für uns gibt es zwei Teile des Volkes; einen, der sich zum Volk bekennt, ein anderer Teil, der zersetzen und zerstören will.
Ich danke meinem Schöpfer, daß ich nicht weiß, was objektiv ist. Ich bin subjektiv. Ich stehe einzig und allein zu meinem Volke, alles andere lehne ich ab.
Wenn sie sagen, die Bevölkerung ist in furchtbarer Erregung, weil jüdische Warenhäuser vorübergehend geschlossen waren, so frage ich: Ist es nicht natürlich, wenn wir Deutsche endlich erklären: Kauft nicht beim Juden, sondern beim deutschen Volk.
Ich werde die Polizei rücksichtslos einsetzen, wo man das deutsche Volk zu schädigen weiß. Aber ich lehne es ab, daß die Polizei eine Schutztruppe jüdischer Warenhäuser ist. Es muß endlich einmal der Unfug aufhören, daß jeder Gauner nach der Polizei schreit. Die Polizei ist nicht dazu da, die Gauner, Strolche, Wucherer und Verräter zu schützen.
Wenn sie sagen, da und dort sei einer abgeholt und mißhandelt worden, so kann man nur erwidern: Wo gehobelt wird, fallen Späne.
Wir haben jahrelang die Abrechnung mit den Verrätern angekündigt. Ruft nicht soviel nach Gerechtigkeit, es könnte sonst eine Gerechtigkeit geben, die in den Sternen steht und nicht in euren Paragraphen! Und wenn diese Gerechtigkeit leuchtet, ist euer Ende gekommen.
Man klagt über die Unterdrückung von Zeitungen. Wundert euch das? Mich wundert, daß sie noch existieren. Ich würde pflichtwidrig handeln, wenn ich länger dieses Gift ins Volk hineinträufeln ließe.
Wenn wir auch vieles falsch machen, wir werden jedenfalls handeln und die Nerven behalten. Lieber schieße ich ein paarmal zu kurz oder zu weit, aber ich schieße wenigstens.<<
Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtet am 11. März 1933 (x243/47): >>Flaggenhissung auf dem Rathaus ... unter Führung von (SA-)Sturmbannführer Sch. ...
Da, wo am 9. November 1918 die roten Fahnen hingen, (wurde) die Hakenkreuzfahne gehißt. ...
Einziehung von 50 Mann Hilfspolizei, die sich aus SA, SS und Stahlhelm rekrutieren. ...<<

13.03.1933

Deutsches Reich: Seit dem 13. März 1933 kontrolliert, "säubert" und dirigiert Josef Goebbels, NS-Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, sämtliche Informationsmedien (Presse, Buchwesen, Rundfunk, Film) und andere kulturelle Einrichtungen.

NS-Propaganda

Die NS-Propaganda richtete sich konsequent nach Hitlers Grundsätzen, die er in seinem Buch "Mein Kampf" festgelegt hatte. Da die Aufnahmefähigkeit der großen Masse nur sehr beschränkt, das Verständnis klein, dafür die Vergeßlichkeit jedoch groß wäre, sollte sich die NS-Propaganda nur auf wenige Punkte beschränken und diese ständig schlagwortartig wiederholen, um die entsprechenden Propagandaziele wirkungsvoll zu erreichen.
Die allgegenwärtige Propaganda verbreitete danach während der NS-Diktatur unaufhörlich ihre unkontrollierbaren NS-Thesen, die aus Lügen, Halbwahrheiten und Tatsachen bestanden. Da Goebbels erstmalig den Rundfunk einsetzen wollte, erhielten die deutschen Volksgenossen

zunächst preiswerte Radios. Bereits 1933/34 verkaufte das NS-Regime mehr als 1,0 Millionen "Volksempfänger" zum Stückpreis von 76 RM. Die NS-Kommunikationsmedien bedienten in erster Linie den ordinären Pöbelgeschmack sowie die einfache Mittelmäßigkeit und verherrlichten unentwegt die primitivsten Instinkte der Menschen.
Der "Kulturdiktator" Goebbels (1897 in Rheydt geboren, sollte ursprünglich katholischer Priester werden) war ein begabter Propagandaexperte, der den "führerlosen" Massen ein jahrzehntelang entbehrtes Zusammengehörigkeitsgefühl vermittelte. Die NS-Propaganda war insgesamt eine unwürdige Form der systematischen Volksverdummung, die aber damals durch die völlige Knebelung der Gedankenfreiheit (Bücherverbrennungen usw.) und wegen fehlender Vergleichsmöglichkeiten äußerst erfolgreich eingesetzt werden konnte.
Das NS-Regime verbreitete unentwegt Antithesen: "Rassemenschen", "Untermenschen", "Stimme des Blutes", "Tatmensch", "Führertum", "diktatorischer Wille".
Jeder Unsinn durfte ungestraft behauptet werden, wenn er nur die sogenannte "NS-Rassenpolitik" unterstützte. Die NS-Weltanschauung wurde andauernd durch gewaltige Großkundgebungen, endlose Massenaufmärsche, Fackelzüge und dauernde Parteiveranstaltungen werbewirksam verbreitet und fand überall viele begeisterte Anhänger.
Ein Gegner des NS-Regimes berichtet später (x191/188): >>Den Untertanen wurde, damit sie bequem zu erreichen waren, der Volksempfänger aufgeschwatzt; Gemeinschaftsempfänge wurden veranstaltet, denen kein Beamter, Angestellter und Arbeiter fernbleiben konnte; auf öffentlichen Plätzen wurden Lautsprecher angebracht; in den Arbeitssälen der Betriebe kamen sie nicht zum Schweigen. Wer seinen eigenen Apparat nicht aufdrehte, vernahm aus der Wohnung des Nachbarn oder von der Straße her das Geplärr. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Volksempfänger" (x051/-610): >>Volksempfänger, offizielle Bezeichnung für ein technisch einfaches, durch Verzicht auf Zierrat schlicht gestaltetes Rundfunkgerät, das 1933 auf Veranlassung des Propagandaministeriums entworfen und gebaut wurde.
Durch Standardisierung und Großserienfertigung konnte der damals übliche Preis von RM 200 bis 400 für ein Radio auf RM 76 (einschließlich Antenne) gesenkt werden. Der Volksempfänger besaß nur einen Mittelwellenteil, so daß ausländische Sender kaum zu empfangen waren, durch den niedrigen Preis war er jedoch für die meisten deutschen Haushaltungen erschwinglich (die Ausstattung mit Rundfunkgeräten erhöhte sich von 25 % 1933 auf 65 % 1941).
Hinter der Förderung des Volksempfängers stand die Ansicht des Propagandaministers Goebbels, der den Rundfunk für das "allerwichtigste Massenbeeinflussungsinstrument" hielt.<<
Goebbels schreibt später über die Aufgaben seines Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda (x149/77): >>Es genügt nicht, die Menschen mit unserem Regiment mehr oder weniger auszusöhnen, sie zu bewegen, uns neutral gegenüber zu stehen, sondern wir wollen die Menschen so lange bearbeiten, bis sie uns verfallen sind. ...
Im Laufe der Zeit haben sich auf allen Gebieten, namentlich der Technik, revolutionäre Umwälzungen vollzogen. wir leben heute im Zeitalter des Rundfunks, der großen Massendemonstrationen; Massenaufmärsche von hundert-, zweihundert- oder dreihunderttausend Menschen sind für uns nichts Unerreichbares mehr. ...
Wir leben nun einmal in dem Zeitalter, wo Massen hinter einer Politik stehen müssen. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das "Propagandaministerium" des NS-Regimes (x051/457): >>Propagandaministerium, übliche Kurzbezeichnung für das am 13.3.33 unter Goebbels gebildete Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (Promi).
Das Propagandaministerium bezog seine Kompetenzen aus verschiedenen Ressorts und sollte Hitlers Vorstellungen von wirkungsvoller Propaganda, wie er sie in "Mein Kampf" beschrie-

ben hatte, umsetzen. Dazu gehörten zunächst einmal die Gleichschaltung aller Meinungsproduzenten (Presse, Rundfunk, Film) und die Monopolisierung des Kulturbetriebs (Literatur, Theater, Kunst, Musik). Hebel dazu wurde das Gesetz vom 22.9.33 über die Zusammenfassung aller "Kulturschaffenden" in Körperschaften öffentlichen Rechts unter dem Dach einer Reichskulturkammer, deren Präsident Goebbels wurde.
Über Berufsverbote und Zensur leistete sie defensive Propaganda durch Filterung; der offensiven Darstellung des Regimes z.B. in den Massenmedien dienten die verschiedenen Formen von Presseanweisungen, die über die Landesstellen des Propagandaministeriums (ab 1937 Reichspropagandaämter) bis in alle Winkel des Reiches durchgesetzt wurden. Hinzu kamen die pompösen Inszenierungen bei Reichsparteitagen oder anläßlich der nationalsozialistischen Feiern und die Ausgestaltung des Führerkultes.
Zwar gelang es Goebbels nie ganz, konkurrierende Instanzen (Auswärtiges Amt, Wehrmacht u.a.) auszuschalten, doch sorgte sein hoher Rang in der nationalsozialistischen Hierarchie für Mitsprache des Propagandaministeriums in allen Fragen der Meinungslenkung. Das monolithische Bild des Dritten Reiches, das bis in die Gegenwart nachwirkt, ist sein Werk.<<
Die deutsche Historikerin Sibylle Obenaus schreibt später über die "Propaganda" des NS-Regimes (x051/458-460): >>Propaganda. Zur Sicherung und Behauptung nationalsozialistischer Herrschaft spielte die Propaganda eine zentrale Rolle. Sie galt innenpolitisch als wichtigstes Mittel, die Machtansprüche der NSDAP sowie ihre ideologischen und politischen Vorstellungen bei der gesamten Bevölkerung durchzusetzen, sie zu indoktrinieren, total zu erfassen und im Sinne des Regimes zu manipulieren.
Dabei gelang es teilweise, möglichen Widerstand zu vermeiden, da auf bereits vorhandene autoritäre Einstellungen und auf Aversionen breiter Bevölkerungsschichten gegen Minoritäten, z.B. auf einen latenten Antisemitismus, zurückgegriffen werden konnte, doch war auch "das Element des Zwanges" bis hin zum Terror notwendiger Bestandteil der nationalsozialistischen Propaganda (J. Hagemann): galt es doch, die Alleinherrschaft pseudodemokratisch und pseudoplebiszitär zu legitimieren und alle abweichenden Meinungen und Haltungen an ihrer öffentlichen und privaten Artikulation und Repräsentation zu hindern bzw. sie zu eliminieren. Alle "Volksgenossen" und "Volksgenossinnen" hatten als "Volksgemeinschaft" sich der sogenannten Meinungsführung bedingungslos zu unterwerfen.
Propaganda war aber nicht nur innenpolitisches Führungsinstrument des Regimes, sondern zugleich – besonders im Krieg – außenpolitisches Machtmittel der Staatsführung. So hatte, nach einer Goebbels'schen Tagebuchformulierung vom 10.5.42, Nachrichtenpolitik im Krieg der Kriegführung, nicht der Information zu dienen.
Die Maxime des Handelns nach der Machtergreifung ergab sich aus Hitlers Feststellung in "Mein Kampf": "Der Sieg einer Idee wird um so eher möglich sein, je umfassender die Propaganda die Menschen in ihrer Gesamtheit bearbeitet und je ausschließlicher, straffer und fester die Organisation ist, die den Kampf schließlich durchführt."
Mit Goebbels' schon am 13.3.33 durch Reichspräsidentenerlaß gegründetem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda nebst seinen Landesstellen in den Gauen (seit 1937 Reichspropagandaämtern) wurde zunächst die "Allgegenwart der Beeinflussung organisatorisch sichergestellt", wie es Reichssendeleiter Hadamovsky später formulierte.
Bei den leitenden Beamten aller Instanzen war dabei die Kombination von staatlichen und parteiamtlichen Kompetenzen Prinzip, um ein Höchstmaß an totaler Erfassung zu gewährleisten, so wie auch Minister Goebbels selbst als Präsident der Reichskulturkammer und als Reichspropagandaleiter der NSDAP Staats- und Parteifunktionen in sich vereinigte.
Die Propaganda mußte nach Goebbels' Vorstellungen "Innen-, Kultur-, Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik umfassen", d.h. auch bisherige Aufgabenbereiche anderer Ministerien. Nähere Feststellungen darüber traf eine Verordnung Hitlers vom 30.6.33.

Es ist Goebbels nur teilweise gelungen, sich in ständigem Konkurrenzkampf auch tatsächlich in allen geforderten Bereichen durchzusetzen. Zwar blieb er die Zentralfigur der nationalsozialistischen Propagandamaschinerie, die mittels der Reichskulturkammer das gesamte nationale Kulturleben kontrollierte, wichtige Kompetenzen aber beanspruchten und erhielten auch andere Partei- und Staatsstellen.
So wurde Rusts Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung die Kontrolle der Lehrer und Fakultäten der Kunstakademien entzogen (15.5.35), es gelang Goebbels jedoch nicht, die Aufsicht über die Universitäten in seine Hand zu bekommen.
Langwierige Machtkämpfe gab es mit Rosenbergs Amt für Schrifttumspflege beim Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP und ebenso Funktionsüberschneidungen mit Bouhlers Parteiamtlicher Prüfungskommission.
Zu Dauerkonflikten kam es schließlich mit dem Auswärtigen Amt, dem Reichskriegsministerium und der Wehrmacht. Die Verordnung vom 30.6.33 über die Aufgaben des Propagandaministers legte ausdrücklich fest, daß aus dem Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes "Nachrichtenwesen und Aufklärung im Auslande, Kunst, Kunstausstellungen, Film- und Sportwesen im Auslande" auf das Propagandaministerium überzugehen habe.
Auf dem Pressesektor konnte sich aber das Auswärtige Amt mit seiner "Diplomatischen Korrespondenz", Nachrichtenmaterial, das Goebbels über sein Deutsches Nachrichtenbüro verbreiten mußte, und mit seiner Pressekonferenz für die Auslandskorrespondenten erfolgreich behaupten, während Goebbels sich als allein zuständige Behörde für den Auslandsrundfunk durchsetzte.
Eine schwere Niederlage für den Propagandaminister war dann der Führererlaß vom 8.9.39, der dem Auswärtigen Amt unter Ribbentrop nach Kriegsausbruch die verantwortliche Führung der Auslandspropaganda übertrug. Das Propagandaministerium hatte nur den vorhandenen Apparat zur Verfügung zu stellen, die Propagandaeinrichtungen des Auswärtigen Amtes sollten nicht mehr ausgebaut werden. Dennoch dauerten die Rivalitäten weiter an, beide Ministerien versuchten außerdem gegenseitig, sich aus dem Auslandsrundfunk herauszudrängen. Die Propaganda für die besetzten Ostgebiete fiel schließlich an Rosenbergs Ministerium.
Zwischen Propagandaministerium und Kriegsministerium und Wehrmacht ging es um den Einfluß bei den ab 1936 aufgebauten Propagandakompanien und um "die Durchführung der Propaganda im Kriege". Man einigte sich in einem Abkommen 1938, daß "der Propagandakrieg ... als ... dem Waffenkrieg gleichrangiges Kriegsmittel" anzusehen sei und vom Propagandaministerium eigenverantwortlich in der Heimat, im Frontbereich aber abgestimmt mit dem OKW geführt werden sollte.
Die Wehrmacht erhielt das Monopol der militärischen Berichterstattung bis kurz vor Kriegsende, das Propagandaministerium stellte einen Teil der Fachleute. Die ersten Propagandakompanien wurden am 1.4.39 unter dem Befehl der neu geschaffenen Abteilung Wehrmachtpropaganda zusammengefaßt und dem Wehrmachtführungsamt (ab 8.8.40 Wehrmachtführungsstab) angegliedert. Hier entstand u.a. auch der tägliche Wehrmachtbericht, von dessen Abfassung Goebbels ausgeschlossen war. Er konnte allenfalls Richtlinien für die Behandlung in den Medien erteilen. Noch im September 43 versuchte er vergeblich, bei Hitler die Übertragung der Wehrmachtpropaganda auf sein Ministerium zu erreichen.
Kompetenzstreitigkeiten, Machtkämpfe und Überorganisation erschwerten zwar in der Praxis ein einheitliches propagandistisches Vorgehen und konnten von Gegnern ausgenutzt werden, im Wesentlichen aber gelang es v.a. Goebbels durchaus, die Propaganda "zu einer der tragenden Säulen nationalsozialistischer Herrschaft und Machtausweitung" zu machen (Boelcke).
Neben den umfassenden Kontroll- und Lenkungsapparaten spielten dabei Inhalte und nach massenpsychologischen Erkenntnissen entwickelte Methoden der Propaganda eine wichtige

Rolle.
Die nationalsozialistische Propaganda bediente sich primitivster Klischees, suggestiver Schlagworte und Parolen ("Ein Volk, ein Reich, ein Führer", "Die Juden sind unser Unglück") und folgte dem Prinzip der ständigen Wiederholung einfachster Gedankengänge und Sachverhalte, die sich im behaupteten beschränkten Verständnis der Massen einprägen sollten. Es wurde an Massen- und Klasseninstinkte, weniger an den Intellekt appelliert.
Die Propaganda baute unter Rückgriff auf bereits vorhandene Vorurteile der Bevölkerung Feindbilder auf und hämmerte sie in das Bewußtsein, so den "Popanz der jüdisch-plutokratisch-bolschewistischen Weltverschwörung" (J. Hagemann), mit dem sämtliche innen- und außenpolitische Gegner je nach Bedarf identifiziert werden konnten.
Maßgebend beteiligt war sie an der Herstellung des Führermythos und sie schuf in der Gestalt von Horst Wessel ein Symbol der Bewegung, das "zu einem wesentlichen Bestandteil der Zukunftsvisionen des Nationalsozialismus wurde" (Bramsted).
Geschichtliche Parallelen wurden bemüht und zur Indoktrinierung herangezogen und innen- und außenpolitische Vorgänge verschwiegen oder verschleiert, wenn sie das propagandistische Konzept störten.
Alle Propagandainstrumente wurden möglichst überall und gleichzeitig eingesetzt, um auf das Publikum einzuwirken: Rede, Tagespresse, Bücher, Film und Rundfunk, wobei ihre Bedeutung an dem Grad des jeweils mit ihnen zu erreichenden Einflusses gemessen wurde. Das gesprochene Wort wog höher als das geschriebene, der direkte Kontakt mit den Massen sollte hergestellt werden. Folgerichtig wurden so auch die modernen Massenmedien Rundfunk und Film neben der Presse zu "publizistischen Führungsmitteln im Dienste der Volksführung" erklärt.
Die Deutsche Wochenschau, die der persönlichen Kontrolle Goebbels' und zeitweise sogar Hitlers unterstellt war, wurde z.B. "der gegebene Ort propagandistischer Einwirkung, um die Welt des Führers allen Volksgenossen nahe zu bringen und sein Wesen als Verkörperung des gesamtdeutschen Seins fühlbar werden zu lassen" (Ludwig Heyde).
Neben der sozusagen selbstverständlichen alltäglichen Allgegenwart der nationalsozialistischen Propaganda, neben den obligatorischen Aufmärschen, den alljährlichen Führergeburtstags-, Sonnwend- und 9.-November-Feiern, ... den Erntedankfesten und Winterhilfswerk-Eröffnungen gab es für aktuelle politische Ziele und Zwecke inszenierte Propagandaaktionen und Propagandafeldzüge, die erst in wenigen Fällen genauer analysiert worden sind.
So waren im Bereich des katholischen Kirchenkampfes die 1936/37 gegen katholische Geistliche und Laienbrüder geführten rund 250 Sittlichkeitsprozesse vorgeschobener Anlaß und Objekt eines "ebenso gewaltigen und spektakulären wie riskanten Propagandafeldzuges" (Hockerts) mit dem Ziel, den Zusammenhalt von Kirchenvolk und Amtskirche zu erschüttern. 1938 ging es um die innen- und außenpolitische propagandistische Vorbereitung, Unterstützung und Begleitung der sogenannten Sudetenkrise.
Die sich mehrere Monate lang hinziehenden konzertierten Aktionen des Propagandaministeriums nach der Kristallnacht schließlich hatten nur vordergründig die Aufgabe, der ausländischen Kritik entgegenzutreten und die getroffenen antisemitischen Maßnahmen zu rechtfertigen; sie dienten ebenso der Verschleierung der tatsächlichen Geschehnisse: Arisierungen kamen nicht an die breite Öffentlichkeit, Auswanderungszahlen wurden nicht genannt, die Verschleppung in die Konzentrationslager verschwiegen.
Es verstand sich von selbst, daß über die Inszenierung solcher Aktionen sowie über die angewandten Techniken und Praktiken der Propaganda möglichst nichts an die Öffentlichkeit dringen durfte, um ihre Wirksamkeit nicht zu gefährden und Desillusionierungen zu vermeiden.
Erfolgreiche Propagandaarbeit aber setzte auch Kenntnisse über Stimmungen und Haltungen

der Bevölkerung oder von Bevölkerungsgruppen voraus, die man gezielt ansprechen und beeinflussen wollte. Hier orientierten sich Goebbels und andere an geheimen Lageberichten aus den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens, wie sie von Staats- und Parteistellen, ab 1935 vor allem vom SD, angefertigt wurden. ...<<

15.03.1933

Deutsches Reich: Goebbels berichtet am 15. März 1933 in seinem Tagebuch (x191/188): >>Ich spreche zum ersten Mal vor der Pressekonferenz. Entwickle die Richtlinien einer neuen, modernen Zeitungspolitik. Auch hier muß gründlich aufgeräumt werden. Viele von denen, die hier sitzen, um öffentliche Meinung zu machen, sind dazu gänzlich ungeeignet. Ich werde sie bald ausmerzen.<<

Die deutsche Historikerin Sibylle Obenaus schreibt später über die "Presse" während des NS-Regimes (x051/454-455): >>Presse, im Dritten Reich Herrschaftsmittel und Indoktrinationsinstrument der Staatsführung zur Verwirklichung ihrer politischen Ziele und Interessen, nicht mehr freier Träger öffentlicher Meinung.

Pressefreiheit wurde als liberalistische Verirrung diffamiert, Journalisten (Schriftleiter-)tätigkeit als Aufgabe im Dienst von Volk und Staat definiert, die Ausübung des Verlegerberufs an Zuverlässigkeit und Eignung im Sinne des Nationalsozialismus geknüpft.

Ziel der nationalsozialistischen Pressepolitik war es, sämtliche publizistische Produkte und ihre Produzenten politisch und möglichst auch ökonomisch in die zentrale Abhängigkeit des Staates zu bringen und so die Öffentlichkeit zu beherrschen. Nach der endgültigen Suspendierung des in der Endphase der Weimarer Republik schon durch Notverordnungen eingeschränkten Grundrechts der Pressefreiheit durch die Reichstagsbrandverordnung und Unterdrückung der Links-Presse wurden Presselenkung und -kontrolle von der Presseabteilung im Propagandaministerium organisiert und koordiniert.

Unter Staatssekretär Funk, 1938 unter dessen Nachfolger O. Dietrich, beide in Personalunion zugleich Pressechefs der Reichsregierung, Dietrich auch Reichspressechef der NSDAP, wurde sie seit 29.5.33 - März 36 von Kurt Jahncke, 1936 - November 38 von Alfred-Ingemar Berndt, dann von Fritzsche und von November 42 an von Erich Fischer geleitet.

Nachrichtenmaterial mußte vom Deutschen Nachrichtenbüro (DNB) und der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz (NSK) bezogen werden. Mündlich instruiert wurden die großen deutschen Tageszeitungen auf der Berliner Pressekonferenz, Presseanweisungen an die Provinzblätter erfolgten über die Reichspropaganda-Ämter.

Außerdem gab es Zeitschriftenkonferenzen, Kultur- und Wirtschaftspressekonferenzen und Sonderkonferenzen bei besonderen Anlässen; unverkennbar ist bereits vor dem Krieg die Entwicklung zu einer immer mehr ins Einzelne gehenden Reglementierung. Für die Anweisung von Zeitschriften wurde 1939 der Zeitschriftendienst organisiert. Mit dem 26.8.39 kam die Einführung der militärischen Zensur.

Das Schriftleitergesetz band die leitenden Redakteure an die staatlich verfügte Pressepolitik. Die berufsständische Zwangsorganisation von Journalisten und Verlegern war innerhalb der Reichskulturkammer die Reichspressekammer. Im ökonomischen Bereich wurde schrittweise die Konzentration fast aller Presseverlage in der Hand der NSDAP erreicht.

Entschädigungslos zu Gunsten der Parteipresse enteignet wurden die Presseunternehmungen von SPD, KPD und Gewerkschaften, die bürgerlichen aber anfangs noch in gewissem Umfang toleriert, da die von radikalen Parteigruppen geforderte sofortige Ablösung durch die Parteipresse noch nicht zu leisten war und außen- wie innenpolitische Rücksichten, z.B. auf die deutsch-nationalen Interessen, mitspielten. Es folgten die Sanierung und Reorganisation der Parteipresse und 1935 die Errichtung der Reichspresseschule in Berlin zur Ausbildung des journalistischen Nachwuchses.

Mittel zur systematischen Liquidierung noch konkurrierender Privatverlage der katholischen

Presse und der Provinzpresse sowie der Konzerne der Generalanzeiger-Presse wie Huck, Girardet und Leonhardt waren dann die Amann-Verordnungen vom 24.4.35. Sie ermöglichten Zwangsschließungen und kaschierten Aufkäufe über scheinbar neutrale Holding- und Finanzierungsgesellschaften, die Amanns Stabsleiter R. Rienhardt und M. Winkler organisierten. Nur Teile des Hugenberg-Konzerns blieben bis 1944 bestehen.
Drei teils politische, teils kriegsbedingte Zeitungsstillegungsaktionen (Mai 41, Februar/April 43, Juli/August 44) reduzierten schließlich den Anteil privateigener Zeitungen an der Reichsauflage Oktober 44 auf 17,5 %. Auch die wenigen Wochenzeitungen und Illustrierten, die es 1944 noch gab, befanden sich sämtlich in Parteibesitz. Die Zeitschriften wurden bis auf einen geringen Rest eliminiert (Oktober 44 auf 10 % des Bestands von 1939).
Schwächen der Presselenkung waren begründet im charakteristischen Strukturprinzip des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, Funktionen bis zur Unüberschaubarkeit aufzusplittern und auf allen Ebenen die Personalunion von Partei- und Staatsfunktionären herzustellen. Die Folge waren Kompetenzüberschneidungen und Rivalitäten, so v.a. zwischen Goebbels, Amann und Dietrich oder zwischen Propagandaministerium und Auswärtigem Amt. Im Wesentlichen aber wurde das Ziel einer gleichgeschalteten Öffentlichkeit ungeachtet des Widerstands kleiner Gruppen auf dem Pressesektor erreicht.
Das Ergebnis war eine schon früh von Goebbels selbst beklagte Uniformität der Presse in Aussage und Aufmachung, die vor 1939 zur Leserflucht aus den reglementierten Presseorganen führte; erst das erhöhte Informationsbedürfnis im Krieg ergab wieder Auflagensteigerungen.
Um einzelne Bevölkerungsgruppen und das Ausland zu gewinnen, wurde deshalb in streng fixierten Grenzen offiziell zum Zweck der Manipulation ein gewisser "Meinungspluralismus" geduldet. Differenziertere Äußerungsweisen der Presse zu aktuellen Fragen und politischen Situationen sind in diesem Zusammenhang zu sehen: Ein Spiel mit verteilten Rollen wurde inszeniert, in dem noch verbliebene bürgerliche Presseorgane wie die "Frankfurter Zeitung" oder nationalsozialistische Neugründungen wie "Das Reich" ebenso eingeplant waren wie "Der Stürmer" und "Das Schwarze Korps".<<

17.03.1933

Deutsches Reich: Hitler läßt am 17. März 1933 zu seinem persönlichen Schutz die Leibstandarte SS Adolf Hitler (LAH) in Berlin aufstellen.
Es handelt sich bei dieser bewaffneten Leibwache Hitlers um eine militärische Elitetruppe.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Leibstandarte-SS Adolf Hitler" (x051/349): >>Leibstandarte-SS Adolf Hitler (LAH), am 17.3.33 aus 120 Mann der ehemaligen Münchener Leibwache Hitlers gebildete bewaffnete SS-Truppe, zunächst unter der Bezeichnung SS-Stabswache Berlin, dann Wachbataillon Berlin und ab September 33 Leibstandarte-SS "Adolf Hitler", kaserniert in der ehemaligen Hauptkadettenanstalt Berlin-Lichterfelde.
In erster Linie für den persönlichen Schutz Hitlers zuständig, übernahm die LAH unter ihrem Kommandeur Josef ("Sepp") Dietrich (bis Juli 43) auch Sicherungsaufgaben und diente als Repräsentationsgarde des Dritten Reiches (u.a. Innendienst in der Reichskanzlei). Sie wurde am 9.11.33 auf Hitler persönlich vereidigt und so gegen die Verfassungsbestimmungen Privatarmee des Reichskanzlers.
Mit Unterstützung der Reichswehr übernahm sie in der Röhm-Affäre die Hauptaufgaben bei der Verhaftung und Liquidierung der SA-Führer in Bayern und Berlin. Ihr "Erfolg" bei dieser polizeistaatlichen Aktion führte zum Zusammenschluß mit den Politischen Bereitschaften zur SS-Verfügungstruppe, in deren Rahmen die LAH bis 1938 auf die Stärke eines motorisierten Infanterieregiments gebracht wurde.
Nach dem Polenfeldzug in die Waffen-SS eingegliedert, wurde die LAH 1940 Brigade und

1941 Division (9.9.42 SS-Panzergrenadierdivision, Februar 44 1. SS-Panzerdivision). Sie galt in der Waffen-SS als Elitetruppe und machte durch oft überharte Kampfführung auf allen Kriegsschauplätzen von sich reden. Ihr Ende kam im April 45 in Österreich.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Joseph Dietrich (x051/127-128): >>Dietrich, Joseph ("Sepp"), geboren in Hawangen (Oberbayern) 28.5.1892, gestorben in Ludwigsburg 24.4.1966, deutscher SS-Obergruppenführer (1.8.44); Fleischerlehrling, 1911 Eintritt ins bayerische Heer, im 1. Weltkrieg Feldwebel, danach Wachtmeister im Polizeidienst.

Dietrich, der 1923 zur SA stieß, wurde nach dem Hitlerputsch entlassen, übernahm Gelegenheitsarbeiten und trat 1928 der NSDAP bei. Nach dem überraschend hohen Wahlerfolg vom 14.9.30 kam er für Niederbayern in den Reichstag, wurde 1931 SS-Brigadeführer und stellte am 17.3.33 die SS-Stabswache Berlin auf, Kern der im September 33 etablierten Leibstandarte-SS "Adolf Hitler" (LAH), deren Kommandeur Dietrich bis Juli 43 blieb. Für seine Verdienste um die "Bereinigung" der Röhm-Affäre, als er in München die Erschießung hoher SA-Führer leitete, wurde er zum SS-Obergruppenführer befördert. Hitler sprach anerkennend von seiner "Mischung von Schlauheit und von Rücksichtslosigkeit und Härte".

Mit seiner LAH zog Dietrich im Rahmen der Waffen-SS in den Krieg, konnte aber seine militärischen Führungsmängel nur unvollkommen durch mitreißende Popularität ausgleichen. Als Kommandierender General des I. SS-Panzerkorps (27.7.43 - 24.10.44) erhielt er die Brillanten zum Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern. Als Oberbefehlshaber der 6. SS-Panzerarmee (Oktober 44 - Kriegsende) trug Dietrich Mitverantwortung für das Massaker an US-Kriegsgefangenen während der Ardennenoffensive und wurde dafür im Malmedy-Prozeß zu lebenslanger Haft verurteilt.

Verfahrensmängel führten zur Herabsetzung des Strafmaßes auf 25 Jahre 1950 und zur Begnadigung am 22.10.55. Am 14.5.57 erneut zu 18 Monaten Haft wegen Totschlags während der Röhm-Affäre verurteilt, kam Dietrich im Februar 59 endgültig frei.<<

18.03.1933

Deutsches Reich: Goebbels erläutert am 18. März 1933 die künftigen Aufgaben der Presse (x239/56): >>Meine Herren!

Sie werden auch einen Idealzustand darin sehen, daß die Presse so fein organisiert ist, daß sie in der Hand der Regierung sozusagen ein Klavier ist, auf dem die Regierung spielen kann, daß sie ein ungeheuer wichtiges und bedeutsames Massenbeeinflussungsinstrument ist, dessen sich die Regierung bedienen kann. ...<<

Die deutsche Historikerin Sibylle Obenaus schreibt später über die "Presseanweisungen" des NS-Regimes (x051/455): >>Presseanweisungen, verbindliche, streng vertrauliche, staatliche Direktiven und Sprachregelungen, die der deutschen Tagespresse für die Aufnahme, Gestaltung und Plazierung von Nachrichten und Kommentaren ab Juli 33 täglich auf der Berliner Pressekonferenz von der Presseabteilung des Propagandaministeriums übermittelt wurden.

Sie stellten die Zusammenfassung der in Vorkonferenzen ermittelten sachlichen und politischen Forderungen betroffener Behördenstellen dar. Anweisungen an Provinzpresse und Zeitschriften erfolgten fernschriftlich über die Landesstellen des Propagandaministeriums (ab 1937 Reichspropagandaämter), für Zeitschriften auch auf Reichszeitschriftenkonferenzen und ab 9.5.39 durch den Zeitschriftendienst. Unbedingt zu übernehmende Themen wurden hier doppelt umrandet, zu übernehmende Texte erhielten das Kennwort "Ausrichtung".

Anstelle der Einzelanweisungen wurde ab November 40 für die Tagespresse die "Tagesparole des Reichspressechefs" diktiert und durch mündliche Informationen und weitere Sprachregelungen ergänzt.<<

20.03.1933

Deutsches Reich: Am 20. März 1933 läßt Himmler in der Nähe von Dachau das erste Kon-

zentrationslager in Süddeutschland errichten.
Der deutsche Historiker Harald Steffahn schreibt später über Heinrich Himmler in den Jahren 1900-1939 (x051/254-256): >>Himmler, Heinrich, geboren in München 7.10.1900, gestorben (bei) Lüneburg 23.5.1945, deutscher Politiker.
Himmler wuchs in einem katholisch-bürgerlichen Haus auf, der Vater war Gymnasiallehrer. Nach Notabitur Kriegsfreiwilliger, kam Himmler nicht mehr an die Front und studierte von 1919-22 Landwirtschaft an der TH München; Abschluß mit Diplom, anschließend Landwirtschaftlicher Assistent in Schleißheim.
Konservativ geprägt, suchte er mit dem Ehrgeiz des militärisch Zuspätgekommenen im nationalen Kampfbund "Reichsflagge" Anschluß und Betätigung, stieß dann zur Hitler-Bewegung und nahm am Hitlerputsch als einer der Fahnenträger teil.
In Hitlers persönliches Kraftfeld geriet er erst nach dessen Entlassung aus der Landsberger Festungshaft 1924. Vorgeprägt von Glaubensgeborgenheit als Lebensfundament, aber doch nicht gefestigt im Katholizismus, übertrug Himmler seine geistige Heimatsuche bedingungslos auf Hitler und die nationalsozialistische Weltanschauung. Mitentscheidend wurde hierbei der Berufsweg des Landwirts in einer Zeit, in der sich der Blut-und-Boden-Mythos in nationalen Kreisen stark entwickelte.
Himmler fand Zugang zur bündischen Bewegung der Artamanen und wurde 1925 Gauführer darin. Die allgemeinen nationalsozialistischen Ideen von Volk und Rasse fanden für den Mittzwanziger in den Elementen landsässiger Kultur, Brauchtum, Höherzüchtung, Auslese und Neogermanentum konkrete Anwendung und Anschaulichkeit.
Der Agrarfachmann wurde in den Denkkategorien seines erlernten Berufs zum Apostel rassischer Neubesinnung, aber weit mehr als sein Führer mit sektiererischem Einschlag. Wo Hitler nur allgemeine Ziele absteckte und Direktiven wies, ging Himmler mit pedantischer Genauigkeit und pädagogischem Eifer daran, die Richtlinien des Meisters mit Inhalt zu füllen.
Das Instrument dafür fand er in der Elitetruppe der Schutzstaffel (SS). Hervorgegangen aus der persönlichen Stabswache des Parteiführers (1921) innerhalb der paramilitärischen SA, führte die SS ihren Eigennamen ab 1925, blieb aber integraler Bestandteil der SA unter deren Führung.
Himmler, der zunächst mit allgemeinen Parteiaufgaben hervortrat – 1925: Geschäftsführer Gau Niederbayern, stellvertretender Gauleiter und Propaganda-Obmann Oberbayern-Schwaben –, wurde 1927 zum stellvertretenden Reichsführer SS ernannt. Die SS umfaßte nur wenige hundert Mann. Doch Himmlers organisatorisches Talent, sein Fleiß, die ideologische Unbeirrtheit, unbedingte Führertreue und skandalfreie Lebensführung mußten frühzeitig auffallen und ihn für Beförderungen qualifizieren. Schon 1929 wurde er (der dritte und zugleich letzte) Reichsführer SS.
Himmler wollte sein rassisches Idealbild in der SS verkörpert sehen. Seine Richtlinien für Auswahl und Nachwuchs legten strenge "arische" Kriterien fest: nach Abstammung, "erbbiologischer" Gesundheit, Wuchs, Gesichtsschnitt.
Der leidenschaftliche Personalpolitiker Himmler prüfte am liebsten selber Paßbilder mit der Lupe, so wenig sein eigener Typus (mittelgroß, dunkelhaarig, kurzsichtig, fliehendes Kinn) nordischen Idealanschauungen entsprach. Das Bewußtsein des Elitecharakters der SS ließ Himmler hochmütig herabblicken auf die grob-biederen Straßenkämpfernaturen, die das Normalbild in der SA ausmachten. Gleichwohl zeigen ihn die Fotos der frühen 30er Jahre loyal, mit undurchdringlichem Gesichtsausdruck, im zweiten Glied hinter dem SA-Führer Röhm.
Die Wende des Jahres 1933 bedeutete für Himmler zunächst keinen Aufstieg, der mit dem sichtbaren Vorankommen der anderen Hitler-Granden vergleichbar war. Er wurde Polizeipräsident in München. Doch mit Umsicht und vorausplanender Weitsicht nutzte er die Chance

zielstrebig; denn hier hatte er einen Zipfel staatlicher Exekutive gefaßt.
Von München aus unterwarf er sich die politische Polizei erst Bayerns, dann aller deutschen Länder mit Ausnahme Preußens, wo Ministerpräsident Göring die Geheime Staatspolizei (Gestapo) unter eigener Kontrolle hielt. Himmlers rechte Hand wurde Heydrich, der ab 1931 den SS-internen Sicherheits- und Nachrichtendienst (SD) aufbaute.
1934 ernannte Göring Himmler zum stellvertretenden Chef der Gestapo in Preußen. Dieser Schlüsselposten eröffnete Himmler und Heydrich den Eintritt ins Machtzentrum. Zugleich gab er ihnen Gelegenheit, die schwelende Röhm-Affäre zur Reife zu bringen. Mit eigens zubereitetem Material überzeugten sie Hitler von angeblichen Putschabsichten der SA. Nach Röhms Beseitigung wurde die SS aus der Vormundschaft der nun domestizierten SA gelöst und zur selbständigen Organisation (25.7.34) erhoben.
Dem ersten entscheidenden Schritt in die Machtelite des Dritten Reiches folgte der zweite am 17.6.36, als dem Reichsführer außerdem die gesamte Polizei im Reich unterstellt wurde (Titel: Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei). Damit hatte Himmler zusätzlich zu seiner inzwischen 50.000 Mitglieder zählenden SS den ganzen staatlichen Sicherheitsapparat in der Hand. Ein alles durchdringendes Kontroll- und Überwachungssystem war ihm verfügbar geworden bzw. entstand jetzt in konsequentem Ausbau der Machtmittel.
Himmler schuf einen Staat im Staate, ein wucherndes Gebilde verschlungener Kompetenzen, zwischen denen Himmlers bürokratischer Verstand den vollen Durchblick und sein Machtinstinkt die uneingeschränkte Aufsicht behielt. Das Imperium der SS reichte von den Nachwuchsanstalten (Junkerschulen) und Aufzuchtstätten (Lebensborn) über das Millionenheer der Ordnungspolizei bis zum gewaltigen Komplex der Konzentrationslager (KZ) unter der Befehlsgewalt der Totenkopfverbände.
Jedes der SS-Hauptämter, vom persönlichen Stab des Reichsführers bis zum Ressort "Festigung des deutschen Volkstums" (dies erst im Krieg), war einem Obergruppenführer unterstellt, Himmlers Generalität. Inmitten der Riesenmaschinerie rotierte leise und besonders effektiv der Motor, den Heydrich bediente. Seinem Ressort, dem Reichssicherheitshauptamt, unterstanden u.a. der Sicherheitsdienst (SD) sowie die Sicherheitspolizei mit den Abteilungen Kripo und Gestapo. ...<<

21.03.1933

Deutsches Reich: Am 21. März 1933, 62 Jahre nach der Eröffnung des ersten Reichtages des "Zweiten Deutschen Reiches" im Jahre 1871, eröffnet das NS-Regime mit einem Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche den ersten Reichstag des "Dritten Deutschen Reiches".



Abb. 65 (x296/129): Hitler begrüßt Hindenburg am 21.03.1933 bei einem Staatsakt in Potsdam.

Adolf Hitler (1889-1945, lebte bis 1912 als Gelegenheitsarbeiter und Zeichner in Wien, nahm als Gefreiter im deutschen Heer am Ersten Weltkrieg teil, nach dem gescheiterten Putsch in München vom 8./9.11.1923 zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt, bereits im Dezember 1924 aus der Haft entlassen, erhielt erst am 25. Februar 1932 nach mehreren vergeblichen Versuchen die deutsche Staatsbürgerschaft, wurde am 30.1.1933 von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt).
Hitler, der nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., und durch zahlreiche US-Großindustrielle finanziell unterstützt wurde, enttäuschte seine NWO-Geldgeber nicht. Hitlers riskanten Revisionen, um nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages zu beseitigen, führten zwangsläufig zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bzw. zur Fortsetzung des 2. Dreißigjährigen Krieges.
Reichskanzler Hitler sagt während seiner Regierungserklärung am 21. März 1933, die vom Rundfunk übertragen wird (x032/33): >>... Am 5. März hat sich das deutsche Volk entschieden und in seiner Mehrheit die nationale Regierung bestätigt, in einer einzigartigen Bewegung hat es in wenigen Wochen die nationale Ehre wieder hergestellt und Dank Ihrem Verstehen, Herr Reichspräsident, die Vermählung vollzogen zwischen den Zeichen der alten Größe und der jungen Kraft.
Indem nun aber die nationale Regierung in dieser feierlichen Stunde zum ersten Male vor den neuen Reichstag hintritt, bekundet sie zugleich ihren unerschütterlichen Willen, das große Reformwerk des Umbaues des deutschen Volkes und des Reiches in Angriff zu nehmen und entschlossen durchzuführen.
Wir wollen wieder herstellen die Einheit der deutschen Nation. Wir wollen wahren unser Volkstum, die Grundlagen unseres Lebens. Wir wollen die große Vergangenheit unseres Volkes pflegen als unversiegbare Quelle einer wirklichen inneren Stärke ...
Aufbauen wollen wir eine wahre Gemeinschaft aus den deutschen Stämmen, aus den Ständen, Berufen und den bisherigen Klassen. Aus Bauern, Bürgern und Arbeitern muß wieder werden ein deutsches Volk. Es soll dann für ewige Zeiten in seine eigene treue Verwahrung nehmen unseren Glauben und unsere Kultur, unsere Ehre und unsere Freiheit. ...
Möge uns ... auch die Vorsehung verleihen jenen Mut und jene Beharrlichkeit, die wir in diesem für jeden Deutschen geheiligten Raum um uns spüren als für unseres Volkes Freiheit und Größe ringende Menschen zu Füßen der Bahre seines größten Königs.<<
Ein Zeitzeuge aus Leipzig berichtet später über den NS-Reichstag von Potsdam (x245/369-370): >>Der "Tag von Potsdam"!
Ein Flaggenmeer in allen Straßen (in Leipzig).
Auch wir konnten uns nicht ausschließen. Ich holte also die alte schwarz-weiß-rote Fahne aus dem Weltkrieg vom Boden herunter und hisse sie. Die schwarz-rot-goldene, das gute, geschändete, verratene und niemals genug geschätzte Stück wanderte dafür auf den Boden.
Am Vormittag Übertragung der Feiern in Potsdam über den Rundfunk. Alles geschickt, eindrucksvoll, ja hinreißend, jedenfalls für die Massen.
Aber auch wir können und dürfen die Augen nicht verschließen vor dem, was hier geschieht. Heute und hier gelang die Vermählung, wenn nicht für ewig, so doch auf Zeit, zwischen den von Hitler geführten Massen und dem "Geist von Potsdam", dem Preußentum, repräsentiert durch Hindenburg.
Welche großartige Inszenierung durch den Meisterregisseur Goebbels!
Die Fahrt Hindenburgs, der Regierung und der Abgeordneten geht von Berlin bis Potsdam durch ein einziges geschlossenes Spalier jubelnder Millionen. Ganz Berlin scheint auf der Straße zu sein.
Regierung und Abgeordnete gehen von der Nikolai- zur Garnisonskirche zu Fuß. Glockenläu-

ten und Kanonenschießen. Hindenburg betritt mit Hitler zusammen die Garnisonskirche. Der Rundfunksprecher weint fast vor Rührung.
Dann verliest Hindenburg seine Botschaft. Einfach stark, aus schlichtem Herzen kommend und deshalb wohl zu schlichten Herzen sprechend.
Allein die Tatsache, daß ein Mann dasteht, der Generationen deutscher Geschichte vereinigt, der 66 mitkämpfte, 71 bei der Kaiserkrönung in Versailles dabei war. 14 bis 18 zum Nationalhelden emporwuchs, dem keine verlorene Schlacht und kein verlorener Weltkrieg bei unserem merkwürdigen Volk etwas an Popularität nehmen konnten, den im Gegenteil erst die Niederlage zu mythischer Verklärung erhob, der dann als Greis noch einmal und schließlich ein zweites Mal die Führung des Reiches übernahm, nicht aus Eitelkeit oder Machtsucht, sondern zweifellos aus preußischem Pflichtgefühl – er vollzieht nun, kurz vor dem Grab, die Vermählung seiner Welt mit der neu aufgestiegenen, die der österreichische Gefreite Hitler repräsentiert.
Dann spricht Hitler. Es ist nicht zu leugnen: er ist gewachsen. Aus dem Demagogen und Parteiführer, dem Fanatiker und Hetzer scheint sich – für seine Gegner überraschend genug – der wirkliche Staatsmann zu entwickeln. also doch ein Genie, in dessen rätselhafter Seele ungeahnte und unerhörte Möglichkeiten liegen?
Die Regierungserklärung zeichnet sich durch auffallende Mäßigkeit aus. Kein Wort des Hasses auf die Gegner, kein Wort von Rassenideologie, keine Drohung nach innen oder außen. Nur was sie wollen, davon spricht Hitler.
Erhaltung der großen Tradition unseres Volkes, Festigkeit der Regierung statt ewigen Schwankens, Berücksichtigung aller Erfahrungen im Einzel- und Gemeinschaftsleben, die sich in Jahrhunderten als nützlich für die Wohlfahrt der Menschen erwiesen haben.
Hindenburg legt an den Gräbern der preußischen Könige Kranze nieder. Der greise Feldmarschall reicht seinem Gefreiten aus dem Weltkrieg die Hand. Der Gefreite neigt sich tief über die Hand des Feldmarschalls. Kanonen donnern über Potsdam – über Deutschland.
Niemand kann sich der Erschütterung entziehen. Auch Vater ist tief beeindruckt. Mutter stehen die Tränen in den Augen. Ich gehe schweigend aus dem Zimmer, aus dem Haus, hinaus in den Wald. Ich muß allein sein.
Am Abend eine stille Stunde mit M. Er ist völlig unberührt von den Geschehnissen des Tages, wie wenn ihn eine dichte Schutzhaut umgäbe. Er hält alles nur für abgekartetes Theater, wird keinen Augenblick schwankend in seiner instinktiven Abneigung.
"Ihr werdet's schon noch erleben!" sagt der 21jährige. Ich schweige beschämt und zerrissen. ...<<
Joseph Goebbels berichtet am 21. März 1933 über den Tag von Potsdam (x032/34): >>Der große Tag von Potsdam wird unvergeßlich sein in seiner historischen Bedeutsamkeit.<<
Der ehemalige Reichskanzler Heinrich Brüning berichtet später über die Potsdamer Feier (x032/34): >>Sie war für mich das Niederdrückendste seit dem Einmarsch nach Deutschland 1918. Das Volk war in einem Rausch, die Abgeordneten ebenfalls, der Reichspräsident wachsbleich.<<
In den Volksschulen in Sachsen heißt es später im Unterricht über den "Tag von Potsdam" (x032/34): >>Die Arbeit beginnt im Aufblick zu Gott. Der große Führer des Volkes zeigt Ziel und Weg. Die Kranzniederlegung am Sarge Friedrichs des Großen mahnt an die quellende Kraft in den großen Männern der deutschen Geschichte. Die Parade, ein Ausfluß wehrdeutschen Heldengeistes. Die Begeisterungsfähigkeit des deutschen Volkes. Gott, Führertum, Wehrkraft, begeisterungsfähiges Volkstum, die leuchtenden Fackeln zum Aufstieg Deutschlands ...
Der Geist von Weimar ... ist der Geist der Feigheit, der Gottlosigkeit, der Gleichgültigkeit gegen das Vaterland, der Herabsetzung der Arbeitsfreudigkeit, der Zersetzung und der Ich-

sucht. ...
Nur in der Gefolgschaft unseres großen Führers ist Dein wahres Glück. Folge auch Du ihm und hilf mit bauen an seinem Werk, das heißt Deutschland! ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Tag von Potsdam (x051/-452): >>Potsdam, Tag von, die preußische Residenzstadt vor den Toren Berlins wurde von Hitler und Goebbels zum Schauplatz für die feierliche Eröffnung des am 5.3.33 gewählten Reichstages ausersehen; als Termin setzten sie den 21.3. fest, das gleiche Datum, an dem 62 Jahre zuvor Bismarck den ersten Reichstag des "Zweiten Reiches" eröffnet hatte.
Die vom Rundfunk in voller Länge übertragene Inszenierung, bei der nur KPD und SPD fehlten, zielte darauf ab, das Dritte Reich als legitimen Erben des Kaiserreiches zu inthronisieren und Bedenken wegen der revolutionären Begleiterscheinungen der Machtergreifung zu zerstreuen.
Der "Tag von Potsdam" wurde eingeleitet mit Gottesdiensten für die evangelischen Abgeordneten (darunter Göring u.a.) in der Nicolaikirche (Predigt Dibelius) und für die katholischen in der Pfarrkirche. Hitler und Goebbels blieben dem Hochamt fern und brandmarkten so den deutschen Episkopat als Saboteur an der "nationalen Erhebung", weil er am Bann gegen die Nationalsozialisten festhalte.
Es folgte ein Staatsakt in der Garnisonkirche mit Ansprachen des Reichspräsidenten und Hitlers, der anders als seine uniformierten Parteigänger im Cut erschienen war. Ein feierlicher Händedruck zwischen Präsident und Kanzler besiegelte die "Vermählung von alter Größe und neuer Kraft".
Hindenburg legte am Sarg Friedrichs des Großen einen Kranz nieder, während 21 Salutschüsse abgefeuert wurden, und nahm dann mit Hitler die Parade von Reichswehr, Polizei, SA, SS und Stahlhelm ab.
Der Tag endete mit Rückfahrt der Abgeordneten und Konstituierung des Reichstages in der Krolloper, der sich zwei Tage danach mit Annahme des Ermächtigungsgesetzes selbst entmachtete.
In Potsdam war die Grundlage zu diesem Sieg Hitlers gelegt worden, in Potsdam sollte zwölf Jahre später auch seine Niederlage besiegelt werden mit dem Potsdamer Abkommen.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das Dritte Reich (x051/134-135): >>Drittes Reich, anfängliche Eigenbezeichnung des nationalsozialistischen Staates, die als Epochenbegriff für die deutsche Geschichte 1933-45 in den allgemeinen Sprachgebrauch eingegangen ist.
Die Nationalsozialisten entlehnten das Schlagwort in den 20er Jahren einem Buchtitel von Moeller van den Bruck und meinten damit zunächst nur die Fortzählung Erstes Reich = Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation (962-1806), Zweites Reich = Hohenzollernreich (1871-1918), Drittes Reich = kommende Herrschaft Hitlers (Weimar galt als Zwischenreich). Gleichzeitig aber knüpften sie an christliche Heilserwartungen des Mittelalters an, das nach dem ersten Reich des Vaters und dem zweiten des Sohnes ein drittes Reich des Heiligen Geistes als Vollendung der Welt- und Menschheitsgeschichte ersehnte. Es sollte die Epoche der Versöhnung von Ideen und Wirklichkeit werden.
Dieser prophetische Entwurf ist vielfach abgewandelt worden, etwa im Werk des norwegischen Dichters Ibsen in der Verschmelzung von Antike und Christentum. Ewigkeitshoffnung (Tausendjähriges Reich) verband sich damit und der Ruf nach dem Messias, als der Hitler von der nationalsozialistischen Propaganda stilisiert wurde.
Doch so nützlich das Schlagwort Drittes Reich in der Phase des Machterwerbs war, so rasch nutzte es sich ab an der Wirklichkeit des real existierenden Nationalsozialismus und reizte zum Spott.
Am 10.7.39 verbot das Propagandaministerium der deutschen Presse die Benutzung des Be-

griffs und am 21.3.42 hieß es, wie die Briten mit dem Wort "Empire" müsse man künftig "mit dem Begriff 'Das Reich' das neue Deutschland in all seinen Besitzungen vor der Weltöffentlichkeit als geschlossene staatliche Einheit" aufzeigen. Mit dem imperialen Selbstverständnis des Nationalsozialismus als Vollender der deutschen Geschichte vertrug sich ein numeriertes Reich nicht mehr.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das Tausendjährige Reich (x051/574): >>Tausendjähriges Reich, in der christlichen mittelalterlichen Geschichtsphilosophie Herrschaft Christi nach der ersten "Auferstehung der Gerechten", erwartet als Drittes Reich des Heiligen Geistes.

Die nationalsozialistische Propaganda münzte den Begriff um zum Schlagwort für die angebliche Vollendung der deutschen Geschichte durch den Nationalsozialismus (Drittes Reich). Hitler lehnte den Ausdruck ab, verkündete aber selbst auf dem Reichsparteitag 1934, es werde "in den nächsten tausend Jahren keine Revolution mehr in Deutschland" geben, und sagte z.B. bei Beginn des Westfeldzuges (10.5.40), dieser werde das deutsche Schicksal "für die nächsten tausend Jahre" bestimmen.

Trotz der Gewöhnung an inflationären Gebrauch großer Worte wurde der Begriff Tausendjähriges Reich in der Öffentlichkeit vielfach eher als lächerlich empfunden und bespöttelt.<<

Am Nachmittag des 21. März 1933 eröffnet Reichstagspräsident Hermann Göring in der Berliner Krolloper den neuen Reichstag (x032/33): >>... Weimar ist überwunden, der Geist von Potsdam ... wird auch in dieser Stunde dem neuen Reichstag die Kraft geben, das Reich wieder aufzubauen, in alter Größe, in alter Würde, Ehre und Freiheit. ...

Wir geloben Ihnen (zum Reichskanzler Hitler gewandt) in dieser Stunde: Der Reichstag der nationalen Erhebung wird hinter Sie treten.<<

Der US-Botschafter Alan Sackett schreibt am 21. März 1933 an US-Außenminister Cordell Hull über das Nachgeben der SPD (x092/866): >>Das Ausbleiben eines energischen Widerstandes der preußischen Minister bei ihrer Kapitulation vor der "Machtpolitik" der Reichsregierung hat zu einem außerordentlich Prestigeverlust der Sozialdemokraten geführt.

Die Resignation, mit der der preußische Ministerpräsident Otto Braun ... die jüngsten Entwicklungen in Preußen hinnahm, vor allem seine Abreise in die Schweiz (ins Exil) und seine Weigerung, einen Abgeordnetensitz im Reichstag und im preußischen Landtag anzunehmen, haben der Partei einen sehr schweren Schlag versetzt.<<

Der "Völkische Beobachter" berichtet am 21. März 1933 über Errichtung des ersten Konzentrationslagers in der Nähe von Dachau (x128/160): >>Hier werden die gesamten kommunistischen und soweit dies notwendig ist Reichsbanner und (die) sozialdemokratischen Funktionäre zusammengezogen, da es auf die Dauer nicht möglich ist und den Staatsapparat zu sehr belastet, diese Funktionäre in den Gerichtsgefängnissen unterzubringen. Es hat sich gezeigt, daß es nicht angängig ist, diese Leute in die Freiheit zu entlassen, da sie weiter hetzen und Unruhe stiften. ...<<

Am 21. März 1933 sind 1,5 Millionen Deutsche Mitglieder der NSDAP (x032/34).

23.03.1933

Deutsches Reich: Während der zweiten Sitzung des neuen Reichstages legt Reichskanzler Hitler am 23. März das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" (sog. "Ermächtigungsgesetz") zur Abstimmung vor.

Da das NS-Regime wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit keine legale Verfassungsänderung durchsetzen kann, läßt Hitler zahlreiche politische Gegner vorher gewaltsam ausschalten. Nachdem man die meisten kommunistischen Abgeordneten bereits während und nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 inhaftiert hatte (x063/579), läßt Hitler vor der entscheidenden Abstimmung über die Annahme des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich (sogenanntes "Ermächtigungsgesetz") die restlichen KPD-Abgeordneten festneh-

men und außerdem noch kurzerhand 26 der 120 SPD-Reichstagsabgeordneten verhaften oder aussperren, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Annahme des Ermächtigungsgesetzes zu erhalten.
Am 23. März 1933 stimmen die verbliebenen 94 SPD-Abgeordneten gegen die Annahme des verfassungswidrigen "Ermächtigungsgesetzes", obgleich der Berliner Reichstag von schwerbewaffneten SA- und SS-Wachen umstellt ist und man die anwesenden Abgeordneten der Opposition während der Abstimmung unentwegt einschüchtert und massiv bedroht.
Vor dem Berliner Reichstag schreien am 23. März 1933 die SA- und SS-Wachen (x059/76): >>Wir wollen das Gesetz - sonst (gibt es) Mord und Totschlag. ...<<
Hitler erklärt am 23. März 1933 bei der Vorlage des Ermächtigungsgesetzes im Deutschen Reichstag (x243/44): >>... Es würde dem Sinn der nationalen Erhebung widersprechen, ... wollte die Regierung sich für ihre Maßnahmen von Fall zu Fall die Genehmigung des Reichstages erhandeln. ...
Die Regierung wird dabei nicht von der Absicht getrieben, den Reichstag ... aufzuheben; ... sie behält sich vor, ... wenn zweckmäßig, seine Zustimmung einzuholen. ...
Weder die Existenz des Reichstages noch des Reichsrates doll dadurch bedroht sein. Die Stellung und Rechte des Herrn Reichspräsidenten bleiben unberührt. ... Der Bestand der Länder wird nicht beseitigt, die Rechte der Kirchen werden nicht geschmälert, ihre Stellung zum Staate nicht geändert.
Da die Regierung an sich über eine klare Mehrheit verfügt, ist die Zahl der Fälle, in denen eine innere Notwendigkeit vorliegt, zu einem solchen Gesetz Zuflucht zu nehmen, an sich eine begrenzte. Um so mehr besteht die Regierung der nationalen Erhebung auf der Verabschiedung dieses Gesetzes. ...
Sie bietet den Parteien des Reichstages die Möglichkeit einer ... Verständigung; sie ist aber ebenso entschlossen und bereit, die Bekundung der Ablehnung und damit die Ansage des Widerstandes entgegenzunehmen.
Mögen Sie, meine Herren, nunmehr selbst die Entscheidung treffen über Frieden oder Krieg. ...<<
Der SPD-Parteivorsitzende Otto Wels ist zwar kein mitreißender Redner und unerschrockener Kämpfer, wie es z.B. die Politiker Rathenau und Stresemann waren, aber er hält am 23. März 1933 trotz der massiven persönlichen Bedrohung die letzte "freie Rede" im Deutschen Reichstag (x105/214-215): >>Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.
(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten)
Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, daß sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt.
Kritik ist heilsam und notwendig. Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht und wie es durch das Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muß sich um so schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt.
Die Herren von der Nationalsozialistischen Partei nennen die von ihnen entfesselte Bewegung eine nationale Revolution, nicht eine nationalsozialistische. Das Verhältnis ihrer Revolution zum Sozialismus beschränkt sich bisher auf den Versuch, die sozialdemokratische Bewegung zu vernichten, die seit mehr als 2 Menschenaltern die Trägerin sozialistischen Gedankengutes gewesen ist
(Lachen bei den Nationalsozialisten)
und auch bleiben wird. Wollten die Herren von der Nationalsozialistischen Partei sozialistische Taten verrichten, sie brauchten kein Ermächtigungsgesetz. ...

Vergeblich wird der Versuch bleiben, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Wir Sozialdemokraten wissen, daß man machtpolitische Tatsachen durch bloße Rechtsverwahrung nicht beseitigen kann. Wir sehen die machtpolitische Tatsache Ihrer augenblicklichen Herrschaft. Aber auch das Rechtsbewußtsein des Volkes ist eine politische Macht, und wir werden nicht aufhören, an dieses Rechtsbewußtsein zu appellieren.
Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechtes, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus.
(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten)
Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. ...
Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft
(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten - Lachen bei den Nationalsozialisten).<<
Im Verlauf dieser Rede unterbricht "Reichskanzler" Hitler mehrfach die Rede des SPD-Politikers und schreit drohend (x059/75): >>Ich brauche Ihre Stimme nicht. Deutschland wird frei sein, aber nicht durch Sie. ... Deutschlands Stern ist im Aufsteigen, der Ihre im Untergehen. Ihre Stunde hat geschlagen! ...<<
Während die 94 SPD-Abgeordneten das "Ermächtigungsgesetz" ablehnen, stimmt das Zentrum (73 Sitze) aufgrund von Hitlers mündlichen Zusagen, die er später jedoch nie einlöst, zu. Am 23. März 1933 wird das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sog. "Ermächtigungsgesetz", vom Reichstag mit der notwendigen 2/3-Mehrheit (444:94) gegen die Stimmen der SPD beschlossen. Nach Bekanntgabe der namentlichen Schlußabstimmung gibt es im Deutschen Reich endgültig keine Demokratie mehr.
Die gesetzlosen NS-Terroristen beenden ihren erfolgreichen Staatstreich mit der sogenannten "NSDAP-Hymne", dem "Horst Wessel-Lied" (x049/102):
>>Die Fahne hoch, die Reihen dicht geschlossen,
SA marschiert mit ruhig festem Schritt.
Kameraden, die Rotfront und Reaktion erschossen,
Marschier'n im Geist in unsern Reihen mit. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das "Horst-Wessel-Lied" (x051/271): >>Horst-Wessel-Lied, von Goebbels geprägte Bezeichnung für die Verse des SA-Sturmführers Wessel, die "Der Angriff" am 23.9.29 veröffentlichte: "Die Fahne hoch ...".
Der Text wurde nach dem Tod des zum Märtyrer stilisierten Autors (23.2.30) zum offiziellen Parteilied der NSDAP und umrahmte - oft im Arrangement des Komponisten Hermann Blume: "Kamerad Horst Wessel" - Feierstunden und Parteitage.
Als Melodie hatte schon Wessel ein altes Matrosenlied herangezogen: "Zum letzten Mal wird zum Appell geblasen ..."
Nach 1933 wurde das Horst-Wessel-Lied zur zweiten Nationalhymne des Deutschen Reiches, die regelmäßig nach dem Deutschlandlied erklang. In der nationalsozialistischen Musiktheorie hieß es von dem dröhnenden Marsch-Gesang, das Horst-Wessel-Lied sei ein "aus dem Herzen der Nation geborenes Bekenntnislied".<<

Der NS-Staatsstreich

Mit der gewaltsamen Durchsetzung (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) des "Ermächtigungsgesetzes" am 23. März 1933 begingen die Nationalsozialisten verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich nach

dem gewaltsamen Staatsstreich praktisch besetzt.
Durch die ungesetzliche Verabschiedung des "Ermächtigungsgesetzes" vom 23. März 1933 wurde die deutsche Reichsregierung bzw. der Rechtsstaat völlig ausgeschaltet und das deutsche Volk verlor endgültig seine politische Freiheit. Die "deutsche Katastrophe" war danach nicht mehr aufzuhalten, denn nach Errichtung der NS-Diktatur bestimmten in Deutschland nur noch Hitler und seine "NSDAP-Abgeordneten" bzw. Gewalt und Terror.
Hitler wußte, daß eine Zwangsherrschaft grundsätzlich nicht der Mentalität des deutschen Volkes entsprach und daß er unter "normalen Bedingungen" niemals demokratische Abstimmungen und Wahlen gewonnen hätte, deshalb mußten sofort alle möglichen Gegner des NS-Regimes beseitigt werden (Einrichtung von Konzentratrationslagern etc.).
In jener Zeit gab es natürlich auch Millionen von jungen Idealisten und Schwärmern, die irrtümlich an Hitlers NS-Regime glaubten. Nach den bitteren Kriegs- und Nachkriegsjahren träumten diese naiven Phantasten von der Verwirklichung einer wahren, gerechten Volksgemeinschaft.
Die meisten Deutschen wollten jedoch lediglich alle Ungerechtigkeiten und früheren Feindschaften vergessen und gemeinsam die Folgen der Versailler Verträge beseitigen, aber der allgegenwärtige Terror des NS-Regimes zerstörte schon bald alle Hoffnungen und naiven Wunschträume.
Prof. Dr. Karl Jaspers (1883-1969, Philosoph, erhält von 1937-45 Lehrverbot und ab 1943 Publikationsverbot durch das NS-Regime) schrieb später, daß am 23. März 1933 unter Hitlers Führung erstmalig in der deutschen Geschichte ein Verbrecherstaat gebildet wurde, also ein Staat, der systematische Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübte (x154/14).
Der britische Botschafter Horace Rumbold (1869-1941) schreibt später an Außenminister John Simon über den NS-Staatsstreich (x092/866): >>Die Revolution hat sich im ganzen milde vollzogen. Obwohl zweifellos viele Menschen ermordet, eingekerkert oder mißhandelt wurden und Deutschlands guter Namen im Ausland ernsthaft gelitten hat, so hätte der Übergang doch blutiger sein können.
Die meisten Revolutionen sind von einer Terrorherrschaft begleitet, besonders wenn ein großer Teil des Volkes den Versuch unternimmt, auf seinem Kurs zu verharren. Im gegenwärtigen Fall bestand eine derartige Opposition nicht, und die Revolution hätte sich ganz friedlich und ohne alles Blutvergießen vollziehen können, wenn ihre Urheber entsprechend gesonnen gewesen wären. Dies war, wie wir wissen nicht der Fall.
Desungeachtet muß zugebilligt werden, wenn wir uns die Drohungen der Nationalsozialisten vor ein oder zwei Jahren ins Gedächtnis zurückrufen, daß die Opposition verhältnismäßig glimpflich davongekommen ist. ...<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über das "Ermächtigungsgesetz" (x051/157-158): >>Ermächtigungsgesetz, am 23.3.33 unter der Bezeichnung "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" vom Reichstag mit 444 gegen 94 Stimmen beschlossenes und tags darauf in Kraft getretenes Reichsgesetz.
Gegen das Ermächtigungsgesetz stimmte nur die SPD. Es gab der Reichsregierung das Recht, Gesetze, inklusive Haushaltsgesetze, zu beschließen (Art. 1). Sie konnten von der Weimarer Verfassung abweichen (Art. 2) und statt vom Reichspräsidenten vom Reichskanzler ausgefertigt werden (Art. 3). Verträge des Reiches mit anderen Staaten bedurften nicht mehr der Ratifizierung durch das Parlament (Art. 4).
Das zunächst bis zum 1.4.37 befristete, 1937 (bis 1.4.41) und 1939 (bis 10.5.43) durch Beschluß des Reichstages, 1943 durch Führererlaß auf unbestimmte Zeit verlängerte Ermächtigungsgesetz setzte grundlegende Prinzipien der Demokratie und des Rechtsstaates außer Kraft (Gesetzgebungsrecht des Parlaments, Gebot der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen) und

schränkte die Rechte des Reichspräsidenten ein. Zusätzlich mit der Reichstagsbrandverordnung vom 28.2.33 bildete es die gesetzliche Grundlage für die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur und legalisierte diese.
Zwar wurde das Ermächtigungsgesetz mit der vorgeschriebenen 2/3-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Reichstagsabgeordneten verabschiedet, in Wirklichkeit aber war nicht nur sein Inhalt, sondern auch das Zustandekommen verfassungswidrig:
Schon die Wahlen (5.3.) zum Reichstag waren nur noch bedingt frei,
Verhaftungen und andere Schikanen hielten zudem alle 81 KPD- und 26 der 120 SPD-Abgeordneten von der Sitzung am 23.3. fern,
bewaffnete SA- und SS-Wachen waren zur Einschüchterung potentieller Gegner des Ermächtigungsgesetzes im Saal aufgezogen.
So lehnte nur die SPD das Ermächtigungsgesetz ab, während das Zentrum (73 Sitze) erst nach langem Zögern zustimmte, nachdem Hitler (mündlich) Zusagen hinsichtlich einer nur beschränkten Anwendung des Ermächtigungsgesetzes (u.a. Sicherung der Rechte von Reichstag, Reichsrat und Reichspräsident sowie der Kirchen) gemacht hatte, die er aber nie einlöste.<<
Der deutsche Historiker Martin Broszat (1926-1989) schreibt später über den Terror des NS-Regimes im März 1933 (x129/35-36): >>Das Wahlergebnis vom 5. März bildete den Ausgangspunkt für die binnen einer Woche durchgeführte Gleichschaltung derjenigen Länder, die bisher noch nicht unter nationalsozialistischer Führung standen.
Die Ausschaltung des föderativen Gegengewichts gegen die in Berlin etablierte Hitler-Regierung war indessen auf dem Verordnungswege allein, selbst unter Bezug auf die Reichstagsbrand-Verordnung, schwerlich in Kürze zu erreichen. Hier zum erstenmal bedurfte es in entscheidendem Maße des Druckes der nationalsozialistischen Bewegung von unten.
Damit aber kam im März 1933 rasch eine terroristisch-revolutionäre Bewegung in Gang, die bald auf der ganzen Linie die der NSDAP durch die Regierungsbildung vom 30. Januar noch gezogene Machtgrenze durchbrach und die Entwicklung zur nationalsozialistischen Alleinherrschaft zunächst auf der Straße weitgehend usurpierte, ehe diese dann auch formell legalisiert wurde.
Unterstützt durch die ihnen nun auch außerhalb Preußens zugewiesenen hilfspolizeilichen Befugnisse, besetzten SA- und SS-Kommandos Rathäuser, Zeitungsredaktionen, Gewerkschaftsbüros, Konsumgenossenschaften, aber auch Finanzämter, Banken und Gerichte u.a.m., beschlagnahmten Einrichtungsgegenstände und erzwangen die Absetzung oder Festnahme "unzuverlässiger" oder jüdischer Amtspersonen. Unter dem Druck des öffentlichen Umschwungs, des Straßenterrors und der ultimativen Forderungen der nationalsozialistischen Verbände setzte in nahezu allen Behörden eine Welle von Zwangsbeurlaubungen und kommissarischen Neubesetzungen ein.
War der durch die Reichstagsbrand-Verordnung geschaffene Ausnahmezustand zunächst vor allem in Preußen fühlbar geworden, wo SA- und SS-Hilfspolizei schon in der Woche vor der Reichstagswahl vielfach auf eigene Faust Jagd auf Kommunisten und andere Gegner gemacht hatte und zahlreiche weitere Personalveränderungen vor allem in leitenden Positionen der Polizei erzwungen worden waren, so kam es jetzt überall zu ähnlichen Erscheinungen. Die Personalunion zwischen der Führung der lokalen Kampfverbände der NSDAP und der Führung der staatlichen Polizei pervertierte die "Ordnungsaufgabe" der Polizeigewalt mehr und mehr zum terroristischen Instrument der Partei.<<
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später über den "internen" NS-Terror im März 1933 (x075/73-74): >>... Die Sozialisten stimmten mit Nein, die Kommunisten waren bereits aus dem Reichstag ausgeschlossen worden. Die anderen sagten Ja, teilweise aus Angst. Wie so viele Vereine und Gruppierungen Ja sagen werden – entweder aus tatsächlicher Anhängerüberzeugung oder in der Hoffnung, verschont zu blei-

ben, wenn sie zulassen, daß der Nachbar verprügelt wird. ...
Aber dem Grauen geht der Terror voraus. Und kein beliebiger Polizeiterror. Die ersten, im Frühjahr 1933 eingerichteten Konzentrationslager dienten nicht nur dazu, die Regimegegner aus dem Verkehr zu ziehen – wie beispielsweise den jungen sozialdemokratischen Abgeordneten Kurt Schumacher, der im Reichstag den Nationalsozialismus als "Aufruf an den inneren Schweinehund im Menschen" charakterisiert hatte.
Die Inhaftierung hatte auch die Erniedrigung, die Entwürdigung zum Ziel und bedeutete physische Qualen. So litten und starben Hunderttausende von Deutschen in Buchenwald und anderswo, noch bevor die ersten Deportationstransporte aus dem Ausland ankamen.
Die Brutalität im eigenen Land ging also der Brutalität eines Krieges voraus, in dem Abermillionen von Menschen sterben sollten ...<<
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Errichtung der NS-Diktatur (x057/231-232): >>Die eigentliche "nationale Revolution" begann erst nach den Reichtagswahlen vom März 1933. Sie brachte der Koalition eine knappe Mehrheit von 52 Prozent. Nach einem Staatsakt in Potsdam folgte das Ermächtigungsgesetz. Mit großer Mehrheit (444 gegen 94 Stimmen der SPD – die KPD war nach dem Reichstagsbrand ausgeschaltet -) erteilte der Reichstag dem Reichskanzler die Vollmacht, Gesetze auch ohne Reichstag und Reichspräsidenten zu erlassen. ...
Nun begann schlagartig der Aufbau der Diktatur, begleitet von Verboten, Verfolgungen und Auflösungen (Judenboykott, Auflösungen der Gewerkschaften und Parteien). Darauf folgte das Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich und das Reichsstatthaltergesetz.
Damit war ein Einheitsstaat geschaffen, nachdem später auch die Landtage und der Reichsrat aufgelöst wurden. Das "Führerprinzip" des "Führers und Reichskanzlers", wie nunmehr der offizielle Titel lautete, war somit von der Partei auf den staatlichen Sektor übertragen worden (Einheit von Staat und Partei). Die NSDAP blieb als einzige Partei bestehen und sollte mit ihren zahlreichen Gliederungen, die schließlich alle Berufe und Gruppen des deutschen Volkes umfaßte, die "den Staat tragende Säule" bilden.
Eine Geheime Staatspolizei (Gestapo) und ein Sicherheitsdienst der Partei (SD) sollten die Sicherheit des Staates garantieren. Es begann im Laufe der Jahre eine Welle von Verhaftungen und Verfolgungen und Überwachung Andersdenkender mit den berüchtigten Konzentrationslagern (KZ) bis zu der grauenvollen Vernichtung der Juden, die seit den "Nürnberger Gesetzen" unter Ausnahmerecht gestellt waren. ...<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die Errichtung der totalitären NS-Diktatur (x051/-368): >>(Machtergreifung) ... Der 30.1.33, von der NSDAP als "nationale Erhebung" und Beginn der "nationalsozialistischen Revolution" gefeiert, war in Wirklichkeit erst der Anfang der Machtergreifung: In den folgenden Monaten wurde in Deutschland die Demokratie endgültig beseitigt und in mehreren Etappen eine totalitäre Diktatur errichtet:
1. Schon im Februar begann unter Leitung Görings und mit Hilfe von SA und SS (ab 11.2. in Preußen "Hilfspolizei") die Ersetzung demokratischer durch nationalsozialistische Beamte, abgesichert durch das Berufsbeamtengesetz vom 7.4.
2. Der Reichstagsbrand am 27.2. lieferte den Vorwand zum Verbot der kommunistischen und z.T. auch der sozialdemokratischen Presse und für die Reichstagsbrandverordnung vom 28.2., die wichtige Grundrechte der Verfassung außer Kraft setzte. Tatsächliche und angebliche Gegner des Nationalsozialismus wurden in "Schutzhaft" genommen. Dies und die gleichzeitige Errichtung der ersten KZ sowie der Boykott jüdischer Geschäfte am 1.4. markierten den Beginn des nationalsozialistischen Terrorsystems.
3. Schon am 1.2. war, aufgrund einer Vereinbarung bei Bildung der Regierung Hitler, der Reichstag aufgelöst worden. Obwohl der folgende Wahlkampf die Grundsätze einer freien Wahl verletzte (KPD faktisch verboten, Wahlwerbung insbesondere der SPD erheblich einge-

schränkt), gewann die NSDAP "nur" 288 Sitze (von 647) und 43,9 %, so daß es zur absoluten Mehrheit nur zusätzlich mit der DNVP (52 Sitze) reichte. Am "Tag von Potsdam" am 21.3. wurde der neue Reichstag im Beisein des Reichspräsidenten feierlich und mit großem Pomp, der die Verbindung des alten (preußisch-monarchischen) mit dem neuen (nationalsozialistischen) Deutschland symbolisieren sollte, in der Potsdamer Garnisonkirche eröffnet.
4. Mit der Einsetzung von nationalsozialistischen Reichskommissaren als Leiter der Exekutive in den Ländern zwischen 5. und 10.3. begann deren Gleichschaltung. Das Deutsche Reich wurde Einheitsstaat.
5. Das Ermächtigungsgesetz vom 24.3. beseitigte endgültig den Rechtsstaat.
6. Am 2.5. wurden die Gewerkschaften verboten, am 10.5. Arbeitnehmer und -geber in der Deutschen Arbeitsfront zwangsvereinigt.
7. Im Juni und Juli 33 wurden die noch bestehenden Parteien verboten oder lösten sich unter nationalsozialistischem Druck auf; die Neubildung von Parteien verbot das Gesetz vom 14.7. Das Deutsche Reich war ein Einparteienstaat geworden, durch Gesetz "zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat" am 1.12.33 legalisiert.
8. Das Reichskulturkammergesetz vom 22.9. und das Schriftleitergesetz vom 4.10. leiteten die kulturelle Gleichschaltung ein.
9. Schon vorher war auch die Reichsregierung faktisch gleichgeschaltet worden: Die nicht der NSDAP angehörenden Minister waren ausgeschieden und durch Nationalsozialisten ersetzt worden, als neues Ministerium kam das Propagandaministerium hinzu.
10. Unter dem Vorwand einer angeblichen Verschwörung der SA ließ Hitler zwischen 30.6. und 2.7.34 Röhm und weitere SA-Führer sowie andere Mißliebige ermorden und schaltete so die SA als selbständigen Machtfaktor aus (Röhm-Affäre). An ihrer Stelle wurde die SS zur wichtigsten Stütze des Regimes.
10. Nach dem Tod Hindenburgs am 2.8.34 wurden noch am gleichen Tag per Gesetz die Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers in der Person Hitlers als dem "Führer und Reichskanzler" vereinigt: Die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur war abgeschlossen.<<

24.03.1933

NS-Regime: Der "Völkische Beobachter berichtet am 24. März 1933 nach der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz (x023/27): >>Revolutionsstimmung herrschte im Reichstag, als der SPD-Führer Wels eine windelweiche Rede hielt, dabei aber noch die Dreistheit besaß, auch für die Sozialdemokratie Kampf um die deutsche Gleichberechtigung und Ehre in Anspruch zu nehmen.<<

Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtet am 24. März 1933 (x243/47): >>... Polizeiaktion gegen "Freie Presse" und Gewerkschaftshaus. ... SA, ... Kriminalbeamte ... drang(en) in die Räumlichkeiten der "Freien Presse" (SPD) ein, ... in die des Gewerkschaftshauses. ... Redakteur B. ... von der "Freien Presse" ... aus seiner Wohnung geholt. ... In beiden Häusern ... Haussuchungen. ...<<

25.03.1933

NS-Regime: Reichspropagandaminister Joseph Goebbels berichtet am 25. März 1933 über die zukünftigen Aufgaben des Rundfunks (x092/873): >>Ich glaube niemand wird bestreiten wollen, daß der große geistige Durchbruch, der sich am 30. Januar in Deutschland vollzogen hat, selbstverständlich auch seine Rückwirkungen auf dem Gebiete des Rundfunks haben muß. ...
Das Volk hat ein Anrecht auf den Rundfunk, es hat ein Anrecht zu erfahren, wie es in Deutschland zugeht, was die Regierung tut, was die Minister, wie der geistige Querschnitt des Zeitalters ist, was in der Wirtschaft passiert, was im öffentlichen Leben, kurz und gut: Der Rundfunk hat die Pflicht, aktuell zu sein und darf dabei vor nichts zurückschrecken. ...

Der Rundfunk ist nicht dazu da, geistige Experimente auszuführen. Er ist nicht dazu da, dem Volke die Entwicklung selbst zu zeigen, sondern das Volk will Resultate sehen.
Ich halte den Rundfunk für das allermodernste und allerwichtigste Massenbeeinflussungsinstrument, das es überhaupt gibt. Ich bin der Meinung, daß der Rundfunk überhaupt das Volk an allen öffentlichen Angelegenheiten teilnehmen lassen muß, daß es im Volksdasein überhaupt keinen großen Vorgang mehr geben wird, der sich auf zwei- bis dreihundert Menschen begrenzt, sondern daß daran eben das Volk in seiner Gesamtheit teilnimmt.
Der Rundfunk muß der Regierung die fehlenden 48 Prozent zusammentrommeln, und haben wir sie dann, muß der Rundfunk die 100 Prozent halten, muß sie verteidigen, muß sie so innerlich durchtränken mit den geistigen Inhalten unserer Zeit, daß niemand mehr ausbrechen kann. ...
Wir werden die Arbeitsmethoden, die wir beim Potsdamer Tag zum ersten Mal angewandt haben, weiter vervollkommnen, und ich bin der Überzeugung, in einem Jahr wird man den Rundfunk gar nicht mehr wiedererkennen. ...<<
Die deutsche Historikerin Sibylle Obenaus schreibt später über den "Rundfunk" des NS-Regimes (x051/505-506): >>Rundfunk, im Dritten Reich wie alle Medien Herrschaftsmittel der Staatsführung zur Verwirklichung politischer Ziele und Interessen; nach Goebbels das "allermodernste und ... allerwichtigste Massenbeeinflussungsinstrument" zur propagandistischen Mobilisierung.
Nachdem schon durch die Rundfunkordnung vom 18. November 32 ein "staatspublizistisches Organisationsgebilde" (Lerg) geschaffen worden war, begannen sofort nach den Reichstagswahlen vom 5.3.33 Entlassungen zahlreicher Mitarbeiter aus Programm, Technik und Verwaltung, alle Schlüsselstellungen wurden mit Nationalsozialisten besetzt.
In einem im November 34 in Berlin eröffneten Rundfunkprozeß versuchte man außerdem, allerdings im Wesentlichen ohne Erfolg, leitenden Mitarbeitern des Weimarer Rundfunks, u.a. Hans Bredow, dem Gründer des deutschen Rundfunks, "Korruptionssumpf" nachzuweisen.
Die Rundfunkabteilung des Propagandaministeriums (Abteilung III) galt als "Befehlszentrale des Deutschen Rundfunks".
Nachdem noch im März 33 die in das Innen- und Postministerium ressortierenden Rundfunkkompetenzen übernommen worden waren und Widerstände der Länder mit der endgültigen Festlegung der Aufgabenbereiche des Ministeriums am 30.6.33 gegenstandslos wurden, folgte bis Mai 34 die juristische Liquidation des Länderrundfunks: Das Vermögen der regionalen Rundfunkanstalten übernahm die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft (RRG), die administrative Spitze des deutschen Rundfunks. Ab 1.4.34 wurden sie als "Reichssender", d.h. als unselbständige Filialen der RRG, von den jeweiligen Intendanten weitergeführt.
Zentraler Rundfunknachrichtendienst war "Der Drahtlose Dienst" (DDD), Hauptschriftleiter bis 1938: Fritzsche, dann Walter Wilhelm Dittmar. Leiter der Rundfunkabteilung wurde bis Mai 37 Horst Dreßler-Andreß, bis August 39 Hans Kriegler, 1939-41 Alfred-Ingemar Berndt und (Februar-August 40) Hadamovsky, September 1941/42 Wolfgang Diewerge und vom 3.11. 42 bis zum Kriegsende 1945 Fritzsche.
Die RRG wurde umorganisiert. Ein fünfköpfiger Verwaltungsrat aus drei Vertretern des Propagandaministeriums und je einem Vertreter des Post- und Finanzministeriums wurde gebildet, den Vorsitz führte ein Staatssekretär des Propagandaministeriums, bis 1937 Funk, dann bis zur Auflösung des Verwaltungsrates im April 40 Hanke. Das Führungsgremium der RRG bestand aus "Reichssendeleiter" Hadamovsky, Direktor für die gesamte Programmgestaltung, dem technischen Direktor Claus Hubmann und dem kaufmännischen Direktor Hermann Voß. Erst zum 1.4.37 bekam die RRG mit dem Reichsintendanten Heinrich Glasmeier einen Generaldirektor.
Mit Kriegsbeginn begann eine schrittweise Konzentration aller Machtbefugnisse auf die

Rundfunkabteilung des Propagandaministeriums selbst, die RRG mit ihrem Generaldirektor trat immer mehr in den Hintergrund.
Die Verantwortung für die unterhaltende und künstlerische Programmgestaltung übernahm im Oktober 41 Hinkel, für die politisch-propagandistischen Sendungen im Februar 42 die Leiter der Rundfunkabteilung selbst, Wolfgang Diewerge, dann Fritzsche. Hadamovsky schied im Juni 42 aus der RRG aus und wechselte als Stabsleiter in die Reichspropagandaleitung. Auch der Auslandsrundfunk wurde dem Generaldirektor 1941 entzogen und Toni Winkelnkemper übertragen, der direkt dem Propagandaministerium verantwortlich war.
Um den Massenempfang auch tatsächlich zu ermöglichen, wurde in Zusammenarbeit mit der Reichsrundfunkkammer, der berufsständischen Zwangsorganisation aller Rundfunkmitarbeiter, der Bau "politischer Rundfunkgeräte" in die Wege geleitet, des Volksempfängers (1933), des Arbeitsfrontempfängers für den gemeinsamen Empfang in den Betrieben (1935) und des Deutschen Kleinempfängers (1938), auch "Goebbels' Schnauze" genannt. Mit diesen billigen und nur einfachsten technologischen Anforderungen genügenden Geräten sollten der nächstgelegene Reichssender und der Deutschlandsender auf Langwelle sicher zu empfangen sein. ...<<
Der Zentrums-Politiker Karl Bachem erklärt am 25. März 1933 (x243/45): >>Das Ermächtigungsgesetz ist also angenommen. ... Das Gesetz wäre selbst dann durchgegangen, wenn das Zentrum dagegen gestimmt oder ... sich enthalten hätte.
Hätte das Zentrum dagegen gestimmt, so wäre es wohl ... sofort zerschlagen worden, gerade wie die ... Sozialdemokratie. Alle Beamten, welche sich zum Zentrum bekennen, wären wohl sofort beseitigt worden. Im Reichstag (wären) ... die Zentrumsleute ... vielleicht sofort verprügelt und hinausgeschmissen worden, ... aber ohne, daß der katholischen Sache ... genützt worden wäre. ... Jede Möglichkeit einer Einflußnahme auf ihre (die Politik der NSDAP) wäre von vornherein unmöglich geworden. ...<<
Das "Börsenblatt" berichtet am 25. März 1933 über den Kampf gegen Schmutz und Schund und zitiert Adolf Hitler (x032/36): >>... Theater, Kunst, Literatur, Kino, Presse, Plakat und Auslagen sind von den Erscheinungen einer verfaulenden Welt zu säubern und in den Dienst einer sittlichen Staats- und Kulturidee zu stellen. Das Recht der persönlichen Freiheit tritt zurück gegenüber der Pflicht der Erhaltung der Rasse. ...
Mag bei dem angesagten Kampf vielleicht mancher Mißgriff vorkommen - so wird jedenfalls viel Gift ausgemerzt werden.<<
Dr. Horst Heidtmann schreibt später über das "Schmutz- und Schundgesetz" (x051/518-519): >>Schmutz- und Schundgesetz, Bezeichnung für das am 18.12.26 erlassene "Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz- und Schundschriften", das Kinder und Jugendliche vor einer nicht näher bestimmten "Schundliteratur" schützen sollte.
Schon zuvor hatten bürgerlich-konservative Kreise Organisationen für Antischundaktivitäten gegründet, die sich gegen Indianerheftchen wie erotische Literatur wandten, zugleich aber patriotisches Schrifttum förderten, das formal nicht anders gestaltet war.
Die nach dem Schmutz- und Schundgesetz eingerichteten Prüfstellen wirkten darauf hin, daß besondere Titel, die sexuelle Darstellungen enthielten, in der "Liste der Schund- und Schmutzschriften" erfaßt wurden und damit strengen Vertriebsbeschränkungen unterlagen.
Der von nationalen Kreisen mit dem Vorwurf geführte Kampf, daß die Schundliteratur die "Wehrertüchtigung" behindere, richtete sich vielfach auch gegen politisch unliebsame, sozialkritische oder sozialistische Dichtung.
Nach 1933 wurden durch die Gleichschaltung des Buchmarktes, durch Zensur- und Kontrollinstanzen besondere Formen und Organisationen des literarischen Jugendschutzes überflüssig, so daß das Schmutz- und Schundgesetz am 10.4.35 aufgehoben wurde.<<

27.03.1933

NS-Regime: Die "Fränkische Presse" bekennt am 27. März 1933 (x023/127-128): >>Wir erklären hiermit ohne jeden Zwang, daß die von uns seit Jahren über die NSDAP und insbesondere ihren Führer gebrachten Nachrichten, Meldungen und eigene Aufsätze der Wahrheit nicht entsprachen, sondern nur deshalb erfolgt sind, um das Volk vom Erwachen abzuhalten und die NSDAP dadurch zu schädigen.

Wir sehen heute ein, daß die NSDAP die einzige Bewegung war, die den Kampf unter Einsatz des Lebens gegen die Gottlosigkeit geführt hat. Der NSDAP, voran ihrem Führer Adolf Hitler ... ist es allein zu danken, daß heute die Gotteshäuser noch stehen und unsere Priester noch verkünden können.

Wir bedauern, daß wir uns bis jetzt in unserer Berichterstattung von einseitigem Parteiegoismus haben leiten lassen.<<

Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtet am 27. März 1933 über die Gleichschaltung des Gemeinderates (x243/47): >>... Unter Zugrundelegung des Reichstagswahlergebnisses vom 5. März (werden) die politischen Vertretungen der Länder und Gemeinden neu zusammengestellt. ... Eine Wahl wird nicht erfolgen, da die Beanspruchung öffentlicher Gelder durch einen abermaligen Wahlgang nicht mehr erträglich erscheint. (Nach diesem Verhältnis stieg der Anteil der NS-Fraktion von 2 auf 10 Sitze. Sie war nach dem Verbot der SPD – 10 Sitze – stärkste Fraktion). ...<<

28.03.1933

NS-Regime: Hitler ruft am 28. März 1933 alle NS-Parteiorganisationen zum Boykott (1. April 1933) der Juden auf (x032/37): >>... Das Deutschland der nationalen Revolution ist nicht das Deutschland einer feigen Bürgerlichkeit. ...

(Hitler fordert) ... sofort Aktionskomitees zu bilden zur praktischen, planmäßigen Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte.<<

30.03.1933

NS-Regime: Goebbels berichtet am 30. März 1933 in seinem Tagebuch (x191/188): >>Der Rundfunk muß der Regierung die fehlenden 49 % zusammentrommeln, und haben wir sie dann, muß der Rundfunk die 100 % halten, muß sie verteidigen, muß sie innerlich durchtränken mit den geistigen Inhalten unserer Zeit, daß niemand mehr ausbrechen kann.<<

31.03.1933

NS-Regime: Das erste "Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich" (1. Gleichschaltungsgesetz) wird am 31. März 1933 erlassen. Alle Landtage und kommunalen Selbstverwaltungsorgane sind danach aufzulösen und nach dem Ergebnis der letzten Reichstagswahlen vom 5. März 1933 neu aufzustellen.

Der Verleger Wilhelm Goldmann erklärt am 31. März 1933 im "Börsenblatt" (x032/39): >>... In der letzten Zeit wurden meine Herren Vertreter verschiedentlich gefragt, ob mein Verlag eine jüdische Firma sei.

Aus Sachlichkeitsgründen und zur Vermeidung von Mißverständnissen teile ich mit, daß meine Familie immer christlich war und meine Vorfahren in Schlesien als Bauern ansässig waren. Das meiner Familie 1546 verliehene Adelsprädikat wurde 1806 abgelegt.<<

März 1933

NS-Regime: Ein Zeitzeuge berichtet über die "Beschränkungen der persönlichen Freiheit" ab März 1933 (x191/59-60): >>In diesen Märztagen entstanden die Konzentrationslager ...

Nach den Berichten von Beamten und Freunden trat die SA mit eigenen "Vernehmungsstellen" in Berlin selbst in eine grauenvolle Tätigkeit ein. In den einzelnen Stadtteilen entstanden "Privatgefängnisse". – Dort waren die Fußböden einiger leerer Zimmer, in denen sich die Folterknechte betätigten, mit einer Strohschütte bedeckt worden.

Die Opfer, die wir vorfanden, waren dem Hungertode nahe. Sie waren tagelang stehend in enge Schränke gepreßt worden, um ihnen "Geständnisse" zu erpressen.
Die "Vernehmungen" hatten mit Prügeln begonnen und geendet; dabei hatte ein Dutzend Kerle in Abständen von Stunden mit Eisenstäben, Gummiknüppeln und Peitschen auf die Opfer eingedroschen.
... Es gab kein Stöhnen und Klagen mehr, nur starres Warten auf das Ende oder auf neue Prügel.<<

"Wilde SA- und SS-Lager" werden zu Konzentrationslagern (KZ)

Der NS-Staat verfügte schon frühzeitig über Konzentrationslager (KZ), in denen "mißliebige Elemente" (Kommunisten, Sozialisten, Geistliche und andere "Volksschädlinge") Zwangsarbeit leisten mußten.
Im Jahre 1933 ließ Himmler bei Dachau (Oberbayern) und in Oranienburg (Provinz Brandenburg) die ersten Konzentrationslager sowie zahlreiche "wilde SA- und SS-Lager" (leerstehende Fabriken oder Lagerhallen) errichten. Später inhaftierte man auch Kriminelle (Berufs- und Gewohnheitsverbrecher), "Vorbeugungshäftlinge" und "Volksschädlinge" ("Arbeitsscheue", Homosexuelle, Zeugen Jehovas, Zigeuner und andere) in den NS-Konzentrationslagern. Politische Häftlinge und kriminelle Elemente wurden ab 1938 nicht mehr getrennt, sondern bewußt vermischt.
Bis 1937/38 löste die SS alle "wilden Lager" auf und internierte die Häftlinge in den neuen Konzentrationslagern (KZ). Die SS errichtete ab 1938 weitere Konzentrationslager für den Zwangsarbeitseinsatz in der deutschen Rüstungsindustrie und später als Übergangslager für die sogenannte "Endlösung".
Von 1938-44 entstanden im NS-Reich z.B. folgende Konzentrationslager "erster Ordnung": Stutthof (bei Danzig), Neuengamme (bei Hamburg), Ravensbrück (bei Fürstenberg/Havel, ein Frauenlager), Bergen-Belsen (bei Fallingbostel, Landkreis Celle), Buchenwald (bei Weimar), Groß-Rosen (Niederschlesien), Flossenbürg (Landkreis Neustadt/Waldnaab), Natzweiler (im Elsaß), Dachau (bei München), Mauthausen (bei Linz), Woltersdorf (bei Wien).
Von 1933-39 inhaftierte die Gestapo ca. 750.000-1.200.000 "unbequeme Deutsche" (x063/-580). Am 10. April 1939 waren etwa 300.000 politische Gefangene im Konzentrationslager (x050/167). In den Gestapo-Archiven lagerten etwa 2,0 Millionen Akten über verdächtige deutsche Staatsbürger (x063/580).
Ein Schüler, der mit seiner Klasse das neuerrichtete KZ Buchenwald besichtigen darf, berichtet später (x191/62-63): >>Unter den Eingesperrten hatte ich einen Weimarer Pfarrer erkannt, er hatte völlig zerfetzte Kleider an, war kahl geschoren und hatte hohle Wangen. Er trug Holzpantinen an den Füßen.
Ich wußte nicht, was ich sagen sollte. Wenige Monate vorher hatte er noch in Weimar auf den Stufen des Thüringischen Landesmuseums gestanden, auf denen nach seiner Idee eine riesiger "Christbaum für alle" errichtet worden war. ...
Die Weimarer liebten ihn sehr wegen seiner seelsorgerischen Arbeit, er hatte Nähstuben für alte Frauen und Wärmestuben für Arbeitslose eröffnet und Weihnachten Hunderte von Gabenpaketen an Notleidende verteilt. ...
Als ich zu Hause von meiner stummen Begegnung berichtete, nannte Vater mir den Grund für seinen Aufenthalt im Konzentrationslager:
Der Pfarrer hatte nicht zugeben wollen, daß seine Liebestätigkeit von der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt abgelöst wurde. ...
Der "Christbaum für alle" mußte heimlich und bei Nacht aufgestellt werden. Am Weihnachtstag selbst getraute sich niemand, diesen Baum zu entfernen, aber nach der Mitternachtsmette und nachdem sich die Menschen zerstreut hatten, waren zwei Schwarzuniformierte erschienen, hatten den Pfarrer in ein Auto gepackt und nach Buchenwald eingeliefert.<<

Der deutsche Staatsanwalt Willy Dreßen schreibt später über die "Schutzhaft" des NS-Regimes (x051/525-527): >>Schutzhaft, vor dem Ersten Weltkrieg geschaffene Institution zur polizeilichen Verwahrung von Personen.
In Preußen stützte man sich bei der Verhängung von Schutzhaft zunächst auf das Allgemeine Landrecht (Artikel 10 II 17). Eine weitere Regelung erfolgte in Preußen durch das Polizeiverwaltungsgesetz vom 1.7.31.
Danach konnten Personen in polizeiliche Verwahrung genommen werden, wenn das zu ihrem Schutz oder zur Beseitigung einer bereits aufgetretenen Störung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung oder zur Abwehr einer unmittelbar bevorstehenden polizeilichen Gefahr erforderlich und die Beseitigung der Störung und die Abwehr der Gefahr auf andere Weise nicht möglich war. Allerdings mußten die Häftlinge dann spätestens im Lauf des folgenden Tages entlassen werden (Ausnahme: gemeingefährliche Geisteskranke).
Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde die Möglichkeit der Inschutzhaftnahme bedeutend erweitert: Die "Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes" vom 4.2.33 (RGBl. I, S. 35) gab der Polizei die Befugnis einer längeren Inhaftierung ohne richterlichen Haftbefehl. Der Verhaftete konnte jedoch - neben der Dienstaufsichtsbeschwerde - den Amtsrichter des Vollstreckungsbezirkes anrufen. Außerdem setzte die Haft die Begehung strafbarer Handlungen (unbefugtes Führen von Waffen u.a.) voraus und war auf längstens drei Monate begrenzt.
Die Verordnung verlor ihre Bedeutung mit dem Erlaß der Reichstagsbrandverordnung vom 28.2.33. Nach ihr war die Inhaftierung zeitlich unbegrenzt möglich und dem Verhafteten standen gegen sie keinerlei Rechtsbehelfe mehr zur Verfügung.
Ursprünglich richtete sie sich gegen kommunistische Bestrebungen im weitesten Sinn, worunter aber schließlich alles verstanden wurde, was dem Regime mißfiel. So wurden z.B. auch lästige evangelische und katholische Geistliche, Zentrumsangehörige, Sozialisten, Gewerkschaftler, Zeitungsverleger, Journalisten, Alkoholiker, Asoziale, Arbeitsscheue, Unterhaltspflichtverletzer, "unsoziale" Fabrikanten oder Angehörige von flüchtigen Regimegegnern (Sippenhaft) nach dieser Verordnung eingesperrt. Der Haftgrund des Schutzes der eigenen Person des Häftlings - etwa gegen die "Empörung" der Bevölkerung - spielte dagegen in der Praxis eine untergeordnete Rolle.
Die Schutzhaftgefangenen wurden anfangs in Polizeigefängnissen und Strafanstalten untergebracht, und da diese bald völlig überfüllt waren, in alten Fabriken oder anderen Haftlagern, den frühen Konzentrationslagern, die fast alle 1933-35 wieder aufgelöst wurden, festgehalten. Eine letzte große Verhaftungswelle ging nach der sogenannten Röhm-Affäre (30.6.34) durch Deutschland. Danach übernahm die SS auch die Kontrolle der meisten bis dahin von SA-Hilfspolizisten bewachten Lager.
1933 wurden u.a. folgende Zahlen von Schutzhaftgefangenen in der Presse veröffentlicht: Bis April in Bayern etwa 5.400 Personen und im ganzen Reich etwa 16.000 Personen, bis Oktober in Preußen etwa 15.000 Personen. Dabei muß jedoch einmal berücksichtigt werden, daß aus Propagandagründen wahrscheinlich herabgesetzte Zahlen bekannt gegeben wurden, zum anderen dürften - wie in Nachkriegsurteilen festgestellt - die Innenministerien bei den zahlreichen Verhaftungen, die von allen möglichen Partei- und Polizeidienststellen vorgenommen wurden, kaum zutreffende Berichte über die Häftlingszahlen erhalten haben.
Unmittelbar nach der Machtübernahme und nach der Reichstagsbrandverordnung kam es darüber hinaus in zahlreichen Fällen zu völlig willkürlichen und eigenmächtigen Verhaftungen (etwa durch SA- und SS-Männer, die sich an politischen Gegnern rächen wollten), bei denen die Verhafteten teilweise in schnell improvisierte sogenannte "wilde" KZ (alte Feldscheunen, Schuppen, leerstehende Hallen, Hinterzimmer u.a.) gebracht und dort oft schwer mißhandelt oder sogar getötet wurden.

Frühe KZ zur Vollstreckung von Schutzhaft waren: Ahrensbök (Schleswig-Holstein), Ankenbuck (Baden), Augustusburg (Sachsen), Bad Sulza (Thüringen), Benninghausen (Kreis Lippstadt), Bornim bei Potsdam, Brandenburg an der Havel, Brauweiler bei Köln, Breitenau (Hessen-Nassau), Bremen-Ochtumsand (auf einem Schiff), Bremerhaven ("Langlütjen"), Breslau-Dürrgoy, Chemnitz und Colditz (Außenkommandos von Sachsenburg), Columbia-Haus in Berlin (erst 5.11.36 aufgelöst), Dresden (Gefängnis), Dresden-Drachenberge (zu Sachsenburg), Fuhlsbüttel (Hamburg), Gollnow (Pommern), Gotteszell bei Schwäbisch Gmünd, Hainewalde (Sachsen), Hainichen (Sachsen), Hammerstein (Posen-Westpreußen), Heuberg bei Stetten am Kalten Markt (Württemberg), Hohenstein (Sachsen), Kemna, Kislau (Baden), Königstein (Sachsen), Leipzig (Frauen-KZ im St.-Georg-Krankenhaus), Leschwitz bei Görlitz, Lichtenburg, Moringen (Kreis Northeim), Oranienburg, Osthofen bei Worms, Quedenau (Ostpreußen), Reichenbach (Vogtland), Roßlau (Anhalt), Sachsenburg (erst Sommer 37 aufgelöst), Sonnenburg (Neumark), Stettin-Bredow, Taufkirchen (Bayern), Ulm-Kuhberg und Garnisons-Arresthaus, Werden (Rheinprovinz), Wittmoor (Hamburg), Zschochau (Sachsen), Zwickau (Sachsen).<<

Der deutsche Staatsanwalt Willy Dreßen schreibt später über die "Konzentrationslager" (KZ) des NS-Regimes in den Jahren 1933-1938 (x051/325): >>Konzentrationslager. Die ersten KZ gab es im Burenkrieg (1901); sogenannte concentration camps wurden von den Engländern als Internierungslager für Zivilgefangene eingerichtet.

Im nationalsozialistischen Deutschland dienten sie seit 1933 zur Inhaftierung und Umerziehung aller "mißliebigen Elemente" (wie Kommunisten, Sozialisten, Zentrumsangehörige, Geistliche u.a.) und zur Zwangsarbeit.

Entstanden sind die KZ im Zuge der Verhaftungswelle nach der Machtübernahme 1933, die dazu führte, daß die Gefängnisse in kurzer Zeit völlig überfüllt waren und zusätzlicher Haftraum benötigt wurde. Die wesentliche Rechtsgrundlage für die Inhaftierung bildete die Reichstagsbrandverordnung. Die Haft wurde als vorbeugende Polizeimaßnahme bzw. Schutzhaft gegenüber staatsfeindlichen Elementen bezeichnet. Rechtsbehelfe gegen sie waren nicht zugelassen.

Die ersten KZ wurden teils von staatlichen Stellen (Polizeibehörden u.a.), teils aber auch eigenmächtig von SA und SS in leerstehenden Fabriken, Lagerhallen u.a. eingerichtet. Diese "wilden" KZ (Schutzhaft) verschwanden in der Folgezeit nach und nach, die Leitung und Bewachung der anderen Lager blieb in den Händen der vom Staat als Hilfspolizei eingesetzten SA und SS und ging nach der Röhm-Affäre (30.6.34) allein auf die SS über.

Das Modell für alle KZ wurde Dachau, dessen Lagerkommandant Eicke, der am 4.7.34 zum "Inspekteur der KZ" ernannt wurde, am 1.10.33 eine Lagerordnung erlassen hatte, die bei der Einrichtung der anderen Lager als Muster diente.

Ein KZ hatte danach jeweils fünf Abteilungen, nämlich Kommandantur (I), politische Abteilung (II), Schutzhaftlager (III), Verwaltung (IV) und Lagerarzt (V). Die politische Abteilung (II) war praktisch ein Außenposten der jeweiligen örtlichen Gestapo mit einem Gestapobeamten als Leiter. Sie führte Vernehmungen durch und war für die Häftlingskartei, die Häftlingsakten u.a. zuständig.

Der Schutzhaftlagerführer (bei großen Lagern gab es neben dem ersten einen zweiten Schutzhaftlagerführer) war auch Vertreter des Kommandanten. Ihm unterstanden der oder die Rapportführer, diesem die Blockführer. Ferner unterstanden ihm der Arbeitseinsatzführer und die Kommandoführer. Im Schutzhaftlager (III) waren die Häftlinge untergebracht.

Die Disziplin der SS-Angehörigen in den Lagern war meist schlecht. Selbst schwere Bestrafungen (Todesstrafen) durch SS-Gerichte änderten daran nichts Grundlegendes.

Parallel zur SS-Organisation wurde später eine Häftlingsselbstverwaltung eingerichtet, an deren Spitze der oder die Lageräl testen standen, gefolgt von den Blockältesten der einzelnen

Baracken und dem Stubendienst. Funktionshäftlinge (Schreiber, Häftlingsärzte, Leichenträger u.a.) waren mit den verschiedensten Arbeiten im Lager betraut. In den Arbeitskommandos waren sie als Kapos und Vorarbeiter eingesetzt. Meist waren es Kriminelle oder politische Häftlinge, zwischen denen ein ständiger offener oder versteckter Kampf um die besten Positionen im Lager stattfand.
Neben dem SS-Personal des Lagers selbst gab es zur Außenbewachung des Lagers SS-Wachtruppen, "SS-Wachverbände", später Totenkopfverbände genannt.
Während zunächst in den KZ nur politische Schutzhäftlinge inhaftiert waren, ging man später – u.a. zur Diskriminierung der politischen Gefangenen – dazu über, entsprechend dem Erlaß des Reichsjustizministeriums vom 14.12.37 sogenannte "Berufs- und Gewohnheitsverbrecher, Asoziale" u.a., die als polizeiliche Vorbeugungshäftlinge bezeichnet wurden, in die Lager einzuweisen. Zusammen mit den Juden und "Zigeunern", den Homosexuellen und den Ernsten Bibelforschern (Zeugen Jehovas), den sogenannten Arbeitsscheuen (Himmler-Erlaß vom 26.1.38) und Personen, die ihre gerichtlich verhängten Strafen bereits verbüßt hatten oder die angeblich zu Unrecht freigesprochen worden waren, waren damit schon frühzeitig verschiedene Kategorien von Häftlingen in den KZ inhaftiert. ...<<
Der deutsche Historiker Martin Broszat berichtet später über die Kenzeichnung der verschiedenen KZ-Häftlingsgruppen (x129/67): >>Die verschiedenen Häftlingskategorien wurden in den Lagern besonders gekennzeichnet. Das schon in den Jahren vor dem Krieg eingeführte einheitliche Schema bestand darin, daß das Stoffdreieck, das jedem Gefangenen auf die Häftlingskleidung aufgenäht wurde, je nach Häftlingskategorie in verschiedenen Farben angefertigt wurde: für politische Gefangene (rot), Bibelforscher (lila), Asoziale (schwarz), Kriminelle (grün), Homosexuelle (rosa) und für Emigranten (blau).
Jüdische Häftlinge mußten zusätzlich zu dem Farbdreieck ein gelbes Dreieck tragen, das so auf das Farbdreieck aufgenäht wurde, daß sich ein sechseckiger Zionsstern ergab. Ein zusätzliches Kennzeichen in Gestalt eines Querbalkens über dem Dreieck wurde für sogenannte rückfällige Häftlinge eingeführt. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die Verfolgung der internationalen Glaubensgemeinschaft "Ernste Bibelforscher" (x051/158-159): >>Ernste Bibelforscher (Internationale Vereinigung Ernste Bibelforscher), 1870 von Charles Taze Russel (1852 bis 1916) gegründet und seit 1916 von Joseph F. Rutherford (1869-1942) geführte internationale Glaubensgemeinschaft, die die unmittelbar bevorstehende Wiederkehr Christi lehrt und in strenger Bibelauslegung jedes Handeln gegen den Sinn biblischer Verkündigung ablehnt.
Trotz der seit 1931 üblichen Eigenbezeichnung "Zeugen Jehovas" wurden sie allgemein weiter Ernste Bibelforscher genannt und von den Nationalsozialisten im Rahmen der Sektenverfolgung gleich nach der Machtergreifung als "Schrittmacher des Weltbolschewismus" kompromißlos bekämpft (Verbot Mitte 33).
Dazu trug der radikale Pazifismus der Ernsten Bibelforscher ebenso bei wie die Verweigerung des Deutschen Grußes und des Eides. Hinzu kam die Verkündigungspflicht jedes Mitglieds, die zu öffentlicher Werbung für die Ernsten Bibelforscher zwang und Kollisionen mit der Gestapo programmierte, der insbesondere die internationale Organisation ein Dorn im Auge war, die immer wieder gegen die Verfolgung der deutschen Ernsten Bibelforscher öffentlich Protest erhob. Als der Ernste Bibelforscher-Kongreß von Luzern (4.-7.9.36) eine solche Resolution telegraphisch an "Herrn Hitler" sandte, kam es zum Vernichtungsschlag der Regierung.
Nach dem Heimtückegesetz wurden von den insgesamt 6.034 (1933) Ernsten Bibelforschern schließlich 5.911 verhaftet, verurteilt und nach Strafverbüßung in "KZ-Nachhaft" genommen. Über 2.000 der unbeugsamen Gläubigen überlebten die Torturen nicht.
Ihre Standhaftigkeit und Glaubensgewißheit provozierte Hohn ("Himmelskomiker", "Jordan-Scheiche") und schwere Mißhandlungen durch die Bewacher, paradoxerweise aber auch Be-

wunderung u.a. bei Himmler, der am 21.7.44 (!) in einem Brief an Kaltenbrunner erwog, die friedlichen, fleißigen, ehrlichen, antisemitischen und antikatholischen Ernsten Bibelforscher zur "Pazifizierung" des russischen Volkes im deutschen Herrschaftsgebiet heranzuziehen.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Sektenverfolgung" (x051/-534-535): >>Sektenverfolgung, Gesamtheit der Maßnahmen gegen die kleinen Religionsgemeinschaften im Dritten Reich, die im Gegensatz zu den beiden großen Kirchen keine Körperschaften öffentlichen Rechts waren.

Die Sektenverfolgung nahm daher z.T. erheblich dramatischere Formen an als der Kirchenkampf. Zwar standen die Sekten nach Artikel 137 der Weimarer Verfassung unter dem Schutz der Religionsfreiheit und konnten sich auf die im NSDAP-Programm geforderte Glaubensfreiheit berufen, doch hatten sie sonst keine über die Bestimmungen des Bürgerlichen Rechts hinausgehenden Beziehungen zum Staat, mußten ihre Beiträge selbst erheben und konnten zusätzliche Einnahmen nur durch Spenden ausländischer Mitglieder oder den Verkauf von Druckschriften erzielen.

Hier setzten Behinderungen an, da v.a. die internationale Verflechtung vieler Gruppen den Argwohn der nationalsozialistischen Behörden weckte. Durch Devisenbeschränkungen und vereinsrechtliche Restriktionen wurden die wirtschaftlichen Grundlagen unterminiert und die Missionstätigkeit erheblich behindert.

Einen Schritt weiter in der Sektenverfolgung ging der Staat, wenn eine Religionsgemeinschaft die geforderte Loyalität vermissen ließ. Nach der "Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens" vom 19.12.32 (RGBl. I, S. 548) und der Reichstagsbrandverordnung wurde sie zur verbotenen Organisation erklärt, ihr Vermögen konfisziert und ihre Presse unterdrückt. Mitglieder, die sich weiterhin für ihre Gemeinschaft betätigten, wurden in Schutzhaft genommen.

Musterbeispiel für ihren Leidensweg war das Schicksal der Ernsten Bibelforscher (Zeugen Jehovas). Aber auch andere Sekten traf die volle Wucht der Sektenverfolgung. Dennoch bestanden einige Gruppierungen bis Kriegsende, weil sie durch Verwaltungsschikanen praktisch blockiert waren und sich ein Verbot erübrigte, wie im Falle der Quäker, oder weil die "Erhaltung harmloser Sekten" der erwünschten "Zersplitterung im kirchlich-religiösen Gebiet" dienlich schien. Auch völkische Gruppen wie die Deutsche Glaubensbewegung fielen der Sektenverfolgung anheim.<<

Hitler erläutert im März 1933 das Zusammenleben zwischen Kirche und der "NS-Regierung" (x149/82): >>... Ihre Sorge gilt dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Kirche und Staat. Der Kampf gegen eine materialistische Weltauffassung und für die Herstellung einer wirklichen Volksgemeinschaft dient ebenso den Interessen der deutschen Nation wie denen unseres christlichen Glaubens.<<

NS-Kirchenpolitik

Viele Pfarrer glaubten zunächst fest daran, daß Hitler die Kirchen unterstützen würde, denn der Nationalsozialismus war schließlich der Todfeind der christen- und religionsfeindlichen Kommunisten. Beide großen Kirchen schätzten den Nationalsozialismus deshalb zunächst als Bollwerk gegen den gottlosen Kommunismus.

Hitler, der sich in den ersten Wochen nach der "Machtergreifung" betont christlich gab, versicherte zwar, daß er das "positive, lebensbejahende Christentum" fördern wollte, aber im totalitären NS-Staat hatten unabhängige Kirchen zwangsläufig keinen Platz. Die Grundlehren des Christentums und die antichristlichen Absichten des NS-Regimes (Schaffung eines "germanischen Neuheidentums") waren unvereinbar.

Hitlers Absichtserklärungen dienten nur der Verschleierung, denn die NS-Kirchenpolitik kannte nur ein Ziel: Zerstörung der Verankerung der Kirchen im Volk, um das Volk von den hemmenden Fesseln der christlichen Moral zu entwöhnen ("das christliche Kreuz sollte dem

Hakenkreuz weichen"). Nicht umsonst wurden in der HJ-Ausbildung antichristlichen Erziehungsmaßnahmen großgeschrieben (Reinigung des Liedgutes etc.), denn der NS-Staat beabsichtigte, die kirchliche Jugenderziehung systematisch auszuschalten.
Da Hitler den unberechenbaren Widerstand der Kirchengemeinden bzw. die mächtigen Kirchenorganisationen fürchtete, wagte er es jedoch nie, die Kirchen aufzulösen und erteilte bis zum Schluß auch keine offiziellen Kampfansagen an die Kirchen.
NS-Reichsleiter Martin Bormann (1900-1945) verkündet später in einem Geheimerlaß das Ziel der NS-Kirchenpolitik (x256/126): >>Nationalsozialistische und christliche Auffassungen sind unvereinbar. Die christlichen Kirchen bauen auf der Unwissenheit der Menschen auf und sind bemüht, die Unwissenheit möglichst weiter Teile der Bevölkerung zu erhalten; denn nur so können die christlichen Kirchen ihre Macht bewahren. Demgegenüber beruht der Nationalsozialismus auf wissenschaftlichen Fundamenten. ...
Wenn unsere Jugend einmal von diesem Christentum, dessen Lehren weit unter den unseren stehen, nichts mehr erfährt, wird das Christentum von selbst verschwinden. ... Ebenso wie die schädlichen Einflüsse der Astrologen, Wahrsager und sonstigen Schwindler ausgeschaltet und durch den Staat unterdrückt werden, muß auch die Einflußmöglichkeit der Kirchen restlos beseitigt werden.<<
Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtet später über das Verhältnis zwischen der römisch-katholischen Kirche und der NSDAP im März 1933 (x1.001/7-8): >>... "Reich und Kirche ist eine Schriftenreihe, die dem Aufbau des Dritten Reiches aus den geeinten Kräften des nationalsozialistischen Staates und des katholischen Christentums dienen soll. …
Ganz deutsch und ganz katholisch, in diesem Sinne will sie die Beziehungen und Begegnungen zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus prüfen, fördern und die Wege zu einem fruchtbaren Zusammenwirken zeigen, wie es sich in der grundlegenden Tatsache des Reichskonkordates abzeichnet. … Ich sehe nämlich in der nationalsozialistischen Bewegung den schärfsten und wuchtigsten Protest gegen die Geistigkeit des 19. und 20. Jahrhunderts. …
Der Nationalsozialismus stellt die Idee des aus Blut und Boden, Schicksal und Aufgabe gewachsenen Volkes in den Mittelpunkt seiner Weltanschauung. … Ein vorläufiges allgemeines Ja auf die Frage muß jeder Katholik geben, der sich an die Weisung der in der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten deutschen Bischöfe vom 28. März 1933 hält. …
Die Tafeln des nationalsozialistischen Sollens und die der katholischen Imperative stehen freilich in verschiedenen Ebenen des Seins, jene in der natürlichen, diese in der übernatürlichen Ebene, jene besorgt um die natürliche Gesundheit des Volkes, diese bemüht um das übernatürliche Heil, wie es dem Zwecke der beiden entspricht. Aber sie weisen in dieselbe Wegrichtung … (Michael Schmaus, 1897-1993, "Begegnungen zwischen katholischem Christentum und nationalsozialistischer Weltanschauung" … 1933)." …<<
Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtet später über die Rolle des Jesuitenordens nach dem Ersten Weltkrieg (x1.001/95-108): >>… **Vorbereitungen auf den Zweiten Weltkrieg**
Die bitteren Früchte ihrer verbrecherischen Politik ernteten die Söhne Loyolas 1919. Frankreich hatte sich der "völligen Ausblutung" nicht ergeben. Das apostolische (vom Papst beauftragte) Reich der Habsburger, die von ihnen ermutigt worden waren, "die Serben zu bestrafen", war zerfallen und hatte so die orthodoxen Slawen vom Joch Roms befreit. Rußland war, statt in die römische Gemeinde zurückzukehren, marxistisch, kirchenfeindlich und offiziell atheistisch geworden. Und das unbesiegbare Deutschland, es versank im Chaos.
Eine Sünde aber zu bekennen, würde der stolzen Natur der Kompanie nie in den Sinn kommen. Als Benedikt XV. 1922 starb, war sie bereit, auf neuer Basis neu zu beginnen. War sie nicht in Rom allmächtig?

Lesen wir Pierre Dominique: "Der neue Papst Pius XI. (1857-1939), der, wie einige sagen, Jesuit sei, versucht, die Dinge wieder ins Lot zu bringen. Er bittet den Jesuitenpater d'Herbigny (1880-1957), nach Rußland zu gehen, in dem Versuch, alles zu sammeln, was vom Katholizismus übriggeblieben sei und vor allem zu schauen, was getan werden könne. Eine vage und große Hoffnung: die verfolgte orthodoxe Welt um den Pontifex zu sammeln.
In Rom gibt es neununddreißig kirchliche Hochschulen, deren Gründung die Zeitpunkte großer Gegenangriffe markiert; die meisten dieser Gegenangriffe waren in ihrer Wirkungsweise und Ausrichtung jesuitisch: Deutsch-Ungarisches Kolleg (1552), Englisches (1578), Irisches (1628, wiedergegründet 1826), Schottisches (1600), Nordamerikanisches (1859), Kanadisches (1888), Äthiopisches (1919, wiedereingerichtet 1930).
Pius XI. begründet das Russische Kolleg (päpstliches russisches Kolleg zur Hl. Theresia vom Jesuskind) und gibt es unter die Obhut der Jesuiten. Diese betreuen außerdem noch das Orientalische Institut, das Johannes-Damascenus-Institut, das Polnische und später das Litauische Kolleg. Sind dies Erinnerungen an Pater Possevin, Iwan den Schrecklichen und den falschen Dimitri? Das zweite der drei großen Ziele aus der Zeit des Ignatius rückt vor auf Platz eins. Einmal mehr sind die inspirierenden Agenten und Darsteller jenes großen Unternehmens die Jesuiten."
In ihrer gerade erlittenen Niederlage wird für die Söhne Loyolas der Ansatz eines Hoffnungsschimmers erkennbar. Hatte nicht die Russische Revolution durch die Beseitigung des Zaren, des Beschützers der orthodoxen Kirche, dem großen Rivalen den Kopf abgehauen und der römischen Kirche geholfen, einzudringen? Man soll das Eisen schmieden solange es heiß ist! Das berühmte "Russicum" wird gegründet und die frohe Botschaft von seinen heimlichen Missionaren in dieses schismatische Land gebracht. Ein Jahrhundert nach ihrer Ausweisung durch Zar Alexander den Ersten (1777-1825) werden sich die Jesuiten erneut an die Eroberung der slawischen Welt machen. Ihr General war seit 1915 Halke von Ledochowski (1868-1942).
Und wieder Pierre Dominique: "Mancher mag sagen, ich sehe überall Jesuiten! Aber ich fühle mich gedrungen, ihre Anwesenheit und Aktivitäten zu betonen; zu sagen, daß sie hinter der Monarchie Alfons des XIII. König von Spanien, 1886-1941) standen, dessen Beichtvater Pater López war; daß, als die spanische Monarchie beendet und ihre Klöster und Kollegien niedergebrannt wurden, sie wiederum hinter Gil Robles Quinones (spanischer Politiker, 1898-1980) zu finden waren, später, als es zum Bürgerkrieg kam, hinter Franco. In Portugal unterstützten sie Salazar (António Oliveira Salazar; Politiker, 1889-1976) …
In Österreich und Ungarn Kaiser Karl, der dreimal abgesetzt wurde (Welche Rolle haben sie gespielt bei jenen Versuchen, die ungarische Krone wiederzuerlangen? Wer weiß!) …
Dollfuß (Engelbert Dollfuß; österreichischer Politiker, 1892-1934) und Schuschnigg (Kurt von Schuschnigg; österreichischer Politiker, 1897-1977) kommen aus ihren Reihen. Eine Zeitlang träumt man von einem Großdeutschland mit katholischer Mehrheit, zu dem notwendigerweise auch die Österreicher gehören würden: eine moderne Version der alten Allianz des 16. Jahrhunderts zwischen den Wittelsbachern und Habsburgern.
In Italien unterstützen sie zunächst Don Sturzo (Luigi Sturzo; katholischer Theologe und italienischer Politiker, 1871-1959), den Gründer der Volkspartei (der 1926 aufgelösten, ein klassenübergreifendes Reformprogramm auf der Basis der katholischen Soziallehre vertretenden italienischen Volkspartei Partito Popolare Italiano), dann Mussolini. … Der Jesuitenpater Tacchi Venturi (1861-1956), Generalsekretär (oberster Geschäftsführer) der Kompanie, fungierte als Mittelsmann zwischen Pius XI., dessen Beichtväter die Patres Alissiardi und Celebrano (Jesuiten) sind, und Mussolini.
Im Februar 1929, um die Zeit des Lateranvertrages (Abschluß der dreiteiligen Übereinkunft der nach ihrem Abschlußort, dem ehemaligen römischen Papstpalast Lateran, benannten Late-

ranverträge zum Zwecke der Lösung des Konflikts zwischen Kurie und italienischer Regierung), wird Mussolini vom Papst als "der Mann, den uns die Vorsehung hat treffen lassen", bezeichnet. Rom verurteilt, was gemeinhin der "Überfall auf Äthiopien" genannt wird, nicht und Mussolinis aufrichtiger Freund ist der Vatikan auch 1940 noch.
In ihm haben die Jesuiten ihren geheimen Aufenthaltsort. Von dort aus inspizieren sie die allumfassende Kirche mit dem kalten und berechnenden Auge des Politikers."
Das ist die perfekte Zusammenfassung der Jesuitentätigkeit zwischen den zwei Weltkriegen. Der "geheime Aufenthaltsort" der Söhne Loyolas ist das politische Gehirn des Vatikans. Die Beichtväter Pius' XI. sind Jesuiten; jene seines Nachfolgers, Pius des XII., werden ebenfalls Jesuiten sein und in nicht geringem Maße Deutsche. Egal ob so die Verschwörung offensichtlich wird: alles ist, wie es scheint, bereit zur Revanche.
Unter dem Pontifikat Pius' XI. aber läuft die Phase der Vorbereitung. Noch liegt das Schwert des besiegt wordenen deutschen "weltlichen Arms" am Boden. Darauf wartend, es wieder aufzunehmen, wird in Europa der seiner künftigen Großtaten würdige Boden bereitet und vor allem das bedrohliche Emporkommen der Demokratie zum Stillstand gebracht.
Erstes Betätigungsfeld wird Italien sein. Dort gibt es einen lautstarken Sozialistenführer, der Veteranen um sich schart. Dieser Mann verkündet eine offensichtlich kompromißlose Lehre, ist aber soweit ambitioniert und Herr der Lage, sich trotz seiner maßlosen Großtuerei seiner gefahrvollen Position bewußt zu werden. In Kürze wird er sich von der jesuitischen Diplomatie gewinnen lassen.
François Charles-Roux (1909-1999) vom Institut, der damals unser (d.h. französischer) Botschafter beim Vatikan war, sagt: "Zu der Zeit, als der spätere Duce noch ein einfacher Abgeordneter war, hatte Staatssekretär Kardinal Gasparri eine geheime Unterredung mit ihm. … Der Faschistenführer hatte sich unverzüglich damit eins gemacht, daß der Papst über einen Teil Roms eine weltliche Herrschaft ausüben solle. …
Mir von jener Unterredung berichtend, folgerte Kardinal Gasparri: "Mit dieser Zusage war mir klar - käme dieser Mann an die Macht, so wäre der Erfolg unser."
Von dem Bericht über die Verhandlungen zwischen den Geheimagenten Pius' XI. und Mussolini ganz zu schweigen. …"
Besagte Geheimagenten - deren wichtigster der Jesuitenpater Tacchi Venturi - erfüllten ihre Mission außerordentlich gut. Dies verwundert nicht, wenn man weiß, daß er der Sekretär der Societas Jesu und zur gleichen Zeit Mussolinis Beichtvater war. In diese "Liebedienerei" des Faschistenführers wurde er letztlich vom General seines Ordens, Halke von Ledochowski, "hineingeleitet", wie uns Gaston Gaillard berichtet.
"Die im Jahre 1921 im Zeichen des nationalen Blocks gewählte Kammer sollte dann am 16. November 1922 mit dreihundertsechs gegen hundertsechzehn Stimmen Mussolini ihr Vertrauen aussprechen, und man erlebte bei dieser Sitzung, daß die Fraktion der katholischen Volkspartei (von Don Sturzo), die sich als christliche Demokratie ausgab, einstimmig für die erste faschistische Regierung stimmte."
Zehn Jahre später führte das gleiche Manöver zu einem ähnlichen Ergebnis in Deutschland. Die massive Stimmabgabe der katholischen Zentrumspartei von Monsignore Kaas (Ludwig Kaas, 1881-1952) sorgte für die Sicherstellung der Diktatur des Nationalsozialismus.
Im Grunde war Italien 1922 Versuchsfeld für die neue Formel des autoritären Konservatismus (autoritären, am Hergebrachten Festhaltenden, das sich nur ungern auf Neuerungen einläßt): bei Bedarf mit einem Schuß Pseudsozialismus verfeinerter Faschismus (nach dem Führerprinzip organisierter, nationalistischer, antidemokratischer, rechtsradikaler Regierungsstil) - je nach örtlicher Gegebenheit. Ab sofort richteten sich sämtliche Anstrengungen der Vatikanjesuiten auf die europaweite Verbreitung dieser neuen in ihrer Zweideutigkeit jesuitentypischen "Lehre".

Noch heute sind aus Sicht der italienischen Christdemokraten weder der Zusammenbruch des Mussoliniregimes, noch die Niederlage, noch die Ruinen hinreichend genug, den ihrem Lande vom Vatikan aufgezwungenen größenwahnsinnigen Diktator in Zweifel zu ziehen. Allein äußerlich verstoßen, bleibt in den Herzen der Geistlichen sein Ansehen unbeschadet. Folgendes konnte man in der Presse lesen:
"Wir haben uns entschieden: zu den Olympischen Spielen 1960 nach Rom kommende Besucher werden erleben können, wie der von Benito Mussolini zu seinen eigenen Ehren errichtete marmorne Obelisk vom Tiberufer aus das Olympiastadion dominiert. Dieses dreiunddreißig Meter hohe Denkmal trägt die Inschrift "Mussolini Dux" und wird geschmückt von - den Faschismus lobpreisenden - Mosaiken. Mehr als einhundertmal wird der Satz "Hoch lebe der Duce!" wiederholt und ebenfalls mehrere Male die Losung "Viel Feind, viel Ehr!"
Das Monument hat auf jeder Seite Marmorblöcke, die der wichtigsten Ereignisse des Faschismus gedenken, von der Gründung der Zeitschrift "Popolo d'Italia" durch Mussolini bis hin zur Errichtung des kurzlebigen faschistischen Staates und einschließlich des Krieges in Äthiopien. Als Krönung des Obelisken war ein gigantisches, Mussolini als fast einhundert Meter hohen nackten Athleten darstellendes Standbild geplant. Bevor aber dieses merkwürdige Projekt seine Realisierung erfuhr, brach das Regime zusammen.
Nach einjähriger Kontroverse hat die Regierung Segni (Antonio Segnis, 1891-1972) 1959 beschlossen, der Duce-Obelisk solle stehen bleiben."
Ungeachtet des Krieges, des Blutes, das in Strömen floß, der Tränen, der Ruinen. Sind es doch nur Kleinigkeiten, kleine Flecken an dem Monument, errichtet zu Ehren desjenigen, den Pius XI. als den "Mann, den uns die Vorsehung hat treffen lassen", beschreibt.
Kein Irren, Versagen oder Verbrechen, das dieses vordergründigste Verdienst auszulöschen vermag: die Tatsache nämlich, daß er die weltliche Macht des Papstes wiederherstellte, den römischen Katholizismus zur Staatsreligion erklärte und mittels Gesetzen, die immer noch in Kraft sind, dem Klerus die absolute Macht über das Leben der Nation verlieh.
Auf daß dies bezeugt würde, hatte Mussolinis Obelisk im Herzen von Rom Stand zu nehmen, zu Gunsten der ihn bewundernd oder ironisch betrachtenden Touristen und in der Hoffnung auf bessere Zeiten, in denen es schließlich möglich sein würde, ihn zu errichten - den einhundert Meter hohen "nackten Athleten" und symbolischen Vatikanverfechter.
Der Lateranvertrag, mit dem Mussolini dem Papsttum seine Dankbarkeit zeigte, brachte dem Heiligen Stuhl außer der Zahlung von 750 Millionen Lire (d.h. € 20.000.000 im Jahre 2006) auch die weltliche Herrschaft über das Gebiet der Vatikanstadt. Die Signifikanz dieses Ereignisses erklärt Monsignore Cristiani, Prälat Seiner Heiligkeit:
"Es steht außer Frage - für die Etablierung des Papsttums als politische Macht war die Gründung der Vatikanstadt eine Angelegenheit von vorderster Wichtigkeit."
Wir sparen uns die Zeit für den Versuch, dieses eindeutige Bekenntnis mit dem derart oft gehörten Satz "Die Kirche betätigt sich nicht in der Politik." in Einklang zu bringen. Betonen werden wir die einzigartige Weltstellung eines sowohl säkularen als auch geistlichen und somit in seinem Wesen doppeldeutigen Staates und die sich aus dieser Stellung ergebenden Folgen.
Welches sind die schlauen jesuitischen Kunstgriffe, eingesetzt von dieser Macht, die, um von sämtlichen durch internationale Gesetze festgelegten Regelungen ausgenommen zu sein, je nach den Umständen, in ihrer säkularen oder geistlichen Gestalt auftritt?
Bis zum heutigen Tage haben die Nationen ihrerseits dieser Trickserei die Hand gereicht und ihm so für das Eindringen in ihre Mitte Tür und Tor geöffnet - dem Trojanischen Pferd des Klerikalismus (des Bestrebens der katholischen Kirche, das gesamte öffentliche Leben zu beeinflussen).
"Zu sehr schien der Papst sich mit den Diktatoren zu identifizieren", schrieb der französische

Botschafter beim Vatikan, François Charles-Roux. Aber wie hätte es anders sein können, wo der Heilige Stuhl diese Männer doch selbst erst an die Macht gebracht hatte?
Von jener Reihe der Männer der "Vorsehung", dieser Schwertträger, die die Revanche für 1918 vorbereiten würden, war Prototyp (Vorbild) Mussolini der Inaugurator (Wegbereiter). Von Italien aus, wo der Faschismus unter Pater Tacchi Venturi und seinen Helfershelfern derart gut gedieh, sollte er alsbald nach Deutschland exportiert werden. "Hitler erhält seinen Anstoß von Mussolini; das Ideal der Nazis ist dasselbe wie das in Italien. … Berlin werden sämtliche Sympathien zuteil, weil Mussolini an der Spitze steht,. … Der Nationalsozialismus des letzteren und der Faschismus gehen 1923 zusammen. Mussolini wird Hitlers Freund und versorgt diesen mit Waffen und Geld."
Zu jener Zeit ist Monsignore Pacelli, späterer Pius XII. und damaliger bester Diplomat der Kurie, Nuntius in München, der Hauptstadt des katholischen Bayern. Von dort aus beginnt der Stern des kommenden deutschen Diktators seinen Aufstieg; er ist katholisch wie die meisten seiner wichtigsten Vertrauten. Von jenem Lande … des Nazismus läßt uns Maurice Laporte wissen: "Seine zwei Feinde heißen Protestantismus und Demokratie."
Preußens Besorgtheit ist somit verständlich.
"Welche Art besonderer Fürsorge der Vatikan Bayern angedeihen läßt, das ihm mit seinem Hitlerschen Nationalsozialismus die stärksten Kontingente rekrutiert, ist leicht zu erraten."
Das "ketzerische" Preußen der Lenkung des "weltlichen Armes" entledigen und sie dem katholischen Bayern übertragen; was für ein Traum! Um ihn zu verwirklichen, tut Monsignore Pacelli in Zusammenarbeit mit dem Oberhaupt der Societas Jesu alles in seiner Macht Stehende.
Nach dem letzten Krieg (1914-1918) hatte sich Jesuitengeneral Halke von Ledochowski einen gewaltigen Plan zurechtgelegt: … die Schaffung einer Föderation katholischer Nationen in Mittel- und Osteuropa, mit oder ohne Habsburgerkaiser: Österreich, Slowakei, Böhmen, Polen, Ungarn, Kroatien und natürlich Bayern.
"Dieses neue Reich der Mitte hätte an zwei Fronten kämpfen müssen, im Osten gegen die Sowjetunion, im Westen gegen Preußen, das protestantische Großbritannien und das republikanische Frankreich. Monsignore Pacelli, späterer Pius XII., war damals Nuntius in München, danach in Berlin, und war enger Freund von Kardinal Faulhaber, von Ledochowskis wichtigstem Mitarbeiter. Der Ledochowskiplan war Pius' XII. Jugendtraum."
War es aber nur ein Jugendtraum? Abgesehen von dem Vorhandensein der nicht allzu gefährlichen Minderheit des lutherischen Preußens und den anerkannten Einflußzonen, die - vorübergehend vielleicht - zu Italien gehört hätten, kam das "Mitteleuropa", das Hitler zu organisieren versuchte, jenem Plan sehr nahe. Angepaßt an die Erfordernisse der Zeit, war es in der Tat der Ledochowskiplan, den der Führer unter der Schirmherrschaft des Heiligen Stuhls, mit Hilfe des päpstlichen Geheimkämmerers Franz von Papen und des Münchner, später Berliner, Nuntius Monsignore Pacelli, soeben versuchte, zu verwirklichen.
François Charles-Roux schreibt: "Während der Neuzeit hat die Weltpolitik das katholische Eingreifen nie stärker zu spüren bekommen wie in der Amtsperiode Monsignore Pacellis."
Und von Joseph Rovan: "Das katholische Bayern … macht sich also daran, all jene, die Unfrieden säen, sowie die Komplizen und Mörder der heiligen Feme (der heiligen geheimen, über die Ermordung politischer Gegner und Verräter in den eigenen Reihen entscheidenden Gerichtsversammlung) aufzunehmen und zu schützen."
Unter all diesen Agitatoren (Aufklärern) wird die Wahl für Deutschlands "Wohltäter" auf Hitler fallen, der dazu bestimmt ist, unter der Standarte des Heiligen Vaters den Sieg über die "demokratischen Irrtümer" zu erringen. Wie seine wichtigsten Mitarbeiter, ist er selbstverständlich katholisch.
"Das NS-Regime gleicht einer Wiederholung der Regierung Süddeutschlands. Name und

Herkunft seiner führenden Köpfe beweisen es. Hitler ist sogar Österreicher, Göring (Hermann Göring; Politiker, 1893-1946) Bayer, Goebbels (Paul Joseph Goebbels; Politiker, 1897-1945) Rheinländer und so weiter und so fort."
1924 unterzeichnet der Heilige Stuhl ein Konkordat mit Bayern. 1927 können wir in der "Gazette de Cologne" lesen: "Pius XI. ist gewiß "der deutscheste" Papst, der je auf dem Stuhl Petri gesessen hat."
Sein Amtsnachfolger Pius XII. wird ihm diese Siegeslorbeeren abringen. Doch widmet sich jener fürs erste seiner Diplomaten- oder vielmehr politischen Laufbahn in diesem Deutschland, für das er, wie er Ribbentrop (Joachim von Ribbentrop; Diplomat und Politiker, 1883-1946) später wissen läßt, "immer eine besondere Zuneigung haben würde".
Zum Nuntius von Berlin aufgestiegen, arbeitet er mit Franz von Papen an der Zerstörung der Weimarer Republik. Am 20. Juli 1932 ruft man in Berlin den Belagerungszustand aus und vertreibt "manu militari" die Minister. Ein erster Schritt somit in Richtung Hitlerdiktatur. Man bereitet Neuwahlen vor, die den Erfolg der Nazis begründen werden.
"Unter Zustimmung Hitlers traten Göring und Strasser (Gregor Strasser; Politiker, 1892-1934) mit Monsignore Kaas, dem Chef der katholischen Zentrumspartei, in Verbindung."
Kardinal Bertram (Adolf Johannes Bertram, 1859-1945), Erzbischof von Breslau und Metropolit von Ostdeutschland (und Vorsteher der Kirchprovinz Ostdeutschland), erklärte: "Wir als Christen und Katholiken schauen weder auf Religion noch Rasse. ...". Mit vielen anderen Bischöfen versuchte er die Gläubigen vor "dem heidnischen Ideal der Nazis" zu warnen. Offensichtlich hatte dieser Prälat die päpstliche Politik nicht verstanden, doch sollte er alsbald belehrt werden.
1934 brachte der "Mercure de France" eine hervorragende Studie: "Den deutschen Katholiken war 1932 nicht klar, daß sie die Sache verloren hatten. Ihre Oberhäupter waren sich im Frühjahr anscheinend etwas unschlüssig. Sie hatten erfahren, daß der Papst Hitler persönlich zugetan wäre."
Daß Pius XI. mit Hitler sympathisierte, sollte uns nicht überraschen. … Für ihn hätte Europa nur über eine Vorherrschaft Deutschlands wieder zur Ruhe kommen können. … Schon seit langem dachte der Vatikan an eine Verlagerung des Reichsschwerpunktes mit Hilfe des "Anschlusses", und die Societas Jesu arbeitete jetzt öffentlich, insbesondere in Österreich, auf dieses Ziel (Ledochowskis Plan) hin. Wir wissen, wie Pius XI. auf Österreich baute, um, was er seine Politik nannte, zum Siege zu führen. Was verhindert werden mußte, war die Vorherrschaft des protestantischen Preußens, und da es das Reich war, das Europa beherrschen sollte … galt es, ein neues Reich zu schaffen, in dem die Katholiken das Sagen hätten. …
"Im März 1933 nutzten die in Fulda zusammenkommenden deutschen Bischöfe die Rede, die Hitler in Potsdam hielt, um zu erklären: Es ist nunmehr anzuerkennen, daß von dem höchsten Vertreter der Reichsregierung, der zugleich autoritärer Führer jener Bewegung ist, öffentlich und feierlich Erklärungen gegeben sind, durch die der Unverletzlichkeit der katholischen Glaubenslehre und den unveränderlichen Aufgaben und Rechten der Kirche Rechnung getragen, sowie die vollinhaltliche Geltung der von den einzelnen deutschen Ländern mit der Kirche abgeschlossenen Staatsverträge durch die Reichsregierung ausdrücklich zugesichert wird. …
Von Papen begibt sich nach Rom. Dieser Mann, dessen Vergangenheit derart himmelschreiend ist, wird zum frommen Pilger in der Mission, ein Konkordat (für ganz Deutschland) mit dem Papst abschließen. Und im Angebote machen an den Letzteren wird er Mussolini hinterher eifern."
Im Grunde geschieht in beiden Ländern das Gleiche: In Italien ist es die katholische Partei von Don Sturzo, die Mussolinis Machtübernahme absichert; in Deutschland tut dies für Hitler das "Zentrum" von Monsignore Kaas, und in beiden Fällen besiegelt den Pakt ein Konkordat.

Dies gibt Joseph Rovan wie folgt zu: "Dank von Papen, 1920 Zentrumsabgeordneter und Inhaber des Parteiorgans "Germania", kam Hitler am 30. Januar 1933 an die Macht. … Um Hitler am 26. März 1933 zu ermächtigen, wurde dieser nicht Christdemokrat, sondern der deutsche politische Katholizismus geschaffen. … Sollte die Abstimmung zu Gunsten der Ermächtigung ausfallen, so bedurfte es einer Zweidrittelmehrheit und war, um letztere zu erlangen, das "Zentrum" unverzichtbar." Selbiger Autor fährt fort: "Was wir in den Korrespondenzen und Erklärungen der kirchlichen Würdenträger unter dem NS-Regime stets finden werden, ist die inbrünstige Zustimmung der Bischöfe."
Diese Inbrunst ist unschwer erklärt, lesen wir im Folgenden von Papen:
"Zwischen dem Vatikan und dem Reich hatte es seit den Tagen der Reformation kein Konkordat mehr gegeben. Einige Länder mit überwiegend katholischer Bevölkerung hatten Länderkonkordate geschlossen, wie beispielsweise Bayern. Das überwiegend protestantische Preußen hatte trotz aller Bemühungen des Nuntius nur ein ziemlich dürftiges Abkommen mit dem Hl. Stuhl. Während der Weimarer Periode hatte das Zentrum wiederholt gesucht, zu einer Verständigung zu gelangen.
Die enge Partnerschaft und Rücksichtnahme auf die Sozialdemokratie hatten diese Bemühungen immer an der Schulfrage scheitern lassen. Die neue Lage in Deutschland schien nun günstig für die endgültige Regelung der kulturellen Frage. Gleichartige Abmachungen mit der evangelischen Kirche sollten folgen. …
Das Kernproblem christlicher Erziehung, die Schulfrage, war nun einheitlich geregelt, die Bekenntnisschule gewährleistet und den geistlichen Orden das Recht zur Führung von Privatschulen zuerkannt. Diese Rechtstitel, seit Jahrhunderten heiß umstritten, mußten für die christliche Regeneration der europäischen Mitte von besonderer Bedeutung sein." und "Er (Hitler) beauftragte mich, dem Kardinalstaatssekretär (Pacelli) zu versichern, er würde alle Übergriffe rigoros unterbinden."
Das war kein leeres Versprechen. Neben dem antijüdischen Gemetzel und von Nazis begangenen Attentaten gab es in jenem Jahr (1933) in Deutschland bereits 45 Konzentrationslager mit 40.000 Gefangenen unterschiedlicher politischer Auffassungen, die meisten aber Liberale.
Der päpstliche Geheimkämmerer Franz von Papen hat die tiefere Bedeutung des Paktes zwischen dem Vatikan und Hitler treffend charakterisiert - mit diesem Satz, den man sich merken sollte: "Der Nationalsozialismus ist eine christliche Gegenbewegung zu 1789."
Unter dem Druck der Weltöffentlichkeit werden von Pius XI. 1937 die Rassentheorien als unvereinbar mit den katholischen Ansichten und Grundsätzen "verdammt", unter denen seine Apologeten amüsanterweise die "erbärmliche" Enzyklika "Mit brennender Sorge" nennen. Der NS-Rassismus wird verdammt, sein Führer Hitler hingegen nicht: "Distinguo." ("Ich unterscheide"). Und sorgsam unterläßt es der Vatikan, das vier Jahre zuvor mit dem faschistischen Deutschen Reich abgeschlossene "günstige" Konkordat zu denunzieren.
Während in Deutschland das Kreuz Christi und das Hakenkreuz gerade zusammenarbeiteten, machte sich Benito Mussolini mit dem Segen des Heiligen Vaters an die leichte Eroberung Äthiopiens.
" … Der Oberhirte verdammte Mussolinis Politik nicht und ermöglichte dem italienischen Klerus, völlig ungehindert mit der faschistischen Regierung zu kooperieren. … Die Geistlichen, vom schlichten Gemeindepriester bis zum Kardinal, waren für den Krieg. …
Eines der bemerkenswertesten Beispiele kam vom Kardinal-Erzbischof von Mailand, Alfredo Ildefonso Schuster (Jesuit, 1880-1954), der diesen Feldzug gar "einen katholischen Kreuzzug" nannte.
Kardinal Schusters Leidenschaft ist verständlich, da der Societas Jesu in Abessinien das gleiche Schicksal wie in den europäischen Ländern zuteil wurde. Mithilfe des Kaisers Seged (um 1571-1632), den sie bekehrt und auf den Thron gebracht hatten, versuchten die Söhne Loyolas

durch das Hervorrufen von Aufständen und blutigen Repressionen landesweit den Katholizismus durchzusetzen, werden aber schließlich von Negus (König) Basilides (1609-1667) vertrieben.
Übrigens, Schuster war auch Rektor der merkwürdigen Institution mit dem Namen "Mystische Schule des Faschismus" (Mussolinische Kaderschmiede).
"Aufgrund der drängenden Erfordernis einer Expansion", so Pius des XI. Klarstellung, "hält Italien diesen Krieg für gerechtfertigt. …"
Zehn Tage später brachte Pius XI. in einer vor einem Veteranenpublikum gehaltenen Rede den Wunsch zum Ausdruck, daß den berechtigten Ansprüchen einer großen und edlen Nation, der er, wie er jene erinnerte, selbst entstamme, Genüge getan würde."
Des gleichen "Verständnisses" erfreute sich die faschistische (nach dem Führerprinzip organisierte, nationalistische, antidemokratische, rechtsradikale) Aggression gegen Albanien am Karfreitag 1939, wie uns Camille Cianfarra (Korrespondent der New York Times*)* berichtet: "Die italienische Besetzung Albaniens war für die Kirche sehr vorteilhaft. … Von den eine Million zählenden Albanern, die italienische Untertanen wurden, waren 68 % moslemisch, 20 % griechisch-orthodox und nur 12 % römisch-katholisch. … Vom politischen Standpunkt betrachtet, konnte die Annexion des Landes durch eine katholische Macht die Position der Kirche und, bitteschön, des Vatikans nur verbessern."
In Spanien hatte die Gründung der Republik nach wie vor nicht aufgehört, von der römischen Kurie als persönlicher Angriff übelgenommen zu werden. "Ich hätte es nie gewagt, Pius dem XI. gegenüber die spanische Frage auch nur zu erwähnen.", schrieb François Charles-Roux. "Er würde mich wohl sonst nur daran erinnert haben, daß die kirchlichen Interessen in jenem großen und historischen Land Spanien einzig und allein Sache des Papsttums wären."
Und also wurde diesem "geschützten Jagdrevier" in Bälde eine Diktatur verabreicht, ähnlich jenen, die es bereits mit Erfolg in Italien und Deutschland waren. Das Abenteuer General Franco aber fand erst Mitte Juli 1936 seinen Anfang, am 21. März 1924 bereits kam es zur Besiegelung des "Pakts von Rom" zwischen Mussolini und den Chefs der spanischen reaktionären Parteien, darunter Goicoechea (Antonio Goicoechea, 1876-1953), Chef der "Renovación Espanola" ("Spanische Erneuerung").
Durch diesen Pakt verpflichtete sich die italienische faschistische Partei, die Rebellen mit Geld, Kriegsmaterial, Waffen und Munition zu versorgen. Wir wissen, daß sie sogar noch mehr, als sie versprochen hatten, taten, und daß Mussolini und Hitler nicht davon abließen, den spanischen Aufstand mit Material, Flugtechnik und "Freiwilligen" "aufzutanken".
Der Vatikan - sich seiner höchsteigenen Grundsätze, daß die Gläubigen die bestehende Regierung zu respektieren hätten, bewußt - setzte seinerseits Spanien mit Drohungen unter Druck.
"Der Papst exkommunizierte (verhängte den Ausschluß aus der katholischen. Kirche über) die Oberhäupter der Spanischen Republik und erklärte zwischen dem Heiligen Stuhl und Madrid den geistlichen Krieg. Daran anschließend verfaßte er die Enzyklika "Dilectissima nobis" (Enzyklika gegen die Anerkennung und antiklerikale Gesetzgebung der sozialistischen-bürgerlichen Zweiten Republik …) … Erzbischof Gomá (Isidro Gomá Tomás, 1869-1940), neuer Primas (oberster katholischer Bischof) von Spanien, rief den Bürgerkrieg aus."
Voller Freude akzeptierten die Prälaten Seiner Heiligkeit die Schrecken dieses brudermörderischen Konflikts und voller Bewunderung interpretiert Monsignore Gómara (Miguel de los Santos Diaz y Gómara, 1885-1949), Bischof von Cartagena, ihre apostolische (päpstliche) Gesinnung, wenn er spricht: "Gesegnet die Kanonen, in deren Breschen, die sie schlagen, das Evangelium blüht!"
Zwanzig Monate vor Bürgerkriegsende, am 3. August 1937, ward die Franco-Regierung gar vom Vatikan anerkannt.
Und um Belgien kümmerte sich die Katholische Aktion (eng an den hierarchischen Klerus

angebundene und dessen Leitung unterstellte katholische Laienbewegung zur Zurückdrängung des zunehmenden Atheismus) - diese Bewegung war in ihrem Wesen natürlich durch und durch ultramontan und jesuitisch. Es galt, dem bevorstehenden Einmarsch der Hitlertruppen den Boden zu bereiten! Also wurde dort unter dem Vorwand "geistlicher Erneuerung" von Monsignore Picard, Jesuit, Pater Arendt, Jesuit, Pater Foucart, Jesuit usw. gewissenhaft das Adolf-Hitler-Evangelium gepredigt. Ein junger Belgier, der, gleichsam vielen anderen, ihr Opfer wurde, bestätigt dies:
"Zu jener Zeit waren wir bereits alle von einer Art Faschismus besessen. … Die Katholische Aktion, zu der ich gehörte, stand dem italienischen Faschismus sehr nahe. … Monsignore Picard verkündete es laut und breit der Öffentlichkeit, Mussolini sei ein Genie und brenne darauf, Diktator zu werden. … Um Kontakte mit Italien und dem Faschismus zu fördern, organisierte man Wallfahrten. Als ich mit dreihundert Studenten nach Italien ging, salutierten alle auf dem Rückweg nach römischer Art und sangen die Giovinezza (italienische Faschistenhymne).
Von einem anderen Zeugen: "Nach 1928 arbeitete die Gruppe Léon Degrelles (belgischer Politiker, 1906-1994) regelmäßig mit Monsignore Picard zusammen. … Degrelle wurde von Picard für die Unterstützung in einer besonders wichtigen Mission gewonnen: der Leitung eines neuen Verlagshauses in der Zentralstelle der Katholischen Aktion. Nicht lange und der Name des Verlages sollte berühmt werden - er lautete "Rex" (vollständiger Name: "Christus Rex" - "Christus König"). …
"Immer zahlreicher wurden die Rufe nach einer neuen Regierungsform … Mit großem Interesse verfolgte man in Deutschland die Ergebnisse dieser Propaganda. Im Oktober 1933 erinnerte uns ein Artikel im "Vlan" (Brüssler Anzeigenblatt), daß 1919 die Nazis gerade mal sieben ausgemacht hätten und die ganze Aussteuer, die ihnen Hitler wenige Jahre später mitbrachte, in seinem Agitationstalent bestanden habe … Auf der Grundlage ähnlicher Prinzipien starteten die "rexistischen" (belgisch-faschistischen) Mannen ein landesweites aktives Propagandaprogramm. Zu ihren Treffen zog es alsbald einige Hunderte, später Tausende von Zuhörern".
Natürlich hatte Hitler für den neugeborenen Nationalsozialismus, genauso wie Mussolini für den Faschismus, mehr als sein Agitationstalent mitgebracht: - die Unterstützung durch das Papsttum!
Dieselbe Unterstützung genoß auch der nur blasse Schatten dieser beiden und "Christus Rex-Chef" (Leiter des Christus Rex-Verlags) Léon Degrelle - allerdings für einen deutlich anderen Zweck. Seine Aufgabe war es, den Invasoren das Land zu öffnen.
Raymond de Becker (1912-1969) sagt: "Ich war Mitarbeiter bei der "Avant-Garde" gewesen. … Das Ziel dieser (von Monsignore Picard herausgegebenen) Zeitschrift bestand darin, die Belgien, Frankreich und England einenden Verbindungen abzubrechen."
Wie rasch die deutschen Armeen die von der kirchlichen Fünften Kolonne (kirchlich-faschistische pro-deutsche Kolonne) betrogene belgische Abwehr besiegten, ist bekannt. Und vielleicht entsinnen wir uns auch, daß sich der die deutsche Uniform anziehende "Christus Rex-Apostel" unter großem Rummel aufmachte, um "im Rahmen der Waffen-SS an der Ostfront zu kämpfen" - an der Spitze seiner sich vor allem aus der Jugend der Katholischen Aktion rekrutierenden "Wallonischen Legion". Nachdem er seine "patriotischen" Gefühle noch ein letztes Mal so richtig zum Ausdruck gebracht hatte, kam ihm ein baldiger Rückzug gerade recht und ließ ihn nach Spanien gelangen.
Maurice de Béhaut schreibt: "Vor 10 Jahren (1944) war der Hafen von Antwerpen - der drittwichtigste der Welt - nahezu unversehrt in die Hände der britischen Truppen gefallen. … In dem Moment, wo die Bevölkerung gerade begann, für ihre Not und Entbehrungen ein Ende zu sehn, da gingen die teuflischsten Erfindungen auf sie nieder: die fliegenden Bomben V1 und

V2. Dieses Bombardement, das längste in der Geschichte, da es sechs Monate, Tag und Nacht, andauerte, wurde auf Anordnung der Alliierten Kommandantur sorgsam geheimgehalten. Das ist der Grund, warum sich das Martyrium der Städte Antwerpen und Lüttich bis auf den heutigen Tag unserem Bewußtsein entzieht.
Am Vorabend des ersten Bombardements (am 12. Oktober) hörten einige auf Radio Berlin die erschreckenden Äußerungen des "rexistischen" Verräters Léon Degrelle: "Ich habe meinen Führer", kreischte er, "um zwanzigtausend fliegende Bomben gebeten. Züchtigen werden diese ein hirnverbranntes Volk. Ich verspreche Ihnen, sie werden Antwerpen in eine Stadt ohne Hafen oder einen Hafen ohne Stadt verwandeln."
… Von jenem Tage an sollte sich der Rhythmus der Katastrophen und Elend furchtbarster Art bringenden Bombardements intensivieren, während auf Radio Berlin Verräter Degrelle brüllend versprach, daß noch Schlimmeres kommen werde."
So sah es aus - das letzte Lebewohl dieser Ausgeburt der Katholischen Aktion an die Heimat. Der "Christus Rex-Chef" und ergebene Schüler des Jesuiten Monsignore Picard, des Jesuiten Pater Arendt usw. hielt sich strikt an die päpstlichen Regeln.
"Würden die Männer der Katholischen Aktion", schrieb Pius XI., "weil es die Situation erlaubt, aufhören in dem Versuch, die Politik ihrer Provinz und ihres Landes zu leiten, so wäre dies Pflichtverletzung."
Léon Degrelle erfüllte diese Pflicht auf jeden Fall und zeitigte - wie man erleben konnte - Ergebnisse, die seinem Eifer in nichts nachstanden.
In Raymond de Beckers Buch lesen wir: "In Belgien hatte die Katholische Aktion außergewöhnliche Männer gefunden, die zur Musik dieser Organisation spielten, wie z.B. Monsignore Picard (der wichtigste), … Kanonikus (der Kirchenbezirksgeistliche) Cardijn (1882-1967), Gründer der belgischen CAJ-Bewegung (Bewegung der "Christlichen Arbeiterjugend" zur Zurückgewinnung der Arbeiter für Religion und Kirche), ein verdrießlicher, mürrischer und eingebildeter Mann. …"
Am 29. Mai 1940, dem Tag nach der Kapitulation, beschrieb Kardinal van Roey den Einmarsch als eine Art Himmelsgeschenk:
"Machen Sie sich bewußt", schrieb er den Gläubigen, "daß wir soeben Zeugen eines außergewöhnlichen Eingreifens der göttlichen Vorsehung sind, die im Begriffe ist, durch große Ereignisse ihre Macht zu erweisen."
Nach alledem schien also Hitler nichts weniger als ein das belgische Volk züchtigendes Läuterungswerkzeug der Vorsehung zu sein."
Etwas sehr ähnliches geschah gleichzeitig in unserem eigenen Lande (Frankreich). "Nützlicher als Siegen ist Kapitulieren" - behauptete man, uns fortwährend daran erinnernd, genau wie vor 1914, als Frankreich eine läuternde "völlige Ausblutung" zugedacht wurde.
Näher beleuchtet wird in jenen in die tiefste Versenkung verschwundenen - oder vielmehr verbannten Memoiren auch der "belgische Bauernbund - der große katholische, politische und finanzielle Motor Kardinal van Roeys, der beträchtliche Summen in den flämischen Teil der Uni Löwen pumpte. ..."
"Die Druckerei "Standaard" arbeitete ohne Unterlaß, denn sie druckte die kollaborationistischsten Aufrufe des FNV (Flämischen Nationalverbandes). Und schwamm nicht lange danach im Geld. … Zu kollaborieren wäre den "Standaard-Leitern", diesen zweihundertprozentigen Katholiken und Stützpfeilern der Kirche Flanderns, nie in den Sinn gekommen, hätte nicht zuvor der Kardinal klar und deutlich seinen Segen gegeben.
Das Gleiche sagte man von der katholischen Presse überhaupt. ..."
Alle diese Anstrengungen galten damals keinem geringeren Ziele, als Belgiens Zusammenbruch, wie uns ein weiterer katholischer Autor, Gaston Gaillard, erinnert:
"Die flämischsprachigen Katholiken wie auch die autonomistischen (nach Autonomie stre-

benden) elsässischen Katholiken rechtfertigten ihre Haltung mit ihrer stillschweigenden Unterstützung, die sie über den Heiligen Stuhl allezeit der deutschsprachigen Propaganda angedeihen ließen.
Als sie auf das denkwürdige, von Pius XI. am 26. Juni 1923 an seinen Staatssekretär Kardinal Gasparri gesandte Schreiben bezug nahmen, konnten sie sich leicht davon überzeugen, daß sie Roms Wohlwollen hatten und Rom natürlich nichts tat, sie umzustimmen.
Hatte nicht Nuntius Pacelli (späterer Pius XII.) deutsche Nationalisten kompetent unterstützt und der sogenannten "unterdrückten" Bevölkerung Oberschlesiens Mut gemacht? War nicht den autonomistischen Verschwörungen in Elsaß, Eupen-Malmedy und Schlesien die nicht immer unauffällige kirchliche Zustimmung zuteilgeworden? Für die Flamen war es damals leicht, ihr Vorgehen gegen Belgiens Einheit hinter den römischen Anweisungen zu verstekken. ..."
Auch bat 1942 Papst Pius XII. seine Berliner Nuntiatur (diplomatische Vertretung), Paris seine Kondolenzen zum Tode Kardinal Baudrillarts zu übermitteln und zeigte dieserart an, daß sie die Annexion Nordfrankreichs durch Deutschland als Tatsache betrachte. Womit sie wieder einmal mehr die der deutschen Expansion allezeit durch den Heiligen Stuhl und insbesondere Pius den XII. gewährte "stillschweigende Unterstützung" nur bekräftigte.
Voll Verachtung kann man heutzutage nur darüber lachen, wenn man sieht, wie die Jesuiten Seiner Heiligkeit derart Offensichtliches abstreiten und sämtliche Mittäterschaft mit der von ihnen doch selbst erst organisierten Fünften Kolonne (faschistische pro-deutsche Kolonne) und vor allem mit Degrelle von sich weisen. Letzterer - abgeschirmt in seiner Zuflucht lebend, denn er weiß zu viel - kann in Ruhe auf Ovids berühmte Verse zurückgreifen: "Solange du glücklich bist, zählst du viele Freunde. Sind die Zeiten bewölkt, bist du allein".
Lächerlich auch, was Hw. P. Fessard (Jesuit, 1897-1978) schreibt: "Mit derart großer Ungeduld warteten wir 1916 und 1917 auf die amerikanischen Verstärkungen! Mit Schmerz erlebten wir 1939 daß, als der Krieg sogar schon erklärt worden war, Hitler von einem Großteil der Amerikaner mit Wohlwollen betrachtet wurde, noch dazu und vor allem von Katholiken! 1941 und 1942 standen wir wieder vor der Frage: Würden die Amerikaner eingreifen oder nicht."
Dem Schein nach also erfüllten den guten Pater die durch seine eigenen jesuitischen Brüder in Amerika erreichten Resultate "Mit Schmerz"! Denn, und das ist eine historische Tatsache, die "Christliche Front", eine sich gegen die US-Intervention stellende katholische Bewegung, wurde von dem Jesuitenpater Coughlin (Charles Edward Coughlin, 1891-1979), einem notorischen Hitlersympathisanten, geleitet.
"Diese fromme Organisation war bestens ausgestattet und bekam aus Berlin vom Goebbels-Ministerium vorbereitetes Propagandamaterial in Hülle und Fülle. Über sein Blatt "Social Justice" ("Soziale Gerechtigkeit") und Rundfunksendungen erreichte Hakenkreuzapostel und Jesuitenpater Coughlin eine breite Öffentlichkeit. In den wichtigsten städtischen Ballungszentren betreute er außerdem geheime, nach den Methoden der Söhne Loyolas geführte und von Naziagenten ausgebildete "Kommandozellen"."
Ein geheimes Dokument der Wilhelmstraße erklärt Folgendes: "Presse und amtliche Berichterstattung aus Nordamerika melden laufend von antijüdischen Kundgebungen der Bevölkerung. Es ist vielleicht symptomatisch für die innenpolitische Entwicklung in USA, daß die Hörerschar des bekannten antijüdisch eingestellten "Radiopriesters" Coughlin auf über 20 Millionen angewachsen ist." …<<
Österreich: Der österreichische Bundeskanzler Engelbert Dollfuß zerschlägt im März 1933 die Sozialdemokratie und errichtet eine Diktatur. Dollfuß bereitet damit ungewollt dem österreichischen Faschismus den Weg.
Österreich gehört in jener Zeit zu den ärmsten Staaten Europas. Dollfuß will damals aus der

Alpenrepublik einen "Hort des deutsch-abendländischen Christentums" machen (x090/271). Nachdem sich wiederholt schwere Straßenschlachten zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten ereignen, wird die nationalsozialistische Partei verboten.

01.04.1933

NS-Regime: Am 1. April 1933 findet bereits die 1. zentral gesteuerte Boykottaktion gegen die jüdische Bevölkerung (Kaufleute, Ärzte, Rechtsanwälte etc.) statt. Die gesellschaftliche Ächtung der Juden beginnt.

NSDAP- und SA-Angehörige organisieren den Boykott jüdischer Geschäfte. Vor jüdischen Geschäften und Warenhäusern hetzen damals SA-Männer gegen die Juden ("Deutsche wehrt euch! Kauft nicht bei Juden!" - "Hier kaufen sie bei einem Juden!").

Der französische Botschafter Andre Francois-Poncet berichtet am 1. April 1933 über die ersten Judenverfolgungen in Berlin (x191/63): >>Am festgesetzten Tag durchziehen SA-Kolonnen die ganze Stadt, halten die Juden an und verprügeln sie. Sie dringen in die besuchtesten Cafes und Restaurants am Kurfürstendamm ein und jagen die jüdischen Gäste mit Prügeln hinaus.

(SA-Truppen) stellen sich am Eingang der Geschäfte auf, kleben kleine Plakate auf die Schaufenster: "Jüdisches Geschäft! Hier kaufen keine Deutschen!" und hindern die Leute am Eintreten. In den Geschäften selbst werden die Besitzer krumm und lahm geschlagen, ihre Waren werden geplündert, und unter Androhung weiterer Schläge erpreßt man (von) ihnen Geld. So geht es den ganzen Tag.<<

Eine jüdische Zeitzeugin aus Dortmund berichtet später über die Ereignisse am 1. April 1933 und in den folgenden Monaten (x067/138): >>Man hatte den Kindern gesagt, daß sie am 1. April 1933, dem Tag des Boykotts, nicht in die Schule kommen sollten. ...

Auf jedem Platz, an jeder Ecke vor einer Synagoge fanden sich Propagandatafeln, auf denen wir verächtlich gemacht und beschimpft wurden. Wir seien Parasiten und hätten das Unglück des deutschen Volkes verschuldet, so konnten wir überall und immerzu bei jeder Gelegenheit hören und lesen.

Doch an diesem Tag schloß kein jüdischer Laden; keiner wollte angesichts des Boykotts seine Angst zeigen. Nur die Synagoge öffnete ihre Tore nicht wie sonst, obgleich es Sonnabend war. Wir wollten nicht, daß diese heilige Stätte durch irgendwelche Unruhestifter entweiht würde.

Ich bin sogar in die Stadt, um zu sehen, was im Geschäftsviertel los war. Ich fand keine begeisterte Menge, die durch die Straßen stürmte und die jüdischen Geschäfte zerstörte, wie es die Nazis erwartet hatten, sondern ich hörte nur Äußerungen des Unmuts und der Mißbilligung. ...

Nichtjüdische Freunde und Nachbarn, ja sogar Menschen, die wir vorher kaum gekannt haben, kamen zu uns, um ihre Verbundenheit und ihre Freundschaft uns zu bekunden, und alle meinten, daß diese Schreckenszeit nicht lange dauern könne.

Aber nach einigen Monaten des Terrorregimes hatten Treue und Freundschaft ihren Sinn verloren, Furcht und Verrat griff um sich. Um unsere christlichen Freunde nicht zu gefährden, wandten wir uns ab und grüßten nicht, wenn wir einen von ihnen auf der Straße trafen; sie sollten nicht ins Gefängnis kommen, weil man sie für Judenfreunde hielt.

Mit jedem Tag der Naziherrschaft wurde die Kluft zwischen uns und unseren Mitbürgern weiter. Freunde, mit denen wir lange Jahre hindurch freundschaftlich verbunden waren, kannten uns nicht mehr. Plötzlich stellten sie fest, daß wir eben doch anders waren als sie.

Angstvolle Vorstellungen begleiteten mich, wohin ich ging: Wenn ich in einem Geschäft mit den Angestellten sprechen mußte, fürchtete ich, daß sie sich feindlich gegen mich wenden würden, sobald sie entdeckten, daß ich Jüdin sei; wenn ich auf die Straßenbahn wartete, dachte ich immer, daß der Fahrer nicht anhalten würde, wenn er wüßte, daß ich Jüdin sei. Ich bin eigentlich auf der Straße und in Geschäften niemals solchen unangenehmen Erlebnissen aus-

gesetzt gewesen, aber ich erwartete so etwas jeden Moment, und die Angst quälte mich unablässig.
Schon lange bevor es uns von den Nazis verboten worden war, hatte ich darauf verzichtet, ein Theater oder ein Kino zu besuchen, weil ich es einfach nicht ertragen konnte, zwischen Menschen zu sitzen, die uns haßten. ...<<
Der deutsche Historiker Herbert Obenaus schreibt später über den "Judenboykott" am 1. April 1933 (x051/286-287): >>Judenboykott, erste zentral gesteuerte Aktion der Nationalsozialisten gegen die Juden in Deutschland nach der Machtergreifung, am 28.3.33 von der Parteiführung für den 1.4., 10 Uhr, befohlen.
Der Boykott sollte sich gegen jüdische Geschäfte und Warenhäuser, Rechtsanwälte und Ärzte wenden. Legitimiert wurde er damit, daß es gelte, der "Greuelhetze" und der Aufforderung zum Boykott deutscher Waren zu begegnen, die das "internationale Judentum" gegen das nationalsozialistische Deutschland gerichtet habe. Der Judenboykott stellte damit im Sinne des nationalsozialistischen Antisemitismus eine Kampfansage gegen die "Weltverschwörung des Judentums" dar.
Die Aktion, die durch ein "Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze" unter Streicher in München geleitet wurde, hatte die politische Funktion, die Juden gesellschaftlich auszugrenzen und zugleich die Herrschaft des Nationalsozialismus zu stabilisieren. "Der Führer sagte mir, sogar die Reichsfahne, das Hoheitszeichen, würde im Ausland beleidigt, und wir müßten jetzt dem Weltjudentum sagen: Bis hierher und nicht weiter." (Streicher, 1946).
Überall gründete die NSDAP lokale Aktionskomitees, die den Judenboykott propagieren und organisieren sollten. Um den Boykottaufruf mit Gewalt durchzusetzen, zogen um 10 Uhr Posten der SA und SS auf. Sie sollten nach offizieller Formulierung "die Bevölkerung vor dem Betreten jüdischer Geschäfte warnen", die vielfach durch Plakate und Schmierereien markiert waren. Wer trotzdem in jüdischen Geschäften einkaufte, war oft Schikanen ausgesetzt. Auch Übergriffe gegen Juden waren nicht selten und führten zur Verunsicherung der jüdischen Bürger.
Der Stabilisierung der nationalsozialistischen Herrschaft dienten nach dem Programm des Münchener Zentralkomitees Pläne, die Presse zur Unterstützung des Judenboykotts zu bewegen, ferner Versammlungen in den Betrieben abzuhalten, in denen die Arbeiter von der Notwendigkeit des Judenboykotts überzeugt werden sollten.
Der Boykott, der an einem Samstag stattgefunden hatte, wurde in der folgenden Woche nicht fortgesetzt, da die innen- und außenpolitischen Folgen der NSDAP Sorgen bereiteten. Es kam aber in der Folgezeit weiterhin zu Einzelaktionen gegen jüdische Geschäfte. Überdies schuf die NSDAP durch ihre Propaganda eine permanente Boykottstimmung gegen die Juden.<<
Der deutsche Historiker Herbert Obenaus berichtet später über den "Antisemitismus" nach Hitlers Machtergreifung (x051/31): >>(Antisemitismus) ... Daß die NSDAP beabsichtigte, der antisemitischen Propaganda tatsächlich Taten folgen zu lassen, stellte sie bald nach der Machtergreifung durch den Judenboykott vom 1.4.33 und das Berufsbeamtengesetz vom 7.4.33 unter Beweis. Aus dem antisemitischen Programm wurde, was vielfach auch in bürgerlichen Kreisen und auch unter den deutschen Juden nicht für möglich gehalten worden war, die Judenverfolgung und schließlich die Endlösung.
Vom Begriff des Antisemitismus wollten die Nationalsozialisten, nachdem sie ihre Macht etabliert hatten, bald nichts mehr wissen: 1935 versah das Propagandaministerium die deutsche Presse mit der Weisung, "in der Judenfrage das Wort antisemitisch oder Antisemitismus zu vermeiden, weil die deutsche Politik sich nur gegen die Juden, nicht aber gegen die Semiten schlechthin wendet. Es soll statt dessen das Wort antijüdisch gebraucht werden."
Außenpolitische Rücksichten, auf die arabische Welt, veranlaßten die Nationalsozialisten, den

zentralen Begriff aus der Kampagne gegen die Juden zu verbannen.
1944 ist in einer offiziösen Darstellung noch der Versuch unternommen worden, den Begriff des Antisemitismus durch den des "Antijudaismus" zu ersetzen. Die Beseitigung des zentralen Kampfbegriffs war allerdings mehr als eine politische Sprachregelung. Sie weist vielmehr darauf hin, dass der Antisemitismus als "Weltanschauung ... ein integrierender Bestandteil der nationalsozialistischen Weltanschauung geworden" war, während "der Antisemitismus als politische Bewegung ... in der nationalsozialistischen Bewegung aufgegangen" war (Nipperdey/Rürup).
Nachdem 1933 alle politischen Gegenpositionen bis auf Reste in der Kirche ausgeschaltet worden waren, konnte sich auf Basis des verbreiteten Antisemitismus ein "dynamischer" und nach Aktionen drängender Antisemitismus ungehindert entfalten. ... Er dominierte in der NSDAP und bildete für den Zusammenhalt der Partei und besonders der SS eine wichtige Integrationskraft.
Innerhalb der Bevölkerung fand die Partei für den dynamischen Antisemitismus nur begrenzt Anklang. Deutlich wurde das anläßlich der Kristallnacht, an der die Bevölkerung nur hier und da und oft nur mit Randgruppen aktiv beteiligt war. Die Zuschauerrolle dominierte, ja, kritische Stellungnahmen gewannen an Gewicht, wie sich aus dem Ansteigen entsprechender Fälle vor dem Sondergericht München ersehen läßt.
Es gelang allerdings der NSDAP, die antisemitische Haltung in der Bevölkerung fester zu verankern. Das führte dann dazu, daß die Deportation der deutschen Juden 1941 und die aufkommenden Gerüchte über ihre Ermordung nur sehr schwache Reaktionen hervorriefen. Latenter Antisemitismus, sicher auch eine allgemeine Einschüchterung, bewirkten bei der Dominanz eigener Sorgen im Kriegsalltag eine Indifferenz gegenüber dem Schicksal der Juden, die der NSDAP die ungehinderte Durchführung ihrer Ausrottungspolitik ermöglichte.<<
Goebbels berichtet am 1. April 1933 in seinem Tagebuch (x191/188): >>Die Presse arbeitet jetzt schon in vollster Einheitlichkeit.<<
Der SPD-Abgeordnete Wilhelm Hoegner berichtet später über NS-Maßnahmen zur Beseitigung der Pressefreiheit in Bayern (x191/59): >>Das Gebäude der "Münchner Post" war hell erleuchtet, alle Fenster waren aufgerissen. Aus ihnen wurden Möbelstücke, Bücher, Zeitungen, Tintenfässer und Schreibmaschinen auf die Straße geschleudert. Aus der im vierten Stock gelegenen Wohnung des Geschäftsführers Mürringer flogen Tische und Stühle, Kisten, aufgeschlitzte Betten und Decken herab.
Unten auf der Straße war ein Feuer entzündet, in das Akten, Zeitungen und Möbel hineingeworfen wurden. Die Zuschauer gaben keinen Laut, sie schienen erstarrt. Man hörte nur das dumpfe Krachen der Gegenstände, die auf die Straße fielen.<<
Frankreich: Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler schreibt am 1. April 1933 in Paris über den Judenboykott (x032/39): >>... Dieser verbrecherische Wahnsinn hat alles vernichtet, was in 14 Jahren an Vertrauen und Ansehen für Deutschland wieder gewonnen war.<<

02.04.1933

NS-Regime: Die "Bergwerkszeitung" berichtet am 2. April 1933 (x032/40): >>... Die nationale Revolution vom Frühjahr 1933 macht dem deutschen Volk alle Ehre, in so disziplinierten Formen vollzog sie sich! Die Blutopfer, die sie forderte, sind bereits vorher gebracht worden, in den Jahren täglichen Bürgerkrieges und Straßenkampfes. Es waren die Revolutionäre und nicht ihre Gegner, auf welche der weitaus größte Teil des Blutzolls entfiel!<<

04.04.1933

NS-Regime: Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtet am 4. April 1933 über das Konzentrationslager Heuberg (x243/47): >>... Großzügig angelegtes Militärlager - Das größte Konzentrationslager in Deutschland – Wundervolle Hanglage – Zur Zeit 1.750 Internierte und 450

Mann Bewachung – Gute Verpflegung und Behandlung – Hinter Stacheldraht – Nichts arbeiten den ganzen Tag ...
Absonderung der "Allerärgsten". Die Rädelsführer, die ganz Schlimmen, sind in einem besonderen Hause untergebracht. ...<<
Ein internierter Stadtrat berichtet später über die realen Zustände im Konzentrationslager Heuberg (x243/47): >>... Im (Strafbau stellte man sie) an die Wand – Nase und Fußspitzen mußten die Wand berühren -, bis die Leute rückwärts auf die scharfkantigen Steinbrocken fielen, die hinter ihnen aufgeschichtet waren. Das ... wurde so lange fortgesetzt, bis der Häftling liegen blieb. Darauf wurde er unter Knüppelschlägen weggeschleift. ...
Mein Freund, Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes, ... sagte zu mir: "Ich kann nicht mehr, ich nehme mir das Leben!"
Bald nach seiner Entlassung starb er. ... Er war in den wenigen Wochen seiner KZ-Haft ruiniert worden. ...
Als ich entlassen wurde, mußte ich mich verpflichten, draußen kein Wort über meine Internierung zu sprechen, andernfalls hätte ich mit verschärfter Haft zu rechnen.<<

05.04.1933

NS-Regime: Die Hitlerjugend (HJ) besetzt am 5. April 1933 im Auftrag des NS-Reichsjugendführers Baldur von Schirach die Zentrale des Reichsausschusses der Deutschen Jugendverbände.
Prof. Dr. Harald Scholtz schreibt später über die "Hitlerjugend" (x051/264): >>Hitlerjugend (HJ), programmatische Bezeichnung für die totalitäre Organisation der Jugend innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung. Faktisch entstand sie aus dem 1922 in München gegründeten "Jungsturm Adolf Hitler", einer Nachwuchsorganisation der SA, wenn sie sich als HJ auch erst im Dezember 26 konstituierte.
Nachdem Schirach am 30.10.31 "Reichsjugendführer der NSDAP" (bis 1940, Nachfolger Axmann) geworden war, suchte er sich alle Jugendverbände der NSDAP zu unterstellen (neben der HJ entstanden 1929 der Bund Deutscher Mädel (BDM), der NS-Schülerbund, das Deutsche Jungvolk, erst im September 32 konnten NS-Jugendbetriebszellen eingerichtet werden) und sie unabhängig von den Weisungen der SA- und Parteidienststellen zu machen. Dieses Ziel war im September 32 erreicht.
Den eigentlichen Aufschwung erlebte die HJ durch den überraschenden Zuspruch, den der Reichsjugendtag in Potsdam am 2.10.32 erhielt. Jetzt wurden ihre Verbände als Deutsches Jugendwerk auch in den Reichsausschuß der Deutschen Jugendverbände aufgenommen. Dessen Zentrale besetzte die HJ am 5.4.33. Dieser Handstreich wurde von der Reichsregierung durch die Ernennung Schirachs zum Jugendführer des Deutschen Reiches belohnt.
Die Reichsjugendführung (RJF) war damit als "oberste Reichsbehörde" zugleich staatliches Organ der Jugendpolitik und Reichsleitung der HJ. Die HJ umfaßte nun Jungvolk (zehn- bis 14-Jährige), Jungmädel (zehn- bis 14-Jährige), BDM und eigentliche HJ (15- bis 18-Jährige). Sie gliederte sich in 40 Gebiete, unterteilt wiederum in Banne, Stämme, Gefolgschaften, Scharen und Kameradschaften.
Nun konnte sich die jetzt nur noch alters- und geschlechtsspezifische, nicht mehr sozial untergliederte HJ als einzige staatlich geförderte Jugendorganisation durchsetzen und über die RJF auch ihren Einfluß auf die Ausgestaltung des Jugendlebens geltend machen (Jugendherbergswerk und Heimbeschaffung, Kinderlandverschickung, Gesundheitskontrollen, Schul- und Betriebsjugendwalter, Reichsberufswettkampf und zusätzliche Berufserziehung, alleiniges Recht der HJ zur Durchführung von Wettkämpfen).
Wo ihrem Totalitätsanspruch Grenzen gesetzt waren, reagierte sie mit dem Ausschluß ihrer Mitglieder, wenn diese katholischen Jugendverbänden oder studentischen Korporationen angehörten. Der bis zum Erlaß des "Gesetzes über die HJ" im Dezember 36 eingerichtete

"Staatsjugendtag", der am Samstag die Mitglieder des Jungvolkes und der Jungmädel vom Unterricht in den öffentlichen Schulen befreite, ermöglichte die Registrierung der Verbandszugehörigkeit der Schüler.
Obwohl in ihrem Erziehungsauftrag eindeutig parteilich und gegen eine konfessionelle Erziehung gerichtet, nahm die HJ für sich in Anspruch, die deutsche Jugendbewegung fortzuführen. Die Beachtung des Prinzips der "Selbstführung" verschleierte die zentrale Lenkung der Gestaltung des "Jugenddienstes". Zugleich versprach die HJ, den Traum von Gewinnung der "inneren Einheit des Volkes" durch die junge Generation, der aus Traditionen der deutschen Staatspädagogik (Fichte) und der Zeit des Jugendkultes vor dem Ersten Weltkrieg stammte, zu verwirklichen. ...<<
Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtet am 5. April 1933 (x243/47): >>Für den Oberamtsbezirk Reutlingen sind vom ... Innenministerium ernannt worden als politische Sonderkommissare der Landtagsabgeordnete H. ... (Kreisleiter der NSDAP) und ... (SA-) Sturmbannführer Sch. ...<<

07.04.1933

NS-Regime: Am 7. April 1933 werden das zweite Gleichschaltungsgesetz und ein Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums erlassen.
In allen Ländern sind danach "Reichsstatthalter" für die Durchführung der NS-Richtlinien verantwortlich. Beamte, die nichtarischer Abstammung oder politisch unzuverlässig sind, können sofort entlassen werden.

NS-Gleichschaltung im Jahre 1933

Am 7. April 1933 begannen großangelegte "NS-Gleichschaltungswellen", die mit Massenentlassungen aller mißliebigen Beamten endeten (gleichzeitige Einführung des NS-Berufsbeamtentums). Das NS-Regime jagte ungezählte anständige, unbescholtene Arbeiter, Angestellte und Beamte von ihren Arbeitsplätzen. Wer sich wehrte, protestierte, einer demokratischen Partei angehörte oder irgendwie verdächtig erschien, war ein "Staatsfeind" oder "Judenknecht". Hitlers Wille war in jener Zeit oberstes Gesetz.
Alle wichtigen Verwaltungsposten wurden unverzüglich von "zuverlässigen" NSDAP-Leuten besetzt. Bürgermeister, die keine NS-Mitglieder werden wollten, mußten zurücktreten. Hitlers NS-Diktatur wurde später von 43 Gauleitern, 890 Kreisleitern, 30.801 Ortsgruppenleitern, 121.406 Zellenleitern und 539.445 Blockwarten organisiert und durchgesetzt (x090/275).
Der NS-Pöbel regierte im Namen des "Einheitsstaates". Amtsanmaßung, Korruption, Rechtlosigkeit, Vetternwirtschaft und Unterschlagung waren im gleichgeschalteten NS-Staat an der Tagesordnung. Unfähige Schreihälse und Mitläufer nutzten damals die einmalige Gelegenheit und erhielten verantwortungsvolle Machtpositionen. Zahlreiche Anführer der "SA-Knüppelgarde", die man während der Weimarer Republik mehrheitlich wegen Faulheit oder Dummheit zuerst entlassen hatte, besetzten jetzt vielerorts leitende Posten.
Viele NS-Führer waren gewöhnlich im Verwaltungsbereich hoffnungslos überfordert, so daß man weiterhin auf Berufsbeamte angewiesen war. Die Beamten, von denen im Jahre 1939 rd. 28 % Parteimitglieder waren, mußten grundsätzlich den Treueid auf den Führer leisten (x051/-63).
Ein NS-Flüsterwitz zum Thema "Gleichschaltung" lautet damals wie folgt:
>>Wie konjugiert man "gleichschalten"?
Ich schalte gleich,
du fliegst raus.
Er setzt sich rein!<<
Ernst Niekisch (1889-1967, SPD-Politiker, 1939 zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe verurteilt, danach SED-Politiker) schreibt 1935/36 über die NS-Gleichschaltung (x129/34-35): >>Ein Taumel der Gleichschaltung erfaßte das ganze Volk. Alle öffentlichen und priva-

ten Einrichtungen, Organisationen und Korporationen, alle wirtschaftlichen Betriebe und kulturellen Gesellschaften, alle Verbände und Vereine "schalteten sich gleich".
Zweck der Gleichschaltung war die Herstellung der "Volksgemeinschaft". Die "Volksgemeinschaft" ist kein gesellschaftlicher Ordnungszustand höherer Art. Nirgends trügt der Schein mehr, als er hier es tut. ...
In der "Volksgemeinschaft" soll das ganze Volk auf die formlos chaotische Existenzweise menschlichen Abschaums heruntergebracht werden. Sinn und Inhalt der Volksgemeinschaft ist lediglich die Solidarität des lumpenproletarischen Gesindels.
Irgendwelche untergeordnete Organe oder Angestellte zogen plötzlich ihr nationalsozialistisches Mitgliedsbuch, daß sie bisher sorgfältig verborgen hatten, aus der Tasche und trumpften damit auf; zuweilen war es der Portier, der sich überraschend als Vertrauensmann der nationalen Revolution entpuppte und sich über Nacht zum wichtigsten und ersten Mann emporschwang. Das Mitgliedsbuch und das braune Hemd waren Ausweise, durch welche sich die Inhaber befugt hielten, nach den Zügeln zu greifen und die Leitung zu übernehmen.
Der Wille der Wähler, der bisher in der Zusammensetzung des Parlaments seinen Ausdruck gefunden hatte, galt nichts mehr; die Persönlichkeiten ihres Vertrauens räumten das Feld. Das Sprachrohr des Volkswillens war nur noch der Mann mit dem Mitgliedsbuch oder mit dem Braunhemd. ...
Die Gleichschaltung der nationalsozialistischen "Revolution" war die deutsche Spielart jener Gleichheit, welche durch die Französische Revolution 1789 verkündet worden war. Die Gleichheit war Gleichheit des Rechts; so blieb kein Platz mehr für feudale Vorrechte. Die Gleichschaltung ist Vereinheitlichung der Gesichtspunkte, Uniformierung der Gesinnung.
Sie ist wie ein technischer Prozeß: man drückt auf einen Hebel, und der ganze menschliche Bestand ist auf ein Einheitsmodell vereinfacht; niemand weicht vom Nächsten ab. Der Mensch verhält sich wie ein mechanisches Element, das von außen her ausgerichtet und in Form gebracht wird. Bis zum täglichen Gruß hin reagiert er nach obrigkeitlich verordnetem Schema: wer immer zur Tag- und Nachtzeit seinen Nächsten sieht, streckt den Arm in die Luft und schreit "Heil Hitler".
Der Punkt, an dem der Hebel ansetzt, welcher den Menschen gleichschaltet, ist die Existenzfrage. Wenn der Mann nicht richtig liegt, bekommt er kein Futter mehr. Unverhüllter wurde noch niemals auf den Magen gedrückt, um die richtige Gesinnung herauszupressen. Der Beamte zitterte um Gehalt und Versorgung: das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" brachte den festen Turm seiner "wohlerworbenen Rechte" zum Einsturz. ...
Die nationalsozialistische Empörung über marxistische "Parteibuchbeamte" entlarvte sich als purer Brotneid; die "Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" bestand darin, alle Ämter mit nationalsozialistischen Parteibuchbeamten zu überschwemmen. Die bürokratische Gleichschaltung war eine großangelegte Veranstaltung allgemeiner "Umbonzung".
Angestellten und Arbeitern erging es nicht besser; sie verloren die Arbeitsplätze, wenn ihr Eifer der Gleichschaltung enttäuschte. Entzog sich ein Arbeiter dem anbefohlenen Aufmarsch, wurde er fristlos entlassen: er war als "Staatsfeind" nicht würdig, wirtschaftlich geborgen zu sein. Der Organisationszwang, dem die Angehörigen der freien Berufe, Gewerbetreibende, Handwerker, Kaufleute, Unternehmer unterlagen, bot Handhaben, sie zu maßregeln; wurden sie aus ihrer "Berufskammer" entfernt, war ihnen das Recht auf Berufsausübung genommen; sie waren brotlos und ins wirtschaftliche Nichts verstoßen.
Die nationalsozialistische Weltanschauung zog ihre überzeugende Kraft aus der Sorge um den Futterplatz; weil der nationalsozialistische Herr den Brotkorb monopolisiert hatte, sang jedermann sein Lied. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Gleichschaltung" des NS-Regimes (x051/216-217): >>Gleichschaltung, Wort aus der Elektrotechnik; von der national-

sozialistischen Propaganda eingesetzt zur Bezeichnung der Ausrichtung von Verbänden, Organisationen, Parteien und schließlich jedes einzelnen Bürgers auf die Ziele der nationalsozialistischen Politik; geprägt von Reichsjustizminister Gürtner für die Formulierung des Gesetzes vom 31.3.33 zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich.
Erstes Opfer der Gleichschaltung wurde denn auch der Föderalismus: Nachdem schon in der Woche nach der Reichstagswahl vom 5.3.33 alle Länderparlamente auf Druck der NSDAP dem Reichsergebnis entsprechend zusammengesetzt worden waren, verfügte am 7.4.33 ein zweites Gleichschaltungsgesetz die Entsendung von Reichsstatthaltern. Sie wurden auf Vorschlag des Kanzlers vom Reichspräsidenten ernannt, hatten Ernennungsrecht für die Landesregierungen und deren Beamte und waren bis auf Epp Gauleiter der NSDAP.
Der Reichsrat verlor damit als Verfassungsorgan alle Bedeutung und wurde am 30.1.34 vollends überflüssig, als durch "Gesetz über den Neubau des Reiches" alle Hoheitsrechte der Länder auf das Reich übergingen. Mit Auflösung des Reichsrates am 14.2.34 und der Verreichlichung (Vereinheitlichung) der Justizverwaltungen am 1.4.35 war die Gleichschaltung der Länder abgeschlossen.
Noch rascher verschwand die Parteienvielfalt: Auch ihre Gleichschaltung setzte schon im März 33 ein, als sich der Reichstag durch das Ermächtigungsgesetz selbst entmachtete. Die KPD war schon seit der Reichstagsbrandverordnung faktisch ausgeschaltet und wurde am 28.3.33 endgültig verboten; die SPD, die als einzige Widerstand gegen das Ermächtigungsgesetz geleistet hatte, wurde, eines Großteils ihrer Mitglieder durch Flucht und Verhaftung beraubt, am 22.6.33 verboten; die Mitglieder der bürgerlichen Parteien liefen in Scharen zur NSDAP über und lösten sich nach und nach selbst auf: am 27.6.33 die DNVP, einen Tag später die Staatspartei, am 3.7.33 das Zentrum und tags darauf die BVP.
Nach dem "Gesetz gegen die Neubildung von Parteien" vom 14.7.33 existierte nur noch die NSDAP, die per Gesetz am 1.12.33 zur Körperschaft öffentlichen Rechts aufstieg. Die Gleichschaltung des Parteienstaates vollendete das "Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches" vom 1.8.34, das die Ämter des Reichspräsidenten und des Regierungschefs verschmolz: Hitler wurde "Führer und Reichskanzler".
Instrumente der Gleichschaltung der Verbände wurden das Berufsbeamtengesetz und der Arierparagraph. Das Schema war immer dasselbe: Auf Druck von NSDAP-Mitgliedern wurden die Vorstände der Berufsverbände umgebildet und Nationalsozialisten aufgenommen. Die "säuberten" dann die Vorstände und führten die Verbände unter das Dach der Partei.
Wo das nicht half, griff die NS-Führung zur Gewalt: Am 2.5.33 wurden die Häuser und Büros der Gewerkschaften von SA und Polizei besetzt, ihre Akten beschlagnahmt, ihr Vermögen konfisziert und die Organisation in die Deutsche Arbeitsfront überführt. Ähnlich ging es den Bauernorganisationen, die sich am 15.9.33 alle zwangsvereinigt fanden im Reichsnährstand. Länger hielt sich die gewerbliche Wirtschaft, die aber auch im August 34 enger an den Staat gebunden wurde, indem sie in Reichsgruppen unter maßgeblichem Einfluß des Wirtschaftsministeriums gegliedert wurde; der Vierjahresplan verpflichtete sie dann am 15.10.36 ganz auf die (Kriegs-) Ziele der NS-Führung.
Zur Gleichschaltung der Meinungen und der Kultur bestellte Hitler mit Goebbels am 13.3.33 eigens einen Minister für Volksaufklärung und Propaganda. Wer beruflich schreiben, musizieren, filmen, malen, schauspielern wollte, mußte spätestens vom 22.9.33 an Mitglied der entsprechenden Untergliederung der Reichskulturkammer sein. Die Aufnahmebedingungen, u.a. der Arierparagraph, sorgten dafür, daß Mißliebige fortan in Deutschland kein Gehör mehr fanden.
Nur die Gleichschaltung der Kirchen gelang nie ganz, obwohl im Kirchenkampf alles versucht wurde, diesen letzten Winkel möglicher Opposition zu beseitigen. Die Bestellung des Kirchenministers Kerrl am 16.7.35 oder der Kanzelparagraph konnten aber die Widersetzlichkeit

der Bekennenden Kirche ebenso wenig brechen, wie die Priesterprozesse die katholische Kirche in die Knie zwangen.
Dennoch: Nach dem Sommer 34 gab es kaum einen Deutschen mehr, der nicht auf dem Umweg über seinen Beruf, seine Stellung oder seinen Verein in irgendeiner Weise mit der Partei verbunden war. Nach Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht (16.3.35), Reichsarbeitsdienstpflicht (1.7.35) und dem "Gesetz über die Staatsjugend" (1.12.36, Hitlerjugend) war die Einbindung der Heranwachsenden in den neuen Staat perfekt.
Hitler skizzierte seine Vision der totalen Erfassung des Volkes in einer Rede vor Kreisleitern im Jahr 1938: Mit zehn hole er die Kinder ins Jungvolk, mit 14 in die HJ, es folgen Partei, SA oder SS, dann Arbeitsdienst, Wehrmacht und wieder Parteigliederungen. Hitler schloß mit den Worten: "... und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben."<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Gauleiter" des NS-Regimes (x051/203): >>Gauleiter, direkt Hitler verantwortlicher "Hoheitsträger" der NSDAP in den Gauen.
Durch häufige Ernennung der Gauleiter zu Reichsstatthaltern oder Oberpräsidenten in Personalunion wurde die Verquickung von Staat und Partei gefördert, zugleich aber auch eine Art Provinzdiktatorentum. Die um ihre regionale Machtstellung besorgten Gauleiter widersetzten sich nicht selten den Entscheidungen von Reichsressorts und nutzten ihren direkten Draht zu Hitler, dem viele aus der "Kampfzeit" verbunden waren, zu selbstherrlichem Regiment, wie z.B. Bürckel oder A. Wagner.
Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden viele Gauleiter zu Reichsverteidigungskommissaren ernannt, seit dem 16.11.42 hatten alle Gauleiter diese Funktion und wurden am 25.9.44 mit der Aufstellung des Volkssturms beauftragt.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Ortsgruppe" des NS-Regimes (x051/432): >>Ortsgruppe, Organisationseinheit der NSDAP und in deren Terminologie ein "Hoheitsgebiet", geleitet von einem Ortsgruppenleiter als "Hoheitsträger".
Die Ortsgruppe sollte kommunale Grenzen möglichst nicht überschneiden, konnte aber auf dem Land mehrere Gemeinden umfassen, während Städte in mehrere Ortsgruppen zerfallen konnten, je nach Dichte der Parteimitglieder.
Eine Ortsgruppe sollte mindestens 150, aber nicht mehr als 1.500 Haushalte umfassen, die Bemessensgrundlage waren (nicht die Einzelmitglieder). Das hing mit den Aufgaben des Ortsgruppenleiters zusammen, die sich auch auf die Nichtmitglieder erstreckten: Er sollte "durch geeignete Veranstaltungen die Bevölkerung nationalsozialistisch ausrichten" und mußte in einem Fragebogen auch Auskunft über die politische Zuverlässigkeit von nichtorganisierten Personen in seinem Bezirk geben.
Der Ortsgruppenleiter, auf Vorschlag des Kreisleiters vom Gauleiter ernannt, residierte in der Ortsgruppendienststelle, wo auch die örtlichen Vertreter von DAF, Frauenschaft und NSV saßen. Verantwortlich für "die gesamtpolitische Lage" in der Ortsgruppe, sollte der Ortsgruppenleiter auf alle kommunalpolitischen Belange achten, die Zellen und Blocks überwachen; die Politischen Leiter schulen und Spitzeldienste leisten.
Die Ortsgruppenleiter waren oft besonders übereifrig und in der Bevölkerung verhaßt.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Blockleiter" des NS-Regimes (x051/78): >> Blockleiter, unterster "Hoheitsträger" der NSDAP, der für die "gesamtpolitische Lage" in seinem Block zuständig war; das begann bei der Verpflichtung zur Weitermeldung "schädigender Gerüchte", schloß ein das Kassieren der Mitgliedsbeiträge und das Führen einer Kartei über alle Bewohner, beauftragte den Blockleiter als "Prediger und Verfechter der nationalsozialistischen Weltanschauung" mit propagandistischen Aufgaben wie Anhalten der Blockbewohner zum Beitritt in HJ, SA oder andere Parteiorganisationen und Werben für nationalsozialistische Veranstaltungen.

Der Blockleiter wurde vom Kreisleiter eingesetzt und war nur ihm verantwortlich. Das machte aus vielen Blockleitern Kleintyrannen, deren Denunziationen man ausgeliefert war.<<

09.04.1933

Deutsches Reich: Ricarda Huch (1864-1947, deutsche Historikerin und Schriftstellerin, bleibt während der NS-Zeit in Deutschland) tritt am 9. April 1933 mit folgender Begründung aus der staatlichen Preußischen Akademie der Künste aus (x149/81): >>... Daß ein Deutscher deutsch empfindet, möchte ich fast für selbstverständlich halten; aber was deutsch ist, und wie Deutschtum sich betätigen soll, darüber gibt es verschiedene Meinungen.

Was die jetzige Regierung als nationale Gesinnung vorschreibt, ist nicht mein Deutschtum. Die Zentralisierung, den Zwang, die brutalen Methoden, die Diffamierung Andersdenkender, das prahlerische Selbstlob halte ich für undeutsch und unheilvoll. Bei einer so sehr von der staatlich vorgeschriebenen Meinung abweichenden Auffassung halte ich es für unmöglich, in einer staatlichen Akademie zu bleiben.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Ricarda Huch (x051/273): >>Huch, Ricarda, geboren in Braunschweig 18.7.1864, gestorben in Schönberg (Taunus) 17.11.1947, deutsche Schriftstellerin.

Mit einem breit gefächerten Werk unter dem Einfluß der deutschen Romantik, das Lyrisches, Kulturgeschichtliches und Erzählprosa umfaßt, gehörte Huch zu den produktivsten und angesehensten bürgerlichen Autorinnen des 20. Jahrhunderts.

Mussolini ehrte sie wegen ihrer Darstellung der italienischen Einigungskämpfe im 19. Jahrhundert ("Die Geschichten von Garibaldi", 1906/07), die Nationalsozialisten schätzten ihre Arbeiten über heroisch-revolutionäre Gestalten wie Luther und Wallenstein als "urdeutsch"; auch der Roman "Der Fall Deruga" (1917), der das Euthanasie-Problem behandelt, fand Anklang.

Huch lehnte gleichwohl Ehrungen der Nationalsozialisten weitgehend ab, trat aus Protest gegen totalitäre und antijüdische Politik 1933 aus der Preußischen Akademie der Künste aus, konnte aber im Dritten Reich weiter publizieren.

Nach Kriegsende erhob sie als eine der ersten in der deutschen Öffentlichkeit die Forderung nach Ehrung der Widerstandskämpfer, insbesondere der Weißen Rose, als "Helden" ("Der lautlose Aufstand", postum 1953).<<

10.04.1933

NS-Regime: Die NSDAP übernimmt am 10. April 1933 sämtliche Beamtenverbände und ernennt den 1. Mai per Gesetz zum "Feiertag der nationalen Arbeit".

Joseph Goebbels berichtet am 10. April 1933 (x032/43): >>Von da an beginnt dann die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften. Wir werden nicht eher Ruhe bekommen, bis sie restlos in unserer Hand sind.<<

13.04.1933

NS-Regime: Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtet am 13. April 1933 (x243/47): >>Aktion gegen die Allgemeine Ortskrankenkasse Reutlingen. ... Auf Veranlassung der Württembergischen Regierung ... Besetzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse und der Wohnung ihrer Beamten. ... Direktor M. ... wurde vorläufig beurlaubt.

Der Besetzung folgte die Herbeischaffung von Aktenmaterial und die Vernehmung der Beamten. ...

Auf dem Gebäude ... (wurden) 2 Hakenkreuzfahnen gehißt. ... An der Besetzung waren etwa 100 Mann der Schutzpolizei, der SS und SA beteiligt. ...<<

15.04.1933

NS-Regime: Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtet am 15. April 1933 (x243/47): >>Weitere Verhaftungen – in Schutzhaft wurden aus Gründen seiner eigenen Sicherheit Rechtsrat R, ... wegen Verdunkelungsgefahr Direktor M. ... von der Ortskrankenkasse, aus

politischen Gründen erneut Redakteur B. ... von der "Freien Presse" (SPD), Obersekretär K. ... und Stadtrat S. ... Die Verhafteten wurden aufs Amtsgericht gebracht. ...<<

17.04.1933

NS-Regime: Goebbels berichtet am 17. April 1933 in seinem Tagebuch (x149/73): >>Hier oben (in Hitlers Haus auf dem Obersalzberg) habe ich mit dem Führer die schwebenden Fragen eingehend durchgesprochen.

Den 1. Mai werden wir zu einer grandiosen Demonstration deutschen Volkswillens gestalten. Am 2. Mai werden dann die Gewerkschaftshäuser besetzt. Gleichschaltung auch auf diesem Gebiet. Es wird vielleicht ein paar Tage Krach geben, aber dann gehören sie uns. Man darf hier keine Rücksicht mehr nehmen. Wir tun dem Arbeiter nur einen Dienst, wenn wir ihn von der parasitären Führung befreien, die ihm bisher nur das Leben sauer gemacht hat.

Sind die Gewerkschaften in unserer Hand, dann werden sich auch die anderen Parteien und Organisationen nicht mehr lange halten können. Jedenfalls ist der Entschluß gestern auf dem Obersalzberg gefaßt worden.

Ein Zurück gibt es nicht mehr.<<

18.04.1933

NS-Regime: Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtet am 18. April 1933 (x243/47): >>Rechtsrat R. ... auf dem Heuberg. ... Die Vernehmungen von R. ... und die Sichtung des Materials ergaben, daß Rechtsrat R. ... der Verbindungsmann der sozialdemokratischen Partei war; seine Mitgliedschaft bei dieser Partei konnte allerdings nicht festgestellt werden.

Die Untersuchungen ließen ... zu der Überzeugung gelangen, daß ein großer Teil der Zwistigkeiten innerhalb der Stadtverwaltung ... der Haltung ... von ... R. ... zuzuschreiben ist.

Amtsgerichtsrat Dr. D. ... erließ einen Haftbefehl ... und Oberbürgermeister Dr. H. ... wird ... ein Disziplinarverfahren einleiten. Rechtsrat R. ... ist vorläufig beurlaubt. ...

In nationalen Kreisen (ist) die Erregung gegen R. so groß, daß man es für zweckmäßig fand, ihn ... in Schutzhaft auf den Heuberg zu verbringen. ... Er mußte damit das heutige Schicksal so vieler teilen, die ihr Emporstreben auf eine Partei stützten, die sich ihrem ganzen Wesen nach noch immer als gesellschaftsfeindlich und antinational erwiesen hat und über die nun das Gericht der Nationalen Revolution hereingebrochen ist. ...<<

20.04.1933

NS-Regime: Hitlers Geburtstag wird am 20. April 1933 erstmalig als nationaler Feiertag begangen.

Goebbels gratuliert Hitler am 20. April 1933 zum Geburtstag (x073/141): >>Mein Führer! Millionen und Millionen der besten Deutschen senden dir in dieser Stunde ihre Grüße und halten dir auf offenen Händen ihr Herz dankerfüllt entgegen. Du hast Deutschland aus seiner tiefsten Erniedrigung wieder emporgeführt zu Ehre und Geltung!

Heute sollst du wissen, daß hinter dir, und wenn es not tut, auch vor dir eine geschlossene und entschlossene Kämpferschar steht, die jederzeit bereit ist, für dich und deine Idee ihr Letztes hinzugeben. Dir gehört unser ganzes Herz.

Wir wünschen dir und uns zu deinem Geburtstag, daß das Schicksal dich dem Vaterlande noch viele Jahrzehnte erhalten und daß du immerdar unser bester Freund und Kamerad bleiben mögest. ...

Wir reichen dir dabei unsere Hände und geloben, daß du für uns immer das sein wirst, was du heute bist: Unser Hitler!<<

22.04.1933

NS-Regime: Hitler berichtet am 22. April 1933 während einer Führertagung der NSDAP in München über den Nationalsozialismus (x032/47): >>Die Bewegung hat 2.000 Jahre deutscher Geschichte und Kultur übernommen. Sie wird die Trägerin der Zukunft werden ... Wir arbeiten nicht für den Augenblick, sondern für das Urteil der Jahrtausende.<<

Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtet am 22. April 1933 (x243/47): >>Weitere Verhaftungen: ... Die Stadträte K. (SPD) und V. ... (Vorsitzender der Ortskrankenkasse), Gewerkschaftssekretär H., ... auf besondere Anordnung ... Druckereibesitzer F. ... vom "Reutlinger Generalanzeiger". Außerdem ... 13 Funktionäre der Kommunistischen Partei und des Reichsbanners. ...<<

23.04.1933

NS-Regime: Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtet am 23. April 1933 (x243/48): >>... Aufruf! – Der 1. Mai muß auch in Reutlingen ... (eine) Riesenkundgebung ... werden. ... Wer ... glaubt, er müsse sich fernhalten, der stellt sich ... außerhalb unserer Volksgemeinschaft.
NS-Betriebszellenorganisation. ...
(Programm zum 1. Mai 1933):
6.45 Flaggenhissung in den Reutlinger Betrieben durch 3 SA-Kolonnen unter Begleitung von Musikkapellen.
8.30 Festgottesdienste. Die SA und andere Formationen nehmen in Uniform geschlossen an den Gottesdiensten teil.
10.15 Marsch der uniformierten Verbände durch die Stadt zum Marktplatz.
11.00 Übertragung der Reichssendung vom Lustgarten in Berlin.
13.15 Sammeln der Betriebsangehörigen vor ihren Betrieben.
15.00 Großer Festzug unter Beteiligung aller nationalsozialistischen Formationen, des Stahlhelms, der Arbeiterschaft in den Industriebetrieben, der Handwerkerinnungen, Behörden usw.
17.00 Riesenkundgebung auf dem Marktplatz.
19.00 Abendkundgebung auf dem Marktplatz.
20.00 Marktplatz: Übertragung der Feier auf dem Tempelhofer Feld in Berlin. Manifest Hitlers: Verkündigung des 1. Jahresplans der deutschen Aufbauarbeit.<<

24.04.1933

NS-Regime: Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtet am 24. April 1933 (x243/47, x243/-48): >>Herr F. ... ("Reutlinger Generalanzeiger") ... wegen Magenblutungen ins Bezirkskrankenhaus eingeliefert. ...<<
>>... Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den 1. Mai 1933 als gesetzlichen Feiertag der nationalen Einheit und fordert die Mitglieder ... auf, ... sich ... an den ... Feiern ... zu beteiligen. ...<<

26.04.1933

NS-Regime: In Berlin wird am 26. April 1933 das Geheime Staatspolizeiamt ("Gestapa bzw. Gestapo") gegründet.
Wilhelm M. Rißmann schreibt später über die "Geheime Staatspolizei" (x051/205-206): >>Geheime Staatspolizei (Gestapo), aus dem 1933 in Preußen gegründeten Geheimen Staatspolizeiamt (Gestapa) entwickeltes Organ der Sicherheitspolizei (Sipo) unter Diels. Die Gestapa war aus der preußischen Politischen Polizei hervorgegangen, die schon nach dem Preußenschlag infolge reaktionärer und nationalsozialistischer Unterwanderung der Führung ihre Beobachtungen vom rechten politischen Spektrum nach links gewandt hatte.
Dadurch wurde ein Grundstein für den erfolgreichen nationalsozialistischen Umsturz in Zusammenarbeit mit der zur Hilfspolizei ernannten SA und SS gelegt. Während des Umsturzes wurden von der Gestapa in großer Zahl politische Gegner aufgrund der Reichstagsbrandverordnung in Schutzhaft von Polizei- und SA-Gefängnissen gebracht. 1933 wurden die Politischen Polizeien der Länder unter Himmler gleichgeschaltet, 1934 Diels durch Heydrich als Leiter der Gestapa abgelöst.
Nach dem preußischen Geheimen-Staatspolizei-Gesetz vom 10.2.36 (Gesetzsammlung S. 21) war es Aufgabe der Geheimen Staatspolizei, alle staatsgefährlichen Bestrebungen zu erforschen und zu bekämpfen, das Ergebnis der Erhebungen zu sammeln und auszuwerten, die

Staatsregierung zu unterrichten sowie die übrigen Behörden über für sie wichtige Feststellungen auf dem laufenden zu halten und mit Anregungen zu versehen.
Zur Durchsetzung ihrer Ziele erließ die Geheime Staatspolizei in großem Umfang sogenannte Schutzhaftbefehle, die formal auf der Reichstagsbrandverordnung beruhten und die zur sofortigen Einweisung in KZ oder sonstige Haftanstalten führten. Verfügungen in Angelegenheiten der Geheimen Staatspolizei waren von der gerichtlichen Kontrolle ausgenommen. Insoweit folgte das Gesetz aber nur der bisherigen Praxis und höchstrichterlicher Rechtsprechung.
In ihrem Aufgabenbereich hatte die Geheime Staatspolizei Weisungsrecht gegenüber der Ordnungspolizei. Der Inspekteur der staatlichen KZ war der Gestapa direkt unterstellt. Es bildete seit Kriegsbeginn die 4. Abteilung im Reichssicherheitshauptamt (RSHA). Erfüllten Geheime-Staatspolizei-Angehörige die Aufnahmebedingungen der SS, wurden sie auch in den Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS (SD) übernommen.
Die Geheime Staatspolizei betrieb eigenhändige Ahndung von Straftaten und politisch mißliebigem Verhalten an den Staatsanwaltschaften und Gerichten vorbei: von körperlicher Mißhandlung, KZ-Einweisung bis verfahrensloser Hinrichtung.
Urteilte die Justiz nach nationalsozialistischen Maßstäben zu milde, griff die Geheime Staatspolizei "korrigierend" ein; z.B. bei Freisprüchen durch Festnahme und KZ-Überführung. Die Justiz nahm daher oft schon aus Prestigegründen Maßnahmen der Geheimen Staatspolizei vorweg.
Neben der Bekämpfung von politischen Gegnern war die Zuführung von Juden, "Zigeunern", Homosexuellen, Freimaurern u.a. zu den KZ Hauptaufgabe der Geheimen Staatspolizei. Ihr Terror nach innen nahm in dem Maß zu, in dem sich die Kriegslage verschlechterte.<<
Der SPD-Parteivorsitzende Otto Wels erklärt am 26. April 1933 während der Reichskonferenz der SPD in Berlin (x032/48): >>... Die Tatsachen der Machtpolitik können unser taktisches Verhalten beeinflussen, aber niemals können sie etwas an unserer Gesinnung ändern, es sei denn, daß sie uns in unserer Gesinnung bestärkten. Eine geistige Unterwerfung und Anpassung darf es für uns nicht geben.
Wir Sozialdemokraten stehen zu den Ideen des Rechtsstaates, zu der staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichberechtigung, zu den Ideen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit. Echter Sozialismus ist Verwirklichung des Humanitätsideals, ist nicht denkbar ohne geistige Freiheit, und eine Partei, die aufhören würde, für das gleiche Recht aller Staatsbürger ohne Unterschied der Konfession und der Rasse zu kämpfen, würde den Namen Sozialdemokratische Partei Deutschland nicht mehr tragen dürfen.<<

28.04.1933

NS-Regime: Hans von Tschammer und Osten (1887-1943) wird am 28. April 1933 zum NS-Reichssportkommissar ernannt, um alle deutschen Sportvereine gleichzuschalten.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Sport" im Dritten Reich (x051/554-555): >>Sport, Hauptfach der nationalsozialistischen Erziehung, bei der es, so Hitler in "Mein Kampf", "in erster Linie ... auf das Heranzüchten kerngesunder Körper" ankomme.
Wegen der englischen Herkunft des Worts und seiner ursprünglichen Bedeutung (disport = Vergnügen) wurde allerdings der Begriff Leibesübungen bevorzugt.
Die nationalsozialistischen Sportorganisatoren und -ideologen bauten auf langen Traditionen auf und konnten sie oft mit nur leichten Retuschen in Dienst nehmen. Wie die völkischen und bürgerlichen Sportpädagogen der Republik beriefen sie sich auf Turnvater Jahn und sein Konzept der Wehrhaftmachung, das nach der Niederlage von 1918 eine Renaissance erlebte. Dazu hatten die wehrpolitischen Restriktionen des Versailler Vertrages ebenso beigetragen wie das sich rasch verklärende Fronterlebnis.
Die kriegerische Terminologie im Sportbetrieb der Republik nahm nationalsozialistische

Sprachregelungen vorweg: Das 1922 gegründete Reichssportfest hieß Deutsche Kampfspiele, 1932 rief der Reichspräsident ein Reichskuratorium für Jugendertüchtigung ins Leben.
Nur die Arbeitersportbewegung (1933 ca. 1,3 Millionen Mitglieder) verschloß sich der wehrpolitischen Einbindung. Sie wurde im Frühjahr 33 daher auch erstes Opfer der Gleichschaltung des deutschen Sports durch Reichssportkommissar H. von Tschammer und Osten. Die Arbeitersportvereine und -organisationen wurden verboten, ihre Sportstätten geschlossen oder beschlagnahmt, ihr Eigentum konfisziert.
Auch die bürgerlichen Sportorganisationen sollten dem politisch-ideologischen Konzept der neuen Machthaber verpflichtet werden. Ihrer Tradition entsprechend kamen sie dem Reichssportkommissar dabei weit entgegen. Noch ehe von Tschammer die Neuordnung des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen (DRA) einleitete, hatte ein Prozeß der Selbstauflösung eingesetzt. Die führenden Repräsentanten des DRA unterstützten die auf zentralistische Führung zielende Umgestaltung der Verbands- und Organisationsstruktur des deutschen Sports.
Fehlte im Lager des bürgerlichen Sports der Widerstandswille, so mangelte es bei den konfessionellen Sportorganisationen an Widerstandskraft. Das evangelische Eichenkreuz wurde von der eigenen Kirchenführung an die HJ verhandelt, der katholischen Deutschen Jugendkraft nutzte der Konkordatsschutz wenig gegen die Politik der Schikanen. Katholischer wie evangelischer Sportbetrieb endete mit dem Verbot jeder sportlichen Betätigung am 23.7.35.
Die jüdischen Sportvereine (Makkabi, Schild) erlebten dagegen paradoxerweise zunächst eine "Blüte", da jüdische Sportler aufgrund des Arierparagraphen aus deutschen Vereinen ausgeschlossen wurden. Mit Rücksicht auf das Ausland warteten die Nationalsozialisten bis nach den Olympischen Spielen 1936 mit der Eliminierung des jüdischen Sports.
Die Neuorganisation des deutschen Sports im nationalsozialistischen Staat lief in zwei Phasen ab: In der ersten wurde unter dem Vorsitz von Tschammers der Reichsführerring konstituiert (24.5.33), dem die 16 Vertreter der Fachverbände angehörten. Alle Verbände hatten ihre Geschäftsstelle nach Berlin zu verlegen. Gleichzeitig verteilte man, entsprechend der neuen politischen Gliederung des Reiches, die Vereine auf 16 Gaue, die sich wiederum in Bezirke und Kreise unterteilten.
Am 30.1.34 wurde unter Vorsitz von Tschammers (inzwischen zum Reichssportführer ernannt) der Deutsche Reichsbund für Leibesübungen (DRL) gegründet, eine Dachorganisation von 25 Fachämtern, die im wesentlichen den alten Fachverbänden entsprachen. Neue Macht- und Organisationszentrale wurde das Reichssportamt in Berlin.
In der zweiten Phase der Neuordnung versuchte von Tschammer nach den Olympischen Spielen – hier schien aus politischen Gründen ein Abwarten geboten –, den Sport stärker an die Partei zu binden. Dazu wurde als erstes am 21.12.36 eine Koordinierungsstelle im Reichsinnenministerium geschaffen, der von Tschammer als Abteilungsleiter vorstand.
Schließlich folgte Ende 1938 die Gründung des Nationalsozialistischen Reichsbundes für Leibesübungen (NSRL), eine von der Partei betreute Organisation. Der Prozeß fand seinen Abschluß, als deren Reichssportführer 1939 als "Beauftragter für die Leibesübungen in der NSDAP" in den Stab des Stellvertreters des Führers berufen wurde. Der freie, ehemals selbstverwaltete Sport war damit gleichgeschaltet.
Er war nun völlig der ideologischen Ausrichtung auf die Prinzipien von Rasse, Führertum und Wehrhaftigkeit verfügbar. Dietwarte (NS-Schulungsleiter) sorgten für politische Schulung in den Vereinen und für Vermittlung des Leitbildes vom "politischen Soldaten", wie es in den Sporteinrichtungen von HJ, SA, SS, NSKK und NSFK gepflegt wurde.
Kernsätze aus Hitlers "Mein Kampf" bildeten die ideologische Basis für ein System körperlicher Erziehung, das den politischen Zielen des Regimes zu dienen und auf den "Ernstfall" vorzubereiten hatte: "Die höchste körperliche Fertigkeit ist ja gerade für den Einsatz im Ernst-

fall verwirklicht worden" (von Tschammer).
Auch zur inneren Ausrichtung auf diesen Ernstfall diente der Sport, der in Schulen, Vereinen und Parteigliederungen zunehmend Wehrsport wurde. Man nutzte die Erfolge der deutschen Sportler als nationalistisches Stimulans, der Sport wurde im Krieg verherrlicht als "Werkstatt des Sieges".
Der Krieg endete mit der Zerstörung von über 40 % aller Sportanlagen und mit der "völligen Zerstörung der moralischen Substanz des Sports" (Willi Daume).<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Wehrsport" (x051/624-625): >>Wehrsport, Leibesübungen zur Hebung der militärischen Tauglichkeit der männlichen Jugend.
Da der Nationalsozialismus Erziehung in erster Linie als "Wehrhaftmachung" verstand, war im weiteren Sinne jeder Sport im Dritten Reich Wehrsport. Man knüpfte dabei an bürgerliche Traditionen an, wie sie schon in der Gründung des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung zum Ausdruck gekommen waren. Was in den Geländesport-Arbeitsgemeinschaften der SA begonnen hatte, wurde nach der Machtergreifung offizielles Programm in HJ, SA, SS, NSKK und NSFK: vormilitärische Ausbildung auf Wehrsportbasis.
Im Vordergrund standen Mannschaftssportarten, die Gemeinschaftserlebnisse vermittelten und der Kameradschaftserziehung dienten, und "Strapazensport" zur Ausdauerschulung wie Gepäckmärsche oder Hindernislauf. Hinzu kamen technische Disziplinen wie Schießen oder Handgranatenwerfen.
Die "motorische Wehrerziehung" oblag den Sonderformationen: Flieger- und Motor-HJ, NSFK und NSKK, während in der SS besonders elitäre Formen des Wehrsports gepflegt wurden wie Fechten oder Reiten. Das alles wurde immer wieder öffentlich vorgeführt auf "Wehrkampftagen der SA" oder bei den "NS-Kampfspielen", höchst wirkungsvollen Werbeveranstaltungen. Flug- und Motorsport waren zudem dem Reichssportführer entzogen und konnten nur in nationalsozialistischen Formationen ausgeübt werden. Sie sorgten für Pilotennachwuchs und stellten im Krieg vereinzelt Einheiten für Sonderaufgaben ab (z.B. NSKK-Kompanien zur Sicherung besetzter Gebiete).<<
Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtet am 28. April 1933 (x243/47): >>Krankenkassendirektor M ... (ist tot) – Der Direktor der allgemeinen Ortskrankenkasse Reutlingen ist freiwillig aus dem Leben geschieden: er wurde heute früh erhängt in seiner Krankenzelle im Bezirkskrankenhaus vorgefunden.
Direktor M. wurde bekanntlich im Zuge der Aktion gegen die allgemeine Ortskrankenkasse ... in Schutzhaft genommen. ...<<

29.04.1933

NS-Regime: Hermann Göring (Reichsminister für die Luftfahrt) gründet am 29. April 1933 den Reichsluftschutzbund (RLB).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Luftschutz" (x051/365): >>Luftschutz, Gesamtheit der Maßnahmen zum Schutz vor Bombenangriffen.
Der Ausbau des zivilen Luftschutzes war die defensive Flankierung der Aufrüstung und hatte nach der nationalsozialistischen Machtergreifung entsprechend hohe Priorität. Schon am 29.4.33 wurde der Reichsluftschutzbund (RLB) gegründet, der dem Reichsministerium für die Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe unterstand und 1944 von der NSDAP übernommen wurde.
Ihm oblag die Schulung der ehrenamtlichen Luftschutzwarte, die die sogenannten Luftschutzgemeinschaften in einzelnen Häusern oder Häuserblocks führten.
Mit Luftschutzgesetz vom 26.5.35 wurde eine Luftschutzpflicht eingeführt, die eine Dienstpflicht (Fliegeralarm, Verdunkelung, Brandbekämpfung, Erste Hilfe, Räumarbeiten u.a.) sowie eine Sachleistungspflicht (Bau von Luftschutzräumen, Bereitstellung von Gerät u.a.) für

alle Deutschen vorsah.
Der RLB verfügte bei Kriegsausbruch über 13,5 Millionen Mitglieder, 820.000 Amtsträger, 28.000 Luftschutzlehrer in 3.800 Luftschutzschulen, zu deren Lehrgängen jeder verpflichtet werden konnte. Besondere Aufgaben waren dem betrieblichen Luftschutz (Werk-Luftschutz) zugewiesen.
Der alliierte Luftkrieg zeigte nach 1942 die engen Grenzen des Luftschutzes im modernen Krieg auf, viele Luftschutzhelfer wurden Opfer ihres Dienstes.<<

30.04.1933

NS-Regime: Bernhard Rust (1883-1945) wird am 30. April 1933 zum NS-Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung ernannt.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Bernhard Rust (x051/509): >>Rust, Bernhard, geboren in Hannover 30.9.1883, gestorben Berne (Oldenburg) 8.5.1945, deutscher Politiker; Studium der Germanistik, Philosophie und Altphilologie, Studienrat, nach dem 1. Weltkrieg Betätigung in der völkischen Wehrbewegung.
Rust trat gleich nach Wiedergründung der NSDAP (27.2.25) der Partei bei und war 1925-40 Gauleiter von Hannover (ab 1928 Südhannover-Braunschweig).
1930 "aus Krankheitsgründen" (Gerüchte sprachen von sexuellen Verfehlungen Rusts) aus dem Schuldienst entlassen, wurde er im gleichen Jahr Mitglied des Reichstages und am 4.2.33 zum Reichskommissar im preußischen Kulturministerium ernannt. Seine unbedingte Hitler-Loyalität wurde am 30.4.33 mit dem Posten eines Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung belohnt.
Der ohnehin ungeeignete, alkoholabhängige Rust geriet in erhebliche Konflikte mit den konkurrierenden Erziehungsträgern des Dritten Reiches wie Schirach (HJ), Ley (Ordensburgen), Rosenberg (Weltanschauung), Himmler (Junkerschulen) u.a. Er versuchte mit hektischen Maßnahmen und Umorientierungen, das deutsche Schulsystem nationalsozialistisch auszurichten, provinzialisierte durch Entlassung politisch oder rassisch Mißliebiger Forschung und Wissenschaft und wurde im Flüsterwitz als Maßeinheit karikiert: "ein Rust = kürzeste Zeit zwischen Erlaß und Aufhebung einer Verfügung".
Rust erschoß sich bei der Nachricht von der deutschen Kapitulation.<<
Prof. Dr. Harald Scholtz schreibt später über das "Schulsystem" des NS-Regimes (x051/522-523): >>Schulsystem, Organisation und Funktionsbestimmung des Schulwesens im Dritten Reich.
Eine Lösung der in der Weimarer Republik heiß umstrittenen Fragen der Strukturreform und des kirchlichen Einflusses im Schulsystem schob die NSDAP 1933 auf, obwohl sie 1930 eine achtjährige Grundschule, die Abschaffung der höheren Schulen und die Ablehnung des Konkordats in Aussicht gestellt hatte.
Demgegenüber erweisen sich die ersten Maßnahmen in der Regierungsverantwortung als vom Machtpragmatismus bestimmt: Schließung "weltlicher" Schulen (ohne Religionsunterricht), Abschluß des Konkordats mit dem Vatikan, Entlassung nicht konfessionell gebundener Lehrer, Verstärkung der restriktiven Auslese nach dem vierten Schuljahr unter den neuen Gesichtspunkten körperlicher, charakterlicher und "völkischer" Eignung (Erlaß vom 27.3.35). Anstelle eines neunten Volksschuljahres richtete Preußen 1934 das Landjahr ein.
Diese ersten schulpolitischen Entscheidungen dienten der Konsolidierung des Systems; die meisten wurden später revidiert: 1936 begannen Kampagnen zur Einführung der nicht mehr konfessionell gebundenen Gemeinschaftsschule, die bis 1941 für alle Volksschulen zur Norm wurde; der Religionsunterricht wurde reduziert, kirchliche Internatsschulen wurden beschlagnahmt oder einer von der SS geleiteten Inspektion unterstellt.
Die Lehrerausbildung wurde zunächst "Hochschulen" im gesamten Reich übertragen, ab 1941 aber den Lehrerbildungsanstalten. Ebenso folgte der Konsolidierung der Mittelschule im

Krieg die Einführung der Hauptschule und somit die Preisgabe einer berufsständischen Gliederung der Bildungsprivilegien.
Ob nämlich die Hauptschule auch die Aufgaben der Mittelschule in einem neunten und zehnten Schuljahr übernehmen würde, blieb bis zum Kriegsende ungeklärt. Gleichzeitig wurden anstelle vielfältiger Beschränkungen im Zugang zum Hochschulstudium neue Wege zur Reifeprüfung nach der Berufsausbildung und für Kriegsversehrte eröffnet (in Fern- und Abendkursen und im Langemarckstudium). Im letzten Kriegsjahr waren mehr Studentinnen immatrikuliert als je zuvor.
Die Verstärkung der Geschlechtertrennung, zumindest an städtischen Volks- und den weiterführenden Schulen, brachte dem Mädchen-Schulsystem eine Konsolidierung und den früheren Frauenschulen (mit einer Fremdsprache) die Anerkennung als zum Abitur führend. Der Ausschluß der Mädchen vom Lateinunterricht an Jungenschulen wurde 1940 wieder rückgängig gemacht. Denn die "Oberschule für Jungen" sah Latein - im Unterschied zur "Deutschen Oberschule" der Weimarer Zeit - als obligatorisch für alle vor.
Die Zahl der humanistischen Gymnasien wurde stark reduziert, ihr Prestige aber dadurch erhöht. Mit der Abschaffung des 13. Schuljahres begann 1937 die Vereinheitlichung der höheren Schulen. Außer den Gymnasien erhielten die Jungenschulen einen sprachlichen und einen mathematisch-naturwissenschaftlichen Zug, die Mädchenschulen einen sprachlichen und einen hauswirtschaftlichen Zweig.
Daneben blieben Aufbauschulen erhalten, jetzt nach Geschlechtern getrennt und vornehmlich Schülern aus den noch immer wenig gegliederten Landschulen vorbehalten. Die Verteilung des Lehrangebots zielte auf einen Ausgleich zwischen den Fächergruppen ab, was den Anteil der naturwissenschaftlichen Fächer stark reduzierte, aber 1941 revidiert wurde.
Die im Programm der NSDAP geforderte Einführung der Staatsbürgerkunde unterblieb: "Weltanschauung" sollte "nicht Gegenstand oder Anwendungsgebiet des Unterrichts" sein; sie sollte vorausgesetzt werden (nur in Württemberg-Hohenzollern wurde "weltanschaulicher Unterricht" eingeführt). Die umfangreichen Richtlinien für "Erziehung und Unterricht in der Höheren Schule" widersprachen im Vergleich zu den knapp gehaltenen für die anderen Schulgattungen deutlich der sonst vertretenen "Umwertung" aller tradierten Wertsetzungen (Erziehung).
Das Reichsschulpflichtgesetz vom 6.7.38 brachte nicht nur die Festlegung der Dauer des Volksschulbesuchs auf acht Jahre, sondern erforderte auch den Ausbau der Berufsschulen, insbesondere für die landwirtschaftlichen Berufe. Das duale Ausbildungssystem blieb erhalten, doch wurde das Angebot an Fach-, Techniker- und Ingenieurschulen verstärkt. Der BDM richtete eigene Haushaltsschulen ein.
Statt der Aufbauschulen wurden vorrangig Lehrerbildungsanstalten (zu 2/3 für Mädchen) gefördert; zwölf Adolf-Hitler-Schulen galten als "Aufbauschulen der Partei", das Landjahr-Lager bot Möglichkeiten zum Übergang auf eine Nationalpolitische Erziehungsanstalt; Deutsche Heimschulen, insbesondere für "Volksdeutsche", wurden z.T. gesamtschulartig organisiert.
Durch die Einrichtung der Hauptschule als Auslese-Pflichtschule sollte der Zugang zur weiterführenden Bildung ab 1941 in stärkerem Maße politisch kontrollierbar werden. Die Pläne Schirachs, diese Bildung während des Krieges auf die Zeit bis zum 16. Lebensjahr zu begrenzen, wurden 1943 durch die Einberufung der Schüler als Flakhelfer Wirklichkeit.
Trotz ihrer Widersprüchlichkeit ist die Schulpolitik in ihrem Ergebnis als konsequente Durchsetzung von Hitlers Maximen zu interpretieren: Verkürzung und Ideologisierung des Unterrichts, Ausweitung der Leibeserziehung, Geschlechtertrennung, Aussonderung der Juden, Zurückdrängen des kirchlichen Einflusses, Sicherung der politischen Kontrolle über schulische Ausleseprozesse, Differenzierung der beruflichen Ausbildung, Erzeugung von Kriegsbegeiste-

rung bei den Jungen und Vorbereitung auf die Mutterrolle bei den Mädchen.
Weit restriktiver wirkte sich die deutsche Besatzungspolitik auf das Schulsystem in Polen aus: Hier wurde die Schulbildung auf ein Minimum reduziert.
Im Zuge der Verwirklichung dieser Tendenzen wurden aber auch Motive freigesetzt, die für die Sicherung des politischen Systems nur bedingt funktional waren und denen deshalb im Krieg teilweise repressiv begegnet wurde: Öffnung der Schule für politische Aktivitäten, Stärkung des Selbstbewußtseins und der Mobilität der Jugendlichen, insbesondere der Mädchen; Tendenzen in der Lehrerschaft, ein partnerschaftliches Verhalten Schülern gegenüber zu entwickeln und den Unterricht abwechslungsreicher zu gestalten, von Lern- zu Leistungsanforderungen überzugehen, die die Schüler als Personen in Anspruch nahmen.
Obwohl sich die Anforderungen an die Jugendlichen addierten, ist diese Überbeanspruchung hingenommen worden, soweit sich Aufstiegshoffnungen mit ihr verbinden konnten. Persönliche Erwartungen wurden so mit dem Ziel des "Endsiegs" eng verknüpft.<<
Prof. Dr. Harald Scholtz schreibt später über die "Lehrerbildungsanstalten" (x051/348): >>Lehrerbildungsanstalten (LBA), 1941 eingeführte Ausbildungsstätten als Ersatz für 28 "Hochschulen für Lehrerbildung" (HfL), die von 1937 an im ganzen Reich die Volksschullehrer auf der Grundlage des Abiturs in zwei Jahren ausgebildet hatten.
Schon 1939 waren "Aufbaulehrgänge" zur Vorbereitung von Volks- und Mittelschülern auf das Studium an HfL eingerichtet worden. Bis 1943 entstanden 257 Lehrerbildungsanstalten, davon 130 nur für Mädchen, die unterschiedlich lange Ausbildungsgänge anboten: für Volksschüler fünf, für Absolventen des Landjahres vier, Mittel- und Oberschüler drei Jahre, für Abiturienten war die Ausbildung auf ein Jahr verkürzt worden.
20 Lehrbildungsanstalten bildeten auch "Schulhelfer" im Alter zwischen 19 und 30 Jahren in dreimonatigen Vorbereitungslehrgängen aus, denen nach ein- bis zweijähriger Schulpraxis ein neunmonatiger Abschlußlehrgang folgte; auch Klassen für "technische Lehrerinnen" und für Kindergärtnerinnen wurden eingerichtet.
Die Unterbringung erfolgte, soweit möglich, im Internat und wurde nach dem Muster der "Aufbaulehrgänge" organisiert, die die "Formationserziehung" von den Nationalpolitischen Erziehungsanstalten übernommen hatten. Die Werbung ging vornehmlich von der HJ aus, die auch die "Auslese" in "Musterungslagern" kontrollierte. Durch die unterschiedliche Dauer der Ausbildung, den Einfluß der HJ und den größeren Anteil der Mädchen (1943: 63,1 % der 44.157 Ausbildungsplätze) unterschieden sich die Lehrbildungsanstalten wesentlich von den früheren Lehrerseminaren.
Für die Parteikanzlei (Martin Bormann) die anstelle des Reichsministeriums die Richtlinien für die Lehrbildungsanstalten bestimmte, ging es weniger um die Qualität der Ausbildung als um die frühzeitige und umfassende politische Sozialisation und Mobilisierung der Jugendlichen aus aufstiegsorientierten Schichten. Sie ließen sich zum "Einsatz" auch jenseits der Reichsgrenzen (dort befanden sich 43 Lehrbildungsanstalten) und von 1943 an auch zum Kriegshilfsdienst heranziehen.<<
Der nordamerikanische Historiker William S. Allen (1932-2013) schreibt später über die "NS-Machtübernahme" in den deutschen Schulen (x129/54-55): >>Die Umwandlung der Schulen in ideologische Bastionen des neuen Staates war ein Prozeß, der fast sofort in Angriff genommen wurde. Neue Lehrbücher wurden im Jahr 1933 eingeführt. Aus den vorhandenen Schulbibliotheken entfernte man die "entartete" Literatur, dafür wurden sie mit Büchern vollgestopft, die den Nationalismus und Militarismus verherrlichten.
Die Lehrer mußten an Kursen teilnehmen, in denen ihnen die Richtlinien dafür gegeben wurden, wie Geschichte und andere Fächer gelehrt werden sollten. Als neue Stoffe führte man "Rassenlehre" und "Germanische Vorgeschichte" ein. Die Arbeitsgemeinschaften und Schulungskurse für die Lehrer gingen unaufhörlich weiter. Häufig wurden die gleichen Themen in

jedem Kurs wieder behandelt. Die Lehrer bemühten sich sehr, sich genau an die Richtlinien zu halten, da bald bekannt wurde, daß die HJ der NSDAP meldete, was die Lehrer im Unterricht taten.
Neben den neuen Themen und der neuen Einstellung zu alten Themen forderte man von den Schulen einen stärkeren Nachdruck auf Sport und körperliche Ertüchtigung, besonders Schießen und Wehrsport. Im naturwissenschaftlichen Unterricht sollten die Schüler beispielsweise Segelflugmodelle bauen. Nationalsozialistische Propagandafilme wurden ausgiebig eingesetzt und Radioapparate in den Klassenzimmern aufgestellt, damit die Schüler Propagandareden hören konnten. ...
Die Hitlerjugend spielte in all diesen Veränderungen eine aktive Rolle. Im Jahr 1934 wurde eine Werbeaktion unternommen, um jeden Schüler in die HJ oder den BDM hereinzuholen. Vorhandene Schulvereine wurden aufgelöst. Doch dadurch, daß der Einfluß der HJ verstärkt wurde, nahm die Autorität der Lehrer beträchtlich ab. Ein früherer Rektor sagte dazu: "Der Unterricht wurde fast unmöglich." ...<<

April 1933

Deutsches Reich: Willy Brandt (1913-1992, eigentlich Herbert Frahm, seit 1930 SPD-Mitglied) emigriert im April 1933 nach Dänemark, später nach Norwegen, um im vermeintlich sicheren Ausland den Widerstand fortzusetzen.

01.05.1933

NS-Regime: Der 1. Mai wird im Jahre 1933 gesetzlicher Feiertag ("Tag der Nationalen Arbeit").
Hitler erfüllt damit eine langjährige Forderung der freien Gewerkschaften und der linken Parteien.
Joseph Goebbels berichtet am 1. Mai 1933 (x032/50): >>Der große Tag des deutschen Volkes ist angebrochen ... richtiges Hitlerwetter.<<
Reichskanzler Hitler erklärt am 1. Mai 1933 während einer Massenveranstaltung auf dem Tempelhofer Feld in Berlin (x032/50): >>Deutsches Volk, vergiß 14 Jahre des Verfalls, hebe Dich empor zu 2.000 Jahren deutscher Geschichte! ...
Herr, das deutsche Volk ist wieder stark in seinem Willen, stark in seiner Beharrlichkeit, stark im Ertragen aller Opfer.
Herr, wir lassen nicht von Dir! Nun segne unseren Kampf um unsere Freiheit und damit unser deutsches Volk und Vaterland!
Der Präsident des deutschen Industrie- und Handelstages telegrafiert am 1. Mai 1933 an Reichskanzler Hitler (x032/50): >>Der Deutsche Industrie- und Handelstag spricht Ihnen, Herr Reichskanzler, den wärmsten Dank für den großen Gedanken des deutschen 1. Mai aus. Möge in gegenseitigem Verstehen der Leistungen und Bedürfnisse aller Träger der Arbeit daraus eine unzerbrechliche, unverbrüchliche starke Volksgemeinschaft der nationalen Arbeit für Größe, Freiheit und Wohlfahrt des deutschen Volkes erwachsen.<<
Der französische Botschafter schreibt damals über diese Maifeier auf dem Tempelhofer Feld (x032/50): >>Ja, es ist wirklich ein schönes, ein wundervolles Fest! Die Deutschen und die Ausländer, die ihm beiwohnten, nehmen den Eindruck mit, daß ein Hauch der Versöhnung und der Einigkeit über das Dritte Reich weht!<<

02.05.1933

NS-Regime: Das preußische Innenministerium erteilt am 2. Mai 1933 folgende geheime Weisung (x243/48): >>An alle Oberpräsidenten, Landräte, Regierungspräsidenten. – Der ... Aktion der NSDAP gegen die freien Gewerkschaften ist ... nicht entgegenzutreten. ...<<
Am 2. Mai 1933 läßt Hitler alle Führer der 36 Arbeitergewerkschaften und der 6 Angestelltenverbände in "Schutzhaft" nehmen. Die Gewerkschaftshäuser werden durch SA-Verbände besetzt und sämtliche Gewerkschaften zerschlagen.

Die Gewerkschaften werden später in der NS-Zwangorganisation "Deutsche Arbeitsfront" (DAF) zusammengefaßt (1934). Danach übernimmt die NSDAP auch die "gleichgeschalteten" 200 Arbeitgeberverbände und 48 Handelsvereinigungen.
Ein Kommunist berichtet über die Zeit nach der NS-Machtergreifung in Köln (x067/134): >>... Dieser Rückschlag, der 1933 kam, war eigentlich unfaßbar für mich. Ich hätte nie gedacht, daß die organisierte Arbeiterschaft in Deutschland, die starken Gewerkschaften – der ADGB – schon damals riesige Gewerkschaften, daß die in der entscheidenden Stunde versagen würden. ...
Wir waren uns damals auch noch nicht klar darüber, mit welcher Brutalität die Faschisten gegen uns vorgehen würden. Wir haben die Faschisten gekannt aus den Kämpfen vor 1933. Wir haben mit ihnen Auseinandersetzung gehabt, und es ist auch zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Wir haben aber auch viel mit ihnen diskutiert auf den Straßen. Wir haben diese unmenschlichen Methoden, die nachher angewendet wurden, ich muß von mir aus sagen, daß ich die nicht in diesem Maße vorausgeahnt habe. ...
Wir haben unseren Widerstand anfangs verhältnismäßig offen geführt. Wir haben die konspirativen Regeln, die man gegenüber einem solchen brutalen Feind anwenden muß, die haben wir nicht in dem Maß beachtet; das halte ich für die Hauptursache für die schweren Verluste, die wir erlitten haben.
Denn es sind eine Masse Spitzel in die Partei eingeschleust worden, von schwankenden Menschen, von Menschen, die sich kaufen ließen, die es immer gibt; fast hinter jedem Prozeß in Köln stand irgendein Spitzel, der in der Arbeiterbewegung organisiert gewesen ist. Dann wurden die Genossen in einer Weise gequält, daß Kettenreaktionen, d.h., also Verhaftungen, Verhaftungswellen erfolgen konnten. Also, wenn ein Genosse nicht ganz fest war in der Haft, dann war es für ihn schwer, all diesem standzuhalten. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Gewerkschaften" (x051/-213-214): >>Gewerkschaften, im 19. Jahrhundert entstandene Arbeitnehmerorganisationen zum Kampf für wirtschaftliche und soziale Interessen der Lohnabhängigen.
Die deutschen Gewerkschaften, die nach einem "Burgfrieden" 1914 erst 1916 staatliche Anerkennung erlangten, nahmen nach Ende des Ersten Weltkrieges einen steilen Aufstieg. Die weitaus größte Gruppe waren die sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften, die sich zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) zusammenschlossen, 1923 erweitert um den Afabund, es folgten die Christlichen Gewerkschaften, die liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und kleinere Gruppierungen.
Durch die Anerkennung der Tarifautonomie in der Weimarer Republik, die endgültige Durchsetzung des Achtstundentages und die solidarische Abwehr des Kapp-Putsches (1920) durch einen Generalstreik wuchs der Einfluß der Gewerkschaften und ihre Mitgliederzahl (über zehn Millionen). Der Trend kehrte sich um, als mit beginnender Weltwirtschaftskrise (1929-32) die Beschäftigung zurückging und auch manche soziale Errungenschaft beschnitten wurde (1932 unter sieben Millionen organisierte Arbeiter und Angestellte).
Zu einer gemeinsamen Haltung konnten sich die politisch und weltanschaulich gebundenen Richtungsgewerkschaften nicht durchringen, auch nicht gegenüber den Bedrohungen durch die aufkommenden kommunistischen und nationalsozialistischen Rivalen (u.a. Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation). Selbst der 1931 noch 4,6 Millionen Mitglieder starke ADGB, beteiligt an der Kampforganisation der Eisernen Front, verlor mit dem tariflichen auch den politischen Handlungsspielraum und versagte sich der von Reichskanzler Schleicher geplanten Gewerkschaftsachse.
Da eine Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten vollends ausgeschlossen war, setzten fast alle Gewerkschaften nach der Machtergreifung trotz aller Alarmzeichen auf ein Arrangement mit den Nationalsozialisten. Obwohl schon am 8./9.3.33 die sogenannten Volkshäuser der

Freien Gewerkschaften von SA besetzt wurden, nahm die ADGB-Führung das Gespräch mit der NSBO auf. Die Betriebsratswahlen im April 33 wiegten mit 73,4 % für die Freien Gewerkschaften und nur 11,7 % für die NSBO die Funktionäre zudem in Sicherheit, führten aber nur zur Beschleunigung der nationalsozialistischen Pläne zur "Zerschlagung" der Gewerkschaften.
Als geschickter Schachzug erwies sich dabei die vom ADGB ausdrücklich begrüßte Erhebung des 1. Mai zum "Tag der nationalen Arbeit" (Maifeiertag), wofür die Arbeiterbewegung seit Generationen opfervoll gekämpft hatte. Noch bevor jedoch die Paraden begannen, erging am 21.4.33 der Befehl an SA und SS "zur Besetzung der Gewerkschaftshäuser und zur Inschutzhaftnahme der in Frage kommenden Persönlichkeiten", Stichdatum: "Dienstag, den 2. Mai 1933, 10 Uhr".
Die Gleichschaltung der Gewerkschaften wurde pünktlich ausgeführt und traf auf keinen nennenswerten Widerstand, ein zuvor unter Ley gebildetes "Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit" übernahm die Geschäfte, am 10.5. wurde die Deutsche Arbeitsfront (DAF) gegründet, am 12.5. beschlagnahmte man das Vermögen der Gewerkschaften wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten, am 28.6. waren alle Arbeiter- und am 1.7. alle Angestelltenorganisationen in die DAF eingegliedert.<<

03.05.1933

NS-Regime: Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtet am 3. Mai 1933 (x243/48): >>Inbesitznahme des Gewerkschaftshauses durch die nationale Erhebung.
(Im Rahmen der) Vereinheitlichung der Gewerkschaften durch das ganze Reich ... wurde gestern ... durch die SA das hiesige Gewerkschaftshaus aufs neue und für immer besetzt. ...
Auch die Gewerkschaftsbüros, die in Privatwohnungen verlegt wurden, (sind durchsucht worden), doch nicht im Sinne einer Organisation gegen die organisierte Arbeiterschaft.
Die Leitung dieser Gleichschaltung liegt in den Händen des Kreisleiters der NSBO. ... Mit der Leitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde Parteigenosse K. beauftragt. ...<<
Der "Reutlinger Generalanzeiger" berichtet am 3. Mai 1933 (x243/48): >>Gleichschaltung im Musikverein Reutlingen – Zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung zum Zwecke der Umstellung auf nationale Grundlage hat der Musikverein ... seine Mitglieder ... eingeladen. In Abwesenheit des Kommissars waren als Vertreter die Herren S. ... und K. von der NSDAP erschienen.
Nach Erledigung der allgemeinen Tagesordnung trat der geschäftsführende Vorstand zurück. ... Mit begeisterten Worten für Volk und Vaterland und einem dreifachen "Sieg heil!" auf Adolf Hitler konnte der Vertreter der NSDAP die Leitung des Vereins dem von ihm ernannten Vorstand übergeben. Derselbe begrüßte dann die inzwischen erschiene Kapelle, die geschlossen zum Stahlhelm übergetreten ist, und konnte nach kurzer Ansprache die harmonisch verlaufende Versammlung schließen. "Gut Klang".<<
>>Bekanntmachung!
1. Sämtliche Gaststätteninhaber werden ersucht, künftig in ihren Lokalen keine Jazzmusik mehr spielen zu lassen. Entstehen hinsichtlich des Begriffes "Jazzmusik" Zweifel, so entscheidet SA-Obermusikmeister K. endgültig.
2. Sämtliche Gaststätteninhaber werden ersucht, in ihren Lokalen an gut sichtbarer Stelle Plakate mit folgender Aufschrift aufzuhängen: Die deutsche Frau raucht nicht! –
Der Sonderkommissar – Sch. ... –
Sturmbannführer.<<

06.05.1933

NS-Regime: Goebbels berichtet am 6. Mai 1933 über die Zukunft des deutschen Films (x032/52): >>Deutsche Geistigkeit und deutsche Musikalität und Frische, durch keine unnöti-

gen Fesseln eingeengte Unternehmungslust, unterstützt durch eine großzügige und verständnisvoll arbeitende Zensur, sollen einen deutschen Film schaffen, welcher in der deutschen Heimat eine Quelle der ernsten und heiteren Unterhaltung und Belehrung, im In- und Auslande eine würdige filmische Vertretung des neuen deutschen Geistes darstellt.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Film" (x051/176-177):

>>Film, von den Nationalsozialisten mit Vorrang materiell gefördertes und politisch funktionalisiertes künstlerisches Medium: "Wir sind der Überzeugung, daß der Film eines der modernsten und weitreichendsten Mittel zur Beeinflussung der Masse ist" (Goebbels).

Der deutsche Film hatte in seinen Anfängen durch künstlerisch herausragende Produktionen Weltgeltung erworben und gehörte trotz wirtschaftlicher Krisen 1933 noch zu den wichtigsten Konkurrenten Hollywoods. Der von wenigen Großkonzernen (Tobis, UFA) beherrschte deutsche Markt war national orientiert und bot der NSDAP schon früh Gelegenheit zur Zusammenarbeit mit Produzenten und Kinobesitzern.

Die Partei produzierte schon seit 1927 eigene Propagandafilme, popularisierte das eher großstädtische Medium durch "Kinomobile" auf dem Land und organisierte nach der Machtübernahme über die "Gaufilmstellen" verstärkt Dorf-Filmabende, Schulvorführungen und Freilichtveranstaltungen (z.T. mit bis zu 20.000 Besuchern).

1933 bestanden somit günstige Voraussetzungen für die Gleichschaltung und Überführung des Filmwesens in einen Einheitskonzern, was durch das besondere Interesse des Propagandaministeriums am Film forciert wurde: Nach ersten Verboten, Lösung von Verträgen mit jüdischen und linken Regisseuren begünstigte das "Vergnügungssteuergesetz" (7.6.33) durch Neuregelung der staatlichen Filmprädikate den Film im nationalsozialistischen Geist als "staatspolitisch wertvoll" mit erheblichen Steuervorteilen; mit dem "Reichslichtspielgesetz" und der Errichtung der Stelle eines "Reichsfilmdramaturgen" entstanden 1934 gesetzliche Grundlagen für Vorzensur oder Verbot.

Noch vor Gründung der Reichskulturkammer begann der "ständische Aufbau der Filmwirtschaft" über eine Filmkammer, in der Mitglied zu sein Voraussetzung war für jegliche filmische Berufstätigkeit. Da jüdische und sozialkritische Regisseure und Darsteller ausgesperrt blieben, Goebbels zudem über eine Filmkreditbank als großzügiger Geldgeber Einfluß auf neue Produktionen nehmen konnte, verlief die Gleichschaltung sehr zügig.

Seit 1934 übernahm das Reich systematisch Kapitalanteile der großen Filmfirmen, ein "Reichsbeauftragter für die deutsche Filmwirtschaft" (Max Winkler) konnte 1937/38 weitgehend die Überführung des deutschen Films in einen Einheitskonzern unter Federführung der UFA mit einem "Reichsfilmintendanten" (Fritz Hippler) an der Spitze abschließen.

Die Filmproduktion blühte im nationalsozialistischen Deutschland; nach Kriegsbeginn konnten im besetzten Ausland neue Produktionsstätten und Absatzmärkte erschlossen werden. Insgesamt entstanden 1933-45 ca. 1.100 Spielfilme, davon etwa 15 % direkt zu Propagandazwecken: Besonders in der Frühphase wurden verklärende Parteifilme gedreht wie "SA-Mann Brandt", "Hans Westmar", "Hitlerjunge Quex" (alle 1933), denen die künstlerisch aufwendigeren Arbeiten von Leni Riefenstahl folgten ("Triumph des Willens", 1934; "Olympia", 1936). Zur Flankierung der Judenverfolgung kamen 1940 antisemitische Hetzfilme in die Kinos: "Jud Süß", "Der ewige Jude". Nach Kriegsbeginn sollte eine wachsende Zahl von Kriegsfilmen Optimismus verbreiten.

Mehr noch aber setzte Goebbels auf indirekte Propaganda und förderte den "guten Unterhaltungsfilm", denn "unser Volk bei guter Laune zu halten, das ist auch kriegswichtig".

Er sah im Film "kein bloßes Unterhaltungs-", sondern "ein Erziehungsmittel", hielt es aber für "sehr ratsam, diese pädagogische Aufgabe zu verschleiern". Das gelang mit den meisten vordergründig unpolitischen Spielfilmen: Heroische Filme, die große Deutsche erzählerisch verklärten ("Bismarck", 1940), aufwendig ausgestattete Operetten- und Revuefilme ("Stern von

Rio", 1939/40), Komödien ("Münchhausen", 1943) und komödiantische Gesellschaftsfilme, Abenteuerstreifen mit Hans Albers oder Harry Piel ("Ein Unsichtbarer geht durch die Stadt", 1933).
Orientierte sich der Propagandafilm des Dritten Reiches besonders am Realismus und sozialen Pathos des proletarischen Films (Eisenstein, Dudow), so folgte der Spielfilm dem Vorbild des bürgerlichen Unterhaltungsfilms. Die zur Identifikation einladenden Filmhelden demonstrierten vor allem Gehorsam, Schicksalsergebenheit, Anpassung an Herrschaftsstrukturen, Vorrang der Gemeinschaft vor individuellen Interessen sowie "moralische Sauberkeit". Neben der Vermittlung erwünschter Leitbilder stand die Ablenkungsfunktion: Der "kleine Mann" sollte nach Goebbels' Wunsch im Kino "den Krieg für wenige Stunden vergessen".
Durch die politisch-propagandistische Bedeutung des Mediums waren die Nationalsozialisten auf dem Filmsektor stärker als anderswo zu ideologischen und materiellen Zugeständnissen bereit.
So liefen bis 1940 neue Hollywood-Filme in deutschen Kinos (selbst Micky-Maus). Populäre Schauspieler halb- oder vierteljüdischer Abstammung oder mit jüdischen Partnern erhielten Arbeitssondergenehmigungen (u.a. Paul Henkels, Theo Lingen, Heinz Rühmann); Filmschauspieler waren die bestbezahlten Künstler des Dritten Reiches (Spitzenverdiener wie Hans Albers, Heinrich George, Hans Moser kamen auf Jahreseinkommen von über 200.000 RM); aufgrund geschickter filmischer Umsetzung der nationalsozialistischen Weltanschauung erhielten die Regisseure Karl Ritter, Veit Harlan, Hans Steinhoff, Wolfgang Liebeneiner die meisten Aufträge.
Mit Fortdauer des Krieges ging auch in der Filmindustrie das Produktionsvolumen zurück, "Gefolgschaftsmitglieder" wurden eingezogen, Material wurde knapp, Zensurmaßnahmen häuften sich. Obwohl in den Studios bis in die letzten Tage des Dritten Reiches gedreht wurde, mußten seit 1944 zahlreiche Produktionen ein- oder zurückgestellt werden; mit Vorrang sollten "kriegsnahe Filme" wie "Kolberg" gezeigt werden. Doch selbst in der Schlußphase konnten noch, z.T. mit Behinderungen, unkonventionellere Arbeiten entstehen wie z.B. der Käutner-Film "Unter den Brücken" (1945).
Insgesamt war der Film das einzige künstlerische Medium, das während des Dritten Reiches durch Nutzung inhaltlicher und formaler Freiräume vielschichtigere, auch ästhetisch komplexere Werke hervorbrachte, die dem deutschem Film trotz aller ideologischen Fragwürdigkeit im Ausland Ansehen erhalten und verschafft haben.
An die Erfolge der Kriegs- und Vorkriegszeit konnte die deutsche Filmindustrie nach 1945 nicht anknüpfen. In der SBZ/DDR wurden die Reste des Einheitskonzerns 1946 in der DEFA (Deutsche Film-AG) zusammengefaßt, in den Westzonen entstanden 1946-48 etwa 40 Produktionsgesellschaften, da die Westalliierten die Gründung eines neuen deutschen Großkonzerns durch Liquidationsmaßnahmen verhinderten.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Revuefilm" (x051/493-494): >>Revuefilm, populäres Genre filmischer Unterhaltung, bei dem die Handlung nur als roter Faden für Musik- und Tanzszenen dient; im Dritten Reich äußerst erfolgreich.
Die Anfänge des Tonfilms schufen Ende der 20er Jahre die Voraussetzungen für den Revuefilm, der in Deutschland die Operetten- und Varietétraditionen fortführte, sich aber auch nach 1933 am Vorbild des Hollywood-Musicals orientierte (amerikanische Ausstattungsrevuen liefen bis 1939 in deutschen Großstadtkinos).
Der deutsche Revuefilm litt darunter, daß internationale Stars nach 1933 Deutschland mieden oder als "Nichtarier" nicht auftreten durften, so daß er eher hausbackene Publikumslieblinge wie Marika Rökk oder Johannes Heesters hervorbrachte. Die deutschen Revuefilmkomponisten mußten hinter dem Schwung der amerikanischen Vorbilder zurückbleiben, da selbst winzige Anleihen beim Jazz zu Beanstandungen führen konnten. Bei Ausstattung, Kostümen und

Kulissen aber wurden keine Kosten gescheut ("Der weiße Traum", 1943, gehörte mit über zwei Millionen RM zu den teuersten Produktionen).
Der Revuefilm diente, insbesondere im Krieg, der Ablenkung vom Alltag, entsprach mit seinen rhythmischen Massenszenen dem nationalsozialistischen Kollektivismus und stellte die Frau in der erwünschten Mischung von erotischem Stimulans und dienender Weiblichkeit dar, u.a. im erfolgreichsten Film des Dritten Reiches (27 Millionen Zuschauer), "Die große Liebe" (1942), mit Zarah Leander.
Die meisten Regisseure, Komponisten und Darsteller des deutschen Revuefilms konnten ihre Arbeit in den 50er Jahren bruchlos fortsetzen (Film).<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Zarah Leander (x051/345): >>Leander, Zarah (geborene Hedberg), geboren in Karlstad (Schweden) 15.3.1907, gestorben in Stockholm 23.6.1981, schwedische Filmschauspielerin und Sängerin; nach kleineren Theater- und Filmrollen von Froelich als Ersatz für M. Dietrich für den deutschen Film entdeckt, Karriere als "schönste Diva" des nationalsozialistischen Films.
Leanders Erscheinung erinnerte an das Vorbild des amerikanischen Vamps (Greta Garbo, Mae West), sie verkörperte v.a. Sängerinnen und Kurtisanen mit erotischer Ausstrahlung ("Es war eine rauschende Ballnacht", 1939) und erlangte durch ihre in Revuefilmen mit tiefer Stimme vorgetragenen Schlager zusätzliche Popularität. Sie verkörperte, nicht nur für männliche Zuschauer, "die Sehnsucht nach einer Flucht aus dem reglementierten Alltag" (Patalas).
Leander bekannte sich zwar nicht öffentlich zum Nationalsozialismus, spielte aber neben überwiegend exotischen Rollen ("La Habanera", 1937) auch in Propagandafilmen ("Heimat", 1939) und wandelte sich gar in "Die große Liebe" (1942) vom Vamp zur Soldatenbraut.
Leander konnte nach dem Krieg wegen dieser nationalsozialistischen Vereinnahmung nicht an ihren früheren Ruhm anknüpfen.<<
Der "Völkische Beobachter" berichtet am 6. Mai 1933 (x032/52): >>Die Volksbüchereien enthalten immer noch zahlreichen zersetzenden Giftstoff ... Diesem unerträglichen Zustand soll nun ein Ende gemacht werden ... Es sind danach aus der Volksbücherausleihe alle Bücher, Zeitschriften und Zeitungen zurückzuziehen, die ihrem Charakter nach geeignet sind, das von der Reichsregierung und den Staatsregierungen unternommene Werk der nationalen Erziehung zu stören, zu verzögern oder zu verhindern.<<
Der Gesamtvorstand des Börsenvereins für den deutschen Buchhandel erklärt am 6. Mai 1933 (x032/53): >>In den zahlreichen uns aus allen Teilen des Reiches zugehenden Meldungen über bereits erfolgte oder in Aussicht gestellte Beschlagnahme von Büchern in den Sortimentsbuchhandlungen teilen wir mit:
Wir haben Verhandlungen mit den zentralen Regierungsstellen aufgenommen, um eine einheitliche Regelung für die jetzt vom Vertrieb auszuschaltenden Werke herbeizuführen.
Bis zu dieser Regelung ist allen Sondermaßnahmen gegenüber auf diese Verhandlungen zu verweisen. Gegenüber unzulässigen Eingriffen ist der Schutz der örtlichen zuständigen Verwaltungsstellen anzurufen.
Es darf als selbstverständlich vorausgesetzt werden, daß unsere Mitglieder solche Werke, die als in nationaler oder kultureller Hinsicht zersetzend anzusehen sind, bereits aus dem Vertrieb gezogen haben.<<

09.05.1933

Deutsches Reich: Evangelische Theologen und Pfarrer schalten sich am 9. Mai 1933 in die Diskussion um eine evangelische Reichskirche und um die Wahl eines NS-Reichsbischofs ein.
Hanns Lilje, Generalsekretär der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung, und Berliner Geistliche, die sich als Jungreformatoren bezeichnen, fordern, daß kirchliche Entscheidungen allein aus dem Wesen der Kirche heraus, d.h. vom Bekenntnis her getroffen werden können.

Die Einführung des Arierparagraphen wird im kirchlichen Raum strikt abgelehnt.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Arierparagraph" (x051/-38-39): >>Arierparagraph, Bestimmung zum Ausschluß von Juden aus Vereinen, Verbänden, Parteien und schließlich dem gesamten öffentlichen Leben.
Zurückgehend auf antisemitische Vereinssatzungen und Parteiprogramme Ende des 19. Jahrhunderts (z.B. Deutsch-soziale Partei 1889), tauchte der Arierparagraph im Dritten Reich erstmals bei der Formulierung des Berufsbeamtengesetzes auf. Er bestimmte, daß im öffentlichen Dienst - insbesondere als Beamter - nur beschäftigt werden durfte, wer arischer Abstammung sei, also keinen jüdischen Großeltern- oder Elternteil habe (Abstammungsnachweis).
Der Arierparagraph wurde schon am 25.4.33 im "Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen" auf die Ausbildung ausgeweitet und am 30.6.33 dahingehend verschärft, daß bereits die Ehe mit einem "Nicht-Arier" zum Ausschluß von der Laufbahn im Staatsdienst genügte.
Auf Druck der NSDAP übernahmen im Zug der Gleichschaltung zahlreiche Verbände und Organisationen den Arierparagraphen; so versperrte er Juden die kassenärztliche Zulassung, entzog ihnen öffentliche Ehrenämter, vertrieb sie aus den Redaktionen (Schriftleitergesetz) und Theatern (Reichskulturkammer), nahm ihnen die Bauernfähigkeit (Erbhofgesetz) und steigerte sich in den Nürnberger Gesetzen zur "endgültigen Scheidung des Judentums vom deutschen Volke".
Gab es anfangs noch Ausnahmen von dieser Diskriminierung (Frontkämpfer, Verdienste um die Nationale Erhebung, Ehrenarier u.a.), so traf nun alle Juden und "jüdischen Mischlinge" (ein) fast totales Berufsverbot. Der Arierparagraph wurde weitgehend ohne Proteste hingenommen, nur in der evangelischen Kirche kam es über ihn zur Abspaltung der Bekennenden Kirche.<<

10.05.1933

NS-Regime: Am 10. Mai 1933 läßt Göring alle SPD-Niederlassungen, Druckereien und Zeitungen sowie das gesamte Parteivermögen der SPD beschlagnahmen. Die Polizei- und SA-Einheiten umstellen vielerorts komplette Gebäudekomplexe und durchsuchen alle Räume nach Waffen und "staatsfeindlichen Schriften".
Der NS-Staat ordnet am 10. Mai 1933 im gesamten Land öffentliche Bücherverbrennungen an.
Professor Hans Naumann (1886-1951, Ordinarius für Literaturgeschichte an der Universität Bonn) erklärt am 10. Mai 1933 während der öffentliche Bücherverbrennung auf dem Bonner Marktplatz (x058/351): >>So verbrenne denn, akademische Jugend deutscher Nation, heute zur mitternächtigen Stunde an allen Universitäten des Reiches, - verbrenne, was du gewiß bisher nicht angebetet hast, aber was doch auch dich wie uns alle verführen konnte und bedrohte.
Wo Not an den Mann geht und Gefahr im Verzug ist, muß gehandelt werden ohne allzu große Bedenken.
Fliegt ein Buch heute nacht zu viel ins Feuer, so schadet das nicht so sehr, wie wenn eines zu wenig in die Flammen flöge. Was gesund ist, steht schon von alleine wieder auf. ...
Wir wollen eine symbolische Handlung begehen. ... Wir schütteln eine Fremdherrschaft ab, wir heben eine Besetzung auf. Von einer Besetzung des deutschen Geistes wollen wir uns befreien. ...
Genauso hat es unser oberster Führer bei jenem gewaltigen Appell verlangt am 8. April dieses Jahres von jedem Einzelnen der Hunderttausende seiner SA und SS aus Deutschland und Österreich. Nichts Allzumenschliches soll in uns bleiben. ... Wir greifen in unsere Herzen, wie wir in unsere Schränke gegriffen haben. ... Wir wollen nicht mehr die Untergrabung der Autorität. ... Wir wollen ... die Unterordnung. ...

Wir wollen ein Schrifttum, dem Familie und Heimat, Volk und Blut, das ganze Dasein der frommen Bindung wieder heilig ist. Das uns zum sozialen Gefühl und zum Gemeinschaftsleben erzieht, sei es in der Sippe, sei es im Beruf, sei es in der Gefolgschaft oder in Stamm oder Nation. Das zum Staat erzieht und zum Führertum und zur Wahrhaftigkeit, ein Schrifttum, das also im besten und edelsten Sinne politisch ist. ...
Heil denn also dem neuen deutschen Schrifttum!
Heil dem obersten Führer!
Heil Deutschland!<<
Als "Literatur des undeutschen Geistes" werden am 10. Mai 1933 die Bücher folgender Autoren ausgesondert (x032/54): >>... Max Adler, August Bebel, Iljitsch Lenin, Rudolf Hilferding, Karl Liebknecht, Karl Marx, Walther Rathenau, Hugo Preuss, Max Brod, Lion Feuchtwanger, Walter Hasenclever, Egon Erwin Kisch, Thomas und Heinrich Mann, Klaus Mann, Erich Maria Remarque, Alfred Schirokauer, Arthur Schnitzler, Ernst Toller, Kurt Tucholsky, Arnold und Stefan Zweig, Otto Bauer, Peter Lampel, Upton Sinclair, van de Velde, Josef Stalin, Bertha von Suttner, Richard Coudenhove-Kalergi und andere.
Unter den besonders empfohlenen Autoren werden neu angeschafft: Hans Grimm, Ernst Jünger, Gregor Strasser, Adolf Hitler, Hanns Johst, Oswald Spengler und andere.<<
Der deutsche Schriftsteller Oskar Maria Graf (1894-1967, emigriert 1933 in die USA), dessen Bücher zunächst weiterhin von der NSDAP empfohlen werden, protestiert später in einem offenen Brief gegen die öffentlichen Bücherverbrennungen (x092/870): >>... Und die Vertreter dieses barbarischen Nationalismus, der mit Deutschsein nichts, aber auch schon gar nichts zu tun hat, unterstehen sich, mich als einen ihrer "Geistigen" zu beanspruchen, mich auf ihre soggenannte weiße Liste zu setzen, die vor dem Weltgewissen nur eine schwarze Liste sein kann!
Diese Unehre habe ich nicht verdient!
Nach meinem ganzen Leben und nach meinem ganzen Schreiben habe ich das Recht zu verlangen, daß meine Bücher der reinen Flamme des Scheiterhaufens überantwortet werden und nicht in die blutigen Hände und die verdorbenen Hirne der braunen Mordbanden gelangen.<<
Dr. Horst Heidtmann schreibt später über die "Bücherverbrennung" durch die NSDAP (x051/-93): >>Bücherverbrennung, rituelle Vernichtung von Büchern "entarteter und jüdischer Literaten" in fast allen deutschen Universitätsstädten am Abend des 10.5.33.
Die Bücherverbrennung war Höhepunkt einer Reihe von Aktionen "wider den undeutschen Geist", maßgeblich getragen von der Deutschen Studentenschaft, die auch als örtliche Veranstalter die Bücherverbrennung organisierte: Studenten und Professoren, Untergliederungen der NSDAP und nationale Verbände versammelten sich dazu, allein in Berlin auf dem Opernplatz, wo Goebbels selbst (vom Rundfunk übertragen) sprach, 40.000; Lastwagen oder Ochsenkarren brachten Bücher, die "Ältesten" der Studentenschaft und Professoren der Germanistik im Talar hielten Ansprachen, dann flogen die Werke von Philosophen (Marx, Bloch), Wissenschaftlern (Freud, Hirschfeld), klassischen humanistischen Dichtern (Heine) und zeitgenössischen Autoren ins Feuer:
"Gegen Dekadenz und moralischen Verfall! Für Zucht und Sitte in Familie und Staat! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Heinrich Mann, Ernst Glaeser, Erich Kästner."
Neben Sozialisten wie Brecht und Pazifisten wie Remarque überwogen kritische bürgerliche Schriftsteller (Kerr, Schnitzler) und ausländische "Zersetzer" (Barbusse, Hemingway, London). Die Verdikte reichten von "Gesinnungslumperei und politischer Verrat" bis zu "volksfremder Journalismus".
Nationale Gruppen hatten schon in der Weimarer Republik einen immer erbitterter werdenden Kampf gegen demokratische und linke Literatur geführt und eine "Schmutz- und Schundgesetzgebung" auch für Zensur und Verbot von politisch unliebsamen Büchern genutzt.

Nach der Machtergreifung verschärften sich sofort die Maßnahmen gegen kritische Publizisten, die aus Akademien, Berufsvereinigungen und öffentlichem Dienst entfernt wurden. Bis zum 30.5.33 beschlagnahmte die Politische Polizei allein in Berlin 10.000 Zentner "marxistische" Literatur.
Der Kampf gegen politische "Schmutzschriften" wurde am eifrigsten an den Universitäten, die sich als "Hort des deutschen Volkstums" verstanden, geführt. Antirepublikanische Studenten und Professoren legten schwarze Listen an; nach der Machtübernahme erstellten fast alle NSDAP-Gliederungen, von der HJ bis zum Lehrerbund, eigene Säuberungsverzeichnisse für Buchhandel und Bibliotheken; aufgrund von Presseaufrufen lieferten zahlreiche Bürger "undeutsche" Literatur aus privaten Beständen für die Scheiterhaufen des 10.5. an.
Die Veranstalter sahen in der Bücherverbrennung einen symbolischen Akt; wie man in der Vorzeit dem Feuer eine reinigende, krankheitsaustreibende Wirkung zusprach, so sollten in den Flammen "die geistigen Grundlagen der verhaßten Novemberrepublik zu Boden" sinken, sollte zum Ausdruck kommen, "daß in Deutschland die Nation sich innerlich und äußerlich gereinigt hat" (Goebbels).
Der "Reinigungsprozeß" der deutschen Literatur wurde nach dem Mai 33 durch regionale Bücherverbrennungen fortgeführt. Tausende von "unzuverlässigen" und "nichtarischen" Autoren erhielten Berufs- oder Veröffentlichungsverbot, kamen ins KZ oder gingen ins Exil. Obwohl nicht von staatlichen Stellen oder der NSDAP selbst initiiert, war die Bücherverbrennung eine entscheidende Zäsur: Die Provinzialität der Literatur des Dritten Reiches war damit besiegelt, eine Weiterentwicklung der deutschen Literatur konnte es nur noch im Exil geben.
Gegen die Bücherverbrennung regte sich in Deutschland kaum nennenswerter Widerstand. Buchhandel und Verlagswesen reagierten opportunistisch, von Seiten der nichtverbrannten Autoren gab es nur vereinzelt so weitgehende Solidarität wie von O. M. Graf: "Verbrennt mich!" (Brief vom 12.5.33).
Vom gebildeten deutschen Bürgertum wurde die Bücherverbrennung als "studentischer Bierulk" aufgenommen und auch im Ausland reagierte man vielfach mit "Amüsiertheit" auf diesen "Ausdruck studentischen Übereifers" und deutete die Bücherverbrennung nur selten warnend im Sinne Heines: "Dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende Menschen."<<
Der deutsche Historiker Klaus Vondung schreibt später über die NS-Literatur (x051/357-358):
>>Literatur. Als nationalsozialistische Literatur im weitesten Sinne wird diejenige Literatur bezeichnet, die zentralen Inhalten der nationalsozialistischen Ideologie Ausdruck verlieh und auf die sich politische und kulturelle Institutionen, anerkannte Literaturkritiker und Literaturwissenschaftler des Dritten Reiches als "artgemäße" zeitgenössische Dichtung beriefen.
Mit dieser Bestimmung werden nicht nur diejenigen ideologiekonformen Werke als nationalsozialistische Literatur erfaßt, die während des Dritten Reiches produziert wurden, sondern auch zahlreiche Werke, die vor 1933 erschienen, z.T. sogar solche, die bereits vor 1918 entstanden sind. Andererseits wird die Bestimmung nicht allen Schriftstellern oder allen ihrer Werke gerecht; Grenz- und Sonderfälle wie Carossa, Ernst Jünger oder Benn müssen je für sich beurteilt werden.
Die eingangs vorgenommene Bestimmung der nationalsozialistischen Literatur folgt ideologischen und literaturpolitischen Kriterien. Eine ausschließlich ästhetischen Gesichtspunkten folgende Bestimmung wäre schwierig, wenn nicht unmöglich. Auch Wertungs-Kriterien führen allenfalls zu dem Urteil, daß die nationalsozialistische Literatur generell von mittelmäßiger, wenn nicht miserabler ästhetischer Qualität ist, aber damit ist weder eine hinreichende Bestimmung gewonnen, noch erübrigt ein solches Urteil die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Literatur.
Die bevorzugten Genres lassen sich drei hauptsächlichen Typen zuordnen, je nachdem, welcher ideologische Inhalt in ihrem Zentrum steht oder welcher Funktion sie nachkommen:

Die Heimatromane, speziell die Bauernromane (Bauerndichtung) und mit ihnen die meisten historischen Romane kreisen um die Idee des "Volkstums"; die Weltkriegsromane und die nationalsozialistische Marsch- und Kampflyrik verherrlichen und propagieren "Heldentum"; chorische Dichtungen, eine bestimmte Art von "Weltanschauungs-Lyrik" und Thingspiele geben dem "Glauben" an den Nationalsozialismus Ausdruck und fordern zu "Bekenntnissen" auf.
Diese Dreiteilung kann sich auf die Selbstinterpretation nationalsozialistischer Schriftsteller, Politiker und zeitgenössischer Literaturwissenschaftler stützen, derzufolge die nationalsozialistische Literatur als "volkhafte Dichtung", "heldische Dichtung" und "Weihedichtung" erscheint. Die mit diesen Begriffen ebenfalls angesprochenen ideologischen Inhalte und Funktionen liegen allerdings nicht nur dem jeweiligen literarischen Typus zugrunde, sondern sind Wesensmerkmale der gesamten nationalsozialistischen Literatur oder sollen dies - programmatischen Äußerungen zufolge - zumindest sein.
So kann unter "volkhafter Dichtung" speziell der Heimat- und Bauernroman begriffen werden, generell aber ist alle nationalsozialistische Literatur "volkhafte Dichtung", insofern sie "das Schicksal des Volkes als den höchsten Gegenstand der Kunst proklamiert" (A. Mulot).
Die Forderung, Kunst müsse sich aus den "Kräften des Volkstums" speisen (Goebbels), bedeutete letztlich, daß Kunst und Literatur nach dem Kriterium der "blutsmäßigen Substanz" (Schumann) beurteilt wurden. Demgemäß erfolgte der Kampf gegen "bloßes Artistentum" (Goebbels) nicht nur aus ästhetischen Gründen, er war zugleich rassistisch motiviert. Die "volkhafte Dichtung" hatte also auch eine politische Funktion, und zwar eine doppelte:
Einerseits propagierte sie beim Leser "Rassenbewußtsein", andererseits diente die Berufung auf ihre angeblich schutzwürdigen Werte als Rechtfertigung für die Verfolgung des "rassefremden Literatentums" (Rosenberg).
Auch "heldische Dichtung" bezeichnet nicht nur einen besonderen Typus mit bestimmten Genres, vielmehr ist Heroismus den literarischen Programmen zufolge eine grundlegende Qualität der nationalsozialistischen Literatur: Ihr Ausdruck, Stil und ihre generelle "Haltung" sollten heroisch bestimmt sein, inhaltlich hatte sie heldische Menschen zu zeigen.
Hieraus ergab sich ebenfalls eine politische Doppelfunktion: Einerseits war die Konsequenz des heroischen Prinzips die Unterdrückung der sogenannten dekadenten und defätistischen Literatur und ihrer Autoren, andererseits förderte die "heldische Dichtung" beim Leser den "Geist der Wehrhaftigkeit".
Das gepriesene "Heldentum" trat in der Literatur mit der Ideologie des "Volkstums" in Wechselwirkung: In den Weltkriegsromanen, die noch vor 1933 erschienen waren, wurde die soldatische Gemeinschaft der Front als Kern einer zukünftigen Volksgemeinschaft gezeichnet und deren Ordnung nach dem Vorbild der Kampfgemeinschaft von Führer und Gefolgschaft entworfen; die Literatur nach 1933 propagierte die Verwandlung der Volksgemeinschaft in eine Kampfgemeinschaft, die Literatur wurde zur "Waffe".
Schließlich hat auch der Begriff "Weihedichtung" doppelte Bedeutung: Im engeren Sinne bezeichnet er die verschiedenartigen liturgischen Texte für die nationalsozialistischen Feiern einschließlich der Thingspiele; insofern diese Texte den Führer und die Ideologie des Nationalsozialismus sakralisierten, dem "Glauben" an den Nationalsozialismus Ausdruck verliehen und für entsprechende "Bekenntnisse" Formeln bereitstellten, kann ebenso gut von "religiöser Dichtung" gesprochen werden.
Religiöse Qualität (im Sinne einer "politischen Religiosität") hatte jedoch, zumindest tendenziell, alle nationalsozialistische Literatur, da die Ideologie nicht nur die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse regeln, sondern auch spirituelle Sinngebung ermöglichen sollte. Kolbenheyer schrieb der nationalsozialistischen Literatur "transzendente Bedeutung" zu, Böhme erklärte den nationalsozialistischen Dichter zum "Künder" eines "neuen Glaubens".

Hatte die "heldische Dichtung" die Funktion, die Volksgemeinschaft zur Kampfgemeinschaft zu schmieden, so sollte die "Weihedichtung" die Volksgemeinschaft in eine "Glaubensgemeinschaft" (Johst), in eine bedingungslose Gefolgschaft verwandeln.
Eine Reihe von Werken, die im Dritten Reich als vorbildhafte nationalsozialistische Literatur galten und die auch vorher schon beträchtlichen Publikumserfolg hatten, entstand bereits vor 1918, v.a. Heimatromane und historische Romane von Bartels, Bloem, Burte, Frenssen, Kolbenheyer, Stehr, außerdem einige nicht minder erfolgreiche, meist antisemitisch geprägte kulturhistorische und kulturtheoretische Werke: die "Deutschen Schriften" von Lagarde, "Rembrandt als Erzieher" von Langbehn, "Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts" von H. S. Chamberlain, die "Geschichte der deutschen Literatur" von Bartels, "Die Sünde wider das Blut" von Dinter.
Diese Literatur wird in der Regel als Vorläufer der nationalsozialistischen Literatur betrachtet und als völkisch-nationale Literatur bezeichnet, da es den Nationalsozialismus als politische Bewegung noch nicht gab. Doch die ideologischen Inhalte des Nationalsozialismus waren in dieser Literatur, die ebenfalls als "völkische", "heldische" und "religiöse Dichtung" erschien, bereits präsent, so daß gefolgert werden muß:
Der Nationalsozialismus hat nicht die nationalsozialistische Literatur hervorgebracht, vielmehr hat diese den Nationalsozialismus mitgeschaffen; sie hat dazu beigetragen, die Ideologie bereitzustellen und zu propagieren, die mit dem Nationalsozialismus identifiziert wird.
Die ideologischen Positionen, die schon vor 1918 entwickelt worden waren, verschärften sich allenfalls in den folgenden Jahren unter dem Eindruck des verlorenen Krieges und im Kampf gegen die gehaßte Republik von Weimar. Die Tradition des "volkhaften" Heimatromans und historischen Romans (E. Strauß, Blunck, Vesper, Kolbenheyer), auch des Kolonialromans (H. Grimm), setzte sich fort. Ein neues Genre des "heldischen" Literaturtyps stellten die zahlreichen Weltkriegsromane dar, die fast alle in einem Schub Ende der 20er Jahre erschienen (Beumelburg, Wehner, Dwinger, Schauwecker, Zöberlein).
Der nationalsozialistische Schriftsteller und Publizist Vesper prägte das Wort von den "zwei Literaturen" dieser Zeit; er behauptete, die linke und bürgerlich-liberale Literatur habe die andere, die "echte deutsche Dichtung" unterdrückt. In Wahrheit erzielten die dem Nationalsozialismus nahe stehenden Heimat- und Kriegsromane auch schon vor 1933 recht erhebliche Auflagezahlen.
Nach 1933 wurde der Erfolg der nationalsozialistischen Literatur mit politischen und administrativen Mitteln durchgesetzt. Der Ertrag an neuen Werken war während des Dritten Reiches relativ bescheiden. Die "junge Garde" nationalsozialistischer Schriftsteller, die überwiegend erst nach 1933 an die Öffentlichkeit trat (Anacker, Baumann, Böhme, Eggers, Menzel, Schumann u.a.), schrieb vorzugsweise Marsch- und Kampflyrik, "Weltanschauungs-Lyrik", chorische Dichtungen für die nationalsozialistischen Feiern und Thingspiele. Der funktionale Aspekt der Literatur rückte in den Vordergrund.
Es ist symptomatisch, daß diese jungen Schriftsteller fast ohne Ausnahme zugleich Funktionäre in den verschiedensten staatlichen und parteiamtlichen Lenkungsorganen waren, vom Präsidialrat der Reichsschrifttumskammer über Reichspropagandaleitung, Reichsjugendführung und Oberster SA-Führung bis zum Rasse- und Siedlungshauptamt der SS.<<
USA: In Chicago und New York protestieren am 10. Mai 1933 erstmalig nordamerikanische Juden gegen die "Inquisition in Deutschland" und fordern den Wirtschaftsboykott Deutschlands (x032/54): >>... Nieder mit dem Hitlerismus, dem Zerstörer der deutschen Arbeiterbewegung und der Gefahr für den Weltfrieden. ... Öffnet den deutschen Juden die Tore der Vereinigten Staaten. ...<<
12.05.1933
Österreich: "Das kleine Blatt" berichtet in Wien am 12. Mai 1933 über die öffentlichen Bü-

cherverbrennungen im NS-Staat (x092/870): >>... Denn schauerlich ist die Verirrung eines Volkes, dessen geistige Höhe einmal in der ganzen Welt bewundert und beneidet wurde. Schauerlich diese Exekution und ihr Drum und Dran. ...
Wir töricht und wie bombastisch diese Regie, die für Aktionen von Barbaren den szenischen Apparat von Kulturmenschen bemüht.<<

17.05.1933

NS-Regime: Hitler erklärt am 17. Mai 1933 vor dem Reichstag (x149/87): >>Unser Nationalismus ist ein Prinzip, daß uns an Weltanschauung grundsätzlich allgemein verpflichtet. Indem wir in grenzenloser Liebe und Treue an unserem eigenen Volkstum hängen, respektieren wir die nationalen Rechte auch der anderen Völker aus dieser selben Gesinnung heraus und möchten aus tiefernstem Herzen mit ihnen in Frieden und Freundschaft leben. Wir kennen daher auch nicht den Begriff des "Germanisierens". ...
Wenn Deutschland heute die Forderung nach einer tatsächlichen Gleichberechtigung im Sinne der Abrüstung der anderen Nationen erhebt, dann hat es dazu ein moralisches Recht durch seine eigene Erfüllung der Verträge. ...
Deutschland ist nun jederzeit bereit, auf Angriffswaffen zu verzichten, wenn auch die übrige Welt ihrer entsagt. ...<<

25.05.1933

Großbritannien: Die britischen Gewerkschaften fordern am 25. Mai 1933 wegen der Judenverfolgungen erneut zum Boykott deutscher Waren auf (x032/59).

27.05.1933

Deutsches Reich: Da die Jungreformatoren Friedrich von Bodelschwingh (1877-1946) maßgeblich fördern, wählt ihn die überwältigende Mehrheit der 28 evangelischen Landeskirchen am 27. Mai 1933 zum ersten Reichsbischof. Hitlers Kandidat, Pfarrer Ludwig Müller (1883-1945), verliert klar (91:8 Stimmen).

Mai 1933

NS-Regime: Hitler erklärt im Mai 1933 während eines Gespräches mit einem NSDAP-Mitglied (x256/124): >>... Mit den Konfessionen, ob nun diese oder jene: das ist alles gleich. Das hat keine Zukunft mehr. Für die Deutschen jedenfalls nicht.
Der Faschismus mag in Gottes Namen seinen Frieden mit der Kirche machen. Ich werde das auch tun. Warum nicht?
Das wird mich nicht abhalten, mit Stumpf und Stiel, mit allen seinen Wurzeln und Fasern das Christentum in Deutschland auszurotten. – Eine deutsche Kirche, ein deutsches Christentum ist Krampf. Man ist entweder Christ oder Deutscher. Beides kann man nicht sein. ...
Die Pfaffen werden anstatt des Blutes ihres bisherigen Erlösers das reine Blut unseres Volkes zelebrieren; sie werden die deutsche Ackerfrucht als heilige Gabe empfangen und zum Symbol der ewigen Volksgemeinschaft essen. ...<<
Otto Wels (1873-1939, seit 1931 SPD-Vorsitzender) emigriert im Mai 1933 in die Tschechoslowakei und flieht 1938 nach Frankreich.

01.06.1933

NS-Regime: Am 1. Juni 1933 tritt das "Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit" in Kraft.

Hitlers Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Im Frühjahr 1933 lag die Zahl der Arbeitslosen (einschließlich der "unsichtbaren Arbeitslosen", die in den Statistiken der Arbeits- und Wohlfahrtsämter nicht mehr geführt wurden) noch bei ca. 7,8 Millionen Arbeitslosen (x051/35). Danach entspannte sich die Weltwirtschaftskrise jedoch allmählich, so daß sich die deutsche Wirtschaft ungewöhnlich schnell erholte. Im Jahre 1934 ging die Arbeitslosigkeit bereits auf 2,7 Millionen Arbeitslose zurück (Jahresdurchschnitt 1933 = ca. 4,8 Millionen) und das Heer der Arbeitslosen löste sich lang-

sam aber sicher auf.
Das NS-Regime beseitigte die große Massenarbeitslosigkeit hauptsächlich durch die Schaffung von sogenannten "Partei-Arbeitsplätzen" für NSDAP-Mitglieder, den verstärkten Wiederaufbau der deutschen Rüstungsindustrie und mit Hilfe von staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Gründung großer Reichswerke, Reichsautobahnbau, Notstandsarbeiten u.a.). Viele Pläne und Maßnahmen der Weimarer Republik wurden dabei lediglich von der NSDAP übernommen und erweitert. Die Pläne für den Autobahnbau stammten z.B. vom "Verein zur Vorbereitung der Autobahnstraße Hamburg-Frankfurt-Basel" (HAFRABA), der schon im Jahr 1926 gegründet wurde.
Ab März 1935 mußte jeder Deutsche (ab 18 Jahre) 6 Monate beim Reichsarbeitsdienst (RAD) arbeiten. Der RAD wurde zunächst beim Bau von Wegen und zur Trockenlegung von Mooren oder Sümpfen eingesetzt (die Mädchen arbeiteten überwiegend auf Bauernhöfen). Im NS-Staat waren Streiks verboten. Die Löhne und Gehälter wurden festgelegt und Arbeitsplätze durften grundsätzlich nur mit Genehmigung des Arbeitsamtes gewechselt werden.
Seit 1936 wurden alle Arbeitslosen systematisch "durchkämmt" und zur Arbeit gezwungen (Arbeitsdienstpflicht). Wer schwere körperliche Arbeiten beim Straßen- und Wohnungsbau oder in der Land- und Forstwirtschaft ablehnte oder die Anforderungen des Arbeitseinsatzes nicht erfüllte ("politisch Unzuverlässige" etc.), erhielt keine finanzielle Unterstützung. Der Abbau der Massenarbeitslosigkeit führte schließlich wieder zur Vollbeschäftigung (Jahresdurchschnitt 1936 = 2,5 Millionen Arbeitslose, 1937 = 0,6 Millionen Arbeitslose und 1938 = 0,4 Millionen Arbeitslose).
Hitler hatte damals das Glück, daß allen bemühten und redlichen Staatsmännern der Weimarer Republik versagt geblieben war. Ohne eigene Leistungen, errang der selbsternannte "Führer" scheinbar mühelos in wenigen Jahren glänzende innen- und außenpolitische Erfolge.
Stresemann und Brüning hatten jahrelang vergeblich für die Beendigung der Reparationen gekämpft, während das NS-Regime nachweislich durch den Reparationsverzicht im Jahre 1932 entscheidend entlastet wurde. Ab 1933 konnte Hitler nur aufgrund konsequenter staatlicher Wirtschaftslenkung und durch unverantwortliche Schuldenpolitik viele "großartige Scheinerfolge" erzielen.
Nicht wenige europäische Nachbarn blickten bewundernd oder ungläubig auf das erstaunliche "Wirtschaftswunder" des NS-Regimes. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung war natürlich ebenfalls begeistert. Meistens durchschauten nur Wirtschaftsexperten Hitlers Riesenbetrug. Da das Deutsche Reich finanziell äußerst schwach war, konnte Hitler seine innenpolitischen Erfolge größtenteils nur zu Lasten einer katastrophalen Staatsverschuldung (z.B. durch die Ausgabe von Mefo-Wechseln) erzielen.
In den Jahren der NS-Diktatur erreichte die Staatsverschuldung des Dritten Reiches unvorstellbare Größenordnungen (Verschuldung 1932 = 11,4 Milliarden, Ende 1938 = 30,0 Milliarden und Mai 1945 = ca. 380,0-400,0 Milliarden RM). Bereits 1938/39 waren die letzten deutschen Gold- und Devisenreserven fast vollständig verbraucht.
Die deutsche Historikerin Birgit Wulff schreibt später über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (x051/33-34): >>Arbeitsbeschaffung ... Die Arbeitsbeschaffung gehörte nach der Machtergreifung zu den Hauptaufgaben der Nationalsozialisten, die mit dem Versprechen angetreten waren, Arbeit und Brot für alle zu schaffen.
Die Regierung Hitler konnte dabei an die Arbeitsbeschaffungsprogramme der Vorgänger anschließen. In der Arbeitsbeschaffung waren bisher zwei Wege beschritten worden:
1. indirekte Maßnahmen wie Gewährung von Steuererleichterungen oder Vergabe von Darlehen zur Erhöhung der privaten Investitionsbereitschaft;
2. direkte Maßnahmen durch Vergabe öffentlicher Aufträge durch den Staat selbst und dazu Einstellung vor allem von Arbeitslosen.

Die Regierung Papen führte ein solches staatliches Programm in Höhe von 302 Millionen RM durch, in erster Linie aber setzte sie auf indirekte Maßnahmen durch Vergabe von Steuergutscheinen. Das Kabinett Schleicher legte das Sofort- oder Gereke-Programm vor, mit dem 500 Millionen RM für öffentliche Aufträge zur Verfügung gestellt wurden.
Die Wege zur Arbeitsbeschaffung waren daher für die Nationalsozialisten geebnet. Die Regierung Hitler beschränkte sich zunächst auf die Fortführung des Sofort-Programms, das sie um 100 Millionen aufstockte und in den Dienst der Aufrüstung stellte.
Erst am 1.6.33 wurde mit dem 1. Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit ein eigenes nationalsozialistisches Arbeitsbeschaffungsprogramm veröffentlicht. Nach dem 1. Abschnitt, der die direkten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen umfaßte, sollten für eine Milliarde RM Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an privaten und öffentlichen Gebäuden, der Bau von Kleinsiedlungen, Tiefbauarbeiten u.a. ausgeführt werden. Zudem waren Sachleistungen an Hilfsbedürftige, Ehestandsdarlehen, eine Spende zur Förderung der nationalen Arbeit und Steuerbefreiungen vorgesehen.
Am 21.9.33 wurde ein 2. Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit verabschiedet. Es umfaßte 500 Millionen RM und förderte durch Zuschüsse und Zinsbeihilfen Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Gebäuden. Außerdem gewährte es Steuersenkungen für die Landwirtschaft und für Neubauten.
Auch zur Finanzierung der Programme griffen die Nationalsozialisten auf Bewährtes zurück: Sie bedienten sich der Vorfinanzierung auf Wechselbasis über die an den Programmen mitwirkenden Kreditinstitute (u.a. Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten). Die Wechsel waren bei der Reichsbank rediskontfähig und konnten verlängert werden. Das Reich hatte sich verpflichtet, die Wechsel in bestimmten Fristen einzulösen. Die Deckung erfolgte durch sogenannte Arbeitsschatzanweisungen.
Die beiden nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramme wurden durch weitere Maßnahmen ergänzt: Reichsbahn und -post unterstützten durch Vergabe eigener Aufträge die Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierung, das Gesetz zur Errichtung des Unternehmens Reichsautobahnen vom 27.6.33 diente ebenfalls der Arbeitsbeschaffung.
Dem schlossen sich steuerliche Maßnahmen zur Konjunkturbelebung an. Parallel dazu sollte durch die Lenkung des Arbeitseinsatzes eine Verminderung des Angebots an Arbeitskräften erreicht werden.
Zur Arbeitsbeschaffung trugen zudem Notstandsarbeiten der Länder und Gemeinden bei, die z.T. durch die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung gefördert wurden. Das Gesamtvolumen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dürfte auf ca. 5,5-6 Milliarden RM zu beziffern sein.
Die Wirkung der Programme auf den Arbeitsmarkt läßt sich nicht genau abschätzen, weil daneben noch weitere Faktoren, z.B. Rüstungsanstrengungen, konjunkturelle Langzeitentwicklung der Weltwirtschaft usw., für den Rückgang der Arbeitslosigkeit maßgebend waren. Hoch zu veranschlagen jedoch ist der Beitrag der Arbeitsbeschaffung, deren Erfolge propagandistisch geschickt genutzt wurden, zur Integration eines Teiles der Arbeiterschaft in das System.<<
Die deutsche Historikerin Birgit Wulff schreibt später über den "Reichsarbeitsdienst" (x051/-472-473): >>Reichsarbeitsdienst (RAD), mit Gesetz vom 26.6.35 eingeführte allgemeine Dienstpflicht von männlichen Arbeitskräften im Alter von 18-25 Jahren in geschlossenen Einheiten zur Bewältigung gemeinnütziger Aufgaben.
Neben vereinzelten Ansätzen vor dem Ersten Weltkrieg ging die Idee des Arbeitsdienstes und der Arbeitsdienstpflicht v.a. auf das Vorbild des "Vaterländischen Hilfsdienstes" 1916/17 zurück. Die Diskussion um einen Arbeitsdienst war in der Weimarer Republik immer eng mit wirtschaftlichen Krisenzeiten verbunden, so z.B. in der ersten Nachkriegszeit. Durch die Weltwirtschaftskrise erhielt sie erneut Auftrieb.

V.a. die Jugendarbeitslosigkeit sollte auf diese Weise bekämpft werden. Die Arbeitsdienstpflicht wurde u.a. vom Stahlhelm, den Artamanen und dem Jungdeutschen Orden gefordert. 1930 bildete sich eine Reichsarbeitsgemeinschaft für die Deutsche Arbeitsdienstpflicht (RADA). Ebenfalls 1930 konstituierte sich der Volksbund für den Arbeitsdienst. Mit der Notverordnung vom 5.6.31 wurde die gesetzliche Grundlage für den freiwilligen Arbeitsdienst geschaffen, die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung übernahm die Förderung der Arbeiten.
Die Teilnahme an den Arbeitsdienstlagern war auf 20 Wochen begrenzt. Träger dieses freiwilligen Dienstes war u.a. auch die NSDAP. Teilnehmen durften anfangs nur Arbeitslose, später aber alle Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren. Die Tätigkeiten sollten sich insbesondere auf Bodenkulturarbeiten erstrecken.
Nach der Machtübernahme berief Hitler am 31.3.33 den Oberst a.D. Hierl zum Leiter des Arbeitsdienstes (später Reichskommissar) im Rang eines Staatssekretärs zunächst im Reichsarbeits-, dann im Reichsinnenministerium.
Erst 1943 wurde der Arbeitsdienst eine Oberste Reichsbehörde, die Hitler unmittelbar unterstand. Hitler sah im Reichsarbeitsdienst eine ideale Möglichkeit zur Ausrichtung der jungen Menschen im nationalsozialistischen Sinne; ihre paramilitärische Ausbildung sollte der Wehrmacht später zugute kommen.
Der Reichsarbeitsdienst litt jedoch unter einem ständigen Mangel an geeigneten Führern, so daß die vorgesehene politische Schulung kaum geleistet wurde. Dennoch wurde er als Aushängeschild des "deutschen Sozialismus" genutzt: Beim Reichsparteitag 1934, bei dem 52.000 einheitlich uniformierte Arbeitsdienstmänner aufmarschiert waren, verkündete Hitler: "Durch eure Schule wird die ganze Nation gehen." Die Dauer des "Ehrendienstes am deutschen Volk" wurde auf ein halbes Jahr festgesetzt.
Hierl schaltete die konfessionellen und anderen Träger des Arbeitsdienstes aus und gestaltete ihn um zu einer nationalsozialistischen Organisation. Er teilte den Reichsarbeitsdienst ein in 30 Arbeitsgaue, 182 RAD-Gruppen und 1.260 RAD-Abteilungen. Bereits 1934 wurde eine halbjährige Dienstpflicht für Abiturienten eingerichtet. Am 1.4.36 wurde der weibliche Arbeitsdienst, der auf freiwilliger Basis beruhte, dem RAD angegliedert. Erst von 1939 an wurde ein Dienstjahr für Frauen obligatorisch.
Einschließlich Stammpersonal betrug die RAD-Gesamtstärke am 1.10.35 rund 200.000, bis zum 1.10.39 wurde sie auf jährlich 350.000 erhöht. Mit einem Etat von RM 1,70 täglich pro Person praktizierte der Reichsarbeitsdienst besonders Landeskulturarbeiten. Auch beim Autobahnbau und zur Errichtung des Westwalls wurde der RAD eingesetzt. Die "Arbeitsmaiden" halfen hauptsächlich der "überlasteten deutschen Mutter in den Siedlungsgebieten" und in der Landwirtschaft.
Nach Kriegsausbruch geriet der RAD weitgehend unter die Regie der Wehrmacht; schon die Einberufung erfolgte durch die Wehrkreiskommandos. Arbeitsdienstmänner werkten mit Spaten und Gewehr vom Nordkap bis zu den Kykladen, standen an Flugabwehrgeschützen, bauten V1-Abschußrampen und wurden 1944/45 beim Volkssturm eingesetzt.
War der Arbeitsdienst ursprünglich als ein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit konzipiert, entwickelte er sich unter den Nationalsozialismus zu einem Instrument der Jugenderziehung im Sinne der "Volksgemeinschaft" und v.a. zur Vorbereitung auf den Krieg.<<
Die deutsche Historikerin Birgit Wulff schreibt später über die Entwicklung der "Arbeitslosigkeit" nach der NS-Machtergreifung (x051/36): >>(Arbeitslosigkeit) ... Nach der Machtübernahme sank die Arbeitslosigkeit im Reich rapide ab. Das war einmal auf die insgesamt verbesserte konjunkturelle Lage, auf die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und vor allem auf die anlaufende Rüstungsproduktion zurückzuführen.
1933 betrug die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 4,8 Millionen, 1934 nur noch 2,7 Mil-

lionen Dieser Rückgang konnte 1935 durch die Einführung des Reichsarbeitsdienstes und der Wehrpflicht verstärkt werden. Doch die Abnahme der Quoten war auch auf Änderungen der Berechnungsgrundlage der Statistiken zurückzuführen. Vorübergehend beschäftigte jugendliche Landhelfer, in den Arbeitsdienst eingetretene Jugendliche oder bei staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingesetzte Arbeitslose wurden z.T. nicht mehr aufgeführt, obwohl ihre Beschäftigung nur zusätzlich oder vorübergehender Art war und die Entlohnung nicht über dem Niveau der Wohlfahrtsunterstützung lag.
Nach diesen Maßstäben sank die Arbeitslosigkeit bis 1937 auf einen Jahresdurchschnitt von 0,9 Millionen Der Rest der Arbeitslosen wurde seit 1936 im Zeichen des Arbeitskräftemangels "durchkämmt" und verstärkt für den Arbeitseinsatz herangezogen. Unter Neuformulierung des Begriffs "arbeitslos" wurde eine weitere Reduzierung der Zahlen erreicht.
Als arbeitslos galt nur noch, wer dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stand und "politisch zuverlässig" war. Wer den Anforderungen des Arbeitseinsatzes nicht entsprach, fiel aus der Arbeitslosenunterstützung heraus. ...
Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit trug dann entsprechend zur Stabilisierung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems bei.<<

10.06.1933

Türkei: Der ehemalige sowjetische Volkskommissar Leo Trotzki (1929 aus der Sowjetunion ausgewiesen) publiziert am 10. Juni 1933 in der Türkei seine Denkschrift "Porträt des Nationalsozialismus" (x245/319-323): >>... Zu Beginn seiner politischen Laufbahn zeichnete sich Hitler vielleicht nur durch größeres Temperament, eine lautere Stimme und selbstsichere geistige Beschränktheit aus. Er brachte in die Bewegung keinerlei fertiges Programm mit – wenn man den Rachedurst des gekränkten Soldaten nicht zählt.
Hitler begann mit Verwünschungen und Klagen über die Versailler Bedingungen, über das teure Leben, über das Fehlen des Respekts vor dem verdienten Unteroffizier, über das Treiben der Bankiers und Journalisten mosaischen Bekenntnisses. Heruntergekommene, Verarmte, Leute mit Schrammen und frischen blauen Flecken fanden sich genug. Jeder von ihnen wollte mit der Faust auf den Tisch hauen. Hitler verstand das besser als die anderen. Zwar wußte er nicht, wie der Not beizukommen sei. Aber seine Anklagen klangen bald wie Befehl, bald wie Gebet, gerichtet an das ungnädige Schicksal.
Todgeweihte Klassen werden – ähnlich hoffnungslosen Kranken – nicht müde, ihre Klagen zu variieren und Tröstungen anzuhören. Alle Reden Hitlers sind auf diesen Ton gestimmt. Sentimentale Formlosigkeiten, Mangel an Disziplin des Denkens, Unwissenheit bei buntscheckiger Belesenheit – all diese Minus verwandelten sich in ein Plus. Sie gaben ihm die Möglichkeit, im Bettelsack "Nationalsozialismus" alle Formen der Unzufriedenheit zu vereinen und die Masse dorthin zu führen, wohin sie ihn stieß.
Von den eigenen Improvisationen des Beginns blieb im Gedächtnis des Agitators nur das haften, was Billigung fand. Seine politischen Gedanken waren die Frucht der rhetorischen Akustik. So ging die Auswahl der Losungen vonstatten. So verdichtete sich das Programm. So bildete sich aus dem Rohstoff der "Führer". ...
Der Kleinbürger ist dem Entwicklungsgedanken feind, denn die Entwicklung geht beständig gegen ihn – der Fortschritt brachte ihm nichts als unbezahlbare Schulden.
Der Nationalsozialismus lehnt nicht nur den Marxismus, sondern auch den Darwinismus ab. Die Nazis verfluchen den Materialismus, weil die Siege der Technik über die Natur den Sieg des großen über das kleine Kapital bedeuten.
Die Führer der Bewegung liquidieren den "Intellektualismus" nicht so sehr deshalb, weil sie selbst mit einem Intellekt zweiter und dritter Sorte versehen sind, sondern vor allem, weil ihre geschichtliche Rolle es ihnen nicht gestattet, irgendeinen Gedanken zu Ende zu führen.
Der Kleinbürger braucht eine höchste Instanz, die über Natur und Geschichte steht, gefeit ge-

gen Konkurrenz, Inflation, Krise und Versteigerung. Der Evolution, dem "ökonomischen Denken", dem Rationalismus – dem zwanzigsten, neunzehnten und achtzehnten Jahrhundert – wird der nationale Idealismus als die Quelle des Heldischen entgegengestellt. Die Nation Hitlers ist ein mythologischer Schatten des Kleinbürgertums selbst, sein pathetischer Wahn vom tausendjährigen Reich auf Erden.

Um die Nation über die Geschichte zu erheben, gab man ihr als Stütze die Rasse. ... Die Eigenschaften der Rasse werden ohne Bezug auf die veränderlichen gesellschaftlichen Bedingungen konstruiert. Das niedrige "ökonomische Denken" ablehnend, steigt der Nationalsozialismus ein Stockwerk tiefer, gegen den wirtschaftlichen Materialismus beruft er sich auf den zoologischen.

Die Rassentheorie – wie besonders geschaffen für einen anspruchsvollen Autodidakten, der nach einem Universalschlüssel für alle Geheimnisse des Lebens sucht – sieht im Licht der Ideengeschichte besonders kläglich aus.

Die Religion des rein Germanischen mußte Hitler aus zweiter Hand beim französischen Diplomaten und dilettierenden Schriftsteller Gobineau entlehnen.

Die politische Methodologie fand Hitler fertig bei den Italienern vor. Mussolini hat sich ausgiebig der Marxschen Theorie des Klassenkampfes bedient.

Der Marxismus selbst war die Frucht einer Verbindung deutscher Philosophie, französischer Geschichtsschreibung und englischer Ökonomie. In der Genealogie der Ideen – selbst der rückschrittlichsten und stumpfsinnigsten – findet sich vom Rassismus keine Spur. ...

Auf der Ebene der Politik ist der Rassismus eine aufgeblasene und prahlerische Abart des Chauvinismus, gepaart mit Schädellehre. Wie herabgekommener Adel Trost findet in der alten Abkunft seines Bluts, so besäuft sich das Kleinbürgertum am Märchen von den besonderen Vorzügen seiner Rasse.

Es verdient Beachtung, daß die Führer des Nationalsozialismus nicht germanische Deutsche sind, sondern Zugewanderte: aus Österreich, wie Hitler selbst, aus den ehemaligen baltischen Provinzen des Zarenreichs, wie Rosenberg, aus den Kolonialländern, wie der augenblickliche Stellvertreter Hitlers in der Parteileitung, Heß, und der neue Minister Darré.

Es bedurfte der Schule barbarischer nationaler Balgerei in den kulturellen Randgebieten, um den Führern die Gedanken einzuflößen, die später ein Echo im Herzen der barbarischsten Klassen Deutschlands fanden.

Die Persönlichkeit und die Klasse – der Liberalismus und der Marxismus – sind das Böse. Die Nation ist das Gute. Doch an der Schwelle des Eigentums verkehrt sich diese Philosophie ins Gegenteil.

Nur im persönlichen Eigentum liegt das Heil. Der Gedanke des nationalen Eigentums ist eine Ausgeburt des Bolschewismus. Obwohl er die Nation vergottet, will der Kleinbürger ihr doch nichts schenken. Im Gegenteil erwartet er, daß die Nation ihm selbst Besitz beschert und diesen dann gegen Arbeiter und Gerichtsvollzieher in Schutz nimmt.

Vor dem Hintergrund des heutigen Wirtschaftslebens – international in den Verbindungen, unpersönlich in den Methoden – scheint das Rassenprinzip einem mittelalterlichen Ideenfriedhof entstiegen. Die Nazis machen im voraus Zugeständnisse: Im Reich des Geistes wird Rasseneinheit durch den Paß bescheinigt, im Reich der Wirtschaft aber muß sie sich durch Geschäftstüchtigkeit ausweisen. Unter heutigen Bedingungen heißt das: durch Konkurrenzfähigkeit. So kehrt der Rassismus durch die Hintertür zum ökonomischen Liberalismus – ohne politische Freiheiten – zurück.

Praktisch beschränkt sich der Nationalismus in der Wirtschaft auf – trotz aller Brutalität – ohnmächtige Ausbrüche von Antisemitismus. ...

Der deutsche wie der italienische Faschismus stiegen zur Macht über den Rücken des Kleinbürgertums, das sie zu einem Rammbock gegen die Arbeiterklasse und die Einrichtungen der

Demokratie zusammenpreßten.
Aber der Faschismus, einmal an der Macht, ist alles andere als eine Regierung des Kleinbürgertums. Mussolini hat recht, die Mittelklassen sind nicht fähig zu selbständiger Politik. In Perioden großer Krisen sind sie berufen, die Politik einer der beiden Hauptklassen bis zur Absurdität zu treiben. Dem Faschismus gelang es, sie in den Dienst des Kapitals zu stellen.
Solche Lösungen wie die Verstaatlichung der Trusts und die Abschaffung des "arbeits- und mühelosen Einkommens" waren nach Übernahme der Macht mit einem Mal über Bord geworfen. Der Partikularismus der deutschen Länder, der sich auf die Eigenarten des Kleinbürgertums stützte, hat dem politischen Zentralismus Platz gemacht, den der moderne Kapitalismus braucht. Jeder Erfolg der nationalsozialistischen Innen- und Außenpolitik wird unvermeidlich Erdrückung des kleinen Kapitals durch das große bedeuten.
Das Programm der kleinbürgerlichen Illusionen wird dabei nicht abgeschafft, es wird einfach von der Wirklichkeit abgetrennt und in Ritualhandlungen aufgelöst. Die Vereinigung aller Klassen läuft hinaus auf die Halbsymbolik der Arbeitsdienstpflicht und die Beschlagnahme des Arbeiterfeiertages "zugunsten des Volkes". ...
Indem er das Programm der kleinbürgerlichen Illusionen auf elende bürokratische Maskeraden reduziert, erhebt sich der Nationalsozialismus über die Nation als reinste Verkörperung des Imperialismus.
Die Hoffnung darauf, daß die Hitlerregierung heute oder morgen als Opfer ihres inneren Bankrotts fallen werde, ist völlig vergeblich. Das Programm war für die Nazis nötig, um an die Macht zu kommen, aber die Macht dient Hitler durchaus nicht dazu, das Programm zu erfüllen. Die gewaltsame Zusammenfassung aller Kräfte und Mittel des Volkes im Interesse des Imperialismus – die wahre geschichtliche Sendung der faschistischen Diktatur – bedeutet die Vorbereitung des Krieges; diese Aufgabe duldet keinerlei Widerstand von innen und führt zur weiteren mechanischen Zusammenballung der Macht.
Den Faschismus kann man weder reformieren noch zum Abtreten bewegen. Ihn kann man nur stürzen. Der politische Weg der Naziherrschaft führt zur Alternative Krieg oder Revolution.
Der erste Jahrestag der Nazidiktatur steht bevor. Alle Tendenzen des Regimes haben sich inzwischen klar und deutlich entfalten können. Die "sozialistische" Revolution, die den kleinbürgerlichen Massen die unentbehrliche Ergänzung der "nationalen" schien, wurde offiziell verdammt und liquidiert.
Die Klassenverbrüderung gipfelt darin, daß – an einem eigens von der Regierung bestimmten Tage – die Reichen zugunsten der Armen auf Vor- und Nachtisch verzichten. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat dazu geführt, daß man die halbe Hungerration noch einmal teilt. Alles übrige ist Produkt der manipulierten Statistik. Die "geplante" Autarkie erweist sich als ein neues Stadium wirtschaftlichen Zerfalls.
Je weniger das Polizeiregime der Nazis ökonomisch leistet, desto größere Anstrengungen muß es auf außenpolitischem Gebiet unternehmen. Dies entspricht völlig der inneren Dynamik des durch und durch aggressiven deutschen Kapitals. Das Umschwenken der Naziführer auf Friedensdeklarationen kann nur Dummköpfe irreführen. Hitler hat kein anderes Mittel, die Schuld an inneren Schwierigkeiten auf äußere Feinde abzuwälzen und die Sprengkraft des Imperialismus unter dem Druck der Diktatur zu steigern.
Dieser Teil des Programms, der noch vor der Machtergreifung der Nazis offen angekündigt wurde, realisiert sich jetzt mit eiserner Logik vor den Augen der ganzen Welt.
Die Zeit, die uns bis zur nächsten europäischen Katastrophe bleibt, ist befristet durch die deutsche Aufrüstung. Das ist keine Frage von Monaten, aber auch keine von Jahrzehnten. Wird Hitler nicht rechtzeitig durch innerdeutsche Kräfte aufgehalten, so wird Europa in wenigen Jahren neuerlich in Krieg gestürzt. ...<<

16.06.1933

NS-Regime: Die Volkszählung für das Deutsche Reich (ohne Saargebiet) ergibt am 16. Juni 1933 folgendes Ergebnis (x032/64): >>65,3 Millionen Einwohner. 31,7 Millionen Einwohner sind männlichen Geschlechts, 33,6 Millionen weiblichen Geschlechts (Zunahme seit Juni 1925 um 2,7 Millionen = 4,4 %). Es gibt 41.080.024 Personen evangelischer Religionszugehörigkeit, 21.760.065 römisch-katholischen Glaubens, 13.086 orthodoxe Christen, 22.049 Altkatholiken, 502.799 Glaubensjuden, 153.297 Mitglieder von Weltanschauungsgemeinschaften, 2.441.714 Gemeinschaftslose und 56.414 Personen, die keine näheren Angaben machen.<<

17.06.1933

NS-Regime: Der ungarische Ministerpräsident Gyula Gömbös von Jàkfa (1886-1936, ein rechtsradikaler Politiker und fanatischer Antisemit) ist der erste ausländische Regierungschef, der Hitler am 17. Juni 1933 offiziell besucht (x051/221).

Hitler ernennt Baldur von Schirach am 17. Juni 1933 zum Jugendführer des Deutschen Reiches. Schirach erhält damit die Aufsicht über die gesamte NS-Jugendarbeit.

18.06.1933

CSR: In Karlsbad berichtet am 18. Juni 1933 die erste Ausgabe der sozialdemokratischen Wochenzeitung "Neuer Vorwärts" (x032/64-65): >>Zerbrecht die Ketten!

Der Welt die Wahrheit zu sagen und dieser Wahrheit auch den Weg nach Deutschland zu öffnen, ist unsere Aufgabe.

Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein!

Brecht die Ketten!

Vorwärts!<<

24.06.1933

NS-Regime: Wegen fehlender Reichskirchenverfassung wird die Wahl des evangelischen Reichsbischofs nicht anerkannt. Hitler läßt am 24. Juni 1933 einen NS-Staatskommissar einsetzen, um die kirchlichen Angelegenheiten zu regeln.

Reichsbischof Friedrich von Bodelschwingh kapituliert danach vor dem Druck des NS-Regimes und tritt zurück.

29.06.1933

NS-Regime: Am 29. Juni 1933 wird der ehemalige Reichskanzler Gustav Bauer (1870-1944, 1912-28 SPD-Reichstagsabgeordneter, 1919/20 erster Reichskanzler der Weimarer Republik) verhaftet.

In den folgenden Tagen werden etwa 3.000 sozialdemokratische Politiker interniert (x032/68).

Juni 1933

NS-Regime: Bis Ende Juni 1933 läßt Hitler alle 32 Parteien des ehemaligen Deutschen Reichstages verbieten oder auflösen (wie z.B. die SPD am 22.06.1933, DNVP = ehemaliger Koalitionspartner der NSDAP am 27.06.1933).

Der SA-Führer Ernst Röhm fordert im Juni 1933 die Fortsetzung der "deutschen Revolution" (x129/37): >>Die Sturmmänner der brauen Front haben unter namenlosen Opfern die Banner der deutschen Erhebung durch viele nachtdunkle Jahre von Feigheit, Verfolgung und Terror getragen. Durch die zahllosen, von Arbeit und Kampf und Blut beunruhigten Nächten leuchtete ihnen hellstrahlend ein Ziel: ein neues, in einer geistigen Revolution aus nationalsozialistischem und sozialistischem Geiste wiedergeborenes Deutschland!

Dieses Ziel ist noch längst nicht erreicht. Und solange das wirkliche nationalsozialistische Deutschland noch der Erfüllung harrt, hört der erbitterte, leidenschaftliche Kampf der SA und SS nicht auf! ...

Die Leute, die überall "dabei sind" und – vorläufig noch leise – ihr brav-bürgerliches Sprüchlein von Ruhe und Ordnung murmeln, haben wir auf unserem jahrelangen Opfergang für das

neue Deutschland unseres Sehnens nicht gesehen. Bestenfalls standen sie beiseite und schauten zu, wie wir um Deutschland kämpften und bluteten. Ihnen waren wir zu unvornehm, zu laut, zu radikal!
Ihnen sind wir es noch und wieder. Ihnen genügt es, daß über Deutschland die schwarz-weißroten Farben des Bismarck-Reiches und als revolutionäre Konzession die Hakenkreuzfahne wehen. Ihnen reicht auch das bisher errungene Maß äußerer Macht, an der sie teilhaben dürfen. Sie wären sogar mit bedeutend weniger zufrieden, denn sie haben nicht darum zu kämpfen brauchen, sondern sind nur Nutznießer unseres Sieges! ...
Wir bekennen uns stolz und ohne Einschränkung zur hohen Ehre und schweren Verantwortung, die deutsche Revolution in Rollen gebracht zu haben. Unter unseren Sturmfahnen marschieren heute die Träger des Willens der deutschen nationalsozialistischen Revolution: Arbeiter, Bauern und Soldaten.
Wenn die Spießerseelen meinen, daß es genüge, wenn der Staatsapparat ein anderes Vorzeichen erhalten hat, daß die "nationale" Revolution schon zu lange dauert, so pflichten wir ihnen hierin ausnahmsweise gern bei: Es ist in der Tat hohe Zeit, daß die nationale Revolution aufhört und das daraus die nationalsozialistische wird!
Ob es ihnen paßt oder nicht, - wir werden unseren Kampf weiterführen. Wenn Sie endlich begreifen, um was es geht: mit ihnen! Wenn sie nicht wollen: ohne sie! Und wenn es sein muß: gegen sie! ...
Deutschland wird nationalsozialistisch oder es stirbt!
Und darum geht die deutsche Revolution weiter, bis das Hakenkreuz an unseren Fahnen und Abzeichen nicht mehr nur äußeres Symbol ehrlichen Bekennens oder konjunktureller Gleichschaltung, sondern heiliger Herzensbesitz des ganzen Volkes geworden ist! ...<<
Dr. Wolfgang Petter schreibt später über die "Sturmabteilung (SA)" in den Jahren 1933-1945 (x051/570): >>Sturmabteilung (SA) ... Von März bis Herbst 33 konnte die SA dann, hauptsächlich aus Beschäftigungslosen bestehend und gelegentlich sogar kriminell infiltriert, hemmungslos Rache an ihren politischen Gegnern und ideologischen Feinden nehmen (ca. 50.000 Häftlinge in eigenen, z.T. "wilden" KZ, Schutzhaft).
Ihren realen Macht- und Versorgungsansprüchen trat das Regime jedoch entgegen, das keinen Umsturz, sondern Gleichschaltung wünschte. Als die SA eine Zweite Revolution forderte, um überhaupt noch eine Aufgabe zu haben, wurde sie durch die Aktion des 30.6.34 (Röhm-Affäre) als Machtfaktor zugunsten der SS ausgeschaltet.
Der Ermordung von etwa 50 Führern durch die SS folgte eine rapide Schrumpfung. Sie sah sich nun von den kompromittierendsten Persönlichkeiten – Röhm an ihrer Spitze – befreit und konnte endlich diejenigen ausscheiden, die Moral und Justiz widersprachen.
Die hohen Zahlenrückgänge ergaben sich v.a. aus der Wiederausgliederung sowieso inaktiver Teile, wie des ehemaligen "Kyffhäuser-Bundes" mit 1,5 Millionen, und der Massenentlassung von Mitläufern und Versorgungssuchenden. SS und HJ, die dem Stabschef nominell unterstanden hatten, wurden auch formal unabhängig.
Eine echte Einbuße bedeutete dagegen die Verselbständigung des NSKK und die Eingliederung des SA-Feldjägerkorps in die Schutzpolizei. Durch Letzteres wurde die SA dem polizeilichen Zugriff und, durch endgültige Verweigerung einer eigenen Gerichtsbarkeit, der öffentlichen Justiz bzw. der SS unterworfen. Für Neuaufnahmen wurde ein Filter vorgeschaltet: Bewerber hatten vorher der HJ oder der Wehrmacht anzugehören. Der unkontrollierbare Massenzustrom mit seinen radikalisierenden Folgen war damit unterbunden. Von 4,5 Millionen im Juni 34 sank die Mitgliederzahl bis September 34 auf 2,6 Millionen, bis Oktober 35 auf 1,6 Millionen und bis 1938 auf 1,2 Millionen ab.
Mit ihrer vollständigen Entwaffnung und der Abgabe ihrer Waffenbestände an die Reichswehr, wo diese die Wiederaufrüstung spürbar voranbrachten, verlor die SA ihr Drohpotential.

Die Beschränkung auf Selbstverteidigungsmittel für Führer und wenige Stabswachen hob nicht nur ihre Eigenschaft als paramilitärischer Verband auf, die sich unter Röhm wieder eingestellt hatte, sondern stufte auch ihre Ausbildung auf Sport mit Wehrbezug herab.
Das Ausscheiden des Rowdytums auf dem Disziplinarweg und die Einschmelzung des ehemaligen Stahlhelm veränderten die SA nur langsam. Gewalttätige Vorkommnisse und vor allem die maßgebliche Beteiligung am Pogrom vom 9.11.38 (Kristallnacht) zeigen, daß die terroristische Energie der nationalsozialistischen Bewegung mehr oder minder latent in der SA gebündelt und abrufbar blieb, bis ihr der Krieg auf andere Weise ein Ventil öffnete. So behielt die SA, im Kontrast zu ihrem Machtverfall unter Röhms Nachfolger Lutze (Stabschef 1934-43), eine wichtige politische Funktion, die ihre weitere Existenz für das Regime durchaus rechtfertigte.
Neben Aufmärschen, Sammelaktionen u.ä. fiel ihr die vormilitärische Wehrerziehung zu, in der der Nationalsozialismus eine seiner Hauptaufgaben sah. Dabei verstärkte sich der Einfluß der entsprechend geschulten ehemaligen Stahlhelm-Angehörigen, denn Lutze beseitigte die gewachsenen Einheiten von Alt-SA und Stahlhelm zugunsten herkunftsmäßig gemischter und größenmäßig normierter Einheiten.
Am 15.2.35 erneuerte Hitler die Stiftung des SA-Sportabzeichens (ab 19.1.39 SA-Wehrabzeichen) dergestalt, daß es auch von Nichtmitgliedern der SA erworben werden konnte. Daß diese Prüfung den Nachweis nationalsozialistischer "Gesinnung" ohne größere Aktivitäten in der "Bewegung" ermöglichte, verlieh der SA beträchtliche Attraktivität. Galt sie doch offen als "das politisch harmloseste Unternehmen der Partei" (Heeresadjutant Engel, 1939), das bis Kriegsausbruch 1,5 Millionen junge Männer zum Nachweis der Systemkonformität in Anspruch nahmen.
Mit Kriegsausbruch übernahm die SA die Ausbildung zurückgestellter Wehrpflichtiger, die in den "SA-Wehrmannschaften" stattfand und bis April 40 noch einmal 1,5 Millionen Freiwillige erfaßte. Zugleich rückten 60 % der Mannschaften und 80 % der Führer in die Wehrmacht ein, da der SA-Dienst nicht vom Wehrdienst freistellte.
Eigene SA-Feldverbände analog zur Waffen-SS wurden nicht gebildet; nur im Sudetenland und in Danzig formierten sich vorübergehend SA-Freikorps. Die Rest-SA erledigte Hilfsaufgaben für Wehrmacht, Polizei, Zoll und Grenzschutz, Luftschutz, SS u.a.m.; 80.000 Bewaffnete unterstanden ... den Gauleitern als Polizeiverstärkung gegen Aufstände.
Zur Bildung des Volkssturms 1944/45 trug sie nur noch als Personalreservoir bei. Ihr letzter Stabschef, Wilhelm Schepmann (1943-45), wurde bei der Organisation übergangen und brachte es auch nicht zum Reichsleiter in der Partei. Im Nürnberger Prozeß wurde die SA als nicht schuldig im Sinne der Anklagepunkte eingestuft.<<

06.07.1933

NS-Regime: Hitler informiert am 6. Juli 1933 während einer öffentlichen Rede über die Ausschaltung und Auflösung aller demokratischen Parteien (x149/73): >>Die politischen Parteien sind jetzt endgültig beseitigt. Dies ist ein geschichtlicher Vorgang, dessen Bedeutung und Tragweite man sich vielleicht noch gar nicht bewußt geworden ist. Wir müssen jetzt die letzten Überreste der Demokratie beseitigen, insbesondere auch die Methoden der Abstimmung und der Mehrheitsbeschlüsse, wie sie bis heute noch vielfach bei den Kommunen, in wirtschaftlichen Organisationen und Arbeitsausschüssen vorkommen, und die Verantwortung der Einzelpersönlichkeit überall zur Geltung bringen.<<

13.07.1933

NS-Regime: In allen NS-Reichsbehörden wird am 13. Juli 1933 der "deutsche Gruß" eingeführt (Erheben des rechten Armes mit den Worten "Heil Hitler" oder "Heil").
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Deutschen Gruß (x051/-119): >>Deutscher Gruß (Hitlergruß), Erhebung des ausgestreckten rechten Arms bis in Au-

genhöhe bei geöffneter Handfläche zu den Worten "Heil Hitler!"
Der Deutsche Gruß, schon in der sogenannten Kampfzeit bei den Nationalsozialisten üblich, wurde seit 1933 in der deutschen Öffentlichkeit als einzige Grußform durchgesetzt; er wurde auch im Schriftverkehr verlangt in der Schlußformel "Mit deutschem Gruß Heil Hitler!" oder nur als Hitlergruß.
Die Propaganda leitete den Deutschen Gruß von der germanischen Akklamation her; die offene Hand sei Zeichen des waffenlosen Vertrauens unter "freien Menschen", der Deutsche Gruß habe "alles Unterwürfige" abgestreift.
Wie wenige amtliche Vorschriften des nationalsozialistischen Regimes stieß der Deutsche Gruß auf Widerstand, da er in vielen, insbesondere katholischen Gegenden an die Stelle religiöser Grußformen trat und daher als gotteslästerlich empfunden wurde.
Trotz mancher Verurteilung wegen Verweigerung des Deutschen Grußes blieb seine Unterlassung oder die Art der Ausführung (z.B. Verballhornung als "Drei Liter!") ein oft genutztes Ventil für die sonst nicht mögliche Kritik am Regime. Eine Nebenform des Deutschen Grußes ersetzte zunehmend auch Sondergrußformen wie "Glückauf!", "Waldmanns Heil!", an ihre Stelle trat ein einheitliches "Sieg Heil!"
In der Wehrmacht war der Deutsche Gruß statt des militärischen Grußes vorgeschrieben, wenn keine Kopfbedeckung getragen wurde, nach dem Attentat vom Zwanzigsten Juli 44 insgesamt obligatorisch.<<

14.07.1933

NS-Regime: Das NS-Regime erläßt am 14. Juli 1933 ein "Gesetz gegen die Neubildung von Parteien" (x032/72): >>... In Deutschland besteht als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. ...<<
Das NS-Regime erläßt am 14. Juli 1933 ferner ein "Gesetz über die Verfassung der deutschen evangelischen Kirche", um die evangelische Kirche in das NS-System einzuordnen.
Goebbels berichtet am 14. Juli 1933 in seinem Tagebuch (x191/188): >>Ich habe auch kein Mittel unversucht gelassen, um wenigstens die personelle Reform des Rundfunks an der Spitze absolut durchzuführen. ...
Ich habe dabei festgestellt, daß solche Reformen nur von Menschen durchgeführt werden können, die eine große Portion von Grausamkeit in sich tragen. ...
Ich habe mich letzten Endes entschlossen und diesen Entschluß schon immer gehabt, die Schlüsselstellungen beim Rundfunk mit 100 %igen Nationalsozialisten zu besetzen. ...<<

20.07.1933

Vatikan: Die katholische Kirche ist bis zur Machtübernahme Hitlers zwar ein entschiedener Gegner der NS-Bewegung, aber die Katholiken zeigen sich schon bald kompromißbereit. Am 20. Juli 1933 schließen Papst Pius XI. und das NS-Regime in Rom ein feierliches Konkordat. In diesem Vertrag mit der katholischen Kirche garantiert der NS-Staat "die Freiheit des Bekenntnisses und die Ausübung der katholischen Religion".
Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtet später über das Abkommen zwischen dem Vatikan und der NSDAP vom 20. Juli 1933 (x1.001/7): >>… Joseph Rovan (1918-2004, französischer Historiker und Journalist) … kommentiert das diplomatische Abkommen zwischen dem Vatikan und dem faschistischen (nach dem Führerprinzip organisierten, nationalistischen, antidemokratischen, rechtsradikal regierten) Deutschen Reich am 20. Juli 1933: "Das Konkordat (staatliches Abkommen mit dem Vatikan) brachte der, fast überall als aus Usurpatoren ("Thronräubern"), wenn nicht gar Banditen bestehend angesehenen, nationalsozialistischen Regierung die Zustimmung zu einem Vertrag mit der ältesten internationalen Macht (dem Vatikan).
In gewisser Weise war es die Entsprechung einer Urkunde über internationale Ehrenhaftigkeit (… Der politische Katholizismus in Deutschland, Paris 1956, S. 231 …)."

Somit unterstützte der Papst, nicht zufrieden mit seiner "persönlichen" Unterstützung Hitlers, auf diese Weise moralisch auch das faschistische Deutsche Reich!
Zur gleichen Zeit, als jenseits des Rheins der Terror zu regieren begann und stillschweigend akzeptiert und gebilligt wurde, hatten die sogenannten "Braunhemden" bereits 40.000 Personen in KZs gesteckt. Die Pogrome vermehrten sich, während der Nazimarsch: "Und wenn das Blut von den Messern spritzt, fühl' ich mich noch mal so gut." (Horst-Wessel-Lied) erklang.
In den folgenden Jahren sah Papst Pius XII. noch schlechter, ohne beunruhigt zu sein. Es ist nicht überraschend, daß die katholischen Oberhäupter Deutschlands in ihrer Unterwürfigkeit gegenüber dem NS-Regime miteinander wetteiferten, ermutigt wie sie durch ihren römischen "Meister" waren. …<<
Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über das "Konkordat" zwischen dem NS-Regime und der katholischen Kirche (x051/323-324): >>Konkordat (Reichskonkordat), Vertrag zwischen der deutschen Reichsregierung und dem Heiligen Stuhl vom 20.7.33.
Das Konkordat kam nach mehreren vergeblichen Anläufen in der Weimarer Republik durch seit April 33 zwischen Papen, Prälat Kaas und dem Kardinalstaatssekretär Pacelli (Pius XII.) laufende Verhandlungen zustande.
Das am 10.9.33 in Kraft getretene und die bestehenden Länderkonkordate (1924 Bayern, 1929 Preußen, 1932 Baden) weiter garantierende Vertragswerk sah u.a. vor:
Gewährleistung der "Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der katholischen Religion" (Artikel 1), Garantien für das freie Besetzungsrecht der Kirche für alle Kirchenämter und Benefizien (Artikel 14), für Orden und Religionsgemeinschaften (Artikel 15), für das kirchliche Eigentum (Artikel 17), für die Erhaltung der katholisch-theologischen Fakultäten an den staatlichen Hochschulen (Artikel 19), die Errichtung neuer philosophischer und theologischer Lehranstalten für den Klerus (Artikel 20), die Anerkennung des katholischen Religionsunterrichts an den öffentlichen Schulen (Artikel 21), die Beibehaltung und Neueinrichtung von katholischen Bekenntnisschulen (Artikel 23), den Schutz katholischer Organisationen und Verbände, "die ausschließlich religiösen, rein kulturellen und karitativen Zwecken dienen" (Artikel 31, dessen konkrete Ausfüllung Verhandlungen mit dem deutschen Episkopat vorbehalten bleiben sollte), das Verbot einer Mitgliedschaft für Geistliche und Ordensleute in politischen Parteien (Artikel 32).
Ein geheimes Zusatzprotokoll regelte die Stellung der Geistlichen bei Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht.
Gegen Preisgabe der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen des deutschen Katholizismus (4./5.7.33 Selbstauflösung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei) hoffte der Vatikan angesichts der fortschreitenden totalitären Gleichschaltungsbestrebungen des Regimes durch ein Konkordat dem drohenden Kirchenkampf Einhalt gebieten und eine rechtlich abgesicherte Verteidigungsstellung für die Selbstbehauptung der katholischen Kirche, ihre Eigenständigkeit und den Schutz des wichtigen Laienelements schaffen zu können.
Die Vermutung, der Vatikan habe in einer Art "Dolchstoß" das Zentrum bereits im Wissen um einen bevorstehenden Abschluß eines Konkordats am 23.3.33 zur Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz gedrängt, um es dann unmittelbar danach fallen zu lassen, ist nicht eindeutig zu belegen.
Für Hitler bedeutete das Konkordat außenpolitisch Anerkennung und Prestige v.a. gegenüber katholischen Ländern, eine völkerrechtliche Verbriefung seiner Vertragswürdigkeit und eine Durchbrechung der Isolierung Deutschlands, innenpolitisch einen beachtlichen Legitimitäts- und Loyalitätsgewinn bei den Katholiken, eine Anerkennung des Regimes durch den Vatikan sowie die Zerschlagung des politischen Katholizismus und eine Entpolitisierung der Geistlichkeit.
Das Konkordat konnte sofort einsetzende einseitige Verstöße besonders gegen die Artikel 15,

17, 19, 23, 31 - Verfolgung der katholischen Jugendverbände und Standesorganisationen, Offensive gegen die katholische Bekenntnisschule, Prozesse gegen Ordensgeistliche (Priesterprozesse), Diskriminierung der "Caritas" u.a. - nicht verhindern. Sie führten trotz laufender Proteste des Vatikans zur Verschärfung des Kirchenkampfes und am 14.3.37 zur päpstlichen Enzyklika "Mit brennender Sorge".
Die Beurteilung des Konkordats ist zwiespältig: Es spielte zwar eine wichtige Rolle bei der inneren und äußeren Stabilisierung des Regimes und der Ausschaltung seiner Gegner; andererseits rettete es aber für die katholische Kirche einen gewissen Freiraum der Selbstverteidigung und Nichtanpassung gegenüber den Eingriffen und Ansprüchen des Regimes und eine Rechtsgrundlage im Kirchenkampf und setzte damit dem Prozeß der allgemeinen Gleichschaltung des gesellschaftlichen und religiösen Lebens doch gewisse Grenzen.
Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26.3.57 ist das Konkordat für die Bundesrepublik weiterhin gültig.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über "Pius XI." (x051/445): >>Pius XI., ursprünglich Achille Ratti, geboren in Desio 31.5.1857, gestorben in Rom 10.2.1939, Papst; 1879 Priesterweihe; 1914 Präfekt der Vatikanischen Bibliothek, 1919 Nuntius in Polen, 1921 als Kardinal Erzbischof von Mailand, 6.2.22 Wahl zum Papst.
Der Beginn des Pontifikats von Pius XI. fiel mit dem Aufstieg des italienischen Faschismus zusammen und stand zugleich unter dem Schock der bolschewistischen Kirchenverfolgung in Rußland. Alle Maßnahmen kirchenpolitischer Art zielten daher auf vertragliche Absicherung der katholischen Positionen durch Konkordate mit den verschiedenen Ländern: u.a. Bayern (29.3.24), Preußen (14.6.29), Baden (12.10.32), Österreich (5.6.33).
In den Lateranverträgen (11.2.29) gelang auch ein Ausgleich mit Mussolini, dessen antikommunistische Haltung eine gewisse Sicherung gegen sozialistische Umstürzler versprach.
Auch die nationalsozialistische Machtergreifung betrachtete Pius XI., seit 1930 beraten von Kardinalstaatssekretär Pacelli (Pius II.), zunächst v.a. unter diesem Gesichtspunkt, drängte den deutschen Episkopat zur Aufgabe der anti-nationalsozialistischen Haltung und erreichte am 20.7.33 auch mit dem Deutschen Reich ein Konkordat unter Opferung des politischen Katholizismus und um den Preis einer erheblichen internationalen Aufwertung des Dritten Reiches.
Hatte er in Italien den Verlust der politischen Position noch durch die Belebung der Katholischen Aktion zum Teil wettmachen können, so wurde das als Schutz geplante Konkordat im Deutschen Reich Auftakt einer sich steigernden Kirchenverfolgung.
Lange ließ es Pius XI. bei Protestnoten (bis 1936: 34) bewenden, bis er in der Enzyklika "Mit brennender Sorge" (14.3.37) mit seinen Klagen an die Öffentlichkeit trat, ohne allerdings mehr als eine dramatische Verschärfung des Kirchenkampfes zu erreichen.<<

23.07.1933

Deutsches Reich: Die Liste der evangelischen Jungreformatoren "Evangelium und Kirche" tritt zwar am 23. Juli 1933 bei den Kirchenwahlen an, aber dank Hitlers massiver Unterstützung, der alle Machtmittel des NS-Regimes einsetzen läßt, kann der Wahlsieg der Deutschen Christen nicht verhindert werden.
Nach dieser Niederlage bereitet der Berliner Pfarrer Martin Niemöller (1892-1984) die Gründung eines "Pfarrernotbundes" vor.

Der evangelische Widerstand gegen die NS-Reichskirche

Innerhalb der evangelischen Kirche, die nach dem Ersten Weltkrieg und dem Untergang der Monarchie in 3 Gruppen (Lutheraner, Reformierte und Unierte) zersplittert war, bildeten protestantische Geistliche (wie der ehemalige Wehrkreispfarrer Ludwig Müller) eine rechtsradikale Glaubensbewegung ("Deutsche Christen" - DC).
Die "Deutschen Christen", zum größten Teil handelte es sich um national und konservativ gesinnte Pastoren, schlossen sich der NS-Volksbewegung an, um angeblich die Rechte der

evangelischen Kirchengemeinden zu schützen, die Spaltung der 28 selbständigen Landeskirchen zu überwinden und mit Hilfe des NS-Regimes eine kirchliche Erneuerung durchzusetzen. Für Hitler war die Gründung der evangelischen NS-Reichskirche jedoch lediglich ein Mittel, um die evangelischen Kirchen gleichzuschalten und die diktatorische "NS-Kirchenpolitik" durchzusetzen.
Der von der NS-Partei unterstützte Reichsbischof Ludwig Müller übernahm ab September 1933 die Leitung der "Deutschen Christen". Müller setzt Hunderte von Pastoren ab, so daß sich immer mehr evangelische Gemeinden und Landeskirchen gegen die "Deutschen Christen" wehrten.
Obgleich die lutherische Tradition Gehorsamkeit gegenüber der staatlichen Obrigkeit forderte (sogenannte "Zwei-Reich-Lehre" vom göttlichen und weltlichen Reich), veranlaßte die Einschränkung der kirchlichen Tätigkeit durch das NS-Regime und die Einsicht in die Unvereinbarkeit von Christentum und NS-Absolutheitsanspruch immer mehr wagemutige Pastoren, dem NS-Regime öffentlich zu widersprechen und entschiedenen Widerstand zu leisten.
Viele evangelische Theologen, wie Karl Barth (1886-1968), lehnten jegliche Zusammenarbeit mit den "Deutschen Christen" bzw. mit Hitlers NS-Reichskirche ab.
Barth schreibt z.B. im Juni 1933 in seiner Streitschrift "Theologische Eristenz heute" (x199/-240): >>Ich halte dafür, daß das Ende der evangelischen Kirche gekommen wäre, wenn diese Lehre, wie es der Wille der "Deutschen Christen" ist, in ihr zur Alleinherrschaft kommen würde. Ich halte dafür, daß die evangelische Kirche lieber zu einem kleinsten Häuflein werden und in die Katakomben gehen sollte, als daß sie mit dieser Lehre auch nur von Ferne Frieden schlösse. ...<<
Im Juli 1933 schlagen Martin Niemöller, Hanns Lilje und andere Pfarrer eine von 2.000 Pastoren unterzeichnete Erklärung in den Kirchen an, die sich gegen die Diktatur der "Deutschen Christen" wendet (x199/241): >>In dieser ernsten Stunde, da wir aus schwerer Gewissensnot diesen Protest aussprechen müssen, geloben wir vor Gott, alle unsere Kräfte daran zu setzen, daß die Heilsbotschaft rein und lauter unter uns verkündet werde als die Offenbarung des lebendigen Gottes in Christus. ...<<
Drei Monate später gründete Pastor Niemöller mit anderen Pastoren in Berlin-Dahlem den "Pfarrernotbund", der sich gegen die Gleichschaltung der evangelischen Kirche wehrte und im Mai 1934 die Bekennende Kirche ins Leben rief.
Im Jahre 1935 übernahm Pfarrer Dietrich Bonhoeffer (1906-1945) die Leitung des Predigerseminars der Bekennenden Kirche. Bonhoeffer, eine führende Persönlichkeit des kirchlichen Widerstandes, bestand nicht allein auf dem Recht freier Kirchenarbeit, sondern er war auch bereit, sein Leben als Christ zu opfern. Bonhoeffer kritisierte den rein kirchlichen Widerstand und nahm später Kontakt mit politischen Widerstandsgruppen auf, um den "Antichristen" Hitler auszumerzen. Er beabsichtigte, "nicht nur Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen".
Bonhoeffer ist schon frühzeitig davon überzeugt, daß der kirchliche Widerstand ein Weg des Leidens sein wird (x199/244-45): >>Wer in die Nachfolge Jesu eintritt, gibt sich in den Tod Jesu, das ist von Anfang an so.
Nachfolge ist Bindung an den leidenden Christus. Darum ist das Leiden des Christen nichts Befremdliches. Es ist vielmehr lauter Gnade und Freude. Die Berichte über die ersten Märtyrer der Kirche bezeugen es, daß Christus den Seinen den Augenblick des höchsten Leidens verklärt durch die unbeschreibliche Gewißheit seiner Nähe und Gemeinschaft. So wurde ihnen mitten in der furchtbaren Qual die höchste Freude zuteil.<<
In den folgenden Jahren wurden die Gewaltmaßnahmen des NS-Regimes ständig heftiger. Das kirchliche Leben wurde planmäßig behindert. Die Jugendarbeit und das kirchliche Schrifttum wurden vielerorts lahmgelegt. Amtsenthebungen oder Inhaftierungen vieler Pfarrer und Theo-

logieproffessoren, Verbote von Veröffentlichungen und Zeitungen der Kirchen waren an der Tagesordnung. Eingriffe des NS-Regimes in Verwaltung und Vermögen der evangelischen Kirche konnten ebenfalls nicht verhindert werden.
Die Bekennende Kirche sammelte im Laufe der Jahre ungeachtet aller Schikanen die Mehrheit der evangelischen Pastoren um sich, die sich eindeutig hinter Bibel und Bekenntnis stellten und trotz aller Gefahren Widerstand leisteten.
Friedrich Weißler (1891-1937, juristischer Mitarbeiter in der Kirchenleitung der Bekennenden Kirche) wurde am 8. Oktober 1936 von der Gestapo verhaftet, am 13. Februar 1937 ins Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert und nach nächtelangen Folterungen am 19. Februar 1937 ermordet. Friedrich Weißler, der erste Märtyrer des evangelischen Kirchenkampfes, war jüdischer Herkunft. Pastor Bonhoeffer, Pastor Schneider und viele andere Märtyrer sollten später folgen.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die Deutschen Christen (x051/-115-116): >>Deutsche Christen (DC), zunächst Sammelbezeichnung für Gruppen in der Deutschen Evangelischen Kirche, die völkischen Ideen nahe standen und die NSDAP förderten, später (1932) Eigenbezeichnung der Mitglieder der "Glaubensbewegung Deutsche Christen", die auf Initiative des märkischen Gauleiters Kube ins Leben gerufen wurde. "Reichsleiter" wurde Pfarrer Hossenfelder.
Ziel der Deutschen Christen war die am Führerprinzip ausgerichtete evangelische Reichskirche auf der Grundlage von Rasse und Volk.
Die Brücke zwischen Kirche und Nationalsozialismus hatte die politische Theologie geschlagen, hervorgegangen aus der Geschichtstheologie der Vorkriegszeit, die für die Deutschen und ihr Reich einen Sonderplatz im göttlichen Heilsplan reklamierte. Verunsichert durch die sozialistische Revolution und die brutale Kirchenverfolgung im bolschewistischen Rußland, suchten die konservativen Kräfte der evangelischen Kirche das Bündnis mit der völkischen Bewegung.
Man sah im Evangelium "das höchste ewige" und im deutschen Volkstum "das höchste zeitliche Gut". Markstein dieser Entwicklung wurde der "vaterländische Kirchentag" in Königsberg 1927, auf dem der Theologe P. Althaus die Weichen zu "deutscher Verkündigung des Evangeliums" stellte. Der nebulöse Punkt 24 ("positives Christentum") des Parteiprogramms der NSDAP ließ diese bei der Hitlerbewegung gut aufgehoben erscheinen.
Zwar brachten die Kirchenwahlen 1932 in Preußen noch nicht den Sieg der frisch etablierten Deutschen Christen, doch immerhin fast ein Drittel der Sitze in den entscheidenden Gremien. Die Machtergreifung Hitlers gab dann neue Impulse, zumal der Kanzler im April 33 den Königsberger Wehrkreispfarrer L. Müller, der den Deutschen Christen nahe stand, zu seinem Berater in Angelegenheiten der evangelischen Kirche machte.
Der attraktivste Programmpunkt der Deutschen Christen, Errichtung einer evangelischen Reichskirche, brachte paradoxerweise zunächst einen Rückschlag: Mit 91 : 8 Stimmen wählten die Vertreter der 28 Landeskirchen am 27.5.33 den Leiter der Betheler Anstalten von Bodelschwingh zum ersten Reichsbischof und nicht den Hitler-Protegé Müller.
Daß mit einem Bodelschwingh weder Führerprinzip noch Arierparagraph in der Kirche Einzug halten würden, war Hitler klar. Mit Verfahrenstricks (fehlende Verfassung einer Reichskirche) und Bestellung staatlicher Kirchenkommissare schikanierte man Bodelschwingh zum Rücktritt. Erneute und sehr kurzfristig angesetzte Kirchenwahlen am 23.7.33 ergaben nun nach massiver Intervention Hitlers einen Erdrutschsieg der Deutschen Christen in den Synoden. Am 27.9.33 wählte die Nationalsynode in Wittenberg Ludwig Müller einstimmig zum Reichsbischof.
Die Landeskirchen aber ließen sich nicht ohne weiteres gleichschalten. Auch erster theologischer Widerstand gegen das Eindringen vor allem der nationalsozialistischen Rassenideologie

in die Kirche regte sich in Gestalt des Pfarrernotbundes, gegründet von Niemöller.
Die Deutschen Christen aber überreizten ihre Karte, als ihr radikaler Flügel auf einer Kundgebung im Berliner Sportpalast am 13.11.33 handstreichartig die Übernahme des Arierparagraphen ins kirchliche Leben durchzusetzen versuchte. Die 20.000 Versammelten beschlossen bei einer (!) Gegenstimme u.a.: Die deutsche "Volkskirche" müsse sich freimachen vom "Alten Testament und seiner jüdischen Lohnmoral", solle ein "heldisches Jesusbild" vermitteln und Nicht-Arier aus ihren Reihen ausschließen.
Aus dem Sturm der Entrüstung gegen diesen Beschluß, der den Juden Jesus zum Kronzeugen des Antisemitismus machte, entwickelte sich die Bekennende Kirche. Massenaustritte dagegen schwächten die Deutschen Christen und den "Reibi" (Reichsbischof) Müller, so daß Hitler das Interesse an dieser seiner fünften Kolonne in der evangelischen Kirche verlor. Er setzte fortan auf Administration und Konfrontation.
Trotz aller Anbiederung gewannen die Deutschen Christen nie wieder entscheidenden Einfluß. Nach dem Rücktritt des ersten Reichsleiters Hossenfelder Ende 1933 übernahm die Führung Christian Kinder und steuerte unter der Bezeichnung "Reichsbewegung Deutsche Christen" volksmissionarisch Reformkurs. Es kam aber zu Abspaltungen etwa der Thüringer unter Leffler und Julius Leutheuser, die schon 1927 eine Deutsche-Christen-Bewegung gegründet hatten.
Auf Reichsebene nannten sich die Deutschen Christen, nun geleitet von Werner Petersmann, seit 1938 "Luther-Deutsche".
Daneben existierten allerlei Arbeitsgemeinschaften und landeskirchliche Gruppen in wechselnden Bündnissen, die 1939 ein "Institut zur Erforschung (sprich: Eliminierung) des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben" gründeten. Sie hatten sich trotz aller Brüskierungen durch führende Nationalsozialisten wie Himmler, Rosenberg oder Bormann, die kirchliche Umarmung argwöhnten, nicht von den antisemitischen und völkischen Anfängen gelöst; für manche hatte Hitler gar Offenbarungscharakter.
In ihren Zeitschriften "Evangelium im Dritten Reich" (1932-36) und "Die Nationalkirche" (1932-41) feierten sie die Wiederentdeckung der Schöpfungsordnungen von Volk, Staat, Rasse, Familie.
Nach dem Zusammenbruch verboten die Alliierten die Deutschen Christen; gegen einige ihrer Führer gingen die Landeskirchen mit einem "Verfahren zur Wiederherstellung eines an Amt und Bekenntnis gebundenen Pfarrerstandes" vor.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Kirchenkampf" gegen das NS-Regime (x051/310): >>Kirchenkampf, kirchenhistorische Epochenbezeichnung für die Geschichte v.a. der beiden großen Konfessionen im Dritten Reich.
Kirchenkampf (auch Kirchenstreit, -wirren) meinte Ende 33 zunächst nur das Ringen in der evangelischen Kirche um das wahre Bekenntnis und die Abwehr der Irrlehren der Deutschen Christen, dehnte sich dann auf den weltanschaulichen Konflikt mit dem Nationalsozialismus aus und wurde so auch auf den Kampf der katholischen Kirche um Selbstbehauptung und Verkündigung übertragen.
Umgekehrt bezeichnet Kirchenkampf die Gesamtheit der nationalsozialistischen Maßnahmen und Pläne zur Disziplinierung, Gleichschaltung, Zurückdrängung und letztlich Vernichtung der Kirchen und des Christentums.<<

25.07.1933

NS-Regime: Hitler erklärt am 25. Juli 1933 während des 15. Deutschen Turnfestes in Stuttgart (x032/75): >>Im Dritten Reich lebt nicht nur das Wissen, sondern auch die Kraft, und schönstes Ideal ist uns der Menschentypus der Zukunft, bei dem strahlender Geist sich findet in herrlichem Körper. ...<<

28.07.1933

NS-Regime: Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtet am 28. Juli 1933 (x243/49): >>Oberbürgermeister Dr. H. ... seines Amtes enthoben. ... Die Führung der Amtsgeschäfte ist ... in die Hand des Fraktionsführers der NSDAP ... gelegt. ...<<

31.07.1933

NS-Regime: Am 31. Juli 1933 befinden sich bereits 26.789 NS-Regimegegner (politische Gefangene, Schriftsteller und Pastoren) in der NS-Schutzhaft (x032/76).

Gegen die willkürliche Verhängung der Schutzhaft und Einweisung in Konzentrationslager gibt es gemäß "Reichstagsbrandverordnung" keine Einspruchsmöglichkeit.

Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtet am 31. Juli 1933 (x243/49): >>Das Kultusministerium hat ... angeordnet, daß Schüler ... den Lehrern ... in der Schule künftig den Hitlergruß zu erweisen haben. ...<<

03.08.1933

NS-Regime: Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtet am 3. August 1933 (x243/49): >>Der stellvertretende Stadtvorstand erklärt vor dem mit Hitlergruß eröffneten Gemeinderat: ... "Ich bekam am Freitag von der Regierung in Stuttgart den Auftrag, auf das Rathaus zu gehen und die Geschäfte der Stadt zu übernehmen. Dies geschah dann auch im Beisein des stellvertretenden Kreisleiters." ...

Eine besondere Begründung für die Dienstentlassung des bisherigen Stadtvorstandes zu geben, habe man keine Veranlassung. ... Man habe sich davon überzeugt, daß Oberbürgermeister Dr. H. ... nicht für den Nationalsozialismus in der gegebenen Weise einzutreten bereit war. ...<<

07.08.1933

NS-Regime: Die "Schlesische Tageszeitung" berichtet am 7. August 1933 (x050/75): >>Die Kreisleitung Breslau teilt mit, daß Frauen mit geschminktem Gesicht der Zutritt zu allen Veranstaltungen der NSDAP verboten ist. Die Amtsleiter sind angewiesen, eine entsprechende Kontrolle durchzuführen.<<

13.08.1933

NS-Regime: DAF-Leiter Robert Ley (1890-1945, Selbstmord) erklärt in der Zeitung der Deutschen Arbeitsfront vom 13. August 1933 (x243/56): >>... Unser Staat ist ein autoritärer Staat. ... Während der alte Staat ein Nachtwächterstaat war, ist unser Staat ein Erziehungsstaat. ... Er läßt die Menschen nicht los. Von der Wiege bis zum Grabe.

Und so fangen wir schon beim Kinde von 3 Jahren an, sobald es anfängt zu denken, bekommt es ein Fähnchen zu tragen. Alsdann folgt die Schule, die HJ, die SA, der Wehrdienst.

Wir lassen die Menschen nicht los, und wenn das alles vorbei ist, kommt die Deutsche Arbeitsfront und nimmt die Menschen immer wieder auf und läßt sie nicht mehr los bis zum Grabe, mögen sie sich auch dagegen wehren. ...<<

22.08.1933

NS-Regime: Die "Frankfurter Zeitung" berichtet am 22. August 1933 (x050/75): >>Der Erfurter Polizeipräsident hat, wie berichtet, die Inhaber von Gaststätten, Cafés usw. aufgefordert, in ihren Lokalen Schilder mit der Aufschrift "Damen werden gebeten, nicht zu rauchen" anzubringen. ...

Sollte das irgendwo nicht der Fall sein, würde er sich veranlaßt sehen, die Namen der betreffenden Gaststätten öffentlich bekanntzugeben.<<

23.08.1933

NS-Regime: Die "Frankfurter Zeitung" berichtet am 23. August 1933 (x050/130): >>Der Inspektor West im Jugendherbergsverband hat für alle westdeutschen Jugendherbergen die Aufführung von modernen Tänzen und das Spielen von Schlagern verboten. In Zukunft sollen in den Jugendherbergen nur noch deutsche Weisen zu hören und alte Volkstänze zu sehen

sein.<<

28.08.1933

NS-Regime: Reichspropagandaminister Goebbels erklärt am 28. August 1933 (x191/61): >>... Wir setzen unsern ganzen Stolz darein, uns selbst zu helfen. ... Diesen schweren Winter werden wir überwinden! Wir werden uns mit ganzer Kraft gegen die Not und gegen das Elend auflehnen. Die Stärkeren werden die Schwächeren mitziehen, und im nächsten Frühjahr fangen wir dann wieder an, aufs neue die Offensive gegen die Arbeitslosigkeit zu ergreifen. ...<<

02.09.1933

NS-Regime: In Wittenberg beruft die erste deutsche evangelische Nationalsynode der Deutschen Christen Landesbischof Ludwig Müller am 2. September 1933 zum ersten Reichsbischof der Deutschen Evangelischen Kirche.

Im "Börsenblatt" vom 2. September 1933 fordert der Reichsstand des Deutschen Handels (x032/84): >>Die Führung des Reichsstandes des Deutschen Handels erwartet von jedem deutschen Kaufmann, daß er Neueinstellungen von Angestellten vornehmlich aus den Kreisen der SA und SS vornimmt.

Mit dem heutigen Tag wird zu diesem Zweck in jedem Ort eine besondere Arbeits-Vermittlungsstelle errichtet.<<

03.09.1933

NS-Regime: Hitler erklärt am 3. September 1933 auf dem NS-Reichsparteitag in Nürnberg (x149/74): >>... Die Nation aber fühlt allmählich die Entstehung einer neuen politischen Führung, der sie sich steigernd mehr und mehr ergibt. ...

Zu ihrer Gedankenwelt aber bekennt sich als Anhänger heute die überwältigende Mehrheit aller Deutschen. ...<<

Der französische Botschafter in Berlin, Andre Francois-Poncet, berichtet später über diesen NS-Reichsparteitag in Nürnberg (x149/74): >>Der Reichsparteitag in Nürnberg, der "Reichsparteitag des Sieges" vom Anfang September; zeigt Deutschland fertig, vollkommen, triumphierend.

Bei der Partei gehen Beitrittsanträge in Massen ein, sie muß den Eintritt sperren, um nicht überflutet zu werden. Das erstaunliche an dieser Revolution ist die Schnelligkeit, mit der sie vor sich ging, aber auch die Leichtigkeit, mit der sie sich überall vollzog, der geringe Widerstand, dem sie begegnete. ...<<

Ein Zeitzeuge berichtet später über die NS-Reichsparteitage in Nürnberg (x191/74-75): >>Mir fiel jedesmal wieder von neuem auf, mit welchem Gesichtsausdruck einer fast biblischen Hingabe die Menschen Hitler wie verzückt und verzaubert ansahen. Es war wie ein Massentaumel, der Tausende und Abertausende den ganzen langen Weg über beim Anblick Hitlers erfaßte. Wie im Delirium streckten die Menschen ihm die Arme entgegen und begrüßten ihn mit lauten Schreien und Heilrufen. ...

Irgendwie wurde auch die geistige Widerstandskraft gelähmt – man hatte fast das Gefühl, als müsse man an sich halten, um nicht auch mit in den Jubel einzustimmen.<<

15.09.1933

NS-Regime: Der Sicherheitsdienst (SD) meldet am 15. September 1933 aus Bayern (x149/-80): >>Verschiedene Personen mußten in Schutzhaft genommen werden wegen Beleidigung des Herrn Reichskanzlers und der nationalen Regierung.<<

20.09.1933

NS-Regime: Der Regierungspräsident von Ober- und Mittelfranken berichtet am 20. September 1933 (x149/83): >>Die Stimmung gegen die Juden auf dem flachen Lande findet ihren Ausdruck in vielfachen Verboten von Ortspolizeibehörden gegen die Juden.

Anschläge an den Ortseingängen "Juden unerwünscht", "Zutritt zum Viehmarkt für Juden verboten", Ausschluß aus öffentlichen Bädern, Anschläge von "Prangerlisten" mit Namen von

Personen, die bei Juden kaufen, sind vielfach im Land, aber auch in den Städten ... zu finden.<<

21.09.1933

Deutsches Reich: Die Berliner Pfarrer Niemöller, Jacobi und von Rabenau gründen am 21. September 1933 den Pfarrernotbund, um gegen die "neue kirchliche NS-Ordnung" und vor allem gegen das Eindringen von NS-Gedankengut zu kämpfen. Jeder evangelische Pfarrer, der Mitglied des Pfarrernotbundes wird, muß eine Erklärung unterschreiben.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Pfarrernotbund" (x051/-442): >>Pfarrernotbund, am 21.9.33 vom Berliner Pfarrer Niemöller und seinen Amtskollegen Jacobi und von Rabenau gegründete Vereinigung evangelischer Geistlicher, die sich gegen die neue kirchliche Ordnung unter einem Reichsbischof (L. Müller), vor allem aber gegen das Eindringen von nationalsozialistischem Gedankengut in die Kirche wandten.

Beim Eintritt in den Pfarrernotbund unterschrieben die Seelsorger folgende Erklärung:

"1. Ich verpflichte mich, mein Amt als Diener des Wortes auszurichten und allein in der Bindung an die Heilige Schrift und an die Bekenntnisse der Reformation als die rechte Auslegung der Heiligen Schrift.

2. Ich verpflichte mich, gegen alle Verletzung solchen Bekenntnisstandes mit rückhaltlosem Einsatz zu protestieren.

3. Ich weiß mich nach bestem Vermögen mit verantwortlich für die, die um solchen Bekenntnisses willen verfolgt werden.

4. In solcher Verpflichtung bezeuge ich, daß eine Verletzung des Bekenntnisstandes mit der Anwendung des Arierparagraphen im Raum der Kirche Christi geschaffen ist."

Diese radikale Besinnung auf das Bekenntnis war im Sommer 33 eingeleitet worden durch die Schrift von Barth "Theologische Existenz heute" und richtete sich gegen den staatlichen Versuch, die Kirche für politische Zwecke zu instrumentalisieren. Zudem wollte der Pfarrernotbund verhindern, "daß sich ein unevangelischer Führerbegriff bei uns einschleicht".

Aus dem Bund, dem bereits am 15.1.34 mit 7.036 Mitgliedern fast die Hälfte der evangelischen Geistlichen angehörte, ging der Reichsbruderrat hervor, der die Barmer Bekenntnissynode einberief und damit den Anstoß gab zur Organisierung der Bekennenden Kirche. Trotz nie abreißender Verfolgung während des Kirchenkampfes, trotz KZ-Haft Niemöllers (1937-45) gelang es den Behörden nie, den Pfarrernotbund ganz auszuschalten.<<

23.09.1933

NS-Regime: Am 23. September 1933 beginnt südlich von Frankfurt/Main der Autobahnbau.

Bis September 1937 stellt man schon 1.450 km fertig (x032/383). Ende 1938 sind insgesamt 3.000 Autobahn-Kilometer fertiggestellt. Im Volksmund heißen die Reichsautobahnen später "Hunger- oder Elendsstraßen", weil sie häufig ausgestorbenen Geisterbahnen ähneln. Aus der 3.870 km langen "Reichsautobahn" entwickelt sich später ein über 8.000 km langes Straßennetz, das heute noch zu den leistungsfähigsten Schnellstraßen der Welt zählt.

Dr. Horst Heidtmann schreibt später über den Bau der "Autobahn" durch die NSDAP (x051/-54-55): >>(Autobahn) ... Schon am 27.6.33 erließ Hitler ein Gesetz über die Errichtung eines Unternehmens "Reichsautobahn" (RAB) unter J. Dorpmüller und berief den Ingenieur F. Todt zum "Generalinspektor des deutschen Straßenwesens"; die HAFRABA wurde zur GEZUVOR (Gesellschaft zur Vorbereitung der Reichsautobahn).

Das Gesetz sah zunächst folgende Strecken (insgesamt 6.900 km) vor:

1. Lübeck – Hamburg – Hannover – Kassel – Frankfurt.
2. Stettin – Berlin – Leipzig – Hof – Nürnberg – München.
3. Aachen – Köln – Magdeburg – Berlin.
4. Saarbrücken – Kaiserslautern – Mainz – Frankfurt – Fulda – Erfurt – Leipzig – Dresden – Breslau – Beuthen.

5. Saarbrücken – Landau – Bruchsal – Ludwigshafen – Stuttgart – Ulm – München – Berchtesgaden.
6. Hamburg – Wittenberg – Spandau – Berlin – Glogau – Breslau.
Am 23.9.33 tat Hitler in Frankfurt den ersten Spatenstich, bereits am 19.5.35 wurde als erstes RAB-Teilstück die Strecke Frankfurt – Darmstadt freigegeben, am 15.12.38 waren 3.000 km fertig.
Bautechnisch hatte die Autobahn in der Regel eine Kronenbreite von 24 m, aufgeteilt in zwei Fahrbahnen von 7,50 m Breite, die durch einen 5 m breiten Mittelstreifen geteilt waren und an jeder Seite einen Randstreifen von 2 m hatten; die Straßendecke bestand meist aus 20 cm starkem Stampfbeton. Autobahnstraßen sollten sich harmonisch "schwingend" oder in "kühnen Kurven" in die Landschaft einpassen, waren als gigantisches Gesamtkunstwerk konzipiert: "Die Erfüllung des reinen Verkehrszweckes ist nicht der letzte Sinn des deutschen Straßenbaus. Die deutsche Straße muß Ausdruck ihrer Landschaft und Ausdruck deutschen Wesens sein" (Todt, 1934).
Besonders Brücken, deren Architektur sich wieder am Vorbild vergangener Jahrhunderte orientierte, sollten als massige Kunstwerke zu "Sinnbildern der Ewigkeit" werden; sie bestanden deshalb meist aus behauenen Natursteinen.
Eine so kostspielige, auf "vielhundertjährigen Bestand" ausgerichtete Baukultur war nur im totalitären Staat möglich, der keine Kontrollen zu beachten hatte, der problemlos Grundstücke enteignen oder umlegen und ein Heer von Arbeitskräften beliebig dirigieren konnte.
Arbeitsbeschaffung war schon bei den privaten Planern das zentrale Argument zur Rechtfertigung des Autobahnbaus: "Nirgends können so viele ungelernte Arbeiter Beschäftigung finden als gerade im Straßenbau" (HAFRABA, 1931). Seit 1933 schickten die Arbeitsämter Hunderttausende von Arbeitslosen auf die Autobahnbaustellen (Ablehnung zog Verlust der Arbeitslosenunterstützung nach sich).
Obwohl die mit dem Bau befaßten Industriezweige aufblühten, blieben die Löhne auch nach Rückgang der Arbeitslosigkeit niedrig, wurden zudem KZ-Häftlinge und Fremdarbeiter eingesetzt (besonders in Steinbrüchen). Die meist von ihren Familien getrennten Arbeiter lebten in Barackenlagern mit paramilitärischen Strukturen (Organisation Todt).
Die Autobahnplanungen bezogen bereits früh militärische Gesichtspunkte mit ein. Verkehrspolitiker betonten: "Die Straßen Adolf Hitlers sind Straßen des Friedens. Aber selbstverständlich rollen auf ihnen auch die motorisierten Einheiten der neuen starken deutschen Wehrmacht, wenn es gilt, den Bestand und das Lebensrecht des deutschen Volkes zu sichern" (Zeitschrift "Straße", 1938).
Kurzfristige Truppenbewegungen ließen sich über die Autobahn schneller als mit der Reichsbahn durchführen; so konnte Generaloberst Guderian 1940 feststellen: "Wir haben die Segnungen der Reichsautobahn schon auf dem Befreiungsmarsch nach Wien und dann beim Aufmarsch um das Sudetenland, beim Anmarsch gegen die Tschechoslowakei, gegen Polen und gegen die Westmächte genossen. Welch eine Freude, innerhalb des Reichsgebietes zu marschieren."
Im Krieg sind zwar Teile der Autobahn zerstört worden, dennoch gehören sie zu den wenigen nationalsozialistischen Großbauten, die im Nachkriegsdeutschland weitgehend unverändert genutzt werden konnten. Auch ihr Nimbus hat sich als stabil erwiesen: In apologetischen Darstellungen des Nationalsozialismus bilden "Hitlers" Autobahnen wesentliche Versatzstükke.<<

27.09.1933

NS-Regime: Hitlers Kirchenbeauftragter Ludwig Müller wird am 27. September 1933 zum Reichsbischof gewählt. Müller versucht danach, die Opposition mit Suspendierungen und "Maulkorberlassen" zum Schweigen zu bringen.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Ludwig Müller (x051/393): >>Müller, Ludwig, geboren in Gütersloh 23.6.1883, gestorben in Berlin 31.7.1945, deutscher evangelischer Theologe; 1908 ordiniert, im Ersten Weltkrieg Marinepfarrer, 1918-26 Garnisonspfarrer in Wilhelmshaven, 1926-33 Wehrkreispfarrer in Königsberg.
Hier begegnete Müller 1927 Hitler, der den relativ unbekannten, gemäßigten Anhänger der Deutschen Christen im April 33 zu seinem "Vertrauensmann und Bevollmächtigten für Fragen der Evangelischen Kirche" ernannte.
Der "fromme Routinier" (Scholder) Müller sollte eine einheitliche Deutsche Evangelische Kirche aus den 28 Landeskirchen formen und erhielt dafür volle staatliche Unterstützung von der Ausbootung Bodelschwinghs über Kirchenverfassung (11.7.33) und Kirchenwahlen (23.7.33) bis zu seiner Wahl zum Reichsbischof (volkstümlich-spöttisch "Reibi" abgekürzt) am 27.9.33. Dann aber versteifte sich der Widerstand der Bekennenden Kirche gegen Müller und sein zentralistisches Programm, das zugleich nationalsozialistischen Positionen wie Führerprinzip oder Arierparagraph in der Kirche Geltung verschaffen sollte.
Als er Ende Dezember 33 die evangelischen Jugendorganisationen eigenmächtig in die HJ überführte, war eine Verständigung mit der Opposition nicht mehr möglich. Endgültig entmachtet wurde Müller nach Einsetzung von Reichskirchenminister Kerrl (16.7.35), ohne daß er formal zurücktrat. Nach Angaben der Kirchenkanzlei beging Müller nach Kriegsende Selbstmord, was aber von Familie und Freunden bestritten wurde.<<

04.10.1933

NS-Regime: Das NS-Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933 gewährleistet, daß nur noch rechtsradikale Journalisten leitende Positionen übernehmen dürfen (x023/133): >>Die im Hauptberuf oder auf Grund der Bestellung zum Hauptschriftleiter ausgeübte Mitwirkung an der Gestaltung des geistigen Inhalts der im Reichsgebiet herausgegebenen Zeitungen und politischen Zeitschriften durch Wort, Nachricht oder Bild ist eine in ihren beruflichen Pflichten und Rechten vom Staat durch dieses Gesetz geregelte öffentliche Aufgabe.
Niemand darf sich Schriftleiter nennen, der nicht nach diesem Gesetz dazu befugt ist. ...
Schriftleiter sind in Sonderheit verpflichtet, aus den Zeitungen alles fernzuhalten, was ... geeignet ist, die Kraft des Deutschen Reiches nach außen oder im Inneren ... zu schwächen ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das "Schriftleitergesetz" des NS-Regimes (x051/521): >>Schriftleitergesetz, am 4.10.33 erlassenes Gesetz zur Gleichschaltung der deutschen Presse, das die "Mitwirkung an der Gestaltung des geistigen Inhalts der im Reichsgebiet herausgegebenen Zeitungen und politischen Zeitschriften durch Wort, Nachricht und Bild" als durch "Gesetz geregelte öffentliche Aufgabe" bestimmte.
Schriftleiter konnte nur sein, wer "arischer" Abstammung "und nicht mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet" war, die deutsche "Reichsangehörigkeit" und die "Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter" besaß, dazu alle "Eigenschaften, ... die die Aufgabe der geistigen Einwirkung auf die Öffentlichkeit erfordert".
Nach dem Schriftleitergesetz und seinen Durchführungsverordnungen sollte der Journalist im Dritten Reich "in erster Linie Diener der Volksgemeinschaft und erst in zweiter Angestellter eines privaten Verlags" sein. Die Schriftleiter wurden durch das Schriftleitergesetz zum "Reichsverband der Deutschen Presse" (über 20.000 Mitglieder) zusammengeschlossen, der als öffentlich-rechtliche Körperschaft der Reichspressekammer angehörte.<<

08.10.1933

NS-Regime: Pastor Paul Schneider (1897-1939, evangelischer Pastor der Kirchengemeinde Hochelheim bei Wetzlar) wird wegen seiner Kritik an der NS-Weltanschauung und den "Deutschen Christen" am 8. Oktober 1933 durch Bischof Müller gerügt.

14.10.1933

NS-Regime: Als Hitlers Wunsch nach Rüstungsgleichheit abgelehnt wird und das Deutsche

Reich weitere 4 Jahre warten soll, gibt Hitler am 14. Oktober 1933 seinen Beschluß bekannt, die Genfer Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbund auszutreten.
Hitler fordert damals eigentlich nichts, was man dem Deutschen Reich im Rahmen der internationalen Gleichberechtigung gerechterweise längst hätte zugestehen müssen, denn die Deutschen werden seit dem Ersten Weltkrieg militärisch wehrlos gehalten und sind fast unbewaffnet. Das Deutsche Reich ist seit Jahren von hochgerüsteten Staaten "eingekreist" und hat keine Verbündeten.
Hitler erläutert am 14. Oktober 1933 in einer Rundfunkrede den Austritt aus dem Völkerbund (x032/92): >>Als Kanzler des deutschen Reiches und Führer der Nationalsozialistischen Bewegung bin ich überzeugt, daß die ganze Nation geschlossen wie ein Mann hinter ein Bekenntnis und einen Entschluß treten wird, die ebensosehr der Liebe zu unserem Volk und der Achtung seiner Ehre entspringen, wie auch der Überzeugung, daß die für alle so notwendige endliche Weltbefriedung nur erreicht werden kann, wenn die Begriffe Sieger und Besiegte abgelöst werden von der tragbaren Anwendung der gleichen Lebensrechte aller.<<
Nach dem Völkerbundsaustritt beginnt verstärkt die "heimliche Aufrüstung".

15.10.1933

USA: Die "New York Times" berichtet am 15. Oktober 1933 über Hitlers "legale Machtübernahme" und würdigen die "Leistungen" des NS-Regimes (x025/130): >>Hitler tut viel für Deutschland, seine Einigung der Deutschen, seine Schaffung eines spartanischen Staates, der durch Patriotismus belebt ist, seine Einschränkung der parlamentarischen Regierungsweise, die für den deutschen Charakter so ungeeignet ist, sein Schutz der Rechte des Privateigentums - all dieses ist gut. ...<<

17.10.1933

NS-Regime: Um die Machtposition des NS-Regimes nicht zu gefährden, läßt Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß (1894-1987) am 17. Oktober 1933 einen sogenannten Duldungserlaß herausgeben, der Benachteiligungen wegen kirchlicher Zugehörigkeit ausdrücklich untersagt. Gleichzeitig beginnen jedoch massive Drohungen und Einschüchterungsversuche gegen widerspenstige Geistliche.

23.10.1933

NS-Regime: Um die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen, versucht das NS-Regime, die Frauenarbeit zu reduzieren.
Der "Völkische Beobachter" meldet am 23. Oktober 1933 (x050/63): >>Die Frau in das Hauswesen, der Mann an die Arbeitsstätte! ...
Im Kampf um die Arbeitslosigkeit ist die Zurückführung der Frau von der Arbeitsstätte in den Haushalt, wo das irgendwie angängig ist, eine der wichtigsten Aufgaben unserer Wirtschaft.
Die Reichsregierung hat in dem Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit den Weg dazu bereitet, indem sie für die Förderung der Eheschließungen ein Ehestandsdarlehen bis zu 1.000 RM in Aussicht stellte. ...<<

24.10.1933

NS-Regime: Hitler erklärt am 24. Oktober 1933 während einer Rede im Berliner Sportpalast (x023/201): >>Wir kennen nur ein Ziel auf der Welt: Nicht Haß anderen Völkern, sondern Liebe zu der deutschen Nation. –
Ich bitte das ganze deutsche Volk, wenn ich mich jemals ... irren würde, oder wenn das Volk einmal glauben sollte, meine Handlungen nicht decken zu können, dann kann es mich hinrichten lassen. Ich werde ruhig standhalten!<<

Oktober 1933

NS-Regime: Walter Ulbricht (1893-1973) emigriert im Oktober 1933 nach Paris und 1938 nach Moskau). Ulbricht ist wie viele andere Emigranten nicht bereit, Gesundheit oder Leben für den deutschen Freiheitskampf zu gefährden bzw. zu opfern.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Innere Emigration" (x051/277): >>Innere Emigration, von Thieß 1933 geprägte Bezeichnung für die Widerstandshaltung von in Deutschland nach der Machtergreifung verbliebenen Schriftstellern.
Der Begriff innere Emigration wurde später ausgeweitet auf alle, die sich dem Nationalsozialismus verweigerten, aber ihre Heimat nicht verlassen wollten.
Zwischen Emigration und Innerer Emigration kam es bald zu Kontroversen, die auch nach dem Krieg nicht verstummten, zumal nun auch der bloße Rückzug ins Private von vielen als innere Emigration ausgegeben wurde. Hinzu kam der Vorwurf, daß Bleiben - u.a. durch Steuerzahlen, Konsum, Wehrdienst - jeden in Teilbereichen zum Komplizen des Unrechtsregimes machte.
Was gebliebene Gegner des Nationalsozialismus als Widerstand meinten, sah zudem von außen kaum danach aus, da es sich im gleichgeschalteten Staat sprachlich raffiniert - u.a. durch Anleihen beim Gegner, Teilzustimmung - tarnen mußte.<<
CSR: Der Turnlehrer Konrad Henlein gründet im Oktober 1933 die "Sudetendeutschen Heimatfront" (ab 1935 Sudetendeutsche Partei = SDP), um die deutsche "Kultur- und Schicksalsgemeinschaft" zu verteidigen.
Nach Hitlers Machtergreifung reagiert die tschechische Regierung mit panikartigen Reaktionen. Ab 1933 beschleunigt man die bisherigen Enteignungsmaßnahmen und verstärkt die wirtschaftliche und soziale Ächtung der Sudetendeutschen. Die sudetendeutschen Politiker und deutschen Einrichtungen werden danach noch drastischer bekämpft. Hochverratsprozesse, Zwangsauflösungen von deutschen Vereinen und Zeitungen sowie sonstige Schikanen sind an der Tagesordnung. Die Tschechoslowakei nimmt jedoch gleichzeitig reichsdeutsche Emigranten auf. Der Exilvorstand der SPD läßt sich damals in Prag nieder.
Obgleich die sudetendeutschen Parteien bis 1938 ständig im tschechoslowakischen Parlament vertreten sind und ihre Bereitschaft zur Loyalität erklären, gelingen keine wesentlichen Annäherungen. Die staatlich gelenkten Zwangsmaßnahmen, willkürliche Benachteiligungen und diskriminierende Herabsetzungen verursachen unentwegt neue Spannungen, so daß die tschechisch-deutschen Beziehungen später immer unversöhnlicher werden.

01.11.1933

NS-Regime: Goebbels erklärt während der Eröffnung der NS-Reichskulturkammer am 1. November 1933 (x121/34): >>Die Revolution, die wir gemacht haben, ist eine totale. Sie hat alle Gebiete des öffentlichen Lebens erfaßt und von Grund auf umgestaltet. Sie hat die Beziehungen der Menschen zum Staat und zu den Fragen des Daseins vollkommen geändert und neugestaltet. ...<<

06.11.1933

NS-Regime: Die Zeitung "Wiesent-Bote" berichtet am 6. November 1933 über eine NS-Wahlversammlung (x149/88): >>Unter starkem Beifall erklärte der Redner: Wer am 12. November sich nicht mit einem Ja hinter die deutsche Regierung stellt, ist ein Verräter am deutschen Volk, ist ein Judas Ischariot und nicht wert, daß ihn die deutsche Erde trägt, denn er ist dann nicht für den Frieden und die Verständigung, sondern für den Bolschewismus und ein Feind Deutschlands.
(Jeder Deutsche könne mit Ja stimmen,) weil Hitler nicht den Krieg, sondern den Frieden, und ein freies und geachtetes Deutschland will. ...<<

08.11.1933

NS-Regime: Die Reutlinger Lokalpresse berichtet am 8. November 1933 (x243/51): >>Anordnung der Kreisleitung. – Der Führer und die deutsche Arbeiterschaft demonstrieren für Friede und Gleichberechtigung. ...
Adolf Hitler spricht ... am 10. November im Siemenswerk Berlin. ...
Anordnung an alle!

Punkt 13 Uhr heult die Sirene im Siemenswerk, und Punkt 13 Uhr sind in ganz Deutschland sämtliche Sirenen und andere Alarmgeräte in Tätigkeit zu setzen. In allen Fabriken, Betrieben, ... Amtsstuben, Kaufhäusern, Werkstätten versammeln sich um 13 Uhr ... die Belegschaften um die Lautsprecher ... und hören die Rede des Führers gemeinsam mit ihren Arbeitgebern an. ...<<

12.11.1933

NS-Regime: Bei den Wahlen zum Reichstag und der Volksabstimmung am 12. November 1933 stimmen 92,1 % der wahlberechtigten Deutschen für die NSDAP und 95,1 % bestätigen die Ziele der NS-Außenpolitik (x032/99).

13.11.1933

NS-Regime: Während einer Massenkundgebung im Berliner Sportpalast fordert der radikale Flügel der Deutschen Christen am 13. November 1933 die Übernahme des Arierparagraphen, die Lösung vom jüdischen Alten Testament und die Entlassung von nichtarischen Mitarbeitern der Kirche.

Die Reutlinger Lokalpresse berichtet am 13. November 1933 über die Reichstagswahl und die Volksabstimmung (x243/51): >>Vor den Wahllokalen, die um 9 Uhr geöffnet wurden, standen die Wähler bereits Schlange. ... Mancher Wahlbezirk konnte schon um 12 Uhr feststellen, daß nahezu 90 % aller Wahlberechtigten ihrer Pflicht genügt haben.

Um so intensiver konnten die Wahlhelfer der NSDAP (dar)angehen, die restlichen Wähler zur Urne zu holen. ... (Es wurde) ein großartiger Schlepperdienst organisiert. ...

Ganze Familien sah man (vor der Wahlkoje) Schlange stehen. ... Wer einen Bleistift bei sich hatte, ... schrieb auf dem nächsten besten Fenstersims seine beiden Kreuze in die richtigen Kreise.

Vor dem Wahllokal wurden dann wie angekündigt schöne Plaketten abgegeben, die die Wähler sichtbar ansteckten. Auf dieser Weise konnte jeder kontrolliert werden. ...

In unermüdlichem Eifer waren die SA- und SS-Leute sowie die übrigen Formationen der NSDAP und des Stahlhelms bestrebt, den letzten Mann zur Wahl zu bewegen. In den Wirtschaften wurden Kontrollen abgehalten, insbesondere standen auf dem Bahnhof und an den Ortsausgängen Kontrollposten, um die Wegreisenden an ihre Pflicht zu gemahnen. ...<<

14.11.1933

NS-Regime: Vizekanzler Franz von Papen gratuliert Hitler am 14. November 1933 während einer Sitzung des NS-Reichskabinetts zur erfolgreichen "Reichtagswahl" (x032/98): >>... Wir, Ihre nächsten und engsten Mitarbeiter, stehen noch vollkommen unter dem Eindruck des einzigartigsten, überwältigendsten Bekenntnisses, das jemals eine Nation ihrem Führer abgelegt hat.

In 9 Monaten ist es dem Genie Ihrer Führung und den Idealen, die Sie neu vor uns aufrichteten, gelungen, aus einem innerlich zerrissenen und hoffnungslosen Volk ein in Hoffnung und Glauben an seine Zukunft geeintes Reich zu schaffen.

Auch die, die bisher noch abseits standen, haben sich nun eindeutig zu Ihnen bekannt, weil sie fühlten, daß es ihr großer Wunsch war, alle Volksgenossen - gleich wo sie früher standen - unter Ihrer Führung zu vereinen.

Damit ist die nationalsozialistische Bewegung zum totalen Staat geworden. ...

Aus historischer Perspektive dieser Tage betrachtet, wird der 12. November ein Wendetag der deutschen Geschichte sein, weil von hier aus innere, soziale Wirkungen im Kampf für die abendländische Kultur weit über die deutschen Landesgrenzen hinaus ausstrahlen werden ...

Der Traum von den zwei Deutschlands, die man gegeneinander ausspielen könnte, ist endgültig ausgeträumt. ...<<

16.11.1933

USA: Nordamerika nimmt am 16. November 1933 wegen der japanischen Expansion im Fer-

nen Osten diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion auf (x041/93).

27.11.1933

NS-Regime: Am 27. November 1933 gründet die "Deutsche Arbeitsfront" (DAF) in Berlin die nationalsozialistische Freizeitorganisation "Kraft durch Freude" (KdF).

Die KdF-Freizeitorganisation plant danach die Freizeitgestaltung der deutschen Volksgenossen. Man veranstaltet z.B. Theateraufführungen, Konzerte und Urlaubsreisen, um die NS-Arbeiter für "zukünftige Aufgaben" zu stärken.

Dr. Reinhard Barth schreibt später über die NS-Freizeitorganisation "Kraft durch Freude" (x051/327-328): >>Kraft durch Freude (KdF) Freizeitorganisation im Rahmen der Deutschen Arbeitsfront (DAF), gegründet 27.11.33; der Name soll auf einen Vorschlag Hitlers zurückgehen.

Nach dem Vorbild der italienischen faschistischen Organisation Dopolavoro war KdF dazu bestimmt, durch ein reichhaltiges Angebot an Freizeitgestaltung v.a. die dem Nationalsozialismus noch fernstehende Arbeiterschaft zu gewinnen. Dabei griff man ebenso auf die bewährte sozialistische Praxis (z.B. Arbeiterbildungsvereine) zurück, wie man sich der Einrichtungen und des Vermögens der Gewerkschaften bediente.

KdF umfaßte folgende Ämter: 1. Amt "Feierabend" veranstaltete Theateraufführungen, Konzerte u.a., die bis 1938 von ca. 38 Millionen Menschen besucht wurden; dazu politische Kurse des Deutschen Volksbildungswerks;

2. das Sportamt leitete den Betriebssport zur "Wehrertüchtigung" und "rassischen Vervollkommnung";

3. das Amt "Schönheit der Arbeit" bemühte sich um Verbesserung der Arbeitsbedingungen und ästhetische Gestaltung des Arbeitsplatzes;

4. im Amt "Wehrmachtsheime" wurde eine Verbindung zu Wehrmacht und Reichsarbeitsdienst hergestellt;

5. das Amt "Reisen, Wandern und Urlaub" organisierte (bis 1938) für ca. zehn Millionen Menschen Urlaubsreisen, v.a. in touristisch wenig erschlossene Gebiete wie Bayerischer Wald oder Masuren, aber auch ins Ausland (Italien) und über See. Vor allem diese Kreuzfahrten trugen zur Popularität von KdF bei; die weiße "Flotte des Friedens" der KdF-Schiffe (u.a. "Wilhelm Gustloff") wurde bei Auslandsreisen bewußt als Botschafterin des Nationalsozialismus eingesetzt.

Die weitergehenden Ziele des hoch subventionierten Freizeitunternehmens im Rahmen der Kriegsvorbereitung wurden von führenden Funktionären nach Kriegsbeginn offen zugegeben: "Wir schickten unsere Arbeiter nicht auf eigenen Schiffen auf Urlaub oder bauten ihnen gewaltige Seebäder, weil uns das Spaß machte ... Wir taten das nur, um (sie) gestärkt und neu ausgerichtet an (ihren) Arbeitsplatz zurückkehren zu lassen" (DAF-Pressereferent Starcke, 1940).

Die Einrichtungen von KdF erwiesen sich auch als brauchbar für Kriegszwecke. Die Passagierdampfer wurden als Truppentransporter eingesetzt, die Ferienburgen an der See zu Lazaretten umgebaut, das KdF-Auto (Volkswagen), auf das 300.000 Besteller sparten, verließ das KdF-Werk im späteren Wolfsburg (damals: Stadt des KdF-Wagens) als Kübelwagen der Wehrmacht.<<

01.12.1933

NS-Regime: Am 1. Dezember 1933 wird die NSDAP gemäß Gesetz zur deutschen Staatspartei ernannt (Körperschaft des öffentlichen Rechts, mit eigener Gerichtsbarkeit).

Die "Stellvertreter des Führers" (Rudolf Heß) und der SA-Chef (Ernst Röhm) werden NS-Minister ohne Geschäftsbereich.

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" (x051/408-409): >>(Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) ... Nachdem Hitler

die finanzielle und politische Krise, in die die NSDAP Ende 32 geraten war, zu seinen Gunsten hatte entscheiden können (G. Strasser legte am 8.12.32 seine Parteiämter nieder), wurde er am 30.1.33 zum Reichskanzler ernannt (Machtergreifung). Die NSDAP war damit Regierungspartei.
Das Gesetz vom 14.7.33 (über das Verbot der Neubildung von Parteien) machte sie, die bei den Reichstagswahlen vom 5.3.33 die absolute Mehrheit verfehlt hatte (43,9 % der Stimmen und 288 Sitze von 647), zur Staatspartei, d.h. zur einzigen (zugelassenen) Partei, und das Deutsche Reich zu einem Einparteienstaat; das Gesetz "zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat" vom 1.12.33 legalisierte diesen Zustand, der bis zur Kapitulation des Deutschen Reiches am 8.5.45 fortbestand (Gleichschaltung).
Ihre Mitgliederzahl stieg auf 2,5 Millionen (1935) und schließlich auf 8,5 Millionen (1945). In der nationalsozialistischen Diktatur hatten die NSDAP und ihre Gliederungen v.a. die Funktion, die Bevölkerung total zu erfassen und für die Ziele der nationalsozialistischen Politik zu mobilisieren, wobei den jährlich in Nürnberg stattfindenden Reichsparteitagen besondere Bedeutung zukam. Hitlers wichtigstes Machtinstrument war dabei, nach der Ausschaltung der SA 1934 (Röhm-Affäre), die von Himmler geführte SS.
Die Durchführung der Politik blieb im Wesentlichen Aufgabe der staatlichen Bürokratie; der (teilweise) Gegensatz und die Kompetenzkämpfe zwischen ihr und der Partei, aber auch die Rivalitäten innerhalb der NSDAP und ihre Verbürokratisierung waren ein Kennzeichen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems ("Polykratie").
Am 10.10.45 wurde die NSDAP durch das Gesetz Nr. 2 des Alliierten Kontrollrats mit allen ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden verboten und aufgelöst (Entnazifizierung).<<

11.12.1933

NS-Regime: In den Richtlinien der "Deutschen Christen", die am 11. Dezember 1933 in Thüringen festgelegt werden, heißt es (x149/82): >>1. ... Wir sind durch Gottes Schöpfung hineingestellt in die Blut- und Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes und sind als Träger dieses Schicksals verantwortlich für seine Zukunft. Deutschland ist unsere Aufgabe, Christus ist unsere Kraft. ...
3. Wie jedem Volke, so hat auch unserem Volke der ewige Gott ein arteigenes Gesetz eingeschaffen. Es gewann Gestalt in dem Führer Adolf Hitler und in dem von ihm geformten nationalsozialistischen Staat. Dieses Gesetz spricht zu uns in der aus Blut und Boden erwachsenen Geschichte unseres Volkes. Die Treue zu diesem Gesetz fordert von uns den Kampf für Ehre und Freiheit. ...<<

19.12.1933

NS-Regime: Die evangelischen Jugendverbände werden am 19. Dezember 1933 durch den evangelischen NS-Reichsbischof Müller aufgelöst und in die HJ-Organisation eingegliedert.

22.12.1933

NS-Regime: Im "Reichstagsbrand-Prozeß" wird der Holländer van der Lubbe am 22. Dezember 1933 zum Tod verurteilt.

CSR: Der nach Karlsbad emigrierte Wilhelm Hoegner schreibt am 22. Dezember 1933 über die NS-Justiz (x032/106): >>Die Justiz ist zur Hure der Politik herabgesunken. ...<<

28.12.1933

UdSSR: Der sowjetische Politiker Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow (1890-1986, eigentlich W. M. Skrjabin, 1930-41 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare, 1939-49 und 1953-56 Außenminister) berichtet am 28. Dezember 1933 in Moskau vor dem Zentralexekutivkomitee der KPdSU über die geplanten militärischen Expansionsbestrebungen des Nationalsozialismus.

31.12.1933

CSR: Die Exilzeitschrift "Neuer Vorwärts" berichtet am 31. Dezember 1933 (x032/107-108): >>Heute erscheint uns jene Zeit der Verfolgung durch Otto von Bismarck als geradezu noch liberal. Denn nicht nur keine Morde, keine Mißhandlungen und keine Konzentrationslager, sondern es blieben auch die sozialdemokratischen Abgeordneten im Schutze der Immunität ... Es war infolgedessen innerhalb der gesetzlichen Grenzen auch eine gewisse Opposition und eine oppositionelle Presse möglich.<<

1933

NS-Regime: Der NS-Polizei- und Terrorstaat

Nach Hitlers Machtübernahme im Jahre 1933 errichtete das NS-Regime im Deutschen Reich einen Polizei- und Spitzelstaat, der alle bis dahin bekannten europäischen Überwachungs- und Terrormethoden (außer UdSSR) in den Schatten stellte. Da die politische Polizei den NS-Ansprüchen nicht genügte, ließen Hermann Göring (eigentlicher Gründer der geheimen Staatspolizei) und Heinrich Himmler im Jahre 1933 alle politischen Polizeiverbände der Länder gleichschalten und gründeten im April 1933 die Geheime Staatspolizei (Gestapo). Danach herrschte schnell "Ruhe und Ordnung", denn die Gestapo räumte überall gründlich auf.

Der "totale NS-Terrorstaat" kontrollierte und unterdrückte schon bald sämtliche Lebensbereiche. Die NS-Polizeimaschinerie war militärisch aufgebaut und gewährleistete eine lückenlose polizeiliche Überwachung des gesamten NS-Machtbereiches. Die geheime Staatspolizei (Gestapo = politische Polizei, z.T. ehemalige Kriminalpolizei) und der Sicherheitsdienst (SD und SIPO) gingen mit drakonischer Härte gegen alle vermeintlichen Gegner der NS-Diktatur vor. Das NS-Regime unterdrückte jeden Einwand, jegliche Kritik und jede aktive oder passive Opposition mit den härtesten Strafen.

Jeder Widerstand der deutschen Justiz, der Wissenschaft und der deutschen Intelligenz wurde mit brutalsten Mitteln gebrochen und ausgelöscht. Tausende von aufrechten Deutschen, die sich gegen die NS-Knebelung wehrten, wurden willkürlich als "Staatsfeinde" eingestuft und sofort ausgeschaltet. Sie landeten irgendwann im Konzentrationslager, falls sie nicht sofort liquidiert wurden oder rechtzeitig ins Ausland fliehen konnten.

Im Jahre 1933 ließ die NS-Justiz schon 75 % aller Todesurteile vollstrecken, während man 1932 keinen der 77 Todeskandidaten hingerichtet hatte (x074/1.103).

Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtet später über den Jesuitenorden und das NS-Regime (x1.001/126-133): >>… **Die Gestapo und die Gesellschaft Jesu**

Blieb Pius' des XI. und Pius' des XII. Wohlwollen und Freundlichkeit gegenüber dem Führer, den sie an die Macht gebracht hatten, nie aus, so müssen wir zugeben, daß letzterer sämtliche Bedingungen des Abkommens, durch das er dem Vatikan verpflichtet war, erfüllte. Da er ausdrücklich versprochen hatte, die Antiklerikalen zu "ersticken", folgten jene den Liberalen und Juden alsbald in die KZs. Wie der Chef des Dritten Reichs über das Schicksal der Juden entschieden hatte, ist bekannt: sie wurden schlichtweg vernichtet oder, wo vorteilhafter, zur Arbeit bis zur Erschöpfung gezwungen und dann liquidiert. In welchem letzteren Falle sich die "Endlösung" lediglich verzögerte.

Schauen wir aber zunächst, wie die besonders "autorisierte", mit dem Christusorden ausgezeichnete Persönlichkeit Franco die gemeinsame Sache zwischen Vatikan und Nazis unmißverständlich bestätigte.

"Réforme" (französische Zeitschrift) zufolge hatte die Presse des spanischen Diktators (Franco) am 3. Mai 1945 … das Folgende veröffentlicht:

"Der Sohn der katholischen Kirche Adolf Hitler starb in der Verteidigung des Christentums. Es ist daher nur verständlich, daß Worte, derer sich der Würdigung seines Lebens so viele fanden, für die Trauer um seinen Verlust nicht hinreichen. Über seinen sterblichen Überresten

steht seine siegreiche tugendhafte Gestalt. Mit der Märtyrerkrone verlieh Gott ihm die Siegeslorbeeren."
Diese Grabrede des Naziführers, eine Herausforderung für die siegreichen Alliierten, wird - unter dem Deckmantel von Francos Presse - vom Heiligen Stuhl höchstselbst ausgesprochen. Es ist eine vom Vatikan via Madrid gehaltene amtliche Pressemitteilung.
Natürlich hatte dieser nunmehr fehlende Held die Dankbarkeit der römischen Kirche mehr als verdient, und sie versucht es auch nicht zu verbergen. Er diente ihr in Treue: alle jene, die ihm besagte Kirche als ihre Gegner herausstellte, bekamen die Konsequenzen zu spüren. Und dieser gute "Sohn" scheute sich nicht, zuzugeben, was er seiner Heiligsten Mutter (der katholischen "Himmelskönigin") und vor allem den sich zu ihren Weltsoldaten gemacht Habenden schuldete.
Zitat Hitler: "Vor allem habe ich von den Jesuiten gelernt. … Die Welt hat niemals etwas annähernd so großartiges gesehen, wie die hierarchische Struktur der katholischen Kirche. Es gibt da so einige Dinge, die ich den Jesuiten für die Partei abgeschaut habe. … Ich will Ihnen ein Geheimnis sagen: Ich gründe einen Orden. … In meinen Ordensburgen wird eine Jugend heranwachsen, vor der sich die Welt erschrecken wird. … Aber es gibt noch Grade, von denen ich nicht sprechen darf."
Ein weiterer hoher Hitler-Funktionär, Walter Schellenberg (1910-1953), früherer Chef der deutschen Spionageabwehr, hat nach dem Kriege diese Vertraulichkeit des Führers vervollständigt:
"So wurde die SS-Organisation (die Organisation der Sicherungs- und Überwachungsformation der NSDAP) von ihm nach den Grundsätzen des Jesuitenordens aufgebaut. Als Grundlagen dienten die Dienstordnung und die Exerzitien des Ignatius von Loyola: das oberste Gesetz war das des absoluten Gehorsams, die Ausführung eines jeden Befehls ohne Widerspruch. Himmler (Heinrich Himmler, 1900-1945) selbst, als Reichsführer SS, war der Ordensgeneral.
Der Aufbau der Führerschaft lehnte sich an die hierarchische Ordnung der katholischen Kirche an. Bei Paderborn in Westfalen hatte er eine mittelalterliche Burg, die sogenannte Wewelsburg ausbauen lassen - sie war sozusagen das große "SS-Kloster", wohin der Ordensgeneral einmal jährlich das Geheimkonsistorium (Geheimtreffen der obersten Ordensführung zur Abhaltung von geistigen und Konzentrationsübungen) einberief."
Ihrerseits demonstrierten die besten theologischen Federn die Ähnlichkeit zwischen katholischen und nationalsozialistischen Lehren. Und in dieser Arbeit waren die Söhne Loyolas die Eifrigsten. Schauen wir beispielsweise, wie der Jesuitentheologe Michael Schmaus eine Reihe von Studien zu diesem Thema der Öffentlichkeit präsentierte:
"Reich und Kirche ist eine Schriftenreihe, die dem Aufbau des Dritten Reiches aus den geeinten Kräften des nationalsozialistischen Staates und des katholischen Christentums dienen soll. … Ich sehe nämlich in der nationalsozialistischen Bewegung den schärfsten und wuchtigsten Protest gegen die Geistigkeit des 19. und 20. Jahrhunderts. … Zwischen katholischem Glauben und liberalistischem Denken gibt es keinen ideenmäßigen Ausgleich. … Nichts ist unkatholischer als eine extrem demokratische Wertung des Seins. …
Der heute wieder erwachte Sinn für eine straffe Autorität öffnet von neuem das Verständnis für die kirchliche Autorität. … In der katholischen Lehre von der Erbsünde liegt das Mißtrauen in die Freiheit begründet. … Die Tafeln des nationalsozialistischen Sollens und die der katholischen Imperative (Moralgebote) stehen freilich in verschiedenen Ebenen des Seins, jene in der natürlichen, diese in der übernatürlichen Ebene, jene besorgt um die natürliche Gesundheit des Volkes, diese bemüht um das übernatürliche Heil, wie es dem Zwecke der beiden entspricht. Aber sie weisen in dieselbe Wegrichtung. ..."
Dieses Ziel war das Europa von Hitler versprochene "neue Mittelalter". Die Ähnlichkeit zwischen dem leidenschaftlichen Antiliberalismus dieses Münchner Jesuiten und dem ebenbürti-

gen, bei dem "Weiheakt der FNC in der Montmartre-Kirche" zum Ausdruck gebrachten Fanatismus ist offensichtlich. Während der Besatzung schrieb Léon Merklen (1875-1949, La Croix-Leiter): "Dieser Tage scheint die Freiheit nicht mehr länger irgendeines Ansehens würdig."
Zitate wie dieses ließen sich in die Tausende fortsetzen. Ist nicht dieser Haß auf die Freiheit in allen seinen Formen das Wesen schlechthin des römischen Meisters? Leicht ist auch zu verstehen, wie die katholische "Lehre" und die "NS-Lehre" derart gut harmonisieren konnten. Der "Jesuit Michael Schmaus", der diese Übereinstimmung fähig demonstrierte, wurde zehn Jahre nach dem Kriege von "La Croix" der "große Münchner Theologe" genannt und es wird keinen mehr verwundern, zu erfahren, daß ihn Pius XII. zum "Kirchenfürsten" erhob.
Was angesichts dessen aus der "erbärmlichen" Enzyklika "Mit brennender Sorge" aus der Feder des angeblich den Nationalsozialismus verdammenden Pius XI. wird? Uns das zu sagen, bemühte sich kein Kasuist … wie auch anders!
Der "große Theologe" Michael Schmaus hatte viele Rivalen - so ein deutscher Autor, der im "Katholisch-konservativen Erbgut" das sonderbarste je von deutschen katholischen Verlagen herausgegebene Buch sah:
"Diese Anthologie bringt Texte von den wichtigsten katholischen Theoretikern Deutschlands zusammen, von Görres bis Vogelsang; sie macht uns glauben, daß der Nationalsozialismus schlicht und einfach aus katholischen Ideen geboren wurde."
Dem Autoren war, als er dies schrieb, nicht klar, welch perfekte Beschreibung er gab.
Eine weitere wohlinformierte Person und Triebfeder des Pakts zwischen Heiligem Stuhl und Berlin - der päpstliche Geheimkämmerer Franz von Papen - wurde noch deutlicher:
"Das Dritte Reich ist die erste Macht, die nicht nur die hohen Prinzipien des Papstes anerkennt, sondern auch praktiziert."
In Ergänzung hierzu das Ergebnis dieses "Praktizierens": 25 Millionen KZ-Opfer - die von den Vereinten Nationen herausgegebene offizielle Ziffer.
Hier finden wir es notwendig, etwas Gesondertes hinzuzufügen - für die Offenherzigen, die sich aber nicht darauf einlassen können, daß die organisierten Massenmorde eines der päpstlichen "hohen Prinzipien" gewesen seien. An der einen Offenheit hält man freilich sorgsam fest:
- "Derartige Barbarentaten gehören der Vergangenheit an!"
Wie es einige Apostel der Einfachheit halber sagen - achselzuckend - vor Nichtkatholiken, "für die die Feuer der Heiligen Inquisition immer noch brennen".
So sei es! Legen wir die überreichlichen Beweise der kirchlichen Grausamkeit vergangener Jahre beiseite, um das 20. Jahrhundert zu betrachten.
Wir wollen weder an die Heldentaten von Männern wie Stepinatz und Marcone in Kroatien, noch Tisos in der Slowakei erinnern, sondern uns auf die Untersuchung der Denkweise von gewissen "hohen Prinzipien" beschränken, die man so wunderbar "praktiziert" hatte.
Sind sie wirklich heutzutage veraltet - diese Prinzipien - verstoßen von einer "aufgeklärten Lehre", offiziell abgelehnt vom Heiligen Stuhl samt weiteren Fehlern einer dunklen Vergangenheit? Das ist leicht herauszufinden.
Schlagen wir doch beispielsweise die "Grande Apologétique" ("Große Rechtfertigung") von Abt Jean Vieujan auf, die, ist sie doch mit "1937" datiert, kaum als mittelalterlich beschrieben werden kann. Was lesen wir?
"Um das Prinzip der Inquisition zu akzeptieren, braucht man allein eine christliche Einstellung, und das ist es, was vielen Christen fehlt. … Die Kirche hat eine derartige Scheu nicht."
Besser kann es nicht formuliert werden.
Wird ein weiterer, nicht weniger konservativer und moderner Beweis gebraucht? Hören wir Hw. P. Janvier, einen berühmten Tagungsreferenten in Notre-Dame:

"Sollte die Kirche kraft ihrer indirekten Macht über zeitliche Fragen nicht das Recht haben, von katholischen Staaten zu erwarten, Ketzer selbst bis in den Tod hinein zu unterdrücken, um sie dieserart zu bekämpfen?
Hier meine Antwort:
Ich befürworte es freilich - selbst bis in den Tod hinein! … Und ich stütze mich zuvorderst auf die Praxis und alsdann auf die Lehre der Kirche schlechthin; und bin überzeugt, daß kein Katholik, ohne sich gewaltig zu irren, das Gegenteil sagen würde."
Eine Rätselsprache kann man dem Theologen nicht vorwerfen. Seine Rede ist klar und verständlich. Mehr mit weniger Worten kann man nicht sagen. Was das Recht betrifft, das sich die Kirche anmaßt, um jene, deren Glauben nicht dem ihrigen entspricht, auszurotten, so ist alles darin vorhanden: die sie zwingende "Lehre", das sie per Tradition legitimierende "Praktizieren", und sogar der "Aufruf an die christlichen Staaten", von dem der Hitlerfeldzug ein perfektes Beispiel gab.
Genauso wenig sind die folgenden, alles andere als zweideutige Worte in der Finsternis des Mittelalters ausgesprochen worden:
"Die Kirche kann Ketzer zum Tode verurteilen, da sich jegliche Rechte, die sie haben, in unserer Nachsicht begründen, und offensichtlich sind diese Rechte keine wirklichen."
Der dies verfaßte, war Franz Wernz (Jesuitengeneral von 1906-1915), und die Tatsache, daß er außerdem Deutscher war, macht diese Erklärung um so gewichtiger.
Ebenfalls im 20. Jahrhundert schrieb der bekannte Kirchenfürst Kardinal Lépicier (1863-1936): "Bekundet jemand öffentlich, Ketzer zu sein oder versucht, andere durch sein Reden oder Beispiel zu verderben, so kann er nicht nur exkommuniziert, sondern auch zu Recht getötet werden. ..."
"Ich verwandle mich in eine Pfeffermühle, wenn das kein klassischer Mordaufruf ist", so … Georges Courteline (französischer Bühnenschriftsteller, 1858-1929).
Den Beitrag des Oberhirten noch? Hier ist er, von einem modernen Papst, dessen "Liberalismus" kompromißlose Kleriker kritisierten, von Jesuitenpapst Leo XIII.: "Verdammt ist die Ansicht, der Heilige Geist wolle nicht, daß wir den Ketzer töten."
Welche höhere Autorität könnte nach dieser angerufen werden, außer dem Heiligen Geist?
Mag es auch jenen, die die Rauchwand (den Hinweis auf die während einer Papstwahl Rauchzeichen Ausgebenden) manipulieren, den Beschwichtigern unruhiger Gewissen, mißfallen, aber die "hohen Prinzipien" des Papsttums bleiben unverändert, und, neben anderem, ist die Ausrottung für den Glauben heute genauso gültig und kanonisch (und den Bestimmungen der katholischen Kirche entsprechend) wie ehedem. In Anbetracht der Geschehnisse in Europa zwischen 1939 und 1945 - ein Schluß von größter "Erleuchtung" - um ein Lieblingswort der Mystiker (gefühlsbetont nach unmittelbarer Verbindung mit übersinnlichen Mächten Strebenden) zu gebrauchen.
"Hitler, Goebbels, Himmler und die meisten Mitglieder der "alten Garde" der Partei waren Katholiken." wie Frédéric Hoffet (französischer Pfarrer und Psychoanalytiker) uns wissen läßt. Nicht durch Zufall war es, daß, durch die Religion ihrer Chefs, die nationalsozialistische Regierung die katholischste war, die Deutschland je hatte. … Diese Verwandtschaft zwischen Nationalsozialismus und Katholizismus ist, wo wir uns eingehend mit den Propagandamethoden und der inneren Organisation der Partei befassen, nur zu auffällig. Zu diesem Thema ist nichts aufschlußreicher, als Joseph Goebbels' Werke.
Er genoß seine Erziehung in einem Jesuitenkolleg und war, ehe er sich der Literatur und Politik zuwendete, Seminarist (Priesteramtsauszubildender). … Jede Seite, jede Zeile seiner Schriften erinnert an die Lehre seiner Meister; und so betont er Gehorsam … die Mißachtung der Wahrheit. ..."Manche Lügen sind nützlich wie Brot!" verkündete er kraft eines den Schriften des Ignatius von Loyola entnommenen moralischen Relativismus (eine absolute Gültigkeit

moralischer Werte ablehnenden Denkens). ..."
Die Lorbeeren des Jesuitismus verlieh Hitler seinem Propagandachef nicht, wohl aber, wie er es seinen Lieblingen erzählte, dem Chef der Gestapo: "Ich sehe Himmler als unseren Ignatius von Loyola an."
Um derart zu sprechen, mußte der Führer gute Gründe gehabt haben. Zuvorderst müssen wir bemerken, daß der Reichsführer von SS, Gestapo und Polizei - Heinrich Luitpold Himmler -, unter den katholischen Mitgliedern von Hitlers Gefolge das vom Klerikalismus imprägnierteste zu sein schien. Sein Vater war Direktor einer katholischen Schule in München, dann Erzieher des Prinzen Ruprecht von Bayern (1869-1955). Sein Bruder, ein Benediktinermönch, lebte im Kloster Maria Laach, einem der alldeutschen hohen Orte. Und er besaß einen Onkel, den Jesuiten Himmler, der am bayrischen Hof den nicht geringen Posten eines Domkapitulars (Kirchenbezirksgeistlichen) innehatte.
Der deutsche Autor Walter Hagen gibt uns zudem diese diskrete Auskunft: "Ein sehr verständnisvoller Förderer dieser Bestrebungen war der General des Jesuitenordens Graf Wlodzimierz Halke von Ledochowski. Dieser hatte auf Grund der Informationen, die sein weitverzweigter Orden zu sammeln in der Lage war, einen viel besseren Überblick über die weltpolitische und auch über die militärische Lage als die meisten anderen der hohen kirchlichen Würdenträger.
Er besaß eine lebendige Vorstellung von der Weltgefahr des Bolschewismus und machte sich keine Illusionen darüber, daß die Sowjetunion im Falle einer totalen Katastrophe Deutschlands das ganze westliche Europa unmittelbar bedrohen würde. Daher war er bereit, auf der gemeinsamen Grundlage des Antikommunismus eine Art Zusammenarbeit zwischen dem Jesuitenorden und dem deutschen Geheimdienst einzurichten."
Im Ergebnis dessen schuf man innerhalb des SS-Reichssicherheitshauptamtes eine Organisation, deren wichtigste Posten in schwarze SS-Uniformen gekleidete katholische Priester besetzten. Einer dieser übergeordneten Offiziere war Jesuitenpater Himmler.
Dieser wurde nach des Dritten Reichs Kapitulation verhaftet und in Nürnberg inhaftiert. Seine Anhörung durch den internationalen Strafgerichtshof wäre offensichtlich höchst interessant gewesen, doch da hatte die Vorsehung ein wachsames Auge: der Onkel Heinrich Himmlers erschien niemals vor jenem Gericht. Er wurde tot in seiner Zelle gefunden, eines Morgens, ohne daß der Grund seines Ablebens je öffentlich bekannt wurde.
Wir werden nicht das Andenken dieses Geistlichen beleidigen durch die Mutmaßung, er habe seine Tage, entgegen den reinen Lehren der römischen Kirche, willentlich beschlossen.
Nichtsdestotrotz war sein Tod so plötzlich und gelegen wie der ihm vorausgegangene eines anderen Jesuiten, des nicht wahrgenommenen "Mein Kampf-Verfassers" Pater Staempfle. Ein in der Tat seltsamer Zufall. …
Kommen wir aber zurück auf den Gestapo-Chef Heinrich Luitpold Himmler, der meinte, er habe des Regimes grundlegende Macht in den Händen. Waren es seine persönlichen Verdienste, die ihm einen derart hohen Posten einbrachten? Sah Hitler in ihm, als er ihn mit dem Schöpfer des Jesuitenordens verglich, einen überlegenen Genius? Das freilich implizieren die Zeugenaussagen jener, die ihn kannten, nicht, da diese in Himmler nichts anderes als Mittelmäßigkeit wahrnahmen.
Schien jener Stern damals mit geliehener Helligkeit? War es wirklich Heinrich Luitpold Himmler, der als angeblicher Chef die Gestapo und die Geheimdienste eigentlich beherrschende? Wer war es, der damals Millionen von aus politischen Gründen Deportierten und Juden in den Tod schickte? War es der flachgesichtige Neffe - oder war es sein zu Ledochowskis Lieblingen und den übergeordneten SS-Offizieren zählender und vormaliger Domkapitular am bayrischen Hofe sowie Jesuitenpater gewesener Onkel?
Einen derart indiskreten Blick hinter die Geschichtskulissen zu werfen, mag tollkühn und so-

gar vermessen erscheinen. Das Stück läuft auf der Bühne, vor den Beleuchtungseinheiten der Vorder-, der Ober- und der Seitenlichter. So ist das normal bei jeder Show; und wer die Requisiten sehen will, kann leicht als lästig und schlecht erzogen angesehen werden.
Und doch ist der Ort, von dem die fesselnden Schauspieler kommen, an denen der Blick der Öffentlichkeit haftet, die Hinterbühne. Da, wo wir diese "Kirchenmonster" studieren und uns klar wird, daß sie weit entfernt davon sind, den Persönlichkeiten, die sie angeblich darstellen, zu gleichen, ist das nur zu offensichtlich.
Und so scheint es auch im Falle Himmler gewesen zu sein. Aber wäre es nicht richtig, selbiges von dem zu sagen, dessen rechte Hand er war - von Hitler?
Als wir Hitler gestikulierend auf den Leinwänden sahen oder seine hysterischen Reden brüllen hörten, hatten wir da nicht den Eindruck, die Bewegungen eines schlecht eingestellten Roboters mir überdehnten Federn zu sehen? Selbst seine einfachsten und ruhigsten Bewegungen erinnerten uns an eine mechanische Marionette. Und erst seine dumpfen und grobschlachtenen Augen, fleischige Nase, aufgedunsene Physiognomie (Erscheinung), deren Derbheit hinter jenem berühmten Haarteil und scheinbar unter seine Nüstern geklebten Bürstenbart nicht zurücktrat.
War dieser Kampfhund öffentlicher Versammlungen wirklich ein Chef?, der "wahre" Herr über Deutschland, ein "echter" Staatsmann, dessen Genialität im Begriffe war, die Welt aus den Angeln zu heben?
Oder war er nur ein schlechter Ersatz für all jenes? Eine schlau aufgebauschte Deckhaut, ein Massenausnutzungsphantom, ein Aufwiegler?
Er selbst gab es zu, als er sagte: "Ich bin nur ein Bote." Francois-Poncet (André Francois-Poncet, 1887-1978), damaliger französischer Botschafter in Berlin, bestätigt, daß Hitler sehr wenig arbeitete, kein Leser war und seinen Mitarbeitern ihren Willen ließ.
Den gleichen Eindruck von Leere und Unwirklichkeit vermittelten seine Gehilfen. Deren erster, der 1941 nach Schottland geflohene Rudolf Heß (NS-Politiker, 1894-1987) sah seiner eigenen Verurteilung in Nürnberg als gänzlich Fremder zu und wir haben nie erfahren, ob er vollständig geisteskrank oder nur ein Irrer war. Der zweite war der groteske, eitle und fette, die ungewöhnlichsten Phantasieuniformen tragende Vielfraß, Gemälderäuber und - als Krönung: morphiumsüchtige - Göring.
Die anderen maßgeblichen Parteipersönlichkeiten bargen dieselbe Ähnlichkeit und bei den Nürnberger Prozessen war die für die Journalisten überraschendste Meldung, daß diese NS-Helden - abgesehen von ihren persönlichen Macken - weder intellektuell noch charakterlich glänzten und sie mehr oder weniger unscheinbar waren.
Der einzige - nicht seines moralischen Wertes, sondern seines Scharfsinnes wegen - über jener rohen Horde Stehende war der Kämmerer Seiner Heiligkeit, Franz von Papen, "der Mann für alles" … der freilich freigesprochen werden mußte.
Kommt der Führer als merkwürdige Marionette daher, war da der, dem er sich nachempfand, konsequenter? Rufen wir uns die lächerlichen Auftritte jenes "karnevalsreifen Cäsaren" (Mussolini) zurück, der seine großen schwarzen Augen unter jenem seltsamen mit Vorhangquasten geschmückten Hute funkeln lassen wollte! Und jene für die Propaganda gemachten Fotografien von seinen Füßen, und die alleinig seine gen Himmel weisenden Kinnladen zeigen, den Wundermann als unverrückbaren Felsen - Darstellung eines Willens, der keine Hindernisse kannte!
Was für ein Wille!
Aus den Vertraulichkeiten einiger seiner Gefährten bekommen wir das Bild eines stetig Unentschlossenen; dieser "furchterregende Mann", für den es hieß, mit Urgewalt "in alles eindringen" (um Kardinal Rattis, Achille Ratti, des späteren Pius XI. Begriffe zu verwenden), hat den ihm vom Jesuitenkardinal und Staatssekretär Gasparri im Namen des Vatikans gemachten

Annäherungsversuchen nicht widerstanden.
Nach nur wenigen geheimen Treffen war der Revolutionär dazu überredet, unter des Heiligen Vaters Flagge mit Sack und Pack anzuheuern und die uns derart gut bekannte glänzende Karriere einzuschlagen - und so konnte der ebenfalls gut bekannte frühere Minister Carlo Sforza schreiben:
"Eines Tages, wenn die Zeit den Groll und Haß abgeschwächt haben wird, wird man - so hoffen wir - erkennen, daß die Orgie der grausamen Brutalitäten, die Italien zwanzig Jahre lang in ein Gefängnis verwandelte, und der Trümmerschutt des Zweiten Weltkriegs ihren Ursprung in einem nahezu einzigartigen historischen Fall genommen hatten: dem völligen Mißverhältnis zwischen der künstlich geschaffenen Legende um einen Namen und den wahren Eigenschaften der diesen Namen tragenden armseligen Kreatur, eines Mannes, dem Kultur kein Hindernis war."
Diese perfekte Formel ist anwendbar auf Hitler und Mussolini gleichermaßen: gleiches Mißverhältnis zwischen Legende und Eigenschaften, gleiche "Kulturlosigkeit" in jenen beiden mittelmäßigen Abenteurern mit nahezu identischen Vergangenheiten; erklären lassen sich ihre Blitzkarrieren letztlich nur durch ihre Gabe der sie ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit rückenden Massenagitation.
Wenn man weiß, daß die Erscheinung des Führers auf den deutschen Leinwänden aus heutiger Sicht nichts weiter als ein großes Lachen hervorruft, dann zweifelt man an der "künstlich geschaffenen" Legende um so weniger.
War aber nicht gerade die Minderwertigkeit dieser "Männer der Vorsehung" der Grund, weshalb man sich dafür entschied, eben diese beiden an die Macht zu hieven? Tatsache ist, daß der gleiche Mangel an persönlichen Qualitäten in allen jenen, die das Papsttum zu seinen Verfechtern wählte, zu finden ist.
Es gab in Italien und Deutschland einige "echte" Staatsmänner, "echte" Chefs, die - unter Verzicht auf dieses wahnsinnige "Mystische" (gefühlsbetonte Streben nach unmittelbarer Verbindung mit übersinnlichen Mächten) - die Fähigkeit, das Ruder zu übernehmen, durchaus gehabt hätten. Nur war deren Intellekt zu aufgeweckt und zu unfügsam. Der Vatikan und insbesondere der "schwarze Papst" von Ledochowski konnte diese - der feurigen Formel entsprechend - nicht "als Stab in seiner Hand" halten und um jeden Preis bis zum Eintreten der Katastrophe seinen Zielen dienen lassen.
Wie der Revolutionär Mussolini von den Abgesandten des Heiligen Stuhls gleichsam einem Handschuh vollends umgekrempelt wurde, haben wir gesehen.
Als genauso formbar sollte sich der eiserne Hitler erweisen. Ledochowskis Plan bestand ursprünglich darin, eine Föderation katholischer Nationen in Mittel- und Osteuropa zu schaffen, in der Bayern und Österreich (regiert vom Jesuiten Seipel) die Vorrangstellung haben würden. Bayern galt es, von der deutschen Weimarer Republik zu separieren - und wie durch Zufall war der österreichischstämmige Agitator Hitler damals bayrischer Separatist.
Die Chance aber, diese Föderation zu verwirklichen und einen Habsburger an ihre Spitze zu setzen, wurde immer geringer, während sich der von München nach Berlin gezogene Nuntius Monsignore Pacelli infolge der kläglichen Unterstützung, die ihr die Alliierten gewährten, der Schwäche der Deutschen Republik immer bewußter wurde. Und so wurde im Vatikan die Hoffnung geboren, sich Deutschlands in seiner Gänze zu bemächtigen, und der Plan entsprechend geändert:
"Was verhindert werden mußte, war die Vorherrschaft des protestantischen Preußens, und da es das Reich war, das Europa beherrschen sollte - um den Föderalismus der Deutschen abzuwenden - galt es, ein neues Reich zu schaffen, in dem die Katholiken das Sagen hätten."
Das war ausreichend. Samt seinen "Braunhemden" völlig aufräumend, wurde der bis dahin bayrische Separatist Hitler über Nacht zum motivierten Verfechter des Großreichs.<<

Der deutsche Jurist Alexander von Brünneck schreibt später über die "Justiz" des NS-Regimes (x051/296-298): >>Justiz. Wie alle staatlichen Einrichtungen wurde auch die Justiz nach 1933 so umgestaltet, daß sie zu einem angepaßten Bestandteil des nationalsozialistischen Herrschaftssystems wurde. Sie verlor ihren Status als unabhängige Dritte Gewalt und wurde zunehmend ein Instrument der Politik.

Ein wirksames Mittel zur Einordnung der Justiz in den Herrschaftsapparat des Nationalsozialismus war die Personalpolitik. Bereits unmittelbar nach dem 30.1.33 wurden dem Nationalsozialismus mißliebige, v.a. sozialdemokratische und jüdische Richter entlassen, von denen nicht wenige später ermordet wurden.

Der Reichstagsbeschluß vom 26.4.42 (RGBl. I, S. 247) bestätigte das Recht der politischen Instanzen, jeden unzuverlässigen Richter "mit der ihm gebührenden Sühne zu belegen", insbesondere ihn aus dem Amt zu entfernen. Diese Praxis hatte eine disziplinierende Wirkung auf die im Amt verbliebenen Richter, weil sie bei einer kritischen Haltung zum Nationalsozialismus mit der Entlassung rechnen mußten, ohne daß die Voraussetzungen für eine Amtsenthebung klar definiert waren.

Nicht regimetreue Richter wurden schon 1933 über eine Veränderung der Geschäftsverteilung ihrer bisherigen Wirkungsmöglichkeiten beraubt. Nachdem 1935 alle Gerichte dem Reichsjustizministerium unterstellt worden waren, wurde 1937 die Selbstverwaltung der Gerichte beseitigt: Das Ministerium nahm jetzt nicht nur die Ernennung, sondern auch die Geschäftsverteilung vor. Nach 1935 war für Anstellungen und Beförderungen eine positive Stellungnahme der zuständigen Gauleitung erforderlich.

Seit 1935 wertete das Reichsjustizministerium die Rechtsprechung aufgrund von Berichten der Oberlandesgerichtspräsidenten systematisch aus. Die Ergebnisse waren Grundlage für eine allmählich stärker werdende Lenkung der Justiz. In Runderlassen, Konferenzen, Einzelgesprächen und gezielten Presseveröffentlichungen wurde den Richtern immer wieder die Auffassung des Ministeriums zu wichtigen Fragen vermittelt.

Seit 1942 stellte das Reichsjustizministerium allen Richtern auf dem Dienstweg die sogenannten Richterbriefe zu. Sie enthielten detaillierte Ausführungen über die Auslegung einzelner Gesetzesmerkmale, über das Strafmaß bei bestimmten Straftaten und über sonstige richterliche Entscheidungen. Diese Festlegungen des Ministeriums waren nicht formell, aber praktisch verbindlich. Außerdem wurden ab 1942 in den sogenannten Vor- und Nachschaubesprechungen unter Vorsitz des jeweiligen Oberlandesgerichts- oder Landgerichtspräsidenten die politisch wichtigsten Prozesse erörtert und im Ergebnis verbindliche Anweisungen über den Fortgang der Verfahren erteilt.

Durch eine Vielzahl von Änderungen griff der Nationalsozialismus in die Gerichtsverfassung und in das Prozeßrecht ein. Zur Aburteilung politischer Delikte wurde durch Verordnung vom 21.3.33 (RGBl. I, S. 136) in jedem Oberlandesgerichtsbezirk ein Sondergericht gebildet, das für Verstöße gegen die am 28.2.33 (RGBl. I, S. 83) erlassene Reichstagsbrandverordnung und für Verstöße gegen die Heimtückeverordnung vom 21.3.33 (RGBl. I, S. 135) zuständig war. Später erweiterte sich die Zuständigkeit der Sondergerichte in politischen Strafsachen erheblich.

1934 entstand der Volksgerichtshof, auf den zunächst im wesentlichen die Zuständigkeiten des Reichsgerichts in politischen Sachen übergingen, nachdem der Reichstagsbrandprozeß nicht zur Zufriedenheit der Nationalsozialisten ausgegangen war. Die Sondergerichte und der Volksgerichtshof wurden mit politisch besonders zuverlässigen Richtern besetzt. Gegen ihre Urteile gab es für die Angeklagten keine Rechtsmittel.

Im Verwaltungsrecht und im Arbeitsrecht wurde der Rechtsweg zu den Gerichten eingeschränkt. Der Instanzenzug verkürzte sich in mehreren Verfahrensarten (besonders im Verwaltungsprozeß) für den Bürger, während er für die Vertreter des "öffentlichen" Interesses

teilweise verlängert wurde. In Strafsachen wurden zwei neue Rechtsmittel gegen rechtskräftige Urteile im bisherigen Sinn eingeführt, die nur der Oberreichsanwalt einlegen konnte: der außerordentliche Einspruch und die Nichtigkeitsbeschwerde. Damit wurden zusätzlich Möglichkeiten zur Überprüfung nichtwillkommener Urteile geschaffen.
Zur wirksameren Kontrolle von Urteilen der unteren Gerichte ließ man auch die Erhöhung der Strafe in der höheren Instanz (reformatio in peius) wieder zu (Gesetz vom 28.6.35, RGBl. I, S. 844). Im übrigen wurden, besonders während des Krieges, zahllose Veränderungen im Prozeßrecht vorgenommen, die das Verfahren vereinfachen und beschleunigen sollten, aber gleichzeitig bisherige Sicherungen für die Betroffenen abbauten.
Die praktische Bedeutung der Justiz war im Nationalsozialismus dadurch stark eingeschränkt, daß das Rechtsprechungsmonopol der Gerichte aufgehoben wurde. Insbesondere zum Zweck der Herrschaftssicherung des Regimes erhielten andere Stellen die Möglichkeit, von sich aus, ohne richterliche Kontrolle, im bisherigen ausschließlichen Zuständigkeitsbereich der Gerichte konkurrierend tätig zu werden. Staatliche Behörden und Parteistellen, insbesondere die Gestapo und die SS, konnten die Einleitung der vorgeschriebenen justizförmigen Verfahren verhindern, in schwebende Verfahren eingreifen oder unabhängig vom Ausgang selbst rechtskräftig abgeschlossener Verfahren eigene Maßnahmen treffen.
Oft wurde damit ein gerichtlicher Ausspruch in sein Gegenteil verkehrt: Die Gestapo verhaftete z.B. den soeben freigesprochenen Angeklagten noch im Gerichtssaal und lieferte ihn in ein KZ ein. Um eine nachträgliche Korrektur durch die Behörden zu vermeiden, machten die Gerichte vielfach die Erwartungen der Verwaltungsinstanzen von vornherein zum Maßstab ihrer Entscheidungen.
Führende Nationalsozialisten, insbesondere Hitler selbst, ordneten von sich aus Strafen an, oft genug die Todesstrafe. Nationalsozialisten konnten gegen Gesetze verstoßen, ohne daß sie de facto oder (wegen mehrerer Amnestien) de jure verfolgt werden konnten. Zivilrechtsstreitigkeiten wurden den Gerichten entzogen, soweit unmittelbare Interessen des Regimes berührt waren. So konnte z.B. der Reichsminister des Innern Schadenersatzklagen zur eigenen Entscheidung an sich ziehen, wenn sie im Zusammenhang mit der Machtergreifung erhoben waren (Gesetz vom 13.12.34, RGBl. I, S. 1.235).
Die Aufhebung des Rechtsprechungsmonopols der Gerichte wurde durch gesetzliche Vorschriften sanktioniert. So hieß es z.B. in § 7 des Preußischen Gesetzes über die Gestapo vom 10.2.36 (Gesetzessammlung 1936, S. 21 mit Berichtigung S. 28): "Verfügungen in Angelegenheiten der Geheimen Staatspolizei unterliegen nicht der Nachprüfung durch die Verwaltungsgerichte."
Bei der zunehmenden Verfolgung der Juden unterstützte die Justiz unmittelbar die Durchsetzung eines wichtigen politischen Zieles des Nationalsozialismus. Die zur Realisierung der antisemitischen Vorstellungen des Regimes ergangenen Gesetze waren nur teilweise mit herkömmlicher Gesetzgebungstechnik so präzise gefaßt, daß sie konkrete Anweisungen an den Richter enthielten.
Die Justiz entwickelte jedoch von sich aus beträchtliche Eigeninitiative und Phantasie, um die gegen die Juden gerichtete Gesetzgebung in die Wirklichkeit umzusetzen. Auf diese Weise beteiligten sich die Verwaltungs- und Zivilgerichte aktiv an der Entrechtung der Juden und an ihrer Hinausdrängung aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben als Vorstufen für ihre spätere Vertreibung und Ermordung.
Von Anfang an wirkte die Strafgerichtsbarkeit mit an der Unterdrückung der Gegner des Nationalsozialismus. Dafür wurden teils alte Strafgesetze ausgenutzt, teils neue Tatbestände angewandt, wie die Heimtückeverordnung oder die Volksschädlingsverordnung vom 5.9.39 (RGBl. I, S. 1.679). Dem Nationalsozialismus schien das herkömmliche Modell des Strafgesetzes wegen der jedenfalls tendenziellen Berechenbarkeit als Sanktionsinstrument nicht mehr

ausreichend. In das materielle Strafrecht wurden daher die Generalklausel und die Analogie eingeführt. Der freien Konstruktion von strafbaren Handlungen nach politischer Zweckmäßigkeit war damit Tür und Tor geöffnet.
Der Strafrahmen wurde zum Teil erheblich erweitert. Die Militärgerichte konnten seit der Verordnung vom 5.5.44 (RGBl. I, S. 115) für jede Tat alle Strafen verhängen, "wenn der regelmäßige Strafrahmen nach gesundem Volksempfinden zur Sühne nicht ausreicht". Die Straftatbestände nahmen damit den Charakter von Ermächtigungsnormen an.
Insbesondere die Richter der Sondergerichte und des Volksgerichtshofs ließen sich in das terroristische System des Nationalsozialismus einspannen, indem sie von Generalklauseln und Analogien im Sinne des Regimes Gebrauch machten. Die ordentlichen Gerichte, die Sondergerichte und der Volksgerichtshof verhängten nach Schätzungen zwischen 1933 und 45 etwa 16.000 Todesurteile, davon etwa 15.000 während der Jahre 1941 bis 45. Über zwei Drittel dieser Urteile wurden vollstreckt. Außerdem verhängte die Militärjustiz schätzungsweise 16.000 Todesurteile, von denen wiederum zwei Drittel vollstreckt wurden.
In vielen Bereichen, besonders im Zivil-, Wirtschafts-, Gewerbe- und Steuerrecht, zum Teil sogar im Strafrecht, setzten die Gerichte nach 1933 zunächst ihre frühere Rechtsprechung fort, ohne daß auf den ersten Blick eine Beeinflussung durch den Nationalsozialisten erkennbar war.
Notwendig war eine Normanwendung nach bisherigen Maßstäben insbesondere auf vielen Rechtsgebieten mit wirtschaftlichem Bezug. Denn das im Prinzip weiter privatwirtschaftlich organisierte ökonomische System blieb darauf angewiesen, daß die Einhaltung der Vertragsbezeichnungen und der staatlich gesetzten Rahmenbedingungen im Grundsatz weiter in herkömmlicher Weise gerichtsförmig gesichert wurde.
Auch hier mußten die Gerichte aber immer die Interessen der Gemeinschaft, wie sie die politischen Instanzen des Nationalsozialismus definierten, berücksichtigen. Ihre Grenze fand die Rechtsprechung nach überkommenen Maßstäben dort, wo die politischen Interessen des Nationalsozialismus berührt wurden.
Sobald es um die Bekämpfung der Gegner des Nationalsozialismus oder um die Durchsetzung seiner spezifischen Ziele wie die Rassenpolitik oder die Aufrüstung ging, endeten die Möglichkeiten zu einer Rechtsprechung im bisherigen Sinne. Die Justiz hatte damit einen Funktionswandel erfahren. Sie war nicht mehr ein Garant wirtschaftlicher, politischer und persönlicher Freiheit, sondern nur noch eine Instanz zur Regulierung derjenigen Konflikte, die ihr das Regime überlassen hatte.
Vereinzelt beteiligten sich Richter am Widerstand anderer Gruppen. Innerhalb der Justiz gab es aber keine aktiv arbeitenden Oppositionsgruppen. Immer wieder halfen zwar einzelne Richter in ihrem Amt Opfern des Systems, soweit sie konnten. So beeindruckend der persönliche Mut und das moralische Engagement dieser Richter waren, wegen der Korrekturpraxis der Gestapo erzielten sie kaum nachhaltige Wirkung.
Die Justiz wurde oft heftig angegriffen von der Parteipresse und führenden Repräsentanten des Systems. Im Großen und Ganzen erfüllte sie jedoch ihre Aufgaben so, wie es von ihr erwartet wurde. Die Richter, die aktive Nationalsozialisten waren, erkannten die politische Rolle der Justiz klar. So schrieb der langjährige Hamburger Oberlandesgerichtspräsident und spätere Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Rothenberger:
"Das Gesetz ist Führerbefehl. Der Richter, der dieses Gesetz anzuwenden hat, ist nicht nur an das Gesetz, sondern auch an die einheitlich geschlossene Weltanschauung des Führers gebunden. Aus dem neutralen, unpolitischen, staatsabgewandten Richter der liberalen Epoche ist daher geworden ein durch und durch politisch denkender, fest an die Weltanschauung des Gesetzgebers gebundener und an ihrer Verwirklichung mitarbeitender Nationalsozialist."
Nach den Worten Rothenbergers ist der Richter "einer der vornehmsten Vollstrecker des Füh-

rerwillens" (Die Stellung des Richters im Führerstaat, Deutsches Recht 1939, S. 831).
Viele Richter bekannten sich zwar nicht zu einer so unmittelbar politischen Rolle der Justiz. Sie suchten so viel wie möglich vom traditionellen Justizverständnis zu retten, indem sie sich auf eine enge Auslegung des Gesetzes beschränkten und es vermieden, mehr als unbedingt notwendig nationalsozialistische Gedanken in ihre Urteile eingehen zu lassen.
Auch mit dieser Haltung konnten sie sich aber der ihnen zugedachten Rolle nicht entziehen. Denn sie durften nur soweit Normen anwenden, wie es der Nationalsozialismus zur Durchsetzung seiner politischen Ziele für zweckmäßig hielt. Alle andere richterliche Tätigkeit war rechtlich oder tatsächlich unmöglich.<<
Die deutsche Assessorin Christa Dopatka schreibt später über die "Sondergerichte" (x051/-544): >>Sondergerichte, 1933 als Spezialstrafkammern zur Ausschaltung politischer Gegner errichtet, im Krieg das typisch werdende Strafgericht des nationalsozialistischen Staates.
Ihre Anzahl stieg von anfänglich 26 bis Ende 42 auf 74. War die Zuständigkeit zunächst auf einzelne politische Verbrechen begrenzt, lag es ab 1938 im Ermessen der Anklagebehörde, ob eine Tat, trotz Zuständigkeit des Amts- oder Landgerichts, hier angeklagt wurde.
Von 1940 an ausschließlich für Kriegssonderstrafrecht und Straftaten im Sinne des Heimtückegesetzes zuständig. Schnelles Verfahren mit standgerichtlichem Charakter: kein gerichtliches Vorverfahren, kurze Ladungsfrist. Zunehmende Schwächung der Verteidigung bei gleichzeitiger Stärkung der Anklagebehörde; ab 1940 sofortige Verurteilung (häufig zum Tod) möglich.
Die Urteile wurden mit Verkündung rechtskräftig und z.T. umgehend vollstreckt. Herkömmliche Rechtsmittel waren nicht zulässig. Urteile der Sondergerichte konnten nur durch das Reichsgericht nach Einlegung des außerordentlichen Einspruchs oder Nichtigkeitsbeschwerde aufgehoben werden.<<
Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung war trotz der drakonischen NS-Diktatur nicht unzufrieden, denn nach Hitlers Machtergreifung hatten viele ehemalige Arbeitslose im Jahre 1933 endlich wieder "Arbeit, Brot, Sicherheit und Ruhe".
Der französische Botschafter in Berlin, Andre Francois-Poncet, berichtet im Jahre 1933 über die Haltung der deutschen Bevölkerung (x243/45): >>Das Erstaunliche an dieser Revolution ist die Schnelligkeit, mit der sie vor sich ging, aber auch die Leichtigkeit, mit der sie sich überall vollzog, der geringe Widerstand, dem sie begegnete. ...
Die Vorstellung, daß eine Regierung lügen könne, geht nicht leicht in die Köpfe der Deutschen ein. Die angeborene Achtung, die sie vor der gesetzmäßigen Autorität haben, bringt sie dazu, sich allem unterzuordnen, was von ihr ausgeht, und dies erst recht, wenn es sich um einen so besonderen Mann handelt, den der Marschall als Reichskanzler berief und der sich als Retter der Bedrängten ausgibt. ...<<
Die deutsche Historikerin Adelheid von Saldern schreibt später über die "Wirtschaft" des NS-Regimes in den Jahren 1933-1935/36 (x051/649): >>Wirtschaft. Die Wirtschaft gehörte - neben Partei, Bürokratie und Militär - zu den Grundsäulen der nationalsozialistischen Herrschaft. Ihre Geschichte kann in drei Phasen untergliedert werden:
1) 1933-35/36: Zu Beginn dieser Phase stand die Wirtschaft im Zeichen der großen Krise. Bei ihrer Überwindung spielte die Aufrüstung von Anfang an eine namhafte Rolle. Die entsprechende Weichenstellung erfolgte 1933/34, und zwar auf zwei Ebenen: Zum einen stiegen die Rüstungsausgaben (Aufrüstung) bereits 1934 auf 4,2 Milliarden RM, zum anderen nahm man strukturelle Veränderungen in der Produktion vor, um den in wenigen Jahren zu erwartenden höheren Rüstungsanforderungen gewachsen zu sein.
Für die Öffentlichkeit standen 1933/34 nicht die Rüstungs-, sondern die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung im Vordergrund. Besonders publikumswirksam waren zudem der Bau der Reichsautobahn und die Ehestandsdarlehen. Die Finanzierung der Aufrüstungs- wie der Ar-

beitsbeschaffungsmaßnahmen wurde vorwiegend durch Geld- und Kreditschöpfung mittels der Mefo-Wechsel bewältigt.
Auch im Außenhandel kam es aufgrund des Neuen Plans vom September 34 unter Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister Schacht zu gravierenden Veränderungen. Obwohl die Anfänge einer Neuorientierung in diesem Bereich schon auf die Präsidialkabinette zurückgehen, bewirkten erst die komplette Reglementierung des Außenhandels (inklusive Devisenbewirtschaftung) sowie die Bilateralisierung der Außenhandelsbeziehungen eine Verlagerung des Außenhandels vom atlantischen in den (südost-)europäischen Raum, die den deutschen Großraumplänen zugute kommen sollte.
Die Wirtschaft wurde neu organisiert. In allen Bereichen (Industrie, Handwerk, Handel, Landwirtschaft) wurden die Betriebe zu hierarchisch (nach dem Führerprinzip) strukturierten Organisationen auf horizontaler wie auf vertikaler Ebene zusammengeschlossen. Im neuen "Reichsstand der deutschen Industrie" waren die Konzerne tonangebend. Sie profitierten zudem vom fortschreitenden Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft, der nicht zuletzt mittels Zwangskartellierungen und Pflichtgemeinschaften vorangetrieben wurde.
Es ist immer wieder versucht worden, das Verhältnis von Industrie und nationalsozialistischer Führung theoretisch zu erfassen. Die Breite der Erklärungsansätze ist groß - allein schon innerhalb der Gruppe der Faschismustheorien.
Sie reicht von der Annahme bestimmter funktioneller und struktureller (Wirkungs-)Zusammenhänge von Politik und Ökonomie (bei gleichzeitiger Vergrößerung des staatlichen Handlungsspielraumes) bis hin zur Annahme einer Interessenidentität zwischen "Monopolkapital" und faschistischer Führung. Im Unterschied zu den Faschismustheorien werden in den Totalitarismustheorien mehr der Zwangscharakter der "Gleichschaltung" und die politische Machtlosigkeit der Wirtschaft hervorgehoben.
Die nationalsozialistische Führung verfügte über keine geschlossene Wirtschaftskonzeption. Sie orientierte sich jedoch an einigen Leitlinien: Beibehaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln (Ausnahme: Arisierung) bei gleichzeitiger Ausschaltung einer freien Arbeitervertretung in den Betrieben zum einen und Ausrichtung der Wirtschaft auf Rüstung und Autarkie im Zeichen expansionistischer Außen-(handels-)politik zum anderen.
Mit diesen Grundlinien der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik stimmten die führenden Unternehmer weitgehend überein, was Konflikte auf konkreter Handlungsebene nicht ausschloß. ...<<
Im Jahre 1933 verloren schon Hunderte von Hochschullehrern, 4.000 Rechtsanwälte, 3.000 Ärzte, 2.000 Beamte sowie etwa 2.000 Schauspieler und Musiker ihre Stellungen, weil sie Juden waren (x062/430). Die Entlassungen bzw. Berufsverbote für jüdische Beamte, Ärzte und Rechtsanwälte galten damals noch nicht für ehemalige jüdische Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges.
Im Jahre 1933 verließen rund 37.000 jüdische Emigranten ihre deutsche Heimat (x075/81).
Ende 1933 lebten noch 408.082 deutsche Juden und 94.717 ausländische Juden im Deutschen Reich (x014/22).
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über die "Judenverfolgung" durch die NSDAP in den Jahren 1933-1935 (x051/289-290): >>(Judenverfolgung) ...
Das erste Ausnahmegesetz war dann das Berufsbeamtengesetz vom 7.4.33, nach dem u.a. Beamte nichtarischer Abstammung in den Ruhestand zu versetzen oder (Ehrenbeamte) zu entlassen waren (Arierparagraph).
Ausgenommen hiervon waren auf Wunsch des Reichspräsidenten Hindenburg zunächst Beamte, die bereits seit dem 1.8.14 im Beamtenverhältnis gestanden oder die im Ersten Weltkrieg für Deutschland bzw. seine Verbündeten gekämpft oder deren Väter und Söhne im Weltkrieg gefallen waren.

Als nichtarisch wurden nach der 1. Verordnung zur Durchführung (DVO) vom 11.4.33 angesehen, wer von nichtarischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammte, wobei es genügte, wenn ein Eltern- oder Großelternteil nichtarisch war.
Schon vor Erlaß des Berufsbeamtengesetzes hatten einzelne Länder und Kommunalbehörden (ohne Gesetzesgrundlage) Anordnungen zur Beurlaubung von Beamten getroffen. Während bei den Ländern hiervon überwiegend Richter und Staatsanwälte betroffen waren (Bayern und Preußen 31.3.33), fielen bei den Kommunen unter diese Maßnahme Beamte aller Laufbahnen und jeder (Fach-)Richtung. Darüber hinaus hatten sie häufig willkürliche Amtsenthebungen verfügt oder Beamte so unter Druck gesetzt, daß sie von sich aus ihr Amt niederlegten.
Parallel zu dem Ausnahmegesetz für die jüdischen Beamten wurden Maßnahmen ergriffen, die eine Einschränkung der Tätigkeit in vielen Berufen zum Gegenstand hatten: So wurde z.B. die Neuzulassung nichtarischer Rechtsanwälte ausgeschlossen und die Rücknahme der Zulassung zugelassener (unter gewissen Voraussetzungen) Anwälte gestattet (7.4.33), die Tätigkeit jüdischer Ärzte, Zahnärzte und Zahntechniker bei den Krankenkassen für beendet sowie die Neuzulassung für unzulässig erklärt (22.4.33); Juden erhielten keine Apothekenkonzession (17.4.34) mehr.
Neben den Maßnahmen gegen diese Berufsgruppen begann man mit der Ausschaltung der Juden aus dem Kulturleben. Grundlage hierfür war das "Gesetz über die Errichtung der Reichskulturkammer" vom 22.9.33. Nichtarier wurden in die Kammer nicht aufgenommen.
Während sich die einschränkenden Maßnahmen der Judenverfolgung in den ersten beiden Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft im wesentlichen auf bestimmte Berufsgruppen beschränkten, wurden mit Erlaß der sogenannten Nürnberger Gesetze vom 15.9.35, dem "Reichsbürgergesetz" (RBüGes) und dem "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" (BlSchGes), die Juden allgemein betroffen.
Durch das RBüGes wurden Juden von der Reichsbürgerschaft ausgeschlossen, blieben jedoch deutsche Staatsangehörige.
Nach der "1. DVO zum RBüGes" vom 14.11.35 war nun als Jude anzusehen, wer von mindestens drei der "Rasse" nach volljüdischen Großeltern abstammte und (unter gewissen Voraussetzungen) der von zwei volljüdischen Großeltern abstammende Mischling.
Als Nichtreichsbürgern stand den Juden in politischen Angelegenheiten kein Stimmrecht zu und sie konnten keine öffentlichen Ämter bekleiden. Die noch tätigen jüdischen Beamten und andere im öffentlichen Dienst stehenden Juden waren zu entlassen. Die Ausnahmeregelung für Frontkämpfer und andere privilegierte Juden fiel damit weg. Das BlSchGes verbot die Eheschließung zwischen Juden und Nichtjuden und drohte im Falle der Zuwiderhandlung Zuchthausstrafe an. Untersagt und mit Zuchthaus oder Gefängnis bedroht war ebenfalls der außereheliche Verkehr zwischen Personen dieser Kreise.
Die Nürnberger Gesetze brachten nicht nur die von den Nationalsozialisten angestrebte Trennung zwischen Juden und Nichtjuden; sie waren in der Folgezeit auch die Grundlage für den systematischen Ausschluß der Juden aus der staatlichen Gemeinschaft. Von der Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben nahmen die Machthaber zunächst noch Abstand.
Zwar hatten jüdische Gewerbetreibende und Unternehmer verschiedentlich unter Einschränkungsmaßnahmen zu leiden (z.B. Aufruf der Parteileitung der NSDAP vom 29.3.33 zum planmäßigen Judenboykott) und in Einzelfällen war es auch schon zur Ausschaltung aus ihrem Tätigkeitsgebiet gekommen (z.B. Waffenherstellung, -reparatur und -handel; Versteigerergewerbe); aus Gründen eines störungsfreien wirtschaftlichen Wiederaufbaus ließ man sie fürs Erste unbehelligt. ...<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die Verwirklichung der NS-Pläne (x051/406):
>>(Nationalsozialismus) ... Was den Nationalsozialismus aber v.a. vom übrigen europäischen Faschismus (auch vom italienischen) unterscheidet, ist die geradezu brutale Folgerichtigkeit,

mit der er von 1933 an sein politisches Programm (mit Ausnahme des Antikapitalismus) verwirklichte:
1) Die völlige Zerstörung der parlamentarischen Demokratie, die Beseitigung des Rechtsstaates und der Aufbau einer totalitären Diktatur, d.h. eines nach dem Führerprinzip gestalteten Einparteienstaates der NSDAP mit dem "Führer und Reichskanzler" Hitler an der Spitze, war schon Mitte 34 im Wesentlichen abgeschlossen (Gleichschaltung).
Fast alle Deutschen waren in der NSDAP (1935 rund 2,5 Millionen Mitglieder) und/oder in den ihr angeschlossenen Verbänden total erfaßt, durch die Organe der Staatssicherheit (insbesondere den Sicherheitsdienst der SS) einer fast lückenlosen politischen Kontrolle unterworfen und völlig auf die politischen Ziele des nationalsozialistischen Regimes ausgerichtet.
Die Gegner des Nationalsozialismus waren zum Großteil ins Ausland geflohen, inhaftiert (schon Ende Februar 33 Errichtung der ersten Konzentrationslager) oder getötet, die innerparteilichen Konkurrenten Hitlers, v.a. die in der SA (Röhm-Affäre), ausgeschaltet worden.
Durch die Propaganda der jetzt staatlich gelenkten Medien (Presse, Rundfunk), die ständigen Massenveranstaltungen der NSDAP und ihrer Verbände und die v.a. auf den jährlich in Nürnberg stattfindenden Reichsparteitagen entfalteten Rituale und schließlich auch durch gelenkte Volksabstimmungen, mit denen Hitler und seine Regierung wichtige politische Maßnahmen scheindemokratisch legitimieren ließen, wurde die Fiktion einer unter der Führung Hitlers geeinten "Volksgemeinschaft" ständig neu erzeugt und aufrechterhalten. –
2) Die Judenverfolgung mündete in den Völkermord der Endlösung. Ein ähnliches Schicksal erlitten andere "rassisch minderwertige" Bevölkerungsgruppen, so die "Zigeuner" und die geistig Behinderten (Euthanasie). –
3) Der Vorbereitung eines Angriffskrieges zur "Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtsloser Germanisierung" (Hitler am 3.2.33 vor Reichswehrgenerälen) dienten die bereits Ende 33 begonnene, zunächst geheime Aufrüstung, der Austritt des Deutschen Reiches aus dem Völkerbund und der internationalen Abrüstungskonferenz (Oktober 33) sowie – unter Bruch des Versailler Vertrages – die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht (März 35) und die Rheinlandbesetzung (März 36).
Am 5.11.37 gab Hitler vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht seine Absicht, einen Angriffskrieg zu entfesseln, offen zu Protokoll (Hoßbach-Niederschrift) und entlarvte damit seine wiederholten öffentlichen Friedensbeteuerungen als Lüge. Am 1.9.39 begann mit dem Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg. –
4) Schon vor Kriegsbeginn hatte das nationalsozialistische Deutschland wesentliche Teile des Versailler Vertrages "revidiert", war durch die Rückgliederung des Saarlandes (Januar 35), den Anschluß Österreichs (März 38) und des Sudetenlandes (Oktober 38) ans Deutsche Reich dem Ziel der Schaffung eines "großdeutschen" Staates nahe gekommen; durch die faktische Angliederung der zum Protektorat Böhmen und Mähren ernannten sogenannten Resttschechei (März 39) war dieser über die Grenzen der deutschen Nationalität hinaus ausgeweitet, nach der Eroberung des westlichen Polens (Oktober 39) die Bildung des Großdeutschen Reiches abgeschlossen.
Der vom Nationalsozialismus entfesselte Weltkrieg endete mit der völligen Niederlage Deutschlands und der Bedingungslosen Kapitulation seiner Truppen am 7./8.5.45. Deutschland wurde von den Alliierten besetzt, die NSDAP mitsamt ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden durch das Gesetz Nr. 2 des Alliierten Kontrollrats vom 10.10.45 verboten und aufgelöst; ihre Mitglieder (1945 rund 8,5 Millionen) und Sympathisanten wurden einem Entnazifizierungsverfahren unterzogen, die nationalsozialistischen Kriegsverbrecher angeklagt und verurteilt (Nürnberger Prozesse).
Mit Ausnahme der tatsächlich fast völligen Vernichtung des europäischen Judentums hat so Hitler keines seiner politischen Ziele erreicht. Die bis heute nachwirkenden Ergebnisse und

Folgen des Nationalsozialismus sind vielmehr
das Ende eines gesamtdeutschen Staates, der Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht, die Sowjetisierung Ost- und Ostmitteleuropas und die Teilung Europas in ein kommunistisch regiertes Ost- und ein demokratisches Westeuropa.
Im Neonazismus lebte der Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre weiter und seit Ende der 70er Jahre wieder auf, bisher freilich ohne wesentliche politische Bedeutung.<<

UdSSR: Im Winter 1932/33 verhungern durch Stalins Zwangskollektivierung in der fruchtbaren Ukraine ("osteuropäische Kornkammer") etwa 6 bis 7 Millionen Ukrainer und sterben vielfach unter grauenvollen Umständen (x046/190, x075/93, x087/71).
Alfred Grosser (französischer Politologe und Publizist) schreibt später über die Hungerkatastrophen 1932/33 in der Ukraine (x075/92-93): >>... Das Verbrechen, das am ehesten die Bezeichnung Genozid verdient, war sicher das an den Ukrainern zwischen 1930 und 1932.
Die Behandlung, der die Ukraine ausgesetzt war – "verschleierter Holocaust", "Holocaust durch Hunger" -, war grundsätzlich anderer Art als diejenige, die die sowjetische Gesamtbevölkerung unter der Bezeichnung "Kulakenvertreibung" erfuhr.
Dieses Verbrechen wurde aber so geschickt verschleiert, so erfolgreich totgeschwiegen, daß es erst nach mehreren Jahrzehnten wirklich in die Geschichte aufgenommen wurde: Selbst die besten Bücher über den Genozid im 20. Jahrhundert schweigen sich darüber aus.
... Es ging ganz einfach darum, auf brutale Weise zu verhindern, daß die Ukraine mit der 1921 grundsätzlich eröffneten Möglichkeit, einen eigenen nationalen bzw. regionalen Weg zum Sozialismus zu beschreiten und auch das Ukrainische als Amtssprache zu benutzen, Ernst zu machen versuchte.
In dem Agrarland Ukraine deckte sich die nationale Frage mit der Bauernfrage, so daß es am 25. Dezember 1929 zu folgender Entscheidung der Ukrainischen Kommunistischen Partei kam: 1930 sollte nur ein Fünftel der Landwirtschaft kollektiviert werden.
Ein paar Tage später kam aus Moskau der Befehl, innerhalb von drei Jahren hundertprozentig zu kollektivieren. Unter der Aufsicht von 100.000 von außerhalb zugezogenen Beamten wurden bis Ende 1930 siebzig Prozent der Betriebe auf Kolchosen umgestellt, während man die Ukrainer zugleich zwang, einen Großteil der Ernteerträge in die anderen Sowjetrepubliken auszuführen. Die Reserven wurden geplündert, einschließlich des Saatgutes, von dem sich auch die Hungernden ernährten; Getreideanbau war somit nicht mehr möglich.
Viele Ukrainer versuchten zu fliehen, andere suchten jenseits der Grenze nach Nahrung, aber die Grenze war geschlossen und wurde militärisch bewacht. Kein Grenzübertritt ohne Sondergenehmigung, keine Einfuhr von Nahrungsmitteln, obwohl die Dörfer jenseits der Grenze genügend Vorräte hatten.
Unter den etwa 7 Millionen Toten, die dieser organisierten Hungersnot zum Opfer fielen, waren – weniger überlebensfähig als die Erwachsenen – drei Millionen Kinder. Eine weitere Million Ukrainer, als Kulaken abgestempelt, wurde verschleppt, unter anderem nach Kolyma.
Vielleicht lag keine Absicht vor, die Ukrainer vollständig zu vernichten, zumindest aber gab es den Entschluß, eine große Anzahl von ihnen umkommen zu lassen. Und auf jeden Fall sollten alle Eliten beseitigt werden, wie es später auch im Baltikum und in Polen geschah. ...<<
Der französische Historiker Nicolas Werth schreibt später über die große Hungersnot in der Ukraine und im Nordkaukasus 1932/33 (x265/183-184): >>... Unter Drohungen, ja sogar Folter, wurden die Landwirte gezwungen, ihre gesamten mageren Vorräte anzuliefern und hatten weder die Mittel noch die Möglichkeit, sich irgend etwas zu kaufen.
So waren Millionen von Bauern aus den reichsten Agrargebieten der Sowjetunion dem Hunger ausgesetzt und hatten keine andere Möglichkeit, als in die Städte zu ziehen. Deshalb führte die Regierung am 27. Dezember 1932 den Inlandspaß und die Zwangsregistrierung für alle

Stadtbewohner ein. Die Absicht war, die Landflucht zu begrenzen, "das soziale Schmarotzertum auszumerzen" und "die kulakische Unterwanderung der Städte zu bekämpfen".
Im Blick auf die Massenflucht der um ihr Überleben kämpfenden Bauern gab die Regierung am 22. Januar 1933 ein Rundschreiben heraus, das für Millionen Hungernde den sicheren Tod bedeutete. Das von Stalin und Molotow unterzeichnete Schreiben befahl den Lokalbehörden und insbesondere der GPU, "die Massenabwanderung der ukrainischen und nordkaukasischen Bauern in die Städte" zu verbieten. "Die konterrevolutionären Elemente sind zu verhaften, und die übrigen Flüchtlinge in ihre Wohnorte zurückzubringen."
Das Rundschreiben hatte folgende Erklärung für die Lage: "Das Zentralkomitee und die Regierung haben Beweise dafür, daß die Massenflucht der Bauern von den Gegnern der Sowjetmacht, den Konterrevolutionären und den polnischen Agenten, organisiert worden ist. Ihr Ziel ist eine Propaganda gegen das Kolchosesystem im besonderen und der Sowjetmacht im allgemeinen."
In allen von der Hungersnot betroffenen Gebieten wurde der Verkauf von Bahnfahrkarten sofort eingestellt; von den Sondereinheiten der GPU errichtete Kontrollsperren sollten die Bauern daran hindern, ihre Distrikte zu verlassen. Anfang März 1933 meldete ein Bericht der politischen Polizei, daß im Rahmen der Operationen gegen die Abwanderung der Bauern in die Städte innerhalb eines Monats 219.460 Personen aufgegriffen worden seien. 186.588 von ihnen seien "in ihre Heimatregion zurückgebracht", die anderen festgenommen und verurteilt worden. Aber über den Zustand der aus den Städten Vertriebenen schweigt der Bericht.
Hierzu ein Augenzeugenbericht des italienischen Konsuls von Charkow, das mitten in den von der Hungersnot betroffenen Regionen liegt:
"Seit einer Woche wurde ein Dienst organisiert, um die ausgesetzten Kinder einzusammeln. Denn neben den Bauern, die in die Städte strömten, weil sie auf dem Lande keine Möglichkeit mehr zum Überleben haben, gibt es auch Kinder, die hierhergebracht und dann von den Eltern, die zum Sterben in ihre Dörfer zurückkehren, in der Hoffnung ausgesetzt werden, daß irgend jemand in der Stadt sich ihrer Nachkommenschaft annimmt. Seit einer Woche hat man ... (Frauen) organisiert, die in weißen Blusen durch die Stadt patrouillieren und die Kinder zum nächstgelegenen Polizeiposten bringen. ...
Gegen Mitternacht bringt man sie in Lastwagen zum Güterbahnhof von Severo Donetz. Auch die in den Bahnhöfen und Zügen aufgelesenen Kinder und die tagsüber in der Stadt aufgegriffenen Bauernfamilien und älteren Einzelpersonen werden dort zusammengetrieben. Das Sanitätspersonal ist mit der "Selektion" beauftragt. Diejenigen, die noch nicht aufgedunsen sind und eine Chance zum Überleben haben, kommen in die Backenlager von Holodnaja Gora, wo ein Volk von 8.000 Seelen, meistens Kinder, auf den Strohlagern der Lagerhallen mit dem Tode kämpft. ...
Die Aufgedunsenen werden mit Güterzügen aufs Land hinausgefahren und 50 bis 60 Kilometer hinter der Stadt ausgesetzt, wo sie sterben, ohne daß man sie sieht. ... Sofort nach der Ankunft an den Stellen, an denen entlassen wird, werden große Gruben ausgehoben, und die Toten aus den Waggons herausgeholt."
Auf dem Lande erreichte die Sterblichkeitsrate im Frühjahr 1933 ihren Höhepunkt. Zum Hunger kam der Typhus; in Ortschaften, in denen ursprünglich mehrere Tausend Menschen lebten, zählte man nur ein paar Dutzend Überlebende. In den Berichten der GPU werden Fälle von Kannibalismus erwähnt. Auch die in Charkow sitzenden italienischen Diplomaten schreiben davon:
"Jede Nacht werden in Charkow 250 Leichen eingesammelt, Verhungerte und Typhustote. Wie man feststellte, hatten viele von ihnen keine Leber mehr. Sie schien durch einen großen Schnitt in das Fleisch herausgerissen worden zu sein. Die Polizei stieß schließlich auf einige mysteriöse "Amputierer", die zugaben, mit diesem Fleisch die Füllung der Pirojiki (kleine

Pasteten) zubereitet zu haben. Die Pirojiki hatten sie anschließend auf dem Markt verkauft. ...<<

Die deutsche Publizistin Vera Lengsfeld berichtet später (im Juli 2019) über die Hungerkatastrophe in der Ukraine (x1.089/…): >>**Roter Hunger - Stalins Krieg gegen die Ukraine**

Autor: *Vera Lengsfeld*

Es gibt Bücher, die zu lesen es viel Überwindung kostet. Bei der Lektüre von Anne Applebaums "Roter Hunger" mußte ich mich mehrmals zwingen, weiterzumachen. Was hier über die politisch inszenierte und exekutierte Hungerkatastrophe in der Ukraine Anfang der 30er Jahre des totalitären 20. Jahrhunderts geschrieben wird erfordert starke Nerven und einen ebensolchen Magen. Aber ich sagte mir immer wieder, daß, was Menschen erleiden mußten, ich es wenigstens zur Kenntnis nehmen muß. Wir müssen in den Abgrund blicken, um Mittel zu finden, nicht endgültig in ihm zu versinken.

Die Ukraine ist Teil Europas und ihr Schicksal ist eng mit der europäischen Geschichte verknüpft. Wer die heutigen Konflikte um die Ukraine verstehen will, muß diese Geschichte zur Kenntnis nehmen.

Während eines großen Teils der Geschichte war das Gebiet, das wir heute Ukraine nennen, was im russischen und im polnischen Grenzland bedeutet, eine Kolonie anderer europäischer Mächte. Seit dem späten Mittelalter gibt es eine ukrainische Sprache, eine ukrainische Küche, Sitten, Bräuche, Legenden und Helden wie Bösewichte. Im 18. und 19. Jahrhundert bildete sich, wie bei anderen europäischen Völkern ein Nationalbewußtsein heraus. Aber fehlende natürliche Grenzen verhinderten lange die Bildung eines eigenen Staates.

Das gelang erstmals in der ukrainischen Revolution 1917, die eine Ukrainische Volksrepublik innerhalb der Russischen Föderation hervorbrachte. Diese Republik war den Bolschewisten von Anfang an ein Dorn im Auge. Sie starteten im Januar 1918 ihren ersten Angriff. Von da an gab es eine fast ununterbrochene ukrainische Nationalbewegung gegen die Bolschewiki. Diese Bewegung war selbst sozialistisch, wollte aber einen eigenständigen Weg. Um die lange Geschichte des Bürgerkrieges kurz zu fassen, kann man sagen, daß es in der Ukraine den heftigsten und längsten Widerstand gegen die Bolschewisten gab.

Neben ihrem nationalen Vorurteil hatten die Bolschewiki auch besondere politische Gründe, die ukrainische Unabhängigkeit abzulehnen. Hier lebten hauptsächlich Bauern und laut marxistischer Theorie waren die Bauern zweifelhafte Elemente.

Hinzu kam, daß die Bolschewiki den Zusammenhang zwischen Ernährung und Macht sehr gut kannten. Sie betrachteten Lebensmittel, wie heute noch die koreanischen Herrscher, als Waffe. Erstmals wurde diese Waffe im "Kriegskommunismus" eingesetzt. Im Mai 1918 rief der Rat der Volkskommissare eine "Ernährungsdiktatur" aus, stellte eine "Ernährungsarmee" auf und rief den Kampf an der "Ernährungsfront" aus.

Hier finden sich alle Elemente des künftigen Holodomor. Der brutalste Ernährungskrieger war Stalin, der mit 450 Rotarmisten nach Zarizyn, heute Wolgograd fuhr und dort mit solcher Härte Getreide beschaffte, daß Leo Trotzki bei Lenin auf Stalins Abberufung drängte.

Lenin folgte Trotzkis Argumenten und holte Stalin zurück. Stalin empfand sein Wirken in der Stadt aber so wichtig, daß er später ihre Umbenennung in Stalingrad verfügte.

Als die Bolschewiki den Bürgerkrieg gewonnen hatten, begannen sie umgehend, ihre Vorstellungen von Landwirtschaft durchzusetzen. Der Kampf gegen die Kulaken wurde ausgerufen, der später in der Liquidierung der Menschen endete, die als Kulaken eingestuft wurden.

Wer waren die Kulaken? Es handelt sich hier um eine Begriffsschöpfung, die im Verlauf der Entkulakisierung immer mehr erweitert wurde. Im August 1929 erließ der ukrainische Rat der Volkskommissare ein Dekret, welches "Kulakenhöfe" definierte: Höfe, auf denen regelmäßig Saisonarbeiter angestellt wurden, zu denen eine Mühle, eine Gerberei, Ziegelei gehörten und deren Besitzer regelmäßig Gebäude oder landwirtschaftliche Geräte mieteten.

Bald fielen darunter aber auch Bauern, auf die das alles nicht zutraf, die aber trotzdem enteignet wurden. Sie wurden als Podkulaschniki, Unterkulaken bezeichnet. Es genügte, einmal eine Unzufriedenheit geäußert zu haben. Auf den Höhepunkt des Holodomor 1932 wurde allen Bauern alles weggenommen, auch das Saatgut und die Vorräte für den eigenen Verbrauch.
Die erste Hungersnot ereignete sich Anfang der Zwanzigerjahre. Sie unterschied sich grundsätzlich vom Holodomor. Das Regime gab zu, daß es eine Hungersnot gab, und ließ internationale Hilfe zu. Auslöser der Katastrophe waren das Scheitern des Kriegskommunismus und der ersten Welle der Kollektivierung der Landwirtschaft. Um diese Krise zu beenden, erfand Lenin die "Neue Ökonomische Politik", die wieder private Initiative und Handel zuließ.
Der Erfolg der NEP zeigte, daß auch eine gefesselte rudimentäre Marktwirtschaft viel Kraft entfaltet. Der Hunger hörte schnell auf, aber die Bolschewiki lernten nicht aus ihren Fehlern, sondern wiederholten sie unter Stalin in verschärfter Form.
Was wir heute als Holodomor bezeichnen, die politisch organisierte und exekutierte Aushungerung der ukrainischen Bauernschaft begann Anfang der 30er Jahre mit der zweiten Kampagne zur Kollektivierung der Landwirtschaft. Stalin und seine Sowjetführung führten "außerordentliche Maßnahmen", d.h. den Ausnahmezustand ein.
Die Gewalt, die Stalin zehn Jahre zuvor in Zarizyn angewandt hatte, kam in der Sprache des Kriegskommunismus zurück. Seine Kollektivierungspolitik war das ideologische Werkzeug, das Stalin zum unangefochtenen Führer der KPdSU machte. Er entledigte sich erst der "Linksabweichler" wie Trotzki, nach dem Holodomor beseitigte er die "Rechtsabweichler" wie Bucharin.
In der ersten Welle der Kollektivierung ging es darum, die Bauern durch immer höhere Abgaben zum Aufgeben und Übertritt in die Kolchosen zu bewegen. Als das nicht zum gewünschten Ergebnis führte, begann die Vertreibung der Kulaken aus ihrem Besitz und die Deportationen.
Manchmal konnten die Kulaken in ihrer Region bleiben, aber sie durften sich nur auf den schlechtesten Böden niederlassen. Die meisten aber wurden umgesiedelt, nach Sibirien oder nach Mittelasien. Mit diesen Kulakentransporten begann die Entwicklung des Gulag, des Zwangsarbeitslager-Systems. Die Deportationen fanden mit großer Brutalität statt. Applebaum schildert, daß auch Babys nackt ausgezogen und mit ihren ebenfalls nackten Müttern im Schnee ausgesetzt wurden, während man ihr Haus plünderte.
Verantwortlich dafür waren die Trupps der 25.000, Komsomolzen aus der Stadt, ländliches Lumpenproletariat und Kriminelle, die auf Anweisung der Partei die Entkulakisierung ausführten. Ein im Westen bekannter Entkulakisierer war der spätere Dissident Lew Kopelew, der im Alter tief beschämt war, wenn er an seine Beteiligung zurückdachte. Er konnte es nicht mehr fassen, daß er so mitleidlos, weil ideologisch verblendet war. Auch Wassili Grossman, der später als Kriegsberichterstatter berühmt wurde und der bewegende Romane über den Kampf der Roten Armee verfaßte, gehörte zu diesen Trupps.
"Ich bin nicht mehr behext und sehe die Menschen. Warum war ich wie Eis? Die Menschen haben doch so gelitten und was wurde ihnen nicht alles angetan! Aber immer wieder hieß es: Das sind keine Menschen, das ist Kulakenpack."
Natürlich konnten diese Zustände nicht verborgen bleiben. Es gab immer wieder Genossen, die es wagten, ihm das Elend zu schildern. Schließlich hielt es Stalin für notwendig, Stellung zu nehmen. In einem Prawda-Artikel schob er den Akteuren vor Ort die Schuld an allen Exzessen zu. Sie hätten, trunken von ihren Erfolgen, das richtige Maß verloren. Es sei die Aufgabe der Partei, diese gefährlichen und schädlichen Tendenzen "auszumerzen".
Wer sich nun eine Änderung der Politik erhofft hatte, lag nicht falsch, aber es war eine Veränderung zum Schlimmeren. Am 18. November 1932 wurde eine Resolution verabschiedet, nach der "die vollständige Erfüllung der Getreideabgabepläne erste Pflicht" sei, der alles un-

tergeordnet werden müsse, einschließlich der Saatgutreserven, des Viehfutters und der Lebensmittelrationen. Danach wurden die Dörfer von der Geheimpolizei abgeriegelt und den Bauern alles weggenommen.
Die dritte Terrorwelle im Holodomor war auf die vollständige Vernichtung der Bauern durch Hunger ausgerichtet. Die Grenzen der Ukraine wurden abgesperrt, um die Flüchtlinge zu stoppen. Bauern, die es in die Städte geschafft hatten, in der Hoffnung, etwas zum Essen zu ergattern, wurden eingefangen und zurück in ihre Dörfer gebracht. Selbst etwas zu kaufen, wurde ihnen nicht gestattet. Sie waren in den Menschenschlangen, die nach Brot anstanden, leicht an ihren Lumpen zu erkennen. Sie wurden rausgezerrt, auf LKWs verladen und zum Schluß, als sie schon schwach genug waren, einfach in eine Schlucht gekippt, wo sie verendeten.
Die Trupps, die durch die Dörfer zogen, requirierten nicht mehr, sie vernichteten alle Lebensmittel, die sie fanden. Sie waren mit langen Eisenstangen bewaffnet, die sie in Wände, Öfen, Böden stachen, um versteckte Lebensmittel zu finden. Sie holten Brote aus den Öfen, nahmen Suppen vom Feuer und kippten sie aus. Sie bezogen auf Hügeln Stellung, um zu beobachten, ob aus einem Schornstein Rauch aufsteigt, weil gekocht wurde. Zum Schluß war jeder verdächtig, der noch lebte. "Warum seid ihr noch nicht tot?" schreien sie, wenn sie Menschen noch am Leben fanden, denen sie doch bereits alles weggenommen hatten.
Das alles hatte nichts mehr mit Nahrungsmittelbeschaffung zu tun, sondern mit bloßer Vernichtung. Wie es diese Komsomolzen fertig brachten, Menschen so in den Tod zu treiben, ist ein Phänomen, das zeigt, wie weit Ideologien entmenschlichen können. Natürlich waren es nicht die Komsomolzen allein. Sie hatten willige Helfer unter den Ukrainern. Applebaum schreibt, daß etwa die Hälfte dieser ukrainische Helfer selbst verhungerte, weil man ihnen nicht den versprochenen Anteil an requirierter Nahrung ließ, sondern ihnen ihre Beute vollständig abnahm.
Am Ende waren die Menschen so erschöpft, daß jeder Widerstand aufhörte.
Wer sich der Aushungerung der effektivsten Bauern entgegenstellte, auch nur leise Kritik anmeldete, oder als ineffizient bei der Ausführung der Befehle betrachtet wurde, geriet in die stalinsche Vernichtungsmaschinerie.
Davon war Stalins eigene Familie nicht ausgenommen. Als ersten traf es Stalins Schwager Stalislaw Reddens, der Chef des ukrainischen Geheimdienstes. Er wurde auf Stalins Befehl abgesetzt und erschossen. Seine Witwe erfuhr erst in der Chruschtschow-Ära von seinem Tod. Stalins Frau Nadeshda Allilujewa, die von Kommilitonen des Moskauer Technikums erfuhr, was sich in der Ukraine abspielte, verübte Selbstmord.
Es gibt keine verläßlichen Zahlen, wie viele während des Holodomor verhungert sind. Die Angaben schwanken zwischen 4 und 10 Million. Während die Menschen verhungerten, exportierten die Sowjets Getreide, Fleisch, Obst, Gemüse und andere Lebensmittel.
Mindestens ebenso viel Energie wie in die Entkulakisierung steckte die Partei in die Kampagne zur Vertuschung des Holodomor. Obwohl hunderttausende zum Skelett abgemagerte Menschen die Bahnhöfe, Bahnstrecken und Städte bevölkerten, kamen die Bolschewiki mit ihrer Leugnung durch. Das gelang, weil die Intellektuellen in der Sowjetunion schwiegen und es willige Helfer im Westen gab, wie der New York Times-Journalist Walter Duranty, der in einem wirksamen Artikel die Berichte über die Verhungernden in der Ukraine für unglaubwürdig erklärte. Erst nach dem Ende der Sowjetunion war es möglich, Licht in dieses dunkle Kapitel der Geschichte zu bringen.
Anne Applebaums Buch ist ein unverzichtbarer Beitrag.<<
Polen: Nach Hitlers Machtübernahme nehmen Staatschef Pilsudski und Außenminister Jozef Beck (1894-1944) im Jahre 1933 frühzeitig Kontakte mit dem NS-Reich auf. Die polnisch-deutschen Gespräche und Vereinbarungen unterstützen Hitlers Pläne und stören gleichzeitig

das französisch-polnische Bündnissystem.
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtet später (im Oktober 2019) über das Schicksal der Volksdeutschen bis 1933 in Polen (x358/12-15): >>**Das Leid im Osten**
_ *von Rüdiger Lenhoff*
Nach dem Diktatfrieden von Versailles waren zahlreiche Deutsche in Posen, Westpreußen und Oberschlesien Repressionen durch Polen ausgesetzt. Dabei kam es zu furchtbaren Verbrechen.
… **Polnische Chauvinisten**
Der Versailler Vertrag hatte bei der Festlegung der deutsch-polnischen Grenze die Frage der Volkszugehörigkeit der ansässigen Bevölkerung weitgehend ignoriert. Ohne Referenden wurde der größte Teil Westpreußens, der Provinz Posen und ein kleiner Teil Ostpreußens (das Gebiet von Soldau) per Federstrich an Polen abgetreten. Unter Protest der deutschen Bevölkerung wurde Danzig als sogenannte Freie Stadt unter die Kontrolle des Völkerbundes gestellt und den Polen ein Katalog mit Sonderrechten gewährt.
Bei der Volkszählung 1923 hatten 97,6 Prozent der Danziger Deutsch als Muttersprache angegeben. Wo Volksabstimmungen stattfanden, stimmte die Mehrheit für die staatliche Zugehörigkeit zu Deutschland. So votierten am 11. Juli 1920 im ostpreußischen Abstimmungsbezirk Allenstein 97,9 Prozent und im westpreußischen Bezirk Marienwerder 92,8 Prozent für den Verbleib im Reich.
Schnell zeigte sich, daß die Regierung in Warschau den Minderheitenschutzvertrag mißachtete, den sie am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichnet hatte - und ohne dessen Annahme es die deutschen Gebiete nicht zugesprochen bekommen hätte. Selbst ein ausgewiesener Deutschenhasser wie Clemenceau sah sich daraufhin veranlaßt, den polnischen Ministerpräsidenten Ignacy Jan Paderewski auf die Bedeutung der Volksgruppenrechte hinzuweisen.
Trotz der Zusicherung ethnischer Minderheitenrechte und massiver Gebietszuwächse im Westen dachten viele Polen gar nicht daran, sich mit dem Status quo abzufinden. Es gab keine Spur von Dankbarkeit gegenüber Deutschland, das am 5. November 1916 zusammen mit Österreich-Ungarn ein selbständiges Polen ausgerufen hatte. Im November 1918 übernahm Jozef Pilsudski die vollziehende Gewalt in dem neu geschaffenen Staat, der zunächst aus dem historischen Kongreßpolen und Westgalizien bestand. Mit seiner Proklamation zum Staatsoberhaupt begann Pilsudskis erste Präsidentschaft.
Im Januar 1919 ernannte er Paderewski vom Polnischen Nationalkomitee zum Ministerpräsidenten. In dieser Funktion führte der Pianist zusammen mit dem deutschfeindlichen Nationalisten Roman Dmowski die polnische Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 und unterzeichnete den Versailler Vertrag.
Nach einer Rede Paderewskis in der deutschen Provinz Posen und einem Treffen mit dem chauvinistischen früheren Reichstagsabgeordneten Wojciech Korfanty begann dort am 27. Dezember 1918 der großpolnische Aufstand. Sein Ziel war die Abtrennung Posens vom Deutschen Reich. Bereits im Oktober hatte Korfanty im Parlament für den Anschluß deutscher Ostgebiete an Polen plädiert.
Der Aufstand der Separatisten konnte von deutschen Grenzschutzverbänden zwar gestoppt werden. Am 16. Februar 1919 verfügten die Westalliierten jedoch einen Waffenstillstand und legten eine Demarkationslinie zur Teilung der Provinz vor, die fast vollständig Polen zugeschlagen wurde.
Terror gegen Deutsche
Die deutsche Minderheit in Polen - zunächst gut zwei Millionen Menschen - nimmt bis 1923 auf 1,2 Millionen ab. Als erstes inhaftiert man 16.000 Deutsche als Staatsfeinde in zwei Konzentrationslagern im Posener Gebiet. Ab 1922 werden die Deutschen ausgewiesen, die nach

1908 ins Land gekommen sind. Die Geschehnisse in Posen 1918/19 boten einen Vorgeschmack auf den Alltagsterror gegen Deutsche in den Polen zugesprochenen Gebieten.
Der Jäger Friedrich Stümmels von der 1. Kompanie des Jäger-Bataillons 10 schilderte vor einem Amtsgericht unter Eid, was er nach seiner Gefangennahme beobachtete: "In einer Zelle befanden sich zwei Kriegsgefangene, der Uniform nach Artilleristen.
Am 26. Februar nachmittags hörte ich, wie die beiden aus ihren Zellen herausgebracht wurden. Bald darauf hörte ich sie sehr schreien. Der eine schrie: "Laßt mir meine Augen!", der andere schrie: "Mein Ohr!" Durch den Türspalt sah ich, daß etwa 15 polnische Soldaten sich in zwei Reihen aufgestellt hatten und bemerkte, daß der eine Gefangene mit bloßem Körper und am Ohr blutend durch die Reihe schnell hindurchlief. Er blutete sehr stark, das Blut lief ihm seitlich am Kopf herunter. Die beiden Gefangenen kamen nicht in die Zellen zurück. Ich nehme an, daß sie von den Polen getötet worden sind."
Selbst Zivilisten waren schwersten Mißhandlungen durch die Aufständischen ausgesetzt, die offenbar keinerlei Sanktionen der Westmächte fürchteten. Während des Posener Aufstandes waren Plünderungen, Eigentumszerstörungen, Vergewaltigungen, Erschießungen, Folterungen und Verschleppungen an der Tagesordnung.
Viele deutsche Gemeinden flehten die eigene Regierung per Telegramm um Hilfe an, so am 24. Januar 1919 auch diese: "Unsere rein deutsche Gemeinde Deutschhöhe, Kreis Meseritz, wird seit zwei Wochen ständig von polnischen Banditen heimgesucht. Sie stehlen Bekleidungsstücke, Lebensmittel, Kriegsanleihen und bares Geld, schleppen unschuldige Männer und Jünglinge fort und bedrohen grundlos Leben und Eigentum der Einwohner. Unschuldige Opfer sind schon zu beklagen.
Wir verzweifeln in unserer Lage. Niemand wagt sich heraus, Wahlen können nicht stattfinden, Lebensmittel nicht geliefert werden. Wir sind ganz verloren, wenn nicht militärische Hilfe sofort erfolgt. Reschke, Gemeindevorsteher."
Aufgrund des unerträglichen Assimilationsdrucks der Behörden und ständiger polnischer Übergriffe kam es in den Jahren zwischen 1919 und 1921 zu einem wahren Exodus der Deutschen aus Posen und Westpreußen. Viele fürchteten nicht nur um ihre wirtschaftliche Existenz, sondern auch um ihre körperliche Unversehrtheit.
Beispielhaft für die auswanderungsfördernden Gewaltausbrüche steht eine polnische Demonstration in Bromberg, in deren Folge im Februar 1921 deutsche Geschäfte und die Redaktionsräume der deutschen Lokalzeitung angegriffen wurden. Im Juni 1921 plünderte in Ostrowo unter den Augen einer untätigen Polizei ein polnischer Mob deutsche Geschäfte und Privathäuser.

Griff nach Oberschlesien

Der Chauvinist Korfanty hatte aber nicht nur die Polonisierung Posens und Westpreußens im Blick, sondern auch die gewaltsame Aneignung Oberschlesiens. In seinem Geist und mit seiner organisatorischen Hilfe versuchten polnische Aufständische insgesamt dreimal, Oberschlesien unter ihre Kontrolle zu bringen. Man hoffte auch dort - mit dem Segen der Siegermächte -, vollendete Tatsachen schaffen zu können.
Die erste Insurrektion brach am 17. August 1919 aus, konnte vom deutschen Militär aber schon nach einigen Tagen erstickt werden. In der Nacht vom 19. auf den 20. August 1920 kam es zur zweiten polnischen Rebellion, die von Gewalttaten begleitet war.
Volksdeutsche wurden getötet, gequält, verschleppt und vertrieben - alles mit Duldung der Interalliierten Kommission. Während die italienischen Besatzungstruppen den Gewaltexzessen Einhalt zu gebieten versuchten, wurden sie von den Franzosen teilweise gefördert.
Wilhelm Schellong aus Bittkow im Kreis Kattowitz gab am 9. September 1920 zu Protokoll: "In der Zelle, in die wir gebracht wurden, saßen die Lehrer Skrobek und Slowik und die vier Deutschösterreicher.

Nach einer Weile kamen ungefähr 30 Insurgenten herunter in den Keller. Dieselben nahmen sich einen Gefangenen nach dem anderen vor und bearbeiteten ihn mit Schlagringen, Gummiknüppeln, Eichenlatten, Eisenstäben und Gewehrkolben." Der zweite Überfall endete am 25. August, nachdem die Interalliierte Kommission der Entwaffnung der deutschen Sicherheitswehr und der polnischen Einflußnahme auf die Verwaltung zugestimmt hatte.
Ursprünglich sah der Versailler Vertrag auch die Überlassung Oberschlesiens an Polen vor. Nach scharfen Interventionen der deutschen Regierung wurde schließlich eine Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit der Region abgehalten. Am 20. März 1921 stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 97,5 Prozent 59,6 Prozent der Oberschlesier für den Verbleib im Reich und nur 40,4 Prozent für Polen.
Dabei waren der Wahl eine massive Stimmungsmache und Einschüchterungspolitik sowie das pro-polnische Agieren der französischen Besatzungstruppen vorausgegangen. Trotz des 60-Prozent-Votums für Deutschland ordnete der Völkerbundrat die Teilung der traditionsreichen Provinz an. Polen bekam im Oktober 1921 vor allem das oberschlesische Industrie- und Kohlerevier und mehrheitlich deutsch besiedelte Städte wie Kattowitz und Königshütte zugeschlagen. Dabei hatten in der Stadt Kattowitz 85,4 Prozent und in Königshütte 74,5 Prozent der Wahlberechtigten für Deutschland votiert.
Obwohl er als polnischer Abstimmungskommissar alles auch noch so Rechtswidrige unternommen hatte, um einen deutschen Sieg zu verhindern, wollte sich Korfanty mit dem Wahlausgang nicht abfinden. In der Nacht zum 3. Mai 1921 zettelte er den dritten Annexionsversuch an, der am 5. Juli mit einem Waffenstillstand endete. Am 21. Mai 1921 hatten deutsche Selbstschutzeinheiten mit der Erstürmung des Annaberges die größte Schlacht des Aufstandes für sich entschieden.

Umvolkung

Maßgebliche Kreise forderten dennoch weitere Gebietszuwächse auf Kosten Deutschlands. Am 23. Mai 1922 war in der Warschauer Zeitung Die Republik Polen zu lesen: "Die Zerreißung Oberschlesiens ist, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, eine Ungeheuerlichkeit. Ein unabhängiges Danzig sperrt uns den Zugang zum Meere, der pommerellische Korridor ist von zwei Seiten bedroht. ...
Alle unsere polnischen Vereine müssen sich zusammentun, um den Kampf gegen das Deutschtum zu führen. Die Seebrise belebt die Phantasie der polnischen Patrioten und polnischen Dichter, und diese Phantasie streckt die Arme aus nach den Westslawen an der Elbe und an der Oder."
Weil ohne einen neuen Krieg eine weitere Grenzrevision unmöglich war, verlegte man sich auf ethnokulturelle Zwangshomogenisierung der durch den Versailler Vertrag neu gewonnenen Gebiete. Schon 1919 begann die Vertreibung von Deutschen durch die Schließung ihrer Behörden und Garnisonen.
Beschlagnahmungen von Eigentum und die Auflösung von Pachtverträgen machten deutsche Gewerbetreibende und Bauern arbeitslos. Ziel des Agrarreformgesetzes vom 28. Dezember 1925 war die grundlegende Änderung der Bodenbesitzverhältnisse zu Lasten Deutscher. Besonderen wirtschaftlichen Repressionen war die Stadt Danzig ausgesetzt, die unter Bruch des Selbstbestimmungsrechtes vom Reich abgetrennt und zu einer Freien Staat mit polnischem Sondereinfluß gemacht worden war. Die dortigen Deutschen sollten wirtschaftlich stranguliert und durch Zermürbung wehrlos gegen die Polonisierung gemacht werden.
In Posen, Westpreußen, Danzig und Teilen Oberschlesiens drängte man zudem die deutsche Sprache zurück, indem die meisten deutschen Schulen geschlossen wurden und Deutsch keine Verwaltungssprache mehr war. Viele Volksdeutsche wurden Bürger zweiten Ranges, weil ihnen die Staatsbürgerschaft des Staates verwehrt wurde, auf dessen Territorium sie sich nun befanden. Ohne polnischen Paß galten sie plötzlich als Ausländer und mußten das Land viel-

fach verlassen, weil ihnen keine Aufenthaltsgenehmigungen erteilt wurden.
Nach dem Putsch des ehemaligen Staatschefs Jozef Pilsudski im Mai 1926 verschlechterte sich die Lage der deutschen Minderheit weiter. Der Staat ging von einer bislang vergleichsweise "planlosen" zu einer "planmäßigen Entdeutschung" über, wie der Historiker Albert Kotowski feststellte. Zwischen den beiden Weltkriegen wanderten mehr als eine Million Deutsche wegen der polnischen Schikanen aus ihrer jahrhundertealten Heimat aus und suchten Schutz im Reich.

Kriegsgefahr

1933 fordert Polen Frankreich dreimal zu einem Zweifrontenkrieg gegen Deutschland in ihrer Mitte auf, was Frankreich ablehnt, aber dennoch in Deutschland bekannt wird. Polen hat 1933 mit 298.000 Mann noch über dreimal so viel Militär wie Deutschland mit seinem 100.000-Mann-Heer. So wird Polen vor Hitlers Amtsantritt 1933 von allen demokratischen Parteien in Deutschland und auch von der Reichswehr als Bedrohung angesehen.<<

Ungarn: Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1956 über das Deutschtum in Ungarn in den Jahren 1933 bis 1944 (x008/21E-31E):
>>… Bleyers Tod im Dezember 1933, der in eine für das gesamte Deutschtum überaus kritische Zeit fiel, machte das ungarländische Deutschtum praktisch führerlos.
Unter den Erben und Schülern Bleyers brach ein "Richtungsstreit aus, der sich an der zuletzt auch bei Bleyer selbst aufgebrachten Frage, ob eine Fortsetzung der vom Volksbildungsverein bisher betriebenen Volkstumspolitik möglich sei, entzündete.
Schon begannen sich aber jetzt die Auswirkungen des nationalsozialistischen Umbruchs in Deutschland bemerkbar zu machen, wenn es auch anfangs noch recht unsicher war, wieweit die nationalsozialistische Reichspolitik ihre Beziehungen zu den madjarischen Nationalisten durch Rücksichten auf die deutsche Volksgruppe zu gefährden bereit war.
Bald nach Bleyers Tod sammelte sich aus den Kreisen seiner Mitarbeiter, die in Opposition zu dem liberalen Kurs des von Gustav Gratz geführten UDV traten, um Dr. Franz Basch die "Volksdeutsche Kameradschaft", auch eine der Gruppen des ostmitteleuropäischen Deutschtums, von denen man gesagt hat, daß sie von dem nach 1933 erstarkten Deutschland "wie mit einem elektrischen Strom" erfüllt worden sind und die bald unter den Einfluß des Nationalsozialismus gerieten.
Aus ihr ist der im November 1938 begründete "Volksbund der Deutschen in Ungarn" (VDU) hervorgegangen. In der Gründungsversammlung umriß Basch ein politisches Programm, das sich weit von dem des Volksbildungsvereins unterschied und zweifelsohne die Erreichung der kulturellen Autonomie anstrebte, nämlich Anerkennung der Volksgemeinschaft und der Rechtspersönlichkeit der Volksgruppe, Lösung der Schulfrage, Gründung von Tages- und Wochenzeitungen und schließlich einer eigenen Partei.
Sein politisches Schwergewicht als Kopforganisation der deutschen Volksgruppe in Ungarn erhielt der Volksbund durch das Wiener Abkommen vom 30. August 1940, das als Ergebnis der neuen ungarischen Außenpolitik und ihrer engen Anlehnung an das nationalsozialistische Deutschland den Volksdeutschen in Ungarn eine Sonderstellung garantierte. Der Volksbildungsverein löste sich nach Verkündung des Abkommens auf Veranlassung der ungarischen Regierung auf.
Eine so auffällige Korrektur der ungarisch-deutschen Beziehungen hatte natürlich ihre Gründe. Seit dem Zusammenbruch Ungarns am Ende des Ersten Weltkrieges hatte sich als Hauptziel der ungarischen Politik eine Revision des Vertrages von Trianon und darüber hinaus die Wiedererrichtung des ungarischen Großreiches der Stephanskrone herausgebildet. Ende der 30er Jahre schien sich dann im Zusammengehen mit dem nationalsozialistischen Deutschland ein gangbarer und erfolgversprechender Weg zur Verwirklichung dieser Pläne zu bieten.
Nach einer vorübergehenden Trübung des Verhältnisses zum Deutschen Reich in den Jahren

1936-1938 (Regierung Darányi) leitete der neue Regierungschef Béla Imrédy mit dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich zu einer um so engeren Anlehnung an das Dritte Reich über, die bald ihre Früchte trug. Im Anschluß an das Münchner Abkommen über das Sudetenland wies der erste Wiener Schiedsspruch 1938 den südlichen Teil der Slowakei Ungarn zu, das, damit noch nicht befriedigt, nach der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren auch noch die Karpato-Ukraine besetzte.
Im zweiten Wiener Schiedsspruch 1940 erhielt es Nordsiebenbürgen von Rumänien, und im April 1941 marschierten ungarische Truppen zur gleichen Zeit wie die deutschen in Jugoslawien ein und nahmen das Baranyadreieck und die restliche Batschka in Verwaltung. Die diesen Ereignissen parallellaufende Angleichung an die Politik des Dritten Reiches ergab außenpolitisch den Austritt Ungarns aus dem Völkerbund, seinen Beitritt zum Dreimächtepakt (November 1940) und zum Antikominternpakt (25. November 1941) und den Eintritt in den Krieg gegen Jugoslawien (April 1941), gegen die Sowjetunion (Juni 1941), endlich den Kriegszustand mit England und USA (Dezember 1941).
Innenpolitisch entsprach ihr eine dem deutschen Vorbild nachgeahmte scharfe Judengesetzgebung und schließlich die Zulassung einer eigenständigen deutschen Volksgruppe mit starker Bindung an den Nationalsozialismus.
Als Ergebnis dieser Umorientierung der ungarischen Politik wurde am Tage des zweiten Wiener Schiedsspruches zwischen den Außenministern des Deutschen Reiches und Ungarns, von Ribbentrop und Graf Csáky, ein Abkommen geschlossen, in dem der "Deutschen Volksgruppe" - ein in der Geschichte des ungarländischen Deutschtums neuer Begriff - neben dem schon im ungarischen Nationalitätengesetz von 1868 festgelegten Minderheitenschutz noch folgendes zuerkannt wurde:
Es darf den Angehörigen der Volksgruppe auf Grund ihrer Zugehörigkeit und ihres Bekenntnisses zur nationalsozialistischen Weltanschauung kein Nachteil erwachsen;
die Volksgruppe soll entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung bei der Besetzung der ungarischen Behörden und Selbstverwaltungskörper berücksichtigt werden;
die Angehörigen der Volksgruppe haben das Recht, ihren früher geführten Familiennamen wieder aufzunehmen; die Angehörigen der Volksgruppe haben auf kulturellem Gebiet das Recht zum freien Verkehr mit dem großdeutschen Mutterland.
Von besonderer Bedeutung war es, daß das Abkommen der Führung des Volksbundes das Recht gab, darüber zu entscheiden, wer Volksdeutscher war und damit der Volksgruppe zugehörte. Dies bedeutete, daß die Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit nicht nur von dem subjektiven Bekenntnis des Einzelnen, sondern auch von der Anerkennung durch eine politische Institution abhängig gemacht wurde.
Das Wiener Abkommen als ein Ausdruck der außenpolitischen Neuausrichtung Ungarns schuf für das ungarländische Deutschtum eine neue Situation, Ungarn gab sein deutsches Volkstum der nationalsozialistischen Infiltration preis. Es konzessionierte den Volksbund in seinen engen Beziehungen zum Deutschen Reich und ließ die Volksgruppenführung als Institution ohne Einspruch zu.
Da aber trotzdem nach wie vor die Tendenz bestehen blieb, die deutsche Minderheit zu madjarisieren, sah sich der Volksdeutsche jetzt zwei einander entgegenarbeitenden Kräften ausgesetzt, dem vertraglich festgelegten Einfluß des deutschen Nationalsozialismus und den nicht weniger intensiven Forderungen des madjarischen Nationalismus. Dieser Antagonismus, zwischen dem die natürlichen eigenen Interessen des ungarländischen Deutschtums zerrieben wurden, bestimmte dessen weiteres Schicksal, ohne daß es sich aus eigenen Kräften behaupten konnte.
Die unmittelbaren Einwirkungen des reichsdeutschen Nationalsozialismus auf die Volksbund- und Volksgruppenpolitik lassen sich heute im einzelnen noch nicht überblicken. Wenn an-

fänglich daraus Schwierigkeiten erwuchsen, daß die Verbindungen von Berlin nach Budapest gerade zu denjenigen madjarischen nationalistischen Kreisen liefen, die innenpolitisch am radikalsten den Kampf gegen die Minderheit führten, so bestand dies Hindernis offensichtlich seit 1940 nicht mehr.
In dieser Zeit hatte die madjarische Regierung unter dem Druck der Verhältnisse in der Frage der deutschen Minderheit eingelenkt, wenn sich auch die minderheitenfeindliche Verwaltungspraxis im einzelnen nicht änderte.
Jetzt bediente sich die nationalsozialistische Politik für die Durchsetzung ihres Einflusses auf das ungarländische Deutschtum der bereits bestehenden Organisation des Volksbundes: Volksbund und Volksgruppe wurden ineinander verschmolzen, ohne daß die "Volksgruppe" etwa jemals den Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft nach dem ungarischen Staatsrecht erhalten hat. Die unklare Abgrenzung zwischen beiden Organisationen wurde für die Folgezeit besonders verhängnisvoll.
Mehr und mehr wurden Volksbund und Volksgruppe in ihrem Aufbau an die Organisationsformen des NS-Regimes angeglichen. Ebenso waren die Benennungen ihrer einzelnen Gliederungen dem Sprachschatz des nationalsozialistischen Staates entnommen oder ihm stark angeglichen.
Der Volksbund als Spitzenorganisation war in mehrere Gebiete aufgeteilt, sein Amtswalterstab wurde in Schulungskursen zusammengefaßt und einheitlich ausgerichtet. Unter den ihm angeschlossenen oder nebengeordneten Verbänden tauchen Namen auf wie "Frauenschaft", "Deutsche Volkshilfe", "Landesbauernamt", "Fachschaft deutscher Ärzte" oder "Amt für Rassen- und Bevölkerungspolitik im Hauptamt für Volksgesundheit".
Als besondere Kerntruppe wurde die "Deutsche Mannschaft" aufgestellt. Ähnlich wie es durch die NSDAP in Deutschland geschah, schuf man Parallelorganisationen zu den jeweiligen ungarischen amtlichen Institutionen, die den staatlichen Wirkungsbereich mehr und mehr einschränkten. Besonders energisch wurde der Kampf um die Jugend geführt. Auf dem ersten Landesjugendtag im Juni 1941 wurde die "Deutsche Jugend" (DJ) als Organisation der Volksgruppe ins Leben gerufen, und ganz nach dem Vorbild der reichsdeutschen HJ aufgezogen.
Zu Auseinandersetzungen und Polemiken zwischen volksdeutschen und ungarischen Stellen kam es nun nicht etwa auf Grund der Neuschaffung solcher und ähnlicher Organisationen - in dieser Hinsicht konnte sich die Volksgruppe immer auf das Wiener Abkommen berufen - sondern der Kampf ging um die Zuständigkeit und den Wirkungsbereich dieser Organisationen.
Da die DJ der "Levente", einer Art ungarischer Staatsjugendorganisation, deren Hauptaufgabe die vormilitärische Ausbildung der 12- bis 21-jährigen war, die gesamte volksdeutsche Jugend zu entziehen drohte, beschränkte das Innenministerium bei der Genehmigung der Organisation den Beitritt ausschließlich auf Angehörige von Volksbundmitgliedern. Damit war der DJ die Möglichkeit genommen, sich zu einer Massenzwangsorganisation ähnlich der Deutschen Staatsjugend zu entwickeln.
Ebenso ging der Schulkampf - nach wie vor von beiden Seiten als eine der vordringlichsten Fragen angesehen - nicht so sehr um die Neuerrichtung von Lehranstalten mit deutscher Unterrichtssprache, als um das Aufsichts- und Verfügungsrecht über diese Schulen. Die letzte Schulverordnung von 1941 hatte die Elternbefragung bei der Bestimmung der Unterrichtssprache als einen wichtigen Punkt beibehalten. Aus den schon oben ausgeführten Erwägungen stimmte aber auch noch zu dieser Zeit ein großer Teil der Eltern für das Madjarische, so daß die Masse der Minderheitenschulen gemischtsprachig blieb.
Die Volksgruppenführung erstrebte jedoch als Mindestforderung die reindeutsche Schule mit volksdeutschen Lehrern. Ziel ihrer Schulpolitik war die völkische Lehranstalt als Instrument der nationalsozialistischen Durchdringung. Eine Erreichung dieses Zustandes wäre nur mög-

lich gewesen, wenn sämtliche Schulen mit deutschen Kindern der Kontrolle der Volksgruppe unterstellt worden wären. Dazu fand sich aber der ungarische Staat niemals bereit, und es blieb der Volksgruppe nur der Weg, eigene Bildungsanstalten ins Leben zu rufen.
Im Jahre 1944 verfügte sie über 2 Lehrerbildungsanstalten, 6 Gymnasien, l Handelsmittelschule, 9 Bürgerschulen, 2 landwirtschaftliche Schulen, einzelne Kurse und 22 Volksschulen. Außerdem unterhielt der Volksbund acht NS-Erziehungsheime. Eine größere Ausweitung des eigenen Schulsystems ließ sich bei dem Mangel an geeigneten Lehrkräften nur schwer durchführen.
Man wird aber keineswegs dem Charakter von Volksgruppe und Volksbund gerecht, wollte man sie ausschließlich als vom nationalsozialistischen Deutschland geprägt beurteilen. Der Linie der deutschen Reichspolitik, die das äußere Bild bestimmte und die sich in der gesamten Organisation, der Presse, den Kundgebungen und Programmen niederschlug, stand bis hinauf in die Volksgruppenführung eine nach Lage der Dinge latente Opposition gegenüber, die mehr eine die Autonomie der Ungarndeutschen betonende selbständige Politik machen, d.h. sie möglichst von reichsdeutschen Einflüssen freihalten wollte.
Diese Bewegung hatte verschiedene Wurzeln. Zunächst muß berücksichtigt werden, daß Volksbund und Volksgruppenführung ihre politische und kulturpolitische Aktivität weitgehend der volksdeutschen Führungsschicht aus den im Laufe des Krieges an Ungarn gefallenen Gebieten verdankten. Vor allem die Batschka- und Siebenbürgendeutschen, von denen besonders die letzteren auf eine reiche Tradition zurückblicken konnten, brachten eine völkisch-deutsche Konzeption mit, die das Gesicht der Deutschen Volksgruppe in Ungarn bestimmend umformte.
Außerdem gab es ja schon aus der Bleyerschen Zeit her eine volkstumspolitische, wenn auch keineswegs nationalistische oder gar nationalsozialistische Bewegung innerhalb des Deutschtums in Rumpfungarn, die naturgemäß durch die jetzt sehr starken Beziehungen zum Deutschen Reich noch erheblich intensiviert wurde.
Mit der von der ungarischen Regierung gewünschten Selbstauflösung des Volksbildungsvereins war ihr aber jede Möglichkeit genommen, sich außerhalb des Volksbundes zu konstituieren, der damit auch einen großen Teil der gemäßigten Richtung auffing. "Volksbündler" dieser Art fanden sich unter den Anhängern und Förderern, unter den ordentlichen Mitgliedern ebenso wie in den höheren Amtsstäben, da es sonst für sie keine Möglichkeit zur politischen Betätigung oder auch lediglich zur einfachen Volkstumsarbeit gab.
Trotz der so divergierenden Richtungen machte der Volksbund mit dem ganzen Apparat seiner z.T. übereifrigen Mitarbeiter - sie wurden von der anderen Seite allgemein als "Berufsdeutsche" bezeichnet - nach außen hin den Eindruck einer geschlossenen, einheitlich ausgerichteten Formation.
Sicher erfüllte er etwa durch Einrichtung deutschsprachiger Schulen und anderer kultureller Institutionen durchaus berechtigte und bisher unberücksichtigte Ansprüche. Aber dies war, wie sich immer mehr herausstellte, nur möglich um den Preis einer einseitigen politischen Festlegung, zu der sich nur die Minderzahl der ungarländischen Deutschen bereitfand. Im wesentlichen rekrutierten sich die überzeugten Anhänger des Volksbundes aus folgenden Gruppen:
aus den ärmeren Schichten - den Kleinbauern, nichtorganisierten Arbeitern - die sich eine soziale Besserstellung versprachen;
aus einem Teil der Jugend, der an der Organisation als solcher und dem halbmilitärischen Charakter der aufgezogenen Jugendverbände Gefallen fand;
aus einem nicht geringen Prozentsatz des deutschbewußten Teiles des Ungarndeutschtums, der im Volksbund Rückhalt erwartete und die Volkstumsarbeit im Bleyerschen Sinn, jetzt aber unter günstigeren Voraussetzungen fortzusetzen versuchte. Seine Tragik bestand darin,

daß er der Hitlerschen Politik, die die Volksgruppen nur als machtpolitische Stützpunkte mißbrauchte, damit ohne es zu wollen Vorschub leistete.
Die Mitgliederzahl des Volksbundes läßt sich heute nicht mehr genau feststellen, da die Unterlagen entweder vernichtet wurden oder, wie in Budapest, dem späteren Regime in die Hände gefallen sind. Zusammenfassende Schätzungen ergeben einen ungefähren Bestand von 50.000 bis 60.000 eingeschriebenen Mitgliedern. Die Zahl der "Volksbundanhänger" war allerdings weit größer.
Dem Block des Volksbundes standen diejenigen Volksdeutschen gegenüber, die eine nationalistische deutsche Politik aus verschiedenen Gründen ablehnten. Schon das betonte Herausstellen des Deutschseins schreckte viele ab. Die Politisierung der Organisation, die Besetzung der Funktionärsposten mit jungen, unbekannten oder unbedeutenden und damit nicht vertrauenswürdigen Personen verstärkte die Abneigung.
Besonders das alteingesessene, wirtschaftlich fundierte Bauerntum, das ein übermäßiges Politisieren als störend empfand, wünschte keine Korrektur der Verhältnisse zum ungarischen Staat. Abgesondert hielt sich auch die sozialdemokratisch organisierte deutsche Arbeiterschaft Budapests und der Industriebezirke, die sich mit ihren madjarischen Genossen solidarisch fühlte in der Bekämpfung des als faschistisch bezeichneten Volksbundes.
Mitbeeinflußt wurden die Haltung und das spätere Schicksal der Volksdeutschen auch von der Konfessionszugehörigkeit. Besonders die katholischen Jugendverbände hielten sich in den nationalen Auseinandersetzungen naturgemäß zurück und gerieten in einen betonten Gegensatz zum Volksbund. Die nach der Volkszählung von 1930 auf ungefähr 10.000 Personen anzusetzende Gruppe deutschsprechender Juden stand selbstverständlich der Volksbundpolitik schon aus Gründen der Selbsterhaltung ablehnend gegenüber, zumal sie durch die im Frühjahr 1939 erfolgte ungarische Judengesetzgebung politisch entmündigt worden war.
Ein schwieriger und nicht ungefährlicher Gegner aber entstand dem Volksbund in der dem ungarischen Deutschtum eigentümlichen assimilationsbereiten Zwischenschicht. Die ihr Zugehörigen wurden als "Auchdeutsche", während des Krieges auch als "Engländer" oder ganz allgemein als "Madjaronen" bezeichnet.
Der Sammelbegriff "Madjarone" wurde mit der sich immer stärker auswirkenden Spaltung allmählich auf alle Nichtvolksbündler schlechthin ausgeweitet. Die Front wurde so scharf gezogen, daß neben den deutsch-katholischen Jugendverbänden sogar der Volksbildungsverein schon 1940 zu einer "auch-deutschen" und damit verräterischen Organisation erklärt wurde.
Die so entstehende Gegensätzlichkeit machte sich dann eine von madjarischer Seite gesteuerte Bewegung zunutze, die sogenannte Treuebewegung, die ihre Ursprünge auf die Zeit der Abstimmungskämpfe im Ödenburger Gebiet nach dem Ersten Weltkrieg zurückführte, eine durchorganisierte Form aber erst als Gegenbewegung zum Volksbund fand. In ihr sollten sich alle diejenigen Volksdeutschen sammeln, die ihre absolute Treue zum ungarischen Staat bewußt betonen wollten.
Der Wirkungsbereich des Treuebundes blieb im großen gesehen auf die Baranya beschränkt und trat in den Orten besonders stark hervor, wo der Volksbund seinerseits mit seiner Umschulungsarbeit begonnen hatte. Das Auftreten dieser Bewegung ist insofern wichtig, als in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch die ehemalige Zugehörigkeit zum Treuebund für die Volksdeutschen als Voraussetzung für die Rehabilitierung galt.
Im ganzen gesehen ergab sich für das ungarländische Deutschtum folgende Situation: Das Verhältnis zur ungarischen Regierung schien äußerlich befriedet und ohne Konfliktstoff zu sein. In Wirklichkeit aber schwelten die Spannungen unter der Decke fort, da der madjarische Nationalstolz durch die Eingriffe der nationalsozialistischen Politik sich unheilbar verletzt fühlte, was nur durch die jeden Widerstand ausschaltende Macht des nationalsozialistischen Deutschland überdeckt wurde.

Mit der Begründung des Volksbundes und der Politisierung des ungarländischen Deutschtums waren indessen nicht nur die Spannungselemente zwischen deutscher Volksgruppe und ungarischer Regierung verstärkt, sondern auch das deutsche Volkstum selbst wurde in zwei feindliche Lager gespalten, die sich später in der Zeit des Zusammenbruches in glühendem Haß gegenüberstehen sollten.
Aus diesen Voraussetzungen muß die Atmosphäre der Kriegsjahre im Ungarndeutschtum mit ihren Intrigen, Polemiken, Bespitzelungen und Verdächtigungen verstanden werden. Gleichgültig für welche Seite man sich entschied, für die andere wurde man automatisch zum Abtrünnigen und Verräter.
Der Dorfnachbar war nicht mehr der Landsmann, sondern Gesinnungsgenosse oder Feind, "Berufsdeutscher" und "Volksbündler" oder "Madjarone". Solange hinter dem Volksbund und der Volksgruppenführung noch die militärische und ideologische Macht des Deutschen Reiches stand und sie außerdem als von der ungarischen Regierung sanktionierte Institutionen in ihrer Rechtsgültigkeit unangreifbar schienen, konnte sich dieser Zustand halten.
Nur wuchs bei dem einzelnen Volksdeutschen immer mehr die Unsicherheit, ob er auf die richtige Partei gesetzt hatte. Mit dem Zurückgehen der deutschen Truppen an allen Fronten, also etwa seit dem Fall von Stalingrad, verstärkten sich die Bedenken gegen die Volksbundpolitik. Die starke wirtschaftliche Ausnutzung, die dauernden Appelle an die Opferbereitschaft der Volksdeutschen und die Zwangsrekrutierungen zur Waffen-SS verstärkten den inneren Zwiespalt im Ungarndeutschtum. Warum sollte man das Letzte für eine Sache opfern, die doch nicht das allgemeine Vertrauen genoß und zu deren Verteidigung man nur notgedrungen bereit war?
Es ist daher gar nicht so verwunderlich, wenn das deutsch-madjarische Verhältnis in der persönlichen Sphäre - also das Verhältnis des einzelnen deutschen Bauern zu seinem madjarischen Nachbarn - in dieser Zeit und besonders auch während der folgenden Ereignisse einen allgemein freundschaftlich-versöhnlichen Charakter behielt, von gelegentlichen Reibereien, Feindschaften und Denunziationen abgesehen.
Gewiß haben es einzelne nationalmadjarische Chauvinisten nicht an Beleidigungen und Kränkungen fehlen lassen, aber es kam nirgends zu den systematischen Erniedrigungen und Mißhandlungen oder gar zu Vernichtungsorgien wie in Polen, Jugoslawien oder der Tschechoslowakei.
Im Gegenteil, vorherrschend war die Eintracht und selbstverständliche Hilfsbereitschaft, mit der der Madjare den Volksdeutschen vor den SS-Rekrutierungskommissionen versteckte, ihn vor der Verschleppung schützte, ihm bei der Flucht Nahrung reichte, für eine Nacht auf dem Heuboden unterbrachte oder für ihn bei der Ausweisung die Möbel bis zur erhofften baldigen Rückkehr in Verwahrung nahm.
Dieses betonte Gemeinschaftsgefühl, das in Jahrhunderten gemeinsamen Schicksals gewachsen war, nahm den Ereignissen viel von ihrer Schärfe und Erbarmungslosigkeit; es stellte das Bleibende dar, das die Zeit des übersteigerten deutschen wie die Zeit des vernichtenden madjarischen Nationalismus überdauerte.<<

Rumänien: Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über das Deutschtum in Rumänien in den Jahren 1933 bis 1941 (x007/32E-32E):
>>… Erst mit der Bildung der "Nationalen Selbsthilfebewegung der Deutschen in Rumänien" (NSDR) gewannen die "Erneuerer" um Fabritius politisches Gewicht. Schon auf dem am 1. Oktober 1933 in Hermannstadt abgehaltenen Sachsentag konnte die NSDR in den Wahlen gegen die alte liberale Führung des Volksrates 62 % der Stimmen auf sich vereinigen.
Ebenso bedeutend war der Wahlsieg in den bessarabien-deutschen Volksratswahlen im März des folgenden Jahres. Trotz eines vorübergehenden Verbots durch die rumänische Regierung und lebhaften Widerstands, insbesondere kirchlich-konservativer Kreise im Banat und in der

Bukowina hatte sich die 1934 neu benannte "Nationalsozialistische Erneuerungsbewegung der Deutschen in Rumänien" (NEDR) bald soweit durchgesetzt, daß Fabritius am 29. Juni 1935 den Vorsitz des "Verbandes der Deutschen in Rumänien" übernehmen konnte.
Zu dieser Entwicklung haben die fast permanente Krisensituation des groß-rumänischen Staates in den Jahrzehnten nach dem ersten Weltkrieg und das Versagen der demokratischen Parteien besonders in der Wirtschaftspolitik, durch das auch die mit ihnen zusammenarbeitenden volksdeutschen Politiker in der volksdeutschen Öffentlichkeit diskreditiert wurden, einiges beigetragen. Entscheidend für den politischen Aufstieg der "Erneuerer" war aber zweifellos der Erfolg der NSDAP in Deutschland.
Trotz aller ideologischen und zum Teil persönlichen Berührungen mit dieser suchte der rumäniendeutsche Nationalsozialismus jedoch teilweise andere Wege einzuschlagen: Schon die nationalpolitische Bedeutung der Kirchen, die in starkem Maße Träger des volksdeutschen Kulturlebens gewesen waren, machte besondere Rücksichten notwendig. Auch den Juden gegenüber sah man sich zu einer gewissen minderheitlichen Solidarität verpflichtet.
Die relative politische Mäßigung des Fabritius-Kreises, sein Bemühen, die Unabhängigkeit des rumäniendeutschen Nationalsozialismus zu wahren, trugen zum Einschwenken der alten Führungskräfte bei, die einen offenen Zwiespalt innerhalb der Volksdeutschen vermeiden zu müssen glaubten. Sie führte freilich auf der anderen Seite zur vorübergehenden Abspaltung eines radikalen Flügels unter Dr. Alfred Bonfert, der 1935 eine eigene "Deutsche Volkspartei" (DVR) ins Leben rief.
In der deutschen Parlamentsfraktion blieben indessen bis zur Aufhebung des parlamentarischen Regierungssystems in Rumänien im Jahre 1938 Hans Otto Roth und seine Freunde bestimmend. Der "Verband der Deutschen in Rumänien" erfuhr jedoch schon 1935 eine durchgreifende Neuordnung. An die Stelle des bisherigen losen Zusammenhangs trat in der neuen "Volksgemeinschaft der Deutschen in Rumänien" ein gemeinsamer Volksrat, dem die Gauräte der einzelnen Gebiete mit ihren Obmännern untergeordnet waren.
Das Volksprogramm von 1935 forderte den Aufbau der Volksgemeinschaft nach dem nationalsozialistischen Gefolgschaftsprinzip, die Durchdringung aller Lebensbereiche des Deutschtums, der Vereine, Nachbarschaften, Genossenschaften, Berufsstände etc., sowie die Erziehung der Jugend im nationalsozialistischen Sinne; in der "Selbsthilfearbeitsmannschaft" war schon früh eine uniformierte Jugendorganisation geschaffen worden.
Neben dem Bekenntnis "zur Einheit aller Deutschen in der Welt, mit denen wir ein einziges großes Volk bilden", wurde in dem bereits von der NSDR bestimmten sächsischen Volksprogramm von 1933 jedoch noch die unverbrüchliche Loyalität dem rumänischen Staat gegenüber betont: "In unwandelbarer Verbundenheit mit unserer Heimat stehen wir auf dem Boden des Staates Rumänien, dem wir unsere Kraft und Treue zur Verfügung stellen."
Die demokratischen rumänischen Parteien betrachteten die Erneuerungsbewegung mit Mißtrauen, das durch gelegentliche Kontakte der Erneuerer mit den rechtsradikalen rumänischen Gruppen um Codreanu, Cuza und andere verstärkt wurde.
Dennoch wurden Fabritius und die "Volksgemeinschaft" am 6. Februar 1938 - wenige Tage vor dem Staatsstreich König Carols - von der Regierung Octavian Gogas als alleinberechtigte Vertretung des rumänischen Deutschtums anerkannt. Am 9. Januar 1939 trat die nach Auflösung der DVR politisch wieder geeinte deutsche Minderheit korporativ in die vom König geschaffene "Front der Nationalen Wiedergeburt" ein und stellte als eigene Sektion in der im Juni einberufenen ständischen Volksvertretung, die freilich nur noch beratende Funktion hatte, zwölf Abgeordnete.
Solange die rumänische Außenpolitik auf die westlichen Demokratien hin ausgerichtet war, die das System der Friedensverträge durch Kleine Entente und Balkanpakt zu stabilisieren suchten, mußte eine allzu offene Beeinflussung des rumänischen Deutschtums durch Reichs-

und Parteidienststellen schon aus außenpolitischen Gründen vermieden werden.
Ein Bericht des deutschen Gesandten in Bukarest Dr. Wilhelm Fabricius warnte ausdrücklich vor einer Radikalisierung der volksdeutschen Organisationen, was nicht zuletzt zu der von Berlin befürworteten Rückkehr der Bonfert-Gruppe in die "Volksgemeinschaft" (November 1938) beigetragen haben mag.
Der Besuch König Carols in Berchtesgaden am 24. November 1938, dem der Abschluß des deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrages vom 23. März 1939 folgte, zeigte einen Kurswechsel in der rumänischen Außenpolitik an. Die deutschen Siege des ersten Kriegsjahres und die akute Bedrohung durch die Sowjetunion, die die Abtretung Bessarabiens erzwang, beschleunigten dann 1940 das vollständige Einschwenken Rumäniens auf die außenpolitische Linie der Achsenmächte: 29. Mai "Öl-Waffen-Pakt", 30. August zweiter Wiener Schiedsspruch und deutsch-italienische Garantie für den rumänischen Reststaat, 12. Oktober Einrücken deutscher "Lehrtruppen", 23. November Beitritt Rumäniens zum Dreimächtepakt.
Aber die Stellung des Königs war durch die außenpolitischen Prestige- und Gebietsverluste im Sommer 1940, die er zur Festigung seiner Position hinnehmen zu müssen glaubte, erst recht unhaltbar geworden. Er dankte am 6. September 1940 zugunsten seines Sohnes Michael ab und überließ die Regierungsgewalt dem bisherigen Kriegsminister General Ion Antonescu, der als "Staatsführer" - zunächst in Zusammenarbeit mit der rechtsradikalen "Eisernen Garde" - den "Nationallegionären Staat" proklamierte.
Die außenpolitische Entwicklung hat die Lage der Volksdeutschen in Rumänien nachhaltig beeinflußt. Schon im Juni 1939 hatte der stärker als Fabritius von Berlin abhängige Hermannstädter Arzt Dr. Wolfram Bruckner die Führung der deutschen "Volksgemeinschaft" übernommen, in deren Rahmen mit der "Nationalsozialistischen Arbeitsfront" (NAF) bereits 1935 eine straff geführte Parteiorganisation als eigentliche "Bewegung" geschaffen worden war.
Ein in den Wiener Verhandlungen über die siebenbürgische Grenzfrage am 30. August 1940 beschlossenes deutsch-rumänisches Protokoll verpflichtete die rumänische Regierung, "die Angehörigen der deutschen Volksgruppe in Rumänien den Angehörigen rumänischen Volkstums in jeder Weise gleichzustellen und die Stellung der deutschen Volksgruppe im Sinne der Karlsburger Beschlüsse zur Erhaltung des Deutschtums weiter auszubauen.
Die Regierungsübernahme durch Antonescu gab den Berliner Stellen dann vollends freie Hand, ihre Bestrebungen, die deutschen Volksgruppen im Ausland zu "politischen Willensträgern des Reiches bzw. des Führers" zu machen, auch in Rumänien zum Ziel zu führen.
Während der internen Auseinandersetzungen in der rumäniendeutschen Führung in den Jahren 1935-38 hatten beide Seiten sich um Rückhalt bei verschiedenen Partei- und Regierungsstellen in Berlin bemüht. Immer stärker war dabei die seit 1937 von SS-Obergruppenführer Lorenz geleitete "Volksdeutsche Mittelstelle" in den Vordergrund gerückt. Schon Bruckner wurde nicht gewählt, sondern praktisch von Berlin aus ernannt.
Ende September 1940 mußte auch er weichen, da er sich, gestützt auf persönliche Beziehungen zu höheren Offizieren der Wehrmacht wie zum Auswärtigen Amt, den ausschließlichen Machtanspruch der SS zu widersetzen suchte. Lorenz selbst erschien in Kronstadt, um den schon vorher zum Stabsführer der NAF avancierten, kaum 30jährigen Andreas Schmidt als neuen Führer der deutschen Volksgruppe in Rumänien einzuführen. Schmidt, der noch ein Jahr zuvor in der Volksgruppe völlig unbekannt gewesen war, hatte als Student in Berlin Kontakt zur SS, insbesondere zum Chef des SS-Hauptamts, Gruppenführer Berger, gewonnen, dessen Schwiegersohn er geworden war.
Das Einrücken Schmidts und seiner in der SS geschulten Mitarbeiter - zum Teil alter Mitglieder der Bonfert'schen DVR - in die Volksgruppenführung war gleichbedeutend mit der unverschleierten Unterordnung der politischen Volksgruppenorganisation unter die Volksdeutsche Mittelstelle und den Reichsführer-SS. Der Bruch mit der bisherigen Tradition wurde schon

äußerlich durch die Verlegung der Volksgruppenführung von Hermannstadt nach Kronstadt - an den Sitz des deutschen Generalkonsuls, SS-Oberführer Rodde - kundgetan.
Am 20. November 1940 erging ein Dekret-Gesetz der Regierung Antonescu, das die "Deutsche Volksgruppe in Rumänien" unter Berufung auf das Protokoll vom 30. August als juristische Person öffentlichen Rechts anerkannte. Alle rumänischen Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit wurden mit ihrer Aufnahme in den von der Volksgruppe anzulegenden Nationalkataster automatisch Mitglieder der "Volksgruppe", als deren "nationaler Willensträger" die neugegründete "NSDAP der Deutschen Volksgruppe in Rumänien" bezeichnet wurde.
Die Volksgruppe erhielt das Recht, "zur Erhaltung und Festigung ihres nationalen Lebens verpflichtende Bestimmungen für ihre Angehörigen" zu erlassen; sie durfte fortan "neben der Fahne des rumänischen Staates die Flagge des deutschen Volkes hissen".
Andreas Schmidt hatte sich in seinem ersten Aufruf an die Volksgruppe am 3. Oktober 1940 "zur selbstverständlichen Erfüllung" aller "Verpflichtungen gegenüber dem (rumänischen) Staat" bekannt, was freilich durch die politische Verwandtschaft des neuen rumänischen Regimes mit dem Nationalsozialismus erleichtert wurde. Die volksdeutsche NSDAP gelobte jedoch gleichzeitig "dem Führer Adolf Hitler und dem legionären Staat Rumänien" Treue. Auf der Gründungsversammlung der NSDAP am 9. November 1940 erklärte Walter May, der Presse- und Propagandaleiter der Volksgruppenführung:
"Die Volksgruppe tritt dem Reich nicht mehr als selbständiger Faktor gegenüber, sondern ist in der Politik nur noch ein Bestandteil der großen Gemeinschaft, der seine Impulse direkt vom Reich empfängt. ... Das Verhältnis des Rumäniendeutschtums zum Staat ist dementsprechend das Verhältnis Deutschlands zu Rumänien. Eine andere Lösung dieser Frage ist nicht mehr möglich".
In einem Brief an Obergruppenführer Berger bezeichnete Schmidt die Volksgruppenführung am 18. Mai 1944 noch eindeutiger als "eine Dienststelle der Reichsführung", als "Bereich des Reichsführers-SS".
Auch die Organisation der Volksgruppe im rumänischen Restgebiet hatte bald nach der Einsetzung Schmidts durchgreifende Änderungen erfahren. Die nach der territorialen Neuordnung des Jahres 1940 gebildeten Gebiete Siebenbürgen, Banat und Bergland wurden im Februar 1943 wieder aufgehoben und durch eine straffere Kreis-Einteilung ersetzt; das durch den Wiener Schiedsspruch abgetrennte Nord-Siebenbürgen bildete seit 1940 das Gebiet "Ost" des "Volksbundes der Deutschen in Ungarn".
An Stelle der NAF war als engerer Kreis schon am 9. November 1940 in Mediasch die "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei - NSDAP - der Deutschen Volksgruppe in Rumänien" gegründet worden. Die von ihr ins Leben gerufenen Gliederungen - "Einsatzstaffel", "Deutsche Mannschaft", "Deutsche Jugend" (DJ), "Deutsche Arbeiterschaft", "Landesbauernschaft" etc. - entsprachen den Formationen der reichsdeutschen Parteiorganisation. Auch die schon vorher in den "Dienst der Volksgemeinschaft" gestellte volksdeutsche Presse wurde neu organisiert und dem System der neuen "Volksgruppe" eingefügt.
An die Stelle der alten ehrenamtlichen Mitarbeiter der völkischen Deutschtumsorganisationen, die noch in der Periode der Erneuerungsbewegung das Gesicht der volksdeutschen Arbeit bestimmt hatten, traten mehr und mehr geschulte SS-Führer und hauptamtliche Funktionäre.
Innerhalb des rumänischen Deutschtums waren deutliche Gegenkräfte gegen den Nationalsozialismus vorhanden. Die alte liberale Führungsschicht hatte 1934 versucht, der Erneuerungsbewegung gemeinsam mit der Kirche entgegenzutreten. In der Folgezeit war es jedoch zu einer lockeren Zusammenarbeit mit dem gemäßigten Flügel der Erneuerer gekommen, die im Frühjahr 1939 im formalen Eintritt der Gruppe um Hans Otto Roth in die NAF gipfelte.
Nach 1940 sah sich jedoch Roth, der bis dahin sowohl von der deutschen Gesandtschaft wie auch von der rumänischen Regierung in volksdeutschen Fragen immer wieder herangezogen

worden war, von allen politischen Einflußmöglichkeiten mehr und mehr abgeschnitten, so daß er sich ganz auf seine Tätigkeit als Landeskirchenkurator der Evangelischen Landeskirche und Aufsichtsratsvorsitzender der Hermannstädter Allgemeinen Sparkasse beschränken mußte.
In der evangelischen Landeskirche selbst führte der erzwungene Rücktritt des dem Nationalsozialismus feindlichen Bischofs Dr. Viktor Glondys und seine Ersetzung durch den der Erneuerungsbewegung nahestehenden Pfarrer Wilhelm Staedel um die Jahreswende 1940/41 zu einer gewissen "Gleichschaltung".
Der politische Kurs der Ära Schmidt wurde jedoch zweifellos von breiteren Kreisen unter den Volksdeutschen Rumäniens nicht gebilligt. Selbst die aus den leitenden Stellen verdrängte gemäßigte Richtung der Erneuerer fand sich von dem selbstherrlichen, statthaltermäßigen Auftreten Schmidts, von der Einzwängung der vielfältigen völkischen, vor allem sächsischen Traditionen in die Schablonen des nationalsozialistischen Systems abgestoßen.
Wenn es trotzdem zu einem offenen Widerstand auch von ihrer Seite an keiner Stelle kam, so ist dies zum Teil einem Gefühl nicht aufkündbarer Solidarität mit dem im Krieg befindlichen "Reich", zum Teil auch dem Verkennen des nationalsozialistischen Regimes zuzuschreiben, das auch im Reich selbst die Haltung vieler bestimmte.
Das gelegentlich allzu laute Auftreten der Volksgruppe mit ihren uniformierten Formationen mußte naturgemäß auch auf Seiten der an sich wohlwollenden rumänischen Regierung zu Verstimmung und Mißtrauen führen. Das Verhältnis zwischen Volksdeutschen und rumänischem Staat war besonders in den letzten Kriegsjahren gespannter als je zuvor.
Gestützt auf den übermächtigen Druck des Deutschen Reiches hatte die politische Arbeit der Volksgruppenführung gewisse Erfolge zu verzeichnen: die Anerkennung der deutschen Minderheit als juristische Persönlichkeit, die Einsetzung deutscher Bürgermeister und Vizebürgermeister in verschiedenen Städten und die Aufhebung anderer Beschränkungen, schließlich die Erlangung der Schul- und Kulturautonomie und den verstärkten Ausbau des deutschen Schulwesens.
Die einseitige politische Festlegung, die diese Erfolge allein ermöglichte, verband die deutsche Volksgruppe jedoch auf Gedeih und Verderb mit dem Geschick des nationalsozialistischen Reiches, dessen Katastrophe daher auch ihr zum Verhängnis werden mußte. …<<

Spanien: Ende 1933 zerbricht die erste Regierungskoalition der Zweiten Republik und wird von der rechtskonservativen Zentrumsregierung (Parteien der rechten Mitte) abgelöst.

Großbritannien: Die Tageszeitung "Morning Post" kritisiert im Jahre 1933 das "Braunbuch vom Hitler-Terror", in dem der britische Schriftsteller Victor Gollancz über den NS-Polizeistaat und die ersten NS-Konzentrationslager informiert (x268/62): >>Alles, was nicht bis ins letzte durch Nachrichten aus anderen Quellen bestätigt wird, muß selbstverständlich Zweifel erwecken und der vernünftige Leser wird geneigt sein, seine Sympathien eher Herrn Hitler zuzuwenden als seinen Anklägern. ...<<

USA: US-Präsident Franklin D. Roosevelt verkündet im Jahre 1933 die "Politik der guten Nachbarschaft" zwischen den Vereinigten Staaten und den anderen amerikanischen Staaten.

Palästina: Infolge der NS-Judenverfolgungen drängen die deutschen Juden ab 1933 verstärkt nach Palästina, obwohl die Gewalttaten der extremistischen Araber ständig zunehmen. Um das Einwanderungsverbot für Juden durchzusetzen, rufen die Araber auch zum Generalstreik auf.
Der jüdische Politiker David Ben Gurion (1886-1973, 1906 aus Polen eingewandert) berichtet im Jahre 1933 über ein Gespräch mit einem Repräsentanten der palästinensischen Araber (x128/362-363): >>Die seinerzeit in der zionistischen Bewegung allgemein verbreitete Meinung ging davon aus, daß wir den Arabern des Landes Nutzen brächten und daß demnach für sie kein Anlaß bestünde, unsere Gegner zu sein. Im ersten Gespräch, das ich zusammen mit Moshe Sharett mit Mussa Alami führte, wurde diese Annahme erschüttert.

Mussa Alami (Gründungsmitglied der Arabischen Liga und juristischer Berater der britischen Mandatsregierung) sagte: "Ich ziehe vor, daß das Land sogar noch hundert Jahre arm und wüst bleibt, bis wir Araber aus eigener Kraft imstande sein werden, es zur Blüte zu bringen und zu entwickeln."
Ich fühlte, daß er als arabischer Patriot das Recht zu dieser Äußerung hatte. Unser Gespräch war offenherzig, und Mussa Alami machte auf mich den Eindruck eines aufrichtigen, geraden und klugen Menschen. Er beschwerte sich über die Geringschätzung der Juden für die Auffassung der Araber. ...
Er unterstrich insbesondere die pessimistische Empfindung, die sich in arabischen Kreisen breitmachte: sie würden immer mehr aus den wichtigen Positionen verdrängt, und die besten Teile des Landes gingen in jüdischen Besitz über. Zwar käme dies auch Arabern zugute, doch die Lage der Massen sei verzweifelt. Die großen Konzessionen befänden sich in den Händen der Juden. ...<<
Dr. Horst Heidtmann schreibt später über den "Zionismus" (x051/658): >>Zionismus, politische und soziale Bewegung, die auf die Errichtung eines eigenen jüdischen Staates in Palästina zielte als "nationale Heimstätte" der in aller Welt zerstreuten Juden.
Der Zionismus entstand zusammen mit nationalistischen Bewegungen und als Reaktion auf neue Formen des Antisemitismus im Europa des späten 19. Jahrhunderts als eine Art jüdischer Nationalismus, in dem sich religiöse Vorstellungen (vom verheißenen Land Israel) und politische Ziele verbanden.
Als eigentlicher Begründer des Zionismus berief Herzl ab 1897 die ersten Zionistenkongresse ein, in deren Folge langsam eine Einwanderung von Juden in das vorwiegend von Arabern bewohnte Palästina einsetzte.
In Deutschland führten die nationalsozialistische Machtübernahme und das damit verbundene Scheitern einer Assimilation der Juden zur Stärkung der zionistischen Organisationen. Sie antworteten auf die antisemitischen Diffamierungen mit bewußter Betonung der "Hoheit" ihres Judentums und verwarfen alle Hoffnungen auf ein Arrangement mit Hitler: "Kein Schlupfwinkel birgt uns mehr. Wir wünschen an die Stelle der Assimilation das Neue gesetzt: das Bekenntnis zur jüdischen Nation und jüdischen Rasse" (Rabbiner J. Prinz).
Auch in der SS wurde als "Lösung der Judenfrage" zunächst die Abschiebung der jüdischen Bürger ins Ausland angestrebt und die zionistische Auswanderungspropaganda unterstützt. Im angeschlossenen Österreich baute Eichmann 1938 eine "Zentralstelle für jüdische Auswanderung" auf, später in Berlin eine entsprechende "Reichszentrale", die (mit Hilfe der Reichsvertretung der deutschen Juden) bis zum Auswanderungsverbot vom 23.10.41 Hunderttausende aus dem Reich, Österreich, Böhmen und Mähren ausschleuste.
Die sprunghaft zunehmende Einwanderung in Palästina führte zwar zu wachsendem arabischen Widerstand und zu erheblichen Restriktionen seitens der britischen Mandatsmacht, doch fanden nach 1945 unter dem Eindruck des nationalsozialistischen Völkermordes zionistische Gruppierungen besonders in den USA Unterstützung, so daß schließlich die vom Zionismus proklamierte "Gründung eines Judenstaates" am 14.5.48 durch Ausrufung des Staates Israel erreicht wurde.<<
Arktis: Prof. Dr. Werner Stein berichtet in seinem Buch "Fahrplan der Weltgeschichte" im Jahre 1933 (x074/1.111): >>Mittlere Wintertemperatur auf Spitzbergen (1931 bis 1935) -8,6° C zeigt eine merkliche Erwärmung der Arktis (-17,6° C im Zeitraum 1900-1915; noch umstritten, ob Klimaschwankung oder Klimaänderung) ... Gletscherrückgang in allen Erdteilen.<<

Anstatt eines Schlußwortes

Über die Fehler, welche in der auswärtigen Politik begangen wurden, wird die öffentliche Meinung in der Regel erst klar, wenn sie auf die Geschichte einer Menschheit zurückblikken imstande ist, und das Volk, das es zu büßen hat, sind nicht immer die unmittelbaren Zeitgenossen der fehlerhaften Handlungen.
Otto Eduard L. Fürst von Bismarck (1815-1898, deutscher Politiker)

Beantwortung von offenen Fragen der Geschichte:

1. Wieso konnte der Ausbruch des Ersten Weltkrieges nicht verhindert werden?
Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über die Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x283/198-200): >>... Auslöser für den Weltkrieg war das Attentat auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 durch serbische Nationalisten in Sarajewo. ...
Wie sie eingestanden, wollten sie damit den Feind der Slawen töten, das Habsburgerreich auflösen und einen "Weltenbrand" entfachen. Mit dieser Prognose verrieten sie mehr Weitblick als die Staatsmänner der Zeit.
Trotz allem hätte die Tat noch nicht zum Kriege führen müssen. Wäre Wien sofort in Belgrad einmarschiert – die Manövertruppen standen ja Gewehr bei Fuß -, und hätte es Genugtuung gefordert und erhalten, dann hätte sich der Konflikt vielleicht nicht hochgeschaukelt. Freilich hätte man ihn wirklich fürchten und nicht heimlich wünschen müssen. ...
Und es kam, wie es kam. Wien stellte Belgrad Forderungen, deren Erfüllung man nicht ernsthaft erwarten konnte und die dort im Vertrauen auf Rückendeckung von Rußland nicht geleistet wurden. Wien erklärte Serbien den Rachekrieg, und Zar Nikolaus sah jetzt seine slawischen Brüder bedroht, er machte mobil.
Der Krieg Rußlands gegen die Mittelmächte stand bevor. Denn Kanzler Bülow in Berlin hatte die Österreicher 1909 der "Nibelungentreue" versichert. Hätte sich das Beistandsversprechen Berlins auf die Verteidigung Deutsch-Österreichs beschränkt, so wäre der nationalen Gefühlspolitik Genüge geleistet gewesen und Petersburg hätte keinen Anlaß gehabt, gegen Deutschland mobil zu machen.
Bismarck hatte dem Frieden mit Rußland den Vorrang eingeräumt; er wollte, so sagte er auf dem Berliner Kongreß 1878, den Balkaninteressen Wiens die gesunden Knochen nicht eines einzigen pommerschen Musketiers opfern.
Ohne den Krieg mit Deutschland und die Niederlage bei Tannenberg im August 1914 wäre es den Russen vermutlich gelungen, die West- und Südslawen zu befreien, am Ende gar die heißbegehrten Meerengen zu gewinnen.
Hätte eine siegreiche russische Armee die Revolution der Bolschewiki hingenommen? Wohl kaum. Deren Sieg war in dreifacher Hinsicht eine Folge deutscher Politik: zum einen durch die Zermürbung der russischen Armee, sodann durch den Transport Lenins mit der Reichsbahn aus der Schweiz durch Deutschland nach dem damals russischen Finnland; und zum dritten durch die fehlende Hilfeleistung 1918 für die "Weißen", als nach dem Urteil von Kurt Riezler, dem Botschaftsrat in Moskau, der Bürgerkrieg gegen die "Roten" auf der Kippe stand und durch Eingreifen Deutschlands hätte gewonnen werden können.
Ein Vorstoß der Russen ans Mittelmeer hätte London alarmiert und die Kriegsbereitschaft gegen Deutschland vermindert, zumal ein fortdauernder Friede mit Rußland die gesamte deutsche Wehrmacht an der Westgrenze verfügbar gemacht hätte. Frankreich allein hätte keinen Angriff riskiert.

Der Konflikt zwischen England und Deutschland wäre vertagt worden und hätte sich am Ende mit der sich abzeichnenden Veränderung der weltpolitischen Gesamtsituation überhaupt erübrigt. Denn der wahre Konkurrent der Briten auf See war ja nicht Deutschland, sondern Amerika. Die USA befanden sich bereits damals auf dem Wege zur führenden Weltmacht. Hat man das in London nicht gesehen oder im Zeichen angloamerikanischer Solidarität in Kauf genommen?
Aber der in Deutschland ebenso gefühlsbestimmte Pakt mit der Donaumonarchie veranlaßte, daß die Nibelungentreue ein zweites Mal zum Untergang führte, wie Kriemhilds Rache lehrt.
Als der Angriff der Russen auf Österreich bevorstand, erklärte Berlin dem Zaren und dann auch Frankreich den Krieg, nachdem dort gleichfalls die Mobilmachung angelaufen war. Die höchst unerwünschte Kriegserklärung aus London folgte. Sie war nicht unbedingt vorauszusehen, da England seit dem Krimkrieg als Gegner Rußlands galt und zwischen Paris und London ein förmlicher Beistandspakt ebensowenig bekannt war wie ein solcher zwischen London und Washington.
Es gab eine Kettenreaktion. Jeder Schritt hätte, anders gewählt, den Ausbruch der Feindseligkeiten verzögert, wo nicht verhindert. Das aber war hüben und drüben nicht gewollt. ...<<

2. Weshalb verursachten die leichtfertigen Bündniszusagen (sogenannte "Blankoschecks") der deutschen Regierung letzten Endes den ungewollten verhängnisvollen Ersten Weltkrieg?

Der deutsche Historiker Theodor Schieder (1908-1984) schrieb später über die Ursachen für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x058/287-288): >>Die Julikrise von 1914, ausgelöst durch die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand in Sarajewo, war kein Ereignis, das eine stabile Ordnung unerwartet störte, sondern ein Vorgang, der inmitten einer Serie von Krisen stand, inmitten eines Prozesses, der einen allgemeinen Zusammenstoß von Tag zu Tag bedrohlicher werden ließ.
Dadurch ist geradezu eine Stimmung erzeugt worden, die man als Kriegsfatalismus bezeichnen kann, auf der anderen Seite auch die Neigung, durch ein Durchschlagen des Knotens Handlungsfreiheit zu gewinnen, nachdem alle anderen Mittel durchgespielt waren.
Das politische Vorstellungsvermögen der Zeit und ihrer politischen Repräsentanten kam dabei der Realität, die unter den neuen technischen Bedingungen aus dem Krieg als Mittel geworden war oder werden konnte, im allgemeinen nicht nach. Während die Diplomaten ihn noch in Rechnung stellten wie eine Größe des 19. Jahrhunderts, hatte er seine Gestalt unter dem Einfluß der Technik, der steigenden Millionenzahlen der Bevölkerung und der Heere schon gewandelt. Die damit immens erhöhte politische und moralische Verantwortung war den Politikern noch nicht voll bewußt geworden.
Im Krieg selbst ist durch die ungeheuren Opfer, die beispiellose und in dieser Form noch kaum jemals verwirklichte Beanspruchung aller geistigen, physischen und materiellen Kräfte das moralische Problem des Krieges immer mahnender hervorgetreten und hat der Frage nach der Kriegsschuld ganz neue Aspekte gegeben.
Im Juli 1914 hatten alle Mächte Ziele allgemeiner und besonderer Art, aber bei keiner läßt sich feststellen, daß sie an sich entschlossen war, um eines dieser Ziele willen einen großen Krieg zu beginnen. Alle Bündnisse und bündnisartigen Verabredungen waren auf den Defensivfall eingestellt. Das bedeutet indessen nicht, daß nicht ein vermeintlich kalkulierbares Risiko ausgespielt wurde, wenn man innerhalb der Gesamtkonstellation der Mächte einen entscheidenden Vorteil zu erringen hoffte.
So hat Österreich-Ungarn durch sein Ultimatum an Serbien vom 23.7.1914 mindestens das Risiko eines lokalen Krieges bewußt auf sich genommen. Es besaß dabei die Zusicherung Deutschlands, daß es selbst im Falle einer ernsten europäischen Komplikation auf die volle Unterstützung des Reiches rechnen könne.

Das Deutsche Reich ging mit diesem "Blankoscheck" seinerseits sehenden Auges das Risiko eines umfassenderen kontinentalen Krieges ein.
Es tat dies nicht mit der Absicht, einen Krieg um imperialistischer Ziele willen zu entfesseln, sondern um eine im letzten defensive Strategie anzuwenden, die sich allerdings präventiver Mittel bediente. Seit den beiden Marokkokrisen und namentlich seit der Annexionskrise von 1908/09, als sich die europäischen Spannungen wieder sichtbar auf den Balkan und damit in das Konfliktfeld Österreich-Rußland verschoben hatten, war die deutsche Politik von der Sorge vor einer Verschlechterung der Situation des Reiches bestimmt.
Diese Sorge stützte sich einmal auf die Annahme, daß sich die Lage des einzigen sicheren Bundesgenossen Deutschlands, Österreich-Ungarns, unter dem Druck der großserbischen Bewegung und der von Serbien ausgehenden Bedrohung weiter unheilvoll verschlechtern und damit der einzig verbliebene bündnispolitische Sicherheitsfaktor des Reiches an Bedeutung verlieren könnte.
Zum anderen kreisten die strategischen und militärischen Überlegungen der deutschen Politik um die zunehmende militärische Stärke Rußlands seit dem japanischen Krieg. Als Höhepunkt dieser Entwicklung und damit ernstestes Gefahrenjahr wurde das Jahr 1916 angenommen, für das deutsche Militärs sogar die Möglichkeit eines alliierten Angriffes in Erwägung zogen.
Unter dem Eindruck der sich zunehmend verschlechternden Gesamtsituation Deutschlands war der Reichskanzler Bethmann-Hollweg im Juli 1914 bereit, unter vermeintlich noch günstigen Bedingungen ein Kriegsrisiko einzugehen. Auf jeden Fall wollte er die russische Balkanpolitik nachhaltig treffen, Österreich zu einer Abrechnung mit dem großserbischen Nationalismus Gelegenheit geben und im weiteren Verlauf der Aktionen die Tripelentente spalten und Rußland isolieren.
Sollte Rußland aber eingreifen, dann lud es die Verantwortung aber auf sich, als erste Großmacht zum Kriege geschritten zu sein. Je mehr sich die Krise verschärfte, um so mehr trat in der deutschen Politik dieser letzte Gesichtspunkt hervor.
Der kriegerische Ausgang der Krise ist aber nicht allein durch diese deutsche Haltung, sondern ebenso durch die Entschlossenheit Rußlands, Serbien nicht fallen zu lassen, und die Entschlossenheit Frankreichs, alle Verpflichtungen seiner Allianz mit Rußland zu erfüllen, entschieden worden. ...
Dabei hatten die Staatsmänner aller Mächte die Möglichkeiten von Krieg und Frieden durchgespielt, alle nahmen sie an der Verantwortung in größerem oder geringerem Maße für den Kriegsausbruch teil, wobei der unmittelbare Anteil der deutschen Politik erheblich größer bemessen werden muß, als es von der deutschen Geschichtsschreibung früher getan wurde.
So ist das Risiko eines großen Krieges bewußt eingegangen in der vagen Hoffnung, ihn gerade dadurch zu vermeiden, während die russische Politik den Krieg zwar wohl im Moment nicht wünschte, ihn aber durch ihre politischen und militärischen Maßnahmen dann doch unvermeidlich machte. Schließlich war es der mit dem Schlieffenplan verbundene deutsche Einmarsch in Belgien, der den Eintritt Englands in den Krieg unmittelbar herausforderte. ...<<

3. Warum lehnte die Entente das Friedensangebot der Mittelmächte im Dezember 1916 ab?

Winston S. Churchill (1874-1965, während des Ersten Weltkrieges u.a. britischer Marineminister) berichtete später im "New York Enquirer" (x068/199): >>Amerikas Kriegseintritt 1917 war ein unseliger Schritt.
Wäret Ihr zu Hause geblieben und Euren eigenen Geschäften nachgegangen, dann hätten wir im Frühjahr 1917 mit den Zentralmächten Frieden geschlossen.<<
Wenn sich die Vereinigten Staaten von Amerika damals nicht aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg eingemischt hätten, wäre es angesichts der unentschiedenen militärischen Lage und der hohen Verluste (allein während der strategisch

völlig sinnlosen Kämpfe um Verdun von Februar bis Dezember 1916 fielen mindestens 335.000 Deutsche und 360.000 Franzosen) noch im Dezember 1916 oder im Januar 1917 zu einem Waffenstillstand ("Erschöpfungsfrieden") im Osten und Westen gekommen.
Die europäischen Kriegsparteien hätten sich danach notgedrungen auf einen maßvollen Verständigungsfrieden (Wiederherstellung der Vorkriegslage und angemessene Entschädigungen für Sachschäden in den Kampfgebieten) geeinigt.
Aufgrund des "Erschöpfungsfriedens" im Dezember 1916 oder im Januar 1917 wären z.B. folgende Ereignisse vermieden worden:
In den Jahren 1917 bis 1918 wären Millionen von Soldaten nicht mehr gefallen oder verwundet worden.
Die bolschewistische Revolution in Rußland wäre im Jahre 1917 gescheitert und es hätte keinen verlustreichen Bürgerkrieg, keine Gründung der UdSSR sowie keine stalinistische Gewaltherrschaft gegeben.
Im Deutschen Reich wäre die konstitutionelle Monarchie vermutlich durch eine parlamentarische Monarchie ersetzt worden.
Die Donaumonarchie hätte die slawischen Völker nach und nach in die Unabhängigkeit (Beispiel: "British Commonwealth of Nations") entlassen müssen.
Im Verlauf der "Hungerblockade" von November 1918 bis Juli 1919 wären nicht mehr als 300.000 deutsche Zivilisten verhungert.
Die völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" ("Pariser Vorortverträge") hätte Deutschland und viele andere europäische Staaten nicht ins wirtschaftliche und politische Chaos gestürzt.
Die jahrhundertealten europäischen Macht- und Kräfteverhältnisse hätten sich nicht schlagartig grundlegend geändert, so daß die Vereinigten Staaten von Amerika erst wesentlich später eine Superwirtschafts- und Militärweltmacht geworden wäre.
Der Siegeszug der Diktaturen, der ab 1920 in fast allen neugegründeten Staaten und in zahlreichen europäischen Ländern erfolgte, hätte in diesem Umfang nicht stattgefunden.
Hitlers nationalsozialistische Bewegung, den Zweiten Weltkrieg, die Ermordung der europäischen Juden und die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa hätte es nicht gegeben.
Erneute Konflikte wären vermutlich auch nach einem vorzeitigen Ende des Ersten Weltkrieges entstanden, aber sie hätten sicherlich nicht die Ausmaße des späteren Zweiten Weltkrieges von 1939-45 erreicht.

4. Wieso beteiligten sich die Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1917 direkt am Ersten Weltkrieg?

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den nordamerikanischen Kriegseintritt im Jahre 1917 (x068/181-182): >>... Tatsache ist: der Krieg wurde durch die USA verlängert, verschärft. (Nie lese ich auf Gedenktafeln ohne vermehrte Trauer, Wehmut, Wut die Namen derer, die es noch gegen Schluß dieses Wahnsinns erwischte.)
Und die Kritik, die Klage Kennans, des US-Diplomaten, "daß der erste Weltkrieg nicht im November 1917 beendet wurde, als die Bolschewisten seine Beendigung forderten, daß es "den Alliierten im Herbst 1917 an Staatskunst fehlte", ... daß "sie unfähig waren, die Tragödie und Sinnlosigkeit des Krieges selbst zu erkennen und den Kampf auf der Grundlage eines Kompromisses aus eigener Kraft zu beendigen", dies trifft doch niemanden mehr als die USA und ihren Präsidenten. Denn sie dehnten das Morden noch aus, vergrößerten es. ...<<

5. Wie wurde die deutsche Regierung gezwungen, den "Versailler Friedensvertrag" im Juli 1919 zu unterschreiben?

Winston S. Churchill (1874-1965, damals britischer Kriegsminister) erklärte am 3. März 1919 vor dem britischen Unterhaus (x063/520): >>Wir halten unsere gesamte Waffenmacht in vollem Gange oder in unmittelbarer Einsatzbereitschaft. Wir führen die Blockade mit äußerster

Schärfe durch. Wir haben starke Heere, die jederzeit bereit sind vorzurücken.
Deutschland ist dem Verhungern nahe. Die Berichte von Offizieren, die das Kriegsministerium in ganz Deutschland umhergesandt hat, geben Zeugnis erstens von harten Entbehrungen, die das deutsche Volk erleidet, und zweitens von der großen Gefahr eines Zusammenbruchs des gesamten sozialen und nationalen Lebens unter der Wirkung des Hungers und der Unterernährung.
Jetzt ist der rechte Augenblick gekommen, den Vertrag durchzusetzen! ...<<

6. Wer zählte nach dem Ersten Weltkrieg zu den großen Gewinnern?

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Gewinner und Verlierer des Ersten Weltkrieges (x281/53,71-73): >>... Die Vereinigten Staaten standen nach dem Ersten Weltkrieg besser da als vorher. Schon 1913 dürften die USA rund ein Drittel der Weltindustrieprodukte hergestellt haben; nur fünf Jahre später, der Krieg hatte Europa in eine Zone der Verwüstung verwandelt, waren es über 50 Prozent. ...<<
>>... Am Tag des amerikanischen Eingreifens war das Schicksal der deutschen kaiserlichen Armee besiegelt.
Das der Amerikaner auch. Da ihr eigenes Territorium in Gänze frei von Verwüstung blieb, sprang sofort nach Ende der Kampfhandlungen der Exportmotor an. Was der Frieden nicht gebracht hatte, besorgte der Krieg. Dank seiner Zerstörungskraft schaffte er den leeren Raum, in den hinein die US-Wirtschaftsmaschine expandieren konnte. Das Land erzeugte nun weltweit knapp die Hälfte aller industriellen Güter, das Nationaleinkommen war so groß wie das der 23 wohlhabendsten Staaten der Welt.
Aus dem Schuldnerstaat USA war im Laufe der Kriegsjahre ein Gläubigerland geworden, was den unschätzbaren Vorteil hatte, daß man an den Zinszahlungen anderer Völker kräftig verdiente. Von den knapp 13 Milliarden Dollar, die sich andere Staaten in Amerika geliehen hatten, stammten allein 10 Milliarden aus Kriegsanleihen. Noch Jahrzehnte nach Ende der Kampfhandlungen profitierten die Vereinigten Staaten von ihrem Einsatz.
Der Erste Weltkrieg war der Katalysator, mit dessen Hilfe aus einer Regionalmacht eine Weltmacht geworden war. "Wir sind nicht länger Bewohner einer Provinz", rief Präsident Wilson nun den Kongreßabgeordneten zu. Der Krieg habe die Amerikaner "zu Bürgern der Welt" gemacht, sagte er, was im Grunde eine Untertreibung war. Die USA waren nicht Bürger der Welt, sie waren ihr Bürgermeister geworden.
Die ehemaligen europäischen Supermächte hatten im Weltmarktpoker ausgespielt. Wenn man ihre stotternde und vielfach sogar stillgelegte Wirtschaftsmaschinerie betrachtet, springt der relative Aufstieg der USA noch deutlicher ins Auge. Die Errungenschaften der Industrialisierung waren vielerorts in Europa nahezu rückstandsfrei weggesprengt worden ...
Der Krieg hatte einerseits den europäischen Wohlstand von mehreren Jahren vernichtet und andererseits die Bedingungen zerstört, die für einen schnellen Wiederaufstieg nötig gewesen wären.
Rußlands Wirtschaftskraft nach dem Krieg entsprach nur noch 13 Prozent der vor dem Krieg erzielten Leistung. Aber auch in Deutschland und Frankreich sackte der Warenausstoß auf nur noch zwei Drittel des Vorkriegsniveaus.
Die Gewichte unter den Großmächten hatten sich auf dramatische Weise zu Ungunsten der europäischen Industriestaaten verschoben. Die Globalisierung ging weiter, aber mit anderem Vorzeichen. Der Schlußgong des Krieges beendete das europäische Jahrhundert.
Die Weltindustrieproduktion stieg von 1913 bis 1925 um 22 Prozent, ohne daß die Europäer an dieser Steigerung noch einen nennenswerten Anteil besaßen. Amerikas Industrieausstoß wuchs im selben Zeitraum um nahezu 50 Prozent.
Alle Meßinstrumente, mit denen sich der Erfolg einer Gesellschaft überprüfen läßt, drehten jenseits des Atlantiks in den grünen Bereich: Die Zahl der Studenten hatte sich zwischen 1900

und 1920 verdoppelt, jeder fünfte Amerikaner besaß 1929 bereits ein Automobil, was sich in Großbritannien nur jeder Zehnte leisten konnte. Die Reallöhne in den US-Fahrzeugfabriken waren in den zehn ersten Nachkriegsjahren um 30 Prozent gestiegen, was auch die übrigen Branchen mit nach oben zog. ...<<

7. Wie förderte Stalin den Untergang der Weimarer Republik?

Der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann (1886-1944, im KZ Buchenwald erschossen) erklärte z.B. während der Plenartagung des Zentral-Komitees am 19. Februar 1932 (x243/34): >>Am klarsten hat Genosse Stalin schon im Jahre 1924 die beiden Flügel (SPD und NSDAP) gekennzeichnet, indem er von ihnen als Zwillingen sprach, die einander ergänzen. ...

Warum müssen wir den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie richten? ... Sie ist ... die gefährlichste Stütze der Feinde der Revolution, ... die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, ... der aktivste Faktor der Faschisierung. ...

Die Sozialdemokratie schlagen, das ist gleichbedeutend damit, ... die proletarische Revolution zu schaffen. ... Verhandlungen der KPD mit der SPD ... darf es nicht geben. ...<<

8. Warum ließ sich die preußische Regierung im Juli 1932 widerstandslos durch Reichskanzler Franz von Papen ausschalten (sogenannter "Preußenschlag")?

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über den "Preußenschlag" (x063/569-570): >>Der 20. Juli war der Schicksalstag der Deutschen Republik. Alles spätere baut folgerichtig darauf auf. Nur offener Widerstand unter Führung der preußischen Regierung hätte das Unheil abwenden können.

Die Regierung hätte sich auf die Gewerkschaften, die Arbeiterschaft, den überparteilichen Schutzbund zur Verteidigung der Republik, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die preußische Polizei und auf die Unterstützung anderer deutscher Länder verlassen können.

Die Staatsregierungen, mit denen sogleich Verhandlungen aufgenommen wurden, waren um so bereiter zur Zusammenarbeit, als sie erkannten, daß auch ihre Stellung durch Papens Staatsstreich gefährdet war. Der hessische Minister Wilhelm Leuschner lud ... die preußische Regierung nach Darmstadt ein. Die Stadt lag innerhalb der entmilitarisierten Zone, die die Regierung Papen damals zu verletzen nicht gewagt hätte.

Als eine Art von Exilregierung auf deutschem Boden sollte das preußische Kabinett von Darmstadt aus den Aufruf an alle deutschen Regierungen und verfassungstreuen Kräfte richten, sich gegen Papen zusammenzuschließen. Die bayerische Staatsregierung hatte ... bereits zugesichert, sie würde dann sofort ablehnen, die von Papen Ernannten im Reichsrat als rechtmäßige Vertreter Preußens anzuerkennen.

Den preußischen Ministern kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie das Unrecht kampflos hinnahmen. Sie wollten kein Blut vergießen, sagte Innenminister Carl Severing. Aber verhältnismäßig geringe Opfer zu jener Zeit hätten Deutschland und der ganzen Welt später Hekatomben von Blut erspart.

Die preußischen Minister haben in edlem, aber wirklichkeitsfremdem Vertrauen auf die Demokratie gemeint, die Reichstagswahlen vom 31. Juli würden die Regierung Papen wiederum in eine so hoffnungslose Minderheit versetzen, daß es mit ihrer Macht ganz von selber zu Ende sei. Das stellte sich bald als Illusion heraus. ...<<

9. Wieso scheiterte die Weimarer Republik?

Der deutsche Historiker Arthur Rosenberg (1889-1943, 1924-28 Mitglied des Reichstages) berichtete später über das Ende der Weimarer Republik (x058/333-334): >>... Die ruhige, nüchterne Vernunft der sozialistischen Arbeiter mitten im Sturm der politischen Erregung ist gewiß achtbar. Das sind die Männer, die auch später unter der Herrschaft der Gegenrevolution nicht wankten. Aber es gibt Situationen in der Geschichte der Völker und Klassen, in denen die tägliche nüchterne Klugheit nicht ausreicht.

Die sozialistischen Funktionäre sahen tatsächlich von 1929 bis 1933 vor lauter Bäumen den

Wald nicht. Sie verstanden wohl alle Schwierigkeiten und Nöte des Augenblicks, aber sie übersahen die mächtige revolutionäre Welle, die damals durchs Land ging. Hinter all dem lauten Schimpfen auf das "System" steckte ein echter Volkshaß auf den kapitalistischen Staat. Nur weil die Sozialisten nicht fähig waren, sich an die Spitze der verzweifelnden Massen zu stellen, konnte die Gegenrevolution diese Bewegung ausnützen.
Die Arbeitslosen, die trotz allem der SPD treu blieben - und nach den Wahlresultaten dieser Jahre war es eine erhebliche Menge – und ebenso die radikal gestimmten sozialistischen Arbeiter im Betrieb folgten im allgemeinen den Losungen des linken Parteiflügels.
Die sozialdemokratischen Betriebsarbeiter jedoch, die mit der offiziellen Parteimeinung übereinstimmten, befanden sich tatsächlich isoliert auf einer Insel, die umspült war von den Wellen der Revolution und Gegenrevolution. Denn die hungernden Massen zur Linken wollte eine Revolution, und die Kapitalisten zur Rechten wollten die Gegenrevolution. Alle Teile des Volkes wurden mehr oder minder von einer der beiden Bewegungen erfaßt.
Nur die gemäßigt sozialistischen Arbeiter zusammen mit ihren Führern standen auf der Insel der Weimarer Demokratie und mußten zusehen, wie sämtliche Wellen vor rechts und links gerade auf sie einströmten.
Vor allen Dingen hätte die SPD diese Unglücksinsel verlassen müssen. Der Austritt aus der Reichsregierung im Frühjahr 1930 allein genügte nicht. Solange die sozialdemokratischen Länderminister, Bürgermeister und Polizeipräsidenten weiter amtierten, hielt die Mehrheit des deutschen Volkes die SPD für die Partei, die in erster Linie die Verantwortung für die Weimarer Republik trug. Zugleich mit dem Rücktritt der sozialistischen Reichsminister hätte die SPD auch demonstrativ die Regierung Preußens und der übrigen Länder verlassen, und alle Parteimitglieder hätten aus den hochbezahlten Länder und Gemeindestellen abberufen werden müssen.
Zugleich hätten sich die freien Gewerkschaften auf den Generalstreik vorbereiten müssen. Aber es ist doch zweifelhaft, ob die SPD nach ihrer zwölfjährigen Verbundenheit mit dem legalen republikanischen Staatsapparat zu solchen verzweifelten Mitteln fähig gewesen wäre. Da die Partei nicht imstande war, ihre Verbindung mit dem Staat zu zerschneiden, konnte sie auch nicht die Führerin der unterirdischen revolutionären Bewegung werden. ...
Die deutschen Kapitalisten und Großgrundbesitzer hatten seit 1929 wieder den demokratischen Mantel abgelegt, den ihnen Stresemann aufgedrängt hatte, und sie bekannten sich unbedingt zur Diktatur. Man könnte fragen, warum die herrschende Klasse Deutschlands denn diese Abscheu vor den demokratischen Formen hatte. Wie die Dinge lagen, hatten die SPD und KPD keine Aussicht eine Mehrheit im Reichstag zu erhalten.
Warum schlossen sich die bürgerlichen Parteien nicht zu einem festen gegenrevolutionären Block zusammen? Da konnten sie doch auch erreichen, was sie wollten, und man sparte sich die Unannehmlichkeiten des Verfassungsbruchs und der Gewalttätigkeit. Die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den verschiedensten bürgerlichen Gruppen und Tendenzen bestanden, hätten sich beilegen lassen, wenn der Reichsverband der Industrie ernstlich die Einigung gewollt hätte. Dennoch wollte die Kapitalistenklasse unbedingt die Diktatur.
In einem Lande wie Deutschland, in dem fast drei Viertel aller Wähler zu den Arbeitnehmern gehören, ist eine bürgerliche Parlamentsmehrheit nur möglich, wenn die kapitalistischen Parteien volkstümlich auftreten und den armen Massen alle möglichen Versprechungen machen. Hätte man im Reichstag, mit den Mitteln der legalen Demokratie, eine extrem kapitalistische Gesetzgebung durchführen wollen, dann hätte die Regierung nicht nur die Opposition der SPD und KPD gegen sich gehabt:
Auch viele Abgeordnete aus den bürgerlichen Parteien hätten Bedenken getragen, eine offen volksfeindliche Gesetzgebung vor den Wählern zu vertreten. Die Diktatur war in Deutschland notwendig, nicht nur wegen der SPD und KPD, sondern mindestens ebensosehr wegen der

linken Nationalsozialisten und wegen der christlichen Arbeiter.
Wenn die Diktatur die Marxisten ausschaltete, so befreite sie damit die kapitalistischen Herren auch von jeder Rücksicht auf die volkstümlichen Strömungen in den eigenen Parteien. Die christlichen Gewerkschaften und linken Nationalsozialisten, ja sogar die völkischen Freikorpsleute haben später am eigenen Leibe erfahren, daß ihre Macht in dem Moment aufhörte, in dem die deutschen Kapitalisten vom Gegengewicht der sogenannten Marxisten befreit waren.<<

10. Weshalb waren die NS-Reichstagsabgeordneten nach der gewaltsamen Durchsetzung des "Ermächtigungsgesetzes" vom 23. März 1933 keine Politiker mehr, sondern zweifelsfrei gesetzlose Terroristen, die das Deutsche Reich gewaltsam besetzt hielten?

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-84) berichtete später über Hitlers "Nationale Revolution" (x063/578-579): >>Schon nach wenigen Tagen wurde aus der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler eine "Nationale Revolution" konstruiert. Man wollte eine Massenpsychose schaffen, um kraft revolutionären Rechts die eben beschworene Verfassung totalitär zu verändern. Die Mittel der Propaganda, der Presse und des Rundfunks waren bereits in nationalsozialistischer Hand.
Der Reichstagsbrand vom 27. Februar, von ihnen selbst in Szene gesetzt, gab dann den Vorwand zum Verbot nicht nur der kommunistischen, sondern schließlich jeder Opposition. Der Terror wurde, um eine paradoxe Ausdrucksweise zu gebrauchen, zum Verfassungsgrundsatz erhoben. Daß dies nötig war, liefert zugleich für die Geschichte den Beweis, daß das Regime, das sich in frevelhafter Anmaßung mit Deutschland gleichzusetzen wagte, niemals auf dem Willen des Volkes ruhte.
Man sagt oft, die Reichstagwahlen vom 5. März 1933 seien die letzten freien Wahlen gewesen. Aber auch sie fanden schon unter ungemeinem Druck statt. Dennoch erhielten die Nationalsozialisten nur 44 %. Zusammen mit ihren Bundesgenossen in der "Kampffront Schwarz-weiß-rot" brachten sie es auf 52 % - genug, mit knapper Mehrheit eine Regierung zu bilden, aber bei weitem nicht für eine Änderung der Verfassung mit legalen Mitteln.
Also mußten sie mit anderen Kräften nachhelfen. Schon die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 ging über alles hinaus, was der Artikel 48 decken konnte. Am 23. März nahm der Rumpfreichstag (die Kommunisten und einen Teil der Sozialdemokraten hatte man eingesperrt oder am Besuch des Reichstages gehindert) das sogenannte Ermächtigungsgesetz an; alle noch anwesenden Sozialdemokraten stimmten dagegen.
Dieses "Gesetz" übertrug der Reichsregierung legislative Befugnisse, auch unter Abweichung von den Bestimmungen der Verfassung. ... Verfassungsrechtlich war das "Gesetz", da bei der Abstimmung 81 Abgeordnete mit Gewalt ferngehalten wurden, ohnehin null und nichtig. ...<<

Dichtung ist verpflichtet, sich nach den Möglichkeiten zu richten. Die Wahrheit nicht.
Mark Twain, eigentlich Samuel L. Clemens (1835-1910, nordamerikanischer Schriftsteller)

Hinweise für den Leser

Einstellungstermine:
Einstellungstermin der Chronik, Band 4 (26 PDF-Dateien): **01.05.2016-01.06.2016.**
Einstellungstermin der 1. erweiterten Chronik, Band 4 (26 PDF-Dateien): **01.04.2020**
Einstellungstermin der 2. erweiterten Chronik, Band 4 (26 PDF-Dateien): **01.04.2023**
Einstellungstermin der 3. erweiterten Chronik, Band 4/1 – Band 4/2 (2 PDF-Dateien): **01.11.2024**
Die PDF-Dateien werden **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Die Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen (**...)** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis
Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.
Beispiel: (x142/79) = Daten der Weltgeschichte. Von der Altsteinzeit bis heute, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x002	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 2. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x003	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 3. Polnische Gesetze und Verordnungen 1944-1955. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x005	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 2. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.

x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.
x007	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa III. Das Schicksal der Deutschen in Rumänien. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x008	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa II. Das Schicksal der Deutschen in Ungarn. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1956. München 1984.
x012	Preußisches Staatsministerium (Hg.): Handbuch über den Preußischen Staat für das Jahr 1928, 134. Jahrgang. Berlin.
x014	Statistisches Reichsamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1938, 57. Jahrgang. Berlin.
x017	Meyers Lexikonredaktion (Hg.): DAS NEUE DUDEN LEXIKON in 10 Bänden. Mannheim 1989.
x018	Meyers Lexikon Verlag (Hg.): MEYERS ENZYKLOPÄDISCHES LEXIKON in 25 Bänden. 9. völlig neubearbeitete Auflage. Mannheim/Wien/Zürich 1971-1981.
x019	Riedel, Johannes (Hg.): KNAURS WELTATLAS. Berlin 1935.
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x023	Maser, Werner: Das Regime. Alltag in Deutschland 1933-45. Berlin 1990.
x024	Kuhn, Ekkehard: Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x028	Zayas, Alfred Maurice de: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x029	Zayas, Alfred Maurice de: Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Deutsche Ermittlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg. 4. erweiterte Auflage. München 1984.
x030	Wistrich, Robert: Wer war wer im Dritten Reich? Ein biographisches Lexikon. Frankfurt/Main, 1987.
x032	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: Das III. Reich 1933-1939. Eine Tageschronik der Politik – Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x034	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: Die Weimarer Republik. Eine Tageschronik der Politik – Wirtschaft – Kultur. Augsburg 1992.
x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Vertrieben. ... Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung. Bonn 1992.
x038	Zöckler, Paul (Hg.): KNAURS LEXIKON. München 1953.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): PLOETZ "Geschichte der Weltkriege". Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x046	Hoffmann, Joachim: Stalins Vernichtungskrieg. Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.

x047	Dorst, Klaus, und Birgit Hoffmann (Hg.): Kleines Lexikon Sowjetstreitkräfte. 1. Auflage. Militärverlag der DDR. Ost-Berlin 1987.
x049	Holmsten, Georg: Kriegsalltag 1939-1945 in Deutschland. Bindlach 1989.
x050	Ruhl, Klaus-Jörg: Brauner Alltag 1933-1939 in Deutschland. Bindlach 1990.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x054	Ploetz, Karl: Hauptdaten der Weltgeschichte. 28. Auflage. Würzburg 1957.
x055	Ploetz-Verlag (Hg.): DER GROSSE PLOETZ IM BILD. Ein Bildatlas zur Weltgeschichte. Würzburg 1987.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x057	Eilers, Willi: Kleine Weltgeschichte. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel der Geschichte. Stuttgart 1955.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: Geschichte. Band 3. Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 2. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. 25. erweiterte Auflage. München 1991.
x062	Mann, Golo u.a.: Unser Jahrhundert im Bild. Gütersloh 1964.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): Polen und Deutsche. Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x065	Zentner, Christian: Der große Bildatlas zur Weltgeschichte. Stuttgart 1992.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: Der Moloch. Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. Um Volksstaat und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x070	Jähnig, Bernhart, und Ludwig Biewer: Kleiner Atlas zur deutschen Territorialgeschichte. Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.). 2. erweiterte Auflage. Bonn 1991.
x071	Hartmann, Johannes: Das Geschichtsbuch. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. 8. Auflage. Frankfurt/Main 1962.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x074	Stein, Werner: Fahrplan der Weltgeschichte. Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994.
x075	Grosser, Alfred: Ermordung der Menschheit. Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x076	Andreae, Hugo: Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen. Verlag Handwerk und Technik, Hamburg 1962.
x080	Conquest, Robert: Stalin. Der totale Wille zur Macht. München 1991.

x081	Frevert, Hans (Hg.): Verachtet – Gehetzt - Verstoßen. Die Verfolgung des Menschen aus rassischen, politischen und religiösen Gründen. Baden-Baden 1968.
x084	Graml, Hermann (Hg.): Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten. Frankfurt/Main, 1994.
x086	Stiglmayer, Alexandra (Hg.): Massenvergewaltigung. Krieg gegen Frauen. Frankfurt/Main 1993.
x087	Möller, Horst (Hg.): Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus". München 1999.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: Deutsche Geschichte im Bild. Frankfurt/Main 1991.
x091	Wellershoff, Dietrich (Hg.): Freiheit - Was ist Das? Aussagen zum Begriff der Freiheit. 2. Auflage. Herford 1987.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x097	DAS BERTELSMANN LEXIKON in vier Bänden: C. Bertelsmann Verlag (Hg.). Gütersloh 1953-56.
x098	Clausewitz-Gesellschaft (Hg.): Frieden ohne Rüstung? Herford/Bonn, 1989.
x099	Löser, Jochen: Gegen den Dritten Weltkrieg. Strategie der Freien. 1. Auflage. Herford 1982.
x104	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Ostdeutsche Gedenktage 1989. Persönlichkeiten und historische Ereignisse. Bonn 1989.
x105	Wildermuth, Rosemarie: Als das Gestern heute war. Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x107	F. A. Brockhaus (Hg.): Brockhaus' Kleines Universal-Lexikon. Band 1. Leipzig 1906.
x108	F. A. Brockhaus (Hg.): Brockhaus' Kleines Universal-Lexikon. Band 2. Leipzig 1906.
x115	Glaser, Hermann u.a. (Hg.): So viel Anfang war nie. Deutsche Städte 1945-1949. Berlin 1989.
x120	Birnbaum, Immanuel: Tschechoslowakei. Bremen 1972.
x121	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Alltag im Dritten Reich. So lebten die Deutschen 1933-1945. Hamburg 1982
x122	Dollinger, Hans: SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE. 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x125	Bluhm, Georg: Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik. Freiburg 1963.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x129	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Nationalsozialismus und Faschismus. E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x132	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenbergs Personenlexikon 20. Jahrhundert. 1. Auflage. Dortmund 1991.
x134	Verlag von Th. Knaur Nachf., Berlin (Hg.): KNAURS WELTGESCHICHTE. Von der Urzeit bis zur Gegenwart. Berlin 1935.
x142	Hellwig, Gerhard, und Gerhard Linne: Daten der Weltgeschichte. Von der Altsteinzeit bis heute. München 1991.
x143	Legath, Bernd u.a.: Weltgeschichte im Überblick. Von der Vorzeit bis zur Gegenwart. BZ-Verlag, 1992.
x149	Klett, Ernst (Hg.): Erinnern und urteilen. Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte.

	1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x154	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 14. Bonn 1996.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten. Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x177	Shapiro, Irwin, und Jonathan Bartlett (Hg.): Illustrierte Weltgeschichte. Band 13. Imperialismus und 1. Weltkrieg. Neuer Tessloff Verlag, Hamburg 1969.
x178	Shapiro, Irwin, und Jonathan Bartlett (Hg.): Illustrierte Weltgeschichte. Band 14. Totalitäre Systeme und Staaten. Neuer Tessloff Verlag, Hamburg 1969.
x180	Hetmann, Frederik, und Alfred Keil: Indianer heute. Bericht über eine Minderheit. Weinheim/Basel 1977.
x181	Recheis, Käthe, und Georg Bydlinski: Weisheit der Indianer. Indianertexte der Gegenwart. München 1995.
x184	Längin, Bernd G.: Unvergessene Heimat Sudetenland. Augsburg 1994.
x191	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 6. In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996.
x193	Josephy jr., Alwin M. u.a.: Die Welt der Indianer. Geschichte, Kunst, Kultur von den Anfängen bis zur Gegenwart. 4. Auflage. München 1998.
x198	Evangelisches Kirchengesangbuch. Hannover 1967.
x199	Rang, Martin, und Otto Schlisske: Die Geschichte der Kirche. 3. durchgesehene Auflage. Göttingen 1952.
x200	Evangelische Kirche in Deutschland (Hg.): DIE BIBEL. Deutsche Bibelgesellschaft Stuttgart, 1987.
x206	Hemmerle, Rudolf: Sudetenland. Augsburg 1996.
x219	Geyer, Horst: ÜBER DIE DUMMHEIT. Ursachen und Wirkungen der intellektuellen Minderleistungen der Menschen. 11. unveränderte Auflage. Wiesbaden 1984.
x226	Verlag Vandenhoeck & Ruprecht (Hg.): DER GROSSE PLOETZ. Die Chronik zur Weltgeschichte. Göttingen 2010.
x227	F. A. Brockhaus GmbH, Mannheim (Hg.): BROCKHAUS. Weltgeschichte seit der Aufklärung. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Leipzig/Mannheim 2006.
x230	Reclam, Philipp (Hg.): Nationalhymnen. Text und Melodien. 6. revidierte und veränderte Auflage. Stuttgart 1993.
x233	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 5. Im vorigen Jahrhundert. 1. Auflage. Stuttgart 1968.
x237	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 3. Das Werden der modernen Welt (1648-1918). Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1977.
x239	Klett, Ernst (Hg.): Erinnern und urteilen. Band III. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1980.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x244	Ripper, Werner (Hg.): Weltgeschichte im Aufriß. Band 1. Von der griechischen Antike bis zum Ende des Absolutismus. Frankfurt/Main, Berlin, München 1999.
x245	Ripper, Werner, und Eugen Kaiser (Hg.): Weltgeschichte im Aufriß. Band 3, Teil 1. Vom Ersten Weltkrieg bis 1945. Frankfurt/Main; Berlin, München 1976.

x250	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN A-Gn 1. Leipzig 2006.
x251	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN Go-Pah 2. Leipzig 2006.
x252	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN Pai-Z 3. Leipzig 2006.
x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 4. Das 20. Jahrhundert. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966.
x261	Günther-Arndt, Hilke, und Jürgen Kocka (Hg.): Geschichtsbuch. Band 3. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Das 19. Jahrhundert. 1. Auflage. Berlin 1986.
x262	Ebeling, Hans (Hg.): Die Reise in die Vergangenheit. Band III. Die Europäer gewinnen den Erdball. Geschichte der Neuzeit bis 1789. Braunschweig 1969.
x265	Courtois, Stèphane u.a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München 2004.
x267	Johann, Ernst (Hg): Innenansicht eines Krieges. Deutsche Dokumente 1914-1918. München 1973.
x268	Nawratil, Heinz: Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x269	Ferber, Christian (Hg.): Berliner Illustrirte Zeitung. Zeitbild, Chronik, Moritat für jedermann 1892-1945. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x272	Mickel, Wolfgang W. u.a. (Hg.): Politik und Gesellschaft. Band 1. 1789-1914. Frankfurt/Main 1985.
x274	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.): Stille Nacht, Heilige Nacht. Weihnachtsgeschichten aus schwerer Zeit. Kassel 2004/2005.
x281	Steingart, Gabor: Weltkrieg um Wohlstand. Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München 2007.
x283	Demandt, Alexander: Es hätte auch anders kommen können. Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x286	Martin, Paul C.: Zahlmeister Deutschland. So verschleudern sie unser Geld. 2. Auflage Juli 1991. München 1991.
x287	Berbig, Hans Joachim: Kleine Geschichte der deutschen Nation. Düsseldorf 1985.
x289	Baberowski, Jörg, und Anselm Doering-Manteuffel: Ordnung durch Terror. Gewaltexzesse und Vernichtung im nationalsozialistischen und im stalinistischen Imperium. 2. Auflage 2007. Bonn 2007.
x291	Loth, Wilfried: Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert. Frankfurt 1992.
x296	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Geschichte und Politik in unserer Zeit (Lehrerausgabe). Braunschweig 1975.
x299	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 4. In unserer Zeit. 2. Auflage. Stuttgart 1980.
x307	Clark, Christopher: DIE SCHLAFWANDLER. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. 8. Auflage. München 2013.
x308	Naimark, Norman N.: Flammender Haß. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert. München 2004.
x312	März, Peter: MYTHEN, BILDER, FAKTEN. Auf der Suche nach der deutschen Vergangenheit. München 2010.
x313	Fabian, Frank: Die geheim gehaltene Geschichte Deutschlands. Was bis heute von Historikern verschwiegen wird. 2. Auflage. München 2016.

x315	Scheuch, Manfred: Historischer Atlas Deutschland. Vom Frankenreich zur Wiedervereinigung in Karten, Bildern und Texten. Wien 2008.
x318	Losurdo, Domenico: Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes? Compact Nr. 15. Berlin 2010.
x319	Flocken, Jan von: 1000 Jahre Deutsches Reich. Unsere Geschichte, unsere Leistungen, unser Stolz. 2. Auflage. COMPACT-Geschichte Nr. 1. Werder (Havel) 2018.
x320	Schultze-Rhonhof, Gerd: Der Krieg, der viele Väter hatte. Europas Weg in die Katastrophe. COMPACT-Geschichte Nr. 4. Werder (Havel) 2018.
x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): Versailler Vertrag. Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): Finanz-Mächte. Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.
x337	Effenberger, Wolfgang und Jim Macgregor (Hg.): Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete. 1. Auflage. Rottenburg 2016.
x340	Jung, Thomas und Friedrich Georg: 1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches. 1. Auflage. Rottenburg 2019.
x342	Elsässer, Jürgen (Hg.): Heil Hillary! Kandidatin des US-Faschismus. COMPACT-Spezial Nr. 11. Werder (Havel) 2016.
x344	Elsässer, Jürgen (Hg.): Politische Morde. Die Blutspur der letzte 100 Jahre. COMPACT-Spezial Nr. 19. Werder (Havel) 2018.
x345	Elsässer, Jürgen (Hg.): Freimaurer. Die Verschwörungen eines Geheimbundes. COMPACT-Spezial Nr. 23. Werder (Havel) 2019.
x347	Schulte, Thorsten: FREMDBESTIMMT. 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): Verbrechen an Deutschen. Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.
x361	Elsässer, Jürgen (Hg.): Wer finanzierte Hitler? Das dunkle Geheimnis der Wall Street. COMPACT-Geschichte Nr. 9. Werder (Havel) 2021.
x364	Griffin, Des: Wer regiert die Welt? Leonberg 1992.
x365	Elsässer, Jürgen (Hg.): Krieg. Lügen. USA. Die Blutspur einer Weltmacht. COMPACT-Spezial Nr. 25. Werder (Havel) 2020.
x368	Elsässer, Jürgen (Hg.): Polens verschwiegene Schuld. Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung. COMPACT-Geschichte Nr. 17. Werder (Havel) 2022.
x371	Elsässer, Jürgen (Hg.): Feindbild Rußland. Die NATO marschiert. COMPACT-Spezial Nr. 33. Werder (Havel) 2022.
x373	Elsässer, Jürgen (Hg.): USA gegen Deutschland. Der hundertjährige Krieg. COMPACT-Spezial Nr. 36. Werder (Havel) 2022.

Internet

x841	Armin T. Wegners "Offener Brief" an den US-Präsidenten Woodrow Wilson: http://www.musenblaetter.de/artikel.php?aid=4256 - September 2013.
x842	Weimarer Verfassung 1919: http://www.wcurrlin.de/links/interaktiv/verfassung_-1919/1_weimar.htm - September 2013.
x843	Der Streit um die Minderheitenrechte: http://archiv.preussische-allgemeine.de/-1988/1988_12_10_50.pdf - September 2013.

x844	Liebermann: http://de.wikiquote.org/wiki/Max_Liebermann - September 2013.
x846	Volkslieder: http://ingeb.org/Volksong.html - September 2013.
x847	Bandulet, Bruno: http://www.kopp-verlag.de/Als-Deutschland-Grossmacht-war.-htm?websale8=kopp-verlag&pi=935400 - April 2014.
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.-net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x903	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/11/22/hintergründe-der-europäischen-integrationsbewegung/ - Januar 2019
x905	https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Wall_Street?uselang=de - März 2019
x940	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/06/27/versailles-1919-die-unterwerfung-deutschlands-unter-das-kriegsschuld-diktat/ – November 2019
x943	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/04/30/von-der-wegbereitung-des-nationalsozialismus-durch-britisch-amerikanische-finanzkreise/ – November 2019
x1.001	https://www.apostasia.net/images/Jesuiten.pdf ("Die verborgene Geschichte der Jesuiten") - März 2021
x1.035	https://www.wilhelm-der-zweite.de – Dezember 2021
x1.142	https://www.projekt-gutenberg.org/kessler/rathenau/chap010.html - Mai 2022
x1.144	https://www.nachdenkseiten.de/?p=84498 - Juni 2022

Bildnachweis

Standarte des deutschen Kaisers (1888-1918)
Internetquelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Flaggen_des_Deutschen_Kaiserreichs - 8. Mai 2014

Flagge des Reichspräsidenten (1921-1926)
Flagge des Reichspräsidenten (1926-1934)
Internetquelle: http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm - 8. Mai 2014

Reichsadler (ohne Hakenkreuz) zur Zeit des Nationalsozialismus 1933-45
Internetquelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Bundeswappen_Deutschlands - 8. Mai 2014

Reichsadler: Nach der Kaiserkrönung Karls des Großen (800) wurde der römische Legionsadler zum Wappentier des Fränkischen Reiches, denn der deutsche Kaiser betrachtete sich als Nachfolger des Weströmischen Reiches.
Das Heilige Römische Reich (962-1806), das Deutsche Reich (ab 1871) und die Bundesrepublik Deutschland (seit 1949) übernahmen den Reichsadler bzw. Bundesadler als deutsches Staatssymbol.